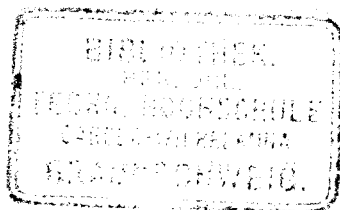




VII 582

L. F. Fredericksdorff's  
**P r o m t u a r i u m**  
der  
Braunschweig = Wolfenbüttelschen  
**L a n d e s = V e r o r d n u n g e n,**  
mit  
Hinweisung auf die neuere Gesetzgebung,  
bearbeitet

von  
**Adolf Steinacker,**  
Kreissecretair zu Gandersheim.



Zweiter Theil.

Von A bis Z.

---

**Gandersheim,**  
Druck und Verlag von Carl Friedrich Hertel.

1839.



## V o r r e d e.

---

In der Ueberzeugung, daß das Promptuar, dessen zweiter und letzter Theil hiermit erscheint, bei aller auf dessen Umarbeitung verwandten Sorgfalt besonders wegen der mit der Sammlung der Quellen verbundenen Schwierigkeiten gewiß noch manche Ergänzungen und Verbesserungen bedarf, richte ich an alle diejenigen, welchen die Ausbildung unsers Rechtszustandes am Herzen liegt, die Bitte, mich durch gefällige Mittheilung solcher Verbesserungen in den Stand zu setzen, dieselben durch den Druck gemeinnützig machen zu können. Es ist nämlich meine Absicht, ein Promptuar der neuern Gesetzgebung in eben der Form wie das Fredericksdorffsche herauszugeben und demselben die Ergänzungen zu dem Promptuar der ältern Gesetzgebung als Anhang beizufügen. Da ich mit dieser neuen Arbeit bereits seit einiger Zeit beschäftigt bin, so hoffe ich, dieselbe vielleicht schon im nächsten Jahre dem Drucke übergeben zu können, weshalb es mir sehr lieb sein würde, die erbetenen Belehrungen und Verbesserungen recht bald zu erhalten.

Ungeachtet der genauen Correctur haben sich dennoch einige Druckfehler eingeschlichen, die ich, so weit sie mir bis jetzt bekannt geworden sind, nebst einigen Einbesserungen am Schlusse nachgetragen habe.

Gandersheim im März 1839.

A. St.

---

## Kähne auf der Oker.

Siehe Schiffe, Kähne und Flöße auf der Oker in Braunschweig.

## Kälber, Schlachten derselben.

Da der Landmann die Gewohnheit haben soll, die Kälber, sobald sie jung werden, an die Fleischer zu verkaufen, und dadurch zu veranlassen, daß die Leute mit gar schlechtem Fleische versehen werden, so ist dergleichen frühzeitiger Verkauf den Leuten zu untersagen, und ihnen anzubefehlen, daß sie in Zukunft kein Kalb, wenn es nicht 8 Tage \*) alt ist, verkaufen und weggeben, und wird diesem Unwesen am Leichtesten dadurch abgeholfen werden können, wenn alle Dorfschaften die jung gewordenen Kälber nach der nächst gelegenen Stadt zu bringen angehalten werden. Landesf. Rescript an fürstl. Amt Forst v. 29. Januar 1752.

## Kälber=Weiden.

Da nöthig erachtet ist, die Verfügung zu machen, daß an den Orten, wo es noch nicht geschehen, ein besonderer Weideplatz für die Kälber und Kinder gehegt und ausgesteckt werde, damit die vorhin erlassene Verordnung wegen Zuziehung der Kälber\*\*) desto besser in Ausführung gebracht, imgleichen den guten Hauswirthern die allgemeine Klage, daß ihre Kinder, die sie in Ermangelung dergleichen besonderer Weide unter den großen Haufen mit dem Brumm=Ochsen austreiben müßten, mithin das frühzeitige Ochsen derselben nicht verhindert werden könnte, immer klein und schwach blieben, benommen werde, so wird befohlen, zu veranstalten, daß an jedem Orte ein besonderer Hude= und Weideplatz für die Kälber und Kinder ausgesteckt, mit Gräben umzogen und gehegt werde. Landesf. Rescr. v. 1. April 1748.

## Kalender.

Der Gregorianische Kalender ist durch das landesf. Edict v. 22. Decbr. 1699 eingeführt.

## Kalender=Stempel.

Die ältern in Betreff des Kalender=Stempels ergangenen Verordnungen \*\*\*) sind durch die Verordnung v. 29. Octbr. 1821, die Stempelsteuer betr., und insbesondere durch die Bestimmungen der

\*) In den Heinrichstädtischen Statuten v. 25. Januar 1602. Tit. XXII. Nro. 6 ist das Schlachten der Kälber, welche unter 3 oder 4 Wochen alt sind, bei zwei Heinrichstädtischen Mark und Confiscation des Fleisches verboten.

\*\*) Diese Verordnung ist bei Gelegenheit einer Rindviehseuche ergangen, um den dadurch entstandenen Verlust so bald als möglich zu ersetzen.

\*\*\*) Die wichtigsten dieser Verordnungen waren: v. 21. Novbr. 1742, (für Blankenburg v. 17. Decbr. 1742) 19. Novbr. 1744, 6. August 1768, 7. August 1769, 3. Decbr. 1777, 8. August 1789 und 27. Januar 1803. Alle im Inlande gedruckte Kalender, Almanache, Taschen= und Jahrbücher, denen ein Kalender beigelegt war, sollten auf dem Pacht= hause zu Braunschweig gestempelt werden, wofür, wenn sie in Quart oder Octav waren, ein Groschen, von kleinern Sorten vier Pfennige und von Tafel=Kalendern zwei Pfennige zum Besten der Wittwen, Waisen und Armen gezahlt werden mußte, jedoch mit Ausnahme der ins Ausland zu versendenden Kalender, welche unentgeltlich gestempelt wurden. Auch die vom Auslande eingeführten Kalender mußten auf dem Pacht= hause gestempelt, und von den in Quart oder Octav drei Mariengroschen, von kleinern Sorten ein Mariengroschen vier Pfennige und von Tafel=Kalendern sechs Pfennige bezahlt werden. Die Contravenienten wurden mit einer Strafe von 10 Thlr. bedroht, wovon der Denunciant den vierten Theil erhalten sollte. Arme Contravenienten erhielten Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod. Die zum Verbrauche im Fürstenthume Blankenburg bestimmten Kalender wurden in Blankenburg, die im Blankenburgischen erscheinenden Kalender aber, welche in die andern Landestheile gingen, in Braunschweig gestempelt.

## 2 Kalk und Gips, Verkauf desselben in Braunschweig — Karrenführer in Braunschweig.

§§. 8 und 20 aufgehoben. S. auch: Bekanntmachung des Landes-Steuer-Collegii v. 18. Decbr. 1821. (Bege II. p. 348.)

### Kalk und Gips, Verkauf desselben in Braunschweig.

Kalk und Gips soll bei Vermeidung nachdrücklicher Bestrafung anderer Gestalt nicht, als nach der Maaße des Braunschweigischen geachteten im Handel und Wandel genugsam bekannten Himten gekauft und verkauft werden. Auf landesf. Befehl bekannt gemachte Verordnung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 24. Juli 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 62.)

S. übrigens: Elle, Maaß und Gewicht in Braunschweig.

### Kameelzieher.

S. Bären-, Affen- und Hundezieher.

### Kanäle.

S. Okerkanäle u.

### Kaninchen.

Mit höchster Genehmigung ist verordnet, daß niemand auf den Gütern und in den Wohnungen vor den Thoren, bei schwerer Verantwortung und der nachdrücklichsten Bestrafung, Kaninchen unterhalten, noch auch bösslicher Weise sich unterfangen solle, zur Vermehrung der wilden Kaninchen die zahmen von den Gärten und aus den Wohnungen (lebendig) wegzuschaffen. Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 26. Mai 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 42.)

### Kanonenschläge.

S. Schießen in den Gärten vor Braunschweig.

### Karrenführer in Braunschweig.

Den Karrenführern gehören mit Ausschluß aller andern Lohnfuhrleute alle in den Gränzen der Stadt Braunschweig vorkommende und für Lohn zu verrichtende Waarenfahren, als: 1) das Transportiren der Brauer- und Branntweinbrenner-Malze; 2) des Bäckerforns nach der Mühle und wieder zurück; 3) der Möbeln und Effecten beim Umziehen der Einwohner; 4) der Baumaterialien und 5) der fremden Kaufmannsgüter aus den Niederlagen zur Messe. Die Contravenienten müssen den Berechtigten den entzogenen Fuhrlohn ersetzen, und sollen außerdem bestraft werden, die Geldstrafe aber nebst dem confiscirten Lohne soll den Armen-Anstalten zufallen. Sand-, Lehm-, Grand- und Bauschutt-Fahren außer der Stadt haben die Karrenführer mit den Lohnfuhrleuten gemeinschaftlich. Die Maurer und Zimmerleute und alle, welche Bauten in Accord nehmen, dürfen die zu den übernommenen Bauten erforderlichen Materialien so wenig durch eigene Pferde und Wagen, als durch andere Lohnfuhrleute aus den Magazinen nach der Baustelle fahren lassen, sondern müssen sich bei Vermeidung jener Strafe der Karrenführer bedienen. Die Karrenführer dagegen sollen die Fahren prompt besorgen und bei nachdrücklicher Strafe niemanden im Lohne übersehen. Seine eigenen Sachen kann jeder mit seinen Pferden und Wagen transportiren, wie auch die Expediture fremde Kaufmannsgüter mit eigenen Pferden transportiren lassen dürfen. Erneuerte Bekanntm. des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 6. Juni 1798. \*) (Br. Anz. v. 1798. Nro. 45.)

\*) Diese Bekanntmachung enthält eine Wiederholung der frühern Avertissements des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 5. Decbr. 1781. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 20.) und v. 27. Novbr. 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 98.)



### Karrenstrafe.

Da die dem Inquisiten zuerkannte Strafe des großen Karrens auf drei Monate eine infamirende Strafe ist, und auf solche daher, wenn sie nur eine so kurze Zeit dauern soll, nicht pflegt erkannt zu werden, so ist der Landesfürst bewogen worden, die erkannte dreimonatliche Karrenstrafe in eine Werkhausstrafe bis auf weitere Verordnung abzuändern. Uebrigens ist auf obgedachten Umstand in der Folge zu achten und auf die Strafe des großen Karrens nicht anders, als wenn solche wenigstens auf zwei Jahre zu erkennen ist, in Zukunft zu sententioniren. Landesf. Rescr. v. 19. Decbr. 1782.

Da die Strafe des großen Karrens eine infamirende Strafe ist, und folglich, wenn das Verbrechen von der Art ist, daß ein Delinquent nur auf kurze Zeit zum Karren condemnirt werden kann, nicht Statt findet, so soll bei dergleichen Erkenntnissen zur Regel genommen werden, daß auf die Strafe des großen Karrens nicht anders zu erkennen, als wenn das Verbrechen sich zu einer zweijährigen Karrenstrafe qualificirt. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 7. Febr. 1785. \*)

cf. Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßpfahls, die Züchtigung und das Verhältniß der Karren-, Zuchthaus-, Zwangsarbeits- und Gefängniß-Strafe u. betr., §. 3. — Rescr. des herzogl. Landes-Gerichts v. 3. August 1829. (Bege II. p. 58.) — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel betr., Reglement über die Militairstrafen Art. 3.

### Kartenspiel.

S. Glück- und Hazardspiele.

### Kartenstempel.

Durch die mit der Stempelsteuer vorgenommene Veränderung sind die ältern Verordnungen \*\*) in Betreff des Kartenstempels völlig aufgehoben. S. Verord. v. 29. Octbr. 1821, die Stempelsteuer betr., insbesondere §§. 10 und 21. — Bekanntmachung des Landes-Steuer-Collegii v. 24. Januar 1831. (Bege III. p. 349.) — Gesetz v. 7. Mai 1835, die Festsetzung der Grundabgaben, der directen persönlichen Abgaben und der Stempelsteuer auf Courantgeld betr., §. 7.

### Kartoffeln, Anbau derselben.

S. Gartenfrüchte, Anbau derselben.

### Kauf, ob derselbe die Miethe bricht.

S. Grundstücke, ob deren Verkauf die Miethe bricht.

\*) Dieses Rescript ist in Inquisitionen-Sachen gegen den Juden Samson Alexander, in puncto furti, und ein gleichlautendes landesf. Rescript ist auch an fürstl. Regierung zu Blankenburg unterm 3. Octbr. 1785 ergangen, mit dem Beifügen, daß die Strafe des kleinen Karrens nur in delictis levioribus Statt finde, weil die dazu Condemnirten nur zum Rittschlagen und zu anderer Arbeit gebraucht, und gar nicht in den Karren gespannt würden, auch nicht bei den andern Karren-Gefangenen, sondern in der Wache blieben, worauf also in decidendo zu achten sei.

\*\*) Jedes Spiel Karten mußte auf dem Packhose zu Braunschweig gestempelt und dafür von den schlechten deutschen Karten sechs Pfennige und von allen übrigen ein Guter Groschen zum Besten der Wittwen, Waisen und Armen bezahlt werden. Die ins Ausland zu versendenden wurden mit einem Freistempel versehen. Jeder Hauswirth, in dessen Hause ein Spiel ungestempelter Karten gefunden wurde, sollte in eine Strafe von 10 Thlr. verfallen, welche halb der Obrigkeit und halb dem Denuncianten zufiel. Derjenige, welcher eine Anzahl ungestempelter Karten, gleichviel ob zu seinem oder anderer Gebrauche anschaffte, sollte für jedes Spiel 10 Thlr. zahlen und außerdem noch dem Befinden nach bestraft werden. Unvermögende Contravenienten wurden mit Gefängnißstrafe belegt. Die Obrigkeiten sollten von Amts wegen auf die Contraventionen achten. Diese Bestimmungen enthielten die landesf. Verordnungen v. 2. Januar 1744, 20. März 1745 und 5. Decbr. 1768.

## Kauf-Contracte.

## E. Contracte — Handlungen, gerichtliche.

## Kaufgarn.

Um zu verhüten, daß künftig noch durch den Aufkauf des Garns auf dem Lande fast gar kein Garn mehr zu Markte in die Städte gebracht wird und hier durch die dritte Hand aufs Theuerste gekauft werden muß, wird verordnet, daß hinfüro auf dem Lande weiter keiner das Garn zum feilen Verkaufe aufzukaufen sich unterstehen soll, bei Vermeidung der Confiscation, auch dem Befinden nach härterer Strafe. \*) Es bleibt jedoch einem Jeden, und in specie den Leinewebern unversehrt, zu ihrem Behufe Garn auf dem Lande zu erhandeln. Zur Erleichterung der Unterthanen in den Dörfern, welche Garn zu verkaufen haben, und weiter als eine halbe Meile von den Städten wohnen, sollen die Garnhändler und Kaufleute auf allen Dörfern, so eine halbe Meile von den Städten und weiter, oder an den Landesgränzen gelegen, gewisse Leute bestellen, welche den Bauersleuten die zum Verkaufe gebrachten einzelnen Löpfe um den jedesmaligen in den Städten geltenden Preis abnehmen. Wenn die Kaufleute sich in Bestellung dergleichen Abnehmer auf dem platten Lande säumig finden lassen, soll die Obrigkeit sothane Verfassung für sich zu machen befugt sein, da sich denn die Kaufleute selbst zu imputiren haben, wenn ihnen dadurch in ihrem Handel und Gewerbe etwas entgeht. Landesf. Verordn. v. 8. April 1723.

Da dem für das Land sehr nützlichen Garnhandel durch die unrichtige Maaße des Haspels und durch das nicht vollzählig gehäspelte Kaufgarn sehr geschadet wird, so wird, um diesem Unwesen zu steuern, folgendes verordnet:

1) Ein Jeder, der Kaufgarn spinnt oder spinnen läßt, soll sich keines Haspels bedienen, der nicht in der Landesmaaße drei und drei Viertel-Ellen hält; \*\*) gestalt denn überhaupt alle in hiesigem Lande zu gebrauchende Haspel von obgedachter Weite im Umfange sein, und die unrichtigen sofort danach umgeändert werden sollen. 2) Damit der Haspel nicht nach Willkühr und betrügerlicher Weise verkürzt werden könne, so sollen sämtliche Haspelstangen tüchtig besetzt, \*\*\*) mit einem in die Augen fallenden Zeichen gebrannt, durchaus keine lose Stange, Kruck oder Knie gebildet, und der Drechsler mit 5 Thlr. bestraft werden, der einen Haspel unter  $3\frac{1}{4}$  Ellen im Umfange weit, auch wohl gar mit einer losen Stange, einem Kruck oder Knie verfertigt, verkauft, und den Haspel mit seinem Namen und dem Orte seines Aufenthalts nicht bezeichnet hat. 3) Die in jeglichen Orten jetzt vorhandenen und zu  $3\frac{1}{4}$  Ellen in der Maaße und Festigkeit der Stangen richtig befundenen Haspel sollen unter zuverlässiger Aufsicht der Obrigkeit in den Städten und auf dem Lande ohne Ausnahme mit dem Brandeisen gezeichnet, und nach der Richtigkeit der Haspel von Zeit zu Zeit unvermuthet visitirt, †) auch auf den Landgerichten danach Umfrage gehalten werden. 4) Der unrichtige Haspel soll das erste Mal confiscirt, bei dem zweiten Contraventionsfalle aber nicht nur der Haspel, sondern auch das vorgefundene mit dem unrichtigen Haspel gehäspelte Garn zugleich confiscirt, bei dem dritten Vorfalle hingegen der Contravenient als ein halbstarrer Betrüger mit einem bemerklichen Zeichen seines Verbrechens öffentlich an den Pfahl gestellt, und der

\*) cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837; insbesondere §. 50.

\*\*) Nach der Tax-Ordn. v. 29. Novbr. 1645. Tit. II. und den landesf. Verordnungen v. 11. Octbr. 1697, 21. Novbr. 1715, 20. Novbr. 1734 und 8. August 1744 sollte das Kaufgarn nur auf solchen Haspeln gehäspelt werden, die nicht mehr und nicht weniger als vier Ellen im Umfange hielten.

\*\*\*) Dasselbe bestimmten schon die Verordnungen v. 21. Novbr. 1715 und 8. August 1744, welche zugleich vorschrieben, daß die Haspelstangen unten, wo sie im Centrum festgemacht würden, mit Querspflöcken versehen und tüchtig besetzt werden sollten.

†) Sowohl das Zeichnen der richtigen Haspel mit dem Brandeisen, als auch das genaue unvermuthete Nachsehen der Haspel, welches alle Vierteljahr geschehen sollte, schrieb schon die Verordn. v. 11. Octbr. 1697 vor.

unrichtige Haspel ganz in Stücke geschlagen werden. \*) 5) Kein Kaufgarn soll für aufrichtiges Kaufgut geachtet, und bei willkürlicher Strafe wissentlich eingekauft und debitirt werden, welches nicht über einen  $3\frac{3}{4}$  Ellen weiten Haspel gehaspelt ist, jeder Lopp nicht volle zehn Bind, und jedes Bind nicht volle neunzig Faden hält. \*\*) 6) Betrüglich gehaspeltes Garn soll sofort confiscirt und an die Armen-Anstalten gegen einen Schein, daß das Garn die verordnete Maaße und Gehalt nicht gehabt, abgeliefert werden. \*\*\*) Weil auch 7) die Erfahrung bestätigt hat, daß unbefugte Garnsammler und Packenträger auf dem Lande den meisten Unterschleif gemacht, das betrüglche Haspeln des Garns begünstigt, und der Garnhandlung und dem Credite des Garnhandels beträchtlich geschadet haben, so sollen dergleichen Hausir-sammler und Packenträger auf dem Lande nicht mehr geduldet, sondern sofort arretirt, und dem Befinden nach ins Werkhause geliefert, der an entfernten Orten angesetzte Garnhändler aber in den gehörigen Schranken und in der dem Garnhandel nützlichen Verbindlichkeit erhalten werden. Diese Verordnung soll mehrmals von den Kanzeln verlesen werden. Landesf. Verordn. v. 19. Septbr. 1776. (Br. Anz. v. 1776. Nro. 76.)

Die Obrigkeiten sollen die sämtlichen Haspel nach Maaßgabe der in vorstehender Verordnung enthaltenen Vorschrift einrichten lassen, auch künftig über den ganzen Inhalt dieser Verordnung mit Nachdruck halten und die Visitationen von Zeit zu Zeit anstellen zu lassen nicht verabsäumen. Landesf. Ausschreiben v. 3. Octbr. 1776.

Die Obrigkeiten sollen verfügen, daß die richtig befundenen oder rectificirten Haspel von dem Holzdrechslern, der solche bei der Besichtigung richtig befunden oder rectificirt hat, mit dem ersten Buchstaben seines Namens am untersten und obersten Ende eines jeden Arms, nämlich unterm Kruck und an der Nabe bezeichnet, demnächst aber auf den Amts- oder Gerichtsstuden mit einer von Band zu verfertigten  $3\frac{3}{4}$  Ellen haltenden genauen Maaße aufs Neue überschlagen, und zu besserer Controle bei den Visitationen nach vorbefundener Richtigkeit mit dem Amts- oder Gerichtszeichen auf dem Stabe gebrannt werden. Landesf. Ausschreiben v. 5. Decbr. 1776.

Die Obrigkeiten sollen auf den Inhalt obiger Verordn. v. 19. Septbr. 1776 mit Nachdruck halten, besonders aber die im Art. 3 derselben, und nachher noch besonders unterm 3. Octbr. 1776 verordnete öftere unvermuthete Visitation der Haspel anzustellen nicht verabsäumen, und selbige zugleich auf das bei den Garnspinnern etwa sich vorfindende Garn, ob solches von richtiger Maaße und vollzählig ist, als weshalb es hin und wieder von den Unterbedienten nachzuzählen und zu überschlagen, mit erstrecken. Mit den bei der Visitation sich vorfindenden unrichtigen Haspeln und Garnen aber sollen die Obrigkeiten nach Inhalt

\*) cf. Gesetz v. 30. März 1837, die Maaß- und Gewichts-Ordnung betr., §. 39 sqq. und die Verordn. v. 28. Octbr. 1837, die Ausführung dieses Gesetzes betr., §. 8. Nro. 4. — Nach der Verordn. v. 11. Octbr. 1697 sollten die zum andern Male bei jemandem unrichtig befundenen Haspel zerschlagen und die Eigenthümer außerdem noch mit 1 Thlr. bestraft werden, wovon die eine Hälfte der Angeber und die andere die Orts-Obrigkeit erhalten sollte.

\*\*) Die Tax-Ordn. v. 29. Novbr. 1645. Tit. II. und die Verordn. v. 11. Octbr. 1697, 21. Novbr. 1715, 20. Novbr. 1734 und 8. August 1744 bestimmten die Zahl der Gebinde für einen Lopp gleichfalls auf zehn, dagegen aber die Fadenzahl eines Gebindes auf hundert.

\*\*\*) Dasselbe schrieb schon die Verordn. v. 20. Novbr. 1734 vor, worin aber zugleich noch bestimmt wurde, daß häufig in den Häusern der Garnkäufer, wenn dahin Garn zum Kaufe gebracht würde, visitirt und derjenige, bei welchem sich betrüglich gehaspeltes Garn vorfinde, in eine angemessene Geldstrafe genommen, das Garn aber confiscirt werden und davon  $\frac{1}{3}$  dem Publicum,  $\frac{1}{3}$  der Obrigkeit und  $\frac{1}{3}$  den Visitatoren zufallen solle. Diese Visitationen in den Häusern der Garnkäufer wurden durch die landesf. Declarat. v. 29. Decbr. 1734 wieder abgestellt und dagegen die Garnhändler, welche betrüglich gehaspeltes Garn kaufen und für richtig und voll verkaufen oder außer Landes senden würden, zum ersten Male mit willkürlicher Geldstrafe und zum zweiten Male mit Verlust der Garnhandlung bedroht.

der Verordnung ohne Nachsicht verfahren, auch zu mehrerem Eindruck von Zeit zu Zeit durch die Unterbedienten die besonders an Markttagen in den Häusern der Garn-Aufkäufer sich häufig anfindenden Verkäufer in Rücksicht ihres bei sich habenden Garns, ob solches von richtigem Gehalte und Maaße, jedoch nur im Fall der Garn-Aufkäufer damit zufrieden ist, visitiren lassen, überhaupt aber den Garnhändlern zu Abstellung der Contraventionen hierunter auf alle mögliche Weise beförderlich sein. Landesf. Ausschreiben v. 5. Novbr. 1778.

Da der Credit des hiesigen Garns bei den Auswärtigen in alle Wege aufrecht erhalten werden muß, so sind die Beamten und Obrigkeiten nochmals angewiesen, so viel an ihnen ist, auf die genaueste Befolgung der unterm 19. Septbr. 1776 ergangenen, die Maaße des Haspels und den Gehalt des Kaufgarns betreffenden Landes-Verordnung, welche ferner alle Jahre zu verschiedenen Malen und besonders um Michaelis und Weihnachten von den Kanzeln wörtlich verlesen werden soll, sorgfältig Acht zu haben, auch sogleich eine strenge Visitation der Haspel bei den Unterthanen, auch der Garne, in specie bei den Garn-Aufkäufern auf dem Lande, in ihren Gerichts-Bezirken zu verfügen, und die falsch befundenen Haspel mit Vorbehalt der weitem Strafe gegen die Contravenienten ohne Anstand zerschlagen zu lassen, das unrichtig befundene Garn aber, es sei in der Maaße oder im Gehalte, zu confisciren, hiernächst aber auch von Zeit zu Zeit mit ähnlichen unvermutheten Visitationen zu continuiren und gegen die Contravenienten nach Vorschrift der Verordnung ohne Nachsicht zu verfahren. Landesf. Circular-Rescript v. 8. Juni 1786.

Mit Wiederholung der wegen der Maaße des Haspels und des Gehalts des Kaufgarns unterm 19. Septbr. 1776 erlassenen Verordnung ist, um dem bisherigen Betrüge in der Maaße und der Fadenzahl so viel thunlich noch weiter zu begegnen, und den Credit des hiesigen Garns aufrecht zu erhalten, fernerweit verordnet, daß 1) hinfüro durchgehends, den Weser-District ausgenommen, nur eine Art des Linnen-Garnhaspels, welcher im Umfange nicht mehr und nicht weniger, als gerade  $3\frac{3}{4}$  Ellen nach der Landesmaaße halten soll, hier im Lande geduldet, auch bis auf den Weser-District kein anderes Linnengarn, es sei zum Werweben oder zum Verkaufe, zu eigenem oder fremdem Gebrauche, grob, mittelmäßig oder fein, anders als das Gebind zu 90 Faden, da denn 10 solcher Gebinde einen Popp oder ein Stück ausmachen, gehaspelt werden solle. Und wie solchemnach auf gleiche Weise, als neuerlich im Hannoverschen und Hildesheimischen geschehen, aller Unterschied zwischen Kauf- und Haus- oder sogenanntem Wirkegarn, welches letztere bisher zu 4 Ellen weit und 100 Faden im Gebind gehaspelt worden, hiermit gänzlich aufgehoben wird, so sollen 2) alle vorhandene Haspel, welche über, oder wohl gar der oben angezogenen Verordnung entgegen, noch unter  $3\frac{3}{4}$  Ellen im Umfange haben, oder so eingerichtet sind, daß der Hammer 100 Faden im Gebinde angiebt, gleich nach Publication dieser Verordnung, und sobald es nur immer thunlich ist, folgender Gestalt umgeändert und eingerichtet werden, daß

- a) der Umfang genau  $3\frac{3}{4}$  Ellen halte,
- b) der Hammer 90 Faden im Gebinde zähle und angebe, und
- c) keine Auszüge oder Einschläge, noch lose Stangen, Krucke und Kniee, als welche ohnehin schon längst verboten, daran bleiben, sondern vielmehr sämmtliche Haspelstangen oder Arme tüchtig befestigt, auch allenfalls mit Eisendrath vernietet, die daran vorhandenen Auszüge oder Einschläge aber gänzlich davon genommen, und statt derselben feste und ganze Stangen eingesetzt werden.

Wenn dieses geschehen, sollen die abgeänderten Stangen oder Arme, oder welche noch nicht gehörig gezeichnet vorgefunden, unten nahe an der Nabe oder Scheibe, und oben nahe unter den Krucken oder Querstangen von demjenigen Drechsler, welcher die Veränderung verrichtet, vorschriftsmäßig gezeichnet, auch solche geänderte Haspel, wenn sie von Obrigkeit wegen durch die Unterbedienten gehörig untersucht und richtig befunden, den vorhin ergangenen Verordnungen gemäß mit dem Brandeisen gezeichnet, und



hinsüro überall keine Haspel, als welche ordnungsmäßig mit einem gerichtlichen Zeichen versehen, hier im Lande geduldet werden. Uebrigens kann diese ein für alle Mal hiernach zu beschaffende Einrichtung und Umänderung der vorhandenen Haspel den Spinnern über 4 bis 6 Mgr. pro Stück nicht kosten, indem zur Angabe der 90 Fadenzahl bei einem bisher 100 Faden zählenden Haspel nichts weiter erforderlich ist, als daß nur eines der 30 Zähne haltenden Triebräder verändert, und eines von 27 Zähnen dagegen gehörig angebracht werde. Sollten aber von den umzuändernden Haspeln einige von so schlechter Beschaffenheit sein, daß sie diese Umänderung und vorschriftsmäßige Einrichtung nicht leiden, so müssen selbige freilich zerschlagen werden, doch soll solchen Falls, wenn dieses notorische Arme trifft, für einen neuen Haspel von den Armen-Anstalten des Orts, wenn der Arme sich dabei meldet und seinen erlittenen Schaden gehörig bescheinigt, gesorgt, und so auch, um niemandem, besonders den Armen, mit der verordneten obrigkeitlichen Stempelung lästig zu fallen, für selbige von den Unterbedienten nichts genommen, sondern solche ex officio verrichtet werden. Um nun aber auch überzeugt zu sein, daß diesem allen von den Unterthanen also gelebt worden, so haben 3) acht Wochen nach der Publication dieser Verordnung die sämtlichen Obrigkeiten durch ihre Polizei- oder Amts- und Gerichts-Unterbedienten durchgängig und ohne Ausnahme eine genaue Visitation in ihrem Gerichts-Bezirk deshalb anstellen zu lassen, und soll in dieser Polizeisache ein Jeder ohne Unterschied sich dieser landesfürstlich angeordneten allgemeinen Visitation nach der Richtigkeit der Haspel willig unterwerfen. Wird nun hierbei wider Erwarten noch der eine oder andere Haspel gefunden, welcher obiger Vorschrift gemäß in dem einen oder andern Stücke noch nicht eingerichtet worden, so soll selbiger dem Inhaber abgenommen und dessen Berichtigung auf seine Kosten von Obrigkeit wegen veranstaltet, sodann aber ihm derselbe zurückgegeben, jedoch er dabei in eine Geldstrafe von 24 Mgr., wovon die Hälfte dem Polizei- oder Gerichtsbedienten, welcher den unrichtigen Haspel entdeckt, zu reichen ist, genommen werden. 4) Auf oben beschriebene Art sollen auch künftighin, von Publication dieser Verordnung an, alle neue Haspel verfertigt, eingerichtet und von den Drechslern mit den Anfangsbuchstaben ihres Namens, wie schon bisher verordnet, bezeichnet, zur Untersuchung producirt, und nach befundener Richtigkeit von Obrigkeit wegen, wofür den Unterbedienten 2 Mgr. pro Stück zugebilligt, gebrannt oder geächtet werden. \*) 5) Derjenige aber, welcher hinsüro diesem zuwider neue Garnhaspel verfertigt oder verkauft, welche

- a) mehr oder weniger als  $3\frac{3}{4}$  Ellen im Umfange halten,
- b) mehr oder weniger als 90 Faden im Gebinde durch den Hammer angeben, lose Stangen, bewegliche Krücke und Kniee, Auszüge oder Einschläge haben, oder
- c) vorbeschriebenermaßen von den Drechslern nicht gezeichnet, noch von Obrigkeit wegen gebrannt sind,

soll zum ersten Male in 5 Thaler, zum zweiten Male in 10 Thaler Geld- oder verhältnismäßige Gefängnißstrafe, zum dritten Male aber als ein halsstarriger Betrüger dem Befinden nach mit scharfer Leibesstrafe belegt werden. Auch sollen 6) alle fremde und auswärtige Haspel, damit dadurch nicht zu neuen Unordnungen Gelegenheit gegeben werde, in das Land überall nicht weiter gelassen werden, und wird also deren Einfuhr auf die Jahrmärkte und sonst in die Städte und Dorfschaften hiermit gänzlich verboten, und haben die Obrigkeiten, wenn ausländische Verkäufer sich damit anfinden, selbige zum ersten Male unter Eröffnung dieses Verbots damit zurück zu weisen, wenn sie aber dennoch wieder kommen, oder wohl gar heimlich die Haspel einzubringen suchen, selbige zu confisciren und sofort zerschlagen zu lassen. Wenn nun 7) bei der solcher Gestalt endlich beschafften allgemeinen gleich richtigen Maaße und Einrichtung der Haspel, nach welcher sie nunmehr dasjenige wirklich messen, was sie messen sollen,

\*) cf. Verordnung v. 28. Octbr. 1837, die Ausführung der Maaß- und Gewichts-Ordnung v. 30. März 1837 betr., §. 8. Nro. 4.

daß sogenannte zehnmalige Blind- oder Fehlhäspeln bei dem Kaufgarn nebst allen übrigen Entschuldigungen, welche von den Spinnern bei der befundenen Unrichtigkeit der Fadenzahl oftmals vorgebracht worden, von selbst wegfällt, und es nun ein vorsätzlicher und offener Betrug wird, wenn der Spinner auch nur Einen Faden an den festgesetzten 90 Faden fehlen läßt, so soll hinfüro gegen dergleichen falsche Spinner, außer der weiter unten verordneten Confiscation des Garns, wenn sie der Obrigkeit bekannt werden, als vorsätzliche Betrüger verfahren werden, und wie solchemnach also das Garn, welches 86, 87, 88 oder 89 Faden zählt, und welches man bisher, wiewohl verordnungswidrig, für vollzählig passiren lassen, \*) für betrügliches und falsches Garn erklärt wird, so haben auch die Aufkäufer und Garnsammler auf dem Lande und in den Landstädten, so wie die Großhandlungen zu Braunschweig und Wolfenbüttel dergleichen wissentlich anzukaufen sich wohl zu hüten, widrigen Falls gegen selbige, wie unten verordnet, und dem Befinden nach noch härter, gleichfalls mit Nachdruck verfahren werden soll. Um aber auch der ordnungsmäßigen Einrichtung der Haspel und der gehörigen Fadenzahl des Garns, und daß dabei sich nicht wieder neue Mißbräuche und Unrichtigkeiten einschleichen, für beständig gewiß zu sein, sollen 8) alle und jede Obrigkeiten, außer der §. 3 verordneten Hauptvisitation, in der Folge ferner, wie schon mehrmals verordnet, fleißig, und besonders zu der Zeit, wo die Spinnerei am Stärksten betrieben wird, die Haspel in den Häusern der Spinner unvermuthet visitiren, insonderheit aber das sich findende Kaufgarn bei selbigen durch die Unterbedienten besichtigen und nachzählen lassen. Findet sich dann dabei ein unrichtiger Haspel, so wird solcher dem Inhaber abgenommen, und damit solcher Gestalt, wie oben §. 3 verordnet, verfahren; das betrüglich gehäspelte Kaufgarn aber, welches bei dieser Gelegenheit sich vorfindet, wird von der Obrigkeit confiscirt, und damit es nicht in den Handel komme, einem sichern Leineweber zum Verweben überlassen, und die Hälfte des dafür von diesem erlegten Werthes dem Gerichtsbedienten oder Denuncianten zugebilligt, die andere Hälfte aber an die Armen-Anstalten jedes Orts eingesandt. Gleicher Gestalt sind 9) dergleichen ähnliche unvermuthete Visitationen bei den Garnsammlern und Aufkäufern anzustellen, und wenn bei selbigen betrüglich gehäspeltes Garn, welches sie wissentlich oder auch ohne gehörige Vorsicht angekauft oder ankaufen lassen, vorgefunden wird, so ist das Garn gleichfalls zu confisciren und damit weiter, eben so wie oben am Schluß des §. 8 verordnet, zu verfahren, überdem aber noch ein solcher Garnsammler oder Aufkäufer mit einer dem Werthe des Garns gleichen Geldstrafe und, wenn mehrmals bei selbigem sich der Fall ereignet, mit dem Verluste der Concession, oder dem Befinden nach noch härter zu bestrafen. Ist aber das zu confiscirende Garn von Erheblichkeit, so ist davon zuvor noch an fürstliche Geheime Rathsstube zu berichten und deren Resolution darüber zu gewärtigen. Uebrigens muß jedoch selbst in solchem Falle, wenn der Garnsammler oder Aufkäufer wegen des aufgekauften unrichtigen Garns solche Entschuldigungen vorzubringen wüßte, weshalb er mit obigen Strafen nicht wohl belegt werden könnte, das unrichtige Garn ihm nicht gelassen, sondern von den Obrigkeiten fürerst unter Siegel genommen, und von selbigen dafür gesorgt werden, daß solches entweder umgehäspelt, oder von einem sichern Leineweber, damit das Garn als Garn nicht wieder in den Handel komme, verwebt werde. 10) Es versteht sich von selbst, daß auch die in Braunschweig und zu Wolfenbüttel mit Kaufgarn en gros handelnden Kaufleute bei gleicher Strafe und übrigen ernstlichen Einsehen wissentlich kein unrichtiges Garn kaufen noch debittiren dürfen, sondern es wird ihnen vielmehr zur Schuldigkeit gemacht, wenn ihnen dergleichen zum Ankauf angeboten wird, selbiges der Obrigkeit sofort anzuzeigen, damit von dieser, wegen eventueller Confiscation solchen Garns, auch

der

\*) In der Verordn. v. 20. Novbr. 1734 war gesagt, daß, wenn an einem Lappe oder Gebinde einige wenige Faden, die beim Häspeln abgerissen wären, fehlten, oder auch der Lapp, wenn er in einer warmen Stube gehäspelt worden, etwas eingetrocknet sei und dadurch an der gesetzlichen Länge etwas Geringes verloren habe, und keine Vermuthung wegen eines Betrugs dahinter stecke, es damit so genau nicht genommen werden solle.

der zu erlegenden Geldstrafe oben bestimmtermaßen verfahren werden könne. Kommt ihnen aber dergleichen beim einzelnen Ankaufe, oder in Partien bei den Garnsammlern oder Concessionisten vor, so haben sie in beiden Fällen solches anzuhalten und an die Armen-Anstalten abzuliefern, auch im ersten Falle, wenn sie den Spinner kennen, solchen der Obrigkeit zur weitem Bestrafung namhaft zu machen, so wie auch im letzten Falle der Obrigkeit des Orts, wo der Concessionist sein Domicil hat, davon Anzeige zu thun. Nicht weniger vertrauet man zu ihnen, daß sie, ihres eigenen Credits eingedenk, das unter den Garnen beim Sortiren, aller beim Einkauf angewandten Vorsicht ungeachtet, sich dennoch findende unrichtige Garn nicht versenden, sondern solches vielmehr zuvor gehörig umhaspeln lassen werden, wie denn, wenn wider Erwarten der eine oder andere von ihnen sich dennoch einer wissentlichen Versendung unrichtigen Garns zu Schulden kommen ließe, die ernstliche Bestrafung desselben an Gelde ad *pias causas*, oder sonst wohl gar mit Legung des Handels hiermit vorbehalten wird. Uebrigens bleibt es 11) in Ansehung des Aufkaufs der Garne und des Handels damit bei der hiesigen Landesverfassung, nach welcher niemand auf dem Lande und in den Landstädten, welcher nicht besonders deshalb privilegirt und beeidigt ist, dergleichen treiben darf; doch sind die Spinner keinesweges an die in ihrem Wohnorte angelegten Garnhändler gebunden, sondern es bleibt ihnen unbenommen, ihr Garn, wo sie die beste Bezahlung erhalten, zu verkaufen. Und wie also die auf dem Lande und in den Landstädten angelegten und durch Concession oder Gildeverfassung privilegirten Garnhändler oder vielmehr Garn-Aufkäufer auf ihre Concession und den solcherhalb geleisteten oder noch zu leistenden Eid hiermit verwiesen werden, so sind 12) der älteren Verordnung gemäß alle unbefugte Garnsammler und Packenträger, oder sonstige dergleichen Hausirer, sie mögen In- oder Ausländer sein, auf dem Lande und in den Städten schlechterdings nicht zu dulden, sondern selbige im Betretungsfalle sofort zu arretiren und dem Befinden nach an das hiesige Werkhaus abzuliefern. Daß bei ihnen betroffene Garn aber ist zu confisciren, an sichere Leineweber zu verkaufen und das daraus gelösete Geld zur Hälfte den Denuncianten oder Gerichts-Unterbiedenten zuzubilligen, und die andere Hälfte an die Armen-Anstalten jedes Orts abzuliefern. Ist jedoch der Vorfall von Erheblichkeit, so muß davon zuvor an fürstliche Geheime Rathsstube berichtet und darüber weitere Verhaltung eingeholt werden. Endlich ist nun zwar 13) nicht zu befürchten, daß durch die hiernach eingeführte allgemeine Gleichheit der Haspel bei den Unterthanen in ihren Berechnungen mit den Leinewebern, oder auch bei letztern selbst erhebliche Irrungen veranlaßt werden dürften, inmaßen dabei nur zum Grundsatz angenommen werden kann, daß, wenn ein Stück über den bisherigen 4 Ellen haltenden Haspel zu 100 Faden im Gebinde bei richtiger Haspelung 4000 Ellen enthalten habe, selbiges hinfüro über den neuen allgemein gleichen, oder nun durchgehends eingeführten  $3\frac{3}{4}$  Ellen haltenden Haspel 3375 Ellen halte, mithin von dem letztern 32 Stück oder Popp so viel thun als 27 von dem ersteren, gleichwohl aber ist dennoch zum Uebersuß, um allen Irrungen zwischen den Spin- nern und Webern vorzubeugen, noch eine detaillirte Tabelle von dem Verhältnisse zwischen dem alten und neuen Haspel dieser Verordnung angehängt.

Diese Verordnung soll alle Jahre zu verschiedenen Malen und besonders um Michaelis und Weihnachten von den Kanzeln wörtlich verlesen werden. Landesfürstliche Verordnung vom 11. December 1786.

V e r h ä l t n i ß  
zwischen dem alten und neuen Haspel.

Alter Haspel.												Neuer Haspel.		
Stücke.		betragen										Stück.	Gebind.	Faden.
31	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	2	86 $\frac{2}{3}$
31 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	8	80
35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41	4	73 $\frac{1}{3}$
35 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42	—	66 $\frac{2}{3}$
36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42	6	60
36 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	2	53 $\frac{1}{3}$
37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43	8	46 $\frac{2}{3}$
37 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44	4	40
38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45	—	33 $\frac{1}{3}$
38 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45	6	26 $\frac{2}{3}$
39	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	2	20
39 $\frac{1}{2}$	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46	8	13 $\frac{1}{3}$
40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47	4	6 $\frac{2}{3}$

In Gemäßheit vorstehender Verordnung, wodurch der Unterschied zwischen Kauf- und Wirke-Garn gänzlich aufgehoben ist, sind die Obrigkeiten nochmals erinnert, auf die Befolgung derselben mit Nachdruck zu halten, und zur Erreichung dieses Zwecks nicht nur die in der Verordnung vorgeschriebenen Visitationen in Ansehung der Haspel und Garne von Zeit zu Zeit unvermuthet vorzunehmen, sondern auch den Garn-Aufkäufern und Garnhändlern zu intimiren, daß sie nach ihren Pflichten auf die Richtigkeit der Maaße und Fadenzahl der Garne bei dem Einkaufe sorgfältig achten, und betrüglisches Garn wirklich durchaus nicht erstehen, sondern damit nach Vorschrift der Verordnung verfahren sollen. Landesf. Circular-Rescript v. 22. März 1793.

Um der außs Neue überhand nehmenden Unrichtigkeit der Linnen-Garne in der Maaße und Fadenzahl mit Ernst zu steuern und dadurch dem Lande den Credit der hiesigen Garne im Auslande zu erhalten, wird den Obrigkeiten die Aufrechterhaltung und strenge Befolgung der Verordnung v. 11. Decbr. 1786 empfohlen und ihnen aufgegeben, eine allgemeine Visitation der Haspel im Gerichts-Bezirk vorzunehmen, wobei dieselben mit den unrichtig befundenen Haspeln nach Vorschrift der Verordnung verfahren, auch bei solcher Gelegenheit die bei den Spinnern sich vorfindenden Garne thunlichst nachzählen lassen und mit dem unrichtig befundenen Garne gleichfalls nach Vorschrift der Verordnung verfahren, nicht minder den Garnsammlern intimiren sollen, daß sie auf die Richtigkeit der Garne bei dem Einkaufe thunlichst zu achten, oder, wenn sie ihrem Eide zuwider darin conniviren, zu gewärtigen haben sollen, daß sie dem Befinden nach außer der Confiscation der unrichtigen Garne mit dem Verluste ihrer Concession bestraft werden. Landesf. Rescript v. 23. Decbr. 1796.

Die höchste Verordnung v. 11. Decbr. 1786, diesen Gegenstand betreffend, ist nicht allein wörtlich erneuert, sondern auch dahin geschärft, daß ein Jeder, welcher bei der Garnspinnerei, es sei in der Maaße oder Fadenzahl eines Betrugs überführt wird, außer der Confiscation des Garns anoch mit achtägigem Gefängnisse bestraft werden soll. Die Verordnung soll, damit sich niemand mit der Unkenntniß derselben entschuldigen könne, nicht nur an öffentlichen Orten angeschlagen, sondern auch alle Vierteljahre von den Kanzeln wörtlich verlesen werden; die Obrigkeiten werden auf die genaue Beob-



achtung derselben bei Vermeidung eigener Verantwortung angewiesen. Landesf. Verordn. v. 22. Febr. 1802. \*) (Br. Anz. v. 1802. Nro. 23.)

Die unterm 22. Febr. 1802 gegen die Unrichtigkeit des Linnen-Garns in der Maaße und Fadenzahl erlassene Verordnung soll um Weihnachten und Michaelis von den Kanzeln verlesen werden, \*\*) und die Prediger sollen bei schicklicher Gelegenheit die Gemeinden auf die Nothwendigkeit der Beobachtung von Treue und Glauben im bürgerlichen Leben und die Nachtheile von dem Mangel derselben aufmerksam machen. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium v. 6. Novbr. 1804.

Da aufs Neue über die wieder überhand nehmende Unrichtigkeit der Linnen-Garne in der Maaße und Fadenzahl Beschwerden eingegangen sind, dieser groben Betrügerei bei dem Garnhandel aber mit Ernst gesteuert werden muß, wenn ein so wichtiger Nahrungsweig dem Lande erhalten werden soll, so soll nicht nur mit mehr Nachdruck als bisher auf die Befolgung der unterm 11. Decbr. 1786 erlassenen und unterm 22. Febr. 1802 erneuerten Verordnung gehalten, sondern es sollen auch besonders fleißige Visitationen vorgenommen und die Contravenienten ohne Nachsicht bestraft werden. Landesf. Rescript v. 6. Novbr. 1804.

cf. Rescript herzogl. Cammer-Collegii v. 30. Septbr. 1826. (Bege I. p. 381.) — Maaß- und Gewichts-Ordnung v. 30. März 1837. §§. 6 und 29. — Verordnung, die Ausführung der Maaß- und Gewichts-Ordnung betr., v. 28. Octbr. 1837. §. 8. Nro. 4.

## Kaufgeld.

### E. Subhastation.

## Kaufgeld für gestohlene Sachen.

Da bei den dermaligen Kriegszeiten eingerissen ist, daß die sowohl im Lande als außer Landes geraubten Güter in den Städten und auf dem Lande aufgekauft, oder auf andere Weise erhandelt werden, und es dem Eigenthümer, besonders wenn die Sachen in dritte Hände gekommen sind, wegen des dafür geforderten Lösegeldes sehr schwer und fast unmöglich fällt, dieselben wieder zu erlangen, so wird zur Steuerung dieses Unwesens folgendes verordnet:

Es soll jedermann, wer er auch sei, er mag in hiesigen Landen seinen Aufenthalt, Gewerbe, Handthierung oder Durchzug haben, sich des Erkaufens, Erhandelns und Verpartirens der gestohlenen Güter und Mobilien gänzlich enthalten. Da aber jemand hierüber betreten würde, der dergleichen gestohlenen Gut wissentlich erhandelt, oder quavis ratione an sich gebracht hätte, so soll der- oder dieselbe nicht allein das gestohlene Gut ohne Restitution dessen, so dafür gegeben, oder was während der Zeit, als er es gehabt, respective an Futter und andern darauf gegangen, simpliciter und schlechterdings dem Eigenthums-Herrn, wenn derselbe das Eigenthum des angesprochenen Guts erweisen wird, auf sein gütliches oder gerichtliches Erfordern unweigerlich folgen lassen, sondern auch über das, sofern er davon, und daß es gestohlen sei, einige Wissenschaft gehabt, oder auf fleißiges Nachfragen wohl hätte haben können, in willkührliche Strafe an die Gerichte jedes Orts verfallen, auch da er solche Strafe mit Gelde abzutragen nicht vermögte, durch Gefängniß, oder nach Beschaffenheit der Umstände mit Leibesstrafe zu büßen und zu vergelten schuldig sein. Sollte aber das gestohlene Stück Gut von einem, der von keinem Raube einige Wissenschaft gehabt, noch vermuthlich hätte haben können, erkauft werden, so soll das gestohlene Gut dem Eigenthums-Herrn unentgeltlich, wie obsteht, restituirt und abgefolgt, auch der nothwendigen unentbehrlichen impensarum halber gestaltn Sachen nach rechtmäßige Anordnung und Bescheid von der Obrigkeit

\*) Diese Verordnung ist im Weser-Districte und im Blankenburgischen nicht publicirt.

\*\*) cf. Circular-Rescr. fürstl. Consistorii v. 9. Octbr. 1824. Nro. 3. (Bege I. p. 204.)

jedes Orts erfolgen, der Käufer aber wird mit der Strafe billig verschont, und mag er seinen Regreß an den, von welchem er es bekommen, wohl nehmen; es soll ihm auch gebührend hierin verholfen, und da man lediglich durch diese Maasse auf den rechten Fehler und Partirer kommen wird, an demselben, was der Strafe halber oben verordnet, unnachlässig exequirt, auch über und ohne solche Bestrafung dem, so er der Gestalt betrogen, das ausgezahlte Kaufgeld zu erstatten verurtheilt werden. Würde aber jemand aus christlicher guter Intention seinen befreundeten, benachbarten, oder sonst bekannten Nebenchristen zum zum Besten das unter fremden Händen angetroffene Gut an sich kaufen oder erhandeln, und solche gute Intention entweder dem Gerichte jedes Orts oder aufs Wenigste zweien beglaubten Männern vor, bei, oder jedoch alsbald nach der Erkaufung contestiren, auf den Fall, (zumal in diesem Falle nicht auf die gänzliche Verwendung, so sine facto veri domini nicht geschehen kann, sondern vielmehr auf die Erhaltung des Eigenthums, und damit es nicht gar abhanden kommen möge, gesehen wird) würde er damit nicht unbillig gehört, und ihm dasjenige, was er dafür erlegt, wieder entrichtet. Nach dieser Constitution soll dem klaren Buchstaben und Inhalte nach erkannt werden. Landesf. Verordn. v. 20. Octbr. 1646.

S. auch: Vindication gestohlener Sachen.

### Kaufgericht zu Braunschweig.

Die nach Anweisung des Art. 1 von den Kaufleuten unter sich zur Beförderung des Handels-Interesse gewählten zehn Handelsherren wählen aus ihrer Mitte sechs Mitrichter und Assessoren zu den auf beiden Messen besonders verordneten Kaufgerichten, und zwar drei zur ersten und drei zur zweiten Instanz, welche sie zur landesf. Confirmation präsentiren, und die dann alle Jahre, gleich den zehn Handelsherren, neu gewählt werden. Art. 2 der Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686.

Wie nun dieses Kaufgericht zur Beförderung des Handels und Wandels und zur schleunigen Abheilung der dahin privative gehörigen Sachen angeordnet ist, so soll es auch aus wenigen Personen bestehen, und das *judicium primae instantiae* besetzt sein mit zwei Rath's-Verwandten zu Braunschweig, die Gelehrte oder Kaufleute sind, von denen einer die Direction führt, das Gerichtssiegel verwahrt und in *paritate votorum* der Sache den Ausschlag giebt, und drei fremden Kaufgerichts-Herren, denen ein Gerichtsvoigt zum Referenten und Actuar zugeordnet wird; das *judicium appellationis* soll mit einem Bürgermeister, der zugleich Syndicus und Consiliarius der Stadt Braunschweig ist, mit drei Rath'sherren und drei fremden Appellations-Richtern \*) nebst einem Secretair besetzt werden. Die Gerichtspersonen der Stadt sollen von Bürgermeistern und Rath dem Landesfürsten präsentirt und von diesem confirmirt und, so oft es die Nothdurft erfordert, verändert werden. Ebendas. Art. 3.

Das Kaufgericht soll in der gewöhnlichen Rath's- und Gerichtsstube gehalten und gebühlich respectirt werden, allermassen an solchem Orte sich jeder friedlich und bescheiden ohne alle Ungebühr und Offension in Worten und Werken bei Vermeidung ernster Strafe betragen soll. Es soll aber nur allein in der Zeit des Marktes und so lange derselbe währt, bis zum Ausgange der Zahlwoche, weiter aber nicht gehalten, und sollen Urtheile nach solcher Zeit darin nicht gefällt werden; wenn aber das Gericht in Concurs- und andern vergleichen weitläufigen Sachen für nöthig befände, zwischen den Märkten den Proceß fortzusetzen, so mögen die fremden Gerichtsherren mit den hiesigen darüber gewisse Abrede nehmen, und sich *ratione modi procedendi* vergleichen, wonach die allhier bleibenden die Sache befördern, und nach geendigtem Proceße die Acten zum auswärtigen Rechtsspruche verschicken, \*\*) oder bis zum nächsten Markte die Sache verschieben mögen. Ebendas. Art. 4.

\*) Die Wahl der fremden Kaufleute zu Beisitzern des Kaufgerichts findet nicht mehr Statt, wenigstens finden sich solche in dem Gerichte nicht ein. Krügers Proceß §. 16.

\*\*) S. Actenverschickung.

Da denen, welche insbepondere grossiren, gestattet ist, einen Tag früher, als die Messe eingeläutet wird, also schon am Mittwoch, en gros zu verkaufen, so soll auch das Kaufgericht seine Sitzungen schon am Mittwoch vor eingeläuteter Messe anfangen. \*) Landesfürstliche Verordnung vom 31. Juli 1737.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 14. — Verordn. v. 12. Januar 1823, die Errichtung eines Vollmarkts in Braunschweig betr. — Verordn. v. 9. Juni 1825, die veränderte Gerichts-Verfassung betr., §. 7.

### Kaufgericht zu Braunschweig, Erscheinen vor demselben.

Alle und jede Personen, welche bei dem Kaufgerichte zu Braunschweig zu klagen, oder sich zu verantworten haben, sollen zwischen 9 und 12 Uhr gebührend erscheinen, oder, Falls sie vor 12 Uhr nicht erscheinen, und sich bei dem Gerichte melden, gewärtigen, daß sie an dem Tage nicht weiter admittirt, sondern auf des comparirenden Theils Ansuchen in die Unkosten der circumducirten Tagesfahrt condemnirt werden, oder nach Beschaffenheit der Sache wider sie in contumaciam was Recht ist erkannt wird. Verordn. des Kaufgerichts zu Braunschweig v. 13. August 1731.

### Kaufgericht zu Braunschweig, welche Sachen vor dasselbe gehören.

Vor das Kaufgericht zu Braunschweig sollen gebracht werden: alle in den Märkten vorfallende streitige Sachen, da einer zu klagen hat wider Kaufleute, Krämer, sowohl Christen als Juden, Factoren, Handwerker, Mäkler, Gutfertiger, Fuhrleute, Handelsdiener und Jungen, wegen Kaufens, Verkaufens und Vertauschens, wie auch Wechsel, Agio, Interesse, Marktschulden, so in den Braunschweigischen Messen contrahirt, oder von andern Orten zur Zahlung anher remittirt und verwiesen, wie auch wegen Anlehns, Binsen, Miethgelder, Fracht, übel vermahrter und beschädigter oder gar zu spät gelieferter Güter, und den Kaufleuten dadurch verursachter Beschwerden, Schadens oder Mißcredits, und in summa alle diejenigen Sachen, die zum commercio oder Handel und Wandel in den Messen immediate gehören, und davon herkommen und demselben anhängig sind, da die Beklagten allhier wohnen oder anhero handeln, und sie oder ihre Factoren, Güter, oder Handels-Effecten hier anzutreffen; diejenigen aber, so nicht Kaufleute sind und weder Handlung noch Laden haben, ob sie gleich sonst zu ihrem Gebrauche etwas kaufen oder nach Nothdurft verkaufen, worunter auch die Landleute, so ihr Korn, Vieh, Holz und dergleichen gemeine Landwaaren zu Märkte bringen, und die, so von ihnen kaufen, sollen nicht dem Kaufgerichte und dessen Subicatur, sondern dem ordentlichen Magistrate und dessen Jurisdiction unterworfen sein. \*\*) Markt-Gerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 5.

Vorstehender 5. Art. ist dahin declarirt, daß in dem Falle, wenn die Parteien, so die Messen zu Braunschweig frequentiren, durch die Meßhandlung mit einander in debet und credit gerathen, und major pars debiti et crediti aus der Meßhandlung herrührt, und die zwischen den Messen mit einander gesetzten und contrahirten Posten occasione der Meßhandlung veranlaßt worden, und in die mit einander habende Rechnung und Gegenrechnung mit einlaufen, solche der Gestalt zwischen den Messen con-

\*) cf. Bekanntmachung der Direction des Kaufgerichts v. 12. Januar 1816. (Br. Anz. v. 1816. Nro. 5.)

\*\*) Durch das landesf. Rescr. v. 30. August 1773 wurde bestimmt, daß die Lottobebienten, welche nach der landesf. Declaration v. 2. August 1773 ohne Unterschied, sowohl in den das Lotto und andere Geschäfte betreffenden, als auch in Contracts-, Commerz- und Wechsel-Sachen ausschließlich unter dem Lottogerichte standen, in Wechsel- und Commerz-Sachen der Gerichtsbarkeit des Kaufgerichts unterworfen sein sollten.

trahirte Nebenposten und Nebenhandlungen ob *connexitatem causae* mit vor das Braunschweigische Kaufgericht gezogen und allda decidirt werden sollen. Landesf. Declaration v. 13. Octbr. 1712.

S. auch: Leihhaus zu Braunschweig; Verordn. v. 9. März 1765. §. 39.

### Kaufgericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben.

Zuvörderst soll in allen Sachen die Güte mit besonderem Fleiße und mehrerem Ernste, als sonst in den Gerichten zu geschehen pflegt, tentirt, und, wenn sie in zweifelhaften Sachen das erste Mal nicht verfangen will, zu mehreren Malen nach Befinden damit angehalten, und demjenigen Theile, dessen Sache nicht auf gutem Grunde stände, sein Unfug beweglich vorgestellt, und wenn die Sache wohl untersucht, daß man zum Urtheile gelangen kann, sofort mit dem Spruche verfahren werden, und weil dergleichen Klagen zuweilen auch wohl an die regierenden Bürgermeister, so das Kaufgericht nicht mit besitzen, gebracht werden, so mögen dieselben in ihrem Hause zwar wohl die Güte, zumal in geringen und klaren Sachen zwischen den Parteien nach Belieben versuchen, wenn aber dieselbe nicht verfangen will, sollen sie die Sache zu richterlicher Entscheidung an das Kaufgericht, dahin sie eigentlich gehört, unaufhältlich verweisen. Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 6.

Vor diesem Gerichte soll nach Kaufmannsrecht summariter ohne allen weitläufigen Proceß, oder, da die Klagen auf Wechselbriefen oder ganz richtiger Schuldverschreibung und Bekenntniß beruhete, alsobort executive verfahren und keine schriftliche Handlung zugelassen werden, sondern die Parteien sollen ihre Sache selbst mündlich vortragen ohne Procuratoren oder Advocaten, es wäre denn, daß in wichtigen sonderlichen Fällen das Gericht dergleichen Beistand admittiren wollte, da denn gleichwohl das *factum* nur mündlich ohne einige *allegata juris* mit seinen nothdürftigen Umständen vorgebracht werden soll. Ebendas. Art. 7.

Alle unnöthige dilatorische Exceptionen sollen auf einmal hiermit abgeschnitten, und soll der Beklagte bei Vermeidung willkührlicher Strafe schuldig sein, sofort zu erscheinen, wenn er das erste Mal vor Gericht citirt wird, woselbst er dann die Klage anhören, und darauf richtig und hauptsächlich *sub poena confessi et convicti* antworten, und alle seine zulässigen Exceptionen zugleich und auf einmal vorbringen, und die übergebenen Documente wie Rechtsens alsobort recognosciren oder eidlich diffitiren, in Verbleibung dessen aber gewärtig sein soll, daß dieselben *pro recognitis* gehalten werden und rechtlicher Ausspruch weiter darauf erfolge. Da aber jemand ohne erhebliche Ursache ausbliebe und auf anderweite Citation dennoch nicht erschiene, soll er ohne Ansehen der Person durch die Gerichtsbdiener vors Gericht gebracht, und so einer der Flucht halber aus genugsamen Vermuthungen verdächtig wäre, soll er auf Ansuchen und Caution des Klägers ohne vorgehende Citation in Arrest oder Haft genommen werden. Ebendas. Art. 8.

Da nun die vorgebrachte Klage verneint würde, soll Kläger selbige mit Zeugen, Documenten, Augenschein oder auf andere rechtmäßige Art bescheinigen. Mit dem Zeugenverhöre soll zwar legaliter verfahren, über deren Aussage aber keine Deduction oder Disputation verstattet, jedoch mündliche Exceptionen wider die Person der Zeugen, da ihnen notorie etwas objicirt werden kann, und wider deren Aussage zugelassen werden. Wenn dann die Interessenten genugsam gehört, soll die Sache ohne Verzug nach den kaiserlichen Rechten auch Reichsconstitutionen und der Stadt Statuten, die ins Künftige errichtet und confirmirt werden möchten, entschieden und abgeurtheilt, oder auch die Acten aus bewegenden Ursachen zu Einholung eines richterlichen Ausspruchs an die nächste Universität und Juristen-Facultät \*) verschickt werden. Ebendas. Art. 9.

\*) cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 14.



Würde aber während der Meßzeit bei einem fremden in Braunschweig sich aufhaltenden, oder seine Handels-Effecten daselbst habenden Kaufmanne, Krämer und dergleichen, oder auch bei einem solchen Bürger und Handelsmanne alhier, der unterschiedlichen Fremden mit Schulden in hiesigen Messen verwandt worden, ein *concursum creditorum* entstehen, so sollen alle Güter desselben alsobald gerichtlich versiegelt und durch beeidigte Gerichts-Personen inventirt und taxirt, und wenn die nächsten Erben innerhalb vier Wochen die Verlassenschaft schlechterdings oder *cum beneficio inventarii* anzunehmen sich nicht erklären würden, einem von den Creditoren vorgeschlagenen, oder *ex officio* dazu verordneten, bestätigten und beeidigten *curatori bonorum* anvertrauet werden, welcher den Gläubigern zum Besten vornehmlich die vererblichen, dann auch die übrigen Waaren und Güter durch öffentliche Subhastation an den Meistbietenden (ungeachtet aller dawider eingewandten Supplication, Appellation, wie auch Unterpfands-, Retentions- und dergleichen Rechte) zu verkaufen, die Schulden einzutreiben, die Kauf- und andern Gelder zu Bezahlung der Creditoren gerichtlich zu deponiren, und von seiner ganzen Administration richtige Rechnung seinen Pflichten nach, so oft es die Nothdurft erfordert, ungesäumt abzulegen hat; die Creditoren aber sollen alsobald *ad liquidandum* citirt und ihnen eine Zeit von sechs Wochen *sub praejudicio praeclusi* angesetzt, nach deren Verfließung auch die Acten für beschlossen angenommen, die Prioritäts-Urtheile förderlichst abgefaßt und publicirt, auch ferner wider diejenigen Schuldner insonderheit, so nicht darthun können, daß sie durch Unglücksfälle ohne ihr Verschulden in Abfall der Nahrung gerathen und um das Ihrige gekommen, mit aller Schärfe verfahren werden, bis die Creditoren gänzlich befriedigt sind. Wollten aber inzwischen die Creditoren einen gütlichen Accord versuchen, so soll ein Jeder seine Forderung summariter bescheinigen, der Debitor aber ein richtiges Verzeichniß aller seiner Gläubiger sammt einer vollkommenen Beschreibung seines ganzen Vermögens an beweglichen und unbeweglichen Gütern, Baarschaften, Schulden und Gegenschulden übergeben und die Handelsbücher und Schuldregister, oder zum Wenigsten eine wahrhafte Balance vorlegen, und auf scharfe, auch wohl, da es die Nothdurft und Beschaffenheit der Umstände erforderte, in Gegenwart des einen oder andern Predigers vorzuhaltende Warnung vor dem Meineide und dessen schwerer Strafe eidlich erhärten, daß er sein ganzes Vermögen offenbart und nichts davon verschwiegen, die Creditoren auch so viel und nicht weniger, als er auf ihre Prätention gestanden, zu fordern befugt seien. Wenn nun daraus zu sehen, daß alle Gläubiger nicht völlig befriedigt werden können, so soll der wenigste vor andern nicht privilegirte Theil sich nach denen, so das Meiste zu fordern haben, richten und in den Accord mit einzutreten schuldig sein. \*)

Wenn Sachen von dem Unter-Kaufgerichte an das Ober-Kaufgericht gelangen, so soll dieses die *acta primae instantiae* jedes Mal von dem *judicio a quo* abfordern, selbige in pleno bei versammeltem Collegio gebührend durchlesen, und darin übrigenß solcher Gestalt verfahren, daß der Landesfürst deshalb unbehelligt bleibe. Landesf. Edict v. 18. August 1710.

Auf landesf. Befehl ist verordnet, daß bei dem Kauf-, auch Appellations-Kaufgerichte nur ein *terminus praejudicialis* von 24 Stunden präfigirt und gegen denjenigen, der solchen *terminum praejudicalem* ungehorsamlich ablaufen läßt, mit der Präclusion oder sonst nach Beschaffenheit der Sache verfahren werden solle. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 22. April 1755. \*\*)

Spörtel-Ordnung für das Kaufgericht v. 11. Febr. 1771.

\*) *E. Concursum.*

\*\*) Durch diese Verordn. wird zugleich bestimmt, daß künftig den Parteien zur Einbringung ihrer Schriftsätze bei den Gerichten zu Braunschweig nur ein Termin, und zwar bei dem Obergerichte von vier Wochen und bei dem Untergerichte von vierzehn Tagen gestattet werden solle. Nach der bis dahin bestandenen Praxis waren dazu beim Obergerichte drei Termine, beim Untergerichte zwei und bei dem Kaufgerichte, auch dem Appellations-Kaufgerichte gleichfalls drei Termine gesetzt, wogegen die höheren Landesgerichte auch schon früher nur einen Termin gestattet hatten.

## Kaufgericht zu Braunschweig, Rechtsmittel gegen die von demselben abgegebenen Urtheile.

Wider die in *prima instantia* eröffneten Abschiede oder Urtheile mag der gravirte Theil sich des *beneficii supplicationis* nicht bedienen, es sei denn, daß er die *Supplication stante pede* anmelde, und zugleich der *Appellation* ausdrücklich *renunciare*, woran die Parteien zum Uebersusse alle Mal, wenn sie nach angehörtem Ausspruche vom Gerichte abtreten, deutlich erinnert werden sollen, worauf dann der *Supplicant* alle seine rechtmäßigen *gravamina* in 24 Stunden vorbringen und bescheinigen, der Gegentheil auch solche alsfort oder in gleicher Frist schließlich beantworten, und die Sache nach Befindung so bald immer möglich zur *Endschaft* befördert werden soll. Wollte aber jemand sich der *Appellation* bedienen, soll er dasselbe auch *stante pede* dem *judicio a quo* anmelden, oder hernach nicht damit gehört werden, und sollen die *Appellationen* an kein anderes, noch an ein höheres Gericht gebracht oder verstattet und angenommen werden, als einzig und allein an das *Appellations-Gericht*, so dazu im dritten Artikel \*) verordnet ist, dahin aber auch von keinem in voriger Instanz ausgesprochenen und publicirten *End- oder Bei-Urtheile*, *Decrete* oder *Mandate*, so nicht 100 Thaler Capital oder 5 Thaler Interesse und darüber betrifft, bei Vermeidung willkürlicher Strafe appellirt werden soll. Wenn nun dergleichen *Appellation* rechtmäßig interponirt wird, soll der *Appellant* in 24 Stunden *sub praejudicio desertionis* seine *gravamina* sammt und sonders auf einmal, ohne alle Weitläufigkeit aufs Kürzeste und nur bloß punktwiese dem *Gerichtssecretair ad protocollum* entweder mündlich dictiren, oder, da die *gravamina* mancherlei, demselben solche schriftlich in gleicher Kürze *sub poena rejectionis in duplo* übergeben und *justificiren*, dem dann auch alsfort der *Gerichts-Actuar primae instantiae* die daselbst ergangenen *acta originalia* verschlossen zuschicken soll, damit die *Justiz* desto eher befördert werden möge. Da nun die Sache bei dem *Appellations-Gerichte* also befunden, daß der *Appellation* zu deferiren, soll dem *Appellaten*, den der *Appellant* dazu citiren lassen, und daß solches geschehen, bei Verlust der *Appellation* bescheinigen muß, wenn die Parteien auf beschehenes Zureden sich in Güte nicht vergleichen wollen, *copia justificationis* gegeben werden, um darauf innerhalb 24 Stunden, welcher Termin sowohl im ersten als auch im *Appellations-Gerichte* *tanquam praejudicialis* regulariter observirt werden soll, seine schließliche *Gegennothdurst* in *duplo* eben so kurz verfaßt einzubringen. Würde dann der Ausspruch voriger Instanz confirmirt, so soll weder *supplicatio* noch *appellatio* oder ein *remedium suspensivum* weiter zugelassen werden. Da aber *reformatoria* erfolgt, mag der *Appellat* das *beneficium supplicationis* in gleicher Kürze aus erheblichen Ursachen wohl gebrauchen, er soll aber auch dabei schlechterdings bei hoher Strafe sich aller weiteren *Appellation* gänzlich enthalten und begeben, zumal dieselbe auch sonst in *Kaufgerichts-Sachen* auf keinerlei Art und Weise bei höheren Gerichten angenommen werden soll. \*\*) Im Falle aber die eingewandte *appellatio* oder *supplicatio* *frivola* erfunden und also verworfen würde, soll die Partei sowohl als der *Advocat*, so dieselbe offenbar mißbraucht, in *poenam temere litigantium* condemnirt, und ein Jeder 5 Procent Strafe nach dem Werthe der Klage dem *Fiscus* zu erlegen gehalten werden. Markt-Gerichts- und Wechsel-Ordnung Art. 11.

Wenn demnach die im vorstehenden Artikel gesetzten *fatalia supplicationis et appellationis* verstrichen, und also die *sententia* in Kraft Rechtsens getreten, soll dieselbe, dafern das Gericht, so das Urtheil publicirt, solche selbst zu erequiren Bedenken trüge oder daran verhindert würde, an das Untergericht verwiesen werden.

\*) S. Kaufgericht zu Braunschweig.

\*\*) In Gemäßheit dieser Bestimmung wurde dem fürstl. Hofgerichte und der fürstl. Justiz-Canzlei durch das landesf. Rescr. v. 8. Octbr. 1744 untersagt, in den vor dem Kaufgerichte rechtshängigen Kauf- und Marktgerichts-Sachen *Appellationen* oder *Nullitätsklagen* anzunehmen.

werden, zu Verrichtung schleuniger Execution nach Anweisung ihrer Ordnung, jedoch ohne Einräumung der darin sonst gesetzten Fristen. Ebendas. Art. 12.

### Kauf- und Handelsleute und Manufacturisten, welche sich in Braunschweig niederlassen.

§. Reformirte, Niederlassung derselben in den hiesigen Landen.

#### Kaufleute, fremde.

Die fremden Kaufleute, welche in den hiesigen Landen Handel treiben wollen, bedürfen jetzt dazu eines Gewerbescheins, \*) der vom herzogl. Steuer-Collegio, und zwar zum Gewerbe-Betriebe außer den Messen und Märkten nur nach vorgängiger Genehmigung des herzogl. Staats-Ministerii ertheilt wird; cf. Gesetz über die Heranziehung ausländischer fremder Kaufleute zur Gewerbesteuer v. 15. Octbr. 1832 — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §§. 18 und 20.

#### Kellerklappen in Braunschweig.

Die gassenwärts an den Häusern in Braunschweig belegenen Kellerklappen sollen von starken eichenen Bohlen gemacht, dieselben solcher Gestalt in sichern Stand gesetzt, die Kelleröffnungen über die Fläche der Straße nicht erhöht, noch die Passage mit vorgerichteten Steinen und Pfählen beengt, auch die Klappen bei Nachtzeit gar nicht, bei Tage aber anderer Gestalt nicht offen gelassen werden, als wenn solche mit einem starken engen Gitter von Eichenholz belegt worden. Die Contravenienten sollen für jeden Contraventionsfall in 10 Mfl. Strafe genommen und soll solche prompt beigetrieben werden. Auf landesf. Befehl vom Magistrate zu Braunschweig bekannt gemachte Verordnung v. 31. August 1759. (Br. Anz. v. 1759. Nro. 77.)

cf. Bekanntmach. der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 9. April 1815. Nro. 19. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 29.) — Desgl. v. 16. Octbr. 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 194.)

#### Keller-Unrath.

§. Kummer und anderer Haus-, Hof- und Keller-Unrath in Braunschweig.

#### Kesselbier.

Das zur eigenen Consumtion gebraute Bier ist jetzt, sofern dasselbe in Kesseln von nicht mehr als 40 Eßbchen Raum-Inhalt gekocht wird, abgabefrei. \*\*) §. Gesetz über die vom inländischen Biere zu entrichtende Fabrications-Abgabe v. 23. April 1835. §§. 12 und 13.

### Kinder, Aufenthalt derselben bei ihren Eltern.

§. Sitten auf eigene Hand.

\*) Durch die landesf. Verordn. v. 21. April 1761 wurde den fremden Kaufleuten und insbesondere den Juden durchaus jeder Handel in hiesigen Landen außer den Messen verboten.

\*\*) Durch die Verordnungen v. 4. Novbr. 1724 und 14. Decbr. 1770 wurde das Brauen von Kesselbier, Kevent und Hausgetränk von geschrotetem Korn und Kleie bei willkürlicher Bestrafung, das Kesselbierbrauen von hartem Korn aber bei 50 Thlr. Strafe verboten. Auch den Predigern, Prediger-Wittwen und Schulcollegen, denen das Kesselbierbrauen bis zu einer gewissen Faßzahl durch die Verordn. v. 8. Septbr. 1687 gestattet war, wurde dasselbe im Harz- und Weser-Districten durch die Verordn. v. 6. Novbr. 1748 bei 10 Thlr. Strafe für jeden Hinten Malz verboten. S. auch: Brauen.

## Kinder, Erbrecht derselben.

E. Erbfolge der Ehegatten — Kinder, uneheliche.

## Kinder, Umherschicken derselben in Braunschweig an den Christfeiertagen.

Niemand soll weder in, vor oder auch nach geendigten heiligen Christfeiertagen seine Kinder zu deren Gevattern, um einige Gaben zu fordern oder abzuholen, unter was Prätext, Schein oder Namen solches auch geschehen möchte, schicken oder gehen lassen, bei Strafe von 3 Gulden, welche sowohl derjenige, welcher ihnen etwas gegeben, als der sie geschickt oder dahin gehen lassen, so oft man solches erfahren wird, geben soll. Die Marktmeister und Wächter sollen sich diese Zeit über auf den Gassen finden lassen, und welche sie antreffen werden, die also zu ihren Gevattern sich zu verfügen gewillet, ohne Unterschied zurückweisen, oder aber, da sie allbereits beladen und begabt, dieselben fleißig anmerken und zur gebührenden Bestrafung anmelden. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 21. Novbr. 1649.

## Kinder, uneheliche.

Dem Großvater eines unehelichen Kindes liegt die Erhaltung solthanen Kindes in subsidium ob und derselbe kann sich dessen als Großvater nicht entziehen. Landesf. Resolution für den Lehmentirer Meyer zu Wolfenbüttel v. 19. August 1755.

Auf die Vorstellung der Landstände, daß daraus, daß die fürstl. Justiz-Collegien den unehelichen Kindern nach Anleitung des Römischen Rechts in den daselbst bestimmten Fällen einen Theil der Erbschaft des natürlichen Vaters zuerkennen, \*) die beschwerlichen Folgen entstehen, daß zu Zeiten die von Adel oder sonst angesehene Leute bei ihren Uobdial-Erbschaften solche eidlich specificiren und mit den unanständigen Personen zur Theilung gehen müssen, wird dem Suchen, durch ein Landesgesetz zu verordnen, daß den unehelichen Kindern überall kein Erbrecht ab intestato zustehe, um so viel mehr Statt gegeben, als überhaupt die Zeugung unehelicher Kinder den Gesetzen zuwider, insbesondere auch der Concubinat durch die Constitution v. 3. Januar 1593 \*\*) ernstlich verboten ist, und solches Verbot auf das Nachdrücklichste wiederholt, zugleich aber auch verordnet, daß künftig alle außer der Ehe erzeugten Kinder von allem Erbrechte ab intestato in die Verlassenschaft ihrer unehelichen Väter gänzlich ausgeschlossen sein sollen, und denselben keine Erbportion weiter zugebilligt, dagegen von dem Richter jeder Zeit ex officio dafür gesorgt werden soll, daß, wenn die unehelichen Kinder, welchen die Uebertretung ihrer Eltern nicht beizumessen, amnoch der Alimention oder einer andern Hilfe bedürftig sind, solche pro viribus facultatum aus dem Nachlasse der unehelichen Väter ihnen gereicht werde. Eben dieses soll denn auch nicht nur in dem Falle einer Erbvertheilung, sondern auch, so oft gegen die noch lebenden Väter geklagt wird, geschehen. Landesf. Verordn. v. 9. April 1770. \*\*\*) (Br. Anz. v. 1770. Nro. 45.)

E. auch: Alimente unehelicher Kinder — Soldaten, Abfindung der von denselben geschwächten Weibspersonen und Alimention der unehelichen Kinder — Abfindungen — Lehn- und Succession — Armenknaben, von den Waisenhäusern und Armen-Anstalten unterhaltene — Hebammen und Wärmefrauen; Verordn. v. 10. April 1803. §. 10. — Weibspersonen, unzüchtige — Ehebruch, Hurerei und andere

\*) Unterm 1. Octbr. 1722 ertheilte die Justiz-Canzlei dem Valentin Erich Stanze das Attest, daß von ihr den spuriiis, wenn der Vater ohne eheliche Leibeserben, auch ohne Errichtung eines letzten Willens versterbe, sextans der väterlichen Verlassenschaft zuerkannt werde, da es jeder Zeit also gehalten und in contradictorio ausgemacht sei, daß die spurii in sextante succedirten.

\*\*) E. Ehebruch, Hurerei etc.

\*\*\*) Diese Verordnung ist durch den Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 12 veranlaßt.

Unzucht, imgleichen Mantelkinder — Proclamation und Copulation — Taufe unehelicher Kinder — *Theatrum anatomicum*.

### Kinder, Vergehen derselben gegen ihre Eltern.

Eine Delinquentin, welche sich an ihrer Mutter vergangen, soll acht Tage mit Gefängniß bei Wasser und Brod bestraft und am ersten solcher Tage an einen nicht infamirenden Strasspfahl \*) eine Stunde mit einer Tafel, worauf ihr Verbrechen beschrieben worden, ausgestellt werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz=Canzlei v. 14. Juli 1750.

### Kinder, Vermögen derselben.

S. Vermögen, mütterliches.

Kinder der zum Zuchthause condemnirten liederlichen Weibspersonen sollen nicht mit dahin gebracht werden; s. Zucht= und Werkhaus.

### Kinderlehre.

S. Catechismuslehre.

### Kindeestheil.

S. Abfindungen — Ausstattung der Töchter aus Lehngütern — Erbfolge der Ehegatten — Vermögen, mütterliches.

### Kindtaufe.

S. Taufe.

### Kipperei.

S. Münzen, Aufwechseln und Auskippen derselben, so wie Einführung geringhaltiger.

### Kirchen, Ablieferung der Ueberschußgelder.

S. Patronat=Kirchen, Ablieferung der Ueberschußgelder.

### Kirchen=Necker und Häuser, Immunität derselben.

In Ansehung der Immunität der Kirchen=Necker und Häuser ist, so viel die Necker betrifft, zwischen dem Kirchen= und Pfarrlande, und Kirchen= Meier= auch Pfarr=Meierlande ein Unterschied zu machen, und jenes nicht, dieses aber billig mit unter die onera publica zu ziehen, und obschon an dem einen oder andern Orte einige Ländereien von der letzten Art de facto eximirt wären, und deshalb eine praescriptio vorgeschützt werden wollte, soll solche, weil es der gemeinen Observanz zuwiderläuft, nicht attendirt werden. \*\*) So viel die Kirchen= und Pfarrwittwen=Häuser betrifft, so sind dieselben an sich selbst, wie auch die darin selbst wohnenden Pfarr= und Schuldiener=Wittwen, nicht weniger auch diejenigen Inquilinen, welche, wenn eine solche Wittve noch lebt, und sich bei ihren Freunden oder anderswo aufhält, und ihr von fürstl. Consistorio die aus dem Wittwen=Hause fallenden Zinsen und andere Wittwen=Gelder

\*) cf. Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand= und Strasspfahls zc. betr. §. 1.

\*\*) Im Wolfenbüttelschen Landtags=Abschiede v. 14. Januar 1615. §. 9 heißt es: Nachdem der Eigenthumsherr von emphyteuticis oder censiticis bonis mehr nicht, denn eine geringe Recognition zu erwarten hat, hiergegen aber davon die emphyteutae und censuales die Nutzung haben, so müssen dieselben auch billig die onera und angelegte Fußenschätzung abtragen.

außerhalb Landes zu genießen zugestanden ist, von ihrentwegen solches Wittwen-Haus bewohnen, von der Contribution billig befreit; wenn aber sonst jemand ein solches ledig stehendes Wittwen-Haus gemiethet, so genießt zwar die Kirche oder Pfarre, nachdem es jedes Orts hergebracht ist, daraus die Pension oder Miete, nachdem aber die Gemeinden und Einnehmer solche Häuser bauen, und sie im Stande, auch Bau und Besserung halten müssen, so ist auch nicht mehr als billig, daß solche Inquilinen und Conductoren, wenn sie ein Handwerk, Nahrung und Vieh haben, bevorab wenn sie dieses auf die Gemeinde-Weide mit gehen lassen, der Gemeinde an der Contribution mit zu Statten und zu Hülfe kommen, welche Bewandniß es denn auch mit den auf den Kirchhöfen und andern Orten gebaueten und den Kirchen zustehenden freien Häusern hat, daß dieselben zwar einen Weg als den andern frei verbleiben, die Inquilinen aber, wenn sie Nahrung treiben oder Vieh halten, davon billig zu den oneribus proportionabiliter concurriren. Daß sonst ein Gerichtsherr von den in solchen Wittwen-Häusern wohnenden Leuten über die von ihnen zu entrichtende Contribution noch ein jährliches Schutzgeld fordert, solches gebührt sich nicht und ist untersagt. Rescr. fürstl. Geh. Rathsstube an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 14. Juli 1684.

Die Kirchen- und Pfarrwittwen-Häuser, wie auch die darin wohnenden Prediger- und Küster-Wittwen sind von oneribus publicis frei, nicht weniger auch der Inquilin, wenn auf Vergünstigung die Wittwe ihren Wittwen-Gehalt an einem andern Orte genießt und das Haus vermiethet. Erneuerte Kirch. Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. XIV. §. 5.

Wenn aber außer diesem Falle jemand ein solches Wittwen-Haus miethet, so ist der Inquilin, welcher seine Nahrung darin treibt, gehalten, von derselben die onera publica nach Proportion abzustatten und damit der Gemeinde zu Hülfe zu kommen, und soll es auf gleiche Weise mit andern den Kirchen zustehenden freien Häusern gehalten werden, wie darüber unterm 14. Juli 1684 aus der fürstl. Geh. Rathsstube ein Rescript ergangen ist. Ebendas. §. 6.

Die Pfarrwittwen-Häuser und die darin wohnenden Wittwen sollen von allen oneribus publicis und praestationibus, sie haben Namen, wie sie wollen, befreiet sein. Ebendas. Cap. XVI. §. 2.

Obwohl dergleichen Wittwen-Häuser, wenn sie auch gleich an andere vermiethet, von den oneribus publicis befreit bleiben, so sollen dennoch die Conductoren und Inquilinen wegen ihrer darin zu treibenden Nahrung zu den gemeinen oneribus zu concurriren gehalten sein. Ebendas. §. 4.

S. auch: Predigerwittwen-Häuser — Prediger und Prediger-Wittwen, Steuerfreiheit derselben.

cf. Verordnung v. 14. Juli 1814, die Aufhebung der Consumtions-Steuer u., auch der Grundsteuer von den Pfarr- und Schul-Ländereien betr., §. 6. — Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr., §. 16. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 39.

## Kirchenbauten.

S. Bauen und Repariren an geistlichen Gebäuden.

## Kirchenbücher.

Durch die Verordn. v. 15. Febr. 1814, die Aufhebung der bisher geführten Civilstands-Register und die an deren Stelle vorgeschriebene Führung der Kirchenbücher betr., und das in Folge dieser Verordnung erlassene Reglement des fürstl. Consistorii v. 10. Decbr. 1814, (Bege I. p. 208) sind die

wegen der bei der Führung der Kirchenbücher zu beobachtenden Form ergangenen ältern Anordnungen \*) antiquirt.

S. auch: Copulationen, Taufen und Sterbefälle, Anmelden derselben in Braunschweig.

### Kirchenbücher, Erhaltung und Aufbewahrung derselben.

1) Die älteren Kirchenbücher, welche entweder gar keinen oder einen schadhast gewordenen Einband haben, sollen auf Kosten der Kirchen nach Befinden neu gebunden oder im Einbände ausgebessert und vornehmlich die darin los gewordenen Blätter durch Einheften oder Einkleben befestigt werden, wobei die Prediger den Buchbindern alle mögliche Behutsamkeit zu empfehlen, auch durch vorgängiges Paginiren der Bücher dafür zu sorgen haben, daß die einzelnen Blätter in der gehörigen Ordnung bleiben.

2) Diejenigen Kirchenbücher, deren Schrift entweder durchgängig oder in einzelnen Stellen verblühen oder vergriffen, oder aus andern Ursachen nach und nach unleserlich geworden, sollen, so weit es nöthig und thunlich, auf Kosten der Kirchen copirt und die Copien mit den Originalen collationirt werden. Es haben aber die Prediger der Orte, wo sich dergleichen Bücher finden, den Superintendenten zuvor zu berichten, wer das Copiren am Füglichsten besorgen möge und wie hoch sich die Copialien etwa belaufen mögen, damit das Nöthige darüber nach Befinden verfügt werden könne.

3) Es sollen auch die Nachrichten von Geborenen, Verstorbenen u., welche einige ehemalige Prediger nur auf einzelne Notizzettel geschrieben haben, abgeschrieben und die Abschriften mit den dabei aufzubewahrenden Originalen verglichen, jedoch auch zuvor gleichmäßige Berichte erstattet werden.

4) Da die in verschiedenen Kirchenbüchern gebliebenen Lücken oder nachher zufällig entstandenen Defecte von den älteren Zeiten her nicht mehr ergänzt werden können, so soll dieses in Hinsicht auf die neueren Zeiten, etwa von der Mitte des vorigen Jahrhunderts angerechnet, geschehen, und sollen daher die Superintendenten und durch diese die Prediger gutachtlich berichten, wie weit und durch was für Hülfsmittel solches nach den verschiedenen Orts- und Zeitumständen thunlich werde, wobei insonderheit auf die von manchen Dpferleuten und Schuldienern gesammelten Nachrichten und was die neueste Zeit betrifft, auf die den Stadt- und Landphysici abgelieferten Geburts- und Sterbe-Listen Rücksicht zu nehmen.

5) Sämmtliche ältere und neuere Kirchenbücher sollen in den Städten, wo die Dpferleute sie führen, von diesen in eigens dazu verfertigten kleinen Kirchenschränken, auf dem Lande aber, wo die Prediger selbst sie zu führen haben, in den Pfarr-Registratur-Schränken, welche, wenn sie fehlen, aus den Kirchenmitteln anzuschaffen sind, aufbewahrt, und wo die Land-Schuldiener dergleichen ordnungswidrig noch in Händen haben, solche an die Prediger abgeliefert werden, da denn die officiellen Inhaber derselben um so mehr dafür zu sorgen haben, diese wichtigen Urkunden bei entstehenden Feuersbrünsten vor allem Andern zu retten.

6) Alle älteren und neueren Bände der Kirchenbücher sollen nummerirt und nach den Nummern, mit Bemerkung des Zeitraums, den sie in sich fassen, in das den Kirchenrechnungen angehängte Inventarium eingetragen werden, damit die Kirchen-Visitatoren bei den Visitationen jedes Mal genau nachsehen und berichten können, ob sie noch sämmtlich vorhanden sind und sorgfältig aufbewahrt werden.

7) Uebrigens sind alle, welche Kirchenbücher führen, jezt und künftig, mit Verweisung auf das Circular-Rescr. v. 8. April 1775 \*\*) erinnert, daß sie die dahin gehörigen Nachrichten vollständig und mit deutlicher und dauerhafter Schrift eintragen und sie mit fortlaufenden Registern versehen, auch soll sorgfältiger als bisher darauf gesehen werden, daß die Diptychen bei Pfarr-Vacanzen durch die vicarierenden Prediger fortgesetzt werden. Circular-Rescr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenb. v. 5. Octbr. 1805.

\*) Die wichtigsten derselben enthielten die Consistorial-Ausschreiben v. 25. Januar 1749 — 4. Juli 1750 — 15. Juni 1774 — 8. April 1775 und 29. Octbr. 1785.

\*\*) S. die Note zu »Kirchenbücher.«

cf. Reglement des fürstl. Consistorii v. 10. Decbr. 1814, die nach der Verordn. v. 15. Febr. 1814 zu führenden Kirchenbücher betr., Nro. II. (Bege I. p. 220.) — Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 8.

### Kirchenbücher, Extracte aus denselben.

Die Extracte aus den Kirchenbüchern sollen auf gestempeltes Papier geschrieben werden, widrigen Falls die Prediger in die ordnungsmäßige Strafe verfallen sein sollen. Landesh. Rescr. v. 6. Juli 1802.

cf. Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Stempelsteuer betr., §. 2. Nro. 5.

### Kirchenbuße.

In der Kirchen-Ordnung \*) sind nicht allein die Prediger bei der Kirchenbuße vorsichtig zu verfahren erinnert, sondern es ist auch, da die Kirchenbuße nicht, wie der große Bann, welchem die Zuchthausstrafe substituirt worden, gänzlich abgestellt werden soll, verordnet, daß selbige nur in gewissen schweren und ein öffentliches Aergerniß mit sich führenden Fällen, wenn der Verbrecher von dem weltlichen Gerichte abgestraft worden, auf Erkenntniß des fürstl. Consistoriums mit Benennung des Verbrechers und der von dessen Reue, Buße und Deprecation der durch das Aergerniß beleidigten Gemeinde zu thuenen Anzeige Statt haben soll, weil die Erfahrung ergeben, daß bei vielen gemeinen Leuten, welche äußerlichen Schimpf nicht groß achten, dieselbe übel angewendet wird, hingegen andere in Sünden verfallene sonst ehrliebende Personen sich solche dermaßen empfindlich zu Herzen nehmen, daß sie darüber schwermüthig werden und sich über solche Schmach die ganze Zeit ihres Lebens nicht trösten können. \*\*)

Wie jedoch wider den Sinn ermeldeter Kirchen-Ordnung eine Kirchenbuße anderer Art, so mit Verschweigung des Namens geschieht, bei geringern Verbrechen üblich geblieben, da die Prediger die Personen, so sich versündigt, zwar nicht namentlich benennen, gleichwohl aber dieselben dadurch, daß sie die Sünde in der Predigt von der Kanzel bestrafen und dabei mit anführen, wie eine Person, so sich damit versündigt, es aber nunmehr bereue, kennbar genug machen, außerdem aber sich von derselben einen Bußthaler geberr lassen, so wird auf besonderes Verlangen der Landstände verordnet:

Die in geringen Verbrechen mit Verschweigung des Namens üblich gewesene Kirchenbuße, nebst dem dabei zu entrichtenden Bußthaler, soll überall und gänzlich von nun an abgeschafft sein, und sollen alle diejenigen Personen, die sich solcher Gestalt versündigt, wenn sie sich nur, nachdem der Prediger nach Vorschrift des fürstl. Edicts v. 18. Octbr. 1770 \*\*\*) sich seines Amtes bedient, reuig und bußfertig erwiesen, ohne vorge dachte mißbräuchlich eingeschlichene Rügung von der Kanzel, zum heiligen Abendmahl gelassen, und davon nicht weiter ausgeschlossen werden, wenn sie auch gleich von der weltlichen Obrigkeit

\*) S. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Cap. VI.

\*\*) In älterer Zeit mußte der Verbrecher, wenn das Consistorium auf die Kirchenbuße erkannte, Sonntags zuvor, ehe er zum Abendmahl gelassen wurde, während der Predigt an einem bestimmten Orte auf dem Chore stehen, nach dem Schlusse derselben vor der Kanzel niederknien und einige, die Vergebung, Reue und Besserung betreffende Fragen des Predigers beantworten, worauf die Absolution erfolgte. Kirchen-Agende v. 7. Januar 1657. p. 106. Nachher wurde die Kirchenbuße dahin abgeändert, daß der Verbrecher, nach vorhergegangener Bestrafung vom weltlichen Gerichte, auf der Kanzel genannt und dabei seine Reue und Abbitte der Gemeinde bekannt gemacht wurde; die, welche aus einer achtbaren Familie waren, zahlten für die Verschweigung ihres Namens eine Geldstrafe an eine milde Stiftung. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. VI. §. 2 und 3. Späterhin mußten die Prediger Hurerei und anticipirten Beischlaf an die Generalsuperintendenten melden und von selbigen über die Abkündigung solcher Aergernisse, mit oder ohne Namens-Benennung, Anweisung erwarten; wiederholte Hurerei, Ehebruch, Blutschande und dergleichen gröbere Verbrechen mußten die Prediger dem Consistorio anzeigen und von den Personen, deren Namen auf der Kanzel genannt wurden, den Bußthaler, von den Eheleuten aber, die den Beischlaf anticipirt hatten, zwei Thaler fordern. Consistorial-Auschr. v. 6. Octbr. 1718.

\*\*\*) S. Prediger, Aufsicht derselben über den Lebenswandel ihrer Eingepfarrten.



keit noch nicht zur Strafe gezogen sein sollten. Die Prediger aber haben, da ihnen ausgebrochene, oder sonst im Schwange gehende Sünden in den Predigten ernstlich zu bestrafen, und ihre Gemeinden davor zu warnen nicht allein unbenommen bleibt, sondern auch noch der ihrer schweren Verantwortung anempfohlenen Seelsorge obliegt, sich dabei überall dermaßen zu betragen, daß sie nur das Laster an und für sich selbst, und nicht eine gewisse dessen verdächtige Person bestrafen zu wollen das Ansehen haben mögen, hingegen die Bestrafung der Personen den weltlichen Obrigkeiten lediglich zu überlassen.

Wie hiernächst denselben nach der Kirchen-Ordnung keinesweges zukömmt, auch in gewissen schweren, ein öffentliches Aergerniß mit sich führenden Fällen jemanden mit der öffentlichen Kirchenbuße, mit Bekanntmachung des Namens der Person, für sich und ohne Erkenntniß des Consistoriums zu belegen, so soll solche in Zukunft nur allein von des Landesfürsten höchstem Erkenntniß selbst abhängen, wenn die höheren Justiz-Collegien darüber mit dem fürstl. Consistorio communicirt, und davon bei sich ereignenden Fällen Bericht erstattet haben werden; wie denn auch in solchen Fällen und Verbrechen, die sich unmittelbar auf die Religion und den Gottesdienst beziehen, und deshalb, oder sonst zu einer öffentlichen Kirchenbuße sich qualificiren mögen, von den mit der Criminal-Jurisdiction versehenen Gerichten dergleichen vorgängige Berichte an den Landesfürsten erstattet werden sollen. Landesf. Verordn. v. 6. März 1775.

S. auch: Prediger, Aufsicht derselben über den Lebenswandel ihrer Eingepfarrten — Consistorium.

### Kirchengebäude, Bauen an denselben.

S. Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

### Kirchengebäude, Feuergefähr in denselben.

S. Feuergefähr in den Kirchengebäuden.

### Kirchengelder.

S. Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Güter.

### Kirchengelder, Aufbewahrung derselben.

Die nicht unterzubringenden Kirchengelder sollen in einem Kasten, wozu die Pastoren und Altaristen einen Schlüssel haben, beigelegt werden. Fürstl. Consist. Rescr. an die Generalsuperintendenten v. 24. Januar 1720.

### Kirchengelder, Ausleihen derselben.

Es ist dahin zu sehen, daß bei Ausfertigung der gerichtlichen Obligationen über die Gelder, welche einige Einwohner gegen Verpfändung ihrer Erbenzinsstücke von den Kirchen geliehen haben, deren Frauen dem privilegio dotis et illatorum praevia certioratione ihrer weiblichen Gerechtigkeiten jurato entsagen müssen; nicht weniger, daß keine Kirchengelder anders ausgeliehen werden, als an solche, welche außer den Gebäuden andere Grundstücke an Aeckern und Wiesen besitzen, und das Anlehn nicht über die Hälfte des Werthes ihrer Güter beträgt. Rescr. des fürstl. Consist. v. 21. Juni 1757.

S. auch: Kirchen- und anderen piis corporibus zustehende Güter — Pupillen-, Curatelen-, Kirchen- und anderen milden Stiftungen zustehende Gelder — Kirchengelder, gesetzliche Hypothek derselben.

### Kirchengelder der vom Landesfürsten, auch von hiesigen Stiftern und Klöstern relevirenden Privat-Kirchen.

Sämmtliche vom Landesfürsten, auch von hiesigen Stiftern und Klöstern relevirenden Patronats-Kirchen sind von der bisher verordnet gewesenen Einsendung ihrer jährlichen Ueberschüsse an die fürstl. Klosterkasse zum Schulfond nunmehr wieder gänzlich befreit, und werden alle dieserhalb ergangenen Ver-

ordnungen, namentlich das Circular-Ausschreiben fürstl. Consistorii v. 22. Novbr. 1794 sammt dessen Postscript, so viel solches die Ueberschußgelder betrifft, wieder aufgehoben. Wie aber die höchste Absicht bei dieser Verfügung dahin geht, daß die fürstl. und klost. Patronat-Kirchen dadurch wieder in den Stand gesetzt werden sollen, einiges Vermögen zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben für zukünftige Zeiten zu sammeln, so ist von den General-Superintendenten und den sämtlichen geistlichen und weltlichen Visitatoren besagter Kirchen, durch genaue Aufsicht über die Verwaltung des Vermögens derselben, dazu ernstlich mitzuwirken. Den bei den gedachten Kirchen angestellten Predigern und sonstigen Rechnungsführern ist dieses zu ihrer Nachricht und Nachachtung bekannt zu machen, und sind selbige zugleich anzuweisen, daß sie die Ueberschüsse des verflossenen Jahrs an die fürstl. Klosterkasse nicht einzusenden, sondern solche zum Besten des ihrer Verwaltung anvertrauten Kirchen-Vermögens sogleich zurückzubehalten haben. Rescr. fürstl. Consist. v. 25. Febr. 1804 an die General-Superintendenten.

Der Landesfürst hat, um den erwähnten Kirchen desto besser wiederum aufzuhelfen, verwilligt, daß von nun an, und zwar sofort bei der nächsten Zinshebung gedachten Kirchen statt der bisherigen 2½ Procent nunmehr 3½ Procent jährlich bezahlt werden sollen. Weil aber solchemnach es für die Kirchen in mehr als einem Betrachte gerathener ist, ihre Capitalien bei fürstl. Leihhause nach wie vor zu belegen, so hat es in Ansehung dieses Gegenstandes bei der bisherigen Anordnung, daß sämtliche fürstl. und klost. Patronat-Kirchen ihre Capitalien ohne besondere Verwilligung nirgend anders als bei fürstl. Leihhause zinsbar zu belegen haben, sein ferneres Verbleiben.

Es sind hiernach die Superintendenten und durch diese die Prediger und Rechnungsführer mehrer erwähnter Kirchen anzuweisen, auch ist denselben dabei aufzugeben, daß sie jedes Mal mit dem Jahreschlusse den Ueberschuß oder eine sonst etwa eingegangene, die bevorstehenden Ausgaben übersteigende Kirchen-Einnahme sofort bei fürstl. Leihhause belegen, oder im Falle die Kirche annoch Schulden hätte, zu deren Rückzahlung verwenden, widrigen Falls sie zu gewärtigen haben, daß für die unnöthigen und vorschriftswidrigen Weise in Händen gehaltenen Vorräthe der Kirchengelder ihnen bei der Monitur der Rechnungen landesübliche Zinsen als ein restituendum werden angerechnet werden. Postscript des fürstl. Consist. v. 25. Febr. 1804 an die General-Superintendenten.

S. auch: Kirchengelder, Ausleihen derselben.

cf. Verordn. v. 18. Decbr. 1815, das fürstl. Leihhaus betr. (p. 185.) — Consistorial-Ausschreiben v. 25. Mai 1816. (Bege I. p. 186 sqq.)

### Kirchengelder, gesetzliche Hypothek derselben.

Wenn durch gute Administration einiger Ueberschuß oder Vorrath zuwege gebracht worden, so soll der Pastor nebst den Kirchen-Vorstehern darauf bedacht sein, daß solche Gelder der Kirche zum Besten angelegt, wo sich nur Gelegenheit dazu findet, auf Erbland, Gärten oder Wiesen pfandweise gegen 5 Procent belegt, sonst aber an sichere Leute sub generali hypotheca bonorum ausgeliehen, und über die gemachten Contracte gerichtliche Confirmationen befördert werden; wie denn auch allen ausgeliehenen Kirchen- und andern pils causis zugehörigen Geldern eine tacita hypotheca legalis hiermit beigelegt, auch solche Disposition auf die casus praeteritos extendirt ist. Sollten aber die Administratoren sich hierin nicht sorgfältig erweisen und diese Kirchengelder unfruchtbar liegen bleiben, so sollen sie der Kirche den Schaden von dem Ihrigen zu erstatten schuldig sein. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709, erster Theil, Cap. XX. §. 11.

Weil beide membra dieses Paragraphen einander entgegen zu sein schienen, so wurde von dem Magistrate zu Braunschweig um interpretationem authenticam gebeten, worauf eine Declaration dahin erfolgte, daß, da sich bei genauer Einsiehung des gedachten Paragraphen ergebe, daß in den Worten:

»Wenn

»Wenn der Pastor nebst den Kirchen-Vorstehern Gelder sub generali hypotheca bonorum ausleihet, und über die gemachten Contracte gerichtliche Confirmationen erfordert«, von einer hypotheca judiciali et publica, in den darauf folgenden Worten aber von einer hypotheca tacita oder legali die Rede, und dann ausgemachten Rechtsens sei, daß die Creditoren, welche publicam hypothecam, ad secundam classem, diejenigen aber, so hypothecam tacitam absque jure praelationis haben, ad tertiam referirt werden, die vorkommenden Sachen danach entschieden werden sollen. Interpret. authent. v. 25. Januar 1715.

S. auch: Kirchengelder, Ausleihen derselben — Pupillen, Curatelen, Kirchen und andern milden Stiftungen zustehende Gelder.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr.

### Kirchengelder, Verbauen derselben.

S. Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

### Kirchengesang.

In den Kirchen, wo Orgeln sind, sollen die Organisten, um die Melodie des anzustimmenden Gesanges kund zu machen, einen Vers, jedoch ohne Variation, vorspielen, auch wohl zuweilen unter dem Gesange, aber so, daß man das Singen der Gemeinde hören kann, die Orgel rühren. Die Organisten sollen sich des weitläufigen Präambulirens enthalten und durchaus keine weltliche Stücke gebrauchen. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Tit. XXV. §. 4.

S. auch: Gesangbuch, neues.

### Kirchengüter.

Es sollen keine Kirchengüter in emphyteusin oder erbenzinsweise gegen einen jährlichen canonem noch auch auf Leiber- oder Lebzeiten von Neuem verschrieben, sondern, wenn sie den Kirchen hinwiederum heimfallen, per contractum locationis gegen eine zureichliche jährliche Pension auf drei oder zum längsten auf 6 Jahre ausgethan, und darüber deutliche Contracte mit den Pächtern gemacht, auch bei Veränderung der Pachtungen dahin gesehen werden, ob und in wie weit die Pension der Kirche zum Besten verbessert werden möge. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. XX. §. 5.

Es soll auch nicht zugelassen sein, von solchen Kirchengütern das geringste Stück zu alieniren, zu verkaufen, zu vertauschen oder nachzulassen, es wäre denn, daß das Vermögen der Kirche dadurch merklich verbessert werden könnte, und solches vorher von dem Landesherrn oder fürstl. Consistorio nach beschehener Untersuchung gut befunden und resolvirt würde. Ebendaß. §. 6.

S. auch: Meier der Kirchen und Pfarren.

### Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Güter.

II. \*) Da die Verwaltung und Berechnung der Güter, welche den Kirchen und übrigen piis corporibus (unter welchen letztern außer den unter der Direction der fürstl. Kloster-Rathsstube stehenden Klöstern und deren eigenthümlichen Gütern, auch den der Academiae Julio-Carolinae anvertrauten, imgleichen den von dem Landesfürsten einer besondern Oberaufsicht und Administration übergebenen piis corporibus auch alle in hiesigen Landen befindliche Stiftungen, als Hospitäler, Armenhäuser u. verstanden werden) zuständig sind, ein richtiges corpus bonorum oder Hauptbuch voraussetzt, so ist verordnet,

\*) Nro. I. s. unter: Kirchen-Visitationen.

1) daß bei allen Kirchen in hiesigen Landen solche corpora bonorum oder Hauptbücher auf der nächsten Kirchen-Visitation jedes Orts (nämlich nach Publication dieser Verordnung) auf die in der Kirchen-Ordn. Cap. XX. §. 2 vorgeschriebene Weise \*) von den Visitatoren mit Zuziehung des Pastors in Gegenwart der Kirchen-Vorsteher, und nachdem diejenigen, welche dabei interessirt, gehörig citirt worden, errichtet, die dabei vorkommenden zweifelhaften Punkte kurz entschieden und alles klar gemacht werden soll, und zwar sollen in dieses Hauptbuch zugleich und auf gleiche Weise die Pfarr-Güter, Pfarr-Wittwen- und Opferei-Güter, als auf welche die Verordnung hiermit ausdrücklich extendirt wird, beschrieben werden; wie denn insonderheit auch von allen hierzu gehörigen Gebäuden, den Wohnhäusern, was dazu und nicht den Bewohnern derselben gehört, imgleichen was darin niet- und nagelfest ist, nicht weniger von den Gärten und Baum-Orten ein richtiges, genaues und deutliches, von den Bewohnern und Besitzern agnoscirtes Inventarium gemacht werden soll. Von diesen Hauptbüchern sind vier Exemplare zu verfertigen, davon eines dem weltlichen Kirchen-Visitator, das zweite dem Superintendenten, das dritte dem Pastor zuzustellen, und das vierte an das fürstl. Consistorium einzuschicken ist; auch sind von den über die Kirchengüter sprechenden Original-Documenten und Urkunden vidimirte Copien den Hauptbüchern beizufügen, die Original-Documente und Urkunden aber sollen der Kirchen-Ordnung gemäß an einen sichern Ort verwahrt, und Falls die Verwahrung also nicht süglich geschehen kann, solches dem fürstl. Consistorio angezeigt werden. Und wie in solche Hauptbücher alles, was der Kirche, der Pfarre, dem Pfarr-Wittventhum und der Opferei gehört, es sei was es wolle, deren Güter und Einkommen, was an selbige zu entrichten, deren Rechte und Gerechtigkeiten, was dahin vermacht oder geschenkt, was dieselben zu genießen oder billig haben müssen, zu verzeichnen; als soll, Falls etwa das Eine oder Andere von sothanen Gütern, Einkommen, Schenkungen oder Vermächnissen mit andern Administrationen oder Rechnungen vermischt wäre, solches sofort davon separirt, in das corpus bonorum oder Hauptbuch eingeführt, und in Zukunft in der Kirchen-Rechnung berechnet werden. Das also verfertigte Hauptbuch nebst den Original-Documenten und Urkunden, imgleichen die über die ausgethanen Kirchengüter und Gelder vollzogenen Contracte und ausgestellten Obligationen und Verschreibungen sollen bei jedesmaliger Visitation nachgesehen, und, ob alles vorhanden sei, examinirt werden. Gleicher Gestalt sollen von den übrigen piis corporibus in hiesigen Landen richtige corpora bonorum auf die vorbeschriebene Weise und also, daß dabei alles und jedes, was wegen der Errichtung der Hauptbücher von den Kirchengütern oben verordnet worden, beobachtet wird, (binnen Jahr und Tag a dato an) von der Obrigkeit und den Inspectoren mit Zuziehung der Administratoren verfertigt, auch ebenmäßig davon vier Exemplare gemacht werden, als wovon eines die Obrigkeit, das zweite der Inspector, das dritte die Vorsteher oder Administratoren bekommen, und das vierte an das Consistorium gesandt werden soll.

Was 2) die Administration der Kirchen und der den übrigen piis corporibus zuständigen Güter selbst betrifft, damit solche desto ordentlicher in Zukunft geführt, und alle Unordnungen und Unrichtigkeiten so viel als möglich vermieden werden mögen, so sollen die Kirchen-Rechnungen hinfüro alle Jahr untersucht, und soll es damit auf folgende Weise gehalten werden. Es sollen nämlich die weltlichen Visitatoren, oder die Obrigkeiten des Orts, die Rechnungen, so von den Administratoren alle Jahre zu schließen, alljährlich zu rechter Zeit an jedem Orte abfordern, darüber ihre monita besonders machen und dem geistlichen Visitator wenigstens vier Wochen vor dem gleich zu erwähnenden diesem präfigirten Termine zuschicken, welcher seine monita gleichfalls besonders zu verfertigen und darauf die Rechnungen mit den monitis an das fürstl. Consistorium, und zwar längstens zwischen Ostern und Johannis des alle Mal auf den Schluß folgenden Jahres unfehlbar einzusenden hat, allwo solches nachmonirt, und das Nöthige darauf den Umständen nach verordnet werden wird. Was nachher sothaner Rechnungen halber noch etwa

\*) S. Corpora bonorum.

zu berichtigen, soll auf der nächsten Visitation von beiden Visitatoren abgethan werden und daselbst die völlige Rechnungs-Abnahme geschehen. Und wie die Kirchen-Registratur bei dem geistlichen Visitator bleibt, als sollen von den Rechnungen und wichtigsten Stücken zwei Exemplare gemacht, und soll eines davon auch dem weltlichen Visitator zugestellt werden. An den Orten, wo General-Superintendenten bei den Kirchen stehen, werden die Rechnungen, wie es hergebracht, von denselben und der ordentlichen Obrigkeit alle Jahre auch ohne die geringsten außerordentlichen Kosten abgenommen, sammt Belägen und monitis an fürstl. Consistorium geschickt, allwo selbige revidirt und nachmonirt werden und das Weitere darauf verordnet wird. \*) Was die Rechnungen über die Güter der übrigen piorum corporum betrifft, so sollen solche gleichfalls an jedem Orte alljährlich abgenommen, zu solchem Ende von den Administratoren der Obrigkeit des Orts zugesandt, und, wenn sie von selbiger zuvor monirt, dem Inspector, um sie gleichfalls zu moniren, zugestellt, und von diesem dem fürstl. Consistorio eingeschickt werden, welches das Behüfliche darauf zu verfügen hat, worauf sodann, und wenn die Rechnung remittirt worden, dasjenige, was etwa noch zu berichtigen, von der Obrigkeit und dem Inspector abgethan, und also die völlige Rechnungs-Abnahme verrichtet wird. Ueberhaupt soll allen und jeden Patronen der Kirchen und piorum corporum, wenn sie durch Inspection der Rechnungen von den Umständen und der Verwaltung der geistlichen Güter benachrichtigt sein wollen, nicht nur bei den Rechnungs-Abnahmen, wenn sie sich dazu melden, ein freier Zutritt, sondern Falls sie es geziemend suchen, auch außerdem die Vorlegung der Rechnungen gestattet und verwilligt sein, auch auf ihre monita, wenn sie deren einige zu machen für gut finden, so weit es immer thunlich und vorzüglich reflectirt werden.

Und wie 3) die Verwaltung der Kirchen- und der den übrigen piis corporibus zustehenden Güter selbst mit allem Fleiße und aller Sorgfalt zu führen, und denn dabei vornehmlich mit dahin zu sehen ist, daß sowohl dasjenige, was den Kirchen und übrigen piis corporibus zu entrichten oder zu bezahlen, zu rechter Zeit einkomme, als auch die vorrätigen Capitalien sicher ausgethan werden, als sollen a) die Administratoren vorgedachter Güter ihr Amt und ihre Pflicht in Einforderung desjenigen, so den Kirchen und übrigen piis corporibus zu entrichten, mit allem Fleiße beobachten. Die ausstehenden alten Reste sollen baldmöglichst ad liquidum gebracht werden, und hat das Consistorium das Nöthige hierunter zu verfügen. In Zukunft aber sollen keine Reste über Jahr und Tag stehen bleiben, sondern Alles soll binnen Jahresfrist berichtigt werden. Und wie dieses Alles genau zu beobachten, als sollen die Prediger, Administratoren und Vorsteher, welche den gehörigen Fleiß in Einforderung der Reste nicht erwiesen, und die säumigen Schuldner nicht angezeigt, wie auch der Superintendent und Inspector, welche nicht gehörig invigilirt, imgleichen die Beamten und Obrigkeiten, welche die Reste aufschwellen lassen, und solche auf die ihnen geschehene Anzeige nicht prompt beigetrieben, für den daraus etwa erwachsenen Schaden haften und solchen aus ihren Mitteln ersetzen. \*\*) Was h) die Unterbringung der vorrätigen Gelder anlangt, so soll, wenn einiger Vorrath vorhanden, für dessen baldigste Belegung von den Administratoren, welchen die Visitatoren und Obern hierunter bestens zu assistiren haben, gesorgt werden, und außer zehn, zwanzig bis dreißig Thalern, so zu den nöthigen Ausgaben zurück zu behalten, und welches dem Ermessen der Visitatoren überlassen wird, nichts liegen bleiben. Da aber bei Austhuung dergleichen Gelder auf genugsame Sicherheit zu sehen ist, so soll von selbigen nichts außer Landes, auch nichts ohne sichere Hypothek ausgethan werden; und weil sich nicht alle Mal eine Gelegenheit, solche Gelder also unterzubringen, finden dürfte, als hat der Landesfürst nach seiner besondern Fürsorge für die Kirchen und übrigen pia corpora, und damit selbige ihre Capitalien weder müßig noch ohne Nutzen liegen haben, noch des Falls Gefahr laufen mögen, resolvirt, daß zu deren jedesmaliger Unterbringung nächstens eine gewisse Anstalt gemacht werden solle, bis dahin aber fürerst

\*) S. auch: Kirchen-Rechnungen, Abnahme derselben.

\*\*) S. auch: Kirchen-Rechnungen.

das fürstl. Consistorium instruiert, für nurerwähnte Unterbringung, sobald das Capital 100 Thaler ausmacht, Sorge zu tragen. \*) Inzwischen steht den Administratoren frei, dieser Fürsorge sich nicht zu bedienen, sie müssen aber sodann alle Vorsicht hierunter gebrauchen, und die Gelder nicht anders, als auf obgedachte Weise, nämlich gegen sichere gerichtliche Hypothek, in hiesigen Landen austhun, widrigen Falls, und wenn sie sich hierunter etwas zu Schulden kommen lassen, sie, wie solches ohnehin Rechts, für den Schaden, so davon an Capitalien und Zinsen entstehen dürfte, haften müssen, zumal wenn das ausgethane Capital 100 Thlr. und darüber beträgt, indem sie in Entstehung einer andern und sichern Gelegenheit, solches unterzubringen, durch dessen Meldung bei fürstl. Consistorio sich außer aller Schuld und Verantwortung setzen können; wie denn auch die Inspectoren, welche das Ihrige hierbei nicht gethan, die Visitatoren der Kirchen und superiores der piorum corporum überhaupt, welche für die sichere Unterbringung der vorrätigen Gelder nicht gehörig gesorgt, den daher erfolgenden Schaden an Capital und Zinsen ersetzen sollen. Da auch c) gar leicht Inconvenienzen und Unordnungen daraus entstehen, wenn die Gelder der Kirchen und anderer piorum corporum als ein Anlehn in den Händen der Prediger und Administratoren, imgleichen der Visitatoren, Patrone und Superioren befindlich, als sind diejenigen von gedachten Personen, welche dergleichen Anlehen gehabt haben, angewiesen, solche sammt Zinsen binnen Jahr und Tag zu bezahlen, und die hierin Säumigen sollen in eine namhafte Strafe verfallen, künftighin aber soll, dergleichen Gelder weder an gedachte Personen auszuleihen, noch diesen, solche anzunehmen, verstattet sein, widrigen Falls sowohl die Administratoren, so dergleichen Gelder austhun, als auch diejenigen von besagten Personen, die ein solches Anlehn aufnehmen, mit nachdrücklicher Strafe angesehen werden, und letztere das Geld sogleich nebst den Interessen wieder bezahlen sollen. Falls d) von Predigern, Administratoren oder Vorstehern die ihnen anvertrauten Kirchen- oder anderen piis corporibus zuständigen Gelder gar vergriffen werden sollten, so soll solches, wenn der Contravenient des Vermögens ist, mit doppelter Bezahlung, in Entstehung deren aber sonst scharf bestraft und dazu gegen die Prediger, die sich also vergehen, sofort mit der Suspension verfahren werden. Damit auch die Kirchen- und andere pia corpora desto eher wieder zu dem Ihrigen kommen mögen, so soll den Ehefrauen der Prediger, Administratoren und Vorsteher, welche dergleichen Gelder vergriffen, imgleichen den Ehefrauen derjenigen von nurgedachten Personen, wie auch der Visitatoren und Superioren, welche solche Gelder wider die Verordnung als ein Anlehn aufgenommen, weniger nicht der Administratoren, welche dergleichen Gelder an Visitatoren, Patrone, Superioren, Prediger und andere Administratoren also ausgeliehen haben, nach Verfließung eines Jahrs a dato an, keine ihnen sonst in Rechten zugestandene beneficia gegen die Kirche oder ein anderes pium corpus, welche aus obigen capitibus an ihren Ehemännern zu fordern haben, zu Statten kommen.

Damit auch III. die Kirchen und übrigen pia corpora nicht durch langwierige und kostbare Prozesse in zu großen Schaden gesetzt und entkräftet, sondern bei den Rechtsstreitigkeiten, darin sie gerathen, ihr Vermögen nach Möglichkeit conservirt und ihnen, so viel thunlich, zu dem Ihrigen geholfen werden möge, so sollen 1) den Kirchen und andern piis corporibus in ihren vor den Gerichten in hiesigen Landen hangenden Rechtsstreitigkeiten die Gerichtsgebühren gänzlich erlassen sein, und solche weder in der ersten noch Appellations-Instanz genommen werden; die sämtlichen Obrigkeiten und Magistrate sollen demnach weder selbst von denselben Gebühren oder Sporteln nehmen, noch auch gestatten, daß die unter ihnen stehenden Amts- oder Gerichtsdienere sich solche Gebühren anmaßen; wie denn, Falls dergleichen etwa in Rechnung gebracht werden würden, solche nicht passiren sollen. \*\*) 2) Es soll in den Fällen, da in einer

\*) Nach der Verordn. v. 8. Novbr. 1703 sollten die vorrätigen Gelder bei der Kriegs-, Landrente- oder Biersteuer-Casse zinsbar belegt werden.

\*\*) cf. Sportel-Ordnung v. 9. Febr. 1814. §. 10.

die Kirche oder ein anderes p*ium corpus* angehenden Sache Streitigkeiten vorkommen, solches von den Visitatoren der Kirche oder des p*ii corporis* jedes Mal dem fürstl. Consistorio gemeldet werden, welches, so viel möglich, dahin sehen soll, daß förmliche Proceße vermieden werden mögen. \*) Soviel 3) den modum procedendi selbst betrifft, so sollen dergleichen Rechtsachen summariter untersucht und so kurz als möglich abgethan, auch dabei, außer wenn in Rechten zweifelhafte Fälle vorkommen, keine Advocaten zugelassen werden. Wenn eine die Kirche, das Pfarr-Wittwenium corpus in einen Proceß verwickelt wird, die Obrigkeit des Orts von dem Termine dem Inspector und den Vorstehern gleichfalls Nachricht geben, welchen sodann, jedoch ohne daß es dem p*io corpori* etwas koste, dabei zu erscheinen frei steht. Wenn die Sache abgethan, so soll eine schriftliche Anzeige, wie solches geschehen, dem Inspector oder demjenigen, welcher die Registratur bei dem p*io corpori* hat, zugestellt, und diese von selbigem zur Registratur gelegt werden. 4) Dafern die Sache in der ersten Instanz nicht entschieden werden kann, sondern ihrer Beschaffenheit nach per appellationem an ein Obercollegium gebracht werden muß, so soll zwar die Appellation verstattet und solche keinem von den Parteien benommen sein, auch sollen in der Appellations-Instanz, wenn es die Beschaffenheit der Sache erfordert, zwar Anwälde zugelassen, solche auch allenfalls ex officio bestellt, sodann aber, damit auch in dieser Instanz alle Weitläufigkeiten nach Möglichkeit vermieden werden mögen, die Sätze ad protocollum gegeben, und die Sache so kurz als thunlich abgethan werden. Sowohl die Superioren, welche selbst gegen diese Verordnung handeln, sollen dafür scharf angesehen, als auch diejenigen von den Superioren, welche ihre Nachgefolgten nicht zu Leistung ihrer Pflicht und Beobachtung dieser Verordnung gehörig anhalten, auf deren Verhalten nicht sorgfältig vigiliren, bei den sich äußernden Unordnungen und Mißbräuchen durch die Finger sehen, zu deren Abstellung das Nöthige nicht vorsehen, oder solche bedürfenden Falls nicht gleich dem fürstl. Consistorio melden, sondern sich einer Nachlässigkeit hierunter zu Schulden kommen lassen, zu schwerer Rechenschaft und Verantwortung gezogen werden. Alle und jede, auch die kleinsten Contraventionen wider die hierin verordneten Artikel sollen außer der sonst etwa nöthigen Ahndung mit Geldbußen belegt, diese aber zu der, zu Aufhellung des Kirchen- und Schulwesens destinirten Casse beigetrieben werden. Landesf. Verordn. v. 28. Mai 1746. \*\*)

Da den weltlichen Visitatoren der Kirchen der Zustand und die Umstände der Kirchengüter billig bekannt sein müssen, so soll denselben alle Zeit nachgelassen werden, auf den Fall, da sie befürchten, daß den zum Theil unvermögfamen Kirchen die bevorstehenden, oder auch von dem fürstl. Consistorio bereits verwilligten Ausgaben zu schwer fallen dürften, dieserhalb bei demselben der Sachen Beschaffenheit gemäßige Vorstellung zu thun, worauf das fürstl. Consistorium allen billigen Bedacht nehmen wird. Landt. Absch. v. 9. April 1770. Art. 4.

S. auch: Pupillen, Curatelen, Kirchen und milden Stiftungen zustehende Gelder — Kirchengelder u. — Kirchen-Visitationen — Corpora bonorum — Pfarrgüter — Pia corpora — Kirchen-Proceße.

\*) S. Kirchen-Proceße; cf. landesf. Reser. v. 2. Mai 1823. (Bege II. p. 158.)

\*\*) Schon in der erneuerten Kirchen-Ordn. Tit. XX. ist vorgeschrieben, wie mit der Administration der Kirchengüter verfahren werden solle, indeß ist die obige Verordnung umfassender.

### Kirchenhäuser.

S. Kirchen=Keefer und Häuser, Immunität derselben — Kirchen=, Pfarr=, Schul= und Küster=Gebäude, Beaufsichtigung und Reparaturen derselben.

### Kirchen=Rühe und Schafe.

An den Orten, wo Kirchen=Rühe und Kirchen=Schafe vorhanden, sollen selbige bei den Unterthanen und sonst insgemein als eisernes Vieh von 3 zu 3 Jahren, alle Mal von Martini an zu rechnen, stehen bleiben, jedes Mal um Trinitatis vorher aufgekündigt und darauf folgende Martini der Tare nach wiederum extradirt werden. Sollte jedoch der Miether in Armuth gerathen oder das Seinige durchbringen, oder sollten sich andere dergleichen Dinge finden, so soll ihm das Vieh bis zum Ablaufe der 3 Jahre nicht gelassen werden. Verordn. des fürstl. Consistorii zu Blankenburg v. 18. Novbr. 1696.

### Kirchenländerei, Verpachtung derselben.

Die Kirchengüter sollen auf drei oder zum Vängsten sechs Jahre verpachtet werden. Erneuerte Kirchen=Ordn. v. 1. Mai 1709 Cap. XX. §. 5. S. Kirchengüter.

Da bei der Verpachtung der Kirchenländereien auf der Gerichtsstelle aus Mangel an Concurrenz nicht ein solches Pachtlocarium zu erwarten steht, als bei einer Verpachtung in loco, so wird auf landesf. Befehl unter Wiederaufhebung der im Consistorial=Ausschreiben v. 30. Novbr. 1796 bekannt gemachten Verordnung \*) in Ansehung der Verpachtung der Kirchenländerei folgendes bestimmt:

1) Alle den Kirchen gehörigen Grundstücke, woran diesen das uneingeschränkte Eigenthum zusteht, sind der Regel nach von dem weltlichen Visitator jedes Orts meistbietend in loco zu verpachten.

2) Die Verpachtung ist zeitig genug vorher sowohl durch die Braunschweigischen Anzeigen, als durch Anschläge in den Krügen der benachbarten Dörfer bekannt zu machen, \*\*) damit auch die Feldmark=Nachbarn zur Concurrenz mit eingeladen werden.

3) Im Verpachtungs=Termine soll das Licitiren auf den gesammten Betrag der Aecker oder Wiesen in Eins nicht gestattet, sondern jedes einzelne Stück besonders zur Licitation gebracht und demjenigen zugeschlagen werden, welcher das höchste Pachtgebot gethan haben wird, wenn nicht gegen dessen Annahme zum Pächter besondere Bedenken obwalten sollten.

4) Für einen solchen Verpachtungs=Termin erhält der weltliche Visitator außer den Transport=Kosten noch einen bis zwei Thaler aus den Kirchenmitteln, und zwar nach der Wichtigkeit des Objects und dem Vermögen der Kirche, weshalb die Visitatoren in ihren Forderungen darauf gebührende Rücksicht nehmen werden.

5) In Fällen aber, wenn das zu verpachtende Quantum der Aecker oder Wiesen zu unbedeutend ist, um darauf die Kosten einer Verpachtung in loco zu verwenden, bleibt es in Ansehung deren Verpachtung an der Gerichtsstelle bei der bisherigen Verfassung.

6) Die Rechnungsführer der Kirchen haben den bevorstehenden Ablauf der Pacht den Visitatoren einer jeden Kirche ein Jahr vorher anzuzeigen, worauf der weltliche Visitator den Verpachtungs=Termin zeitig bekannt zu machen hat. Circular=Ausschreiben des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel an sämtliche Generalsuperintendenten und die weltlichen Kirchen=Visitatoren v. 16. Juni 1804.

\*) Hierdurch war bestimmt, daß für die Verpachtung der Kirchenländerei der Wittwenhäuser keine Gebühren genommen werden sollten.

\*\*) Schon durch das landesf. Auschr. v. 21. Novbr. 1750 war vorgeschrieben, daß bei der Verpachtung der Kirchengüter, wie bei andern Verpachtungen, der dazu angesetzte Termin durch öffentlichen Anschlag und die Braunschw. Anzeigen bekannt gemacht werden solle.



## Kirchen=Meier.

S. Meier der Kirchen und Pfarren.

## Kirchen=Ordnung.

Erneuerte Kirchen=Ordnung des Herzogs Anton Ulrich v. 1. Mai 1709, \*) wieder aufgelegt im Jahre 1769. Aus derselben ist das Wichtigste unter den betreffenden Rubriken angeführt.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul=Angelegenheiten betr. §. 2.

## Kirchen=Patron.

Derselbe darf den Kirchen=Visitationen beiwohnen, auch bei der Abnahme der Kirchen=Rechnungen mitwirken; s. Kirchen=Visitationen.

## Kirchen=praestanda, Einlagen derselben.

S. Kirchen=Proceffe.

## Kirchen=Proceffe.

S. Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Güter; Verordn. v. 28. Mai 1746. III.

Wenn Prediger und Schullehrer Namens der Kirche, Pfarre oder Schule gegen Gemeinden oder einzelne Personen über praestanda klagen müssen, so sollen sie solches, den Fall, da periculum in mora ist, ausgenommen, dem Consistorium vorher anzeigen. Circular=Rescript des fürstlichen Consistorii v. 14. Novbr. 1778.

Dieses Rescript wird durch wörtliche Wiederholung in Erinnerung gebracht und demselben hinzugefügt, daß widrigen Falls die Proceßkosten aus den Kirchen=Verarrien nicht verwilligt, die Prediger und Schuldiener auch die den piis corporibus bei ihren Rechtsstreitigkeiten zustehende Befreiung von Gerichts=Gebühren und Stempel, als welche die Autorisation des fürstl. Consistorii zur Führung des Proceßes voraussetzt, nicht zu genießen haben sollen. Circular=Rescr. des fürstl. Consistorii v. 12. Juli 1800.

S. auch: Advocaten und Procuratoren; Umlauf des fürstl. Consistorii v. 2. Febr. 1803.

cf. Landesf. Rescr. v. 2. Mai 1823. (Bege II. p. 158.)

---

\*) Die älteste Kirchen=Ordnung hatte die Stadt Braunschweig; sie war vom Jahre 1531 und betraf nicht nur die Eiturgie, sondern zugleich die Ordnung der Hierarchie, das Schulwesen und die Ehesachen. Im Jahre 1543 erging im Namen des Schmalkalbischen Bundes eine Kirchen=Ordnung für das gesammte Land; sie war von den evangelischen Theologen Dr. Bugenhagen und M. Gorvin unter Zuziehung des Dr. Martin Gorkig verfaßt. Als Herzog Heinrich d. J. in den Besitz des Landes zurück kam, hob er diese Kirchen=Ordnung wieder auf und der H. Julius ließ im Jahre 1569 vom Dr. Chemnitz und Dr. Andrea eine neue veranstalten, welche 1615 besonders wegen eines das symbolum apostolicum verstümmelnden Druckfehlers nochmals aufgelegt wurde. Außer dieser Kirchen=Ordnung ließ H. Julius auch noch das Corpus doctrinae Julium publiciren; s. Corpus doctrinae Julium. 1651 wurde die Kirchen=Ordnung des H. Julius vom H. August neu bestätigt, indeß ließ derselbe unterm 7. Januar 1657 eine neue Kirchen=Agende, welche nur von den kirchlichen Ceremonien handelte, publiciren; seine Absicht, eine vollständige neue Kirchen=Ordnung ergehen zu lassen, erreichte er nicht, erst unter der Regierung des H. Anton Ulrich erschien die oben angeführte erneuerte Kirchen=Ordnung v. 1. Mai 1709, welche die noch jetzt gültige ist. Sie besteht aus zwei Theilen, von denen der erste von den das Kirchenwesen betreffenden Sachen handelt und der zweite die Agende umfaßt. Dem ersten Theile sind noch 22 Edicts, Constitutionen u. dgl. und dem zweiten die Evangelien und Episteln auf alle Sonn= und Festtage als Anhang beigelegt.

### Kirchen-Rechnungen.

Die Kirchen-Rechnungen sollen in gehöriger Form eingerichtet und bei der Einnahme ein jedes exigendum e diametro gegen das exactum über, in das mittlere spatium aber die Namen der Debitoren oder derer, so der Kirche ihre Gefälle jährlich zu geben und sonst andere praestationes zu thun schuldig sind, specificce gesetzt, zu jeden Gefällen auch, e. g. Ackerzins und dergl., ein besonderes caput gemacht und unter solche Rubrik, was dahin gehört, berechnet werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. XX. §. 3.

Es sollen bei der Einnahme keine Restanten passiren, es wäre denn, daß der Administrator oder Rechnungsführer erweisen könnte, daß in exigendo der äußerste Fleiß, und zwar zu rechter Zeit angewandt worden oder der Debitor per casus majores gänzlich verarmt wäre. Widrigen Falls und bei Ermangelung sothanen Beweisthums sollen die Administratoren die Reste aus dem Ihrigen zu ersetzen schuldig sei. \*) Ebendas. §. 4.

Bei der Ausgabe soll in den Rechnungen eine gute Distinction gehalten und die Posten, so einerlei causam haben, unter eine Rubrik, die andern aber besonders eingeführt werden, kein einziger Posten aber, so nicht mit Quittung belegt werden kann, passiren. Ebendas. §. 8.

### Kirchen-Rechnungen, Abnahme derselben.

S. Kirchen und andern piis corporibus zustehende Güter, Verordn. v. 28. Mai 1746. II. 2 und 3. — Kirchen-Visitationen, insbesondere Verordn. v. 28. Mai 1746. I. d. und e.; Verordn. v. 12. August 1782. §§. 5 sqq.; Art. 2 der Privilegien und Befugnisse der gesammten Landschaft v. 9. April 1770.

Am Ende des Protocolls über die Kirchen-Rechnungs-Abnahme soll eine allgemeine Uebersicht (Abschluß) von dem eigentlichen Bestande des Kirchen-Vermögens gemacht werden. Rescript fürstl. Consist. v. 29. August 1767.

cf. Consistor. Ausschreiben v. 9. Febr. 1813. (Bege I. p. 184.)

Den Amtsactuaren und Registratoren sollen für die Führung des Protocolls bei der Rechnungs-Abnahme, so wie auch für Vidimation keine Gebühren aus dem Kirchen-Vermögen verwilligt werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 24. Novbr. 1786.

cf. Rescr. fürstl. Cammer v. 19. August 1826. (Bege II. p. 196.)

Die Kirchen-Visitatoren sollen den Rechnungsführern den Inhalt der Consistorial-Rescripte über die geschehene Revision der Kirchen-Rechnungen, wo nicht in extenso, doch dem Befinden nach und insofern selbige sie angehen, extractsweise mittheilen. Postscr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 20. Juli 1796.

S. auch: Geistliches Gericht in Braunschweig.

cf. Verordn. v. 19. Febr. 1814, die nähere Beziehung der Kreisgerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungs-Gegenstände betr., §. 14. — Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 14. — Consist. Ausschreiben v. 30. Decbr. 1818. (Bege I. p. 193.) — Desgleichen v. 16. Novbr. 1831. (Bege III. p. 279.) — Consist. Ausschr. v. 10. März 1819. (Bege I. p. 195.)

### Kirchen-Rechnungen, Extracte aus denselben.

Die Superintendenden haben aus den ihnen mit Ausgang des März-Monats von den Rechnungsführern und, wenn sie selbst Rechnungsführer sind, aus ihren eigenen Kirchen-Rechnungen einen Extract von

\*) S. auch: Kirchen und andern piis corporibus zustehende Güter; Verordn. v. 28. Mai 1746. II. 3. a.

von dem zu machen, was nach ſelbigen jede Kirche, jedes Pfarr-Wittwenhaus oder *pium corpus* ihrer Inſpection in ſolchem Jahre 1) an zinsbar ausſtehenden Capitalien, 2) an Einnahme, 3) an Ausgabe, 4) an Reſten und 5) an Ueberschuß gehabt, und dabei zu bemerken, wo ſolcher hingethan und wozu derſelbe ſonſt etwa verwandt oder zu verwenden ſei, auch ſolche Rechnungs-Extracte, wenngleich die Rechnungen noch nicht monirt und abgenommen ſind, zu Ausgang Aprils bei 10 Uhr. Strafe mit Bericht an fürſtl. Conſiſtorium einzusenden. Hierbei iſt genau darauf zu achten, daß die Rechnungsführer in den Rechnungen den wahren Vorrath von den noch ausſtehenden Reſten ſorgfältig ſepariren. Auch haben die Superintendenden in ſolchem Berichte mit anzuführen, wann in jedem Orte ihrer Inſpection zuletzt Kirchen-Viſitation gehalten iſt. Conſiſtor. Ausſchreiben v. 16. Auguſt 1777.

S. Kirchen-Viſitationen; Verordn. v. 12. Auguſt 1782. §. 10.

cf. Conſiſtor. Ausſchr. v. 10. März 1819. (Bege I. p. 195.)

### Kirchensachen, Proceſſe in denſelben.

S. Kirchen-Proceſſe.

### Kirchen- und Schuldiener.

S. Weiſtliche.

### Kirchen- und Schuldiener auf dem Lande, wie viele Kühe dieſelben auf die Gemeinde-Weide frei treiben dürfen.

Die Prieſter, Schul- und Kirchendiener ſollen mit allen unbilligen Beſchwerden, inſonderheit auch dem Hirtenlohne verſchont bleiben, nichts deſto weniger aber ihr Vieh, ſo viel ohne merklichen Abbruch und Nachtheil der Gemeinde geſchehen kann und es hergebracht iſt, auf die Gemeinde-Weide zu treiben befugt, die Gemeinde aber jedes Orts gehalten ſein, den Hirten gebührl. zu befriedigen. Landesf. Verordn. v. 15. Novbr. 1656.

Einem Prediger ſoll nicht mehr als die zu der Pfarre gehörigen eiſernen Kühe, an welchen Orten aber dieſelbigen nicht ſind, vier Kühe, wenn aber viel Wiefewachſ und daher ein größerer Weideplatz vorhanden iſt, ſechs Kühe, und einem Schuldiener oder Opherdmanne zwei Kühe auf die Gemeinde-Weide frei zu treiben vergönnt ſein. \*) Wenn einige derſelben ein Mehreres halten würden, ſollen ſie davon gleich andern Unterthanen das Hirtenlohn, auch andere *onera publica* entrichten, und dieſe darunter mit ſubleviren. Landesf. Verordn. v. 2. Novbr. 1699.

Vorſtehende Verordnung iſt dahin declarirt, daß, da die Prediger und Opherdleute an vielen Orten den größern Theil ihres Unterhalts von dem Viehe haben müſſen, an denjenigen Orten, wo die Gemeinde über den Erceß des gehaltenen Viehes nicht geklagt, es in *statu quo* gelassen werden ſoll, anderer Orten aber, da die Gemeinden ſich deßwegen beſchwert, die Obrigkeiten jedes Orts die Beſchaffenheit des Wiefewachſes und der gemeinen Weide unterſuchen, und davon, wie auch wegen der Umſtände, ob nämlich die Prediger und Opherdleute bei Haltung einer geringeren Quantität Viehes ihre Subſiſtenz haben können, ihren pflichtmäßigen Bericht zu fernerer Verfügun. einſenden ſollen. Landesf. Verordn. v. 1. März 1700.

Bei Maſtzeiten ſoll den Opherdleuten, Küſtern und Schulmeiſtern die Maſt gleich einem Rothſaffen zu Statten kommen. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Tit. XVIII. §. 3.

cf. Reſcr. fürſtl. Geh. Rathſ-Collegii v. 26. Novbr. 1816. (Bege II. p. 193.)

\*) Daſſelbe beſtimmte ſchon eine Landesf. Verordn. v. 14. April 1658.

### Kirchen- und Schuldiener, Steuerfreiheit derselben.

Die eigenthümlichen Immobilien der Kirchen- und Schuldiener sind den Gemeinde=oneribus unterworfen. Landesf. Rescr. an die Kirchen- und Schulbedienten zu Braunschweig v. 28. Mai 1705.

S. auch: Prediger und Prediger=Wittwen, Steuerfreiheit derselben — Kirchen=Äcker und Häuser, Immunität derselben — Kirchen- und Schuldiener auf dem Lande, wie viele Kühe dieselben auf die Gemeinde=Weide frei treiben dürfen.

### Kirchenschulden.

Extra casum necessitatis sollen bei den Kirchen keine Schulden gemacht, sondern es soll, wenn solches die Noth erfordert, dazu die landesf. oder des Consistorii Genehmigung eingeholt werden. Erneuerte Kirchen=Ordn. v. 1. Mai 1709. Tit. XX. §. 7.

### Kirchen, Streit in denselben.

Um dem, besonders unter den Frauenleuten wegen des Obenansitzens bisher entstandenen Gezänke, Fluchen und Scheltworten und zwar unter dem Gottesdienste nicht ferner nachzusehen, ist verordnet, daß ein Jeder sich in der Kirche und unter dem Gottesdienste allen Gezänkes, Lachens, Stoßens und Scheltens gänzlich enthalten und sich vielmehr in der Stille mit Fleiß der christlichen Andacht annehmen, widrigen Falls derselbe, er sei auch wer er wolle, nicht allein mit ernstlicher, willkürlicher Strafe angesehen, sondern auch nach Gelegenheit und Umständen der gegebenen Uergernisse mit öffentlicher Kirchenbuße belegt, oder sonst nach Befinden zu einer andern öffentlichen Strafe gezogen werden soll. Landesf. Edict v. 4. Febr. 1653.

Wer sich bei dem Gebrauche des heiligen Abendmahls um den Rang streitet, soll sogleich vom Abendmahle abgewiesen werden und öffentliche Kirchenbuße thun. Landesf. Verordn. v. 11. Octbr. 1719.

### Kirchenstühle in Helmstädt.

S. Ordnung wegen der Kirchenstühle in den Helmstädtischen Kirchen v. 4. Decbr. 1745 und 26. August 1818.

### Kirchenstühle in Wolfenbüttel.

S. Landesf. Verordn. wegen der Stände und Stühle in den Heinrichstädtischen Kirchen und des Obenansitzens v. 28. Juli 1657. — Reglement v. 12. Decbr. 1719 wegen Verkaufs und Vermietung der Kirchenstühle und Stände der in der Gotteslagerischen Gemeinde neu erbaueten Trinitatis-Kirche.

### Kirchenstühle, Veränderung und Veräußerung derselben.

An den Kirchenstühlen darf ohne des Consistorii Vorbewußt von niemandem etwas geändert und an dem Gitterwerke oder sonst etwas gebauet werden. Auch sollen dieselben nicht anders als ad dies vitae verkauft, auch auf niemanden sonst transferirt werden, jedoch steht den Personen in linea descendenti frei, die erledigten Stühle binnen einem halben Jahre durch Bezahlung der Hälfte der Kaufsumme jure protimiseos zu erstehen. Landesf. Verordn. v. 1617.

### Kirchen-Visitationen.

Die unnöthigen Zehrungen und Aufschläge, so bei den Special-Visitationen und Kirchen-Rechnungen an etlichen Orten zur Ungebühr geschehen, sollen gänzlich unterlassen werden, und die Superintendenten keinen großen Comitatz mit sich führen, sondern eine Person allein, wie auch die fürstl. Amtleute,

wenn sie zu Aufnehmung der Kirchen-Rechnung reisen, nicht einen Haufen Volks an Amtsdienern, Voigten, Knechten, Jungen, auch Amts-Untertanen, mit sich nehmen oder nachbescheiden, bei Verrichtung der Visitation und Kirchen-Rechnung sich am nothwendigen Essen und Trinken, wie es jedes Orts Gelegenheit giebt, genügen lassen, sonst auch allerdings keine Gelage oder Gastereien weder bei noch nach verrichteter Arbeit des Falls anstellen sollen. Wenn diesem etwas zuwider geschehen würde, soll solches in Rechnung nicht passiren, noch auf die Kirche oder Gemeinde des Orts, sondern auf dieselben, so es verzehrt, geschlagen werden, die auch solches zu bezahlen schuldig sein sollen. Landesf. Verordn. vom 6. Januar 1593. \*)

Die Kirchen-Visitationen sollen jedes Mal nach verflossenen zwei Jahren angestellt werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. XIX. §. 2.

Der dazu von dem Superintendenten anzusehende Termin soll dem Pastor vier Wochen vorher notificirt werden. Ebendas. §. 3.

Hierbei hat derselbe von dem Pastor zu fordern, daß er ihm die Concepte einiger in den letzten zwei Jahren gehaltenen Predigten und einen Bericht über die in der Gemeinde im Leben und Wandel befindlichen Gebrechen, Excesse und Aergernisse, über die bei den Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäuden angemerkten Mängel, über das Verhalten des Schulmeisters und insbesondere über das, was er wegen der Kirchen-Register und zur Verbesserung der Kirchen-Güter bei der Visitation etwa vorzutragen habe, mit seinen Gutachten einschicke. Ebendas. §. 4.

Findet der Superintendent hierunter den einen oder andern Punkt von solcher Wichtigkeit, daß er darin für sich zu resolviren Bedenken fände, so hat er beim Consistorio um Instruction nachzusehen. Ebendas. §. 5.

Der Superintendent kann auch dem Pastor einen Text, um darüber bei der Visitation einen kurzen Sermon zu halten, acht Tage vorher zuschicken. Ebendas. §. 6.

Wenn der Pastor diesen Sermon gehalten hat, so soll derselbe die Kinder in Gegenwart des Superintendenten examiniren und auch an die Erwachsenen einige Fragen richten. Ebendas. §. 7.

Hiernach soll der Superintendent in einer kurzen Rede die Unfleißigen strafen und die Eltern ermahnen, die Kinder fleißig zur Schule zu halten und auch selbst die Catechismus-Lehre nicht zu versäumen. Ebendas. §. 8.

Ehe die Visitatoren abgehen, sollen sie das Kirchen-Gebäude observiren und nachsehen, ob das, was bei der letzten Visitation erinnert worden, gebessert, ob der Ornat sammt den in die Kirche gehörigen Büchern vorhanden und wie der Kirchhof verwahrt ist. Ebendas. §. 9.

Sodann soll das Pfarr- und Schulhaus in Augenschein genommen, eines jeden Inventarium nachgesehen, und was an solchen Gebäuden nothwendig gebessert werden muß, nach jedes Orts hergebrachter Observeanz zu repariren angeordnet werden. \*\*) Ebendas. §. 10.

Nach diesem soll der Pastor abtreten und es sollen einige aus der Gemeinde befragt werden, ob der Pastor, auch der Dpfermann und Küster, in seinen Amtsverrichtungen, wie auch in Lehre und Leben sich so erweise, wie es die Kirchen-Ordnung erfordere. Ebendas. §. 11.

\*) Den übrigen Inhalt dieser Verordnung s. unter: Consistorium.

\*\*) S. Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

Bei solchen Fragen soll der Superintendent ohne Affect und so verfahren, daß er den Pastor bei der Gemeinde nicht prostituire. Ebendas. §. 12.

Hierauf soll auch der Prediger befragt werden, ob er und der Schulmeister wider die Gemeinde außer dem, was vorhin schriftlich eingesandt worden, noch was vorzutragen habe. Ebendas. §. 13.

Sodann soll ferner das Erbregeister oder Hauptbuch, worin das corpus bonorum und die jura der Kirche beschrieben, wie auch das Buch, worin die Consistorial-Rescripte und Mandate zusammen gesetzt worden, nachgesehen werden. Ebendas. §. 14.

Es kann auch bei den Gerichtsherren und Beamten nachgefragt werden, ob der Pastor sich etwa in Gerichtssachen mische, oder ob man sich sonst über ihn zu beschweren habe, wogegen auch der Pastor befragt werden kann, ob er seiner Seits über dieselben Beschwerde zu führen habe. Ebendas. §. 15.

Darauf sollen die aus der Gemeinde, welche in offener Gottlosigkeit, Verachtung des heiligen Abendmahls oder auch in Unversöhnlichkeit mit ihren Nächsten leben, ermahnt und mit Strafe bedroht werden. Ebendas. §. 16.

Hierauf soll der Superintendent der Gemeinde vorhalten, was der Pastor und der Schulmeister über sie zu klagen haben, und ihr befehlen, ihrem Seelsorger schuldige Ehrerbietung zu beweisen, seinen Lehren und Ermahnungen Folge zu leisten, den Gottesdienst und die Catechismus-Lehre, wie auch das heilige Abendmahl nicht zu versäumen und sich in ihrem Leben so zu zeigen, daß nicht nöthig sei, die Assistenz der weltlichen Obrigkeit gegen die Widerspenstigen zu veranlassen. Ebendas. §. 17.

Von der Visitation soll eine ausführliche Relation abgefaßt und dem Consistorio eingesandt werden. Ebendas. §. 19.

Sowohl die Special- als General-Kirchen-Visitationen sollen durchgängig und bei allen Kirchen in hiesigen Landen, sie mögen Namen haben wie sie wollen, ohne Ausnahme und Unterschied und zu den verordneten Zeiten, als nämlich die visitationes speciales nach Maßgabe der Kirchen-Ordnung alle zwei Jahre angestellt, und damit der Ordnung gemäß fortgefahren, die generales aber nach Inhalt der des Falls ergangenen Verordnungen alle vier oder fünf Jahre gehalten werden; und wie bei den ersteren, nämlich den specialibus, dasjenige, was in der Kirchen-Ordnung vorgeschrieben, genau zu beobachten ist, als soll auch bei den General-Visitationen dasjenige, wozu solche geordnet, mit allem Fleiße verrichtet werden, inmaßen die Special-Superintendenten von diesen, nämlich den General-Visitationen, keineswegs ausgenommen, sondern von ihren vorgesetzten General-Superintendenten gleichfalls ordentlich visitirt und von selbigen examinirt werden sollen, ob sie an ihren Orten ihr Amt als Pastoren und Superintendenten gehörig verwalten, und haben sowohl die General- als Special-Superintendenten sich bei Vermeidung höchster Ungnade und unausbleiblicher schwerer Ahndung hiernach genau zu achten. Wenn die Zeit der Visitation versäumt ist, soll das fürstl. Consistorium diejenigen, welche solche halten oder, woher der Aufenthalt rühre, melden müssen, ohne Ansehen der Person in eine Geldbuße nehmen, welche der Casse mit zufließen soll, die zu Sublevation der, leider nur mehr als zu viel vorhandenen armen Kirchen- und Schuldiener gewidmet ist; ein Gleiches soll auch geschehen, wenn auf den Visitationen selbst in dem einen oder andern Stücke der Verordnung entgegen gehandelt würde. Damit auch die Visitations-Kosten der Kirche so wenig als möglich zur Last fallen, so soll a) bei den Kirchen-Visitationen nicht mehr als 5 Thaler, welche von der oder den Kirchen, die die Visitation betrifft, aufzubringen, von den Filialen aber, wo keine besondere Kirchen sind, gar nichts passiren. b) Die Altaristen und Bauermeister sollen nicht mehr bei den Visitationen gespeist, sondern einem jeden derselben 9 bis 12 Mgr. gereicht

werden. \*) c) Für die Registratur der Kirchen=Rechnung sollen, nachdem solche groß oder klein, vorerst und bis zu weiterer Verordnung, sechs, acht, zwölf bis sechzehn Groschen, und Falls sie sehr stark, ein Thaler, und d) für einen jeden Bogen der Kirchen=Rechnungen nicht mehr als zwei Mgr. Copialien in solchen Rechnungen passiren, auch sollen e) zu desto förmlicherer Einrichtung der Kirchen=Rechnungen die Posten nicht mehr nach Mfl., sondern durchgängig im ganzen Lande nach Rthlr., Mgr. und Pf. berechnet, Falls aber an einigen Orten die Kirchen=Gefälle nach Mfl. einkommen, sodann die Mfl. anto lineam gesetzt werden. Das fürstl. Consistorium soll hierauf nachdrücklich halten, und dahin sehen, daß beiderlei Visitationen gehörig und der Ordnung gemäß angestellt, auf die vorgeschriebene Weise gehalten, die Visitations=Berichte jedes Mal eingeschickt werden, und, Falls in dem einen oder andern Stücke dieser und den vorhergehenden Ordnungen entgegen gehandelt worden, solches obgedachtermaßen mit einer dem Befinden nach zu determinirenden Geldbuße zu obgedachter milder Stiftung gebüßt werde. In dem unverhofften Falle, daß sich jemand so weit vergessen, und den so nöthigen zum Besten des Kirchenwesens verordneten, auch kraft dieser abermaligen Verordnung nicht mehr zu verabsäumenden Kirchen=Visitationen Hinderungen in den Weg legen würde, soll derselbe, er sei wer er wolle, ohne Ansehen der Person mit unausbleiblicher scharfer Ahndung angesehen werden, wie denn das fürstl. Consistorium ernstlich befehligt ist, im gedachten unverhofften Falle das Nöthige schleunig zu verfügen, auch befundenen Umständen nach höchsten Orts zu weiterer Verordnung davon zu berichten. \*\*) Landesf. Verordn. v. 28. Mai 1746.

Da dem geistlichen Visitator die Gelegenheit benommen wird, den Hauptzweck der Kirchen=Visitation zu erfüllen und von dem Erkenntnisse der Gemeinden im Christenthume eine hinlängliche Untersuchung anzustellen, wenn die Mehrsten von der Gemeinde dem angestellten Gottesdienste beizuwohnen sich entziehen, so wird verordnet, daß vor eintretender Kirchen=Visitation die Obrigkeiten jedes Mal einer jeden Gemeinde durch die Bauermeister bei einer zu bestimmenden hinlänglichen Strafe befehlen lassen sollen, daß keiner an dem Tage der Visitation den Gottesdienst ohne hinlängliche Entschuldigung und davon geschehene, auch von der Obrigkeit für hinreichend angenommene Anzeige versäumen dürfe, und soll bei jedesmaliger Visitation dem geistlichen Visitator das Verzeichniß der Ausgebliebenen nebst beigefügten Ursachen, warum sie nicht erschienen, zugestellt, gegen diejenigen aber, welche sich auf andere Weise dem Gottesdienste entziehen, mit Beitreibung der Strafe ohne alle Nachsicht verfahren werden. Landesfürstl. Verordn. v. 2. Novbr. 1767. (Br. Anz. v. 1767. Nro. 93.)

Den Kirchen=Patronen, welche nicht Kirchen=Visitatoren sind, noch des Orts Gerichte haben, wird zugelassen, den Visitationen jeder Zeit, jedoch auf ihre Kosten, mit beizuwohnen, um nicht allein zu vernehmen, wie damit verfahren werde, sondern auch, wenn die Nothdurft es erfordert, ihr Bedenken und Gutachten darüber zu eröffnen. \*\*\*) Auch soll ihnen sowohl bei Kirchen als anderen piis corporibus, wenn sie durch Inspection der Rechnungen von den Umständen und der Verwaltung der geistlichen Güter benachrichtigt sein wollen, nicht nur bei der Rechnungs=Abnahme, wenn sie sich zeitig genug dazu melden, ein freier Zutritt, sondern auch außerdem, Falls sie es geziemend suchen, die Vorlegung der Rechnungen selbst gestattet und verwilligt sein, auch auf ihre monita, wenn sie deren einige zu machen für nöthig finden, so weit es thunlich, williger Bedacht genommen werden. Art. 2 der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

Da Klagen und Beschwerden darüber geführt sind, daß bei den Einführungen der Prediger und bei den Abhaltungen der Kirchen=Visitationen, auch Abnahme der Rechnungen, den Gemeinden und Predigern

\*) cf. Consistor. Rescr. v. 8. April 1826. (Bege III. p. 266.)

\*\*) Die Fortsetzung dieser Verordn. s. unter: Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Güter.

\*\*\*) Eben dasselbe war schon in dem Sandersheimer Landtags=Abschiede v. 10. Octbr. 1601. Art. 1 bestimmt.

ein so großer Kosten-Aufwand verursacht werde, daß die Rechnungen davon zu starken Summen herlaufen, so wird verordnet, daß

1) die General-Visitationen von nun an gänzlich eingestellt, und die General-Superintendenten bloß die Special-Superintendenten zu visitiren gehalten, dabei aber verbunden sein sollen, sich nach den Umständen ihrer Inspection zu erkundigen, über deren Mängel mit ihnen zu conferiren und sich die Acten über die mit ihren Predigern gehaltenen Colloquien oder Synoden \*) vorlegen zu lassen, gestalt denn zu desto besserer Kenntniß und Mitwissenschaft der General-Superintendenten die speciales künftighin von den an fürstl. Consistorium unmittelbar zu erstattenden Visitations-Berichten jedes Mal copiam an dieselben gelangen lassen sollen.

2) Die Abnahme der Kirchen-, Pfarr-Wittwenhaus- und anderer Rechnungen der *piorum corporum* soll künftighin von dem Visitations-Geschäfte völlig separirt sein, und der geistliche Visitator ohne Zuziehung des weltlichen die Visitation in Gemäßheit des Cap. XIX. der fürstl. Kirchen-Ordnung allein verrichten, wobei also, was allda in Beziehung auf die Kirchenrechnungs-Abnahme und die Gegenwart des weltlichen Visitators verordnet worden, nunmehr, wie sich von selbst versteht, cessirt; es haben aber die Beamten und Gerichtsherrn für die Fuhr des geistlichen Visitators behuf der anzustellenden Visitation zeitig genug zu sorgen.

3) Zu sothanem Visitations-Geschäfte sollen sich hinfüro der Special-Superintendent, oder, Falls dieser zu visitiren ist, der General-Superintendent, und, wenn die Gemeinde der zu visitirenden Kirche über 30 Hauswirthe stark ist, ein assistirender Prediger einfinden, wobei es in Ansehung des Patrons bei demjenigen völlig verbleibt, was wegen dessen freien Zutritts zu den Visitationen und Rechnungs-Abnahmen bereits verwilligt und ausgemacht ist. \*\*)

4) Für jede vorgedachter Personen soll nicht mehr als 1 Thlr. 16 Ggr. für die Speisung in den Kirchen-Rechnungen passiren, auch sollen nicht mehr als höchstens 4 Essen gegeben werden, und hat es in Ansehung der Altaristen und Bauernmeister bei dem, was die Visitations-Ordnung v. 28. Mai 1746 darunter verordnet, sein Bewenden.

5) Der Special-Superintendent erhält für das Visitations-Geschäft und die Monirung der Rechnungen jährlich von jeder Kirche 1 Thlr., und da der General-Superintendent bei der bisher üblich gewesenen General-Visitation für jede abzunehmende Rechnung zeither 1 Thlr. bekommen, also von einer jeden Kirche, über deren Gemeinde er General-Visitation gehalten, 2 Thlr. empfangen, so behält derselbe dieses, wie er denn in Zukunft von Monirung der Rechnungen, insofern er nicht als *specialis* dabei concurrirt, befreit ist.

6) Die Kirchen-, Pfarr-Wittwenhaus- und anderen Rechnungen der *piorum corporum*, so sonst bei den Visitationen abgenommen worden, sollen von nun an von dem weltlichen Visitator allein abgenommen werden. Der Rechnungsführer ist gehalten, solche in triplo dem Superintendenten alle zwei Jahre, und zwar zugleich mit dem Rechnungs-Hauptbuche und den Belägen im Monat März einzuschicken. Dieser monirt sie und behält ein Exemplar in seiner Registratur mit dem Concepte seiner *monitorum*, schießt aber die andern beiden Exemplare mit seinen *monitis* sammt dem Rechnungs-Hauptbuche und den Belägen dem weltlichen Visitator binnen 4 Wochen zu, dieser monirt sie ferner, wenn er es für nöthig findet, und setzt zu deren Abnahme auf der Gerichtsstube Termin an, citirt auch dazu den Rechnungsführer, wenn dessen Gegenwart erforderlich ist und die *monita* von einigem Belange sind, und besorgt wegen dessen Transports das Nöthige an die Gemeinden. Sind aber die *monita* nicht von Belang, so quittirt er nach den gezogenen etwaigen geringen und unstreitigen *restituendis*, wie bisher gewöhnlich.

\*) S. Synoden der Prediger auf dem Lande und in den Landstädten.

\*\*) S. auch: Kirchen und anderen *pilis corporibus* zustehende Güter; Verordn. v. 28. Mai 1746.



7) Der weltliche Visitator schickt nach geschehener Rechnungs=Abnahme, welche spätestens vor Ende des Monats Juli vorgenommen werden soll, binnen 4 Wochen das eine Exemplar der Rechnung sammt den monitis und dem Abnahme=Protocoll an fürstl. Consistorium mit Bericht ein, stellt auch binnen gleicher Frist dem geistlichen Visitator copiam gedachten Protocolls zu und remittirt an selbigen zu weiterer Beförderung das Rechnungs=Hauptbuch und die Beläge, wie denn sowohl dem Rechnungsführer die Einbringung der Rechnungen und dem Superintendenten die Zufertigung der monitorum, als dem weltlichen Visitator die Abnahme der Rechnungen und Einsendung derselben und des Abnahme=Protocolls binnen den vorgeschriebenen Terminen jedem bei 5 Thlr. Strafe hiermit aufgegeben ist.

8) Bei denjenigen Kirchen, wo der Special-Superintendent zugleich Prediger ist und der General-Superintendent in die Stelle des specialis tritt, hat alles das, was in den vorhergehenden Paragraphen wegen des letztern verordnet worden, auch in Ansehung des General-Superintendenten Statt.

9) Dem weltlichen Visitator wird für die Abnahme einer jeden Kirchen-Rechnung, die Wittwenhaus-Rechnung mit eingeschlossen, einen Thaler zu nehmen erlaubt, und sollen diese Gebühren nicht eher, als bis die Arbeit, wofür sie vermacht sind, geschehen ist, bezahlt werden. Der Rechnungsführer hingegen bekommt bei der Rechnungs=Abnahme 1 Thlr. Diäten, wenn es ein Prediger ist, sonst aber so viel, als ihm für die Beföstigung bei der Visitation in der höchsten Verordnung vom 28. Mai 1746 bestimmt ist.

10) Wie es übrigens bei den die Visitationen, die Administration der *piorum corporum* und das Rechnungswesen betreffenden vorhergegangenen Verordnungen, in so weit durch gegenwärtiges Reglement darin keine ausdrückliche Veränderung gemacht ist, in alle Wege verbleibt, also hat es auch, insonderheit bei dem Consistor. Auschr. v. 16. August 1777 \*) wegen der an fürstl. Consistorium von den Superintendenten jährlich mit Bericht einzusendenden Cassen=Etat der *piorum corporum* ihrer Inspection sein ungehindertes Bewenden.

11) Bei den Einführungen der Prediger soll künftig, damit die dabei vorkommenden Geschäfte in einem Tage beendigt werden können, die Abnahme der Kirchen- und sonstigen Rechnungen des abziehenden oder verstorbenen Predigers nicht vorgenommen werden, sondern es hat der Abziehende, oder des Verstorbenen Wittve und Erben, solche 4 Wochen vor der Einführung dem geistlichen Visitator zur Monitor in triplo einzuschicken, solcher dieselben binnen 8 Tagen dem weltlichen Visitator cum monitis und den Belägen einzuliefern, und dieser sie vor der Einführung auf der Gerichtsstube nach Anleitung des §. 6 abzunchmen, damit das etwaige restituendum gleich von den meliorationibus abgezogen werden könne. \*\*) Zu der Einführung selbst wird von Seiten des weltlichen Visitators, den Fall jedoch ausgenommen, wenn mater und filia in verschiedenen Gerichten belegen, nur einer der Justizbeamten zugezogen, der zugleich das Protocoll zu führen hat; \*\*\*) dieser bestellt vorher die erforderlichen Taxatoren, um nach der Einführung die Meliorationen des Abgehenden bestimmen zu können, und bleiben übrigens die sonst gewöhnlich assistirenden Prediger bei den Einführungen in Zukunft gänzlich weg.

12) Da solcher Gestalt dasjenige, was bei den Einführungen der Prediger, die jedes Mal an einem Sonntage anzustellen sind, zu besorgen vorfällt, füglich an einem Tage verrichtet werden kann und zu beenden ist, die Anzahl der zu dem Ende gegenwärtigen Personen sich auch nunmehr mindert, so sollen behuf der Introductionskosten in allem höchstens nicht mehr als 20 Thlr. bewilligt sein, welche, nach jedes Orts Observanz, entweder die Gemeinde allein, oder die Kirche allein, oder die Kirche und Gemeinde

\*) S. Kirchen-Rechnungen, Extracte aus denselben.

\*\*) cf. Ausschreiben des herzogl. Consistorii v. 10. März 1838, die Sicherung des Vermögens der *piorum corporum* bei Auseinandersetzung der Prediger zc. betr.

\*\*\*) cf. Consistor. Refcr. v. 8. April 1829. (Bege III. p. 275.)

#### 40 Kirchen=Visitatoren, Rang derselben — Kirchen=Visitatoren, Rescripte an dieselben.

conjunctim nach den hergebrachten ratis zu tragen haben soll, wobei ferner des Landesfürsten Wille ist, daß solches auch auf die Landstädte, wie hiermit geschieht, extendirt wird. \*)

13) Da auch für jeden Prediger, ehe ihm die Pfarr=Belehnung ertheilt wird, die Kosten des Anzuges auf ein Billiges zu setzen sind, so hat derselbe alle Mal zuvörderst durch ein Attestat von der Obrigkeit des Orts zu bescheinigen, ob und welcher Gestalt er des Falls mit der Gemeinde übereingekommen sei, wie denn fürstl. Consistorium angewiesen ist, ferner dahin zu sehen, daß diese Kosten der Billigkeit nach bestimmt, auch, so wie bisher geschehen, die Pfarr=Belehnung und das Introductorium eher nicht, als bis solche völlig regulirt sind, ausgefertigt und ertheilt werde.

14) In den Fällen, wo die zu translocirenden Prediger eine Verbesserung suchen und erhalten, als welches den Kirchen und Gemeinden billig nicht zur Last fallen muß, sollen dieselben die erforderlichen Transport- und Introductions-Kosten befundenen Umständen nach entweder ganz, oder zum Theil selbst tragen und übernehmen, durch welche Kosten denn in specie diejenigen verstanden werden, welche ein solcher Prediger durch seine Beförderung ratione seines successoris verursacht, inmaßen um so viel billiger ist, daß die Gemeinde, von welcher er abzieht, sonderlich wenn solche unvermögend ist, damit, wo nicht in totum, jedoch in tantum verschont werde, als widrigen Falls zum Destern kleine und arme Gemeinden bei der Translocation ihrer Prediger am Meisten leiden, und von deren Beförderung Ueberlast und Schaden haben würden. \*\*) Landesf. Verordn. v. 12. August 1782.

S. auch: Expeditions=Bücher der Geistlichen — Kirchen=Bücher, Erhaltung und Aufbewahrung derselben — Kirchen=Rechnungen, Extracte aus denselben i. f. — Meier der Kirchen und Pfarren.

cf. Verordn. v. 19. Febr. 1814, nähere Beziehungen der Kreisgerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungs=Gegenstände betr., §. 14 — Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul=Angelegenheiten betr., §. 16. — Rescr. herzogl. Geh. Raths=Colleg. v. 10. Septbr. 1826. (Bege I. p. 207.)

#### Kirchen=Visitatoren, Rang derselben.

In Verrichtungen, welche von den fürstl. Aemtern geschehen müssen, sollen die Ober- und Beamten, wenn die Superintendenten dabei concurriren, diesen vorgehen und vor ihnen unterschreiben, außerdem aber die Oberamtsleute und Superintendenten im Range gleich sein und nach dem Alter im Dienste einander vorgehen. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 16. Decbr. 1755.

Die wegen des Vorgangs der weltlichen Visitatoren vor den geistlichen entstandenen Zweifel sind von dem Landesfürsten dahin entschieden, daß bei den Kirchen=Visitationen derjenige von beiden Kirchen=Visitatoren, welcher dem andern im Range vorgeht, den Vorsitz sowohl, als bei der Unterschrift den Vorgang haben, der Justitiarius der Gerichtsherrn aber, er mag sonst ein Prädicat haben, welches er will, den Superintendenten alle Zeit nachgehen, auch das Ausschreiben und die Direction der Visitation, sowie die Registratur cum annexis den Superintendenten bevorbleiben sollen. Circular=Rescr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 26. April 1775.

cf. Consistor.=Rescr. v. 8. Juli 1818. (Bege I. p. 192.)

#### Kirchen=Visitatoren, Rescripte an dieselben.

In Sachen, über welche an beide Kirchen=Visitatoren zu rescribiren ist, sollen vom Consistorio solche Rescripte an jeden der beiden Visitatoren besonders ausgefertigt werden. Landtags=Absch. v. 9. April 1770. Art. 3.

Kirchen=

\*) S. auch: Prediger, Berufung und Einführung derselben.

\*\*) cf. Consistor. Auschr. v. 13. März 1824. (Bege I. p. 202.)

**Kirchen=Vorsteher.**

S. Vorsteher und Rechnungsführer bei Kirchen, Hospitälern und Armenkasten.

**Kirchgang.**

Bei dem Kirchgange sind alle Gastereien gänzlich verboten, die gute Ordnung aber, daß sich die Mutter nebst ihrem Kinde in der Kirche von dem Pastor öffentlich einsegnen läßt, soll ferner gehalten werden. Landesf. Tauf=Ordn. v. 28. Octbr. 1646. \*)

cf. Rescr. herzogl. Consistorii v. 16. Juni 1827. (Bege III. p. 269.)

**Kirchhöfe.**

Die Kirchhöfe sollen zu Abhaltung des Viehes von jedes Orts Gemeinde mit Planken und Pforten verwahrt und von den Rüstern rein gehalten werden. Ern. Kirchen=Ordn. v. 1. Mai 1709. Tit. 1. §. 4. \*\*)

Die in den Städten, Flecken und Dörfern eingehenden Kirchhöfe sollen der Kirche in Ansehung des Eigenthums verbleiben und soll der neue Anbau auf solchen nicht ohne höchste Genehmigung gestattet werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 13. Octbr. 1766.

cf. Rescr. fürstl. Geh. Raths=Collegii v. 25. Septbr. 1823. (Bege I. p. 202 und II. p. 194.)

**Kirchthürme.**

Gegen Wind und Wetter, auch Feuergefähr, sollen die Kirchthürme so viel möglich durch umher zu pflanzende Kastanien=, Linden= und andere Bäume gedeckt werden. Fürstl. Wolfenb. Consist. Ausschreiben v. 4. Juni 1749.

**Klafter=Brennholz.**

S. Brennholz=Handel in Braunschweig.

Klafterholz, Anfahren desselben für die fürstl. Hoffstätten und Magazine.

S. Brennholz, Anfahren desselben für die fürstl. Hoffstätten und Magazine.

**Klagen.**

Nachdem sowohl die Patrimonial=Gerichtsbarkeit, als auch der privilegierte Gerichtsstand aufgehoben ist, (S. Gerichtsbarkeit) werden alle Klagen, wenn sie nicht vor das Kaufgericht gehören, (S. Kaufgericht zu Braunschweig) ohne Ausnahme bei den Aemtern und Stadt=Gerichten oder bei den Kreis=Gerichten, je nach der Größe des Klag=Objects, angebracht.

cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1823, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr.

Klagen, die nach medicinischen Principien zu entscheiden sind.

S. Collegium medicum; insbesondere landesf. Verordn. v. 26. April 1770.

**Klapperjagden.**

S. Jagddienste.

**Klattschen mit den Peitschen.**

S. Reiten und Fahren, übermäßig starkes auf den Straßen zu Braunschweig.

\*) Dasselbe wiederholt die erneuerte Kirchen=Ordn. Th. 2. Cap. XI, wo zugleich die Gebetsformeln für die Einsegnung vorgeschrieben sind.

\*\*) Dasselbe war schon früher durch die Kirchen=Ordn. von 1543 und 1569 und durch die Aegende von 1657. p. 183 bestimmt. Zweiter Theil.

## Klee, Anbau desselben.

S. Futterkräuter, Anbau derselben.

## Kleider = Ordnung.

Die in früheren Zeiten sowohl für die Stadt = als die Landbewohner zur Beschränkung des Kleider = Luxus erlassenen Verordnungen \*) haben nur noch historischen Werth.

Wegen des Kleider = Aufwandes des Gesindes s. Gesinde = Ordn. v. 15. Octbr. 1832. §. 18.

## Kleiderfeller.

S. Trödelhandel.

## Kleidung, Collation derselben.

S. Erbfolge der Ehegatten.

## Klingebeutel = Gelder. \*\*)

S. Armen = Anstalten auf dem Lande; Verordn. v. 14. (20. Decbr.) 1743. §. 11.

\*) Die wichtigsten dieser Verordnungen waren folgende:

Durch die Verordn. v. 27. Octbr. 1740 wurde bestimmt, daß die Bauerleute sich nicht über ihr Vermögen kleiden, insbesondere keines kostbaren Tuchs, wovon die Elle einige Thaler koste, und die Bauer = Weiber, Töchter und Dienstboten keines Goldes, Silbers oder kostbaren seidenen Zeuges, imgleichen keiner Spitzen bei Strafe der Confiscation zu ihrer Kleidung sich bedienen, sondern nach ihrem Stande und Vermögen sich kleiden sollten. Unterm 23. Septbr. 1752 wurde diese Verordn. dahin declarirt, daß es mit den Mahlmüllern, und deren Frauen und Kindern so genau nicht gehalten werden solle, wenn sie vermögende Leute wären; dagegen sollten die Soldaten = Weiber und Töchter, imgleichen die Mägde, welche bei Andern als Bauern, bei Beamten, Predigern u. s. w. dienten, der Ordnung lediglich unterworfen bleiben. Indes hatten die Bauer = Frauen und Töchter die Verordn. v. 27. Octbr. 1740 schon so bald übertreten, daß es nothwendig schien, sie durch die landesf. Verordn. v. 22. Februar 1753 darauf zu verweisen und zugleich zu verfügen, daß die Spitzen nach Verlauf eines Jahrs gänzlich abgeschafft und ferner nicht mehr gebuldet werden sollten. Zugleich wurde aller bei Hochzeiten mit Bändern getriebene Aufwand der Gestalt untersagt, daß die Braut und die Braut = Mädchen zu ihrem Kopfpuze nicht mehr als 12 bis 18 Mgr. anwenden sollten, wobei es jedoch der Braut frei stehen sollte, statt der Bänder mäßige und ihr Vermögen nicht überschreitende Geldgeschenke auszutheilen. Außer diesen Bestimmungen sind für die Landleute keine Luxus = Gesetze erschienen; umfassendere und strengere Verordnungen zur Beschränkung des Kleider = Aufwandes schienen für einzelne Städte erforderlich, und von diesen sind insbesondere die für Braunschweig die bemerkenswerthesten. Unterm 19. Februar 1573 erschien für Braunschweig die erste Kleider = Ordnung unter dem Titel: Der Stadt Braunschweig Kleider =, Verlöbniß = und Hochzeits = Ordnung; indes schon unterm 5. Febr. 1579 eine zweite, betitelt: Der Stadt Braunschweig Ordnung auf die Zierung und Kleidung und auf Verlöbniß und Hochzeit und was selbigem anhängig ist. Den Inhalt derselben hier auch nur in der Kürze anzuführen, gestattet der Raum nicht, sie lassen aber ersehen, daß der Kleider = Luxus für die damalige Zeit sehr groß gewesen sein muß. Unterm 26. August 1623 erging abermals ein Edict der Stadt Braunschweig wegen der Polizei = und Kleider = Ordnung, unterm 26. Novbr. 1650 eine neue Kleider = Ordnung, unterm 24. Octbr. 1662 ein Edict wegen Abschaffung der Bänder und Spitzen, unterm 19. Febr. 1669 ein Edict, die Erneuerung und Beobachtung der im Jahre 1650 und 1662 publicirten Kleider = Ordnungen, auch Abschaffung der weißen Spitzen und Perlen betr., unterm 25. Juli 1693 eine auf landesf. Befehl publicirte Kleider = Ordnung und zuletzt unterm 30. Septbr. 1704 abermals eine auf landesf. Befehl publicirte Kleider = Ordnung, welche die Einwohner ohne Präjudiz für ihren Rang und mit Ausnahme der Bürgermeister, des Superintendenten, des Rathssyndicus, der Doctoren und Licentiaten in fünf Classen eintheilte und einer jeden Classe vorschrieb, welche Kleidungen und Zierrathe sie nicht tragen dürfe. Völlig verboten war das Tragen von unechten goldenen Ketten und Diamanten. Später sind keine allgemeine Vorschriften zur Verhinderung des Kleider = Luxus für Braunschweig mehr ergangen; in der Gesinde = Ordnung v. 2. Octbr. 1758. Art. 13 finden sich indes noch einige Verbote, um zu verhindern, daß der von den Dienstboten getriebene Aufwand den Lohn derselben übersteige. Ähnliche Verbote enthält für Wolfenbüttel der Befehl des Polizei = Amtes v. 7. August 1759.

\*\*) Diese waren zwar schon in älterer Zeit zunächst für die Armen bestimmt, indes sollte auch die Kirche zu ihrer Erhaltung Einkommen davon haben. S. Armenkasten = Ordn. Cap. I. in der Kirchen = Ordn. v. 1. Januar 1569.

cf. Landesh. Rescr. v. 30. Januar 1824. (Bege III. p. 261.) — Rescr. fürstl. Consistorii v. 28. Febr. 1824. (Bege I. p. 10.) — Desgl. v. 19. Decbr. 1829. (Bege III. p. 275.)

### Klistirsprühen.

Da der zweckmäßige Gebrauch der Klistire unter die wirksamsten Heilmittel zu zählen ist, und in Fällen, wo schleunige Hülfe nöthig, der Mangel einer Klistirsprühe nur auf eine unvollkommene Art ersetzt werden kann, so soll für jedes Dorf, wo eine beeidigte Hebamme oder sonst jemand, der den Gebrauch einer Klistirsprühe versteht, sich aufhält, eine solche auf Kosten der Armen-Casse des Dorfs angeschafft werden. Landesh. Rescr. v. 19. April 1797.

### Klöster. \*)

S. Kloster-Ordn. v. 12. März 1655 \*\*) und deren Declaration v. 12. Juli 1704.

cf. Landesh. Rescript v. 7. Januar 1817. (Bege III. p. 247.) — Circular des Directorii fürstl. Cammer v. 24. Decbr. 1822. (Bege III. p. 249.) — Landt. Absch. v. 11. Juli 1823. Art. 25. sqq. — Neue Landsh. Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §§. 163 und 219 sqq. — Gesetz vom 12. Octbr. 1832, die Organisation und den Geschäftskreis der herzogl. Cammer betr. — Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und Geschäftsführung des herzogl. Finanz-Collegiums betr.

\*) Die erste Reformation der Klöster geschah während der Occupation des Landes durch den Schmalkaldischen Bund. (1542 bis 1547.) Der im Namen des Schmalkaldischen Bundes erlassenen Kirchen-Ordnung v. 1543 war auch eine Kloster-Ordnung in lateinischer Sprache angehängt; indeß behielten beide nicht länger mehr Gesetzeskraft, als der Herzog Heinrich d. J. das Land wieder in Besitz nahm und die lutherische Lehre abermals zu unterdrücken suchte. Sein Nachfolger, der Herzog Julius betrieb dagegen die Verbesserung des Kirchenwesens mit Eifer, und ließ durch den Braunschweigischen Superintendenten Chemnitz, den Bisingenschen Kanzler Andrea, den fürstl. Kanzler von Frondeck und einige andere fürstl. Bediente im Jahre 1568 eine über das ganze Land sich erstreckende Kirchen-Visitation halten, wobei die Geistlichen zur Unterschreibung der Augsburgerischen Confession aufgefordert und diejenigen, welche sich dazu nicht verstehen wollten, ihrer Dienste entsetzt wurden. Die übrigen mußten sich nach beendigter Visitation einer Prüfung unterziehen, worauf man die erledigten Kirchen-Aemter von Neuem besetzte. Bei dieser Gelegenheit unterschrieben die meisten Prälaten der Stifter und Klöster die Augsburgerische Confession und versprachen mit ihrem Convente, die Reformation befördern zu helfen. Indes hat das Kloster Klus bis 1592 katholische Aebte gehabt, das Kloster Kemnade ist erst im 30jährigen Kriege reformirt und das Kloster St. Ludgeri ist bis zu seiner Secularisation im Jahre 1803 mit katholischen Geistlichen besetzt gewesen, die der Abt zu Werden bestellte. Bei der allgemeinen Reformation der Klöster durch den Herzog Julius wurden die Mönche theils als Prediger angestellt, theils mit Gelde von den Klöstern abgesunden; wogegen es den Nonnen frei stand, im Kloster zu bleiben oder dasselbe zu verlassen und zu heirathen, in welchem Falle sie eine Aussteuer erhielten. Der Kanzler Andrea schrieb auf Befehl des Herzogs Julius eine Ordnung für die Jungfrauen-Klöster, welche der Kirchen-Ordnung von 1569 angehängt ist. Die außerdem mit den Klöstern vorgenommene Reformation betraf die zweckmäßige Einrichtung des Gottesdienstes und die Eröffnung von Lehranstalten in den Klöstern, die in den Nonnen-Klöstern zugleich Industrie-Schulen wurden. Die Oberaufsicht über die Stifter und Klöster, deren Güter und Haushalt wurde dem Consistorio beigelegt. (Kirchen-Ordn. v. 1569. p. 267 sqq.) Im Jahre 1573 erließ der Herzog Julius eine neue Kloster-Ordnung, die indeß nicht im Drucke erschienen ist. Der Landt. Absch. v. 27. Januar 1619. Art. 4 bestimmte, daß die Klöster in gutem Stande erhalten, mit neuen oneribus nicht belegt, in den Herren-Klöstern die Schulen verbessert und die Knaben darin nicht nach Gunst und ohne Unterschied, sondern nach Vorschrift der Kirchen-Ordnung und besonders die, welche gute Hoffnungen erregten, aufgenommen werden sollten; die Jungfrauen-Klöster sollten mit dürftigen ablichen und anderen züchtigen Jungfrauen besetzt, und darin junge Mädchen ablichen und bürgerlichen Standes für ein geringes Kostgeld auf gnädige Verordnung unterhalten, in Gottesfurcht erzogen und im Nähen, Lesen und Schreiben unterrichtet werden. Der dreißigjährige Krieg richtete indeß die größten Zerstörungen unter den Klöstern an, und wenn sie auch zum Theil, z. B. Michaelstein und Walkenried, ihre klösterliche Einrichtung behielten, so verloren sie doch einen Theil ihrer Güter und geriethen in drückende Schuldenlast. Nach dem Westphälischen Frieden nahm sich der Herzog August ihrer mit Eifer an, besetzte sie wieder, regulirte die Verwaltung ihrer Güter und erließ die

## Kloster = Conventualinnen, Vermögen derselben.

1) Wenn eine Jungfrau in ein dem hiesigen Fürstenthume angehöriges Kloster aufgenommen wird, soll die Domina, der Probst und der sämmtliche Convent mit der zu installirenden Person vor ihrer Einkleidung und Participation ihrer jährlichen vermachten Competenz auf gewisse Maße tractiren, und einen schriftlichen Vergleich (dessen beglaubte Abschrift entweder dem Landesfürsten oder fürstl. Geh. Rathsstube eingesandt werden soll) treffen, was und wie viel sie nämlich bei ihrem Eintritte, entweder an Baarschaften oder liegenden Gründen, dem Kloster zubringen wolle, welches denn nach ihrem Absterben dem Kloster eigenthümlich verbleiben, hingegen ihren Verwandten und Erben zugelassen sein soll, ihres übrigen im Kloster befindlichen Nachlasses und aller ihrer sonst eingebrachten Mobilien, wie sie Namen haben mögen, sich völlig anzumaßen und herauszunehmen, jedoch, daß ihre Freunde und Erben das Begräbniß auf ihre

Kloster-Ordnung von 1655, in deren Vorrede angeführt wird, daß die Klöster durch den Krieg so sehr in Verfall gerathen wären, daß ihre Rettung fast nicht in Menschenkräften zu stehen scheine; daß die geistlichen Güter und Stiftungen nicht profanirt oder zu Cammergütern gemacht, sondern deren Einkünfte nur zu geistlichen Zwecken verwandt werden sollten; daß dem Landesfürsten, als Bischof, die Macht, welche ihm über die Klöster und deren Güter nach der alten Kloster-Versaffung zustehet, gelassen werde, und daß die Aebte und Probsts Sitz und Stimme auf den Landtagen haben und behalten sollten. Wegen der Verwaltung der Kloster-Güter wurde angeordnet, daß der Abt eines jedes Klosters einen Deconomen für dasselbe bestellen mußte, und sämmtliche Klöster unter zwei Inspectoren gestellt wurden, welche dahin zu sehen hatten, daß der Haushalt in den Klöstern vorschriftsmäßig verwaltet werde. Die Kloster-Rechnungen wurden in der Kloster-Ganzleistube zu Wolfenbüttel von dem Kanzler, den Kanzlei- und Consistorial-Räthen, im Beisein des Abts, Kloster-Inspectors und Priors abgenommen; über Streitigkeiten, welche die Erhaltung der Klosterrechte betrafen, wurde an die fürstl. Rathsstube berichtet. Durch die Declaration v. 12. Juli 1704 wurden die Klostersachen und die Aufsicht über die Kloster-Güter einer besondern Kloster-Rathsstube zu Braunschweig übertragen, in deren Cassen der Ueberschuß von allen Kloster-Gütern floß, indem den Kloster-Personen ein Gewisses an Gelde und Victualien ausgesetzt wurde, die Kloster-Schulen eingingen und nur einige Klöster die Verpflichtung behielten, zur Unterstützung der Stadt-Schulen etwas Gewisses beizutragen. So blieb das Verhältniß der Klöster bis zur Westphälischen Regierungs-Periode bestehen, in welcher die Kloster-Güter zu den Domainen gezogen wurden, und die in Betreff der Administration des Vermögens der Stifter und Klöster damals getroffene Einrichtung behielt man auch nach Wiederherstellung der jetzigen Regierung bei, indem die Verwaltung der Kloster-Güter, wie die der eigentlichen Domainen, unter die Oberaufsicht der fürstl. Cammer gestellt und in dieser für solchen Geschäftszweig eine eigene Section bestimmt wurde, der auch die Prälaten in Angelegenheiten der Stifter und Klöster untergeordnet wurden. Die den Prälaten ausgewiesenen Remunerationen wurden eben so wie die den Pfarr- und Schulstellen früher bewilligten Einnahmen wieder auf die Einkünfte der Stifter und Klöster angewiesen. Durch die neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832 ist der Klosterfonds mit dem von der vormaligen Universität Helmstädt herrührenden Studienfonds vereinigt und es werden die zu denselben gehörigen Güter, Gefälle etc., welche einer landwirthschaftlichen Benutzung unterliegen oder als Hülfsmittel dazu dienen, bei der Cammer zugleich mit dem Cammergute verwaltet. Der Reinertrag dieser vereinigten Fonds soll für Kirchen, Bildungs-Anstalten und wohlthätige Zwecke verwendet werden; das Geschäft der Verwendung, nach Maßgabe der aufgestellten Stats und der Vorschriften des Herzogl. Staats-Ministerii, liegt dem Herzogl. Finanz-Collegio ob. Specielle Nachrichten über die Geschichte und Verfassung der einzelnen Klöster und Stifter mit Hinweisung auf die Quellen enthält Stübners Braunschw. Kirchen-Verfassung im 2. Theile p. 472 sqq. und Lenz Geschichte der Einführung des evangelischen Bekenntnisses im Herzogthume Braunschweig, wozu nur noch bemerkt wird, daß sowohl die Güter und Gerechtsame der Abtei Gandersheim und des Klosters St. Ludgeri vor Helmstädt, als auch die der Stifter St. Blasii und Cyriaci zu Braunschweig auf den Grund des Reichsdeputations-Hauptschlusses v. 25. Febr. 1803, vorbehaltlich der den Präbendarien ausgesetzten Pensionen, dem Cammergute einverleibt sind. (Landsch. Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 163.)

\*\*) Der vollständige Titel dieser Kloster-Ordnung ist folgender: Unser, von Gottes Gnaden Augusti, Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg, Verordnung, wie es mit Besetzung und Verfassung der Klöster, auch Administration und Inspection über deren Güter in Unserm Fürstenthume Braunschweig, Wolfenbüttelschen Theils, und der Grafschaft Blankenburg zu halten, und wie selbiges nach dem ersten und uralten Zustande, so weit es der veränderten Zeiten und Umstände halber möglich, einzurichten. Gedruckt in Sr. fürstl. Gn. Residenz und Festung Wolfenbüttel bei Johann und Heinrich den Sternen im Jahre 1655.

eigenen Kosten zu übernehmen und zu thun haben. Es bleibt jedoch dem Landesfürsten die freie Hand, die eine und andere, besonders unvermögende Jungfrau, frei und ohne daß sie dem Kloster etwas zubringe, hinein zu nehmen. 2) Falls eine Jungfrau oder eine Conventualin im Kloster nicht zu bleiben, sondern sich zu verheirathen gedenkt, so soll sie zwar ihre eingebrachten Mobilien aus dem Kloster mitzunehmen bemächtigt, die Hälfte aber dessen, was sie dem Kloster bei ihrem Eintritte zugewandt, zurückzulassen schuldig sein. Dafern aber 3) eine Jungfrau nach Verlauf einiger Zeit in dem Kloster länger zu bleiben kein Belieben haben sollte, so soll sie dasjenige, was sie dem Kloster zugebracht, völlig hinterlassen, und nur allein ihre Mobilien mit sich wiederum herauszunehmen Macht haben. Falls aber 4) eine Jungfrau oder Conventualin eines ungebührlichen und groben Verbrechens halber aus dem Kloster käme, oder ohne Urlaub daraus ginge, so sollen alle ihre Mobilien nebst dem Eingebachten dem Kloster eigenthümlich verbleiben und verfallen sein. Landesh. Verordn. v. 4. Juli 1684.

### Kloster=Gefälle.

S. Stifts- und Kloster=Gefälle.

### Klöster, Gerichtsstand derselben. \*)

S. Gerichtsbarkeit.

### Kloster=Güter.

Es soll Niemand einiges, das in Klöster oder Gotteshäuser gehört, ohne besonderes landesh. Wissen und Vollwort zu kaufen und an sich zu bringen sich unterstehen, und was in den verlaufenen Jahren geschehen, das ist durch diese Verordnung cassirt und vernichtet. Landesh. Verordn. vom Tage Antonii (17. Januar) 1529.

Die Prälaten und Convente sollen nichts von den ihnen befohlenen Kloster=Gütern, Zehnten, Meier-, Roth- und anderen Höfen, Aeckern, Wiesen, Hopfen-, Küchen-, Kohl-, Kraut-, Gewürz- und anderen Gärten, Teichen, Mühlen, Fischereien, Holzungen, Huden, Triften, Schäfereien, und allem Anderen, nichts ausgenommen, es sei groß oder klein, wenig oder viel, ohne landesh. schriftlichen Consens und Bewilligung weder erblich, wiederkäuflich, pfandweise, zu Leibe auf Jahre verschreiben, vermieern, einthun, und zu gebrauchen überlassen, bei schwerer Strafe und Ungnade, auch Verlust solches ohne landesh. Bewilligung und Vorwissen ausgethanen Guts und des Kauf-, Mieth-, Pfand- und Heuergeldes des Inhabers. Landesh. Verordn. v. 5. April 1573.

Die über die Kloster=Güter ohne der Prinzipalen (das heißt: der Aebte, Probste, Domina und des

\*) Durch das Avertissement der fürstl. Justiz=Ganzlei v. 7. Novbr. 1791 wurde auf landesh. Befehl bekannt gemacht, daß 1) die corpora der Stifter und Klöster unmittelbar der Jurisdiction der fürstl. Justiz=Ganzlei und des fürstl. Hofgerichts unterworfen sein; 2) alle Prälaten, ohne weltliche Bedienung oder Titel, die Vorgesetzten, als Probst, Prior, Domina u. s. für ihre Person in erster Instanz unter dem fürstl. Consistorio stehen; 3) die Conventualen und Conventualinnen in erster Instanz ihren Gerichtsstand vor dem Gerichte ihrer Stifter und Klöster und in höherer Instanz vor fürstl. Consistorio haben; 4) Real-Klagen vor das forum rei sitae gehören; 5) die Conventualinnen des Klosters zur Ehre Gottes in persönlichen Sachen unter dem fürstl. Consistorio stehen sollten, und 6) in Ansehung der Wechselfachen es bei der Disposition der Wechsel=Ordnung und der darin dem Kläger gestatteten electio fori sein Bewenden behalte.

Ein landesh. Rescript vom 18. Decbr. 1780, in Sachen des Klosters Ribbageshausen gegen v. Strombeck, bestimmte, daß das nach L. un. C. quando imperator inter pupillos cognoscat den personis miserabilibus zustehende Privilegium den Klöstern nicht zu Statten kommen, diese vielmehr ohne Ausnahme diejenigen, gegen welche sie klagen wollten, wenn dieselben der Gerichtsbarkeit der Untergerichte unterworfen wären, vor diesen und nicht vor den höheren Gerichten in erster Instanz in Anspruch nehmen sollten.

sämmtlichen Convents) Beliebung vermeintlich losgemachten Verschreibungen, (welche der Eine und der Andere von dem Landesfürsten den den Klöstern gegebenen Reversen zuwider sub- et obreptitie erschlichen hat) sind gänzlich cassirt, vernichtet, und getödtet, und soll sowohl in der fürstl. Rathskube als in dem Hofgerichte Niemandem, er sei auch wer er wolle, wider gedachte Klöster in sämtlichen hiesigen Landen wegen ihrer Güter ein Proceß erkannt werden, es sei denn Sache, daß diejenigen, die dergleichen in petitorio oder possessorio einzufügen und zu erhalten gemeint, darüber neben der landesf. Bewilligung und Confirmation zugleich der Klöster Verschreibungen, und hinwieder neben denselben auch die landesf. Ratification oder den Consens conjunctim originaliter vorlegen würden. Denn gleich wie der Landesfürst über die angezogenermaßen aus Unwissenheit und mangelndem genugsamen Bericht bei höchstdemselben erprac- ticirten Briefe und Siegel zu halten, und deren der Gestalt ferner herauszugeben nicht bedacht ist, so sollen auch hinwiederum die Klöster den hervorigen unterschiedlichen ausgegangenen Edicten und Verordnungen zu Folge schuldig sein, ohne des Landesfürsten und dessen Erben sonderbare schriftliche Bewilligung in oder außerhalb hiesiger Lande keine Kloster=Güter, oder deren Recht und Gerechtigkeit, Zinsen oder Renten zu verkaufen, zu vertauschen, zu verpfänden, oder sie auf mehr denn sechs oder neun Jahre zu vermieern, oder sonst in andere Wege zu alieniren, oder, wenn gleich deren zuvor verschrieben gewesen, auf heim- kommende Fälle hinwiederum von Neuem zu Lehen anzusehen, oder auf fernere Jahre oder Leiber zu exten- diren, oder sonst anderer Gestalt womit zu beschweren, wie denn auch ohne des Landesfürsten und dessen Erben Mitwissen und schriftlichen Consens keine nachtheilige Verträge in streitigen oder unstreitigen Sachen über Kloster=Güter oder deren Rechte und Gerechtigkeiten aufzurichten, auch keine Geldsummen auf Briefe und Siegel aufzuborgen, sondern, da dessen allbereits etwas geschehen, oder hinfüro vorgenommen würde, soll solches gleich den von dem Landesfürsten aus Unwissenheit erhaltenen Briefen kraft dieser Verordnung als nichtig und kraftlos verworfen sein und werden; inmaßen denn auch der Großvoigt, die Beamten, Stadt= und andere Obrigkeiten Niemandem ohne und außer obgesetzter Verordnung und Vorlegung erwähnter klösterl. und fürstl. Bewilligung einige Kloster=Güter an= und überweisen, oder sonst darin einige Execution ver- hängen sollen. Landesf. Verordn. v. 12. Januar 1602. \*)

Wie den Prälaten alle Versekung und Veräußerung der Kloster=Güter ohne des Landesfürsten Consens durch die bekannten Constitutionen verboten ist, also will der Landesfürst von demjenigen, was sol- cherhalb in der fürstl. Kloster=Ordnung disponirt worden, ohne wichtige Ursache nicht abgehen, und die Kloster=Güter fernerhin zur Ehre Gottes, und zu dem bestimmten Gebrauche anwenden lassen. Art. 49 der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

cf. Neue Landschafts=Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 224. — Gesetz v. 20. Decbr. 1834, die ohne besondere ständische Zustimmung zulässigen Veränderungen mit dem Grundvermögen des Cammerguts und des vereinigten Kloster= und Studienfonds betr.

### Kloster=Meier.

S. Meier der Klöster.

### Kloster=Ordnung.

S. Klöster.

### Knochenhauer, Häuser=Ankauf derselben in Braunschweig.

S. Häuser=Verkauf in Braunschweig.

\*) Dasselbe Veräußerungs=Verbot wurde durch das landesf. Edict v. 14. Juli 1624 und durch die Kloster=Ordnung v. 1655. Cap. 3. §. 12 wiederholt; letztere bestimmte zugleich, daß die Veräußerung und Verschwerung der Kloster=Güter nur dann und zwar unter landesf. Einwilligung gestattet sein sollte, wenn den Armen bei äußerster Hungers- noth zu Hülfе zu kommen sei, oder die Klöster zerstört oder eingeäschert wären.



**Knopfmacher, Handel derselben mit Knöpfen und Kameelgarn.**

Nach der Verordnung v. 8. Octbr. 1782 sollen die wollenen und kameelgarnen Knöpfe, auch das Kameelgarn lediglich von der Knopfmacher-Gilde verkauft werden und ist der Handel mit denselben der Kramer-Gilde, den Kramnablern und Posamentirern untersagt. Erneuerte Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 21. Juli 1797. (Br. Anz. v. 1797 Nro. 58.)

Eine gleiche Verfügung ist von dem Polizei-Departement in Wolfenbüttel unterm 14. Novbr. 1798 ergangen. (Br. Anz. v. 1798 Nro. 91.)

cf. Rescr. herzogl. Cammer-Colleg. v. 29. Decbr. 1829. (Bege III. p. 191.)

**Köhler.**

S. Berg- und Hüttenleute.

**Königschießen.**

S. Freischießen in Braunschweig.

**Köther.**

S. Kothsaffen.

**Kohlen.**

Ein Jeder soll die angefahrenen Kohlen wenigstens einen Tag und zwei Nächte, ehe er sie beiträgt, liegen lassen, bei Vermeidung von 5 Thlr. und dem Befinden nach Gefängniß-Strafe. Verordnung der Regierung zu Blankenburg v. 8. August 1705.

S. auch: Holzkohlen u.

**Kohlenhandel.**

Allen Amts-Untertanen und Einwohnern am Harze ist der Holz- und Kohlenhandel untersagt. Landesf. Rescript v. 5. Juli 1764.

**Kohlen-, Erz-, Holz- und andere Fuhren.**

Wegen der Kohlen-, Berg- und Erzfahren ist bestimmt, daß die dem Harze nahe und in den benachbarten Aemtern gesessenen Leute, wenn sie nach Verrichtung ihrer ordinären Dienste ohne Versäumniß des Ihrigen noch Zeit übrig haben, die Fuhren für die Bergwerke als bonum publicum vor allen Dingen befördern helfen, dagegen aber nach Gelegenheit und Weite der Fuhr billigmäßige Belohnung, damit sie ohne Schaden bleiben, gewärtigen sollen. Landt. Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 4.

Kein Communion-Berg- und Forst-Beamter soll nach Maßgabe der alten gemeinen Berg-Ordnung Art. 27 bei Vermeidung höchster Ungnade und willkürlicher Strafe auch Entsetzung seiner Dienste dergleichen Fuhren durch eigenes Spannwerk verrichten lassen. Landesf. Verordn. der Herzöge August, Christian Ludwig und Georg Wilhelm v. 31. Juli 1655.

**Kohlen, Aufbewahrung derselben.**

S. Feuergefähr, Abwendung derselben — Holzkohlen u.

**Kohlungen.**

Alle Privat-Kohlung, sowohl zum Handel als zur eigenen Consumtion, ist verboten, indem damit der

Zweck des Rescripts v. 5. Juli 1764 \*) eludirt und den herrschaftlichen Forst- und Hüttenwerken beträchtlicher Schaden zugefügt wird. Landesf. Rescr. v. 26. Juli 1792.

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 124.

### Koppelweiden.

Es ist in hiesigen Landen sehr der Gebrauch gewesen, daß für verschiedene Gemeinden auf ihren Feldern und Aengern Koppelweide existirt und dieselben solche mit ihrem Viehe behütet haben. Da nun solcher Gestalt diese Gemeinden zwar ein gemeinschaftliches, keine von ihnen aber ein besonderes Eigenthum an diesen Koppelweiden gehabt, so sind dieselben auch nach Art der gemeinschaftlichen Sachen gemeinschaftlich versäumt und nach und nach verdorben. Diesem abzuhelpen, hat zwar die fürstl. General-Landes-Vermessungs-Commission nach der derselben ertheilten Instruction hier und da die Koppelhuden aufheben und jeder Gemeinde ihren privativen Antheil pro rata überweisen lassen; indeß hat die Widerspenstigkeit verschiedener Gemeinden und der Mangel der Einsicht ihres eigenen Bestens verhindert, daß solches nicht durchgehends hat geschehen können. Da es jedoch der landesf. Wille ist, daß diese Theilung und Auseinandersetzung allgemein werden und kein Ort davon ausgeschlossen bleiben solle, damit die Gemeinden ihre privative Weide so gut als möglich cultiviren können, zu dem Ende auch die General-Landes-Vermessungs-Commission bereits instruiert ist, so werden die Obrigkeiten befehligt, gedachter Commission binnen zwei Monaten anzugeben, ob und wo in ihren Gerichts-Bezirken noch Koppelweiden ungetheilt zu finden sind, auch ihr Urtheil beizufügen, wie solche am Besten getheilt werden können, oder, Falls sie die Theilung für unthunlich halten, die Gründe ihrer Meinung umständlich auseinander zu setzen und mit einzuschicken. Wenn bei der Theilung die Interessenten sich widerspenstig bezeigen sollten, so sind dieselben mit allem Nachdruck zu ihrer Schuldigkeit anzuhalten. Landesf. Verordn. v. 17. Octbr. 1763.

cf. Neue Gemeinheits-Theilungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834.

Bei Ermangelung besonderer Hude-Derter für die Schafe, Pferde und Schweine soll zwar die Schafe, Pferde und Schweine nach der hergebrachten Befugniß auf den dem Hornviehe zugetheilten Weideplätzen, so lange als sich unter diesem kein bedenkliches Erkranken äußert, ferner nach wie vor mit zu treiben erlaubt sein, sobald aber dergleichen Krankheit unter solchem Hornviehe wahrgenommen wird, alsdann soll auch alles andere Hornvieh zu Verhütung der Ausbreitung der Hornviehseuche die Weide, worauf eine befallene oder verdächtige Hornvieh-Heerde sich befindet, sofort und so lange vermeiden, bis die Gefahr einer besorglichen Infection nach Maßgabe der vorhandenen Verordnung völlig aufgehört hat, und alle Communication mit dem verdächtigen oder angesteckt gewesenen Hornviehe wieder erlaubt worden; wogegen während der Zeit, da solches Uebel unter der Hornvieh-Heerde anhält, die auf deren Weide-Anger mit berechtigten Schafe auf den übrigen Hude-Revierern einen oder mehrere Tage, nach Erfordern der Umstände, länger und mehr wie sonst wöchentlich zuzulassen sind, auch für die Pferde und Schweine eine ähnliche Anstalt nach der vorwaltenden Beschaffenheit bestmöglich zu machen ist, durch welche Vorkehrung jedoch die Hude- und Weide-Gerechtigkeiten an und für sich auf keine Art verändert, auch auf die Folge so wenig dem einen Theile dadurch etwas eingeräumt, als dem andern entzogen, sondern demnächst, wenn das vorgedachte Uebel und die Gefahr bei dem Hornviehe völlig aufgehört hat, einem Jeden der freie Gebrauch und Genuß seiner Weide-Gerechtigkeit wieder, wie vorhin, uneingeschränkt verstattet werden soll. Landesf. Verordn. v. 30. Juli 1776. (Br. Anz. v. 1776. Nro. 66.)

### Korn, Auf- und Vorkauf desselben.

G. Getreide, Auf- und Vorkauf desselben.

\*) G. Kohlenhandel.

## Korn- und Flachsbinden.

Da im Weser-Districte das meiste Sommerkorn in Wetten gebunden und diese von den besten in jungen Heien aufgeschossenen Büchen-Reisern 6 bis 8 Fuß hoch, auch wohl von den mit vielen Kosten hergestellten Schlachten abgeschnitten werden, diese böse Gewohnheit aber eines Theils gar keinen Nutzen hat, indem jeder sein Korn so leicht in Strohseile als in Wetten binden kann, andern Theils aber für die Wetten und Schlachten daraus der größte Schaden erwächst, so wird befohlen, daß niemand bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe der Wetten, sie seien von Büchen- oder Weiden-Reisern geschnitten, imgleichen der Schlachten zum Korn- und Flachsbinden sich bedienen, sondern ein Jeglicher sein Korn und Flachs in ordentliche Strohseile, wie solches an andern Orten geschieht, binden soll. Landesfürstl. Befehl v. 27. August 1744.

## Kornhändler.

S. Getreide, Auf- und Vorkauf desselben.

## Kornmäkler in Braunschweig.

In Braunschweig soll sich Jeder der beeidigten Kornmäkler zum Einkaufe des Kornes, wenn er dieses nicht selbst verrichten will, bedienen, und es sollen nicht nur diejenigen, die sich unbefugt mit dem Korn-Aufkauf für Andere daselbst befassen, nachdrücklich bestraft werden, sondern auch diejenigen Brauer, Branntweinbrenner, Kornhändler, Bäcker und andere hiesige Einwohner, welche ihr benöthigtes Korn nicht selbst einkaufen können oder wollen, als welches ihnen nach wie vor frei und unverwehrt bleibt, sich dazu lediglich der verordneten Kornmäkler bei 2 Thlr. Strafe für jeden Contraventionsfall bedienen. Avertissement des Magistrats zu Braunschweig v. 29. April 1779. \*) (Br. Anz. v. 1779. Nro. 35.)

Unterm 18. August 1789 ist vom fürstl. Polizei-Departement den Kornmäklern zu Braunschweig eine Instruction, wie sie sich beim Kornhandel zu verhalten haben, ertheilt.

S. übrigens: Getreide, Auf- und Vorkauf desselben in Braunschweig.

## Korn-Vorrath.

S. Bäcker in Braunschweig.

## Kosten bei Einführung der Prediger.

S. Kirchen-Visitationen.

## Kostgelder, Verfahren über dieselben.

S. Untergericht zu Braunschweig, welche Sachen dahin gehören, Nro. 2.

## Kothsassen, Pferdehalten derselben.

Ein Köther, so gar kein, oder doch nur unter 5 Morgen Land hat, soll gar kein Pferd halten und auf die Gemeinde-Weide bringen. Wenn aber derselbe 5 bis 10 Morgen zu seiner Kötherei eigenthümlich gehöriges Land hat, mag derselbe ein Pferd, derjenige Köther aber, so 10 Morgen und darüber hat, es sei so viel es wolle, zwei Pferde und mehr nicht auf die Gemeinde-Weide bringen, widrigen Falls aber die Kothsassen, so resp. über ein oder zwei Pferde auf die Gemeinde-Weide treiben, von jedem Haupte, so sich über solche Anzahl befindet, jährlich 18 Mgr., desgleichen auch die Köther, welche, wie

\*) Obiges Verbot ist erneuert durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 5. Decbr. 1781. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 99.)

obgedacht, etwa gar kein Land, oder doch unter 5 Morgen haben und dennoch Pferde auf die Gemeinde-Weide treiben, von jedem Haupte eben so viel an die fürstl. Aemter bezahlen, hingegen aber mit den Spann- oder Reihe-Diensten in den Saatzeiten, welche hierbevor in einigen Aemtern aus obgedachter Ursache den Köthern auferlegt sind, verschont werden sollen. Da auch der eine oder andere Köther nebst seinem bewohnten Kothhose einen wüsten Hof, wobei über 5 Morgen Land sind, in Besitz hat, so mag er nach obiger Proportion ein oder zwei Pferde über seine vorige erlaubte Anzahl wohl halten, und auf die Gemeinde-Weide bringen, von denen aber, so er etwa darüber halten möchte, soll er das angesetzte Geld eben der Gestalt, wie von seinem bewohnten Hofe entrichten. Zu Vermeidung alles Unterschleifs sollen die Ober- und Beamten solche Köther-Pferde alljährlich um Johannis selbst zählen und beschreiben, und diese Einnahme mittelst der Beschreibung justificiren. Wenn auch schon nach geschener solcher Beschreibung einige Köther-Pferde abgehen oder zukommen würden, so soll doch des Falls in der Beschreibung von solchem Jahre, als von Johannis bis wieder zu Johannis, keine Aenderung gemacht, sondern der Ab- oder Zugang bei der nächstfolgenden Beschreibung in Consideration gezogen werden. Landesf. Verordn. v. 12. Septbr. 1688.

Was auf eingebrachte verschiedene Klagen wegen der von den Kothsassen sowohl wider den Landtags-Abschied von 1601,\*) als auch die 1647 publicirte Landes-Ordnung\*\*) bisher auf die gemeine Weide gehaltenen übermäßigen Anzahl Pferde sub dato den 12 Septbr. 1688 verordnet worden, ist noch gar wohl in Erinnerung. Da indeß aus den vielfältig eingekommenen Klageschriften der Ackerleute und Halbspänner, insbesondere aus einigen Harz-Aemtern, hervorgeht, daß gedachte Köther, solcher Verordnung und Auflage ungeachtet, nicht allein zur Schmälerung der Weide für die Pferde der andern Unterthanen, sondern auch den Ackerleuten und Halbspännern zum merklichen Schaden an ihrer Nahrung und ihrem Fuhrwerke mit dem Halten solcher überflüssiger Pferde noch immer continuiren; durch die angezogene frühere Verordnung aber gar nicht beabsichtigt ist, durch das Weidegeld die fürstl. Cammer-Entraden zu vermehren, sondern die übermäßige Anzahl der Köther-Pferde, dem Spanndienste zum Besten, gänzlich abzuschaffen, so soll das besagte Weidegeld künftig gänzlich cessiren, die Köther aber sollen gehalten sein, ihre übrige Anzahl Pferde entweder abzuschaffen oder doch jährlich gewisse Dienstleistungen, den Spanndiensten zur Sublevation, damit zu verrichten. Es sollen demnach die Beamten verfügen, daß ein jeder Köther, welcher wider das Verbot oder über die gesetzte Anzahl Pferde hält, dieselben entweder gänzlich abschafft oder wenigstens mit jedem derselben jährlich vier Mal oder vier Tage zu Kriegs-, Jagd-, Reihe- oder andern Diensten vorspannt, nichts desto weniger aber außerdem den Reihe- oder extraordinairten Dienst, welchen er ohnehin zu prästiren schuldig ist, gleich seinen Nachbarn abwartet und observirt. Da aber zu der einen oder andern Zeit dergleichen Reihedienste gar nicht oder doch selten vorkommen oder einige Orte der Ablegenheit halber nicht betreffen sollten, so behält sich der Landesfürst den viertägigen Dienst solcher Köther-Pferde zu anderer Dienstleistung, welche sonst die Spanndienste allein übernehmen, erpreß vor, und soll darüber jedes Mal der fürstl. Cammer Verordnung erwartet werden. Und wie übrigens die Beamten durch §. 25 der Amts-Cammer-Ordnung\*\*\*) angewiesen sind, alle extraordinairten Dienste, als Kriegs-, Jagd- und Reihe-Führen oder wie sie sonst heißen mögen, specificire zu verzeichnen und zu berechnen, so soll dieß auch mit dem Dienste solcher Köther-Pferde geschehen und derselbe der Gestalt specificire

\*) Der Landt. Abschied v. 10. Octbr. 1601 bestimmt im 29. Art., daß, damit die Meier in desto besserem Stande blieben, und also Zinsen und Dienste um so richtiger entrichten könnten, die Beamten angewiesen werden sollten, dahin zu sehen, daß die Köther, welche gar keine Länderei hätten, auch keine Pferde, die aber, welche wenig Länderei hätten und gleichwohl keine Halbspänner wären, nur zwei Pferde auf die gemeine Weide trieben.

\*\*) S. Gemeinde-Weiden.

\*\*\*) S. Dienste.

und besonders berechnet werden, daß man sehen kann, ob und welcher Gestalt derselbe von jedem verrichtet worden. Landesf. Verordn. v. 12. August 1690. \*)

cf. Rescr. herzogl. Staats-Ministerii v. 13. August 1830. (Bege II. p. 302.)

### Kothsassen, Proceffe derselben.

S. Gemeinde-Proceffe.

### Krähenhütten.

S. Luderstätten und Schießhütten.

### Krämer auf dem Lande.

S. Landkrämer.

### Kräuterhandel auf den Wochenmärkten zu Braunschweig.

S. Wochenmärkte zu Braunschweig, Nro. 21.

### Kranke, arme.

Hausarmen Leuten, die des Medici Hülfe um Gottes Willen begehren, wird und soll ein jeder Medicus ohne große Persuasion aus Trieb der Gottesfurcht und christlichen Liebe mit Rath und Recepten, auch mit Visiten, wenn es verlangt wird, ohne Entgelt so willig, als wenn es ihm mit vielem Gelde bezahlt würde, an die Hand gehen. Medicinal-Ordn. v. 21. Febr. 1721. Cap. II. §. 4.

Es ist billig und der christlichen Liebe gemäß, daß der Wundarzt Armen umsonst, auch mit Zusage der Medicamente, nach Gelegenheit seines Vermögens, willig diene, wie denn nicht leicht ein gewissenhafter Chirurgus gestattet, daß arme Kranke den Arztlohn von Haus zu Haus betteln müssen. Ebendas. Cap. VI. §. 3.

Da bei einigen Dorfgemeinden der Mißbrauch eingerissen ist, daß, wenn in dem Dorfe nicht wohnhafte arme Leute das Unglück haben, mit Krankheiten befallen zu werden, sodann die Gemeinden, um der Verpflegungs- oder Beerdigungskosten überhoben zu sein, die Kranken wider ihren Willen, selbst in den elendesten und gefährlichsten Umständen und bei der härtesten Witterung, nach einem andern Orte gebracht, daselbst bei oder in dem Dorfe vor dem Krüge ohne die mindeste Vorsorge und Anzeige abgelegt und dem Schicksale überlassen haben, ob sie daselbst mehr Erbarmen und Hülfe finden oder mit gleicher Unbarmherzigkeit weiter geschafft werden, solchem unmenschlichen und strafbaren Verfahren aber nicht weiter nachgesehen werden soll, so wird verordnet, daß

1) sowohl diejenigen armen und preßhaften Personen, welche Krankheits wegen in einem Dorfe liegen bleiben, als auch diejenigen, welche auf vorgebachte Art von einem andern Orte dahin gebracht werden, von der Gemeinde aufgenommen, keinesweges aber während der Krankheit weiter transportirt, sondern bei Vermeidung der strengsten Strafe bis zu weiterer Verfügung der Obrigkeit des Orts, welcher die Bauermeister des Dorfs sofort den Vorfall zu melden haben, aufgenommen, und möglichst verpflegt werden sollen.

\*) Es wurde auf diese Verordnung, welche in Wolterecks kurzem Begriffe der Landes-Ordnungen nicht angeführt ist, von der Justiz-Canzlei erkannt 1) in der Sache der Ackerleute und Halbspänner in Biesenstadt wider die Kothsassen daselbst am 5. Octbr. 1801, 2) in der Sache der Gemeinde Hohenassel wider den Kothsassen und Krüger Burgdorf daselbst am 23. August 1802 und 3) in der Sache des Kothsassen Prignitz wider die Ackerleute und Halbspänner in Eisebeck am 18. Juni 1804.

2) Die Obrigkeiten sollen auf die geschehene Anzeige den Physicus zu Untersuchung der Krankheit ungesäumt holen lassen, darauf wegen Verpflegung des Kranken die nöthige Verfügung machen, die dazu erforderlichen Kosten von Gerichts wegen bis zu weiterer Verordnung vorschießen, wenn der Kranke von einem andern Orte hergebracht, solches untersuchen, und, es sei dieses geschehen oder nicht, den Vorfall mit allen Umständen sogleich an die fürstl. Geh. Rathsstube berichten, auch Vorschläge thun, ob und in wie weit die Armen-Casse die Kosten tragen könne, da denn, wenn ein Zuschuß erforderlich, dafür gesorgt werden soll.

3) Würden dergleichen arme Kranke von ausländischen Orten herzugeführt, so sollen solche demungeachtet aufgenommen, und in Ansehung des Kranken verordnetermaßen eben so verfahren werden. Können diejenigen, die einen solchen Kranken auf so unerlaubte Weise herzugeführt, noch innerhalb Landes angetroffen werden, so sind sie mit ihrem Fuhrwerke und ihren Pferden in Arrest zu nehmen und darin bis zu weiterer Verordnung zu behalten. Landesf. Verordn. v. 7. Juni 1770. \*) (Br. Anz. v. 1770. Nro. 55.)

Die in der Verordnung v. 7. Juni 1770, die Aufnahme und Verpflegung armer Kranker auf dem platten Lande betreffend, auf das unbarmherzige Umherschleppen solcher elenden Personen gesetzte, aber unbestimmt gelassene schwere Strafe ist auf den großen Karren bestimmt, und soll selbige an allen denjenigen, die eine solche Fortschleppung eines armen Kranken, es sei mit Wagen oder Schubkarren, verfügen, oder sich dazu gebrauchen lassen, ohne Nachsicht vollzogen werden. Von den vorkommenden Fällen sollen die Obrigkeiten an fürstl. Geh. Rathsstube sofort Anzeige thun, auch auf die Contravenienten, damit sie zu gebührender Strafe gezogen werden können, genau achten. Landesf. Verordn. v. 22. Mai 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 48.)

Es soll zwar bei den dieserhalb ergangenen landesf. Verordnungen v. 7. Juni 1770 und 22. Mai 1775 im Ganzen sein Bewenden haben, es ist aber mit wörtlicher Einrückung der erstern noch ein Mehreres dahin zu verordnen für gut gefunden, daß 1) solche Verordnung auch auf die Städte geht; 2) sobald eine erkrankte Person an einem Orte ankömmt, selbige ohne den mindesten Zeitverlust in den Städten dem Magistrate des Orts, und auf dem platten Lande den Beamten, Gogrefen und Amtsvoigten, wenn dergleichen in dem Dorfe vorhanden, sonst aber den Bauernmeistern und Geschworenen gemeldet, von selbigen sofort für das Unterkommen, die Kur, Wartung und Pflege des Kranken thätig gesorgt und derselbe nicht eher wieder entlassen werden soll, als bis solches nach dem Atteste eines Arztes, oder, wenn dieser nicht an dem Orte oder in der Nähe zu haben ist, des an dem Orte oder in der Nachbarschaft befindlichen Chirurges ohne Gefahr des Lebens und der Gesundheit des Kranken geschehen mag; auch sollen 3) die nach vorstehendem Paragraphen erforderlichen Atteste, welche übrigens unentgeltlich auszustellen sind, künftiger Legitimation wegen bei den Gerichten aufbewahrt, und die Kur- und Verpflegungs- oder sonstigen Kosten einstweilen von der Gerichtsobrigkeit oder von der Gemeinde aus der Stadtcämmerei-, Gemeinde- oder Armen-Casse vorgeschossen werden, und müssen, wie das Verhältniß der Sache mit sich bringt, diese Kosten mäßig sein, wie denn von den Aerzten und Chirurgen erwartet wird, daß sie sich der Kur solcher Unglücklichen aus Menschenliebe unentgeltlich unterziehen und an der Erstattung der baaren Auslage sich genügen lassen werden, maßen denn die salarirten Physici, Stadt- und Landchirurgi dieses zu ihren Dienstpflichten zu rechnen haben. 4) Es soll der Mangel des nach dem §. 2 verordneten Attestes den Verlust der Entschädigung bewirken, um diese aber in den übrigen Fällen zu erleichtern, soll, wo es irgend thunlich, 5) der Kranke bei seiner Ankunft über nachstehende Punkte:

a) wie derselbe mit seinem Vor- und Zunamen heiße,

\*) Diese Verordn. ist unterm 8. Decbr. 1774 auf die Betteljuben extendirt; s. Betteljuben.

b) woher derselbe gebürtig, oder wo er zuletzt, besonders in den letztern drei Jahren, wohnhaft gewesen sei,

c) welches Gewerbe er betrieben,

d) ob er in seiner Heimath noch etwas Vermögen habe, und worin solches bestehe,

e) ob er annoch Eltern, Geschwister oder Kinder habe,

f) wer dieselben seien und wo sie sich aufhielten,

g) ob dieselben so viel Vermögen besäßen, daß sie bei gänzlichem Unvermögen des Kranken die etwa aufgelaufenen Kosten bezahlen könnten,

h) wo er zuerst krank geworden,

i) welche Gemeinde oder welches Mitglied der Gemeinde ihn krank weiter transportirt, und besonders

k) welche Gemeinde solches zuletzt gethan habe, und wie und durch wen dieser letzte Transport geschehen sei,

vernommen, und 6) dieses nach vorstehendem Paragraphen abzufassende Protocoll zum Gebrauche mit möglichster Zuverlässigkeit und Accurateße schriftlich aufgenommen werden; dahingegen denn 7) sobald der Kranke, er sei ein hiesiger Unterthan oder ein Ausländer, genesen oder gestorben ist, die Obrigkeit ex officio dafür sorgen soll, daß der Stadtcämmerei-, Gemeinde- oder Armen-Casse die ausgelegten Kosten wieder erstattet werden, und soll also dieselbe zu dem Ende mit Beifügung der Kosten-Liquidation und deren Belägen, auch des nach dem §. 5 aufzunehmenden Protocolls, an die Gerichts-Obrigkeit des Kranken die nöthigen Requisitionen sofort erlassen, und, wenn darauf keine Zahlung erfolgt, solches mit Anschluß der Abschriften von obigen Actenstücken an fürstl. Geh. Rathsstube, damit diese das weiter Erforderliche veranlasse, anzeigen, wobei übrigens festgesetzt wird, daß, wenn der Erkrankte ein bestimmtes Domicil hat, wofür bei ermangelnden anderen Umständen und Nachrichten der Ort, an welchem sich derselbe die letzteren drei Jahre aufgehalten, angenommen werden soll, das forum originis die Kosten tragen muß. Endlich soll 8) jede Stadt- oder Dorfgemeinde, welche dieser Vorschrift zuwider handelt und einen Kranken vor dessen Genesung ohne Attest des Arztes oder Chirurgen fortschafft, außer der deshalb gegen diejenigen, welche solches besonders veranlaßt, vorbehaltenen Strafe ohne alle Nachsicht schuldig und verpflichtet sein, derjenigen Gemeinde, welche denselben auf- und angenommen, die sämtlichen auf die Kur, Wartung, Pflege oder Beerdigung des Kranken verwandten Kosten zu erstatten, und mag der Einwand, daß ihr der Kranke von einer andern Gemeinde ebenfalls zugeführt worden, derselben eben so wenig zu Statten kommen, als ihr dieserhalb eine Regreß-Klage gegen jemanden zustehen soll, obgleich sonst die Bestrafung jeder Gemeinde, welche den Kranken weiter transportirt hat, ausdrücklich hiermit vorbehalten bleibt, weshalb denn auch 9) sämtliche Gerichts-Obrigkeiten, wie schon in der Verordn. von 1770 vorgeschrieben worden, hiermit nochmals angewiesen werden, dergleichen Vorfälle mit allen Umständen an fürstl. Geh. Rathsstube sofort einzuberichten und dabei die §. 5 verordneten schriftlichen Nachrichten zugleich mit einzusenden. Die Obrigkeiten sind dabei angewiesen, den benachbarten Obrigkeiten von dem Inhalte dieser Verordnung, mittelst Zusendung eines Exemplars davon, Nachricht zu ertheilen, und zugleich benachrichtigt, daß mit den königl. Preussischen Staaten es ausdrücklich verabredet worden, daß hierunter zwischen beiderseitigen Landen es auf gleiche Weise gehalten werden solle. Landesf. Verordn. v. 11. August 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 66.)

E. auch: Armen-Anstalten auf dem Lande; Verordn. v. 14. Decbr. 1743. §. 14. — Verwundungen — Physici.

cf. Verordn. v. 24. März 1814, die Unterstützung der Armen betr., §. 4. Nro. 4 und §. 8. —  
Silde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821. §. 98. — Verordn. v. 5. Juli 1826 über das bei der Behandlung armer Kranker und Aufbringung der dadurch verursachten Kosten zu beobachtende Ver-

fahren. — Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 4. Juli 1827. (Bege I. p. 383.) — Gesinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 22.

### Kranken- und Todten=Casse für die dienenden Knechte in Braunschweig.

§. die unter landesfürstl. Confirmation festgesetzten Artikel einer Kranken- und Todten=Casse für die dienenden Knechte in Braunschweig v. 16. Octbr. 1788.

### Kranken-Hospital zu Braunschweig.

§. Armen-Krankenhaus zu Braunschweig.

### Krankheiten, epidemische.

Die Aemter sollen 1.) wenn gefährliche oder leicht ansteckende Krankheiten sich hervorthun, davon Nachricht an den Physicus geben, um von ihm zu vernehmen, ob und zu welcher Zeit er zu seiner Ueberkunft Vorspann verlange, da ihm denn dazu Herrendienst- oder andere Pferde hinschicken sind, er auch durch selbige wieder zurückzubringen ist, und solche, so oft er deren benöthigt, hergeben und auf sein Attest alsdann der fürstl. Cammer anrechnen, wenn die Patienten keine Pferde oder die Fuhrer zu bezahlen nicht im Stande und vermögend sind. 2) Obwohl die vorkommenden Inspectionen unter dem Salare mit begriffen sind, so wird ihm doch dabei sowohl, als auch bei obigen Reisen freie Zehrung gegeben, solche, wie bisher, gebräuchlich gewesen, von den Ober- und Beamten besorgt und der fürstl. Cammer in Rechnung gebracht. 3) Auch sollen dieselben die in solchen Krankheiten verordneten Medicamente und deren Rechnungen, nach vorgängiger Attestirung des Physici, jedes Mal bezahlen, was sie von denen, welche die Medicamente genossen, wieder bekommen können, nach Möglichkeit einbringen, und was wegen Armuth der Leute nicht wieder bezahlt werden kann, der fürstl. Cammer anrechnen. Umlauf fürstl. Cammer vom 5. Decbr. 1743 in den Aemtern des Harz-Districts, als die Physici in jenem Districte angestellt wurden.

Die Verordn. v. 29. März 1749, (§. Physici) daß bei grassirenden Krankheiten die Gemeinden den Land-Physicus abholen, auch mit Fuhr und nöthiger Zehrung versehen sollen, ist aus bewegenden Ursachen geändert und verordnet, daß den Land-Physicus künftighin Eins für Alles und für alle Unkosten täglich 2 Thlr. Diäten-Gelder von der Gemeinde, zu welcher sie geholt werden, gezahlt werden sollen, welche die Obrigkeit denselben bei vorkommenden Fällen jedes Mal auszahlen und von der Gemeinde wieder beitreiben soll. Landesf. Aussch. v. 18. Novbr. 1751.

Um den bei epidemischen Krankheiten gemeinlich von aller Hülfe eines Arztes verlassenen Landleuten möglichst zu Hülfe zu kommen, ist die Verfügung gemacht, daß die Land-Physici, wenn sie gefordert werden, die Kranken sogleich besuchen und sich derselben mit pflichtmäßiger Sorgfalt treulichst annehmen, den Patienten weder Gebühren noch Kosten abfordern, sondern solche jedes Mal bei dem Amte oder Gerichte, worunter die Patienten gehören, liquidiren sollen, da denn für die Zahlung gesorgt werden wird; daß ferner die Physici die wohlfeilsten Medicamente, wenn sie sonst hinlänglich sind, verschreiben, auch wo möglich gleich, wenn sie zu Patienten gerufen werden, mitnehmen und die Apotheker-Rechnungen an fürstl. Collegium medicum einschicken sollen, damit den Landleuten der Gebrauch des Medici und der Arzneien so erträglich als möglich gemacht werde. Es ist dieses in der Absicht geordnet worden, damit die Patienten nicht überseht, wenn sie arm sind, mit den Kosten gänzlich verschont werden, und wenn sie auch nicht ganz arm sind, ihnen dennoch aus den Armen-Anstalten, aus dem Contributions-Ueberschuß oder auf andere sonst thunliche Art assistirt werde, damit sie nicht ferner abgeschreckt werden, sich der Hülfe des Arztes zu bedienen. Landesf. Aussch. v. 18. Januar 1770.

Damit bei grassirenden epidemischen Krankheiten man davon sofort, sobald dieselben sich an dem



einen oder andern Orte äußern, höchsten Orts Nachricht erhalte, auch dem Districts-Landphysicus solches gleich zur Wissenschaft gelangen möge, ist auf höchsten Befehl durch das fürstl. Consistorium verfügt, \*) daß die Prediger jeden Orts, sobald sich unter ihren Gemeinden, auch auf ihren Filialen dergleichen Krankheiten äußern, davon sofort eine kurze Anzeige, mit Benennung der Krankheit, auch wie viel Personen daran krank liegen oder schon gestorben sind, an fürstl. Geh. Rathsstube sowohl, als den Districts-Landphysicus durch die ordinären Posten per promemoria ex officio einsenden sollen, damit letzterer gleich zur Hülfe der Patienten herbeieilen könne. Zugleich werden die Obrigkeiten befehligt, dafür zu sorgen, daß dem Physicus zu der Hin- und Rückreise an den oder diejenigen Orte, wo seine Hülfe nöthig, auf die jedesmalige Anzeige die nöthigen Vorspannpferde ohne Anstand gestellt werden. Landesf. Circular-Rescript v. 27. Septbr. 1791.

Da ungern vernommen worden, daß den Physici oft große Schwierigkeiten wegen des Transports gemacht werden, wodurch also deren Ueberkunft nach den von der Epidemie ergriffenen Orten verspätet wird, so sind die Obrigkeiten nach Vorschrift obangeführter Verordnung befehligt, bei ausbrechenden Epidemien die nachdrucksamsten Verfügungen wegen unverweilten Transports der Physici alle Mal sofort nach geschehener Anzeige zu treffen, auch die Bauernmeister dahin anzuweisen, daß sie bei der Fortdauer der Epidemie den Physici auf ihr jedesmaliges Verlangen die Pferde zum Transporte besorgen. Landesf. Circular-Rescr. v. 4. März 1794.

Da die mittelst Circular-Rescriptes des fürstl. Consistorii v. 12. Octbr. 1791 \*\*) den Predigern geschehene Auflage, wonach sie bei ausbrechenden Krankheiten der fürstl. Geh. Rathsstube und dem Districts-Landphysicus, und die Vorschrift des Circular-Rescriptes v. 7. Juni 1788, wonach sie auch dem Amte oder Gerichte des Orts, wo eine solche Krankheit ausgebrochen ist, Anzeige thun sollen, nicht überall befolgt worden, so ist dieses den Predigern von Neuem aufgegeben worden. Circular-Rescr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 15. Mai 1805.

S. auch: Collegium medicum — Physici.

cf. Verordn. v. 24. Februar 1814, den Geschäftskreis der Oberhauptleute betr., §. 8. — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 19. Octbr. 1815. (Bege I. p. 352.) — Rescr. des fürstl. Ober-Sanitäts-Collegii v. 19. Mai 1817. (Bege I. p. 23.) — Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 22. April 1820. (Bege I. p. 29.) — Verordn. v. 5. Juli 1826 über das bei der Behandlung armer Kranker u. zu beobachtende Verfahren, §. 8. — Rescript herzogl. Cammer v. 30. Januar 1830. (Bege II. p. 213.)

### Kranz-Umtragen in Braunschweig.

Den Zimmerleuten ist, bei Richtung eines neuen Gebäudes in Braunschweig eine Collecte durch Umtragung eines Kranzes zu sammeln, bei Strafe untersagt. Landesf. Rescr. v. 26. Septbr. 1755.

Den Zimmerleuten soll das Setzen des Kranzes auf die von ihnen neu errichteten Gebäude zwar ferner erlaubt, alles Sammeln von Geld und Bändern und dergleichen Sachen dazu aber sowohl, als das Umhertragen des Kranzes selbst in der Stadt ein- für allemal verboten sein. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 8. August 1760 und 3. Septbr. 1767.

Daß wegen Umhertragens des Kranzes und der mißbräuchlichen Sammlungen dabei durch verschiedene höchste Rescripte geschehene Verbot ist nochmals öffentlich bekannt und den Zimmermeistern zur Pflicht gemacht, daß sie bei Anstellung der Gesellen zu neuen Bauten diesen es jedes Mal ausdrücklich bekannt

\*) Dies war durch die Consistorial-Ausschreiben v. 25. Juni 1780, 7. Januar 1784 und 7. Juni 1788 geschehen.

\*\*) Dasselbe enthält nichts weiter als obige Auflage.

machen sollen, daß das Umtragen des Kranzes verboten sei; wie denn derjenige Zimmermeister, welcher dergleichen Kranz-Umtragen nicht hindern wird, mit 20 Thlr., jeder Zimmergeselle aber, welcher sich zum Kranztragen oder zur Gesellschaft des Trägers einsinden wird, mit dreitägigem Gefängniß bei Wasser und Brod bestraft, und diese Bestrafung in den öffentlichen Anzeigen jedes Mal bekannt gemacht werden soll. Avertissem. des fürstl. Polizei-Departem. zu Br. v. 15. April 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 31.)

### Krebsfangen in der Weser.

Die Art, Krebse in angelegten Hamen zu fangen, und das Stoßen in die Ufer mit Stangen, (woburch die Ufer untergraben, die Schlachten verdorben und bei Eisfahrten und großem Wasser beide desto leichter ausgespült, auch Scharren-Ufer verursacht werden) damit die Krebse aus ihren Löchern in die Hamen gehen sollen, ist ernstlich verboten, und sollen diejenigen, welcher dawider handeln, ihren Ungehorsam und Frevel mit dem Karren büßen. Alle Unterthanen sowohl, als die Bauermeister und Feldgeschworenen, insbesondere die Schlachtmeister sind allen Ernstes angewiesen, auf die Fischer ein wachsames Auge zu haben, die Uebertreter wo möglich zur Haft zu bringen, oder doch den Aemtern Nachricht davon zu geben und die Thäter zu benennen, wider welche sodann die Inquisition unverzüglich anzustellen und, damit die angebrohete Karrenstrafe an denselben vollzogen werde, Bericht an den Landesfürsten oder an fürstl. Geh. Rathsstube zu erstatten ist. Landesf. Verordn. v. 6. Mai 1751.

cf. Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §. 161.

### Kriegsartikel.

S. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der in Gemäßheit des §. 5 des Gesetzes v. 27. März 1837. Nro. 17 vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel ic. betr. \*)

### Kriegsdienst.

S. Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 40. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr.

Die älteren gesetzlichen Bestimmungen sind antiquirt. \*\*)

### Kriegs-

\*) Die ältesten Kriegsartikel waren v. 21. April 1655, 26. Juli 1683, 1692, 1714, 26. Febr. 1752 (ein Auszug v. 23. Decbr. 1769) und v. 21. Novbr. 1788; die aus neuerer Zeit v. 11. Febr. 1814 und v. 29. Octbr. 1821.

\*\*) Durch das mit der westphälischen Regierung eingeführte und nachher beibehaltene Princip der Verpflichtung eines jeden waffenfähigen Landeseinwohners zum Kriegsdienste behuf der Vertheidigung des Vaterlandes haben die früheren gesetzlichen Bestimmungen, welche von dem Grundsatz ausgingen, daß die Unterthanen nur zum Dienste in der Landmiliz gezwungen werden dürften (S. Landsoldaten), der Eintritt in die zum eigentlichen Kriegsdienste bestimmten Regimenter aber in dem freien Willen eines Jeden stehe, und diese Willkühr nur in so weit beschränkten, daß den Landes-Einwohnern in auswärtige Kriegsdienste zu treten nicht gestattet war, nothwendig außer Anwendung bringen müssen. Das älteste bekannte Verbot gegen fremde Kriegsdienste und Werbungen ist v. 9. Mai 1548; es wurde sehr häufig wiederholt und durch das Edict v. 11. Novbr. 1686 dahin geschärft, daß auf die Uebertretung höchste Ungnade, resp. Verlust der Gerichtsbarkeit, Dienst-Entsetzung, Confiscation der Güter und andere willkührliche Bestrafung angedrohet wurde; zugleich bekamen die Behörden den Befehl, die Leute, welche bereits gedient hätten oder zum Dienste tüchtig wären, genau zu verzeichnen, damit dieselben bei vorkommender Gelegenheit zur Landmiliz genommen werden könnten. Dies geschärfte Verbot wurde nachher gleichfalls zu wiederholten Malen und auch mit noch vermehrten Strafbrohungen in Erinnerung gebracht, so auch durch die Verordn. v. 10. August 1722, welche zugleich bei einer Androhung von 100 Thlr. resp. bei Karrenstrafe den Hausvätern und Hauswirthen gebot, der Obrigkeit davon Anzeige zu machen, wenn einer ihrer Söhne oder ihrer Hausgenossen in fremde Kriegsdienste zu gehen beabsichtige. Damit sich keiner mit Unwissenheit entschuldigen könne, so sollte die auf das Eintreten in fremde Kriegsdienste gesetzte Strafe der Vermögens-Confiscation alle zwei Jahre Haus bei Haus angesagt werden. (Landesfürstl. Aussch. v. 14. Decbr. 1782.) — Auch erhielten die Obrigkeiten Befehl, den hiesigen Werbern mit Rath und That zu assistiren, dabei aber durchaus jeden Zwang, auch selbst den Schein eines solchen sorgfältigst zu vermeiden. Landesf. Aussch. v. 20. Novbr. 1784 und landesf. Circular-Rescr. v. 25. Febr. 1786.

### Kriegsführen.

Die Obrigkeiten sollen die Unterthanen zu den Kriegsführen bei Vermeidung unausbleiblicher ernster Bestrafung für sich in keine Wege nöthigen, noch solche Führen, wenn sie von sonst jemandem verlangt werden sollten, ohne des Landesfürsten\*) oder der fürstl. Geh. Rathsstube ausdrückliche Verordnung leisten lassen, inmaßen den Unterthanen durch diese Verordnung frei gegeben wird, daß sie, bevor eine solche Verordnung bei der Gemeinde producirt wird, einige Pferde herzugeben oder auszuethun nicht schuldig sein sollen. Gleichwie aber bei vorfallenden Durchmärschen nicht thunlich ist, der zu solchem Behufe erforderlichen Führen halber alle Mal besondere Befehle expediren zu lassen, sondern es des Falls bei der von den zur Durchführung der Truppen höchstverordneten jedesmaligen Commissarien deshalb gemachten Anstalt billig sein Bewenden haben muß, also wird solcher Fall von vorgedachter Verordnung hiermit erimirt. Landesf. Verordn. v. 21. Febr. 1709.

Unter dem Namen der Kriegsführen sollen die Unterthanen nicht mit andern Führen, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, belästigt werden. Landtags-Absh. v. 9. April 1770. Art. 19.

Die Kriegsführen sollen von den Bespannten nach der Anzahl ihrer Pferde verrichtet werden. Landesfürstl. Rescr. v. 22. Juli 1773.

S. auch: Gemeinde-Reihewerke — Ordonanz-Pferde und Führen.

cf. Verfügung fürstl. Regierungs-Commission v. 29. Januar 1814, die Abstellung verschiedener Mißbräuche bei den Lohn-Kriegsführen betr. — Verordn. v. 24. Febr. 1814, den Geschäftskreis der Oberhauptleute betr., §. 4. — Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 26. Juli 1815. (Wege III. p. 39.) — Verordnung v. 22. April 1830, die Aufhebung der Verfügung fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 14. August 1815, wie es einstweilen mit dem Militair-Vorspanne zu halten, betreffend. — Landesf. Bekanntmachung v. 14. Decbr. 1831, die Modification der Vergütungssätze für die außerhalb der Garnison in Friedenszeiten einquartierten Militairpersonen u. betr. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 51. — Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und den Wirkungskreis der Kreis-Directionen u. betr. §. 11.

### Kriegsgericht.

Die älteren Vorschriften in Betreff der Kriegsgerichte\*\*) sind durch die neuere Gesetzgebung aufgehoben.

S. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der in Gemäßheit des §. 5 des Gesetzes v. 27. März 1837. Nro. 17 vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel u. betr., II. Art. 16 sqq. (p. 275.)

### Kriegslasten.

Da zu besorgen ist, daß zwischen den Eigenthümern der Häuser und ihren Miethsleuten wegen der französischen Einquartierungslast Streit und Processe entstehen, nun aber bekannt ist, was die Rechte davon verordnen, und daß, obgleich die *incommoda belli* regulariter dem Eigenthümer zur Last sind, dennoch einer kleinen Unbequemlichkeit halber nicht gleich ein Abzug an der Miethe Platz findet, so hat es hierbei sein Bewenden und sind also die Miethsleute, welche etwa an ihren Möbeln Schaden erlitten, oder eine gar kurze oder wenig beschwerliche Einquartierung gehabt haben, danach, wenn sie klagen sollten,

\*) Daß keine Kriegsführen ohne Landesf. schriftlichen Befehl geleistet werden sollten, war schon durch die Landesf. Verordnungen v. 30. März 1696 und 30. März 1706 befohlen.

\*\*) Die wichtigsten waren: das Landesf. Reglement, wie es in den Kriegsgerichten bei den Verhören und Kriegsrechten, auch sonst in dem einen oder anderen Stücke zu halten, d. d. den 11. Mai 1722; Reglement in Betreff des Dienstes des Garnison-Oberauditeurs, wie auch des Dienstes und der Subordination der sämtlichen Garnison- und Regiments-Auditeurs v. 10. März 1768; Landesf. Rescr. in Betreff der Justiz-Verwaltung bei den Truppen v. 18. Septbr. 1769.

sogleich zu bedeuten. Wenn aber jemand wegen der Einquartierung den zu seiner Nahrung nöthigen Platz hat entbehren, oder Zimmer und Gelaß hergeben müssen, dessen Abgang ihm eine merkliche Unbequemlichkeit zugezogen, so ist, wenn darüber Klage entsteht, jemand aus dem Collegio zu deputiren, welcher das Haus in Augenschein nimmt, das Factum klar macht, den Abgang und die dem Miethsmanne anzugebende Remission arbitirt und darauf die Sache in Güte abzuthun sucht. Sollte die Güte nicht zu erlangen sein, auch ein Theil das arbitrium sich nicht gefallen lassen, so hat deputatus dem Collegio zu referiren und dieses die Sache ohne Gestattung weitläufigen Schriftwechsels per decretum der Billigkeit nach zu decidiren. Landesf. Rescr. an den Magistrat in Braunschweig v. 9. Juni 1758.

S. auch: Einquartierung der Soldaten.

### Krüge.

S. Wirthshäuser.

### Krüger, Bier-Vorräthe derselben.

S. Bier-Mangel.

### Kuckelskörner.

Demnach gemeldet worden, daß von den Kuckelskörnern ein gar schädlicher Mißbrauch gemacht werde, indem die Fischdiebe sich derselben bedienen, die Fische damit in die Höhe auf das Wasser zu bringen, und daß die Fische, welche zu viel davon fressen, gleich davon sterben, so soll den Apothekern angedeutet werden, daß sie mit dem Verkaufe der Kuckelskörner vorsichtig umgehen, nach dem vorhabenden Gebrauche derselben jedes Mal fragen und an niemanden, bei welchem sie den geringsten Verdacht eines unrechtmäßigen Gebrauchs verspüren, davon verkaufen sollen. Landesf. Rescript an fürstl. Residenz-Amt und den Magistrat der Heinrichsstadt v. 20. Juli 1746.

### Küchen-Geschirre, Verzinnung derselben.

S. Verzinnung der Küchen-Geschirre.

### Küchen-Gewächse.

S. Gartenfrüchte.

### Kühe der Kirchen- und Schuldiener.

S. Kirchen- und Schuldiener auf dem Lande, wie viele Kühe dieselben auf die Gemeinde-Weide treiben dürfen.

### Küster, Schuldiener und Opferleute, Forstfrevler und Vergehen derselben gegen die Landes-Ordnung.

Da nach Vorschrift der fürstl. Kirchen-Ordnung Thl. I. Cap. XIV. §. 2 derselben, »Küster und Schuldiener auf keine Land- und Forstgerichte citirt, sondern die wider sie eingebrachten Brogen von den Obrigkeiten und Superintendenten gemeinschaftlich tractirt, und die nach Vorschrift der Landes-Ordnung dictirten Strafgeelder den Kirchen zugewandt werden sollen;« so sind, zumal bei den Forst-Brogen, daraus mancherlei Unbequemlichkeiten, Aufenthalt der gemeinschaftlichen Untersuchung bei entstandenem Zweifel, ob das Factum eine Leibesstrafe verdiene, mithin die Obrigkeit, der Ordnung gemäß, allein zu procediren habe? oder ob es in terminis einer bloßen Broge stehen bleibe und zur gemeinschaftlichen Untersuchung gehöre? Berichte und Declarations-Gesuche veranlaßt, die Geschäfte ohne Noth vervielfältigt worden, und die Bestrafung der Schulmeister und Opferleute, die als Lehrmeister und zur Geistlichkeit gehörige

Personen der Jugend und Gemeinde ein gutes Exempel geben und jene zum Guten anführen sollten, ist endlich wohl gar in Vergessenheit gekommen, und das gegebene Vergerniß ungestraft geblieben; der Last nicht zu gedenken, welche die Gemeinden von der Abholung und Zurückführung der Superintendenten haben. Gleichwie also die Nothdurft erfordert, daß hierunter eine der Sache gemäße Einrichtung gemacht werde, so ist verordnet: 1) So viel die Forst-Wrogen betrifft, so soll, wenn die Schulmeister und Dpferleute sich so weit vergehen, daß sie selbst Holz aus den Forsten entwenden, der Fall in Betracht des Vergernisses, welches sie dadurch geben, als ein Criminalfall betrachtet, von den Obrigkeiten, sobald er bekannt wird, gleich unmittelbar, ohne Zuziehung des Superintendenten, inquisitorie gegen jene verfahren und mit Einsendung der Acten an fürstliche Geh. Rathsstube davon berichtet werden, \*) worauf denn 2) ein solcher Schulmeister oder Dpfermann, wenn er der Holzdieberei schuldig befunden wird, seines Dienstes ohne Gnade entsetzt werden soll. \*\*) 3) Andere wider die Landes-Ordnung begangene, zu Wrogen sich qualificirende Vergehungen der Schulmeister und Dpferleute sollen zwar nicht mit den übrigen Wrogen zugleich, jedoch bei dem jedesmaligen Landgerichte solcher Gestalt abgethan werden, daß die Schulmeister auf den Tag des Landgerichts citirt, und, wenn die Bauern abgetreten sind, vorgenommen werden. Sei es nun 4) daß die Vergehungen des Schulmeisters eine bloße Wrogensache oder ein schweres vor die weltliche Obrigkeit gehöriges Verbrechen ist, so soll, wenn sie gleich abgethan werden kann, die Strafe dictirt, sonst aber die Untersuchung vorgenommen und demnächst die Strafe erkannt, in beiden Fällen aber dem Superintendenten solche bekannt gemacht und die Execution derselben auf vier Wochen ausgesetzt werden, binnen welcher der Superintendent, wenn er etwas dabei zu erinnern findet, solches dem fürstl. Consistorio anzuzeigen, zugleich aber auch der Obrigkeit, daß solches geschehen sei, zu melden hat, in dessen Entstehung, nach Verfließung der vier Wochen, mit der Execution ohne weiteren Anstand verfahren wird. 5) Die in Betreff der Wrogen in der Landes-Ordnung bestimmten Geldstrafen sollen in Gemäßheit der vorangezogenen Kirchen-Ordnung nach wie vor den Kirchen zugewendet werden. \*\*\*) Landesf. Außschr. v. 28. Januar 1773.

### Rüster-Gebäude.

S. Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

### Rüster-Wittwen.

S. Kirchen-Necker und Häuser, Immunität derselben.

### Kugelwechseln.

S. Duelliren.

### Kummer und anderer Haus-, Hof- und Keller-Unrath in Braunschweig.

Niemand soll bei 2 Thlr. Strafe Kummer, Mist, Glas, alte Töpfe oder andern Haus-, Hof- und Kellerunrath auf die Gassen werfen und die Knechte dessen, der die Abfuhr des Gassenkoths und Haus-Unraths besorgt, bei Vermeidung gleicher, auch dem Befinden nach noch schwererer Strafe nicht durch Bier oder Trinkgeld zum Schaden des Herrn ins Haus locken, sondern den Kummer auf eigene Kosten wegbringen, den übrigen oberwähnten Haus-Unrath aber in einem zum Tragen bequemen Gefäße auf-

\*) cf. Verordnung v. 5. Mai 1815, das in Forststrassachen zu beobachtende Verfahren betr. — Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837.

\*\*) cf. Landtags-Absh. v. 11. Juli 1823. Art. 47. — Landt. Absh. v. 12. Octbr. 1832. Art. 17. — Neue Landtsch. Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 229.

\*\*\*) cf. Cammer-Rescr. v. 17. Januar 1814 und 24. Decbr. 1816. (Bege I. p. 3 und 4.)

sammeln, denselben an das Fuhrwerk unaufhörtlich schaffen und mit ausladen lassen, oder gewärtigen, daß solcher erst an dem folgenden Reinigungstage mit weggefahren werde. Daneben hat jeder Einwohner die Anstalt zu treffen, daß die Glascherben, Lumpen und Topfcherben nicht mit dem Haus-Unrath vermischt, sondern besonders gesammelt werden, da dann, wenn dessen sich so viel gehäuft hat, jede Sorte alle Monate auf die Art, wie der übrige Haus-Unrath abgefahren werden soll. §. 3 der landesfürstl. Verordnung, die Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig betr., v. 28. Novbr. 1758.

S. auch: Mist und dergleichen, Abfahren desselben aus Braunschweig — Okerkanäle in Braunschw. — Schutt, Lehm, Kummer u., Abfahren desselben aus Braunschweig.

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction v. 9. April 1815. §§. 4, 7 und 16.

### Kunstverständige, Eidesformel für dieselben.

Die in der Hofgerichts-Ordnung Tit. XLV und im Anhange zu der Kanzlei-Ordnung Nro. XIX ganz gleichstimmig vorgeschriebene Eidesformel für die Kunstverständigen ist folgende:

Ihr sollt geloben und einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium schwören, daß ihr in dieser Sache, darum ihr gefordert, so viel ihr das aus der Erfahrung erlernt und mit euern leiblichen Sinnen erkundigt habt, keinem zu Lieb oder zu Leid, noch wegen Gabe, Geschenk, Nutzen, Gunst, Haß, Freundschaft, Feindschaft, Furcht oder anders, wie das Menschen Sinne erdenken mögen, sondern allein zur Beförderung der Gerechtigkeit, wie ihr die nach Gestalt der Sachen erfinden werdet, die Wahrheit sagen wollt, und daß ihr glaubt, dem also zu sein, alles getreulich und ungefährlich.

### Kuppler.

S. Ehebruch, Hurerei u.

### Kuren.

S. Tagen und Kuren.

### Kuren, medicinische.

S. Medicinische Puscherei.

### Kurkosten.

S. Kranke, arme — Apotheker-Schulden.

### Kurze Waaren.

Da auf den Messen sowohl fremde als hiesige Kaufleute einen Handel mit allerhand kurzen Waaren der Gestalt getrieben haben, daß sie dazu mehrentheils die schlechten und Ausschuß-Waaren, die auf andere Weise fast nicht zu Gelde gemacht werden können, en gros eingekauft und nachher jeden Artikel oder jedes Stück ohne Unterschied für einen durchgängig gleichen Preis von 2 Ggr. u. öffentlich wieder verkauft haben, durch solchen im Grunde wucherlichen und auf Vervortheilung des Publicums abzielenden Handel aber nicht nur den im Lande wohnenden Professionisten und Krämern beträchtlicher Abbruch zugefügt wird, sondern auch solches dem Publicum selbst nachtheilig ist, so wird verordnet, daß alle dergleichen Art Handlungen auf den Messen und Jahrmärkten, sowohl in Buden und Ständen als durch Hausirer, wenn auch gleich der durchgängig gleiche Verkaufspreis der Waare für jedes Stück über oder unter 2 Ggr. gesetzt, oder auch nach differenten Classen, als von 1, 2 und 4 Ggr. u. determinirt würde, auf keine Weise gestattet werden, vielmehr derjenige, der solches unternehmen wird, seiner Waaren nicht allein verlustig sein, sondern auch überdem nach Befinden annoch besonders bestraft werden soll. Landesf. Verordn. v. 8. Febr. 1769. (Br. Anz. v. 1769. Nro. 17.)

## Kurzhandlung.

Zu Verhütung der Betrügereien und des Nachtheils bei der Kurzhandlung soll der Preis, wofür die Kuxe verkauft, sowohl in dem Requisitions-Zettel, als in der Gewehr von dem resp. Zehnt-Gegenschreiber und den Gewerken jedes Mal angeführt werden, und soll der Communion-Zehnt-Gegenschreiber keine Requisitions-Scheine, wenn nicht der Preis der Kuxe darin verzeichnet, annehmen, nicht weniger das Kauf-pretium alle Mal in der Gewehr zu des Käufers Nachricht ansetzen. Verordn. des Communion-Bergamts zu Zellerfeld v. 5. Mai 1721.

Denjenigen Kurhändlern, welche ihrer Schuldigkeit zuwider durch unrechten Bericht den Gewerken Kuren aufhängen oder abwässern, dieselben im Preise übersehen und zu Verbergung dessen die Kuxe den Käufern tauschweise zuschreiben lassen, oder auch den über Bergtheile geschlossenen Contracten kein Genüge thun, soll aller Handel und Wandel mit Bergtheilen ganz verboten sein. Verordn. des Communion-Bergamts zu Zellerfeld v. 14. Sptbr. 1748.

S. auch: Bergtheile — Lehnenschafts-Kuxe.

## Laboriren, chemisches.

Da sich in den Communion-Bergstädten einige Privatleute entweder durch umhervagabundirende sogenannte Laboranten oder auf andere Weise haben verleiten lassen, ohne daß es ihr Beruf oder Stand erforderte, allerhand chemische Proceße und Schmelzungen vorzunehmen, wobei sie um das daran gewandte Geld betrogen worden, gleichwie denn auch, wenn etwa mit der vorgegebenen Verarbeitung sogenannter wilder Erze der Anfang gemacht worden, zu Ersehung des dabei gehaltenen Verlustes mancher verleitet worden, gute und reichhaltige Erze an sich zu bringen und solcher Gestalt sowohl sich selbst der Erzdieberei theilhaftig zu machen, als andere dazu zu verführen, diesem zum Ruin der Unterthanen und zum Nachtheile des Bergwerks gereichenden Unwesen aber nicht länger mehr nachgesehen werden soll, so wird folgendes verordnet:

1) Es soll zwar den bei den Berg- und Hüttenwerken in Pflichten stehenden Münz- und Hüttenbedienten, auch Probirern, wie auch denjenigen, welche sich zu dergleichen Diensten zu qualificiren suchen, und dazu von der Berg-Hauptmannschaft Erlaubniß erhalten haben, imgleichen denen, welchen in der Chemie Unterweisung zu geben obliegt, wie auch den recipirten und in Pflicht stehenden Medicis und Apothekern, nach wie vor unbenommen bleiben, die zu eines Jeden Profession gehörige Arbeit vorzunehmen, und sich in chemicis sowohl zu ihrer Habilitirung zu üben, als auch sonst die nach ihren Umständen und Bedürfnissen nöthigen Proceße darin vorzunehmen. Dagegen ist 2) allen übrigen Communion-Unterthanen, welche unter vorbemeldeten nicht mit begriffen, oder dergleichen chemische und metallurgische Arbeiten vornehmen und treiben zu dürfen besondere Erlaubniß auf geziemendes Ansuchen von der höchsten Communion-Herrschaft nicht erhalten haben, ernstlich befohlen, sich alles Schmelzens und Laborirens, es sei mit wilden oder mit andern Erzen, auch aller chemischen Proceße, welche auf Zugutemachung und Hervorbringung der Metalle abzielen, gänzlich zu enthalten, und soll gegen diejenigen, welche dem entgegen handeln, wenn gleich von Verpartirung einiger Erze nichts auf dieselben zu bringen stände, (als welchen Falls criminaliter gegen dieselben zu verfahren sein würde) sofort mit der Visitation verfahren, die bei selbigen gefundenen zu dem Schmelzen und Laboriren gehörigen Defen, Geräthschaften und Materialien nach Befinden eingerissen, oder ihnen abgenommen und confiscirt, auch jeder Contravenient mit 20 Thlr. Geldstrafe belegt, und hiervon die Halbschied dem Denuncianten, dessen Name auf Verlangen verschwiegen werden soll, gegeben werden. Falls aber der Contravenient nicht so viel im Vermögen haben würde, daß er die Strafe erlegen könnte, so soll dieselbe in Gefängnißstrafe verwandelt und dem Denuncianten dennoch nach Befinden eine Ergögllichkeit aus dem Oberharzischen Communion-Zehnten gereicht

werden. Damit aber auch 3) dergleichen Laboranten, welche durch Versprechungen, daß sie entweder aus wilden Erzen oder aus geringeren Metallen edle Metalle mit Vortheil zuwege bringen, oder auch den zugesetzten edlen Metallen einen großen Zuwachs verschaffen wollen, hinfüro abgehalten werden, die Communion-Untertanen mit dergleichen betrügerischen Versprechungen zu hintergehen, so sollen nicht allein die Communion-Untertanen bei Vermeidung der obbemeldeten Strafe sich mit dergleichen Laboranten nicht einlassen, sondern da auch ein solcher Laborant sich am Communion-Harze würde betreten lassen, und derselbe überführt werden könnte, daß er einen oder mehrere Communion-Untertanen unter obbemeldeten Versprechungen überredet, zu den vorzunehmenden Laboriren einen Zuschuß zu thun, soll derselbe in der Bergstadt, oder wo er sonst am Communion-Harze betreten wird, und sobald des Falls sichere Kundschaft eingezogen worden, zur Haft gebracht, der Proceß gegen ihn formirt, und nach Befinden der mehr oder weniger aggravirenden Umstände entweder mit der Landesverweisung bestraft, oder auf einige Zeit ad operas publicas condemnirt, oder auch, Falls ein solcher die Untertanen bereits in unerseßlich großen Schaden gebracht, dieses betrügerische Gewerbe bereits mehrmals wiederholt, und durch die bereits erlittene Bestrafung sich nicht davon abhalten lassen, auf beständig zum Karrenschieben oder Zuchthause verurtheilt werden. Derjenige Denunciant, welcher einen solchen Laboranten der Obrigkeit mit Zuverlässigkeit an giebt und Gelegenheit verschafft, sich dessen Person zu bemächtigen, soll mit einer Belohnung angesehen werden, und der Name auf Erfordern verschwiegen bleiben; wie denn auch, wenn ein Denunciant etwa selbst bei dem Laboriren mit verwickelt und also selbst straffällig wäre, demselben nach richtig befundener Denunciation die verwirkte Strafe statt der zu erwartenden Belohnung erlassen werden soll. Verordn. herrschafft. Communion. v. 1. März 1751.

### Ländereien.

S. Beamte, Landwirthschaftsbetrieb derselben. — Liegende Gründe.

### Länderei, flüchtige.

S. Pertinenzen der Bauergüter.

### Länderei vor Braunschweig, welche mit Gartengerechtigkeit versehen ist.

Wegen der mit Gartengerechtigkeit versehenen Länderei vor der Stadt Braunschweig wurde verordnet, daß die Besitzer derselben ohne Unterschied der Jurisdiction a dato der Verordnung binnen 6 Wochen dem dasigen Stadtpolizei-Departement das Land specificce angeben und ad protocollum declariren sollten, ob sie die Gartengerechtigkeit behalten wollten oder nicht. Diejenigen, die dieselbe behalten wollten, sollten nach vollendeter damaliger Erndte, oder bei dem verpachteten Lande, nach Ablauf der Pacht, den Gartenbau sogleich entweder selbst oder durch Pächter anfangen lassen, und die Contravenienten ohne weiteres Verfahren der Gartengerechtigkeit verlustig erklärt werden, Landesf. Verordn. v. 2. August 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 68.)

S. auch: Feldland vor Braunschweig.

### Lärmen auf den Straßen.

S. Unfug und Auflauf auf den Straßen.

### Landes-Beitragssteuer.

Die vermöge der Verordnung v. 25. Septbr. 1775 auf 3 Jahre angelegte, und nach der Verordn. v. 26. Septbr. 1778 auf anderweite 3 Jahre prolongirte Landes-Beitragssteuer ist aufgehoben durch die landesf. Verordn. v. 8. Octbr. 1781.



## Landes-Brandversicherung.

S. Versicherung gegen Feuergefähr.

## Landes-Constitutionen und Gesetze.

S. Verordnungen, landesfürstliche.

## Landeskinder.

Dieselben sollen, wenn sie nebst einem tugendhaften Wandel sich zu geistlichen und weltlichen, Hof-, Kriegs- und anderen Bedienungen hinlänglich geschickt machen, vorzüglich vor Fremden dazu genommen werden. \*) Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 38.

cf. Gesetz über den Civil-Staatsdienst v. 12. Octbr. 1832. §. 5.

## Landes-Ordnung.

Allgem. Landes-Ordn. v. 7. März 1647. \*\*) Das Wichtigste aus derselben ist unter den betreffenden Rubriken angeführt.

Die Landes-Ordnung soll auf den jährlichen Land- und andern Gerichten verlesen werden, und wer vor deren vollkommlicher Ablesung davon geht, oder unter dem Lesen einiges Getummel oder Geschwätz anfängt, soll drei Gulden Strafe geben. Die Bauernmeister sollen die Abwesenden, und die welche weggegangen, bei drei Gulden Strafe anzeigen.

Es soll über dieselbe bei schwerer Ungnade und Strafe festgehalten werden. Landesh. Verordn. vom 7. Januar 1647. \*\*\*)

Wer vom Landgerichte oder von andern bestimmten Orten, wo die Landes-Ordnung alle Jahre zwei Mal abgelesen wird, vor Verlesung derselben weggeht, der soll drei Gulden Strafe erlegen. Allgemeine Landes-Ordn. Art. 102.

Wenn in allen oder etlichen darin enthaltenen Punkten bei dem einen oder anderen Land- oder anderen Gerichte eine härtere Strafe auf die darin berührten Verbrechen gesetzt sein sollte, so soll dieselbe dadurch nicht verringert sein, sondern es sollen und mögen sothane höhere Strafen in ihrem vorigen Stande bleiben und darauf von den Gerichten erkannt und eingefordert werden. Ebenbas. in fine.

S. auch: Contracte über Immobilien in den Städten.

## Landes-Rechnungen.

S. Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §§. 188 und 189, wodurch die ständischen Rechte bei Revision der Staatshaushaltungs-Rechnungen neu bestimmt sind. †)

\*) Dasselbe ist schon in dem Wolfenb. Landtags-Abschiede v. 27. Januar 1619. Art. 36, und in dem Landtags-Abschiede v. 10. Octbr. 1682. Art. 4 bestimmt und im erstern dabei verordnet, daß gleichwohl auch dahin gesehen werden solle, daß nicht nahe Verwandte im Regimente und in einer Rathsstube concurrirten und einen Anhang machten.

\*\*) Ob dies die erste allgemeine Polizei-Ordnung für das Land, welche promulgirt wurde und Gesetzeskraft erhielt, gewesen ist, ist zweifelhaft; sie wurde, wie die Vorrede ergiebt, aus früheren Landtags-Abschieden und Verordnungen zusammengetragen. (Vergl. Sammlung der größern Organisations- und Verwaltungs-Gesetze von K. Steinacker p. 55 und Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 428.)

\*\*\*) Diese Verordnung ist der allgemeinen Landes-Ordnung als Vorrede vorangesetzt.

†) Der 16. Art. der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770 bestimmt, daß alle Landes-Rechnungen, als der Kriegssassen Rechnung über die Contribution und was dazu gehöre, die monatlichen Miliz-Rechnungen, Proviant-Rechnung, Commissäcker-Rechnung, Landrenterei-Rechnung, Biersteuer-Rechnung, Brannte-

## Landes-Vermessung.

In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts \*) wurde auf landesf. Befehl eine allgemeine Landes-Vermessung begonnen, ohne daß deshalb eine Landes-Verordnung erschien. Die von den Gemeinden über das dabei beobachtete Verfahren erhobenen Beschwerden veranlaßten eine Instruction für die Subdelegirten v. 28. Novbr. 1755 und nachher eine ergänzende Declaration derselben v. 16. Januar 1759. \*\*)

## Landes-Verordnungen.

S. Verordnungen, landesfürstliche.

## Landes-Verweisung.

S. Staupenschlag.

cf. Verordn. v. 29. Decbr. 1814, den Transport der Verbrecher und Landstreicher über die Landesgränze betr. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 27.

## Landgerichte.

Die Landgerichte \*\*\*) sind durch die Westphälische Regierung aufgehoben und nachher nicht wieder hergestellt.

Land-

weins-Accise-Rechnung, die zu jeder der angeführten Rechnungen gehörigen Wittwencassen-Rechnungen, nachdem die Miliz-, Kriegscassen-, Proviant-, Commißbäckerei-, die dazu gehörigen Wittwencassen- und specifischen Begebesserungs-Rechnungen vorher getreuer Landschaft communicirt worden, jährlich auf Convocation des engeren Ausschusses und zweier Stände jeder Curie des größern Ausschusses in deren Gegenwart in fürstl. Geh. Rathsstube abgenommen, die Rechnungen von den Begebesserungen aber den Ständen, da aus den Landescassen dazu ein beträchtlicher Zuschuß freiwillig werde, der Abrede gemäß communicirt werden sollten.

\*) Unterm 6. April 1746 erhielten diejenigen, welche zu der General-Landesvermessung gebraucht wurden und das Land vermessen und in Risse bringen sollten, die erste bekannt gewordene Instruction, und durch das landesf. Circular-Rescr. v. 13. Mai 1747 wurde den Obrigkeiten aufgegeben, von jedem Grundeigenthümer ein schriftliches Verzeichniß seiner Länderei abzufordern und einzuschicken, weil sich bei der Vermessung einiger Dörfer ergeben habe, daß der wahre Inhalt der Länderei und Wiesen mit dem catastro contributionis und den Angaben der Eigenthümer variire; indeß muß die Landesvermessung schon früher begonnen haben, weil sich schon die Verordn. v. 20. Decbr. 1745 (S. Gras-Theilung) darauf bezieht. Den Zweck der Landes-Vermessung (ob dies der ursprüngliche war, ist zweifelhaft), giebt der §. 1 der Instruction vom 28. Novbr. 1755 folgendermaßen an: Die Unterthanen sollten die zerstreut liegenden Aecker bei einander bekommen, und es sollte dadurch, sowie durch die Bezeichnung der geradlinigen Gränzen den Processen wegen der Gränzen, des Abpflügens u. abgestellt, auch durch eine Egalisirung der Morgen Jeder zu dem Seinigen verholfen werden; die Lagerbücher sollten in eine zuverlässige Verfassung kommen, der Ansaß der onerum publicorum danach rectificirt, die bei dem Ackerbaue, bei Wiesen und Aengern sich findenden Fehler abgestellt und Verbesserungen gemacht werden, damit das Landwesen in bessere Aufnahme komme.

Schon Herzog August hat unterm 8. August 1644 verordnet, daß die Aecker vermessen werden sollten, damit der Landesfürst und die anderen Dienstherrn zu den gewöhnlichen Diensten, die Erbenzins- und Gutsherren aber zu ihren Erbenzinsen und Meierzinsen desto richtiger gelangen möchten, und die unverzügliche Befolgung dieser Verordn. durch das Ausschreiben v. 3. August 1647 befohlen.

\*\*) Sowohl von der Instruction, als auch von deren Declaration findet sich ein Abdruck in Gesenius Meierrechte 2. Bd. Beilage I und II. Zur Beseitigung der durch die Landes-Vermessung veranlaßten Beschwerden ist unterm 31. Octbr. 1755 eine landesf. Verordnung ergangen, die indeß nur temporäre Wichtigkeit hatte.

\*\*\*) Das Landgericht, in den ältesten Zeiten in das hohe und niedere getheilt, verlor an seiner ursprünglichen Wichtigkeit, als die größere Ausbildung des Rechtszustandes die Besetzung der höheren Gerichte mit gelehrten Rechtskundigen nothwendig machte, und blieb bald weiter nichts, als was in andern Gegenden Deutschlands die Vogt- oder Rug-Gerichte waren. Schon im 16. Jahrhunderte wurde von denselben nicht mehr in Processsachen entschieden (Landtags-Abschied v. 1597. Art. 13.) und am Ende des vorigen Jahrhunderts beschäftigte sich das Landgericht nur noch mit der Untersuchung und Bestrafung der von den Landleuten begangenen bruchsfälligen, d. h. solcher geringer Verbrechen,

## Landkrämer.

Ob in diesem oder jenem Gerichts-Dorfe ein Landkrämer anzusetzen und ob insbesondere der Hintersasse, welcher sich dazu meldet, zu der Absicht bequem sei, bleibt als eine Landes-Polizei-Angelegenheit der alleinigen Ermäßigung des Landesherrn überlassen. Wie aber die Ansetzung der Krämer auf dem platten Lande nur aus dringenden Ursachen geschieht, wenn das gemeine Beste solche nöthig macht, und fast alle Zeit sich aus mehreren Dörfern eines dazu wählen läßt, so wird der Landesfürst die Gerichts-Dörfer, wenn nicht ganz besondere aus dem Berichte der Gerichts-Obriegkeiten zu ersiehende Umstände ein Anderes erfordern, damit verschonen, die Ansetzung eines Landkrämers aber demjenigen Gerichte, in welchem solche geschieht, und welches die Jurisdiction über denselben behält, jedes Mal bekannt machen lassen. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 29.

S. auch: Handel auf dem Lande — Handels-Concessionisten auf dem Lande.

cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837, insbesondere §§. 17 sqq.

## Landmeister.

Auf den wegen der vielen Landmeister auf den Dörfern gemachten Antrag der Städte erklärt der Landesfürst, daß alle wider die alte Verfassung und die frühern Landtags-Abschiede \*) auf den Dörfern befindlichen Handwerke abgeschafft werden sollen. Landtags-Abschied v. 10. Octbr. 1682. Art. 26.

Inhalts des Salzdahlum'schen Landtags-Abschiedes von 1682 soll darüber gehalten werden, daß die Handwerker auf dem Lande zum Nachtheile der Städte schlechterdings nicht geduldet werden. Schatz-Ordn. v. 10. Juli 1719. s. r. Landschatz Nro. 3.

Auf dem Lande sollen keine Handwerker, ausgenommen Schmiede, Rademacher, Schneider, Zimmerleute, Leineweber, Schuhflicker, Hausschlächter und Bäcker, wenn selbige nicht zum feilen Kaufe backen, geduldet, und sollen die Obriegkeiten, welche solche dulden, mit 100 Thlr. Strafe belegt werden. Eben so wenig soll auch ein Korn-, Vieh-, Wein- und Garnhändler oder anderer Krämer auf den Dörfern weiter gelitten werden. Landesf. Rescr. v. 27. Novbr. 1722.

Da die Städte dadurch, daß außer einigen besonders ausgenommenen noch andere Handwerker auf den Dörfern geduldet werden, zu sehr in Verfall ihrer Nahrung gerathen, und auch aus andern Ursachen solcher Contravention nicht weiter nachgesehen werden soll, so wird verordnet, daß außer den in den Landesgesetzen und Verordnungen erlaubten Handwerkern keine Landmeister bei den Gilden aufgenommen,

---

in denen nicht inquisitorisch verfahren wurde, und mit der Aufrechthaltung der Polizei-Ordnung. Der Landesfürst ernannte besondere Commissarien (gewöhnlich aus den Mitgliedern der Cammer), welche mit Zuziehung der Beamten im Beisein der Oberforst-Bedienten und der Bauermeister zwischen der Heu- und Korn-Ernde das Landgericht hielten. (Verordn. v. 31. März 1711.) Ein jeder Unterthan mußte vor demselben erscheinen (Allgem. Landes-Ordn. Art. 10.) und auch die von Adel mußten ihre Bedienten und Hintersassen, imgleichen die Schriftfassen ihre Domestiken, wenn sie in den Kämtern delinquirt hatten, auf Requisition stellen. (Verordn. v. 5. August 1720.) Zunächst wurden die für den Landmann besonders wichtigen Verordnungen, namentlich die Landes-Ordnung, verlesen, sodann die von einem Landgerichte bis zum andern eingegangenen Land- und Forstwrogen summarisch untersucht und bestraft, (Verordnung v. 16. Februar 1722.) ferner Nachfragen wegen gehöriger Ausführung der wichtigeren polizeilichen Anordnungen angestellt, die Leuchten und die Gewehre (Landes-Ordn. Art. 70.) nachgesehen, die Sperlingsköpfe und Maulwurfsfpoten von den Landleuten und die Raubvogelfänge, Fuchsnasen und Klauen von schädlichen Thieren von den Forstbedienten abgeliefert und endlich die Anwesenden über etwaige Beschwerden gegen die Beamten befragt. Zugleich war mit dem Landgerichte eine Gerichts-Visitation durch den Landgerichts-Commissarius verbunden.

\*) Nach dem 31. Art. des Landtags-Abschiedes v. 3. Juni 1597 sollten auf den Dörfern künftig nicht mehr Handwerker, als zur Zeit daselbst wohnten, unbeschadet der städtischen Privilegien, Rechte und Gerechtigkeiten, geduldet werden.

noch, daß ein solcher auf dem Lande sich beseze, gestattet werden soll, es sei denn, daß von dem Landesfürsten oder der fürstl. Geh. Rathsstube dazu besondere Concession ertheilt worden. Im Uebertretungsfälle soll sowohl die Obrigkeit und die Gilde, als auch derjenige, welcher ohne Concession sich als Landmeister annehmen läßt, oder auf dem Lande sich besezt, nachdrücklich bestraft werden. Landesf. Verordn. v. 10. Mai 1749.

Die Obrigkeiten sollen über die landesf. Verordn. v. 10. Mai 1749 nachdrücklich halten, und keinem Handwerksmanne gestatten, einige Arbeit zu machen, bevor derselbe nicht vor dem Amte oder Gerichte erweislich beigebracht hat, daß er in einer der nahe belegenen Städte das Meisterrecht als Landmeister wirklich gewonnen habe. Jedoch sind die Leineweber von dieser Verordnung fürerst ausgenommen, und ist denselben die Arbeit annoch zu gestatten, wenn sie gleich zu keiner Gilde sich mit halten. Landesf. Ausfchr. v. 8. Novbr. 1753.

Wegen der Handwerker in den Dörfern soll es bei der Verfassung des Landtags-Abschiedes de 1682. §. 26 gelassen, dabei aber, wenn die Umstände und das gemeine Beste ein Anderes, auch hier und da die Ansehung eines Landkrämers nöthig machen sollten, möglichst dahin gesehen werden, daß solches mit so wenigem Abbruche der Stadtnahrung als möglich veranstaltet werde. \*) Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 61.

Außer den nach der Verfassung auf dem Lande erlaubten Handwerkern soll hinfüro kein Landmeister bei den Gilden aufgenommen, noch, daß ein solcher auf dem Lande sich beseze, verstatet werden, es sei denn von dem Landesfürsten oder der fürstl. Geh. Rathsstube dazu besondere Concession ertheilt worden, welche jedoch nicht ohne Bericht der nächstbelegenen Stadt, und niemals ohne erhebliche Ursache ertheilt werden soll; und hat es in Ansehung der Handwerker auf dem Lande überhaupt bei demjenigen sein Bewenden, was dieserhalb in dem neuen Landtags-Abschiede festgesetzt worden ist. Art. 78 der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770.

S. auch: Puscherei und unerlaubter Handel auf dem Lande.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 17.

### Land-Physici.

S. Physici.

### Landrenteigefälle.

S. Schatz- und Landrenteigefälle.

### Landsaffiat.

Die reichsritterschaftlichen Privilegien können auf die hiesigen Lande, als worin bekanntermaßen der Landsaffiat in voller Uebung ist, nicht extendirt werden, und niemand, der darin domiciliirt, kann sich der hiesigen Jurisdiction in personalibus sowohl als realibus entziehen. Landesf. Rescr. v. 20. Mai 1779.

cf. Verordn. v. 4. Mai 1830, das Wohnortsbrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betr., §. 13. — Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §§. 24 sqq. und §. 200.

\*) Für das Fürstenthum Blankenburg bestimmte das landesf. Rescr. an die dortige Regierung v. 7. Octbr. 1765, daß bei der Zulassung von Landmeistern nicht sowohl darauf gesehen werden solle, ob bisher schon Landmeister an dem Orte ansässig gewesen wären und sich daselbst ernähren könnten, als vielmehr darauf, ob das Dorf wenigstens anderthalb Stunden von der Stadt und auswärtigen Orten näher belegen sei. In solchen Dörfern sollten die Landmeister beibehalten, in andern aber die städtischen Nahrungsbetriebe nach und nach abgeschafft werden. Späterhin wurde durch das landesf. Rescript an die Regierung zu Blankenburg v. 23. Januar 1795 verfügt, daß außer den Bäckern und Hauschlächtern keine andere Professionisten als Rademacher, Schmiede und Leineweber, welchen auch Gesellen und Lehrlinge zu halten gestattet sei, auf dem Lande gebuldet werden sollten. Wo eine Ausnahme zu machen sein möchte, solle den Landmeistern in der Regel das Halten von Gesellen und Lehrlingen nicht gestattet werden.

## Landschaft.

## S. Landstände.

## Landschaz.

Da nicht allein wegen des modi, wonach bisher der Hufenschaz \*) aufgebracht worden, und bei der dabei bemerkten fehlerhaften Proportion häufig Beschwerden geführt worden, sondern auch damit die Unterthanen einige Sublevation genießen, ist auf den Antrag der Landschaft verfügt, daß der Hufenschaz gänzlich aufgehoben sein und dafür der bisherige Landschaz \*\*) in duplo aufgebracht werden soll. Jedoch sollen diejenigen Orte, welche bisher wegen des schlechten Ackerbaues oder anderer Umstände gar keinen Hufenschaz gegeben haben, noch zur Zeit bei dem einfachen Landschaze gelassen werden. \*\*\*) Landesf. Verordn. v. 29. März 1703.

Da wegen der mit dem Landschaze gemachten Veränderung, nach welcher statt des aufgehobenen Hufenschazes der doppelte Landschaz erhoben werden soll, viele Beschwerden eingelaufen sind, so wird auf den Antrag der Landschaft verordnet, daß zwar derjenige Landschaz, welcher vor Einführung der Verordnung v. 29. März 1703, und zwar in termino Martini alljährlich entrichtet worden, nach wie vor abgeführt, an demjenigen Landschaze aber, so anstatt des abgegangenen Hufenschazes den Unterthanen aufgesetzt worden, †) die Halbschied remittirt und nachgelassen werden soll. Landesf. Verordn. v. 6. Aug. 1709.

§. 1. Der Landschaz soll von allen und jeden, auch den Landsassen, Prälaten, Klöstern, denen von Adel, Flecken und Dörfern, auch den vor den Klöstern wohnenden Unterthanen und Hintersassen, sie seien gleich von welcher Condition sie wollen, und haben bisher Landschaz gegeben, oder sich davon ausgezogen, jedes Jahr zwei Mal entrichtet, auch die Müller, Krüger und Schäfer, welche sich eine Exemption anmaßen wollen, wenn sie Vieh, so auf gemeine Weide geht, Länderei oder andere Güter, wovon der Landschaz kommen muß, besitzen, damit keinesweges verschont werden.

§. 2. Was die von einigen aus der Ritterschaft an ihre Güter und Rittersitze genommenen ganzen und halben Meier- und Kothhöfe, wovon hievor der Landschaz und andere onera gegeben worden, betrifft, so soll solches der Landrenterei wegen des davon zu entrichtenden Landschazes unnachtheilig sein, und sollen sowohl diese als andere praestanda nach wie vor davon abgeführt werden und bleibt dergleichen Einziehung besage des landesf. Edicts v. 15. August 1707 ††) den Gutsherren ernstlich untersagt.

\*) S. Hufenschaz.

\*\*) Die Benennung »Landschaz« findet sich schon in dem Reccesse und Vertrage des Herzogs Heinrich des Ältern und der Landschaft vom Jahre 1505, worin diese dem Herzoge zehn Jahre lang fünf vollkommene Landbeden zugebilligt und dieser versprochen hat, diese Landschazung zu andern als den angegebenen Zwecken nicht zu verwenden. Der Landschaz scheint seitdem regelmäßig erhoben zu sein, und es mußte dazu ursprünglich von allen Klassen der Unterthanen beigetragen werden. Die Prälaten, Ritterschaft und Städte verglichen sich sehr bald, vielleicht schon vor 1530, auf eine Aversionalsumme (Taxe), wogegen die Subrepartition dieser auf die Acker, Wiesen, Weiden und Holzungen angelegten Steuer bei den Landgemeinden Anfangs der Willkühr der Beamten überlassen war, durch die Schaz-Ordnung v. 1619 aber mehr geregelt wurde. (Bode, Beiträge zc. p. 29.)

\*\*\*) Diese Orte waren: Wendhausen, Thune, Wenden, Schandelah, Destedt, Neubrück, Duttonstedt, Giffinghausen, Samleben, Dier, Wolfshagen, Engerode, Delber am w. B., Wolsdorf, Warberg, Freilstedt, Rabe, Warmke, Grasteben, Querenhorst, Mackendorf, Saalsdorf, Bobenburg, Bobenstein, Kemnade und die Gemeinden des Amtes Vorsfelde. Sie blieben deshalb auch nachher von dem ermäßigten, auf Michaelis zu entrichtenden halben Landschaze befreiet. Vom Landschaze ganz befreiet blieben: Weienrode, Flechtorf, Lehre, Waggum, Bevenrode, Dibbesdorf, Volkmarode, Webdel, Schapen, Eßhof, Hordorf, Beltenhof, Bienrode, Gardeffen, Abbenrode, Rischau, Schoppau, Glentorf, Weimstorf, Mothencampe (größten Theils, weil sie nach Seltlicher Verfassung besteuert wurden), ferner Glesse im Amte Ottenstein, Neuborf und Rimmerode im Amte Gandersheim. (Bode l. c. p. 46.)

†) Dieser wurde Michaelis bezahlt.

††) S. Meier.

§. 3. Wegen solchen Landschaftes giebt

der Ackermann oder Vollmeier zum einfachen Landschafts von Haus und Hof..... 27 Mgr.  
der Halbspänner oder Großkötter, so Pferde zum Ackerbau hält, und dabei gemeine Weide be-

treibt, auch von Haus und Hof..... 18 »

die Rothfassen aber, welche keine Pferde haben, von Haus und Hof..... 9 »

und Brinkfänger von ihrem Hause..... 6 »

von jeder Hufe Landes, à 30 Morgen, ohne Unterschied, ob dieselbe Erb-, Lehn- oder Meier-

Gut, die wüsten Höfe, Gärten, Weiden und Wiesen, item die Holz-Blöcke und Legden

mit eingerechnet, durchgehends..... 9 Mgr. 3 Pf.

Von dem, was sich über solche 30 Morgen in der einen oder andern Hufe etwa befindet, muß ebenfalls nach Proportion, nämlich  $2\frac{1}{2}$  Pf. vom Morgen, dieser Schatz besonders gegeben werden, und nach solcher Proportion wird auch so viel weniger entrichtet, wenn eine Hufe weniger als 30 Morgen hält.

Wegen der Wiesen, Weiden, Holzungen, Salzwerke und was sich von dergleichen an dem einen oder andern Orte, so hier namentlich nicht hat specificirt, noch auch wegen der Diversität des Ertrages zu einem gewissen Anschlag gebracht werden mögen, muß der Anschlag nach der Billigkeit geschehen, da denn zu den zum engeren Ausschusse und zu Schatzsachen Verordneten vertrauet wird, daß sie einem Jeden darunter Gleich und Recht widerfahren lassen, und niemanden über die Billigkeit dabei beschweren werden. Sollte jedoch jemand vermeinen, daß ihm hierbei zu nahe geschehe, so will sich der Landesfürst die Ermäßigung dieserwegen vorbehalten haben.

Woselbst aber gar schlechter Sand- oder wilder Acker, allda ist solches Quantum der 9 Mgr. 3 Pf. von jeder Hufe billig zu mindern und geringer anzuschlagen. Sollte denn hierbei einiger Verdacht sich ereignen, daß die Ländereien in ihrer rechten und völligen Anzahl nicht angegeben, so sollen die zu den Schatzsachen Verordneten, oder welchen solches von ihnen committirt werden möchte, dieselben nachmessen zu lassen befugt sein, und ist, wenn keine größere Anzahl herauskommen sollte, die Landrenterei die Kosten wegen solcher Messung, auf den Fall aber, da mehr befunden würde, als angegeben, die Gemeinde, welche solche veranlaßt, selbige zu tragen und zu bezahlen schuldig. Die Müller, Schafmeister und Krüger dürfen nicht höher als ihre Nachbarn belegt werden, und ist ihnen deshalb nichts desto minder an Holz- und Wiese-Theilungen abzufolgen, was von Alters hergebracht.

Die auf dem Lande wohnenden Handwerker, so wie die Häuslinge sollen gleichfalls Landschaft bezahlen. \*)  
Von jedem Pferde, welches auf die gemeine Weide geht und angespannt werden kann,

desgleichen von den Fohlen, so zweijährig, wird gegeben..... 3 Mgr. — Pf.

Von jedem Kuh-Vieh, jung oder alt, und also auch von zweijährigen Rindern..... 2 » — »

Von einem Schweine-Haupte, so über ein Vierteljahr..... 1 » — »

Von einer Ziege, wo die zu halten verstattet..... 1 » 4 »

Zu Erhaltung der Richtigkeit der Landschaft-Beschreibung sollen nicht allein, so viel die Länderei betrifft, die Beamten, Gerichtsherren und übrigen Obrigkeiten alle dabei vorgehenden Veränderungen, als Vertauschung, Verkaufung und andere Veräußerungen bei dem Schatz-Collegio bei Vermeidung willführlicher Strafe zu melden schuldig sein, sondern es soll auch längstens alle fünf Jahre solcher Landschaft, insonderheit so viel die incerta betrifft, von Neuem beschrieben \*\*) und dazu befähigte Commission verordnet werden. Schatz-Ordn. v. 10. Juli 1719 s. r. Landschaft.

\*) Der mit der Contribution von der Nahrung erhobene Landschaft ist durch das Gesetz v. 4. April 1837, die Gewerbesteuer betr., §. 1 aufgehoben und der Landschaft von den Häuslingen nach der Einführung der Personen-Steuer nicht mehr erhoben. (cf. p. 212. Note\*)

\*\*) Die noch jetzt zum Grunde liegenden Landschaft-Beschreibungen sind: für den Harz-District v. J. 1729, für den

Wegen des Hufenschages hat es bei den Verordnungen v. 29. März 1703 und 6. August 1709 sein Bewenden. Ebenas. s. v. Hufenschag.

cf. Verordn. v. 31. März 1817, die Aufhebung der bisherigen Grundsteuer und die Wiedereinführung des vormaligen Contributions-Systems betr. — Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr. — Landt. Absch. v. 11. Juli 1823. Art. 10. — Verordn. v. 6. Septbr. 1825, die Erhebung des Landschages in monatlichen Raten betr. — Gesetz v. 7. Mai 1835, die Festsetzung der Grundabgaben ic. auf Courantgeld betr. — Gesetz v. 4. April 1837, die Gewerbesteuer betr., §. 1.

### Landföldaten.

Der Landföldaten-Dienst\*) ist mit dem Eintritte der Westphälischen Regierung aufgehoben und nicht wieder eingeführt. S. Kriegsdienst.

### Landstände.

S. Landesfürstlich confirmirter Extract aller der Wolfenbüttelschen Landschaft Inhalts der Landtags-Abschiede, Reversalien und anderer Documente competirenden Privilegien v. 8. Juni 1710. — Gesammter Landschaft des Herzogthums Braunschweig-Lüneburg Wolfenbüttelschen Theils privilegia und Befugnisse v. 9. April 1770. \*\*) — Neue Landschafts-Ordnung für das Herzogthum Braunschweig v. 12. Decbr.

Weser-District v. J. 1729, für den Schöningenschen District v. J. 1726 und für den Wolfenbüttelschen District v. J. 1740—1745. (Bode I. c. p. 46. Note 22.)

\*) Der Landföldaten-Dienst bezweckte zunächst, daß die weissenfähige junge Mannschaft den Gebrauch der Waffen erlerne; die Landföldaten sollten nur im Falle der äußersten Nothwendigkeit bei Kriegs-Unruhen oder wenn es sonst die Sicherheit und Vertheidigung des Landes erforderlich machte, zu Wachen, Festungs-Arbeiten oder andern derartigen Diensten aufgefördert, wohl aber zur Vollziehung von Executionen, zur Steuerung fremder Werbungen, des Bettelns, der Landstreicher und zu andern polizeilichen Zwecken verwandt werden. (Auschuß-Ordnungen v. 15. Mai 1682 und 22. Octbr. 1695, landesfürstl. Edict v. 5. Juni 1714 und landesf. Reglement v. 20. Mai 1715.) Im Art. 18 des Landtags-Abschiedes v. 9. April 1770 wurde versprochen, daß der im letzten Kriege zur Abwendung einer dem Vaterlande drohenden Gefahr von der Landmiliz außerhalb Landes gemachte Gebrauch nicht zur Folge gezogen, vielmehr die Landmiliz nur in nöthigen Fällen zur Vertheidigung der Festungen Braunschweig und Wolfenbüttel oder auch sonst nur innerhalb Landes gebraucht, und aus denselben für die Feldregimenter nicht recrutirt werden solle. Niemand durfte sich eigenmächtig von dem Landföldaten-Dienste ausschließen oder von der Obrigkeit davon erimirt werden. Die Landföldaten wurden jährlich zwei Mal zur Waffenübung Compagnieweise zusammengezogen; während dieser Zeit und auch bei sonstigen Dienstverrichtungen erhielten sie Löhnung. (Landesf. Reglem. v. 20. Mai 1715, Verordn. v. 27. August 1739 und v. 3. Novbr. 1745.) Die Aushebung geschah durch die Aemter oder Gerichte, und zwar auf die Weise, daß ein jeder Ort nach dem Verhältnisse, wie er zur Contribution beitrug, auch zu der Gesamtsumme der auszuhebenden Landföldaten Mannschaft stellen mußte. (Landesf. Ausschr. v. 24. Mai 1764.) Diese wurde aus den ledigen, über 18 Jahre alten (Verordn. v. 19. Decbr. 1733) zum Dienste tüchtigen Bauer-Löhnen und Knechten, (Verordn. v. 29. April 1737) ohne Rücksicht auf die Größe (Verordn. v. 6. Juni 1721) ausgewählt und sofort beeidigt. (Landesf. Umlauf v. 15. Juni 1741.) Alle Professionisten und insbesondere die Leineweber, so lange sie ihr Geschäft fleißig betrieben, waren von dem Landföldaten-Dienste befreit. (Verordn. v. 26. Mai 1766.) Wenn es an einem Orte an der erforderlichen Mannschaft fehlte, so sollten die Obrigkeiten und Gemeinden, nicht aber die Officiere, Leute dazu bringen (Verordn. v. 8. Octbr. 1709.) oder durch Versprechung einer freien Wohnung, freier Hude und Weide, freier Gräferei und Holzung, eines Gartenplatzes, gleich einem Kleinförher oder Brinkföher, der Dienstfreiheit oder anderer Vortheile anwerben. (Landesf. Rescr. v. 26. März 1696.) Die Dienstzeit dauerte zuerst 6 Jahre, wurde später aber auf 3 Jahre (Landesf. Reglement v. 20. Mai 1715) herabgesetzt, und dann wieder auf 4, 5 und zuletzt 6 Jahre erhöht. (Verordn. v. 31. Mai 1748.) Doch wurde ein Landföldat aus wichtigen häuslichen Verhältnissen auch schon früher entlassen. (Verordn. v. 23. Febr. 1732.) In den Braunschw. Anzeigen vom Jahre 1747. Nro. 28 finden sich Auszüge aus den ältesten, die Landmiliz betreffenden Verordnungen.

\*\*) Außer durch diese beiden landesfürstlich confirmirten Zusammentragungen der landständischen Gerechtsame sind zwar sowohl der gesammten Landschaft, als auch einzelnen Curien derselben noch zu verschiedenen andern Zeiten besondere

1832. — Wahlgesetz für das Herzogthum Braunschweig von demselben Tage — Geschäfts-Ordnung für die Landschaft des Herzogthums Braunschweig ebenfalls von demselben Tage.

### Landstraßen.

§. Chaussees.

### Landstreicher.

§. Vagabunden und liederliches Gefindel.

### Landtags=Abschiede.

Die bekanntesten Landtags=Abschiede der Vorzeit \*) sind: der Salzdahlumsche vom 3. Juni 1597, die Wolfenbüttelschen v. 27. Januar 1619 und v. 10. Octbr. 1682, und der Braunschweigische v. 9. April 1770; aus diesen und einigen andern ist das Wichtigste unter den betreffenden Rubriken angeführt.

Die Landtags=Abschiede der neuern Zeit sind v. 11. Juli 1823, v. 12. Octbr. 1832, v. 25. Mai 1835 und v. 2. August 1837.

### Landtags=Abschied zu Gandersheim.

§. Gandersheimer Landtags=Abschied.

### Landwirthschafts=Betrieb der Beamten.

§. Beamte, Landwirthschafts=Betrieb derselben.

### Lasten, Auf= und Abwinden derselben in Braunschweig.

§. Auf= und Abwinden schwerer Lasten in Braunschweig.

### Laternen.

§. Leuchten.

### Laternenwesen in Braunschweig.

1) Derjenige, welcher eine Laterne unvorsichtigerweise oder aus Muthwillen beschädigt und zernichtet, soll im ersten Falle den Schaden, im andern Falle aber überdas nach Befinden 10, 20 bis 50 Thlr. Strafe bezahlen, und, Falls er solche nicht zu erlegen vermag, auf dem Marktplatze öffentlich ausgestellt, und mit Gefängniß, Werkhausstrafe, auch wohl Festungsarbeit belegt werden.

2) Sollte jemand sich gelüsten lassen, eine oder mehrere brennende Laternen auszulöschen, so soll derselbe, nach dem Grade des dabei zu Schulden gebrachten Muthwillens oder der Bosheit, mit Gelde oder Gefängniß, auch wohl mit öffentlicher Ausstellung am Halßeisen \*\*) bestraft werden.

Confirmationen und Reccessé über die ihr zustehenden Rechte von den Landesfürsten ertheilt, allein vollständig gesammelt und in einer solchen Sammlung landesfürstlich anerkannt und bestätigt sind dieselben nicht weiter.

\*) Eine vollständige Sammlung sämtlicher Landtags=Abschiede und der sonstigen über die mit der Landschaft verabredeten Punkte aufgerichteten Reccessé, Protocolle zc. besitzen wir nicht; die besfalligen Versuche sind bisher an der Schwierigkeit, daß nur wenige der älteren landschaftlichen Verhandlungen durch den Druck bekannt gemacht und die geschriebenen in den Archiven vergraben oder in Privatsammlungen zerstreut sind, gescheitert. Die in den Jahren 1793 und 1797 erschienene Ribbentropsche Sammlung reicht nur bis zum Salzdahlumschen Landtags=Abschiede v. 6. Juni 1644 und ist auch bis dahin nicht ganz vollständig; die Fortsetzung derselben von Bischoff ist gleichfalls unvollendet geblieben. Ein (indef gleichfalls nicht vollständiges) chronologisches Verzeichniß der Landtags=Abschiede, Reccessé zc. s. bei du Roi, Anleitung zur Kenntniß der Quellen und der Litteratur des Braunschw. Wolfenbüttelschen Staats= und Privatrechts p. 82 sqq.

\*\*) cf. Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand= und Strafpfahls zc. betr., §. 1.



3) Würde auch wider besseres Verhoffen sich jemand erfrechen, eine oder mehrere Laternen, die darin befindlichen Lampen, oder dazu gehörigen Arme zu stehlen, so soll der Diebstahl einem *furto qualificato* gleich geachtet, gegen einen solchen Frevler ohne Weitläufigkeit *criminaliter* verfahren, und derselbe, dem Befinden nach, als ein Dieb und Straßenräuber bestraft werden.

4) Wie überhaupt von sämmtlichen hiesigen Einwohnern hiermit gefordert wird, daß sie, sobald ihnen das Geringste bei den hiesigen Laternen=Anstalten, so dieser landesf. Verordnung zuwider, zu Gesichte kömmt, oder bekannt wird, solches sofort an das hiesige Stadtpolizei=Departement, oder an den Districts=Commissarius, in dessen Bezirke die Contravention bemerkt worden, anzeigen, so ist zugleich des Landesfürsten Wille, daß derjenige als ein Dieb angesehen und bestraft werden soll, der gestohlene Gassen=Laternen, die darin gehörigen Lampen oder die Laternen=Arme entweder bei sich verhehlt oder an sich kauft.

Und da 5) die Laternen=Wärter auch dazu angewiesen sind, daß sie zur gehörigen Zeit zugleich in ihrem Districte patrouilliren, verdächtige Personen anhalten und an die nächste Wache bringen sollen, als ist landesf. Befehl, daß diese Leute alle Sicherheit genießen, und derjenige, welcher denselben in ihren Ausrichtungen sich widersezt, oder an selbigen sich wohl gar vergreift, als ein Störer der öffentlichen Ruhe angesehen und bestraft werden soll. Landesf. Verordn. v. 7. Febr. 1765. (Br. Anz. v. 1765. Nro. 17.)

### Laudemien=Gelder.

§. Erbenzins=Güter.

#### Lauge und warmes Wasser, Fortlassen desselben in Braunschweig.

Bei Vermeidung von 4 Thlr. Strafe soll Lauge und warmes Wasser bei Frost nicht anders, als in aufgehauenen kleinen Rinnen fortgelassen, der Abfluß durch unversäumtes Nachsegen befördert, und alle Hauswirth, auch die Brunnenherren sollen dahin sehen, daß zu Verhütung unglücklicher Fälle, auch Stürzen der Pferde, bei eisglatter Zeit die Fußstege, auch die Wege an den Brunnen mit Sand oder Asche hinlänglich bestreuet werden. Verordn. des Polizei=Depart. zu Braunschw. v. 25. Novbr. 1768. (Br. Anz. v. 1769. Nro. 7.)

Diese Verordnung ist erneuert durch ein Avertissement des Polizei=Departements v. 5. Juli 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 53.)

§. auch: Ausgießen auf die Straßen in Braunschweig.

cf. Bekanntmachung des fürstl. Polizei=Direct. zu Braunschw. v. 9. April 1815. Nro. 14. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 29.)

### Lebensart, dissolute.

§. Trunkenheit und dissolute Lebensart.

#### Lebensmittel zc., Auf= und Vorkauf derselben in Braunschweig.

Alle und jede hohen und niedrigen Civil- und Militair=Bedienten, Bürger und Einwohner in Braunschweig sollen sich allen schädlichen Vorkaufs des Getreides, Flachses, Obstes, allerhand Schlacht- und Feder=Viehes, auch Käse, Butter und anderer Victualien, absonderlich aber der Bau=Materialien, als Eichen- und Tannen=Holzes, Dielen, Latten und dergleichen, wie auch der Kohlen und des Brennholzes \*) in und vor den Thoren, auch in und vor den Landwehren, bei Vermeidung der Confiscation und der in dem Edicte v. 28. Novbr. 1696 namhaft gemachten Strafen \*\*) gänzlich enthalten, und sollen die

\*) §. Holz, Auf= und Vorkauf desselben in Braunschweig.

\*\*) Diese bestanden in Geld- und eventuell Gefängnißstrafen. Durch diese Verordnung wurde auch den Fremden bei gleicher Strafe verboten, für Fremde Victualien, Ochsen, Schweine oder anderes Vieh, Gut und Korn, imgleichen den Einwohnern zu Braunschweig, Fremden zum Besten und mit deren Gelde Korn aufzukaufen.

Vorkäufer nirgend anders, als auf den Marktplätzen, und eher nicht, als bis die Waaren auf den Märkten zwei Stunden zum feilen Verkaufe dargestellt, etwas zu kaufen sich unterstehen, bei Vermeidung oberwähnter, auch dem Befinden nach Gefängniß-Estrafe. Landesf. Verordn. v. 26. Juni 1710.

Unter Erneuerung der ältern Verordnungen wird allen fürstl. Bedienten, Bürgern und Einwohnern ernstlich befehligt, daß sie allesammt und ein Jeglicher insonderheit alles Auf- und Verkaufes des Getreides \*) und Viehes, imgleichen Holzes, Glases, Obstes, Käse, Butter und anderer Victualien außerhalb den Marktplätzen in und vor den Thoren, auch in und vor den Landwehren, wie auch, wenn solches alles auf die öffentlichen Märkte gebracht wird, des Einkaufs vor 10 Uhr, und ehe die Fahne eingenommen, auch es wenigstens zwei Stunden zum Kauf ausgestellt gewesen, und zwar bei Vermeidung der Confiscation des Eingekauften und 10 Thlr. Estrafe, abseiten sowohl des Käufers als Vorkäufers, oder gefänglicher Bestrafung derer, die solche Gelder sogleich zu erlegen nicht im Stande sind, sich gänzlich enthalten, imgleichen daß Fremde für Fremde oder hiesige Bürger und deren Angehörige, den Fremden zum Besten, und mit deren Gelde, ebenfalls bei Vermeidung vorerwähnter Estrafe, insonderheit kein Korn noch Vieh einkaufen sollen, und überhaupt niemand dessen öffentlichen feilen Kauf zu hindern sich unterfangen soll; wobei zugleich alle Aus- und Inländische, so Korn oder Vieh auf die Wochenmärkte nach Braunschweig bringen, ernstlich gewarnt sind, in keinen Verkauf oder dergleichen verbotenen Handel sich einzulassen. Wenn aber die Einwohner der Stadt Braunschweig oberwähnte Sachen für ihre Rechnung auswärts verschreiben oder erhandeln, und der Fuhrmann oder ein Anderer, der solche zur Stadt bringt, mit glaubhaften Attesten oder Briefen versehen ist, daß es bereits auswärts erhandeltes, folglich nicht zum Verkauf zur Stadt kommendes Gut sei, sondern den Braunschweigischen Einwohnern zugehöre, so sind solchane Sachen dieser erneuerten Verfassung nicht unterworfen, sondern es bleibt vielmehr dem Eigenthümer frei, praestitis praestandis darüber zu disponiren. Es bleibt auch den Fremden unverwehrt, bis zu anderweiter Verordnung eine mäßige Partei Korn von den Kornhändlern in Braunschweig und andern, so auf den Böden davon liegen haben, zu erhandeln, wie denn auch die Durchfuhr des Getreides allerdings den freien Lauf behalten soll. Damit auch hierüber desto besser und nachdrücklicher gehalten werden möge, ist der jedesmalige Commandant zu Braunschweig befehligt, daß er Bürgermeister und Rath daselbst auf geschehenes Anmelden hierbei alle Assistenz leiste, und ist ferner jedermann, insbesondere aber den in den Thoren wachthabenden Officieren, imgleichen den Thorschreibern, und denen, welchen bei den Märkten einige Aufsicht anbefohlen ist, geboten, auf alle, die des Verkaufs sich ferner unternehmen, genaue Aufsicht zu haben und selbige zu rechtmäßiger Bestrafung ungesäumt anzuzeigen; dafür soll einem Jeden, welcher dergleichen meldet, die Hälfte der obgesetzten Strafgeelder, mit Verschweigung seines Namens, zugewandt werden, die andere Hälfte aber dem Fiscus anheim fallen. Landesf. Verordn. v. 4. Juni 1740.

Auf landesf. Befehl wird verordnet: 1) daß, gleichwie überhaupt verordnet ist, daß sich niemand bei 20 Thlr. Estrafe unterfangen soll, vor den Stadtthoren und innerhalb der Landwehren den Landleuten, oder denen, die etwas zu Kaufe und zu Markte bringen, irgend etwas abzukaufen, es nicht allein überhaupt dabei gelassen und auf diese Verordnung ernstlich gehalten werden, sondern daß sich auch kein Krämer, Victualien- und Hofen-Umtsgehosse bei einer gleichmäßigen Estrafe von 20 Thlr. unterfangen soll, vor ausgesteckter Marktfahne den Markt zu frequentiren, daselbst, es sei was es wolle, auch nicht unter dem Präterte seines eigenen Bedürfnisses zu erkaufen, oder andern vorweg zu nehmen, zu bestellen oder solches durch andere zu verrichten, sondern daß er damit bis nach ausgesteckter Marktfahne anstehen, und die sodann zu seinem Nahrungsbetriebe erkauften Waaren gegen einen billigen Profit aus dem Hause wieder verkaufen soll, so lieb einem Jeden ist, des Falls eine nachdrückliche Estrafe zu vermeiden, oder zu verhüten, daß der

unbil-

\*) S. Getreide, Auf- und Verkauf desselben.

unbillige Preis durch eine zu setzende Taxe zum Besten des Publicums ermäßigt werde; 2) aber, daß niemandem, wer derselbe auch sei, künftig gestattet werden soll, ohne die Confiscation der Waaren \*) zu gewärtigen, wenn er nicht durch eine Gilde dazu berechtigt ist, oder sonst dazu Concession erlangt hat, oder durch die Einholung der letzteren binnen den nächsten 4 Wochen sich dazu legitimirt, einigerlei vivres, Consumtibilien, Landesproducte, auch Wachs, Papier, Karten, Pfeifen, Taback, Kreide, Senf, Steingrand, Besen, Bast, Holz, Holzwasen, Flachs, Heide, Garn, Linnen, Essig, Aquavit, Brantwein, Band, Zwirn, Salz 2c. zum Wiederverkauf zu haben und aufzukaufen, als wonach männiglich sich gebührend zu achten, und für Schaden zu hüten, allermassen denn, zu mehrerer Aufrechthaltung dieser Verordnung, einem jeden Denuncianten, wenn sich die Contravention also befindet, der vierte Theil der Strafe hiermit zuerkannt wird. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 25. März 1757.

Obgleich es den Pandleuten eben so nützlich, als der hiesigen Stadt vortheilhaft sein würde, wenn jene das entbehrliche Federvieh, Eier, Feld- und Gartenfrüchte u. s. w. selbst auf hiesigen Markt brächten, so sind dieselben doch noch nicht solcher Maße daran gewöhnt, daß man der s. g. Vorkäufer entbehren könnte, weshalb, damit die möglichste Ordnung hierin beobachtet werde, das Polizei-Departement in Braunschweig dahin authorisirt wird, daß selbiges einzig und allein befugt sein soll, gewissen höchsten Orts approbirten Leuten, sie seien vom Militair- oder Civilstande, Concessionen \*\*) zu dem Einkaufe des Federviehes, als Gänse, Enten, Welschhühner, Tauben, Hahnen, Hühner, imgleichen von Eiern, und allerlei wilden Federviehes, \*\*\*) Feld- und anderen Früchten, auf dem platten Lande, behuf der Stadt Braunschweig, zu ertheilen, jedoch solcher Gestalt, daß selbige innerhalb einer Meile rund um die Stadt nichts aufkaufen dürfen, sondern das gedachte Federvieh und andere Lebensmittel aus entferntern Gegenden herholen müssen. Wie solchem nach die Pandleute innerhalb einer Meile ihre zum Verkaufe bestimmten Waaren entweder jeder für sich, oder auch verschiedene Höfe zusammen durch einen einzigen unter sich selbst auszumachenden Verkäufer nach der Stadt zu schicken haben, also sind in solchem Districte schlechterdings keine Aufkäufer zu dulden, außerhalb demselben aber keine andere, als die sich deshalb mit einem gedruckten, von dem jedesmaligen Director bei dem Polizei-Departement zu Braunschweig unterschriebenen Concessions-Schein legitimiren können, sondern beiderlei Contravenienten sofort zu arretiren, und dem gedachten Polizei-Director zu weiterer Verfügung anzuzeigen, und ist derselbe angewiesen, nicht nur die Arretirungskosten sofort zu erstatten, sondern auch dem Denuncianten 1 Thlr. von jedem Falle auszahlen zu lassen, und beides von dem Contravenienten sofort wiederum beizutreiben. Die Obrigkeiten sollen sich auf das Genaueste hiernach achten, die Unterbedienten und Bauernmeister darauf instruiren, im Uebrigen aber den Landmann bestens encouragiren, daß er sich sowohl mehr der Federviehzucht befleißige, als auch den damit zu machen stehenden Profit lieber sich selbst, als den Vorkäufern, gönnen möge. Landesf. Ausschr. v. 14. August 1764.

Da dem Vernehmen nach schon seit einiger Zeit verschiedentlich Beschwerden darüber vorgekommen, daß die Einwohner in Braunschweig, insbesondere die sogenannten Aufkäufer, Hoken und Umträger die zum Marktverkaufe bestimmten Consumtibilien theils in der Nähe vor der Stadt auf den Dörfern, theils an den Thoren, theils auf den Märkten selbst in Quantitäten zum Wiederverkaufe auf- und vorwegkaufen, hierdurch aber obgedachte marktgängige Waaren nicht nur vertheuert, sondern auch einzelne Haushaltungen behindert werden, sich mit den nöthigen Bedürfnissen nach ihrer Convenienz auf den Marktplätzen zu versehen, als ist in Gemäßheit der höchsten Verordnung v. 4. Juni 1740 und des unterm 25. März 1757 publicirten Reglements auf landesf. höchsten Befehl hierdurch wiederholt bekannt gemacht, daß sämtliche

\*) cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §§. 49 sqq.

\*\*) cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 28.

\*\*\*) Unterm 1. August 1764 ist vom Polizei-Departement zu Braunschweig eine besondere Instruction für die Federvieh-Händler ergangen.

Einwohner sich des Auf- und Verkaufes der Consumtibilien und Victualien außerhalb der Marktplätze, in und vor den Thoren, auch in und vor den Landwehren, wie auch, wenn dergleichen auf die hiesigen Wochenmärkte gebracht wird, alles Einkaufens zum Wiederverkaufen vor 10 Uhr des Vormittags gänzlich enthalten sollen, und zwar bei Vermeidung der Confiscation der zum Wiederverkaufe eingekauften Waaren, und 10 Thlr. Geldstrafe oder gefänglicher Bestrafung derer, die solche Geldstrafe sogleich zu erlegen nicht im Stande sind. Uebrigens haben die hiesigen Hühnerhändler sich des Auf- und Verkaufes des Federviehes auf den der Stadt nahe belegenen Dörfern, von woher die Landleute dergleichen selbst zu Markte zu bringen gewohnt sind, bei 5 Thlr. Strafe zu enthalten, und sind überhaupt dem Denuncianten der in Betracht eines nachtheiligen Verkaufes ihm bekannt werdenden Contravention zwei Drittel der von dem Contravenienten beigetriebenen vorhin bestimmten Geldstrafe hiermit versichert. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 17. Juni 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 47.)

Auf höchsten Befehl ist in Gemäßheit der Verordnung v. 4. Juni 1740 und des Reglements v. 25. März 1757 die ungebührliche Auf- und Verkauferei der Consumtibilien und Victualien auf den nächsten Dörfern und vor und an den Thoren, außerhalb der Marktplätze, von Seiten der Einwohner Braunschweigs gänzlich, und auf den dasigen Wochenmärkten alles Einkaufen zum Wiederverkaufe bis nach 10 Uhr Vormittags bei Confiscation der vorweggekauften Waaren und 10 Thlr. Geldstrafe oder gefänglicher Bestrafung derer, welche solche Geldstrafe nicht sogleich erlegen können, verboten.

Die Hühnerhändler sollen sich des Auf- und Verkaufes des Federviehes auf den nahen Dörfern, von woher die Landleute dergleichen selbst zu Markte zu bringen pflegen, bei 5 Thlr. Strafe enthalten, und sind dem Denuncianten der hiernach verbotenen Aufkäuferei zwei Drittel der beigetriebenen Geldstrafe zugesichert. Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 11. Novbr. 1800. (Br. Anz. v. 1800. Nro. 90.)

Die Verordn. v. 11. Novbr. 1800 ist erneuert und den Hofen untersagt, auch nach 10 Uhr sich aller groben Zudringlichkeiten zu enthalten und diejenigen Einwohner, die zum eigenen Bedarfe auch nach dieser Zeit kaufen wollen, nicht in ihrem Handel zu beeinträchtigen, sondern selbigen den Vorzug zu lassen, alles bei vorerwähnter Strafe. Bekanntmachung des Polizei-Departements v. 6. Septbr. 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 71.)

S. auch: Wochenmärkte in Braunschweig.

### Lebensrettung.

S. Rettung Verunglückter.

### Lederhandel in Braunschweig.

Nach dem höchsten Rescripte v. 29. Octbr. 1802 soll das große Victualienamt bloß zum Großhandel mit außerhalb der Stadt aufgekauftem rohem Leder, die Kaufmanns-Innung aber in Rücksicht derjenigen Mitglieder, welche den Handel mit den Artikeln der Gewürzhandlung treiben dürfen, außer dem en gros und Detail-Handel mit außerhalb der Stadt aufgekauftem rohem Leder, nur mit den in der Kramergilde-Ordnung namentlich aufgeführten Ledersorten, nämlich Suchten, Corbuan, couleurem Saffian, englischem und dänischem Leder zu handeln berechtigt sein. Bekanntm. des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 7. Januar 1804. (Br. Anz. v. 1804. Nro. 3.)

cf. Gesetz wegen Abänderung des §. 14 der Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die modificirte Gewerbe- und Gilde-Ordn. betr., vom 11. Mai 1835. — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837.

### Ledige Personen.

S. Ehen auf eigene Hand.

### Legationsgelder.

§. die zweite Note unter: Contribution, Erhebung, Beitreibung und Ablieferung derselben.

### Legitima.

§. Ausstattung der Töchter aus Lehngütern — Restitutio in integrum eines Kindes gegen die Renunciation auf das Erbrecht in den elterlichen Nachlaß.

### Legitimatio ad acta.

§. Advocaten und Procuratoren — Procuratoren — Vollmachten der Advocaten und Procuratoren.

### Legitimatio ad acta beim Untergerichte zu Braunschweig.

§. 1. Wenn jemand im Gerichte durch einen Procurator seine Klage vortragen, oder auch beantworten lassen will, so soll er denselben im Untergerichte selbst bestellen, und die von ihm geschehene Bestellung in das zu haltende Protocoll einzeichnen lassen. Würde er durch Krankheiten oder andere Ehehaften zu erscheinen behindert, so soll er den Procurator durch schriftliche Vollmacht legitimiren.

§. 2. Hiervon sind jedoch die zu Anfange der Sache zu tentirenden gütlichen Handlungen, wovon Cap. III. §. 4. \*) gemeldet, ausgeschlossen, als bei welchen die Parteien, wenn sie sonst in der Stadt anwesend sind, selbst erscheinen müssen.

§. 3. Es soll aber, wenn die constitutio procuratoris nicht persönlich geschehen, kein Mandatar, dafern er nicht mit einer extendirten und vollzogenen Vollmacht versehen ist, unter irgend einem Prätext etwas im Gerichte für die abwesenden Parteien sub cautione rati zu handeln zugelassen, sondern schlechterdings zurückgewiesen, und wenn dadurch jemandem Kosten veranlaßt sind, so sollen solche nach geschehener Liquidation ersetzt, allenfalls vermittelt prompter Execution beigetrieben, und außerdem ein Mß. dem Anwalde als Strafe auferlegt werden.

§. 4. Sollte jedoch periculum in mora sein, und der Procurator sich durch Briefe von seinem Prinzipale legitimiren, oder auch in continenti hinlängliche Caution stellen, so soll er zwar für das Mal zugelassen werden, doch aber die Vollmacht binnen 14 Tagen oder vier Wochen, nach Entlegenheit des Orts, bei obangeführter Strafe beibringen.

§. 5. Es soll aber kein Mandatar sich auf ein mandatum generale berufen, sondern bei jedweder Sache, die er für seinen Prinzipal tractirt, ein auf die Sache gerichtetes und von allen Interessenten vollzogenes Mandat zu produciren schuldig sein. Cap. VII der verbesserten Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 13.

### Legitimatio per subsequens matrimonium vel quovis alio modo.

§. Ehebruch, Hurerei ic.; Verordn. v. 3. Januar 1593. — Armenknaben, von den Waisenhäusern und Armen-Anstalten unterhaltene; Verordn. v. 8. August 1755. — Lehnsuccession.

cf. Ausschreiben des herzogl. Consistorii v. 11. Juni 1836, die Anerkennung unehelich geborener, durch die nachfolgende Ehe ihrer Eltern legitimirter Kinder betr. — Desgl. v. 2. Decbr. 1837, einige nähere Bestimmungen des vorstehenden Ausschreibens enthaltend.

### Lehm, Abfahren desselben aus Braunschweig.

§. Schutt, Lehm, Kummer ic., Abfahren desselben aus Braunschweig.

\*) §. Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben.

### Lehmentirer=Arbeit.

Auf dem Lande und in den Landstädten ist den Maurern, außer der Maurer= auch alle übrige vorkommende Lehmentirer=Arbeit, den Lehmentirern hingegen keine Maurer=, sondern nur bloß die Lehmentirer=Arbeit gestattet. Landesf. Verordn. v. 28. Septbr. 1752.

### Lehmsteine.

S. Barn=, Lehm= und Ziegelsteine.

### Lehn.

S. außer den folgenden Rubriken auch: Gesamtbelehnung — Bürger= und Bauerlehn — Dienste; Verordn. v. 26. April 1770. — Ausstattung der Töchter aus Lehngütern.

### Lehnbriefe.

S. Lehnwaare.

### Lehn=, Erbenzins= und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben.

Obwohl vermöge geschriebener Rechte einem Lehn= und Erbenzinsmanne seine Lehn= und Erbenzins= Güter ohne Consens und Vorbewußt seines Lehn= und Erbenzins= herrn zu verkaufen, zu verpfänden, zu beschweren oder anderer Gestalt, wie es auch sein mag, zu veräußern nicht gebührt, auch die Lehn=leute solches in ihren Lehn=seid mit nehmen müssen, so ist solches doch von vielen wenig in Acht genommen, und damit diese verderbliche Unordnung nicht ferner einreißt, so wird folgendes verordnet:

Wenn ein Lehn= und Erbenzinsmann seine Lehn= und Erbenzins= Güter ohne landesf. Consens und Belieben zu verpfänden, zu verkaufen oder in andere Wege zu beschweren sich vermessenlich unterstehen würde, so soll derselbe sich hierdurch ipso facto ohne einigen vorhergehenden Proceß seines Lehn= und Erbenzins= Gutes verlustig gemacht haben, der Notarius aber, so über diese verbotenen Contracte ein instrumentum zu verfertigen sich muthwillig unterstehen würde, seines Notariat=Umts in hiesigen Landen cum infamia entsetzt werden; wie denn auch insgemein den Meiern die inhabenden Meiergüter hinter den Gutsherren her Andern zu verpfänden, zu verkaufen, oder sonst zu veräußern, oder auch in andere Wege zu beschweren keinesweges gestattet, noch denen, die sich dem zuwider mit ihnen auf fremde Güter einlassen, zu dem Ihrigen verholten, viel weniger die Meier, welche also vergeßentlich gegen ihren Gutsherrn handeln, bei der Meierstatt geschügt, sondern vielmehr nach Befindung der Gebühr nach gestraft werden sollen. Landesf. Verordn. v. 3. April 1593.

Da der vorstehenden Verordnung nicht nachgekommen ist, wie aus den vielen klagbar gemachten Schuldbforderungen sich ergeben hat, und dadurch nicht allein bei vielen adlichen Geschlechtern der schuldige Rosßdienst zurückgeblieben ist, sondern auch etliche Gläubiger die Güter, welche ihnen von den Lehn=leuten zur Ungebühr verpfändet und eingeräumt, als erb und eigen gebraucht und damit gleichsam das landesf. dominium zu intervertiren und zu verändern gemeint haben, so wird, obwohl diese Güter kraft der Verordnung v. 3. April 1593 ipso jure heimgefallen wären, dennoch dieselbe, damit sich so wenig die Lehn=leute als ihre Gläubiger zu beschweren Ursache haben, zunächst nochmals wiederholt und ein terminus peremptorius zur Freimachung aller solcher Güter auf Michaelis 1604 unter Androhung der wirklichen Confiscation derselben festgesetzt, auch dabei verordnet, daß hinfüro die Gerichte niemandem einen Proceß, noch viel weniger die Hülfe in die von dem Landesfürsten zu Lehne rührenden und von den Lehn= und Erbenzins= Leuten obgesetzter Ordnung zuwider alienirten, verpfändeten oder beschwerten Güter und deren jährliche Zinsen, Recht und Gerechtigkeit erkennen, noch viel weniger dieselbe erequiren sollen, es sei denn Sache, daß die Impetranten oder Supplicanten zugleich landesf. Consens der Gebühr nach beibringen und

originaliter vorlegen. Was auch des Falls von den von dem Landesfürsten ohne Mittel zu Lehn oder Erbenzins rührenden Gütern statuiert und geordnet, das soll auch insgemein von den denselben anhängenden Ackerlehnen und Erbenzins-Gütern verstanden werden. Landesf. Verordn. v. 2. April 1604.

In Berücksichtigung, daß viele der vornehmen Lehn- und Erbenzinsleute in Schulden so weit vertieft sind, daß, wenn ihren Gläubigern gegen sie die Hand nicht geboten und ihnen die Abnutzung der den Schuldnern vom Landesherrn und Andern zu Lehn und Erbenzins gegebenen Güter nicht gestattet werden sollte, alsdann diejenigen, welche unter Treue und Glauben Andern das Ihrige aufgehängt oder sich in Bürgschaft gesteckt haben, um ihre ganze Wohlfahrt kommen und zu nicht geringem Nachtheile des Landes, besonders aber zur Schmälerung des Rosstdienstes in Armuth gerathen würden, so werden vorstehende Constitutionen nochmals confirmirt und dahin declarirt, daß niemand von den fürstl. Lehn- und Erbenzins-Leuten seine von dem Landesfürsten zu Lehn und Erbenzins habenden Güter bei der in vorgemeldeten Constitutionen gesetzten Strafe ohne landesf. Consens und schriftliche Bewilligung verpfänden, oder in einige Wege veräußern soll. Würde aber der Eine oder Andere jemandem mit bekanntlichen Schulden verhaftet sein und dazu seinem Gläubiger nicht etwa aus der Baarschaft oder in andere Wege verholfen werden können, auf solchen Fall soll zwar die Immission dem Gläubiger in die Abnutzung der Lehn- und Erbenzins-Güter des Schuldners erkannt, die Execution aber so wenig auf der Rathsstube, als auf fürstl. Hofgerichte und anderswo in Gerichten ins Werk gestellt werden, es sei denn Sache, daß der Creditor zuvörderst dem fürstl. Canzler und den Räten, (weil die Belehnungen und was denen anhängig vor die fürstl. Regierung und Rathsstube gehörig) eine eigentliche Designation der Stücke, worin die Hülfe ergehen soll, sammt deren Zubehörungen überreicht habe, welche darauf nothwendige Erkundigung, was ein Jedes ertragen kann, und in welchem Stande es befunden wird, bei den Beamten und dem Schuldner, auch seinen Meier- und Erbenzins-Leuten jeder Zeit, wenn es der Sachen Nothdurft erfordern würde, einzunehmen haben, und dann, daß noch darüber von dem Gläubiger dem fürstl. Canzler und Räten ein gehöriger Revers wegen des landesf. Eigenthums, und daß er dazu dem Landesfürsten und desselben Belehnten, nach seiner Befriedigung, oder sobald der Schuldner ohne männliche Erben mit Tode abgehen, und die Güter dadurch oder sonst in andere Wege dem Landesfürsten hinwiederum heimkommen würden, antworten, wie denn auch den Rosstdienst und Schatzung auf Maße, wie fürstl. Canzler und Räte sich mit ihm nach Gelegenheit darüber vergleichen werden, jedes Mal abstaten, dann auch dem Landesherrn und dem Schuldner jährlich von den Einnahmen richtige vollständige Rechnung thun wolle und solle, herausgeben. \*) Canzler und Räte sollen diesem Allen bei Vermeidung höchster Unnade und Strafe genau nachkommen, auch die Reverse der Creditoren durch den fürstl. Lehn-Secretair alle Mal an einen besondern sichern Ort registriren, und daraus, um mehrerer Nachrichtung willen, glaubhafte Copien in ein besonderes Buch schreiben lassen. Landesf. Verordn. v. 29. Mai 1612.

Die Constitutionen v. 1593 und 1604 sind durch die landesf. Verordn. v. 22. Octbr. 1629 nochmals erneuert.

Niemand soll Lehn-, Erbenzins-, Meier- oder andere fremde Güter ohne Bewilligung der Lehn-, Erbenzins- oder Gutsherren verpfänden, vertauschen, verkaufen, anderen hinwiederum vermiehen, einthun, oder sonst veräußern, niemand soll auch selbige Güter also an sich nehmen, bei Strafe von 20 Fl. und Verlust seines darauf verwendeten Geldes oder Gutes. Der Notarius, Pastor, Dpferrmann oder sonst jemand anders aber, welche darüber einige Verbriefung aufrichten, oder, wenngleich nicht sie, sondern andere solches gethan, sie es aber erfahren, und nicht alsobald anzeigen, sollen ernstlich gestraft und resp. ihrer Dienste dazu entsezt werden. Allg. Landes-Ordn. Art. 30.

\*) S. auch: Execution; Canzl. Ordn. Art. 82 und 83.

Die Ober- und Beamten sollen keinem Unterthanen verstaten, Acker und Wiesen zu verkaufen, zu verpfänden oder in dotem mitzugeben, es sei denn mit des Amts und der Gutsherrn Consens. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 92.

S. auch: Lehngüter — Erbenzins-Güter — Abfindungen — Pertinenzen der Bauergüter.

cf. Verordn. v. 2. Januar 1818, die Anwendbarkeit der Westphälischen Gesetze auf bürgerliche Rechtsverhältnisse betr., §. 14. — Gesetz v. 28. März 1837, die Aufhebung der Feudal-Rechte und die Errichtung von Familien-Stammgütern betr.

### Lehngelder, Classification derselben im Concurse.

S. Meierzins.

### Lehngüter.

Da einige Vasallen ihre Professionen der vom Landesfürsten zu Lehn tragenden Güter und Pertinenzen bei den Belehnungen nicht nur sehr unvollkommen und dunkel angegeben, sondern auch wohl gar ohne landesf. Consens etwas von ihren Lehngütern an Andere wieder zu verasterlehen, und die Asterlehnsleute, wenn die Hauptlehne eröffnet werden und zurückfallen, sich auf solche Subinfeudationen gründen und daraus ein jus quaesitum zu erzwingen suchen, gleichwohl aber den Lehnrechten nach jeder Vasall zur Erhaltung der ihm verliehenen Stücke verbunden, deren bekenniger Lehnmann zu sein und die Rechte des Lehnsherrn auf keine Weise zu schmälern schuldig ist, auch, wenn man gleich den Rechten zuwider den Vasallen die unumschränkte Macht, die nur ihm ertheilt und dem ersten Ursprunge nach mit Leistung seiner Dienste behafteten Lehne Andern einzugeben einräumen wollte, dennoch mit dem jure dantis das jus accipientis aufhört, und solchemnach, wenn die Hauptlehne eröffnet sind, auch die Asterlehne zurückfallen, es wäre denn, daß bei der Asterbelehnung des Oberlehnsherrn ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung vorhanden wäre, ohne welche der Vasall mit dem Lehne keine dem Oberlehnsherrn schädliche Veränderung machen oder darüber per subinfeudationem oder auf andere Weise willkürlich disponiren kann, so wird folgendes verordnet:

Alle und jede Vasallen sollen die Professionen ihrer von dem Landesfürsten zu Lehn tragenden Güter und Pertinenzen hinlänglich und deutlich einrichten, auch die bis daher eingegebenen, wenn die fürstl. Lehn-Cammer solches begehren würde, gehörig ergänzen, und in dem einen oder andern Falle auf ihre Lehnspflicht und bei Verlust des Lehns-Beneficiums, insonderheit der verschwiegenen oder verdunkelten Lehnstücke mit der Wahrheit rein herausgehen; imgleichen sollen alle Asterbelehnungen, über welche des Oberlehnsherrn ausdrückliche oder stillschweigende Einwilligung nicht beigebracht werden kann, für ungültig gehalten und nicht agnoscirt, die stillschweigende Einwilligung aber zu Vermeidung aller Weitläufigkeit und zum Ueberfluß darin gesetzt werden, wenn die Vasallen die Subinfeudationen den Lehns-Professionen von langen Zeiten her inserirt haben. Den Vasallen ist hierbei ausdrücklich befohlen, bei obgedachter Strafe bei Angebung der Lehnstücke dem Obigen nachzukommen, und ihnen bei gleichmäßiger Strafe des Verfalls des Lehns, oder wenigstens der verasterlehten Stücke untersagt, ohne landesfürstl. ausdrückliche Bewilligung von nun an von den von dem Landesfürsten relevirenden Lehnen etwas zu verasterlehen. Und damit allen künftigen Irrungen wegen der bisher geschehenen Asterbelehnungen vorgebeugt werden möge, so ist nicht nur den Vasallen, sondern auch allen und jeden, welche von den von dem Landesfürsten und desselben Fürstenthume relevirenden Lehnen etwas zu Asterlehn erhalten und in Besitz haben, befohlen, daß sie resp. ihre asterlehnsherrliche Befugniß und ihr vermeintes Asterlehnrecht bei der fürstl. Lehn-Cammer binnen drei Jahren, a dato dieser Verordnung an zu rechnen, gehörig angeben und dociren sollen, mit der Commination, daß diejenigen, so binnen solcher Zeit sich nicht angefunden, resp. der Lehne privirt und mit ihrem Asterlehnrecht nicht ferner gehört, sondern damit gänzlich präcludirt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 6. Septbr. 1745. (Br. Anz. v. 1745. Nro. 88.)



S. auch: Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben — Ausstattung der Töchter aus Lehnsgütern — Braunschw. Anzeigen; Verordn. v. 19. Decbr. 1755.

cf. Gesetz v. 28. März 1837, die Aufhebung der Feudal-Rechte und die Errichtung von Familien-Stammgütern betr.

### Lehnsleute.

S. Vasallen.

### Lehn=Muthscheine.

S. Lehnwaare.

### Lehnsauflünfte, Theilung derselben vom Sterbejahre.

Da wahrgenommen worden, daß öfters darüber Zweifel vorgefallen sind, wie es mit der Theilung der Lehnsauflünfte von dem Sterbejahre zwischen den Lehns- und Land-Erben zu halten sei, zumal von Einigen nicht unbillig dafür gehalten wird, daß der Text 2 feud. 28 weder der Sache ein genügendes Ziel und Maß setze, noch auf hiesige Landesverfassung sich wohl appliciren lasse, so wird, um solchem Zweifel abzuheffen, folgendes verordnet:

Was die fructus naturales und industriales betrifft, sollen die Auflünfte des ganzen Jahrs von Michaelis bis wieder zu Michaelis gerechnet, und dieselben also vertheilt werden, daß, wenn der Vasall binnen den 6 Monaten nach dem 1. April und vor dem 1. Octbr. verstorben, dessen Land-Erben die völligen Lehns-Auflünfte von dem mit Michaelis zu Ende gehenden Jahre zu genießen haben sollen; dahingegen, wenn der Vasall nach dem 1. Octbr. und vor dem 1. April verstorben, dessen Land-Erben von wegen und anstatt der auf die Bestellung verwendeten Kosten, als deren Ersetzung hierdurch mit einbegriffen ist, und wofür etwas insbesondere nicht gefordert werden mag, nur ein den von ihrem Erblasser erlebten Monaten proportionirliches Quantum, als nämlich, wenn er zwischen dem 1. Octbr. und 1. Novbr. verstorben, die Halbschied, wenn er zwischen dem 1. Novbr. und 1. Decbr. verstorben, sieben Zwölftheile, wenn er zwischen dem 1. Decbr. und 1. Januar verstorben, acht Zwölftheile, und so ferner den nach solchem computo sich ergebenden Betrag im folgenden Monate bis den 1. April prätendiren mögen, das Uebrige aber den Lehns-Erben, oder auch bei Eröffnung der Lehne dem Lehnsherrn verbleibe. So viel aber die fructus civiles betrifft, worunter auch die Meier- und andere Zinsen, Zehnten, stehende und unständige Gefälle und Einkünfte gehören, sollen dieselben jedes Mal pro rata temporis et habito respectu ad diem mortis nach den Monaten des vorgedachtermaßen von Michaelis zu Michaelis zu rechnenden Jahrs gleich durchgängig getheilt werden, jedoch der Gestalt, daß, wenn gleich Zehntkorn, Meierzinsen und dergleichen Einkünfte erst nach Michaelis fällig werden, selbige dennoch, da sie wegen der vorherigen Erndte abgetragen werden, unter die Auflünfte des vorherigen bis Michaelis gerechneten Jahrs mit zu zählen sind. Nach dieser Verordnung soll sowohl bei den höheren Collegien als allen andern Gerichten hiesiger Lande gesprochen werden. Landesh. Verordn. v. 27. Novbr. 1749. (Br. Anz. v. 1749. Nro. 102.)

### Lehnenschaftskure.

Mit Lehnenschaftskuren soll nach Maßgabe der im Novbr. 1691 ergangenen Verordnung so wenig im Kaufen und Verkaufen, als auch im Tauschen und andern Verkehren, wie sie Namen haben oder erdacht werden mögen, ein Handel getrieben, sondern selbiger ganz unkräftig sein und gehalten, auch darauf im Berg-Amte weder erkannt noch gesprochen werden, und soll überdas derjenige, der mit solchen Lehnenschaftskuren Handel und Wandel zu treiben sich untersteht, dieser Kure sogleich verlustig erkannt

werden, und sollen sothane Ruze den andern daselbst bauenden Gewerken heimfallen. Verordn. des Communion-Berg-Amts zu Zellerfeld v. 17. April 1723.

S. auch: Ruzhandel.

### Lehns-Consensgelder.

Diejenigen, welche Lehns-Consense erhalten, sollen von jedem Tausend jährlich 4 Ggr. geben, welche von der Lehns-Canzlei an die jedesmaligen Directoren der Armen-Anstalten eingeschickt werden sollen. Landesf. Rescript v. 10. Novbr. 1745.

Diese an die Armen-Anstalten zu zahlende Abgabe soll außer der an die Lehns-Canzlei zu entrichtenden Gebühr zu 1 Thlr. von jedem Hundert entrichtet werden. Landesf. Rescript v. 20. Novbr. 1745.

Das ganze Quantum der an die Armen-Anstalten zu entrichtenden Abgabe soll, so viel dasselbe auf die Jahre, auf welche der Consens ertheilt worden, beträgt, bei Ausfertigung desselben von dem Imperantanten jedes Mal auf einmal entrichtet und eingefordert werden, damit es des Falls nicht alle Jahre einer neuen Erinnerung bedürfe. Landesfürstl. Rescript an fürstl. Lehns-Canzlei zu Wolfenbüttel vom 8. Decbr. 1745.

Wie der Landesfürst es an Ertheilung lehnherrlicher Consense bei Verpfändung der Lehnsgüter auf gewisse Summen und Jahre bei vorgekommenen Fällen bisher nicht hat ermangeln lassen, so wird auch den adlichen und andern Lehnsleuten damit fernerhin, jedoch auf Masse und gestalten Sachen nach ohne des Landesfürsten Nachtheil, gern gewillfahrt werden, und es sollen die Vasallen in Entrichtung der Consensgelder über die Gebühr und altes Herkommen nicht beschwert werden. Privilegien der Landschaft v. 9. April 1770. Art. 31.

S. auch: Lehnwaare.

cf. Landesf. Rescr. v. 13. Febr. 1816. (Bege III. p. 246.) — Gesetz v. 28. März 1837, die Aufhebung der Feudalrechte ic. betr., §. 11.

### Lehns-Interessenten, Einwilligung derselben in die Beschwerden des Lehns.

Von der bisherigen Observanz, vermöge welcher die Miteinwilligung der Lehns-Mitinteressenten ohne gerichtliche Certification der Unterschriften angenommen worden, soll in Zukunft abgegangen und erst nach Attestirung der Unterschriften der lehnherrliche Consens ertheilt werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 5. Febr. 1781.

### Lehns-Muthungen.

S. Lehnwaare.

### Lehnsfachen.

Nach der Aufhebung aller privilegirten Gerichtsbarkeit giebt es auch keine besondere Lehns-Gerichtsbarkeit \*) mehr; die mit der Besorgung der Lehns- und Gränzsachen beauftragte Lehns- und Gränz-Commission zu Wolfenbüttel hat keine Jurisdiction. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 4, und Verordn. v. 13. Decbr. 1816, die Lehns- und Gränz-Commission betr.

Lehns-

\*) Als das Lehnsgerecht (Lehnshof — Mannengericht) in seiner frühesten Gestalt, worin dasselbe durch Lehnsgeossen unter Vorsitz des Lehnsherrn, zuweilen auch mit Zuziehung von Gelehrten und fürstl. Räten gebildet wurde, auch in den hiesigen Landen verschwand, so entstand dafür eine regelmäßig bestellte Lehns-Canzlei für die Lehne, bei denen der Landesherr unmittelbarer Lehnsherr war, und diese wurde mit der Justiz-Canzlei verbunden, welche deshalb in causis feudalibus mit Ausschließung des Hofgerichts erkannte.

## Lehns-Succeſſion.

Die Kinder ſollen ihrer Eltern Erbschaft zu dem Ende, um ſich dadurch der Schulden zu entbrechen, nicht repudiiren und die altväterlichen Lehne allein behalten können, ſondern ein jedwedes Kind, welches ſeinem Vater in den Lehnen, ſie rühren her, wo ſie wollen, ſuccediren will, ſoll ſolche Lehne und Erbe ſammt den darauf haftenden Schulden entweder zugleich annehmen oder ſich derſelben gänzlich enthalten. \*) Wolfenbütt. Landtags-Abſch. v. 27. Januar 1619. Art. 8.

In allen, ſonderlich adlichen Lehnen können nur diejenigen Kinder ſuccediren, ſo ex legitimo matrimonio geboren ſind. Legitimati per ſubſequens matrimonium vel quovis alio modo ſind von der Lehnsſucceſſion ausgeſchloſſen. Geſammter Landſchaft Privilegien und Befugniſſe v. 9. April 1770. Art. 32.

S. auch: Ehebruch 1c. — Execution.

## Lehnwaare.

Bei denen, ſo ſonderliche Bedinge, wie auch bei denen, welche die nächſten drei Fälle gleichförmige Lehnwaare gegeben und angenommen haben, ſoll es dabei ſowohl zu Hofe, als bei denen von Adel im Fürſtenthume, wie denn auch, ſo viel die Lehnwaare bei Hofe belangt, außerhalb jezt gemeldeter beider Fälle bei der vom Herzoge Heinrich dem Jüngern gemachten, und ſeit her inſgemein gebrauchten Lehnſtare verbleiben, den Aſterlehnsleuten aber, ſo denen von Adel Lehnwaare zu entrichten ſchuldig, außerhalb oberwähnter beider Fälle, es bei der nachfolgenden Tare billig gelaffen werden; nämlich von einer Huſe Landes, wenn es guter Acker iſt, 5 Thlr., wenn es aber nicht gar gut iſt, 3 oder 4 Thlr., von einem Zehnten der dritte Theil eines Jahrs Aufkunft, von einer Mark Geldes ein Ortsthaler, von einem Braunschweigſchen im Lehnbriefe verſchriebenen Scheffel Kornſ ein halber Thaler; von einem Rothhofe, da nichts bei iſt, ein halber Thaler, da aber etwas bei iſt, nach Vielheit deſſelben, 3 Ortsthaler, 1 Thaler, 5 Ortsthaler oder anderthalb Thaler. Von den Gütern, die einer im Lehnbriefe, aber nicht ſelbſt, noch durch Aſterlehnsleute im Beſiße hat, gebührt ſich weder bei Hofe, noch denen von Adel einige Lehnwaare zu nehmen. Salzſahl. Landtags-Abſch. v. 3. Juni 1597. Art. 29.

Wofern ſich jemand nicht anders mit den Interessenten verglichen hat oder noch vergleichen würde, ſoll es bei der Tare, worin die Lehnwaare bei Herzog Erichs des Jüngern Regierung geweſen, auch künftig billig gelaffen werden, und ein Jeder der Güter halber, welche er nicht ſelbſt, noch durch ſeine Aſterlehnsleute, durch die Wittwe eines Abgeſtorbenen oder auf andere ſolche Art, ſondern ohne ſein Verurſachen ein Anderer im Beſiße hat, mit nichts belegt, dazu, wenn zwei Fälle in einem Jahre geſchehen und auf den erſten, ehe der andere kömmt, noch keine Belehnung erfolgt iſt, der Lehnsträger mit doppelter Lehnwaare verſchont werden. Landtags-Abſch. zu Gandersheim v. 10. Octbr. 1601. Art. 43. \*\*)

Da viele Unterthanen, welche Aſterlehne von Einigen von Adel haben, ſich vielfältig darüber beſchweren, daß ihnen die Lehnwaare nach und nach geſteigert und auf die Lehnbriefe ein Mehreres geſetzt werde, als ſie wirklich ausgegeben hätten, dieſelben ſich auch ſonſt noch über die eine oder andere bei ſolchen Aſterbelehnungen vorkommende Unordnung beklagen, ſolchem Unweſen aber abgeholfen werden muß, ſo wird verordnet, daß, ſo viel die Entrichtung der Lehnwaare betrifft, es bei dem, was in dem Landtags-Abſchiede de anno 1597 §. 29 des Falls verordnet, lediglich gelaffen und die darin geſetzte Tare niemals

\*) Daſſelbe iſt mit einigen näheren Beſtimmungen in der Canzlei-Ordnung Art. 82 und in der Hofgerichts-Ordnung Tit. LXXV. wiederholt; ſ. Execution.

\*\*) Da die Wolfenbüttelſche Lehnſammer dieſe Beſtimmung nicht anerkennen wollte, weil der Landtags-Abſch. für den Wolfenbüttelſchen Landestheil nicht verbindlich ſei, ſo gerieth ſie darüber in Streit mit den Ständen, der endlich durch den Landtags-Abſch. v. 9. April 1770. Art. 42 zu Gunſten der Baſallen entſchieden wurde.

überschritten, noch ein Mehreres, als was wirklich des Falls entrichtet, auf den Lehnbriefen angezeichnet werden soll. Dergleichen Lehnbriefe sollen daneben wie vor Alters auf Pergament und nicht auf schlechtes Papier ausgefertigt, solche auch nicht gegen die alten geändert, oder darin einige Lehnstücke, oder die rechten Namen der Asterlehnsleute ausgelassen, und die alten Lehnbriefe, wenn sie bona fide producirt worden, wiederum zurückgegeben werden. Die Muthscheine sollen auch nicht auf schlechte Zettel, sondern auf ganze Bogen, welche sowohl als die Lehnbriefe mit dem in hiesigen Landen eingeführten Stempel bedruckt, geschrieben, bei vorkommenden Fällen die Consensgelder auch nicht über die Gebühr, und höchstens über 1 Thlr. auf 100 erhöht, noch die Lehnsträger, wenn sie bei dem Lehnsherrn sich darüber geziemend beklagen, von diesem mit Ungestüm abgewiesen werden. Hiernach sollen sich alle und jede, sowohl Einheimische als Ausländische, so in hiesigen Landen Asterlehnsleute haben, achten, und zwar bei Verlust ihrer Lehnsherrlichkeit, oder ihres dominii directi. Landesf. Verordn. v. 20. Januar 1729.

So viel die bisher bei den binnen dem zur Muthung gesetzten Jahre in manu dominante oder serviente oder in beiden zugleich sich ergebenden doppelten oder mehreren Lehnfällen für jeden Fall bezahlte Lehnwaare betrifft, so erklärt der Landesfürst auf Ansuchen der Stände, daß, wenn zwei oder mehrere Lehnfälle (es sei in manu dominante oder serviente) in einem Jahre geschehen, und auf den ersteren, ehe der andere kommt, noch keine Belehnung erfolgt ist, der Vasall nur zu Entrichtung der einfachen Lehnwaare von einem Falle verbunden sein soll. Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 42.

Von den Lehngütern wird es in Ansehung der Lehnwaare, wie solche entweder sonderlich gebingt, oder in den nächstvorhergehenden drei Fällen gleichförmig gegeben und angenommen worden, oder außer solchen beiden Fällen bei der von weiland Herzog Heinrich dem Jüngern gemachten Lehntare gelassen; dahingegen die getreuen Stände sich in ermeldeten beiden Fällen gegen ihre Asterlehns- oder sonstigen Gutsteleute gleicher Weise zu verhalten haben. Wie ferner von den Lehngütern, die jemand zwar im Lehnbriefe, aber ohne sein Verschulden nicht selbst, noch durch Asterlehnsleute im Besitze hat, nichts zu nehmen ist, also haben die Stände gegen ihre im gleichen Falle sich befindenden Asterlehnsleute auch ein Gleiches zu beobachten. Privilegien und Befugnisse der gesammten Landschaft v. 9. April 1770. Art. 29.

Wenn zwei Lehnfälle in einem Jahre geschehen, und auf den ersten, ehe der andere kommt, noch keine Belehnung erfolgt ist, so soll der Lehnsträger mit Entrichtung doppelter Lehnwaare verschont bleiben. Ebendaf. Art. 30.

cf. Gesetz v. 28. März 1837, die Aufhebung der Feudalrechte und die Errichtung von Familien-Stammgütern betr., §. 11.

### Lehrlinge.

Lehrlinge sollen vor geschעהner Confirmation nicht angenommen und ohne vorgängige Production eines von den Predigern gratis auszustellenden Confirmationscheins in die Gilde nicht eingeschrieben werden. Landesf. Rescr. v. 17. Januar 1804.

S. auch: Armenknaben, von den Waisenhäusern und Armen-Anstalten unterhaltene.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §§. 65 sqq.

### Leibzoll der Juden.

S. Juden.

### Leibzüchter.

Es ist zwar den Leibzüchtern, so lange sie auf der Leibzucht wohnen bleiben, gar wohl erlaubt, daß sie die ihnen zur Leibzucht verschriebene Pänderei selbst beackern und ihrer besten Gelegenheit nach benutzen,

gleichwie aber, wenn die Leibzüchter sich von der Leibzucht hinweg und außer Landes begeben, das Publikum darunter mit leidet, wenn das auf Leibzuchts-Länderei wachsende Korn und Stroh von der Feldmark hinweg und außer Landes gefahren wird, außerdem auch, da die von den Leibzüchtern zu entrichtenden onera publica den Kindern oder den Possessoren der Höfe, woraus die Leibzucht verschrieben, zur Last bleiben, billig ist, daß dahingegen die Kinder oder Possessoren der Höfe von der Leibzuchts-Länderei einigen Genuß mit haben, so wird verordnet, daß künftig den Leibzüchtern, wenn dieselben ihre Wohnung verändern und außer Landes ziehen wollen, nicht vergönnt sein soll, ihre Leibzuchts-Länderei selber abzuernsten, das darauf wachsende Korn und Stroh außer Landes zu fahren, oder die Länderei an auswärtige Unterthanen zu verpachten, sondern es sollen die Leibzüchter schuldig sein, die ihnen verschriebene Leibzuchts-Länderei ihren Kindern oder den Possessoren der Höfe zu überlassen, diese aber dagegen angehalten werden, ein nach jeder Landesart zu determinirendes billiges Pachtgeld den Leibzüchtern davon zu entrichten, wie denn auch, wenn die Leibzüchter zwar auf der Leibzucht wohnen bleiben, die Leibzuchts-Länderei aber verpachten wollen, die Possessoren der Höfe die Erstigkeit an solchem Lande haben sollen, und ihnen dasselbe für dasjenige Pachtgeld, so Andere davon geben wollen, überlassen werden soll. Landesf. Verordn. v. 23. Septbr. 1737. (Br. Anz. v. 1746. Nro. 99.)

Die allgemeine Landesgewohnheit ist darin übereinstimmend, daß sowohl die Altvater- und Altmutter-Theile, als die für unverheirathete Kinder ausgesetzten Abfindungen in den Hof zurückfallen. Circular-Rescript fürstl. Justiz-Canzlei v. 15. Febr. 1753. (Gesenius Meierrecht Bd. I. Beil. XXI.)

S. auch: Bauerhöfe — Höfe, Abtretung derselben — Beamte u., Instruction für dieselben. §. 12. cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 14. Novbr. 1821. (Bege I. p. 171.) — Desgl. v. 27. April 1825. (Bege I. p. 175.) — Ablösungs-Ordn. v. 20. Decbr. 1834. §. 110.

### Leichen.

S. Beerdigung — Särge auf dem Lande.

### Leichen, Ausstellung derselben in Braunschweig.

Auf landesf. Befehl wird der Mißbrauch, daß verschiedene Einwohner ihre verstorbenen Angehörigen, insonderheit Kinder, mit einer ungereimten Verschwendung und Pracht einkleiden, und sodann die Leichen in offenen Särgen zur Schau ausstellen, sollten auch die Abgeschiedenen an den Blattern oder andern ansteckenden Krankheiten verstorben sein, auf das Nachdrücklichste untersagt und kund gemacht, daß wider diejenigen, so dieser höchsten Verordnung entgegen handeln, mit aller Strenge, und dem Befinden nach mit schwerer Strafe verfahren werden soll. Verordn. des Magistrats zu Braunschw. v. 10. April 1766. (Br. Anz. v. 1766. Nro. 30.)

Das unterm 10. April 1766 ergangene Verbot ist wörtlich wiederholt und die Strafe der Uebertretung desselben auf 10 Thlr. festgesetzt. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 29. Septbr. 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 79.)

cf. Bekanntmach. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 1. Novbr. 1819. (Br. Anz. v. 1819. Nro. 86.)

### Leichenkronen.

Alle Kronen und Kränze, die in den Kirchen an den Altären, Kanzeln oder sonst sowohl auf dem Lande als in den kleinen Städten aufgehängt, und womit die Leichen der zur Erde zu bestattenden Kinder, auch erwachsenen jungen Leute ausgeziert zu werden pflegen, sollen abgenommen und künftig in den Kirchen nicht aufgehängt, sondern, wenn der Eine oder Andere bei der Leichenbestattung seines Todten

ferner dergleichen haben wollte, solche mit in das Grab verscharrt werden. Consistorial-Ausschreiben v. 1. Febr. 1725.

cf. Consistorial-Rescript v. 5. April 1834. (S. Nachtrag zu der Uebersicht der Verordnungen, welche in Ansehung der weltlichen Geschäfte der Prediger ergangen sind, p. 5.)

### Leichen-Predigten.

Die Leichen-Predigten sollen so viel thunlich beibehalten werden, jedoch soll niemand seinem Verstorbenen eine Leichen-Predigt halten zu lassen schuldig sein. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. XXIII. §. 6.

In den Dörfern soll es wegen der Leichen-Predigten bei der bisherigen Observanz gelassen, jedoch keinem, der nicht 14 Jahre erreicht hat, eine Predigt gehalten werden. Ebendas. §. 7.

Den Predigern wird ernstlich und bei Verlust ihres Dienstes untersagt, jemanden, der es nicht kundlich verdient hat, in der Leichen-Predigt zu loben. Ebendas. §. 8.

1) In Braunschweig sollen zwar die Leichen-Predigten, insofern sie verlangt und wirklich gehalten werden, ohne Unterschied des Standes mit 10 Thlr. bezahlt werden, \*) wenn sie aber 2) nicht verlangt und gehalten werden, sollen dafür auch künftig keine Gebühren entrichtet werden, ausgenommen, wenn die Leichen in den Kirchen begraben werden, als in welchem Falle ohne Unterschied des Alters, Standes oder Geschlechts alle Mal 6 Thlr. an den jedesmaligen Superintendenten der Stadt Braunschweig an Gebühren entrichtet werden sollen. Landesf. Rescr. an den Magistr. zu Braunschw. v. 11. Septbr. 1784.

Die Gebühren für die Leichenpredigten sind eben sowohl dann, wenn die Leichen in den Kreuzgängen der Kirche, als wenn sie in den Kirchen selbst begraben werden, zu entrichten. Landesf. Rescr. an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 16. April 1787.

Auf gleiche Weise sollen diese Gebühren auch dann bezahlt werden, wenn die Leichen auf dem sogenannten Freihofe bei der Brüdernkirche begraben werden. \*\*) Landesf. Rescr. an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 14. Mai 1787.

### Leichentragen in Braunschweig.

Der römisch-katholischen Gemeinde zu Braunschweig ist gestattet, ihre daselbst verstorbenen Religionsverwandte durch ihre eigenen Glaubensgenossen zur Erde zu bestatten, ohne sich der dasigen Rathsbauernmeister, welche ein Recht daraus machen wollen, die römisch-katholischen Leichen zu tragen, bedienen zu müssen. Landesf. Rescr. v. 25. Juni 1776.

Zu Begräumung aller Mißdeutung, Irrungen und Beschwerden ist das dieserhalb unterm 16. Novbr. 1751 \*\*\*) ergangene landesf. Reglement folgendermaßen declarirt und genauer bestimmt: 1) Allen

\*) Bis dahin mußten für eine Leichenpredigt, wenn sie verlangt war, 10 Thlr., wenn sie nicht verlangt war, 6 Thlr. bezahlt werden. Es durfte indeß nur solchen Personen, welche einen gewissen Rang einnahmen, eine Leichen-Predigt gehalten werden, und das landesf. Regulativ v. 9. Juni 1758 bestimmte, daß die Rectoren der beiden Gymnasien zu Braunschweig die Reihe der Personen, welche sich ihrem Range nach zu Leichen-Predigten qualificirten, beschließen sollten, so daß Personen von geringerem Range auf Leichen-Predigten keinen Anspruch hätten.

\*\*) Uebrigens ist durch einen von dem geistlichen Gerichte an sämtliche Kirchenprovisoren erlassenen Befehl v. 13. Juni 1787 verordnet, daß das Verbot, außer in bezahlten Erbbegräbnissen und ohne landesf. specielle Dispensation Leichen in den Kirchen, auf den Stadt-Kirchhöfen, in den Kreuzgängen und auf den Freihöfen bei der Brüdernkirche zu begraben, genau beobachtet werden solle. S. auch: Beerdigung in den Kirchen.

\*\*\*) Dieses ältere Reglement enthält nichts mehr als das obige neuere, welches außerdem noch manches näher bestimmt; nur wurde in jenem zugleich noch verordnet, daß den Schulcollegen nicht gestattet sei, außer den bezeichneten auch

in der Stadt Braunschweig sich aufhaltenden Adligen, desgleichen den fürstl. Råthen und allen Hof-, Civil- und Militairbedienten, oder mit einem Character versehenen Personen, nicht weniger den Stiftspersonen, Decanen, Canonicis, Praebendariis minoribus und Vicarien, auch Bedienten der Stifter St. Blasii und St. Cyriaci hieselbst, sie mögen in der Burg oder in der Stadt wohnen, wie auch den Professoren und Hofmeistern des fürstl. Collegii Carolini, so wie der auf demselben studirenden Jugend und deren Privathofmeistern, auch deren resp. Ehefrauen, oder Wittwen und Kindern bleibt in ihre freie Wahl und eigene Willkühr gestellt, durch wen sie ihre Leichen zur Erde bestatten lassen wollen, ohne daß so wenig die Dpferleute als Bauermeister sich dazu einiges Recht anzumaßen haben. Gleicher Gestalt tragen 2) die Gilden und Aemter die Leichen ihrer Gildegenossen, auch deren Ehefrauen oder Wittwen und Kinder zu ihrer Grabstätte, welches gleichfalls 3) die hiesigen Livreebedienten, wenn unter ihnen, auch von ihren Ehefrauen und Kindern Leichen vorkommen, vermöge der ihnen bei Errichtung ihrer Todtencassen-Gesellschaft ertheilten Concession verrichten. 4) Von den Schulcollegen \*) und Dpferleuten werden alle zur Geistlichkeit gehörige Personen, Schulbediente, Candidati theologiae und deren resp. Ehefrauen, Wittwen und Kinder privative und 5) von den Bauermeistern alle Uebrigen aus der Bürgerschaft, so unter den Vorbenannten nicht begriffen, desgleichen auswärtige, hieselbst wohnende, des hiesigen Stadtmagistrats Gerichtsbarkeit unterworfenen Personen privative zur Erde bestattet. Landesfürstl. Reglement v. 17. März 1777. (Br. Anz. v. 1777. Nro. 45.)

Da durch das höchste Rescr. v. 16. Novbr. 1751 und so viel die des Magistrats Jurisdiction unterworfenen Personen betrifft, der Streit wegen des Leichentragens zwischen den Schulcollegen und Dpferleuten einer und den Bauermeistern anderer Seits entschieden, nicht aber ein privilegium exclusivum den letzteren wegen des Adels, der fürstl. hohen und niederen Bedienten, oder anderer des Magistrats Jurisdiction nicht unterworfenen Personen gegeben worden, sondern diesen die freie Willkühr und Wahl, durch wen sie ihre Leichen zur Erde bestatten lassen wollen, ohne daß weder die Dpferleute noch die Bauermeister sich dazu einiges Recht anzumaßen haben, billig überlassen werden muß; so mag deswegen auch keine Observanz allegirt werden, indem, wenn das eine oder andere Mal den Bauermeistern beifällige Rescripte ergangen sind, solches nur in Ansehung der Dpferleute, die weniger Recht als diese haben, geschehen ist. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 22. Mai 1777.

Wegen des den bei den fürstl. collegiis, corporibus und Departements stehenden Pedellen gestatteten Leichentragens ist auf landesf. Befehl folgendes declarirt: 1) daß die sämmtlichen (besonders benannten) zu fürstl. collegiis, corporibus und deren Departements gehörigen Pedellen zu der Tragegesellschaft gerechnet werden, auch so wie sie aufgeführt, auf einander folgen, und die in der Verstorbenen Stelle Tretenden alle Mal, sie gehören zu welchem fürstl. collegio, corpori oder Departement sie wollen, den letzten Platz einnehmen; 2) daß, obwohl in Ansehung des Leichentragens es bei dem landesf. Reglement v. 17. März 1777 sein unverändertes Bewenden hat, dennoch aber, wenn jemand, dem es nach solchem frei steht, seine Leiche, durch wen er will zur Erde bestatten zu lassen, dazu die Classe der obbenannten Pedellen ganz oder zum Theil erwählt, selbige sodann nach der Reihe dazu genommen, und zu dem Ende dem jedes Mal sub Nro. 1 benannten Pedell die Anzahl der Träger, welche aus ihren Mitteln verlangt werden, angezeigt werden, und 3) dieser sodann der Reihe nach die verlangte Anzahl bestellen und keinen bei Vermeidung, daß er ihm den dadurch zugezogenen Schaden ex propriis ersetzen muß, übergehen, auch

---

andere Leichen zu tragen. Das ältere Reglement wurde seinem wesentlichsten Inhalte nach durch das Avertissement des Magistrats v. 20. Decbr. 1773 (Br. Anz. v. 1774. Nro. 1.) in Erinnerung gebracht.

\*) Nach einem zwischen den Schulcollegen und Dpferleuten getroffenen, durch das an das geistliche Gericht ergangene landesf. Rescript v. 5. Mai 1783 genehmigten Vergleiche sind die Schulcollegen vom Leichentragen gänzlich befreiet und ist solches den Dpferleuten allein überlassen.

darüber ein ordentliches Register halten und bei dem nächstkünftigen Falle mit denjenigen Pedellen, welche bei dem letzteren übergangen, jedes Mal den Anfang machen soll. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 13. April 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 34.)

Wenn in dem wegen des Leichentragens in Braunschweig unterm 17. März 1777 publicirten Reglement §. 2 den Gilden und Aemtern es nachgelassen worden, die Leichen ihrer Gildengenossen zu ihrer Grabstätte zu tragen, so sind unter dem Ausdrücke: »Gildengenossen« die Lehrlinge, da das Einschreiben in die Gilde sie in sensu generali schon zu Gildengenossen macht, allerdings mit begriffen, und mögen also die Bauermeister auf deren Beerdigung, die Lehrlinge seien von der Kaufmanns-Innung oder anderen Gilden, nicht anders Anspruch machen, als wenn die Lehrherren, Meister oder Anverwandten des Verstorbenen es nicht gerathen finden, sich dieser Freiheit zu bedienen. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 5. Decbr. 1794.

§. 1. Alle in Braunschweig sich Aufhaltende, daselbst Wohnhafte oder nicht Wohnhafte, Einheimische oder Fremde von Adel ohne Unterschied, desgleichen die herzogl. Rätthe und sämtliche herzogl. Hof-, Civil- und Militairbediente, oder mit einem von dem Landesfürsten ertheilten Character versehene Personen, (worunter aber die nach Hofe arbeitenden Handwerker oder Künstler, als welche von ihren Gildengenossen, oder, Falls sie dieses nicht für gut finden, als Bürger von den Bauermeistern zu Grabe getragen werden, nicht zu rechnen sind,) imgleichen die Stiftsprovvisoren, Decane, Canonici, Praebendarii minores und Vicarien, auch die Bedienten beider Stifter St. Blasii und St. Cyriaci, sie mögen in der Burg oder außerhalb derselben im Stadtbezirke wohnen, wie auch die Professoren und sonstigen Lehrer des Collegii Carolini, sowie die auf demselben Studirenden, (ausgenommen diejenigen, welche aus der Stadt gebürtig, bei ihren Eltern oder Verwandten wohnen und das Collegium frequentiren, insofern deren Eltern nicht schon zu vorbenannten Classen gehören,) sammt deren Privathofmeistern, auch die Ehefrauen und Kinder dieser Classe sollen freie Macht und Willkühr haben, durch wen sie ihre Leichen zur Erde bestatten lassen wollen, ohne daß weder die Dpferleute, noch die Bauermeister, noch die Pedellen, denen die Vereinigung in eine Tragegesellschaft und die Beerdigung solcher Leichen, wozu willkührlich Träger genommen werden können, vorlängst gestattet worden, sich dazu gegen einander ein vorzügliches Recht anmaßen dürfen, der Gestalt, daß auch, mit Uebergang aller dieser Gesellschaften, jeder, der auch zu gar keiner, oder zu einer andern Tragegesellschaft gehört, ganz nach Willkühr zu dergleichen Beerdigungen gewählt werden kann, nur mit der einzigen Ausnahme, daß, wenn jemand die Pedellen ganz oder zum Theil zum Tragen wählen sollte, solche, sowie die Reihe unter selbigen nach der ihnen hierüber besonders gegebenen Vorschrift eingeführt ist, genommen werden müssen, und keine Auswahl einzelner Mitglieder hiervon außer der Reihe Statt finden soll. Wenn jemand vor seinem Ableben nicht schon selbst die Träger gewählt haben sollte, so soll dieses Recht, wie sich schon von selbst versteht, den Erben zustehen.

§. 2. Die Gilden und Aemter beerdigen die Leichen ihrer Gildengenossen, auch deren Ehefrauen und Kinder, sowie solches hergebracht und bisher gestattet ist, und sollen auch die Lehrlinge, sobald solche eingeschrieben sind, in diesem Betrachte mit zu den Gilden gerechnet werden, der Gestalt, daß die Bauermeister nur dann, wenn die Lehrherren, Meister oder Angehörigen des Verstorbenen es nicht gerathen finden, sich dieser Freiheit zu bedienen, auf die Beerdigung den Umständen nach Anspruch machen können.

§. 3. Die Grabfolge-Brüderschaften, die Livreebedienten, welche Mitglieder der ihnen gestatteten Todtencassen sind, die dienenden Knechte, nach Maßgabe ihrer Todtencassen-Ordnung, auch die Auflader, Eigenbrüder und Pachthaus-Unterbedienten, sowie die Münz-Arbeiter, in Bezug auf die ihnen zu Theil gewordene Bewilligung, auch die Dpferleute, Bauermeister und Pedellen, und diejenigen, denen noch in Zukunft bei Errichtung einer Todtencasse eine Beerdigungs-Gesellschaft zu formiren gestattet wird, sind



befugt, sich selbst unter einander, auch die vorfallenden Leichen ihrer Ehefrauen und Kinder unter sich zur Erde zu bestatten.

§. 4. Privative von den Dpferleuten sollen beerdigt werden alle, sowohl inländische als auswärtige, in Braunschweig wohnhaft gewesene, oder bei ihrem zufälligen Aufenthalte daselbst verstorbene Geistliche, Candidati theologiae und Schulbediente geistlichen Standes, auch deren Frauen, Wittwen und Kinder, (letztere mögen sich daselbst wegen des Schul-Unterrichts oder aus andern Rücksichten aufhalten) jedoch nur so lange, als sie das *forum privilegiatum* ihres Vaters behalten, und nach dessen Tode bei der Mutter wohnen und von selbiger ihren Unterhalt genießen.

Sollten jedoch dergleichen Kinder auswärtiger Geistlichen auf dem Collegio Carolino studiren und versterben, so steht selbigen, wie ad §. 1 bemerkt ist, die willkührliche Wahl der Träger zu, sowie selbige, wenn sie zu den Gilden und Aemtern gehören, nach der ad §. 2 geschehenen Bestimmung von diesen oder den Bauermeistern beerdigt werden.

§. 5. Da der römisch-katholischen Gemeinde bereits unterm 25. Juni 1776 gestattet ist, ihre verstorbenen Religionsverwandten durch ihre eigenen Glaubensgenossen zur Erde bestatten zu lassen, so hat es dabei ferner sein Bewenden; wie es denn auch mit der Beerdigung der zur Judenschaft gehörigen Personen, imgleichen mit der Beerdigung der Soldaten, Pensionäre, deren Frauen, Wittwen und Kinder, und aller dem *foro militari* Unterworfenen, bei der bisherigen Verfassung bleiben soll.

§. 6. Von den Bauermeistern privative werden zur Erde bestattet alle Uebrigen aus der Bürgerschaft, welche unter vorbenannte Classen nicht begriffen, als z. B. alle auswärtige in Braunschweig versterbende Räte, auswärtige Hof-, Civil- und Militairbediente, oder mit einem auswärtig erhaltenen Character Versehene, desgleichen Doctoren, Licentiaten und alle Graduirte, (insofern sie nicht zur Geistlichkeit oder zu den Schullehrern geistlichen Standes gehören und aus diesem Grunde nach §. 4 den Dpferleuten zu beerdigen zukommen) und überhaupt alle des Magistrats Jurisdiction unterworfenen sonstige Fremde mit der ad §. 1 gemachten Ausnahme des Adels; wobei jedoch die Leichen derjenigen Personen, die nicht in Amt und Gilden stehen, zu keiner Todtencasse und Beerdigungs-Gesellschaft gehören und zu der Classe der Tagelöhner, Schutzbürger, Knechte, Fuhrleute und dergleichen gerechnet werden müssen, insofern sie mit einem platten Sarge begraben werden und ins gemeine Grab kommen, wenn die Bauermeister nicht genommen werden, den Pulsanten zu überlassen sind, der Gestalt, daß das Sterbehauß, welches diese nicht, sondern wieder andere Träger nehmen will, die Pulsanten mit zwei Thälern abzufinden gehalten sein soll.

Uebrigens bleibt zwar sowohl den Pedellen als den Dpferleuten und Bauermeistern in den ad §. 1 bestimmten Fällen, wo willkührliche Träger genommen werden dürfen, ein bescheidenes Anerbieten zur Beerdigung im Sterbehause unbenommen; es haben aber selbige, wenn sie abgewiesen werden sollten, mit dieser Antwort sich zu genügen und dem Sterbehause die freie Wahl der Träger durch ungestümes anhaltendes Bitten und unschickliche Zudringlichkeit bei 5 Thlr. Strafe nicht zu beschränken. Landesf. Declaration v. 21. Juli 1802. (Br. Anz. v. 1802. Nro. 63.)

cf. Bekanntmachung fürstl. Polizei-Direction v. 15. März 1824. (Br. Anz. v. 1824.

Nro. 23.)

### Leichentragen in Wolfenbüttel.

1) Die sämmtlichen zur Geistlichkeit gehörigen Personen, desgleichen die Schulbedienten sammt deren Ehefrauen und Kindern sollen sich zum Leichentragen der Schulcollegen und Dpferleute; 2) die dasigen Gilden aber sich dazu ihrer Gildegenossen bedienen, und 3) die Raths- und Polizeidiener nur bei den Begräbnissen derer, welche unter den obbenannten Personen nicht mit begriffen sind, gebraucht werden. Landesf. Rescr. an das fürstl. Polizei-Amt zu Wolfenbüttel v. 2. Mai 1758.

## Leichen-Zimmer.

S. Beerdigung in Braunschweig.

## Leihbibliotheken.

Auf höchsten Befehl ist bei nachdrücklicher Strafe untersagt, unmoralische, schmutzige und sittenverderbende Schriften in die Leihbibliotheken zu bringen, vielmehr haben die Entrepreneure ihre Wahl solcher Gestalt zu treffen, daß neben einer angenehmen Unterhaltung Moralität und nützliche Kenntniß verbreitet werde. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 12. Octbr. 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 82.)

## Leihhaus zu Braunschweig.

Da der Landesfürst unter den zu mehrerer Aufnahme des Nahrungsstandes und nützlicher Gewerbe sowohl in hiesigen Landen überhaupt, als besonders in der Stadt Braunschweig in Vorschlag gekommenen Mitteln unter andern die Errichtung eines öffentlichen Leihhauses genehmigt hat, und dann die Nothdurft erfordert, dieser Anstalt eine solche Einrichtung und Verfassung zu geben, wodurch nicht nur sothane Hauptabsicht erreicht, sondern auch allem widerrechtlichen, dem gemeinen Wesen schädlichen Wucher, wie nicht weniger den häufigen bei Privat-Anleihen auf Handpfänder entstehenden Streitigkeiten fürs Künftige kräftigst vorgebeugt werde, so sind unter landesf. Garantie \*) und nach gepflogener Communication mit den Ständen die erforderlichen Verfügungen in nachstehende Verordnung gebracht:

1) Zur General-Aufsicht und Direction dieses Werks soll eine besondere Commission, behuf dessen Administration aber sollen die erforderlichen Rechnungs- und anderen Bedienten angesezt werden.

2) Diese Bedienten und das Leihhaus überhaupt stehen sowohl in Sachen, welche die Einrichtung und innere Verfassung desselben betreffen, als auch in Ansehung der Dienst-Verwaltung unmittelbar unter dem Landesfürsten und der dazu verordneten Commission. \*\*) Sollten aber Streitigkeiten entstehen, wo das Leihhaus Kläger wäre, so muß dessen Anwalt zwar die Klage bei dem ordentlichen Richter des Beklagten ein- und ausführen, es soll aber in allen diesen Sachen von den Gerichten bloß nach den Regeln des *processus summarii* verfahren werden. Dafern aber in Credit-Sachen das Leihhaus in Anspruch genommen wird, soll das Kaufgericht zu Braunschweig solche entscheiden und außer demselben keine weitere Instanz Statt finden.

3) Die zur Administration zu bestellenden Bedienten sollen zum Anfang bestehen in einem Director, einem Cassirer und einem Buchhalter, denen auch nach Befinden der Umstände, und so wie das Werk sich vergrößert, noch einige Assessoren und andere Gehülfsen beigelegt werden sollen. Ein besonderer Bedienter soll sogleich mit für das Leihhaus angenommen werden.

4) Der Director begiebt sich ordentlicher Weise alle Mittwochen und Sonnabend von 9 bis 12 Uhr des Vormittags nach dem Leihhause, sieht die Bücher, die Cassen und die Pfänder nach, weist die Bedienten bei verspürten Mängeln zur genauern Beobachtung ihrer Pflichten an, verfügt, was von Zeit zu Zeit zur Aufnahme des Werks, Sicherheit der Cassen und zu guter Verwahrung der Pfänder nöthig erachtet wird, notirt solches und was sonst dabei vorgekommen, zwar kurz, jedoch zuverlässig und deutlich, und schickt solches den folgenden Morgen dem dazu ernannten Commissario zu, dafern solches nicht außerordentliche Vorfälle eher erfordern, wie denn auch in solchen der Director so wenig wegen sothaner, als anderer

\*) Die als ein selbstständiges Institut bisher bestandene Leihhaus-Anstalt ist vom Staate übernommen. Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 186.

\*\*) Jetzt unter dem herzogl. Finanz-Collegio. Ebenas.

anderer Verrichtungen sich an Zeit und Stunde zu binden, sondern das Nöthige ohne den mindesten Verzug jedes Mal zu verfügen hat.

5) Bei besonders wichtigen Vorfällen soll der Director den dazu ernannten Commissair ersuchen lassen, der diesmaligen Session auf dem Leihhause mit beizuwohnen, und dieser das dabei abgehaltene Protocoll sofort nach deren Endigung unmittelbar einsenden.

6) Die vorbemeldeten Rechnungs-Bedienten sollen außer den Sonn-, Fest- und Bußtagen alltäglich des Vormittags von 9 bis 12 Uhr, und des Nachmittags von 2 bis 5 Uhr sich auf dem Leihhause finden lassen, auch nach Erfordern der Umstände außer solchen Stunden sich dahin verfügen oder länger daselbst verbleiben, und wenn sie bei außerordentlichen Vorfällen von dem Director dazu befehligt werden, müssen sie sich auch an den Sonn-, Fest- und Bußtagen zur bestimmten Stunde auf dem Leihhause anfinden. \*)

7) Der Pedell soll alle Morgen um 8 Uhr, und des Nachmittags um 1 Uhr, wie auch des Abends um 8 Uhr sich beim Director melden und dessen Befehle gewärtigen, sodann aber um 9 Uhr des Morgens und um 2 Uhr des Nachmittags sich auf dem Leihhause anfinden, und den Rechnungs-Bedienten aufwärtig sein, auch das Auf- und Zuschließen des Leihhauses, und im Winter das Einheizen besorgen.

8) Die Rechnungen und die Administration der Casse werden von dem Cassirer und Buchhalter gemeinschaftlich geführt, und besteht deren Amt überhaupt darin, daß sie Gelder ausleihen, Pfänder annehmen und gehörigen Orts in Verwahrung bringen lassen, die darüber zu ertheilenden Scheine nach dem gedruckten Formulare unter ihren Namens-Unterschriften ausstellen, die Pfänder taxiren lassen, solche bei der Einlösung wieder herausgeben, und dagegen den darauf haftenden Pfandschilling nebst Zinsen wieder einnehmen, die über die Zeit gestandenen Pfänder durch einen ordentlichen Ausruf verkaufen, bei wichtigen oder zweifelhaften Vorfällen aber darüber zuvörderst von dem Directorio Verhaltungs-Maße einholen. Insbesondere aber haben selbige, wenn sie bemerken sollten, daß binnen wenigen Tagen größere Summen zu leihen begehrt werden dürften, als der Cassen-Vorrath vermag, solches dem Director unverzüglich anzuzeigen.

9) Auf welche Art die Bücher gehalten werden sollen, und was jeder Bediente dabei insbesondere zu beobachten hat, darüber sind die erforderlichen Special-Instructionen ausgefertigt. Auch ist dafür gesorgt, daß auf den Fall einer Krankheit oder andern Behinderung an die Stelle des abgehenden Bedienten sofort ein Gehülfe vorhanden sei, der statt seiner die Arbeit verrichte.

10) Zu Herbeischaffung eines hinreichenden Fonds, und daß es nie an den erforderlichen Geldern gegen annehimliche Sicherheits-Bestellung fehlen möge, wird der Director gemessene Instruction erhalten.

11) Nicht weniger ist das Leihhaus schuldig, von allen und jeden mit Geldausleihen ordentlicher Weise kein Gewerbe treibenden Particuliers in hiesigen Landen, welche etwa Gelder im Hause haben, die sie erst nach einigen Monaten gebrauchen, und gleichwohl nicht gern ohne alle Nutzung oder mit Gefahr bis dahin bei sich behalten wollen, solche Gelder anzunehmen, jedoch mit dem Unterschiede, daß, wenn solche Gelder entweder auf wenigstens 3 Monate, oder auch mit Bewilligung des Leihhauses auf eine kürzere Zeit bei selbigem belegt werden, und die gleich anfänglich verabredete Zeit wirklich unbelost stehen bleiben, sodann in beiden Fällen 3 Procent, wenn aber das Leihhaus auf eine kürzere als dreimonatige Frist sich zu den 3 Procent nicht ausdrücklich erklärt hat, oder der dreimonatige Wiederbezahlungs-Termin, der alle Mal tacite für erneuert zu achten, durch des Gläubigers Loose, welche demselben, nicht aber dem Leihhause zu allen Zeiten frei steht, anticipirt wird, nur 2 Procent an Zinsen bezahlt werden sollen, und zwar nur bis an die Zeit, da die wirkliche Wiedererstattung des Capitals erfolgt, und womit es solcher Gestalt zu halten, daß bei Capitalien bis 500 Thlr. eine dreitägige, bis 1000 Thlr. eine acht-

\*) S. Leihhaus, Geschäftszeit bei demselben.

tägige, bis 5000 Thaler eine vierzehntägige, und bis 10,000 Thaler eine vierwöchige Loskündigung vorhergehen, darauf aber Capital und Zinsen ohne den mindesten weiteren Verzug ausgezahlt werden müssen.

12) Von den auf jezt bemeldete Weise an das Leihhaus kommenden Geldern müssen die Rechnungs-Bedienten sofort an den Director Nachricht ertheilen. Dieser muß auch den deshalb auszustellenden Cassen-Schein mit unterschreiben, und durch den Pedell dem fürstl. Commissair zur Notiz zuschicken, welcher, daß er solchen gesehen, und durch die vorstehende Unterschrift das Leihhaus dem Gläubiger verbindlich gemacht worden, darunter attestirt, und den Schein sogleich dem Gläubiger durch gedachten Pedell zustellen läßt.

13) Auf die gleiche Art wird mit der Unterschrift verfahren, wenn jemand dem Leihhause Gelder bloß in Verwahrung giebt. In Absicht auf eine desfallige Vergütung aber soll der Unterschied gemacht werden, ob die Beutel offen geliefert, und dem Leihhause der Gestalt anvertraut werden, daß selbiges sich in unverhofften Vorfällen sothaner Gelder auf einige wenige, höchstens 24 Stunden mit bedienen möge, jedoch zu deren Wiederablieferung in dem nämlichen quanto et quali alltäglich sich im Stande befinden muß, oder aber ob die Beutel versiegelt geliefert werden, und also die Gelder gar nicht gebraucht werden dürfen? Im ersten Falle wird nichts für die Verwahrung bezahlt, im zweiten aber sind dafür 6 Ggr. von tausend Thalern monatlich zu entrichten. \*)

14) Die Verwahrung der Cassen-Gelder anlangend, so soll die Cassen in die Current- und Haupt-Cassen eingetheilt, und in Betracht der Current-Casse festgesetzt sein, daß solche in einer eisernen Lade mit 2 verschiedenen Schlössern, wozu der Cassirer und der Buchhalter jeder einen besondern Schlüssel hat, auf dem Leihhause verwahrt werden, und keinem von diesen Rechnungs-Bedienten erlaubt sein soll, von solchen Geldern etwas in seiner Wohnung, oder sonst wo außer dem Leihhause für den Anleiher in Bereitschaft zu halten, viel weniger aber von seinem eigenen Gelde etwas auf Pfänder auszuleihen. In dieser Current-Casse sollen nie über 2000 Thlr. sein, und jeder der gedachten Rechnungs-Bedienten auf eben diese Summe Caution bestellen, auch beide für einen und einer für beide haften. Alle übrigen vorräthigen Gelder kommen so lange in die Haupt-Casse, welche ebenfalls in einer eisernen Lade mit drei besondern Schlössern verwahrt wird, und wozu der Director, der Cassirer und der Buchhalter jeder einen besondern Schlüssel führt. Wegen dieser Cassen haften der Director, Cassirer und Buchhalter mit ihrem gesammten Vermögen, und zwar ebenfalls singuli in solidum. Die Current-Casse soll in einem der nächsten Zimmer stehen, wo das Comtoir der Rechnungs-Bedienten ist, die Haupt-Casse aber in einem Gewölbe, zu deren, wie auch zu der Pfänder Sicherheit die nöthigen Posten von der hiesigen Garnison gegeben werden sollen.

15) Wie einen der hauptsächlichsten Gegenstände des Leihhauses die Hand-Pfänder ausmachen, also bleibt dabei zwar in einzelnen Fällen jedem Einwohner erlaubt, sich zur Sicherheit seines ausgeliehenen Geldes ein Pfand geben zu lassen; würde aber jemand überführt werden, daß er ein Gewerbe daraus gemacht, auf Pfänder Geld zu verleihen, so soll er zum Besten des Leihhauses in eine Strafe von 10 Thlr. auf jedes Hundert genommen werden. Es soll auch allen und jeden, sowohl männlichen als weiblichen Geschlechts, welche sich bisher gebrauchen lassen, auf Hand-Pfänder Geld zu suchen, hiermit bei namhafter Strafe verboten sein, solches an irgend einem andern Orte, als dem Leihhause fernerhin zu thun. Wider diejenigen aber, welche bei dergleichen Ausleihen, es sei in einzelnen Fällen oder überhaupt, mehr Zinsen genommen, als nach den hiesigen Landes-Verordnungen verstattet ist, soll mit der darin bestimmten Strafe ohne alle Nachsicht verfahren werden. \*\*)

\*) cf. Verordn. v. 5. März 1828, das zu Helmstädt zu etablirende Leihhaus betr., §. 23.

\*\*) S. Interpfänder.

16) Hypotheken auf Grundstücke mag zwar das Leihhaus sich gleich andern constituiren lassen, es muß aber solches gerichtlich geschehen, und das Leihhaus bekommt dadurch kein Vorzugs-Recht, sondern wird als ein anderer Privat-Gläubiger betrachtet. Nicht weniger steht dem Leihhause frei, auch auf andere Art Gelder auf Immobilien sowohl, als auf Mobilien, die nicht in sein Gewahrsam kommen, auszuliehen, und nach Befinden wegen der Sicherheit die in Rechten erlaubten Maßregeln zu nehmen; wie denn auch dasjenige, was in der wegen der Faust-Pfänder publicirten höchsten Verordnung vom 21. Mai 1750 \*) den Creditoren zu Gute disponirt worden, hierdurch insbesondere auf das Leihhaus ausdrücklich mit erstreckt wird.

17) Gleicher Gestalt mag statt eines andern Pfandes eine gewisse Geldsumme deponirt, und damit ein Versicherungs-Schein vom Leihhause gelöst werden, daß solche Summe in eben der Sorte dem Präsentanten binnen der gesetzten Zeit gegen Erlegung der fälligen Zinsen und Zurückgabe des Versicherungs-Scheins sofort ausgezahlt werden solle, und ist ein solcher Handel lediglich dieser Leihhaus-Ordnung gemäß zu beurtheilen.

18) Wenn aber der Leihher statt baaren Geldes lieber eine Assignation oder einen Schein haben, und das Leihhaus solchen ausstellen will, welchen Falls solcher vom Director zu unterschreiben ist, so soll solcher Schein gleich einem Wechsel zu der Verfall-Zeit bezahlt, und nur diejenigen Einwendungen, die bei zahlbaren Wechseln Statt finden, dagegen zugelassen, in deren Ermangelung aber die Bezahlung ohnfehlbar geleistet werden.

19) Die Rechnungen werden in solchem Gelde geführt, welches nach dem bekannten Conventions-Fuße, nämlich die feine Mark Silber zu 13 Thlr. 8 Ggr. ausgeprägt worden, und wovon 5 Thlr. ein hiesiges vollwichtiges 5 Thlr. Stück ausmachen. \*\*) Es steht indessen dem Leihhause frei, wenn es der Leihher verlangt, demselben auch andere sowohl hiesige, als unverrufene auswärtige Münzsorten zu leihen, jedoch muß solches alle Mal im Leihhaus-Scheine deutlich angemerkt werden, und versteht sich auch anbei von selbst, daß, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich ausgemacht ist, die Zinsen in eben der Münze und eben dem Werthe, als das Capital ist, entrichtet werden müssen.

20) Die bereits hieselbst recipirten Mäkler werden auch von dem Leihhause in den Geschäften, welche sie dort anzubringen haben, zugelassen, dem Leihhause aber bleibt unverwehrt, auch ohne deren Dazwischenkunft seine Geschäfte zu treiben, auch ganz andere und besondere Mäkler anzunehmen. Was den Mäklern für ihre Mühe nach Unterschied der Fälle zu bezahlen, solches ist in der Beilage Nro. I. zu dieser Verordnung in Mehrerem bestimmt. \*\*\*) Wegen derjenigen Sachen aber, die nicht versetzt werden sollen, wird unten das Weitere verordnet, wonach sich also auch insbesondere die Mäkler bei Vermeidung der nachdrücklichsten Strafe zu achten haben.

21) Dem Versetzer steht zwar alle Mal frei, ob er die Verpfändung mit Anzeige oder Verschweigung seines Namens thun wolle, es soll aber, wenngleich der Name angegeben wird, solcher sowohl, als was sonst beim Leihhause von der Verpfänder Credit-Wesen vorkommt, äußerst verschwiegen gehalten, auch eben so wenig jemandem, der nicht vom Landesfürsten specialiter dazu ernannt worden, die Einsicht der Bücher verstattet oder einige Nachricht daraus ertheilt werden; wie denn diejenigen, welche hiergegen handeln, auf das Schärfste bestraft werden sollen.

22) Die Hand-Pfänder sollen alle Mal von den beeidigten Wardirern unparteiisch und nach deren wahren Werthe taxirt werden, und zwar nach dem currenten Preise die Pistole zu 5 Thlr. gerechnet, wie oben Art. 19 verordnet worden. Bei importanten Pfändern sollen zwei Werkverständige zur Taxation

\*) S. Unterpfänder, Vorzugsrecht derselben im Concurse.

\*\*) cf. Gesetz v. 18. Decbr. 1834, die Münz-Verfassung betr.

\*\*\*) S. Geld- und Wechsel-Mäkler zu Braunschweig — Waaren-Mäkler zu Braunschweig.

gebraucht und soll solche von denselben schriftlich bewerkstelligt werden, der Gestalt, daß von dem Buchhalter die Nummer des Pfandes und was es ist auf ein Blatt in Folio und von den Taxatoren darunter der Werth oder das Taxatum mittelst deren Namens-Unterschrift gemeldet, solche Annotation aber zum Belege der Ausgabe in der Hauptrechnung mit gebraucht werden. Bei geringen Sachen mag man zwar nur einen Wardirer gebrauchen, im Uebrigen aber ist es damit auf gleiche Weise zu halten.

23) Die Pfänder sollen jedes Mal des Morgens vor 10 Uhr auf das Leihhaus gebracht, von den Taxatoren ungesäumt wardirt und darauf die Gelder, wenn noch so viel Zeit dazu ist, noch denselben Vormittag ausgezahlt, sonst aber solche längstens auf den Nachmittag um 3 Uhr zur Abholung in Bereitschaft gehalten werden. Damit hierin um so weniger Aufenthalt entstehen möge, so sollen die für beständig angenommenen und ein für alle Mal beeidigten Taxatoren, wenn sie ausreisen und sich außerhalb der Stadt befinden, solches und wie bald sie wieder zuverlässig zu Hause sein werden, jedes Mal dem Director anzeigen, und, wenn sie in der Stadt ausgehen, in ihrem Hause alle Mal solchen Bescheid zurücklassen, daß sie auf Erfordern sogleich eingeholt und zu den vorfallenden Taxationen gebraucht werden können. Der Wardirungs-Lohn ist in der dieser Verordnung beigedruckten Anlage Nro. II bestimmt. \*)

24) Wenn solche Hand-Pfänder angeboten werden, die gar keiner Wardirung bedürfen, sondern deren Werth ohnehin bekannt ist und wobei also das Leihhaus alle Mal völlige Sicherheit hat, so mögen die Leihhaus-Bedienten, dafern dem Leihgeber daran gelegen, die Gelder demselben nur sogleich auszahlen, sie haben aber den Posten ohne Verzug vermittelt eines Extracts aus dem Journale dem Director bekannt zu machen.

25) Will jemand sein Pfand versiegeln, so steht ihm solches frei, es muß aber solches in des Cassirers und Buchhalters Gegenwart geschehen, und zu dessen Urkunde das Leihhaus-Siegel dabei gedruckt werden. Es soll auch allen und jeden Versehern erlaubt sein, wenn sie es für nöthig finden, die Siegel oder auch die unversiegelten Pfänder zu besehen. Dieses darf aber nicht an deren besondern Verwahrungs-Orte geschehen, als wohin außer den Leihhaus-Bedienten und wer dazu vom Landesfürsten specialiter autorisirt, niemand zu lassen ist, sondern es müssen zu dem Ende alle Mal die Pfänder an den Ort, wo die Leihhaus-Bedienten solche zuerst in Empfang genommen, gebracht werden.

26) Das Leihhaus ist schuldig, auf Sachen, die einen gewissen, zuverlässigen und beständigen Werth haben, drei Viertel des Taxatums, auf andere aber die Hälfte bis zwei Drittel desselben vorzuleihen. Zur ersten Classe gehören Gold, Silber, Kupfer, Messing, Zinn, Groppengut und überhaupt alle Metalle, ferner unangeschnittenes Linnen, Drell, wie auch im Lande fabricirtes Wollzeug. Zur zweiten Classe sollen unangeschnittenes Seidenzeug, auch goldene und silberne Treffen der Gestalt gerechnet werden, daß das Leihhaus darauf über die Hälfte und bis zwei Drittel des Taxatums leihen kann, auf andere schon gebrauchte Waaren, Kleidungen und solche Sachen, welche dem Verderben oder sonstiger Verminderung ihres Werths durch die Zeit mehr als vorgedachte unterworfen sind, imgleichen auf Juwelen und andere Pretiosen, deren Werth veränderlich, soll niemals mehr als die Halbschied des Taxatums ausgezahlt werden, und in Ansehung der Juwelen steht dem Leihhause überhaupt frei, wie viel dasselbe darauf zu leihen für gut findet.

27) Alle Sachen, worauf geliehen wird, sind mit einer Nummer zu bezeichnen und nicht nur, wie bereits Art. 22 erwähnt, ordentlich in das Buch einzutragen, sondern es wird auch dem Leihgeber unter des Cassirers und Buchhalters Namens-Unterschrift ein Schein ertheilt, auf welchem die Nummer des Pfandes und dessen Beschreibung, auch die Zeit der Einlösung und was sodann an Zinsen entrichtet werden muß, deutlich zu verzeichnen ist.

\*) S. Leihhaus-Zinsen, Schreib- und Taxations-Gebühren.

28) Die Zeit, auf welche das Leihhaus sothane Gelder ausstut, wird vor der Hand und bis zu weiterer Verordnung auf 1 bis 3 Monate unter folgenden Bedingungen bestimmt.

Von 100 Thlr. Capital werden entrichtet an

	Zinsen	Einschreibe-Gebühren incl. des Scheins
wenn die Gelder genommen werden,		
auf 1 Monat	11 Ggr.	2 Ggr.
2 »	22 »	4 »
3 »	1 Thlr. 9 »	6 »

Es sollen aber, sobald es möglich, sowohl die Zinsen, als die Gebühren gemäßigt und weiter herunter gesetzt, auch von der fürstl. Leihhaus-Commission ernstlich darauf Bedacht genommen werden, wie durch diese Anstalt nützlichen Fabricanten besonders mit unter die Arme gegriffen werden möge. \*)

29) Der geringste Vorschuß soll 1 Thaler, und der höchste, bis ein Anderes zu verordnen für gut befunden, nicht mehr als 5000 Thlr. sein. Doch muß bei so starken baaren Vorschüssen dem Leihhause, wenn es solches verlangt, 8 bis 14 Tage Frist nach geschehener Taxation gegeben werden.

30) Wer nur auf gewisse Monate geliehen hat und die Gelder gleichwohl gern länger behalten will, muß einen neuen Schein lösen, auch, wenn es nöthig erachtet wird, das Pfand von Neuem wardiren lassen. Will aber jemand vor Ablauf der abgeredeten Frist sein Pfand wiederum einlösen, welches ihm alle Mal frei steht, so muß er halbmonatliche Zinsen über die sodann fälligen zu bezahlen sich gefallen lassen. In Ansehung der Zinsen werden einzelne Tage für einen vollen Viertel-Monat und Bruchpfennige für voll zum Besten des Leihhauses gerechnet, an Einschreibe-Gebühren aber ist nicht unter 4 Pfennig zu erlegen, wenn auch gleich nur 1 Thlr. auf ein Pfand geliehen worden. \*\*)

31) Ueber 3 Monate wird ohne Lösung eines neuen Scheins nicht ausgeliehen. \*\*\*) Das Leihhaus ist auch nicht verbunden, auf ein Pfand mehr, als im Art. 26 bemerkt worden, auszuthun. Hingegen steht demselben frei, sich mit dem Leihgeber über eine höhere Summe zu vergleichen und sodann wegen des damit verbundenen Risico sich höhere Zinsen zu stipuliren.

32) Die Leihhaus-Scheine, in welchen vorbeschriebener Maßen das Pfand, dessen Nummer und Taxe, imgleichen der Betrag des Anlehns und der Zinsen verzeichnet sind, werden auf gewisse gestempelte Zettel geschrieben, und sobald ein solcher Zettel dem Empfänger zugestellt worden, erhält das Leihhaus ein völliges Pfandrecht, sollte auch gleich nach den gemeinen Rechten die Sache nicht haben verpfändet werden können. †)

33) Wie diese Ausnahme der Sicherheit des Leihhauses und also des gemeinen Besten halber gemacht werden müssen, so wird hingegen auch, wenn durch die öffentlichen hiesigen Anzeigen, oder durch die Obrigkeit von gestohlenen oder inalienablen Sachen ††) Nachricht gegeben wird, bei dem Leihhause danach gesehen werden, daß solche nicht anzunehmen, widrigen Falls derjenige Bediente, der es gethan, dafür haften muß. Es soll deswegen die Verfügung gemacht werden, daß alle hierher gehörigen Verordnungen und Nachrichten sogleich auf das Leihhaus-Comtoir gebracht werden und daselbst über den Empfang ein Schein gegeben wird. Auch wird hiermit der Stadt-Magistrat beauftragt, jedes Mal die erforderlichen Nachrichten sogleich zu ertheilen und damit keinesweges so lange zu warten, bis solche in den Anzeigen erscheinen, die jedoch das Leihhaus ebenfalls halten und darin fleißig nachsehen lassen soll, was als gestohlen und verloren bemerkt ist. Die Leihhaus-Rechnungs-Bedienten sollen vornehmlich

\*) S. Leihhaus-Zinsen, Schreib- und Taxations-Gebühren.

\*\*) S. Leihhaus-Zinsen 2c.

\*\*\*) S. Leihhaus-Zinsen 2c.

†) S. Leihhaus, Pfandrecht desselben.

††) cf. Verordn. v. 5. März 1828, das zu Helmstädt zu etablirende Leihhaus betr., §. 4 und 12.

wegen der gestohlenen Sachen ein besonderes Buch halten, in welches sie die Anzeigen davon einzutragen und darüber, daß solches geschehen, dem Anzeiger einen Schein, worin Tag und Nummer bemerkt, zu ertheilen haben. Im Uebrigen soll auch überhaupt bei Annehmung der Hand-Pfänder alle mögliche Vorsicht gebraucht, minderjährigen Personen oder Kindern, die noch in väterlicher Gewalt stehen, imgleichen Bedienten in anderer Leute Kost und Lohn, kundbaren und dafür erklärten Verschwendern, in Concurs befangenen Falliten und andern Leuten, von welchen die Leihhaus-Bedienten mit Grund vermuthen können, daß selbige kein Recht zum Verkauf haben, überall nicht anders auf Pfand etwas geliehen werden, als wenn die Vormünder, Väter, Dienstherrn \*) und Frauen sich entweder selbst bei dem Leihhause mit anfinden, oder auf andere glaubwürdige Art ihre Einwilligung dazu ertheilen, welches sodann umständlich bei der gleichen Posten in den Büchern anzumerken ist. Es sollen aber auch diejenigen, welche das Leihhaus mißbrauchen und wissentlich selbst oder für andere auf Sachen, die nicht verpfändet werden sollen, Geld nehmen, für allen Schaden haften, und dem Befinden nach auf das Härteste gestraft werden. \*\*)

34) Der Besitz eines Leihhaus-Scheins ist statt des Titels, und wer solchen präsentirt, erhält nach geschehenem Abtrag des Anlehns und der fälligen Zinsen, gegen sothanen Schein das Pfand wiederum zurück. Damit aber hierbei allem Betrüge vorgebaut werden möge, so hat auf den Fall, daß dem rechtmäßigen Besitzer ein solcher Schein abhanden gekommen, selbiger es dem Leihhause zu melden, welches sodann eher, als die Sache ausgemacht ist, das Pfand nicht verabsolgen lassen soll. Es wird auch die höchste Verordnung v. 14. Nov. 1744 wegen der gefundenen Sachen hierdurch insbesondere mit auf die Leihhaus-Scheine erstreckt, und soll derjenige, welcher einen solchen Schein findet und nicht sogleich in den Anzeigen bekannt machen läßt, mit der nämlichen Strafe angesehen, derjenige aber, welcher einen solchen Schein in der Absicht, darauf das Pfand zurück zu bekommen, bei dem Leihhause producirt, noch härter gestraft werden. \*\*\*)

35) Wer mit Ablauf der im 28. Art. erwähnten in den Leihhaus-Zetteln bemerkten Zeit das Anlehn sammt den Zinsen nicht bezahlt, oder, wenn er das Pfand noch stehen lassen will, die Zinsen nicht abführt, noch einen neuen Schein einlöst, ist weiter nicht befugt, sein Pfand zurück zu fordern, sondern das Leihhaus ist berechtigt, solches öffentlich zu verkaufen, aus dem gelösten Gelde seinen Vorschuß, die bis zum vollendeten Verkauf fälligen Zinsen, die Unkosten des Verkaufs und außer allem diesen noch ein Viertel Procent zu sich zu nehmen, und was sodann noch übrig bleibt, hat das Leihhaus dem Verseher gegen Wiederherbeischaffung des Leihhaus-Scheins verabsolgen zu lassen, im Gegentheil aber, wenn aus dem Pfande so viel nicht gelöst worden, seine Schadloshaltung gegen denselben zu suchen, und muß in solchem Falle der Makler, dessen Name sich bei solchem Pfande notirt findet, wenn er nicht selbst bezahlen will, den eigentlichen Schuldner namhaft machen. Zu Herbeischaffung des Leihhaus-Scheins und Zurückforderung des Ueberschusses wird dem Schuldner hiermit eine 12 monatige Frist gesetzt, nach deren Ablauf sothane Forderung für präscribirt zu achten.

36) Sollte gegen die Zeit der Wiedereinlösung der Verseher mit Tode abgegangen sein, so treten entweder die unstreitigen Erben, oder der Curator der streitigen Erbschaft in des defuncti Stelle, und damit solchen Falls allen Weitläufigkeiten um desto eher vorgebeugt werden könne, so wird hiermit verordnet, daß, wenn in einer Erbschaft sich Leihhaus-Scheine finden, solches von den Erben oder den Administratoren der Erbschaft, wie auch von den Obrigkeiten sogleich dem Leihhaus-Director gemeldet werden soll, widrigen Falls selbige für allen aus dessen Unterlassung entstehenden Schaden haften sollen. Der Leihhaus-Director aber hat auf sothane Meldung in Absicht auf die Bezahlung, Prolongation oder was sonst erforderlich, das Nöthige ohne Anstand zu verfügen.

\*) cf. Gesinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 39.

\*\*) S. Leihhaus, Pfandrecht desselben.

\*\*\*) S. auch: Leihhaus-Scheine.



37) Würde jedoch jemand sich noch in den nächsten 4 Wochen nach der Verfallzeit melden, und die bis dahin fälligen Zinsen, auch das im 35. Art. zur Strafe gesetzte ein Viertel Procent entrichten, so soll ihm gestattet sein, entweder mittelst Bezahlung des Darlehns das Pfand zurück, oder einen neuen Leihhaus-Schein darauf zu nehmen.

38) So oft das Leihhaus es nöthig findet, werden die nach obigen Sätzen verfallenen Pfänder mittelst öffentlicher Auction verkauft. Der jedes Mal 4 Wochen vorher mit den hiesigen Intelligenz-Blättern zu publicirende Catalog enthält die Nummer und Taxe, auch die in dem Leihhaus-Buche befindliche Beschreibung jedes Pfandes und nach geendigter Auction wird es mit den gelösten Geldern gehalten, wie bereits im 35. Art. verordnet worden.

39) Da bei aller Vorsicht es sich dennoch begeben kann, daß ein Pfand verdorben wird, oder gar verloren geht, so soll, wenn dergleichen Fälle sich ereignen, die Sache nach Vorschrift der gemeinen Rechte beurtheilt und darunter von dem Kauf-Gerichte prompte Justiz administriert werden.

40) Sobald das Leihhaus in Braunschweig im Gange ist, sollen auch in allen übrigen Städten, nach jedes Orts Umständen, dergleichen Leihhäuser errichtet und mit dem zu Braunschweig in gemeinnützige Verbindung gesetzt, übrigens aber von der Eröffnung des letztern und den dazu ernannten Bedienten, auch was sonst zu des Publicums Wissenschaft zu bringen nöthig, zu seiner Zeit das Weitere bekannt gemacht werden. Landessf. Verordnung v. 9. März 1765. (Br. Anz. v. 1765 Nro. 20.)

#### Beilage Nro. I.

Die Mäkler-Gebühren betreffend.

- 1) Wenn nach dem §. 15 der Ordnung Pfänder auf das Leihhaus geliefert werden, bekömmt der Mäkler von jedem 100 Thlr., so darauf ausgezahlt werden . . . . . 6 Ggr. — Pf.  
Wenn es aber in die Tausende geht, von 100 Thlr. nur . . . . . 3 » — »
- 2) Geschieht das Anlehn, wie §. 16 der Ordnung enthalten, auf eine Hypothek, bekömmt der dabei gebrauchte Mäkler von 100 Thlr. . . . . 3 » — »
- 3) Wird nach dem §. 17 statt eines andern Pfandes eine gewisse Geldsumme deponirt und dazu ein Mäkler gebraucht, bekömmt derselbe von 100 Thlr. . . . . 4 » — »
- 4) Verlangt der Leihher nach dem §. 18 statt baaren Geldes nur eine Assignation oder einen Schein, bezahlt derselbe dem dazu adhibirten Mäkler von 100 Thlr. . . 2 » 8 »

#### Beilage Nro. II.

Die Taxations-Gebühren betreffend.

- 1) Wenn der Werth des Pfandes von dem Verseher unter 50 Thlr. angegeben wird, so soll nur ein Taxator dazu genommen, und demselben von dem Verseher für die erste Stunde, da mit der Taxation der Anfang gemacht wird, es mag solche ganz dazu gebraucht werden oder nicht, bezahlt werden . . . . . 3 Ggr.
- 2) Beträgt der angegebene Werth über 50 Thlr., so müssen zwei Taxatoren genommen und sodann jedem derselben für die erste Stunde entrichtet werden . . . . . 3 »
- 3) Werden mehr als eine Stunde zur Taxation gebraucht, so sind für jede folgende Stunde jedem Taxator zu bezahlen . . . . . 2 »

Und wenn an vollen Stunden außer der ersten nicht über eine Viertel-Stunde fehlt, wird die letzte Stunde dem Taxator zu Gute für voll gerechnet. Wird aber nicht mehr als eine Viertel-Stunde über die volle Stunde auf der Taxation zugebracht, ist dafür nichts zu bezahlen.

Kömmt der Unterschied einer halben Stunde am nächsten, so ist dafür dem Taxator zu vergüten . . . . . 1 »

## Leihhaus-Anstalt zu Blankenburg.

Demnach schon in der wegen Errichtung eines Leihhauses in Braunschweig publicirten Verordnung v. 9. März 1765. §. 40 vorläufig festgesetzt worden: daß, sobald das Leihhaus in der Stadt Braunschweig im Gange sei, auch in allen übrigen Städten nach jedes Orts Umständen dergleichen Leihhäuser errichtet, und mit dem Braunschweigischen in gemeinnützige Verbindung gesetzt werden sollten, und dann in landesväterl. Erwägung, wie vorzüglich nützlich ein solches Institut für das Fürstenthum Blankenburg sein werde, es gerathen gefunden ist, nunmehr in der Stadt Blankenburg ein öffentliches Leihhaus errichten zu lassen, um dadurch in dortiger Gegend sowohl dem widerrechtlichen und dem gemeinen Wesen so schädlichen Wucher zu steuern, als auch den bei Privat-Anleihen auf Pfänder zum Destern entstehenden Streitigkeiten vorzubeugen, so sind unter landesf. Garantie die zur Beförderung dieses Instituts nöthigen Verfügungen in nachstehende Verordnung gebracht:

1) Ueber dieses Leihhaus in der Stadt Blankenburg, welches mit dem 1. Januar 1788 geöffnet ist, soll die General-Aufsicht und Direction lediglich von fürstl. Leihhaus-Commission in Braunschweig abhängen, auch sollen die bei demselben fürerst anzustellenden zwei Rechnungs-Bedienten, wovon der zweite mit dem Character eines Inspectors angestellt werden wird, unmittelbar der fürstl. Leihhaus-Commission untergeordnet sein, der Gestalt, daß diese allein sowohl über Sachen, welche die innere Verfassung des Leihhauses, als auch in Ansehung der Dienstverwaltung der anzustellenden Leihhaus-Bedienten in Blankenburg das Erforderliche zu verfügen haben soll.

2) Das Leihhaus soll außer den Sonn-, Fest- und Bußtagen alltäglich Vormittags von 8 bis 12 Uhr, und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr geöffnet sein. Jedoch sollen nur am Montage, Dinstage, Donnerstage und Freitage Pfänder angenommen und ausgelöst und die Pfandscheine prolongirt werden, die übrigen beiden Tage aber den Leihhaus-Bedienten zur Berichtigung der Rechnungsbücher und andern vorkommenden Verrichtungen vorbehalten bleiben.

3) Das Amt des Inspectors besteht darin, daß derselbe Gelder ausleiht, Pfänder annimmt und gehörigen Orts in Verwahrung bringt, und die Scheine, welche über die eingelieferten Pfänder ertheilt werden sollen, mit unterschreibt, die Taxation der Pfänder besorgt, bei Einlösung der Pfänder dieselben wieder herausgibt, und den Pfandschilling sammt Zinsen einzieht. Ueber wichtigere Vorfälle sind beide Rechnungs-Bediente der ihnen ertheilten Instruction gemäß jedes Mal von fürstl. Leihhaus-Commission in Braunschweig Verhaltungsmaße einzuziehen gehalten.

4) Die Handpfänder sollen den vorzüglichsten Gegenstand des Leihhauses ausmachen. Wie nun einem jeden Andern es bei einer zu erlegenden Strafe von 10 bis 20, und dem Befinden nach mehr Thalern hiermit ernstlich untersagt wird, ein Gewerbe aus dem Verleihen auf Pfänder zu machen, \*) so bleibt es gleichwohl einem jeden Gläubiger in einzelnen Fällen unverwehrt, sich von seinem Schuldner zu seiner mehreren Sicherheit ein Faustpfand geben zu lassen. Es sollen daher diejenigen, welche zeither Handpfänder auf Zinsen in Versatz genommen und stehen haben, gleichfalls bei der vorbestimmten Strafe gehalten sein, binnen den nächsten acht Tagen nach der Eröffnung des Leihhauses sich mit ihren Debitoren solcherhalb aus einander zu setzen, oder aber, wenn die versetzten Pfänder alsdann nicht eingelöst werden, pder länger als Pfänder verzinslich stehen bleiben sollen, solche an das Leihhaus zu bringen und darüber nach vorgängiger anderweiten Taxation des Pfandes einen Leihhaus-Schein zu nehmen, wie denn auch allen und jeden, welche sich bisher gebrauchen lassen, auf Handpfänder Geld zu suchen, hiermit bei namhafter Strafe verboten wird, solches an irgend einem andern Orte als dem Leihhause fernerhin zu thun. Wie nun dieser Leihhaus-Anstalt alle Rechte derer, welche auf Handpfänder Gelder ausgeliehen, ausdrücklich hiermit zugeeignet werden, als wird auch dasjenige, was

\*) E. Unterpfänder.

was in der Verordnung v. 21. Mai 1750 \*) wegen der Faustpfänder zum Besten der Gläubiger disponirt worden, auf dieselbe mit erstreckt, jedoch in der Maße, daß das Leihhaus ein erhaltenes Pfand ohne baare Bezahlung des darauf gezahlten Pfandschillings sammt allen Zinsen und der unterm §. 11 weiter zu benennenden, auf den Verfall der Pfänder gesetzten Strafe und Gebühren herauszugeben nicht gehalten werden soll.

5) Und da die Einrichtung dieses Instituts es erfordert, daß das Leihhaus gegen alle anzustellenden Vindications-Klagen bei dem Besitze einer ihm verpfändeten Sache völlig gesichert werde, so sollen auch solche, wenn ein Eigenthümer gleich zu erweisen vermögte, daß die zum Versaße ins Leihhaus gebrachte Sache ihm zugehöre, ihm entwendet, von ihm verloren worden, oder sonst auf eine andere Art ihm abhanden gekommen wäre, gegen dieses Leihhaus nicht Statt finden, und soll dasselbe die ihm in Versaß gebrachten Sachen ohne Erlegung des darauf gezahlten Pfandschillings sammt allen Zinsen, etwaiger Strafe und Gebühren herauszugeben nicht schuldig sein. \*\*) Jedoch soll auf die Sachen, von denen es dem Leihhause bereits bekannt geworden, daß sie verloren oder entwendet worden, inmaßen der Stadt-Magistrat zu Blankenburg, wenn ihm ein Diebstahl angezeigt worden, solchen mit Specification der gestohlenen Sachen dem Leihhause bekannt zu machen damit angewiesen wird, möglichst Acht gegeben, und sollen, wenn dergleichen entdeckt werden sollten, dieselben nicht in Versaß genommen werden.

6) Außer den Handpfändern mag auch dieses Leihhaus auf Grundstücke Geld herleihen und sich an denselben eine Hypothek bestellen lassen. Es soll aber dasselbe bei Anleihen der Art kein Vorrecht vor einem andern Privatgläubiger genießen, sondern in solchen Fällen es bei der Disposition der gemeinen Rechte sein Bewenden haben.

7) Auch ist dieser neuen Leihhaus-Anstalt gestattet, auf Activ-Forderungen Geld herzuleihen, und sich zu seiner Sicherheit die über das verpfändete Activum sprechende Original-Verschreibung cediren zu lassen. Damit aber das Leihhaus bei dieser Art Anlehne völlig sicher sein möge, so sollen demselben an den ihm eingelieferten und cedirten Obligationen sowohl, als den darauf schuldigen Summen die Rechte eines wirklichen wahren Pfandgläubigers zustehen, mithin dasselbe nicht nur im Falle, daß das verpfändete nomen activum zur gehörigen Zeit nicht wieder eingelöst werden sollte, die ihm cedirte Forderung zu erheben, sondern sich auch kraft des an dieser erhobenen Forderung ihm zustehenden Faust-Pfandrechts gegen jedermanns An- und Zuspruch zu schützen berechtigt sein, inmaßen in der Maße zur Sicherheit dieser Leihhaus-Anstalt die Zweifel des gemeinen Rechts, was für Befugnisse einem Pfandgläubiger in diesem Falle zustehen, erklärt und aufgehoben werden. \*\*\*)

8) Die zum Versaße ans Leihhaus gebrachten Sachen sollen jedes Mal unparteiisch tarirt und den Umständen nach höchstens zwei Drittel des tarirten Werthes auf ein Pfand gegeben, unter einem Thaler aber auf kein Faustpfand geliehen werden.

9) Die über die Pfänder auszufertigenden Leihhaus-Scheine sollen auf 6 Monate gestellt, und von den auf Faustpfänder ausgeliehenen Capitalien 6 Procent, von Darlehen aber, welche auf Grundstücke, oder fürstliche, landschaftliche oder andere sichere Cassen-Obligationen ausgeliehen werden, 5 Procent Zinsen gehoben werden.

10) Die Zinsen auf Capitalien, welche nur 5 Reichsthaler und darunter betragen, müssen, die Scheine mögen während der sechs Monate eingelöst werden, zu welcher Zeit sie wollen, auf die ganzen sechs Monate bezahlt werden; dahingegen von solchen Scheinen, deren Capital über 5 Reichsthaler beträgt, nicht mehr an Zinsen, als so viel Monate von dem Versaße bis zur Einlösung verflossen, jedoch so, daß der angefangene Monat für voll gerechnet wird, genommen werden.

\*) S. Unterpfänder, Vorzugsrecht derselben.

\*\*) S. Leihhaus, Pfandrecht desselben.

\*\*\*) S. Cassen-Obligationen.

11) Von einem binnen oder mit Ablauf der sechs Monate nicht prolongirten oder ausgelösten, und also verfallenen Pfande soll, wenn es nachmals in der Leihhaus-Auction verkauft, oder aber vor der Auction zur Prolongation oder Auslösung losgegeben worden, außer den darauf schuldigen Zinsen ein Viertel Procent Strafe nebst drei Procent Auctions-Gebühren bezahlt werden.

12) So oft es nöthig ist, soll von den verfallenen Pfändern eine Auction gehalten werden und das Leihhaus sich von dem aus dem verkauften Pfande gelösten Gelde wegen Capitals, Zinsen, Gebühren und Kosten bezahlt machen, den etwaigen Ueberschuß aber gegen Präsentation und Aushändigung des Original-Leihhaus-Scheins, jedoch nur binnen Jahresfrist a dato der abgehaltenen Auction, und später nicht, immaßen der Pfandgläubiger, welcher sich binnen dieser Zeit nicht gemeldet, und den etwa gebliebenen Ueberschuß einfordert, damit überall nicht weiter gehört werden soll, auszahlen, dagegen aber das Leihhaus, wenn beim Verkaufe des Pfandes für dasselbe ein Verlust entstanden, wegen dieses Verlustes den Eigenthümer des Pfandes, sobald es ihn entdeckt, in Anspruch zu nehmen und die Ersetzung des Verlustes zu fordern befugt sein.

13) Die Leihhaus-Scheine sollen bei Verlust des crediti und unentgeltlicher Herausgabe an den wahren Besitzer, auch dem Befinden nach harter Strafe nicht versetzt, nicht verkauft, noch sonst etwas darauf geliehen, und überall kein Gewerbe mit denselben getrieben werden. \*)

14) Zur Bequemlichkeit des Publicums ist ein Leihhaus-Mäkler, welchem mit Sicherheit, sowohl in Ansehung der Sache selbst, als der Verschwiegenheit des ihm anvertrauten Geschäfts, Aufträge zum Verfaß der Effecten, und zur Auslösung oder Prolongation der Leihhaus-Scheine gegeben werden können, angestellt, und soll von demselben, wenn das Anlehn

1 bis 10 Thlr.	beträgt	—	Ggr.	4 Pf.
11 » 50 »	»	—	»	8 »
51 » 100 »	»	2	»	— »
101 Thlr. und darüber	4	»	—	»

und nicht mehr, für seine Bemühung genommen werden.

15) Es bleibt dem Verseher zwar jedes Mal frei, ob er bei Einlieferung eines Pfandes seinen Namen anzeigen oder verschweigen will; damit jedoch gegen die wahre Angabe des Namens des Verpfänders um so weniger Bedenklichkeiten obwalten mögen, so soll solcher, und was sonst von des Verpfänders Vermögensumständen etwa vorkommen sollte, äußerst geheim gehalten, auch die Einsicht der Leihhaus-Bücher niemandem, er sei wer er wolle, außer fürstl. Leihhaus-Commission, oder wer sonst von dem Landesfürsten dazu specialiter ernannt worden, gestattet, wider die aber, welche die ihnen obliegende Pflicht der Verschwiegenheit übertreten, mit nachdrücklicher Bestrafung verfahren werden.

16) Gegen Zurücklieferung des Original-Leihhaus-Scheins, auch Abtrag des Capitals und der Zinsen, auch, wenn das Pfand verfallen, der Strafe und Gebühren, soll das auf dem Leihhaus-Scheine beschriebene Pfand verabsolgt werden, indem der für den rechtmäßigen Eigenthümer des Pfandes gehalten werden muß, welcher den Original-Leihhaus-Schein in Händen hat, es sei denn, daß der rechtmäßige Besitzer dem Leihhause vorher, wasmaßen er den Leihhaus-Schein verloren, mit Anführung der Nr. angezeigt habe, welches sodann das Pfand vor ausgemachter Sache nicht verabsolgen lassen soll. Uebrigens soll es in Absicht derer, welche verlorene Leihhaus-Scheine finden, und nicht abliefern, allermassen dieselben unaufhältlich, in Ermangelung der Wissenschaft, wem ein solcher Schein zugehört, dem Leihhause eingeliefert werden sollen, bei der höchsten Verordn. v. 14. Novbr. 1744 wegen gefundenen Sachen, \*\*) sein unabänderliches Bewenden behalten, diejenigen aber, welche einen gefundenen Leihhaus-Schein in

\*) S. Leihhaus-Scheine.

\*\*) S. Gefundene Sachen.

der Absicht dem Leihhause vorzeigen, um die Auslieferung des Pfandes darauf zu erhalten, noch härter gestraft werden.

17) Da es sich auch ereignen könnte, daß jemand mit gestohlenem Gelde ein dem Leihhause verpfändetes Pfand oder nomen activum einlösen oder sonst eine Leihhaus-Schuld abtragen, und damit die Tilgung einer dem Leihhause bestellten Hypothek bewirken würde, so soll auf diesen Fall das Leihhaus außer allen Anspruch gelassen, der Bestohlene auch, wenn er gleich beweisen wollte, daß die ihm gestohlenen Gelder an das Leihhaus bezahlt und mit andern Geldern nicht vermischet worden, damit nicht weiter gehört werden.

18) Dafern dies neu errichtete Leihhaus selbst Capitalien anzuleihen für rathlich finden möchte, so sollen, da dasselbe eine Branche des Leihhauses in der Stadt Braunschweig ist und derselben Garantie genießt, welche der Landesfürst diesem angedeihen läßt, die Verschreibungen über sothane anzuleihende Capitalien von fürstl. Leihhaus-Commission in Braunschweig ausgestellt und vollzogen werden.

19) So oft der Fall eintritt, daß das Leihhaus gegen einen seiner Schuldner Klage zu erheben sich genöthigt sieht, so ist solche durch dessen Anwalt bei dem obentlichen Richter ein- und auszuführen; es soll jedoch von allen Gerichten in solchen Fällen bloß nach den Regeln des *processus summarii* verfahren werden. Wenn aber das Leihhaus in Creditsachen in Anspruch genommen wird, so soll fürstl. Regierung in Blankenburg die des Falls angebrachte Klage in der Kürze untersuchen und entscheiden, in Fällen aber, da wider dessen Erkenntniß in den Proceß-Ordnungen nachgelassene Rechtsmittel eingewandt werden sollten, die Acten mit Bericht an fürstl. Ministerium zu Braunschweig einsenden.

20) Und wie übrigens dieses neue Leihhaus nur als eine Branche des Leihhauses in der Stadt Braunschweig angesehen werden mag, so sollen auch alle wegen der Leihhaus-Anstalt in Braunschweig emanirten, oder künftig annoch zu publicirenden Verordnungen und Declarationen auch auf dieses Leihhaus in Blankenburg hiermit extendirt sein und soll in vorkommenden Fällen darüber gehalten werden. Landesf. Verordn. v. 4. Decbr. 1787. (Br. Anz. v. 1788. Nro. 3.)

### Leihhaus-Anstalt zu Holzminden.

Da die Leihhaus-Anstalt zu Holzminden, während dieselbe von der zu Braunschweig getrennt gewesen und für sich bestanden, zu dem Grade der Erweiterung nicht hat gelangen können, welchen die Gemeinnützigkeit eines solchen Instituts und die zweckmäßige Erreichung der daraus für das Publicum zu erwartenden Vortheile erfordern, so wird nach Anleitung des §. 40 der wegen des Leihhauses zu Braunschweig unterm 9. März 1765 ergangenen Verordnung die Holzmindensche Leihhaus-Anstalt mit der Braunschw. in nähere Verbindung gesetzt und die unterm 27. April 1754 confirmirte Ordnung \*) völlig aufgehoben, der Gestalt, daß nunmehr bei solcher nach den bei dem Leihhause zu Braunschweig vorhandenen Einrichtungen und Vorschriften sowohl in Ansehung der mittelst Verordnung v. 15. März 1783 \*\*) herabgesetzten Verzinsung als der übrigen Punkte verfahren werden, dasselbe auch die zu dessen erweiternden Einrichtung erforderliche Unterstützung von dem Leihhause zu Braunschweig erhalten, überhaupt aber der fürstl. Leihhaus-Direction zu Braunschweig untergeordnet sein soll, wie denn in allen Vorfällen, weshalb der bei dem Holzmindenschen Leihhause angesezte Administrator mit ausdrücklicher Vorschrift nicht versehen sein würde, die Interessenten sich an den Leihhaus-Director zu Braunschweig wenden sollen. Landesf. Verordn. v. 22. Januar 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 14.)

### Leihhaus-Assignationen.

#### §. Leihhaus zu Braunschweig. §. 18.

\*) Diese Holzmindensche Leihhaus-Ordnung war vom Gerichtsschultheiß, Bürgermeister und Rath unterm 12. April 1754 entworfen und unterm 27. April 1754 landesfürstlich confirmirt.

\*\*) §. Leihhaus-Zinsen etc.

## Leihhaus = Auction.

§. Leihhaus zu Braunschweig, §. 38. — Leihhaus = Anstalt zu Blankenburg, §. 12.

## Leihhaus = Bediente.

§. Leihhaus zu Braunschweig, §. 2.

Wenn Leihhaus = Bediente als Zeugen vorgeschlagen werden, soll wegen deren Eistirung bei dem Leihhaus = Directorio requirirt werden. Landesf. Rescr. an den Magistr. zu Braunschw. v. 4. Januar 1773.

## Leihhaus = Creditsachen.

§. Leihhaus zu Braunschweig, §. 2.

## Leihhaus = Criminalsachen.

In Criminalsachen steht das beim herzogl. Leihhause angestellte Personal jetzt unter keinem andern als dem gewöhnlichen Gerichte. \*)

## Leihhaus = Forderung, Präscription derselben.

§. Leihhaus zu Braunschweig, §. 35.

## Leihhaus = Forderung, Bezahlung derselben mit gestohlenem Gelde.

§ Leihhaus, Pfandrecht desselben — Leihhaus = Anstalt zu Blankenburg, §. 17.

## Leihhaus, Geschäftszeit bei demselben.

§. Leihhaus zu Braunschweig, §. 6. — Leihhaus = Anstalt zu Blankenburg, §. 2.

Vom 12. Septbr. 1803 an soll der Versuch an den bestimmten Tagen, als Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags, nur von 9 bis 11 Uhr Vormittags und Nachmittags ohne Unterschied der Jahreszeit nur von 2 bis 3 Uhr, die Annahme der zur Prolongation oder Auslösung zu präsentirenden Leihhaus = Scheine aber an denselben Tagen nicht länger als Morgens von 8 bis 10 Uhr und Nachmittags von 2 bis 3 Uhr Statt haben. Bekanntmachung der Leihhaus = Commission zu Braunschweig vom 9. August 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 69.)

## Leihhaus, Pfandrecht desselben.

Obwohl in der Verordn. v. 9. März 1765. §. 32 \*\*) klar versehen ist, daß die Leihhaus = Scheine, in welchen, nach Vorschrift derselben, das Pfand, dessen Nummer und Taxe, imgleichen der Betrag des Anlehns und der Zinsen verzeichnet ist, auf gewisse gestempelte Zettel geschrieben und, sobald ein solcher Zettel dem Empfänger zugestellt worden, das Leihhaus ein völliges Pfandrecht erhalten solle, wenn auch gleich nach den gemeinen Rechten die Sache nicht hat verpfändet werden können, so sind doch über den wahren Sinn dieses Artikels Zweifel entstanden und hat dem Leihhause das erworbene Pfandrecht streitig gemacht und solches nach den gemeinen Rechten beurtheilt werden wollen. Da dies jedoch eben sowohl der Eingangs gedachten Verordnung zuwider ist, als es nicht mit einer solchen öffentlichen Anstalt bestehen kann, so wird der Inhalt des angeführten Artikels wiederholt und dahin declarirt, daß es dabei sein un-

\*) Die landesf. Rescripte v. 21. April und 1. Mai 1766 bestimmten, daß die Untersuchung der bei dem Leihhause vorkommenden Criminalfälle durch einen Deputirten aus dem Magistrate zu Braunschweig und in Gegenwart des Leihhaus = Directors im fürstl. Leihhause schleunigst geschehen, sodann aber darüber zu weiterer Verfügung an den Magistrat referirt werden solle.

\*\*) §. Leihhaus zu Braunschweig.

verändertes Verbleiben haben, auch dawider keinerlei dem Eigenthümer der verpfändeten Sachen nach den gemeinen Rechten zustehende Einreden Statt finden, noch darauf von Gerichts wegen gesprochen werden soll. Landesf. Verordn. v. 1. Febr. 1776. (Br. Anz. v. 1776. Nro. 13.)

Der Artikel 32 und 33 der unterm 9. März 1765 emanirten Leihhaus=Ordnung, worin dem Leihhause auch an gestohlenen und solchen Sachen, welche nach den gemeinen Rechten eigentlich nicht verpfändet werden können, ein Pfand-Recht ertheilt worden, ist auch auf den Fall, da jemand mit gestohlenem Gelde ein Pfand eingelöst, per modum interpretationis authenticæ ausdrücklich declarirt, weil dieses um so mehr, als die dem Leihhause zu leistende Sicherheit, daß dasselbe auch an gestohlenen Sachen ein Pfand-Recht erhalten und dabei nicht gefährdet werden könne, festzusetzen erfordert hat, der Sache gemäß sein will, und es daher nie eine andere Meinung gehabt, als daß, wenn jemand mit gestohlenem Gelde sein Pfand einlöst, das Leihhaus eine gleiche Sicherheit dabei zu genießen haben solle. Landesf. Declaration v. 15. Octbr. 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 91.)

Wenn jemand dem Leihhause eine auf gerichtliche Hypothek unbeweglicher Güter versicherte Forderung mit gestohlenem Gelde bezahlt, der Bestohlene aber dieses nachmals vindicirt, so behält das Leihhaus nach wie vor alle seine Rechte wider seinen Schuldner und bleibt ihm unbenommen, denselben und dessen etwaigen Bürgen zu belangen und die ihm gerichtlich verpfändeten Güter in Anspruch zu nehmen, indem auch das Pfand-Recht fort dauert, wenn der Pfand=Gläubiger das bezahlte Geld zurückgeben muß, dagegen der Bestohlene, wenn demselben die Vindication nicht gestattet werden sollte, seine Befriedigung aus dem Vermögen des Schuldners nicht würde erhalten können, und sollen daher die an die Leihhaus=Casse bezahlten Gelder aus derselben ohne fernern Anstand zurückgezahlt werden. Landesfürstl. Rescript vom 9. März 1780. \*)

S. auch: Leihhaus=Anstalt zu Blankenburg, §. 17. — Unterpfänder.

### Leihhaus=Scheine.

Der Landesfürst hat mißfällig vernommen, daß, ungeachtet aller zur Steuerung des Wuchers gemachten Anstalten und des vornehmlich in solcher Absicht errichteten Leihhauses, dennoch durch gewinnstüchtige Leute allerlei unerlaubte und widerrechtliche Mittel erdacht und angewendet worden, um diejenigen, so Gelder auf Pfänder zu nehmen genöthigt sind, zu vervorthen und zu berücken, inmaßen denn durch öftere bei den Gerichten deshalb vorgekommene Klagen sich hervorgethan, daß dergleichen gewinnstüchtige Leute nicht nur die Leihhaus=Scheine von den Inhabern unter allerhand Vorspiegelungen, gestalten solche ebenfalls verfaßt und mehrere Gelder darauf erhalten werden könnten, an sich zu bringen wissen, auch den Eigenthümern wohl etwas mehr, als von dem Leihhause darauf gegeben worden, bezahlen und dadurch die Scheine an sich kaufen, oder auch ihnen darauf etwas Weniges an Gelde, jedoch unter der unerlaubten Bedingung leihen, daß, wenn das Anlehn in der gesetzten Zeit nicht wieder bezahlt werde, sodann der Leihhaus=Schein verfallen sein solle, hernach aber die Sachen bei dem Leihhause einlösen, dieselben verkaufen und den Ueberschuß lukriren, den Eigenthümer aber um das Seinige bringen, sondern auch unter simulirten Contracten dem Verbote, Geld auf Pfänder auszuleihen, entgegen handeln und unter dem Namen eines wiederkauflichen Contracts Sachen unter dem Preise an sich kaufen, jedoch das in dieser Art unerlaubte pactum commissorium hinzufügen, daß, wenn die solcher Gestalt verkaufte Sache nicht binnen gesetzter Zeit wieder eingelöst werde, solche für das Kaufgeld dem Käufer verfallen sein solle, wodurch denn abermals der Eigenthümer um das Seinige gebracht wird, der verstellte Pfand=Inhaber

\*) Dieses Rescript ist auf Ansuchen des Atermanns Müller zu Stibben, welchen der nachher in Concurs gerathene Rothsaß Göbdecke Geld gestohlen und damit eine hypothecarische Leihhaus=Forderung bezahlt hatte, ergangen.

aber einen unerlaubten Gewinn zieht. Da nun solche dem gemeinen Wesen zum höchsten Nachtheile gereichenden Mißbräuche und schändlicher Wucher durchaus abgestellt werden sollen, so wird verordnet, 1) daß niemand die vom fürstl. Leihhause über verpfändete Pfänder ausgestellten Scheine an sich kaufen, noch auf selbige unter der Bedingung, daß, wenn das Anlehn in der gesetzten Zeit nicht wieder bezahlt werden würde, sodann der Leihhaus-Schein verfallen sein solle, Geld herleihen soll. In beiden Fällen soll derjenige, der dieses thut, des Kaufgeldes oder des Darlehns verlustig sein, und angehalten werden, den Leihhaus-Schein dem wahren Eigenthümer unentgeltlich wieder zuzustellen. 2) Desgleichen sollen die simulirten Wiederkaufs-Contracte, wodurch das wahre negotium, nämlich die verbotene Geldausleihe auf Pfänder, zu verbergen gesucht wird, und welchen die obgedachte unerlaubte Bedingung angehängt worden, daß nämlich die Sache, wenn sie zur bestimmten Zeit nicht eingelöst worden, an den Käufer verfallen sein solle, null und nichtig und der Käufer gehalten sein, die solcher Gestalt erkaufte Sache gegen Zurückgebung des Kaufgeldes wieder herauszugeben oder, Falls solche deteriorirt oder gar nicht mehr vorhanden sein sollte, den vorigen wahren Werth derselben zu ersetzen. Landesf. Verordn. vom 4. Juni 1772.

Die unterm 4. Juni 1772 ergangene höchste Verordnung ist erneuert und dahin declarirt, daß es auch unter keinerlei Bedingung und bei namhafter Strafe, auch Verlust des crediti erlaubt sein solle, auf Leihhaus-Scheine einiges Geld oder sonst überall etwas zu leihen, oder solche in Versatz zu nehmen, dagegen aber soll einem Jeden, dem an der baldigen Verpfändung seiner Pfänder gelegen, sein Anliegen dem fürstl. Leihhaus-Directorio zu offenbaren frei stehen, und dieses sodann das Pfand, wenn es auch nicht verfallen, in der nächsten Auction mit verkaufen zu lassen keinen Anstand nehmen. Landesfürstl. Verordn. v. 17. Decbr. 1778. (Br. Anz. v. 1779. Nro. 3.)

S. auch: Leihhaus zu Braunschweig, §§. 34, 35 und 36. — Leihhaus-Anstalt zu Blankenburg, §. 13. cf. Verordn. v. 5. März 1828, das zu Helmstädt zu etablirende Leihhaus betr., §. 6. — Bekanntmachung der herzogl. Leihhaus-Commission v. 22. August 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 204.)

### Leihhaus, Schreib-Gebühren bei dem zu Holzminden errichteten.

Demnach der Landesfürst zu resoloiren geruhet, in Absicht der von den Eigenthümern der Pfänder der Leihhaus-Anstalt zu Holzminden zu entrichtenden Schreib-Gebühren ein besonderes Regulativ festzusetzen, als ist auf höchsten Befehl öffentlich, besonders denen, welche sich der Hülfe dasiger Leihhaus-Anstalt zeither bedient haben, und künftig bedienen möchten, bekannt gemacht, daß benannte Schreib-Gebühren

von	1	bis	100	Thaler	auf	4	Pfennige.
»	100	»	200	»	»	2	»
»	200	»	400	»	»	1	»
»	400	»	800	»	»	1/2	»
»	800	»	1500	»	»	1/4	»
»	1500	u. f. w.		»	»	1/8	»

von jedem Thaler fürerst festgesetzt, und die Leihhaus-Administration zu Holzminden dieserhalb mit nöthiger Verhaltungsmaße versehen und angewiesen worden, vom 1. Juli d. J. angerechnet nach sothaner höchsten Vorschrift die Schreib-Gebühren zu berechnen und einzuhoben. Avertissement der fürstl. Leihhaus-Commission zu Braunschweig v. 3. Juni 1785. (Br. Anz. v. 1785. Nro. 47.)

### Leihhaus-Zinsen, Schreib- und Taxations-Gebühren.

S. Leihhaus zu Braunschweig; Verordn. v. 9. März 1765. §§. 11. 19. 23. 28. 30 und 31.



Nach Vorschrift der Verordn. v. 9. März 1765 haben bisher die Leihhaus-Scheine von 3 zu 3 Monaten prolongirt, auch bei jeder Prolongation neben den Zinsen die Einschreibe- und Taxations-Gebühren von Neuem entrichtet werden müssen. Um diese Kosten zu mindern, ist folgendes verordnet:

1) Der Prolongations-Termin von den erborgten Anleihen ist auf 6 Monate festgesetzt, und 2) an Zinsen, Einschreibe- und Taxations-Gebühren soll nicht mehr als sieben und ein halb vom Hundert jährlich genommen, auch 3) wenn jemand sein Pfand unter 6 Monaten wieder einlösen will, für jeden vollen Monat ihm auf 100 Thlr. Capital, 15 Ggr. und so weiter verhältnißmäßig an Zinsen, Einschreibe- und Taxations-Gebühren in Eins gerechnet gut gethan werden. Nach obigem Nro. 2 bestimmten Fuße sollen also die Zinsen, Einschreibe- und Taxations-Gebühren auf alle Summen berechnet, und, wenn in kleinen Summen ein Bruch entsteht, der Pfennig statt des Bruchs voll gerechnet werden. Landesf. Declaration der fürstl. Leihhaus-Ordnung v. 9. März 1765. d. d. den 20. April 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 35.)

Der Passus der unterm 20. April 1770 erlassenen Declaration der Leihhaus-Ordnung v. 9. März 1765. Nro. 3, worin verordnet, daß einem Jeden, der sein Pfand unter 6 Monaten wieder einlösen will, für jeden vollen Monat auf 100 Thlr. Capital 15 Ggr. und so weiter verhältnißmäßig an Zinsen, Einschreibe- und Taxations-Gebühren in Eins gerechnet gut gethan werden solle, ist wegen der vielen unter 5 Thlr. an Werth sich belaufenden Pfänder, welche oft nach wenigen Tagen wieder eingelöst werden, dahin abgeändert und respective declarirt, daß in Zukunft von allen den Scheinen, deren Capital nicht über 5 Thlr. ist, sie mögen während der 6 Monate eingelöst werden, wann sie wollen, die ganzen sechsmonatlichen Zinsen genommen werden sollen, dahingegen aber in Rücksicht derjenigen Scheine, deren Capital über 5 Thlr. ist, es bei der eingeführten Ordnung der Gestalt bleiben soll, daß davon nicht mehr Zinsen, als so viel Monate von deren Verfaß bis zur Einlösung verflossen, jedoch so, daß ein angefangener Monat für voll zu rechnen, genommen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 17. Decbr. 1778. (Br. Anz. v. 1779. Nro. 4.)

cf. Verordn. v. 5. März 1828, das zu Helmstädt zu etablirende Leihhaus betr., §. 9.

Da die Haupt-Absicht bei Errichtung des Leihhauses dahin gegangen ist, dem Bucher zu steuern und dem Publicum die Bequemlichkeit, gegen Sicherheit und billige Zinsen zu jeder Zeit baares Geld erhalten zu können, zu verschaffen, niemals aber dieses Institut zu einer Quelle landesf. Einkünfte hat gemacht werden sollen und der Zustand des Leihhauses eine Herabsetzung der Zinsen zu ertragen vermag, so wird verordnet, daß von Capitalien, welche das Leihhaus auf Grundstücke, oder auf fürstl. und landschaftl. Obligationen ausleihet, statt der jetzt bei demselben eingeführten Zinsen nicht mehr als 5 Procent, \*) und auf Faustpfänder 6 Procent jährliche Zinsen entrichtet werden sollen; wobei es denn übrigens in allen sonstigen die Verfassung und Einrichtung des fürstl. Leihhauses betreffenden Punkten auf dem bisherigen Fuße verbleibt. Landesf. Verordn. v. 15. März 1783. (Br. Anz. v. 1783. Nro. 33.)

### Leihhaus, Zinsen bei dem zu Holzminden errichteten.

Demnach der Landesfürst mittelst höchster Verordn. v. 22. Januar 1784, die Verbindung der Holzmindenschen Leihhaus-Anstalt mit der Braunschweigischen betreffend, \*\*) declarirt hat, daß bei solcher nach den bei hiesigem Leihhause vorhandenen Einrichtungen und Vorschriften sowohl in Ansehung der mittelst Verordn. v. 15. März 1783 \*\*\*) herabgesetzten Verzinsung als der übrigen Punkte verfahren werden solle, dießemnach auch bereits nach den unterm 3. Juni 1785 †) publicirten Avertissement die von

\*) Der Zinsfuß ist jetzt auf vier und bei Gemeinde-Anleihen auf drei ein halb Procent herabgesetzt.

\*\*) S. Leihhaus-Anstalt zu Holzminden.

\*\*\*) S. Leihhaus-Zinsen, Schreib- und Taxations-Gebühren.

†) S. Leihhaus, Schreib-Gebühren bei dem zu Holzminden errichteten.

jedem Thaler zu entrichtenden Schreib-Gebühren der Zeit mit höchster Approbation vermindert worden sind, als ist in Gemäßheit des landesf. höchsten Rescripts v. 29. Octbr. 1789 hiermit fernerweit bekannt gemacht, daß, da die Leihhaus-Anstalt zu Holzminden nunmehr eine weitere Herabsetzung der Zinsen zu ertragen vermögend ist, auch dem der Hülfe des Leihhauses zu Holzminden sich bedienenden Publico eine Erleichterung in demjenigen, was dasselbe zeither an Zinsen, Schreib-Gebühren und Verfall-Geldern zu entrichten schuldig gewesen, angedeihen soll, verordnet worden, daß künftighin, und zwar vom 1. Januar 1790 angerechnet, 1) von Capitalien, welche das fürstl. Leihhaus daselbst auf Grundstücke, auch fürstl. und landschaftl. Obligationen ausleihet, nicht mehr als 5 Procent; 2) von Darlehen aber, welche auf sogenannte fürstl. Pfänder ausgeliehen werden, 6 Procent jährliche Zinsen gehoben werden sollen, der Gestalt, daß von allen und jeden vor dem 1. Januar 1790 von der Leihhaus-Casse ausgeliehenen und an dieselbe noch nicht zurückgezahlten Geldern zu Erhaltung der Ordnung in den Rechnungsbüchern noch bis nach Ablauf der auf 3 oder 6 Monate gestellten Leihhaus-Scheine die darin stipulirten Zinsen, Schreib-Gebühren und Verfall-Gelder, vom Tage der Prolongation solcher Scheine angerechnet aber nur die Zinsen zu resp. 5 und 6 Procent, mit gänzlicher Abschaffung der bisher bezahlten Schreib-Gebühren, entrichtet werden sollen. Auch wird zur Nachricht unverhalten, daß

a) vom 1. Januar 1790 an alle Pfand-Scheine auf 6 Monate ausgefertigt,

b) die Zinsen von Capitalien, welche nur 5 Thlr. und darunter betragen, die Scheine mögen während der 6 Monate eingelöst werden, zu welcher Zeit sie wollen, auf die ganzen 6 Monate bezahlt; dahingegen von solchen Scheinen, deren Capital über 5 Thlr. beträgt, nicht mehr an Zinsen als so viel Monate von dem Verfall bis zur Einlösung verflossen, jedoch so, daß der angefangene Monat für voll gerechnet wird, entrichtet, imgleichen

c) von einem binnen oder mit Ablauf der 6 Monate nicht prolongirten oder ausgelösten und also verfallenen Faustpfande, wenn es in der Leihhaus-Auction verkauft, oder aber vor der Auction zur Prolongation oder Auslösung losgegeben wird, außer den Zinsen zu 6 Procent noch ein Viertel Procent Strafe nebst 3 Procent Auktions-Gebühren erlegt, auch

d) bei nicht richtiger Abführung der Zinsen von Hypothek- oder auf Obligationen negotiirter Capitalien außer den Zinsen à 5 Procent noch ein Viertel Procent Strafgeelder gehoben werden sollen. Uvertissement der fürstl. Leihhaus-Commission zu Braunschweig v. 7. Novbr. 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 91.)

### Leineweber.

Die Kinder der Leineweber sollen zu Zünften und Handwerks-Gerechtigkeiten zugelassen werden. Landesf. Verordn. v. 24. April 1656. \*)

S. auch: Geburtsbriefe.

Die Leineweber sollen für ehrliche Leute gehalten werden, und es soll dieselben niemand wegen ihres Handwerks zu schmähen, zu schimpfen, und ihnen dergleichen Injurioses, als daß sie die Leiter zum Galgen bei den Executionen tragen müßten, vorzurücken, bei 50 Thlr. fisciälicher Strafe sich unterfangen. Landesf. Verordn. v. 19. Mai 1729.

Die vorhandenen Leineweber-Gilden sollen zwar in ihrer Verfassung bleiben, und außer dem Gildezwang bei allen Artikeln ihrer Gildbriefe geschützt werden; es soll aber auch einem Jeden, sowohl in den Städten, als auf dem Lande, welcher sich dieser Nahrungs-Art widmen will, gestattet sein, für sich und

andere

\*) Diese Verordnung betraf die Handwerks-Mißbräuche, insbesondere die Jurisdiction, welche sich die Handwerker angemäht hatten.

andere alle Sorten von Leineweber-Arbeit zu machen, ohne sich zu einer Gilde halten zu müssen, wie denn überhaupt in Ansehung der Leinweberei aller Gildezwang völlig aufgehoben, und in solcher Maße die Verordn. v. 4. März 1765 \*) in den Punkten, welche das Verfahren wider die außer der Gilde befindlichen Arbeiter betreffen, declarirt ist. \*\*) Landesf. Verordn. v. 26. Mai 1766. (Br. Anz. v. 1766. Nro. 50.)

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. October 1821. §. 20. — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 16. Nro. 10.

### Leinsaamenhandel.

Um zu Abhelfung der Irrungen, welche bei Gelegenheit des Leinhandels bisher vorgekommen sind, zugleich auch zu Abwendung des großen Schadens, in welchen die Unterthanen durch das Ausfäen untauglichen Leinsaamens gesetzt werden, ein gewisses Regulativ wegen des Leinhandels zu machen, wird folgendes verordnet:

1) Es ist zwar neben dem Riga'schen auch Schwanebedscher und anderer Leinsaamen \*\*\*) in hiesigen Landen zu verkaufen erlaubt, jedoch soll der Handelsmann auf die Sonne, in welcher das Lein befindlich, bei 10 Thlr. Strafe auf jeden Contraventions-Fall schreiben, was für Lein darin vorhanden, und das eine nicht für das andere ausgeben, damit der Käufer zuverlässig erfahre, welche Art von Leinsaamen er bekomme. 2) Es soll bei gleichmäßiger Strafe niemand altes für neues Lein ausgeben, noch verkaufen. 3) Jeder, der mit Lein Handel in hiesigen Landen treibt, soll ein besonderes Buch halten, worin er specificie anschreibt, wie viel Lein er jedes Jahr, und woher er solches gekauft, auch wohin er es wieder verkauft hat. 4) Den Verkäufern wird das Untereinandermengen des Leinsaamens von verschiedener Art bei 10 Thlr. Strafe verboten. Damit die Verkäufer des Leinsaamens sich um desto besser in Acht nehmen und gute Waare anschaffen mögen, so sollen 5) die Käufer den Leinsaamen zu bezahlen nicht gehalten, und, wenn sie ihn etwa schon bezahlt haben, das Geld wieder zu fordern befugt sein, wenn derselbe entweder gar nicht ausläuft, oder aus dem aufgelaufenen abzunehmen ist, daß der Leinsaamen vermisch gewesen, jedoch sollen 6) die Käufer binnen 4 Wochen, nachdem der Saamen ausgesät worden, den Verkäufer wissen lassen, daß derselbe nicht aufgegangen, mit dem Ersuchen, den Acker besehen zu lassen, und ihnen sodann in Güte einen Schein zu geben, daß sie für den Lein nichts weiter schuldig seien, in dessen Entstehung aber bei der Obrigkeit um die Befichtigung ansuchen, welche denn in den nächst darauf folgenden 14 Tagen solche Befichtigung vornehmen und den Käufer dazu citiren, auch zwei beeidigte Haushaltungs-Verständige dabei adhibiren soll. 7) Wenn sich bei der Befichtigung ergibt, daß der

\*) S. Gilden.

\*\*) Zur Aufnahme der Leinweberei wurde in dieser Verordnung ferner bestimmt, daß, wenn ein Leineweber sich neu anbauen wolle, derselbe statt der den neuen Anbauern als Baubouccur ausgesetzten 20 Thlr. — 25 Thlr. erhalten und statt der jenen bewilligten 14jähr. Freiheit von der Bezahlung der onerum publicorum diese 20 Jahre lang genießen solle; auf den Fall aber, daß ein sich neu anbauender Leineweber auf glaubhafte Weise darthue, daß er taugliche Sorten von Linnen anfertige, und sich den Betrieb der Leinweberei fleißig angelegen sein lasse, solle derselbe nach aufgelaufenen Freijahren gegen einen mäßigen Erbzins von allen Diensten, auch vom Landsoldaten-Dienste und von allen Verbungen völlig frei sein. Durch das Landesf. Ausschreiben v. 16. Febr. 1767 wurden indeß die den Leinwebern bei neuen Anbauen ertheilte Zusage dahin beschränkt, daß jene Vortheile nur dann eintreten sollten, wenn man versichert sei, daß der Leineweber sein Gewerbe tüchtig verstehe und dasselbe gut und beständig betreiben werde. S. Baubouccurs, Freiheiten und Remissionen.

\*\*\*) Durch die Verordn. v. 28. April 1723 war verboten, Leinsaamen von Schwanebeck und überhaupt solchen, der nicht von Riga und andern an der Dstsee belegenen Orten komme, in hiesigen Landen zu verkaufen, indeß wurde das Verbot durch die Verordn. v. 27. Mai 1728 wieder aufgehoben, und einem Jeden gestattet, auf seine Gefahr und nach seinem Gefallen Lein zu kaufen, von welcher Art er wolle. Das Hausiren mit Leinsaamen wurde in beiden Verordnungen streng untersagt.

Leinsaamen entweder gar nicht, oder daß er sehr einzeln, oder sehr ungleich aufgelaufen ist, so ist zugleich zu untersuchen, ob der Acker auch gut bestellt, oder ob etwa der Saamen oder Flachs durch Erdflöhe oder Unglücksfälle beschädigt sei, da denn, wenn sich findet, daß die Bestellung des Ackers untauglich gewesen, oder Unglücksfälle das Auflaufen des Leins verhindert haben, der Käufer den Leinsaamen bezahlen, auch die Kosten der Besichtigung stehen muß, wogegen, wenn der Saamen für untauglich erkannt wird, der Verkäufer nicht allein der Forderung für das Lein verlustig, sondern auch die durch die Besichtigung veranlaßten Unkosten zu bezahlen verbunden ist; wie derselbe auch noch überdem 8) dem Käufer die Landpacht, Bestellungskosten und Versäumnis zu bezahlen schuldig, wenn sich findet, daß er oder seine Leute wissentlich verfälschten oder vermischten Leinsaamen verkauft haben. Sollte 9) der eine oder andere Theil mit dem auf vorgegangene Besichtigung abgegebenen Erkenntnisse des Amts oder Gerichts nicht zufrieden sein, so soll dasselbe dessen *argumenta ad protocollum* nehmen lassen, und *acta* an die fürstl. Geheime Rathsstube einsenden, welche dem Befinden nach darin verfügen wird, damit, wenn auch gemeiniglich keine *summa appellabilis* in diesen Sachen vorhanden ist, gleichwohl des gemeinen Besten wegen der vermeintlich lädirte Theil nicht enthört, auch der fürstl. Geh. Rathsstube bekannt werde, welche Kaufleute guten oder schlechten Saamen geliefert. Damit auch 10) um so weniger untauglicher Leinsaamen in hiesigen Landen debitirt werden möge, so ist der Leinhandel auf den Dörfern gänzlich, und bei Strafe der Confiscation verboten; \*) auch hat es 11) bei dem Verbote des Hausirens mit Leinsaamen sein unveränderliches Bewenden. Landesf. Verordn. v. 28. März 1754. (Br. Anz. v. 1754. Nro. 35.)

Da der Landmann oft bei dem Ankaufe des Leinsaamens gefährdet und durch die Vermischung des ächten frischen Rigaer Leinsaamens mit älterem oder schlechterem inländischen in Schaden gebracht wird, so sollen die Obrigkeiten zu Erreichung dieses auf das gemeine Beste abzielenden Endzwecks den sämtlichen unbefugten Leinsaamenhändlern den Handel untersagen, auch gegen die Hausirhändler auf dem platten Lande mit Confiscation des Leinsaamens allen Ernstes verfahren, den privilegirten und sonst befugten Leinsaamenhändlern aber bekannt machen, daß, wenn jemand von ihnen wider besseres Hoffen und Vertrauen die wahre Art und das Alter des Leinsaamens verschweigen oder falsch angeben und den Saamen vermischen, verfälschen, oder verlegen und Schlag-Saamen zum Säen verkaufen würde, gegen denselben nach äußerster Strenge inquisitionsmäßig verfahren werden solle, wie denn auch die Obrigkeiten von den demungeachtet vorkommenden Contraventionsfällen Bericht zu erstatten befehligt sind. Landesf. Aussch. v. 10. April 1777.

Die unterm 28. März 1754 ergangene landesf. Verordnung ist ihrem ganzen Inhalte nach erneuert, und den sämtlichen Obrigkeiten im Lande nicht nur die strengste Aufsicht über die pünktliche und allgemeine Beobachtung dieser Verordnung, sondern auch überdem ernstlich aufgegeben, im Gefolge des Circular-Rescripts v. 10. April 1777 den sämtlichen unbefugten Leinsaamenhändlern den Handel sofort zu untersagen, auch gegen die Hausirhändler auf dem platten Lande mit Confiscation des Leinsaamens \*\*) allen Ernstes zu verfahren, den privilegirten und sonst befugten Leinsaamenhändlern aber bekannt zu machen, daß, wenn jemand von ihnen wider besseres Hoffen und Vertrauen die wahre Art und das Alter des Saamens verschweigen oder falsch angeben, und den Saamen vermischen, verfälschen, oder verlegen und Schlag-Saamen zum Säen verkaufen würde, gegen denselben nach äußerster Strenge inquisitionsmäßig verfahren werden solle. Diese Verordnung soll auch, damit sie immer in frischem Andenken bleibe, jährlich gegen die Zeit, daß der Leinsaamen auf dem Lande ausgesät zu werden pflegt, von den Kanzeln verlesen werden. \*\*\*) Landesf. Verordn. v. 30. Juni 1783. (Br. Anz. v. 1783. Nro. 64.)

\*) Nach einem Beschlusse der herzogl. Landes-Direction v. 11. Octbr. 1835 wird jetzt der Leinsaamenhandel in die Concessionen der sämtlichen Materialwaaren-Händler auf dem Lande mit aufgenommen.

\*\*) cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837 insbesondere §§. 49 sqq.

\*\*\*) cf. Circular-Rescript fürstl. Consistorii v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 204.)

Ob zwar nach der wegen des Leinhandels unterm 28. März 1754 erlassenen und unterm 30. Juni 1783 erneuerten hiesigen Landes-Verordnung die Untauglichkeit des Leinsaamens daraus, daß derselbe entweder gar nicht, oder sehr ungleich aufgelaufen ist, beurtheilt werden soll, so lehrt jedoch die Erfahrung, daß die Witterung und andere Nebenumstände an einer guten oder schlechten Flachs-Ernde oft eben so viel, wo nicht noch mehr Antheil haben, als davon der Beschaffenheit des Saamens zuzuschreiben sein möchte; wie denn auch die gute oder schlechte Bearbeitung des Landes, worauf hierbei wieder so viel ankömmt, nach Verlauf einer Zeit von 6 Wochen nach der Aussaat, als welcher Termin nach der oben angezogenen Verordnung zur Besichtigung bestimmt worden, auf eine zuverlässige Art wohl nicht mehr erforscht werden kann. Wenn hiernach also, die Sache von dieser Seite betrachtet, dem Verkäufer des Leinsaamens der schlechte Erfolg der Ernde so geradezu nicht zur Last gelegt, und auf dessen Kosten dem Landmanne eine gute Flachs-Ernde versichert werden kann, auf der andern Seite jedoch auch der Landmann vor den Betrügereien des Verkäufers, damit dieser nicht weder selbst, noch durch seine Leute vorsätzlich und wissentlich verfälschten, untauglichen, verlegenen oder verdorbenen Saamen für guten verkaufe, gesichert werden muß, so sollen die Obrigkeiten, wenn künftig die Landleute sich wegen einer Besichtigung des schlecht aufgelaufenen Leinsaamens bei ihnen melden, selbigen zuvor nach Obigem den Gesichtspunkt, woraus die Sache betrachtet werden müsse, und das wahre Verhältniß, worin Käufer und Verkäufer hier gegen einander stehen, deutlich machen, und ihnen dabei eröffnen, daß man bei der Entscheidung der Sache besonders darauf Rücksicht nehmen werde, ob der Verkäufer ihnen denjenigen Saamen in der Qualität, wofür er ihn ausgegeben, verkauft, denselben nicht verfälscht, und wissentlich durch sich und seine Leute keine verdorbene, untaugliche und verlegene Waare für gute und neue Waare gegeben, auch in Ansehung seines eigenen Einkaufs, um den besten und aufrichtigsten Leinsaamen in seiner Art zu erhalten, alle Vorsicht angewandt habe, wohingegen denn ihnen als Käufern das Gegentheil davon gehörig, auch allenfalls durch Eides-Delation zu erweisen nachgelassen bleibe, jedoch sie alsdann, wenn sie sachfällig werden sollten, dem Befinden der Umstände nach in die Kosten condemnirt werden würden; wonach die Obrigkeiten in vorkommenden Fällen also zu verfahren haben. Landesf. Circular-Rescript v. 6. Mai 1788.

cf. Rescript fürstl. Cammer-Collegii v. 6. Decbr. 1823. (Bege I. p. 136.) — Verordnung v. 26. Octbr. 1829, die Vertilgung und Abwendung der Wucherblume betr., §. 1.

### Leinsaamenhandel in Braunschweig.

Zu Verhütung des bei dem Leinsaamenhandel möglichen Betrugs ist dem Publico die landesf. Verordnung v. 30. Juni 1783, \*) daß niemand, der mit Leinsaamen handelt, eine schlechtere Sorte für alten Rigaischen Saamen, oder alten für neuen ausgeben, oder verschiedene Sorten vermischen, verfälschen, oder Schlagsaamen zum Säen verkaufen darf, und im Uebertretungsfalle gegen einen solchen Verkäufer nach äußerster Strenge inquisitionsmäßig verfahren werden soll, in Erinnerung gebracht. Die Verkäufer sollen zufolge der höchsten Verordnung ein Buch halten und sich überhaupt nach dieser Verordnung richten, die Käufer aber, da auch schlechte Sorten Leinsaamen eingeführt werden und diese alle Mal wohlfeiler, als der ächte Rigaische, sind, sich nicht durch geringere Preise hintergehen lassen, auch im Falle sie betrogen zu sein glauben, und den Betrug erweisen können, ihre Klage gehörig anbringen und die Ersehung aller Schäden und Unkosten von dem Verkäufer durch rechtliche Hülfe gewärtigen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 13. Febr. 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 16.)

Damit jeder Käufer die unächten Tonnen von den wahren Rigauer Lein-Tonnen selbst unterscheiden

\*) S. Leinsaamenhandel.

Könne, ist dem Publico bekannt gemacht, daß auf jeder achten Rigaer Tonne zwei queer über einander liegende Schlüssel mit kleinen runden Griffen, und in der Mitte dieser Schlüssel, da, wo solche queer über einander liegen, die Jahrzahl eingegraben, außerdem aber eben diese Jahrzahl nebst den Anfangsbuchstaben desjenigen Böttchers, welcher Verfertiger der Tonne ist, eingeschlagen sein müssen, und daß diejenige Tonne, welche diese eingeschlagene Jahrzahl nebst den obgedachten Buchstaben nicht noch außer dem gewöhnlichen Brandzeichen enthält, für eine achte neue Rigaer Lein-Tonne nicht zu halten ist. Uebrigens hat jeder Käufer des Leinsaamens zu seiner Sicherheit bei dem Verkäufer ausdrücklich nachzufragen, ob der Saamen aufrichtiger Rigaischer sei, damit nicht dergleichen aus irriger Voraussetzung dafür gekauft werde; wie denn auch den Verkäufern bei Vermeidung unausbleiblicher Strafe die Verbindlichkeit auferlegt wird, dem Käufer jeder Zeit aufrichtig zu sagen, woher der Saamen eigentlich sei, und die Wahrheit hierunter nicht zu verhehlen. \*) Uvertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 18. April 1788. (Br. Anz. v. 1788. Nro. 33.)

### Leinsaamen- und Eisenhandel.

Obwohl schon früher durch verschiedene, an den einen oder andern Beamten ergangene Special-Berordnung denselben befohlen worden, sich aller für die Städte eigentlich gehörigen Handlung, insbesondere mit Leinsaamen, Eisen und dergl. künftig zu enthalten, so haben dennoch viele derselben zum Nachtheile des commercii in den Städten und besonders auch dem Publico zum Schaden (indem dergleichen Waaren sofort um die Städte weggefahren und der sonst davon zu entrichtende Zoll denselben solcher Gestalt entzogen worden) bisher damit continuirt, weshalb verordnet wird, daß die fürstl. Ober- und Beamten, auch Gerichts-Verwalter, imgleichen Sogrefen, Voigte und übrigen Befehlshaber die Handlung mit Leinsaamen und Eisen, imgleichen mit allen andern Waaren, aus deren Vertriebe den Städten, auch dem Publico Präjudiz entstehen könnte, gänzlich einstellen sollen, bei Confiscation der Waaren und nach Befinden anderer ernstern Bestrafung. Landesf. Verordn. v. 21. Febr. 1705.

### Vesegeellschaften und Bibliotheken der Prediger.

§. 1. Damit es den Superintendenten und Predigern auf dem Lande und in den Landstädten an der zur Fortsetzung ihres wissenschaftlichen und practischen Studiums erforderlichen neuern Lectüre nicht mangle, soll nach §. VII der erneuerten Synodal-Berordnung v. 9. Octbr. 1801 \*\*) in jeder General-Inspection für sämtliche Mitglieder derselben eine Vesegeellschaft, auch zu deren fortwährendem Gebrauche nach und nach eine kleine Inspections-Bibliothek errichtet werden.

§. 2. Zum Fonds dieser nöthigen und nützlichen Institute hat der Landesfürst, statt ungewisser Beiträge von den fürstl. und klösterlichen Patronat-Kirchen, eine jährliche bestimmte Summe angewiesen, welche auf die verschiedenen General-Inspectionen verhältnißmäßig vertheilt werden soll, und die Patrone der übrigen Kirchen haben aus den Aerarien derselben nach Maßgabe des Cassenbestandes jährliche größere oder geringere Zuschüsse verwilligt, die der General-Inspection, aus welcher sie eingehen, verbleiben; hierzu kommen die weiterhin zu bestimmenden Beiträge der Interessenten für die jedesmalige Lectüre.

§. 3. Beiderlei Anstalten stehen unter der Aufsicht des fürstl. Consistorii, welchem die General-Superintendenten, als verordnete Directoren derselben, alle drei Jahre von deren Bestande und Fortgange Bericht zu erstatten, auch die von ihnen zu führenden Rechnungen der Casse, für welche sie die §. 2

\*) Als im Jahre 1788 ein beträchtlicher Vorrath von Rigaischem, Memelschem und sonstigem auswärtigen Leinsaamen unverkauft geblieben war, so wurde durch das Ausschreiben des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig vom 19. Septbr. 1788 (Br. Anz. v. 1788. Nro. 78.) den dortigen Kaufleuten auf landessf. Befehl bei hundert Thaler Strafe verboten, alten Leinsaamen für neuen zu verkaufen.

\*\*) S. Synoden der Prediger auf dem Lande und in den Landstädten.

bemerkte Einnahme theils von dem ersten Consistorial-Secretair und den Kirchen-Rechnungsführern alljährlich, theils von den Interessenten bei dem Anfange eines jeden Turnus der Lectüre erheben werden, ebenfalls alle drei Jahre abzulegen haben.

§. 4. Die ordentlichen Interessenten aber sind, außer den General-Superintendenten, sämtliche zu deren Diöcesen gehörige Special-Superintendenten, Prediger und Collaboratoren des Predigt-Amtes; auch soll den darin sich aufhaltenden Candidaten der Theologie gestattet sein, an der Inspections-Lectüre gegen einen mäßigen Beitrag Theil zu nehmen.

§. 5. Die zu dieser Lectüre schicklichen neuern theologischen, philosophischen, historischen und andern vermischten Schriften bringt jeder General-Superintendent als Director für die ihm anvertraute Diöcese in Vorschlag, und entwirft zu dem Ende ein reichhaltiges Verzeichniß derselben, welches er nach vorgängiger Auszeichnung der für sich selbst gewählten und für die Inspections-Bibliothek aus dem §. 2 erwähnten Fonds zu erstehenden Bücher, den Special-Superintendenten und durch diese den Predigern, Collaboratoren und Candidaten durch ein Circular zusendet, damit sämtliche Interessenten die ihnen beliebigen Bücher selbst auswählen und in dem Verzeichnisse bemerken können, worauf denn dieses sobald als möglich an den Director zurückgeht.

§. 6. Die Beiträge der Interessenten richten sich nach dem Preise der von ihnen gewählten Bücher, indem ein Jeder diejenigen bezahlt, die er selbst gewählt hat, welche er denn auch nach geendigter Lectüre zurückerhält, und also der Gesellschaft für so viele andere, die er mitliest, nur zum Durchlesen leiht. Indes wird doch hierbei ein gewisses Verhältniß zu beobachten, und deshalb in den Diöcesen, in welchen der Turnus der Lectüre ein Jahr und darüber dauert, von jedem Interessenten wenigstens ein Reichsthaler, so wie in denen, wo er zwei Jahre und länger währt, aufs Mindeste 2 Thlr. für denselben beizutragen und hiernach die Auswahl der Bücher zu treffen sein, von wohlhabenden Mitgliedern aber um so billiger ein Mehreres erwartet werden können, da die von ihnen bezahlten Schriften ihr Eigenthum bleiben.

§. 7. Wenn nun auf vorbeschriebene Art die Auswahl der vorgeschlagenen Bücher getroffen, und das Verzeichniß derselben an den Director zurückgelangt ist, so werden von ihm sämtliche zur nächsten Lectüre bestimmte Schriften angekauft, und, nachdem für den Einband derselben aus der Casse gesorgt worden, in so viele Portionen, als Mitglieder der Gesellschaft sind, getheilt, die Portionen mit Nummern, die zu einer Portion gehörigen Bücher aber mit den Buchstaben A. B. C. etc. bezeichnet, auch auf dem ersten mit den Namen der beiden ersten Empfänger versehen und von dem General-Superintendenten auf Kosten der Casse in versiegelten leinenen Beuteln, welche ebenfalls mit den Nummern und Buchstaben der darin befindlichen Bücher zu signiren sind, an die Special-Superintendenten zur Vertheilung unter die übrigen Interessenten versandt, zugleich auch die Beiträge für die von jedem erwählten Bücher eingefordert, welche denn die Prediger, Collaboratoren und Candidaten den Superintendenten und diese den General-Superintendenten fordersamst zuzusenden haben.

§. 8. Vor der ersten Versendung der Bücher aber ist von dem General-Superintendenten mit den Special-Superintendenten und übrigen Mitgliedern der Gesellschaft die Ordnung, in welcher die Bücher circuliren sollen, nach der Lage der Derter zu verabreden, auch bei jedesmaliger Absendung derselben ein allgemeiner Termin zur Anhebung des Turnus der Lectüre in der ganzen General-Inspection zu bestimmen, damit, von diesem Termine an gerechnet, alle 14 Tage jeder Interessent die ihm zugegangene und künftig zugehende Portion nach gehöriger Bemerkung des Wechseltages auf dem mit A. bezeichneten Buche an die ihm in der Reihe folgenden Interessenten weiter sende, wobei ein Jeder den Transport selbst zu stehen, jedoch bei beträchtlicher Entfernung der Derter die Casse nach dem Ermessen der Directoren einen billigen Zuschuß zu leisten hat.

§. 9. Sollte irgend ein Interessent in Ansehung des richtigen und prompten WeiterSENDENS der

Bücher sich faumselig finden lassen, so hat der Nachfolger ihn daran zu erinnern, und im Falle die Erinnerung nichts fruchtet, solches dem Director der Gesellschaft anzuzeigen, damit gegen dergleichen durchaus nicht zu duldennde Versäumnisse die nöthigen Maßregeln ergriffen werden können, wie denn auch die Superintendenten in ihren Inspectionen darauf achten werden, daß das Circuliren der Bücher nicht ins Stocken gerathe.

§. 10. Dafern auch von einem Interessenten nicht alle zu einer Portion gehörigen und deshalb auf dem ersten durch A. B. C. etc. angegebenen Bücher an den Nachfolger abgesandt wären, sondern das eine oder andere daran fehlen sollte, so hat dieser jenen von dem fehlenden Buche sofort zu benachrichtigen, und, Falls es nicht nachgesandt wird, solches bei dem Weiter senden der übrigen zu notiren, da denn das verloren gegangene von dem Vorgänger desjenigen Interessenten, der es zuerst als vermißt bemerkt hat, ohne weitere Rücksicht zu ersetzen ist.

§. 11. Hierbei bedarf es kaum der Erinnerung, daß die Bücher, damit sie desto weniger verloren gehen können, nie anders, als in dem dazu gehörigen Beutel versiegelt weiter zu senden, auch zum Besten der Interessenten und Inspections-Bibliotheken, deren Eigenthum sie bleiben, möglichst rein zu erhalten sind.

§. 12. Wenn endlich der ganze Turnus der Lectüre in einer General-Diöcese geendigt worden, so haben die Prediger, Collaboratoren und Candidaten die Bücher, welche bei ihnen zu Ende laufen, den Special-Superintendenten, diese aber, wenn alle Bücher aus der ganzen Inspection eingegangen sind, sie auf Kosten der Casse dem General-Superintendenten zurückzuliefern, damit derselbe einem jeden Interessenten die seinigen zutheile, und die übrigen, neu eingebunden, in einem aus der Casse anzuschaffenden Repositorio als den Anfang einer nach und nach zu vergrößern Inspections-Bibliothek aufstelle.

§. 13. Ueber diese Bibliothek behält der General-Superintendent die beständige Aufsicht, entwirft ein alphabetisches Verzeichniß der darin befindlichen Bücher, und läßt jedem Interessenten der Inspections-Lesegesellschaft diejenigen, welche er in der Folge wieder zu lesen wünscht, gegen einen Empfangschein verabfolgen, damit auch dieses Institut fortdauernden Nutzen stifte.

§. 14. Uebrigens ist vor dem Ablaufe eines jeden Turnus der Lectüre in einer Diöcese der künftige nach Anleitung des §. 5 schon so weit vorzubereiten, daß er nach Endigung des erstern sofort wieder anheben könne. Reglement fürstl. Consist. v. 5. Januar 1803.

cf. Landesf. Rescr. v. 9. August 1818. (Bege III. p. 257.)

### Leuchten.

Um zu wissen, ob die Leute wohlverwahrte Leuchten haben, deren sie sich mit Sicherheit in den Ställen und beim Dreschen und Futterschneiden bedienen, so soll streng darüber gehalten werden, daß die Leuchten jedes Mal mit auf das Landgericht gebracht und den Commissarien vorgezeigt werden müssen. Wenn nicht wohlverwahrte, untaugliche oder einer Reparation bedürftige Leuchten befunden werden, so sollen dieselben im Amte zurück behalten, auf Kosten der Eigenthümer ex officio mit neuen ausgewechselt und gehörig reparirt werden. Bis dahin und daß solches geschehen, ist niemandem das Dreschen und Futterschneiden bei Leuchten, woher so manches Unglück kömmt, zu gestatten. Diejenigen, welche schadhafte Leuchten haben, und sich und ihre Miteinwohner dadurch in Gefahr setzen, sollen dafür, andern zur Warnung, bestraft werden; auch soll zwischen den Landgerichten fleißig visitirt und im Sommer dahin gesehen werden, daß die Leuchten in solchen Stand gesetzt werden, daß dabei ohne Gefahr gedroschen und Futter geschnitten werden kann. Landesf. Rescript v. 10. Octbr. 1750.

S. auch: Licht:Arbeit.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §§. 24 sqq. und 105.



### Leuchten=Behälter.

In allen Scheuern im Lande ohne Unterschied sollen zu Verhütung der Feuersgefahr bei den bei Nachtzeit darin vorzunehmenden Arbeiten Leuchten=Behältnisse auf folgende Art gemacht werden. Es wird nämlich in der innwendigen Scheuern=Wand eine Höhlung anderthalb Fuß breit und drei Fuß hoch gemacht, mit Barnsteinen vermauert, und werden zu Gewinnung der Tiefe die Barnsteine solcher Gestalt herausgerückt, daß selbige halb auf den Kiegel zu liegen und halb auswärts zu stehen kommen, wodurch ein bequemer Raum oder Behältniß erhalten wird, die Leuchte dahinein zu setzen. Die Ober- und Beamten, die Magistrate in den Städten und Flecken und die Gerichtsobrigkeiten sollen auf ihren Eid und Pflicht dahin sehen, daß dergleichen Leuchten=Behälter in allen Scheuern gemacht und im Stande erhalten werden, auch durch die Unterbedienten, sonderlich bei den Feuer=Visitationen erkunden, ob sie auch dazu, wozu sie gemacht, gebraucht werden, und die Uebertreter nachdrücklich strafen. Landesf. Verordn. v. 10. April 1751. \*) (Br. Anz. v. 1751. Nro. 32.)

Da der unterm 10. April 1751 ergangenen und am 20. Novbr. 1766 erneuerten Verordnung nicht an allen Orten nachgelebt wird, weil daselbst bei Nachtzeit zu dreschen nicht gestattet sei oder die Leuchten in die an die Dreschdiele stoßenden Stubenthüren oder Fenster gesetzt wurden, letzteres aber nicht ohne Gefahr ist und auch leicht einige Umstände den Landmann veranlassen können, dann und wann bei Nachtzeit zu dreschen, auch andere Arbeit zu verrichten, so wird nochmals befohlen, daß Leuchten=Behälter an den Orten, wo sie noch nicht vorhanden, sofort angelegt werden, und, da das Dreschen bei Nachtzeit aller Vorsicht ungeachtet doch gefährlich bleibt, verordnet, daß solches, wofern die höchste Noth nicht ein Anderes erfordert, durchgehends unterbleiben soll. Landesf. Verordn. v. 2. August 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 73.)

S. auch: Leuchten — Licht=Arbeit.

cf. Circular=Rescr. des fürstl. Consistorii v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 204.) — Feuer=Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §§. 17. 26. 104 und 105.

### Lex diffamari.

S. Provocatio ex lege: Diffamari.

### Libelli articulati.

Die libelli articulati sammt allen davon dependirenden responsionibus und deshalb in puncto responsionum entstehenden disputationibus sollen in allen Sachen, die sowohl per modum simplicis querelae als per vim appellationis rechtshängig gemacht werden, aufgehoben sein. Hofger. Ordnung Tit. XXXII. §. Wir statuiren ic.

### Licht=Arbeit.

Wer zur Nachtzeit bei Licht an Flachs arbeitet, den Flachs zu nahe an's Feuer oder den Ofen bringt, oder auch mit bloßem Lichte ohne eine gutverwahrte feste Leuchte in Ställen oder Scheuern gehen, oder bei bloßem Lichte ohne Leuchten dreschen oder andere Arbeit verrichten wird, der soll 5 Fl. zur Strafe erlegen, auch der Voigt oder Bauermeister in jedem Dorfe fleißig hierauf Acht geben. Sollte durch Ueberschreitung dieses Gebots Feuer ausgehen, so soll der Verursacher nebst Erstattung

\*) Diese Verordnung ist unterm 20. Novbr. 1766 (Br. Anz. v. 1767. Nro. 7.) wörtlich erneuert und dabei zugleich bestimmt, daß, wenn bei Neubauten die Leuchten=Behälter nicht ordnungsmäßig vorgerichtet worden, wegen der Scheuernbauten keine Baufreiheit ertheilt werden solle.

des Schadens gestalteten Sachen nach an Leib und Leben gestraft werden. Allgemeine Landes-Ordnung Art. 84.

S. auch: Leuchten-Behälter — Leuchten.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden vom 15. October 1832, insbesondere §§. 26. 30 und 105.

### Licitation.

S. Subhastation.

### Lieder, leichtfertige, Verkauf derselben in Braunschweig.

S. Wochen-Märkte in Braunschweig, §. 22.

### Liedlohn.

S. Gefindelohn.

### Lieferungs-Contracte über Eichorien-Wurzeln.

S. Eichorien-Wurzeln, Lieferungs-Contracte.

### Liegende Gründe.

Den Landes-Ordnungen gemäß sollen die liegenden Gründe, sie bestehen worin sie wollen, wenn jemandem wegen Dürftigkeit, erlittener Unglücksfälle oder anderer erheblicher Ursachen halber solche zu verkaufen, zu vertauschen, zu verpfänden oder auf andere Art zu veräußern gestattet werden kann, an die Einwohner im Dorfe, in dessen Nähe sie belegen sind, versetzt oder verkauft, keinesweges aber in eine andere, am allerwenigsten in eine ausländische Feldmark gebracht werden. Die Obrigkeiten sollen, damit dergleichen unzulässige Handlungen nicht weiter geschehen, möglichst invigiliren, auch die Bauermeister bei ihrer Beeidigung insbesondere anweisen, hierauf mit Acht zu geben, und, wenn ihnen etwas bekannt wird, solches den Obrigkeiten ohne Verzug anzuzeigen und bei namhafter Strafe nicht zu verhehlen. Landesh. Rescr. an sämmtl. Beamte v. 25. Novbr. 1748.

S. übrigens: Subhastation.

### Linden-Alleen bei Braunschweig, Beschädigung derselben. \*)

S. Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 24. Novbr. 1823. (Br. Anz. v. 1823. Nro. 93.)

### Listen der Geborenen, Copulirten und Gestorbenen.

Die älteren Anordnungen in Betreff der von den Predigern alljährlich einzusendenden Listen der Geborenen, Copulirten und Gestorbenen \*\*) sind durch die Rescripte des fürstl. Geh. Raths-Collegii an das

\*) Unterm 24. April 1724 war durch eine landesh. Verordnung das Beschädigen der an den Weg von Braunschweig nach Wolfenbüttel und nach Salzdahlum gepflanzten Linden für jeden Baum bei 10 Thlr. oder angemessener Gefängniß-Strafe verboten.

\*\*) Durch das landesh. Rescript v. 27. Febr. 1756 wurde den Predigern ein Formular, nach welchem diese gegen das Ende des Monats Januar an die Obrigkeiten einzureichenden Listen aufgestellt werden sollten, zugefertigt und den Obrigkeiten befohlen, dieselben mit einer summarischen Nachricht von allen Einwohnern einzuschicken. Wenn die Listen nicht vor Ende Januars bei den Acten wären, so sollten die Säumigen nach dem landesh. Rescript. Ausschreiben

das fürstl. Consistorium v. 26. Februar 1818 und an die fürstl. Kreis-Gerichte von demselben Tage (Bege I. p. 231 sqq.) abgeändert, \*) und da diese eine genaue Instruction über alles enthalten, was dabei jetzt zu beobachten ist, so sind die älteren Bestimmungen practisch unwichtig geworden.

S. auch: Seelen-Listen.

## Listen der Geborenen, Kranken und Gestorbenen.

Von den Geborenen, Kranken und Gestorbenen werden keine besondere Listen \*\*) mehr aufgestellt.

### Litiscontestatio.

Wenn den exceptionibus dilatoriis abgeholfen worden, sollen die Richter den eigentlichen statum controversiae und die quaestionem facti, worin die Parteien eigentlich different sind, was die eine directe, simpliciter et categorice affirmirt, die andere aber negirt, worauf also die decisio litis, daher auch die contestatio proprie beruht, mit besonderem Fleiße investigiren, damit sie ohne Weiterung sehen, von welchem Theile und worüber eigentlich der Beweis geführt werden muß. Canzl.-Ordn. §. 44.

Die Litiscontestatio ist ein wesentliches Stück des gerichtlichen Processes und von sehr trefflicher Wirkung, indem nach derselben der Richter ferner nicht recusirt werden, noch eine weitere Exception wider den Gerichtszwang gehört werden mag; auch kann vor der Litiscontestatio niemand in der Hauptsache, außer in einigen besondern Fällen, zum Beweise gelassen werden, weshalb in Betracht dieser und anderer

v. 14. Juli 1762 mit einem Thaler und bei fortgesetzter Verzögerung höher bestraft werden. Eine auf landesf. Befehl unterm 8. Decbr. 1780 angefertigte ausführliche Instruction für die Aufstellung und Einsendung der Listen wurde den Predigern durch das Ausschreiben des fürstl. Consistorii v. 8. Decbr. 1780 zugestellt. Hiernach sollten im Monat Januar jedes Jahrs zwei Tabellen nach vorgeschriebenen Formularen, und zwar eine über die Geborenen, Gestorbenen und Copulirten und eine andere über die Gestorbenen besonders mit Bemerkung ihres Alters und der Krankheit, an welcher sie gestorben, an die Superintenden ten eingesandt, von diesen daraus zwei summarische Verzeichnisse angefertigt und solche mit jenen Listen als Belägen im Februar an das fürstl. Ministerium eingesandt werden. Außerdem mußten die Prediger nach den landesf. Ausschr. v. 13. Mai 1761 und 14. Juli 1762 alljährlich im Monat Januar bei 1 Uhr. Strafe ein Verzeichniß der Kinder männlichen und weiblichen Geschlechts mit Angabe ihres Alters einschicken.

\*) Außer diesen Listen haben die Prediger noch folgende ähnliche an die herzogl. Aemter einzusenden: 1) Alljährlich bis zum 1. Juni eine Namen-Liste aller männlichen Individuen, welche in dem betr. Jahre ihr 21stes Lebensjahr vollendet haben; Gesez v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr. 2) Vierteljährlich ein Verzeichniß der Gestorbenen behuf der von gewissen Erbschaften zu erhebenden Stempelsteuer; Rescr. des Landes-Steuer-Collegii v. 30. Novbr. 1825. (Bege I. p. 401.) 3) Monatlich einen Extract aus dem Kirchenbuche von den Gestorbenen behuf der zu bestellenden Vormundschaften; Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 4. Nro. 8.

\*\*) Nach dem landesf. Ausschr. v. 2. April 1754 sollten die Opferleute und Schulmeister auf dem Lande alle 14 Tage eine Liste von den Geborenen, Kranken und Gestorbenen eines jeden Orts aufstellen und davon ein Exemplar der Gerichtsobrigkeit und ein anderes dem Landphysicus einreichen, darin auch genau die Aerzte angeben, von welchen die Gestorbenen zuletzt behandelt wären. Durch das landesf. Ausschr. v. 25. Octbr. 1773 wurde dies dahin abgeändert, daß die Listen allmonatlich den Predigern zugestellt, von diesen attestirt und an die Bauermeister zur Beforgung an den Physicus abgegeben werden sollten. Zur möglichsten Beschleunigung der Einreichung, Weiterbeförderung und endlichen Einsendung dieser Listen an das Ober-Sanitäts-Collegium enthielt das landesf. Ausschr. v. 19. März 1781 specielle Vorschriften und das fürstl. Consistorium bestimmte durch das Circular-Rescr. v. 16. Decbr. 1797, daß in den Listen bei jeder Geburts-Anzeige auch die Person namhaft gemacht werden solle, durch welche die Entbindung geschehen sei. Für die Stadt Braunschweig schrieb das landesf. Rescript an den dortigen Magistrat v. 17. Decbr. 1746 besonders vor, daß die Opferleute jeden Sonnabend dem Decan des collegii medici ein Verzeichniß von den Gestorbenen und Begrabenen mit Angabe der Krankheit, an welcher sie gestorben, und von den noch krank Liegenden, welche das Heil. Abendmahl erhalten oder danach verlangt hätten, oder von den Predigern besucht wären, unter Anführung der Krankheit einreichen sollten, damit man wisse, welche Krankheiten grassiren.

Wirkungen der Litiscontestation, damit nicht nichtig gehandelt werde, die Richter fleißig darauf merken sollen, daß sie nicht unterlassen werde, sondern in alle Wege geschehe. Hofger. Ordn. Tit. XXXVI. §. Welche Kriegsbefestigung u.

Der Krieg Nichtens wird alsdann für befestigt gehalten, wenn nach eingebrachter und übergebener Klage der Beklagte entweder mit Gestehen oder mit Widersprechen auf die Klage seine Antwort gegeben hat. Hofger. Ordn. Ebendas. §. Es heißt aber u.

S. auch: Hauptsache, Verfahren in derselben — Beweis — Exceptiones dilatoriae.

### Liturgie.

S. Gottesdienst.

### Lohn.

S. Arbeitslohn — Dresch = Himten.

### Lopp.

S. Kaufgarn.

### Loßbäcker.

S. Paß = und Loßbäcker.

### Lotterien.

Es soll bei namhafter Strafe keine Lotterie ohne landesf. Concession publicirt, noch dazu colligirt werden, sondern diejenigen, welche Lotterie = Zettel ausgeben wollen, sollen sich vorher bei fürstl. Geh. Rathsstube melden, den Plan vorzeigen und dem Befinden nach die Verstattung zu Ausgebung der Loose und Publication der Lotterien gewärtigen. Landesf. Verordn. v. 31. März 1745. (Br. Anz. v. 1745. Nro. 26.)

Da die Verordnung von 1745 nicht hinlänglich bekannt geworden ist, so wird dieselbe folgendermaßen erneuert: 1) Niemand von den Unterthanen soll in eine auswärtige Lotterie setzen, bevor nicht der Plan dazu bei der fürstl. Geh. Rathsstube überreicht, und die Concession, solche Lotterie in hiesigen Landen zu publiciren, ertheilt worden, zu welchem Ende dem Adreß = Comtoir zu Braunschweig die neuen Pläne zugesandt werden sollen, damit dasselbe solche nach der ihm ertheilten Instruction entweder publiciren, oder deshalb anfragen könne. 2) Es soll niemand zu den auswärtigen Lotterien colligiren, noch auch Loose davon verschreiben und Andern zukommen lassen, wer nicht von dem Landesherren dazu Concession erhalten hat; jedoch ist fürerst annoch nachgelassen, daß einer für sich die Loose zu einer Lotterie, die in den Braunschw. Anzeigen publicirt worden, von andern Orten verschreibe, und wie 3) niemand diese Concession erhalten wird, welcher nicht wegen des ihm anzuvertrauenden Einsatzes hinlänglich angefaßten ist, also haben diejenigen, welche darum ansuchen, solches zugleich zu bescheinigen. 4) Die privilegierten Collecteure sollen, wenn eine Classe der Lotterie gezogen ist, die in ihre Collection gefallenen Gewinnste in den Braunschw. Anzeigen bekannt machen lassen, alles bei 20 Thlr. und dem Befinden nach höherer Strafe. Der Landfiscäl soll gegen die Contravenienten verfahren. Landesf. Verordn. v. 4. Januar 1757. (Br. Anz. v. 1757. Nro. 10.)

Mit landesf. Genehmigung ist bekannt gemacht, daß ohne höchste Concession überall keine Lotterien in der Stadt Braunschweig gespielt werden dürfen, und daß wider die Contravenienten mit scharfer Strafe verfahren werden soll. Avertissement des Polizei = Departements zu Braunschweig v. 28. März 1766. (Br. Anz. v. 1766. Nro. 27.)

Daß schon mehrmals ergangene Verbot gegen das Unternehmen von Collecturen ohne höchste Genehmigung wird wiederholt und dahin geschärft, daß der Collecteur jeden Contraventions-Fall mit 50 Thlr. Strafe büßen, die Einlage nach Maßgabe der Listen geschätzt, so weit solche bei dem Collecteur nicht baar vorhanden, und von den Interessenten noch nicht bezahlt, von diesen, wenn aber der Collecteur solche schon weggeschickt, von ihm executive beigetrieben, sämtliche Gelder confiscirt, davon sowohl als von den 50 Thlr. Strafe der vierte Theil dem Denuncianten gereicht, die übrigen drei Viertel aber zu milden Stiftungen verwandt werden sollen. Die Obrigkeiten sollen in jedem Contraventions-Falle fordersamst an den Landesherrn berichten. Landesf. Verordn. v. 28. Novbr. 1771. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 3.)

Da die Contraventionen gegen die Verordnungen, wodurch sowohl die ohne höchste Special-Concession unternommenen Collecturen zu auswärtigen Lotterien, als auch das Sub-Colligiren zu fremden Zahlen-Lotterien nachdrücklich verboten worden, sehr überhand nehmen, so werden zur Steuerung dieses Unwesens die frühern Verordnungen dahin erneuert und geschärft, daß 1) der Collecteur, welcher zu auswärtigen Lotterien ohne höchste Special-Concession colligirt, jeden Contraventions-Fall mit 50 Thlr. Strafe büßen, die Einlage nach Maßgabe der Listen geschätzt, so weit solche bei dem Collecteur nicht baar vorhanden, und von den Interessenten noch nicht bezahlt, von diesen, wenn aber der Collecteur solche schon weggeschickt, von ihm executive beigetrieben, sämtliche Gelder confiscirt, davon sowohl, als von den 50 Thlr. Strafe der dritte Theil dem Denuncianten gereicht, ein Drittel dem Gerichte, wobei die Contravention zur Untersuchung gekommen, anheim fallen, das übrige Drittel aber zu milden Stiftungen verwandt werden soll. 2) Es soll derjenige Collecteur, welcher von auswärtigen Zahlen-Lotterien Sub-Collecteure angeseht, nicht nur der höchsten Concession verlustig sein, sondern von demselben auch der Betrag der von seinem Sub-Collecteur erhaltenen Einsätze beigetrieben und confiscirt, für jeden Contraventions-Fall sowohl von dem Haupt- als Sub-Collecteur 50 Thlr. Strafe erlegt und diese sämtlichen Gelder wie ad 1. vertheilt, auch der Haupt-Collecteur mit eben der Strafe angesehen werden, wenn er gleich die von einem Sub-Collecteur ausgegebenen Interims-Billets auf auswärtige Zahlen-Lotterien selbst unterschrieben hat. 3) Das Umhertragen der Kauf-Billets von auswärtigen Zahlen-Lotterien sowohl auf den Gassen als in die Häuser ist auf das Nachdrücklichste verboten, und soll derjenige Collecteur, welcher dergleichen Billets zum Umhertragen ausgiebt, mit 20 Thlr. Strafe belegt werden, und die Vertheilung derselben auf obgedachte Art geschehen. Von dieser Verordnung soll einem jeden inländischen Collecteur von der General-Direction der hiesigen Zahlen-Lotterie ein Exemplar zugestellt werden. Landesfürstl. Verordn. v. 22. April 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 43.)

Da die Zahlen-Lotterie im hiesigen Lande ganz aufgehoben ist, so sind die wegen des zu auswärtigen Lotterien verbotenen Colligirens und Sub-Colligirens unterm 28. Novbr. 1771 und 22. April 1775 ergangenen Verordnungen dahin erneuert, ausgedehnt und geschärft: 1) daß von jetzt an in hiesigen Landen alles Colligiren und Sub-Colligiren zu Zahlen-Lotterien nicht weiter verstattet sein und jeder Contraventions-Fall mit 50 Thlr. Strafe und Confiscation der empfangenen Einsätze, oder vorkommenden Umständen nach mit Gefängniß- oder anderer Leibes-Strafe gebüßt, dem Denuncianten aber die Hälfte jener Straf-Gelder und confiscirten Einsätze zugebilligt, besagte Strafe auch in jedem wiederholten Uebertretungs-Falle verdoppelt werden soll. 2) Eben dieser Geld- oder Gefängniß-Strafe sollen diejenigen unterworfen sein, welche durch Austheilung von Lotto-Kalendern, Advertissements und dergleichen, oder auf irgend eine sonstige Art hiesige Landes-Unterthanen verleiten und ihnen Gelegenheit verschaffen, in Zahlen-Lotterien zu spielen; so wie sich sothane Bestrafung auch auf diejenigen erstrecken soll, welche Wetten auf Zahlen-Lotterien anstellen, oder gar selbst Glücksräder halten, inmaßen denn alle Gastwirth,

Schenken und Krüger dergleichen Spiele, bei Vermeidung ebenmäßiger Bestrafung, ihren Gästen nicht zu verstatten haben. 3) Da auch dem Vernehmen nach, der ergangenen Verbote ungeachtet, ohne besondere Concession Collecturen oder Sub-Collecturen zu auswärtigen Classen-Lotterien in hiesigen Landen übernommen werden, so wird dergleichen unerlaubtes Colligiren bei 50 Thlr. Strafe auf jeden Uebertretungs-Fall, wovon dem Denuncianten die Hälfte gereicht werden soll, hiermit untersagt, und haben diejenigen, welche Collecturen oder Sub-Collecturen zu auswärtigen Classen-Lotterien zu haben wünschen, sich in Gemäßheit des unterm 1. Decbr. 1774 ergangenen Avertissements bei dem hiesigen Classen-Lotterie-Directorio zu melden. Landesf. Verordn. v. 2. Juli 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 54.)

Auf höchsten Befehl ist vorstehende Verordnung dem Publico nochmals in Erinnerung gebracht durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 18. Mai 1790. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 40.)

S. auch: Ausspielen in Lotterien und auf andere Weise — Zahlen-Lotterie.

cf. Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und Geschäftsführung des herzogl. Finanz-Collegiums betr., §. 16. — Bekanntmachung des herzogl. Staats-Ministerii v. 4. Septbr. 1836.

### Lotterie = Collecteur.

Zur Steuerung der Zubringlichkeiten und Unrechtfertigkeiten, welche sich die Lotterie-Collecteure haben zu Schulden kommen lassen, wird folgendes verordnet:

1) Allen Collecteuren und Sub-Collecteuren ist gemessenst untersagt, irgend jemandem unaufgefordert und mit unbescheidener Zubringlichkeit in unfrankirten Briefen Lotterie-Loose zuzusenden, und sollen die Contravenienten nicht nur auf die desfallige Anzeige zur Erstattung des von dem Empfänger dafür etwa ausgelegten Porto's und aller ihm dadurch verursachten sonstigen Kosten sofort executive angehalten, sondern dieselben noch für die Hintanziehung dieses Verbots mit ernstlicher Strafe angesehen werden.

2) Es soll daraus, daß der Empfänger der ungefordert abgeschickten Loose diese behält und seine Erklärung, ob er diese Loose behalten wolle oder nicht, überall nicht abgiebt, eine stillschweigende Einwilligung, daß die Loose für des Empfängers Rechnung spielen, nicht inferirt werden, also der Empfänger weder zur Bezahlung des Einsatzes noch sonst zu irgend einer Entschädigung verbunden sein.

3) Es soll kein Collecteur oder Sub-Collecteur sich unterfangen, ein in einer hiesigen oder auswärtigen Lotterie spielendes, in seiner Collecte oder Sub-Collectur debitirtes Loos während der Ziehung der Lotterie, mithin von dem Anfange des ersten Ziehungs-Tages an, durch irgend eine Art von Contract an sich zu bringen, oder sich einen Theil des darauf fallenden Gewinnes auf irgend eine Weise, folglich auch nicht unter dem Namen von Douceur-Geldern zu stipuliren, auch durch keinen Dritten einen solchen verbotenen Handel abzuschließen, oder, wenn dergleichen ohne sein Zuthun abgeschlossen sein sollte, daran auf irgend eine Weise Antheil zu nehmen. Alle dergleichen den Collecteuren und Sub-Collecteuren verbotene Contracte sind durch diese Verordnung zum Voraus für null und nichtig erklärt, und ist dem gemäß verordnet, daß der auf ein solches Loos fallende Gewinn nur demjenigen ausgezahlt werden soll, der zu der Zeit, als das Loos aus dem Glücksrade gezogen worden, rechtmäßiger Eigenthümer desselben gewesen. Auch soll dem Collecteur oder Sub-Collecteur, welcher auch ohne sonstige Unrechtfertigkeiten dieser Verordnung zuwider gehandelt hat, nicht nur das Colligiren und Sub-Colligiren zu allen hiesigen und auswärtigen Lotterien, sondern auch der Verkauf einzelner Loose untersagt werden. Sollte hingegen ein Collecteur oder Sub-Collecteur bei einem solchen verbotenen Handel sich sogar einer Betrügerei, Uebersistung, Gefährde oder Verheimlichung der Wahrheit schuldig gemacht haben, so soll ein solches Vergehen, wenn nicht etwa aus rechtlichen Gründen auf eine härtere Strafe zu erkennen ist, wenigstens mit einer Geldbuße von 100 Thlr. und, Falls der Contravenient ein Schutz-Jude wäre, mit sofortigem Verluste des Schutzes geahndet werden; wie denn auch eben diese Strafe diejenigen, welchen in Gemäßheit dieser

Verordnung das Colligiren und Sub=Colligiren mit Einschluß des Verkaufs einzelner Loose untersagt worden, und welche dennoch die Frechheit haben sollten, sich mit diesem Geschäfte zu befassen, sogleich auf den ersten Contraventions=Fall treffen, und die Geldstrafe für jede fernere Contravention, welche übrigens der Natur der Sache nach nur von solchen, die keine Schutz=Juden sind, begangen werden kann, jedes Mal verdoppelt werden soll.

4) Da auch darüber Beschwerde entstanden, daß die Collecteure von dem Gewinnste eines Loose oft mehr verlangen, als ihnen nach Vorschrift des Lotterie=Plans gebührt, so sollen die Collecteure nicht nur verbunden sein, mit dem, was ihnen darin ausgesetzt ist, sich zu begnügen, sondern auch die mit den Spielern gegen diese Verordnung unter dem Namen der Schenkung oder auf irgend eine andere Weise getroffenen Contracte nicht von rechtlicher Wirkung sein, folglich selbige als nichtig und unverbindlich verworfen und darauf in judicando keine Rücksicht genommen, vielmehr den Spielern die ihnen zugefallenen Gewinne nach Maßgabe des §. 3 dieser Verordnung unverkürzt ausgezahlt, überdem aber die Collecteure, wenn sie dagegen handeln, befundenen Umständen nach, außer dem Verluste der Collecte, zur gebührenden Strafe gezogen werden. Landesfürstl. Verordn. v. 14. Septbr. 1801. (Br. Anz. v. 1801. Nro. 81.)

S. auch: Lotterien.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 25. März 1820. (Bege I. p. 369.) — Rescr. herzogl. Cammer v. 13. Octbr. 1832. (Bege III. p. 294.) — Gewerbesteuer=Gesetz v. 4. April 1837. §. 46.

### Lotterie=Sachen.

Da zur Aufnahme der Waisenhaus=Lotterie erforderlich ist, daß die dabei etwa vorkommenden Irrungen schleunig abgethan werden, solches aber bei den Justiz=Collegien nicht alle Mal thunlich ist, so ist verordnet, daß in solchen Sachen überall keine Prozesse gestattet, sondern die Streitigkeiten, wenn das Lotterie=Directorium sie mit Zuziehung der Collecteure nicht abthun kann, bei fürstl. Geh. Rathsstube entschieden werden sollen. Die Kläger sind also in solchen Fällen dahin zu verweisen. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz=Canzlei v. 26. Octbr. 1759.

S. Gerichtsbarkeit.

### Luderstätten und Schießhütten.

Da bekannten Rechten nach die Unterjagd zu besorglichem Nachtheile der Oberjagd nicht ertendirt, noch das Wild aus dem Walde zum Nachtheile des Publicums gezogen werden darf, so wird verordnet, daß niemandem gestattet sein soll, in seiner Unterjagd eine Luderstätte oder Schießhütte anzulegen, worunter jedoch die Krähen=, Staar= und anderen Hütten, in denen lediglich nur den Vögeln nachgestellt wird, nicht verstanden sind. Landesf. Verordn. v. 5. Novbr. 1767. (Br. Anz. v. 1767. Nro. 94.)

### Lumpen, Auffammeln und Versenden derselben.

Es soll niemand in hiesigen Territorien Lumpen zu sammeln sich unternehmen, er habe denn von den fürstl. oder der Landstände Papiermachern, oder den fürstl. Beamten und Gerichtsherren, worunter die Papier=Mühlen gelegen, unverdächtigen genugsamen Schein deshalb vorzuzeigen. Die Obrigkeiten sollen hierüber mit gebührendem Ernst halten und dawider zu handeln, es geschehe unter welchem Prätext es wolle, keinem verstatten, sondern den unbefugten Lumpen=Trägern den Plunder abnehmen, und, wenn dieselben zum andern oder dritten Male betreten werden, bevorab ihre Prinzipale, da sie ihrer ungebührlichen Action ferner nachhängen und hiesige Lande berühren, anhalten, und solches, auch was des Falls mehr vorläuft, alsbald höchsten Orts berichten, oder es soll der etwa verspürte Mangel und geschehene Connivenz wider die Schuldigen geahndet werden. Landesf. Verordn. v. 24. August 1658.

Da wegen des Lumpen-Sammelns die Verfügung gemacht worden, daß den Papiermachern gewisse Districte zur Einsammlung der Lumpen angewiesen, und keinem Lumpen-Sammler, der nicht mit einer Concession von fürstl. Cammer versehen, die Sammlung derselben gestattet, noch weniger aber die Verschickung derselben an auswärtige Orte geduldet werden solle, so sollen die sämtlichen Obrigkeiten und Gerichte dahin sehen, daß sich keine fremde Lumpen-Sammler von andern Districten einschleichen, und dieser Verordnung sträflich nachgelebt werde. Landesf. Aussch. v. 5. Novbr. 1748.

Wie die Ausschleppung und Versendung der im Lande gesammelten Lumpen zum Papiermachen außer Landes zur Erhaltung der inländischen Papier-Mühlen fernerhin verboten bleibt, also soll den Papier-Müllern derer von der Ritterschaft das Lumpen-Sammeln hinfüro ohne Einschränkung und mit Aufhebung der um guter Ordnung willen gemachten Districts-Anweisungen, jedoch in der Maße gestattet werden, daß die Papier-Müller solche Sammlung nur zu ihrem eigenen Bedürfniß treiben und bei den Gerichten eidlich angeloben müssen, keine Lumpen außer Landes zu schicken, sondern, wenn die Sammler mehr Waare bringen, als die Mühle verbrauchen kann, solche an andere inländische Papier-Müller zum Gebrauche im Lande zu verkaufen. Landtags-Absch. v. 9. April 1770. Art. 61.

Da der Mißbrauch der Lumpen-Versendung außerhalb Landes zum Nachtheile der inländischen Papier-Mühlen aller bereits vorhin dagegen gemachten Verfügungen ungeachtet noch nicht abgestellt, solcher aber hauptsächlich von den durch die Papier-Müller zum Lumpen-Aufkauf angelegten Factoren verübt wird, so sollen die Papier-Müller, so oft dieselben mit den Factoren zu wechseln, oder neue anzunehmen nöthig finden, solches sofort anzeigen, und sollen die Obrigkeiten die Designation mit der Bemerkung des Wohnorts der jedes Mal anzunehmenden neuen Factoren höchsten Orts einsenden, damit wegen der Beeidigung das Nöthige verordnet werden könne. Landesf. Aussch. v. 28. April 1774.

Die Obrigkeiten sind ernstlich angewiesen, dahin zu sehen, daß der Art. 61 des Landtags-Abschiedes von 1770 und die Verordnung v. 28. April 1774 pünktlich befolgt und in ihren Jurisdictionen-Districten durchaus keine andere als beeidigte Lumpen-Sammler geduldet werden, wie denn auch überhaupt auf die sonstige Verschleppung der Lumpen außerhalb Landes sorgfältig zu achten, und, wenn den Obrigkeiten davon etwas bekannt wird, solches zu weiterer Verordnung sofort höchsten Orts anzuzeigen ist. Landesf. Aussch. v. 6. Mai 1779.

Um dem Ausschleppen der Lumpen zum Nachtheile der inländischen Papier-Mühlen zu steuern, soll

- 1) hinfüro durchaus niemand weder als Lumpen-Sammler noch als Factor oder Lumpen-Händler sich mit dem Auffammeln oder Aufkaufe der Lumpen weiter abgeben, wenn er nicht von einem inländischen Papier-Müller, oder, so viel die Lumpen-Sammler insonderheit angeht, von den Factoren der inländischen Papier-Müller (als welchen, wie nachher verordnet, die Annahme eigener Lumpen-Sammler gleichfalls nachgelassen) dazu angenommen und bestellt, auch unten verordnetermaßen darauf gehörig vereidet worden.

- 2) Es soll den von den inländischen Papier-Müllern, welche gleichfalls insgesammt nach Maßgabe des Landtags-Abschiedes vom Jahre 1770. Art. 61 eidlich anzugeloben haben, daß sie selbst keine Lumpen außerhalb Landes versenden, sondern den etwa davon habenden Ueberschuß an andere inländische Papier-Mühlen überlassen wollen, anzusehenden Factoren, (welche der Obrigkeit ihres Wohnorts von den Papier-Müllern namhaft zu machen, und darauf von selbigen nach der dieser Verordnung angehängten Eidesformel zu vereiden sind), zwar gestattet sein, auch eigene gleichfalls zu vereidende Lumpen-Sammler anzunehmen, doch soll die Zahl dieser Sammler, welche ein Factor annehmen darf, sich nicht über fünf erstrecken, auch die Zeit, worauf sie anzunehmen, nicht über drei Jahre hinausgehen, da denn nach Ablauf derselben, wenn der Factor mit ihnen zufrieden ist, sie aufs Neue anderweite drei Jahre engagirt werden müssen.



3) Es sollen die Factoren oder Lumpen-Händler der zeither dabei bemerkten Inconvenienzen wegen nicht zugleich Papier-Händler sein, und also hinfüro keine Papier-Händler zu Factoren oder Lumpen-Händlern weiter angestellt oder angenommen werden, auch selbige, so wie die von den Papier-Müllern selbst angenommenen Lumpen-Sammler nicht für zwei oder mehrere Papier-Mühlen, sondern lediglich nur für denjenigen Papiermacher, von dem sie angenommen und bestellt worden, sammeln, und die aufgekauften Lumpen also bloß an diese wieder absetzen, wie denn auch ein Gleiches in Ansehung der von den Factoren angenommenen Lumpen-Sammler Statt findet, und also diese gleichfalls die gesammelten Lumpen nur an ihre Committenten wieder verkaufen dürfen.

4) Es sollen die Factoren, auch die von diesen oder den Papier-Müllern selbst angenommenen Lumpen-Sammler unter keinerlei Vorwand, da das Ausschleppen der Lumpen außerhalb Landes überhaupt verboten ist, die aufgekauften Lumpen, wenn sie auch gleich solche außerhalb Landes aufgekauft, oder selbige ins Land gezogen, wieder außerhalb Landes versenden, nicht weniger die aufgekauften Lumpen nicht fortiren, sondern selbige, so wie sie gesammelt sind, den Papiermachern oder den von selbigen bestellten Factoren, welche solche gleichfalls unfortirt an die Papiermacher gelangen zu lassen haben, überliefern.

5) Es sollen die Factoren oder Lumpen-Händler sowohl über den Ein- als Verkauf der Lumpen ordentliche und auf Erfordern jedes Mal eidlich zu erhärtende Bücher führen, und solche auf Verlangen ihrer Obrigkeit zur Einsicht vorlegen. Wenn sie aber gänzlich abgehen, es sei, daß sie von ihrer Seite den Contract aufrufen, oder die Papier-Müller mit ihnen wechseln, so haben die Papier-Müller der Obrigkeit des abgehenden Factors davon sofort Anzeige zu thun.

6) Zu den eigentlichen Lumpen-Sammlern aber sollen hiernächst, es mögen nun selbige für die Papiermacher selbst oder für deren Factoren sammeln, so viel nur immer thunlich, hiesige Landesfinder oder sonst angeessene, wenigstens mit einer Familie im Lande wohnende Leute angenommen und selbige zuvor nach der dieser Verordnung angehängten Eidesformel beeidigt, überdem aber von ihren Committenten, den Papier-Müllern oder den Factoren mit gehörigen Pässen, (deren Richtigkeit, und, daß selbige gehörig vereidet, von der Obrigkeit, bei welcher sie den Eid abgeleistet, unter den Paß zu attestiren), versehen werden; und wie solche Pässe nur immer auf drei Jahre, nach deren Ablauf sie weiter keine Gültigkeit haben sollen, zu stellen, so muß deren etwaige auf anderweite drei Jahre geschehene Renovation oder Verlängerung gleichfalls darunter gerichtlich bemerkt werden; doch soll die etwaigen Gerichtskosten von dieser Certification nicht der Lumpen-Sammler, sondern der Factor oder Papiermacher, zu deren, hauptsächlich des letztern, Vortheil die ganze Einrichtung gemacht wird, tragen.

7) Würde aber vor Ablauf des nach Obigem immer auf drei Jahre einzugehenden Engagements der Lumpen-Sammler solches aufgeben, oder von seinem Committenten seiner Verbindlichkeit entlassen, und dennoch den erhaltenen Paß oder das Certificat seinen Committenten nicht zurückliefern, so hat der Papiermacher oder Factor, welcher den Lumpen-Sammler angenommen, solches der Obrigkeit, welche denselben beeidigt, sofort anzuzeigen, diese aber ungesäumt durch die öffentlichen Anzeigen oder sonst den Fall bekannt zu machen, damit auf diesen nun unbefugten Lumpen-Sammler allenthalben invigilirt und ihm im Betretungsfalle der Paß abgenommen, auch sonst derselbe zur gebührenden Strafe gezogen werden könne.

8) So wie nun übrigens alle diejenigen Lumpen-Sammler, welche sich ohne die in dem §. 6 vorgeschriebenen gerichtlichen Certificate oder Pässe in hiesigen Landen finden lassen, als unbefugte Lumpen-Sammler angesehen, arretirt, und dem Befinden nach, außer der Confiscation ihrer Waaren, willkürlich bestraft werden sollen, so sollen auch ferner

9) diejenigen autorisirten Lumpen-Sammler, welche sich des Verbots ungeachtet gelüsten lassen, die aufgekauften Lumpen außerhalb Landes zu verschleppen, auf den ersten Betretungsfall mit achttägigem Gefängniß, wenn sie aber weiter darüber betroffen werden, noch härter bestraft, und eine Zeit lang in das Werkhaus zu Braunschweig gesetzt werden.

10) Sollten aber die Factoren oder Lumpen-Händler, oder auch wider alles Erwarten die Papier-Müller selbst sich ähnliche Vergehungen zu Schulden kommen lassen, und entweder selbst die Lumpen außerhalb Landes versenden, oder doch dergleichen verbotene Ausfuhr begünstigen, so sollen selbige zum ersten Male in 20 Thlr. Strafe ad pias causas und bei weiterer Uebertretung des Verbots in 40 Thlr. Strafe und so ferner genommen werden. Landesf. Verordn. v. 29. Januar 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 19.)

### Eides-Formel

für die Factoren oder Lumpen-Händler.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, daß, da ihr von dem Papier-Müller N. N. zu N. N. zum Factor oder Lumpen-Händler angenommen und bestellt worden, ihr euch diesem Geschäfte mit Treue und Fleiß unterziehen, und die selbst und durch Andere aufgekauften oder sonst euch zugeführten Lumpen sämmtlich und unsortirt an niemand anders als an vorgenannten Papiermacher, von dem ihr zum Factor bestellt worden, abliefern, mithin unter keinerlei Vorwand, selbst wenn die Lumpen außerhalb Landes eingehandelt worden, selbige außerhalb Landes, oder auch an sonst irgend einen Papiermacher im Lande absetzen oder verkaufen wollt, nicht weniger, daß ihr zu den euch anzunehmen gestatteten eigenen Lumpen-Sammlern keine andere als ordnungsmäßig beeidigte Leute annehmen, auch euch sowohl hierunter als überhaupt nach der wegen des Aufkaufs der Lumpen unterm 29. Januar 1787 in hiesigen Landen publicirten Verordnung genau achten wollt; so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.

### Eides-Formel

für die Lumpen-Sammler.

Ihr sollt geloben und schwören, daß, da ihr von dem Papier-Müller (Factor) N. N. zu N. N. zum Lumpen-Sammler angenommen und bestellt worden, ihr euch diesem Geschäfte treu und fleißig unterziehen, und die aufgekauften Lumpen sämmtlich und unsortirt an niemand anders als an vorgenannten Papiermacher (Factor), von dem ihr zum Lumpen-Sammler bestellt worden, abliefern, mithin selbige unter keinerlei Vorwand, selbst wenn sie außerhalb Landes zusammen gesammelt, außer Landes verschleppen, oder sonst solche an andere inländische Papier-Müller oder Factoren, von denen ihr nicht angenommen oder bestellt worden, absetzen oder verkaufen wollt, nicht weniger, daß ihr, wenn eure Contractszeit, auf welche ihr zum Lumpen-Sammler angenommen, verlossen, oder aber vor der Zeit solcher Contract zwischen euch und dem Papier-Müller (Factor) N. N. zu N. N. aufgerufen worden, die erhaltenen gerichtlichen Certificate oder Pässe, wodurch ihr zum Lumpen-Sammeln die Erlaubniß erhalten, sofort wieder zurückgeben, endlich aber auch euch in Allem nach der wegen des Aufkaufs der Lumpen unterm 29. Januar 1787 hier im Lande erlassenen Verordnung genau achten wollt; so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.

Da von verschiedenen Papier-Fabrikanten im Lande darüber Beschwerden geführt worden, daß dem Inhalte, besonders der Vorschrift des §. 6 der wegen des Aufkaufs der Lumpen unterm 29. Januar 1787 erlassenen Verordnung nicht allenthalben nachgelebt, vorzüglich aber bemerkt werde, daß die hausfirenden Lumpen-Sammler nicht immer die gehörigen Pässe von ihren Committenten, den Papier-Müllern oder deren Factoren, oder doch solche Pässe bei sich führen, welche älter als drei Jahre und nicht gehörig renovirt sind, so sind die Obrigkeiten nicht nur an die Aufrechthaltung obiger Verordnung überhaupt, sondern auch insbesondere an die Beachtung der Vorschrift des §. 6 derselben erinnert, und ist denselben zugleich aufgegeben, den Unterbedienten, Bauermeistern und Geschworenen deren genaue Befolgung bei nachdrücklicher Strafe im entstehenden Klagefalle der Papier-Müller zu injungiren. Landesf. Circular-Rescr. v. 22. Juni 1798.

Da,

Da, obwohl durch die Verordn. v. 29. Januar 1787, wie es mit dem Aufkaufe der Lumpen für die inländischen Papier-Mühlen gehalten werden soll, ausführlich vorgeschrieben, auch den sämtlichen Obrigkeiten durch das Circular-Rescript v. 22. Juni 1798 wiederholt aufgegeben worden, über deren Inhalt mit Nachdruck zu halten, dennoch von verschiedenen Papier-Müllern Klage geführt wird, daß von einigen Lumpen-Sammlern, welche für eine gewisse Papier-Mühle verpflichtet sind, die Ehefrauen sich für andere Papier-Mühlen annehmen lassen, und daß oft die Lumpen-Sammler, welche auf die geordneten drei Jahre für eine gewisse Papier-Mühle angenommen worden, während solcher Jahre das Sammeln für diese Mühle aufgeben und sich sogleich für eine andere annehmen lassen, imgleichen daß durch die Gewissenlosigkeit einiger Lumpen-Sammler die Lumpen vertheuert und außer Landes geschleppt werden, so wird, um dem hieraus für die Papier-Mühlen erwachsenden Nachtheile möglichst vorzubeugen, ferner verordnet, daß die Papier-Müller und die für selbige die Lumpen aufkaufenden Factoren bei nachdrücklicher Strafe keinen in eines Andern Diensten stehenden Lumpen-Sammler heimlich an sich ziehen, oder von ihm Lumpen annehmen, vielmehr beide, die Müller und deren Factoren, denjenigen Lumpen-Sammlern, welche vor geendigtem Contracte, als vor dessen Ablauf sie schlechterdings nicht für eine andere Papier-Mühle sich engagiren dürfen, abgehen wollen, den gerichtlichen Paß und Anstellungs-Schein zeitig abnehmen und an die Obrigkeit zurükliefen, auch einander die Namen der angenommenen Sammler, ihren Wohnort und die Zeit ihrer Annahme und Entlassung bekannt machen sollen. Nicht weniger ist den Obrigkeiten hiermit aufgegeben, den von den Lumpen-Sammlern nach Vorschrift der Verordnung v. 29. Januar 1787 abzuleistenden Eid dahin zu extendiren, daß solche ihre Pässe an niemanden geben, auch nicht gestatten sollen, daß ihre Ehefrauen oder in ihrer väterlichen Gewalt stehenden Kinder sich bei andern Papier-Müllern oder den für selbige aufkaufenden Factoren annehmen lassen, auch die Ehefrauen der Lumpen-Sammler, Falls sie sich zum Sammeln der Lumpen mit verstehen, nach Vorschrift des höchsten Circular-Rescripts v. 11. Decbr. 1792 gleichfalls in Eid und Pflicht zu nehmen, ferner die Lumpen-Sammler anzuweisen, daß sie, wenn selbige in einem Dorfe sammeln wollen, jeder Zeit bei dem Untervogte, dem Bauermeister oder Geschworenen sich zuvor mit ihren Pässen gehörig legitimiren, widrigen Falls sie für unbefugte Sammler angesehen und als solche bestraft werden sollen. Landesf. Verordn. v. 29. April 1801. (Br. Anz. v. 1801 Nro. 44.)

cf. Rescript fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 5. Septbr. 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 70.) — Rescript fürstl. Cammer-Collegii v. 17. Septbr. 1816. (Bege I. p. 356.) — Gesetz v. 15. Octbr. 1832 über die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer, §. 8. Nro. 2. — Bekanntmachung des herzogl. Staats-Ministerii v. 23. Mai 1835. (Br. Anz. v. 1835. Nro. 125.) — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §§. 50 sqq.

### Maalsteine.

Wer Maalsteine seinem Nächsten zu Schaden verrückt, der soll 20 Fl. Strafe geben. Allgemeine Landes-Ordnung. Art. 63.

S. auch: Gräben an den Feldern, Wiesen und Wegen.

### Maaf.

S. Elle, Maaf und Gewicht.

### Mätkler.

S. Geld- und Wechsel-Mätkler — Waaren-Mätkler.

### Mahl-Accise.

S. Accise

Zweiter Theil.

## Mahlgeld.

E. Sichte- und Mahlgeld.

## Mahlmeße.

Da der Vorschrift der Tax-Ordnung, wie es in dem einen oder andern Stücke mit dem Mahlen und Schroten des Kornes oder Malzes in den Mühlen zu halten, \*) bisher nicht im Geringsten nachgelebt ist, sondern allerhand Unrechtfertigkeiten und Mißbräuche verübt worden, denen nicht ferner nachgesehen werden soll, so wird folgendes verordnet:

Von dem Korn oder Malze, so in die Mühlen zum Mahlen und zum Schroten kömmt, soll, wo es gebräuchlich, der Mühlenkopf oder Meße, so aber mehr nicht, als den sechszehnten Theil eines gestrichenen Braunschweigischen Himtens austragen, und nicht gehäuft, sondern ebenfalls rein abgestrichen werden soll, vorher genommen werden, alsdann solches Korn in den Säcken fleißig und genau gewogen, und nachgehends aus dem gemahlten Roggen oder Gersten (weil dieses mit dem Waizen, so vorher ziemlich genehrt zu werden pflegt, sich nicht wohl practiciren lassen will, daher ein Jeglicher, so dergleichen mahlet, darauf, so gut er kann, Acht haben mag,) von dem Müller eben so viel Mehl und Kleie, desgleichen auch an geschrotenem Korn oder Malz, in denselbigen Säcken nach dem Gewichte wieder geliefert, auf jeglichen Himten Korn aber nur ein Pfund anstatt des Staubes oder Schlammes, hingegen am Malze durchgehends nichts zum Abgang gerechnet und passirt werden. Ein jeder Müller soll zu dem Ende bei 50 Thlr. Strafe Waage und Gewicht schaffen. An welchem Orte auch über obbemeldete Mühlenmeße einiges Sichte-Geld von Alters hergebracht, da soll zwar zugelassen sein, daß von jedem Himten Roggen 2 Pfennige, von dem Himten Waizen aber 4 Pfennige ferner genommen und gegeben, sonst aber solches so wenig an einem oder andern Orte eingeführt und verstattet, als sonst einiges Trinkgeld, oder vom Malze die sogenannte Malzkanne, gereicht werden, bei schwerer unablässiger Bestrafung, so jemand dawider zu handeln sich gelüsten lassen möchte. Die Verbrecher sollen nach Befinden an Gut, Ehre, Leib und Leben, nach Erforderung der Rechte, insonderheit, so viel die in obgedachten Fällen vorgehenden Diebereien betrifft, vermöge peinlicher Halsgerichts-Ordnung abgestraft werden. Landesf. Verordn. v. 29. Octbr. 1698 und 31. März 1699, welche ganz gleichlautend find.

Da durch die in den meisten Orten des Landes bisher beobachtete Gewohnheit, wonach den Müllern von dem geschrotenen Malze die sogenannte Meße hat gegeben werden müssen, bei dem Biersteuerverwesen viel Unterschleif verursacht ist, indem sothanes Malz von den Müllern verkauft und heimlich verbrauet worden, so wird verordnet, daß von dem verschrotenen Malze dem Müller die Mahlmeße nicht in natura gegeben, sondern dieselbe mit Gelde, und zwar der Gestalt, daß auf jeden Himten 2 Mgr. mehr, als der jedesmalige marktgängige Kornpreis, gerechnet werden, bezahlt werden soll. Landesf. Verordn. v. 2. August 1699.

Die Verordnung v. 2. August 1699 wird erneuert und bestimmt, daß bei Vermeidung von 2 Thlr. Strafe von jeder Meße niemand hinfüro sich unterstehen soll, von dem in die Mühle gebrachten Malze die Meße in natura zu nehmen. Landesf. Verordn. v. 4. Novbr. 1721.

Zu Verhütung aller Vervortheilung mit den übergroßen Mahlmeßen soll auf jeder Mahlmühle in hiesigen Landen eine kupferne, mit einem Stempel bezeichnete Meße, welche dem Müller von den Beamten zugestellt ist, vorhanden sein, und keine andere als diese zum Mäßen gebraucht, diejenigen aber, welche hierwider handeln, sollen nachdrücklich bestraft werden. Diese Verordnung soll in allen Mahlmühlen angeschlagen

\*) Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1645. Tit. V. Die obigen Verordnungen sind Wiederholungen der in diesem Titel enthaltenen Bestimmungen.

sein, welches die Beamten, und zwar so viel die unter ihre Jurisdiction nicht gehörigen Mühlen betrifft, **vi specialis commissionis** zu Vermeidung der Weitläufigkeit besorgen sollen. Landesf. Verordn. v. 20. April 1747.

S. auch: Sichte- und Mahlgeld — Waagen in den Mühlen zu Braunschweig, Delper und Eisenbüttel. cf. Gesetz v. 30. März 1837, die Maaß- und Gewichts-Ordnung betr. — Verordn. v. 28. Octbr. 1837, die Ausführung der Maaß- und Gewichts-Ordnung betr., insbesondere §. 14.

### Maien.

Niemand, wer er auch sein möge, soll sich gelüsten lassen, Maien, um solche in die Kirchen und Häuser, auch vor dieselben zu setzen, oder Sommer- und Landhütten davon unnützer Weise zu machen, weder in den Communions- noch der Vasallen und Unterthanen Waldungen, oder auch Pfarr- und Gemeinde-Gehölzen und Büschen abzuhausen, oder Andern es zu verstatten, bei 10 Thlr. Strafe, welche für jedes Stück von demjenigen, so wider diese Verordnung gehandelt zu haben betreten, oder sonst überführt werden wird, unnachbleiblich erlegt werden sollen; worunter jedoch dasjenige, was zu pfleglicher und unumgänglich nöthiger Nutzung des Hauswirths gebraucht wird, nicht zu verstehen ist. Communions-herrschaftl. Verordn. v. 28. Febr. 1719.

Obgleich durch die Verordn. v. 29. August 1719 \*) das Hauen der Birken- oder Pfingst-Maien nachdrücklich verboten worden, so hat dennoch diesem zum Verderbe der Holzungen und des jungen Lohden-Anwuchses gereichenden Unfuge bisher noch nicht abgestellt werden können, weshalb sothane Verordn. erneuert und geschärft und zu dem Ende folgendes verordnet wird:

Es soll sich niemand unterfangen, Birken oder sogenannte Pfingst-Maien weder in den herrschaftlichen noch Privat-Holzungen zu hauen, am Wenigsten aber solche in die Häuser oder Höfe zu bringen und darin aufzustocken. Wer darüber betreten wird, daß er dergleichen in den Holzungen hauen, oder nach Hause schleppt, derselbe soll eben sowohl, als derjenige, in dessen Hause oder Hofe dergleichen gefunden wird, mit dem duplo der bisher darauf gesetzt gewesenen Geldstrafe, allenfalls auch mit Gefängniß- oder anderer Leibes-Strafe belegt, auch befindenden Umständen nach in den kleinen Karren gespannt werden. Die Commandanten in den Festungen, auch übrigen Städten, woselbst eine Garnison befindlich, desgleichen die Magistrate in den Städten sollen keine grüne Maien ferner in die Städte so wenig auf Wagen als Karren, oder in Trachten einpassiren, sondern solche sofort an die Waisenhäuser oder an die Armen-Anstalten abliefern lassen. Die Obrigkeiten und Forstbedienten sollen auf die Contravenienten genaue Acht geben und solche zur Forst-Bröge setzen. Landesf. Verordn. v. 15. Febr. 1762. (Br. Anz. v. 1762. Nro. 18.)

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 49.

### Malefizstätte.

Da in den hiesigen Landen der seltsame Gebrauch noch üblich gewesen ist, daß, wenn etwas verrichtet werden soll, dessen die Obrigkeit zu Vollstreckung der Lebens- und anderer schwerer Leibes-Strafen bedarf, die Gilden mit großen Solennitäten und Kosten zusammen gefordert und mit allen Mitgliedern zu solcher Arbeit gezogen werden müssen, solcher wunderbare, den Gilden selbst sehr lästige und auf ganz irrigen Begriffen und falschen Vorurtheilen gegründete Mißbrauch aber ferner nicht mehr geduldet werden soll, so wird selbiger hiermit schlechterdings abgeschafft und ernstlich bestimmt, daß jeder Meister, von dem dergleichen Arbeit verlangt wird, solche mit seinen Gefellen zu übernehmen schuldig sein, dahin-

\*) Dieselbe enthält außer den in der obigen Verordnung wiederholten Bestimmungen nur noch, daß die Landgerichts-Commissarien alljährlich auf dem Landgerichte nachfragen sollen, ob und wie der Verordnung nachgelebt werde.

gegen aber auch es dabei verbleiben soll, daß die Obrigkeit, ~~der~~ einer ihres Mittels die erste Hand ferner an dergleichen Arbeit lege, um damit dem einfältigen Wahne, als ob dasjenige, was zu Bestrafung und Steuerung von Schande und Laster erfordert wird, und in dieser Absicht zu den vornehmsten und ehrlichsten Arbeiten gehört, durch die Schande der Uebelthäter gleichsam mit besleckt und geschändet sei, desto nachdrücklicher zu begegnen. Landesf. Verordn. v. 1. Juli 1751. (Br. Anz. v. 1751. Nro. 59.)

### Malterholz.

Die wegen Bestrafung der Entwendung von Malterholz ergangenen ältern Verordnungen \*) sind aufgehoben. S. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 55.

### Malz=Accise.

S. Accise.

### Malz=Darr=Defen.

Auf höchsten Befehl soll das Nachsehen und Repariren der sämtlichen Malz=Darr=Defen in Braunschweig durch niemand anders, als die dasigen Löpfermeister geschehen, welche angewiesen sind, von der bei vorkommenden Reparaturen sothaner Darr=Defen befundener etwaiger Feuergefährlichkeit sofort die gehörige Anzeige zu thun. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 2. Mai 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 36.)

cf. Feuer=Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §§. 9 und 11.

### Malzsäcke

sollten nach der landesf. Verordn. v. 11. Januar 1709 geahmt werden.

### Malz, Vorrichtung desselben zum Brauen in Blankenburg.

Die Brauer in Blankenburg sollen 14 Tage vor dem Gebraue das Malz völlig fertig haben, und solches den Brau=Vorstehern zur Besichtigung vorzeigen. Wenn das Malz 14 Tage vor dem Gebraue nicht fertig ist, soll die Braureihe für dieses Mal vorbei gehen, und dem darauf Folgenden zu brauen zugelassen, und, da selbiger auch nicht fertig, bis auf den Siebenten angefragt, und wenn von solchen Sieben keiner mit dem Malze fertig, davon sofort Meldung gethan werden, damit das fürstliche Amt statt der Nachlässigen die Gebraue verrichte. Divi Ludov. Rudolphi Verordn. v. 10. Octbr. 1716.

### Mandate an die Untergerichte.

Demnach die Landschaft angezeigt hat \*\*) und in der That befunden worden, daß zu nicht geringem Aufenthalte der Justizpflege und merklicher Beschwerung der Parteien, wenn in *causis appellationum* oder auch *protractae vel denegatae justitiae* von den Obergerichten Mandate zum Berichte und zur Einsendung der Acten erlassen werden, die Untergerichte sich so saumselig bezeigen, daß oft 3 bis 4 Mandate von dem Appellanten und dem sich beschwerenden Theile extrahirt werden müssen, so wird verordnet, daß das an die Untergerichte eingehende erste Mandat sofort *poenale* sein, und darin eine Strafe von 2 Thlr. ausgedrückt, solche auch, Falls dem Mandate nicht Parition geleistet, oder eine erhebliche Entschuldigung zu rechter Zeit nicht einberichtet wird, ohne Nachsicht sofort beigetrieben, auch der Unterrichter zu Erstattung der Kosten angehalten und auf gleiche Weise mit den weiteren alle Mal

\*) Die wichtigsten derselben waren die für Blankenburg unterm 17. August 1763 und 2. Septbr. 1796 ergangenen, die zugleich das Flöß- und Schachtholz mit betrafen.

\*\*) S. Landtags=Abschied v. 9. April 1770. Art. 11. d.

zu verdoppelnden Pönal-Befehlen verfahren werden soll. Landesf. Verordn. v. 26. April 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 47.)

cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordnung v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 25.

### Mandatar.

S. Waaren-Mäkler zu Braunschweig — Geld- und Wechsel-Mäkler zu Braunschweig — Wechselrecht; Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 2. — Waaren, Verkauf derselben unter dem Werthe von Seiten des Bevollmächtigten.

### Mandats-Proceß.

Die *mandata sine clausula* sollen in Pfandungs-, Arrest- und den Sachen, wo kündlich *summun periculum in mora*, oder wenn das geklagte *factum* also beschaffen, daß es *nullo omnino jure* justificirt noch in einige Wege salvirt werden kann, wie auch in allen andern Fällen, worin sie seit undenklichen Jahren nach Verordnung der gemeinen geschriebenen Rechte zulässig, (sonst aber nicht) erkannt werden können, jedoch darf der Impetrant, wenn er nicht die Cassation und daß er in *expensas*, nach Befinden auch in willkührliche Strafe genommen werde, gewärtigen will, keine unerfindliche *narrata*, worauf seine Intention gegründet, vorbringen, noch darin etwas ihm Nachtheiliges verschweigen. In zweifelhaften Fällen werden sie entweder *periculo partis*, oder es werden statt ihrer andere rechtmäßige Prozesse erkannt, oder es wird um Bericht geschrieben, auch nach Gelegenheit der *narrata* der Antrag sofort abgeschlagen. Landtags-Absch. zu Sandersheim v. 10. Octbr. 1601. Art. 2.

Wenn in Schuldsachen *promotoriales* oder *mandata de solvendo* gebeten werden, so sollen nicht allein die Haupt-Verschreibung und alle dazu gehörigen Cessionen und Quittungen in *originalibus cum copiis*, sondern auch ein glaubwürdiger Schein der vorhergegangenen und insinuirten Loskündigung (sofern dieselbe erforderlich ist) zugleich mit übergeben und in dessen Verbleibung weder *promotoriales* noch *mandata de solvendo* erkannt werden. Hofger. Drdn. Tit. XXIX. §. Wann auch ic.

Wenn aber *simplicia cum* oder *sine clausula* einmal erkannt und richtig erequirt, auch nebst einem Scheine der geschehenen Execution reproducirt sind und darauf von dem Debitor innerhalb des präfigirten Termins nicht gehandelt wird, so soll für denselben ein gewisser Termin zur Recognoscirung seiner Hand und seines Siegels oder zur Diffitirung mittelst Eides *sub praejudicio* und mit dem Anhange angelegt werden, daß sonst in *contumaciam manus et sigilla pro recognitis* und das geklagte *debitum pro confesso* gehalten werden sollen, auch auf solchen Fall dem Debitor zur endlichen Zahlung noch eine sechswöchige Frist *pure et sine clausula* gesetzt und, wenn er solchem Befehle auf vorgelegten Schein der geschehenen Insinuation nicht nachkömmt, die Vollziehung der Execution befohlen werden. Ebendas. §. Wann aber ic.

Damit hierbei durchaus keine *remora* noch ein Verzug vorgehen mag, so soll der Kläger und Impetrant nicht allein den Hauptstuhl und die Zinsen, sondern auch die Unkosten richtig und ohne Ueberfluß designiren, und zwar der Gestalt, daß er solche alle Mal auf Erfordern und Gutbefinden des Richters eidlich erhärten kann. Es sollen auch die also mit angegebenen Expensen, so fern es möglich ist und die Hauptsache dadurch nicht aufgehalten wird, bei dem letzten Decrete moderirt und darauf der Executions-Befehl zugleich mit gerichtet werden. Ebendas. §. Und damit hierunter ic.

In den Fällen, wo die Forderung auf Rechnung beruhet und wobei keine Urkunde oder Handschrift vorhanden ist, wie auch wenn eine Sache also beschaffen ist, daß weitere Cognition dazu nöthig ist, soll dieselbe rechtlicher Verordnung nach ausgeführt werden. Ebendas. §. In andern Fällen ic.

Alle *compulsoriales*, Zwangs-Briefe und *inhibitiones*, imgleichen alle Mandate, Arreste, Sequestrationen, Executorialen und andere Gebots-Briefe oder Prozesse sollen mit einer einverleibten namhaften Strafe, wie sie die Richter nach Gelegenheit einer jeden Sache für angemessen halten, ausgehen und eingerichtet werden. Ebendas. §. Item alle *ic.*

Wenn in Schuldsachen *promotoriales* ergehen, so soll wider selbige, und wenn vorher keine *promotoriales*, sondern ein *mandatum* erkannt ist, wider dieses, wie auch sonst insgemein wider alle andere ausgewirkte Prozesse alsbald in *primo termino* excipirt und Beklagter nicht gehört werden, wenn er in solchem Termine nur *dilationem* und Aufschub zur Einbringung seiner Einreden suchen wollte, es wäre denn, daß er zugleich ein besonderes wichtiges *impedimentum*, warum er in dem ersten Termine mit seiner Einrede nicht habe einkommen können, bescheinigte, auf welchen Fall es in *arbitrio* des Richters beruhen soll, ob anderweite *dilatio*, jedoch alle Wege *sub praejudicio* gestattet werden kann. Ebendas. Tit. XXXIII. §. Wann auch hinfüro *ic.*

Sollte aber der Beklagte erst gegen die weiter erfolgenden Prozesse und *arctiora mandata* einkommen und seine Exceptionen bis dahin versparen wollen, so soll er damit weiter nicht gehört werden. Ebendas. §. Sollte aber *ic.*

Damit den *mandatis sine clausula*, welche in den Fällen, da es die Rechte, auch Reichs- und andere Constitutionen zulassen, in des Landesfürsten oder Canzlers und der Räte Namen \*) erkannt werden, ein gehöriger Nachdruck, wie billig, gegeben werden möge, so soll der *advocatus fisci*, wenn keine schuldische *paritio* erfolgt, auf die eingebrochene *poena* sofort *procediren*, und alsdann *praevia communicatione* et *citatione* ohne Weiltläufigkeit mit der Declaration (Falls die *contumacia* nicht der Gebühr abgelehnt werden könnte) verfahren, und die *poena* \*\*) durch gehörige Execution eingetrieben werden. Was aber die *mandata cum clausula* betrifft, wenn denselben innerhalb 4 Wochen von Zeit der Insinuation keine Folge geschieht, oder darauf die Nothdurft *excipiendo* verhandelt wird, so soll auf bescheinigte Verkündigung sofort *mandatum sine clausula poenale*, oder *cum comminatione executionis*, und da auch demselben in bestimmter Zeit nicht parirt, und die Insinuation gehörig docirt wird, *mandatum executoriale* unverzüglich darauf erkannt und über solche *mandata* mit gebührendem Ernst gehalten werden. Landesf. Verordnung, wie es mit Beförderung der Prozesse bei der fürstl. Rathsstube beständig zu halten, v. 31. August 1667. \*\*\*)

S. auch: Hauptsache, Verfahren in derselben. — *Cautio de proseguenda lite* etc. — Pfändungssachen.

cf. Landesf. Circular-Rescript vom 24. Septbr. 1827, die allgemeine Anwendung der im Cap. VI. §. 8 der Braunschw. Untergerichts-Ordnung †) enthaltenen Vorschrift *ic.* betr. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordnung v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 22.

## Mantelfinder.

S. Ehebruch, Hurerei und andere Unzucht, imgleichen Mantelfinder.

\*) Dies letztere sollte der Fall sein, wenn der Landesfürst selbst bei der Sache interessirt wäre. Hofger. Ordn. Tit. XXIX. §. Die Ladungen *ic.*

\*\*) Diese Strafe sollte zur Hälfte dem Fiskus und zur andern Hälfte der Partei, auf deren Ansuchen der Proceß ausgegangen, zugesprochen werden. Ebendas. §. Und sollen solche *ic.*

\*\*\*) Die Verordnung handelt außerdem noch von der genauen Befolgung der Canzlei-Ordnung, von der Appellation, Citation, ersten Instanz, den mündlichen Terminen und Procuratur-Gebühren.

†) S. Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben.



## Mannlehn.

S. Ausstattung der Töchter aus Lehnsgütern.

## Manufacturisten, in Braunschweig sich niederlassende.

S. Reformirte, Niederlassung derselben in den hiesigen Landen.

## Markt.

S. Wochenmarkt in Braunschweig — Christ- und andere kleine Jahrmärkte in Braunschweig.

## Marktsachen.

S. Polizeisachen in Braunschweig.

## Marktschreier, Riemenstecher, Glückstöpfer, Taschenspieler, Gaukler, Seiltänzer 2c.

Da durch die sogenannten Marktschreier, Riemenstecher, Glückstöpfer, Taschenspieler, Gaukler, Seiltänzer und dergleichen lieberliches, zusammengelaufenes Volk auf den Messen und Märkten bisher vielen Unterthanen das Geld auf eine betrügliche Weise entwandt ist, auch wohl gar unter ihnen sich allerhand Spitzbuben in hiesige Lande eingeschlichen haben, dergleichen Unwesen aber mit allem Ernste gesteuert werden soll, so wird verordnet, daß künftig alles obbemeldete lieberliche Gesindel in den hiesigen Landen nicht geduldet, noch demselben so wenig auf, als außer den Messen und Jahrmärkten ohne landesf. oder der fürstl. Geh. Rathsstube specielle Concession öffentlich auszustehen verstattet werden soll. Landesf. Verordn. v. 18. Octbr. 1723. \*)

S. auch: Medicinische Puscherei, — Arzneihandel, — Wochenmärkte in Braunschweig §. 21.  
cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §§. 42 und 45.

## Martini-Sammeln.

S. Einsammeln des Neujahrs-, Fastnachts-, Martini- und Weihnachts-Geldes.

## Masch in Braunschweig.

S. Freischießen in Braunschweig.

## Mastung.

Bei vorhandener Mastung soll sich jedermann der Auslesung derselben enthalten bei Strafe von 5 Fl. Allgem. Land. Ordn. Art. 38.

Wenn Mast vorhanden ist, so sollen die Beamten, wie auch die Forstbedienten, jede besonders, unter Zuziehung Sachverständiger die Mast zur rechten Zeit besichtigen und darüber 4 Wochen vor Michaelis berichten. Forst-Ordnung v. 14. August 1686. Art. 40.

Niemand soll bei Verlust der Schweine und seiner Mastgerechtigkeit fremde Schweine unter den feigen mit in die Mast treiben. Wer aber die Mast zu betreiben berechtigt ist, dem ist unbenommen, einige Schweine, wie an jedem Orte gebräuchlich, zu kaufen und statt seiner eigenen Speckschweine nebst dem jungen Vasel in die Mast zu treiben. Ebendas. Art. 41.

Es sollen auch die Beamten und Forstbedienten zur Abwendung alles Mißtrauens, wenn keine volle Mast ist, die Uebertrift für die Schweine der Landesherrschaft über die Zahl, wie solche anfänglich gesetzt

\*) Gleiche Verbote enthielten schon die Verordnungen v. 4. Mai 1691 und 28. Febr. 1719.

werden möchte, noch viel weniger zu ihrem Privat-Nutzen gebrauchen und sich anmaßen, sondern ungehindert verstatten, daß, wenn die Schweine aus der Mast genommen, alsdann ein Jeder, welcher mit der Deelzucht darin berechtigt ist, dieselbe in die Gemeine-Holzungen treiben und also die Schweine die Uebermaße der Mast mit dem Munde theilen lasse. Ebendas. Art. 42.

Es sollen alle Dörfer und Gemeinden ihre Schweine vor einem, zwei oder drei Hirten, nach Gelegenheit und Größe der Dörfer und Vielheit der Schweine, treiben. Ebendas. Art. 43.

Es soll niemand Eichen und Buch, desgleichen wildes Obst, als Äpfel, Birnen, große und kleine Nüsse, von den Bäumen schütteln oder schlagen oder in gemeinen Holzungen auflesen, sondern jeder erwarten, daß es von selbst herabfalle und von den Schweinen gefressen werde. Ebendas. Art. 44.

Die Beamten sollen die Unterthanen ernstlich anhalten, daß, wenn Mast vorhanden ist, sie ihre Schweine in keine fremde auswärtige, sondern in die herrschaftlichen und andere einheimische Holzungen treiben und die Zahl, wie viel ein Jeder einzutreiben gewillt ist, den Beamten und Forstbedienten in Zeiten anmelden, in welchem Falle sie denn um die Billigkeit und vor den Fremden angenommen werden sollen. Wer hierwider handeln und seine Schweine in auswärtige Mast treiben würde, soll nach Befinden ernstlich bestraft und dennoch zur Entrichtung des Fehmgeldes angehalten werden. Ebendas. Art. 45.

Die Schweine sollen auch aus der Mast nicht eher wieder genommen werden, als nachdem es den Forstbedienten und Beamten angezeigt ist und mit ihrem Vorwissen geschieht, damit ein Jeder das Seine bekommt und nicht der Eine des Andern Schweine wegtreiben läßt, wie denn auch den Hirten ernstlich zu injungiren ist, daß sie keine Schweine abhanden kommen lassen, widrigen Falls sie selbige bezahlen sollen, gestalt denn, um solches zu verhüten, die Schweine zuvor beschrieben und nach der Stückzahl, die ein Jeder in die Mast treibt, aufgezeichnet, auch gebrannt und gemaakt werden sollen. Jedoch soll von denen, die in die Mast gehören und berechtigt sind, durchaus kein Schreibgeld genommen werden. Ebendas. Art. 46.

Die Amts- und Forstbedienten sollen künftig bei Vermeidung ernstlicher Strafe keine Schweine frei und unentgeltlich in die Mast mittreiben lassen, \*) wogegen ihnen ein Gewisses an Geld und bei halber Mast halb so viel, oder sonst nach Proportion von den Mastgeldern gezahlt werden soll. Die Conductoren haben sich mit der ihnen im Pacht-Contracte verschriebenen Anzahl zu begnügen und über solche keine Freischweine zu prätendiren. Ebendas. Art. 47. \*\*)

cf. Instruction der fürstl. Cammer für die Forst-Officianten in Gemäßheit höchsten Rescripts v. 1. Mai 1815. §§. 6. 19 und 42. (Bege I. p. 64 sqq.) — Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 64 und 85 sqq.

### Maturitäts-Examen.

S. Schüler, zur Akademie abgehende.

### Matrikel, ritterschaftliche.

S. Ritterfreie Güter.

### Matrikel der Studirenden.

S. Collegium Carolinum.

Mauer:

\*) Schon im Landtags-Abschiede v. 27. Januar 1619. Art. 16 wurde den Förstern untersagt, Mastgelde zu erheben und die Mast zu betreiben.

\*\*) Für das Fürstenthum Blankenburg ist unterm 12. Septbr. 1689 eine eigene Mast-Ordnung ergangen, die im Wesentlichen mit den obigen Artikeln übereinstimmt, indeß noch speciellere Bestimmungen enthält.

## Mauermeister.

Da die Mauer-Arbeit, insbesondere diejenige, bei welcher es auf die Versicherung gegen Feuergefährdung ankommt, meistens sehr schlecht und mit wenig Bedachtsamkeit gemacht wird, woraus denn, zumal die wenigsten Menschen mit dem Feuer behutsam genug umzugehen pflegen, vielfältiges Unglück entstehen kann, so wird, um dem so viel als möglich vorzukommen, folgende Verordnung erlassen:

1) Es sollen alle und jede Mauermeister in hiesigen Landen, sobald sie das Meisterrecht gewinnen, nach der dieser Verordnung beigebrachten Formel \*) den Mauermeister-Eid vor jeglichen Orts Obrigkeit ablegen, und ehe solches geschehen, soll ihnen bei namhafter Strafe keine Arbeit, sie habe Namen, wie sie wolle, verstattet werden.

2) Kein Mauermeister soll sich unterstehen, Brandmauern, Schornsteine, Backöfen und Feuerherde aufzuführen, oder Braupfannen, Kessel und Brantweins-Blasen einzumauern, er habe denn solches denen, die der Polizei und dem Bauwesen vorgesetzt sind, gebührend gemeldet.

3) Wird er solches unterlassen, und eher Hand an das Werk legen, als bis auf seine Meldung obrigkeitliche Besichtigung und Anordnung erfolgt, so soll er jedes Mal in 5 Thlr. Strafe genommen werden und wegen des daher etwa entstehenden Feuer-Schadens, so viel sein Vermögen zureicht, responsabel und schwerer Strafe unterworfen sein. Wie denn auch die Bauherren selbst dergleichen Arbeit nicht eher, als bis sie solches gemeldet und die Besichtigung erhalten haben, machen lassen sollen. Wer dagegen handelt, soll jedes Mal in 5 Thlr. Strafe genommen werden.

4) Dahingegen sollen diejenigen, welche das Bauwesen zu besorgen haben, schuldig sein, auf geschehenes Anmelden der Mauermeister die Besichtigung jedes Mal unverzüglich zur Hand zu nehmen, das Nöthige dem Befinden gemäß zu verordnen, und die Bauherren und Arbeitsleute bei nachdrücklicher Strafe nicht aufhalten. Landesf. Verordn. v. 30. Novbr. 1743.

Da die Verordn. v. 30. Novbr. 1743, wonach die Mauermeister sich eidlich verpflichten sollen, ohne vorgängige Besichtigung und Anordnung der zum Bauwesen Vorgesetzten weder Brand- und Schutzmauern, noch Schornsteine und dergleichen zu mauern, nicht überall befolgt worden, so sollen die noch nicht beeidigten Mauermeister sofort beeidigt und soll künftig keinem Mauermeister Arbeit gestattet werden, bevor er nicht den Mauermeister-Eid abgelegt hat. Landesf. Circular-Rescr. v. 11. Septbr. 1798.

S. auch: Brandgiebel und Mauern in Braunschweig — Feuerstätten, Anlegung und Abänderung derselben in Braunschweig — Schornsteine.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 19. Febr. 1817. (Bege I. p. 132.) — Desgl. v. 4. August 1828. (Bege II. p. 244.) — Desgl. v. 22. Mai 1830. (Bege II. p. 253.) — Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Decbr. 1832. §. 11.

## Mauermeister, Formel für die Beeidigung derselben.

Ich N. N. schwöre hiermit zu Gott einen leiblichen Eid, daß, wenn ich zu Verfertigung der Mauer-Arbeit an Schornsteinen, Brandmauern, Heerden, Mauer-Kesseln, Back-Defen, Brantweins-Blasen, oder Braupfannen, es sei wo es wolle, berufen werde, ich jedes Mal nach meinem besten Wissen und Gewissen die Schornsteine, Heerde, Brand- und andere Schutz-Mauern so weit von Ständern, Schwellen, Bändern, Riegeln und Balken, auch Zaun-Wänden absetzen, und durch meine Gesellen, auf die ich genau Acht zu haben verspreche, verfertigen lassen, niemals aber nur auf einen Stein vor Holz-Wände vormauern will, daß menschlichem Ansehen nach dadurch kein Brandschaden entstehen könne, und gelobe ich zugleich, ohne vorhergegangene Besichtigung und Anordnung der zum Bauwesen Vorgesetzten weder Brand- und Schutz-Mauern, Schornsteine, Back-Defen, Mauer-Kessel, Brantweins-Blasen, Heerde, noch sonst ein Gemäuer, wo Feuer angemacht wird, durch mich und meine Gesellen zu mauern; so wahr ic.

\*) S. die folgende Rubrik.

## Maulbeerbäume.

Die von den Predigern und Oesperleuten angepflanzten Maulbeerbäume sollen, gleich den Obst- und Weidenbäumen, auch anderen Meliorationen, bezahlt und als Meliorationen angesehen werden. Fürstl. Wolsfenb. Consistorial-Ausschreiben v. 1. März 1756 und 3. Januar 1767.

Die Verordnungen wegen Beschädigung der Hecken und Bäume \*) sind insbesondere auch auf die Maulbeerbäume und Mantagen extendirt durch die landesf. Declarationen v. 18. Novbr. 1755. (Br. Anz. v. 1755. Nro. 98.) und v. 18. Juni 1760. (Br. Anz. v. 1760. Nro. 51.)

S. auch: Seidenbau.

## Maulwurfshäufen.

S. Wiesen-Hegeu.

## Maurer-Arbeit. \*\*)

S. Lehmentirer-Arbeit — Meisterergroschen.

## Mausefraß, Remission deshalb an den Meierzinsen.

S. Meierzins, Entrichtung und Erlass desselben.

## Medicamente, Distribution und Bekanntmachung derselben.

S. Collegium medicum; landesf. Reglement v. 4. Januar 1747. §. 7.

## Medici.

Die Ordnung, daß keine Kunst oder Wissenschaft von jemandem exercirt werde, er habe denn davon satzsame Proben und, daß er solche bei geschickten Leuten gelernt, glaubwürdige Scheine aufzuweisen, ist in praxi medica um so viel nöthiger, als solche das vornehmste Stück der gemeinen Wohlfahrt betrifft. Medicinal-Ordnung v. 21. Febr. 1721. Cap. I. §. 1.

Es sollen daher alle, die in hiesigen Landen praxin medicam zu exerciren Willens sind, von untadelhaften Akademien öffentliche testimonia über ihre wohl ausgeführten Studien, überstandenen Examina und legitime erlangten Grade vorzeigen und dadurch ad praxin medicam sich legitimiren, \*\*\*) wodurch denn zugleich alle, die solche Legitimation nicht prästiren können, sie mögen Namen haben wie sie wollen, etiam bullati, welche ohnehin gemeiniglich nur Operateure und ungelehrte, in der Medicin unerfahrene Leute sind, von der praxi medica gänzlich excludirt sein und, wenn sie darüber ertappt werden, ohne Nachsehen bestraft werden sollen. Ebendas. §. 2.

Zuvörderst soll die Gesundheit der Menschen, die sich ihnen anvertrauen, aller Medici angelegener Zweck sein, weshalb jeder sowohl den Armen als den Reichen auf Erfordern unverzügliche Hülfe leisten und nach seinem besten Wissen und Erfinnen, sowohl bei Tage als bei Nacht, consilia suppeditiren und, wenn solches unverweisklich gethan ist, der eventus mortalitatis ihm nicht imputirt werden soll. Ebend. §. 3.

\*) S. Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

\*\*) Das landesf. Rescript v. 25. Mai 1756 befahl, daß keinen auswärtigen Maurern und Zimmerleuten eher Arbeit in hiesigen Landen anzunehmen gestattet sein solle, als bis sie das Meisterrecht gewonnen und solches bescheinigt hätten. Unterm 29. Juli 1779 verbot der Landesfürst zu duben, daß Mauermeister aus den preussischen Staaten in den hiesigen Landen Arbeiten verfertigten, weil die hiesigen dort nicht zugelassen würden, wogegen durch das landesf. Rescr. v. 3. Januar 1804 bekannt gemacht wurde, daß den Hildesheimischen und hiesigen Mauermeistern wechselseitig gestattet sei, Maurer-Arbeit in beiden Ländern zu verfertigen. cf. Verordn. v. 23. April 1835, die Publication des mit dem Königreiche Hannover unterm 1. Mai 1834 geschlossenen Vertrags über die Annahme eines gleichmäßigen und gemeinschaftlichen Systems der indirecten Abgaben betr., Art. 32.

\*\*\*) S. Collegium medicum; landesf. Reglement v. 4. Januar 1747. §. 8.

Die Medici haben sich eines gottesfürchtigen, ehrbaren und mäßigen Lebens zu befleißigen. Ebendas. §. 4.

Die Besuche eines Medici beim Patienten sollen sich nach Bewandniß und Gefahr der Krankheit determiniren, und der Patient soll so wenig durch Ersparung derselben versäumt, als durch deren allzu fleißige Frequenz in unnöthige Kosten gesetzt werden. Ebendas. §. 5.

Kein Medicus soll befugt sein, den Patienten bei anscheinender Gefahr der Krankheit zu einem gewissen unbilligen *quanto sosti* zu forciren, sondern sich mit der Taxe begnügen lassen, jedoch ist dem Patienten eine extraordinaire Regalirung unbenommen, absonderlich wenn er die Gefahr der Krankheit und des Medici getreue Sorgfalt erkennt. Ebendas. §. 6.

Es soll kein Medicus des Patienten Krankheit oder Zufälle, die ihm *sub fide et conditione silentii* anvertraut sind, irgend einem Menschen offenbaren. Ebendas. §. 7.

Gegen einander sollen die Medici christlich, aufrichtig und friedlich gesinnt sein, sich des Glücks wegen nicht beneiden, noch durch übles Nachreden einander in Mißcredit bringen und den Ruf zu schmälern suchen, am Wenigsten sich bei Patienten antragen lassen, wo schon ein Medicus gebraucht wird. Ebendas. §. 8.

Kein Patient soll einen Medicus öffentlich und einen andern heimlich consuliren, viel weniger der letzte Medicus, so lange der erste noch öffentlich curirt, etwas heimlich ordnen, sondern den Patienten, wenn dieser seine Hülfe sucht, bedeuten, entweder den ersten Medicus mit guter Manier und schuldiger Dankbarkeit zu dimittiren, oder beide zu ersuchen, daß sie *communicato consilio* für seine Gesundheit sorgen mögen. Ebendas. §. 9.

Wenn ein Patient mehrere Medici consuliren will, so sollen sie in gebührender Bescheidenheit, Aufrichtigkeit und Treue ihre *consilia* einig zu des Patienten Besten zusammensetzen, die Recepte, die der, welcher zuerst die Kur angefangen hat, abfaßt, nach allen Ingredientien einmüthig einrichten, wegen der Zusammenkunft sich über eine Zeit vergleichen und also *unitis viribus* des Patienten Restitution nach Möglichkeit befördern. Ebendas. §. 10.

So lange beide Medici in solcher Kur zusammenstehen, soll der eine (wenn er auch besonders gefordert würde) nicht allein und hinterrücks zum Patienten oder dessen Angehörige gehen, ohne Vorbewußt und Communication mit dem andern Recepte schreiben und dadurch Diffidenz und Mißtrauen erregen. Ebendas. §. 11.

In Gegenwart des Patienten sollen die consultirenden Medici die Köpfe nicht heimlich zusammenstecken, woraus der Kranke nur Argwohn und Furcht schöpfen möchte, sondern *aperte* und *modeste* unter einander consultiren und, wenn etwas Widriges vorkäme, welches dem Patienten noch nicht dienlich zu wissen, deshalb an einem andern Orte conferiren. Ebendas. §. 12.

Falls beim Patienten tödtliche Zeichen verspürt werden und keine Hoffnung zur Restitution übrig scheint, sollen die Medici solches den Angehörigen mit guter Circumspection kund thun, damit der Kranke, so lange er noch bei Verstande ist, das, was etwa nöthig ist, bestellen, auch vornehmlich mit Resignirung alles Zeitlichen seine Seele christlich beschicken könne. Ebendas. §. 13.

Bei erfolgnder Genesung des Patienten soll sich der eine von den consultirenden Medicis den glücklichen Ausgang der Kur zu des andern Verkleinerung nicht anmaßen, viel weniger den unglücklichen Ausgang der Kur dem andern zu seiner Diffamirung ohne genugsamen Beweis zuschieben und aufbinden. Ebendas. §. 14.

Die Medici sollen sich allen Dispensirens und Distrahirens von Medicamenten enthalten. Ebendas. §. 15. cf. Bekanntm. des herzogl. Ober-Sanitäts-Collegii v. 27. Januar 1830. (Bege II. p. 212.)

Sollte aber ein Medicus einige geheime Hülfsmittel haben, deren Composition er nicht communiciren wollte, so kann er solche zwar selbst seinen Patienten austheilen, er hat aber wohl zu bedenken, daß er damit keinen Mißbrauch treibe und den Apothekern nicht gewissenloser Weise die Nahrung entziehe. Ebendas. §. 16.

Kein Medicus soll ohne Noth und Gefahr im Verzuge den Patienten zu dieser oder jener privilegirten Apotheke rathen. Ebendas. §. 17.

Die Medici ordinarii sollen mit folgenden Belohnungen zufrieden sein:

	Thlr.	Mgr.
1. Für jedes Recept, welches Patienten vom Medicus aus seinem Hause holen lassen	—	3
2. Für den ersten Gang in gemeinen Krankheiten . . . . .	—	12. 18. 24
3. In ansteckenden Seuchen für den ersten Gang . . . . . 24 Mgr. bis	1	—
4. Für jeden Besuch in gemeinen Krankheiten, mit oder ohne Recept . . . . .	—	6. 9.
5. In ansteckenden schweren Krankheiten, mit oder ohne Recept . . . . .	—	12. 18.
6. Für eine Privat-Consultation, sie sei mündlich oder schriftlich . . . . .	1	—
7. Wenn mehrere Medici consultirt werden, jedem anwesenden das erste Mal . . . . .	—	24
8. In den folgenden Conferenzen wegen abzuwartender gewisser Stunden jedem . . . . .	—	12
9. Für einen Besuch bei Nacht . . . . .	1	—
10. Für ein Recept des Nachts aus des Medicus Hause . . . . .	—	6
11. Für eine Reise aufs Land jede Meile bis zum Patienten . . . . .	1	—
12. Für jeden Tag zu warten . . . . .	2. 3.	—
13. Für ein geschriebenes Consilium . . . . .	2. 3.	—
14. Für einen Brief zu beantworten, mit oder ohne Recept . . . . .	—	12
15. Für Besichtigung eines corporis sammt dem Berichte, ohne Reisefosten . . . . .	2	—

S. Physici.

Ebendas. Cap. II. §. 2.

Gleich wie aber begüterten und vermögenden Leuten freie Hand bleibt, den Medicus ansehnlicher zu belohnen, so sollen anderer Seits die Medici das sostrum nicht verweigern oder refusiren, um sich dadurch bei Andern zu recommandiren. Ebendas. §. 3.

S. außer den folgenden Rubriken auch: Collegium medicum — Chirurgen und Bader.

### Medicinal-Ordnung.

Aus der Medicinal-Ordnung v. 21. Febr. 1721, welcher eine Apotheker-Taxe angehängt ist, ist das Wichtigste unter den betreffenden Rubriken angeführt.

Da an einigen Orten über die Medicinal-Ordnung nicht mit gehörigem Nachdruck gehalten wird, insbesondere sich verschiedene Obrigkeiten um die Medicinal-Ordnung und, wie derselben nachgelebt wird, gar nicht bekümmern, wenn sie nicht durch die bei ihnen geschehenen Anmeldungen der Contraventions-Fälle excitirt werden, auch wohl den Excitanten mit schriftlicher Handlung und Auferlegung ordentlicher Beweise beschweren und denselben nicht anders, als wenn er für sein Particular-Interesse stritte, durch alle ambages juris hindurchführen, mithin denselben dafür, daß er das bonum publicum sucht und die Medicinal-Ordnung beobachtet wissen will, mit allerhand unverbientem Ungemache belegen, diesem schädlichen Mißbrauche aber nicht länger mehr nachgesehen werden soll, so wird verordnet, daß die Obrigkeiten

über die Medicinal-Ordnung genau und sträglich halten, ob derselben gebühlich nachgelebt, oder in dem einen und andern Stücke dagegen gehandelt werde, ex officio fleißig erforschen, und darum, auch ohne einige Erinnerung, pflichtmäßig bekümmert sein, bei den vorkommenden Contraventions-Fällen durchaus keine Schriftwechselung gestatten, sondern alles durch mündliche Verhöre summariter untersuchen und die schuldigen Befundenen mit namhafter Strafe belegen sollen. Landesf. Verordn. v. 29. August 1744.

Das landesfürstl. Reglement v. 4. Januar 1747, insbesondere §§. 13 sqq., f. unter: Collegium medicum.

### Medicinal=Sachen, die in denselben erkannten Strafen.

Da nach dem §. 37 des Reglements von 1744, das Collegium medicum betreffend, \*) die in medicinischen Sachen dictirten Strafen den Armen=Anstalten zu Braunschweig anheim fallen sollen, so sind dergleichen Strafgelber an diese Armen=Anstalten einzusenden. Landesf. Rescr. v. 31. Octbr. 1797.

S. auch: Arzneihandel.

### Medicinische Puscherei.

Da die praxis medica oder die innerliche Kur einzig und allein den Medicis legitime promotis zukömmt und angewiesen ist, so soll kein Patient befugt sein, bei Andern, es seien Apotheker, Barbierer, Bader, Regiments= und Compagnie=Feldscherer, oder Operateure, immaßen von allen diesen keiner dazu legitimirt ist, Rath und Hülfe in innerlichen Krankheiten zu suchen, bei jedesmaliger gewisser Strafe, welche sowohl der Patient als der kurirende Störer unnachbleiblich erlegen soll. Medicinal=Ordnung v. 21. Febr. 1721. Cap. II. §. 1.

Ob es zwar nöthig bleibt, die medicinischen Puscher und Quacksalber abzuhalten, so können doch Fälle vorkommen, wo man von der Ordnung abzugehen für billig erachtet, wenn nämlich von einem empirico bei einem besondern Schaden glaubhaft dargethan ist, daß derselbe eine besondere Geschicklichkeit oder ein bewährt gefundenes arcanum, solchen zu kuriren, besitze, und die Patienten ein besonderes Vertrauen auf ihn gesetzt haben, weshalb fürstl. Regierung zu Blankenburg erlaubt sein soll, in dergleichen Fällen dem Befinden nach Dispensation zu ertheilen. Landesf. Rescr. v. 1. Novbr. 1762.

Da der Bestimmung des Cap. II. §. 1 der Medicinal-Ordnung vielfältig entgegen gehandelt worden, so sollen sämtliche Beamte, Gerichtsobrigkeiten und Magistrate den Inhalt obiger Verordnung aufs Neue bekannt machen und deren genaue Beobachtung einschärfen. Landesf. Rescr. v. 28. März 1768.

S. auch: Collegium medicum; insbesondere landesf. Reglement v. 4. Januar 1747. §§. 34 sqq. — Medici — Chirurgen und Bader — Chirurgen, Regiments= und Compagnie= — Marktschreier ic. — Arzneihandel — Wundärzte in Braunschweig — Wochenmärkte in Braunschweig, §. 21.

### Mehl=Vorrath der Bäcker in Braunschweig.

S. Bäcker in Braunschweig.

### Meier.

Wenn sich die Bauersleute, wie aufrichtigen frommen Meiern und guten Hausvätern gebührt, in den nächstvergangenen Jahren gehalten, werden sie bei der Meierstatt, \*\*) wenn gleich die Güter erledigt

\*) S. Collegium medicum.

\*\*) Durch das landesf. Ausschreiben v. 5. Decbr. 1569 war den Beamten schon befohlen, nicht zu gestatten, daß ein dienstpflichtiger Röthter ohne des Herzogs Vorwissen und Willen abgemeiert werde. (Gesenius Meierrecht Bd. 1. p. 441.)

oder heimgefallen, und bei den vorigen Zinsen billig gelassen; \*) da sie aber in Entrichtung der Zinsen ein, zwei oder mehr Jahre säumig, \*\*) oder kein markgebiges Korn liefern, oder die Güter ihren Töchtern zur Aussteuer mitgeben, oder Andern verpfänden, verkaufen, vertauschen, oder sonst in fremde Hände kommen lassen, oder auch in andere unziemliche Wege beschweren, oder aber auch verwüsten, und ganz ausmergeln würden, wenn deswegen zuvor bei den Beamten oder andern Gerichtsherrn gebühlich, aber vergeblich geklagt worden, sind die Gutsherren der Abmeierung halber nicht allein in überzählten Fällen nicht zu verdenken, sondern sie sind auch zu solcher Abmeierung sonst vermöge der gemeinen beschriebenen Rechte in diesem Falle, wenn nämlich sie die Güter zu ihrer eigenen Nothdurft zu gebrauchen vorhaben, und Inhalts nachgesetzter Ordnung dem Meier nach geendigten Meier-Jahren und darauf vorgegangener Lose und Wardirung seine Baubesserung, Gahre, Gail, und dergleichen nothwendige, auch nützlich angewandte melioramenta der Gebühr bezahlen, imgleichen dem Landesfürsten oder andern Gerichtsherrn, wie auch der Landschaft oder andern Interessenten die daran zustehenden und hergebrachten Unpflichten an Dienst, Schatzung u. dergl., wie das Namen hat, unweigerlich thun und leisten werden, bemächtigt und berechtigt. Es soll auch von den Beamten und Gerichtsherrn solchen Meiern nicht beigespflichtet werden, wenn sie nur auf Thomä denselben die Lose thun, und ihnen auf folgende Petri die Baukosten und Besserung (daran sie gleichwohl die nachständigen Zinsen, auch was sie zum Gebäude ausgethan oder gegeben, desgleichen, da aus den zu den Höfen gehörigen Holztheilungen die Gebäude an- und aufgerichtet worden, die drei Spanne, oder sonst etwas, jedes Orts Herkommen nach, abzukürzen,) auf vorhergehende unparteiliche Wardirung wirklich erlegen, auch taugliche neue Meier zu rechter Zeit wieder verschaffen. Wenn unterschiedliche Güter bei einem Hofe vorhanden, so sollen die Gutsherren sich unterlangs eines tauglichen guten Meiers vereinigen, oder da solches zwischen ihnen nicht zu schlichten, alsdann soll der, welcher den meisten Acker beim Hofe hat, einen schaffen und setzen, derselbe Meier aber sowohl ihm, als den andern Gutsherren die Zinsen, wie auch den Beamten und andern Interessenten die alten gewöhnlichen Unpflichten zu reichen und zu leisten, und solches dem Amte oder Gerichte anzugeloben, die Beamten und Gerichtsherrn auch in befindlicher Nachlässigkeit des Meiers auf Ansuchen der Gutsherren, denen er schuldig geblieben ist, ohne einigen Verzug oder Affection gleichmäßige Hülfe unverlangt widerfahren zu lassen schuldig sein. Salzbadl. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 19.

Ein jeder Gutsherr mag in den Dörfern, allda er die Gerichte hat, seine säumigen Meier durch übliche Zwangsmittel zu Verrichtung der Zinsen und anderer von Alters hergebrachten Gebührniß wohl anhalten, aber in den Dörfern, da die Gerichte zu den fürstl. Häusern gehören, sich des Auspfändens gänzlich enthalten, und zwischen Michaelis und Martini bei den Meiern selbst ansuchen, wenn aber darauf die Bezahlung nicht erfolgt, auf oder nach Martini bei den Beamten klagen; diese sollen den Meiern,

\*) Schon die Polizei-Ordnung v. 19. Januar 1563. Tit. 39 gebot den Gutsherren, die Meier mit Erhöhung des Zinses, der von Alters gegeben worden, nicht zu beschweren. (Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 428.) Dasselbe Gebot enthält auch die landesf. Verordn. v. 22. Decbr. 1579, die insbesondere bezweckte, die Gutsherren zu vermögen, ihren Meiern für das laufende Jahr einen Erlaß an den Meierzinsen zu Gute kommen zu lassen. (Gesenius l. c. p. 443.) Die Stadt Braunschweig hatte schon durch die mit den Herzögen am 20. Octbr. 1553 und am Freitage post ascens. Dom. 1557 abgeschlossenen Verträge zugesagt, den Zins ihrer Meier nicht zu erhöhen. (Gesenius l. c. p. 423 und 425.)

\*\*) In dem Rescripte v. 14. Septbr. 1584 an den Amtmann Wackerhagen zu Wolfenbüttel befahl der Herzog Julius dem Residenz-Amte die Abmeierung eines in der Entrichtung des Zinses säumigen Meiers, weil nach kaiserl. beschriebenen Rechten und hiesigen Landesgesetzen der Meier, wenn er in drei Jahren den Zins nicht entrichtete, sich selbst ipso jure abgemeiert habe. (S. Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 444 und Beil. IV.) Die Kirchen- und Pfarrmeier sollten nach dem Consistor. Refer. v. 26. Juli 1726 (S. Meier der Kirchen und Pfarren) schon abgemeiert werden, wenn sie nur zwei Jahre lang den Meierzins nicht richtig abführten.



die Gutsherren vor dem Advente zu befriedigen, auch immittelst von den habenden Früchten an andere Orte nichts zu verpartiren, ernstlich auferlegen, und, wenn darauf auch nichts erfolgt, ihnen ohne fernern Verzug mit Erlaubung des Ausdreschens, oder mit Einlager, Auspfänden oder dergleichen Hülfsmitteln die Hand bieten, dabei gleichwohl Heerzug, Mißwachs, Hagel und Mäusejahr und deswegen die Billigkeit in Acht haben, und die Meier in solchen Fällen ihren Gutsherren, den Schaden in Augenschein zu nehmen, zeitlich anmelden. Wie denn auch die in den fürstl. Aemtern gefessenen dienstpflichtigen Leute auf vorhergehendes zeitiges Ansagen die Gebühr verrichten, oder aber unnachlässige Strafe, als nämlich der Ackermann für jeden Tag 1 Gulden, der Halbspänner einen halben Gulden und der Köther 5 Groschen erlegen sollen, und denen, welchen die Dienste zustehen, dazu durch die fürstl. Beamten unweigerlich verscholten werden, auch der Ungehorsame nichts desto weniger den versessenen Dienst zu leisten schuldig sein soll. Ebendaf. Art. 20.

S. auch: Dienstzwang.

Die Ober- und Amtsleute sollen mit Vorwissen und Zuthun der Gutsherren diejenigen Meier, welche durch übeles Haushalten, Faulenzen und Schwelgen die Höfe ruiniren, und zu Ableistung der Dienste und anderer praestandorum sich incapabel machen, juxta constitutiones expelliren und abmeiern, und dieselben mit anderen tüchtigen und fleißigen Hauswirthren besetzen, oder, da es vor der Hand daran ermangeln sollte, die Güter lieber unter andere Nachbarn und gute Haushälter praestitis praestandis austhun. Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 98.

Da bei der Abmeierung das landesf. Interesse in so weit versirt, daß, wenn den Gutsherren ohne Unterschied sollte zugelassen sein, ihre colonos abzumeiern und deren Güter und Länderei zu ihren adlichen und andern Gütern zu ziehen, der Landesherrschaft an der Zahl der Unterthanen und gebührenden Landesfolge ein Großes abgehen, auch sonst der übrigen Landes-onerum halber nicht geringe Confusion erwachsen würde, so zweifelt der Landesfürst nicht, es werden die auswärtigen Rechts-Collegien, denen die Acten vorkommen möchten, solches in rechtliche Consideration ziehen, und, wenn Supplicant in actis nicht erwiesen haben sollte, daß eine in Rechten erforderliche Nothwendigkeit ihn zur Expulsion und Abmeierung seiner colonorum veranlaßt, denselben mit seinem unbilligen Suchen abweisen. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 1. Septbr. 1697. \*)

Da verschiedene Gutsherren Meiergüter einzuziehen und selbst zu cultiviren intendiren und sich deshalb auf die Landtags-Abschiede von 1597 und 1601 \*\*) fundiren wollen, indeß, wenn es auch bei dem, was diese Landtags-Abschiede disponiren, verbleiben und den Gutsherren nicht verwehrt werden soll, in den darin angeführten, auf die gemeinen Rechte sich referirenden Fällen ihre Meiergüter selbst anzuneh-

\*) Einen vollständigen Abdruck dieses in Sachen von Gramm gegen seine Meier in Burgdorf ergangenen landesfürstl. Rescripts s. in Gesenius Meierrecht Bd. II. Beil. V.

\*\*) Im 24. Art. des Landtags-Abschiedes zu Gandersheim v. 10. Octbr. 1601 heißt es: Es soll über die landesfürstl. Verordn. v. 3. April 1593 (S. Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben) gehalten werden, gleichwohl aber sollen an den Orten, da die Gebäude den Meiern und Köthern zukommen, dieselben, wenn sie sich dieser Verordnung gemäß und sonst wohl halten, es sei denn, daß jemand, er sei wes Standes er wolle, das Gut gegen weitere Leistung der schuldigen Pflichten, zu seinem eigenen Behufe behalten will, nach Ausgang der Meierzeit, wofern der Meier-Contract nicht ein Anderes mit sich bringt, nicht leicht verstoßen werden, sonst aber dem Gutsherrn, den Meier oder Köther, wenn dieser in Entrichtung seiner Zinsen hinterstellig ist und in Leistung der ihm gebührenden Dienste säumig wird, oder das Gut verwüstet und herunter oder andere Beschwerden von Neuem darauf kommen läßt, oder dasselbe verkauft, vertauscht, versezt, zur Leibzucht oder Mitgift verschreibt oder sonst distrahirt, wenn ihm zuvor auf Thomä die Lösung geschehen, obgleich die Gebäude ihm und nicht dem Gutsherrn zuständig, gegen Entrichtung des wardirten Geldes ab- und einen Andern aufzusetzen, frei- und zugelassen sein soll.

men, die gemeinen Rechte solches anderer Gestalt, als in *casu necessitatis et propriae indigentiae* nicht permittiren, und dann außer solchem Falle und da Einer etwa sonst mehr Commodität oder Nutzen bei Einziehung solcher Meiergüter finden sollte, wider die Intention der gedachten Landtags-Ab-schiede und zu des Landesfürsten Nachtheil wegen des dadurch verursachten Abganges der Unterthanen und der cessirenden Landfolge keinesweges zu extendiren sind, so wird die vorerwähnte Disposition der Landtags-Ab-schiede dahin declarirt, daß keinem Gutsherrn, solche Meiergüter in einem andern, als dem vorerwähnten Falle, wenn er deren zu seiner oder der Seinigen unumgänglichen Nothdurft selbst bedürftig, einzuziehen, seinen sonst habenden adlichen oder andern Gütern beizulegen, oder sie der Gestalt für sich zu cultiviren, verstattet, sondern ein Jeder seine Meiergüter, die er selbst zu brauchen nicht necessitirt wird, mit besondern colonis zu besetzen und durch dieselben die schuldige Landfolge zu leisten, auch die onera publica abzutragen, und was sich bei der Gemeinde nach dem sogenannten Nachbar-Recht gebührt, verrichten zu lassen schuldig sein soll. Landesf. Verordn. v. 15. August 1707.

Die Verordn. v. 15. August 1707 ist dahin declarirt worden, daß durch dieselbe nicht bloß den Descendenten, sondern auch den Ascendenten und Seitenverwandten der Gutsherren hat prospiciert werden sollen. Landesf. Resolution v. 28. Novbr. 1712. \*)

Die von der Ritterschaft und Andere können nach Maßgebung des fürstl. Edicts v. 15. August 1707 ihr Meiergut in *casu propriae necessitatis et indigentiae* nach Ausgang der Meierzeit einziehen. Selbiges muß aber alsdann unter den Abgaben und Prästationen, also sub catastro gravatorum, bleiben. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 62.

S. auch: Bürgermeier — Erbenzins- und Meierland — Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter — cf. Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834.

### Meier im Amte Thedinghausen, Auspfändung derselben.

Es haben zwar die sowohl im fürstl. Amte Thedinghausen angesessenen, als auch auswärtige Gutsherrn das Recht hergebracht, ihre in diesem Amte wohnenden Meier auf ganz liquide und von denselben nicht in Zweifel gezogene Weinkaufsgelder, Meierzinsen und verweigerte Dienste mittelst eines Handpfandes an Hausgeräth und zum Ackerbau nicht unumgänglich nöthigem Viehe selbst pfänden zu dürfen; weil jedoch dieses Pfandungsrecht verschiedentlich gemißbraucht und auf streitige Forderungen der Gutsherren an ihre Meier extendirt werden wollen, auch der bisher beobachtete modus, das genommene Pfand zu Gelde zu machen, dem Gutsherrn sowohl als dem Meier oft unbequem und schädlich ist, so wird verordnet:

1) Daß die Gutsherren dieses einmal hergebrachte Pfandungsrecht zwar ferner behalten mögen, solches jedoch nicht anders, als bloß wegen ganz liquider und von ihren Meiern nicht in Zweifel gezogener Weinkaufsgelder, Meierzinsen, und mit Unfug verweigerter Dienste, durch Wegnehmung eines Handpfandes an Hausgeräth und zum Ackerbau nicht unumgänglich nöthigem Viehe auszuüben haben; solche Pfänder auch alsdann nicht, wie zeither oft geschehen, aus dem Amte gebracht werden, sondern die auswärtigen Gutsherren, obschon die einheimischen solche in ihren Gewahrsam nehmen mögen, selbige entweder bei dem Meier, oder auf das Amthaus hinstellen sollen.

2) Weil

\*) Diese Resolution erfolgte, als Gurd Christoph von Hohenrott einen ihm meierpflichtigen Ackerhof zu Dettum seiner Mutter als Wittthum zur Wohnung und zum Gebrauche einräumen wollte, der Inhaber desselben, Hennig Faber, aber die Abtretung des Hofes aus der Ursache weigerte, weil unter den Worten der Verordnung vom Jahre 1707 »zu seiner und der Seinigen Nothdurft« nur die Descendenten verstanden würden. Einen Abdruck dieser Resolution s. in Schneiders Repertorium Bd. III. p. 228.

2) Weil die bisherige Gewohnheit, daß die Pfänder, nachdem solche in den neunten Tag gestanden durch beeidigte Amts-Verstimatoren warbirt und, wenn sie alsdann nach Ablauf anderweiter 9 Tage von dem Debitor nicht eingelöst, dem Creditor pro taxato in solutum zugeschlagen werden, sowohl für den Gutsherrn als den Meier unbequem und schädlich ist, so sollen in Zukunft die Pfänder, wenn sie von den Debitoren binnen 9 Tagen nicht eingelöst, durch den Amtsvoigt öffentlich verauctionirt und der allenfällige Ueberschuß dem Debitor zurückgegeben werden.

3) Die Untersuchung aller streitigen Weinkaufsgelder, Meierzinsen, Dienste und anderer Forderungen der Gutsherren an ihre Meier soll hingegen bloß von dem fürstl. Amte Theedinghausen geschehen, und in diesen Fällen überall kein Pfandungsrecht den Gutsherren gestattet werden. Landesf. Verordn. vom 7. Octbr. 1776.

### Meier im Amte Lichtenberg.

Zur Abhelfung der Beschwerden der freien Meier im Amte Lichtenberg, daß ihnen im Jahrgelde zu sitzen und dabei gleichwohl mit Knechten und Pferden zu vorfallenden Reisen alle Zeit fast zu sein wider das Herkommen großes Ungemach verursache, ist verordnet worden, daß der Landesfürst von nun an mit dem Jahrgelde einzig und allein zufrieden sein wolle, und gedachte freie Meier dagegen mit den Reisen außerhalb Landes gänzlich zu verschonen seien, jedoch mit dem ausdrücklichen Anhange, daß, wenn etwa künftig des Landesfürsten oder dessen Erben Gelegenheit es erfordern würde, vermöge zustehender freier Wahl eine Abwechselung zu machen und gegen Erlassung des jetzigen Jahrgeldes die freien Meier auf Reisen außerhalb Landes wieder zu gebrauchen, dasselbe auf eine vorhergehende genugsame Lose alsdann unbenommen und die Lichtenbergischen freien Meier hiergegen des Jahrgeldes ohnig sein sollten. Landesf. Rescript an das Amt Lichtenberg v. 20. Juli 1655.

S. auch: Dienste; insbesondere Landtags-Abschied v. 1597. Art. 1. — Reiseführen.

### Meier der Kirchen und Pfarren.

Bei allen und jeden Kirchen-Visitationen sollen die Pfarr- und Kirchen-Meier vorgefordert und ihnen Inhalts des Landt. Abschieds von 1597 \*) ernstlich inhibirt werden, die Kirchen- oder Pfarr-Meier-Güter in fremde Hände kommen zu lassen, solche ihren Töchtern zur Aussteuer mitzugeben, zu verpfänden, zu vertauschen, zu verkaufen, oder dieselben auf andere unziemliche Wege zu beschweren, oder zu verwüsten und auszumergen; daneben soll denselben auch eingeschärft werden, daß sie die Meierzinsen alljährlich richtig abführen, auch der Verordn. v. 21. Juni 1703 \*\*) zufolge alle 9 Jahre von dem Gutsherrn von Neuem sich bemeiern lassen sollen, mit der ausdrücklichen Warnung, daß, wenn die coloni bei der unter sich habenden Pfarr- und Kirchen-Meierländerei dem angeführten Landtags-Abschiede gemäß sich nicht verhalten, auch mit Abtragung des Meierzinses zwei Jahre nicht richtig einhalten, und nach Verfließung von 9 Jahren keinen Meierbrief lösen werden, sie sodann abgemeiert, und die Güter einem Andern eingethan werden sollen. Fürstl. Consistorial-Rescript an die General-Superintendenten v. 26. Juli 1726.

cf. Rescr. des herzogl. Consistorii v. 2. Septbr. 1826. (Bege II. p. 196.)

Wenn die Kirchen-Meier den Meierzins nicht in natura liefern, so sollen dieselben ihn nach dem in den Braunsch. Anzeigen bekannt gemachten Marktpreise der Martininwoche bezahlen. Steigt nachher der Preis, so sollen sie die Meierzinsen zu dem Preise bezahlen, welchen das Korn in der Woche gilt, in welcher sie den Zins liefern; fällt aber der Preis nach Martini, so sollen sie den Preis erlegen, welchen das Korn in der Martininwoche gehabt hat. Rescr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 8. März 1766.

S. auch: Corpora honorum. — Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben.

\*) S. Meierbriefe.

\*\*) Desgleichen.

## Meier der Klöster.

Die Bemeierung der Klostermeier soll den Landtags-Abschieden gemäß bei Strafe der Privirung und Aufhebung der Meierstatt alle neun Jahre erneuert werden, wobei jedoch die Klöster wegen der unvermögsamen Leute von selbst sich bescheiden werden, daß sie bei Ausgebung der Meierbriefe \*) ein Mehreres nicht fordern, als die Leute entrichten können, sondern des Falls ins Gleiche sehen müssen. Landesf. Verordn. v. 21. April 1684.

Alle Convictorien-Meier sollen gleich den fürstl. Cammer-Meiern  $\frac{3}{4}$  von dem in den Erbregeistern gesetzten ganzen Meierzinse zu geben schuldig sein. Landesf. Resol. v. 23. März 1751. \*\*)

In denjenigen Fällen, wo über die Bezahlung der Gebühren bei der neuen Bemeierung bereits Klagen entstanden sind oder noch entstehen werden, soll nach der Vorschrift des Landtags-Abschiedes von 1597 \*\*\*) schlechtweg verfahren, sonst aber es so lange bei der bisher hergebrachten Observanz gelassen werden, bis die jetzigen Prälaten abgegangen sein werden, wo alsdann die bei der neuen Bemeierung zu entrichtenden Gebühren in Gemäßheit des gedachten Landtags-Abschiedes regulirt werden sollen. †) Uebrigens sollen die Bemeierungen ohne Rücksicht, ob der Gutsherr oder der Meier binnen solcher Zeit abgeht, künftig nur von 9 zu 9 Jahren erneuert werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Kloster-Rathsstube v. 6. März 1786.

S. auch: Stifts- und Kloster-Gefälle — Kloster-Güter.

## Meierbriefe.

Damit den Gutsherren das dominium utile nicht intervertirt, noch aus Meiergütern Erbenzins-Güter nach Langheit der Zeit gemacht werden, ist für nothwendig und dienlich erachtet, daß alle und jede Meier und ihre Erben (so der übrigen Jahre zu genießen, und deswegen vor Ausgang derselben von Neuem zu meiern nicht vonnöthen haben) jeder Zeit nach Verfließung von neun Jahren ††) (jedoch

\*) Nach dem landesf. Befehle v. 19. August 1579, erneuert am 18. Febr. 1589, sollten die Klöster ihren Meiern gebührende, richtige und landesfittliche Meierbriefe ertheilen, damit ihre Gutsherrschaft durch das Aushun aufs Unge-  
wisse nicht intervertirt würde. (S. Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 443 und 446.) Da indeß auch späterhin viele  
Klostermeier entweder überall keine Meierbriefe gelöst oder diese nicht erneuert, noch weniger aber ihre Meier-Kecker,  
Wiesen oder sonstigen Emolumente specificirte angezeigt hatten, weshalb denn öfters dergleichen Grundstücke als Erbgut  
verseßt oder gar verkauft waren und die spätern Besitzer der Meiergüter sich bei der Exaction der Meierzinzen darauf  
beriefen, daß sie die bei ihre Höfe gehörenden Meiergüter nicht im Besitze hätten und daher denn auch nicht im  
Stande wären, die vollen Meier-Prästationen zu leisten, wodurch die Klöster in Schaden und beschwerliche Rechts-  
händel gerathen waren, so verfügte die fürstl. Kloster-Rathsstube durch das Rescript v. 8. Novbr. 1757, daß die  
sämmlichen Kloster-Beamten den Meiern aufgeben sollten, binnen 8 Wochen eine Specification ihrer Kecker einzu-  
bringen, wobei diejenigen, deren Kecker bereits vermessen wären, die Specification mit einem Extracte aus den von  
der fürstl. General-Landes-Vermessungs-Commission gehaltenen Protocollen verificiren, die übrigen aber ihre Anzeige  
so einrichten sollten, wie sie solche erforderlichen Falls eidlich bestärken könnten; die sodann danach einzurichtenden  
Meierbriefe sollten gehörig eingelöst und künftig ordnungsmäßig erneuert werden. Mit den Erbenzins-Leuten sollte  
es wegen der Erbenzins-Briefe eben so gehalten werden.

\*\*) Einen vollständigen Abdruck dieser, auf das Gesuch des Convictorien-Meiers Hennig Boffe zu kleinen Biewende ergan-  
genen landesf. Resolution s. in Gesenius Meierrechte Bd. I. Beil. XVII.

\*\*\*) S. Meierbriefe.

†) Nach der Declaration der Kloster-Ordnung v. 12. Juli 1704. §. 4 sollte der Weinlauf nicht für die Prälaten, ob-  
gleich diese den Meierbrief vollzogen, sondern für die Kloster-Rathsstube erhoben und berechnet werden. Späterhin  
blieb derselbe den Prälaten wieder als Theil ihres Salars überlassen; als sie ihn aber mißbräuchlich erhöhten, wurde  
er ihnen durch das auf das Gutachten des Schatzcollegiums v. 30. Januar 1786 sich stützende obige landesf. Rescript  
aufs Neue entzogen. S. Gesenius Meierrecht Bd. II. p. 309. Vergl. jedoch das landesf. Rescr. v. 19. Mai 1824.  
(Bege III. p. 317.)

††) In der Polizei-Ordnung des Herzogs Heinrich des Jüngern v. 19. Januar 1563. Tit. 39 wurde verordnet, daß

soll es mit Verhandlung der Zinsen oder anderer voriger Gebühren nach Maßgabe des landesf. Befehls an die Ober- und Amtleute v. 3. Mai 1593 \*) und 25. Januar 1597 \*\*) und anders nicht gehalten werden) die Güter von Neuem meierweise annehmen, und an den Orten, da guter Acker und der Zins nicht zu hoch, von jeder Hufe einen Thaler, wo aber böser Acker oder die Zinsen sehr hoch sind, von jeder Hufe nach Gelegenheit einen halben Thaler oder einen Ortsthaler dem Gutsherrn für die neuen Meier-Zettel zu Weinkauf geben, dagegen aber von den Höfen, was von Alters her und über 30 Jahre, von Trinitatis anno 86 zurück zu rechnen, an Länderei, Wiesen, Gärten u. dergl. dabei gewesen, nichts hinwegnehmen und davon reißen lassen sollen. Salzdtahl. Landtags-Abchied v. 3. Juni 1597. Art. 19.

Ob zwar allbereits und insonderheit in dem Landtags-Abchiede v. 1597 verordnet worden, daß alle und jede Meier, damit den Gutsherrn ihr *utile dominium* nicht intervertirt und aus Meiergütern nach Langheit der Zeit Erb- oder Zinsgüter gemacht werden mögen, jeder Zeit nach Verfließung von neun Jahren die Güter von Neuem meierweise annehmen und nach der dabei exprimierten Determination die neuen Meierzettel zu dem Behufe lösen sollen, so ist dennoch über die Widerseßlichkeit der Meier nichts desto weniger vielfältig geklagt. Um nun aber obgedachte Verordnung in Kraft zu erhalten und den sonst daher zu besorgenden beschwerlichen Processen vorzubeugen, wird verordnet, daß über jene Verordnung mit allem Nachdruck gehalten werden und, ungeachtet der eine oder andere Meier die neue Bemeiierung nicht gesucht, und also in *praescriptione perpetuae coloniae* sich fundiren wollte, dergleichen *praescriptio*, weilen dem *colono* das seinem Gutsherrn an solchen Gütern zustehende Recht nicht unbekannt sein können, dawider nicht Statt haben soll. Die Obrigkeiten sollen auf Anrufen der Gutsherrn die säumigen Meier mit gehörigem Nachdruck hierzu anhalten, und allenfalls mit der Abmeiierung nach Anleitung der Rechte verfahren. Landesf. Verordn. v. 21. Juni 1703.

S. auch: Erbenzins- und Meierland — Meier der Kirchen und Pfarren — Meier der Klöster — Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben; Rescr. v. 24. August 1751.

cf. Landesf. Rescr. v. 13. Febr. 1816. ad 2. a. (Bege III. p. 240.) — Desgl. v. 27. Octbr. 1820. (Bege III. p. 316.) — Desgl. v. 11. Juni 1827. (Bege III. p. 317.)

### Meiergefälle, Beitreibung derselben.

Auf die Beschwerde einiger Gutsherrn, daß ihnen bei einigen Aemtern in Ansehung der rückständigen Meiergefälle keine prompte Hülfe geleistet werde, wird verordnet:

Bei allen fürstl. Aemtern soll zu allen Zeiten, so oft ein Gutsherr wegen rückständiger Meiergefälle

jeder Meier alle sechs Jahre mit seinem Gutsherrn handeln und die Güter von Neuem annehmen und dem Gutsherrn zur Meierschaft 1 Tglr. zur Erkenntniß geben, darüber aber nicht beschwert werden solle. (S. Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 428.)

- \*) Dieses Anfangs nur ins Kalenbergische wegen der Amelunhorner Klostermeier, nachher aber auch an alle Beamte im Fürstenthume Wolfenbüttel ergangene landesf. Ausschreiben bestimmte, daß zwar die Meierzinsen nicht erhöht werden sollten, damit jedoch der Meier *ex uniformitate canonis* kein Erbrecht (Erbenzinsrecht) machen möge, so sollte den Gutsherrn erlaubt sein, ein Mal den Zins um 1 Hinten, welcher aber hernach wieder abzusetzen sei, zu erhöhen. Mit dieser Verordnung wären aber die nicht gemeint, welche entweder unstreitige Erbenzins-Güter oder seit den nächsten Jahren vor Abgang des Befehls vom 19. August 1579 (S. unter: Meier der Klöster die Note \*) unformem *canonem* gegeben hätten. (Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 456.)
- \*\*) Dieses Rescript betraf die Cammer-Meier und enthielt folgendes: Alle zinspflichtigen Meier, und zwar jeder besonders, sollen auf neun Jahre wegen der vom Landesfürsten innehabenden Meierländerei, damit sie dieselbe hiernächst nicht für Erbenzins-Gut anziehen, bemeiert werden und von jeder Hufe Landes, wo das Land gut und der Zins nicht zu hoch ist, einen ganzen, wo aber das Land nicht gut und der Zins zu hoch ist, von jeder Hufe einen halben Thaler, welcher dem Landesfürsten zu berechnen ist, entrichten; dies soll auch künftig alle neun Jahre in Acht genommen werden. S. Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 461.

wider seine Meier klagbar wird, die Sache sofort gründlich untersucht und, wenn ohne Nachtheil der vor allen Dingen zu berichtenden *onerum publicorum*, oder anderer ein Vorzugsrecht habenden Creditoren der Meier so viel übrig behält, dem Gutsherrn zu seiner liquiden Forderung gleichfalls auf das Schleunigste verholten werden. Damit auch die Ober- und Beamten sich deshalb auf Erfordern zu rechtfertigen jeder Zeit im Stande sein mögen, so sollen sie jedes Mal gleich auf die erste Klage des Gutsherrn einen vollständigen *statum activorum et passivorum* des Meiers formiren, solchen dem Gutsherrn communiciren, und ihm dabei bekannt machen, was in der Sache, so viel dessen Forderung betrifft, weiter geschehen könne und solle. Würde sich hierunter ein Ober- oder Beamter auf die eine oder andere Art die mindeste Nachlässigkeit zu Schulden kommen lassen, so soll derselbe für das, was der Gutsherr dadurch leidet, mit seinen eigenen Mitteln haften, und überdem nach Befinden der Umstände mit gebührender Strafe angesehen werden. Landesf. Verordn. v. 23. Febr. 1775. (Br. Anz. v. 1775 Nro. 27.)

S. auch: Meierzinsen.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 13.

### Meiergüter, Einziehung derselben.

S. Meier.

### Meiergüter, Succession in dieselben.

Weil der Grund der Intention des Supplicanten, daß nach landesüblicher Observanz der Jüngste den Hof haben müsse, fehlsam ist, so hat der Amtmann sich zu bemühen, ob beide Brüder in Güte zu vergleichen sind. Sollten sie aber dazu nicht zu bringen sein, so haben dieselben zu loosen, wer den Hof behalten und wer ihn dem Andern herausgeben soll. Rescr. fürstl. Justiz-Canzlei v. 16. Decbr. 1718. \*)

S. auch: Bauerhöfe — Restitutio in integrum eines Kindes gegen die Renunciation auf das Erb-Recht in den elterlichen Nachlaß.

### Meiergüter, Succession in dieselben im Amte Thedinghausen.

Daß alte Herkommen im fürstl. Amte Thedinghausen, vermöge dessen den jüngsten Kindern bei der Succession in die Meiergüter ein Vorzugsrecht gebührt, ist zu Abhelfung der darüber, ob sothanes Vorzugsrecht den jüngsten Kindern aus der ersten oder aus der letzten Ehe zusteht, oft entstandenen kostbaren Rechtshandel dahin declarirt, daß künftig in dem Falle, wenn Kinder mehrerer Ehen vorhanden sind, sodann die in dem fürstl. Amte Thedinghausen belegenen Meiergüter auf die jüngsten Kinder erster Ehe vererbt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 25. April 1776. (Br. Anz. v. 1776. Nro. 41.)

Nach der im dasigen Amte obwaltenden Observanz gebührt bei der Succession in die Meiergüter dem Sohne bei der Concurrency der Erbfolge ein Vorzug vor seinen jüngern Geschwistern weiblichen Geschlechts. Attestat des fürstl. Amtes Thedinghausen v. 22. März 1798.

### Meiergüter, Veräußerung derselben.

S. Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben — Höfe im Amte Thedinghausen, Dismembration derselben.

### Meiergüter, Wardirung derselben.

Weil wegen der Wardirung bisher viel Streit vorgefallen ist, so soll künftig kein Meier, außer wenn die Gebäude nothwendig sind, ohne des Gutsherrn Bewilligung bauen und es mit der Wardirung

\*) S. Noltens de jure et consuetud. circa villicos p. 41.

Ueber die Observanz hinsichtlich der Succession in Bauerhäuser s. Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 536 sqq.

folgendermaßen gehalten werden. Es sollen aus drei verschiedenen Gerichten aus jedem drei unparteiliche, des Ackerbaues und der Bauten verständige Leute, die guten Handels und Wandels sind, besonders dazu beeidigt, und es soll ihnen in des Ober- und Amtmanns, auch beider Theile Gegenwart der Zustand und die Gelegenheit der Güter nebst sattem Bericht augenscheinlich gezeigt und zu verstehen gegeben, ferner auch, wenn solches geschehen, von jeder Schürze insonderheit also, daß sie mit einander deswegen nicht communiciren, semotis partibus die Sache nach allen Umständen reiflich erwogen und, wenn sich eine Schürze über ein Gewisses verglichen, solches dem Ober- und Amtmann in beider Theile Beisein eingebracht und daraus die mittelfte Summe oder, wo es gebräuchlich, was daraus, wenn alle drei Summen zusammen gelegt und mit drei wieder abgetheilt werden, folgt, für die rechte Wardirung gehalten und bezahlt, keinesweges aber, als allein wenn befindliche Parteilichkeit mit unterlaufen würde, vor den Hof- und Landrathen gefochten, auch diese Verordnung, wenn zu einem Hofe und den dazu gehörigen Gütern mehr als ein Gutsherr ist, auf ihrer aller oder auch allein auf eines Beschwerten Anhalten und Klage, im Falle sich die Gutsherren nicht über ein Anderes vergleichen können, nichts desto weniger gehalten werden. Salz Dahl. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 19.

Es sollen zwar die Wardirungen der Meiergüter und Kothhöfe, jedoch ohne großen Aufgang, durch unterschiedliche aus drei Gerichten genommene Schürzen, wie hergebracht, auch vermittelt Eides vorgenommen werden. Da sich aber bei vorgegangener Wardirung wegen überflüssigen Anschlagens kein Meier zu dem wardirten Hofe finden würde, so soll dem Eigenthums- oder Gutsherrn bevor und frei gelassen sein, eine gewisse Summe Geldes, jedoch nach billigem Werthe, für die Meliorationen zu bieten, im Falle, wenn der Meier damit nicht einig oder friedlich sein wollte oder könnte, alsdann der Hof ein Jahr lang wegen solcher Melioration einem Jeden zu feilem Kaufe und Erhandlung ausstehen, nichts desto weniger aber und inmittelft solcher Jahrsfrist der Hof von dem Meier in gutem Stande und Besserung behalten, auch alle Pflicht in Diensten, Zinsen, Schakungen und Anderm geleistet, und zu dem Ende genugsame Caution bestellt, wofern sich aber innerhalb solcher Jahrsfrist kein Käufer angeben und zutreten würde, alsdann die angeschlagene Besserung dem Gutsherrn um angebotene billigmäßige Summe abgetreten und eingeräumt werden. Wolfenb. Landtags-Abschied v. 27. Januar 1619. Art. 29.

Wer zur Wardirung der Höfe, Galle, Gare und anderer Besserung gefordert wird, der soll sich dazu unausbleiblich einstellen, niemandem zu Liebe oder zu Leide, oder aus andern Ursachen nicht zu hoch oder zu gering wardiren, insonderheit aber das dritte Spann von den Gebäuden an dem Orte, da die Gebäude aus der Gemeinde-Holzjung zum Theil mit gebaut werden, vermöge des Landtags-Abschiedes \*) alle Mal abziehen. Wer hierwider etwas wider sein Gewissen gethan zu haben überführt wird, der soll als ein Meineidiger öffentlich gestraft werden. Allg. Land. Ordn. Art. 92.

### Meierwesen des großen Waisenhauses B. M. V. zu Braunschweig.

Da verschiedene Beamte und Obrigkeiten den unter ihrer Gerichtsbarkeit stehenden Meiern des großen Waisenhauses B. M. V. zu Braunschweig die an dasselbe nach den Erbregistern und Meierbriefen zu entrichtenden Meierzinsen öfters bis zur Hälfte, ja gar zu  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{5}$ ,  $\frac{1}{6}$  und  $\frac{1}{8}$  determiniren und eigenmächtig erlassen, hiervon aber dem Waisenhaus-Directorio so wenig Nachricht ertheilen, als auch diesem zur Beitreibung der Reste prompte Justiz administriren, vielmehr den Meiern sowohl hierin, als auch bei Einlösung der Meierbriefe durch die Finger sehen, so wird zum Besten des Waisenhauses folgendes verordnet:

- 1) Das Waisenhaus-Directorium soll jedem Amte und Gerichte die darin befindlichen Meier und

\*) Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 19; s. Meier.

Erbenzinsleute anzeigen, und sodann einem jeden Meier des vorgedachten Hospitals, wenn der volle Meierzins nicht erfolgen kann, dasjenige, was er zu leisten vermögend, jedoch nicht unter  $\frac{1}{4}$  oder  $\frac{2}{3}$ , und zwar gleich nach Michaelis, determinirt und, Falls die Gerichtsobrigkeit findet, daß auch solches nicht thunlich ist, die Unmöglichkeit dem Waisenhaus-Directorio angezeigt und vor Determination des zu Entscheidenden mit diesem darüber communicirt werden.

2) Ist gedachtem Waisenhaus-Directorio, wenn die Bestimmung des Meierzinses geschehen, auf dessen Verlangen alle Jahr von dem Zinsquanto schriftliche Nachricht zu ertheilen, auch

3) dem Waisenhause in Beitreibung der Reste an Meierzinsforn, Erbenzinsen u. dergl. jedesmalige prompte Justiz zu administrieren, und sobald das Directorium einen Restanten meldet, in dem ersten Gerichtstage darauf durch die von dem Waisenhaus-Meier abzufordernden Quittanzbücher Erfundigung einzuziehen, ob der Meier den determinirten Zins völlig entrichtet, und, wenn solches nicht geschehen, ohne weiteres Ansuchen des Waisen-Directorii wider einen solchen morosen Meier mit der Execution zu verfahren, und

4) auf jedesmaliges Verlangen des Waisenhaus-Directorii den Meier- und Erbenzinsleuten die Lösung der neuen Meier- und Erbenzinsbriefe bei namhafter und im Weigerungsfalle wirklich beizutreibender Strafe binnen dreimonatlicher Frist aufzugeben, und über die des Falls bereits emanirten Verordnungen mit Ernst zu halten, auch dem Waisenhaus-Directorio die zu solchem Behuf wegen der Waisenhaus-Meier und Erbenzinsleute aus den Erbregistern gesuchten Extracte jedes Mal ohne Anstand vidimirt zu ertheilen. Landesf. Circular-Rescr. v. 30. Novbr. 1754.

### Meierzins.

Obwohl in dem Landtags-Abschiede von 1619 \*) versehen ist, daß die Gutsherren, wenn über eines Meiers Güter concursus creditorum entsteht, in gute Acht genommen und wegen der etwa nachstehenden Zinsen andern Creditoren vorgezogen werden sollen, indeß nicht ausgemacht worden, welcher locus dem Gutsherrn respectu der übrigen Creditoren zu assigniren ist, so wird verordnet, daß die sämtlichen Güter der Meier und Colonen den Gutsherren ratione der Meierzinsen pro tacita hypotheca obligirt sein, und, dafern bei sich ereignendem Concurse dergleichen rückständig, solche in den Prioritäts-Urtheilen nebst den Erbenzins-Gefällen, Lehnsgeldern und dergleichen sofort nach den oneribus publicis gesetzt und den übrigen Creditoren präferirt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 3. Octbr. 1707.

Es ist Zweifel über die Frage entstanden: ob in concursu creditorum der Gutsherr vor den Erben, welche ihre Erbschaft in des Erbars Gütern unverzinst stehen lassen, ein Vorzugsrecht habe? Da nun nach bekannten Landesgesetzen den Meiern kein Eigenthum an den Meiergütern selbst, sondern nur an den Gebäuden, Meliorationen und Viehe, an der Meierstatt aber nur ein jus utendi fruendi zusieht, dagegen dem Gutsherrn das dominium utile der Länderei und der Meierstatt gehört und aus diesem Grunde den Meiern nach dem L. E. A. von 1597. Art. 19 \*\*) alle Veräußerungen ohne Vorwissen und Bewilligung des Gutsherrn und die Verschreibungen der Güter zur Leibzucht oder Mitgabe gänzlich untersagt worden, so folgt daraus, daß der Gutsherr als Eigenthümer allerdings ein Vorzugsrecht vor seinem Meier als bloßem Nutznießer, dessen Erben und Angehörigen hat, mithin nach der Constitution von 1707 der Gutsherr in dem Prioritäts-Urtheile sofort nach den oneribus publicis allen übrigen Gläubigern vorzusetzen ist. Landesf. Verordn. v. 21. April 1745. (Br. Anz. v. 1745. Nro. 45.)

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr., §. 1. Nro. 4.

\*) Am Ende des Art. 29, welcher von der Wardirung der Meiergüter handelt, heißt es: Die wardirten und auf gekommenen Gelder sollen nicht in den Aemtern behalten, noch nach Gunst ausgetheilt, sondern den Creditoren oder wem sie sonst gebühren nach eines Jeden Priorität in der Münze und Sorte, worin dieselben erlegt, zugeeignet, dabei auch die Gutsherren in gute Acht genommen und wegen etwa nachstehender Zinsen Andern vorgezogen werden.

\*\*) S. Meier.



## Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben.

Da die Landschaft sich beschwert hat, daß den Gutsherren von ihren Meiern die von Alters hergebrachten vollen Meierzinsen nicht entrichtet würden, auch von den Gerichtsherren und Beamten ihnen dabei hülfreiche Hand nicht geboten werde, sie vielmehr unter unerheblichem Prätext genöthigt würden, bald mit der Hälfte, bald mit etwas Minderem oder Mehrerem anstatt solcher vollen Zinsen fürlieb zu nehmen, und denn zwar dann und wann, zuletzt am 3. Octbr. 1661 verordnet worden, daß den Gutsherren wegen des damaligen starken Mißwachses nur die Hälfte der Meierzinsen gereicht werden solle, \*) dabei jedoch nicht die Meinung gewesen ist, den Gutsherren dadurch an ihrer Gerechtsame und Befugniß zu präjudiciren und solche Verordnung auf andere Jahre zu extendiren, das Recht und die Billigkeit auch erfordert, daß den Gutsherren das Ihrige jährlich gebührend und zur rechten Zeit entrichtet wird, so wird verordnet, daß künftig durchgehends den Gutsherren von den Meiern der volle Meierzins, wie solcher von Alters hergebracht, entrichtet, abgeführt und bezahlt, ihnen auch von den Gerichtsherren, Beamten und andern Gerichtspersonen dazu unweigerlich und mit Nachdruck verholfen werden soll. Sollte aber den einen oder andern Meier ein Mißwachs oder ein anderes derartiges Unglück treffen, wodurch er den vollen Meierzins zu entrichten behindert würde, und er solches genugsam erweisen können, oder auch bei der Contributionslast ihm solches unmöglich fallen, so wird zwar ein jeder Gutsherr von selbst auf die Conservation seines Meiers bedacht sein und ihn über Vermögen nicht anstrengen, derselbe hat sich aber deshalb bei seinem Gutsherrn in Zeiten anzufinden und sich mit demselben für das Mal entweder für sich oder mit Zugiehung der Gerichtsherren und Beamten so gut er kann der Remission wegen zu vergleichen, \*\*) dasselbe aber in andern Jahren und bei besserem Zustande in keine Consequenz zu ziehen noch zu allegiren. Die Gerichtsherren, Beamten ic. sollen mit den Meiern aus Privat-Nutzen oder andern Affecten nicht conniviren, sondern auf alle mögliche und billige Weise und Wege den Gutsherren zu dem vollen Meierzins, so viel als möglich, zur rechten Zeit verhelfen. \*\*\*) Landesf. Verordn. v. 9. Octbr. 1682.

Auf die Beschwerde, daß die Meier ihren Gutsherren den alten Zins fast gar nicht mehr geständig sein, sondern aus der bislang usurpirten Lieferung des halben Zinses ein Recht machen wollen, hat

\*) Die älteste bekannte landesf. Verordnung, welche die temporelle Herabsetzung des Meierzinses betraf, war v. 22. Decbr. 1579. Es wird durch dieselbe den Gutsherren ans Herz gelegt, den Meiern für das Jahr einen Erlaß an den Zinsen zu ertheilen, und ihnen zur Nachahmung vorgestellt, daß den Cammer-Meiern der 3te oder 4te Theil erlassen sei. Die Gutsherren werden zugleich auf den von Alters hergebrachten landsittlichen Gebrauch aufmerksam gemacht, daß den Meiern, wenn sie Mißwachs, Mäusefress, Hagelschlag und Heereszug erlitten hätten, selbst alsdann Remission ertheilt werde, wenn dies auch gleich im Meierbriefe nicht ausdrücklich versprochen sei. (Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 443.) Unterm 16. Septbr. 1625 verordnete der Herzog Friedrich Ulrich, daß den auswärtigen Gutsherren das Zinskorn von diesem Jahre nicht verabsolgt, sondern von den Meiern inne behalten werden solle (Ebendas. p. 480); unterm 1. Septbr. 1656, 6. Octbr. 1656, 31. Octbr. 1657 und 21. Novbr. 1658 wurde den Gutsherren befohlen, ihren Meiern an den jährigen Meierzinsen Erlaß zu geben (Gesenius l. c. p. 487 und 488) und durch die Verordnungen v. 19. Octbr. 1660 der jährige Meierzins auf  $\frac{2}{3}$ , v. 3. Octbr. 1661 auf die Hälfte, v. 21. Octbr. 1662 auf  $\frac{2}{3}$ , v. 14. Octbr. 1663 auf die Hälfte, v. 28. Octbr. 1664 auf die Hälfte und v. 27. Octbr. 1666 auf resp.  $\frac{2}{3}$ ,  $\frac{1}{2}$  oder  $\frac{1}{3}$  erlassen. (Gesenius l. c. p. 488 sqq.) Späterhin bestimmte die Verordnung v. 23. August 1757, daß den auswärtigen Gutsherren in diesem Jahre der Meierzins nicht in Korn, sondern in Geld gegeben werden solle, und die v. 20. Octbr. 1757, daß zwischen den Gutsherren und Meiern wegen der Remission die Güte versucht werden, der Meier aber, welcher vom Feinde nicht ganz ausfouragirt sei, die Hälfte des Zinses entrichten solle. (Gesenius l. c. p. 531.)

\*\*) S. Landtags-Abschied von 1597. Art. 20 unter: Meier.

\*\*\*) Schon die landesf. Verordn. v. 18. Novbr. 1636 bestimmte, daß zwar die Meier, besonders an den Orten, wo sie die Güter nur nothdürftig bearbeiten und genießen könnten, durch Zwangsmittel angehalten werden sollten, sich mit ihren Gutsherren wegen der Meierzinsen abzufinden, daß aber diese bei den dormaligen Zeitläuften die Billigkeit beobachten und auf den Zustand eines Orts und Meiers christliche und billige Rücksicht nehmen sollten.

der Landesherr, der solches zu gestatten nicht gemeint ist, sich erklärt, *per publicum edictum* zu declariren, daß ein jeder Meier zur Entrichtung der alten jährlichen Zinsen schuldig und verbunden bleiben und dadurch, daß ob *casus majores* der Gutsherr dann und wann mit geringerem Zinse zufrieden gewesen, demselben an seinen alten Rechten im Geringsten nicht präjudicirt sein solle. Wenn aber *propter calamitatem* und wegen anderer publicen Fälle der Meier notorie mit dem vollen Zinse nicht nachkommen könnte, soll er sich wegen geringer Lieferung der Zinsen mit seinem Gutsherrn gütlich vergleichen, der sich denn auch gegen den Colonen in dergleichen Fällen mit Moderation der Zinsen billig zu bezeigen hat, damit dieser dem Publico nicht gar ausfallen möge. Wie denn auch der Landesherr sonst im Uebrigen den Gutsherren zeitige Hülfe administriren lassen will. Landtags-Abschied v. 10. Octbr. 1682. Art. 16.

Die Beamten sollen von den Amts-Intraden nichts erlassen, es seien denn bei fürstl. Cammer Remissionscheine darüber ausgewirkt und beigebracht. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 90.

Wenn das Winterfeld bestellt ist, sollen die Beamten die Zehnt- und Zinsfrüchte unnachlässig erigiren, damit auf Martini alles völlig berichtigt ist. Wenn eine Dorfschaft solchen Mißwachs erleidet, welcher vermuthlich eine Remission an den Zinsen nach sich zieht, die Remissionscheine aber etwas zurückbleiben, so sollen die Beamten deshalb dennoch mit Eintreibung des Zinskorns nicht zurückhalten und den Amtsmeiern nur so viel Zinskorn fürerst und bis zu erfolgender Verordnung fürstl. Cammer einlassen, als etwa nach Proportion des befundenen Mißwachses *praesumtive* daran erlassen werden möchte. Eben das. Art. 97.

Wenn insonderheit die Meierzinsen in den Erbregeistern hoch gesetzt, so wird niemals das ganze Quantum wegen der angewachsenen *onerum* den Gutsherren zuerkannt, sondern nach Beschaffenheit der Umstände solches auf  $\frac{3}{4}$ ,  $\frac{2}{3}$  oder auch wohl auf ein Geringeres moderirt. Attestat der fürstl. Justiz-Canzlei v. 29. Decbr. 1710.

Wenn zwischen dem Gutsherrn und dem Meier wegen Remission an dem Meierzins Streit entsteht, so soll sich diese nach dem Verhältnisse richten, welches die fürstl. Cammer bei der in eben dem Amte oder Dorfe ihren Meiern zu ertheilenden Remission beobachtet. Landesf. Verordn. v. 14. Octbr. 1715. \*)

Da zwischen den Gutsherren und deren Meiern seither viele Irrungen, ja auch wohl langwierige Proceße daher entstanden sind, daß bei den Meiern fast zur Gewohnheit geworden, auch bei guten fruchtbaren Jahren unbilligen Erlass an den Meierzinsen zu prätendiren und wohl gar die Halbschied oder wenigstens den dritten Theil anstatt der Remission zurückzubehalten, so wird verordnet, daß künftig nach Inhalt des Landtags-Abschiedes (von 1682) und der Verordnung vom 9. Octbr. 1682 den Gutsherren durchgehends von ihren Meiern der volle Zins entrichtet, denselben auch dazu von den Beamten, Magistraten u. unweigerlich und mit Nachdruck verholten werden soll. Dafern aber dem einen oder andern Meier wegen erlittenen Schadens an seinen Feldfrüchten durch Hagelschlag, Mißwachs, Mäusefraß und andere Unglücksfälle, auch wegen vorfallender anderer Beschwerden unmöglich fallen würde, den vollen Meierzins abzuführen, so soll derselbe bei seinem Gutsherrn sich zuvörderst melden, und mit selbigem sich wegen der Remission zu vergleichen suchen, in Entstehung der Güte aber zu gehöriger Zeit, und zwar noch ehe das Korn eingefahren worden, um eine Besichtigung anhalten, dieselbe auch nach vorhergehender Anmeldung bei dem Gutsherrn und in dessen Beisein vorgenommen, die Wardirung nach der Cammer-Ordnung, \*\*) als welche will, daß nach dem Ertrage von einem jeden Morgen gesehen werden soll,

von

\*) Ein Landesf. Rescript ähnlichen Inhalts ist an demselben Tage speciell für den Weser-District an den Oberhauptmann von Heimburg ergangen. — S. auch: Meierzins, Remission an demselben im Amte Ebinghausen.

\*\*) Feldbesichtigungen.

von unparteiischen und der Feldmarken nicht unkundigen Wardirsleuten verrichtet, dabei aber in keine Consideration gezogen werden, wenn bei der Untersuchung sich finden sollte, daß die Unterthanen durch ungebührliches Abhüten mit den Schafen oder sonst zum Mißwachs Anlaß gegeben. Da aber die Gutsherren auf die Conservation ihrer Meier selbst mit bedacht sein werden, so wird ein Jeder nach Befinden der Billigkeit hierunter sich finden lassen. Sollte aber der Gutsherr mit dem Meier sich deshalb nicht vereinigen können, so soll solches von einem von dem Landesfürsten deshalb zu ernennenden Commissario der Billigkeit nach entschieden, und dabei insonderheit auf die Proportion, welche fürstl. Cammer und Kloster-Rathsstube jedes Jahr bei den Remissionen der Meierzinsen observirt, gesehen werden. Landesf. Verordn. v. 29. August 1718.

Da einige Gutsherren, welche in den wider ihre Meier erhobenen Klagen die Liquidationen auf  $\frac{2}{3}$  des jährlichen canonis vorhin gerichtet, nach Publication der landesfürstlichen wegen Remission der Meierzinsen gemachten Constitution (v. 29. August 1718) aber solche ändern und auf den völligen canonem richten, auch sogar die alten Reste, wozu sie lange still geschwiegen, von 30, 40 Jahren her zu etlichen hundert Thalern fordern wollen, oberwähnte Constitution aber nur zu dem Ende publicirt ist, damit die vielen wegen Remission an den Current-Meierzinsen zwischen den Gutsherren und colonis entstandenen Proceße verhütet und abgekürzt, auch jenen von diesen die Erlassungen nicht vorgeschrieben und abgetrogt werden möchten, die landesf. Intention aber niemals gewesen, daß solche auch von rückständigen und von vielen Jahren aufgelaufenen Meierzinsen verstanden, und der Gestalt von den unbilligen Gutsherren gemißbraucht werden solle; als soll solches denen, so sich Anfangs erwähnten rigoris anmaßen, bedeutet und sollen bei Entscheidung der über rückständige Meierzinsen schwebenden Proceße die Liquidationen der Gestalt arbitirt und moderirt werden, daß auch die Meier conservirt werden, und weder diese noch die Gutsherren sich zu beschweren Ursache haben mögen. Landesf. Rescr. an fürstl. Residenz-Amt v. 20. Octbr. 1718. \*)

Wenn den Meiern von fürstl. Cammer Erlaß gegeben wird, so wird selbiger jedes Mal nach dem toto oder dem vollen Zins = quanto eingerichtet, und nach Proportion desselben das remissum ausgesetzt. Attestat fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 21. April 1735. \*\*)

Wenn über die Frage: ob und wie viel Remission ein Gutsherr seinem Meier, nicht weniger auch ein Zehntherr seinem Zehntpflichtigen, welcher durch Brand um das Seinige gekommen, angedeihen zu lassen schuldig sei? Streit entsteht, so soll in diesem Falle gar kein gerichtliches Verfahren weiter gestattet werden, sondern der Gutsherr und Meier sowohl, als auch der Zehntherr und Zehntpflichtige sollen sich bei dem Landesfürsten oder der fürstl. Geh. Rathsstube um Anordnung einer Commission melden, von welcher die gebetene Remission ex aequo et bono befundenen Umständen nach und in Absicht sowohl auf den Schaden, welchen der Meier erlitten, als auf das demselben übrig gebliebene Vermögen arbitirt und bestimmt werden soll. Landesf. Verordn. v. 22. Juni 1747. (Br. Anz. v. 1747. Nro. 55.)

\*) Auch die fürstl. Justiz-Canzlei wurde vom Landesfürsten angewiesen, sich nach diesem Rescripte bei rechtlichen Entscheidungen zu richten. Registratur v. 13. Mai 1728. (Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 509.)

Die von Frederdsdorff bei der Anführung des obigen Rescripts Th. IV. p. 244 in der Note gemachte Bemerkung, daß der ursprüngliche Meierzins bei allen Meiern im ganzen Lande auf  $\frac{2}{3}$  herabgesetzt sei, ist unrichtig und wahrscheinlich dadurch veranlaßt, daß der Herzog Ludwig Rudolph (1731 bis 1735) den meisten Cammer-Meiern  $\frac{1}{3}$  des ursprünglichen Zinses bis auf Weiteres erließ, (Gesenius l. c. Bd. I. p. 513) und daß, wie die landesf. Resolut. v. 23. März 1751 (S. Meier der Klöster) ersehen läßt, zu dieser Zeit der Zins der fürstl. Cammer- und Convictorien-Meier wirklich auf  $\frac{2}{3}$  ermäßigt war.

\*\*) Dieses Attest wurde dadurch veranlaßt, daß, weil der Herzog Ludwig Rudolph vielen fürstl. Cammer-Meiern  $\frac{1}{3}$  des ursprünglichen Zinses bis auf Weiteres erlassen hatte, es zweifelhaft geworden war, ob das Remissions-Quantum von dem vollen oder von dem auf  $\frac{2}{3}$  herabgesetzten Meierzins abzurechnen sei. S. Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 513 sqq.

Zur Abstellung der zwischen den Gutsherrn und ihren Meiern, wenn jene den Meierzins ganz fordern, diese aber ihn verweigern und Erlaß verlangen, bisher vielfältig entstandenen Streitigkeiten wird folgendes verordnet: Wie überhaupt niemandem sein Recht geschmälert werden soll, so ist der Landesfürst auch nicht gemeint, einen beständigen Fuß des Absatzes der Meierzinsen zu ordnen, was ohnehin nach Beschaffenheit der Sache nicht wohl geschehen kann. Da indeß so viel gewiß und in der Natur der Sache selbst begründet ist, daß von den Meiergütern die *onera publica* erfolgen müssen und daß dieselben, da sie von den Grundstücken selbst gegeben werden und auf denselben radicirt sind, sowohl den Gutsherrn als den Meier betreffen, so wird bestimmt, 1) daß, wenn die auf den Grundstücken haftenden *onera publica* abgeführt worden, und der Meier alsdann noch im Stande ist, auch seinem Gutsherrn den vollen Zins zu leisten, dieser solchen haben soll. Es kann aber 2) alsdann nur von dem Meier gesagt werden, daß er im Stande sei, den vollen Zins zu leisten, wenn er dabei vermögend bleibt, seine Haushaltung und den Ackerbau, wie sich gebührt, fortzusetzen, und die *onera publica* ferner abzutragen. 3) Wenn sich aber findet, daß die Abtragung des vollen Meierzinses denselben hierzu untüchtig macht, so beruft der Gutsherr zur fernern Erhaltung desselben sich vergeblich auf *rem judicatam*, oder ein anderes *jus quaesitum*, indem beide nicht vermögend sind, unmögliche Dinge möglich zu machen. Es soll also 4) vor allen Dingen zwischen dem Meier und seinem Gutsherrn ein gütliches Auskommen gesucht, und wenn dasselbe nicht erreicht werden kann, sodann 5) nach vorstehenden in den natürlichsten Begriffen gegründeten Sätzen untersucht werden, wie der Zustand des Meiers beschaffen sei. Gleichwie aber solche Untersuchung eigentlich nicht vor die Gerichte gehört, als sollen 6) darüber keine Processe angenommen werden, wenn der Meier weniger geben will, als er bisher geleistet hat, oder wenn der Gutsherr mehr haben will, als er bisher bekommen hat, sondern beide Theile sollen sich bei der fürstl. Geh. Rathsstube melden und Commissarien vorschlagen, die da ausmachen, was der Meier nach obigen Sätzen thun könne oder nicht. 7) Die Obrigkeit des Orts, wenn sie gleich nicht mit zur Commission vorgeschlagen worden, wohnt dieser Untersuchung *ex officio* bei, und sucht die zu Auseinandersetzung der Sache erforderlichen Umstände beizubringen, wobei der *Actuarius loci* das Protocoll führt. \*) 9) Wenn seit 5 oder mehr Jahren *canon uniformis* prästirt worden, so soll es dabei in so weit gelassen werden, daß der Gutsherr bei der Erhebung solchen Canons ferner nachdrücklich und prompt ohne alle Weitläufigkeit und bloßhin auf Bescheinigung, daß er wenigstens 5 Jahre nach einander einerlei Canon genossen, geschützt werde. Es bleibt aber ihm und seinem Meier frei, wenn sie wollen, und ohne daß aus langer resp. Erhebung und Leistung des Meierzinses eine Präscription erwachse, *ad commissionem* zu provociren, während welcher jedoch die bisherige Prästation continuirt. Landesfürstl. Verordnung v. 8. Juli 1747. (Br. Anz. v. 1747. Nro. 61.)

Wenn der Betrag des nicht bezahlten Meierzinses so hoch angeschwollen, daß man noch nicht wissen kann, ob der Meier sich auf der Meierstätte zu erhalten vermögend sei, zumal wenn der Gutsherr sich seines strengen Rechts gegen ihn bedienen wollte, so ist, ehe der Rückstand bezahlt worden, die von dem Meier nach Anleitung der Constitution v. 8. Juli 1747 gesuchte Commission nicht zu erkennen. Wenn aber der Rückstand bezahlt worden und der Meier ferner darauf bestehen sollte, daß es unmöglich sei, von dem Hofe nebst den *oneribus* auch die Meierprästanda abzuführen, alsdann wird nach Vorschrift der Constitution verfahren, wobei sich jedoch von selbst versteht, daß, wenn der Meier durch Bezahlung des aufgeschwollenen Zinses sich in Schulden setzt, solches bei der Untersuchung nicht in Betracht zu ziehen, sondern lediglich auszumachen sei, was der Hof thun könne. Landesf. Resolution v. 31. Octbr. 1747. \*\*)

\*) Der §. 8 enthielt nur eine temporelle Disposition wegen der zur Zeit der Publication der Verordnung anhängigen Processe. Diese sollten sofort suspendirt und die Parteien angewiesen werden, binnen 14 Tagen sich zu vergleichen oder um Anordnung der oben bezeichneten Commission nachzusuchen.

\*\*) Diese in Sachen des Geh. Raths Strube gegen seinen Meier Falke in Deensen ergangene Resolution ist der fürstl.

Der §. 9 der landesf. Verordn. v. 8. Juli 1747 ist dahin declarirt, daß, wenn seit 5 Jahren canon uniformis prästirt worden, der Gutsherr bei Erhebung desselben in *possessorio brevi manu* zu schützen ist, wenn gleich das Quantum des fünf oder mehr Jahre nach einander geleisteten Zinses mit dem in dem ältesten Erbreghister verzeichneten Quanto nicht übereintreffen sollte, weil auf solche Weise *causa possessionis* auf ein Mal zu Ende geht. Bei der commissarischen Untersuchung, welche sich selten über ein halbes Jahr verziehen kann, wird sich sodann finden, ob nach der gemeinen Regel den Erbreghistern zu folgen sei oder nicht. Die Commissarien sollen hinlänglich instruiert werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 21. Novbr. 1747. (Gesenius Meierrecht Bd. I. Beil. XII.)

Für die zur Untersuchung der Streitigkeiten über den Meierzins jedes Mal zu verordnenden Commissarien ist folgende Anweisung erlassen:

1) Dieselben haben vor allen Dingen den Zustand des Meiers zu untersuchen, was derselbe zu thun im Stande sei, wenn er vermögend bleiben soll, seine Haushaltung und Ackerbau wie sich gebührt fortzusetzen, und die *onera publica*, welche, da sie von den Grundstücken selbst gegeben werden, und auf denselben radicirt sind, mithin sowohl den Gutsherrn als Meier betreffen, ferner abzutragen.

2) Dieselben haben aus den ältesten Erbreghistern deutlich zu extrahiren, was für Prästanda zum Meierzins in denselben niedergeschrieben und enthalten sind.

3) Wenn das in den Erbreghistern verzeichnete Quantum mit dem, was der Gutsherr fordert, oder der Meier zu geben vermeint, nicht übereintrifft, so ist die Differenz deutlich zu entwerfen, und

4) dem zu erstattenden Berichte gutachtlich beizufügen, wie dieser oder jener Anstand zu heben oder zu concilliren sei.

5) Ist die Beschaffenheit des Erbreghisters, wann, von wem, auf was für Art es gemacht, ob und was für Unvollkommenheiten und Mängel dasselbe habe, und

6) ob das Eingetragene von einer Hand, oder, wenn etwas nachgetragen worden, von wem solches muthmaßlich oder gewiß geschehen, genau zu untersuchen, und von obigem Allen zur weitem Verordnung umständlich zu berichten.

7) Von dieser Anweisung soll bei jeglichem Falle dem auszufertigenden Commissorio zu des oder der Commissarien Nachsicht eine Abschrift beigelegt werden. Landesf. Anweisung v. 21. Novbr. 1747. \*)

Die in der Verordnung v. 8. Juli 1747. §. 9 erwähnten fünf Jahre sind nicht von Zeit der Verordnung zurückzurechnen, sondern von den letzten fünf Jahren *ante motam litem* zu verstehen. Wie inzwischen bei diesem interimistischen Regulativ die Meinung nicht gewesen, die gutthätige Nachsicht des Gutsherrn mit Privirung seines Rechts zu bestrafen, oder die saumseligen Meier um deswillen, weil sie mit dem Meierzins fünf Jahre über ganz oder zum Theil im Rückstande bleiben, von ihrer Schuldigkeit zu befreien, vielmehr wie die ganze Verordnung also auch dieser Paragraph bloß auf streitige Meierzinsen und nicht auf den Fall geht, wenn der Meier selbst gesteht, den geklagten Zins entrichten zu müssen und den Rückstand schuldig zu sein, so sind die seit fünf oder mehr Jahren *ante motam litem* geschehenen Prästationen eines geringern Meierzinses, als vorhin hergebracht, nur alsdann zum Regulativ eines *interimistici* zu nehmen, wenn der Meier eine Befugniß, keinen so hohen Meierzins, als vorhin geschehen, zu prästiren,

Justiz-Canzlei mittelst Rescripts von demselben Tage mitgetheilt, um sich sowohl in diesem als in künftigen Fällen danach zu achten, »so daß das *praeteritum* und da, wo *res judicata* vorhanden, kurz und ohne Gestattung der in *possessorio* ohnehin unstatthaften Weitläufigkeiten gleich abgethan, das *futurum* aber an fürstl. Geh. Rathskube verwiesen werde.« G. Gesenius Meierrecht Bd. I. p. 524.

\*) In dem bei Gesenius l. c. Beil. XIII. befindlichen Abdrucke dieser Anweisung findet sich in Nummer 6 ein Druckfehler, der sich aus der Vergleichung mit dem Obigen ergibt. Im Leisteschen Repertorio ist diese Anweisung unterm 21. Novbr. 1753 angeführt und im Schneiderschen Repertorio (Bd. III. p. 412) ein Abdruck derselben v. 21. Novbr. 1752 datirt.

oder die Unmöglichkeit desselben vorgeschützt und der Gutsherr durch fünffährige Erhebung des geringern Meierzinses dabei acquiescirt hat. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 8. März 1751. \*)

Die Prozesse über die Frage, ob Meierbriefe zu lösen, sollen nach der Verordnung v. 8. Juli 1747 nicht suspendirt, sondern der Meier soll zu deren Lösung sofort angehalten werden; auch ist der gegebene Meierzins, wenn der Meier kein Unvermögen vorschützt, sofort zu erequiren, mit Vorbehalt des Mehreren, wozu er nach untersuchter Sache sollte schuldig erkannt werden; desgleichen soll der Gutsherr, wenn es ohne Ruin des Meiers und ohne Nachtheil der öffentlichen Cassen möglich, den vollen Zins haben, und ist überhaupt bei der ganzen Verordnung v. 8. Juli 1747 das Beste der Gutsherren beabsichtigt, mithin hat die Begierde der Bauern, sich ihrer Schuldigkeit gegen diese zu entziehen, keinesweges begünstigt werden sollen. Landesf. Rescript für den Hauptmann von Kalm v. 24. August 1751. (S. Gesenius Meierrecht Bd. I. Beil. XX.)

Da der Abgang von voriger Erndte nach dem Besichtigungs-Atteste sich auf die Halbschied in beiden Feldern nicht erstreckt, mithin die Supplicanten überall nicht remissionsfähig sind, so bedarf es einer weitern Untersuchung nicht, vielmehr haben sich die Supplicanten an der vom Gutsherrn zum vierten Theile gebotenen Remission zu begnügen. Landesf. Resolution v. 26. Febr. 1762. \*\*)

Die landesf. Verordn. v. 29. August 1718 ist erneuert und in einigen Puncten näher bestimmt, und soll solche Verordnung ferner zwischen den Gutsherren und Meiern die Richtschnur, nach welcher die Remissionen zu untersuchen und zu bestimmen sind, in so weit sie nicht, wie folgt, erläutert wird, sein und bleiben.

1) Es sollen nämlich die Meier ihre Remissionsgesuche, bei Verlust der Remission, den Gutsherren in den ersten 8 Tagen des Monats Julius einreichen.

2) Es soll die nach vorhergehender Anmeldung bei dem Gutsherrn und in dessen Beisein vorzunehmende Besichtigung und Taxation der beschädigten oder mißrathenen Felder nicht eher, als bei dem wirklichen Anfange der Erndte geschehen, bei der Untersuchung aber nicht aus der Acht gelassen werden, ob der Meier selbst durch ungebührliches Abhüten mit den Schaafen, oder sonst zum Mißwachs Anlaß gegeben, wie denn, wenn sich dieses findet, der daraus entstandene Schaden weder in Anschlag gebracht, noch darauf eine Erlassung an den Meierzinsen erwartet werden mag.

3) Da auch nach erwähneter Verordnung die Meier den vollen Meierzins zu entrichten schuldig sind, dem Gutsherrn aber anders nicht, als wegen erlittenen Schadens an den Feldfrüchten durch Hagelschlag, Mißwachs, Mäusefraß und anderer Unglücksfälle, auch vorfallender anderer Beschwerungen, etwas daran ihnen zu remittiren angemuthet werden mag, so soll dieses auch nur von den Fällen zu verstehen sein, wenn der Gutsherr sich mit seinem Meier nicht eines Andern verglichen, und demselben den Meierzins für beständig auf ein Gewisses herunter gesetzt hat, als in welchem Falle bei solchem moderirten Zinse es billig zu lassen. Landesf. Verordn. v. 7. August 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 69.)

Auf die Anfrage der fürstl. Justiz-Canzlei, nach welchen Grundsätzen den Stifts- und Kloster-Meiern die gesuchte Erlassung an den Meierzinsen zu Gute komme, wird derselben in der Anlage der Entwurf

\*) Gesenius l. c. hat dieses Rescript im ersten Bande und zwar in der Beil. XVI v. 8. März 1757 datirt, allein p. 528 v. 8. März 1751 und mit der letzten Angabe stimmt sowohl Liebhaber (Einleitung in das Landrecht Th. II. p. 396) als auch Leiste (Repertorium der Verordnungen 2c. p. 8) überein, wiewohl letzterer das richtige Datum in Zweifel läßt. Dagegen findet sich das Anführen im Fredericksdorff'schen Promptuar (Th. VI. p. 293), daß das Rescript unterm 8. Mai 1757 erschienen sei, nicht weiter unterstützt.

\*\*) Einen vollständigen Abdruck dieser für die Gemeinden Bisperode und Bessingen ergangenen Resolution s. in Gesenius Meierrecht Bd. I. Beil. XXII.

davon, nach welchen Grundsätzen den Stifts- und Kloster-Meiern die gesuchte Erlassung an Meierzinsen zu Gute komme, mitgetheilt, und dabei noch angeführt, daß bei Ertheilung der obbemeldeten Remissionen jedes Mal der volle Zins zum Grunde gelegt werde, auch daß öfters nach Umständen und dem erlittenen Verluste der Censiten denselben zu ihrer Conservation eine größere Remission angebeihet. Schreiben fürstl. Kloster-Rathsstube v. 22. April 1779. (Gesenius l. c. Bd. I. Beil. XXVIII.)

### U n l a g e d e s S c h r e i b e n s :

Methode, nach welcher die Remissionen für die Unterthanen wegen erlittenen Mißwachses bei fürstl. Kloster-Rathsstube ertheilt werden.

Wenn das Totum abgeht, werden remittirt	$\frac{3}{4}$ .
Wenn $\frac{7}{8}$ abgehen, werden	» $\frac{2}{3}$ .
» $\frac{3}{4}$ » wird	» $\frac{1}{2}$ .
» $\frac{5}{8}$ » »	» $\frac{1}{3}$ .
» $\frac{1}{2}$ abgeht »	» $\frac{1}{3}$ .
» $\frac{3}{8}$ abgehen »	» $\frac{1}{3}$ .
» $\frac{1}{4}$ abgeht »	» 0.
» $\frac{1}{8}$ » »	» 0.

In der Anlage wird der fürstl. Justiz-Canzlei von dem bei fürstl. Cammer hergebrachten principio remissionis ratione der Meierzinsen bei entstehendem Mißwachse die gewünschte Nachricht mitgetheilt, und dabei bemerkt, daß die darin erwähnte Remission an dem vollen Zinse der Meier zu verstehen sei, und daß, wenn der Eine oder Andere von solchen Meiern bei guten Jahren den vollen Zins nicht, sondern nur etwa zwei Drittel oder noch weniger entrichtet, die des nach dem commissarischen Feldbesichtigungs-Berichte an dem gewöhnlichen Ertrage befundenen Mißwachses und Abganges halber zu ertheilende Remission dennoch nach dem vollen Zinse der Gestalt computirt werde, daß, wenn e. g. der Meier zum vollen Zinse 30 Himten zu geben verbunden, hingegen auch bei guten Jahren nur zwei Drittel desselben mit 20 Himten wirklich entrichtet, der Mißwachs und Abgang am Ertrage aber auf zwei Drittel taxirt und ausfindig gemacht, mithin nach dem Principe die Hälfte zu erlassen wäre, der Meier alsdann, nach Abzug der erlassenen Hälfte von dem vollen Zinse der 30 Himten annoch 15 Himten abzuführen, folglich von den 20 Himten, die er jährlich zu zwei Drittel giebt, nur noch 5 Himten pro remissione zu genießen habe. Schreiben fürstl. Cammer v. 23. April 1779. (Gesenius l. c. Bd. I. Beil. XXVII.)

### U n l a g e d e s S c h r e i b e n s :

Methode, nach welcher bei fürstl. Cammer bisher den Cammer-Meiern wegen erlittenen Mißwachses und Feldschadens am Meierzinse Remission ertheilt worden.

Wenn der Abgang am gewöhnlichen Ertrage eingebracht ist auf	so wird erlassen, und am vollen Meierzinse abgesetzt
Ein Drittel . . . . .	Ein Viertel.
Drei Achtel . . . . .	Ein Viertel.
Zwei Fünftel . . . . .	Ein Drittel.
Die Halbschied . . . . .	Ein Drittel.
Drei Fünftel . . . . .	Die Halbschied.
Fünf Achtel . . . . .	Die Halbschied.
Zwei Drittel . . . . .	Die Halbschied.
Drei Viertel . . . . .	Zwei Drittel.
Vier Fünftel . . . . .	Zwei Drittel.

## 150 Meierzins, Erhöhung desselb. — Meierzins, Remission an dems. im Amte Thedinghausen.

Sieben Achtel . . . . . Drei Viertel.

Das Totum . . . . . Drei Viertel.

Wegen des Abganges, der weniger als ein Drittel beträgt, wird nichts remittirt.

1) Durch die Landes-Constitution v. 8. Juli 1747 sind die Klagen der Meierherren gegen ihre Meier auf einen höhern Zins, als bisher von ihnen entrichtet worden, an sich keinesweges dem ordentlichen foro der Beklagten und dem gerichtlichen Proceßgange entnommen, wie denn dieses auch ohne Versagung der Justiz nicht geschehen können, indem der Meier nicht nur mit seiner Litiscontestation, sondern auch mit solchen Einreden, die ihm nach der Natur des Meier-Contracts und den Modificationen zustehen, welche derselbe durch die Landes-Gesetzgebung erhalten, nicht enthört werden darf. Die Klage selbst wird daher vor dem foro ordinario des Beklagten angebracht.

2) Dasselbst wird zuvörderst nach Vorschrift der gedachten Constitution die Güte versucht. Wird selbige nicht erreicht, und es ergiebt sich in der Folge des Processes, daß die Verbindlichkeit des Meiers zur Abtragung des vollen Zinses an sich feststeht und nicht etwa durch Einreden elidirt worden, so daß es bloß darauf ankommt, ob nach den in mehrgedachter Constitution enthaltenen Prämissen die Entrichtung des vollen Zinses nach den Kräften des Hofes möglich sei, so wird

3) endlich von demjenigen Theile, dem der Beweis obliegt, die zur Führung desselben erforderliche Commission bei dem fürstl. Geh. Rathe nachgesucht. Schreiben des fürstl. Geh. Rathscollégii an die Königl. Preuß. Kriegs- und Domainen-Cammer zu Halberstadt v. 14. Mai 1805, welches den betreffenden Gerichten mittelst Rescr. des Landesfürsten v. 19. Juni 1805 abschriftlich mitgetheilt worden.

S. auch: Meier — Erbenzins- und Meierland — Weinkaufsgelder der Meier — Erbregister — Meierwesen des großen Waisenhauses B. M. V. zu Braunschweig — Meier der Kirchen und Pfarren — Meier der Klöster — Feldbesichtigungen.

cf. Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 61. — Verordn. v. 26. März 1823, die Untersuchung der Kräfte der Meierhöfe in Hinsicht auf die Meierzinsen betr. — Verordn. v. 16. Septbr. 1827, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betr., §. 53. — Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834, insbesondere §. 50.

### Meierzins, Erhöhung desselben.

S. Meier — Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben.

### Meierzins, Priorität desselben.

S. Meierzins.

### Meierzins, Remission an demselben wegen Mißwachses, Hagelschlages und sonstiger Unglücksfälle.

S. Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben.

### Meierzins, Remission an demselben im Amte Thedinghausen.

Die Gutsherren sollen ihren Meiern im fürstl. Amte Thedinghausen in eben den Fällen eine Remission an den Meiergesällen zugestehen, in welchen fürstl. Cammer solche den dasigen colonis zugestehet, da diese dergleichen Remissionen ohne Noth und anders nicht erteilt, als wenn sich nach angestellter Untersuchung befunden hat, daß der Meier den vollen Zins ohne seinen Ruin nicht geben kann. Landesf. Verordn. v. 7. Octbr. 1776.

S. Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben.



### Meineid.

Der Delinquent ist ein Jahr mit dem kleinen Karren zu bestrafen, bevor er aber von dem Amte nach Braunschweig geliefert wird, vor der Kirche eine Stunde lang an das Halseisen zu stellen und der Gemeinde dabei kund zu machen, daß selbiger zwar eine weit härtere Strafe durch den begangenen Meineid verdient, der Landesfürst aber solche zu mildern in Betracht seiner Kinder geruht habe. Ueberdem hat der Prediger an dem darauf folgenden Sonntage seiner Gemeinde die Abscheulichkeit des Meineides zu erklären. Landessf. Rescr. v. 11. Juli 1768.

Es wird genehmigt, daß der Inquisit wegen des fälschlich geschworenen Eides ein halbes Jahr mit dem Gefängniß im Werkhause bestraft werde. Derselbe ist aber zuvor eine halbe Stunde an das Halseisen zu stellen, und ist dem Prediger aufzugeben, am vorhergehenden Sonntage über die Sünde des Meineides zu predigen und die Gemeinde vor diesem Verbrechen zu warnen. Landessf. Rescr. v. 27. Febr. 1772.

• S. auch: Eid.

cf. Verordnung v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straf-Pfahls ic. betr. — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der neuen Redaction der Kriegs-Artikel ic. betr., Art. 94.

### Meineid, Warnung vor demselben.

Durch das landessf. Circular-Rescript v. 27. Juli 1754 ist den Obrigkeiten und Gerichten vorgeschrieben, sich bei Abnahme der Eide künftig folgender Warnung vor dem Meineide zu bedienen: \*)

Wer da schwört oder einen Eid thut, der ruft den allsehenden und allwissenden Gott, welcher ins Verborgene sieht und das Innerste des Herzens kennt, zum Zeugen der Wahrheit an. Dieser wahrhafte Gott, so selbst die Wahrheit ist, läßt es auch an dem, so nicht in der Wahrheit bleibt, nicht ungerochen, sondern straft dessen Falschheit, damit er seinen heiligen Namen verlästert, mit seinem schrecklichen Borne an Leib und an der Seele. Wer also einen falschen Eid thut, der beraubt sich aller im Worte und Sacramente verheißenen Wohlthaten, ladet auf sich alle Strafen und Flüche, die Gott dem Verfluchten in seinem Worte auferlegt hat, und mag sich, wenn er auch schon nicht sofort etwa hier auf Erden öffentlich zu Schanden gemacht wird, nicht getrösten, daß ihm Gott in seinen Sachen und Nöthen zu Hülfe und zu Statten komme.

Denn welcher Mensch wissentlich und fälschlich, oder falschen unwahrhaften Eid schwört, der schwört in aller Maße, als ob er spreche: Wofern ich heute falsch schwöre, so bitte ich Gott den Vater, Gott den Sohn, Gott den heiligen Geist, die heilige Dreifaltigkeit, daß ich ausgeschlossen und ausgesetzt werde aus der Gemeinschaft Gottes und seiner Heiligen, sei ein Fluch meines Leibes, meines Lebens und meiner Seele.

Zum Andern, wo ich falsch schwöre, so soll Gott der Vater, Gott der Sohn, Gott der heilige Geist und die grundlose Barmherzigkeit unsers lieben Herrn und Seligmachers Jesu Christi mir nicht zu Trost und zu Hülfe kommen an meinem letzten Ende und in der Stunde, wenn Leib und Seele von einander soll und muß sich scheiden.

Zum Dritten, wo ich falsch schwöre, so bitte ich Gott den Vater, Gott den Sohn, Gott den heiligen Geist, daß unsers Herrn Jesu Christi unerschöpfliche Barmherzigkeit, seine Angst, seine Noth, sein bitter Leiden und Sterben, sein strenger harter Tod und seine unschuldige Marter an mir armen Sünder entzogen und verloren werde.

Zum Vierten, wo ich falsch schwöre, so soll meine Seele und mein Leib mit einander verdammt

\*) Eine etwas andere Warnung vor dem Meineide enthält der Anhang der Hofgerichts-Ordnung »Formulare egllicher Eide, deren man in den Gerichten benöthigt ist« Nro. 1.

werden am jüngsten Gerichte, da ich meineidiger Mensch vor dem Gerichte Gottes stehen soll und muß, will auch abgeschieden sein von aller Gemeinschaft Gottes, seines heilsamen Wortes und aller Auserwählten, will auch beraubt sein des Anschauens des Angesichts Gottes, unsers lieben Herrn Jesu Christi.

Zum Fünften, wo ich falsch schwöre, wünsche ich, daß Gott an meiner Person ein Zeichen thue, daß mein Körper, mein Vermögen, meine Nahrung und Gewerbe zusehends abnehme, ich verarmen, ungesund und ein Scheusal der Menschen werden möge.

Hiermit ein jeder fromme Christ vor falschem unwahrhaftem Eid fleißig gewarnt sei, damit er nicht zuletzt dem Teufel und seiner Gesellschaft, dem er sich durch falschen Eid ergiebt, und Gott, seinem einigen Schöpfer und Seligmacher, die köstliche Seele entzeugt, zugeeignet werde; davor uns Gott der Allmächtige gnädiglich behüte durch Christum, unsern Herrn, Amen!

S. auch: Judeueid.

### Meister.

S. Handwerker.

### Meister-Groschen.

Die Mauermeister sollen den Gesellen bei Verlust der Gilde nicht gestatten, daß sie, besonders auf dem platten Lande, ohne einen Meister dabei zu haben, gegen Entrichtung des Meister-Groschens Arbeiten für sich annehmen. Landesf. Rescr. an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 28. Januar 1765.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 96. — Verordn. v. 22. Juni 1826, die Arbeitslöhne der Bauhandwerker betr., §. 13.

### Meister-Söhne und Töchter.

Die Vorzüge derselben bei allen Gilden, Handwerken und Zünften sind völlig aufgehoben, und sollen dieselben den Fremden sowohl in den Lehrjahren, als dem Ein- und Ausschreiben, den Wanderjahren, der Verfertigung der Meisterstücke, und allen Abgaben gleich geachtet werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschw. v. 22. Febr. 1749, welches von letzterem unterm 4. März 1749 bekannt gemacht worden ist.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 123. Nro. 6.

### Meisterstück.

Der Mißbrauch, daß die angehenden Meister solche Meisterstücke machen, welche ihrer Beschaffenheit nach, der darauf gewandten Kosten ungeachtet, nicht leicht zu Gelde gemacht werden können, soll abgestellt und die Veranstaltung getroffen werden, daß künftig keine andere als solche Meisterstücke gemacht werden, welche jedermanns Kauf sind, mithin leicht zu Gelde gemacht werden können. Landesf. Rescript v. 13. April 1744.

S. auch: Braunschweigische Anzeigen; landesf. Rescript v. 16. Juli 1746.

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 123. Nro. 2.

### Meistgebot.

S. Subhastation.

### Meliorationen.

S. Meier — Meierzins — Meiergüter, Wardirung derselben — Maulbeerbäume.

### Meliorations-Gelder.

S. Onera publica; Verordn. v. 8. August 1744.

## Memorialien.

S. Suppliken und dabei zu erstattende Berichte.

## Messbuden.

Da schon in den vorherigen Messen wahrgenommen worden, daß nach der darin mit den Nachtwächtern gemachten Anstalt einige Messbuden auf dem offenen Markte von deren Inhabern des Abends theils gar nicht, theils nicht gehörig verschlossen und zugemacht worden, es aber bei obgedachter Veranstaltung nicht die Absicht gewesen, daß dabei die Buden offen und unverschlossen gelassen werden sollen, so ist auf ausdrücklichen höchsten Befehl hierdurch bekannt gemacht, daß, wenn künftig die obgedachten Nachtwächter eine Bude offen, oder nicht fest und gehörig zugemacht finden, sie davon den Inhaber das erste Mal, wenn dessen Logie bekannt, benachrichtigen, wenn ihnen aber dessen Quartier nicht bekannt, alsdann die Bude zunageln sollen; Falls darauf eine solche Bude nochmals unverschlossen wieder angetroffen werden sollte, sodann soll selbige ebenermaßen wieder mit Nageln verwahrt, der Vorfall aber dem fürstl. Packhause angemeldet, und sodann von dergleichen Contravenienten das doppelte Wächtergeld zur Strafe erlegt werden, bei noch fernerer continuirender solcher Fahrlässigkeit aber eine härtere Bestrafung erfolgen, überhaupt aber, wenn aus einer solcher Gestalt offen gelassenen Bude etwas entwendet würde, deshalb so wenig von den Wächtern einige Verantwortung gefordert, als sonst dafür eingestanden werden. Verordn. fürstlicher Cammer zu Braunschweig v. 9. Juli 1769.

S. auch: Messgewölbe u. — Messen, Gros- und Detail-Handel u. Nro. 4. — Feuergefähr, Abwendung derselben in Braunschweig; Avertissement v. 2. Febr. 1791.

## Messen, Braunschweigische.

Obwohl die Stadt Braunschweig vom Kaiser Maximilian im Jahre 1505\*) mit zwei großen kaiserlichen freien Jahrmärkten, auf Ascens. Dom. und Concept. M. V., der Gestalt privilegiert ist, daß dieselben nicht nur zehn Tage lang nach einander gehalten werden, sondern auch allen von fremden Orten mit ihren Gütern zu- und abreisenden Kauf- und Handelsleuten zehn Tage lang vor Anfang und zehn Tage lang nach Endigung solcher Jahrmärkte das kaiserl. freie Geleit ertheilt ist, solches Privilegium auch seither von den Kaisern, und zwar zuletzt bei Strafe von hundert Mark löthigen Goldes, in genere confirmirt worden,\*\*) so hat die Stadt dennoch zum vollkommenen Genuße solcher Jahrmärkte bisher darum nicht gelangen können, weil wegen der zwischen den Landesfürsten und der Stadt fast immer obgeschwebten Unruhen und dabei erfolgten vielmaligen Kriegen und Belagerungen die fremden Kauf- und Handelsleute Scheu getragen haben, mit ihren Gütern von weit gelegenen Orten zu kommen, und sonst noch auf andere Wege mehr das commercium zurückgestellt worden, und denn, nachdem die Stadt unlängst in des Landesfürsten Subjection und Gehorsam gekommen, derselbe als alleiniger Landesfürst der Stadt zum besseren und vollkommneren Genuße des kaiserl. Privilegiums verhelfen will, so wird verordnet, daß 1) zur Bequemlichkeit der auswärtigen Kaufleute künftig die Jahrmärkte, und zwar der erste den Montag nach Invocavit und der andere den Montag nach Laurentii, angesetzt und zehn Tage

\*) Im Jahre 1498 ertheilte der Herzog Heinrich d. Ält. der Stadt Braunschweig die Erlaubniß, zwei freie Märkte zu halten und dieses Privilegium wurde im Jahre 1505 (21. Juli) vom Kaiser Maximilian, so wie auch nochmals vom Herzoge (29. August) bestätigt, und (30. August) vom Rathe zu Braunschweig publicirt; im Jahre 1659 erfolgte eine anderweite kaiserliche Bestätigung desselben. (S. Kochs pragmatische Geschichte 2c. p. 338.)

\*\*) Dies war am 1. August 1659 geschehen; die Strafe von hundert Mark löthigen Goldes sollte einen Jeden treffen, der die Ausübung des Privilegii hindern würde, und zwischen der Reichs-Cammer und dem Magistrate zu Braunschweig getheilt werden. Das erste kaiserliche Privilegium von 1505 bestimmte die Strafe nur auf zwanzig Mark löthigen Goldes.

vollkommen gehalten werden soll. Und wie 2) Kraft des kaiserl. Privilegii alle zu denselben an- und abreisende Kauf- und Handelsleute sammt ihren Gütern sich des kaiserl. freien Geleits zu versichern haben, also will auch der Landesfürst alle und jede solche Kauf- und Handelsleute, sobald dieselben hiesiges Fürstenthum und Lande erreichen, in seinen landesf. Schutz und Schirm aufnehmen und erhalten; \*) gestalten dann auch 5) um die Handlung desto freier und unbeschränkter zu pflegen, daß bisher in der Stadt Braunschweig observirte Recht, vermöge dessen ein Fremder mit einem Fremden nicht handeln mag, während der Zeit der kaiserl. freien Jahrmärkte aufgehoben, und einem jeden fremden Kaufmanne seinem Belieben nach mit dafigen Bürgern, oder auch mit fremden Kauf- und Handelsleuten zu commerciren und zu handeln frei gelassen sein soll. Es soll auch 6) ferner verstattet sein, daß die ankommenden fremden Kaufleute (deren Namen in die Jahrmärkte-Matrikel eingeschrieben werden sollen) jedes Mal gewisse Personen aus ihrem Mittel zum Kaufgerichte erwählen, welche dasselbe mit und nebst einigen Braunschweigischen Kaufleuten besitzen, und im Namen des Landesfürsten (nach Anleitung einer gewissen landesfürstlichen Ordnung, \*\*) alle unter ihnen etwa vorkommenden Irrungen und Klagen, wie Kaufmanns-Recht und Gewohnheit, schleunig entscheiden und aburtheilen mögen; inmaßen der Stadt-Magistrat die in solchem Gerichte ausgesprochenen Urtheile sogleich zur Execution zu bringen schuldig sein soll. \*\*\*) Endlich soll 8) Bürgermeister und Rath ernstlich darüber halten, daß bei oft-erwähnten Handelszeiten kein Fremder so wenig von den Gastwirthen, als sonst mit der Fracht von Fuhrleuten überseht, sondern sowohl in diesen als andern nöthigen Stücken die Commerciën bei dieser Stadt bestermåßen facilitirt und befördert werden. Landesf. Privilegium wegen der Braunschw. Messen v. 3. Januar 1681.

Da vom Magistrate zu Braunschweig vorgestellt ist, wie nach gepflogener Consultation mit auswärtigen Kaufleuten gefunden worden, daß die bisher auf den Montag nach *Invocavit* bestimmte Anfangszeit der Messe nicht bequem sei, indem dieselbe der Messe zu Frankfurt an der Oder zu nahe käme und den Kaufleuten beide Messen zu besuchen nicht möglich sei, außerdem auch der um solche Zeit fallende Buß-, Bet- und Fasttag einige Hinderung gebe und überdas die Zeit zwischen Neujahr und Fastnacht bald lang, bald kurz, deshalb die Woche *Invocavit* sehr veränderlich sei und oft von einem Monat in den andern falle, so wird die landesf. Resolution v. 3. Januar 1681 dahin declarirt, daß zwar, was die Sommermesse anlangt, es bei der auf den Montag post *Laurentii* bestimmten Zeit ungeändert gelassen, die Wintermesse aber auf den Montag nach *purificationis Mariae* oder Lichtmessen verlegt werden soll. Landesf. Declaration v. 11. August 1683.

cf. Bekanntmachung des fürstl. Cammer-Collegii v. 3. Januar 1817. (Br. Anz. v. 1817. Nro. 3.) — Desgl. der herzogl. Packhaus-, Zoll- und Accise-Commission v. 19. Juni 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 49.)

\*) Die §§. 3, 4 und 7 enthalten nur transitorische Bestimmungen, indem der §. 3 zusagte, daß zur Erleichterung der Fuhren die Wege im Lande in guten Stand gesetzt werden sollten, der §. 4 den auswärtigen Kaufleuten, welche die Märkte besuchten, eine 30jährige Freiheit von allen Zöllen versprach, und §. 7 den fremden Kaufleuten die unentgeltliche Benützung der nicht gebrauchten Rathhäuser, der Kaufhäuser und der Stadtgewölbe zur Niederlegung ihrer Güter gestattete. Wegen der Zollfreiheit erschien unterm 8. Febr. 1681 ein besonderes landesf. Mandat, worin zugleich den Behörden aufgegeben wurde, den durchreisenden Kauf- und Fuhrleuten bedürftenden Falls gegen billigmäßige Belohnung mit Fuhr, Vorspann oder auf andere Weise an die Hand zu gehen und darauf zu sehen, daß die Durchreisenden, besonders in den an den Landstraßen belegenen Dörfern mit Nahrung und Futter gegen billigmäßige Bezahlung versehen würden. Unterm 21. April 1684 erfolgte eine landesf. Declaration des Privilegii von 1681 dahin, daß die Zollfreiheit nicht nur bei der Zufuhr, sondern auch bei der Abfuhr der Messgüter eintreten solle.

\*\*) C. Kaufgericht zu Braunschweig.

\*\*\*) C. die Note \*)

Die unterm 3. Juli 1737 erschienene Meß-Ordnung eignet sich nicht zu einem Auszuge; indeß ist dieselbe auch von keinem besondern practischen Werthe mehr und das, was aus derselben noch wichtig ist, findet sich unter den folgenden Artikeln bemerkt. Die Meß-Ordnung v. 23. April 1835 betrifft nur die finanziellen Verhältnisse.

### Messen, Diebereien auf denselben.

Gegen diejenigen, welche auf den Braunschweigischen Messen, es sei in Häusern, Buden oder auf der Gasse, Geld, Waaren oder andere Sachen diebischer Weise entwenden, soll die Inquisition gleich angesetzt, und, wenn sich das Verbrechen zur Todes-Strafe nicht qualificirt, als in welchem Falle alle Formalien des Inquisitions-Processus wie bisher zu beobachten sind, in etlichen Tagen zu Ende gebracht, der Thäter noch während der Messe den Umständen nach mit Staupenschlägen oder mit Stellung an den Pranger, \*) und Festungs-Bauarbeit im großen oder kleinen Karren, oder mit dem Werkhause bestraft, und letzteren Falls nicht eher wieder dimittirt werden, als bis er nach Erlernung einer Handthierung Zeichen einer wirklichen Besserung von sich gegeben hat. Landesf. Verordn. v. 20. Febr. 1761, welche jedes Mal gegen die Braunschweigischen Messen wiederum öffentlich angeschlagen werden soll. (Br. Anz. v. 1761. Nro. 25.)

Da bemerkt ist, daß die fremden Kaufleute Bedenken tragen, die in den Messen vorfallenden Diebereien gerichtlich anzumelden, aus der unbegründeten Besorgniß, daß von den Denuncianten Gerichts-Gebühren bei dem Inquisitions-Gerichte genommen würden, so wird auf höchsten Befehl bekannt gemacht, daß Gerichts-Gebühren von dem Denuncianten nicht verlangt werden, solche auch niemals gefordert sind. Avertissement des Magistrats zu Braunschweig v. 24. Juli 1767. (Br. Anz. v. 1767. Nro. 60.)

Vorstehendes ist mit dem ausdrücklichen Zusage, daß dieses auch von der Anzeige anderer Verbrechen gelte, vom Inquisitions-Gerichte zu Braunschweig unterm 29. Juli 1768 und 3. August 1769 wiederholt. \*\*) (Br. Anz. v. 1768. Nro. 60. und v. 1769. Nro. 60.)

S. auch: Diebe, ertappen derselben in Braunschweig.

### Messen, Gros- und Detail-Handel, auch Zahlung der Wechsel in denselben.

1) In Absicht des Anfangs der Gros-Handlung in den Braunschweigischen Messen hat es bei den unter dem 25. Januar 1744, 10. August 1746 und 23. Januar 1754 ergangenen gedruckten Constitutionen \*\*\* lediglich sein Verbleiben, und ist in deren Conformität nochmals der Montag derjenigen Wochen, worin Laurentii oder Maria-Lichtmessentag fällt, und, wenn einer dieser beiden Tage auf einen Sonntag trifft, der sodann vorhergehende Montag †) der Gestalt zu der Gros-Handlung bestimmt und festgesetzt, daß niemandem ohne alle Ausnahme vor solchem Tage einigen Handel, es sei mit Bemerkung

\*) cf. Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßpfahls zc. betr.

\*\*) Auch nachher ist diese Bekanntmachung noch mehrmals wiederholt.

\*\*\*) Durch die Verordnung vom 31. Juli 1737. §. 16 war vorgeschrieben, daß die Gros-Handlung den Donnerstag vor eingeläuteter Messe ihren Anfang nehmen, denjenigen aber, welche insbesondere grossirten, verstatet sein solle, einen Tag früher, also den Mittwochen, en gros zu verkaufen; dies wurde durch die landesf. Declaration v. 25. Januar 1744 dahin abgeändert, daß die Gros-Handlung den Montag in der Handelswoche anfangen und an eben dem Tage das Kauf- und Wechselgericht seine Sitzungen beginnen solle. Die Verordnungen v. 10. August 1746 und 23. Januar 1754 wiederholten diese Anordnung.

†) Das General-Zoll- und Accise-Directorium machte durch das Avertissement v. 12. Juni 1788 (Br. Anz. v. 1788. Nro. 47.) bekannt, daß nach der bekannten Meß-Einrichtung die Sommermesse in der Woche, worin der Laurentiustag vorkomme, anfangen, jedoch mit der Ausnahme, daß, wenn dieser Tag auf den Montag falle, die Meßgeschäfte in der vorhergehenden Woche ihren Anfang nehmen sollten.

und Ausfegung der Waaren selbst, oder nach Proben, Mustern und auf alle andere dergleichen versteckte Art \*) so wenig mit einheimischen als auswärtigen Einkäufern, sie haben Namen wie sie wollen, anzufangen und vorzunehmen, oder dergleichen durch Handlungsdiener, Domestiken, Markthelfer oder andere Gehülfsen, schriftlich oder mündlich bewerkstelligen zu lassen frei stehen und vergönnt sein soll. \*\*)

2) Wie nun in Absicht der gegen solche Anordnung handelnden Verkäufer die Confiscations-Strafe bereits in den angeführten Verordnungen auf die zu früh verhandelten Waaren gesetzt worden, so hat es bei solcher Verfügung ebenfalls sein Bewenden, und ist nochmals verordnet, daß entweder solche Waare selbst, sie möge durch Kaufleute oder andere vorbenannte Personen auf vorbemeldete Art verhandelt sein, wenn selbige noch vorhanden, verfallen sein und zur Strafe abgenommen, wenn man aber deren nicht mehr habhaft werden kann, deren Werth von dem Verkäufer ohne die geringste Nachsicht erlegt werden soll.

3) Damit aber die Absicht hierunter desto gewisser erhalten werden möge, so soll auch von den Einkäufern, sie mögen auswärtige oder hiesige Einwohner, Kaufleute oder andern Standes sein, so sich dergleichen Entgegenhandlung zu Schulden kommen lassen, die Halbschied des Werthes der zu früh gekauften, oder auch ausgefekten und nur besprochenen, oder nach Proben und Mustern ausgesuchten Waaren entrichtet werden, wenn auch gleich dazu Domestiken oder andere Personen gebraucht worden.

4) Ferner ist in der Verordn. v. 23. Januar 1754 ausdrücklich mit enthalten, daß die Eigenthümer und Bewohner der mit Gewölben und Meßbuden in Braunschweig versehenen Häuser bei Strafe dahin sehen sollen, daß die von ihnen vermiethteten Gewölbe und Buden bis auf den zum Anfang der Gros-Handlung gesetzten Montag verschlossen bleiben. Es ist demnach nicht allein diese nöthige Verfügung wiederholt, sondern solche auch noch dahin declarirt und ertendirt, daß sothane Hauswirthe so wenig den Verkäufern, welchen sie dergleichen Gewölbe, Buden und Stände vermiethtet haben, darin einige Art der Handlung auf oben beschriebene Art verstatten, als auch dergleichen auf den ihnen eingegebenen Quartieren, Wohnzimmern und Remisen vergönnen, sondern einen Jeden zu der unfehlbaren Befolgung vorstehender Anordnung anmahnen, und die wahrgenommenen Contraventionen sofort dem Pachthaus-Departement ohne einige Connivenz anzeigen, bei dessen Unterlassung aber, oder, wenn sie sich gar dergleichen Vergehens durch vorsätzliche Verhehlung oder sonstige Theilnehmung mit schuldig machen, eben wie die Einkäufer die Halbschied der zu früh verhandelten, ausgefekten oder ausgesuchten Waaren zur Strafe entrichten, auch, daß von ihrem Gesinde und ihren Domestiken dergleichen Unordnung nicht begangen werde, möglichst verhüten, und, wenn sie dergleichen an jenen wahrnehmen, solches ebenfalls anzeigen, solche Domestiken aber sodann solcherwegen mit Gefängniß und anderer Leibesstrafe belegt werden sollen.

5) Damit nun dergleichen Ungebühr auch nicht bei Gelegenheit des gar zu sehr überhand genommenen frühzeitigen Auspackens der nach Braunschweig gebrachten Meßwaaren verübt werden möge, so ist zugleich ernstlich verordnet, daß von keinem auswärtigen Fieranten dergleichen Waaren durchgängig

\*) S. Meßwaaren, Auspacken derselben — Meßwaaren, Handel mit denselben nach Proben und Mustern.

\*\*) In einem Avertissement des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 21. Decbr. 1776 (S. die Br. Anz. v. 1776, denen dieses Avertissement beigefügt ist) wurde der in den zu dem Anfange des Gros-Handels bestimmten Tagen anticipirte heimliche und verdeckte Handel theils in den gassenwärts verschlossenen Gewölben, theils in den Niederlagen, auch auf den Wohnzimmern nach Proben, Musterkarten und auf andere unerlaubte Art bei unvermeidlicher Strafe nochmals verboten, auch durch ein Avertissement desselben Directorii v. 22. Juli 1778 (S. Br. Anz. v. 1778. Nro. 60.) der frühzeitige Verkauf vor der Handelswoche wiederholt untersagt, mit dem Beifügen, daß im Betretungsfalle der Käufer mit Erlegung des Werthes der zu früh verkauften Waaren, und die Einkäufer mit Bezahlung der Halbschied des Werthes unabkömmlich bestraft werden sollten. Durch das Avertissement der fürstl. Pachthaus-Commission v. 9. August 1781 wurden sowohl die auswärtigen Meßfianten als die einheimischen Verkäufer und Einkäufer auf obigen Paragraphen nochmals verwiesen, und es wurde ihnen dabei zur Warnung bekannt gemacht, daß auf den verbotenen und unerlaubten Handel vor den zum Gros-Handel bestimmten Tagen in den folgenden Messen mit doppelter Sorgfalt geachtet, und auf eine strenge und unabkömmliche Bestrafung des Uebertreters bei dem Landesfürsten angetragen werden sollte.

eher geöffnet, und der Anfang mit deren Auspackung gemacht werden soll, als auf den Donnerstag vor dem zu der Gros-Handlung obbestimmten Montag, bei Vermeidung von 20 Thlr. Strafe, welche von dem Eigenthümer oder demjenigen, der dessen Handlung auf der Messe versieht, er möge die Contravention selbst begangen haben, oder solches von seinen Leuten, Markthelfern und Andern geschehen sein, so gleich einzutreiben, und für deren Berichtigung von ihren Factoren, Expedituren und Caventen zu Braunschweig mit zu haften ist. Sollte jedoch ein oder anderer nothbringlicher Vorfall und Umstand unumgänglich nöthig machen, daß dergleichen Waaren früher geöffnet werden müßten, als wenn z. E. die Waare unterwegs umgeworfen, oder durch Regen und Schlacke feucht geworden, so soll solches von den Expedituren oder Caventen dem Packhaus-Departement gemeldet, und sodann darunter nach dessen Vorschrift verfahren werden. \*)

6) Wie nun auf die genaueste Befolgung dieses Punktes bei den unter der Anordnung des Packhaus-Departements gehörenden herrschaftlichen Gewölben, Buden und Ständen durch die Gerichts- und Polizey-Bedienten die genaueste Achtung zu geben ist, so ist auch den Einwohnern zu Braunschweig, die mit dergleichen Gewölben, Buden und Ständen versehen, oder in deren Häusern auch nur Niederlagen und Remisen für dergleichen Waaren vorhanden sind, befohlen, ebenfalls auf dessen genaueste Befolgung treulichst zu achten, auch ihr Gesinde und ihre Domestiken dazu ebenfalls anzuweisen, die wahrgenommenen oder von ihren Domestiken erfahrene Entgegenhandlung ebenfalls dem Packhaus-Departement anzuzeigen, gestalt selbige in dem Falle einer Nachsicht oder Verhehlung eine gleichmäßige Strafe zu erwarten haben.

7) Zu solchem vorbeschriebenen Gros-Handel sollen künftig, und von der Laurentii-Messe des 1768sten Jahres an, drei Tage, nämlich der Montag, Dienstag und Mittwoch, in den §. 1. festgesetzten Wochen, als welche Tage von dem größten Theile der darüber zu Rathe gezogenen auswärtigen Handelsleute dazu hinreichend gehalten worden, einig und allein gewidmet bleiben; die Detail- und sonstige allgemeine Meß-Handlung aber, die bisher erst den folgenden Montag angefangen worden, soll drei Tage früher, und also des Donnerstags in der obbemeldeten Woche bereits verstattet werden. \*\*) Da nun bei dieser Veränderung und Vorrückung der Detail-Handlung die Hauptabsicht einig und allein dahin geht, diesen Handel mit der Gros-Handlung in eine bequemere Verbindung zu setzen, und insonderheit denjenigen Fieranten, so die auf die Braunschweigischen zunächst folgenden Messen zu Frankfurt am Main und an der Oder frequentiren, Gelegenheit zu geben, ihre Handlungs-Berrichtungen zu Braunschweig besser, und ohne solche zu übereilen und abzubrechen, abwarten und abthun zu können, so hat der Landesfürst auch das Zutrauen, daß ein Jeder sich bestens bestreben und angelegen sein lassen werde, solche auf das Genaueste und ohne einigen Mangel in Erfüllung zu bringen. Um aber auch hierunter einer durchgängigen und unfehlbaren Befolgung desto mehr versichert zu sein, so ist zugleich verordnet, daß bei den Gegenfällen eben diejenigen Strafen, sowohl bei den Verkäufern und Einkäufern, auch deren Bedienten, Markthelfern und sonstigen Gehülfen, als den durch Verhehlung, Gestattung oder sonstige Beförderung daran theilnehmenden hiesigen Einwohnern und deren Gesinde, wie in den vorstehenden §§. 2, 3 und 4 auf die Anticipation des Gros-Handels gesetzt worden, ebenfalls ohne Ausnahme Statt haben sollen.

8) Als aber die zeither gewöhnliche Einläutung der Messen auf den Montag nach Laurentii und Lichtmessen eigentlich zum Signal des Anfanges der Detail- und allgemeinen Meß-Handlung gebient hat, so soll bei der in vorstehendem Paragraphen verordneten Veränderung solche Einläutung auf den nunmehr zu solchem allgemeinen Handel festgesetzten Donnerstag, also drei Tage früher geschehen.

9) Das Ende der sämtlichen Meßhandlung hingegen bleibt ferner auf den bisher verordneten Tag, nämlich den Donnerstag in der zweiten Woche nach Lichtmessen und Laurentii, festgestellt, und wird

\*) S. Meßwaaren, Auspacken derselben.

\*\*) cf. Bekanntmachung des herzogl. Steuer-Collegii v. 18. Juni 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 144.)

darauf auch die Ausläutung der Messen fernerweit verrichtet, mithin zugleich alles dasjenige, was wegen der Endigung solcher Meßhandlung in den vorherigen Verordnungen verfügt ist, anderweit wiederholt.

10) Die sämtlichen Braunschweigischen Kauf- und Handelsleute, Professionisten und Werkleute, die zu Betreibung der Meßhandlung in dem Meßreviere besondere Gewölbe, Buden oder Stände, außer den in ihren Häusern habenden Läden, beziehen, müssen sich mit ihrem in solchen Gewölben, Buden u. dergleichen Handel nach allen solchen vorstehenden Punkten ebenfalls, und bei Vermeidung der darin vorgeschriebenen Strafen mit achten, dahingegen bleibt sowohl diesen unbenommen, in ihren Häusern die Handlungen, die sie zwischen den Messen treiben, en gros und detail, auch während der Meßzeit ohne einige Einschränkung fortzusetzen, als solches auch den übrigen Braunschweigischen Kaufleuten, Duvriers u. dergleichen, so keine besondere Gewölbe und Buden auf den Messen occupiren, in ihren ordinairten Häusern und Läden, sie mögen in dem Meßreviere oder andern Orten belegen sein, völlig frei steht.

11) Damit nun ins Künftige auch ein jeder auswärtige Handelsmann eine genaue Vorschrift haben möge, wie in jedem Artikel die Handlung en gros nach der landesf. Absicht zu tractiren sei, \*) so ist des Falls verordnet, daß a) in allen Victualien-Waaren gar keinem Fremden der Handel anders, als en gros, und den Braunschweigischen Victualien-Amtsgegnossen allein en detail gestattet sein soll. \*\*) b) Alle übrigen im Folgenden ausdrücklich nicht benannten Waaren, so in Stücken, Hunderten, Schocken, Duzenden, Gulden-Werken und dergleichen andern dabei üblichen Zahlen und Gemäßen verkauft werden können, sind nach solcher Determination, und wie es die Beschaffenheit einer jeden Waare mit sich bringt, während der verordneten Gros-Handlungszeit abzusehen; \*\*\*) c) hingegen von den Farber-, Specerei- und andern Material-Waaren, desgleichen dem Zucker, Kaffee, Thee, Rosinen, Mandeln, Reis und allen übrigen unter dem Namen der Gewürzwaaren begriffenen Artikeln, wovon das einzelne Braunschweigische Pfund nicht über 24 Mgr. verkauft wird, soll während der Gros-Handlungszeit nicht unter einen halben Centner an eine Person verhandelt, die feinem Gewürzsorten aber, als Muskatblüthen, Nüsse, Zimmet, Nelken und alle andere, wovon das Pfund über 24 Mgr. gilt, sollen während der obgedachten Zeit nicht unter zwei und einen halben Thaler verkauft werden. d) Die auswärtigen Verkäufer der blauen und weißen Stärke und des Puders dürfen von der blauen Stärke nicht unter ein Achtel Centner, von der weißen Stärke und dem Puder aber nicht unter einen halben Centner in den Gros-Handlungstagen an einen Einkäufer überlassen, welches letztere denn auch bei allem Mehl, Graupen, Gries und Nudeln Statt finden soll. e) Den fremden Lederhändlern ist so wenig in den Gros-Handlungstagen, als der übrigen Meßzeit erlaubt, mit dem Sohl- und Fahlleder anders wie in ganzen Häuten, mit Fuchsen, Corduan, Saffian, nebst Bock-, Kalb-, Schaf-, Ziegen- und andern kleinen Sorten Leder aber nur in Dächern und Duzenden den Handel zu machen, und bleibt also denselben aller Ausschnitt und alle Vereinzlung verboten. †) f) Der en Gros-Handel in Pelzwaaren soll nur in noch rohem und zu keinen Kleidungsstücken aptirtem Pelzwerke, oder in ganzen Duzenden von verfertigten Kleidungsstücken, als Muffen, Handschuhen, ††) Mützen u. dergleichen allein gestattet werden, und müssen die Braunschweigischen Kürschner sich mit ihrem Handel in ihren Meßbuden hiernach ebenfalls achten.

12) Da die Zinn-, Kupfer-, Messing-, Porcelain-, Stein- und Glaswaaren sich zu einem Gros-

\*) Bestimmungen hierüber enthielten schon die Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. §. 15, die Verordn. v. 2. Januar 1704, das Edict v. 6. Mai 1704 und die Verordn. v. 10. Juli 1730, indeß sind die obigen specieller und umfassender.

\*\*) S. auch: Messen, Victualienhandel auf denselben.

\*\*\*) S. auch: Messen, Gros-Handel mit Tuch auf denselben.

†) Dasselbe war schon durch die Verordnungen v. 3. August 1687, 24. Novbr. 1700 und 10. Juli 1730 bestimmt; durch die landesf. Resolut. v. 11. August 1729 war den fremden Lederhändlern gestattet, gleich andern en gros handelnden fremden Kaufleuten einige Tage vor eingeläuteter Messe verkaufen zu dürfen.

††) Unterm 8. Januar 1729 ist ein specielles Gebot ergangen, daß die fremden Handschuhmacher weder vor noch in den Messen einzeln verkaufen sollten.



Handel nicht recht qualificiren, so soll auch der ganze commerce darin nicht anders, als wie eine Detail-Handlung betrachtet, und dessen Verkauf künftighin nicht eher als mit der Einläutung der Messe verstatet werden, jedoch bleibt den Braunschweigischen Professionisten der Handel damit in ihren Häusern nach Vorschrift des vorstehenden §. 10 frei, und soll auch mit den Klempner-, Seiler-, Tischler-, Drechsler-, Sattler-, Riemer-, Honigkuchen-Bäcker- und andern dergleichen Waaren hiernach verfahren werden.

13) Wie es nun mit den sogenannten Galanterie-Waaren, als Bijouterie und Pretiosen an Ringen, Uhren, Dosen, Etuis, Schnallen, Spiegeln, Handschuhen und lackirten Waaren u., nicht weniger mit weißen, reichen und bunten gestickten Waaren, auch Coiffuren und allerhand Frauenputz eben dieselbe Beschaffenheit hat, daß die wenigsten Artikel davon en gros abgesetzt werden, die damit handelnden Kaufleute aber in den Buden der zweiten Etage des Autorhofes vornämlich solche Waaren feil haben, so soll auch damit der Handel in solchen sämmtlichen in der zweiten Etage des Autorhofes befindlichen Buden nicht eher, als auf den Donnerstag, worauf künftig die Messen eingeläutet werden, Statt haben, gestalt denn die Uebertretungsfälle dieses und des vorstehenden Paragraphen auf eben die Art, wie in den §§. 2. 3 und 4 verordnet worden, ebenfalls bestraft werden sollen. \*)

14) Nachdem auch seit einiger Zeit der Mißbrauch eingerissen, daß in Wohnzimmern und gemieteten Stuben sowohl von dergleichen fremden Kaufleuten, die mit ordentlichen Gewölben, Buden und Läden in dem Meßbezirke versehen sind, gehandelt, als auch von einigen, die ihre Waaren in Koffern auf den ordinären und extraordinären Posten, auch anderem Fuhrwerke mit sich bringen, sich aber in den Thoren nur für Einkäufer, und die in den Koffern habenden Waaren für Kleidungsstücke angeben, nachher in ihren Wohnzimmern mit solchen bei sich habenden, oft kostbaren Waaren, Handlung getrieben, davon aber zum Theil gar nichts, zum Theil weniger als der verordnete Meßzoll entrichtet wird, so ist für gut gefunden, zu Steuerung dieses Mißbrauchs künftig allen denjenigen fremden Kaufleuten, die keine besondere Buden, Stände oder Gewölbe in Miethe haben, gar keinen Handel auf den Stuben ohne ausdrückliche Erlaubniß der fürstl. Cammer bei 10 Thlr. und dem Befinden nach schwererer Strafe zu verstaten, und ist allen Braunschweigischen Einwohnern befohlen, solches unter Verwirkung einer gleichmäßigen Strafe in ihren Häusern nicht zu dulden, diejenigen aber, so mit dergleichen Buden und Gewölben versehen sind, müssen sich mit dem Handel auf ihren Wohnzimmern nach dem, was des Falls in §. 4 bereits oben vorgeschrieben ist, ohne Mangel richten.

15) Eben so wenig soll auch den ankommenden auswärtigen Meß-Kaufleuten in dem Schlosse und andern fürstl. Gebäuden, die nicht zu der Meßhandlung ausdrücklich bestimmt sind, oder auch auf den Kellern, Schenken, Kaffee- und Wirthshäusern mit ihren Waaren auszustehen fernerhin vergönnt werden, sondern es haben selbige sich allein auf dem zu der Meßhandlung bestimmten Reviere mit Buden oder Ständen zu versehen, und soll jeder Contraventionsfall, sowohl resp. von dem Kaufmanne, als den

\*) Auf das Ansuchen einiger Kaufleute wurde denselben gestattet, in der Laurentii-Messe einige Zeit vor dem Einläuten der Messe auf den Gallerien und Sälen des Autorhofes gegen den Inhalt des obigen Paragraphen Handel en gros zu treiben, dabei jedoch auf höchsten Befehl bekannt gemacht, daß künftig über den Inhalt der obigen Verordnung und insbesondere des §. 13 aufs Genaueste gehalten werde, und keinem einzigen in der zweiten Etage des Autorhofes ausstehenden Verkäufer, er sei einheimisch oder fremd, ohne die geringste Ausnahme, auch ohne allen Unterschied der Waaren, vor den in dem §. 7 der gedachten Verordnung zu der Einläutung und dem eigentlichen Anfange der Messe bestimmten Donnerstagen einiger Handel so wenig en gros, als en detail verstatet werden solle, gestalt denn, wenn der Eine oder Andere wider Verhoffen dagegen handeln würde, entweder dessen Bude bis auf solchen Donnerstag versiegelt, oder die Waare so lange in gerichtliche Verwahrung gebracht, dergleichen Contravenienten aber auch zugleich ohne alle Nachsicht nach Inhalt der Verordnung bestraft werden sollten. Jeder Handelsmann ist dabei erinnert, sich zu williger und unangelbarter Befolgung solcher landesf. Absicht und Verfügung, ohne um einige weitere Dispensation anzufuchen, einzurichten und anzuschicken, und die Einkäufer sind angewiesen, sich ebenfalls gebührend darnach zu achten. Avertissement des fürstl. Packhauses v. 9. August 1768 und 7. August 1769.

Weinschenken und Wirthen, die selbigen das Ausstehen verstatet, ebenfalls mit 10 Thlr. und dem Befinden nach schwererer Strafe gebüßt werden.

16) Anlangend den sogenannten Hausirhandel, so ist die Absicht, daß solcher nicht ohne Unterschied der Waaren, sondern nach gewissen dem fürstl. Pacht haus-Departement kund gemachten Vorschriften gestattet, und die Ertheilung der Hausir-Billets danach eingerichtet werden soll. Denjenigen, welche solche Billets erhalten, sie seien Christen oder Juden, wird solcher Handel von Einläutung der Messe an bis zu derer Ausläutung vergönnt. Da inzwischen die Juden bei solchem Handel sich den Verordnungen zuwider mit Wechseln und Umsetzen des Geldes abgeben, so ist ihnen dergleichen Wechselung bei Verlust des umgesetzten Geldes und dem Befinden nach härterer Strafe ernstlich untersagt. \*)

17) Als auch übrigens nöthig gefunden, bei dieser Gelegenheit zugleich zu Beförderung der Wechsel-Handlung in den Braunschweigischen Messen eine präcise Verfügung in Absicht der Acceptirung und Zahlung der Wechsel zu machen, \*\*) so ist des Falls verordnet, daß a) die Präsentation und Acceptation aller auf keinen einzelnen Tag, sondern überhaupt auf die Braunschweigische Messe gestellten Wechsel spätestens auf den Donnerstag in der Laurentii- und Lichtmessen-Woche, die nach oben stehender Vorschrift zum Anfange der Detail- und allgemeinen Handlung, auch Einläutung der Messe determinirt worden, geschehen soll. b) Ist in den Wechseln die erste Messwoche ausgedrückt, so muß die Zahlung von Juden den Freitag, und von Christen den Sonnabend Nachmittag in eben solcher vorbemeideten Woche geschehen. c) Wenn aber in den Wechseln die Zahlung auf die zweite, oder auch auf keine Messwoche bestimmt worden, so soll für solche alsdann gleicher Weise der Freitag und Sonnabend Nachmittag in der zweiten Messwoche pro ultimo termino präfigirt sein, nach Ablauf dieser Zahlungs-Termine aber gegen die säumigen Wechselgläubiger nach Wechselrecht verfahren werden. d) Diejenigen Wechselbriefe, so zwar auf die Braunschweigischen Messen wörtlich nicht gestellt, deren Verfallzeit aber dennoch während solcher Braunschweigischen Messen eintritt, sollen wie bisher, also auch fernerhin nach der Marktgerichts- und Wechsel-Ordnung acceptirt und bezahlt werden, wie denn auch e) mit Präsentation, Acceptation und Bezahlung der auf die Braunschweigische Messe lautenden Assignationen es in Betracht der Tage eben so zu halten, wie obenstehend wegen der Wechsel verordnet worden. \*\*\*) Landesf. Verordn. d. d. Braunschweig den 5. Febr. 1768. †) (Br. Anz. v. 1768. Nro. 16.)

### Messen, Gros-Handel mit Tuch auf denselben.

Die fremden auf die Braunschweigischen Messen kommenden Tuchhändler sollen sich bei Confiscation ihrer Waaren des Sonntags aller Handlung, in specie aber des Ausschnitts gänzlich enthalten, und ihre Tücher und wollenen Waaren in Privat-Häusern anders nicht, als bei ganzen Stücken und ins Große verkaufen. ††) Bürgermeister und Rath und die zum Kaufgerichte Verordneten sollen genau hierauf Acht haben, und nach dieser Verordnung verfahren. Landesf. Verordn. v. 12. Januar 1709.

S. Messen, Gros- und Detail-Handel u.

Messen,

\*) S. Messen, Hausirhandel auf denselben.

\*\*) S. auch: Wechselrecht; Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715, insbesondere Art. 15. 20. 21 und 25.

\*\*\*) S. auch: Wechselrecht; Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715, Art. 49. 50 und 51.

†) Eine frühere, ganz ähnliche landesf. Verordnung über den Messhandel war unterm 10. Juli 1730 ergangen; indes enthält die obige umfassendere und ausführlichere Bestimmungen, weshalb jene durch diese außer Anwendung gekommen ist.

††) Im 15. Art. der Marktgerichts- und Wechsel-Ordnung v. 1. Decbr. 1686 wurde die Anordnung, wonach den fremden Tuchhändlern nur erlaubt war, ihre Tücher auf dem Gewandhause, nicht aber in Gewölb, Buden oder Privat-Häusern auszuscheiden, in Erinnerung gebracht und die Strafe der Confiscation für solche Fälle gedrohet, wenn angeschnittene Stücke an solchen verbotenen Orten gefunden würden.

## Messen, Hausirhandel auf denselben.

Keinem Hausirer auf den Messen soll verstattet sein, einen oder mehrere Träger zu haben, und dieserhalb bei fürstl. Packhofe auf einen Träger kein Bettel gegeben werden. Bei Uebertretung dieses Verbots soll die von einem oder mehreren Trägern (der Hausirer habe solche mitgebracht oder in Braunschweig genommen) getragene Waare beim ersten Uebertretungsfalle an das fürstl. Packhaus, woselbst sie bis zum Ablauf der Messe versiegelt stehen bleibt, gebracht, beim zweiten Uebertretungsfalle aber zur Strafe confiscirt werden. Auf landesf. Befehl publicirtes Avertissement des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 24. Juli 1790. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 58.)

S. auch: Messen, Gros- und Detail-Handel *ic.* §. 16.

cf. Bekanntm. herzogl. Cammer-Colleg. v. 7. Januar 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 3.) — Desgl. v. 24. Januar 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 11.) — Bekanntmachung des herzogl. Finanz-Colleg. v. 16. Juli 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 114.) — Bekanntmachung der herzogl. Polizei-Direction v. 24. Juli 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 120.) — Gewerbe-steuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 41 und 42.

## Messen, Real- und Verbal-Injurien auf denselben.

Bei Schlägereien und Schelten in loco publico und auf öffentlicher Messe, wo einem Leben billig die möglichste Sicherheit zu gewähren ist, soll die Sache sogleich *salva satisfactione privata inquisitorie* vorgenommen und in allen Fällen, bei welchen das Publicum interessirt ist, es eben so gehalten werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat in Braunschweig v. 18. Mai 1752.

## Messen, Victualienhandel auf denselben.

Da einige auswärtige Victualienhändler der in der Marktgerichts-Ordnung von 1686 \*) getroffen, nachher in dem Edicte v. 2. Januar 1704 \*\*) wiederholten Anordnung entgegen mit unzulässiger Höferei und geringer Vereinzelung von Victualien und Fettwaaren fortfahren, so wird verordnet, daß niemandem bei schwerer Strafe von solchen Waaren etwas unter der in dem 1704 publicirten Edicte benannten Quantität, nämlich erstlich Butter und Thran, imgleichen die gesalzenen und trockenen Seefische, auch Neunaugen nicht anders als in ganzen Tonnen, wie auch von getrocknetem Lachs, Klippfischen und Kabliau weniger nicht als für zehn Thaler, und endlich die Schollen nicht unter tausend Stück, zweitens die Käse nicht in geringerer Anzahl als zu funfzehn Stück zu verkaufen gestattet sein solle. Landesf. Verordn. v. 2. August 1712.

Den in den Braunschw. Messen mit Fettwaaren und Victualien handelnden fremden Kaufleuten soll zwar, anstatt der in dem landesf. Edicte v. 2. August 1712 gesetzten Anzahl Käse, selbige bei hundert Pfunden, imgleichen den geräucherten Lachs bei ganzen Stücken, und den Klippfisch wenigstens für vier Thaler, wie auch Schollen bei fünf hundert Stück, nicht aber in geringerer Quantität zu verkaufen gestattet sein. In allem Uebrigen aber soll es bei mehrgedachtem Edicte und der darin angedeuteten Strafe nochmals sein Verwenden haben. Landesf. Edict v. 14. Febr. 1713.

S. Messen, Gros- und Detail-Handel *ic.* §. 11

## Messfremde.

S. Fremde in Braunschweig — Messwirth — Briefe und Adressen an Fremde in Braunschweig.

\*) Der §. 15 dieser Ordnung enthält das Gebot, daß die fremden Kaufleute auf den Messen in dem einzelnen Verkauf ihrer Waaren geziemende Maße halten und durch unanständige Höferei und geringe Vereinzelung im Ausschneiden und Auswägen den einheimischen Krämern keinen Schaden zufügen und ihren eigenen Handel nicht verderben sollen.

\*\*) Dieses Edict enthält weiter nichts als die obige Verordnung.

## Messfahren.

S. Expeditions-Geschäft.

## Mess-Gewölbe, Boutiken, Buden und Stände, herrschaftliche.

Da die für die herrschaftlichen Gewölbe, Boutiken und Stände zu bezahlenden Gelder nicht zu gehöriger Zeit einlaufen, und daher der Abschluß der Bücher danach wider die einmal eingeführte Ordnung aufgehalten werden muß, so ist hierdurch bekannt gemacht, daß diejenigen, welche beim Schlusse der letzten Messwoche nicht bezahlt haben, dem Accise-Boten, der solche an die Bezahlung erinnert, für jeden Weg 2 Ggr. entrichten müssen; die Fremden, welche 8 Tage nach Ausläutung der Messe, und hiesige Einwohner, die 4 Wochen nach der Messe nicht Richtigkeit beschafft, werden durch das fürstl. Accise-Gericht zur Bezahlung angehalten, und wird der wegen der Miethe geschlossene Contract als erloschen angesehen. Uvertissement des fürstl. Pacht haus-Commissariats v. 15. August 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 64.)

Wegen eines eingeschlichenen wucherlichen Handels mit den herrschaftlichen Messständen und Gewölben von Seiten der Miether derselben ist auf höchsten Befehl bekannt gemacht, daß es keinem frei stehen soll, mehr von einem Andern an Miethe zu nehmen, als er selbst dafür an den fürstl. Pacht hof bezahlt. Uebrigens soll es bei der in den Contracten befindlichen Bedingung, daß keiner ohne Bewilligung des Pacht haus-Commissariats einem Andern sein Gewölbe oder seinen Stand ganz abtreten und einen Andern auch nur aufnehmen darf, verbleiben. Bekanntmach. des General-Zoll- und Accise-Directorii vom 30. Januar 1797. (Br. Anz. v. 1797. Nro. 10.)

## Mess-Gewölbe, Buden, Stände u., Ausstehen in mehreren.

S. Ausstehen mit Waaren an mehreren Orten in und außer den Messen und Märkten u. und vergl. das inzwischen erschienene Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 35.

## Messgüter.

S. Messwaaren u.

## Messhandel, welche Münzen darin gelten.

Es soll zwar bei den ergangenen Münz-Edicten und der darüber abgegebenen Declaration fernerhin sein Verbleiben haben, jedoch darunter in den Messen der vorhin ergangenen Verordnung zufolge ein gewisses Temperament des Weitern beobachtet und den Commercirenden gänzlich frei gelassen werden, in was für Münzsorten sie mit einander handeln, oder unter einander sich bezahlen wollen. Wie aber auch eines Theils niemand wider seinen Willen genöthigt werden soll, anderes als edictmäßiges Geld zu nehmen, und andern Theils den Bürgern in Braunschweig, die nicht handeln, allerdings verboten bleibt, für Fracht, Hausmiethe, Zehrung und dergleichen mit devaluirten Münzsorten sich bezahlen zu lassen, imgleichen dritten Theils es außer den Messen bei den hiesigen Münz-Edicten lediglich sein Bewenden hat, so soll nicht allein darüber gehalten werden, sondern auch das Kaufgericht zu Braunschweig sich hiernach achten. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 16. Januar 1737.

S. Gesetz v. 18. Decbr. 1834, die Münzverfassung betr., insbesondere §§. 23. 24 und 28.

## Messreviere, Fahren mit Fackeln in denselben.

S. Fackeln, Fahren mit denselben in Braunschweig.

## Messstände.

S. Messbuden — Mess-Gewölbe u.

## Messwaaren, Absendung derselben.

### G. Expeditions-Geschäft.

## Messwaaren, Auspacken derselben.

Den gegen die in dem §. 5 der unterm 5. Febr. 1768 ergangenen Verordnung \*) festgesetzte, mit wiederholter Einziehung der Meinung verschiedener ansehnlicher und einsichtsvoller auswärtiger, die hiesige Messe besuchender, auch hiesiger Negotianten gemachte Einrichtung, nach welcher mit der Auspackung der Messwaaren nicht eher als auf den Donnerstag vor dem zur Gros-Handlung bestimmten Montage der Anfang gemacht werden soll, eingerissenen Unordnungen soll nicht weiter nachgesehen, sondern gegen die Contravenienten ohne alle Nachsicht verfahren, und sollen solche für jeden Uebertretungsfall in eine unabbbittliche Strafe von fünfzig Thaler, welche nach Abzug eines Drittels für den Denuncianten den Armen-Anstalten in Braunschweig bestimmt ist, genommen werden. Den mit Iserloher, Englischen und Nürnberger kurzen Waaren handelnden Kaufleuten aber bleibt die ihnen bisher erlaubt gewesene Auspackung am Montage vor Anfang der ersten Handelswoche nach wie vor gestattet. Landesf. Verordn. v. 16. August 1784. \*\*) (Br. Anz. v. 1784. Nro. 67.)

Die Verordn. v. 16. August 1784 ist auf höchsten Befehl nochmals erneuert und bekannt gemacht, daß von besagter, nach vorgängiger Einziehung verschiedener ansehnlicher und einsichtsvoller Negotianten bestätigten Einrichtung auf keine Weise abgewichen werden könne, auch von den Factoren und Hauswirthen erwartet werde, daß sie die auswärtigen Negotianten bei ihrer Ankunft an vorhin berührte Verordnung besonders erinnern. Avertissement des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 28. Decbr. 1786. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 6.)

Auf landesf. Befehl ist verordnet, daß in Zukunft den mit Iserloher, Englischen und Nürnberger kurzen und zugleich mit langen oder Ellen- und andern Waaren handelnden Messfianten das Auspacken der kurzen Waaren nach Maßgabe der höchsten Verordnung v. 16. August 1784 am Montage vor der ersten Messhandlungswoche, insofern sie mit Waaren anderer Art nicht verpackt sind, ferner gestattet, dagegen denselben alles frühere Auspacken jeder andern Art von Waaren, sie mögen allein, oder mit ihren kurzen Waaren in einem Behältnisse verpackt sein, vor dem zum allgemeinen Auspacken bestimmten Donnerstage vor der ersten Messhandlungswoche bei der in jener Verordnung bestimmten Strafe von 50 Thlr. für jeden Contraventionsfall verboten bleibe, und darauf, daß selbige mit kurzen Waaren verpackt gewesen wären, nicht gehört werden solle. Bekanntm. des General-Zoll und Accise-Directorii v. 26. März 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 33.)

S. auch: Messen, Gros- und Detail-Handel 2c.

cf. Bekanntmachungen des fürstl. Cammer-Collegii v. 14. Januar 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 5.) — der herzogl. Packhaus-, Zoll- und Accise-Commission v. 19. Juni 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 49.) — der herzogl. Steuer-Direction v. 28. Januar 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 29.) — der herzogl. Steuer-Direction v. 18. Juni 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 144.) — der herzogl. Polizei-Direction v. 23. Juli 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 175.) und v. 22. Januar 1834. (Br. Anz. v. 1834. Nro. 22.)

## Messwaaren, Handel mit denselben zwischen den Messen.

Da nach der wegen der Mess- und Commissions-Waaren unterm 23. August 1768 erlassenen

\*) S. Messen, Gros- und Detail-Handel 2c.

\*\*) Schon unterm 19. August 1687 war auf landesf. Befehl von dem Magistrate zu Braunschweig ein Verbot gegen den frühzeitigen Handel vor Einläutung der Messe publicirt worden.

Verordnung \*) keiner der Factoren und andern Einwohner Braunschweigs von den nach geendigten Messen bei ihnen zurückgelassenen fremden Meßgütern ohne Vorwissen des Packhaus-Departements bei Vermeidung der Confiscation der sämtlichen Waaren oder Ersehung deren Werths, wenn solche nicht mehr vorhanden sind, etwas verabsolgen lassen oder gar verhandeln darf, \*\*) so ist dieses Verbot in Ansehung sämtlicher von den Messen zurückgebliebenen Waaren hiermit wiederholt, und insbesondere der unbefugte Lederhandel zwischen den Messen bei Vermeidung der obgedachten Strafe untersagt. Landesf. Verordn. v. 30. März 1798. (Br. Anz. v. 1798. Nro. 32.)

S. auch: Spiegel, Verkauf derselben zwischen den Messen.

cf. Bekanntmachung des fürstl. Cammer-Collegii v. 19. Januar 1820. (Br. Anz. v. 1820. Nro. 8.) — Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 131.

### Meßwaaren, Zahlung für dieselben.

S. Discontiren.

### Meß- und Commissions-Waaren.

1) Kein auswärtiger Fierant soll seine nach Braunschweig zu sendenden Meßgüter an diejenigen dasigen Kaufleute, die mit eben dergleichen Waaren daselbst handeln, schicken, sondern sich darunter anderer Factoren und Spediture bedienen.

2) Eben so wenig soll ein dasiger Kaufmann dergleichen Waaren von einem auswärtigen Fieranten, so wenig zwischen als kurz vor oder auch nach geendigten Messen annehmen, oder sich auf einige Weise mit deren Expedition abgeben; diejenigen aber, so solches dennoch unternehmen würden, sollen dafür auf dem fürstl. Packhause ohne Nachsicht die völlige Accise selbst sofort bezahlen, wenn auch gleich der angebl. auswärtige Eigenthümer über die in jeder Messe zu entrichtende Accise mit einem Contracte vom fürstl. Packhaus-Departement versehen ist.

3) Keiner der dasigen Factoren und andern Einwohner, an welche fremde Meßgüter adressirt und gesandt, oder nach den geendigten Messen zurückgelassen, und von ihnen in ihren Gewahrsam genommen werden, sollen dergleichen Waaren in ihren Häusern ohne Vorwissen des gedachten fürstl. Packhaus-Departements und deshalb von diesem gemachte Anstalt öffnen, noch weniger davon an jemanden etwas verabsolgen lassen, oder sonst selbst verhandeln, bei Vermeidung der Confiscation der sämtlichen Waare oder Ersehung deren Werthes, wenn solche nicht mehr vorhanden.

4) Wenn die dasigen Kaufleute Waaren von Auswärtigen zum Verkaufe in Commission erhalten, so sollen solche, wenn sie auch auf den Posten kommen, dennoch auf das fürstl. Packhaus gebracht und getreulichst angegeben, auch, wenn es keine Ellenwaaren, von den Güterschreibern auf die gewöhnliche Art daselbst besichtigt, die Ellenwaaren hingegen in desjenigen Kaufmanns Hause, an welchen solche adressirt, im Beisein eines Güterschreibers geöffnet und specificirt, und, wenn solche sämtlich verkauft werden sollen, nach den vorhandenen Verordnungen insgesammt durch solchen hiesigen Kaufmann gehörig veracciset, wenn aber davon ein Theil etwa wieder zurückzuschicken, sodann a) die sämtliche Waare bei deren Eröffnung durch den Güterschreiber an unschädlichen Stellen mit einem kleinen Stempel bedruckt, b) nachher die zurückzusendenden Stücke in solches Güterschreibers Gegenwart und nach vorheriger gehöriger Nachsehung wieder eingepackt, c) von demselben der Ballen oder Verschlag versiegelt, und solcher damit entweder an fürstl. Packhaus oder auf die Post geliefert, d) alsdann für die daselbst verkauften Waaren die gebührende Accise ohne Mangel von dem Verkäufer entrichtet, e) dem Güterschreiber aber

\*) S. Meß- und Commissions-Waaren.

\*\*) Dasselbe bestimmt schon die Marktgerichts- und Wechsel-Ordnung v. 1. Decbr. 1686. §. 15. i. f.

für seine Bemühung von jedem Stück Waare jedes Mal 4 Pf. besonders gereicht werden. Landesf. Verordn. v. 23. August 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 73.)

S. auch: Messwaaren, Handel mit denselben zwischen den Messen — Expeditions-Geschäft — Messwaaren, nicht verkaufte u.

cf. Rescript herzogl. Cammer v. 19. Januar 1820. (Br. Anz. v. 1820. Nro. 8.) — Mess-Ordnung v. 23. April 1835.

### Messwaaren, nicht verkaufte, welche bis zur nächsten Messe lagern.

Wenn jemand Messwaaren von einer Messe zur andern allhier stehen lassen will, so ist ihm zwar selbiges unverwehrt, damit man aber sodann versichert sein möge, daß davon nichts zum Nachtheile der eingefessenen Bürger und Kaufleute allhier zwischen den Messen verhandelt, zugleich auch der davon gebührende Zoll nicht untergeschlagen werde, so sollen solche Güter jedes Mal nach Ablauf der Messen auf das Packhaus geliefert, und daselbst bis zum Verkaufe (da dann der gebührende Zoll zuvörderst davon zu entrichten) gegen Erlegung des gewöhnlichen Lagergeldes, nämlich vom Schiffsfunde monatlich 6 Pfennige, in Verwahrung genommen, auch soll wohl, da der daselbst befindliche Raum mit der Zeit dazu zu eng fallen wollte, oder etwa die Waaren ihrer Natur nach dem Verderben leichtlich unterworfen, und deswegen einer fleißigen Wartung bedürftig wären, dem Befinden nach solche in die Bürgerhäuser zu nehmen verstattet werden, warum aber dieselben oder der Eigenthümer zuvörderst bei den Zollbedienten Ansuchung zu thun haben, gestalt denn auch in specie derjenige, so die Waaren in seine Verwahrung nimmt, dafür, daß der davon gebührende Zoll eingebracht und nichts zum Nachtheile der hiesigen Kaufmannschaft zwischen den Messen verkauft werde, mit alle dem Seinigen haften, auch um mehrerer Sicherheit willen niemandem, der nicht dem Landesherrn mit Eid und Pflicht verwandt und allhier häuslich angesessen ist, Factoreien zu treiben concedirt sein soll. Landesf. Verordn. v. 15. August 1710.

Wenn ein Kaufmann seine in der Messe nicht verkauften Güter allhier bis zur nächsten Messe stehen lassen wollte, so sollen selbige entweder auf dem Packhause gegen das gewöhnliche Lagergeld, als 6 Pfennige vom Schiffsfunde, bis zum Verkaufe und Abstattung des Zolls in Verwahrung genommen, oder nach Beschaffenheit der Waaren dieselben in eines Factoren Haus niederzusetzen verstattet werden, jedoch soll derjenige Factor, welcher die Güter in Verwahrung nimmt, nach Eid und Pflicht sowohl für die Berichtigung des Zolls, als auch, daß nichts zum Nachtheile der hiesigen Kaufleute zwischen den Messen einzeln verkauft werde, bürgerlich haften. Landesf. Verordn. v. 1. Juli 1716. Art. XI. \*)

Wenn ein Kaufmann seine in der Messe nicht verkauften Güter bis zur nächsten Messe hier stehen lassen wollte, so sollen selbige gleichfalls gewogen, was sie in sich halten und werth sind, an das Packhaus gemeldet, von dem Güterbeschauer versiegelt, und entweder auf dem Packhause gegen das gewöhnliche Lagergeld, vom Schiffsfunde monatlich 6 Pfennige, in Verwahrung genommen, oder nach Beschaffenheit der Waaren dieselben in eines Factoren Haus niederzusetzen verstattet werden, jedoch soll derjenige Factor, welcher die Güter in Verwahrung nimmt, auf seinen Bürgereid sowohl für die Berichtigung des Zolls, als auch, daß nichts davon zum Nachtheile der hiesigen Kaufmannschaft zwischen den Messen verkauft werde, bürgerlich haften, inmaßen keinem Fremden erlaubt ist, außer in gar extraordinären Fällen und auf erhaltene Concession zwischen den Messen allhier Handlung zu treiben.

Ebenmäßig soll der Factor dafür haften, daß solche Güter nicht eher, als gegen die nächstfolgende Messe, und von niemandem anders, als den Güterbeschauern entsiegelt werden, zu welchem Ende diese schuldig sein sollen, sich in der Factoren Häuser zu verfügen und die Entsiegelung zu verrichten.

\*) Sowohl diese, als die obige Verordn. v. 15. August 1710 enthalten außerdem Bestimmungen über den Messzoll.

Sollte es sich begeben, daß die Eigenthümer von den übrigen und bis zu nächster Messe hier gebliebenen Waaren en gros das Eine und Andere zwischen den Messen abzusetzen Gelegenheit und nöthig fänden, so sollen sie sich darum melden, um Concession anhalten, und, wenn sie solche befundenen Umständen nach erlangt, soll der Güterbeschauer zur Entsiegelung gefordert, die herausgenommenen Güter sofort am Packhause verzollt und veraccist und das Uebrige wieder versiegelt werden. Landesf. Verordn., die Handlung auf den beiden Br. großen Jahrmärkten oder Messen betr., v. 31. Juli 1737. §§. 22, 23 u. 24.

Demnach fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorium verfügt, daß zu gebührender Befolgung der schon vorhin ergangenen Anordnung diejenigen Waaren, welche auf den hiesigen Messen nicht verkauft, und bis zur folgenden Messe in Braunschweig bleiben, imgleichen solche Waaren, welche nach ausgeläuteter Messe von hieraus erst versendet werden, entweder in die öffentliche Niederlage gelegt, oder plombirt werden sollen, so ist solches den fremden Handelsleuten zur Nachachtung bekannt gemacht, und sollen diejenigen, welche Waaren bis zur folgenden Messe zurücklassen oder nach ausgeläuteter Messe von hieraus versenden, die Waaren aber nicht in die öffentliche Niederlage legen wollen, sich bei fürstl. Packhaus-Commission melden, damit wegen des Plombirens das Nöthige verfügt werden könne. Es soll dagegen auch dahin gesehen werden, daß künftige Messe das Deplombiren zu gehöriger Zeit vorgenommen, und keinem in Betreibung seiner Geschäfte ein Hinderniß in den Weg gelegt werde. Avertissement der fürstl. Packhaus-Commission in Braunschweig v. 6. August 1779. (Br. Anz. v. 1779. Nro. 62.)

S. auch: Meß- und Commissions-Waaren — Expeditions-Geschäft — Meßwaaren, Handel mit denselben zwischen den Messen.

cf. Meß-Ordnung v. 23. April 1835. §§. 40 sqq.

### Meßwaaren, Handel mit denselben nach Proben und Mustern.

Da der Handel, wobei fremde Kaufleute keine Waaren zur Messe bringen, sondern den sie auf ihren gemietheten Zimmern nach Proben und Mustern schließen, dem Ganzen sehr schädlich ist, so wird das durch die Verordnung v. 5. Febr. 1768 \*) dieserhalb gegebene Verbot erneuert. Avertissement des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 25. Januar 1777. (Br. Anz. v. 1777. Nro. 9.)

Es wird nochmals wiederholt, daß auf den verbotenen Handel auf den Stuben nach Proben und Mustern auf das Genaueste geachtet werden soll, welches vorzüglich denjenigen zur Nachricht dienen soll, welche sich bisher in den Thoren als Einkäufer angegeben und gedachten Handel treiben, ohne sich bei fürstl. Packhaus-Commissariat wegen Abtrag der Accise einzufinden. Avertissm. des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 22. Juli 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 60.)

Da mehrere fremde Kaufleute ihr Hauptgeschäft während den Messen daraus machen, Waaren nach Proben zu verkaufen, ohne ein Lager von Waaren zur Messe zu bringen, welcher Verkehr sowohl dem Zwecke der Messe zuwider, als auch den fremden Kaufleuten, welche ihre Waaren in Quantitäten eingehen lassen, nachtheilig ist, so ist der Verkauf nach Proben ohne ein mitgebrachtes Waarenlager, wohin eine nur zum Schein ausgelegte geringe Quantität nicht zu rechnen ist, bei willkürlicher Strafe verboten. Bekanntm. des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 21. Febr. 1801. (Br. Anz. v. 1801. Nro. 19.)

cf. Gesetz über die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer vom 15. Octbr. 1832. §. 1.

### Meßwirthhe.

Diejenigen, so hiesige Messen frequentirende Fremde beherbergen, speisen, oder an dieselben Gemölde

\*) S. Messen, Gros- und Detail-Handel 2c. §§. 1 und 14.



und Buden vermiethen, sollen sich der billigsten Preise und guter Bedienung befleißigen, \*) widrigen Falls gewärtigen, daß man gegen sie auf das Schärffte verfahren, \*\*) auch dem Befinden nach Andern zur Warnung die ihnen zuerkannte Strafe mit Benennung ihres Namens öffentlich kund machen werde. Es werden sämmtliche die hiesige Messe besuchende Fremde sich um die hiesige Polizei verdient machen, wenn sie bemerkte Uebersetzung, es sei solche in welchem Stücke sie wolle, dem Districts-Commissair, in dessen District ihr Haus- oder Speisewirth wohnt, zur Untersuchung anzeigen, da ihnen dann unentgeltlich gehörig Recht verschafft werden soll. Auf landesf. Befehl bekannt gemachte Verordnung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 5. Januar und 1. August 1767. \*\*\*) (Br. Anz. v. 1767. Nro. 5 und 60.)

S. auch: Fremde in Braunschweig.

### Meßzoll.

S. Gesetz v. 23. April 1885, die Meß-Ordnung für die Stadt Braunschweig betr. Die ältern Verordnungen †) sind außer Anwendung.

### Metallschmelzen.

S. Laboriren, chemisches.

### Messe.

S. Mahlmesse.

\*) S. das landesf. Mandat v. 8. Febr. 1681 in der Note \*) p. 154 unter: Messen, Braunschweigische.

\*\*) Unterm 23. Januar 1764 (Br. Anz. v. 1764. Nro. 8.) machte das Polizei-Departement auf landesf. Befehl bekannt, daß die etwa gegen diejenigen hiesigen Einwohner, welche außer den Gastwirthen, Schenken, Traiteuren und Herbergirern in den Messen Fremde logirten, auch wohl speiseten, über Unbilligkeiten entstehenden Beschwerden von dem Districts-Commissair gleich untersucht, und nach der Taxe, welche den ordinairten Wirthen, Traiteuren u. gesetzt sei, beurtheilt und abgethan werden sollten.

\*\*\*) Diese Verordnung ist nachher zu wiederholten Malen in Erinnerung gebracht.

†) In dem landesf. Privilegium wegen der Braunschw. Messen v. 3. Januar 1681. §. 4 wurde den fremden, die Messe besuchenden Kaufleuten eine 30jährige Freiheit von allen Zöllen zugesagt und durch das landesf. Mandat v. 8. Febr. 1681 den Obrigkeiten aufgegeben, den zur Messe reisenden Kaufleuten 10 Tage vor und 10 Tage nach den Messen weder Zoll- noch Weggeld abzufordern. Diese Zollfreiheit sollte nach der landesf. Declaration v. 21. April 1684 nicht nur bei der Zufuhr, sondern auch bei der Abfuhr eintreten. Nach Ablauf dieser 30jährigen Abgabefreiheit erschien die Verordn. v. 15. August 1710, worin der Zoll, der von den zur Messe kommenden, so wie auch von den unverkauft zurückgehenden Waaren entrichtet werden sollte, bestimmt wurde, und diese Verordnung wurde unterm 6. Januar 1711 vom Landesfürsten dahin declarirt, daß von den zur Messe eingeführten Waaren allein die Verkäufer den ganzen Zoll, die Käufer aber nichts der Art bezahlten, sondern alle eingekauften, so wie auch die zurückgehenden nicht verkauften Güter frei passiren sollten. Hiernächst erging unterm 23. Mai 1714 eine anderweite Verordnung wegen des Meßzolls und der Accise; unterm 1. Febr. 1716 eine Verordnung darüber, was die auf den Braunschw. Messen handelnde Kaufmannschaft an Zoll zu entrichten habe und wie es damit zu halten sei; unterm 1. Juli 1716 eine landesf. Verordnung, wonach sich beim Zollwesen und insbesondere in den Messen sowohl die einheimischen als fremden Kaufleute richten sollten; unterm 2. August 1735 eine landesf. Tax-Ordnung, wonach die Meßgüter und die nach Braunschweig zu Markt kommenden Pferde und anderes Vieh vom Verkäufer zu verzollen; unterm 31. Juli 1737 eine Meßzollrolle, nach welcher die Meßgüter und die zu den Messen und Viehmärkten zu Braunschweig kommenden Pferde und anderes Vieh zu verzollen; unterm 30. Juli 1740 eine Meß-Zoll- und Acciserolle; unterm 13. August 1740 eine landesf. Declaration, daß den fremden Kaufleuten der von den nicht verkauften und zurückgehenden Waaren entrichtete Zoll zu Gute gerechnet werden solle; unterm 6. August 1743 eine anderweite Declaration und unterm 18. Januar 1744 ein landesf. Edict, wonach die Meßzollrolle v. 30. Juli 1740 nebst deren Declaration v. 6. August 1743 das Regulativ des beständigen Zolles von den darin benannten Waaren sein und ein Mehreres nicht gegeben werden solle, als darin geordnet worden. Das General-Zoll- und Accise-Directorium machte unterm 13. Januar 1803 bekannt, daß der Meßzoll spätestens am Freitage nach ausgelauteter Messe bezahlt werden solle. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 6.) S. auch die Note unter: Juden, welche auf die Braunschw. Messen kommen.

## Mieth-Contracte

sollen in die Gerichts-Handelsbücher eingetragen werden; f. Handlungen, gerichtliche.

## Mieth-Contracte der Militair-Personen.

S. Militair-Personen, Mieth-Contracte derselben.

## Miethe.

S. Grundstücke, ob deren Verkauf die Miethe bricht?

## Miethskutscher-Wesen in Braunschweig.

Mit landesf. Genehmigung ist zu Erhaltung des öffentlichen Miethskutscher-Wesens verordnet, daß alle diejenigen, welche eine eigene Equipage halten, keinesweges und bei Vermeidung von 5 Thlr. Strafe zugeben sollen, daß damit jemand außer ihnen und ihren nahen Anverwandten zu Hochzeiten, Kindtaufen und sonstigen freudigen und traurigen Zusammenkünften, es sei für Geld oder aus Gefälligkeit, allhier gefahren werde, jedoch den vornehmen fürstl. Bedienten frei stehe, durch ihre Equipage sowohl Fremde als Einheimische unentgeltlich fahren zu lassen, auch, wenn in den Messen, bei Opfern und bei sonstigen großen Festivitäten es sich begeben sollte, daß mit den Kutschen der privilegierten Miethskutscher nicht auszulangen, in solchen Fällen jedermann frei bleiben solle, sich der Privat-Equipagen zu bedienen. Verordn. des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 23. Juli 1772 und 3. Mai 1782. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 61. und von 1782. Nro. 39.)

Diese Verordnung ist vom fürstl. Polizei-Departement unterm 3. April 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 30.) und 8. Mai 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 39.) und in neuerer Zeit von fürstl. Polizei-Direction zuerst unterm 28. Juli 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 60.) und dann späterhin noch zu wiederholten Malen in Erinnerung gebracht.

## Mieths-Laquais.

§. 1. Die in Braunschw. erforderliche Anzahl der Mieths-Laquais wird ferner bei dem fürstl. Polizei-Departement daselbst engagirt, und niemand wird dazu angenommen, der nicht auf die eine oder andere Art auf 100 Thlr. Caution bestellen kann. Wird die Caution bei dem dasigen Untergerichte auf ein Grundstück angesetzt, so ist derselbe nach wie vor von den Gerichts-Gebühren frei, und bezahlt nur für die Ausfertigung des Caution-Scheins. Auch erhält derselbe ferner, wenn er nicht schon dasiger Bürger ist, nachdem er fünf Jahre treu gedient hat, das hiesige Bürger-Recht frei, so daß er nur für den Feuer-Eimer und die übrigen kleinen Gebühren zu bezahlen hat. Wer also nicht einen vom fürstlichen Polizei-Directorio unterschriebenen und besiegelten Receptions-Schein vorzuzeigen vermag, kann nicht für einen Mieths-Laquais erkannt werden, und soll der, welcher sich fälschlich für einen dergleichen ausgegeben, nachdrücklich bestraft werden.

§. 2. Die Mieths-Laquais sollen bei den Aufwartungen in blauer Kleidung mit gelben Knöpfen und gelben wollenen Achselbändern erscheinen, sich dabei stets reinlich halten und einen Hut mit einer nicht ausgeschweiften goldenen Tresse tragen. Bei Aufwartungen bei Trauerfällen müssen dieselben schwarze Kleider mit gelben Achselbändern tragen.

§. 3. Die auf die Fälle, da mehr Mieths-Laquais verlangt werden, als angenommen sind, noch außerdem anzustellenden supernumerären Mieths-Laquais bestellen keine Caution; sie dürfen dagegen aber auch zum Unterschiede kein Achselband tragen.

§. 4. Alle Mieths-Laquais sollen und müssen sich alle Mal bescheiden und dienstfertig bezeigen, sich treu, ehrbar und püchtern aufführen, die ihnen unter die Hände gegebenen Sachen sorgfältig in Acht nehmen,

nehmen, die ihnen aufgetragenen Bestellungen prompt und genau ausrichten, und der Herrschaft Schaden möglichst verhüten, alles bei Vermeidung nachdrücklicher Bestrafung, auch dem Befinden nach bei Strafe der Cassation.

§. 5. Damit aber auch diese Mieths = Laquais hinlängliche Beschäftigung und einen zureichenden Verdienst haben, so sollen sowohl von Fremden, als hiesigen Einwohnern, sobald sie der Hülfe anderer Bedienten, die nicht bei ihnen in Lohn und Brod stehen, beim Umherführen zu den hiesigen Sehenswürdigkeiten, bei Hochzeitmahlen und anderen Ergötzlichkeiten, Zusammenkünften und gesellschaftlichen Gastereien (jedoch exclusive der Leichen = Anmeldungen und Aufwartung bei Beerdigungen, bei welchen man sich zwar auch der Mieths = Laquais, jedoch ebenfalls nach wie vor anderer Aufwartung bedienen kann) bedürftig sind, dazu keine andere, als die öffentlich bestellten Mieths = Laquais zur Aufwartung angenommen und gebraucht werden. Wer hiergegen handelt, soll nicht nur mit einer Geldstrafe von 1 Thlr. belegt, sondern auch schleunig angehalten werden, den Mieths = Laquais, welchem sonst die Aufwartung zugetheilt sein würde, durch gebührende Entschädigung zu befriedigen.

§. 6. Würde also auch jemand, er sei Eigenthümer oder Miether eines Hauses in Braunschweig, einem in seinem Lohne und Brode nicht stehenden Bedienten die Aufwartung bei Fremden in seinem Hause anweisen oder wissentlich gestatten, so soll derselbe dafür auf die vorgedachte Art bestraft werden und den Mieths = Laquais entschädigen.

§. 7. Damit aber auch die, welche einen Mieths = Laquais zur Aufwartung verlangen, desto geschwin- der bedient werden mögen, und doch zugleich alle Mieths = Laquais nach der Reihe in den Dienst kommen, so bleibt hierdurch festgesetzt, daß die Mieths = Laquais bei dem in dem Sackfeller = Nebengebäude sub Nro. 2580 wohnenden Portechaisen = Aufseher bestellt werden müssen, welcher angewiesen ist, die verlangten Mieths = Laquais jeder Zeit baldmöglichst, und aufs Längste binnen einer Stunde zu stellen, ohne daß ihm dafür das Geringste von dem, der die Mieths = Laquais verlangt, bezahlt werden darf.

§. 8. Der Lohn eines Mieths = Laquais beträgt: a) für die Aufwartung bei Herrschaften täglich 12 Ggr., wöchentlich 3 Thlr.; b) beim Ansagen einer Leiche für einen ganzen Tag 1 Thlr., für einen halben Tag die Hälfte, für die Aufwartung bei einer Beerdigung 12 Ggr.; c) bei Hochzeiten und andern Gastereien, inclusive des Bittens der Gäste, täglich 1 Thlr.

§. 9. Sollte jemand sich der Dienstverrichtungen eines Mieths = Laquais nur des Vor- oder Nachmittags bedienen wollen, so wird bei solchen einzelnen Aufwartungen auch nur die Hälfte des im vorigen §. ad a. bestimmten täglichen Dienstlohns bezahlt; dagegen aber wird auch dem Bedienten nach Proportion der vierte Theil oder die Hälfte mehr gegeben, wenn die Dienstverrichtungen bis zu oder über Mitternacht verrichtet werden müssen. Diesen festgesetzten Lohn sollen die Mieths = Laquais auf keine Weise und durch andere besondere Forderungen überschreiten, widrigen Falls sollen sie nicht allein das zu viel Geforderte wieder herausgeben, um es dem, der es ausgegeben hat, wenn er es verlangt, wieder zu geben, oder es den Armen = Anstalten einzuschicken, wenn jener es nicht verlangt, sondern sie sollen auch noch außerdem nach der Maaße der Ueberschreitung bestraft werden.

§. 10. Sollte nun also ein Mieths = Laquais die in den vorstehenden Paragraphen vorgeschriebene Tare überschreiten wollen, oder sich sonst in Diensten vergehen, so sind die darüber zu führenden Klagen bei dem Districts = Commissair, in dessen Districte das Haus, worin der Dienst verlangt worden, belegen ist, anzubringen, der denn die Klagen wegen Uebertretung der Tare, und über geringere Vergehungen des Mieths = Laquais geschwind untersuchen und nach diesem Reglement entscheiden, von größern Vergehungen des Mieths = Laquais aber an das Departement zu weiteren Verfügungen berichten wird. Die Streitigkeiten zwischen den Mieths = Laquais und dem Aufseher in Ansehung des Dienstes entscheidet der dazu unter den Districts = Commissarien besonders angewiesene Commissair.

§. 11. Damit indessen auch der Aufseher die Mieths = Laquais zur verlangten Zeit stellen könne, so

sollen dieselben sich stets fertig und bereit halten, bei dem Aufseher fleißig anfragen, und dessen Forderungen zum Dienste durchaus geschwind Folge leisten, auch unerinnert demselben melden, wenn die Fortdauer des Dienstes verlangt, oder solcher geendigt wird. Vor Endigung der aufgetragenen Aufwartung sollen sie sich aber nicht von derselben losmachen, auch das Achselband zum Zeichen, daß sie noch im Dienste sind, nicht eher ablegen, als bis solcher geendigt ist. Eben so wenig sollen sie sich selbst zum Dienste engagiren oder Bestellungen annehmen, noch weniger aber sich zum Dienste aufdringen, sondern alle Bestellungen an den Aufseher verweisen, und, wenn der Dienst nach der Reihe zufällt, geruhig erwarten, um des Aufsehers Controle und Berechnung der Dienste nicht irrig zu machen. Ueberhaupt sollen sie sich auch gegen denselben bescheiden und anständig aufführen, und ihm seinen Antheil vom Lohne jedes Mal nach Endigung des Dienstes, bei Verlust der nächsten Tour, einliefern.

§. 12. Der Aufseher aber ist dahingegen auch schuldig und angewiesen, die bei ihm angebrachten Bestellungen sogleich, oder, wenn es keine Eile hat, in der nächsten Viertelstunde dem Mieths-Laquais, an dem die Tour ist, mit Bescheidenheit anzufagen, keinesweges aber sich dabei einen, ihm nicht zukommenden befehlenden Ton anzumassen, indem er auf den Fall, wenn der Mieths-Laquais nicht gutwillig sich einzustellen verspricht, sogleich dem Nächstfolgenden die Dienstverrichtung ansagen darf, und der Widerspenstige alsdann mit dem Verluste der Tour, und den Umständen nach auf deshalb anzubringende Beschwerde noch härter bestraft werden soll. Ueberhaupt aber richtet derselbe sich nach der ihm zugestellten Instruction, auf die er beedigt worden ist.

§. 13. In Ansehung der Dienstverrichtungen und der dabei zu haltenden Reihe-Ordnung wird hierdurch festgesetzt, daß die Aufwartungen bei Hochzeiten (wobei durchgehends das Bitten der Gäste und die Aufwartung selbst für eine einzige Tour gerechnet wird) besonders berechnet, und der Reihe nach angewiesen, alle anderen Aufwartungen aber ohne Unterschied, sie mögen auf wenige Stunden, halbe oder ganze Tage verlangt werden, und in Begleitungen bei Besuchen, in Aufwartungen der Gastereien oder bei Todesfällen (wobei auch das Ansagen und die Aufwartung bei der Beerdigung für eine einzige Tour gerechnet wird) bestehen, wieder besonders der Reihe nach angewiesen, und einem Jeden, der Dienst mag lang oder kurz gewesen sein, als eine Tour angerechnet werden sollen.

§. 14. Tritt der Fall ein, daß jemand einen Mieths-Laquais, an dem die Reihe just nicht ist, besonders verlangte, und darauf bestände, oder ein französischer Mieths-Laquais verlangt würde, so soll dem Publico hierin möglichst gewillfahrt werden, und soll der Aufseher die Verfügung treffen, daß der Mieths-Laquais, an welchem die Tour gewesen, mit dem, der verlangt wird, die Dienste für dies Mal vertausche. Ohne Vorwissen des Aufsehers dürfen aber die Mieths-Laquais unter einander die Dienste nicht vertauschen, oder für einander verrichten. Noch weniger dürfen sie, wenn sie einen Dienst zu übernehmen verhindert werden, einen fremden Bedienten für sich in den Dienst schicken.

§. 15. Sollte ein Mieths-Laquais zu einer Zeit, da alle schon im Dienste sind, verlangt werden, so fordert der Aufseher alsdann die supernumerären Mieths-Laquais zum Dienste auf.

§. 16. Wird einer der Mieths-Laquais krank, so sind die Uebrigen verbunden, die auf jenen während seiner Krankheit fallenden Dienste unentgeltlich zu versehen, und demselben den dabei deservirten Lohn richtig abzuliefern.

§. 17. Wie aber auch die unter den vorhandenen Mieths-Laquais getroffene Verabredung, daß sie künftig gegenseitig für ihre Wittwen noch volle drei Monate nach dem Tode des verstorbenen Mannes, vom Sterbetage an gerechnet, den Dienst der Reihe nach der Gestalt verrichten wollen, daß die gedachten drei Monate hindurch die Wittwen immer mit in der Tour bleiben, mithin ihnen nicht allein einzelne Aufwartungen, sondern auch Hochzeiten und alle größeren Verdienste, so wie solche fallen, zu Gute kommen, und die von den sämtlichen andern Mieths-Laquais für sie verdienten und eingenommenen Gelder von dem, der der Reihe nach den Dienst für sie verrichtet hat, sämtlich an dieselben abgeliefert werden

sollen (wovon sie jedoch die dem Aufseher davon bestimmten Gebühren abgeben müssen), bereits durch das Concl. v. 28. April vorigen Jahrs genehmigt worden ist, so wird diese Einrichtung hierdurch nochmals bestätigt, und soll in Zukunft immer darüber gehalten werden, so daß die neu Ankommenden, sobald sie den Dienst angetreten haben, und solchen in der Reihe für sich selbst verrichten, auch alle Mal die auf sie fallende Tour der Wittwen, gleich wie die Andern, mit besorgen müssen.

§. 18. Die von den Mieths=Laquais an den Aufseher abzuliefernden Gebühren bleiben zufolge des höchsten Rescripts v. 12. Juni 1766 der Gestalt festgesetzt, daß sie demselben a) von einem tageweise verlangten Dienste täglich 8 Pf.; b) von einem wöchentlichen Accorde wöchentlich 4 Ggr.; c) von einer Hochzeit oder einer andern Gasterei täglich 2 Ggr. abgeben müssen.

§. 19. Sollte etwa ein Mieths=Laquais mit einer Herrschaft auf einige Wochen zu verreisen Gelegenheit finden, so soll ihm solches den Umständen nach wohl gestattet werden, jedoch muß er zuvor bei dem Polizei=Directorio die Erlaubniß dazu erbitten, und bei seiner Wiederkunft dem Aufseher von dem verdienten Lohne die Gebühren, nämlich 2 Ggr. die Woche, bezahlen.

§. 20. Wenn ein Mieths=Laquais seinen Dienst ganz aufgeben will, so muß er solchen, im Falle nicht etwa bringende erhebliche Gründe eine frühere Entlassung bewirken sollten, ein Vierteljahr vorher bei dem Polizei=Directorio schriftlich auffkündigen und um seine Entlassung und einen schriftlichen Abschied bitten, nachher aber sich aller Mieths=Laquais=Dienste und der Kleidung derselben gänzlich enthalten. Erneueretes Reglement, \*) die Mieths=Laquais in der Stadt Braunschweig betreffend, v. 5. Novbr. 1787. \*\*)

cf. Bekanntm. der fürstl. Polizei=Direction v. 28. Juli 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 60.)

## Miethsleute in Wolfenbüttel.

### §. Häuslinge in Wolfenbüttel.

### Miethzeit.

Da über die Frage, zu welcher Zeit ein Miethsmann die bis zu den quartaligen Festtagen vermietete und ihm von dem Eigenthümer des Hauses oder diesem von jenem zu rechter Zeit aufgekündigte Wohnung zu räumen und die Miethe zu verlassen schuldig sei? die landesf. Entscheidung gebeten worden, so wird verordnet, daß die Miethzeit ordentlicher Weise mit dem zweiten Tage nach zurückgelegtem, in den Contracten benannten oder bedungenen Feste zu Ende gehen, und auf solche Tage ein jeder Miethsmann zu räumen schuldig und gehalten sein soll. Landesf. Verordn. v. 8. April 1752. (Br. Anz. v. 1752. Nro. 39.)

§. auch: Grundstücke, ob deren Verkauf die Miethe bricht?

### Militairdienst.

### §. Kriegsdienst.

## Militair=Personen, Mieths=Contracte derselben.

Nach landesf. Befehl sollen alle und jede hiesige Bürger, wenn sie Militair=Personen bei sich zur Miethe einnehmen, oder auch ganze Häuser an selbige vermiethe, die Verabredung über sothane Miethe in einen schriftlichen Contract bringen und besonders darin ausdrücken und bestimmen, wie es zu halten sei, wenn der Miether vor Endigung der besprochenen Miethzeit ohne sein Verschulden ausziehen genöthigt wird, und soll denjenigen, welche die Befolgung dieser Verordnung vernachlässigen werden, bei

\*) Das frühere weniger umfassende Reglement ist v. 20. Juni 1766 (Br. Anz. v. 1766. Nro. 62.), und mit Bezug darauf wurde unterm 27. Juni 1766 durch eine Bekanntmachung des Polizei=Departements der Lohn der Mieths=Laquais festgesetzt.

\*\*) Diesem Reglement ist eine, sich auf den Inhalt desselben gründende Instruction für die Mieths=Laquais beigefügt.

## 172 Militair=Effecten — Mißwachs, Remission deshalb an den öffentlichen Steuern.

entstehender Klage die Rechtshülfe nicht angedeihen, dahingegen, wenn ein deutlicher Contract (nach dem beigelegten Formulare) \*) vorhanden, bei dem Regimente, unter welchem der Miether steht, die rückständige Hausmiethe dem Miether abgezogen und dem Vermiether bezahlt werden soll. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 28. Decbr. 1769.

### Militair=Effecten.

S. Montirungs=Stücke.

### Minderjährige.

S. Pupillen etc. — Credit Minderjähriger — Contracte und Verträge der Bauersleute — *Decretum de solvendo* — *Venia aetatis* — *Restitutio in integrum* eines Kindes gegen die Renunciation auf das Erbrecht in den elterlichen Nachlaß — Leihhaus zu Braunschweig. Verordn. v. 9. März 1765. §. 33.

### Missethäter.

S. Beherbergen der Missethäter — *Theatrum anatomicum*; landesf. Rescr. v. 27. April 1772 und v. 21. August 1786.

### Mißwachs=Besichtigung.

S. Feldbesichtigungen.

## Mißwachs, Remission deshalb an den öffentlichen Steuern.

Da bei dem Mißwachs der Schaden mehrmals nicht von der Erheblichkeit befunden ist, daß selbiger, wenn der Ertrag nach der Classification, wie die Länderei bei der Contributions-Beschreibung angesehen worden, geprüft werden sollte, einige Remission verdiente, so wird verordnet, daß bei den Remissionen wegen des Mißwachses, außer da etwa durch Hagelschlag, Mäuse- und Schnecken-Fraß oder dergleichen Verheerung einiger Schaden verursacht, sonst kein Abgang, wenn derselbe nicht zur Hälfte in beiden Feldern sich beläuft, (bevorab da bei Beschreibung der Contribution auf jedes Orts Gelegenheit allbereits reflectirt und der Ertrag nicht eben nach den besten Jahren angeschlagen worden) in Consideration gezogen, noch deshalb etwas remittirt werden soll. Damit man auch wissen möge, ob die Ursache oder der Schaden, weshalb Remission gesucht wird, der Gestalt beschaffen, daß deshalb den Unterthanen nach dem, wie vorangeführt, einiger Nachlaß widerfahren könne, so sollen keine Supplicate, worunter nicht zugleich von jedes Orts Obrigkeit durch ihre darunter gesetzte Unterschrift die wahre Bewandniß attestirt ist, hinfüro angenommen werden. Wenn also die Unterthanen dergleichen zu klagen haben, so sollen sie sich zuvörderst bei der Obrigkeit anmelden, damit die Beschaffenheit von derselben erkundigt und nach Befinden auf obgedachte Maaße, doch unentgeltlich, attestirt werden könne. Landesf. Verordn. v. 28. Juni 1703. \*\*)

\*) Das Formular ist folgendes:

Zu wissen, daß dato zwischen N. N. und N. N. folgender Mieths-Contract errichtet und vollzogen sei, nämlich es vermiethet N. N. sein . . . belegenes Haus . . . Stube . . . Kammer . . . Küche . . . Keller . . . Boden . . . Holzraum . . . Stallung an N. N. auf . . . Jahr . . . Monat . . . von . . . an. Für Bewohnung dieses Hauses . . . Gelegenheit gelobt Miether an den Vermiether jährlich . . . monatlich . . . Thlr. . . Sgr. unverzüglich zu bezahlen. Sollte Miether etwa vor Endigung der versprochenen Miethzeit ohne sein Verschulden ausziehen genöthigt sein, so vergütet der Miether dem Vermiether von der bis zum Ende des Contracts noch laufenden Zeit die Hälfte, . . . ein Drittel der accordirten Miethe, wogegen der Vermiether schuldig sein soll, den Miether ungehindert ziehen zu lassen.  
Urkundlich etc.

\*\*) Diese Verordnung beschränkt zugleich die Verwilligung der Baufreiheit; s. die Note unter: Bau=Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

Wenn der Mißwachs auf die Hälfte des wahren Ertrages bei guten Jahren im Winter- und Sommerfelde geschätzt worden, so soll das auf Michaelis abzuführende Quantum des Landwuchses nicht, wie bisher meistens geschehen, gänzlich, sondern statt dessen nur zur Halbschied erlassen werden. Promemoria des fürstl. Schatz-Collegii an alle Obrigkeiten v. 11. Novbr. 1805.

### Mißwachs, Remission deshalb an den Meierzinsen.

S. Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben.

### Mist und dergleichen, Abfahren desselben aus Braunschweig.

Wenn jemand wegen Mangel der Einfahrt und genugsamen Hofraums genöthigt ist, Mist, Seifensieder-Asche und Kummer zur Abfahrt auf das Steinpflaster zu bringen, so ist zu beobachten, daß davon nichts auf die möglichst rein zu haltenden breiten Steine geschüttet, auch dadurch die Fahrt nicht gehemmt, und daß, was auf das Pflaster ausgebracht worden, binnen 24 Stunden fortgeschafft werde; da denn die Wagen und Karren so einzurichten, daß der Unrath davon nicht auf die Gassen fallen möge, alles bei 1 Mfl. Strafe. Landesf. Verordnung, die Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig betreffend, v. 28. Novbr. 1758. §. 4.

Mit höchster Genehmigung ist bekannt gemacht, daß, wenn jemand wegen Mangel der Einfahrt genöthigt ist, Mist auf die Gasse zu bringen, und solchen längere Zeit, als zum Ausladen und Wegfahren nöthig ist, wonach das Herausbringen des Mistes alle Mal einzurichten ist, auf der Straße liegen läßt, solcher jedes Mal auf Kosten der Contravenienten weggefahren und confiscirt werden soll. Avertissement des Polizei-Departements in Braunschweig v. 28. Juni 1765. (Br. Anz. v. 1765. Nro. 54.)

Vorstehendes Verbot ist nochmals erneuert durch ein Avertissement des Polizei-Departements vom 19. Novbr. 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 91.)

Zu Abstellung des Ekel erregenden Anblicks und der sich zum Nachtheil der Gesundheit verbreitenden stinkenden Dünste ist verordnet: 1) daß in Braunschweig die Ausbringung des Mistes aus den Mistgruben mit Anbruch des Tages und so früh als möglich geschehen solle; 2) ist allen Abholern des Mistes bei 2 Thlr. Strafe verboten, sich mit ihren Wagen, wenn sie beladen sind, über die Zeit auf den Straßen aufzuhalten, desgleichen bei Brauern oder Andern, während der Fütterung der Pferde die Wagen vor den Häusern auf der Straße halten zu lassen, so wie denn 3) allen Brauern und Andern, die Ausspann treiben, gleichfalls bei 2 Thlr. Strafe untersagt ist, solche Bauern, nachdem sie bereits aufgeladen haben, in ihren Häusern ausspannen und die beladenen Wagen vor den Häusern halten zu lassen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 25. April 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 35.)

Durch die Bekanntmachungen des fürstl. Polizei-Departements v. 25. Septbr. 1797. (Br. Anz. v. 1797. Nro. 79.) und 20. März 1802. (Br. Anz. v. 1802. Nro. 25.) ist das vorstehende Avertissement in Erinnerung gebracht.

S. auch: Kummer und anderer Haus-, Hof- und Keller-Unrath in Braunschweig — Wege an den Gärten vor Braunschweig.

cf. Straßen-Polizei-Ordnung vom 9. April 1815. §§. 7 sqq. (Br. Anz. von 1815. Nro. 29.) — Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction v. 27. Mai 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 72.)

### Mist und dergleichen, Fortschaffen desselben aus Wolfenbüttel.

S. Straßen-Berunreinigung in Wolfenbüttel.

## Mistfuhr = Gelage.

S. Pflug = und Mistfuhr = Gelage.

## Miststätten an den Okerkanälen.

S. Okerkanäle und Gräben in Braunschweig; Verordn. v. 20. Febr. 1759. §. 5.

## Mitgaft.

S. Abfindungen — Ausstattung — Ehestiftungen.

## Mobilien der Minderjährigen.

S. Pupillen = Vermögen, Inventarisation u. desselben; Verordn. v. 2. August 1689. §. 11.

## Monopole.

Wegen der Monopole läßt man es bei dem, was davon in den gemeinen geschriebenen Rechten, Reichs = Abschieden und Constitutionen verordnet ist, bewenden; Falls von jemandem dawider gehandelt und deswegen bei dem Landesfürsten oder der fürstl. Regierung geklagt würde, so soll der Beschuldigte darauf gehört, auch alsdann nach Befinden, was Recht ist, beschafft werden. Landtags = Abschied vom 3. Juni 1597. Art. 39.

S. auch: Auf = und Vorkauf.

cf. Landtags = Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 20. Nro. 5 und 6.

## Montirungsstücke.

Es soll niemand denen von der Soldateska, und insbesondere von den Unterofficieren und gemeinen Soldaten Montirungen, Kleider, Hemden oder andere zu der Montirung gehörige Sachen, es bestehen dieselben, worin sie wollen, so wenig abkaufen, als in Versuch annehmen und Gelder darauf leihen, und zwar bei Verlust des Kaufgeldes oder des Anlehns, inmaßen die Contravenienten alle solche entweder gekaufte oder versetzte Sachen unentgeltlich wieder herauszugeben schuldig sein sollen, vielmehr sollen diejenigen, denen Montirungsstücke, es sei zum Verkaufe oder zum Versatze, gebracht werden, es alsfort der nächsten Wache melden, damit die Verkäufer oder Versetzer angehalten werden können. Jedermann soll auch behutsam und vorsichtig sein, von den Subalternen = Oberofficieren ohne Vorwissen seiner vorgesetzten Obrigkeit von Montirungsstücken weder etwas zu kaufen, noch auch Geld darauf zu leihen. Landessf. Verordn. v. 4. Juni 1762.

S. auch: Trödelhandel in Braunschweig; Verordn. v. 4. August 1763. §. 3. — Desertion.

cf. Fürstl. Regierungs = Commission Verfügung v. 24. Januar 1814, den Ankauf militairischer Effecten betr. — Verordn. v. 5. März 1828, das zu Helmstädt zu etablirende Leihhaus betr., §. 4. — Verordn. v. 8. April 1831, das Cartell zwischen den deutschen Bundes = Staaten betr., Art. 15. — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegs = Artikel betr., p. 239. Art. 47 sqq. und p. 249. Art. 107.

## Moratorien.

Der Landesfürst versichert, zu Verhütung alles Präjudizes der Creditoren und zu Etablirung eines vollkommenen Credits in hiesigen Landen keinen Falliten einige induciae moratoriae verstaten, sondern wider dieselben mit aller Schärfe verfahren lassen zu wollen, \*) es wäre denn, daß einer durch klare und

\*) cf. Landschafts = Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 209.



ungezweifelte Urkunden darthun könnte, daß er ohne alle sein Verschulden durch göttliche Zulassung, Brandschaden, Räubereien und andere dergleichen ihm unversehens zugekommene Unglücksfälle in Schulden und Abfall der Nahrung gerathen, da er jedoch vor Ausfertigung des gesuchten Anstands-Briefes gehalten sein soll, ein richtiges Verzeichniß aller seiner Gläubiger sammt einer vollkommenen Beschreibung aller seiner noch übrigen Habseligkeit an beweglichen und unbeweglichen Gütern, Baarschaften, Activ- und Passiv-Schulden zu übergeben, und die Handelsbücher und Schuldregister, oder zum Wenigsten eine wahrhafte Balance seinen Creditoren (welche zu dem Ende alle edictaliter citirt werden sollen) oder ihren alsdann zu substituierenden Bevollmächtigten gerichtlich vorzulegen, sie von ihnen examiniren zu lassen, und endlich, daß er von seinem Vermögen wissentlich nichts verhehlt, oder da ihm demnächst noch etwas, so er vergessen, befallen würde, ebenfalls es richtig anmelden wolle, item, daß auch alle seine angegebenen Creditoren, so viel als sie prätendiren, wirklich und keiner ein Wenigeres zu fordern habe, nach vorgängiger in Gegenwart des einen oder andern Predigers ihm vorzuhaltenden ernstlichen Vermahnung vor der schweren Strafe des Meineides mit einem körperlichen Eide zu bekräftigen. Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715. Art. 56.

Wenn ein Wechfelschuldner in dem von ihm ausgestellten Wechsel sich der *exceptio moratorii* in Ansehung einer Forderung ausdrücklich begeben hat, so kann die Wechselklage gegen ihn angenommen, entschieden, und dem Befinden nach die Execution gegen ihn verhängt werden. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 9. Septbr. 1773. \*)

S. auch: *Cessio honorum*.

### Mühlen.

Niemandem, weder den Beamten noch Anderen, soll neue Mühlen, die den in der Nahheit gelegenen Mühlen nachtheilig oder abbrüchig sein möchten, ohne Bewilligung des Landesfürsten und der Interessenten, das ist, derjenigen, so in der Nahheit allbereits ihre Mühlen liegen haben, von Neuem zu bauen gestattet, noch jemand auf einer gewissen Mühle stets und unausbleiblich zu mahlen gezwungen werden, es sei denn demselben anderswo zu mahlen von Alters her verboten, und er darauf in der Mühle, dahin er gezwungen worden, seit anno 1547 und also 50 Jahre von dato anzurechnen, gemahlen hat, oder aber, daß sonst deswegen allbereits Urtheile und Abschiede gegeben, oder richtige Verträge aufgerichtet worden sind, in welchem Falle es denn auch billig dabei bleibt. Und nachdem also hierdurch den Mahlgästen eine Freiheit zu mahlen eingeräumt ist, so soll ihnen auch dieselbe so wenig von denen, welche Mühlen haben, als auch von denen, die keine, sondern etwa nur an einem Orte eine Gerichtsbarkeit haben, in keine Wege so wenig öffentlich als heimlich den benachbarten Mühlherren zum Nachtheil, Verdruß oder Schimpf, bei Vermeidung fürstl. Ungnade und Strafe abgeschnitten, noch sie sonst durch gute oder böse Worte verleitet und Andern abgESPANNT, sondern ihnen, so des Mahlens bedürftig, das Mühlengehen *motu proprio* ohne einige Hinderniß, wie obgemeldet, allerdings frei gelassen werden. Salzdh. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 22.

Wegen des freien Mühlenganges soll es bei dem Art. 22 des Salzdh. Landtags-Abschiedes un geändert gelassen und darüber der Gebühr nach gehalten, auch dieserhalb auf einkommende Klage die Nothdurft ungesäumt beschafft und angeordnet werden. Landtags-Abschied v. 27. Januar 1619. Art. 20.

Wie der Mühlengewang in den Landtags-Abschieden auf das Strengste verboten ist, so soll es dabei sein beständiges Bewenden haben, und, wenn Contraventionen dargethan werden, darauf deren Abstellung und Bestrafung unabwendlich erfolgen. Eben so soll es auch gehalten werden, wenn zum Nachtheile der

\*) Einen vollständigen Abdruck dieses, auf die Vorstellung des Senators Ritter in Pomburg ergangenen Rescripts s. in Wolfframs Wechsel-Ordnung p. 242.

bereits vorhandenen Mühlen neue Mühlen, sie mögen von was für Art sein, wie sie wollen, angelegt werden, und soll in solchen Fällen einem Jeden der Weg Rechtens offen bleiben. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 24.

Der Sinn des §. 24 des neuesten Landtags-Abschiedes, die Anlegung neuer Mühlen betreffend, ist dahin anzunehmen, daß der Ausdruck in demselben nicht nur von Mahl-, sondern überhaupt von allen Mühlen zu verstehen sei. Wie gedachter Paragraph solcher Gestalt authentice declarirt ist, so hat der Landesfürst sich vorbehalten, daß, wenn Fälle eintreten, die eine Abweichung von der Regel nothwendig oder rathsam machen, darüber mit dem engern Ausschusse conferirt und das Nöthige mit demselben verabredet werden solle. Landesf. Rescr. an fürstl. Schatz-Collegium v. 17. Novbr. 1774, welches unter eben dem dato der fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel communicirt worden ist.

cf. Verordn. v. 3. Octbr. 1816, die in neueren Zeiten errichteten Mühlen betr. — Landesf. Circular-Rescr. v. 1. Octbr. 1827, das bei Anlegung neuer Mühlen gesetzlich vorgeschriebene Provocations-Verfahren betr. — Landesf. Circular-Rescr. v. 5. Mai 1828, die zur Anstellung des Provocations-Verfahrens wegen Anlegung neuer Mühlen erforderliche landesf. Genehmigung betr. — Declaration des Art. 22 des Landtags-Absch. von 1597 und des Art. 24 des Landt. Absch. v. 1770 v. 2. Mai 1835. — Gesetz v. 17. Octbr. 1836, die Anlage neuer Mahlmühlen zur Exportation des darauf producirten Mahlwerks ins Ausland betr.

### Mühlen im Blankenburgischen.

Die Unterthanen der Grafschaft Blankenburg sollen sich des Mahlens und Schrotens auf auswärtigen fremden Mühlen gänzlich enthalten, und den inländischen Mühlen die Nahrung vor andern gönnen, im widrigen Falle sollen die Contravenienten gewärtig sein, daß ihnen das Mehl oder Getreide durch Bauermeister und Geschworene abgenommen, und in dem Hospitale in Blankenburg unter die Armen eingetheilt, sie auch für einen jeden Scheffel um 1 Thlr. bestraft werden. Den Müllern aber ist bei willkürlicher schwerer Strafe ernstlich anbefohlen, daß sie das Getreide ohne ungebührlichen Verzug und Aufenthalt abholen und zu rechter Zeit wieder bringen, ihre Mahlgäste mit gutem Mehle fleißig fördern, ein Mehreres nicht, als ihre Mahlmeße, oder was sonst üblich und hergebracht, davon nehmen, und sich überdas keines fernern Nutzens weder heimlich noch öffentlich anmaßen, sondern sich mit Obbemeldetem begnügen lassen sollen. Verordn. der fürstl. Canzlei zu Blankenburg v. 23. Febr. 1638.

S. übrigens: Mühlen.

### Mühlen=Accise.

S. Accise.

### Mühlen=Diebe.

Wer Mühlen bestiehlt, der soll nach alter Gewohnheit mit Ernst bestraft werden. Allgemeine Landes-Ordn. Art. 81.

S. auch: Mahl=Meße.

### Mühlen=Kopf.

S. Mahl=Meße.

### Mühlenschatz.

Durch das Gesetz v. 4. April 1837. §. 1 ist der Mühlenschatz \*) aufgehoben und statt desselben eine Gewerbesteuer eingeführt.

Mühlen=

\*) Als in dem Landtags-Abschiede zu Asfeld v. 12. Octbr. 1614 dem Landesfürsten zur Bestreitung nöthiger Landes-

## Mühlenwesen in Braunschweig und Wolfenbüttel.

S. Mühlen=Accise=Ordnung der Stadt Wolfenbüttel vom 26. April 1687. — Renovirte Mühlen=Ordnung für Wolfenbüttel v. 7. Juli 1716 — Mühlen=Reglement in Wolfenbüttel v. 28. März 1749 — Neue Mühlen=Ordnung der Stadt Wolfenbüttel v. 24. März 1750 — Erneuerte Verordn. v. 13. Juni 1797, die Verbesserung des Mühlenwesens in Wolfenbüttel betr.

Verordnungen v. 6. Febr. (publicirt den 12. April) 1722, v. 21. Juli 1727 und v. 23. Decbr. 1730, daß Mühlenwesen in der Stadt Braunschweig betr. — Verordnung fürstl. Cammer v. 28. Febr. 1766, welche insbesondere eine Anweisung für die Mühlenschreiber, Müller und Müllerknechte enthält, um die Accise=Defrauden zu verhüten. — Avertissement des General=Zoll= und Accise=Directorii v. 2. Januar und v. 29. Juni 1776, die Einrichtung in den Mühlen zu Braunschweig, Delper und Eisenbüttel betr. — Verordn. des General=Zoll= und Accise=Directorii v. 31. März 1778, die in den Mühlen zu Braunschweig, Delper und Eisenbüttel behuf des Wagens des Getreides und Mehls angelegten Waagen betr. (S. Waagen in den Mühlen zu Braunschweig, Delper und Eisenbüttel.)

Diese Verordnungen, welche sich ohnehin zu keinem Auszuge eignen, sind ihrem größten Inhalte nach, insbesondere was die Bestimmungen über die Mahl=Accise betrifft (S. Accise), antiquirt.

## Mühlen=Zwang.

S. Mühlen.

## Müller.

Die Müller\*) sollen nach einer vorgeschriebenen Eidesformel beeidigt, und die fremden Müller, wenn sie aus hiesigen Landen Mahlgäste haben, zu einem Gleichen angehalten, in dessen Entstehung aber soll diesen das weitere Mahlen bei ernstlicher Bestrafung untersagt werden. Landesf. Verordn. v. 17. Decbr. 1695. \*\*)

Kein Müller soll 1) einen Knecht, der nicht von seinem Lehrherrn wegen seines Verhaltens und

Ausgaben die Summe von 500,000 Thalern verwilligt und dabei bestimmt war, daß die dazu erforderliche Steuer von allen Landes=Einwohnern ohne Ausnahme aufgebracht werden sollte, so wurde der deshalb in Vorschlag gebrachte **modus collectandi** in dem Landt. Absch. zu Wolfenbüttel v. 14. Januar 1615 auf ein oder zwei Jahre versuchsweise genehmigt und demgemäß im 13. Art. bestimmt, daß von den Mühlen, und zwar von den unterschlägigen 3 Thlr., von den überschlägigen 2 Thlr., von den Windmühlen 1 Thlr., von den Papier=, Del=, Säge= und Walke=Mühlen von jedem Rade 1 Mfl., mit Ausnahme der Roß=Mühlen, bezahlt werden sollte. Dieser hier zuerst erhobene Mühlenschlag wurde seitdem beibehalten, jedoch in der Schlag=Ordnung v. 23. Juni 1619 theils herabgesetzt, theils anders bestimmt, und zwar für eine unterschlägige Mühle auf 2 Thlr., eine überschlägige auf 1 Thlr., eine Wind=Mühle auf 1 Thlr., eine Papier=Mühle auf 2 Thlr., eine Del=, Säge= und Walke=Mühle auf 1/2 Thlr. Die Müller des Landesfürsten, der Stifter, Klöster, Dörsten, Ritterschaft, Städte und anderer Unterthanen (es waren hierunter diejenigen, welche Pächter waren oder »um Lohn säßen« verstanden) sollten wegen ihres guten Verdienstes über die Landtschätzung vom Viehe, Ackerbaue und dergl. die Hälfte der obigen Ansätze geben. Diese Veranlagung des Mühlenschlages wurde in der Schlag=Ordnung v. 10. Juli 1719 wiederholt und dabei zur Erläuterung hinzugefügt, daß die Bürger und Bauern, welche eigene Mühlen administrierten und den zuerst determinirten Mühlenschlag abführten, von dem letztbenannten auf die Nahrung gesetzt frei wären. Der Mühlenschlag wurde also von den Eigenthümern der Mühlen als eine Grundabgabe und von den Pächtern oder Verwaltern derselben als eine Nahrungssteuer erhoben. Durch die landesf. Verordn. v. 21. April 1687 wurde noch besonders verfügt, daß sich kein Amts=Müller von dem Mühlenschlage erimiren sollte, da alle Exemptionen der Schlag=Ordnung zuwider wären. Der Mühlenschlag sollte nach der landesf. Verordn. v. 30. August 1706 zwischen Advent und Galli und nach der Schlag=Ordnung v. 1719 auf Galli unfehlbar bezahlt werden. Nach Vorschrift dieser Schlag=Ordnung ist der Mühlenschlag bis auf die neueste Zeit erhoben.

\*) Durch die landesf. Verordnung v. 24. April 1656, die Abstellung der Handwerks=Mißbräuche betr., wurde den Gilden verboten, die Müller, deren Eltern und Kinder von den Gilden auszuschließen.

\*\*) Der übrige Inhalt dieser Verordnung betrifft die Mahl=Accise.

Dienstes ein richtiges Zeugniß, wozu die in den hiesigen Landen gedruckten Dienstboten-Abschiede genommen werden können, beigebracht, bei 20 Thlr. Strafe auf- und annehmen. Damit es nun 2) den Müllern an guten Müllerknechten nicht ermangele, und sie aus solcher Ursache sich gar zu oft zu verändern genöthigt werden, so sollen sie ihrer Seits ihren Knechten vernünftig und bescheiden begegnen, ihnen ihren Lohn zur rechten Zeit geben, und dieselben mit keiner zu dem Mühlenwesen nicht gehörenden Arbeit wider ihren Willen belegen. Auch soll 3) kein Müller dem andern seinen Knecht bei 20 Thlr. Strafe abwendig machen und in seinen Dienst annehmen. 4) Die Mühlenknechte sollen dahingegen, so wie es die bereits ergangene Mühlen-Ordnung mit sich bringt, bei ihrem Dienste getreu und fleißig sich erweisen und ihrem geleisteten Eide, welcher auch in Zukunft den Mühlenknechten auf dem Lande abzunehmen, in allen Stücken unermüdet nachkommen, ihren Brodherren gut begegnen, was von ihnen mit Recht verlangt werden kann, willig verrichten, und überhaupt sich solcher Gestalt betragen, daß dieselben keine Beschwerde über sie zu führen Ursache nehmen können. Sollten selbige aber 5) hierwider auf einige Weise handeln und sich ihren Herren vorsätzlich Weise widersetzen, so soll diesen prompte Hülfe von Gerichts wegen verschafft werden; gestalt denn 6) derjenige Mühlenknecht, welcher seine Kameraden aufwiegelt oder sonst verführt, mit 10 Thaler, oder dem Befinden nach mit Gefängniß-Strafe belegt werden soll. Landesf. Verordn. vom 10. Juni 1751.

Zu Verhütung der vielfältig vorkommenden Defraudationen sollen auch die Müller und deren Knechte auf dem Lande nach nachstehender vorgeschriebener Eidesnotul in Eid und Pflicht genommen, außerdem soll auch diese Eidesnotul sammt der anno 1744 ergangenen Verordnung \*) in den Mühlen angeschlagen werden. Landesf. Auschr. v. 11. März 1752.

#### Eidesnotul für die herrschaftlichen und Privat-Müller auf dem Lande.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, daß dem Durchl. Fürsten und Herrn, Herrn (Namen des Landesfürsten) Herzoge zu Braunsch. Lüneb. ic., unserm gnädigsten Fürsten und Herrn, ihr wollet getreu, hold, gehorsam und gewärtig sein, deroselben Nutzen und Bestes in alle Wege thun und schaffen, Schaden, Arges und Nachtheil, so viel an euch ist, nach euerem Vermögen und Verstande kehren, wehren und abwenden helfen, vor allen Dingen aber die euch anvertraute herrschaftliche Mühle in steter guter Beobachtung haben, und, wenn etwas an derselben baufällig werden sollte, dasselbe in der Zeit, und ehe der Schaden größer wird, gehörig ausbessern; hiernächst die Mahlgäste zu rechter Zeit und in der Ordnung, wie sie kommen, befördern, über das gewöhnliche Mahlgeld oder Meße von denselben nichts fordern noch nehmen, auch einem Jeden sein eingebrachtes Korn und Malz ohne den geringsten Mangel, Betrug, Verfälschung und Verwechslung wieder liefern, imgleichen, daß solches von Andern, oder selbst von euern Leuten nicht entwendet werde, fleißig Acht haben, auch mit den Mahlgästen also bescheidenlich umgehen, damit dieselben über euch und eure Leute sich zu beschweren keine Ursache haben mögen, ferner auch jeder Zeit richtige Waage und gezeichnete Gewichte in der Mühle halten und gebrauchen, auch insbesondere nach Inhalt der Verordn. v. 20. April 1747 \*\*) keiner andern als der verordneten kupfernen, mit einem Stempel bezeichneten Meße euch bedienen, nicht weniger den Land-Commissarien oder den von ihnen abgeschickten Landreutern, wie auch anderen von eurer Obrigkeit abgeschickten Visitatoren bei der Visitation der Mühle nach der Verordn. v. 23. Novbr. 1744 nichts in den Weg legen, endlich auch auf Feuer und Licht in der Mühle

\*) Diese Verordn. v. 23. Novbr. 1744 enthielt die Verfügung, daß die Land-Commissarien auf die Mühlen ein wachsames Auge haben und sie öfters theils selbst unvermuthet besuchen, theils durch die Landreuter visitiren lassen sollten. Die Müller sollten bei Vermeidung scharfer Strafe die Land-Commissarien geziemend respectiren und ihren Befehlen Folge leisten, auch den Landreutern bei den Visitationen nichts in den Weg legen.

\*\*) S. Mahlmeße.

sorgfältig Achtung geben, und, Falls in der Mühle Excesse, Schlägerei, Scheltworte oder andere Unrichtigkeiten und Unordnungen vorkommen sollten, solches sofort ohne Ansehen der Person bei eurer Obrigkeit anmelden, auch übrigens ein ordentliches Leben führen, und euch also redlich, getreu und gewissenhaft verhalten sollt und wollt, wie einem aufrichtigen redlichen Müller in alle Wege eignet und gebührt; so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.

cf. Rescr. fürstl. Cammer-Collegii v. 21. August 1817. (Bege II. p. 234.)

### Müller, Abholen des Getreides durch dieselben.

Da einige Müller zur Ungebühr mit ihrem Spannwerke umherfahren und den Leuten das Korn aus den Häusern holen, auch das Mehl und Schrot wieder dahin bringen, der Landesfürst aber diesen, einen verbotenen Mühlenzwang per indirectum involvirenden Anmaßungen nicht länger nachsehen und dieselben ungestraft hingehen lassen will, so werden sämtliche Obrigkeiten und Gerichte befehligt, den Müllern ein solches verbotenes Unternehmen ernstlich und bei Strafe der Confiscation ihrer Pferde zu verbieten, sie vor Ungelegenheit nachdrücklich zu warnen und die Warnung beim ersten Uebertretungsfalle zu wiederholen, und bei fernerm Ungehorsam gegen die Contravenienten mit Confiscation ihrer Pferde zu verfahren. Circular-Rescript fürstl. Cammer v. 30. Septbr. 1744. \*)

S. auch: Mühlen im Fürstenthume Blankenburg.

cf. Rescript herzogl. Staats-Ministerii v. 28. Januar 1829. (Bege II. p. 245.) — Rescr. herzogl. Cammer v. 26. März 1830. (Bege II. p. 252.)

### Müllerknechte.

S. Müller.

### Münzen.

Durch das Gesetz v. 18. Decbr. 1831, die Münz-Versaffung betreffend, und das Gesetz v. 28. Decbr. 1835, die Herabsetzung des Conventions-Geldes Braunschweigischen Gepräges auf den Werth des Courant-Geldes 2c. betr., sind die ältern, den Münzfuß und die Normirung der Ausmünzung betreffenden Verordnungen \*\*) abgeändert.

### Münzen, Aufwechselfeln und Auskippen derselben, so wie Einführung geringhaltiger.

Obwohl in den Reichs-Abschieden und Constitutionen, so wie auch in der peinlichen Halsgerichts-

\*) Das für den Weserkreis bestimmte gleichlautende Rescript ist v. 22. Septbr. 1744 datirt.

\*\*) Durch den Münz-Recess zwischen Sachsen, Brandenburg und Braunschweig v. 26. Januar 1690 wurde der Leipziger Münzfuß beim Ausprägen der Münzen zur Norm genommen, wonach die Mark feines Silber in  $\frac{2}{3}$ ,  $\frac{1}{3}$  und  $\frac{1}{6}$  Stücken auf 12 Thlr., in  $\frac{1}{12}$  Stücken auf 12 Thlr. 9 Ggr. und in kleineren Stücken auf 13 Thlr. ausgeprägt werden sollte. Um indeß die Ueberschwemmung des Landes mit schlechteren Münzsorten und die Aufwechselfeln und Ausführung der hiesigen Münzen zu verhindern, sah sich der Landesfürst veranlaßt, den Münzfuß zu verringern, weshalb durch die offene Declaration v. 17. August 1748 das sogenannte Roßgeld ersten Schlags und durch die Verordnung v. 5. Juli 1758 das Roßgeld zweiten Schlags eingeführt wurde. Nach diesem letzteren Münzfuße wurde die Mark feines Silber in 2, 4 und 8 Gutegroschen-Stücken auf 16 Thlr. ausgeprägt. Im Monat Juli 1759 wurde das sogenannte C. Geld eingeführt, welches abermals nach einem geringern Münzfuße geprägt war, und in Gemäßheit der Verordn. v. 1. Juni 1764 das Conv. Geld v. 1. August 1764 an. Um über das Verhältniß dieser, nach verschiedenem Fuße ausgeprägten Münzen zu einander Irrungen zu vermeiden, wurde die Reduction des Conv. Geldes auf die früheren Münzsorten durch die Verordn. v. 7. Octbr. 1765 so bestimmt, daß 100 Thlr. Conv. Geld gleich 119 Thlr. 6 Ggr. 1 Pf. Roßgeld ersten Schlags — 134 Thlr. 6 Ggr. 11 Pf. Roßgeld zweiten Schlags — 175 Thlr. C. Geld; und 100 Thlr. Roßgeld ersten Schlags gleich 83 Thlr. 20 Ggr. 6 Pf. Conv. Geld, 100 Thlr. Roßgeld zweiten Schlags gleich 74 Thlr. 11 Ggr. 2 Pf. Conv. Geld und 100 Thlr. C. Geld gleich 57 Lgr. 3 Ggr.  $5\frac{1}{4}$  Pf. Conv. Geld sein sollten.

Ordnung nicht nur ernstlich verboten ist, Münzen aufzuwechselfn und auszuführen, noch mehr, sie zu zerbrechen, in Siegel zu setzen und andere oder geringere Münzen daraus zu machen, sondern wider die Uebertreter sehr schwere Strafe verordnet und deshalb auch noch am 25. Juli 1637 ein ernstliches Münz-Edict erlassen worden, so wird dennoch solcher Verordnung zuwider gehandelt und deshalb bestimmt, daß künftig mit besonderem Ernste und Eifer sowohl in den Bergstädten, als im ganzen Lande auf die Aufwechselfung und Ausführung der Reichsthaler und silbernen Landmünze gesehen, darauf inquirirt, den Aufwechselfern aller Orten in- und außerhalb Landes auf den Pässen und Zollstätten nachgetrachtet, alle Waaren, Güter und Fässer, darin das aufgewechselfte Geld etwa versteckt, und unter sothanem Scheine aus dem Lande verpartirt werden könnte, visitirt, und, wenn sich dabei einige aufgewechselfte Gelder befinden sollten, dieselben nebst allen den Gütern, auch, wenn die Fuhrleute darum gewußt, die Wagen und Pferde confiscirt, die Aufwechselfer, Ausführer, deren Helfer und Helfershelfer an Leib, Leben oder Gütern gestalteten Sachen nach gestraft, und niemand hierin durchaus verschont, bevor aber wider die herrschaftlichen Diener, dafern sich dieselben hierzu per directum oder indirectum gebrauchen lassen, oder darum die geringste Wissenschaft haben, ein besonderer Ernst gebraucht werden soll. Es soll auch einem Jeden, er sei wer er wolle, inländisch oder ausländisch, die Aufwechselfung, Ausführung und anderweite Vermünzung anzubringen und anzuzeigen erlaubt, auch die hiesigen Unterthanen und alle Fremde, so lange sie im hiesigen Fürstenthume und Landen Commercien, Handel und Wandel treiben, oder sich darin aufhalten, bei Strafe von zwei Mark löthigen Goldes solches anzuzeigen schuldig sein. Wer nun also entweder den Aufwechselfer, Ausführer und Vermünzer, oder auch die aufgewechselften Sorten und Gelder selbst also entdecken und anzeigen wird, dessen Name soll nicht allein, da er es begehrt, verschwiegen behalten, sondern ihm auch der dritte Theil des also angetroffenen Geldes, der Güter, oder auch der Geldstrafe, darin der Uebertreter condemnirt werden möchte, unweigerlich ausgereicht werden; dero behuf denn solcher Aufwechselfer und Ausführer ganz frei gemacht, auch männiglich erlaubt sein soll, sie an Leib und Gut anzugreifen, sie der Obrigkeit jedes Orts, da sie gefessen, oder auch nur angetroffen worden, alsbald anzubringen, die Güter und Personen auf den Pässen, Zöllen, oder sonst durch die verordneten Zöllner, Voigte oder Andere (welche auf jedesmaliges heimliches oder öffentliches Denominiren alsbald die Hand bieten und verfahren sollen) anzuhalten, darin auch niemand gefrevelt, noch einiges Geleit gebrochen haben soll. Im Fall auch jemand bei solcher Aufwechselfung, Ausführung oder Vermünzung etwa interessirt wäre, sich aber besinnen und seine Complicen, oder auch die aufgewechselften Sorten andeuten würde, soll er nicht allein seines Verbrechens halber ungestraft sein und bleiben, sondern eben und auf Maaße, wie oben gesetzt, den dritten Theil der confiscirten Gelder, Güter oder Strafe zu genießen haben. Landesf. Verordn. v. 15. Novbr. 1651. \*)

Vorstehende Verordnung ist unterm 25. April 1656 durch wörtliche Wiederholung in Erinnerung gebracht.

Das Auskippen, Aufwechselfn und Einschmelzen der guten Münze ist abermals bei Confiscation und überdas Landesverweisung, auch Leibes- und Lebensstrafe verboten. Landesf. Verordn. v. 16. Juli 1681.

Jedermannlich, zuvörderst alle sowohl in- als ausländische Juden, sind ernstlich ermahnt, sich der Verwechselfung der Oberharzischen guten Münzsorten (den verschiedentlich, in specie auf dem Harze dagegen gemachten Verordnungen zuwider) gegen auswärtige geringhaltige gänzlich zu enthalten, und sothane

\*) Unter demselben Datum ist noch ein anderes Münz-Edict erschienen, wodurch das Aufwechselfn der groben und Einschleppen der kleinen Sorten nochmals verboten und dabei verordnet ist, daß aller Handel und Wandel in groben und gehaltenen Münzsorten, als ganzen und halben Thalern, Vierteln und Achteln derselben, getrieben, und niemand unter 100 Thalren auszahlenden Geldes mehr, als 5 Thlr. kleiner Münzsorten, als Pfennige, Dreier, einfache oder doppelte Mariengroschen, Gutzgroschen und dergleichen, anzunehmen schuldig sein soll.

schädliche Verwechselfung auf keine Weise zu unternehmen, gestalt wenn dawider jemand handeln, oder darüber betreten würde, gegen denselben nebst Confiscation der eingewechselften auswärtigen geringhaltigen Münzsorten nicht allein mit Geldbuße, sondern auch dem Befinden nach mit Gefängniß, Staupenschlag und Landesverweisung unnachbleiblich verfahren werden soll. Wenn jemand betroffen wird, welcher dawider gehandelt hat, so sollen die Obrigkeiten davon sofort an fürstl. Geh. Rathsstube zu fernerer Verfügung berichten, allermassen, damit obiges Alles desto besser zum Effect kommen möge, diejenigen, welche dergleichen schädliche Geldverwechselfungen, wie obvermeldet, anmelden werden, die Hälfte des Werths von der eingewechselften geringhaltigen auswärtigen Münze mit Verschweigung ihres Namens zu genießen haben sollen. Landesf. Verordn. v. 12. August 1709.

Die freventlichen Uebertreter des Edicts v. 12. August 1709, welche die auf dasigen Münzen geprägten Ein- und Zweidrittelsstücke, auch andere vollgültige (nach dem Leipziger Fuß ausgemünzte) grobe Münzsorten gegen geringhaltige auswärtige Scheidemünze verwechselfn, und Gewinnstes willen aus hiesigen Landen (und dem Communionharze, wie die Eingangsworte ausdrücklich sagen) schicken, sollen, wenn sie in landesf. Eiden und Pflichten stehen, insonderheit wenn ihnen herrschaftliche Cassen, oder sonst Commungelder anvertraut sind, auch die Summe des solcher Gestalt auf einmal oder nachgerade verwechselften Geldes sich über 1000 Thaler beläuft, ohne Ansehn der Person dem Befinden nach auf Lebenslang zum Carrenschieben condemnirt, auch mit gleicher Strafe sowohl gegen die in- als ausländischen Juden, welche gegen diese Verordnung handeln, verfahren werden; ingleichen die inländischen Juden annoch außerdem für sich und ihre Descendenten sofort des hiesigen Schutzes verlustig sein. Landesf. Verordn. v. 7. Juli 1729. \*)

Es soll niemandem, sowohl in als außer den Messen, gestattet sein, fremde Münzsorten in einer Quantität hereinzuschleppen, und dagegen hiesiges entweder in Braunschweig oder auf dem Communionharze geprägtes Geld einzuwechselfn und außer Landes zu führen, oder gar dieses, oder auch fremdes Geld auszukippen, und die schweren Stücke dem Handel und Wandel zu entreißen. Gegen die Contravenienten soll mit namhafter Strafe und nach der Strenge der Reichs- und Landesgesetze verfahren, derjenige aber, welcher dergleichen Unfug denunciiren wird, wenn er auch selbst mitschuldig, mit der Strafe nicht nur übersehen, sondern auch geheim gehalten und reichlich belohnt werden. Landesf. Verordn. vom 30. Juli 1753. (Br. Anz. v. 1753. Nro. 62.)

Wer verrufene Münze einführt, soll mit dem duplo der in den dieserhalb ergangenen Verordnungen gesetzten Strafe belegt werden. Der Landfiscäl soll auf die Contravenienten vigiliren, und der Ordnung nach wider sie verfahren. Landesf. Verordn. v. 23. Januar 1758. (Br. Anz. v. 1758. Nro. 8.)

Die Obrigkeiten sollen über die landesf. Verordn. v. 30. Juli 1753 genau halten, und die Juden, auch andere Fremde, welche Geld aufwechselfn, arretiren lassen, mithin gegen dieselben den Rechten gemäß verfahren, oder gewärtigen, daß sie selbst wegen dessen Unterlassung nachdrücklich angesehen werden. Landesf. Ausschreiben v. 5. Januar 1759. \*\*)

Zur Steuerung des seit einiger Zeit wiederum überhand nehmenden Frevels des Auskippens und Auswiegens der gröbern und geringern in- und ausländischen Silbermünzen ist das in den ältern Verordnungen

\*) Aehnliche Verordnungen sind unterm 13. Novbr. und 17. Decbr. 1709 von den kur- und fürstl. Braunschw. Lüneb. Berghauptleuten ergangen.

\*\*) Unterm 8. Mai 1759 (Br. Anz. v. 1759. Nro. 38.) verbot der Magistrat zu Braunschweig auf landesf. Befehl und mit Bezugnahme auf die höchsten Verordnungen v. 30. Juli 1753 und 28. Novbr. 1758 (diese bezog sich hauptsächlich auf die Anhalt-Bernburg., Röhthenschen und Würtembergischen Münzen) nochmals alle Kipperci und Einführung geringhaltiger Münzen unter dem Verwarnen, daß bei einer vorzunehmenden Visitation der Cassen alle verrufene Münzsorten confiscirt und die Contravenienten nach Maßgabe der Verordnungen bestraft werden würden.

gen, besonders in der Verordnung v. 30sten Juli 1753 enthaltene Verbot wiederholt, und soll demjenigen, welcher dergleichen Unfug denunciirt, wäre er auch ein Mitschuldiger, die Strafe erlassen und er überdem unter Verschweigung seines Namens dafür belohnt werden. Bekanntmachung des fürstl. Ministeriums v. 4. Decbr. 1801. (Br. Anz. v. 1801. Nro. 96. \*)

S. auch: Bruch- und anderes Gold u. — Judenschaft in Braunschweig; landesf. Reglement v. 30. Juli 1762. §. 10.

cf. Gesetz v. 18. Decbr. 1834, die Münz-Versaffung betr.

### Münzen, Hessische.

S. Hessische Gutegroschen und Albus.

### Münzen im Meßhandel.

S. Meßhandel, welche Münzen darin gelten.

### Münzsorten.

S. Münzen — Capitalien, Wiederbezahlung derselben.

### Mütterliches Vermögen.

S. Vermögen, mütterliches.

### Murmeltier-Träger.

S. Wochenmärkte in Braunschweig, §. 21.

### Musikanten.

In der Stadt Wolfenbüttel und vor den Thoren derselben steht die musikalische Aufwartung dem Stadtmusikanten zu, und soll derjenige, welcher sich fremder Musikanten bedient, in eine Strafe von 10 Thlr. verfallen, welches auf höchsten Befehl in Erinnerung gebracht ist. Bekanntmachung des Polizei-Departem. zu Wolfenbüttel v. 3. Septbr. 1798. (Br. Anz. v. 1798. Nro. 70.)

cf. Bekanntmachung herzogl. Cammer-Collegii v. 22. März 1828. \*\*) (Bege II. p. 117.) — Desgl. v. 21. Septbr. 1829. (Bege II. p. 299.) — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 45.

### Mußtheil.

S. Heergewette, Gerade, Mußtheil.

### Musterhandel in den Messen.

S. Meßwaaren, Handel mit denselben nach Proben und Mustern.

### Muthscheine.

S. Lehnwaare.

\*) Außer den oben angeführten Verordnungen sind noch viele andere ergangen, wodurch das Aufwechseln und Ausführen der guten groben und das Einführen der damals cursirenden geringhaltigen Münzen besonders den Juden und den zur Messe kommenden Kaufleuten mit Bezugnahme auf die Reichsconstitutionen und die obigen Verordnungen wiederholt verboten und mit Confiscation der Münzen, so wie auch mit Geldbuße und dem Befinden nach Gefängnißstrafe, Landesverweisung und Staupenschlag bedrohet wurde; indeß haben dieselben nur transitorische Wichtigkeit gehabt.

\*\*) Hiernach hat die in dem höchsten Rescripte v. 9. Novbr. 1769 und nachher zu wiederholten Malen ausgesprochene ausschließliche Berechtigung der Stadt-Musikanten zu Braunschweig zur Ausübung des Musikanten-Gewerbes bei allen der Jurisdiction des dortigen Stadt-Magistrats unterworfenen Personen aufgebört.



## Mutterkorn.

## C. Brand- und Mutterkorn.

## Nachjagd auf Diebe, Räuber und sonstiges Gefindel.

Wenn zur Verfolgung der Pferde- und anderer Diebe, Straßenräuber oder anderer Missethäter, auch sonst anderer Ursachen halber an die Glocken geschlagen wird, (welches der Bauermeister auf Andeuten des Nachthirten oder sonst jemand Anders schleunig zu thun schuldig ist) so soll jedermann die Nachjagd unausgesetzt zu verrichten und ein Nachbar bei dem andern zu stehen schuldig sein, bei Strafe von 10 Fl. Allg. Land. Ordn. Art. 68.

Der Nachthirte, welcher es nicht bei Zeiten ansagt, wie auch der Bauermeister, welcher sich mit dem Glockenschlage oder anderer Berufung der Gemeinde säumig erweist, soll mit willkürlicher Strafe belegt werden. Ebendas. Art. 69.

Wegen der Nachfolge des Gefindels und der Verbrecher in fremde Landesgebiete und aus denselben in die hiesigen Lande waren besondere Conventionen geschlossen mit der Dranien-Massauischen Regierung zu Corvei; s. landesf. Verordn. v. 27. Decbr. 1803 (Br. Anz. v. 1804. Nro. 9.), zwischen der Regierung zu Blankenburg und der Anhaltschen Regierung zu Bernburg; s. Rescript des herzogl. Ministerii v. 28. Mai 1807 und mit der königl. Hannov. Regierung, s. Criminal-Sachen, Convention in Betreff derselben mit der königl. Hannov. Regierung.

## Nachlaß.

C. Kinder, uneheliche — Beguinen und Hospitaliten in Braunschweig, deren Nachlaß — Armen-Anstalten in den Städten — Abfindungen.

## Nachrichter.

Niemand, er sei auch wer er wolle, soll sich gelüsten lassen, einige gefährliche Verbündniß und Zusammenrottirung wider den Nachrichter und seine Knechte vor und bei Vollstreckung erkannter Urtheile zu stiften oder einzugehen, noch auch sie an der Execution mit bedräulichen Worten oder Werken zu verhindern und abzuschrecken, viel weniger aber, und da sie ihm gleich mißlingen würde, ihn oder seine Helfer deswegen an ihrem Leib oder Leben zu beleidigen, noch sonst einige Thätlichkeiten wider sie vorzunehmen. Im Fall aber einer oder mehrere aus Frevelmuth diesem zuwider handeln würden, sollen der oder dieselben alsdann nach Befindung am Leben, Leib und Gut unnachlässig gestraft, hinwieder auch, da sich jemand über den Scharfrichter worin zu beschweren, soll solches von jedes Orts verordneter gebührlicher Obrigkeit gehört und die Billigkeit darin beschafft werden. Landesf. Verordn. v. 7. Decbr. 1607.

Verschiedene Fälle haben dargethan, daß, wenn an einem Orte die Seuche oder eine andere Krankheit unter dem Hornviehe sich äußert, die Einwohner solches aus Furcht vor der Sperrung geheim halten, obgleich im §. 20 der wegen der Viehseuche unterm 28. Novbr. 1754 ergangenen Verordnung ausdrücklich befohlen worden, daß, wenn ein Stück auflöslich geworden, der Eigenthümer solches bei Strafe des großen Karrens sofort dem Bauermeister melden und dieser es unverzüglich der Obrigkeit anzeigen soll. Da dies die nachtheilige Folge hat, daß das Uebel gar leicht um sich reißt, ehe gehörige Anstalten dagegen vorgekehrt werden können, die Nachrichter aber die ersten Nachrichten erhalten, wenn Vieh gefallen ist, und bei solchem sich Anzeigen verdächtiger Seuchen finden, so wird verordnet, daß die Nachrichter bei 10 Thlr. Strafe auf jedem Unterlassungsfall bei sich ereignendem mindesten Verdacht das freipirte Vieh aufhauen, und, wenn es verdächtig gefunden wird, solches beischarren lassen, von dem Vorfalle aber und dessen Bewandniß der Obrigkeit des Orts, wo er sich begeben, sofort unge säumte Meldung thun sollen.

Sollte diese Obrigkeit zu weit entfernt wohnen, so haben die Nachrichten diese Meldung bei ihrer ordentlichen Obrigkeit, unter deren Gerichtsbezirk sie wohnen, zu thun, und diese hat alsdann sofort jener Nachricht zu geben. Uebrigens hat es sowohl wegen der zu thuenen Anzeige des krepirten verdächtigen Viehes, als der dieserhalb zu machenden Anstalten bei der wegen der Viehseuche unter dem 28. Novbr. 1754 ergangenen Verordnung sein Bewenden. Landesf. Verordn. v. 4. Juli 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 60.)

S. auch: Vieh, krepirtes.

### Nachthirten.

S. Pferdehüten.

### Nachtigallen, Einfangen derselben.

Auf landesf. Befehl ist das Nachtigallenfangen in und vor der Stadt Braunschweig, auch zunächst außerhalb der Landwehr bei 10 Thlr. Strafe für jeden Contraventionsfall verboten. Verordn. des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 19. Febr. 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 16.)

Vorstehende Verordnung ist dahin declarirt, daß das Fangen der Nachtigallen nun überall bis zu weiterer Verordnung in und vor der Stadt binnen der Landwehr, auch eine halbe Stunde weit jenseits der Landwehr, gar nicht gestattet sein soll. Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 18. März 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 21.)

Derjenige, welcher sich unterfangen wird, Nachtigallen zu fangen, soll für jedes Mal, daß er sich dessen zu Schulden kommen lassen wird, 10 Thlr. Strafe erlegen, wovon dem Denuncianten die Hälfte zugebilligt werden soll; im unvermögenden Falle soll derselbe zehntägige Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod leiden. Verordn. der fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 26. Febr. 1779.

cf. Verordnung gegen das Einfangen der Nachtigallen v. 9. März 1828.

### Nachtwachen.

S. Wachen.

### Nachtwächter.

Um der gemeinen Sicherheit willen und zur möglichsten Abwendung sowohl der Feuersgefahr, als der gewaltsamen Einbrüche und Diebereien sollen in jedem Dorfe ordentliche Nachtwächter bestellt werden. Landesf. Circular-Rescript v. 13. April 1744.

Ueber die zu Erhaltung gemeiner Sicherheit und Abwendung der Feuers- und Diebesgefahr ergangene Verordnung, daß in den Dörfern eine jegliche Gemeinde ihre eigenen Nachtwächter bestellen und halten solle, sollen die Obrigkeiten nicht nur sträcker halten, sondern die in den Dörfern zu bestellenden Nachtwächter sollen auf folgende Eidesformel:

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, daß ihr den euch anvertrauten Nachtwächter-Dienst treulich abwarten und verrichten, im Winter von 9 Uhr Abends bis Morgens um 3 Uhr, und im Sommer von 10 Uhr Abends bis Morgens um 2 Uhr alle Stunden ordentlich abrufen und abblasen, solches nicht versäumen, insonderheit auf Feuer und Licht wachsam sein, wenn ihr Feuer vermerkt, sogleich Lärm blasen, und die Leute im Dorfe wach machen, und wenn ihr Argwohn auf Diebe verspürt, gleich Leute zu Hülfe und derselben Verfolgung herbei rufen, auch, wenn ihr gewahr werdet, daß jemand auf dem Felde oder sonst des Nachts etwas heimlich ins Dorf bringe, solches der Obrigkeit sofort anzeigen, und hierunter keinem zu Gefallen etwas verschweigen, und überhaupt alles dasjenige thun und verrichten wollet, was einem zur gemeinen Sicherheit bestellten redlichen Nachtwächter eignet und gebührt; so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort. verpflichtet und beeidigt werden. Landesf. Verordn. v. 10. August 1744.

Da

Da der Verordnung vom 10. August 1744 nicht genau nachgekommen wird und zur Ersparung der geringen Unkosten die Nachtwächter hin und wieder abgehen, so sollen die Beamten und Gerichts-Obriigkeiten genau darauf sehen, ob auch von jeder Gemeinde solche bestellt und angenommen worden und ob sie solche noch gegenwärtig halten. Sollte es sich finden, daß dieselben an dem einen oder andern Orte wieder abgegangen sind, so sollen sie sofort wieder angenommen und die Bauermeister befehligt werden, daß sie darauf sehen, daß in ihrem Orte jedes Mal ein Nachtwächter bestellt ist und daß dessen etwaiger Abgang der Obriigkeit sogleich gemeldet und durch eine andere Person wieder ersetzt wird. Landessf. Verordn. v. 10. Mai 1753.

Da die der Nachtwächter wegen ergangene Verordnung nicht aller Orten gehörig beobachtet wird, viele Dörfer gar keine Nachtwächter halten, in andern die Wache nach der Reihe geht, da denn manches Mal Kinder umhergesandt werden, andere Gemeinden Leute dazu nehmen, welche sie am Wohlfeilsten haben können, ohne darauf zu sehen, ob der Angenommene wegen seines Alters oder anderer Leibesbeschaffenheit sich dazu schickt oder nicht, wie denn in den wenigsten Dörfern die Nachtwächter von der Obriigkeit in ihrem Amte bestätigt sein sollen, daher die Gemeinden solche nach ihrem Gefallen ein- und absetzen und manches Mal wohl keinen halten, auch der Nachtwächter selbst Nächte nach seinem Belieben ausbleibt und nicht wacht, auch darüber geklagt wird, daß die Nachtwächter an die wenigsten Stellen im Dorfe kommen und nicht alle Straßen, Gassen und Winkel durchgehen, am Wenigsten aber sich um Kirchen, Pfarr-, Wittwen- und Schulhäuser bekümmern, viele Nachtwächter endlich, weil sie von den Gemeinden schlecht belohnt werden, sich vom Tagelohnen ernähren müssen, also des Nachts müde sind und nicht umhergehen können, so wird den Beamten und Gerichts-Obriigkeiten ernstlich befohlen, die Verordnung genau zu befolgen und darüber zu halten, auch, wosern dieselbe zur gemeinen Sicherheit einer Verbesserung fähig sein sollte, deshalb fordersamst zu berichten, gestalt dieselben für allen aus ihrer Nachlässigkeit etwa entstehenden Schaden verantwortlich sein sollen. Landessf. Circul. Rescr. v. 14. Januar 1763.

S. auch: Wachen — Bettler; landessf. Rescript v. 4. Septbr. 1783.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 77.

### Nachtwächter in Braunschweig.

Für dieselben ist eine besondere Instruction des fürstl. Polizei-Depart. vorhanden v. 11. April 1781.

cf. Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig vom 21. Decbr. 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 100.)

### Näherrecht.

S. Re tract — Erbenzins-Güter im Fürstenthume Blankenburg — Zehnten.

### Nahrungs-Contribution.

S. Contribution; Zhl. 1. S. 212 Note \*)

### Namensunterschrift beim Wechsel.

S. Wechselrecht; Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 1.

### Nebenausgaben der Dorfgemeinden.

Da Klage darüber geführt ist, daß bei den Dorfgemeinden bei Subcolligirung der Nebenausgaben, als der extraordinaircn Anlagen oder der Wegebesserungs-, Bau-, Proceß- und andern bei gemeinen Anstalten vorkommenden Kosten, keine Proportion beobachtet werde, sondern die Kothleute und Brinkfeger mit den Ackerleuten und Halbspännern gleichen Strang ziehen müßten, und es unbillig ist, daß zu solchen

Beiträgen der Vermögenden mit dem Unvermögenden egal concurrirte und dieser vor jenem prägravirt werde, so sollen vorerwähnte Nebenausgaben, wofern nicht wegen der einen oder andern ein Anderes verordnet ist, künftig nach dem Fuße der Contribution aufgebracht werden. Landesf. Verordn. v. 27. Octbr. 1750. (Br. Anz. v. 1750. Nro. 90.)

Zuvörderst und ehe die Nebenausgaben einer Gemeinde von den Mitgliedern derselben eingesammelt werden, sollen die Gemeinde-Aufkünfte dazu verwendet, unter diese aber die einem jeden Hofe insbesondere in den Erbregistern zugeschriebenen Holz- und Gras-Theilungen keinesweges mitgerechnet werden.

Da übrigens die Verordnung v. 13. August 1750 \*) die Alternative: »nach dem Contributionsfuße oder wie sonst jeden Orts üblich« disertis verbis in sich enthält, der Umstand aber, daß diese Alternative in der kurz darauf erfolgten anderweitigen Verordnung v. 27. Octbr. desselben J. namentlich nicht wiederholt, sondern vorbeigelassen worden und nur wegen der einen oder andern Nebenausgabe in specie eine andere Verordnung vorbehalten worden, eine stillschweigende Aufhebung derselben nicht operiren mag, mithin einer dergleichen Observanz, sie mag stillschweigend invalescirt oder per pacta ausdrücklich stipulirt sein, Platz und Raum zu geben nicht wohl Umgang zu nehmen sein will, so soll bei Special-Vorfällen nur darauf, daß eine rechtsbeständige Observanz gehörig erwiesen werde, bestanden und nur alsdann, wenn es an solchen Beweisen ermangelt, der Contributionsfuß zum allgemeinen Maaßstabe genommen werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 31. Mai 1781.

Da wegen der Beiträge zu dem Schulhausbaue allein die Observanz zur Norm dient, (wie denn solches durch die Verordnung v. 27. Octbr. 1750 keinesweges ausgeschlossen ist) und diese in Reislungen dahin geht, daß zu den Gemeinde-Ausgaben und Baukosten der geistlichen und Gemeinde-Gebäude nicht nach dem Contributionsfuße beigetragen wird, sondern daß jeder Hauswirth dazu gleich concurrirt, so findet das Suchen (daß die Ausgaben nach dem Contributionsfuße zu erheben verordnet werden möge) nicht Statt. Landesf. Resolution v. 2. Juni 1801 für die Rothsassen in Reislungen.

S. auch: Angerplätze — Anbauer, neue — Gemeinde-Processe — Prediger, Berufung und Einführung derselben.

cf. Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 46.

### Nebenwege in den Forsten.

Es soll niemand in den Forsten Neben- und Weiwege bei Strafe eines Mfl. fahren, zu welchem Ende die Forstbedienten die gebräuchlichen Fahrwege anplätzen und mit gewissen Zeichen bemerken sollen. Umlauf der fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 10. Decbr. 1706.

cf. Forst-Estrafgesetz v. 26. Juli 1837. §§. 98 sqq.

### Neujahrs-geld = Sammeln.

S. Einsammeln des Neujahrs- u. Geldes.

### Neujahrsnacht, Schießen in derselben.

S. Schießen in der Neujahrsnacht.

### Nichtigkeitsbeschwerde.

S. Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde.

\*) S. Angerplätze.

## Niederkunft liederlicher Personen.

§. Hebammen und Wärmefrauen; Verordn. v. 10. April 1803. §§. 10 und 13. — Weibspersonen, unzüchtige.

## Nießbrauchsrecht des Vaters an dem Vermögen seiner Kinder.

§. Vermögen, mütterliches — Erbfolge der Ehegatten.

## Nomen activum, Versehen desselben.

§. Unterpfänder, Vorzugsrecht derselben im Concurse.

## Notare.

1) Alle Notarien, die in hiesigen Landen künftig ihr Notariats-Amt zu treiben gedenken, sollen sich bei der fürstl. Justiz-Canzlei angeben, und ihre diplomata in originali et copia nebst ihrer Hand und Signet überreichen, auch, daß sie bei einem der höchsten Reichs-Gerichte wirklich immatriculirt, gebührend dociren, oder aber des mit ihnen anzustellenden examinis rigorosi gewärtig sein; gestalt dann keinem gestattet werden soll, sein Amt in hiesigen Landen zu üben, er habe denn, daß er bei einem der höchsten Reichs-Gerichte immatriculirt, gebührend docirt, oder sei von fürstl. Justiz-Canzlei praevio examine immatriculirt.

2) Wie denn auch keinem, er habe denn auf die eine oder andere Art sich dazu qualificirt, und sei das dazu Erforderliche sogleich zu produciren im Stande, etwas in hiesigen Landen zu insinuiren oder zu verkünden, gestattet werden soll.

3) Von dem Examen sollen zwar diejenigen, welche bei der fürstl. Julius-Carls-Universität zu Helmstedt creirt worden, fürerst befreit sein, gleichwie auch diejenigen, welche schon 5 Jahre lang in hiesigen Landen ihr Amt exercirt, und bisher sich nichts haben zu Schulden kommen lassen; es bleibt aber fürstl. Justiz-Canzlei zu aller Zeit frei, befindenden Umständen nach das Examen annoch anstellen zu lassen, wie denn auch zu dem Ende dem documento immatriculationis mit inserirt werden soll, ob selbiges nach vorgängigem Examen, oder ohne dasselbe ertheilt sei.

4) Ein jeder Notar soll, ehe er immatriculirt wird, den Ort, wo er wohnt, oder hinfüro zu wohnen gedenkt, imgleichen, ob er im Lande mit Immobilien angeessen ist oder nicht, anzeigen, auch den Erbhabigungs-Eid, wo er solches nicht schon vorhin gethan, ableisten.

5) Die geschene Immatriculation nebst dem Orte, wo der Notar wohnt, soll den Braunschweigschen Anzeigen inserirt werden; auch soll er vorher sein Amt zu exerciren nicht befugt sein.

6) Wenn Handlungen von Notarien, so nicht immatriculirt, in hiesigen Landen vorgenommen, soll der Notar selbst, so sich gebrauchen lassen, in 10 Thlr. ad pios usus zu verwendender Strafe, der aber, so ihn gebraucht, in 3 Thlr. Strafe verfallen sein. So aber ein Notar mehr als ein Mal sich dessen unternimmt, soll er das Land zu räumen angehalten werden. Würde auch ein auswärtiger Notar wider diese Ordnung zu handeln von jemandem der Landes-Eingefessenen veranlaßt werden, so sollen letztere die Strafe der 10 Thlr., auch noch ein Mehreres dem Befinden nach zu erlegen gehalten sein, ohne daß dadurch der auswärtige Notar des Anspruchs wegen seiner Contravention entledigt wird.

7) Da auch jeder Notar über alle vorkommenden Handlungen ein richtiges Protocoll vermöge seines Eides zu halten verbunden ist, so soll dieses Protocoll in zwei separaten Büchern gehalten werden, in deren eines die Handlungen eingetragen werden, welche nur auswärtige und keine einheimische Negotien und Personen betreffen, in das andere hingegen diejenigen Handlungen, welche einheimische Sachen oder Personen zum Vorwurf haben, verzeichnet werden; von letzteren sind die jetzt und ferner verordneten Maaßregeln zu verstehen. Es soll nämlich den Obrigkeiten zu allen Zeiten frei stehen, die Vorzeigung

dieses Protocolls zu verlangen, um überhaupt zu sehen, daß solches in guter Ordnung sei. Es sollen aber die Obrigkeiten sich enthalten, solches ganz oder zum Theil durchzulesen, und sich von den darin befindlichen Handlungen zu informiren. Nach Absterben des Notars sollen dessen Erben solches Protocoll dem Judio, unter dessen Jurisdiction sich ihr Erblasser aufgehalten, ausantworten. Dieses Judio aber soll in deren Gegenwart dasselbe versiegeln, und gegen schriftliche Recognition mittelst richtiger Verzeichnisse in sichere Verwahrung nehmen, auch, daß es geschehen sei, durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt machen, wie denn demselben nicht weniger, Falls die Erben es unterlassen würden, *ex officio* gedachtes Protocoll auf obbemeldete Art zu versiegeln und an sich zu nehmen obliegen soll, damit diejenigen, so dabei interessirt, dazu einen Recurs haben, und in Ermangelung dessen keinen Nachtheil empfinden mögen; dahingegen aber auch, was geheim zu halten, nicht vor der Zeit publicirt, noch jemandem davon ohne genugsame Untersuchung Einsicht oder Abschrift verstattet werden soll.

8) So soll gleicher Weise ein Notar, ehe er sich aus hiesigen Landen anders wohin zu wohnen begiebt, mehrgedachtes Protocoll an das Gericht, worunter er bisher gewohnt, ausliefern, und damit in sich begebenden Fällen solches um so viel brauchbarer sei, dasselbe gehörig foliiren und mit einem alphabetischen Index versehen, wie auch in jedem instrumento das Folium anführen, widrigen Falls aber, und wo er dieses unterläßt, in 5 Thlr. Strafe jedes Mal verfallen sein, und wegen seines unbegründeten Abzugs weit nachdrücklichere Strafe zu gewärtigen haben.

9) Demnächst soll eine Tax-Ordnung für die Notare gleichfalls verfaßt werden, welcher genau nachkommen zu wollen sie bei der Immatriculation angeloben sollen. Landesf. Verordn. d. d. Salzdahlum, den 15. Juli 1752. (Br. Anz. v. 1752. Nro. 68.)

Da die ratio der Verordnung v. 10. Septbr. 1756, \*) die Advocaten in den Städten und auf dem platten Lande betreffend, keine andere ist, als daß die Unterthanen nicht in unnöthige Proceße verwickelt werden sollen, und solches in der Person eines Notars sowohl als eines Advocaten eintreten kann, weil auch die Notare sich außer ihren Notariatsgeschäften als Schriftsteller gebrauchen lassen, so ist gedachte Verordnung auch auf dieselben zu extendiren, und ihnen mithin nicht zu gestatten, sich auf dem platten Lande niederzulassen. Landesf. Rescript v. 23. März 1781.

S. auch: Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben — Wege, Besserung und Erhaltung derselben — Hypotheken, Bestellung derselben vor incompetenten Gerichten, vor Notar und Zeugen u. — Testamente, Ehestiftungen u.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizeiverfassung betr., §. 12. — Verordn. v. 21. April 1814, die Form der Notariats-Documente und die Ernennung neuer Notare betr. — Verordn. v. 5. Octbr. 1818, die bei Aufnahme der Notariats-Instrumente zu gebrauchenden Siegel betr. — Verordn. v. 1. Mai 1826, die Prüfung der Candidaten der Rechte u. betr. — Verordn. v. 19. Juli 1827, die Sicherstellung des Publicums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- und auszuleihende Capitalien u. betr. — Declaration derselben v. 11. Febr. 1832. — Rescript herzogl. Landesgerichts v. 17. Januar 1833. \*\*) (Schneiders Repertorium I. p. 195.) — Verordn. v. 29. Septbr. 1835, die Feststellung der Zahl der Advocaten und Notare in den Gerichtskreisen des Herzogthums betr. — Verordn. v. 16. Februar 1836, die weitere Ausführung der Bestimmung der Verordn. v. 29. Septbr. 1835 betr.

\*) S. Advocaten.

\*\*) Hierdurch ist auf höchsten Befehl bekannt gemacht, daß die herzogl. Kreisgerichte zu Entscheidungen über Beschwerden wegen zu hoher Ansetzung von Notariats-Gebühren und Festsetzung derselben, mit Ausschluß der herzogl.ämter, competent sind.

### Nothtaufe.

Da in der christlichen Kirche die sogenannte Nothtaufe eingeführt ist, indem im Falle der Noth, wenn man einen Priester so schnell nicht haben kann, ein schwaches Kind auch von jemandem Andern, es sei eine Manns- oder Frauensperson, insbesondere aber durch die angenommene und beeidigte Hebamme getauft werden darf, so soll es in den Fällen, wo es die Noth erfordert, bei solchem Kirchengebrauche bewenden bleiben. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Th. I. Cap. VIII. §. 11.

Wenn indeß bei dem Kinde sich keine augenscheinliche Lebensgefahr findet, so soll zu solcher Taufe nicht geschritten, sondern der ordentliche Priester, wenn es der Zustand des schwachen Kindes nur irgend zulassen will, unverzüglich hergerufen werden. Ebendas. §. 12.

Es soll auch, wenn das Kind noch in der Geburt steht und zu befürchten ist, daß es nicht lebendig an die Welt kommen möchte, mit solcher Taufe nicht verfahren, viel weniger ein Theil des Leibes, als Kopf, Arme und Beine, auch kein Kind, so todt zur Welt geboren, getauft werden. Ebendas. §. 13.

Erholt sich das in der Noth getaufte Kind wieder, so soll die Taufe durch den Prediger nach einem vorgeschriebenen Formulare bestätigt werden. Ebendas. Th. II. Cap. X.

S. auch: Hebammen; Verordn. v. 18. Febr. 1757. §. 4. — Collegium medicum; Reglement v. 4. Januar 1747. §. 27.

### Nothzucht.

S. Ehebruch u.

### Nulitätsquerel.

S. Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde.

### Ruthholz.

S. Bau-, Ruth- und Brennholz.

### Ober- oder Hals- und Nieder- oder Erb-Gerichte.

Die dieserhalb vom Herzoge Julius unterm 5. Februar 1579 erlassene Ordnung hat nur noch historischen Werth. S. Fredericksdorffs Anweisung für angehende Justiz-Beamte. Erster Band p. 280 sqq.

### Ober-Sanitätscollegium.

S. Collegium medicum.

### Obligationen.

S. Caffen-Obligationen -- Unterpfänder, Vorzugsrecht derselben im Concurse -- Handlungen, gerichtliche.

### Obligationen unter Kaufleuten.

Damit in der Messe den Kaufleuten auch zu andern Forderungen, so nicht in Wecheln bestehen, desto schneller verholten werden könne, und sie bei ihren Schuldbüchern, wenn sie es darauf allein ankommen lassen wollten, nicht zum Deffteren allerhand Weitläufigkeit zu besorgen haben mögen, so werden diejenigen, so ihre Waaren auf Zeit verkaufen, hierdurch angewiesen, daß sie von allen, denen sie über 10 Thlr. an Waaren creditiren, eine kurze Obligation fordern, inmaßen diese dieselbe unverweigert zu geben schuldig sind, worin die Summe der Schuld, sammt Zeit und Ziel zur Bezahlung gesetzt, etwa dieses Inhalts:

Ich Endesbemeldeter bekenne hiermit, daß ich von N. N. für — Thaler — Gutegroschen tüchtige Waaren gekauft, welche ich ihm oder getreuen Inhabern dieses Briefes richtig auf — — zu bezahlen verspreche, bei Verpfändung meiner Habe und Güter. Braunschweig, den — —

Solche Obligationen über empfangene Waaren sind unter Handelsleuten nicht allein beim Scontriren sehr bequem und dienlich, sondern sollen auch als klare Schuldverschreibungen der Gestalt angesehen werden, daß nach Verfließung darin gesetzter Zeit dem Debitor, wenn kein sonderlich beweislicher Verdacht wider denselben aufzubringen, gegen Erlegung von 3 Procent anstatt des Interesse zwar noch einige Frist zur Zahlung bis auf nächstkünftige Messe endlich wohl zu gönnen, und solches auf die Obligation zu verzeichnen, nach Ablauf solcher Zeit aber sothane Obligation den Wechsel-Briefen gleich zu achten und executive darauf zu verfahren ist; wer aber sich damit nicht verwahren will, der mag alle daher entstehende Weilläufigkeit seiner eigenen Nachlässigkeit zuschreiben. Markt-Gerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 29.

S. übrigens: Wechselrecht; Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715. Art. 52.

### Obrigkeiten.

S. Amts-Obrigkeiten — Beamte.

Die Obrigkeiten sollen für den Schaden haften, der den öffentlichen Cassen und piis corporibus durch Verzögerung gerichtlicher Hülfe in Weitreibung der onerum publicorum und der lehtern gebühren den Zinsen entsteht. S. Onera publica — Zinsen, Bezahlung derselben nach entstandenem Concurse.

### Observanz.

S. Verordnungen, landesfürstliche — Bescheide, Decrete, Urtheile, Abfassung derselben — Sachenrecht.

### Obst, unreifes, Verkauf desselben in Braunschweig.

S. Wochenmärkte in Braunschweig, §. 20.

### Obstbäume, Entwendung und Beschädigung derselben.

Demnach seit einiger Zeit, der dagegen gemachten Verfügungen ungeachtet, die jungen Obstbäume häufig aus den Gärten gestohlen worden, dergleichen Diebstähle aber dormalen für die Garten-Eigenthümer, ja selbst für das Publicum um so nachtheiliger sind, als durch den vorlehten harten Winter über ein Viertel der Obstbäume in hiesigen Landen verloren worden, und fast überall ein großer Schaden an Obstbäumen und in den Baumschulen geschehen ist, so daß kaum noch gute junge Bäume für Geld zu haben sind, mithin dem gesammten Publico daran liegt, daß die wieder zugepflanzten Bäume möglichst conservirt und in ihrem Wachstume nicht gestört werden, als ist nicht nur die landesf. Verordn. v. 26. April 1763, \*) nach welcher diejenigen, »welche sich an Hecken, Weiden, Linden und andern Bäumen vergreifen, selbige ausziehen, umhauen, oder auf andere Weise beschädigen, mit schwerer Strafe und dem Befinden nach mit der Strafe des großen Karrens belegt werden sollen,« auf die Entwendung oder Beschädigung der Obstbäume namentlich und ausdrücklich extendirt, sondern es ist auch die wegen des verbotenen Hausfrens mit Obstbäumen erlassene Verordnung d. d. 18. Januar 1773 \*\*) hiermit erneuert und wiederholt, und daneben noch anderweit verordnet, daß bei 20 Thlr. Strafe von keinem Hausfirer

\*) S. Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

\*\*) Diese Verordnung bestimmte, daß die Obrigkeiten alle diejenigen, welche Obstbäume zum feilen Verkauf umhertrügen, zu Vermeidung des Handels mit gestohlenen Bäumen sofort damit anhalten lassen, und hierauf schleunig untersuchen sollten, auf was für Art solche Hausfirer zu den Obstbäumen gelangt wären. Wenn nun selbige sich nicht sogleich



oder Umherträger, wenn des Verbots ungeachtet sich dennoch Leute dieser Art finden sollten, junge Obstbäume angekauft, noch minder aber dergleichen, wenn sie an den Wurzeln oder in der Krone schon beschnitten sind, und dadurch den Verdacht der Entwendung wider sich haben, von irgend jemandem, es sei denn, daß der Verkäufer, wie er zu diesen Obstbäumen gekommen, sich hinlänglich legitimiren könne, erstanden werden sollen. Woneben denn auch zu noch mehrerer Sicherung des Eigenthums jedem Garten- und Land-Inhaber, welchem Obstbäume entwendet worden, solche auf frischer That in der Nachbarschaft, oder wo er sonst seine Bäume wieder anzutreffen glaubt, im Beisein des Besitzers des Orts, wo diese Bäume sich finden, und in Begleitung eines von der Obrigkeit dazu erfordernten Unterbedienten wieder aufzusuchen nachgelassen und der Inhaber des Orts, wo die entwandten Bäume gefunden zu sein behauptet werden, sodann den Verkäufer derselben, um gegen selbigen die Untersuchung fortzusetzen, namhaft zu machen und nachzuweisen gehalten sein soll. Um also dergleichen Ungelegenheiten sich nicht auszusetzen, werden die Käufer hiermit noch besonders gewarnt, bei dem Aufkauf junger Obstbäume behutsam zu sein, und solche nur von sichern und ihnen bekannten Leuten zu erstehen. Landesf. Verordn. v. 19. Febr. 1790. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 20.)

S. auch: Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

cf. Verordnung v. 15. Octbr. 1816, das Verbot und die Bestrafung der Beschädigungen öffentlicher Anpflanzungen betr. — Gesetz über die Chausseegeld-Erhebung, den Gebrauch der Chaussees und die Wege-Polizei v. 28. Mai 1835, §§. 11 und 12. — Forststraf-Gesetz vom 26. Juli 1837. §. 36.

### Obstwecken.

S. Back-Defen — Backwesen in Braunschweig.

### Ochsen- und Pferdelegen.

Das Legen und Castriren der Ochsen und Pferde steht jetzt allein den approbirten Thierärzten zu. \*)  
cf. Cammer-Rescript v. 9. Septbr. 1817 (Bege I. p. 340.) und v. 24. März 1826. (Ebendaf. p. 381.)

### Defen, Sehen und Repariren derselben in Braunschweig.

Das Sehen und Repariren der Darr-Defen in den Brauhäusern gebührt privative den Töpfern; das Sehen und Repariren der Stuben-Defen von Eisen oder Klinkersteinen mit den Töpfern noch sechs besonders dazu concessionirten Maurergesellen, so daß der eine oder andere dazu gebraucht werden kann. Außer diesen darf sich niemand mit diesen Arbeiten befassen bei Confiscation des verdienten Arbeitslohns und den Umständen nach härterer Bestrafung. Bekanntmachung des Polizei-Departem. zu Braunschweig v. 2. Juli 1798. (Br. Anz. v. 1798. Nro. 55.)

cf. Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig vom 19. Februar 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 15.)

### Ofenröhren, Reinigen derselben in Braunschweig.

S. Feuersgefahr, Abwendung derselben in Braunschweig; Uvertissement v. 10. Januar 1794.

hinlänglich legitimiren und darthun könnten, daß sie entweder die rechtmäßigen Eigenthümer derselben oder doch zu deren Verkauf bevollmächtigt wären, so sollten sie ohne Anstand arretirt, sodann sollte nach geschehener Untersuchung mit Einsendung der Acten an die fürstl. Geh. Rathsstube berichtet, die Bäume aber in allen Fällen, wo ein solcher Hausirer nicht mit einer Special-Concession versehen, confiscirt, und hierunter wie mit andern Hausirwaaren verfahren werden. (Br. Anz. v. 1773. Nro. 10.)

\*) Durch das landesf. Reser. an fürstl. Cammer v. 28. Mai 1781 sollte die Befugniß zur Ausübung des Ochsen- und Pferdelegens nicht ferner mehr verpachtet werden, sondern es sollte den Unterthanen frei stehen, solches thun zu lassen, von wem sie wollten.

### Ofenröhren, Trocknen des Holzes in denselben.

§. Feuergefähr, Abwendung derselben in Braunschweig.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 30.

### Officiere, Jurisdiction über dieselben.

§. Soldaten, Gerichtsstand derselben.

### Officiere, Nachlaß der verstorbenen und Bevormundung deren Kinder.

Die Sicherstellung und Regulirung des Nachlasses verstorbener Militairpersonen ohne Unterschied des Ranges, so wie die Bevormundung der von ihnen hinterlassenen Kinder wird jezt, so lange sich die Truppen im Lande befinden, von den ordentlichen Civilbeamten vorgenommen; \*) während die Truppen im Felde sind, können alle Rechtsgeschäfte, welche nach den Landesgesetzen vor Gericht oder vor Notar und Zeugen geschehen müssen, von dem Auditeur vollzogen werden. S. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel ic. betr., p. 315. §§. 170 und 171.

### Officiere, Schuldenmachen derselben.

Es soll kein Arrest oder keine Execution auf der Officiere Gagen ohne höchste speciale Ordre verhängt werden, den Officieren auch ihre Gagen jemandem zu verschreiben, oder Assignationen darauf zu ertheilen nicht mehr frei stehen, gestalt diejenigen, welche den Officieren ohne vorher zu nehmende genugsame Sicherheit mehr creditiren, als diese bezahlen können, sich wegen ihrer Bezahlung an dasjenige, was die Officiere außer ihren Gagen sonst in bonis haben, zu halten haben. \*\*) Landesf. Verordn. v. 12. Juli 1724.

cf. Verordnung v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel ic. betr. p. 314. Art. 164 sqq.

Die Verordnung v. 12. Juli 1724 wird wiederholt und durch folgendes näher bestimmt:

1) Kein Speise- oder Hauswirth, Wäscherin und Aufwärterin oder Bedienter soll einem Officier länger als auf einen Monat creditiren, widrigen Falls sich selbst beimessen, wenn er mit der verlangten Bezahlung von der Officier-Gage ab- und an desselben etwaiges übriges Vermögen verwiesen wird.

2) Es sollen die Kaufleute, Krämer und Handwerksleute, desgleichen Wein-, Bier-, auch Kaffee-Schenken nicht mehr im Creditgeben an die Officiere so willig sein, sondern vorher sich bei denselben vorgesetzten Regiments- oder Compagnie-Chefs melden, und bei selbigen solcherwegen anfragen, auch wegen der zu nehmenden erforderlichen Sicherheit mit denselben communiciren.

3) Es soll wie bisher, also auch ferner, kein Arrest oder keine Execution auf der Officiere Gagen ohne landesf. specielle Ordre verhängt werden, und wie es auch dabei, daß den Officieren nicht mehr frei stehen soll

\*) Nach dem landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Ganzlei v. 6. Juni 1782 sollte es bei der Observanz, daß die Kinder der Officiere adelichen Standes, wie auch der Stabs-Officiere, wenn sie gleich nicht von Adel wären, von fürstl. Justiz-Ganzlei und fürstl. Hofgerichte zu Wolfenbüttel, hingegen die Kinder der Hauptleute und anderer Subaltern-Officiere, die bürgerlichen Standes wären, von der ordentlichen Obrigkeit des Orts, wo der Vater gestorben sei, bevormundet werden, fernerhin gelassen werden. Dagegen wurde durch die landesf. Verordn. v. 21. August 1787 (Br. Anz. v. 1788. Nro. 23.) bestimmt, daß alles, was wegen der Nachlassenschaft verstorbener Officiere von Gerichte wegen vorzunehmen sei, insbesondere auch die Bevormundung der Kinder, nicht mehr von den Militair-Gerichten, sondern von der ordentlichen Obrigkeit besorgt und nur die Versiegelung des Nachlasses von dem Militair-Gerichte vorgenommen werden solle, welches alsdann davon die Civil-Obrigkeit sofort zu benachrichtigen habe.

\*\*) Unterm 22. Juli 1755 verbot der Magistrat zu Braunschweig, ohne ausdrückliche Genehmigung den Officieren und Soldaten oder deren Ehefrauen Geld zu borgen oder Montirungsstücke in Versatz zu nehmen oder anzukaufen, und zwar bei Verlust des Anlehns und überdas bei 6 Wfl. Strafe.

soll, ihre Gagen jemandem zu verschreiben oder Assignationen darauf zu ertheilen, sein Bewenden hat, also soll auch auf dergleichen Assignationen, wenn solche in den Gerichten producirt werden, nicht attendirt werden. Landesf. Verordn. v. 23. Novbr. 1767. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 28.)

cf. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel betr., p. 253. Art. 123 und p. 314. Art. 164 sqq.

Die vorstehenden Verordnungen werden nicht allein auf die wirklich in Diensten stehenden Unterofficiere und Gemeinen, sondern auch auf die in Pension gesetzten Officiere und Unterofficiere, nicht weniger die Gnadensöldner, desgleichen auch die Wittwen, und überhaupt auf alle diejenigen, welche Gage, Gehalt, Pension oder Gnadensold aus der künftl. Kriegs-Casse zu genießen haben, extendirt, also und der Gestalt, daß, wenn jemand, er sei Speise- oder Hauswirth, Kaufmann, Krämer oder Handwerker, Aufwärter, Bedienter, Wäscherin, oder wer er sonst wolle, denselben leihet oder borgt und des Falls flagbar wird, darauf weiter nicht, als in so fern die Bezahlung aus der Debitoren eigenem Vermögen erfolgen kann, reflectirt, auf deren Gagen, Pension und Gnadengeld aber, wenn gleich diese den Creditoren verpfändet und ihnen durch ausgestellte Assignationen wirklich überwiesen sein sollten, weder Arrest noch Execution verhängt, sondern lediglich nach den dieserhalb ergangenen Verordnungen verfahren werden soll. Landesf. Verordn. v. 18. Decbr. 1773. (Br. Anz. v. 1774. Nro. 7.)

cf. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel betr., p. 313. Art. 160, 161 und 164 sqq.

Da nach der Wechsel-Ordnung auch die Militair-Personen, welche Wechsel ausstellen, dem Wechselrecht unterworfen sein sollen, durch das Erkennen des Personal-Arrestes aber sowohl der Dienst leidet, als der Zweck, dem Schuldenmachen der Soldaten vorzubeugen, nicht erreicht wird, so wird verordnet, daß niemand bei Verlust seines Capitals einem Officier bis zum Capitain inclusive, noch weniger einem Unterofficier und Gemeinen, Pensionair oder Gnadensöldner ohne Vorwissen und Mitunterschrift seines Chefs, welcher alsdann mit dafür haftet, auf Wechsel oder andere Verschreibung etwas vorschreiben soll, es sei denn, daß der Aufnehmer des Geldes mit einem kundschaftbaren Vermögen, woran der Creditor sich halten kann, in hiesigen Landen angesessen ist, und nicht mehr unter väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt steht, sondern wie der Art. 5 der Wechsel-Ordnung mit sich bringt, majoren ist und das 21ste Jahr seines Alters völlig überschritten hat, widrigen Falls die Klagen der Contravenienten weder bei dem Kauf- oder irgend einem andern Gerichte angenommen, noch darauf Justiz administriert, sondern schlechterdings als unstatthaft abgewiesen werden sollen. Was hingegen die Stabs-Officiere betrifft, so hat es zwar ihrentwegen bei der bisherigen Verfassung in so fern sein Bewenden; es ist aber in vorkommenden Fällen künftig alle Mal, wenn es auch nicht begehrt werden sollte, ein judicium mixtum zu formiren, und von dem Gerichte, wo die Wechsel-Klage angebracht, zu solchem Ende der Chef oder Commandeur des Regiments oder Corps, worunter er steht, zu requiriren. Landesf. Verordn. v. 4. Juli 1774.

cf. Landesf. Rescript v. 30. Novbr. 1831. (Bege III. p. 322.) — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel betr. p. 312. Art. 157 und p. 315. Art. 168.

Die Verordnung v. 4. Octbr. 1783 (Br. Anz. v. 1783. Nro. 83.), wodurch das Schuldenmachen der Officiere mit Strafe bedrohet wird, \*) findet nach den neuen Kriegs-Artikeln keine Anwendung mehr.

Hiernach sollte ein Officier incl. des Capitains, wenn derselbe 1) seinem Speise- oder Hauswirth, Wäscherin, Aufwärter oder Bedienten länger als einen Monat schuldig bliebe; 2) bei Kaufleuten, Krämer und Handwerksleuten, desgleichen bei Wein-, Bier-, auch Kaffee-Schenken ohne Vorwissen des Regiments- oder resp. Compagnie-Chefs Schulden machte; 3) auf seine Gage-Assignationen ertheilte; 4) baare Vorschüsse auf Wechsel und andere Verschrei-

## Oker-Kanäle und Gräben in Braunschweig.

Da verschiedene Einwohner, sowohl in Wolfenbüttel als in Braunschweig, sich gelüsten lassen, in die Kanäle und Wassergräben hineinzubauen, wodurch der freie Lauf des Wassers gehemmt, die gerade Linie der Kanäle unförmlich verrückt und die Ausbringung und Reinigung derselben sehr beschwerlich gemacht wird, so wird befohlen, daß ein Jeglicher sich des Hineinbauens in die Kanäle und Wassergräben bei unnachbleiblicher nachdrücklicher Strafe enthalten soll, und ist gegen diejenigen, die solches zu thun sich bisher unterstanden haben, die Untersuchung, Bestrafung und Demolition des Hineingebaueten auf ihre Kosten vorbehalten. Landesf. Verordn. v. 9. Mai 1747. (Br. Anz. v. 1747. Nro. 43.)

Zur Erhaltung des Nutzens der Oker-Kanäle und Gräben, daß nämlich die Stadt mit reinem und gesundem Wasser hinlänglich versehen werde, als auch zur Verhütung einer Verschlammung solcher Kanäle wird folgendes festgesetzt und verordnet:

1) Es wird der durch die landesf. Verordn. v. 9. Mai 1747 bekannt gemachte Befehl, daß ein Jeglicher sich des Hineinbauens in die Kanäle bei nachdrücklicher Strafe zu enthalten habe, wiederholt, und ferner geboten, daß die gerade Linie der Kanäle hergestellt, und was über dieselben zu weit hineingebaut worden, binnen Jahresfrist weggeschafft, oder auf des Saumseligen Kosten demolirt werden soll; gleichwie denn auch die Ufer der Gräben von den Anwohnern nach einer geraden Linie gleichförmig zu befestigen, die daran liegenden Gebäude mit tüchtigem Mauerwerk zu unterfahren, und bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe in haltbarem Stande zu erhalten find.

2) Damit aber dieser Endzweck desto besser erreicht werden möge, so sollen ins Künftige alle Haupt-Ausbesserungen oder neue Vorrichtungen an den Ufern der Kanäle gehörigen Orts angezeigt, darauf von einem Bauverständigen in Augenschein genommen, und, nachdem selbiger dem Polizei-Departement den nöthigen Bericht davon erstattet, von diesem sowohl die Linie, als die Art der Vorrichtung ex officio angewiesen werden.

3) Bei allen Bauten und Ausbesserungen an den Kanälen und Gräben sollen die dabei angenommenen Arbeitsleute bei 2 Thlr. Strafe auf jeden Contraventionsfall sich alle Mühe geben, daß keine Steine, Holz, Kummer und sonstiger Unrath in das Wasser falle, und deshalb die nöthigen Gerüste, worauf dergleichen Schutt entweder mit Karren an das Ufer, oder sogleich zu Schiffe gebracht werden kann, vorrichten, die Bauherren aber selbige auf alle Weise und bei Vermeidung einer gleichen Strafe dazu anhalten. Denjenigen Kummer und Unrath aber, dessen Einstürzung in die Kanäle nicht hat verhindert werden können, hat der Bauherr nach vollendetem Baue oder verrichteter Reparatur, längstens innerhalb 14 Tagen, bei 5 Thlr. Strafe wieder ausräumen und fortschaffen zu lassen, auch, wenn er dabei der Ablassung des Wassers benöthigt ist, solches bei dem hiesigen Commandanten, und denen, welchen sonst vom Landesfürsten die Aufsicht über die Oker in- und außerhalb der Stadt committirt ist, gehörig zu suchen, welche ihm darin nach Möglichkeit, und wie es die sonst dabei vorkommenden Umstände leiden wollen, willfahren werden. Wie aber auch verschiedentlich wahrgenommen worden, daß zu dergleichen Vorrichtungen und Ausbesserungen die dazu am bequemsten fallenden Sommermonate, in welchen die Mühlen die meiste Zeit am Tage zugefäßt sind und die Wasser gesammelt werden, nicht genommen, sondern

bungen ohne Vorwissen und Mitunterschrift seines Chefs aufnahm, ohne in diesem Falle mit künftbarem Vermögen, woran der Creditor sich halten könnte, in hiesigen Landen, angefaßen zu sein, und alsdann nicht mehr unter väterlicher oder vormundschaftlicher Gewalt stände, sondern wie der Art. 5 der Wechsel-Ordnung mit sich brächte, majorenn wäre, und das 21ste Jahr seines Alters völlig überschritten hätte, wenn er deshalb verklagt werden sollte, zum ersten Male sofort, sobald ein Erkenntnis in der Sache abgegeben worden, mit vierzehntägigem Arrest im Stockhaus und Abtragung seines Dienstes bestraft, bei einer zweiten gegen ihn angebrachten Klage aber mit dergleichen vierzehntägigem Arrest und Abtragung seines Dienstes angesehen, und, falls er sich zum dritten Male dergleichen Vergehungen zu Schulden kommen lassen sollte, mit seiner unausbleiblichen Cassation verfahren werden.

gemeinlich bis in den späten Herbst verspart zu werden pflegen, da sodann entweder wegen der durch Regenwetter angelautenen Ofer deren Ablassung nicht thunlich, oder solche wegen des alsdann vorkommenden mehreren Mahlens und Schrotens dem Publico nachtheilig fällt, so sollen zu künftiger Verhütung dieser Unordnung alle dergleichen Bauten, Reparaturen und sonstige Vorrichtungen an den Kanälen, wobei die Ablassung der Ofer erforderlich ist, nur allein in den Monaten Mai, Juni, Juli, August und September vorgenommen, in den übrigen aber solche keinesweges, außer in den äußersten, jedes Mal genau zu untersuchenden, wahren und gerichtlich zu bescheinigenden Nothfällen verstattet werden. Würde jemand hiergegen handeln, und vornämlich durch seine Saumseligkeit den Schaden so groß werden lassen, daß solcher unumgänglich in den übrigen Monaten ausgebeffert werden müßte, so soll derselbe des Falls mit 20 Thlr. bestraft werden.

4) Da die Füllen, welche auf Pfählen ruhen, die länger als einen halben Fuß vom Ufer ab in die Kanäle hineingelegt, und Schucken, die etwa in den Wassergräben errichtet sind, die Verschammung sehr befördern, so sollen bei den vorzunehmenden Ausbringungen die Pfähle der Füllen aus dem Grunde heraus- und weggeschafft, und die Röhren bis auf einen halben Fuß, vom festen Ufer abzurechnen, abgeschnitten werden. Dabei bleibt aber einem Jeden unbenommen, entweder eine feste Fülle innerhalb des Ufers, oder eine schwebende und an dem Ufer über der Wasserfläche mit Ketten oder Stricken befestigte Flöße anzulegen. Desgleichen sind die jetzt in den Kanälen liegenden Schucken so viel möglich innerhalb der vorhin gedachten geraden Linie, oder da, wo solches gar nicht thunlich, auf solche Art unter obrigkeitlicher Anweisung vorrichten zu lassen, daß die Verschammung so viel möglich verhütet werden möge; wie denn auch im letztern Falle die Interessenten der Schucken schuldig sind, den angesetzten Schlamm auf ihre Kosten jährlich ausbringen und wegschaffen zu lassen.

5) Abtritte, Latrinen und Miststätten sollen so wenig in als über und an den Kanälen fernersweit geduldet werden, und sind binnen Jahresfrist bei Strafe der Demolition, wie vorhin verordnet ist, wegzuschaffen. Die Gerberkuhlen sollen, so bald als es thunlich, an die Ausflüsse der Ofer verlegt, und dazu Plätze angewiesen werden.

6) Die Schlammkasten sollen, so oft es nöthig, ausgeschlagen und gereinigt, und wenn dabei was Schadhafes wahrgenommen werden sollte, so soll solches gehörigen Orts gemeldet werden.

7) Die Müller sollen den vor den Floßstaken angefloßenen Unrath durch ihre Leute wegnehmen, und nicht durch die Schützen passiren lassen, auch denjenigen zur gebührenden Bestrafung anzeigen, den sie entweder betreten, oder von dem sie erfahren haben, daß solcher dergleichen Unrath auf das Wasser geworfen. Wenn aber todte Körper oder verrecktes Vieh vor den Floßstaken sich anlegte, so haben sie solches sogleich dem Scharfrichter melden zu lassen, damit es sogleich herausgezogen werde.

8) Würde jemand sich unterfangen, in den Kanälen Flachs zu rothen, Holz auszulaugen, todes Vieh und verdorbenes Fischwerk einzuwerfen, so soll der Contravenient unabhüttlich mit 20 Mfl. bestraft werden. Flüssige Sachen, welche Gestank erregen, als Seifensieder-Lauge, Spülsarbe und dergleichen unreines Wasser, sollen am Tage weder in die Kanäle gegossen, noch durch die Straße weggespült werden, damit dieselben jedennoch ohne große Beschwerde fortgeschafft werden mögen, so wird bis auf weitere Verordnung erlaubt, das Fortspülen derselben mit dem Oferwasser zur Nachtzeit zu bewirken.

9) Wer Mist, Garten-Unrath, Asche, Hausauskehrig, Straßenkoth, Baukummer, Topf- und Glasherben, Blut, Gerberlohe, verdorbenes Heu, Stroh, Federn, Haare, Lumpen, und überhaupt etwas in die Kanäle schüttet, wodurch das Wasser verunreinigt und die Verschammung der Wassergräben befördert werden kann, imgleichen wer den Schlacht-Unrath, Gassenkoth und Haus-Unrath in die Gassen kehrt, und solcher Gestalt bei fließendem Wasser oder Regenwetter dergleichen Unrath fortsetzt, damit solcher in die Schlammkasten oder Kanäle fließen möge, der soll mit 5 Thlr. bestraft und dem Befinden nach angehalten werden, den Unrath wieder auszubringen, oder die Kosten dazu sofort zu bezahlen.

10) Die Inhaber der Wiesen und Aenger an den Okergräben von Eisenbüttel ab bis in die Stadt sollen die Ufer befriedigen und im Stande erhalten, auch den Fluß vom Schilf und Buschwerk reinigen.

11) Der hiesige Stadtmagistrat soll auch gewisse Personen ernennen, welche auf die Befolgung dieser Verordnung Acht haben, deren Namen jedes Mal durch die Anzeigen bekannt gemacht werden sollen, und hat ein jeder der hiesigen Einwohner denselben bei Anstellung der nöthigen Besichtigungen auf keine Weise bei Vermeidung willkürlicher Strafe hinderlich zu sein, sondern solchen auf alle Weise bescheidenlich zu begegnen und die von ihnen selbst oder durch die ihnen zugegebenen Unterbedienten etwa verlangten Nachrichten gebührend zu ertheilen. Landessf. Graben-Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 20. Febr. 1759. (Br. Anz. v. 1759. Nro. 28.)

S. auch: Schleusen an der Oker — Schiffe, Kähne und Flöße auf der Oker — Enten — Baden in den Oker-Kanälen 2c.

cf. Bekanntmachung herz. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 11. Mai 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 37.)

### Oker-Kanäle in Wolfenbüttel.

Der durch die Stadt und Festung Wolfenbüttel fließende Okerstrom soll nicht verbauet werden, und soll daher, so oft ein neuer Meister bei der Zimmer- oder Maurer-Gilde angenommen wird, demselben die ernstliche Anzeige gethan werden, ohne ausdrückliche landessf. oder der fürstl. Geh. Rathsstube Einwilligung nichts in die Oker zu setzen oder zu bauen, bei Verlust seines Handwerks. Landessf. Verordn. v. 4. Januar 1706.

Das schon öfters verbotene Einwerfen des Unraths in den Oker-Kanal, es sei unter welchem Vorwande es wolle, ist nochmals bei Vermeidung von 10 Thlr. Strafe und Ersehung des etwa verursachten Schadens verboten, und dem Denuncianten zugleich der dritte Theil der beigetriebenen Strafgebelde versichert. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Wolfenbüttel v. 22. Juli 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro 58.)

S. auch: Oker-Kanäle und Gräben in Braunschweig; Verordn. v. 9. Mai 1747.

cf. Bekanntmachung des fürstl. Stadtgerichts zu Wolfenbüttel v. 25. August 1821. (Br. Anz. v. 1821. Nro. 69.)

### Olitätenfrämer.

S. Arzneihandel.

### Onera publica.

Wenn ein Bauerhof Schulden halber subhastirt und verkauft wird, die daraus gelöseten Meliorations-Gelder aber nicht hinreichend sind, daß davon alle und jede von dem verkauften Gute im Rückstande gebliebenen herrschaftlichen Gefälle und onera publica bezahlt werden können, so sollen solche Meliorations-Gelder unter die fürstl. publiken Cassen, als die fürstl. Cammer-, die Kriegs- und Proviant-Casse, da dieselben an solchen Meliorations-Geldern ein gleiches jus praelationis haben, nach Proportion desjenigen, was eine jede zu fordern hat, hinfüro vertheilt werden. Landessf. Circul. Rescr. v. 8. August 1744.

Da durch den an sich billigen und in den Rechten begründeten Vorzug, welcher den oneribus publicis und den denselben gleich geachteten herrschaftlichen und andern Geldern vor andern Schulden zu steht, diejenigen Gläubiger, welche gegen gerichtlich bestätigte Hypotheken Geld verliehen haben, zuweilen einen Theil ihrer Forderungen bei der bisherigen Verfassung verlieren können, dieses aber der zum Besten des Publikums zu befördernden Sicherheit der gerichtlichen Bestätigung nachtheilig ist, so soll solcher

Vorzug der vorgedachten Gelder auf gewisse Maaße eingeschränkt und den gerichtlich bestätigten Hypotheken ein mehreres Recht verliehen werden, weshalb verordnet wird, daß in concursibus creditorum die von drei Jahren vor erhobenem Concurse rückständigen, desgleichen die während des Concurses fällig werdenden herrschaftlichen und publicen Gelder und Gefälle vorzüglich, wie bisher geschehen, classificirt und bezahlt, die von längerer Zeit rückständigen aber allen gerichtlich bestätigten Hypotheken nachgesetzt, und gleich nach denselben classificirt werden sollen. Die Receptoren sollen aber dagegen die Rückstände zu rechter Zeit einfordern und bedürfenden Falls betreiben lassen; gestalt dieselben, wenn sie ihre Obliegenheit nicht beobachten, und nicht darthun können, daß sie allen Fleiß dieserhalb angewandt haben, die Reste aus ihren eigenen Mitteln bezahlen müssen. Wenn aber die Obrigkeit, bei welcher dieserhalb um die Execution nachgesucht wird, es an der gerichtlichen Hülfe fehlen läßt, so soll diese für allen daraus entstehenden Schaden ex propriis haften; die Contributions-Einnehmer und übrigen Receptoren aber sollen über die Verzögerung der Justiz bei dem Landesfürsten ihre Klagen anbringen, und zwar wenn die onera von zwei Jahren in Rest bleiben, damit wegen des dritten Jahres den Cassen prospiciert werden könne. Landesf. Verordn. v. 20. März 1756. (Br. Anz. v. 1756. Nro. 54.)

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die stillschweigenden und geschlichen Hypotheken betr., §. 1.

Die durch Erbschaft, Kauf, Schenkung, Tausch, und auf andere Art auf andere Besitzer kommenden unbeweglichen Güter sollen dem neuen Possessor nicht zugeschrieben, noch die über deren Veräußerung lautenden Contracte confirmirt werden, ehe und bevor nicht einer der contrahirenden Theile durch Quittung docirt, daß die rückständigen onera publica abgeführt und bezahlt worden; \*) widrigen Falls sollen die Obrigkeiten, welche dieserhalb nicht die nöthige Sorgfalt tragen, die onera, wenn solche inerigibel werden, ex propriis bezahlen. Umlauf von fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 23. Januar 1765.

S. auch: Contribution — Landschaz — Steuerfreiheit — Häuslinge in Helmstädt — Meier; Verordn. v. 15. August 1707 — Meierzins; Verordn. v. 8. Juli 1747 und landesf. Resolution v. 31. Octbr. 1747. — Pertinenzen der Bauergüter.

### Opferei = Güter.

S. Kirchen und andern piis corporibus zustehende Güter.

### Opferleute.

Bei den Kirchen sollen die Opferleute und Küster, wie es an jedem Orte die Observanz mit sich führt, in Vorschlag gebracht, dem Consistorio präsentirt und dem Befinden nach bestellt werden, und dabei angeloben, daß sie ihren Pastoren gehörigen Respect und gehorsame Folge, auch bei den ihnen obliegenden Diensten und Verrichtungen sich willig, getreu und unverdrossen erzeigen wollen, solches auch bei Verlust ihres Dienstes jeder Zeit in der That erweisen. Erneuerte Kirchen-Ordnung vom 1. Mai 1709. Th. I. Cap. VIII. §. 1.

Es soll den Opferleuten, Küstern und Schulmeistern das, was zu ihrem jährlichen Unterhalte hergebracht, unweigerlich gereicht und, wenn solches gar zu gering sein sollte, von den Visitatoren deshalb, so viel ohne merkliche Beschwerung der Gemeinde geschehen kann, eine Verbesserung befördert werden; wie sie denn auch bei den Filialen der hergebrachten Competenz sich gleichermaßen zu erfreuen und bei Mastzeiten daselbst gleich einem Rothfassen die Mastung mit zu genießen haben sollen. Ebendas. §. 3.

\*) Dasselbe ist für die Stadt Braunschweig verordnet durch das Conclusum v. 23. Decbr. 1774 (s. Auflassung unbeweglicher Güter in Braunschweig) und schon früher durch den gemeinen Bescheid des Rathes zu Braunschweig v. 24. März 1680.

Die Prediger sollen auf die Cantoren, Schulmeister und Dpferleute Acht haben, daß dieselben sowohl dem öffentlichen Gottesdienste, als auch in vorkommenden Fällen in Privathäusern den geistlichen Ber- richtungen in geziemenden Kleidern beiwohnen. Ebendas. Cap. XXV. §. 1.

Die zum Dpfereidienste Präsentirten sollen glaubhaft bescheinigen, daß sie das 25. Jahr zurückgelegt haben. Circular-Rescript des fürstl. Consistorii v. 25. Novbr. 1797.

S. auch: Schultziener — Patronat-Dpferei- und Schuldienst — Kirchen- und Schuldiener auf dem Lande, wie viele Ruhe dieselben auf die Gemeinde-Weide frei treiben dürfen — Kirchenbücher, Erhaltung und Aufbewahrung derselben — Rister, Schuldiener und Dpferleute, Forststrevel und Vergehen derselben gegen die Landes-Ordnung — Sterbe- und Gnaden-Quartal der Wittwen der Organisten, Dpferleute und Schulmeister.

cf. Ausschreiben fürstl. Consistorii v. 3. März 1824. (Bege III. p. 262.) — Rescript fürstl. Consistorii v. 8. April 1826. (Bege III. p. 266.)

### Ordination der Candidaten der Theologie.

S. Geistliches Gericht; Reglement v. 27. August 1697.

### Ordonanz-Pferde und Fuhren.

Die Unterthanen sollen niemandem Ordonanz-Pferde oder Fuhren verabsolgen lassen, es sei denn, daß derjenige, welcher solche fordert, sich bei jedes Orts Obrigkeit durch des Landesfürsten, oder der fürstl. Geh. Rathsstube ertheilte Befehle hinlänglich legitimirt, und darauf die Obrigkeit mit Anführung solchen Befehls den Gemeinden eine schriftliche Ordre zugestellt hat. Diejenigen, welche ohne dergleichen Befehl Ordonanz-Pferde oder Fuhren hergeben, haben nicht nur keine Entschädigung zu gewärtigen, sondern sollen auch noch überdies jedes Mal mit 5 Thlr. bestraft werden. Die Unterthanen sollen, wenn Ordonanz-Pferde oder Fuhren von ihnen gefordert werden, solches unter Anführung dieser Verordnung auf eine glimpfliche Art abwenden, und wenn Gewalt gebraucht wird, sich des Thäters zu bemächtigen suchen und denselben an die Obrigkeit bringen, welche davon auf das Schleunigste zu berichten hat. Landesf. Berordn. v. 30. Januar 1761. (Br. Anz. v. 1761. Nro. 16.)

S. Kriegsfuhren.

### Osterfest, Feier desselben.

S. Reichs-Kalender.

### Osterfeuer.

S. Pfingst- und Fastnachts-, wie auch Sonntags- und andere Gelage.

### Otterfallen.

S. Fischdieberei; Berordn. v. 28. April 1768.

### Pacht-Contract.

S. Handlungen, gerichtliche — Grundstücke, ob deren Verkauf die Miethen bricht?

### Pachtungen der obrigkeitlichen Personen auf dem Lande.

S. Beamte, Landwirthschaftsbetrieb derselben.

### Pachthof.

Die Frachtfuhrleute sollen auf dem Pacht Hofe weder von den Bedienten noch den Kaufleuten aufgehalten



werden, widrigen Falls diese gewärtigen sollen, daß den Fuhrleuten ihre Passir-Zettel ertheilt, die Güter aber, sie mögen ihnen selbst oder Fremden zugehören, auf ihre Gefahr auf dem Packhose behalten und nicht wieder verabsolgt werden, bis eine willkührliche Geldstrafe, der Zoll und andere entstehende Unkosten bis auf den letzten Pfennig bezahlt sein werden. Landesf. Verordn. v. 12. Januar 1733.

Die Kaufmanns-Bedienten und ein Jeder, der auf dem Packhause etwas zu verrichten hat, soll sich daselbst zur rechten Zeit, nämlich des Sommers Morgens von 7 Uhr, und des Winters Morgens von 8 bis 11 Uhr Vormittags, und des Nachmittags von 2 bis 5 Uhr im Sommer, und 4 Uhr im Winter einfinden, binnen welcher Zeit sich die Packhaus-Bedienten daselbst finden lassen, und außer dieser Zeit, außer in Nothfällen, und bei eiliger Zeit in den Messen, Geld anzunehmen nicht schuldig sein sollen. Diejenigen, welche diese Zeit vorsätzlich versäumen, sollen nicht allein auf den Nachmittag oder andern Tag verwiesen, sondern auch dem Befinden nach angehalten werden, den Frachtern und Fuhrleuten die verursachten Kosten zu erstatten. Verordn. fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 16. Decbr. 1734.

Der Gebrauch der Niederlage am fürstl. Packhose ist nach der Verfassung, der Regel nach, keinem, der nicht als ein Mitglied des großen Victualien-Amtes oder der Kramer-Innung, oder vermöge specieller Concession zu Expeditionsgeschäften berechtigt ist, gestattet. Bekanntmachung des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 12. Januar 1802. (Br. Anz. v. 1802. Nro. 7.)

Da es rathsam gefunden ist, die Böttcher-Arbeit an den in den Niederlagen des fürstl. Packhauses niedergelegten Gütern ausschließlich durch einen Böttchermeister verfertigen zu lassen und die Aeltesten des großen Victualien-Amtes und der Kramer-Innung bereits mit einem Böttchermeister zu Braunschweig die nähere Verabredung getroffen haben, so sollen auch alle Uebrigen, welchen der Gebrauch der Niederlagen gestattet ist, sich behuf der Böttcher-Arbeit bloß der Hülfe jenes bereits gewählten Böttchermeisters bedienen und sich dasjenige, was mit demselben von gedachtem Amte und Innung verabredet worden und bei dem Packhose eingesehen werden kann, gefallen lassen. Bekanntmachung des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 3. Febr. 1802. (Br. Anz. v. 1802. Nro. 13.)

Diejenigen, welche sich der Packhaus-Niederlagen zu bedienen berechtigt sind, sollen sich zur Bezeichnung der Authenticität der auszustellenden Durchgangs-, Auflade- und Bürgerzoll-Scheine außer der Unterschrift noch eines Stempels, der die Anfangs-Buchstaben des Vor- und Zunamens, jedoch nicht geschlungen, enthält, bedienen und den Abdruck des Stempels in duplo mit einer Anzeige, von welchem Tage an sie sich des Stempels bedienen wollen, dem Packhaus-Departement einreichen können. Es ist nun zwar Jedem überlassen, sich eines solchen Stempels zu bedienen, da hingegen die Authenticität der Scheine sich ohne ein einfaches, in die Sinne fallendes Kennzeichen nicht beurtheilen läßt, so ist es eine Bedingung, unter welcher Güter am Packhose in der Niederlage angenommen, oder zur Versendung, oder ins Haus verabsolgt werden, daß das Packhaus ohne Hinzufügung eines vorhin bezeichneten Stempels auf den gedachten Scheinen keine Responsabilität über die Authenticität und Unterschrift der Scheine auf sich haben, übrigens aber derjenige, der sich über den Abdruck des Stempels und dessen Gebrauch erklärt hat, die ausgestellten Scheine, wenn sie mit dem gewählten Stempel versehen sind, anzuerkennen verbunden sein soll. Bekanntmachung des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 2. Juni 1803.

Außerdem ist noch unterm 21. Decbr. 1765 eine Verordnung der fürstl. Cammer, das Verhalten der vor dem Packhause stehenden Schildwache gegen die Packhaus-Bedienten und dieser gegen die Fuhrleute, auch wie es mit dem Auf- und Abfahren beim Packhose zu halten, betreffend, \*) und unterm

\*) Ein Abdruck dieser Verordnung findet sich in Schneiders Repertorium Bd. III. p. 180 sqq.

9. Juli 1776 ein Reglement der fürstl. Cammer, das Verhalten der Unterbedienten des Packhofes betreffend, ergangen.

§. auch: Meßwaaren, nicht verkaufte, welche bis zur nächsten Messe lagern.

cf. Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und den Geschäftskreis der Steuer-Direction betr., §. 8. — Gesetz über die städtischen Abgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel v. 11. Mai 1835. — Gesetz v. 23. April 1835, die Meß-Ordnung für die Stadt Braunschweig betr.

### Pactum antichreticum.

§. Verpfändungen sub pacto antichretico.

### Pactum commissorium.

§. Leihhaus-Scheine.

### Pactum de quota litis.

§. Advocaten und Procuratoren.

### Pässe.

Da dem Vernehmen nach hier und da in den hiesigen Landen der Mißbrauch eingerissen ist, daß fremden Durchreisenden, oft völlig unbekannten Leuten, auf ihr Verlangen und gegen die sogenannte Gebühr Pässe zum weitem Fortkommen von den Obrigkeiten ertheilt worden, dieses aber in mehr als einem Betrachte bedenkliche Folgen haben kann, auch solches in keine Weise, selbst in dem Falle, wenn dergleichen Fremde beglaubte Pässe von auswärtigen Obrigkeiten bei sich führen, gestattet werden mag, vielmehr sodann es genug ist, unter dem auswärtigen Passe zu attestiren:

daß solcher mit Anführung des Datums vorgewiesen und der Fremde darauf passirt sei; als wird hiermit erinnert, sich der Ertheilung neuer Pässe an fremde Durchreisende, oder sonst in den Gerichts-Bezirken ihr Domicilium nicht habende Personen durchaus zu enthalten, es wäre denn, daß dergleichen Fremde oder Durchreisende in dem Gerichtsbezirke sich einige Zeit, wenigstens über einen Monat, aufgehalten hätten und dadurch bekannt geworden wären, welchen Falls denn, wenn sie mit glaubhaften Pässen eingetroffen und sie zu ihrer weiteren Reise einen neuen Paß begehrten, solcher ertheilt werden mag, jedoch ist in diesem Falle in dem Passe ausdrücklich mit zu bemerken, daß er mit einem beglaubten Passe von dem und dem Orte, an dem und dem dato im Gerichts-Bezirke eingetroffen und Geschäfte halber (welche zu benennen) so und so lange sich daselbst aufgehalten habe. Landesf. Circular-Rescript v. 4. Octbr. 1791.

cf. Landesf. Circular-Rescript v. 2. Juli 1824, die Ausstellung der Pässe betr. — Verordn. v. 4. August 1832, die Bekanntmachung des Beschlusses des deutschen Bundes v. 5. Juli desselben Jahrs und dessen Vollziehung betr., Nro. 7 und §. 4.

### Papier-Mühlen.

Demnach bei den Papiermacher-Gesellen daher einige Unordnung entstanden, daß man bei dem Papiermachen sich bisher promiscue des Glättens und Hammerschlages bedient, und, da gleichfalls bisher nicht in allen Papier-Mühlen ein eigener Hammer gewesen, die Gesellen in denjenigen Mühlen, wo dergleichen vorhanden, den Hammer nicht gebrauchen wollen, sondern ohne gehörige Kundschaft von ihren Meistern zu nehmen, davon gegangen sind und die Papier-Mühlen haben leer stehen lassen, so sind alle und jede Obrigkeiten, in deren Aemtern und Gerichten einige Papier-Mühlen befindlich, befehligt, dahin zu sehen, daß ein jeder Müller in seine Mühle sich einen eigenen Hammer anschaffe, nicht weniger darüber zu halten,

halten, daß keine Gesellen ohne Rundschaft angenommen, auch bei dem Abzuge denselben solche von den Meistern unentgeltlich mitgetheilt werden. Landesf. Verordn. v. 10. Febr. 1734.

### Pappeln, Anpflanzen derselben.

S. Weiden und Pappeln.

### Parteien, Erscheinen derselben vor Gericht zu Braunschweig.

S. Infimulation der Decrete u. zu Braunschweig.

### Partei=Vorträge, schriftliche.

S. Producte, gerichtliche.

### Particular=Zahlung.

S. Briefe und Siegel, klare — Wechselrecht; Wechsel=Ordnung v. 1. August 1715. Art. 35.

### Passier=Steine. \*)

S. Münzen.

### Pathen=Geschenke.

S. Gevattern.

### Patronat=Kirchen, Ablieferung der Ueberschußgelder derselben.

S. Kirchengelder der vom Landesfürsten, auch von hiesigen Stiftern und Klöstern relevirenden Patronat=Kirchen.

### Patronat=Opferei und Schuldienst.

Die Präsentation der Schuldiener und Opferleute soll von denen, die dazu befugt sind und solche hergebracht haben, angenommen und darauf, wenn der Präsentirte tüchtig befunden, derselbe zu dem Dienste gelassen, wie auch, wenn sie sich in ihrem Dienste übel aufführen, ungesäumt abgeschafft werden. Der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 3.

Von der Erledigung der Patronat=Opferei= und Schuldienste sollen die Superintendenten binnen 14 Tagen den Patronen Nachricht geben. Circular=Rescript des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel vom 19. März 1803.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul=Angelegenheiten betr., §. 4. — Landesf. Rescript v. 29. Mai 1827. (Bege III. p. 268.) — Landschafts=Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 226.

### Patronat=Pfarren.

Das jus patronatus hat ein Jeder, der dazu befugt ist und es bona fide hergebracht hat, innerhalb sechs Monaten von der Zeit der eingetretenen Vacanz an auszuüben und eine qualificirte Person nach seinem Gefallen dem fürstl. Consistorio zu präsentiren.

\*) Durch die landesf. Verordn. v. 11. Januar 1773 wurde bestimmt, daß ein Jeder sowohl in als außer den Messen verpflichtet sein solle, die Goldmünzen, als die 21½, 5 und 10 Thalerstücke, nach dem in der Münze zu Braunschweig eingerichteten und abgezogenen Passiergewichte anzunehmen und auszugeben. Nachher wurden andere, mit den in den vornehmsten Handelsplätzen gebräuchlichen nahe übereinkommende Passiersteine angefertigt, und es wurde unterm 15. Januar 1774 verordnet, daß man sich künftig nach diesen sowohl bei den fürstl. Cassen als bei allem bürgerlichen Geldverkehre richten solle.

Wenn der Präsentirte in dem Examen und der Probe=Predigt, auch mit seinen *testimoniis vitae* nicht bestanden oder ihm aus erheblichen Ursachen die Vocation verweigert ist, so steht es dem Patron frei, eine andere qualificirte Person dem Consistorio vorzuschlagen. Landtags=Absch. v. 10. Octbr. 1601.

Bei Wiederbesetzung erledigter Pfarren sollen den Patronen ihre wohl hergebrachten *jura patronatus* und in specie das in den Rechten bestimmte *fatale praesentandi* ungefränkt gelassen werden; wenn aber solcher parentorische Termin ohne vorher beim Landesfürsten oder dem Consistorio aus erweislichen Behinderungs=Ursachen erhaltene Extension vergeblich abgelaufen ist, so soll mit Besetzung der Pfarre von Seiten des Landesfürsten *ex jure devoluto* unverzüglich verfahren werden. Erneuerte Kirchen=Ordnung v. 1. Mai 1709. Th. 1. Cap. II. §. 2.

Das *jus patronatus* zu exerciren hat ein jeder Patron Macht binnen 6 Monaten a die *vacantiae* und es kann der Patron, im Falle die von ihm präsentirte Person beim Consistorio nicht tüchtig befunden wird, statt deren eine andere präsentiren. Landschaftliche Privilegien v. 8. Juni 1710. I. §. 2.

Der Landesfürst hat für gut befunden, daß der Superintendent jeglicher Inspection den Patronen, welche Patronat=Pfarren in derselben haben, bei entstehenden Erledigungen der Patronat=Pfarren in den nächsten 14 Tagen nach der Erledigung davon Nachricht ertheilen soll, damit dieselben binnen der ihnen zustehenden Frist von 6 Monaten, von dem Sterbe= oder Abzugstage des letzten Pastors anzurechnen, ihre Befugnisse gehörig beobachten können. Landtags=Abschied v. 9. April 1770. Art. 5.

Der Landesfürst hat auf die dem fürstl. Consistorio ertheilte Vorschrift äußerst zu halten beschlossen, daß bei Prüfung der Präsentirten nicht nur, ob sie die nöthigen Wissenschaften haben, sondern auch möglichsten Fleißes erforscht und untersucht werden soll, ob sie auch in der Wahrheit, die sie mit dem Munde bekennen, wirklich und thätig wandeln. Des Landesfürsten und von getreuen Prälaten zu ihrer Beobachtung angenommenes Verlangen ist hierbei ferner, daß zu den etwas austräglichen Patronat=Pfarren, deren Specification ihnen zugestellt werden soll, nicht *candidati theologiae*, sondern wohlverdiente Prediger, die bei schlechtern Pfarren ihr Amt treulich geführt haben, präsentirt werden, wobei jedoch in besondern Fällen, wo nämlich eine ausnehmende Gottesfurcht und Gelehrsamkeit den Candidaten vor Andern vorzüglich macht, der Landesfürst gern dispensiren wird; wie denn auch derselbe geneigt ist, tüchtige und geschickte Patronat=Pfarrer eben sowohl als fürstl. Pfarrer ascendiren zu lassen. Ebendas. Art. 46.

Das *jus patronatus* ist von einem Jeden, der dazu befugt ist, und es geruhiglich hergebracht hat, innerhalb 6 Monaten von Zeit der eingetretenen Vacanz, welche ihm von dem Superintendenten in den nächsten 14 Tagen nach deren Entstehung gemeldet werden soll, zu gebrauchen und eine qualificirte, der Lehre und des Lebens halber unverwerfliche Person dem fürstl. Consistorio zu präsentiren und, wenn der Präsentirte bei fürstl. Consistorio in dem Examen und der Probe=Predigt, dazu mit seinen *testimoniis vitae* nicht bestanden oder ihm aus erheblichen beständigen Ursachen die Vocation verweigert worden, eine andere qualificirte Person dem fürstl. Consistorio vorzuschlagen. Der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 2.

Diejenigen Gemeinden, welche das *jus patronatus* haben, sollen nicht mehr als drei Candidaten aufstellen. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 24. Novbr. 1783.

S. auch: Simonie — Prediger, Berufung und Einführung derselben.

cf. Berordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul=Angelegenheiten betr., §. 4. — Landesf. Rescr. v. 25. Novbr. 1816. (Bege III. p. 256.) — Desgl. v. 31. Decbr. 1817. (Ebendas. p. 257.) — Desgl. v. 6. Mai 1818. (Ebendas.) — Desgl. v. 25. Febr. 1819. (Ebendas.) — Landtags=Absch. v. 11. Juli 1823. Art. 28. — Landesf. Rescr. v. 29. Mai 1827.

(Bege III. p. 268.) — Desgl. v. 21. März 1828. (Ebendaf. p. 271.) — Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 226.

### Peinliche Sachen.

E. Geständniß in peinlichen Sachen — Defension der Soldaten in peinlichen Sachen.

### Pensionirte Soldaten.

E. Soldaten, pensionirte, Gerichtsstand derselben — Officiere, Schuldenmachen derselben.

### Perhorresciren.

Nach der Kriegsbefestigung kann der Richter nicht mehr recusirt werden. Hofgerichts-Ordnung Tit. XXXVI. §. Welche Kriegsbefestigung u.

Obwohl es allerdings hart sein würde, wenn man eine Partei, welche von ihrem Richter keine unparteiische Justiz hofft, dennoch dem Erkenntnisse desselben unterwerfen wollte, so ist doch dagegen die Freiheit, ein ganzes Collegium zu perhorresciren, zum Mißbrauche zu rechnen und nicht weiter zu gestatten. Es ist deshalb des Landesfürsten Wille, daß künftig in dergleichen Fällen die Perhorrescirenden abgewiesen werden sollen, hingegen, wenn sie einen oder einige ex collegio perhorresciren, derselbe oder dieselben sich allen Botirens oder Referirens in der Sache gänzlich enthalten und sich derselben auf keinerlei Weise annehmen sollen. Landesf. Rescript v. 28. Juli 1745. \*)

cf. Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §§. 98 und 99. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr., §. 6. — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel u. betr., II. Art. 67. p. 287.

### Personal-Arrest.

E. Arrest — Wechselrecht; Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715. Art. 6. — Kaufgericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben — Officiere, Schuldenmachen derselben.

### Pertinenzien der Bauergüter.

Es soll kein einziger ganzer oder halber Morgen Landes, zu geschweigen ein Mehreres, davon vor Alters her der Dienst geleistet wird, von einem Hofe oder von einem Dorfe oder einer Feldmark zu einem andern gelegt werden, bei 15 Gulden Strafe für jeden Morgen. \*\*) Allgem. Land. Ordn. Art. 28.

\*) Es ist dies Rescript auf eine Vorstellung des Magistrats zu Braunschweig wegen Mißbrauchs des juramenti perhorrescentiae an die Justiz-Canzlei und an den Magistrat zu Braunschweig ergangen.

\*\*) Schon in dem Landtags-Abschiede v. 3. Juni 1597 wurde bestimmt, daß von den Höfen von dem, was bei denselben von Alters her und über 30 Jahre lang von Trinitatis 1586 zurückgerechnet an Ländereien, Wiesen, Gärten und dergleichen gewesen sei, nichts hinweggenommen und davon gerissen werden solle, und in dem Landtags-Abschiede v. 22. Novbr. 1643. Art. 7 wurde anderweit als äußerst nothwendig anerkannt, daß die hinwegnahme der Aecker von den Bauerhöfen und die Zerreißung derselben abgestellt werde, und es wurde zu dem Ende angeordnet, daß nach Anleitung der Erbregister die Aecker und Pertinenzien eines jeden Hofes in gewisse specificirte Feldregister eingetragen werden sollten und daß, Falls die Aeckerhöfe nicht sogleich wieder mit Bauersleuten besetzt werden könnten und deshalb einige von den dazu gehörigen Aeckern von den übrigen Dorfbewohnern zur Bestellung angenommen würden, solches anderer Gestalt nicht, als mit Vorwissen der Beamten und Gerichtsherren verstattet, auch wegen der angenommenen Aecker eine genaue Notiz in die Amtsbücher aufgenommen werden sollte, damit die Benützung solcher Aecker der Contribution zu Statuten komme, auch der Dienst- und Gutsherr das Seinige davon erhalte.

Was auch von einem jeden Hofe abgenommen ist, es sei durch welche Gelegenheit es wolle, das soll alsbald nach Anzahl der Hufen und Morgen, so vermöge der Erbregifter dabei gehören, unverzüglich wieder zu jedem Hofe gebracht, und vor keinem Dorfe einiger Erb- oder anderer Acker, denn welcher in den Erbregistern verzeichnet, es sei bei Pfarr- oder andern Höfen, geduldet werden; wer dawider handelt und den Acker von seinem Hofe thut, oder denselbigen, der davon genommen ist, nicht alsbald wieder herbeibringt, der soll zur Strafe 20 Fl. erlegen, und nichts desto minder seinen vollen Dienst leisten, wer aber den Acker an sich nehmen wird, der soll zur Strafe ebenmäßig 20 Fl. erlegen, und seines auf den Acker etwa gehabtens Rechts verlustig sein, solches Recht soll auch an die Obrigkeit und Gerichte verfallen. Gleichwohl aber ist unverboden, aus einem vollen Ackerhofe 2 Halbspännerhöfe zu machen, wenn davon dem Dienst- und Gutsherrn eben dasjenige, was ihm von dem Ackerhofe gebührt, geleistet wird. Allgem. Landes-Ordn. Art. 29.

Weil die Landes-Ordnung §. 29 will, daß dasjenige, was hierbevor von einem Hofe abgenommen, unverzüglich dazu wieder gebracht werden soll, und dann solches zweierlei ratio hat, nämlich 1) daß der von dem Gute gehörige Dienst der Gebühr abgestattet, 2) daß dem Gutsherrn der gebührende Zins entrichtet werden kann, als muß man darauf wohl Acht haben, ob dem Amte durch eine solche Veräußerung an dem gewöhnlichen Dienste etwas abgehe und der Inhaber des Hofes durch den Abgang untüchtig würde, solchen zu leisten, oder aber der Gutsherr seinen Zins nicht empfangen könnte; solchen Falls hat man billig darauf zu sehen, daß *refuso pretio* das Alienirte wieder zu dem Hofe, wozu es vermöge der im vorigen *seculo* und der zu der Zeit errichteten Erbregifter, da die Dienste aufkommen, gehört, gebracht werde. Rescript fürstl. Geh. Rathsstube an die Regierung zu Blankenburg, d. d. Wolfenbüttel den 12. Juni 1683.

Niemand von den Unterthanen, wer er auch sei, soll einige Länderei, Wiesen, Gärten, Teiche und andere zu den Höfen gehörige Stücke, wie sie Namen haben, ohne landesf. oder fürstl. Cammer vorher erhaltenen expresse schriftlichen Consens und Bewilligung respective zu veräußern und zu veralieniren, oder auch pfand- und kaufweise anzunehmen sich unterstehen, widrigen Falls aber, und dafern dieser zum allgemeinen Besten abzielenden Verordnung zuwider gehandelt werden sollte, gewärtig sein, daß solche veralienirten Stücke, und wenn gleich der fürstl. Ober- und Beamten, auch der Gutsherrn Consens darüber ertheilt worden, den Debitoren ohne Bezahlung des darauf erborgten Geldes *ipso facto* und alles Einwendens ungeachtet wieder zuerkannt und eingeräumt werden sollen. Es soll auch sowohl bei den hohen als niedern Gerichten bei sich begebenden Fällen und Proceßhändeln dahin gesehen und gesprochen werden, daß die von den Höfen versehten Ländereien und Stücke zu den Höfen, wozu sie von Alters her gehört, wieder kommen mögen. \*) Landesf. Verordn. v. 24. April 1694.

Die Gutsherrn oder Possessoren und andern Inhaber der wüsten Höfe sollen dieselben innerhalb zweier Jahre, vom Tage dieser Verordnung angerechnet, entweder selbst bebauen und mit guten Einwohnern, welche dem Landesfürsten und der fürstl. Cammer anständig sind, besetzen lassen oder im Gegentheile gewärtigen, daß dieselben nach Ablauf der zwei Jahre oder auch vorher, wenn sie sich zu dem Anbaue in solcher Zeit nicht sofort gegen die Beamten bereit erklären und deshalb zulängliche Caution stellen, durch andere bemittelte Unterthanen oder in deren Ermangelung von den fürstl. Aemtern bebaut und mit andern Meierleuten besetzt oder dem Befinden nach sonst also eingerichtet werden sollen, daß auf

\*) In dieser Verordnung wurde zugleich den Beamten aufgegeben, eine genaue Specification von allen in ihren Aemtern befindlichen veralienirten Stücken, Aekern und Wiesen mit Benennung des Jahrs der Veräußerung, der Creditoren und der Debitoren, auch mit der Angabe, welche *cum consensu* und welche *absque consensu* des Amts verpfändet worden, der fürstl. Cammer einzuschicken.

die eine oder andere Weise die fürstl. Aemter die darauf haftenden Dienste oder Dienstgelder erlangen, zu welchem Ende denn auch die Theilungen an Wiesen, Holz und dergleichen von den Gemeinden unweigerlich in eben der Bonität und Quantität, als die bebauten Höfe bekommen, dazu befolgt werden sollen. Nächstdem wird bestimmt, daß, gleichwie der Dienst alle Mal von den Häusern und Höfen und den dazu nach den ältesten Erbregistern oder andern alten Documenten und Urkunden von Alters her gehörigen Ländereien, Wiesen und andern Pertinenzten conjunctim (ohne daß eins von dem andern zu separiren und zu veralieniren, wenn es auch nur auf etliche wenige Morgen Landes oder Wiesenwachs ankommen sollte) prästirt werden muß, also auch nicht das Allergeringste, es sei von Erb-, Lehn- oder Meier-, auch Pfarrmeier-Ländereien, Wiesen, Gärten, Teichen, Weiden, oder andern nach den ältesten Erbregistern oder andern alten Documenten zu den Höfen gehörigen, auch vor oder nach solchen Erbregistern, vermittelt expresser Verwilligung und Confirmation der Landesherrschaft, dabei gebrachten Stücken, ohne landesf. oder fürstl. Cammer vorher erhaltenen expressen speciellen schriftlichen Consens und Verwilligung, es sei pfand-, kauf- oder auf andere Weise veralienirt, sondern nach aller Möglichkeit wieder dabei gebracht werden soll, und da solches vormalß theils durch Connivenz, theils aber durch Nachlässigkeit, oder auch wohl bei vorgegangener Veränderung der fürstl. Beamten, ohne landesf. oder fürstl. Cammer expresse Verwilligung geschehen, so sollen die jetzigen und jedesmaligen Besitzer solcher zu andern Höfen gehörigen, und entweder pfand-, kauf-, lehn-, erbenzins- oder meierweise inne habenden Länderei und Wiesen, oder anderer Pertinenz-Stücke, so lange selbige noch in ihren Händen sind, sowohl zur Dienstleistung und andern Cammer-praestandis, als auch zu den allgemeinen oneribus und Landschafts-Gefällen nach Proportion der besessenen Stücke sowohl ratione praeteriti als futuri zu concurriren verbunden sein, dazu durch Hülfe der Obrigkeit und Beamten jeden Orts mit Ernst und Nachdruck angehalten, und darunter mit niemandem, wer er auch sei, oder unter welchem Prätext es wolle, connivirt oder auch durch die Finger gesehen werden; daneben soll auch einem jeden Colonen auf dem Hofe frei stehen, die von seinem Hofe entweder veralienirten, oder sonst etwa von den wüsten Höfen entweder von der ganzen Gemeinde, oder dem einen und andern aus derselben bisher gebrauchten Ländereien und Stücke licito modo und gegen Wiedererlegung des darauf haftenden Pfand-Schillings oder Kaufgeldes und der Melioramente, nach der mit den Creditoren und Usufructuarien gerichtlich zugelegten Liquidation, hinwieder, so oft und wenn er zur Bezahlung gelangen kann, aller hierwider einzuwendenden 20-, 30-, 40- und mehrjährigen oder immemorialen Präscription ungeachtet, zu vindiciren, wieder einzulösen und zu eigenem Gebrauche zu nehmen; die Besitzer der Höfe, sie haben solche erblich, lehn- oder meierweise, sollen darunter von niemandem behindert, sondern dieselben vielmehr in ihrer guten Intention auf alle Weise und Wege secundirt und ihnen hierunter hilfreiche Hand geleistet werden. Die in den Hof- und andern Gerichten wegen Bebauung der wüsten Höfe und davon zu prästirenden Dienste oder veralienirten Pertinenzten der Höfe etwa entstehenden und vorkommenden Proceffe sollen nach dieser Declaration und Verordnung decidirt und die litigirenden Parteien danach entschieden, auch keine Exception dawider so wenig attendirt, als angenommen, auch bei den Niedergerichten über diese Verordnung und Declaration, bei Vermeidung willkührlicher Bestrafung, mit gebührendem Nachdruck gehalten, einem Jeden in vorkommenden Fällen mit schleuniger Rechtshülfe an die Hand gegangen und zu dem Nießbrauche der zu seinem Hofe gehörigen Stücke hinwieder verholßen, hierwider auch die von dem Inhaber der Aecker etwa vorgewandte Exception einiger in Cultur habenden sogenannten flüchtigen Länderei, (als welche nach der Landes-Ordnung de anno 1647 gar nicht einmal gebildet werden soll) worunter jedoch die erweislich dienstfreien Aecker gar nicht zu verstehen, keinesweges attendirt, sondern, auf den Fall für den Besitzer des Hofes einigermaßen Präsumtion militirt, daß die angesprochene Länderei zu dessen Hofe gehöre, dem Inhaber des Landes vielmehr probatio in contrarium, daß das in Quästion gezogene Stück zu einem andern Hofe gehörig, injungirt werden. Damit auch die Detentoren diejenigen, welche ihre Pertinenzten in Anspruch nehmen, nicht, und sonderlich durch

den zu führenden Beweis, abschrecken, und ihnen die Sache durch Kosten erschweren, so soll in allen hohen und niedern Gerichten derjenige, welcher bei so unbefugter Verzögerung des Processus und Difficultirung der Probation befunden wird, in der erfolgenden Sentenz zu völliger Erstattung aller verursachten Schäden und Kosten zugleich unnachlässig verurtheilt werden. Landesf. Verordn. v. 27. März 1705.

Wie sowohl in den alten Landtags-Abschieden, als auch in der anno 1647 publicirten Landes-Ordnung allbereits versehen, daß überall kein ganzer oder halber Morgen Landes, noch weniger ein Mehreres, wovon von Alters her der Dienst geleistet worden, von einem Hofe oder von einer Feldmark oder einem Dorfe zum andern gelegt werden soll, also hat es nicht allein dabei sein Bewenden, sondern wie die Dienstleistung von den Häusern und Höfen, und den dazu gehörigen Ländereien, Wiesen und andern Pertinenzien conjunctim prästirt werden muß, also soll auch ferner alle Veräußerung und Verpfändung von dergleichen Zubehörungen, es sei an Erb- Lehn- oder Meier- auch Pfarr-Meier-Lande, Wiesen, Gärten, Teichen, Weiden und andern Stücken, ohne landesf. oder fürstl. Cammer vorher erhaltenen speciellen schriftlichen Consens und Bewilligung, wie in der Verordnung v. 27. März 1705 in Mehrerem erwähnt, nach wie vor verboten bleiben und ungültig sein, gestalt denn auch das sogenannte flüchtige Land hiervon nicht ausgenommen und dessen Alienation, wenn es in den Erbreregistern als ein Pertinenz den Höfen zugeschrieben, eben so wenig verstattet wird. Daseru aber aus erheblichen Ursachen, und auf erhaltenen landesf. oder fürstl. Cammer Consens einige Verpfändung oder Veräußerung geschehen, so sollen die jedesmaligen Besitzer solcher zu andern Höfen gehörigen Ländereien und Wiesen oder anderer Pertinenzien sowohl zur Dienstleistung und den Cammer-praestandis als auch zu den allgemeinen Landes-oneribus und Landschafts-Gefällen nach Proportion zu concurriren verbunden sein. Wenn im Uebrigen in mehr angezogener Constitution angeführt worden, daß ein Jeder, von dessen Hofe dergleichen Pertinenz-Stücke vordem veräußert, dieselben ungeachtet aller dawider einzuwendenden sogar auch immemorialen Präscription zu vindiciren befugt sein, desgleichen auch, daß, wenn für denjenigen, welcher der Gestalt rei vindicationem angestellt, einigermaßen Präsumtion vorhanden, daß das in Anspruch genommene Stück zu seinem Hofe gehörig, dem Possessor die probatio in contrarium auferlegt werden solle, so ist diese Constitution in so weit aufgehoben, und dagegen verordnet, daß, wenn sonst die erfordernten rechtlichen requisita praescriptionis immemorialis vorhanden, solche allerdings attendirt, desgleichen auch der Possessor mit dem onere probandi nicht beschwert werden, sondern derjenige, so das eine und andere vorgeblich zu seinem Hofe gehörige Stück zu vindiciren intendirt, das dominium oder, daß es den Erbreregistern nach zu seinem Hofe gehöre, zu erweisen schuldig sein, und es des Falls bei demjenigen, so die gemeinen Rechte darunter verordnen, lediglich sein Bewenden haben, und selbigem bei den in den judiciis aller hiesigen Lande künftighin vorkommenden Sachen darunter nachgegangen werden soll. Was aber nach dem Inhalte Anfangs erwähnter Constitution rechtskräftig entschieden, dabei wird es billig gelassen. Landesfürstl. Verordnung v. 15. Januar 1712.

Wenn kein Erbreregister und kein Document vorhanden ist, wodurch der Beweis der Pertinenz-Qualität geführt werden kann, so soll dieser Beweis auch durch Zeugen und Vermuthungen, insofern sie den Rechten nach einen Beweis bewirken, geführt werden können. Landesf. Declarat. v. 27. August 1713.

Die Verordn. v. 15. Januar 1712 sammt den frühern ist auch auf die bei den Höfen des Amts Heimbürg vorhandenen Erbgüter mit extendirt, und dabei verordnet, daß, wenn mit den bei den Diensthöfen befindlichen unbeweglichen Erbstücken eine Veränderung, es sei auf welche Art und Weise es wolle, vorgenommen würde, (als datio in dotem, Erbverpachtung u. dgl.) solche sodann schlechterdings für ungültig erkannt werden, hingegen der Possessor der Güter den Werth solcher Erbstücke den übrigen Mit-erben, jedoch daß dabei nicht auf den höchsten Preis, sondern eine leidliche Billigkeit, und die auf dem



Dienstgute vorhin haftenden onera gesehen werde, zu vergüten schuldig und gehalten sein soll. Sere-  
nissi Duc. Lud. Rudolph. Verordn. d. d. Blankenburg den 11. Januar 1719.

Da die in den Reunions-Constitutionen vorgeschriebene aus den Erbreigistern zu nehmende pro-  
batio pertinentiarum auf die dienstpflichtigen Höfe, so darin nicht beschrieben, per rerum naturam  
nicht zu appliciren, die dismembratio derselben aber eben so wenig zulässig, so sind in solchen Fällen  
auch andere Beweissthümer zu admittiren, wie denn auch unter die Pertinenz der Höfe die Erben-  
zins-Ländereien zu rechnen, und die Reunions-Verordnungen auch von den Kothhöfen zu verstehen sind.  
Landesf. Declaration v. 18. März 1720. \*)

Da die wegen verbotener Zerreißung der Diensthöfe und Reunion der davon abgekommenen Parti-  
nenz-Stücke publicirten Verordnungen dahin ausgelegt werden, daß sie, wenn in dem Erbreigister bei  
einem Hofe besondere ganze, etwa wußt gewordene Höfe mit angezeigt sind, solche für dessen Pertinenz  
achten und behaupten, daß sie davon nicht wieder separirt noch bebauet werden dürften, solche Intention  
aber so wenig gedachten Constitutionen gemäß, als vielmehr der Verordnung wegen Wiederanbauung der  
wüßten Höfe ganz zuwider ist, so werden die Anfangs erwähnten Verordnungen dahin declarirt, daß sie  
nur von den Stücken, so zu einem dienstpflichtigen Hofe als zugehörige Stücke in den Erbreigistern beschrie-  
ben sind, verstanden werden sollen. Wenn aber in denselben sich befindet, daß der Besitzer eines Dienst-  
hofes noch eine oder mehrere in den unglücklichen Zeiten wußt gewordene Stätten besitzt, zu welchen gemei-  
niglich nutzbare Pertinenz an Aekern, Gärten, Wiesen, oder gemeinen Theilungen gehören, so sind solche  
für besondere und von dem andern Hofe separirte corpora zu halten, und entweder der ergangenen Ver-  
ordnung\*\*) gemäß zu bebauen, denselben auch die bei angebaueten Höfen gewöhnlichen Emolumente, Falls  
sie davon in Abgang gekommen, wieder beizulegen, oder, wenn der Besitzer im Anbau, dafern selbiger sonst  
practicabel, faumselig ist, eben die onera davon, als wären solche Stätten wirklich bebauet, abzuführen.  
Sollte auch eine dergleichen wüßte Stätte von einem Hofe, bei welchem sie in den Erbreigistern annotirt,  
separirt und an einen andern Besitzer gekommen sein, so ist selbige nach der Constitution wegen Wiederer-  
gänzung der Höfe keinesweges dem Hofe zu reuniren, sondern derjenige, so dergleichen intendiren und suchen  
sollte, von den Gerichten sofort abzuweisen. Landesf. Verordn. v. 7. August 1721.

Wenn mehrere Erbreigister vorhanden sind, wodurch der Beweis der Pertinenz-Stücke geführt werden  
soll, so geht das älteste vor. Landesf. Declaration v. 9. Octbr. 1736, in actis Cancell. Guelph. Rufen-  
beck contra Kramer.

Die landesf. Verordnungen v. 27. März 1705 und 15. Januar 1712 sind dahin declarirt, daß  
zwar bei Reunirung der Pertinenz auf den Beweis aus den Erbreigistern hauptsächlich und vor andern  
zu sehen ist, in Fällen aber, da entweder gar keine Erbreigister vorhanden, oder dieselben nicht also einge-  
richtet sind, daß daraus eine Pertinenz zu erweisen steht, auch anderer Beweis, nämlich durch Zeugen,  
Documente, und sonst in Rechten erlaubte Mittel, zugelassen werden soll; und soll von den Gerichten  
hiesigen Landes darauf gesprochen werden. Landesf. Declaration v. 8. Juli 1737. \*\*\*)

Alle Höfe in Calvörde, mit Ausnahme des Bachmann'schen Wirthshauses, der schwarze Adler ge-  
nannt, weil dasselbe durch ein unterm 3. März 1745 bestätigtes Privilegium v. 26. Novbr. 1650 dienst-,  
schoß-, schak- und wachtfrei gemacht worden, die Reunion aber nur auf dienstpflichtige

\*) Diese Declaration ist in einem vor dem fürstl. Amte Schöningen anhängigen Rechtsstreite in Sachen Lütbecke gegen  
Lütbecke ergangen.

\*\*) G. Wüßte Höfe.

\*\*\*) Die Declaration ist ad instantiam des H. E. Sachse zu Bevern ergangen.

Bauergüter geht, sollen für Bauergüter gehalten werden, weil die Besitzer derselben von ihrer Pänderei theils die Meierzinsen an ihre Gutsherren, theils gewisse Spann- und Handdienste an das fürstl. Amt, auch ungemessene Burgvesten prästiren und von den übrigen zu den Häusern gehörigen Grundstücken die Zinsen entrichten müssen, und es soll daher das Amt dahin sehen, daß nicht leicht etwas davon komme. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 4. Novbr. 1749. \*)

Auf gesuchte landesf. Erklärung der Landesgesetze von Reunion der Pertinenzien, ob nämlich derjenige, welcher ein Pertinenz-Stück zu seinem Hofe reuniren will, solches ohne Bezahlung einigen Kaufgelbes, Pfandschillings, oder des wahren Werths, außer dem Falle der mit gerichtlichem oder gutsherrlichem Consens geschehenen Veräußerung, zurücknehmen möge, ist die Resolution ertheilt: daß jedem colono auf dem Hofe frei stehen solle, die von seinem Hofe alienirten Grundstücke licito modo, und gegen Wiedererlegung des darauf haftenden Pfandschillings, oder Kaufgelbes und der Melioramenté, nach der mit den Creditoren und Usufructuarien gerichtlich zugelegten Liquidation, so oft und wenn er zur Bezahlung gelangen kann, zu vindiciren, wieder einzulösen, und zu eigenem Gebrauche zu nehmen. Und da dieses Gesetz unter einer Veräußerung, die mit oder ohne gerichtlichen und gutsherrlichen Consens geschieht, keinen Unterschied macht, solcher auch um deswillen nicht Statt finden kann, weil die ohne des Landesfürsten und der fürstl. Cammer Bewilligung vorgenommene Alienation gegen die Reunions-Edicte bleibt, wenn gleich der gutsherrliche oder gerichtliche Consens erfolgt ist, übrigens in dergleichen Fällen nicht nur der acquirens, sondern auch der alienans, oder derjenige, welcher durch Nachlässigkeit ein Grundstück vom Hofe abkommen läßt, gegen die Gesetze handelt, und durch eine unerlaubte Handlung mit dem Schaden eines Andern, mit welchem er in gleichem reatu steht, sich nicht bereichern kann, so soll es bei dem klaren Inhalte vorgedachter Verordnung sein Bewenden haben, folglich in den Reunions-Klagen auf die Erstattung des Kauf- und Pfand-Schillings ohne Unterschied, oder, wenn der casus venditionis seu oppignorationis nicht vorhanden, auf die Bezahlung des jetzigen Werths, dafern nicht etwa besondere Umstände vorwalten, und ein Anderes erfordern, mit Recht gesprochen werden. Landesf. Declaration v. 2. (22.?) Novbr. 1751, welche dem Advocaten Mackensen per modum resolutionis ertheilt ist. \*\*)

E. auch:

\*) Dieses Rescript ist in Betreff eines Gesuchs des Gastwirths Bachmann um Gestattung der Reunion einiger zu seinem Wirthshause gehörigen Pertinenzien ergangen.

Das Amt Calvörde stellte unterm 27. August 1751 dem Landesfürsten vor, daß die fürstl. Justiz-Canzlei und das fürstl. Hofgericht in judicando über die Frage differirten, ob in dem Fleden Calvörde Reunions-Klagen ex capite pertinentiarum Statt hätten. Beide Dicastrien waren in den von ihnen deshalb geforderten Berichten darin einig, daß nicht die bloße Bezahlung der Meierzinsen, nicht die Leistung der Burgvestentage und gewisse Erndte-Diensttage, sondern einzig und allein die Leistung des ordinairten Herrendienstes das Fundament der Reunions-Klagen sei. Nun stand zwar von den Calvördischen Einwohnern nicht zu erweisen, daß sie den ordinairten Dienst leisteten, und es wurden daher nach der Meinung des Hofgerichts die Reunions-Edicte nicht auf sie anwendbar gewesen sein, allein die fürstl. Justiz-Canzlei hatte das Gegentheil erkannt, auf den Grund des obigen, dem fürstl. Hofgerichte jedoch nicht mitgetheilten landesf. Rescripts v. 4. Novbr. 1749. Da das fürstl. Hofgericht in seinem Berichte an den Landesfürsten, warum es bisher anders erkannt, angeführt hatte, daß das Calvördische Erbregister von 1662 nicht alle erforderlichen Requisite habe und von dem älteren von 1571 differire, nach diesem also, als nach dem ältesten, der Verordn. v. 27. März 1705 zufolge gesprochen werden müsse, in demselben aber nichts von Pertinenzien stehe, so wurde per rescriptum an fürstl. Hofgericht v. 12. Septbr. 1754 von dem Landesfürsten die Sache dahin entschieden, daß es bei dem Rescripte v. 4. Novbr. 1749 sein Bewenden habe, und wie das Erbregister vom Jahre 1662 zum Beweise der Pertinenz-Qualität hinreichend, auch kein älteres Erbregister, worin die Pertinenzien beschrieben, vorhanden sei, also das Hofgericht sich danach in sententionando richten solle.

\*\*) Außer den angeführten landesf. Rescripten verdient noch ein anderes Erwähnung, welches am 3. August 1754 an die General-Landesvermessungs-Commission ergangen, indes niemals in Wirksamkeit getreten ist. Der gedrängte Inhalt desselben ist folgender:

S. auch: Lehn=, Erbenzins= und Meiergüter, Verpfändung, Veräußerung u. derselben — Höfe im Amte Thebinghausen, Dismembration derselben — Verpfändungen sub pacto antichretico — Wüste Höfe.

cf. Receß über die Grenz=Regulirung mit dem Königreiche Hannover v. 24. Juni 1824. §. 2. — Ablösungs=Ordnung vom 20. Decbr. 1834. §§. 36 und 110. — Rescript herzogl. Staats=Ministerii v. 24. Januar 1835. \*)

### Pertinenz in den Communion=Forsten.

Die Garten= und Wiesen=Plätze, welche den Bergleuten in den Communion=Forsten ausgewiesen sind, sollen von ihnen nicht veralienirt werden, sondern zu ihrer Erhaltung bei den Häusern bleiben. Theilungs=Receß v. 12. Mai 1649. §. 8.

Die Absicht, mittelst der General=Landesvermessung die dominia der Landgüter festzusetzen, den darüber zu entstehen pflegenden Processen abzuheben und den Ackerbau durch Zusammenlegung vieler einzelner Stücke zu erleichtern, wird zu des Landesfürsten Wohlgefallen jetzt erreicht. Es besorgt derselbe aber, daß, wenn hinfüro die Klagen wegen Reunion der Pertinenz gestattet werden, der Zweck verfehlt, wenigstens der Nutzen nicht so allgemein bleiben möchte, wie er der Absicht und der Einrichtung nach sein könnte. Der Landesfürst ist also gesonnen, bei dieser Landesvermessung auch den Klagen ratione reunionis pertinentiarum ein Ende zu machen, und befiehlt zu dem Ende, daß, sobald die Vermessung bei einem Dorfe angefangen, der Gemeinde bei der ersten deshalb vorzunehmenden Convocation derselben eröffnet wird, wie der Landesfürst wolle, daß vor Vertheilung des Landes an den Orten den in puncto reunionis pertinentiarum bereits obshwebenden und künftig zu besorgenden Processen gänzlich abgeholfen werde, und soll zu dem Ende ein Jeder, der an einen Andern aus dem Reunions=Edicte Anspruch zu haben oder noch zu machen vermeint, solchen seinen Anspruch, es mag bereits gerichtlich geklagt sein oder nicht, binnen 14 Tagen bei Verlust seines Rechts entweder schriftlich oder ad protocollum commissionis anzeigen. Wenn sich nun befindet, daß über solche Reunions=Klagen bereits lis pendens ist, so sind, wenn der Proceß bei den Aemtern oder andern Untergerichten obshwebt, die Acten von denselben zu begehren und ist mit deren Einsendung über die Beschaffenheit der Sache dem Landesfürsten zu berichten; wenn aber der Proceß bei einem der höheren Justiz=Collegien ventilirt wird, so ist solches zu melden, da denn der Landesfürst acta einfordern und die Landesvermessungs=Commission, wie die Sache abzuthun sei, instruiren lassen will. Ist dagegen über solchen Anspruch noch kein Proceß erhoben, so ist die Sache summarisch zu untersuchen, die Beweisthümer des Klägers ad acta zu nehmen und mit Einsendung der Acten davon dem Landesfürsten zu berichten; wie denn auch über die den Gemeinden dieserhalb zu thuen den Anzeigen ein Protocoll mit Benennung aller dabei gegenwärtig gewesen Mitglieder der Gemeinden abzuhalten ist. Sollte auch in Erfahrung gebracht werden, daß jemand von einem benachbarten Dorfe Land von der Feldmark zu reuniren vermeint, so ist derselbe vorzufordern und nach obigen Vorschriften ebenfalls zu verfahren. Wie die Absicht bloß auf die wegen Reunion der Pertinenz zu entstehen pflegenden Processen gerichtet ist, so bleibt hingegen einem Jeden sein etwa habendes Eigenthums= oder Wiedereinlösungs=Recht der versehten Grundstücke vorbehalten; jedoch ist dieses so viel möglich in Richtigkeit zu bringen, auch der geständig verseht Acker zu des Eigenthümers, nicht aber zu des Pfand=Inhabers Lande messen zu lassen, jedoch vorbehältlich des demselben zustehenden Rechts, und ist dem Feldregister von einer jeden Feldmark das Verzeichniß der aus derselben pfandweise ausgegebenen Grundstücke beizufügen.

- \*) Der Inhalt dieses Rescripts ist folgender: Die nur unter gewissen Voraussetzungen zulässige Dismembration des mit der Pertinenz=Qualität behafteten ländlichen Grundeigenthums ist mit besondern Nachtheilen dann verbunden, wenn es sich von der Theilung kleiner, nur für einen Haushalt berechneter Gebäude handelt; denn theils gehen aus der gemeinschaftlichen Benützung eines solchen Grundstücks, zumal bei nur idealen Gränzen, an und für sich mancherlei Inconvenienzen hervor, theils erscheint eine solche Parcellirung wegen der auf dem ganzen Gebäude ruhenden öffentlichen und Gemeinde=Lasten und Abgaben, der zu entrichtenden Brandversicherungs=Beiträge u. unangemessen. Da nun dem Vernehmen nach Naturaltheilungen dieser Art von den Interessenten hier und da getroffen werden, so finden Wir Uns dadurch veranlaßt, den herzogl. Kreis=Directionen hierdurch die Anweisung zu ertheilen, die betreffenden herzogl. Aemter dahin zu instruiren, daß sie auf solche Theilungen abzuwehrenden, denselben zur Confirmation angemeldeten Verträgen oder sonstigen Dispositionen die Bestätigung versagen.

## Pest.

Die letzten der Pest wegen ergangenen Verordnungen sind vom 1. und 9. Octbr., auch 3. Decbr. 1738 und v. 15. Juli 1739. \*)

## Pfähle am Weser-Ufer.

Da durch das Ausreißen und Entwenden der an die Ufer der Weser zu deren Befestigung gesetzten Pfähle nicht nur die mit vieler Mühe und großen Kosten jährlich zu reparirenden Schlachten auf das Schädlichste verderbt, sondern auch die an der Weser liegende Länderei der Gefahr der Wegreißung durch das Wasser unterworfen und die Forsten mit jährlicher Darreichung einer großen Menge Pfahlholzes beschwert und mitgenommen werden, so wird verordnet, daß diejenigen, welche sich an den Pfählen der Weser-Ufer mit Ausreißung derselben vergreifen, ohne Gnade und ohne Ansehen der Person in den großen Karren geschlossen und zur Festungsarbeit angehalten, oder nach Befinden noch schärfer gestraft, nicht weniger zur Ersehung des dadurch verursachten Schadens angestrengt werden sollen. Die sämtlichen Obrigkeiten an der Weser sind ernstlich befehligt, auf dergleichen Frevler ein wachsamcs Auge zu haben, dieselben, wenn sie betreten werden, sofort zur gefänglichen Haft bringen zu lassen, die Inquisition gegen sie anzustellen, und davon mit Einsendung der Acten an fürstl. Geh. Rathsstube zu berichten, damit die Ablieferung derselben an den großen Karren verfügt und das Weitere verordnet werden könne. Landesf. Verordn. v. 25. Septbr. 1745.

## Pfänder.

Ein jedes Dorf soll einen, zwei oder drei Pfänder, nach Gelegenheit und Nothdurst der Feldmark, zu bestellen und vor dem Amte oder Gerichtsherrn alle Jahr beeidigen zu lassen schuldig sein, welche Tag und Nacht dahin sehen sollen, daß niemandem auf Aeckern, Wiesen oder andern Orten Schaden geschehe. Allgem. Land. Ordn. Art. 65.

Würde der Pfänder durch Unfleiß Schaden geschehen lassen, so soll er denselben nebst Erlegung der Strafe, welche der Herr des Viehes hätte geben sollen, erstatten; würde er auch mit dem Einem oder Andern durch die Finger sehen, so soll er mit Staupenschlägen des Landes verwiesen werden. Ebendas. Art. 66.

Jedes Kloster, Gericht, Stadt oder Dorf soll, nach Gelegenheit und Nothdurst der Feldmark, einen, zwei oder drei Pfänder alle Jahr bestellen, und vor dem Gerichte jedes Orts beeidigen lassen, welche Tag und Nacht dahin sehen, daß auf Aeckern, Wiesen oder andern Orten kein Schaden geschehe, und was sie an Menschen, Vieh, Wagen und Karren auf der That betreten, ohne Unterschied, doch bescheidenlich und solchermaßen pfänden sollen, daß sie den Leuten das Ihrige, womit sie den Schaden gethan, oder zu thun vorgehabt, nach Beschaffenheit des Verbrechens und so viel zur Versicherung des Abtrags nöthig, von einem Haufen Vieh oder einem Spann Pferde nach Gelegenheit ein oder zwei Stücke, von Wagen und Karren aber etwa die Ketten, ein Rad und dergleichen Zubehörungen nehmen, solches an gewöhnlichen Ort bringen, und nicht eher wieder los geben, es sei denn der Schaden erstattet, und daneben 3 fl. Strafe dem Gerichte sammt dem Pfandgelde, so der Pfandmann von jeglichem Stücke haben soll, erlegt und ausgegeben. Landesf. Verordn. v. 18. August 1645. \*\*)

\*) Außer diesen sind in früherer Zeit noch viele andere, den jedesmaligen Umständen angemessene Verordnungen, welche die Pest-Anstalten betrafen, ergangen, indeß sind die neuesten die umfassendsten. Alle diese Verordnungen haben keinen practischen Werth mehr.

\*\*) Diese Verordnung enthält zugleich Bestimmungen wegen der Begeßerung, die indeß mit dem Obigen in keiner Verbindung stehen.

Da das willkürliche Abschaffen der Pfänder zu vielen Unordnungen Anlaß giebt, so ist verordnet, daß keine Gemeinde ihre Pfänder ohne Einwilligung der Aemter und Gerichte und ohne von diesen für hinlänglich und begründet befundene Ursachen abschaffen soll. Landesf. Rescr. v. 18. März 1755.

cf. Rescript herzogl. Cammer v. 28. Octbr. 1827. (Bege I. p. 385.)

### Pfändung.

Wenn in Gehägehölzern, oder in Korn auf den Aeckern, in Wiesen oder Gärten durch des Landesfürsten oder Anderer Vieh Schaden geschieht, so soll es nachfolgender Gestalt gehalten werden, daß, da in den Gehägehölzern der Schaden muthwillig geschieht, neben 1 Groschen Pfandgeld von jedem Pferde 10 Groschen, oder, da der Schaden groß, auf vorhergegangene Besichtigung, nach Gelegenheit derselben ein Mehreres, jedoch in allen und jeden Fällen ohne Unterschied nicht gleich viel, wenn aber der Schaden unversehens geschieht, neben 1 Groschen Pfandgeld von jedem Pferde nach Befindung des zugefügten Schadens 5 oder 4 Groschen,\*) der Schaden aber, so in Korn, Wiesen oder Gärten geschehen, auf vorhergegangene Besichtigung neben Erlegung ziemlichen Pfandgeldes gebühlich abgetragen, auch, da derselbe vorsätzlich geschehen, von den Beamten und Gerichtsherrn ernstlich gestraft werden soll.

Mit dem Pfänden soll es also gehalten werden, daß einem Jeden, dem an unstreitigen Orten Schaden zugefügt wird, für sich zu pfänden, und das Pfand, bis ihm der Schaden neben dem Pfandgelde vergolten, zu sich zu nehmen, es auch bis dahin, jedoch dem Gerichtsherrn an seinen Rechten unschädlich, an sich zu halten frei stehen, wenn aber der Schaden aus Vorsatz geschehen, alsdann es dem Gerichtsherrn, damit sich derselbe auf vorhergegangene Einwroge, oder sonst dem Herkommen nach, der Strafe wegen bei dem Gepfändeten zu erholen habe, anzuzeigen schuldig sein soll. Da es aber mit Ab- und Einnehmung, auch Anhaltung der Pfänder, vermöge getroffener Vergleichung, erhaltener Urtheile oder Abschiede, oder auch sonst durch einen langwierigen beständigen Gebrauch anders hergebracht, in dem Falle bleibt es nicht unbillig dabei. Salzdahl. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 14.

Die übermäßigen Pfändungen sind verboten, vielmehr soll man, wenn von jemandem, er sei von Adel oder nicht, Beamter oder ein Anderer, wer es wolle, mit Jagen, Hehen, Vögelfangen, Fischen, Holzhauen, Hude und Tristen oder anderm, an Enden und Orten, da es ihm nicht gebührt, einem Andern zu nahe geschieht, bescheidenlich dagegen die rechte Gebühr und Maße zu Erhaltung und Bertheidigung des Seinen oder seines anbefohlenen Amts vornehmen, und nicht ganze Heerden und Haufen Vieh oder Pferde, sondern nach Gelegenheit des Excesses allein zum Behufe des gebührenden Abtrages der Uebertretung gemäß ein Hasen- oder Fischgarn, Rad, Ketten vom Wagen, 2 oder 3, weniger oder mehr Stücke Vieh, oder sonst etwas, darauf kein großer Schaden mit Zehrung und Futter läuft, pfänden, und sich also selbst nicht weniger, als dem Andern, welchem die Pfänder zukommen, vor Weitläufigkeit und Ungelegenheit hüten. Da sich aber jemand an pfandbaren Orten nicht pfänden lassen, sondern muthwillig mit Schlägen, Hauen, Stechen, oder in andere unziemliche Wege dawider setzen würde, derselbe soll deswegen nach Befindung mit unnachlässiger Strafe angesehen und belegt werden. Salzdahl. Landtags-Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 21.

Vorstehende Disposition ist nochmals bestätigt, und dabei der Mißbrauch, daß zu Zeiten ganze Haufen Schaaf und anderes Vieh geschlachtet und verpartirt werden, gänzlich verboten. Die Pfändung soll in zugelassener Maße vorgenommen, und die Uebertretung nach Gelegenheit der Uebermaße unausbleiblich gestraft werden; gleichwohl aber in erlaubten und zugelassenen Fällen Keiner irgend Resistenz oder Widersetzlichkeit anwenden, sondern das Pfand willig bei ernstlicher Strafe folgen lassen, wie denn auch, wenn eine rechtmäßige billige Pfändung geschehen, die Beamten sich nicht unterstehen sollen, die

\*) cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 42 sqq. und 75 sqq.

Pfändung oder das Gebot lösumachen, es sei denn der Schaden vorher besichtigt und bezahlt. Wolfenb. Landtags-Abschied v. 27. Januar 1619. Art. 28.

Das Vieh, so auf Aekern, Wiesen oder andern Orten, wo Schaden geschehen kann, betroffen wird, soll ohne Unterschied bis zur Erstattung des Schadens und Erlegung von 3 Fl. Strafe an das Gericht nebst dem Pfandgelde, so der Pfänder von jeglichem Stücke haben soll, in den Pfandstall getrieben werden. Allgem. Land. Ordn. Art. 65.

Die bei vielen Gemeinden eingerissene böse Gewohnheit, daß sie bei verrichteten Pfändungen sofort auf Kosten der Gepfändeten eine Tonne oder ein halbes Faß Bier, auch wohl ein Mehreres vertrinken, und mit solcher Strafe Bauerköhren verlangt werden, soll als ein unvernünftiger Mißbrauch nicht geduldet und nachdrücklich bestraft werden. Landesf. Verordn. v. 31. Octbr. 1747.

S. auch: Viehhüten — Schweine und Gänse.

### Pfändungsrecht der Gutsherren im Amte Thedinghausen.

S. Meier im Amte Thedinghausen, Auspfändung derselben.

### Pfändungs-Sachen.

In Pfändungs- und dergleichen Executiv-Sachen, es werden dieselben per viam mandati oder citationis eingeführt, soll der pignurator oder wer sonst ein Executiv-Mittel gebraucht, in primo termino (jedoch unbenommen seiner sonst in causa mandati habenden Exceptionen und deren gleichzeitigen Vorbringens) gründlich und nervose oder punktwaise den Grund seiner Befugniß übergeben und darauf ferner, wie sich in solchen summariis causis eignet und gebührt, ohne Litiscontestation und ordentlichen Proceß schleunig verfahren werden. Im Falle aber solche Anführung und Uebergabe seines Rechts nicht erfolgt, so sollen dieselben künftig nicht mehr zugelassen, sondern es soll dem pignoratori, oder wer sich sonst eines solchen Executiv-Mittels unterzogen hat, des Falls Stillschweigen auferlegt werden. Hofger. Ordn. Tit. XXXIII. §. Ferner, als 1c.

### Pfand.

S. Unterpfand.

### Pfandrechth.

S. Arrest — Leihhaus, Pfandrechth desselben.

### Pfand-Verschreibung.

S. Handlungen, gerichtliche.

### Pfarr-Gebäude.

S. Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

### Pfarr-Güter.

Die Pastoren und Kirchendiener sollen von den Pfarr-Gütern, sie gebrauchen sie gleich selbst oder nicht, keinen Scheffel- oder Schaaf-Schag geben, wie denn auch, wenn sie die Pfarr-Güter selbst gebrauchen, oder wenn sie bei andern über 20 Jahre, die nächsten, dienstfrei gewesen, davon nicht dienen noch dienen lassen; welche Pfarr-Güter aber bei Andern und vor 20 Jahren dienstpflichtig gewesen, dabei wird es auch gelassen. Salzdh. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 25.

S. auch: Schaaf=Schah — Prediger= und Prediger=Wittwen, Steuerfreiheit derselben — Kirchen=Keeer und Häuser, Immunität derselben.

cf. Rescript fürstl. Geh. Raths=Collegii v. 26. Novbr. 1816. (Bege II. p. 193.) — Neue Landschafts=Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 39.

### Pfarr=Meier.

S. Meier der Kirchen und Pfarren.

### Pfarr=Proceffe.

S. Kirchen=Proceffe.

### Pfarr=Registratur.

Die *rescripta* und *mandata consistorialia* müssen zusammengeheftet werden. Erneuerte Kirchen=Ordnung v. 1. Mai 1709. Ehl. I. Cap. XIX. §. 14.

In jedem Pfarrhause muß ein besonderer Schrank vorhanden sein, der auf Kosten der Kirche angeschafft worden, worin nichts weiter als die Superintendentur= und Pfarr=Registraturen nebst einem genauen Verzeichnisse derselben aufbewahrt werden sollen, und nach Absterben eines Predigers ist der Schlüssel zu solchem Schranke von der Wittwe dem Special=Superintendenten einzuliefern. Ausschreiben fürstl. Consistorii v. 30. Mai 1748.

S. auch: Expeditions=Bücher der Geistlichen.

### Pfarr=Wittwenthum.

S. Kirchen= und anderen piis corporibus zustehende Güter — Prediger=Wittwen — Prediger=Wittwenhäuser — Kirchen=Keeer und Häuser, Immunität derselben.

### Pferde=Diebstahl.

Derjenige, der in den hiesigen Landen einige Pferde aus dem Felde oder der Weide, desgleichen aus den Häusern und Stallungen bösslicher Weise zu entführen und zu entwenden sich gelüsten lassen, auch darauf betreten, oder dessen sonst, wie sich zu Recht gebührt, überführt werden wird, soll, er sei wer er wolle, einheimisch oder fremd, von der Miliz, oder sonst andern Unterthanen, auch ohne Unterschied, ob er dergleichen Dieberei vorhin mehr verübt, oder nicht, desgleichen ohne Absehen auf des gestohlenen Pferdes Werth, Alter und andere Qualitäten, item, ob es nachgehends restituirt worden, oder nicht, ferner, ob jemand den Diebstahl selbst verübt, oder dazu, um daran zu participiren, mit Wachhalten, oder sonst geholfen, und in einigerlei Weise dabei concurrirt, ohne einige Gnade mit dem Strange vom Leben zum Tode gerichtet werden. Dafern auch der Diebstahl noch gänzlich nicht vollbracht, sondern der Dieb in *conatu actui proximo*, das ist, auf einem solchen Vorsatz und Unternehmen, woran zur endlichen That wenig mehr gefehlt, ergriffen, desgleichen, da jemand den Diebstahl zwar selbst nicht begehen, oder auch vorerwähntermaßen mit wirklicher Hülfeleistung dazu nicht contribuiren, sondern nur allein Rath und Anschläge dazu geben, jedoch aber nachher wissentlich an dem Gestohlenen participiren würde, so soll in allen solchen und dergleichen Fällen, die sonst in peinlichen Rechten oder in den Kriegs=Artikeln geordnete Strafe ebenmäßig geschärft, und es sollen jene besundenen Umständen nach härter als bei anderem Diebstahle bestraft werden. Zu Entdeckung aller dergleichen Dieberei sollen alle diejenigen, zumal Fremde und Unbekannte, so Pferde in hiesigen Landen zu kaufen, und hinaus, oder auch anderwärts erhandelte dadurch zu bringen gemeint, auf dem ersten oder nächstgelegenen Amte und Orte sich mit beglaubten Pässen, (die ihnen dann überall und ohne besonderes Entgeld ertheilt werden sollen) worin zu exprimiren, wie viele Pferde

der Eine oder Andere zu erkaufen, oder aus- und durchzuführen gewillet, versehen, auch solche auf Erfordern auf den Zollstätten und sonst vorzeigen, widrigen Falls aber die Verdächtigen sofort angehalten und gegen sie verfahren werden. Diese Verordnung soll auch den zu Einholung peinlicher Urtheile auswärtz zu verschickenden Acten jedes Mal beigelegt werden. Landesh. Verordn. v. 25. Novbr. 1695.

Diese Verordnung ist unterm 20. August 1706 durch einen wörtlichen Abdruck erneuert.

S. auch: Kaufgeld für gestohlene Sachen.

cf. Rescr. fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 18. Octbr. 1820. (Bege III. p. 27.)

### Pferdehalten der Rothsassen.

S. Rothsassen, Pferdehalten derselben.

### Pferde-Hüten.

Ein jedes Dorf soll bei den Pferden einen eigenen Nachthirten, nicht allein die Pferde zu bewachen, sondern auch, damit nicht ein Jeder nach seinem Gefallen hüten, und andern Leuten in ihre Wiesen, Aecker oder Gärten treiben möge, zu halten, auch jedermann, der die Pferde des Nachts draußen haben will, selbige vor den Nachthirten zu treiben schuldig, keinesweges aber allein hüten zu lassen berechtigt sein; die Dorfschaft, so selbiges unterläßt, soll dem Amte oder Gerichtsherrn 10 Fl., wer aber seine Pferde absonderlich hüten läßt, für jede Nacht 1 Fl. ohne und über den etwa zugefügten Schaden zu geben schuldig sein. Allgem. Land. Ordn. Art. 64.

S. auch: Viehhüten in den Forsten, Feldern und Wiesen des Weser-Districts.

### Pferde-Zungen.

Die unvernünftige Gewohnheit, daß die Pferde-Zungen auf den Dörfern am dritten Pfingsttage einen Wettlauf mit den Pferden anstellen, und als wilde Leute auf die unbändigste Weise, den Pferden zum Schaden und mit Gefahr ihres Lebens und ihrer Gesundheit umherjagen, ist auf das Schärffste verboten, und sollen die Obrigkeiten die Pferde-Zungen, welche frech genug sind, wider dies Verbot zu handeln, der Gestalt dafür züchtigen, daß die übrigen an ihrem Exempel lernen, gehorsam zu sein. Landesh. Verordn. v. 20. Decbr. 1745. (Br. Anz. v. 1746. Nro. 17.)

### Pferde-Krankheiten.

Wenn gefährliche Krankheiten unter den Pferden, insonderheit der sogenannte Rog, sich äußern, so soll solches bei Vermeidung schwerer willkührlicher Strafe der Obrigkeit des Orts unverzüglich gemeldet werden, und diese darauf die nöthige Untersuchung auf das Schleunigste anstellen. Wenn sich sodann befindet, daß die Krankheit gefährlich, oder wohl gar der Rog sei, so soll die Obrigkeit die damit wirklich behafteten Pferde sofort todt stechen, die verdächtigen aber allein stellen, und darauf die Ställe gehörig reinigen lassen, auch sonst alle dienlichen Vorkehrungen treffen, damit dem Einreißen des Uebels gewehrt werde. Landesh. Verordn. v. 4. April 1771. (Br. Anz. v. 1771. Nro. 34.)

### Pferdelegen.

S. Ochsen- und Pferdelegen.

### Pferde-Rennen.

S. Pferde-Zungen.

### Pferdesterben, Remission deshalb.

S. Remission wegen Pferdesterbens.



### Pfingst- und Fastnachts-, wie auch Sonntags- und andere Gelage.

Die Pfingst- und Fastnachts-, wie auch die Sonntags- und andere Gelage, darin Knechte und Mägde zusammen zu kommen und Tänze zu halten pflegen, in Häusern oder auf den Aengern, imgleichen auch die Osterfeuer neben den dabei gebräuchlichen Gräseschaften sollen ganz und gar abgeschafft, auch solche Gelage von der Pfingst- oder Fastnachts-Woche auf andere Zeit ohne ausdrückliches Vorwissen, Bewilligung und Bestimmung der Beamten zu verlegen hiermit verboten sein, bei Strafe von 30 Thlr. Allgem. Landes-Ordn. Art. 20.

S. auch: Fastnachts-Schwärmen — Johannisstags-Feier.

### Pfingst-Maien.

S. Maien.

### Pflegbefohlene.

S. Pupillen — Tutelen und Curatelen.

### Pflichttheil.

S. Restitutio in integrum eines Kindes gegen die Renunciation auf das Erbrecht in den elterlichen Nachlaß.

### Pflug, Entwendung desselben.

S. Ackergeräthschaften, Entwendung derselben.

### Pflug- und Mistfuhr-Gelage.

Die Unterthanen sollen den Predigern den Mist zu rechter Zeit von ihren Pfarrhöfen abfahren, auch den Acker zu rechter Zeit pflügen, die Pflug- oder Mistfuhr-Gelage aber nicht in den Pfarrhäusern anstellen, sondern allerdings zufrieden sein, wenn ihnen von dem Priester ein halbes Faß Bier und das Morgenbrod gegeben, und solches in dem einen und andern Hause zu verzehren und auszutrinken frei gestellt wird. Sollten aber die Leute wegen dieser Veränderung den Priestern ihren Acker entweder gar nicht, oder nicht zur rechten Zeit pflügen und den Mist abfahren wollen, wie es vorher an jedem Orte hergebracht und gehalten, alsdann sollen sie wegen solchen Ungehorsams und Verschümmniß dem Priester den daher verursachten Schaden und Abgang erstatten, und daneben annoch in willkührliche Strafe verfallen sein. Landesf. Befehl v. 28. August 1651.

### Puscherei und unerlaubter Handel auf dem Lande.

Die sämtlichen fürstl. Aemter und Gerichte sind angewiesen, künftig auf das Strengste auf alle Puschereien, imgleichen daß kein Landmeister Gesellen oder Lehrlinge halte, auch niemand Krämerei treibe, es sei denn, daß er von dem Landesherrn hierzu besonders privilegiert worden, genau zu invigiliren, und in vorkommenden Fällen gegen dergleichen unbefugte Puschere und Krämer der Ordnung nach zu verfahren, im widrigen Falle aber, und wenn die Obrigkeiten im Mindesten darunter nachgesehen haben, sollen sie selbst dafür verantwortlich sein. Landesf. Circular-Rescript an sämtliche fürstl. Aemter und Gerichte v. 18. April 1782. \*)

S. auch: Handel auf dem Lande.

cf. Gilde-Ordn. v. 29. Octbr. 1821. §§. 16 und 17. — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §§. 49 sqq.

\*) Außer dieser sind noch viele andere, den unerlaubten Gewerbebetrieb und insbesondere die Bestrafung desselben betreffende Verordnungen ergangen, die indeß durch die neuere Gesetzgebung außer Anwendung gekommen sind.

## Pfuscherjagen.

Es kann dem §. 15 der General-Gilde-Ordnung v. 4. März 1765 zur Aufrechthaltung der Gilde-Gerechtsame bis dahin noch nachgelassenen sogenannten Pfuscherjagen wegen der dabei so häufig vorgegangenen Mißbräuche ferner nicht nachgesehen werden, so wenig auch die Absicht dahin geht, die Pfuschereien zum Nachtheile der Zunft- und Gildegenossen zu gestatten und den Vertrieb unzüftiger Handwerker zu dulden, sondern vielmehr alle sonstigen dagegen gemachten Anordnungen in ihrer vollen Kraft bleiben und der Pfuscherei auf alle Weise gesteuert werden soll, wenn nur bei den Maaßregeln dagegen ein ordentliches Verfahren beobachtet, und alles, was an Eigenmacht gränzt und einer guten Polizei zuwider ist, davon gänzlich entfernt wird. Es wird deshalb verordnet, daß das nach Inhalt der obigen allegirten General-Gilde-Ordnung unter gewissen Einschränkungen und auf vorgängige obrigkeitliche Verwilligung den Handwerkern bisher noch nachgelassen gewesene Pfuscherjagen und die Wegnahme der bei den Pfuschern gefundenen Handwerkszeuge und Geräthschaften wegen der dabei nicht zu vermeidenden Mißbräuche und Ordnungswidrigkeiten der Gildegenossen von nun an überall abgestellt und abgeschafft und von der Obrigkeit nicht weiter zugestanden werde. Dagegen aber haben die sämtlichen Gilden die vorfallenden Pfuschereien durch ihre Altmeister den Obrigkeiten, oder ihren Gilde-Vorgesetzten hinfüro mit der erforderlichen Bescheinigung anzuzeigen, und von diesen zu gewärtigen, daß, wenn der Pfuscher unter fremder Gerichtsbarkeit steht, davon unverzüglich an die Behörde zu weiterer Untersuchung Anzeige gemacht, sonst aber darüber ohne Zeitverlust eine summarische Untersuchung angestellt, und, wenn der Pfuscher darin durch eigenes Geständniß oder sonstige Beweismittel des unzuständigen Arbeitens überführt worden, derselbe den Umständen nach mit der Herausgabe des Arbeitslohns, angemessener Geldstrafe, Wegnahme des Handwerkszeugs und Erstattung der Kosten, \*) ohne förmliche processualische Weiterungen, unnachsichtlich bestraft wird, ohne daß die Gilden deshalb mit Erlegung etwaiger Gerichts-Gebühren, wosern sie nicht temere litigiren, beschwert werden sollen. Landesf. Verordn. v. 12. Novbr. 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 97.)

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 60. — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 50.

## Physici.

Es ist die Verfügung gemacht, daß in hiesigen Landen besoldete und verpflichtete Land-Physici bestellt worden, und geht die landesfürstl. Absicht dahin, daß bei sich ereignenden epidemischen Krankheiten, Hebammen- und andern examinibus, Visitationen, auch überhaupt in allen casibus medico-forensibus jeder Land-Physicus in dem ihm angewiesenen Districte den Obrigkeiten die erforderliche Hülfe leiste, auch daß bei Krankheiten und andern in die Medicin schlagenden Fällen die Unterthanen sich bei demselben melden und guten Rathes ohne große Kosten erhalten mögen. Die Obrigkeiten sollen also bei oberwähnten Vorfällen sich an denselben wenden, auch ihre Hinterlassen an ihn weisen. Bei grassirenden Krankheiten sollen die Gemeinden den Land-Physicus abholen, mit Fuhr, auch nöthiger Zehrung versehen, der Physicus aber soll für seine Reise und Bemühung weiter nichts verlangen, vielmehr ex officio solche Verrichtungen übernehmen, und was erforderlich verordnen. Bei vorfallenden inspectionibus vulnerum et cadaverum wird dem Physicus außer Fuhr und Zehrung auch nach Maßgabe der Medicinal-Ordn. im 2. Capitel die Gebühr zu reichen sein. Die Obrigkeiten sollen sich sowohl für sich hiernach achten, als auch ihre Hinterlassen dazu, und insonderheit bei eindringenden Krankheiten anhalten, daß sie dem Obigen nachkommen, und den Physicus adhibiren. Landesf. Ausschreiben v. 29. März (Mai?) 1749.

S. auch:

\*) Unterm 26. März 1806 machte das fürstl. Polizei-Departement zu Braunschweig auf landesf. Befehl bekannt, daß nicht allein der Pfuscher, sondern auch der, welcher absichtlich und wissentlich bei einem Pfuscher arbeiten lasse, in eine Geldstrafe von 2 Thlr. genommen werden solle. (Br. Anz. v. 1806. Nro. 29.)

S. auch: Kranke, arme — Krankheiten, epidemiſche — Collegium medicum — Hebammen und Wärmefrauen — Verwundungen.

Wegen der Liquidation derjenigen Koſten, deren Bezahlung aus herrſchaftlichen Caſſen erfolgt, cf. Landesf. Reſcript v. 11. Mai 1817. (Bege I. p. 23.) — Cammer-Reſcript v. 22. April 1820. (Bege I. p. 29.) — Bekanntm. des herzogl. Ober-Sanitäts-Collegii v. 9. Mai 1831. (Bege III. p. 298.) — Deſgl. v. 3. Novbr. 1832. (Bege III. p. 303.)

### Pia corpora.

Da es den Debitoren ſelbſt ſowohl, als den piis corporibus zum größten Nachtheile gereicht, wenn Viele mit den piis corporibus zu entrichtenden Capital- und andern Erbenzinſen und praestandis im Rückſtande bleiben, ſo wird verordnet, daß alle und jede, welche an pia corpora dergleichen zu entrichten haben, bei Vermeidung doppelter Bezahlung jedes Mal zu gehöriger Zeit Richtigkeit beſchaffen, auch die vorhandenen Reſte nach und nach abtragen ſollen. Die ſämmtlichen Obriigkeiten aber ſind beſchligt, ſobald wegen einer ſolchen Saumſeligkeit von den piis corporibus Klage erhoben wird, die Sache ſofort zu unterſuchen und die debita durch die bereitſte Execution beizutreiben, nöthigen Falls aber einen vollſtändigen ſtatum activorum et passivorum des Debitors zu formiren; ſolchen den klagenden Creditoren zu communiciren, und ihnen dabei bekannt zu machen, was in der Sache, ſo viel ihre Forderung betrifft, weiter geſchehen könne und ſolle, auch ſich ſelbſt darunter keine Nachläſſigkeit zu Schulden kommen zu laſſen, widrigen Falls ſie für das, was der Creditor darunter leidet, mit ihren eigenen Mitteln haften, und überdem noch nach Befinden der Umſtände mit namhafter Strafe angeſehen werden ſollen. Landesf. Verordn. v. 30. März 1775. \*) (Br. Anz. v. 1775. Nro. 42.)

S. übrigens: Pupillen, Curatelen, Kirchen und andern milden Stiftungen zuſtehende Gelder — Kirchen und andern piis corporibus zuſtehende Güter — Kirchen-Viſitationen — Decretum de solvendo — Zinſen der piorum corporum — Zinſen, Bezahlung derſelben nach entſtanenem Concurſe — Vorſteher und Rechnungsführer bei Kirchen, Hoſpitalern und Armenkaſſen.

### Plancken.

S. Holzplancken.

### Polizei-Ordnung.

Eine allgemeine, ſich über das ganze Land erſtreckende Polizei-Ordnung \*\*) haben wir nicht.

### Polizeisachen, Proceſſe in denſelben

S. Brinkſiger, Weidegeld derſelben.

\*) Eine andere Verordnung von demſelben Tage iſt ſpeciell wegen der an pia corpora von Häuſern zu entrichtenden Capitalien und andern darauf haftenden Erbenzinſen und praestandorum in ganz gleichlautenden Worten ergangen.

\*\*) An Bemühungen ſowohl von Seiten der Regierung als der Landſchaft, eine ſolche allgemeine Polizei-Ordnung ins Leben zu rufen, hat es zwar, insbeſondere in älterer Zeit, nicht geſchelt, indeß ſcheinen die Verſuche größten Theils geſcheitert zu ſein, denn wenn auch ſolche Polizei-Ordnungen unterm 19. Januar 1563. (S. Geſenius Meierrecht Bb. I. p. 428.); 10. April 1589 und im Jahre 1601 wirklich abgefaßt ſind, was insbeſondere bei der letztgenannten nicht einmal gewiß iſt, ſo hat doch keine derſelben jemals Geſetzeskraft erhalten. S. du Roi Anleitung zc. p. 172 ſqq. Späterhin wurden Polizei-Meiſter für das ganze Land ernannt, denen unterm 26. Auguſt 1700 und 14. Juli 1701 beſondere Commiſſorien, wonach ſie verfahren und die als Grundlage zu einer hiernächſt zu publicirenden Polizei-Ordnung dienen ſollten, ernannt; allein eine ſolche Polizei-Ordnung iſt nicht erſchienen. Die Landes-Ordnung von 1647 bezieht ſich bekanntlich nur auf das platte Land, mit Ausſchluß der Städte.

Für das Fürſtenthum Blankenburg iſt unterm 18. Novbr. 1727 eine allgemeine Polizei-Ordnung unter dem Titel »Polizei-Amts-Reglement im Fürſtenthume Blankenburg« publicirt.

## Polizeisachen in Braunschweig.

Wegen Verwaltung der Polizeisachen und des dieserhalb landesfürstlich angeordneten Polizeigerichts ist folgendes verordnet:

1) Die Districts-Vorgesetzten sollen den Polizeisachen ex officio sich unterziehen, alles, was zu einer guten Polizei gehört, und zum Besten der getreuen Stadt Braunschweig gereicht, und nicht vor andere Collegia oder Departements gehört, vornehmen, zu dem Ende bei etwaigen Zänkereien und Schlägereien Frieden gebieten, über Feuer-, Graben-, Straßen- und andere zum gemeinen Besten gereichende Ordnungen, auch über richtige Ellen, Maaße und Gewichte halten, Brod-, Fleisch- und andere Victualien-Preise reguliren, dem verbotenen Vorlauf steuern, und alles, was ihnen nach der ihnen ertheilten Instruction obliegt, besorgen, auch über die Ausrichtung der in dessen Befolge ertheilten Befehle und gemachten Anordnungen halten.

2) Es sollen ferner vor die Districts-Vorgesetzten und das Polizeigericht gehören: die Klagen zwischen Brodherren und Frauen und dem Gesinde, auch zwischen den Brodherren unter sich über das Gesinde, \*) Bausachen, wenn nämlich über den Lohn oder über Untauglichkeit und Aufenthalt der Arbeit zwischen den Bauherren und den Handwerkern Streit entsteht, Irrungen zwischen den Handwerkern unter sich, wegen Gildesachen, Alimenterachen, wenn nämlich über die Determination des Kostgeldes, auch ob der Ordnung und dem Contracte gemäß gespeist worden, Streit entsteht, Angelegenheiten reisender Personen, Gastwirthschafts- und Marktsachen, die bei Gelegenheit des Kaufs und Verkaufs entstehenden Streitigkeiten und Injurien, die Klagen über überschrittene Preise, auch über unrichtige Ellen, Maaße und Gewichte, und überhaupt alle Polizeisachen, auch solche Mißhandlungen, welche nicht zu dem Criminalgerichte gehören, und mit einer Geldstrafe von 10 bis 20 Thlr. gebüßt werden. \*\*)

3) Wenn bei dem hiesigen Stadtmagistrate Sachen vorkommen, die vor dieses Polizeigericht gehören, so verweist derselbe solche brevi manu dahin, auch giebt dieses Polizeigericht und jeder Districts-Vorgesetzte die Protocolle an den Stadtmagistrat ab, wenn in dem Fortgange der Sachen befunden wird, daß sie vor solches Collegium gehören, \*\*\*) und soll über die competentiam fori, ob die Sache vor den Magistrat oder das Polizeigericht gehöre, zwischen den Parteien durchaus kein Streit verstattet werden, sondern es wird bei entstandenem Zweifel lediglich des Magistrats arbitrio überlassen, woselbst die Sache tractirt werden soll, und soll, wenn darüber öftere Irrungen entstehen sollten, eine nähere Bestimmung der speciellen Fälle bekannt gemacht werden. †)

4) Wer in obgemeldeten vor die Districts-Vorgesetzten oder Polizeigerichte gehörigen Sachen was anzubringen hat, meldet solches dem Rathsherrn des Districts, worin der Beklagte oder Denunciat wohnt, ††) welcher Rathsherr, wenn es Kleinigkeiten, Angelegenheiten reisender Personen, Gesindesachen, wenn nämlich über die Dienst-Entlassung Streit entsteht, oder andere Sachen betrifft, die keinen Verzug leiden, besonders wenn über Ueberschreitung der Brod- und anderer Preise, über unrichtige Ellen, Maaße und Gewichte, verbotenen Verkauf geklagt wird, die Sache sogleich allein, oder mit Zuziehung eines seiner Collegen, im Hause, oder zu Rathhause untersucht und abthut, in andern Fällen aber, die einer so geschwinden Untersuchung und Entscheidung nicht bedürfen, die Parteien auf eine gewisse Zeit vor das Polizeigericht bestellen läßt, und soll, wenn solcher Gestalt die Sache zu einem Verhörstermine ausgesetzt, dem Beklagten ein Citationszettel, worin der Name des Klägers, die Sache, worüber geklagt worden, auch Tag und Stunde des Erscheinens ausgedrückt ist, zugestellt werden.

\*) cf. Gesinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 41.

\*\*) cf. Landesf. Rescript v. 5. April 1832. (Bege III. p. 33.)

\*\*\*) cf. dasselbe Rescript.

†) cf. Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §§. 159 und 196. — Gesetz über die Organisation, den Geschäftskreis und das Verfahren der Ministerial-Commission v. 12. Octbr. 1832. — Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 116.

††) cf. Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction v. 11. Januar 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 11.)

5) Wenn jemand denunciirt wird, daß er wider die landesfürstl. in Polizeisachen ergangenen Verordnungen, oder sonst strafbar gehandelt habe, so mag der Senator des Districts den Denunciaten ebenfalls entweder in sein Haus, oder vor bemeldetes Gericht fordern lassen. \*)

6) Wer citirt wird, soll zur gesetzten Zeit erscheinen; es wäre denn, daß er rechtmäßige Entschuldigung und Hinderungen hätte, welchen Falls er solche jedoch dem, der ihn citiren läßt, zeitig meldet, und um Aufschub des Termins Ansuchung thut, auch dafür sorgt, daß die Dilation, wenn solche gestattet wird, dem Gegentheile zeitig vor dem Termine bekannt gemacht werde. Wer auf die erste Citation ungehorsam zurück bleibt, soll einen halben Mariengulden, und zum andern Male einen Mariengulden Strafe geben, auch dem Gegentheile die Kosten erstatten, wer aber auf die dritte Citation nicht erscheint, in dessen Ansehn soll die Klage oder Denunciation für eingestanden gehalten werden. \*\*)

7) Wenn die Partei, welche geklagt hat, und einen Andern citiren lassen, selbst und ohne aus erheblichen Ursachen Dilation erhalten zu haben, zurück bleibt, so soll der Beklagte alsobald entlassen, und nicht wieder gefordert werden, es sei denn vorgemeldete Strafe doppelt erlegt, auch die Kosten bezahlt worden.

8) Im Termine wird, wenn die Sache danach beschaffen, vom Gerichte die Güte gesucht, in deren Entstehung aber mit Weglassung aller zum Proceß nicht wesentlich gehörigen Stücke die Sache in der Kürze untersucht, zu welchem Ende beide Theile das, was zur Sache gehört, kurz und ohne Bitterkeit vorzutragen haben, und ist darauf die Sache durch einen in continenti oder in nächster, den Parteien bekannt zu machender Session zu publicirenden Bescheid zu entscheiden.

9) Wenn die Sache, worüber gestritten wird, in Gegenwart von Zeugen geschehen, so thun beide Theile wohl, solche zu ersuchen, mit ihnen vors Gericht zu gehen, und soll den Zeugen darum, daß sie sich ohne citirt zu sein einstellen, nichts obmovirt werden. Die Zeugen sind in Kleinigkeiten auf ihren geleisteten Bürgereid zu vernehmen, nach befundener Wichtigkeit der Sache aber wirklich zu beeidigen, es wäre denn, daß der Product den Eid erließe, und steht übrigens einem jeden Theile frei, sich der Eides-Delation zu bedienen.

10) Wenn das Polizeigericht den Umständen nach auf den Erfüllungseid oder Reinigungseid erkennt, so sind dem, der den Reinigungseid schwören soll, vorher die wider ihn vorhandenen überführenden Anzeigen specificirte vorzuhalten, und ist, wie solches geschehen, zu Protocoll zu notiren, auch ist, wenn derjenige, welcher schwören soll, furchtsam, zweifelhaft oder sonst verdächtig ist, ihm bis zum nächsten Gerichte Bedenkzeit zu geben, um sein Gewissen wohl zu erforschen, und mit dem Eide sich nicht zu übereilen.

11) Das Polizeigericht richtet sich in seinen Erkenntnissen nach den in Polizeisachen ergangenen fürstl. Verordnungen und andern Edicten und Rescripten, wonach auch die Geldbuße einzurichten, jedoch sind dabei die vorkommenden Umstände vernünftig zu betrachten, und nach deren Befinden die Strafen etwas zu vermindern, oder, und zwar insonderheit bei denen, welche sich sonst schlecht aufführen, zu erhöhen, auch ist bei Ansetzung der Geldstrafen auf der strafwürdigen Person Vermögen mit zu sehen.

12) Es bleibt dem Polizeigerichte unbenommen, auch gegen die Uebertreter der Gesetze nach den Umständen mit Gefängnißstrafe zu verfahren. Und ob man gleich zu diesem Gerichte und den Vorgesetzten der Districte das Vertrauen hat, es werden dieselben regulariter keine Handwerker und andere gute Bürger mit dergleichen Strafe belegen, so mag und muß solches doch allerdings geschehen, wenn dieselben durch ihre eigene Aufführung sich dem geringen Pöbel gleich machen.

13) Wenn jemand wozu schuldig erkannt, oder in Strafe verurtheilt wird, so soll ihm eine gewisse Frist zur Befolgung des Erkenntnisses gesetzt, und zu Erlegung der Strafe oder des zuerkannten quanti ein

\*) cf. das angeführte Landesf. Refer. v. 5. April 1832.

\*\*) cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordnung v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 22. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des vorstehenden Gesetzes betr., §. 22. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, das Verfahren in Injurien-sachen betr.

Gerichtstag von acht Tagen bis längstens vier Wochen bestimmt werden, an welchem das Geld im Gerichte einzubringen ist. Geschieht dieses nicht, so wird der Condemnirte einmal angemahnt, und, wenn dieses fruchtlos, zur Auspfändung geschritten. Die genommenen Pfänder, wenn solche nicht binnen vierzehn Tagen durch Erlegung dessen, was der Bescheid besagt, auch der Executions-Gebühren, nämlich 6 Mgr., gelöst werden, sollen auf vorgängige Taxation öffentlich um baares Geld verkauft werden, wovon dem Kläger das ihm zuerkannte Quantum, dem Gerichte die Strafe, und über jeden Thaler Strafe annoch 2 Mgr. zu bezahlen, \*) der etwa bleibende Ueberschuß aber, oder, da keine Sachen weiter, als welche zu Bezahlung des erkannten Quantums erforderlich, zu verkaufen sind, die zurückgebliebenen Sachen dem Gepfändeten zu verabsolgen sind, und soll eine der Gerichtspersonen ein besonderes Pfandbuch halten, worin jedes Pfand, auch was daraus gelöst worden, aufgeschrieben wird.

14) Sollte Einer über das Erkenntniß des Polizeigerichts sich gravirt erachten, und davon an den ganzen Rath appelliren wollen, so steht ihm solches frei, es wäre denn, daß das *objectum litis* unter 10 Mfl. wäre, oder die Klage den Dienstwechsel zum Vorwurf hätte, oder gegen den gravirten Theil in *contumaciam* verfahren wäre, jedoch muß er gleich bei der Publication des Bescheides die Appellation mündlich zu Protocoll interponiren, zu welchem Ende ihm vom Gerichte bekannt zu machen ist, daß, wenn er dieses nicht befolge, der Bescheid rechtskräftig sei, auch ist die Appellation bei dem Rathe binnen 14 Tagen zu justificiren, dem alsdann vom Polizeigerichte die Acten nebst Bericht zugestellt werden. \*\*)

15) Vor diesem Polizeigerichte sollen auch die jungen Bürger, wenn sie vorher vom Rathe den Bürgerzettel erhalten, den gewöhnlichen Feuer-Eimer abgeliefert, oder statt dessen 1 Thlr. bezahlt haben, die gebührenden Bürgergelder erlegen, und den Erbhuldigungs- und Bürgereid abstaten, und hat dieses Gericht dahin zu sehen, daß junge Bürger, sowohl Fremde, so sich hier besetzen, als Bürgerföhne, die ihre eigene Haushaltung anfangen und bürgerliche Nahrung treiben, binnen acht Tagen den Eid ablegen und *praestanda* prästiren. \*\*\*)

16) Die Namen der neuen Bürger sind in ein besonderes dazu zu haltendes Buch, mit Vermeldung des Tages, wann sie den Eid abgelegt haben, auch was sie an Bürgergeld erlegt oder schuldig bleiben, auf was für Termine solche zu bezahlen, und wer etwa dafür gebürgt hat, zu verzeichnen, und sind aus solchem Buche demnächst quartaliter die Hefte zu extrahiren und einzufordern. †)

17) Da die vor dem Polizeigerichte vorkommenden Sachen mit der möglichsten Geschwindigkeit betrieben und ausgerichtet werden müssen, als ist ferner des Landesfürsten ernstlicher Wille, daß kein schriftliches Verfahren so wenig wie die Supplications-Instanz bei diesem Gerichte Statt haben, auch daß, Falls eine der Parteien durch gegründete Ursachen, welche das Gericht zu untersuchen hat, in Person zu erscheinen behindert würde, keine andere, als die hieselbst recipirten Anwälde zugelassen werden sollen. ††) Es haben aber die Advocaten dahin zu sehen, daß sie nicht allein die Ursachen, welche ihren Prinzipal persönlich zu erscheinen abgehalten, sogleich bestmöglichst bescheinigen können, sondern auch, daß sie von ihrem Prinzipal völlig instruiert werden, oder zu gewärtigen, daß, Falls ersteres nicht geschieht, sie sogleich zurückgewiesen, im letztern Falle aber die Klage oder das denunciirte Factum, wenn solche von keiner Erheblichkeit, sogleich für eingestanden angenommen werden.

18) Und da solchemnach alle vor das Bruchgericht bisher gehörig gewesene Sachen vor dem Polizei-

\*) cf. Sportel-Ordnung v. 10. Mai 1835.

\*\*) cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordnung v. 26. März 1823 betr., §§. 23 und 27.

\*\*\*) cf. Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 26. — Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 21.

†) cf. Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 14.

††) cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823 betr., §. 22. — Schon durch die Verordnung des Raths der Stadt Braunschweig v. 20. Febr. 1727 war bestimmt, daß den Parteien beim Bruchgerichte keine schriftliche Handlungen verstattet werden sollten.

Gerichte abgehandelt werden, außer was die Injurien-Sachen anbelangt, als welche exclusive dessen, was oben deshalb vorgekommen ist, hinfüro bei dem Untergerichte anzubringen und zu erörtern sind, so wird das Bruchgericht hiermit aufgehoben. Landesf. Verordn., das Polizeigericht in Braunschweig betr., v. 24. Juli 1759. \*) (Br. Anz. v. 1759. Nro. 79.)

S. auch: Eid, Ableistung desselben vor dem Polizeigerichte zu Braunschweig.

Die obige Verordnung hat außer durch die in den Noten gegebenen Hinweisungen insbesondere dadurch eine wesentliche Abänderung erlitten, daß den die Polizei ausübenden Behörden keine Strafgewalt mehr zusteht (Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 194.) und daß der Stadtmagistrat keine Jurisdiction mehr ausübt (Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834.), vielmehr sowohl in bürgerlichen Streitsachen, als in allen Strafsachen die Stadt- und die Kreisgerichte, je nach ihrer Competenz, allein entscheiden.

Ueber das Verhältniß der Polizei-Behörden zu den Stadtmagistraten s. die Städte-Ordnung vom 4. Juni 1834, insbesondere §. 121.

### Polizeiwesen in Wolfenbüttel.

Zu der Verbesserung des Polizeiwesens in Wolfenbüttel hat der Landesfürst ein besonderes Polizeicollegium errichtet, und demselben die Macht ertheilt, daß bei allen zu dem Polizeiwesen gehörigen und in dasselbe einschlagenden Fällen alle und jede, sowohl Civil- als Militairbediente und Einwohner, weß Standes sie sein, oder unter welcher Gerichtsbarkeit sie stehen mögen, sammt und sonders diesem Collegio, ohne daß es einer Requisition ihrer Obrigkeit bedürfe, folgen, und unter keinerlei Vorwand und Einwendungen sich desselben Anordnungen, Auflagen und Entscheidungen in Polizeisachen entziehen sollen. Die Collegien selbst (nämlich sowohl alle Obrigkeiten, als die höheren Justiz-Collegien) sind angewiesen, dem Polizeiamte auf alle Art beförderlich zu sein, und solchem bei allen Vorfällen möglichst zu assistiren. Landesf. Verordn. v. 25. Januar 1748. \*\*)

Der Landesfürst hat für gut gefunden, mit Aufhebung des bisherigen fürstl. Polizeiamts in Wolfenbüttel statt dessen ein Polizei-Departement bei dasigem Magistrate errichten zu lassen, solchem auch alle diejenige Auctorität, welche das Polizeiamt bisher gehabt, beizulegen. Dieses ist öffentlich bekannt gemacht durch ein Avertissement v. 16. März 1773. (Br. Anz. v. 1773. Nro. 25.)

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction zu Wolfenbüttel vom 10. Januar 1826. (Br. Anz. v. 1826. Nro. 5.) — Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834 §. 121.

### Polterabend.

S. Unfug und Auflauf auf den Straßen.

### Portechaisen-Anstalt zu Braunschweig.

S. Reglement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 8. Mai 1790, die Einrichtung der Portechaisen-Anstalt betr. \*\*\*)

### Porto.

S. Post-Ordnung.

\*) Die ältern das Polizeiwesen in Braunschweig im Allgemeinen betreffenden Verordnungen waren: Ordnung der Stadt Braunschweig, ihre christliche Religion, auch allerhand Criminalstraf- und Polizeisachen betr., v. 20. Febr. 1573; der Stadt Braunschweig Ordnung, ihre christliche Religion, auch allerhand Straf- und Polizeisachen betr., v. 5. Febr. 1579; der Stadt Braunschweig Edict wegen der Polizei- und Kleider-Ordnung v. 26. August 1623; Bruchgerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 15. April 1690.

\*\*) Unterm 8. August 1748 wurde diesem Polizei-Collegio eine besondere Polizei-Ordnung oder Instruction ertheilt.

\*\*\*) Frühere Reglements waren v. 26. Januar 1763 und 1. Juli 1784 und ein vorläufiges v. 13. Januar 1761.

### Postillen.

Dem geschehenen Vorschlage gemäß sollen Heyms Predigten für Landleute und Brückmanns Predigten für Ungelehrte auf den Pfahldörfern aus den Kirchenmitteln angeschafft, alsdann aber die alten Postillen gänzlich zurückgelegt werden. Rescript des fürstl. Consistorii an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 12. Juni 1784.

### Postillon, Neujahrblasen derselben.

S. Einsammeln des Neujahr- u. Gelbes zu Braunschweig.

cf. Rescript herzogl. Cammer v. 3. Januar 1830. (Bege II. p. 250.)

### Post-Ordnung.

Die das Postwesen betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, welche theils veraltet, theils in vielen einzelnen Verordnungen zerstreut und mit den in den Nachbarstaaten bestehenden Grundsätzen nicht im Einklange waren, wurden einer Revision unterworfen, worauf die Post-Ordnung v. 13. August 1832 erschien, die sämtliche Zweige der Postverwaltung umfaßt und alle ihr entgegen stehenden Gesetze aufhebt, wodurch die ältern Verordnungen \*) ihren practischen Werth verloren haben. Eine Declaration der Post-Ordnung ist v. 28. März 1833.

S. auch: Extrapostwesen.

### Poststücke, Abhandenkommen derselben.

Ueber die Verpflichtung der Postanstalt, für die derselben zur Beforgung gegebenen Briefe, Packete und Gelder zu haften und erforderlichen Falls Ersatz zu leisten, s. Post-Ordn. v. 13. August 1832. §§. 22 sqq.

### Präjudicial-Bescheid.

S. Insinuation der Decrete u. — Fristen.

### Präjudicial-Frist.

S. Fristen.

### Pränumerationen auf Bücher.

Da bei den Pränumerationen auf Bücher viele Unterschleife vorgegangen sind und die Collecteure der Pränumerationen-Gelder die Pränumeranten auf verschiedene Arten übervorthelt, ja wohl gar die gesammelten Gelder behalten, in ihren Nutzen verwandt und den Interessenten so wenig Geld als Bücher gegeben haben, so ist zur Steuerung des Unwesens verordnet, daß sich in den hiesigen Landen niemand, außer den Buchhändlern, bei Strafe von 10 Thlr. auf jeden Contraventionsfall, ohne zuvor dazu gesuchte und erhaltene landesf. Erlaubniß unterstehen soll, Pränumerationen auf Bücher anzunehmen. Landesf. Verordn. v. 11. April 1755.

Das Verbot der vorstehenden Verordnung wird wiederholt und zugleich verordnet, daß gegen die Contravenienten ohne Unterschied und Nachsehen sofort mit executivischer Beitreibung der Strafe verfahren werden soll. Landesf. Verordn. v. 23. Januar 1775.

S. auch: Braunschw. Anzeigen; landesf. Rescript v. 17. Febr. 1756.

cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837.

\*) Die wichtigsten derselben waren: Des fürstl. Braunschw. Lüneb. Gesammthausen Post-Ordnung v. Jahre 1667. — Haupt-Post-Ordnung v. 17. August 1678. — Des fürstl. Braunschw. Lüneb. Gesammthausen revidirte und erneuerte Post-Ordnung v. 9. August 1682. — Fürstl. Reglement wegen der Posten v. 7. Januar 1689. — Reglement der fürstl. Braunschw. Lüneb. zu den Postsachen verordneten Commission v. 11. Febr. 1766.



### Prävention bei den Gerichten.

In neuerer Zeit ist die Competenz eines jeden Gerichts, insbesondere auch der höheren Gerichte, genau bestimmt und durch Prävention wird dieselbe nicht mehr begründet, weshalb die ältern, durch die Aufhebung des Hofgerichts und der Justiz-Canzlei ohnehin schon zum größten Theil antiquirten Verordnungen in Betreff der Prävention \*) keine Anwendung mehr finden.

S. übrigens: Criminalsachen, Convention in Betreff derselben mit der königl. Hannoverschen Regierung, §. 15.

### Predigen.

Kein Prediger soll einem Studioso theologiae die Kanzel öffnen, der nicht vorher vom fürstlichen Consistorio oder wenigstens von einem Generalsuperintendenten examinirt und mit einem, sowohl de eruditione et orthodoxia, als de vita et moribus erhaltenem guten Atteste versehen ist. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. IV. §. 10.

Kein Prediger soll bei Vermeidung ernstlicher Bestrafung einen Studiosus, der nicht tentirt und ein publicum testimonium von dem fürstl. Consistorio oder der theologischen Facultät zu Helmstädt des Falls vorzuzeigen hat, zum Predigen admittiren. Fürstl. Wolfenb. Consistorial-Befehl v. 3. Juni 1707.

In Absicht der Stadt Braunschweig ist die beständige Observanz allda, daß nämlich der Superintendent daselbst den Candidatis theologiae, wenn er zuvor mit ihnen über den gewählten Text ein colloquium gehalten, und sie darin bestanden, die licentiam concionandi ertheile, von dem Landesfürsten ausdrücklich bestätigt, jedoch der Superintendent zugleich angewiesen, keinem Studioso, der die Akademie noch nicht verlassen hat, die Kanzel zu eröffnen. Landesf. Rescr. an das geistl. Ministerium zu Braunschweig v. 14. Januar 1782.

S. auch: Candidaten der Theologie; Verordn. v. 19. Decbr. 1750. §. 14.

### Prediger.

S. außer den folgenden Rubriken auch: Geistliche — Kirchen- und Schuldiener auf dem Lande, wie viele Kühe dieselben auf die Gemeinde-Weide frei treiben dürfen — Armen-Atteste — Expeditionsbücher der Geistlichen.

### Prediger, Absetzung derselben.

S. Prediger, Bestrafung derselben.

---

\*) Die wichtigste derselben war v. 6. Mai 1757, welche mit Beziehung auf die Verordnungen v. 18. Septbr. 1596 und 25. Febr. 1605 und den Landtags-Abschied v. 27. Januar 1619 bestimmte, daß, sobald die Parteien ihre Supplication übergeben hätten, die Sache für eingeführt, die Litispensenz für fundirt gehalten und zwischen der Justiz-Canzlei und dem Hofgerichte die Prävention Statt finden solle. Diesemnach sollte, wenn in derselben Sache zum zweiten Male oder noch öfter ein Theil, sei es der Appellant, der Appellat, ein Interveniens oder Litisdenunciat, die Appellation verfolgen wollte, diese bei eben dem Gerichte, wo die Sache zum ersten Male anhängig gewesen, wieder eingeführt und von einem andern Gerichte nicht angenommen werden. In Ansehung der Concurs-Processse wurde verordnet, daß, wenn ein Creditor oder Interessent des Concurses an die Justiz-Canzlei und der andere an das Hofgericht appellirte, der ganze Concurs vor das von beiden Gerichten, bei welchem die Appellation zuerst introducirt worden, gezogen werden und, wenn nach ausgemachter Appellation nachher wegen eines neuen gravaminis appellirt werde, solche Appellation ebenfalls bei dem Gerichte, welches schon früher in der Appellations-Instanz entschieden habe, bleiben, dieses Gericht aber sowohl in dem einen, als dem andern Falle nicht nur über die gravamina appellationis, sondern auch über die etwa in erster Instanz interponirten und nicht entschiedenen Supplicationen, remedia restitutionis in integrum und andere vorkommende Punkte erkennen solle.

### Prediger, Aufsicht derselben über den Lebenswandel ihrer Eingepfarrten.

Ein Prediger soll zwar durch Ermahnungen und Vorstellungen die mit einander zerfallenen Personen *privatim* zu vergleichen und Frieden und Einigkeit zu befördern suchen, sich aber dennoch nicht ermächtigen, förmliche Verhöre und Cognitionen anzustellen, sondern, wenn auf bewegliches Zureden kein Vertrag zu erhalten, die Sache von sich ab- und an das weltliche Gericht zu schleuniger Entscheidung verweisen. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Th. I. Cap. IV. §. 6.

Sie sollen sich auch nicht in weltliche Handel, bevorab in Sachen, so vor dem weltlichen Richter in Rechten hängen, zu immisciren, und auf einer Partei Suggestion von solchen und dergleichen Rechts-händeln etwas *pro concione* anzuführen, oder das obrigkeitliche Richteramt darüber zu taxiren, viel weniger über die in Gerichtssachen ergangenen Civil- und Criminal-Urtheile ihre Censur von der Kanzel zu geben, oder auch wohl gar unter Bedrohung des zu verweigernden Beichtstuhls die Parteien zum Transigiren zu zwingen sich unterstehen. Wer dawider handeln wird, soll entweder mit einer ziemlichen Geldbuße, oder besundenen Umständen nach gar mit Entsetzung des Pfarrdienstes bestraft werden. Ebendas. §. 7.

Da auf dem letzten Landtags-Abschiede \*) von der Landschaft beschwerend angezeigt worden, daß die aus fürstl. Consistorio, wegen der von den Predigern zu thuenen Anzeigen der bei ihren Gemeinden vorkommenden öffentlichen Aergernisse, ergangene Verfügung \*\*) gemißdeutet werden dürfte, so wird zur Belehrung und Anweisung der Prediger, wie dieselben sich mit Anzeige und Meldung der öffentlichen Aergernisse zu verhalten haben, folgendes Reglement ertheilt:

1) Es sind die Prediger bereits in der fürstl. Kirchen-Ordn. Thl. 1. Cap. V mit Mehrerem angewiesen, wie sie bei den ihnen anvertrauten Gemeinden das in Gemäßheit der auf ihre schwere Verantwortung ihnen anempfohlenen Seelsorge ihnen obliegende Straf- und Ermahnungsamt führen, und in Beobachtung des Lebens und Wandels ihrer Pfarrkinder so wachsam als behutsam sich erzeigen sollen, damit unter göttlichem Beistande einer Seits aller Bosheit und Sünde nebst ärgerlichem Leben und Unbußfertigkeit möglichst gesteuert, dagegen Erkenntniß, Reue und ernstlicher Vorsatz zum bessern Leben bewirkt werde, anderer Seits aber auch sie sich, da sie nicht Richter, sondern Lehrer sind, in den Schranken ihres geistlichen Amts ohne alle Affecten behalten, und weder durch unzeitiges übereiltes Verfahren in der Gemeinde wider sich Mißtrauen erwecken, und die Liebe derselben verlieren, noch auch durch übertriebenen Eifer sich der weltlichen Obrigkeit, als wollten sie derselben in ihrem Amte vorgreifen, verdächtig oder gar verhaßt machen mögen.

2) Da aber bei verschiedenen Fällen zu bemerken gewesen, daß nicht alle Prediger dem vorgesezten heilsamen Zwecke gemäß sich klüglich genug zu verhalten wissen, noch genau zu beurtheilen vermögen, wie weit sie eigentlich, um nicht aus den Gränzen ihres geistlichen Amts zu schreiten, zu gehen haben, so hat es nöthig sein wollen, selbige sämmtlich wegen der von ihnen vermöge des aus dem fürstl. Consistorio an sie unterm 9. April 1768 erlassenen Circular-Rescripts zu thuenen Anzeigen etwas genauer zu instruiren, wie sie sich in Ansehung der in ihren Gemeinden theils öffentlich vorgehenden Aergernisse, und theils ruchbar gewordenen, aber noch nicht genugsam erforschten groben Sünden und schweren Verbrechen zu verhalten haben.

3) Wenn *delicta occulta*, so nicht ruchbar geworden, und daher der Gemeinde zum Anstoß und Aergerniß nicht reichen können, dem Prediger *privatim* bekannt gemacht oder denunciirt werden, so hat

selbiger

\*) G. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 2.

\*\*) Diese war v. 9. April 1768.

selbiger auf die Art und Weise, wie sie ihm denunciirt worden, sowohl als auf die Beschaffenheit der angeschuldigten *factum* selbst sorgfältige Acht zu haben, und gute Vorsicht dabei zu gebrauchen.

4) Alles, was einem Prediger im Beichtstuhle oder außer demselben von jemandem in der Meinung, es nicht öffentlich bekannt gemacht zu wissen, sondern nur Rath und Trost für sich deshalb zu suchen, offenbart wird, muß derselbe bei sich in äußerster Verschwiegenheit behalten, und, daß es durch sein Versehen nicht kundbar werde, auf sein Gewissen gebunden sein lassen; ihm bleibt dabei nichts übrig, als daß er den oder die, so ihm solcher Gestalt etwas offenbart, wenn es sie selbst angeht, zur Buße und Erziehung des Schadens ernstlich ermahne, wenn es aber einen Dritten betrifft, dessen Besserung möglichst zu befördern ihnen anempfehle, auch selbst daran mit zu arbeiten aller Gelegenheit, ohne jedoch einen Argwohn wider den Denuncianten bei dem Beschuldigten irgend zu erregen, wahrnehme.

5) Sollte jedoch das ihm offenbarte Factum von der Beschaffenheit sein, daß künftig noch dadurch ein beträchtlicher Schaden einem Dritten, oder gar dem gemeinen Besten bevorstehe, oder die Fortsetzung desselben anders nicht, als durch obrigkeitliche Verfügung unterbrochen und verhütet werden könne, so hat er bei dem Superintendenten oder General-Superintendenten sich deshalb Rathes zu erholen und demselben den *casum in terminis*, jedoch ohne die Personen und den Ort kennbar zu machen, zur Entscheidung, wie er sich dabei zu benehmen habe, vorzutragen, dieser aber bei Vermeidung schwerer Verantwortung nichts davon ruchbar werden zu lassen, sondern ihn nach seinem besten Wissen und Gewissen zu bescheiden, oder, wenn er die Sache zu wichtig findet, an das Consistorium dieselbe gelangen zu lassen.

6) Wird hingegen einem Prediger etwas dergleichen wider einen Dritten von jemandem denunciirt, ohne daß dieser es geheim gehalten wissen will, so hat sich ein Prediger um so weniger, als es noch nicht ruchbar geworden und daher auch nicht zum Aergeriß der Gemeinde gediehen, damit abzugeben und den Beschuldigten deshalb zur Rede zu stellen, sondern den Denuncianten damit an die Obrigkeit zu verweisen, oder allenfalls an fürstl. Consistorium zu berichten, selbst aber aller merklichen Nachforschung, als wodurch eine Sache leicht ruchbar werden kann, sich zu enthalten, wohl aber, wenn ihm das Angezeigte sehr wahrscheinlich ist und er in seinem Gewissen es nöthig findet, dergleichen Verbrechen sowohl, als die Lasterung seines Nächsten *pro concione generaliter* zu strafen, und davor mit gehörigem Nachdrucke, aber auch in Liebe und Sanftmuth zu warnen. Er hat ferner mit möglichster Amtstreue, jedoch auch mit eben so sorgfältiger Vermeidung alles Aufsehens und aller Zudringlichkeit auf den Denuncianten ein wachsames Auge zu haben, demselben mit Liebe und Freundschaft entgegen zu gehen, ihn zu gewinnen und seine Seele zu retten zu suchen.

7) Wenn Verbrechen und strafbare Excesse durch ein gemeines Gerücht kund geworden und Aergeriß in der Gemeinde schon angerichtet ist, die Umstände aber noch unerforscht und ungewiß sind, so hat der Prediger gleicher Weise dasselbe nur insgemein und ohne die Person, welcher das Gerücht solche That beimeffen will, auf irgend eine Art bemerklich zu machen, auf der Kanzel zu strafen und in seiner abscheulichen Gestalt vorzustellen. Ehe er aber davon Anzeige dem fürstl. Consistorio thut, hat er alle bei dergleichen Gerüchten eintretenden Umstände wohl zu erwägen.

8) Er hat nämlich auf die Beschaffenheit der Leute, durch welche solches verbreitet worden, und auf die Gelegenheit, bei welcher es geschehen, genau aufzumerken, und hat selbiges seinen Ursprung von Leuten, die sonst für leichtsinnig, Schwärmer und Lasterer bekannt sind, oder mit dem Beschuldigten in Feindschaft leben, oder in Rechtshandel verwickelt sind, so hat er schlechterdings darauf nicht zu achten, sondern vielmehr seiner Gemeinde bei dieser Gelegenheit, jedoch in aller Liebe und ohne alle persönliche Anzüglichkeiten, die Pflichten des achten Gebots so erbaulich als ernstlich einzuschärfen, und sie von allen Verläumdungen und Lasterungen des Nächsten abzumahnern.

9) Kommt hingegen das Gerücht von glaubhaften und unbescholtenen Leuten her, so muß der Prediger selbige, da er sich zu bescheiden, daß er Leute, um sie über Anderer Umstände zu vernehmen, vor sich zu

heischen und zu laden, nicht bemächtigt ist, zu sich bitten, und insgeheim, ohne daß sonst jemand dabei ist, befragen, was ihnen von dem laufenden Gerüchte bekannt ist, woher solches seinen Ursprung hat und wie es sich verbreitet, ob sie die ersten Aussager davon sind, oder ob sie es nur von andern, und von was für Leuten gehört haben. Leugnen sie, die ersten Aussager davon zu sein, oder wissen sie andere glaubhafte und unbescholtene Leute, von welchen sie es gehört haben, nicht anzugeben, so muß der Prediger sie ermahnen, alles, so viel an ihnen ist, mit beizutragen, daß dem ungegründet scheinenden bösen Gerüchte gesteuert werde. Bekennen sie sich aber dazu, so müssen sie ferner um die Art und Weise, wie sie die angeschuldigte That in Erfahrung gebracht, befragt werden. Findet sodann der Prediger, daß der Grund ihrer Aussage auf einem Irrthum oder einer schwachen Muthmaßung beruht, so hat er ihnen solchen Irrthum oder Verdacht möglichst zu berathen und sie dagegen zu ermahnen, durch unbedachtsame Nachrede die Ehre und den guten Leumuth ihres Nächsten nicht zu kränken und sich an selbigem zu versündigen. So er aber ihre Aussage und die Art und Weise, wie sie die beschuldigte That in Erfahrung gebracht, nebst den von ihnen anzuführenden *rationibus scientiae vel suspicionis* so beschaffen findet, daß die Beschuldigung mehr als wahrscheinlich ist und einer Gewißheit nahe kömmt, so hat er, wenn er noch zuvor die Namen der dabei interessirten Personen sowohl, als die Umstände der That selbst bei den Aussagern erkundigt, solches Alles an das fürstl. Consistorium einzuberichten und dabei besonders mit anzuführen, wer die Aussager sind, wie sie heißen und was für Glauben ihnen beizulegen, gleich wie auch, wie des Inculpaten Leben und Wandel bisher beschaffen gewesen, und ob man sich der That, deren er beschuldigt wird, zu ihm leicht versehen möge.

10) Sind vollends im Angesicht der ganzen Gemeinde solche *delicta*, die derselben zum Uergerniß gereichen, als da ist die Fastnachtschwärmerei, Schlägerei in den Krügen u. w. d. m. ausgebrochen, und sie werden wider alles bessere Vermuthen von der weltlichen Obrigkeit, deren Amt es ist, gute Zucht und Ehrbarkeit zu erhalten, übersehen und ungestraft gelassen, so hat der Prediger die Anzeige davon mit Benennung der Thäter, des Orts und der Zeit dem fürstl. Consistorio zu thun, damit dieses die Untersuchung und Bestrafung gehörigen Orts befördern könne. Inzwischen, und so einen als andern Falls, hat derselbe, jedoch ohne eine Person namentlich, wo er nicht besondern Befehl dazu bekömmt, zu indigitiren, das Laster selbst insgemein auf der Kanzel ernstlich zu strafen und die Leute zu verwarnen. Landesf. Reglement v. 18. Octbr. 1770. \*)

\*) Das landesf. Edict v. 20. Febr. 1633 befahl, daß diejenigen, welche ein ruchloses Leben führten, (wobei eine Menge von Vergehen sowohl gegen die kirchlichen als weltlichen Gesetze aufgezählt wurden) von den Predigern, wenn auf vorhergegangene Ermahnung keine Besserung erfolgte, auf eingeholten Rath und Gutachten der Superintendenten und weltlichen Obrigkeit öffentlich auf der Kanzel bei Namen benannt und, wenn dies auch nicht helfen sollte, vom Beichtstuhl, Abendmahle, Kindtaufen, Gewatterschaften, Hochzeiten und andern christlichen Werken und ehrlichen Zusammenkünften gänzlich ausgeschlossen, wenn aber auch dies fruchtlos bleiben sollte, aus den Gilden gestoßen und, wenn die Excesse oder Verbrechen und die Halsstarrigkeit zu groß wären, aus dem Lande verwiesen, auch, wenn sie ohne Buße zu thun, verstorben, als von der christlichen Kirche abgeschnittene Glieder ohne Gesang und Geldute oder andere Ceremonien begraben werden sollten. Wenn sich hierbei etwas Bedenkliches zeigte, oder solche Fälle, die außer der Kirchen-Disciplin in landesüblichen Rechten mit gewissen Strafen bedrohet würden, ereigneten oder trogige und muthwillige Delinquenten befunden würden, die jemandem droheten oder sonst was Thätiges zumutheten, so sollten die Superintendenten und Prediger solches dem Landesherrn und der Obrigkeit anzeigen.

Diese Verordnung wurde durch das Cap. V der erneuerten Kirchen-Ordnung modificirt, indem diese vorschrieb, daß die Prediger auf den Lebenswandel ihrer Gemeinde achten und, wenn Einer eine Sünde begangen habe, diesen zuerst insgeheim, wenn dies aber fruchtlos bliebe, vor zwei Zeugen warnen und ermahnen und, wenn dies auch einen heilsamen Erfolg nicht hätte, die Sache dem Consistorio anzeigen und um weitere Verhaltungs-Maßregeln bitten sollten. Wenn eine Sünde allgemein würde, so sollte solches von der Kanzel, jedoch ohne Nennung einer Person, ernstlich gerügt, zugleich aber auch dem Consistorio gemeldet werden. Die öffentliche Benennung einer Person auf der Kanzel durfte der Prediger ohne Befehl des Consistoriums nicht vornehmen.

S. auch: Consistorium — Kirchenbuße — Gottesfurcht — Geistliches Gericht zu Braunschweig; Declaration v. 21. August 1704. §. 8.

### Prediger, Auseinandersetzung derselben mit ihren Vorgängern.

S. Kirchen-Visitationen; Verordnung v. 12. August 1782. §. 11. — Weiden, Hopfenkühlen, Bäume und Obstbäume bei den Pfarren.

### Prediger, Ausreisen derselben.

Kein Prediger soll ohne Vorwissen des Superintendenten eine Reise, die mehr Zeit als einen Tag und eine Nacht erfordert, vornehmen, keinesweges auch zu einer solchen Zeit verreisen, wenn gefährliche Kranke oder Frauen, deren Geburtszeit sehr nahe ist, sich in der Gemeinde finden; dafern aber die Reise so nothwendig ist, daß sie gar nicht aufgeschoben werden kann, so hat der Prediger den vicinum pastorem um Vertretung seines Amts zu ersuchen. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. IV. §. 9.

Ohne des General- und Special-Superintendenten Consens soll kein Landprediger bei Vermeidung einer zweimonatigen suspensio ab officio \*) über einen Tag von seiner Gemeinde verreisen, auch ein Jeder, so oft er statt der ordentlichen Predigt den Psaltermann lesen lassen will, solches jedes Mal wenigstens dem Special-Superintendenten kund thun und dabei die Ursache, warum er nicht predigt, angeben. Consistorial-Ausschreiben v. 14. Decbr. 1722.

Kein Prediger soll ohne Vorwissen seines Superintendenten und kein Superintendent ohne Vorwissen seines General-Superintendenten ausreisen. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium v. 5. Septbr. 1754.

S. auch: Geistliches Gericht zu Braunschweig; Reglement v. 10. Decbr. 1691. §. 7.

### Prediger, Beitrag derselben zu den Besoldungen der Forstbedienten.

Es hat der Landesfürst vor einiger Zeit verordnet, daß die sogenannten Förstertheilungen und Nachtheilungen, welche die herzoglichen Revier-Forstbedienten für die geführte Aufsicht über die Gemeinde-Holzungen vorhin zu genießen gehabt, gänzlich abgestellt und statt derselben von einem jeden Participienten in der Gemeinde für die zu genießenden Unter- und Ober-Forsttheilungen ein sehr Mäßiges an Geld, welches die Ober-Forstbedienten theils nach Waldmorgen, theils nach Theilungen determinirt, erlegt werden soll. Da nun die Prediger und Schulbedienten an den Orten, wo selbige von den Gemeinde-Hölzern ihr Unter- und Oberholz zu genießen haben, nicht anders denn als Mitinteressenten anzusehen sind, folglich ganz billig ist, daß sie den Forstbedienten auch den Betrag an Geld für oberwähnte Aufsicht erlegen; solches aber an einigen Orten in dem Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Districte noch nicht in die gehörige Ordnung hat gebracht werden können, so hat der Landesfürst in einem Rescripte v. 1. d. M. befohlen, daß in erwähnten beiden Districten die Prediger und Schulbedienten zu unweigerlicher und forderksamster Abtragung des ihnen gesetzten Geldquantums angewiesen werden sollen. Es sollen deshalb die General-Superintendenten den Superintendenten, Predigern und Schulbedienten in ihrer General-Inspection bekannt machen, daß diejenigen von ihnen, welche angeführtermassen in den Gemeinde-Hölzern ihr Unter- und Oberholz erhalten und also Mitinteressenten der Holzungen sind, den Forstbedienten den gesetzten Beitrag, der nur ein bloßes, nicht einmal proportionirliches Surrogat für die ehemalige Förstertheilung ist, unweigerlich zu entrichten haben, zumal ein jeder Participient für die Ober- und Unterholzungen, die er genießt, nicht über 3 Ggr. zu erlegen hat und indeß bei den vormals abgegebenen Holztheilungen für die Aufsicht doch ebenfalls hat concurriren müssen, so ihm aber bei nunmehriger Erlegung an

\*) Die Strafe besteht jetzt in einer Geldstrafe von 1 Thlr. S. Ludewigs Kirchen-Verfassung im Herzogthume Braunschweig p. 65.

baarem Gelde ratione des dafür stehen bleibenden Holzes im Ganzen wieder zuwächst. Circular-Ausschreiben des fürstl. Consistorii v. 6. Octbr. 1751.

cf. Rescript fürstl. Cammer-Collegii v. 16. April 1826. (Bege III. p. 131.) — Gesetz v. 16. Octbr. 1834, die Beiträge der Privat-Forstbesitzer zu den Befoldungskosten des herzoglichen Forstpersonals betr.

### Prediger, Berufung und Einführung derselben.

Sobald dem Landesfürsten oder dem Consistorium eine Präsentation zu einer erledigten Pfarrstelle eingesandt, wie auch, wenn behuf der dem Landesfürsten allein zustehenden Pfarren von diesem entweder ein aus besondern Beweggründen selbst ernannter oder ein vom Consistorio vorgeschlagener Candidat an dasselbe remittirt wird, so soll solchem Candidaten eine gewisse Zeit zur Einbringung glaubwürdiger Zeugnisse von seinem Herkommen, seiner Erudition, seinem Leben und Wandel gesetzt und darauf ferner nach Befinden das gewöhnliche Examen \*) mit demselben vorgenommen werden. Wenn der Candidat alsdann nach allen Requisiten als zum Kirchenamte geschikt befunden worden, so soll der Superintendent des Orts ihn eine sogenannte Probepredigt in der vacirenden Pfarrkirche abzulegen anweisen und, wenn er vernimmt, daß die Gemeinde mit seinen Gaben ziemlich zufrieden ist, selbige wegen der gewöhnlichen Vocation erinnern und nebst gehöriger Relation den Candidaten wieder an das Consistorium zur Erlangung der Ordination und Introduction verweisen, mit welchen actibus sodann nach der Form, wie in den Agenden \*\*) verordnet, gebührllich verfahren werden soll. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. II. §. 3.

Wenn eine ziemlich einträgliche Pfarre in den Städten oder auf dem Lande eröffnet wird, so soll zu deren Wiederbesetzung nicht sogleich ein junger Candidat admittirt, sondern zuvor vom Consistorium erwogen werden, ob sich etwa der eine oder andere begabte und um die christliche Kirche wohl verdiente Prediger auf dem Lande findet, welcher zu solcher Pfarre befördert und dadurch zu einer Verbesserung gebracht werden könnte. Ebendas. §. 4.

Die Kosten zu Einführung der Prediger auf dem Lande sollen der Gestalt aufgebracht werden, daß zwei Drittel nach dem Contributionsfuße gesammelt, das übrige Drittel aber nach einer Personal-Laxe auf die Hauswirth in capita vertheilt werden soll, wobei sich von selbst versteht, daß die Begüterten der Billigkeit gemäß mehr beitragen müssen, als die Armen, und daß, wo an einem Orte vornehme und sonderlich bemittelte Eingepfarrte sich befinden, diese eben nach Proportion ihrer daselbst liegenden Gründe, wenn selbige gleich sonst contributionsfrei wären, mit zu Hülfe kommen müssen, indem von dergleichen gemeinschaftlichen auf die gemeinschaftliche Theilnehmung an dem Gottesdienste sich gründenden Lasten der Eingepfarrten auf dem platten Lande in regula niemand frei ist, es wäre denn, daß ein solcher exemptionem per pacta, oder possessionem immunitatis immemoriam gegen seine Miteingepfarrten hinlänglich erweisen könnte, dessen er billig genießen soll. Landess. Verordn. v. 16. Juni 1750. (Br. Anz. v. 1750. Nro. 64.)

S. auch: Kirchen-Visitation; Verordn. v. 12. August 1782. §§. 11 sqq.

Die zum Predigtamte, zu Opfereien und Schuldiensten Präsentirten sollen glaubhaft bescheinigen, daß sie das 25. Jahr zurückgelegt haben. Circular-Rescript fürstl. Consistorii v. 25. Novbr. 1797.

S. auch: Patronat-Pfarren — Braunschweigische Anzeigen; insbesondere landesfürstliches Rescript v. 17. Febr. 1756.

\*) S. Candidaten der Theologie.

\*\*) Cap. XV. p. 88 sqq. und Cap. XVI. p. 94 sqq.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 4. — Circular-Ausschreiben fürstl. Consistorii v. 13. März 1824. (Bege I. p. 202.) — Consistorial-Rescript v. 8. April 1829. (Bege III. p. 275.) — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 226.

### Prediger, colloquia und Zusammenkünfte derselben.

S. Synoden der Prediger — Candidaten der Theologie; Verordn. v. 19. Decbr. 1750. §. 8. — Geistliches Gericht zu Braunschweig; Declaration v. 21. August 1704. §. 2.

### Prediger, Errichtung von Testamenten, Chestiftungen und sonstigen Contracten durch dieselben.

Den Predigern ist untersagt, Chestiftungen auszufertigen, und soll derjenige, so sich eine Chestiftung zu errichten, oder des Falls einiges Accidenz zu prästendiren unterstehen würde, mit 10 Thlr. Strafe angesehen werden. Fürstl. Consistorial-Rescript an die General-Superintendenten v. 20. Januar 1706. \*)

Den Predigern ist ferner bei willkürlicher Strafe verboten, pacta dotalia, testamenta, donationes inter vivos et mortis causa, contractus und dergleichen weltliche Handlungen auszufertigen, zumal dergleichen Documente auch weder in- noch außerhalb Gerichts agnoscirt, sondern hierdurch für ungültig und kraftlos erklärt werden sollen. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Th. I. Cap. IV. §. 7.

Die bei den Verlobungen vorkommenden Punkte aber solcher Gestalt kürzlich zu notiren, wie selbige der Obrigkeit, um nach Befinden daraus eine förmliche Chestiftung zu machen und selbige gerichtlich zu confirmiren, vorgebracht werden sollen, ist denselben erlaubt. Ebendas. §. 8.

Mit Beziehung auf die Kirchen-Ordnung Thl. I. Cap. IV. §. 7 und 8 ist nochmals verordnet, daß die General- und Special-Superintendenten und sämtliche Pastoren sich der Ehepacten und Contracte auch an den Orten, wo solches durch eine jeder Zeit beibehaltene Observanz noch behauptet werden wollte, hinfüro gänzlich enthalten, und wenn sich Personen dieserwegen bei ihnen melden, die Punkte, worüber die Chestiftungen zu errichten, zwar allenfalls notiren, auch wenn die Interessenten dafür aus freiem Willen etwas zu geben sich erbieten, solches wohl annehmen können, mit der förmlich abzufassenden Chestiftung aber selbige an den Beamten jedes Orts, dem die vires patrimonii der Unterthanen am Besten bekannt sein müssen, verweisen sollen. Die General-Superintendenten sollen, so viel an ihnen ist, darüber mit Nachdruck halten und die etwaigen Contravenienten dem fürstl. Consistorio zu gebührender Ahndung sofort anzeigen. Landesf. Verordn. an die General-Superintendenten v. 19. Decbr. 1737.

### Prediger, fürstliche Diener und Befehlshaber, Beleidigungen gegen dieselben.

Wer einen Prediger, fürstl. Diener und Befehlshaber an Ehren und Leumuth schilt, der soll in der Herren Ungnade verfallen, willkürlich bestraft werden und einen offenen Wiederruf zu thun schuldig sein, hätte er aber einiger Uebelthat halber solche Personen zu beschuldigen, so soll es ihm am gehörigen Orte anzubringen erlaubt sein. Allgem. Landes-Ordn. Art. 9.

cf. Gesetz v. 23. Febr. 1837, die gegen die öffentliche Ordnung gerichteten Vergehen betr.

\*) Ein früheres Verbot an die Prediger, Chestiftungen und Verträge aufzusetzen, enthielt schon die landesf. Verordnung v. 4. April 1620; f. Contracte und Verträge der Bauersleute.

### Prediger, Gerichtsstand derselben.

Nach Aufhebung der früher bestandenen Gerichtsbarkeit des Consistorii sind alle Kirchen- und Schuldiener sowohl in bürgerlichen, als in Straf-Sachen den ordentlichen Gerichten unterworfen und nur in dem, was das Amt und dessen Verwaltung betrifft, stehen sie unter der ihnen vorgesetzten verfassungsmäßigen Behörde. \*) Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 228.

Die Prediger sollen in Polizei-Angelegenheiten den Verfügungen der Aemter und Gerichte, in deren Bezirk sie wohnen, wie jeder Andere Folge leisten. Landesf. Rescript v. 24. Januar 1797.

### Prediger, Handeltreiben derselben.

Prediger sollen weder mit Victualien noch sonst Handlung treiben. Landesf. Verordn. v. 14. Juni 1714.

### Prediger und Prediger-Wittwen, Steuerfreiheit derselben.

Es sollen die Prediger und ihre Wittwen mit keinen Reichs- und Kreis-Steuern, ordinairten und extraordinairten Landes-Anlagen, Kopf-Steuern und dergleichen, wie sie Namen haben können, belegt werden, sondern davon beständig erimirt und befreit sein. Wenn aber ein Prediger eigenthümliche Güter hat, so den gemeinen oneribus unterworfen, so ist derselbe solchermwegen zu allen vorkommenden Landes-Anlagen nach Proportion zu concurriren schuldig. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. XIV. §. 4.

S. auch: Kirchen-Necker und Häuser, Immunität derselben — Kirchen- und Schuldiener, Steuerfreiheit derselben.

cf. Verordnung v. 14. Juli 1814, die Aufhebung der Consumtions-Steuer ic., auch der Grundsteuer von den Pfarr- und Schul-Ländereien betr., §. 6. — Verordnung v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr., insbesondere §. 17. — Verordnung vom demselben Tage, die Personalsteuer betr. — Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 39.

### Prediger, Remotion und Suspension derselben.

S. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 7. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 47. — Desgl. v. 12. Octbr. 1832. Art. 17. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 229.

### Prediger- und Schullehrer-Wittwenanstalt.

Auf Ansuchen der Administratoren der in den hiesigen Landen etablirten Prediger- und Schullehrer-Wittwenanstalt soll den Predigern und Schullehrern bei ihrer Einführung in den Dienst der §. 7 \*\*) des unterm 12. Septbr. 1805 von dem Landesfürsten bestätigten und durch die Braunschw. Anzeigen publicirten Plans zu der Einrichtung einer allgemeinen Wittwencasse für die Prediger und Schullehrer der hiesigen Lande bekannt gemacht werden. Landesf. Rescript an die Consistorien v. 24. Juni 1806.

\*) Die Geistlichen, deren Frauen, Wittwen und Kinder (diese auch nach dem Tode des Vaters, wenn sie kein anderes forum erwarben, besonders so lange sie unmündig waren) standen in persönlichen Klagen unter dem Consistorium, in Criminalsachen und bei bürgerlichen Klagen aber unter der weltlichen Obrigkeit. S. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. XIV. §. 1 und 2.

\*\*) Dieser §. lautet: Wer zur Zeit der Eröffnung des Instituts und in der Folge beim Antritte seines Lehramts nicht beigetreten ist, muß beim nachherigen Eintritte alles mit Zins und Zinseszinsen zu 4 Procent nachzahlen. Ueberdies muß er sich noch einer Quarantaine unterwerfen, nach welcher seine Wittve, wenn er im ersten Jahre nach dem Eintritte verstirbt, nur  $\frac{1}{3}$ , und wenn er im zweiten Jahre mit Tode abgeht, nur  $\frac{2}{3}$  der Wittwen-Pension, und nur dann erst das Ganze erhält, wenn er zwei volle Jahre als Interessent gelebt hat.



### Prediger=Vacanzen.

Wenn Prediger mit Tode abgehen und die Pfarren vacant werden, so sollen die Superintendenten zeitig Vorsehung thun, daß von den benachbarten Predigern das Kirchenamt in allen Stücken so lange, bis die Vacanz wieder ersetzt ist, verrichtet wird. Ern. Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. II. §. 1.

Da bisher Beschwerden darüber eingekommen sind, wer bei den sich ereignenden Vacanzen die im mittelst das Amt verrichtenden Prediger abholen und wegbringen, auch speisen soll, so wird verordnet, daß alle Mal zu Verrichtung des öffentlichen Gottesdienstes die Gemeinde des Orts, wo sich die Vacanz ereignet, die benöthigten Fuhren austhue, die Wittwen und Kinder aber, wenn dergleichen an dem Orte vorhanden, die Speisung des Predigers besorgen, im Falle aber keine dergleichen vorhanden, die Gemeinden dahin sehen sollen, daß der ihnen in der Kirche aufwartende Prediger nicht hungrig und durstig wegziehen dürfe. Wenn aber tempore vacantiae ein Eingepfarrter zu seines Hauses besonderer Nothdurft, als etwa ein Kind zu taufen, eine Trauung zu verrichten, des Predigers benöthigt sein sollte, so muß derselbe sowohl für dessen An- und Wegführung, als Speisung sorgen. Fürstl. Consistorial-Rescript an die General-Superintendenten v. 30. Octbr. 1715. \*)

Bei Pfarr-Vacanzen, wenn keine Wittwe vorhanden ist, wird es folgendermaßen gehalten: 1) Das Pflügen und die Bestellung des Pfarrackers ist von den beiderseitigen Visitatoren durch gewisse, dazu bestellte Leute wirthschaftlich zu besorgen und von dem künftigen Pastor das dafür Ausgelegte wieder zu bezahlen; 2) sind die officialia von den sämtlichen Predigern der Inspection nach der Reihe gewöhnlichermaßen zu verrichten; 3) hat es dabei, was bei Vacanzen wegen Abholung der Prediger üblich ist, sein Verbleiben; 4) sind die Kosten für die gewöhnliche Speisung von den fixis zu nehmen und billigmäßig zu berechnen, weil bekanntermaßen bei einer solchen Vacanz, wo keine Wittwe vorhanden, die Prediger die Accidentien genießen, und 6) ist der fixorum halber eine besondere genaue Rechnung zu führen und zu Destinirung des residui an das fürstl. Consistorium einzusenden. Rescr. des fürstl. Consistorii v. 26. Septbr. 1750.

### Prediger=Wittwen.

Die Prediger=Wittwen sollen an der Gemeinde-Hude und Weide, der Holztheilung, Mastung und andern Gerechtigkeiten einem Ackermanne\*\*) gleich ungehindert Theil haben. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. XVI. §. 2.

Wenn das salarium des Predigers zum Theil oder ganz in baarem Gelde besteht, so soll das Quartal, worin ein Prediger stirbt, pro deservito gehalten werden, und es sollen die Wittwen und Kinder über solches Quartal noch eine halbjährige Besoldung genießen, auch geht das halbe Jahr ratione solchen in baarem Gelde bestehenden salarii nicht eher an, als nach Ablauf des Sterbe-Quartals. Ebendas. Cap. XVII. §. 1.

Bei der Einnahme der Accidentien aber, welche die Prediger insgemein zu genießen haben, soll der terminus des halben Jahrs sofort a die mortis computirt werden der Gestalt, daß die Wittwen und Kinder von dem Sterbetage an sechs Monate in der völligen Hebung aller Accidentien bleiben; was aber nach Ablauf solcher Zeit einkömmt, soll dem successori gelassen und darauf, ob etwa in dem Gnaden-Jahre mehr als im folgenden einkömmt, nicht gesehen werden. Ebendas. §. 2.

\*) Dasselbe Rescript wird von Gähner (Kirchenverfassung p. 211) v. 13. Decbr. 1715 und von Wolterstedt (Kurzer Begriff der Landes-Ordnungen) v. 13. Decbr. 1715 datirt. Ein Abdruck desselben findet sich in R. Steinackers Sammlung der Organisations- und Verwaltungs-gesetze p. 401, wo dasselbe, eben wie bei Fredericksdorff, v. 30. Octbr. 1715 datirt ist.

\*\*) S. unten: das Consistorial-Ausschreiben v. 1. August 1710.

Wenn aber des Predigers *salarium* in Ackerbau oder Wiefewachs beruht, so sind die *reditus* des ganzen Jahrs von Michaelis bis wieder Michaelis in einen ungefähren Anschlag zu bringen, davon zuvörderst die *impensae in agrorum cultum et messem factae* abzuziehen und demjenigen, welcher solche ausgelegt hat, zu restituiren, das *residuum* ist aber der Gestalt zu theilen, daß, wenn der Todesfall e. g. im September geschieht, die eine Hälfte der *redituum* des folgenden Jahrs der Wittwe und deren Kindern, die andere Hälfte aber dem Successor zukömmt. Stirbt aber der Prediger im October, so erhalten Wittwen und Kinder  $\frac{7}{12}$  von solchem *residuo* und bleiben dem Successor nur  $\frac{5}{12}$ ; begiebt sich der Fall im November, so kommen jenen  $\frac{8}{12}$ , diesem aber nur  $\frac{4}{12}$  zu, und ist, wenn in den folgenden Monaten sich der Todesfall begiebt, die Computation nach solchem Fuße leicht zu machen, wenn nur alle Zeit *pro regula* gesetzt wird, daß der Sterbe-Monat *pro deservito* zu achten und der Wittve und den Kindern zum Besten zu rechnen ist. Ebendas. §. 3.

Sollte aber im April oder Mai ein Prediger sterben, so genießen die Wittve und die Kinder nicht allein die völligen *reditus* von Michaelis bis wieder Michaelis gerechneten Jahrs, sondern sie haben auch von des folgenden Jahrs Acker-Nutzungen nach Proportion ein, zwei oder mehrere Zwölftel zu erwarten, je nach dem der Todesfall sich früher oder später begiebt. Ebendas. §. 4.

Auf gleiche Weise ist es auch mit den Zehnten, Meierzinsen und andern stehenden Gefällen zu halten und sind solche *pro rata temporis et habito respectu ad diem mortis* nach den Monaten zu theilen, wobei jedoch zu observiren ist, daß, wenn gleich Zehntkorn, Meierzinsen und andere dergleichen Intraden erst nach Michaelis fällig werden, selbige dennoch, da sie wegen der vorhergehenden Erndte abgetragen werden, in die Aufkünfte des bis Michaelis gerechneten Jahrs zu computiren sind. Ebendas. §. 5.

Die Wohnung in dem Pfarrhause bleibt der Wittve und den Kindern ebenfalls sechs Monate von dem Todestage angerechnet, es sei denn, daß an dem Orte, wo der Prediger verstorben, ein Wittwenhaus vorhanden ist, in welchem Falle sie das Pfarrhaus dem Successor, wenn er vor Ablauf des halben Jahrs antritt, zu räumen verbunden sind, jedoch wird ihnen zur Versorgung des etwa habenden Viehes, wenn sie solches in der Wittwen-Wohnung nicht lassen können, auch zur Vertreibung des vorhandenen Vorraths an Getreide, Heu, Fütterung und dergleichen billig einiger Raum gegönnt. Ebendas. §. 6.

Die zu dem Pfarr-Wittwenhume vermachte Länderei soll nicht mit in die *ratione* des halben Gnaden-Jahrs vorzunehmende Theilung gezogen, sondern den Wittwen *pro praecipuo* gelassen und vorher separirt werden. Wo noch keine gewisse Wittwen-Länderei vorhanden, soll bei der Introduction der neuen Prediger von den Pfarr-Ackern in allen drei Feldern von dem besten, mittelmäßigen und schlimmsten der zehnte Morgen assignirt, auch solches Wittwenhum nicht mit unter die *reditus* des halben Gnaden-Jahrs gerechnet werden. Die einmal der Gestalt ausgewiesene Wittwen-Länderei soll sodann in allen künftig sich begebenden Fällen bei dem Wittwenhume zwar verbleiben und die jedesmalige Wittve befugt sein, solche in Possession zu nehmen; wenn aber die Wittve verstürbe, oder ihren Wittwenstuhl verrückte, so soll solche von dem Pfarr-Acker genommene Länderei dem Prediger wieder *accresciren*, was aber außer derselben zum Wittwenhume sonst vermacht worden, solches soll gleich bei der Wittwen-Wohnung *elocirt* und nebst der Hausmiethen besonders berechnet werden. Fürstl. Wolfenb. Consistorial-Berordnung v. 3. März 1717.

Diese Verordnung ist dahin declarirt, daß künftig der zehnte Morgen zum Wittwenhume von der gesammten Pfarr-Länderei genommen und dazu nicht mehr und nicht weniger ausgesetzt werden soll. Falls sich Prediger-Wittwen finden, die mehr als den zehnten Morgen genießen, so sind dieselben bei diesem Genuße zwar Zeit ihres Lebens zu lassen, es ist aber nach ihrem Tode die Anzahl der Länderei nach

nach vorgesehener Norm zu restringiren, derjenigen hingegen, welcher weniger als der zehnte Morgen angewiesen ist, soll das Fehlende sofort zugelegt und nach ihrem Tode, wenn eine andere Wittwe kommen sollte, es gleichfalls dabei gelassen werden. Consistorial=Ausschr. v. 25. Octbr. 1731.

Die Prediger=Wittwen sollen zwar decimam von den Pfarr=Aeckern und dem Wiefewachs, nicht aber vom Holzdeputat und den Meiergefällen haben. Fürstl. Wolfenb. Consistor. Ausschr. v. 7. März 1750.

S. auch: Prediger=Wittwen-Häuser.

### Prediger=Wittwen, deren Kinder und Erben.

Da es für die Kinder und Erben der Prediger=Wittwen auf dem platten Lande sehr hart ist und es ihnen bisweilen auch Schaden verursachen kann, daß selbige, wenn ihre Mutter oder Erblasserin vor der Separation und Perception der *fructuum naturalium et industrialium*, auch kurz vor der Erndte verstorben ist, von denjenigen Aeckern, Wiesen und Gärten, welche dieselbe bei ihrem Wittwenhume zu genießen gehabt, weiter nichts, als nur in Ansehung der *fructuum industrialium* die Bestellungskosten erhalten, so ist von dem Landesfürsten verordnet, daß die Kinder und Erben der Prediger=Wittwen auf dem platten Lande künftig, so wie bei den Predigern schon verordnet worden, die Früchte von den Aeckern, Wiesen und Gütern und überhaupt von allem, was ad *fructus naturales* gerechnet wird, von denjenigen Monaten, in welchen ihre Mutter oder Erblasserin nach Michaelis noch gelebt hat, zu genießen haben sollen. Circular=Rescr. des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 5. August 1775.

### Prediger=Wittwen-Häuser.

An den Orten, wo keine Prediger=Wittwen-Häuser sind, sollen dergleichen nothdürftige Wohnungen auf Kosten der Gemeinden gebauet oder sonst erhandelt und im baulichen Stande erhalten werden. Erneuerte Kirchen=Ordn. v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. XVI. §. 1.

Solche Wittwen-Häuser und die darin wohnenden Wittwen sollen von allen *oneribus publicis* und *praestationibus*, sie haben Namen, wie sie wollen, befreiet sein, \*) die Wittwen auch an der Gemeinde-Hude und Weide, der Holztheilung, Mastung und andern Gerechtigkeiten einem Ackermanne gleich \*\*) ungehindert Theil haben. Ebendas. §. 2.

Wenn aber keine Wittwe vorhanden ist, so soll das Wittwenhaus vermiethet, das *locarium* jährlich besonders berechnet und davon das Haus, wo nöthig, reparirt, sonst aber der gesammelte Vorrath auf Zinsen gelegt, keinesweges aber weder von dem Prediger noch von der Gemeinde hingenommen, noch mit andern Kirchen=Intraden vermischet werden. Ebendas. §. 3.

Im Falle zwei Prediger=Wittwen an einem Orte concurriren und nur ein Wittwen-Haus vorhanden ist, so soll die erste, so lange sie lebt und den Wittwenstand nicht verrückt, sowohl beim Genusse der Wohnung als auch des verordneten Wittwen=Gehalts gelassen und dafür gesorgt werden, ob und durch welche Mittel dieselbe mit einiger Beihülfe getröstet werden möge. Ebendas. §. 5.

Falls aber kein Wittwen-Haus vorhanden ist, soll der Wittwe, so lange bis ihr eine Wohnung verschafft worden, eine gewisse Hausmiethe von der Gemeinde gezahlt werden. Ebendas. §. 6.

In den Orten, wo weder Garten noch Land bei den Wittwen-Häusern sich befindet, sollen die Gerichtsherren und Beamten die Gemeinden dahin zu vermögen suchen, daß sie solche Plätze, wo der Ge-

\*) S. Kirchen=Aecker und Häuser, Immunität derselben.

\*\*) S. unten: das Consistor. Ausschr. v. 1. August 1710.

meinde-Weide und Hude nichts Sonderliches abgeht, zu den Wittwen-Häusern als Gärten, Wiesen oder Acker legen. Ebendas. §. 7.

Die Wittwe eines vor dem Senior gestorbenen Adjuncts soll zwar so lange, als dieser lebt, das Wittwenthum genießen, nach dem Tode des Seniors aber den Wittwen-Gehalt an dessen Wittwe wieder abtreten und es soll dann wie im §. 5 bei der Concurrenz zweier Wittwen verordnet ist, gehalten werden. Ebendas. §. 9.

Der zweite Paragraph des 6ten Capitels der Kirchen-Ordnung ist dahin declarirt, daß es ein *error typographicus* sei, daß die Wittwen den Genuß gleich einem Ackermanne haben sollten, sie sollen vielmehr weiter nichts, als halbe Ackermanns-Theilung zu präbendiren haben, es wäre denn, daß an dem einen und andern Orte den Wittwen etwas mehr wäre gegeben worden, welches denn denselben ferner zu gönnen und zu lassen ist. Fürstl. Wolfenb. Consistor. Auschr. v. 1. August 1710. \*)

Da das Wittwenthum der Prediger-Wittwen überhaupt ein *beneficium personale* ist und nach deren Tode aufhört, so können auch die *accessoria* davon den Pächtern der Wittwen-Häuser nicht zugestanden werden. Landesf. Rescript an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 4. Febr. 1765.

S. auch: Kirchen-Aecker und Häuser, Immunität derselben — Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude — Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Güter.

### Prima instantia.

Die Advocaten, Parteien und Procuratoren sollen die Jurisdictionen nicht confundiren, noch einige Sachen, welche in *prima instantia* nicht vor das obere Gericht gehören, anderer Gestalt nicht, als *per vim appellationis, remissionis oder ex capite protractae vel denegatae justitiae* oder aber wegen einfallenden Verdachts gegen den Unterrichter\*\*) bei demselben introduciren oder anhängig machen, sondern es soll einem Jeden das *privilegium primae instantiae* unverrückt gelassen werden. Hofger. Ordnung Tit. XXVIII. §. Außer obgesetzten u.

Jede Sache soll bei dem Gerichte, wohin sie in Ansehung der Personen und Güter, also ihrer Art und Eigenschaft nach, in *prima instantia* gehört, anhängig gemacht und daselbst ausgeführt werden. Landesf. Verordnung, wie es mit Beförderung der Processe bei fürstl. Rathsstube zu halten, vom 31. August 1667. \*\*\*)

Die Collegien sollen nach dem Inhalte der Wolfenb. Hofger. Ordn. Tit. XXVIII mit Vorbeiehung der ersten Instanz niemals und in keinem Falle, außer *ex compromisso*, einige Sachen annehmen, sondern vielmehr, da dergleichen an sie kämen, solche *ex officio ad judicium primae instantiae* verweisen.

\*) Dieser Druckfehler ist in der neuen Auflage der Kirchen-Ordnung v. 1769 eingebessert.

\*\*) S. Perhorresciren.

\*\*\*) Diese Verordnung handelt außerdem noch von der Appellation, Citation, den bedingten und unbedingten Mandaten, mündlichen Terminen und Procuratur-Gebühren. Wegen der ersten Instanz schrieb dieselbe noch vor, daß Sachen, welche vor die Untergerichte gehörten, bei der Rathsstube nicht angenommen werden sollten, es sei denn entweder 1) an dieselbe rechtmäßig appellirt, oder 2) der Partei das Recht erweislich versagt, oder 3) ungebührlich protrahirt und verzogen, oder aber 4) es habe die Obrigkeit sich in *administratione* der Justiz parteilich erwiesen und verdächtig gemacht, und es würde solches glaublich alsofort begebracht, oder 5) daß sonst erhebliche und bewegliche Ursachen dem Landesfürsten und dessen Kanzler und Räten vorkämen, warum die Sache billiger vor der fürstl. Rathsstube zu erörtern, und den Unterthanen da zum Besten schleunig zu erpediren wäre.

Für die Klöster war durch das landesf. Rescript an die Kloster-Rathsstube v. 18. Decbr. 1780 besonders vorgeschrieben, daß sie gegen diejenigen, welche der Gerichtsbarkeit der Untergerichte unterworfen wären, nicht *immediate* vor den höheren Gerichten, sondern in der ersten Instanz ihre Klage anbringen sollten.

Dabei sind aber die Untergerichte auch auf die Hofgerichts-Ordnung, und insonderheit auf dasjenige, was Tit. LXXXI derselben allen Unterrichtern ernstlich injungirt worden, folglich ihren theuer beschworenen Pflichten nach in Allem bestmöglichst zu beobachten ihre äußerste Sorgfalt ohnedies sein muß, gewiesen, damit sie nicht Ursache werden, daß das privilegium primae instantiae, welches den Parteien billig als ein heilsames beneficium nachgelassen ist, durch unfleißiges, illegales und nichtiges Verfahren selbigen zur Last werde, oder diese mit Grund über einige Parteilichkeit, Nullität und Beschwerung in Gebühren klagen mögen, bei Vermeidung schwerer unausbleiblicher Strafe. Serenissimi Duc. Lud. Rudolphi Rescr. an alle Untergerichte im Fürstenthume Blankenburg d. d. Blankenb. den 20. März 1730.

Die Untergerichte im Lande haben und behalten die erste Instanz, welche unrechtmäßigerweise bei Strafe nicht vorbeigegangen werden darf. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 33.

cf. Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 192. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823 betr.

### Primariae preces.

S. Stift Steterburg, Besetzung der daselbst entstehenden Vacanzen.

### Privat-Holzungen.

S. Holzungen, eigene.

### Privilegia.

Alle Schriftsassen-, und andere dergleichen privilegia, welche nicht von des Landesfürsten Ascenden-ten ertheilt, oder von dem Landesfürsten specialiter bestätigt worden, sind aufgehoben. Postscript an den Magistrat zu Braunschweig v. 28. Juli 1745.

cf. Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 20. Nro. 5 und 6. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 10.

### Privilegium de non appellando.

S. Rechtsmittel der Appellation.

### Privilegium dotis.

S. Abfindungen — Erbfolge der Ehegatten — Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Gü-ter; Verordn. v. 28. Mai 1746. II. 3. d. — Kirchengelder, Ausleihen derselben.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die Bankerotte betr., §§. 20 und 21. — Verordn. von dems. Tage, die stillschweigenden und gesetzlichen Hypotheken betr., §. 1. Nro. 6. — Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 19.

### Privilegium dotis in Braunschweig.

Zur Erhaltung und Beförderung der bürgerlichen Nahrung wird verordnet, daß kein Weib mit ihrer fräulichen Gerechtigkeit zugelassen werden, noch sich derselben am wenigsten gegen die Gläubiger zu behelfen haben, sondern solche fräuliche Gerechtigkeit in allen den Gütern, den beweglichen und unbeweglichen, die sie dem Manne eingebracht, und demselben in seine Verwahrung und Handthierung gethan, gänzlich davon abgethan und aufgehoben sein soll, der Gestalt, daß dieselben, so weit sie reichen mögen, fernerhin und ins Künftige unter die Gläubiger ausgetheilt werden sollen. E. E. Raths der Stadt Braunschweig Edict v. 5. Febr. 1579.

Nachdem durch die Constitution v. 24. Septbr. 1675 \*) das sächsische und dergleichen vor diesem in der Stadt Braunschweig üblich gewesene Recht aboliert ist und in solchen Fällen den gemeinen kaiserlichen Rechten nachgegangen werden soll, so wird zur Beseitigung des Zweifels, ob solches auch von dem in solcher Stadt vordem üblichen privilegio dotis mulierum zu verstehen sei und dasselbe voriger Observanz zuwider des gemeinen Rechts wieder genießen solle, declarirt, daß, da die Erfahrung gelehrt hat, wie schädlich es den Commercien und dem dazu nöthigen Credite fällt, wenn die Frauen unterm Behelf solchen Privilegiums sich der Obligation und Schulden ihrer Männer entziehen wollen, das besagte sonst in den gemeinen Rechten gegründete privilegium dotis mulierum in der Stadt Braunschweig hinfüro gänzlich cessiren, und in sich begebenden Fällen es mit Brautschatz und anderem einem Manne durch Heirath zugebrachten Gute gehalten werden soll, wie das vor diesem in selbiger Stadt geordnet und üblichen Herkommens ist. Es sollen auch keine Appellationen dagegen verstattet werden, mit Vorbehalt wirklicher Strafe sowohl wider die Principale, als Advocaten, Consulenten, Procuratoren und Notarien, die sich dieser Verordnung entgegen werden gebrauchen lassen. Landesf. Declaration v. 7. Octbr. 1676.

Auf das Gesuch der Erben des gewesenen Gerichtsvoigts Krauthaupt zu Braunschweig, wegen ihrer in den von dessen Creditoren erregten Concurß mitgezogenen mütterlichen Güter, ist an den Bürgermeister und Rath der Stadt Braunschweig folgendes rescribirt: Da der Supplicanten Vater nie einigß commercium oder bürgerliche Nahrung getrieben, sondern von seiner Bedienung und daher gehabten Aufkünften gelebt hat, und also das sub dato Wolfenbüttel den 7. Octbr. 1676 in puncto privilegii dotis mulierum ergangene Rescript auf diesen Fall füglich nicht applicirt werden kann, gestalt solche Verordnung bloß zur Beförderung des commercii damals verfügt worden, so wird dem Magistrate befohlen, daß die Supplicanten nicht allein bei Abfassung des in puncto prioritatis hiernächst zu eröffnenden Urtheils der Gestalt zu consideriren, wie es die in den gemeinen Rechten verstatteten Privilegien erfordern, sondern auch künftig bei dergleichen etwa mehr sich ereignenden Fällen dahin zu sehen, daß Prediger und andere gelehrte Leute, welche nicht commercia, Handel und Wandel und bürgerliche Nahrung treiben, von obbesagter Constitution exempt sind und hingegen der dem weiblichen Geschlechte in den gemeinen Rechten gegebenen Privilegien und Vorzugsrechten sich zu erfreuen haben. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 12. Juni 1690. \*)

Da das sub dato den 7. Octbr. 1676 an Bürgermeister und Rath zu Braunschweig wegen Abschaffung der fräulichen Gerechtigkeit ergangene Rescript sowohl, als die von Bürgermeister und Rath zu Braunschweig v. 5. Febr. 1579 publicirte und durch obiges Rescript bestätigte Verordnung mit ausdrücklichen Worten nur von denjenigen Gütern disponirt, welche eine Frau ihrem Manne durch Heirath zugebracht, und ihm in seine Verwahrung oder Handthierung gegeben, so kann solche Disposition ultra litteram auch auf die bona, so eine Frau für sich behalten, nicht extendirt, und können solche in des Ehemanns Schulden nicht mit verwendet werden, allermassen denn auch bei der Stadt Braunschweig es der Gestalt jeder Zeit observirt, und der Ehefrauen bona receptitia von allen Ansprüchen, so die creditores mariti daran machen wollen, jeder Zeit frei erkannt worden. Es soll also in sich etwa ereignenden dergleichen Fällen auf gleiche Weise geurtheilt werden, gestalt mehrerwähntes Rescript kraft dieses also declarirt ist. Landesf. Rescript an fürstl. Hofgericht, d. d. den 18. Mai 1695. \*\*)

\*) Fredericksdorff bemerkt freilich im vierten Theile p. 326 ausdrücklich, daß dieses Rescript nicht v. 12. Juni, sondern v. 12. Januar 1690 sei; indeß ist dasselbe sowohl von Woltereck in dessen kurzem Begriffe der Braunschw. Landesordnungen und Gesetze, als auch in den Braunschw. Anzeigen v. 1748. p. 265 und in dem in Schneiders Repertorium Bd. II. p. 464 sich findenden vollständigen Abdrucke v. 12. Juni 1690 datirt, und dieser letzte liegt dem obigen Auszuge zum Grunde.

\*\*) Einen Abdruck dieses in Sachen Langermanns gegen Dießlers Wittwe ergangenen Rescripts s. in Schneiders Repertorium Bd. II. p. 465.

Des mariti creditores sind nur in subsidium von der Ehefrau illatis zu befriedigen, wenn nämlich jenes Vermögen zu ihrer Befriedigung nicht zureicht, imgleichen kann eine Ehefrau, wenn sie pro marito von dem Ihrigen bezahlt, von dessen post satisfactionem creditorum noch übrig habenden bonis solches repetiren. Fürstl. Justiz-Canzlei Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 6. Novbr. 1724. \*)

Das statutum v. 5. Febr. 1579 ist dahin declarirt, daß dasselbe nur von den vor und in der Ehe gemachten Schulden zu verstehen ist, der Gestalt, daß, da dem überlebenden Ehemanne nur der usus-fructus von dem mütterlichen Gute seiner Kinder zusteht, solches mütterliche Gut für die nach dem Absterben der Mutter gemachten Schulden nicht haften kann, sondern bei entstehendem Concurse vor diesen den Vorzug ex jure legalis seu tacitae hypothecae haben muß; dahingegen, wenn die Schuld noch bei Lebzeiten der Mutter contrahirt ist, die Kinder sodann billig nachstehen müssen, wenn gleich die Hypothek erst nach dem Absterben der Mutter constituirte worden wäre. Landesf. Rescript auf ein Gesuch der Eineckschen Kinder Vormünder an fürstl. Justiz-Canzlei v. 13. Febr. 1745. (Br. Anz. v. 1745. Nro. 20.)

Eine Ehefrau in Braunschweig muß das statutum v. 7. Octbr. 1676, kraft dessen sie sich des privilegii dotis wider ihres Ehemanns Gläubiger nicht bedienen kann, um so mehr gegen sich gelten lassen, da eines Theils die Rechte, wo jemand gewohnt, vorzüglich beobachtet werden müssen, andern Theils aber die Declaration v. 12. Januar (Juni) 1690 nur die Ehefrauen der Gelehrten, welche keine bürgerliche Nahrung treiben, von vorangezogener Verordnung ausnimmt, wohin ein Ehemann, der kein Gelehrter gewesen, und noch dazu bürgerliche Nahrung getrieben hat, nicht gerechnet werden mag, indem auch einen solchen so wenig eine Postbedienung, als die Eigenschaft eines vicarii zu einem Gelehrten machen kann. Landesf. Resolution für des Intendanten Meyer Wittwe v. 10. Decbr. 1746.

§. Execution, wie damit beim Untergerichte zu Braunschweig zu verfahren ist; §. 18.

cf. Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821. §. 14. Nro. 4. — Verordn. v. 26. März 1823, die Bankerotte betr., §. 21.

## Probenhandel in den Messen.

§. Meßwaaren, Handel mit denselben nach Proben und Mustern.

## Proceffe, geringfügige.

Bei Sachen von mäßigem Belange ist nicht außer Acht zu lassen, daß es für die Parteien besser ist, eine mäßige Summe gar nicht zu haben, als solche nach etlichen Jahren bei Verspilderung der Zeit, Zerrüttung des Gemüths und aus diesen beiden nothwendig erfolgender Versäumung der Nahrung und Nachhängung der der menschlichen Societät höchst schädlichen Leidenschaften und dazu noch öfters mit noch größern Kosten, als die Sache selbst werth, zu erobern, und sollen daher die Gerichte in solchen Sachen von geringem Werthe gleich durchgreifen und dieselben ex aequo et bono abthun. Landesf. Rescr. an Fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 18. Novbr. 1745.

§. auch: Advocaten und Procuratoren; Verordn. v. 28. Decbr. 1745.

cf. Verordnung v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 2.

## Proceffe der Gemeinden.

§. Gemeinde-Proceffe.

\*) Dieses Rescript ist auf ein Gesuch der G. M. Thiemann, verehelichten Fuhr, ergangen.

## Proceſſe der Gilden.

G. Gildſachen.

## Proceſſe der Kirchen.

G. Kirchſachen, Proceſſe in denſelben.

## Proceſſkosten.

In puncto expensarum ſoll jeder Theil mit einer Schrift verfahren und zum Urtheile beſchließen und, was überdas übergeben wird, nicht beachtet werden. Canzlei-Ordnung Art. 49.

Ueber die durch Ungehorsam veranlaſten Koſten kann das Gericht entweder ſogleich erkennen oder ſolches bis zum Endurtheile und Ausſprüche in der Hauptsache vorbehalten. \*) Hofgerichts-Ordnung Lit. LXXII. §. Würde aber ic.

Wenn nach geſprochenem Endurtheile \*\*) und vermöge deſſelben die Gerichtskosten gefordert werden, ſo ſollen dieſelben ſämmtlich in einer Schrift unterſchiedlich, wann, wem, wofür und in welcher Summe die Ausgaben zu tariren und zu mäßigen, beim Gerichte eingelegt, dem Gegentheile ſoll davon Abſchrift gegeben, dabei Termin, ob er dawider excipiren will, bis zum Nächſten endlich und peremptorie angeſetzt und, ſo derſelbe wider ſolche Erpenſen und Koſten excipiren würde, dem andern Theile Abſchrift davon zugeſtellt und Zeit, dawider per generalia zu beſchließen, auch bis zum Nächſten, weiter aber nicht, gegönnt und ſodann ſollen die Erpenſen, wie recht, von den Richtern fleißig überſehen, tarirt und gemäſigt, auch alſo publicirt und ausgeſprochen werden. Ebendaſ. §. So aber ic.

Zur Verhütung fernerer Mühe und Koſten ſollen in allen Sachen der Erpenſen wegen keine neue Ladungen gegeben oder genommen werden. Ebendaſ. §. Wir wollen auch ic.

Die Procuratoren ſollen kraft ihrer Gewalt, die ſie in der Hauptsache haben, obgleich darin der Erpenſen und der Executionsſachen keine ausdrückliche Meldung geſchieht, in ſolchen Sachen zu handeln zugelassen werden. Ebendaſ. §. Und ſollen die ic.

Wenn die Summe der Erpenſen etwas groß und dieſelben ſonſt nicht ganz gewiß oder auffindig zu machen wären, ſo ſollen die Richter dem obſiegenden Theile oder ſeinem dazu bevollmächtigten Anwalde den Eid deſhalb auferlegen; wenn aber ein Anwalt anſtatt ſeiner Partei die Erpenſen vermöge der Eidesleiſtung erhalten oder über dieſelben quittiren wollte, ſo ſoll er zu ſolchem Acte ausdrückliche Gewalt oder Befehl von ſeiner Partei erhalten haben, außerdem aber dazu nicht gelassen werden. Ebendaſ. §. Weiter ordnen ic.

Wenn aber die gewinnende Partei ſelbſt zugegen iſt, ſo ſoll ſie einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium ſchwören, daß ſie in dieſer Sache die tarirte Summe der Gerichtskosten vielmehr darüber und nicht darunter ausgegeben und erlitten habe. Ebendaſ. §. Wann aber ic.

Der Procurator aber ſoll ſchwören in die Seele ſeiner Partei, daß dieſe Partei die tarirte Summe der Gerichtskosten ausgegeben und erlitten habe. Ebendaſ. §. Der Procurator ic.

\*) G. auch: Ungehorsam.

\*\*) Durch die Verordnung v. 9. Juli 1770 wurde beſtimmt, daß; wenn die Acten an ein auswärtiges Gericht verſchickt würden, dieſes facultatem decidendi in puncto expensarum haben ſollte, wenn auch das frühere Urtheil lediglich beſtätigt würde. Hierdurch wurde der §. 5 der Verordnung v. 19. Juni 1759 aufgehoben, wonach alle Mal derjenige, welcher das Rechtsmittel eingelegt und die Verſchickung der Acten erwirkt habe, in die Koſten dieſer Inſtanz verurtheilt werden ſollte.



In seine eigene Seele aber soll er schwören, daß er also zu thun von seiner Partei besondere Gewalt empfangen habe und von dem Allen genugsam unterrichtet sei, ohne alle Gefährde. Ebendas. §. In seine eigene u. \*)

Wenn aber die Richter befinden, daß die Parteien ohne allen Zweifel so viele Expensen, wie verzeichnet worden, nothwendig haben ausgeben müssen, alsdann mögen sie auch ohne Eid des gewinnenden Theils die andere Partei darin verurtheilen. Ebendas. §. Würden aber u.

Für die Taxation und Ermäßigung der Gerichtskosten können füglich wegen Ungleichheit der Personen und Sachen keine gewisse Regeln gegeben werden, vielmehr muß solches vornehmlich zur Ermäßigung und Bescheidenheit des Richters stehen. Ebendas. Tit. LXXIV. §. Wiewohl in u. \*\*)

Würden die Richter finden, daß eine Partei undienliche und überflüssige Schriften, Reccessse oder Vorträge gebraucht hätte, so soll es in ihrem Ermessen stehen, entweder gar nichts oder nur etwas dafür, ihrem Werthe nach, zuzuerkennen, also zum Theil oder gänzlich vorbei zu gehen. Ebendas. §. Würden aber u.

S. auch: Deserviten — Gemeinde-Proceße.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 11 und 13.

### Proceßschriften.

S. Producte, gerichtliche.

### Processus arctiores.

S. Insinuation der Decrete u.

### Processus executivus.

S. Executiv-Proceß.

### Proceß = Vollmachten.

S. Vollmachten der Advocaten und Procuratoren.

### Proclamation und Copulation.

Kein Pfarrherr soll sich unternehmen, die mit einander ehelich verlobten Bauersleute, so in hiesigen Fürstenthum und Landen sich häuslich zu setzen und niederzulassen gewillet, zu proclamiren noch zu copuliren, wenn sie nicht vorher die unter ihnen aufgerichteten und von dem Amte jedes Orts confirmirten Ehestiftungen, oder Amtscheine wegen Vergünstigung der Copulation jedes Mal im Originale producirt. \*\*\*) Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 101.

Weil die Nachricht eingelaufen, daß einige Prediger sich unterstehen, von armen Dienstmägden, wenn sie schon öfters an anderen Orten verschiedene Jahre gedient, und in loco domicilii wenig oder nichts an Vermögen haben, dennoch sowohl die Proclamations- und Copulations-Gebühr und andere accidentia zu fordern, hierdurch aber manche arme Frauensperson in unerschwingliche Kosten gesetzt oder in ihrem Glücke gehindert wird, so bleibt es zwar dabei, daß regulariter die Proclamation oder Copulation an dem Orte, woher die Braut originirt, zu verrichten, wenn aber arme Bauermädchen einige Jahre anderswo ge-

\*) Gleichlautende Eide schreibt die Kanzlei-Ordnung unter den angehängten Eidesformeln Nro. XXVIII vor.

\*\*) In den folgenden Paragraphen dieses Titels werden verschiedene Weisungen für die Feststellung der Gerichtskosten gegeben, die jetzt keine Anwendung mehr finden.

\*\*\*) Eben diese Bestimmung wiederholte das Consistorial-Rescript v. 11. Novbr. 1716.

dient und daselbst ein Glück im Heirathen finden möchten, so sollen des Falls dergleichen Leute wider ihren Willen nicht schuldig sein, in loco originis weder die Proclamations- noch Copulations-Gebühr zu bezahlen; gestalt denn ein jeder Prediger, der dergleichen extorsiones ferner unternehmen wird, mit 10 Thlr. Strafe belegt werden soll. Und als dem fürstl. Consistorio angemeldet worden, daß die sogenannten Bedemunds-praestanda bisher sehr zurückgeblieben, so wird den Pastoren bekannt gemacht, daß sie zukünftig niemanden copuliren sollen, ehe sie einen Schein vom Amte haben, daß der Bedemund entrichtet und eingeliefert. \*) Und obwohl billig, daß das Gesinde, wenn es von einem Orte zum anderen zieht, von seinem vorigen Beichtvater seines Verhaltens halber einigcs Zeugniß mitnimmt, so sollen doch die Prediger dafür nichts nehmen, bei obgedachter Strafe. Rescr. fürstl. Consistorii v. 20. Januar 1706.

G. Bedemund.

Den Predigern ist bei Verlust ihres Dienstes verboten, junge Leute, es sei denn die Mannsperson 18 und die Weibsperson 15 Jahre alt, zu copuliren. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. XXII. §. 2.

Die Copulation soll nicht eher vollzogen werden, als bis die Proclamation und Aufbietung von der Kanzel an zwei Sonntagen nach einander, und zwar in den Kirchen und vor der versammelten Gemeinde, zu welcher die Braut oder \*\*) der Bräutigam gehört, öffentlich vorhergegangen ist. Ebendas. §. 3.

Die Prediger sollen aber die Personen, welche sich an fremden Orten eine ziemliche Zeit aufgehalten haben und allda heirathen, sub praetextu loci originis wider ihren Willen nicht proclamiren, noch Proclamations- und Copulations-Gebühren von denselben erigiren, bei Vermeidung der in dem Consistor. Rescr. v. 20. Januar 1706 gesetzten Strafe. Ebendas. §. 4.

Bevor die Prediger zu den Proclamationen schreiten, sollen sie sich wohl erkundigen, ob sich die Personen etwa unter den gradibus prohibitis befinden, zu welchem Zwecke denn die Verwandten und Nachbarn dem Prediger auf Befragen wahrhaften Bericht, wie sie selbigen auf obrigkeitliches Erfordern allenfalls mit dem Eide bestätigen können, zu geben schuldig sind. Sollte hiergegen gehandelt und ohne vorher erlangte Gewißheit hierüber mit der Verhehlchung und Copulation verfahren werden, so soll der Pastor mit Entsetzung seines Dienstes, ein Jeder der Copulirten aber mit hundert Thaler Strafe, auch wohl nach Befinden noch härter bestraft werden. Kommen Fälle vor, die sich zur Dispensation eignen, so sollen die Prediger an den Landesfürsten oder an das Consistorium berichten und die Parteien dahin verweisen. Ebendas. §. 5.

Die Prediger sollen sich bei schwerer Verantwortung und Strafe wohl versehen und mit Fleiß darauf achten, daß sie keine fremde Leute, die nicht in ihre Pfarre gehören oder sich nicht eine geraume Zeit darin aufgehalten haben, ohne Vorzeigung glaubwürdiger, von ihrer Obrigkeit und ihrem Seelsorger ertheilter schriftlicher Zeugnisse proclamiren, noch trauen. \*\*\*) Ebendas. §. 6.

Alle Copulationen sollen an den Orten, wo die Braut bis zu der Hochzeit eingepfarrt gewesen, (oder es muß doch dem pastori loci der Accidentien halber Abtrag gemacht werden) und immer öffentlich in den Kirchen und nicht in Privathäusern verrichtet werden. Wenn jemand eine Privat-Copulation zu verlangen

\*) Dieses Verbot ist nachher durch mehrere Consistor. Ausschr. z. B. v. 18. Octbr. 1713, 18. Juni 1724, 2. März 1765 und 5. Juli 1769 wiederholt.

\*\*) Nach dem Consistorial-Ausschr. v. 30. Mai 1748 steht hier durch einen Druckfehler »oder« statt »und«.

\*\*\*) Schon durch die Verordnung v. 20. Febr. 1633 war den Predigern nochmals ernstlich und bei Strafe der Dienst-Entsetzung verboten, fremde in ihre Pfarre nicht gehörige Personen zu copuliren.

langen erhebliche Ursache hätte, so soll deshalb beim Landesfürsten oder dem Consistorio Special-Concession gesucht werden. Ebendas. §. 8.

S. auch: Haus- und Trauung.

In den Advents- und Fasten-Wochen, wie auch an den Sonn- und Festtagen sollen keine Copulationen und Hochzeiten, wenn nicht vom Consistorio Dispensation ertheilt worden, vorgenommen werden, \*) an den Werktagen aber präcise 12 Uhr, es wäre denn, daß auf Ansuchen ein Anderes concedirt würde. Ebendas. §. 9.

Es hat zwar bei der Disposition des Cap. 22. §§. 4 und 8 der fürstl. Kirchen-Ordnung, daß die Prediger niemanden sub praetextu loci originis wider seinen Willen proclamiren, oder die Gebühr für das Aufgebot und die Trauung prätendiren sollen, sein Bewenden; es ist aber auch nicht verboten, daß die proclamandi und in specie die Bräute sich wieder freiwillig ad locum originis begeben, und daselbst Hochzeit machen, weshalb denn der Prediger desjenigen Orts, wo sie sich aufhalten, an Gebühren nichts prätendiren kann, sondern ihnen nur ein Zeugniß wegen ihres Verhaltens zu ertheilen hat. Fürstl. Consistorial-Rescript an die General-Superintendenten v. 18. Mai 1718.

Wenn ein aus fremden Landen gebürtiger Bräutigam darüber, daß er in seiner Heimath oder sonst bereits eine Ehefrau, oder sich mit einer andern Person nicht verlobt habe, ein gerichtliches Certificat nicht beibringen kann, so soll das geistliche Gericht zu Braunschweig es auf dessen Jurament, daß er nicht schon verheirathet oder verlobt sei, ankommen lassen. Landesf. Rescr. an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 16. Juli 1762.

S. auch: Proclamation und Copulation der Soldaten.

Die Trauung soll zu der in der Kirchen-Ordnung Cap. XXII. §. 9 bestimmten Zeit vorgenommen und das Brautpaar, welches sich am Trauungstage nach 12 Uhr in der Kirche einfindet, für jede Stunde, so dasselbe nach Verlauf dieser Zeit will getraut sein, einen Thaler an die Armen-Anstalten jedes Orts erlegen und zu diesem Ende an den Prediger entrichten, der bis dahin, daß die Strafe bezahlt worden, mit der Copulation nicht zu verfahren hat. Consistorial-Ausschreiben v. 21. Decbr. 1765. \*\*)

Bei der Proclamation unehelicher Kinder soll der Namen des Vaters nicht genannt werden. Rescr. fürstl. Consistorii v. 9. Febr. 1771.

Jede Braut soll, wenn es verlangt wird, als Jungfer aufgeboten werden, sobald nicht das Gegentheil in der Gemeinde offenbar ist. Consistorial-Rescr. v. 8. Juli 1775.

Es ist Thl. I. Cap. 22. §. 4 der Kirchen-Ordnung verordnet, daß die Prediger die Personen, welche sich an fremden Orten eine ziemliche Zeit aufgehalten und allda heirathen, sub praetextu loci originis wider ihren Willen nicht proclamiren, noch einige Proclamations- und Copulations-Gebühren von denselben erigiren sollen, und durch die Consistorial-Ausschreiben v. 14. Octbr. 1716 und 18. Mai 1717 ist insonderheit den Dienstboten die Wahl frei gelassen, ob sie bei ihrer Verheirathung behuf der Proclamation und Copulation ad locum originis sich zurückwenden oder von dem Orte, wo sie eine ziemliche Zeit sich zuletzt aufgehalten haben, proclamirt und getrauet sein wollen, nur daß sie im erstern Falle von dem Prediger des Orts, wo sie sich zuletzt aufgehalten, ein Zeugniß ihres Verhaltens und, daß sie sonst mit niemandem sich ehelich eingelassen haben, beibringen sollen. Dagegen ist §. 8 des beregten Cap. 22 der Kirchen-Ordnung vorgeschrieben, daß alle und jede Copulationen an dem Orte geschehen sollen, wo die

\*) S. Advents- und Fastenwoche.

\*\*) Ein gleichlautendes Consistor. Auschr. ist unterm 30. Novbr. 1765 ergangen.

Bräut bis zur Hochzeit eingepfarrt gewesen. Da nun bislang über die Frage: was unter einer »ziemlichen Zeit« zu verstehen sei? auch was es heiße: »bis zur Hochzeit eingepfarrt gewesen zu sein« in Rücksicht auf die Zeit nicht selten Irrungen und Mißdeutungen vorgefallen sind und die bemeldete Zeit in beiden §§. 4 und 8, die hier zusammen genommen werden müssen, nach einer beständigen Observanz für die Zeit eines halben Jahres oder von 6 Monaten für hinlänglich erklärt wird, auch dieses gegen Auswärtige alle Zeit pro principio angenommen worden, daß mithin, wo dieser Zeitraum noch nicht verfloßen, die copulandi nach dem Orte des letzten Aufenthalts der Bräut zurück zu verweisen sind, so ist dieses den Predigern zur Nachachtung bekannt gemacht. Circularschreiben des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 30. Decbr. 1797.

Zur Erläuterung dieses Circularschreibens ist anderweitig bestimmt worden, daß die Circularschreiben v. 14. Octbr. 1716 und 18. Mai 1717 dadurch auf keine Weise aufgehoben sein sollen, daß vielmehr dieselben sammt den §§. 4 und 8. Cap. XXII. Thl. I. der Kirchen-Ordnung überall zum Grunde liegen und der Zweck des Circularschreibens v. 30. Decbr. 1797 lediglich der ist, die Zeit zu bestimmen. Hiernach sind also 1) copulandi, die noch kein halbes Jahr an einem Orte gewesen, indistincte, sie mögen Dienstboten sein oder nicht, nach dem Orte des letzten Aufenthalts der Bräut zu verweisen; 2) sind es aber Dienstboten und sie haben ein halbes Jahr, oder 3, 5, 10 Jahre an einem Orte gedient, so haben diese alsdann bei ihrer Verheirathung die freie Wahl, ob sie an dem Orte, wo sie bislang eine ziemliche Zeit, d. h. wenigstens ein halbes Jahr gedient, proclamirt und copulirt sein, oder ob sie behuf der Proclamation und Copulation lieber ad locum originis sich zurückwenden wollen, nur daß im letzten Falle der Prediger des Orts, wo sie zuletzt gedient, auf ihr Ansuchen gehalten ist, ihnen ein Zeugniß ihres Verhaltens u. zu erteilen, welches sie in loco originis wieder beibringen sollen. Circularschreiben des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 8. März 1800.

S. auch: Eheverlöbniße — Heirathen — Dispensationen — Haus-Bräunung — Römisch-Katholische — Reformirte, Niederlassung derselben in den hiesigen Landen — Wittwen, Wiederverheirathung derselben — Proclamations- und Copulations-Gebühren.

cf. Verordnung v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr. — Reglement fürstl. Consistorii v. 10. Decbr. 1814. (Bege I. p. 208.) — Consistor. Rescr. v. 12. Juni 1816. (Bege I. p. 189.) — Desgl. v. 13. Decbr. 1817. (Bege I. p. 192.) — Desgl. v. 19. Decbr. 1818. (Bege I. p. 235.) — Desgl. v. 11. Decbr. 1822. (Bege I. p. 201.) — Desgl. v. 31. Decbr. 1823. (Bege I. p. 202.) — Desgl. v. 24. Juni 1826. (Bege I. p. 207.) — Desgl. v. 29. Juli 1826. (Bege I. p. 207.) — Desgl. v. 23. Juli 1828. (Bege III. p. 274.)

### Proclamation und Copulation in Braunschweig.

Die Stadtprediger in Braunschweig sollen sich mit der Untersuchung, ob ein sich meldendes Bräutpaar nach der Verlöbniß-Ordnung sich zum Aufgebot qualificire, selbst beschäftigen, und ist den Opherleuten daselbst solches zu verbieten. Fürstl. Wolfenb. Consistor. Rescript an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 23. Febr. 1765.

Demnach bisher verschiedentlich bemerkt worden, daß, wenn hiesige protestantische Einwohner sich mit römisch-katholischen Glaubensverwandten verlobt, sie erst in den letzten Tagen vor dem Sonntage, an welchem sie sich proclamiren lassen wollen, ja wohl gar erst den Sonnabend zuvor, solches bei dem geistlichen Gerichte angezeigt, um nach landesf. höchster Verordnung wegen der Religion und Erziehung ihrer künftigen Kinder daselbst sich vernehmen zu lassen und die erforderlichen Scheine über die getroffene Abrede zu erhalten, überhaupt auch von den hiesigen Stadtpredigern darüber Beschwerde geführt wird, daß die Anmeldung zum Aufgebote bei ihnen öfters erst den Freitag oder Sonnabend zuvor, an welchem

Tage sie mit der Vorbereitung zu ihren Sonntagsarbeiten beschäftigt sind, geschehe, bei einer so späten Anmeldung aber die erforderliche Untersuchung, ob und was bei der vorhabenden Ehe zu erinnern sein möchte, zumal wenn einer oder beide Verlobte nicht von hier gebürtig sind, nicht gehörig geschehen kann, so werden alle und jede Verlobte hierdurch erinnert, sich in den drei ersten Tagen der Woche vor demjenigen Sonntage, an welchem sie sich zum ersten Male proclamiren lassen wollen, bei den Predigern der Kirche, worin das Aufgebot geschehen muß, und in dem Falle, daß sie, wie vorhin gedacht, vermischter Religion sind, auch alsdann bei dem geistlichen Gerichte anzufinden, widrigen Falls aber es sich selbst beizumessen, daß das Aufgebot noch 8 Tage weiter hinausgesetzt werde. Avertissement des geistl. Gerichts zu Braunschweig v. 21. Mai 1783. (Br. Anz. v. 1783. Nro. 47.)

S. Proclamation und Copulation — Copulationen u. Anmelden derselben in Braunschweig.

cf. Bekanntmachung der herzogl. Polizei-Direction v. 23. Octbr. 1829, die Haustrauungen betr. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 84.)

### Proclamation und Copulation der Soldaten.

Kein Prediger soll beurlaubte Soldaten proclamiren und copuliren, wenn sie nicht zuvor den Heiraths-Consens producirt haben. Fürstl. Consistor. Ausschr. v. 12. Decbr. 1763.

Obgleich solchen aus auswärtigen Ländern gebürtigen Personen, welche sich in den hiesigen verheirathen wollen, und die zu dem Ende nöthigen Certificate, daß sie in ihrer Heimath oder sonst sich nicht schon verheirathet oder verlobt haben, aus gegründeten Ursachen nicht beibringen können, gestattet worden, diese ihre Behauptung eidlich zu bestärken,\*) so hat man doch Bedenken getragen, aus fremden Diensten desertirte, und bei dem hiesigen Militair engagirte Soldaten zu jenem Eide zu lassen, weil sie durch ihre Desertion meineidig geworden sind, und man sich also auch in andern Fällen eines Meineides zu ihnen versehen muß.

Da man jedoch durch unabwendbare Umstände sich seit einiger Zeit genöthigt gesehen hat, mehrere Deserteure, als vorhin geschehen, bei dem hiesigen Militair anzunehmen, und es denselben durch die vorhin gedachte Einrichtung in der That unmöglich gemacht wird, in eine eheliche Verbindung zu treten, daraus aber viele, zum Theil auch in moralischer Rücksicht, höchst wichtige Nachtheile und Inconvenienzen entstehen, so ist es nothwendig geworden, auf eine hierüber zu treffende Abänderung bedacht zu sein.

Es fällt nun auf der einen Seite in die Augen, daß man unter den eintretenden Umständen auf eine pöllige Sicherheit, alle hierbei möglichen Vergehen zu verhüten, Verzicht thun, und sich mit dem am wenigsten gefährlichen Auswege begnügen müsse, so wie es auf der andern Seite keinen Zweifel leidet, daß unter den zu befürchtenden Uebeln der Meineid das größere bleibe, und also mehr als auf alles Andere dahin zu sehen sei, daß demselben vorgebeugt werde. Es ist daher resolvirt, daß dergleichen aus fremden Diensten desertirte, und bei dem hiesigen Militair engagirte Soldaten, imgleichen ihre aus auswärtigen Ländern gebürtigen Bräute, wenn sie copulirt zu werden verlangen, und die erforderlichen Certificate nicht herbei schaffen können (jedoch unter Voraussetzung einer jedes Mal von dem Landesfürsten zu dem Ende zu ertheilenden Dispensation) mit einer eidlichen Bestärkung ihrer Angabe, daß sie noch unverheirathet und unverlobt seien, auch ihrer vorhabenden ehelichen Verbindung sonst kein legales Hinderniß entgegen stehe, verschont werden, hingegen beiderseits eben gedachte Behauptung vor fürstl. Consistorio feierlich ad protocollum, welches behuf der Proclamation ihnen in beglaubter Abschrift, jedoch mit den wenigsten Kosten zu ertheilen, erklären, und auf den Fall, daß ihr Angeben demnächst falsch befunden würde, sich den resp. auf die Bigamie und ein so grobes falsum gesetzten, ihnen deutlich zu erklärenden Strafen ausdrücklich unterwerfen sollen.

Wie jedoch durch eine solche Erklärung alle in Fällen der Art eintretenden Besorglichkeiten nicht

\*) S. Proclamation und Copulation; Rescript v. 16. Juli 1762.

gehoben werden, so sind außerdem alle auf die Angabe solcher Personen Beziehung habenden Nachrichten, so viel nur immer thunlich ist, einzuziehen, auch dergleichen Brautpaare nicht anders als nach zweimaliger Proclamation und zum Frühesten am Mittwoch nach dem Proclamations-Sonntage zu copuliren, wobei es sich von selbst versteht, daß in Absicht dieser Proclamationen und der Copulationszeit durchaus keine Dispensationen Statt finden können. Landesf. Rescript an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 9. August 1796.

S. auch: Ehen der Soldaten und die daselbst befindlichen Hinweisungen auf die neuere Gesetzgebung.

### Proclamations- und Copulations-Gebühren.

S. Proclamation und Copulation — Dispensations-Gebühren.

### Procuratoren.

Es soll kein Anderer, als recipirte Procuratoren, zugelassen werden, ausgenommen in eigener und der Verwandten Sachen, die er umsonst führt. Hofger. Ordn. Tit. XI. §. Es soll keiner ic.

Die Procuratoren sollen die verwirkte Strafe \*) nicht von ihren Principalen wieder fordern, widrigen Falls dieselbe zurück geben, und noch dazu gestraft werden. Ebendas. §. Welcher Procurator ic.

Eine von denselben in einer Sache beigebrachte gemeine Gewalt ist zu andern Sachen nicht hinlänglich, sondern es muß zu diesen eine besondere Gewalt oder von der gemeinen Gewalt beglaubte Abschrift mit der Nachweisung, zu welcher Zeit und Sache dieselbe eingekommen, gebracht werden. \*\*) Ebendas. §. Wann auch ein Procurator ic.

Die Procuratoren der fürstl. Justiz-Canzlei sollen sich sofort Anfangs bei Einführung einer jeden Sache mittelst zu dem Ende gedruckter, vom Actuario causae zu fordernder Vollmacht gehörig legitimiren, oder im Unterlassungsfalle gewärtig sein, daß sie nach Ausweisung fürstl. Constitution, oder auch nach Befindung in mehrere Strafe condemnirt, und selbige nach Ablauf von 10 Tagen, Falls inzwischen die Zahlung nicht gütig beschafft wird, executive unnachbleiblich beigetrieben, und keine remedia suspensiva dawider zugelassen werden sollen. \*\*\*) Fürstl. Canzlei-Verordn. v. 4. Octbr. 1686.

Es soll den Procuratoren eingeschärft werden, daß die Vollmachten ausdrücklich auf einen Substituten gestellt werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 4. Novbr. 1754. †)

Wenn eine Sache bei fürstl. Hofgerichte entweder in der ersten Instanz, oder auch per appellationem eingeführt wird, so soll die Schrift nicht anders, als wenn der Procurator de rato cavirt, und solches unter dem exhibito bemerkt hat, angenommen werden, und wenn sich derselbe entweder in der nächst zu verhandelnden Schrift, oder in dem etwa präfigirten Termine nicht legitimiren wird, derselbe alle Mal in poenam ordinis verfallen sein, es auch auf gleiche Weise in Ansehung des Beklagten oder Appellaten, wenn er des Gegentheils Schrift entweder in scriptis oder mündlich in einem Verhöre ad protocollum beantwortet, gehalten werden. Fürstl. Hofgerichts gemeiner Bescheid v. 16. Juni 1770. ††)

\*) Es sind hierunter Ordnungsstrafen verstanden, welche dem Procurator vom Gerichte, insbesondere wegen versäumter Beibringung der Vollmacht, zuerkannt werden und worüber der Titel XI nähere Bestimmungen giebt.

\*\*) Dieser Titel enthält noch mehrere Vorschriften über die Einrichtung der Vollmachten; s. Vollmachten.

\*\*\*) Daß sich die Advocaten und Procuratoren mit Vollmacht versehen sollten, war schon früher, insbesondere auch in der Canzlei-Ordnung und der Hofgerichts-Ordnung vorgeschrieben; s. Advocaten und Procuratoren.

†) Durch dieses Rescript wurde zugleich bestimmt, daß bei dem Hofgerichte nicht mehr als zwölf Procuratoren sein und sowohl diese, als auch die zwölf bei der Justiz-Canzlei bestellten zugleich die Procuratur-Geschäfte beim Consistorio versehen sollten. Eine landesf. Resolution v. 18. April 1707 setzte die Zahl der beim Hofgerichte und der bei der Justiz-Canzlei anzustellenden Procuratoren auf acht fest.

††) Die Hofgerichts-Ordnung schreibt im Tit. XI. §. Wann des eingelegten ic. vor, daß, wenn Zweifel darüber entste-

Es sind die sämmtlichen Procuratoren hiermit erinnert, in den angeetzten Verhörs-Terminen, dem Anschlage v. 11. Juni 1757 gemäß, sich zeitig und längstens um 10 Uhr einzufinden, widrigen Falls aber sich selbst alle übeln Folgen beizumessen, wie sie denn auch der Hofgerichts-Ordnung und den publicirten gemeinen Bescheiden gemäß sich in ihren Vorträgen der Kürze künftig möglichst zu befleißigen, die Instructionen zur Güte, wenn die Parteien selbst zu erscheinen sollten behindert werden, zeitig ante terminum von denselben sich ertheilen zu lassen, und besonders den Legitimationspunkt besser, wie bisher geschehen, ordnungsmäßig zu beschaffen haben. Es werden auch dieselben hiermit nochmals angewiesen, in den Hofgerichts-Diäten an den Productions- und Publications-Tagen unausbleiblich zu erscheinen und ohne erhebliche Ursache nicht zurück zu bleiben, und wenn dergleichen Ursachen bei ihnen unvermuthet eintreten, oder sie vor oder auch in den Diäten verreisen sollten, solches alle Mal dem Collegio ihrer Pflicht gemäß anzuzeigen. Umlauf des fürstlichen Hofgerichts zu Wolfenbüttel an sämmtliche Hofgerichts-Procuratoren v. 22. Octbr. 1770.

S. auch: Advocaten und Procuratoren — Bescheide u., Einlösen derselben — Legitimatio ad acta beim Untergerichte zu Braunschweig.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 6 und 17. — Des herzogl. Landes-Gerichts gem. Bescheid v. 5. Januar 1835. (Br. Anz. v. 1835. Nro. 21.) — Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §§. 43 sqq. 109. 119 und 145.

### Procuratoren = Eid.

Derselbe ist vorgeschrieben in der Canzlei-Ordn. Art. 24 und in der Hofger. Ordn. Tit. XXI.

cf. Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §. 53.

### Procuratur = Gebühren.

Die bei der fürstl. Rathsstube bestellten und vereideten Procuratoren sollen mit den Unvermögenden jedes Mal ins Gleiche sehen, und von denselben nach Gelegenheit etwa halb so viel, als von den Wohlhabenden nehmen, auch den armen Parteien nach Verordnung des fürstl. Canzlers und Ráthe, bis sie wieder zu Mitteln kommen, umsonst dienen; was aber die Vermögenden betrifft, wenn dieselben in Wolfenbüttel zur Stelle oder in der Nähe sind, und sonst kein zulässiger Vergleich wegen der ganzen Sache mit ihnen getroffen worden, so sollen dieselben für jede Sache jährlich 2 Thlr., wenn sie aber entsetzen, in Ansehung der jedes Mal hochnothigen schriftlichen Communication (im Fall ihnen deswegen nicht absonderliche Ergöskung geschehen) 3 Thlr. für die jährliche Procuratur-Gebühr, und ein Mehreres nicht bei willkürlicher Bestrafung, zu entrichten schuldig, noch die Procuratoren anzunehmen befugt sein. \*) Landesf. Verordnung, wie es mit Beförderung der Processse bei der fürstl. Rathsstube beständig zu halten, v. 31. August 1667. \*\*)

S. auch: Deserviten.

cf. Des Ober-Appellations-Gerichts gem. Bescheid v. 18. Febr. 1817, insbesondere §. 6. — Bescheinigung des herzogl. Landes-Gerichts v. 20. Febr. 1817. — Rescript des herzogl. Landes-Gerichts v. 22. Septbr. 1828. — Desgl. v. 25. Octbr. 1836. \*\*\*) — Desgl. v. 12. Januar 1829. (Bege II. p. 173.)

he, ob die beigebrachte Vollmacht genügend sei, der Anwalt cautio de rato dahin bestellen solle, daß sein Principal dasjenige, was durch ihn gehandelt werde, genehmigen und er eine genügende Vollmacht vor weiterer Handlung oder binnen einer vom Gerichte zu bestimmenden Zeit beibringen wolle.

\*) S. Scholz Bemerkungen über die Gebührrenten der Advocaten, Procuratoren und Notare p. 49 sqq.

\*\*) Diese Verordnung handelt außerdem auch von der Appellation, Citation, ersten Instanz, den Mandaten, Terminen u.

\*\*\*) Diese Verfügungen finden sich abgedruckt unter den Anlagen zu dem oben angeführten Werke von Scholz sub Nris. 1. 2. 8 u. 9.

## Producte, gerichtliche.

Alle *producta judicialia* sollen doppelt, \*) mit beider Parteien überschriebenen Namen eingereicht und was es für Sachen und Klage concernirt, oder auch, in welchem Punkte gehandelt wird, dabei verzeichnet werden. Wenn eine Partei mehrere Sachen hat, so soll die eine von der andern klar und richtig unterschieden, und die mit eingegebenen Documente oder Beilagen sollen mit einer deutlichen, jedoch ganz kurzen Titulatur überschrieben und numerirt, anderer Gestalt aber nicht angenommen werden. *Canzlei-Ordnung Art. 3.*

Alle *supplicationes* und *producta judicialia* sollen von einem Sachwalde unterschrieben, zuvor aber von demselben durchgesehen, corrigirt und, wenn sie weitläufig sind, eingestet werden. *Ebendas. Art. 4.*

Bei *causis voluntariae jurisdictionis* ist es nicht erforderlich, daß Alles in *duplo* übergeben werde. *Ebendas. Art. 6.*

Der Anwalt soll auf die Schriften notiren, ob die Sache neu und zuerst eingeführt, oder ob sie allbereits rechtshängig ist, und es sollen alle Sachen bis zur gänzlichen Ausführung ihre erste Intitulation behalten und die Procuratoren solches bei Strafe von einem halben Thaler bei der Einreichung der Producte in Acht nehmen, es möchten sich denn dabei entweder *ratione rerum* oder *personarum* merkliche Veränderungen begeben, was mit wenigen Worten dabei verzeichnet werden soll. *Ebendas. Art. 7.*

Auf die eingereichten Schriften sollen die Botenmeister das *praesentatum* setzen. *Ebendas. Art. 8.*

Es sollen keine Schriften angenommen werden, die nicht von einem Anwalde, welcher dazu genugsam bevollmächtigt ist oder vermöge *Rechtens de rato* cavirt, eigenhändig unterschrieben sind. *Ebendas. Art. 26.*

Die Schriften sollen nicht anders denn als *Exceptionen*, *Suppliken* u. bezeichnet, die anderen Titulaturen aber, als *Anzeige*, *Gegenanzeige*, *Ablehnung*, *Gegenablehnung*, *Gegenhandlung*, kurze *Recapitulation*, endlicher Beschluß oder welchen Namen sie sonst haben mögen und nur in *fraudem legis* erdacht werden, gänzlich verboten sein. \*\*) *Ebendas. Art. 50.*

Da der Mißbrauch, daß die Producte nicht nur sehr weitläufig abgefaßt, sondern auch mit zusammen gesuchten Allegaten angefüllt werden, zu nichts Anderm, als die Leute mit Gebühren zu übernehmen dient, so sollen die Advocaten dieserhalb *Discretion* gebrauchen und dergleichen übermäßige und untaugliche Weitläufigkeit ganz einstellen. *Ebendas. Art. 51.*

Es sollen keine Producte, die nicht zuvor von den Advocaten oder Procuratoren wieder nachgesehen, gut befunden und unterschrieben sind, bei einem halben Thaler Strafe eingereicht werden. *Hofgerichts-Ordnung Tit. X. §. Wir wollen aber u.*

Die Advocaten sollen sich in ihren Schriften der Kürze befleißigen und alles Ueberflüssige, Unge- reimte und zur Sache Undienliche weglassen, dagegen aber die wahren Requisite in Acht nehmen und die Arbeit nicht auf die letzte Stunde verschieben. Insbesondere sollen sie, wenn sie in erster Instanz libelliren oder die Klage machen, möglichen Fleiß anwenden, das *factum* oder die Geschichte und Handlung, woraus die *actio* und Forderung fließt, deutlich, nervös und gründlich vorbringen, auch auf solche Ge-

\*) Dasselbe schrieb schon die landesf. Verordn. v. 18. Febr. 1623 vor.

\*\*) Dasselbe schreibt die Hofger. Ordn. Tit. XI. §. Es sollen auch u. vor, die zugleich den Procuratoren verbietet, dergleichen Schriften von den Advocaten anzunehmen.



schicht's-Erzählung eine rechte und förmliche Bitte stellen und stets vermeiden, viele unnöthige gemeine geschriebene Rechte in der Klage anzuziehen; Statute, löbliche Gewohnheiten, Gebräuche und altes Herkommen aber, welche nicht in den gemeinen geschriebenen Rechten befunden werden, sollen angezogen und vorgefragt werden. Ebendas. §. Es sollen auch 2c.

Die an einander und unter denselben Parteien rechtshängigen Sachen sollen die Advocaten und Procuratoren nicht mit einander vermischen, noch mehrere Sachen mit einer Schrift abfertigen, sondern in jeder Sache besonders handeln, bei Strafe von zwei Thalern. Ebendas. §. Ferner sollen 2c.

Die Advocaten sollen ihre Producte selbst unterschreiben, bei einem Thaler Strafe. Ebendas. §. Es sollen auch 2c.

Die Procuratoren sollen nicht in einem Reccesse mehrere Sachen zusammenfassen und confundiren, auch nicht mehr oder weniger Producte oder Beilagen eingeben, als sie in ihren Reccessen specificirt haben, diese vielmehr sämmtlich anzeigen und distinguiren. Ebendas. §. Es sollen auch die Procuratoren 2c.

In den Producten und Reccessen sollen die Advocaten und Procuratoren die erste Inscription des Protocolls behalten und dieselben nicht anders intituliren. Ebendas. §. Ferner setzen und ordnen 2c.

Diejenigen, die Rechtsstreite führen, wie auch die Procuratoren sollen der Canzlei-Ordn. Art. 3. 4 und 50 gemäß ihre Producte und Schriften in den Sachen, so in einer Klage befangen, alle Mal in offener Form und mit gewöhnlichen auch in der Canzlei-Ordnung vorgeschriebenen Titulaturen, imgleichen mit Unterschrift der Procuratoren übergeben, die Procuratoren selbst auch bei Einreichung solcher Schriften ihre *mandata procuratoria*, da sie dieselben nicht vorhin allbereits ad acta gebracht, zu übergeben schuldig sein, mit der ausdrücklichen Verwarnung, dafern über Verhoffen diesem also nicht nachgelebt werden sollte, daß alsdann die präsentirten Schriften nicht angenommen, noch ad acta gebracht, sondern davon verworfen, und den Parteien und Procuratoren wieder zugestellt, und auf des Gegentheils gebührliches und rechtmäßiges Ansuchen in der Sache nichts desto weniger ergehen und angeordnet werden solle, was Recht ist. Landesf. Verordn. v. 23. Juli 1656. \*)

Den Procuratoren steht frei, ihre Producte nicht allein in duplo, sondern auch in triplo et quadruplo und in so vielen Exemplaren, als es der Sachen Beschaffenheit erfordert, zu produciren, auch die ihnen auswärts eingeschickten Schriften abschreiben zu lassen und davon die nöthigen Exemplare zu übergeben. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 22. April 1707.

Die Advocaten sollen nicht nur alle und jede von ihnen zu übergebenden Satzschriften und Supplicate mit ihren wahren Tauf- und Zunamen unterschreiben, oder, daß sie unbefördert zurückgelegt werden, gewärtigen, sondern auch aller anzüglichen, herben und ehrenrührigen Expressionen und Anzapfungen wider das *Judicium*, dessen *membra*, und den Gegentheil bei einer Geldbuße, das erste Mal bei willkührlicher Strafe, hernach aber und bei reiterirtem Verbrechen bei doppelter und dem Befinden nach annoch höherer Strafe, welche nicht allein die Principale, Falls auf deren Geheiß und mit ihrem Wissen solche Schriften und Supplicate übergeben, sondern auch die Advocaten zu bezahlen schuldig sein sollen, gänzlich enthalten. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 6. März 1708. \*\*)

\*) Eine gleiche, jedoch weniger ausführliche Verordnung hatte schon die Justiz-Canzlei unterm 12. Febr. 1638 erlassen.

\*\*) Auch der Bescheid des gemeinen Rath's der Stadt Braunschweig v. 24. August 1664 enthält Obiges ausführlich, und verordnet zugleich, daß die bis zur nächsten Audienz gebetene Frist nicht anders als auf Bescheinigung erheblicher Impebimente gestattet werden solle.

Diejenigen, so sich zur Advocatur habilitirt haben, sollen, damit man sie von andern ungeschickten Schriftstellern unterscheiden möge, die von ihnen verfertigten Producte (worunter auch nach den *verbis enunciativis* die Suppliken mit gehören,) mit ihren wahren Tauf- und Zunamen unterschreiben, und sind auch diejenigen, welche der Rechte und des Processus nicht kundig, allen Ernstes gewarnt, sich in Zukunft des Advocirens gänzlich zu enthalten, widrigen Falls die nicht unterschriebenen Schriften gar nicht weiter angenommen, oder Falls dennoch die eine oder andere sich einschleichen sollte, diese unbesördert zurückgelegt, imgleichen, Falls bei angestellter Untersuchung: ob die Imploranten, so die Producte selbst verfertigt zu haben angegeben, auch deren Auctoren wirklich sind? sich dennoch befinden sollte, daß sie sich einiger nicht habilitirten Scribenten zu deren Verfertigung bedient, sowohl diese, als die Parteien deshalb mit ernster Strafe angesehen werden. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 10. Novbr. 1741.

Die bei dem Ober- und Untergerichte zu Braunschweig übergeben werdenden Schriften sollen die Concipienten mit ihren Namen unterschreiben, auch anderer Gestalt dieselben nicht angenommen werden, oder Falls dennoch einige eingeschoben wären, so sollen die Schriftsteller nach deren Erkundigung ohne Nachsicht jedes Mal in 2 Thlr. Strafe verfallen sein. Auf landesf. Befehl bekannt gemachte Verordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 18. März 1746.

Neben dem Procurator soll auch der Concipient des *exhibiti* solches jedes Mal bei 1 Thlr. Strafe, welche Strafe der Procurator, der die nicht unterschriebene Schrift übergiebt, zu bezahlen hat, eigenhändig unterschreiben. Sollten beeidigte Advocaten und Procuratoren sich selbst für Concipienten solcher Schriften angeben, die von Andern verfertigt sind, so sollen dieselben nachdrücklich bestraft werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 6. April 1754. \*)

Alle diejenigen Schriften, welche Parteisachen betreffen, und einen Gegentheil zum Vorwurf haben, mithin demselben communicirt werden müssen, sollen sowohl bei den Ober- als Untergerichten zu Braunschweig jeder Zeit in duplo übergeben werden. Die Parteien und deren Anwälde sollen sich hiernach gebührend achten; gestalten keine *exhibita* anders, als in duplo angenommen, und Falls sie auch den Secretairen bei deren Abwesenheit in *simplo* ins Haus geschickt werden sollten, nicht darauf decretirt werden soll. Auf landesf. Befehl von dem Magistrate zu Braunschweig erlassene Verordnung v. 30. April 1760. (Br. Anz. v. 1760. Nro. 44.)

Da man alsdann, wenn die Schriften nicht gleich in duplo übergeben, sondern die Copien entweder ganz weggelassen oder nachher dem darauf erfolgenden Decrete nach eigenem Gefallen zur *Insinuation* beigelegt werden, nicht versichert sein kann, ob die Copien nachher wirklich auf Stempelpapier geschrieben werden oder nicht, so ist darauf zu halten, daß der Ordnung gemäß alle *exhibita* sofort in duplo übergeben werden müssen, widrigen Falls aber nicht angenommen werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 22. Febr. 1772.

S. auch: Advocaten und Procuratoren — Clauseln — Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben.

cf. Gem. Bescheid des herzogl. Landes-Gerichts v. 19. Januar 1835. (Br. Anz. v. 1835. Nro. 21.) — Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835, insbesondere §§. 51 und 118.

### Prorogationen in Wechselfachen.

S. Landesf. Rescript v. 4. April 1782 unter: Wechselrecht.

Pro:

\*) Das Rescript ist von fürstl. Justiz-Canzlei unterm 24. April 1754 publicirt.

### Profelyten.

S. Römisch-katholische; Verordn. v. 9. April 1768. §. 18. — Reformirte, Prediger derselben.

### Proviantgeld.

Das Proviantgeld wird jetzt zugleich mit der Contribution und als ein Theil derselben erhoben; die ältern Bestimmungen über die Veranlagung und Erhebung desselben \*) sind antiquirt.

cf. Verordn. v. 31. März 1817, die Aufhebung der bisherigen Grundsteuer und die Wiedereinführung des vormaligen Contributions-Systems betr., insbesondere §. 3. — Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr., insbesondere §. 3. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 11. — Rescript des Landes-Steuer-Collegii v. 11. Juni 1829. (Bege II. p. 299.) — Gesetz v. 7. Mai 1835, die Festsetzung der Grund-Abgaben u. auf Courantgeld betr., insbesondere §. 4.

### Provisoren.

S. Geistliches Gericht zu Braunschweig — Decretum de solvendo.

### Provocatio ex lege diffamari.

Die Richter sollen darauf achten, daß das remedium legis diffamari nicht mißbraucht, sondern hierin die dispositio der gemeinen Rechte und des Reichs-Abschieds in gute Obacht genommen und keine citatio ex lege diffamari anderer Gestalt, es wären denn die Diffamanten in specie namhaft gemacht, die angegebene Diffamation auch noch vor der Ladung durch schriftliche oder andere glaubliche Urkunden beigebracht und erwiesen, erkannt, nach der Erkennung des Processus aber vor allem die diffamatio vollkommen erwiesen und dargethan werde. Hofger. Ordn. Tit. XXVIII. §. Es sollen auch u.

\*) Der dreißigjährige Krieg führte die Nothwendigkeit herbei, von den Unterthanen die Lieferung von Korn und andern Feldfrüchten zur Anlegung von Kornmagazinen zu verlangen. Der jedesmalige Bedarf wurde anfänglich auf die einzelnen Aemter ausgeschrieben und von den Beamten subrepartirt, nachher (seit 1645) nach dem Verhältnisse des Betrages des Zehntens auf die Weise bestimmt, daß die Zehntpflichtigen ein Quantum, welches je nach der Größe des Bedarfs einem Viertel, einem Drittel oder der Hälfte des von ihnen zu leistenden Zehntens gleich kam, liefern mußten; von den zehntfreien Aekern wurde nach einem diesem Verhältnisse angemessenen Fuße beigetragen. Wenn den Zehntpflichtigen die Lieferung zu schwer fiel, ließ man diesen auch wohl nach, deshalb einen Theil des Zehntens abzuziehen. (Auschr. v. 24. Juli 1646.) Nachher wurde den Steuerpflichtigen gestattet, statt der Naturallieferung den Betrag in Gelde zu leisten, (z. B. unterm 20. August und 7. Septbr. 1685 und 24. August 1686) und als der Fuß der Aufbringung überhaupt viele Beschwerden veranlaßte, so wurde statt der Naturallieferung eine Summe von 40,000 Thlr. (Volterreck giebt in dem Repertorio die Größe der Summe unrichtig zu 400,000 Thlr. an) ausgeschrieben; die nach einem von der mit der Regulirung der Contribution beauftragten Commission ausgemittelten Fuße erhoben wurde und wozu auch die Ritterschaft (etwa 3000 Thlr.) beitrug. Die Ausmittelung eines angemesseneren Fußes unter Berathung mit der Landschaft, kam nicht zu Stande und das Proviantgeld wurde seitdem nach dem Contributionsfuße erhoben, doch wurde auch noch späterhin z. B. 1714, ein Theil des Proviantes in Natur geliefert, wobei denn den Stiftern, Klöstern und Städten dadurch eine Erleichterung gewährt wurde, daß dieselben zu der Naturallieferung nicht beitrugen. Uebrigens blieb der Betrag des Proviantgeldes nach den Kornpreisen verschieden und er hat bei hohen Preisen die Summe von 100,000 Thlr. überstiegen. Das Fürstenthum Blankenburg, das Stiftsamt Walkenried und das Amt Thebinghausen blieben von dieser Abgabe, wegen ihrer besondern Steuerverfassung, befreiet und das Amt Campen nebst Bevenrode, Bienrode und Waggen zahlten wegen der dort beibehaltenen Gelleschen Steuerverfassung statt des Proviantgeldes einen dreizehnten Contributionsmonat. (S. Bode's Beiträge zu der Geschichte des Herzogthums Braunschweig p. 67 und Bülow's Beiträge zur Geschichte der Braunschw. Lüneb. Lande p. 48.)

### Pupillen, Curatelen, Kirchen und milden Stiftungen zustehende Gelder.

Die Baarschaften, so in der Erbschaft vorhanden, oder durch Verkaufung einiger Erbgüter oder Eintreibung der Schulden auffommen, soll ein Vormund alsofort dem Vormundschafts-Amte anmelden, und ob eine sichere Gelegenheit, das Capital unterzubringen, vorgeschlagen werden könne, vernehmen, im Geringsten aber unangemeldet nichts bei sich behalten, viel weniger in seinen eigenen Nutzen verwenden, massen er solchen Falls nicht allein zu Bezahung der Zinsen verbunden sein, sondern auch darüber ernstlich angesehen werden soll; sobald ihm auch dazu eine sichere Gelegenheit entweder von dem Vormundschafts-Amte an die Hand gegeben, oder er dieselbe für sich finden würde, soll er die Baarschaft ungesäumt zinsbar austhun, auf daß von den auffkommenden Zinsen der Pupill erhalten, oder andere Nothwendigkeit, ohne Verminderung des Capitals, beschafft werden könne. Nachdem aber ein Vormund allen Schaden, so ein Pupill durch seine Unvorsichtigkeit des Falls erleidet, über sich zu nehmen schuldig ist, als hat er bei Anwendung der pupillaren Baarschaften sich wohl vorzusehen, damit sie entweder zu Erkaufung solchen nutzbringenden Gutes, davon das Capital deductis deducendis verzinsset werden könne, oder zu einem gewissen redlichen fruchttragenden Gewerbe angelegt, oder an sichere Leute auf genugsames Unterpfand von Gold, Silber oder anderer geldeswürdigen Materie, oder auch eines liegenden Gutes, als Zehntens, Gartens oder Ackerlandes, auf gewöhnliche Zinsen belegt werden mögen, welchen Falls jedoch ebenermaßen gute Vorsichtigkeit zu gebrauchen, damit das einzusehende oder verschriebene Unterpfand nicht allein den Werth des darauf zu leihenden Geldes in etwas übertreffe, sondern auch des Debtors eigen, und vorher mit keinem Unterpfandsrechte beschwert sei, weshalb sich ein Vormund bei dem Gerichte, worunter das Gut gelegen, und sonst vorher fleißig erkundigen, und sich zu seiner Verwahrung einen Schein ertheilen lassen, wie auch, wenn das Unterpfand ein rechtes Erbenzins-Gut wäre, die Verpfändung auch mit des Erbenzins-Herrn Consens gerichtlich geschehen und eine wohleingerichtete Obligation zur Versicherung der Pupillen gestellt werden muß, womit die Schuld zu erweisen; damit hierin allenthalben recht verfahren werde, und den Unmündigen nichts zum Schaden geschehe, hingegen auch den Vormündern nicht unnöthige Gefahr aufgebürdet werde, so sollen dieselben jedes Mal die vorhabende Ausleiheung bei dem Vormundschafts-Amte zeitig anmelden und sich dessen Einrathes mit getreuer Meldung aller Umstände erholen, solchen Falls auch, ob es schon hernach mißriethe und das Geld nicht vollständig wieder zu erlangen wäre, von aller Verantwortung frei und los sein, sonst aber, und wenn das Ausleihen für sich allein ohne des Vormundschafts-Amtes Gutbefinden geschehen, allen sich etwa ereignenden Schaden über sich nehmen und entgelten, wie denn auch im Uebrigen keinem Vormunde zugelassen sein soll, mit seinem Pupillen in einigen Contract, ohne Special-Decret der Obrigkeit, zu treten, oder worüber mit demselben zu pacisciren oder zu handeln. §. 13. der Stadt Braunschweig Vormundschafts-Ordnung v. 2. August 1689. \*)

Vor allen Dingen soll dahin gesehen und sollen die Vormünder angewiesen werden, daß die vorhandenen oder aus Verkaufung der Mobilien gelösten Gelder nicht ohne Nutzen hinstehen, sondern auf gewisse sichere Art zinsbar angelegt oder untergebracht werden. Instruction des Rathes zu Braunschweig für die Vormundschafts-Herren v. 5. August 1689. §. 7.

Alle, nicht allein den *piis corporibus*, sondern auch den Unmündigen und Minderjährigen zustehenden Gelder sollen, damit denselben dadurch einiger Nutzen geschafft und sie durch anderweite Ausleiheung nicht gefährdet werden mögen, entweder bei der fürstl. Kriegs-, oder aber bei der Land-Renterei- und Biersteuer-Casse belegt, diejenigen aber, welche dieses nicht thun, und die Capitalien unsicher ausleihen,

\*) Aehnliche Bestimmungen enthält die Vormundschafts-Ordnung für Helmstädt v. 9. April 1745. §§. 16. 17 und 29. (S. Schneiders Repertorium Bd. II. p. 215 sqq.)

wegen des entstehenden Schadens oder auch verabsäumten Nutzens zur gebührenden Verantwortung gezogen und zur Erstattung angehalten werden. Und damit hierbei ein Jeder um desto weniger Bedenken finden möge, so ist die Versicherung gegeben, daß, wenn hiernächst nach erfolgten voigtbaren Jahren jemandem nicht gelegen fallen sollte, die Gelder bei bemeldeten fürstl. Cassen länger zu lassen, oder auch, da etwa ein größerer Nutzen mit solchen Geldern zu verschaffen, und solche, um sie an sichere liegende Güter zu verwenden, eher aufgekündigt werden möchten, selbige sodann unweigerlich wieder ausgezahlt, und ihnen jedes Mal vor allen andern creditis der Vorzug und die Prälation gegönnt, auch selbige hierdurch ausdrücklich verschrieben und versichert sein solle. Landesf. Verordn. v. 8. Novbr. 1703.

Da die Absicht nicht ist, daß die bei *privatis* ausstehenden Pupillen-Gelder, wenn hinlängliche Sicherheit dabei ist, an publice Cassen gegeben werden, viel weniger diese mit dem onere der 5 Procent Zinsen zu beschweren sind, so sollen die Vormünder zu Belegung der Capitalien bei publicen Cassen nicht anders, als wenn es an sicherer Gelegenheit fehlt, die Gelder bei *privatis* um 5 Procent Zinsen auszuthun, angehalten, jedoch alle Mal über die von den Schuldnern gemachte oder zu machende Sicherheit die nöthige Erkundigung eingezogen und cognoscirt werden. Landesf. Rescr. v. 28. Juni 1753.

Die Vormünder und Curatoren, und Administratoren der *piorum corporum*, Kirchen, Schulen, Bequinhäuser oder sonstigen milden Stiftungen sollen Inhalts der landesf. Verordnung v. 18. Juli 1753. §. 15 \*) auf Häusern, die nicht in der Brandversicherungs-Gesellschaft stehen, keine Capitalien stehen lassen. Auf das landesf. Rescript v. 15. Septbr. 1753 von dem Magistrate zu Braunschweig erlassener Befehl v. 7. Decbr. 1753.

Auf den Fall, daß die Vormünder und Curatoren die den Pupillen und Curanden gehörigen Gelder nicht so bald und mit völliger Sicherheit zinsbar belegen können, und daß in 14 Tagen nach der Notification in den Intelligenz-Blättern sich keine andere Gelegenheit zur Unterbringung solcher Gelder findet, sollen sie dieselben ohne Verzug an das Leihhaus liefern, wo ihnen über diese Capitalien förmliche Obligationen und mit Vorbehalt einer vierteljährigen Loose ertheilt und 4 Procent gezahlt werden sollen, damit, wenn inzwischen eine bessere Gelegenheit sich ereignen würde, die Vormünder und Curatoren freie Hand behalten, nach ihren Pflichten das Beste ihrer Pupillen und Curanden zu besorgen, und damit es denselben um so weniger an Mitteln fehlen möge, sich auf alle Fälle außer Verantwortung zu setzen, so soll kein Vormund oder Curator dergleichen Gelder länger als höchstens einen Monat in Händen behalten. Auf landesf. Befehl bekannt gemachtes Avertissement des Magistrats zu Braunschweig v. 25. Febr. 1766.

Wenn das Grundstück, auf welches ein Vormund oder Provisor eines *pii corporis* gegen Bestellung der zweiten Hypothek Gelder ausgeliehen hat, zur Zeit des Ausleihens so viel werth gewesen ist, daß nach Abzug der *onerum publicorum* und der auf die erste Hypothek darauf haftenden Schulden für sein *creditum* Sicherheit genug vorhanden gewesen, der Werth des Grundstücks aber nachher gemindert, und seine Forderung dadurch unsicher geworden ist, und derselbe, sobald er solches erfahren, den Hauptstuhl gelooset, und bei nicht erfolgter Zahlung richterliche Hülfe gesucht und sein Recht gehörig verfolgt hat, so mag er, wenn sie verloren gehen, zu deren Ersetzung nicht angehalten werden. So viel jedoch die bei dem Magistrate zu Braunschweig bestellten Vormünder betrifft, so sind selbige, wenn sie die vorhabende Ausleihung dem vormundtschaftlichen Gerichte nicht zeitig genug angemeldet haben, nach dem

\*) Dieser Paragraph bestimmte, daß, wenn jemand, auf dessen Hause Schulden hafteten, dasselbe in die Brandversicherungs-Gesellschaft nicht aufnehmen lasse oder aus der Versicherung heraustrete, dem Gläubiger frei stehen solle, das Capital sogleich zu loosen und, wenn der Schuldner nicht zahle, dessen Gebäude in die Gesellschaft aufnehmen zu lassen. cf. Gesetz v. 24. Juli 1837, die Landes-Brandversicherungs-Anstalt betr., §. 27.

Inhalte der Vormundschafts-Ordnung von 1689. §. 13 allen Schaden zu übernehmen schuldig. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 17. Septbr. 1778.

Wenn die bestellten Vormünder, worunter auch alle diejenigen, die solchen Personen, deren der §. 18 der im Jahre 1689 publicirten Instruction für Vormünder \*) erwähnt, zu Curatoren gesetzt, zu verstehen sind, in Gemäßheit des §. 13 der Braunschweigischen Vormundschafts-Ordnung die vorhabende Ausleihung der Gelder dem vormundschaftlichen Collegio nicht zeitig angemeldet haben, oder in Zukunft anmelden werden, so sollen sie allen Schaden zu übernehmen schuldig sein. Hiernach soll in judicando sowohl quoad casus praeteritos als futuros gegangen werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 25. Novbr. 1779.

Zu Erhaltung der *piorum corporum* sollen von deren Vermögen überall keine Gelder auf die zweite Hypothek künftig ausgeliehen werden, welches den Provisoren derselben gänzlich untersagt ist. Landesf. Postscript an den Magistrat zu Braunschweig v. 25. Novbr. 1779.

Damit die Vormünder und die Administratoren der *piorum corporum* um so weniger Gelegenheit haben mögen, von den unter Händen habenden Geldern etwas zu veruntreuen, so sollen sie bei Ablegung der Rechnung alle Mal die über die activa lautenden Verschreibungen in *originali* vorzeigen, das *Manual in termino* der Rechnungs-Abnahme produciren, und nach selbigem den Cassen-Vorrath vorweisen, und soll, wie solches geschehen, und worin derselbe bestanden, gehörig ad *protocollum* genommen werden. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 2. April 1781.

Vorstehendes Rescript ist dahin declarirt, daß bei den Rechnungs-Abnahmen das *Manual* von dem Rechnungsführer in *termino* producirt und nach selbigem der Cassen-Vorrath vorgewiesen, auch, wie solches geschehen, und worin derselbe bestanden, ad *protocollum* gehörig genommen werden solle. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 23. April 1781.

Wenn eine stillschweigende Hypothek den Verlust pupillarischer zur zweiten Hypothek ausgeliehener Gelder veranlaßt, so läßt sich nicht überhaupt festsetzen, ob der Vormund dafür zu haften schuldig sei oder nicht, wie auch, daß solches nicht geschehen müssen, allgemein nicht behauptet werden mag, da die bei jeder Sache vorkommenden Umstände, was in dem einen oder andern Falle zu erkennen sei, bestimmen müssen. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 6. August 1781. \*\*)

Es ist zwar in der Verordnung v. 8. Mai 1780 \*\*\*) den Pupillen-, Curatel-, Kirchen-, Hospital- und andern dergleichen Geldern, welche von den Vormündern, Curatoren und Andern, welche solche verwalten, anderwärts nicht mit Sicherheit gleich untergebracht werden können, das Vorrecht ertheilt, daß sie bei fürstl. Leihhaus-Casse zu  $3\frac{1}{2}$  Procent angenommen werden sollen, da aber diese Begünstigung ohne zu großen Nachtheil besagter Casse nicht weiter Statt finden kann, so wird verordnet: 1) daß alle dergleichen Gelder in Zukunft nicht höher als zu 3 Procent jährlicher Verzinsung bei der fürstl. Leihhaus-Casse angenommen werden sollen, wogegen 2) dieselbe gehalten sein soll, sothane Gelder, wenn sie auch

\*) S. Vormünder, wem solche zu bestellen sind.

\*\*) Dieses in Sachen des Vormundes der Vogelsang'schen Tochter gegen die Erben des Bäckers Denecke ergangene Rescript betraf den Fall, in welchem durch die Zeitverhältnisse der Preis der Grundstücke seit der Ausleihung des Capitals sehr gefallen war und dennoch der Werth, bei einer nach dem Anlehn vorgenommenen gerichtlichen Taxation  $\frac{1}{2}$  mehr als alle darauf haftenden Schulden betragen hatte, der Verkauf der Hypothek auch ergab, daß, wenn die stillschweigenden Hypotheken nicht vorhanden gewesen wären, das vorgeliene ganze Capital noch genugsam gesichert gewesen sein würde.

\*\*\*) Diese Verordnung, wodurch der bisherige für dergleichen bei fürstl. Leihhaus-Casse belegten Capitalien festgesetzte Zinsfuß von 4 auf  $3\frac{1}{2}$  Procent ermäßigt war, ist durch die obige Verordnung v. 1. Juli 1782 gänzlich aufgehoben.

kleine Summen ausmachen, so oft von den Vormündern, Curatoren und Andern, welche solche verwalten, bei dem fürstl. Leihhaus=Directorio darum gehörig nachgesucht wird, gegen eine vierteljährige, jedoch nur den Creditoren, nicht aber dem fürstl. Leihhause, frei stehende Loose jeder Zeit unweigerlich anzunehmen und mit 3 Procent zu verzinsen. Was aber 3) die bei fürstl. Leihhause zu einer höhern Verzinsung als 3 Procent belegten dergleichen Gelder anlangt, so steht demselben frei, sich einer gleichen Loose, als den Creditoren gestattet worden, zu bedienen, und diese Capitalien solcher Gestalt zurück zu bezahlen. Landesf. Verordn. v. 1. Juli 1782. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 55.)

Die von den piis corporibus an die Leihhaus=Casse abzusendenden Gelder sollen künftig alle Mal frankirt und das Postgeld dafür soll in den Rechnungen genehmigt werden. Landesf. Rescript an fürstl. Consistorium vom 2. März 1786.

Da der Vorzug, welcher in der Verordnung v. 1. Juli 1782 den Pupillen=, Curatel=, Kirchen=, Hospital= und andern Geldern der Art in Ansehung ihrer Annahme und Verzinsung bei fürstl. Leihhaus=Casse beigelegt worden, die Folge gehabt hat, daß diese Casse nicht allein zu ihrem nicht geringen Schaden mit dergleichen Geldern überhäuft, sondern auch bei selbiger nicht selten Posten von wenigen Thalern zinsbar belegt worden sind, so wird zur Verminderung des daraus für fürstl. Leihhaus=Institut entstehenden Nachtheils folgendes verordnet:

1) Die fürstl. Leihhaus=Casse soll zwar fernerhin gehalten sein, obgedachte Gelder, wenn sie nicht von den resp. Vormündern oder Curatoren anderwärts sicher unterzubringen stehen, anzunehmen, jedoch können solche von nun an nicht höher als mit zwei ein halb vom Hundert verzinsset werden.

2) Es soll sich diese Heruntersetzung der Zinsen auf obgedachte, gegenwärtig (damals) bei dem fürstl. Leihhause belegten Gelder nicht erstrecken, und es in Ansehung derselben bei der obangezogenen Verordnung v. 1. Juli 1782 fürerst sein Verbleiben haben. Die resp. Vormünder und Curatoren sollen sich jedoch angelegen sein lassen, die anjekt (damals) noch zu 3 Procent stehenden Capitalien anderwärts zu solcher, wo nicht zu höherer Verzinsung sicher unterzubringen.

3) Es soll hinfüro bei fürstl. Leihhaus=Casse kein Capital, welches weniger als 50 Thlr. beträgt, in Verzinsung angenommen, auch sollen diese Capitalien nicht anders, als gegen eine vierteljährige Loose zurückgezahlt werden. Landesf. Verordn. v. 15. März 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 28.)

Da der zum Besten des Ganzen sich mehr und mehr mindernde Zinsfuß veranlaßt, daß die Pupillen=, Curatel=, Kirchen=, Hospital= und andere Gelder der Art fast sämmtlich an das Leihhaus gegeben, dadurch aber solche nicht nur dem commercio entzogen werden, sondern auch bei dem Leihhause, welches nicht immer Gelegenheit hat, sie mit Sicherheit sofort wieder unterzubringen, sich oft zu solchen Summen anhäufen, daß sie demselben zum größten Schaden liegen, so wird die Verordnung v. 15. März 1787 dahin beschränkt, daß hinfüro, mit Ausschluß der Kirchengelder, in Ansehung welcher es bei obiger Verordnung verbleibt, die Pupillen=, Curatel=, Hospital= und dergleichen Gelder zwar ferner im Leihhause angenommen, dieselben jedoch nur mit 2 Procent verzinsset werden, dahingegen von bei dem Leihhause bereits belegten Capitalien dieser Art, wie von den Kirchengeldern, die stipulirten 2½ Procent ferner erfolgen sollen. Landesf. Verordnung v. 12. Septbr. 1797.

Damit die Leihhaus=Commission, um der ihr gewordenen Auflage, darauf genau zu achten, daß vormundschaftliche Gelder nach Endigung der Vormundschaft sofort zurückgenommen werden, Folge zu leisten, genau wissen muß, wann der Majorennitäts=Termin der Bevormundeten eintrete, so sollen die Gerichte die Zeit, wann die Pupillen und Curanden majorenn geworden, in den bei Einsendung der Gelder dieser Art an das Leihhaus auszustellenden Attesten mit ausdrücken und überhaupt bei Ablegung der letzten Vormundschafts=Rechnung die Vormünder ausdrücklich anweisen, die eingetretene Großjährigkeit

bei der Leihhaus-Casse anzuzeigen und die Gelder zurückzunehmen, wie denn widrigen Falls, wenn die Endigung der Vormundschaft nicht gehörig gemeldet ist, oder die Gelder nicht zurückgenommen worden, die Capitalien nach Ablauf des ersten Vierteljahrs nach eingetretener Majorennität nicht weiter verzinst werden sollen. Landesh. Circular-Rescript v. 10. Novbr. 1797.

Durch die Verordnung v. 12. Septbr. 1797, worin die Verfügung getroffen ist, daß das Leihhaus die Curatel- und Pupillen-Gelder künftig nur mit 2 Procent verzinsen soll, hat vorzüglich mit bewirkt werden sollen, daß diese Gelder dem commercio weniger entzogen würden, die ansehnlichen Summen der seitdem zur Verzinsung an das Leihhaus gegebenen derartigen Gelder machen aber mehr als wahrscheinlich, daß der gehoffte Zweck dadurch nicht werde erreicht werden. Obgleich nun bei der größern Concurrenz der auszuleihenden Capitalien auf eine so hohe Verzinsung, als vormalz üblich war, nicht mehr Anspruch gemacht werden kann, so erfordert es doch die Pflicht der Vormünder und Curatoren, sich zu bemühen, die Capitalien ihrer Pflegbefohlenen so hoch als möglich unterzubringen, indem die mit der Belegung beim Leihhause in Ansehung der völligen Sicherheit und außerdem noch verbundenen Vortheile doch bei Weitem den Nutzen nicht aufwiegen, welchen eine sorgsame Unterbringung sothaner Capitalien bei Privatpersonen zu 4, 3½, 3 oder auch nur 2½ Procent für ihre Pupillen und Curanden gewähren. Es wird demnach sowohl dieserhalb, als wegen des allgemeinen Nutzens, den das Publicum davon hat, wenn es nicht an Gelegenheit fehlt, zu billigen Zinsen Gelder zum Verkehre und Gewerbe zu erhalten, verordnet, daß, da das Leihhaus die Pupillen-Gelder nur zu 2 Procent verzinsen darf, die Vormünder und Curatoren es sich eifrigst angelegen sein lassen sollen, ihrer Pflegbefohlenen Capitalien bei privatis oder sonst zu einer höhern Verzinsung auf sichere Hypothek unterzubringen, und sollen die sämtlichen Gerichte die Vormünder und Curatoren sowohl an diese ihre Pflichten erinnern, als auch bei Abnahme der Rechnungen dieselben anhalten, gehörig nachzuweisen, daß sie den erforderlichen Fleiß, auf andere Weise die Gelder unterzubringen, angewendet haben. Landesh. Verordn. v. 9. Januar 1798.

S. auch: Kirchen und anderen piis corporibus zustehende Güter; insbesondere Verordn. v. 28. Mai 1746. II. 3. — Pia corpora — Kirchengelder u. — Bediente und Boten, ungetreue — Zinsen der piorum corporum — Decretum de solvendo.

cf. Verordn. v. 18. Decbr. 1815, das fürstl. Leihhaus betr. — Consistor. Ausschr. v. 25. Mai 1816. (Bege I. p. 186.) — Declaration der Verordn. v. 1. Juli 1782, 15. März 1787 und 12. Septbr. 1797, die Belegung der Pupillen-, Curatel-, Kirchen- und anderer dergleichen Gelder beim Leihhause betr., v. 28. Januar 1828. — Schreiben herzogl. Leihhaus-Commission v. 23. Mai 1830 (Bege II. p. 176.)

### Pupillen=Vermögen, Inventarisation, Verwaltung und Veräußerung desselben.

§. 8. Was die Güter und das Vermögen der Pfleglinge oder Unmündigen anlangt, so liegt einem jeden Vormunde und Pfleger ob, vor allen Dingen danach zu sehen, daß der Unmündigen Güter oder Habseligkeit, was ihnen sowohl an liegenden Gründen, Häusern, Aeckern, Gärten, Scharren, Lehns-Einkünften, Erbenzinsen, als beweglichen Gütern, item Baarschaften, ausstehenden Schulden zukommt, nicht weniger die vorhandenen Passiv-Schulden, vermittelt obrigkeitlicher Verordnung, so bald möglich, in Weisheit ihrer, der Vormünder, beschrieben, auch die Güter der Billigkeit nach, mit Zuziehung verständiger Leute, taxirt, und also in ein ordentliches Inventarium gebracht, zugleich auch, Falls der Kinder mehrere sind, oder auch eine Mutter noch vorhanden, durch die zur Inventation verordneten Personen eine richtige billige Theilung abgeredet, und der Erbtheilungs-Recess dem Inventario angehängt werde. Wenn aber die Güter schon vorher inventirt und beschrieben, so soll der neubestellte Vormund aufs Wenigste die Güter nachsehen, und mit dem Inventario gegen einander halten, damit er wisse, was von Gütern noch vorhanden sei oder nicht.



§. 9. Wenn die Inventation und Theilung geschehen, soll ein Vormund mit seinem Collegen, auch des Pflegekinds nächsten Unverwandten, wohl überlegen, wie die Verwaltung der Güter zum Besten einzurichten und also zu führen, daß sie nicht verringert, sondern, so viel möglich, verbessert werden mögen.

§. 10. Da liegende Gründe vorhanden, und so beschaffen, daß sie gute Zinsen tragen, und ohne Schaden der Pupillen erhalten werden können, auch keine dringende Schuldenlast vorhanden, so soll ein Vormund dieselben nicht veräußern, sondern bis zu des Pflegekinds mündigem Alter beizubehalten trachten, solchen Falls auch Sorge tragen, daß das Haus, die Aecker und Gärten an gute Leute um ein billiges Geld vermiethet werden, und inzwischen in gutem baulichen Wesen bleiben; da aber die erbshaftlichen Schulden anderer Gestalt nicht abzuführen, oder auch das Haus oder andere liegende Gründe so viel Nutzen oder Zinsen nicht trügen, daß nach Abzug der Unpflichten und Baukosten der Mündling sein Capital verzinsset bekäme, oder wenigstens der liegende Grund sich frei halten könnte, so hat ein Vormund, besonders wenn das Pflegekind noch gar jung ist, und das Geld beständiger und besser zu benutzen, sich zu bemühen, daß dieselben, sobald es geschehen mag, mit obrigkeitlicher Genehmigung, (warum ein Vormund bei Zeiten sonderlich supplicando anzuhalten, und darin der Erbschaft Gelegenheit sammt den vornehmsten Ursachen der Alienation anzuführen, auch das Inventarium beizulegen hat,) zu Gelde gemacht und verkauft, das dafür erlangte Geld aber alsfort zu des Pupillen Besten wieder angewendet und sicher belegt werde.

§. 11. Gleichermassen müssen die in des Pfleglings Gütern vorhandenen Sachen an Victualien, Rauchwerk und andern Dingen, die dem Verderben unterworfen, wie auch das hölzerne Hausgeräth, so nicht dauern kann, unverzüglich versilbert und losgeschlagen, Gold, Silber, Perlen, Ringe und dergleichen aber, nicht weniger Betten und Leinengeräthe, auch Kupfer, Zinn und Messing, wenn die Noth, oder auch der Pupillen Nutzen und Bestes deren Verkaufung nicht erfordert, bis zu deren mündigen Erwachung aufgehoben werden; wegen der in der Erbschaft vorhandenen Bibliotheken und Bücher haben insonderheit die Vormünder dafür zu sorgen, daß, wenn der eine oder andere Sohn vorhanden, von dem Hoffnung zum Studiren gefaßt werden kann, dieselben unverkauft beibehalten, in dessen Entstehung aber durch öffentliche Auction, oder sonst insgesammt verkauft werden mögen, nicht aber einzeln die besten Bücher daraus zu verlassen.

§. 12. Die in der Erbschaft, oder den Gütern der Pupillen befindlichen ausstehenden Schulden sollen von den bestellten Vormündern mit allem Fleiße zu rechter Zeit eingetrieben und in Richtigkeit gebracht, zu dem Ende gebührend in Güte eingemahnt, wenn aber solches nicht zulangen will, die obrigkeitliche Hülfe zur Hand genommen und angerufen werden, dero Behuf denn, und wenn entweder wegen Schuld oder anderer Ursachen halber gewöhnliche Klage vorgenommen werden muß, solches einem getreuen, geschickten und fleißigen Advocaten und Procurator aufgetragen, und dabei gute Obacht von dem Vormunde mit gehalten werden muß, damit bei der Sache nichts versäumt werde. Vormundschafts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. August 1689. \*)

Alle und jede von der Pflegebefohlenen unbeweglichen Gütern und Gerechtigkeiten einzuheben stehenden Nutzungen und Gefälle, welche ihrer verschiedenen Beschaffenheit nach verpachtet oder verkauft werden können, sollen von den Vormündern und Curatoren ohne Unterschied zur gerichtlichen Licitation gebracht, und zu solchem Ende die jedes Mal erforderlichen Steigerungs-Termine zu gehöriger Zeit beim Gerichte ausgewirkt werden, es wäre denn, daß bei dem einen oder andern Vorfalle ganz besondere Umstände vorkämen, und der Landesfürst daher zum Besten der Pflegebefohlenen ein Anderes specialiter verordnen

\*) Dieselben Bestimmungen enthält die Vormundschafts-Ordnung für Helmstädt v. 9. April 1745. §§. 8. 12 bis 15 und 18. (C. Schaeiders Repertorium Bd. II. p. 215 sqq.)

würde. Die Vormünder und Curatoren sollen zu dem Ende jedes Mal zu gehöriger Zeit vor Ablauf der Pachtjahre, oder da sonst eine Nutzung fällig wird, von allen denjenigen ihren Pflēgbefohlenen zuständigen Nutzungen und Gefällen, welche nicht, wie verordnet, zur Licitation gebracht, sondern worüber auf andere Art disponirt worden, ein Verzeichniß verfertigen, worin jedes Stück, wer es im Gebrauch habe, auch was dafür bezahlt werde, zuverlässig und deutlich zu beschreiben, und solches den Gerichten, von welchen sie zu Vormündern und Curatoren bestellt worden, übergeben, die Gerichte aber nach der Sache pflichtmäßigen Untersuchung davon an den Landesfürsten zu weiterer Verordnung gutachtlichen Bericht erstatten. Wenn auf solche Weise die Vormünder und Curatoren selbst entweder durch das höchste Gebot bei einer gerichtlichen Licitation den Gebrauch der Güter ihrer Pflēgbefohlenen, oder das Eigenthum der davon kommenden Nutzungen erstehen, oder durch landesf. specielle Verordnung die Erlaubniß dazu ohne Licitation erhalten, so können dieselben mit eben dem Rechte, wie ein Fremder, sich sothane Einkünfte zweignen, mithin Ländereien, Bohn- und andere Gebäude, Zehnten, Jagden, Mastungen und andere Gerechtigkeiten in Pacht, auch Brau-Tage, Holz-Antheile und dergleichen käuflich annehmen. Außerdem aber, und wenn sie dabei nicht, wie verordnet worden, in allen Stücken zu Werke gehen, sondern sich ein eigenmächtiges Verfahren zu Schulden kommen lassen, sollen sie, es mag die Sache von ihnen selbst angenommen, oder jemandem Anders überlassen sein, das Gedoppelte von demjenigen, was sonst bei einer gerichtlichen Licitation erfolgt sein würde, erlegen, und soll davon die Hälfte den Pflēgbefohlenen zum Besten berechnet, die andere Hälfte aber den Armen-Anstalten zuerkannt werden. Die Justiz-Collegien und sämtliche Gerichte, vor welchen die Vormundschafts- und Curatel-Rechnungen abzulegen sind, sollen dabei insbesondere die gebührende Rücksicht auf diese Verordnung nehmen und nach Maßgebung der Inventarien sorgfältig untersuchen, ob über alle und jede Stücke die erforderlichen Pacht-Contracte und Licitations-Protocolle, auch die landesf. besondern Ratificationen vorhanden und die Rechnungen damit belegt worden, widrigen Falls und dafern die Gerichte dergleichen Verabsäumung nicht moniren, und das Weitere dieser Verordnung gemäß verfügen, sie selbst für allen daraus sowohl für die Pflēgbefohlenen, als für die Armen-Anstalten entstehenden Nachtheil haften sollen. Endlich soll von dieser Verordnung einem jeden zu bestellenden Vormunde oder Curator ein Exemplar oder eine Abschrift von Gerichts wegen insinuirt, und, daß solches geschehen, unter das Beeidigungs-Protocoll registrirt, auch in den tutoriis und curatoriis mit angemerkt werden. Landesf. Verordnung v. 5. Novbr. 1763. (Br. Anz. v. 1763. Nro. 99.)

Zur Veräußerung der den Minorennen zuständigen Grundstücke, wenn selbige durch eine öffentliche Licitation geschehen, bedarf es keiner landesf. Genehmigung, jedoch ist von dem vormundtschaftlichen Gerichte pflichtmäßig zu ermäßigen, ob die Veräußerung des Grundstücks dem Curanden vortheilhaft sein möchte. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 24. Decbr. 1798, auf das Gesuch des Meierschen Vormundes Günther.

S. auch: Pupillen, Curatelen u. zustehende Gelder — Vormünder u. — Vormundschafts-Rechnung — Contracte und Verträge der Bauersleute; Verordnung v. 4. April 1620. — Decretum de solvendo.

cf. Rescript fürstl. Landes-Gerichts v. 8. März 1816. (Bege I. p. 160.) — Rescr. fürstl. Regierungs-Commission v. 13. August 1816. (Bege I. p. 161.) — Landesf. Rescr. v. 18. August 1816. (Bege I. p. 161.) — Desgl. v. 30. Novbr. 1828. (Bege II. p. 172.) — Landesf. Circular-Rescr. v. 13. Mai 1831, die bei bauerrechtlichen Erbtheilungen, insofern Minorjährige bei denselben concurriren, zur Rechtsbeständigkeit des Geschäfts erforderliche landesf. Dispensation betr. — Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §§. 19 und 20. — Gemeinheits-Theilungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 40.

### Pupillen, Klagen gegen dieselben.

Wenn gegen den Pupillen von einem Andern Klage angestellt wird, so muß ein Vormund sich wohl vorsehen, und bei verständigen Leuten vor allen Dingen sich Rath's erholen, ob seines Mündlings Sache gut sei oder nicht, und solchen letztern Falls sich angelegen sein lassen, dem Proceß durch erträgliche Handlung und Vergleich, mit Zuthun der Obrigkeit, auch wohl, nach Befinden der Sachen Wichtigkeit, der Anverwandten, zuvorzukommen, sonst aber, und wenn die Sache des Mündlings auf gutem Grunde steht, zu deren Vertheidigung Sorgfalt anwenden, der Unkosten aber dabei, so viel möglich, sparen und schonen. In böse, ungerechte oder übelgegründete Streitigkeiten soll sich kein Vormund einlassen, sondern wissen, daß er, wenn er überwunden wird, alle Unkosten von dem Seinigen zu erstatten von Rechts wegen schuldig sei. Vormundschafts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. August 1689. §. 12.

### Purgatorium.

S. Eid.

### Quackfalber.

S. Medicinische Puscherei.

### Quadruplir.

S. Hauptsache, Verfahren in derselben.

### Quartalrechnungs-Extracte der Cammer- und Kloster-Rechnungsführer.

Demnach in der fürstl. Amts-Cammer-Ordnung \*) bereits vorgeschrieben, auch von fürstl. Cammer durch nachherige wiederholte Verordnungen den Ober- und Beamten im Lande die ernstliche Intimation geschehen ist, die Quartal-Extracte vier Wochen, oder doch wenigstens vierzehn Tage vor dem Schlusse jeden Quartals, bei Vermeidung der darauf gesetzten 5 Thlr. Strafe, an fürstl. Cammer einzusenden, auch die nach solchen Extracten zu entrichtenden Ueberschuß-Gelder ebenfalls wenigstens zwei Tage vor Ablauf eines jeden Quartals zur fürstl. Cämmerei zu liefern, oder zu gewärtigen, daß sie für jeden verspäteten Tag in 5 Thlr. Strafe genommen werden, und auf den mit dem Schlusse des Quartals Johannis bleibenden, und nicht vor dem 30. Juni abgeführten Rest ein ganzjähriges Interesse gerechnet und beigetrieben wird, dieser Verordnung aber dennoch bis daher von verschiedenen Ober- und Beamten nicht nachgelebt, auch von einigen derselben sogar die Extracte unrichtig formirt und in der Einnahme Verschiedenes ausgelassen, in der Ausgabe hingegen mehr, als sich gebührt, abgesetzt, insbesondere aber die bei einigen fürstl. Aemtern reservirten Dienstgelder gemeinlich nicht in den Quartal-Extract, wohin sie nach ihrer Verfallzeit gehören, sondern erst in den folgenden Quartal-Extract gebracht worden, solches jedoch zu verschiedenen Inconvenienzen die Veranlassung gegeben: so hat fürstl. Cammer für nöthig erachtet, darunter ein Einsehen zu thun, und zu Abstellung der zeitherigen Unordnung und Mißbräuche die erforderliche Verfügung zu machen. Demzufolge ist hierdurch verordnet und den sämtlichen Ober- und Beamten alles Ernstes intimirt, 1) daß es bei den oberwähnten vorhin erlassenen Verordnungen in allen Stücken sein ungeändertes Verbleiben habe, mithin die Quartal-Extracte jedes Mal wenigstens 14 Tage, die Ueberschuß-Gelder aber wenigstens 2 Tage vor dem Quartal-Schlusse, bei Vermeidung der darauf gesetzten Strafe, zuverlässig und prompt an fürstl. Cammer eingesandt werden sollen; daß 2) besagte Quartal-Extracte jedes Mal pflichtmäßig der Gestalt genau und accurat zu formiren, daß weder in der Einnahme etwas, so dahin gehörig, übergangen, noch in der Ausgabe zur Ungebühr etwas aufgeführt werde, gestalt diejenigen Ober- und Beamten, welche sich dabei etwas zu Schulden kommen lassen, und nicht in allen

\*) Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 50.

Stücken richtig zu Werke gehen, für jeden Posten, den sie in der Einnahme zurücklassen oder in der Ausgabe absetzen, ohne solchen Absatz in *continenti* verificiren und justificiren zu können, um 50 Thlr. gestraft, und solche Strafe von ihnen unabkömmlich sofort beigetrieben, auch dagegen kein Vorwand oder keine Entschuldigung angenommen werden solle. 3) Wie in Absicht auf die currenten Amts-Intraden überhaupt keine Reste weiter geduldet werden sollen, und die Ober- und Beamten deshalb auf die landesf. höchste Verordnung v. 13. Juni 1760 \*) hierdurch verwiesen werden, sodann auch keiner sich darüber zu beschweren Ursache hat, wenn er diejenigen Gefälle, die er in jedem Quartale abführen muß, etliche Tage vor Ablauf desselben zu berichtigen angehalten wird, so sollen alle und jede Intraden, und vornämlich die Dienstgelder, welche z. B. auf Ostern und Michaelis fällig sind, vor dem Quartal-Schlusse beigetrieben, und in dem Extracte desjenigen Quartals, da die Verfallzeit eintritt, gehörig berechnet, auch zur fürstl. Cammer eingeliefert werden. 4) Falls jedoch aus erheblichen Ursachen die einen und anderen *praestanda* vor dem Quartal-Schlusse nicht einkommen könnten, so sollen dennoch solche Intraden in dem Extracte desjenigen Quartals, da sie fällig gewesen, mit Anführung der Ursachen, warum sie vor dem Schlusse nicht erfolgen können, mit berechnet, und darauf längstens binnen vierzehn Tagen nach solchem Quartal-Schlusse der Geldbetrag an fürstl. Cammer nachgesendet, keinesweges aber, wie bisher zur Ungebühr geschehen, damit bis zu dem folgenden Quartal-Schlusse Anstand genommen werden, inmaßen diejenigen Ober- und Beamten, die solchem künftig zuwider handeln, in die §. 2 bemelte Strafe von 50 Thlr. verfallen sein sollen. 5) Wenn auf fürstl. Cammer specielle Verwilligung an Baukosten und andern extraordinariis in der Ausgabe etwas abzusetzen ist, so soll dem Quartal-Extracte, in welchem der Absatz geschieht, die Abschrift der Verwilligung nebst specificirten von dem Justiz-Beamten oder Justitiar attestirten Designationen über die in solchem Quartale wirklich bezahlten Baukosten und andern extraordinaria beigefügt, anderer Gestalt aber dieselben nicht passiren, sondern ausgeworfen, und der Rendant angehalten werden, das abgesetzte Quantum sofort nachzuzahlen, auch die im §. 2 bestimmte Strafe zu erlegen. 6) Es ist der fürstl. Cammer ernstliche Intention, daß diese Verordnung in allen Stücken (bei dem bevorstehenden Michaelis-Quartalschlusse) befolgt und pünktlich beobachtet werden solle, und diejenigen Ober- und Beamten, die derselben nicht gehörig geleben, haben unfehlbar zu gewärtigen, daß angebrohetermaßen gegen sie verfahren werde. Fürstl. Cammer zu Braunschw. Verordn. v. 7. Septbr. 1768.

Vorstehende Verordnung ist in allen ihren Punkten und Clauseln ihrem wörtlichen Inhalte nach renovirt, \*\*) und den Ober- und Beamten, auch Rechnungsführern, welche in deren Beobachtung sich nachlässig beweisen, nochmals auf das Ernstlichste intimirt, in Zukunft deren Vorschrift in allen Punkten mit pflichtmäßiger Genauigkeit ein völliges und unmangelhaftes Genügen zu leisten, mit der Bedeutung, daß, wenn wider Verhoffen dennoch bei dem einen oder andern derselben diese zum letzten Male geschehene Erinnerung und Warnung fruchtlos sein würde, die von solchen incorrigibeln Rechnungsführern eingehenden unrichtigen und nicht gehörig belegten Rechnungs-Extracte denselben jedes Mal zur Supplirung und Rectification zurückgegeben, zugleich aber auch die in der Verordnung angedrohte Strafe bei jedem Contraventionsfalle ohne die geringste Nachsicht und ohne Hoffnung einiger Erlassung, was für Entschuldigungen auch deshalb vorgebracht werden möchten, von ihnen erigirt und executive beigetrieben werden solle. Verordn. fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 28. Juni 1776.

Da ungeachtet der ergangenen Verordnungen und Vorschriften die von den Beamten und Rechnungsführern eingesandten Quartal-Extracte über Einnahme und Ausgabe zum Theil nicht ordentlich und voll-

\*) S. Intraden, herrschaftliche.

\*\*) Dieses war auch schon durch die Circular-Ausschreiben fürstl. Cammer v. 3. April 1771 und 22. Septbr. 1772 geschehen.

ständig formirt, sondern viele derselben bei der Revision so mangelhaft befunden worden, daß zur großen Beschwerde des fürstl. Cämmerei-Departements darüber fast bei jedem Quartale monirt und Erläuterung gefordert werden müssen, so ist zu Einführung mehrerer Ordnung und Richtigkeit ein Schema von künstlicher Formirung der quartaligen Rechnungs-Extracte entworfen, den Beamten zugestellt, und dabei verordnet:

1) Von nun an sollen die quartaligen Rechnungs-Extracte über Einnahme und Ausgabe bei fürstl. Aemtern und Gütern durchgehends nach Anleitung dieses Schema's formirt werden, der Gestalt, daß bei der Einnahme das ganzjährige Aufkommen specific und nach allen Artikeln und Rubriken eingetragen werden soll.

2) Bei dieser Berechnung sind in Ansehung des Etats oder der zu erwartenden ganzjährigen Einkünfte die fixa und unveränderlichen Einnahmen eines jedes capituli specific mit ihrem wahren Betrage, die non fixa und veränderlichen Einnahmen aber nach dem vermuthlichen Aufkommen und nach dem Verhältnisse der in dem vorhergehenden Jahre geschehenen Berechnung anzusetzen, die baaren Forst- und Jagdgelasse hingegen, gestaltet die angerechneten Forstgelasse, welche in der Ausgabe gewöhnlich wieder abgesetzt werden, alhier ganz wegbreihen können, nach dem bei jedem Amte festgesetzten Forst-Stat.

3) Es sind bei jedem Quartale alle Intraden, welche nach Anweisung der in den Amts-Rechnungen und Hebe-Registern aufgeführten Hebungs-Termine in solchem Quartale fällig sind, ohne Ausnahme, sie mögen in Pachtgeldern oder Gefällen bestehen, zum Absatz zu bringen, und es ist unter dem Prätexte, daß dieses oder jenes davon vor dem Quartal-Schlusse nicht erhoben werden könne, nichts daraus wegzulassen, sondern die percipienda jeden Quartals sind völlig zu berechnen.

4) Bei der Ausgabe soll auf gleiche Weise der Gestalt verfahren werden, daß die fixirte Ausgabe nach ihrem wirklichen Betrage, und die veränderliche Ausgabe nach dem Verhältnisse der vorherigen Jahres-Ausgabe in die Columne linker Hand, die in jedem Quartale wirklich prästirte Ausgabe aber in die Columne rechter Hand angesetzt wird, und da einige Beamte und Rechnungsführer bisher die Gewohnheit gehabt, daß sie verschiedene in Ausgabe gehörige Posten, als z. B. die remittirten, desgleichen die in herrschaftlichen Geschäften verbrauchten Dienste, die remittirten Häuslings-Schutzgelder und dergleichen mehr daraus weggelassen, und solche von der Einnahme brevi manu abgezogen, mithin nur das nach sothanem Abzuge Uebrigbleibende in Einnahme aufgeführt, einige auch die Ausgaben dieses oder jenes Quartals in den Extracten gar nicht abgesetzt, und solche hiernächst halbjährig, oder auch wohl ganzjährig nachgeholt haben, beides aber der Ordnung entgegen ist, so wird hiermit verordnet, daß solches künftighin gänzlich abgestellt, und in jedem Quartale, so wie die völlige Einnahme desselben, also auch auf gleiche Weise die Ausgabe, welche in jedem Quartale zu prästiren und resp. anzurechnen ist, zum Absatz gebracht werden soll.

5) Wenn in dem einen oder andern Quartale bei der Einnahme oder Ausgabe eine Veränderung gegen den Stat vorkommt, der Gestalt, daß dieses oder jenes sich vermehrt oder vermindert, oder eine neue Einnahme oder Ausgabe, so vorhin gar nicht zur Berechnung gekommen, vorfällt, so sind solche Abweichungen und Veränderungen gegen den Stat und die vorherige Berechnung bei dem Artikel, wo dergleichen sich ergibt, mit Anführung der Umstände zu bemerken.

6) Nach Ablauf des ersten Quartals und der davon geschehenen Berechnung ist bei Berechnung des folgenden Quartals die von dem vorhergehenden Quartale zu repetiren und wieder mit zum Absatz zu bringen, der Gestalt, daß bei dem zweiten Quartale der Betrag des ersten Quartals, bei dem dritten Quartale der Betrag des ersten und zweiten und bei dem vierten und letzten Quartale der Betrag der vorhergehenden drei Quartale dem Extracte zu inseriren, damit man bei Nachsicht der Rechnung des zweiten, dritten und vierten Quartals nicht nöthig habe, zu den vorhergehenden Quartal-Extracten zu recurriren, sondern alles bei einander sei, und desto besser übersehen werden könne.

7) Dieser Extract soll jedes Quartal in duplo ein Mal an fürstl. Cämmerei, und ein Mal an fürstl.

Gammer selbst 14 Tage vor dem Quartal-Schlusse unfehlbar eingesendet, und letzterem sollen jedes Mal ratione der veränderlichen Einnahme die Beläge und resp. Atteste der Justiz-Beamten, bei der Ausgabe aber die sämtlichen Quittungen, und in Ansehung der etwaigen Baukosten oder anderer neuen und extraordinären Ausgaben die darüber lautenden Verwilligungen, ratificationes und sonstigen Bescheinigungen, die sofort remittirt werden sollen, nebst einem Verzeichniß solcher Beläge beigelegt werden.

8) Was von der Einnahme jeden Quartals nach Abzug der Ausgabe übrig bleibt, davon sind die Pachtgelder, nebst den Ueberschußgeldern, welche vor dem Quartal-Schlusse zu erheben stehen, mit derjenigen Post, welche wenigstens 4 Tage vor Ablauf eines jeden Quartals in Braunschweig eintrifft, oder auch nöthigen Falls durch eigene Boten der Gestalt anhero einzusenden, daß sothane Gelder zum Spätesten 4 Tage vor Ablauf eines jeden Quartals zuverlässig und ohne den geringsten Mangel, bei Vermeidung einer unabkömmlichen Geldstrafe von zwei Thalern für jeden Tag der Verspätung, an fürstl. Cammerei eingeliefert werden; diejenigen Gefälle aber, die vor dem Quartal-Schlusse nicht eingefordert werden können, sind spätestens 14 Tage nachher unfehlbar und bei Vermeidung vorerwähnter auf jeden Tag der Verspätung gesetzter Strafe ebenfalls zur fürstlichen Cammer-Casse einzuliefern; ratione der Intraden hingegen, welche aus einem wahren Unvermögen dieses oder jenes praestantarii und wegen Ermangelung eines objecti executionis binnen solcher Zeit nicht beigetrieben werden können, ist mit Ablauf der bestimmten 14 Tage ein von dem Justiz-Beamten attestirtes specificirtes Verzeichniß, worin die Umstände eines jeden Debenten pflichtmäßig anzuführen, zu weiterer Verfügung an fürstl. Cammer einzuschicken, und soll derjenige Beamte und Rechnungsführer, der letzteres nicht pünktlich beobachtet, ratione des etwa in Nachstand Bleibenden, als Selbstschuldner angesehen, und solches von demselben sofort ohne Nachsicht beigetrieben werden. Landesf. Verordn. v. 26. Januar 1779. \*)

E. auch: Intraden, herrschaftliche.

cf. Instruction des fürstl. Cammer-Collegii v. 1. Octbr. 1823. (Bege III. p. 41.) — Circular-Rescr. herzogl. Cammer, Direction der Domainen, v. 6. April 1833. \*\*)

### Querela denegatae vel protractae justitiae.

Sollte der Unterrichter geflissener und böshafter Weise vorbeigegangen, oder denegatae oder protractae justitiae ohne genugsame Ursache und Beweis beschuldigt werden, so soll eine willkührliche und nach Gelegenheit schwere Bestrafung sowohl wider die impetirende Partei als deren Advocaten reservirt und vorbehalten sein. Wenn auch bei Vorlesung der Supplication ein dubium wegen auszufertigender Proceffe in consilio vorkommen würde, so soll, bevor die Proceffe erkannt werden, an den judicem inferiorem um Bericht geschrieben und derselbe zuvor vernommen werden. Hofgerichts-Ordnung Tit. XXVIII §. Dafern auch ic.

\*) Die Verordnung weist in den betr. Paragraphen wegen der Berechnung der Einnahme und Ausgabe auf die besonders dazu bestimmten und nach verschiedenen Rubriken eingetheilten Columnen des beigelegten Schema's hin. Dieses enthält folgende Columnen: 1) In Betreff der Einnahme: Jährliches Auskommen nach den Hebungs-Registern; was davon auf jedes Quartal zu erheben und zu berechnen ist; Summe vom ganzen Jahre; Abweichungen und Veränderungen gegen den Etat und vorherige Berechnung, sammt deren Rationen. 2) In Betreff der Ausgabe: Jährlicher ungefährer Betrag; davon ist fällig und auszuführen; Summe vom ganzen Jahre; Abweichungen u. wie bei der Einnahme. Sowohl der Einnahme als der Ausgabe ist eine summarische Wiederholung angehängt.

Die landesf. Verordnung v. 13. Novbr. 1795, das Amts-Rechnungswesen im Fürstenthume Blankenburg betr., enthält gleichfalls Vorschriften über die Aufstellung und Einreichung der Quartal-Extracte, indeß sind dieselben weniger umfassend als die obigen.

\*\*) Hiernach sollen die Quartal-Extracte nach einem mitgetheilten Schema, dem Erläuterungen beigelegt worden, aufgestellt werden, übrigens die den Rechnungsführern in der Instruction v. 1. Octbr. 1823 erteilten Anweisungen in Kraft bleiben.

S. übrigens: Rechtsmittel der Appellation — Mandate an die Untergerichte.

cf. Verordnung v. 18. März 1814, die Suppliken und Memoriale betr., §. 8. — Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §§. 145 sqq.

### Rademacher in Braunschweig, Häuser-Ankauf derselben.

S. Häuser-Ankauf in Braunschweig.

### Räder, Rollen derselben auf den breiten Steinen in Braunschweig.

S. Breite Steine in Braunschweig, Reiten und Fahren auf denselben.

### Rang=Ordnung.

Die älteren für die fürstlichen, landschaftlichen und städtischen Bedienten ergangenen Anordnungen, \*) wodurch der Rang derselben bestimmt worden, sind antiquirt.

S. auch: Kirchen=Visitatoren, Rang derselben.

### Rauchkammer, Einrichtung derselben.

S. Feuergefähr, Abwendung derselben in Braunschweig.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 18.

### Rauchlöcher, Trocknen des Holzes in denselben.

S. Feuergefähr, Abwendung derselben in Braunschweig.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 30.

---

\*) Die ältesten Rang=Ordnungen waren: Reglement v. 2. Decbr. 1689, wonach sämtliche Bediente, welche in 10 Classen vertheilt worden, sich zu richten haben — Rang=Ordnung v. 1. Juli 1691, wonach die in 12 Classen getheilten Bedienten bis zu weiterer Verordnung sich zu achten haben — Rang-Reglement vom Jahre 1702 — Desgl. v. 28. Mai 1714. — Späterhin ist keine umfassende Rang=Ordnung mehr ergangen, doch wurde noch der Rang einiger Bedienten zu einander festgestellt, als: durch die landesf. Resolution v. 20. Febr. 1716, daß die Kanzlei- und Hofgerichts-Secretaire mit den Amts- und andern Titular-Räthen, auch den Ober-Amtleuten gleichen Rang genießen sollten und der Vortritt sich nach der Anciennität bestimmen sollte; durch das Cammer-Rescript v. 4. Januar 1757, daß in eigentlichen Amts-Verrichtungen und bei Kirchen-Visitationen die Beamten den Vortritt vor den Superintendenten, außerdem aber die Ober-Amtleute und Superintendenten nach der Anciennität rangiren sollten; durch das landesf. Rescript v. 22. Febr. 1757, daß die Land-Commissarien einen gleichen Rang mit den Oberbeamten haben und die Schultheißen den Superintendenten bei Kirchen-Visitationen vorgehen sollten; durch das landesfürstl. Rescript v. 27. August 1757, daß der Bürgermeister zu Braunschweig den Rang vor den Land-Commissarien haben sollte; durch das landesf. Rescript v. 9. Januar 1759, daß der Schultheiß sich vor dem Superintendenten und dieser in Kirchensachen sich vor den übrigen Magistrats-Personen unterschreiben sollte; durch das landesf. Rescript v. 31. August 1759, daß der Secretair bei dem Residenz-Amte, wie die Ober-Amtleute, mit dem Superintendenten dem Alter nach rangiren sollte; durch das Consistorial-Rescript v. 7. April 1763, daß die bei den Klöstern und ablichen Gerichten bestellten Justitiaren als solche den Special-Superintendenten im Range nachstehen sollten; durch das landesf. Rescript v. 25. Juli 1771, daß die ältern Forstmeister den Rang vor dem Vice-Hofjägermeister haben sollten; durch den Reces mit der Landschaft v. 2. Septbr. 1775. Art. 5, daß bei Kirchen-Visitationen der Gerichtsherr, als weltlicher Visitator, dem General- und Special-Superintendenten vorsehen sollte. (S. Kirchen-Visitatoren, Rang derselben.) Außerdem ist hier auch das Hoftrauer-Reglement v. 30. April 1768, wonach bei allen künftigen Fällen die Trauer bei Hofe eingerichtet und getragen werden sollte, zu bemerken, welches gleichfalls Bestimmungen über das Rangverhältniß giebt. In der Verordnung v. 30. März 1775. §. 3. (Zhl. I. p. 179.) wurden zwar die an dem Institute der Civilbedienten-Wittwen- und Waisen-Casse Theil nehmenden fürstl. Bedienten unter Berücksichtigung ihres Standes in 9 Classen vertheilt, jedoch wurde dabei ausdrücklich bestimmt, daß daraus bei Rangstreitigkeiten nicht die geringste Folge hergeleitet werden solle. Eben so wenig enthält die Verordnung v. 29. Octbr. 1821, die Personalsteuer betr., eine Rang=Ordnung.

## Real-Klagen, Executions-Vollstreckung in denselben.

§. Execution, wie damit beim Untergerichte zu Braunschweig zu verfahren ist.

## Rechnungen, publice.

Publicke und die Landes-Verfassung angehende Rechnungen sollen wegen Privat-Streitigkeiten nicht producirt und von den Parteien oder Andern eingesehen werden, und wenn dergleichen Sachen vorkommen, dabei es auf dergleichen publice Rechnungen ankömmt, so soll solches höchsten Orts gemeldet werden, damit deshalb eine Commission angeordnet werden könne. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 3. Novbr. 1745. \*)

## Rechnungsführer, Cautionsbestellung derselben.

Es sollen bei den Stadt- und Gemeinde-Cassen keine Administratoren eher angenommen werden, bevor sie nicht hinlängliche gerichtliche Cautions gemacht haben. \*\*) Landesf. Rescr. v. 11. April 1771.

## Rechnungsführer der Kirchen &amp;c.

§. Vorsteher und Rechnungsführer bei Kirchen, Hospitälern und Armenkassen.

## Recht, gemeines.

§. Justiz — Bescheide, Decrete, Urtheile, Abfassung derselben — Sachsenrecht — Criminal-Sachen.

## Rechtsmittel.

Nach dem Eingange der Appellationschrift sollen die gravamina mit Fleiß erwogen und wenn befunden wird, daß die Sache vor dem Richter erster Instanz zur Genüge ausgeführt und nichts Neues, das noch eine fernere Deduction oder Probation erforderte, vorgebracht ist, so soll darauf definitiv erkannt werden; sonst aber, wenn aus den gravaminibus erhellen sollte, daß etwas, so in erster Instanz nicht vorgekommen, de novo zu deduciren und zu beweisen begehrt würde, oder daß der Appellant etwas, wovon er in erster Instanz keine Wissenschaft gehabt, ferner und besser beweisen und beibringen wollte, oder aber, sofern er davon zwar zuvor und in prima instantia Wissenschaft gehabt, jedoch solches damals einzubringen nicht für dienlich und nöthig erachtet hätte, oder an Einbringung und Deducirung desselben in prima instantia verhindert und abgehalten worden wäre und man also wahrnehmen würde, daß eine weitere deductio in secunda instantia nöthig sein möchte, auch die fatalia appellationum beobachtet und der punctus devolutionis richtig befunden werden, soll den Parteien der fernere Proceß gestattet, auch in puncto devolutionis et desertionis kein Disputat nachdem weiter zugelassen werden. Hofger. Ordnung Tit. XXXII. §. Damit sich auch &c.

cf. Verordnung v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 2. 3 und 6. — Oberappellat. Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §§. 66. 75. 78. sqq. und 84.

In causis summariissimi vel momentanei possessorii, imgleichen in Schuld- und andern auf klaren unleugbaren Siegeln und Briefen beruhenden Sachen, dann auch in causis decretorum alimentorum et de relaxandis captivis soll kein Rechtsmittel zugelassen werden. Canzlei-Ordnung Art. 60.

Da zum Destern die Appellationen und Supplicationen in solchen Sachen mißbraucht worden, welche

\*) Dieses Rescript ist in Interventions-Sachen des Candidaten Raundorf gegen den Schatz-Einnehmer Wolf und die Illiger'schen Erben ergangen.

\*\*) Dasselbe bestimmt das Gesetz über den Civil-Staatsdienst v. 12. Octbr. 1832. §. 9, welches indeß auf die Gemeinde-Beamten als solche keine Anwendung findet.



auf richtigen Briefen und Siegeln und andern dergleichen klaren Fundamenten beruhen, so daß weder *super facto* noch *jure* einiger gegründeter Zweifel sein kann, sondern vielmehr am Tage liegt, daß die Rechtsmittel aus lauter unfügamen Muthwillen zur Protraction der Justiz und um sich dem *judicato* zu entziehen interponirt werden, so wird nochmals verordnet, daß in solchen obberührten, wie auch in andern Fällen, worin ohnedas *jure communi*, auch nach Inhalt des kaiserl. Privilegii die Appellationen nicht Statt haben, sondern *pro frivolis* gehalten werden, und von Rechts wegen keinen *effectum suspensivum* nach sich führen, insonderheit in *causis summariissimi et momentanei possessorii, decretorum alimentorum, de relaxandis captivis*, dem Appellaten gegen Leistung genügsamer Caution die Execution einen Weg wie den andern ertheilt werden soll. Ebendas. Art. 67.

In *causis summariissimi et momentanei possessorii*, wie imgleichen in Schuld- und andern auf klaren unleugbaren Siegeln und Briefen beruhenden Sachen, dann auch in *causis decretorum alimentorum et de relaxandis captivis* soll keine Supplication noch Appellation zugelassen werden. Hofgericht-Ordnung Tit. LXIX. §. Alldieweil aber u.

cf. Verordnung v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 2. p. 70. — Oberappellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §§. 69 und 70.

S. auch: Wechselrecht; Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 58. — *Suspensio ab officio*.

Wenn wider ein Urtheil oder wider ein Decret *remedia suspensiva* interponirt werden, so sollen die Acten einem neuen Referenten gegeben werden, damit der Gestalt die Parteien desto weniger Ursache haben, die ihnen kostbare und zum Aufenthalt der Sachen gereichende Verschickung der Acten so öfters zu suchen. Landess. Refcr. an fürstl. Justiz-Canzlei, v. 19. Juni 1759.

Es soll bei Obigem sein Verbleiben haben, und ist diese Verordnung zugleich auf das fürstl. Hofgericht und Consistorium erstreckt. Landess. Refcr. an fürstl. Justiz-Canzlei, Hofgericht und Consistorium, v. 7. Febr. 1775.

Obbenannte Collegien sollen sich nach dieser Verordnung ohne Mangel jeder Zeit achten. Landess. Refcr. an dieselben, v. 24. April 1775.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 4. — Refcr. herzogl. Staats-Ministerii v. 22. Septbr. 1827. (Bege II. p. 169.) — Verordn. v. 2. Januar 1833, die Geschäftsführung und Vertheilung der Geschäfte bei den mit zwei Beamten besetzten Aemtern betr., §. 6. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr., §. 17.

S. auch: *Restitutio in integrum* gegen processualische Verfügungen — Kaufgericht zu Braunschweig, Rechtsmittel gegen die von demselben abgegebenen Urtheile.

## Rechtsmittel, Einlegung und Rechtfertigung derselben.

Das *beneficium supplicationis* soll nicht anders als allein bei Definitiv-Urtheilen, oder bei denen, die eine Kraft *definitivarum* haben, bei andern schlechten und gemeinen *interlocutoriis* und Beurtheilen aber durchaus nicht zugelassen werden oder Statt haben. Canzlei-Ordn. Art. 59. Nro. 1. Hofgerichts-Ordnung Tit. LXIX. §. Dieweil auch u.

cf. Oberappellat. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 60.

Die Parteien sollen selbst oder durch ihre dazu sonderlich bevollmächtigten Anwälde innerhalb zehn Tagen a die *latae sententiae*, wenn sie *ad audiendam sententiam* gebührlich citirt, oder, wenn sie genügsame Ursache ihrer Unwissenheit beizubringen vermögen, a die *scientiae* entweder *apud acta* oder

coram notario et testibus oder auch durch eine extrajudiciale Ueberreichung einer *schedulae supplicationis* zu suppliciren Fug und Macht haben. Canzlei-Ordn. Art. 59. Nro. 2. Hofger. Ordn. Tit. LXIX. §. Wann Endurtheile ic.

Die *instrumenta* und *schedulae supplicationis* sollen auch ohne Inserirung der *gravaminum* zugelassen und angenommen werden, die Supplicanten sollen aber ihre interponirten Supplicationen in den nächstfolgenden vier Wochen \*) gebühlich bescheinigen und zugleich *justificationem supplicationis* ohne alle fernere Dilation bei Strafe der Desertion schriftlich und gedoppelt durch ihren Anwalt produciren und übergeben lassen, und wenn solches Alles *simul et conjunctim* nicht geschieht, so sollen die Supplicationen als desert verworfen und auf Anrufen des siegenden Theils in *continenti* und ohne Verzug *executoriales* erkannt werden. \*\*) Canzlei-Ordn. Art. 59. Nro. 6. Hofger. Ordn. Tit. LXIX. §. Ob dann auch ic.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 2. 3 und 13. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 23. i. f. und 25. — Oberappellat. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §§. 71 sqq. 109 und 123 sqq.

Den Supplicanten soll gestattet sein, die Supplicationen nicht nur aus denselben Ursachen, welche zuvor in der Hauptsache nicht ventilirt worden, sondern auch vermöge des 1600 promulgirten Reichs-Deputations-Abschiedes *ex actis et gravaminibus prioribus* und aus Ursachen, welche zuvor in der Hauptsache allbereits angezogen sind, zu rechtfertigen und zu justificiren. Canzlei-Ordn. Art. 59. Nro. 7. Hofger. Ordn. Tit. LXIX. §. So soll auch ic. \*\*\*)

cf. Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §§. 84 und 108.

Keinem Theile soll mehr als zwei Sätze in *puncto supplicationis* zu thun gestattet sein, sondern von beiden Theilen damit endlich geschlossen werden, es wäre denn, daß der Sachen Wichtigkeit ein Anderes

\*) Bei dem Hofgerichte war zur Justification der Appellation eine Frist von 3 Monaten, vom Tage der Interposition an, gesetzt. Hofger. Ordn. Tit. XXVIII. §. Und ein Jeder ic.

\*\*) Diese Bestimmung wurde durch den gemeinen Bescheid des Magistrats zu Braunschweig vom 25. Septbr. 1687 dahin wiederholt, daß der *terminus justificandae supplicationis contra definitivas et illarum vim habentes* zu vier Wochen, von Zeit der Interposition angerechnet, ohne Erwartung eines Bescheides genau observirt oder gewärtigt werden solle, daß die *supplicationes ob non servata fatalia* für desert erklärt und verworfen werden würden. In den wider schlechte *interlocutorias* nöthig erachteten Supplicationen sollte es aber dabei verbleiben, daß dieselben durch kurze Exprimirung des *gravaminis* innerhalb 10 Tagen justificirt werden müßten. Als später durch die landesf. Verordn. v. 30. Mai 1718. (S. Fristen, Berechnungsweise derselben) der Termin zur Justification der Rechtsmittel bei den höheren Gerichten auf eine Monatsfrist bestimmt wurde, so entstanden Zweifel über die Berechnungsweise der Rechtfertigungsfrist bei dem Obergerichte zu Braunschweig, und da dieses sich sowohl hierin, als auch bei der Verstattung von Dilationen bei abgelaufenen Präjudicial-Terminen den bei den übrigen höheren Landes-Gerichten geltenden Grundsätzen und in letzter Hinsicht namentlich der Bestimmung des Bescheides der Justiz-Canzlei v. 15. Septbr. 1721 (S. Fristen) anschließen wollte, so wiederholte der Rath zu Braunschweig in dem gemeinen Bescheide v. 7. Octbr. 1721 die obige Vorschrift v. 25. Septbr. 1687 mit dem Hinzufügen, daß der Rechtfertigungs-Termin gleichfalls nicht nach 4 Wochen, sondern nach Monatsfrist berechnet und die nach dem *termino praejudiciali* gesuchte *secunda dilatio* nicht anders, als wenn das *impedimentum legale in continenti* bescheinigt worden, verstattet werden solle.

\*\*\*) Unterm 3. Octbr. 1724 wurde von der Justiz-Canzlei dem Advocaten Gelhud ein Attest dahin ertheilt, daß in *instantia supplicationis et restitutionis in integrum* das *beneficium legis per hanc cod. de temp. appell.* und Kraft dessen eine neue und bessere Beweisführung verstattet und solches in der Canzlei-Ordn. Art. 59 und der Hofgerichts-Ordn. Tit. LXIX begründet sei.

Anderes erforderte, welches zur Beurtheilung der Richter gestellt ist. Canzlei-Ordn. Art. 59. Nro. 8. Hofger. Ordn. Tit. LXIX. §. So soll auch ic.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 3. — Oberappellat. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 87.

Gemeine Protestationen gegen Bescheide und Urtheile sollen keinen Effect haben, auch nicht in vim supplicationis gelten. Canzlei-Ordn. Art. 62.

Da bei Ausstellung der documentorum super interposita supplicatione vel alio remedio juris suspensivo ein großer Mißbrauch vorgeht, indem so wenig von den Parteien zur gebührenden Zeit die interpositiones geschehen, als von den Notarien das decendium in gebührlige Obacht genommen wird, so wird zur Abstellung dieses Mißbrauches folgendes verordnet: Von allen und jeden litigirenden Parteien, deren Advocaten und Procuratoren sollen künftighin die remedia suspensiva, sie haben Namen wie sie wollen, vor dem judex a quo binnen zehn Tagen entweder mündlich ad protocollum oder per schedulam interponirt, und ein documentum notarii nicht weiter ad acta genommen, sondern, wenn dergleichen producirt wird, das interponirte remedium für desert gehalten, das documentum super interposito remedio suspensivo aber von dem iudice a quo ertheilt werden. \*) Landesf. Verordn. vom 19. April 1746. (Br. Anz. v. 1746. Nro. 38.)

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 2. 3 und 6. — Declaration der Vorschrift der §§. 3 und 6 der Verordn. v. 3. Febr. 1814 ic. v. 8. Octbr. 1825. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 23. — Oberappellat. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §. 64. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr., §. 8.

S. auch: Kaufgericht zu Braunschweig, Rechtsmittel gegen die von demselben abgegebenen Urtheile — Fristen — Fristen, Berechnungsweise derselben.

### Rechtsmittel der Appellation.

Wenn zwar Anfangs eine höhere Summe klagbar gemacht worden, nachher aber zur Zeit der Appellation eine geringere Summe in lite ist, so soll in Beurtheilung der summae appellabilis nicht auf das Anfangs in litem deducirte Quantum, sondern auf dasjenige gesehen werden, was zur Zeit der Appellation noch streitig ist, folglich, wenn dieses geringer als die summa appellabilis, die Appellation nicht angenommen werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 22. Febr. 1745.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 9. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 19.

\*) Für das Obergericht zu Braunschweig war diese Anordnung schon früher getroffen, indem der gemeine Bescheid des dortigen Magistrats v. 6. März 1708 untersagte, den in früheren Jahren publicirten gemeinen Bescheiden entgegen das remedium supplicationis wider ein in curia eröffnetes Urtheil vor Notar und Zeugen zu interponiren. Die supplicationes sollten vielmehr nicht anders als ad acta judicialia coram actuario causae entweder mündlich oder per schedulam vor Ablauf des decendii eingelegt und keine instrumenta notariorum zur Bescheinigung der eingewandten Supplicationen mehr angenommen werden. Auf landesf. Befehl wurde diese Vorschrift durch den gemeinen Bescheid des Magistrats v. 2. Octbr. 1722 auch auf die Appellationen dahin extendirt, daß dieselben in Betreff der Bescheide des Unter- und Bruchgerichts bei einer Strafe von 3 Mfl. nicht anders als mediante schedula ad acta judicialia inter decendium interponirt werden sollten, und nur bei den außer der Stadt und an fremden Orten sich Aufhaltenden blieb es frei gestellt, die remedia coram notario et testibus einzulegen.

1) Wenn keine *summa appellabilis* vorhanden ist, so soll die Appellation keinen *effectum suspensivum* haben; 2) soll also dem *judici superiori*, wenn derselbe *acta* fordert, solches und daß die Summe nicht *appellabilis* sei, gemeldet; 3) wenn über *protrahirte* oder *denegirte* Justiz oder Mißbrauch in Administration derselben geklagt wird, vom *judice superiore* zwar Bericht gefordert werden können und derselbe zu erstatten sein, sodann aber auch 4) von dem Appellanten seine *querela* durch Beilegung *vidimirter* Extracte aus den *Manual-Acten* bescheinigt werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei und Hofgericht v. 23. Septbr. 1749.

S. auch: *Querela denegatae vel protractae justitiae*.

Da streitsüchtige Leute öfters in gar geringen Sachen, in welchen das *objectum litis* vielmals kaum einige Thaler beträgt, sich der Appellation an die oberen Gerichte anmaßen, um nur ihren Gegentheil durch ihre *Chicanen* desto länger herumtreiben zu können, wovon gewinnsüchtige schlechte Advocaten das Beste ziehen, und wodurch unschuldigen Leuten die Ausführung ihres Rechts sehr beschwerlich gemacht wird, so soll streng darüber gehalten werden, daß dergleichen Appellationen ohne die deutlichsten Gründe nicht angenommen und die Advocaten, welche die Leute zu dergleichen verführen, bestraft werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 10. Juli 1751.

In allen an die höheren Justiz-Collegien *per modum appellationis* zu bringenden Sachen soll sofort bei Einführung der Appellation und in der ersten Schrift, die dem höheren Collegio überreicht wird, *sub poena desertionis* deutlich angeführt werden, was das *objectum litis*, und zwar dasjenige, welches noch wirklich in *lite* befangen ist, und nicht, welches anfänglich in *litem* *deducirt*, zum Theil aber bereits abgethan und erörtert ist, eigentlich betrage, und daß selbiges die erforderliche *summam appellabilem* \*) ausmache. Sollte sich demnächst finden, daß dieses Angeben nicht richtig, so soll derjenige, welcher die Appellation *interponirt* oder *justificirt* hat, in 10 Thaler Strafe, \*\*) welche dem Untergerichte, von dem solcher Gestalt appellirt worden, zugeeignet ist, genommen, und dieselbe nach Ablauf von 4 Wochen von dem Untergerichte unaufhörtlich *executive* begetrieben werden, wenn auch gleich binnen dieser Zeit von dem höheren Collegio der Befehl zu *nurgedachter* Beitreibung bei dem Untergerichte noch nicht eingelaufen wäre. Es soll auch sodann der appellirende Theil dem Appellaten die durch die Appellation verursachten Unkosten insgesammt zu erstatten schuldig, jedoch ihm der Regreß gegen seinen Anwalt vorbehalten, dieser auch für seine deshalb gehabte Mühe von dem Clienten das Geringste zu fordern nicht befugt, sondern vielmehr auch demselben die Gerichtsgebühren zu restituiren gehalten sein. Wenn hingegen jemand wegen der bei den Untergerichten etwa verzögerten oder versagten Justiz oder *ex capite nullitatis* sich an die höheren Justiz-Collegien zu wenden gemüßigt zu sein vermeint, so soll ihm solches zwar auch in Fällen, die sonst nicht appellabel, zu thun unverboden sein, der appellantische Theil soll aber sodann bei der Querel die Nullitäten und sonstigen Beschwerden sogleich bescheinigen, widrigen Falls solche Querelen von den höheren Gerichten gleich *rejicirt*, und kein Mandat zur Einsendung der Acten erlassen werden, gleichwie denn auch, Falls nach eingekommenen und *perlustrirten* Acten die Querel ungegründet befunden wird, der Advocat eben sowohl, als wie wegen der Appellation oben verordnet ist, in 10 Thlr.

\*) Auf die Appellationssumme kommt nichts an in *Ehescheidungssachen* — Verordnung v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 8. Nro. 2. — im *Interdictions-Processen* bei *Probitalitäts-Erklärungen* — Landesf. Circular-Rescript v. 8. Juli 1833, die Competenz der Gerichte bei *Probitalitäts-Erklärungen* betr. — und bei *Syndicatsklagen* — Gesetz v. 23. Februar 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr., §. 4.

\*\*) Eine Bestrafung tritt in einem solchen Falle nicht mehr ein, sie findet sich nur noch bei der *Nichtigkeitsbeschwerde* durch den Verlust der *Succumbenzgelder*.

Strafe verfallen und seinen Klienten schadlos zu halten schuldig sein soll. Landesf. Verordn. v. 5. Septbr. 1754. \*) (Br. Anz. v. 1754. Nro. 80.)

S. auch: Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde.

Die Appellationssumme bei den Gerichten ist sowohl in älterer \*\*) als neuerer Zeit zum Destern verändert; die neuesten Bestimmungen enthält das Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §§. 23 und 24. Die Appellationssumme bei dem Kaufgerichte ist jedoch unverändert geblieben; s. Kaufgericht zu Braunschweig, Rechtsmittel gegen die von demselben abgegebenen Urtheile.

\*) Gleiche Verfügungen enthielten schon die landesf. Rescripte an fürstl. Hofgericht vom 6. April 1754 und an fürstl. Justiz-Canzlei v. 7. Mai 1754, welche sich auf die Appellationen in Betreff der von den Magistraten zu Braunschweig und Wolfenbüttel abgegebenen Urtheile bezogen.

\*\*) Die Appellation an die Justiz-Canzlei und das Hofgericht war in der frühesten Zeit nur dann zulässig, wenn der Streitgegenstand über 20 Fürstengulden betrug. (Hofger. Ordnungen v. 1559 und 17. Juni 1663. Tit. XXVIII; landesf. Verordn. v. 31. August 1667.) Den Werth eines Fürstenguldens gab die Hofger. Ordn. v. 1663 zu 21 Silbergroschen und die Verordn. v. 31. August 1667 zu 21 Gütengroschen an. Durch die Verordn. v. 14. Mai 1770 wurde die Appellationssumme auf 50 Thlr. erhöht. An die Reichsgerichte durfte nach der kaiserl. Constitution vom 30. Octbr. 1562 nur dann appellirt werden, wenn die summa appellabilis wenigstens 300 rheinische Goldgulden betrug; diese Summe wurde durch die kaiserl. Constitutionen v. 31. März 1597 auf 800, v. 17/27. August 1638 auf 1000 und endlich v. 24. Novbr. 1648 auf 2000 Goldgulden (9 Goldgulden zu 10 Thaler gerechnet) erhöht. Das landesf. Edict v. 17. Novbr. 1801 machte bekannt, daß diese Appellationssumme von 2000 Goldgulden, auf den Conventions-Münzfuß reducirt, 3292 Thlr. 4 Sgr. 4 1/2 Pf. betrage. Ausgenommen waren von dieser Appellation 1) alle Schuttsachen, worin das debitum liquide und richtig war, wenn auch die Schuld mehr als 2000 Goldgulden betrug; und 2) wenn in Injurienfachen ästimatorisch geklagt wurde und die billige Restimation 2000 Goldgulden nicht übertraf.

In der Stadt Braunschweig waren folgende Appellationssummen bestimmt: 1) wenn von dem Untergerichte an den Magistrat appellirt werden sollte, so mußte der Streitgegenstand wenigstens 30 Thlr. als Hauptstuhl oder 2 1/2 Thlr. als Rente (früher 20 Thlr. als Hauptsumme oder 1 Thlr. Interesse oder Rente; Verordn. v. 24. Septbr. 1675) betragen; (Unterger. Ordn. v. 2. Febr. 1764. Cap. XV. §. 2.) 2) bei einer Appellation von dem Obergerichte an die Justiz-Canzlei oder das Hofgericht durfte die Hauptsumme nicht weniger als 100 Thlr. oder die Interessen 5 Thlr. ausmachen (Verordn. v. 24. Septbr. 1675.); 3) bei dem Bruchgerichte war die summa appellab. auf 10 Mfl. bestimmt (Verordn. v. 24. Septbr. 1675) und 4) nach der Aufhebung des Bruchgerichts die Appellation vom Polizeigerichte an das Polizei-Departement ebenfalls auf diese Summe von wenigstens 10 Mfl. beschränkt. (Verordn. v. 24. Juli 1759; s. Polizeisachen in Braunschweig.)

In Wolfenbüttel durfte von dem Magistrate an die höheren Landesgerichte appellirt werden, wenn der Streitgegenstand wenigstens 50 Thlr. (Landesf. Rescript v. 7. Mai 1754) betrug, dagegen war in Helmstädt die Appellationssumme bei dem Magistrate auf 80 Thlr. bestimmt. (Landesf. Rescript v. 2. Januar 1744.)

Von dem Hofmarschall-Amte ging, seitdem dasselbe für ein höheres Gericht erklärt worden (Landesf. Rescript v. 21. April 1740), die Appellation nicht mehr an die Justiz-Canzlei oder das Hofgericht, sondern an den Landesfürsten. (S. Ribbentrop's Beschreibung der Stadt Braunschweig Bd. II. p. 41. — Debekind's Proceß §. 205.) Von dem Consistorio durfte gleichfalls nicht an die höchsten Reichsgerichte appellirt werden (Ribbentrop I. c. p. 34 und Debekind I. c. §. 25), an das Consistorium wurde von den geistlichen Untergerichten appellirt und auch von den Aemtern und weltlichen Untergerichten, wenn die Sache geistliche Güter, Pfarr-Gerechtigkeiten oder Accidientien betraf. (S. Ribbentrop und Debekind I. c.) Von dem concilio academico in Helmstädt ging die Appellation an fürstl. Geh. Rathskube (Burgdorffscher Reces v. 18. Mai 1727), von dem Kriegsgerichte (Krügers Proceß p. 2) und dem Vottogerichte (Landesf. Rescr. v. 29. August 1776 und Krüger I. c.) an den Landesfürsten, welcher die Sachen an die höheren Dicastrien zum weitem Verfahren abzugeben pflegte (Debekind I. c. §. 205. Note). Die Appellation beim Fabrikgerichte (Reglement v. 12. März 1743) und vom Accisegerichte (Verordn. v. 20. Januar 1776) an die höheren Gerichte war nur dann zulässig, wenn die Appellationssumme mehr als 50 Thlr. betrug.

Im Fürstenthume Blankenburg und Stiftsamte Wassenried wurde von den Aemtern und Gerichten an die Regierung zu Blankenburg appellirt, von welcher die Appellation weiter an die höheren Reichsgerichte ging, wenn sich die Appellationssumme dazu eignete, s. oben. (Landesf. Rescr. v. 9. Juni 1731.)

### Rechtsmittel der Supplication.

Von den Urtheilen, welche in puncto supplicationis ergehen, soll weiter nicht appellirt werden. Canzlei-Ordn. Art. 59. Nro. 4.

cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §§. 23 und 24. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des vorstehenden Gesetzes betr., §. 8.

Obwohl ohnedas die Supplication, so viel den Supplicanten betrifft, eine tacitam renunciationem appellationis zur Folge hat, so sollen dennoch beide Theile bei Producirung der Justification dem beneficio appellationis ausdrücklich entsagen. \*) Ebendas. Art. 59. Nro. 5 und Hofger. Ordn. Tit. LXIX. §. Und sollen ic.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 2. Nro. 1. und §. 3. — Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 3. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 25.

### Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde.

Da in gewissen Fällen zu Recht heilsam versehen ist, daß die nicht rechtmäßiger Weise gesprochenen Urtheile keine Rechtskraft erreichen, und der Execution nicht zu demandiren, ja die Execution, wenn sie gleich vorgegangen ist, wieder aufgehoben werden soll, und in solchen Fällen keine weitere Verordnung nöthig ist, in andern Fällen aber den gemeinen Rechten nach, obschon nicht legitime procedirt noch geurtheilt ist, die ergangenen Urtheile, wenn davon nicht appellirt wird, nichts desto weniger die Rechtskraft erlangen, so soll es auch in beiderlei Fällen bei den allgemeinen Rechtsverordnungen verbleiben. Sonst aber soll der Weg, *super nullitate principaliter* zu klagen, gänzlich abgeschafft, und sollen die Parteien ihre verhofften *gravamina tam nullitatis, quam iniquitatis per modum appellationis vel supplicationis et sic nullitatem incidenter* allein zu deduciren und auszuführen angewiesen und gehalten sein, auch soll der überwundene Theil, wenn die Nullität neben der Appellation oder Supplication, wie jetzt bemerkt, *incidenter* nicht deducirt oder daß vorige Urtheil *tacite vel expresse* confirmirt worden, wider die gebetene Execution *exceptionem nullitatis* zu opponiren keinesweges zugelassen werden. Hofger. Ordn. Tit. LXXI. §. Diemeil in gewissen ic.

Es soll auch zur Verhütung unnöthigen Gezänks das *fatale interponendae*, sowohl wenn *a sententia iniqua*, als auch wenn *a sententia nulla* appellirt wird, observirt und das *decendum stricte* attendirt werden. Ebendas. §. Es soll auch ic.

Bei denjenigen Nullitäten aber, welche *insanabilem defectum* aus der Person des Richters oder der Partei, oder aus den *substantialibus processus* nach sich führen, verbleibt es bei der Disposition der gemeinen Rechte. Ebendas. §. Bei denjenigen ic.

S. auch: Rechtsmittel der Appellation.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §§. 2 und 3. — Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 2. 3 und 10. — Verordn. v. 2. Febr. 1826 wegen Zulässigkeit der Rechtsmittel ic. §. 2. i. f. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §§. 23 und 24. — Oberappell. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §§. 60. 62 sqq. 85. 86. 109 sqq. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr., §§. 7 und 8.

\*) Bei dem Untergerichte zu Braunschweig durfte, wenn die *summa appellabilis* vorhanden war, keine Supplication zugelassen werden. Unterger. Ordn. v. 2. Febr. 1764. Cap. XV. §. 1.

## Reconvention.

In Sachen, worin der Beklagte den Kläger hinwieder in Anspruch nimmt, es mögen solche der Convention anhängig sein oder nicht, auch fremde Geschichte oder Handel betreffen, mag der Gegenkläger solche Gegenklage vor der Kriegsbefestigung oder alsbald und in *continenti* danach einbringen. Diese Sache soll nebst der Hauptklage *simultaneo processu* nach Vorschrift der gemeinen Rechte gerechtfertigt, verhandelt und mit dem endlichen Urtheile entschieden werden. Wenn dieselbe aber nach der Kriegsbefestigung angestellt würde, so soll zwar der klagende Theil dem Beklagten darauf zu antworten gehalten sein, die Conventions-Sache dadurch aber in ihrem Laufe nicht gehindert werden. Hofger. Ordn. Tit. XXXVII. §. Würden auch *ic.*

Außerdem und in andern von der Hauptsache dependirenden oder daraus neu entspringenden Sachen soll es nach Vorschrift der gemeinen Rechte gehalten werden; wenn dieselben auch gleich ihrer Art und Eigenschaft nach bis zur Erörterung der Hauptsache verschoben werden müßten, so soll nichts desto weniger der Wiederbeklagte bis zur Kriegsbefestigung, und daß diese noch bei Anstehung der Hauptsache wirklich ergehe, zu antworten schuldig sein. Ebendas. §. Sonsten *ic.*

S. auch: Briefe und Siegel, klare — Wechselrecht; Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715. §. 3.

cf. Landesf. Circular-Rescript v. 9. August 1827, die Feststellung des *fori continentiae causarum ex identitate causarum* betr. — Landesf. Rescr. v. 22. Septbr. 1827. (Bege II. p. 169.) — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 19. Nro. 4.

## Recusation.

S. Verhorresciren.

## Referenten-Wechsel.

S. Rechtsmittel; Rescript v. 19. Juni 1759.

## Referiren und Botiren.

In Sachen erster Instanz, worin definitiv beschlossen, soll der Referent zuvörderst anzeigen, ob die Ladung gehörig geschehen und wieder reproducirt ist, und ob die Parteien selbst oder durch bevollmächtigte Anwälde erschienen sind und gehandelt haben und ob alle Personen zum Proceß gehörig legitimirt gewesen sind oder nicht. Hofger. Ordn. Tit. LXVII. §. In Sachen *ic.*

Hierauf soll der Referent in der Kürze, doch verständlich mit getreuem Fleiße erzählen, was der Kläger in seiner Klage vorgebracht und begehrt, und sein Gegner zugestanden oder verneint, was der Kläger ferner vorgebracht und erwiesen hat, was dawider excipirt und vorgewandt, auch ferner alles, was von beiden Theilen vom Anfange bis zum Schlusse der Sache zum Haupthandel dienlich vorgebracht und eingekommen, und ob solches alles wie Recht geschehen ist oder nicht. Ebendas. §. Darnach soll *ic.*

Hierauf sollen zu noch besserer, gründlicherer und gewisserer Verständlichkeit alle *acta*, von denen es von den Richtern und insbesondere von dem Referenten für nöthig angesehen wird, von Wort zu Wort gelesen werden, ausgenommen die Vorladungen, Vollmachten und anderes dergleichen, wovon der Referent anzeigt, daß darüber kein Streit vorgefallen ist und kein Mangel sich ergeben hat; desgleichen wenn unter den Parteien etwas streitig gewesen und solches durch ein *Interlocut* oder *Beurtheil* entschieden worden, so soll dies Urtheil allein und nicht auch die bei solchem Streite eingebrachten *Producte* verlesen werden. Ebendas. §. So nun *ic.*

In Appellations-Sachen, worin definitiv beschloffen, sollen die Acten erster und anderer Instanz von dem Referenten obbestimmtermaßen erzählt, auch insbesondere auf die *formalia appellationis* gehörig geachtet, auch wohl nachher die Acten selbst, wenn es nöthig ist, vorgelesen werden. Ebendas. §. In Appellations-Sachen *ic.*

Dagegen soll der Referent in Sachen der ersten oder auch der Appellations-Instanz, worin nicht *definitive*, sondern *interlocutorie* beschloffen, allein vermelden, was des Streits oder streitiger Punkte halber von den Parteien eingewandt und begehrt worden, dasselbe auch, wo es nöthig, vorlesen. Dies soll ebenso mit den *Interlocutorien* und *Beurtheilen*, die etwas wichtig sind, als *super declinatoriis fori, formalibus appellationis, desertione* und dergleichen, gehalten werden. Ebendas. §. Aber in Sachen *ic.*

Die Acten, in denen definitiv beschloffen, sollen demjenigen Referenten wieder zugestellt werden, der *interlocutorie* darin referirt hat, es sei denn, daß derselbe am Referiren behindert wäre. Ebendas. §. Es soll sich *ic.*

Nachdem referirt worden, soll der Referent sofort seine Meinung mit Anführung der ihn dazu bewegenden Gründe zuerst abgeben und sothane seine Rechtsgründe hinten an die Relation hinzufügen, dieselben auch wohl, wenn es der Sache Nothdurft erfordert, ablesen und bekannt machen. Dasselbst Tit. LXVIII. §. Wenn nun *ic.*

S. auch: Entscheidungsgründe.

Die übrigen Richter sollen darauf einer nach dem andern ihre Meinung gleichfalls eröffnen, auch ein jeder die Ursachen und Gründe dafür anführen. Ebendas. §. Dieselben Beisitzer *ic.*

Was denn von allen oder dem größeren Theile, oder, wenn bei einer Meinungs-Verschiedenheit die Stimmen gleich getheilt wären, von dem Theile, welchem der erste Richter mit seinem *voto* zufällt und welcher also die *majora* oder die meisten Stimmen erhält, beschloffen wird, das soll das Urtheil sein. Der Referent soll dieses Urtheil eigenhändig unterschreiben. Ebendas. §. Wann dann *ic.*

Wenn nach geschעהener Relation der eine oder andere Richter den Handel und die Sache selbst zu besehen und zu lesen oder darüber nachzudenken Zeit begehren würde, so soll ihm solche verstattet, auch für das Mal mit der endlichen Beschlußnahme in der Sache und dem Urtheile angestanden werden. Ebendas. §. Wo sich auch *ic.*

Die *vota dissentientium* sollen den Relationen beigelegt werden. Landesf. Rescr. v. 28. Decbr. 1744.

S. auch: Rechtsmittel; Rescript v. 19. Juni 1759.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 6 und 8. — Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 8. Nro. 4. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der vorstehenden Verordn. betr., §. 32. — Oberappellat. Ger. Ord. v. 16. Septbr. 1835. §§. 157 sqq.

### Refixions-Document.

S. Documenta af- et refixionis.

### Reformirte, Niederlassung derselben in den hiesigen Landen.

Denjenigen, sowohl Deutschen als Französischen, der reformirten Religion Zugethanen, welche sich in der Stadt Braunschweig häuslich niederlassen und daselbst allerlei gute Handlungen und nützliche Manufacturen errichten wollen, sollen, jedoch unter dem Vorbehalte, daß sie auch ihres Orts, was getreuen



Bürgern und Unterthanen gebührt und sonst hierin von ihnen erfordert wird, getreulich thun und demselben nachleben, folgende Privilegien, Freiheiten und Vortheile zu Statten kommen.

1) Gleichwie diejenigen, so der Landes-Confession zugethan sind, allhier allbereits alle Gelegenheit und Bequemlichkeit finden, ihren Gottesdienst zu verrichten, auch den Reformirten schon vor etlichen Jahren das freie Exercitium ihrer Religion nicht allein verstattet, sondern ihnen überdem dero behuf und zu Kirche und Wohnung des deutschen reformirten Priesters ein eigenes Haus ohne Entgeld eingeräumt und aptirt ist, also soll ihnen und ihren Geistlichen solche Gnade nicht allein ferner so lange, bis sie etwa im Stande sein werden, dieselben selbst zu versorgen, continuiren, und sollen sie bei vollkommener Gewissens-Freiheit und dem öffentlichen exercitio religionis nach Art und Gebrauch anderer in- und außerhalb Deutschland befindlichen reformirten Kirchen ungehindert erhalten und wider alle Beeinträchtigung geschützt werden, sondern es soll auch

2) wenn ihre Gemeinde der Gestalt zunähme, daß sie bei ihrer Versammlung in der jetzt inhabenden Kirche nicht Raum hätten, und deswegen die eine oder andere von diesen beiden Nationen Willens wäre, eine eigene Kirche neu zu erbauen, ihnen der dazu benöthigte Platz gratis angewiesen werden, auch sollen

3) solthane Kirchen von allen oneribus publicis, wie sie Namen haben mögen, zu ewigen Zeiten erimirt und befreit sein. Bis dahin sollen beide Nationen ihren Gottesdienst an dem ihnen eingegebenen Orte ferner, wie bis dato geschehen, wechselsweise zu verrichten gleiche Befugniß und Macht haben; jedoch aber, damit nicht (wie verschiedentlich angemerkt worden) ein Theil von dem andern zur Ungebühr aufgehalten werde, beiderseits schuldig sein, den Gottesdienst des Morgens jedes Mal präcise 7 Uhr anzufangen und gegen 9 Uhr wieder zu endigen, damit auf solchen Glockenschlag die andere Nation den ihrigen beginnen, und um 11 Uhr absolviren könne. Des Nachmittags soll von einem Theile gleichfalls der Anfang präcise 1 Uhr gemacht und sollen die sacra länger als bis halb 3 oder 3 Uhr aufs Höchste nicht protrahirt werden, damit solchemnach der andere Theil seine Andacht gleichfalls zu rechter Zeit haben könne. Solcher Gestalt sollen beide Theile alle Woche alterniren. \*)

4) Es soll beiden Theilen frei stehen, nach Abgang des einen oder andern Priesters, Kantors oder Küsters, an deren Stelle andere nach ihrem Gutbefinden zu erwählen und zu berufen, und jene, wo es ihnen gefällig, examiniren und ordiniren zu lassen; nach geschehener Ordination aber müssen die erwählten Priester und übrigen Kirchen- und Schulbedienten dem Landesherrn zur Confirmation, die ihnen ohne erhebliche Ursachen nicht versagt werden soll, vorgestellt werden und den gewöhnlichen Homagial-Eid leisten, auch sonst nach etwa ergehenden landesf. Befehlen und Verordnungen sich richten; jedoch soll denselben wider ihr Gewissen etwas zu thun niemals angemuthet werden. \*\*)

5) Die Administration der einkommenden Kirchen- und Armen-Gelder soll ihnen, und in specie ihren Ältesten oder Kirchen-Vorstehern gleichfalls gelassen werden, und mögen sie selbige ad pias causas nach ihrem besten Wissen und Vermögen verwenden und anlegen.

6) Ihre Todten können sie, weil bei der jetzigen Kirche keine Gelegenheit zum Gottes-Acker ist, und bis sie etwa eine neue erbauen, auf den sogenannten lutherischen Kirchhöfen begraben, und nach dem unter ihnen hergekommenen Gebrauche ohne jemandes Hinderung oder Turbation zur Erde bestätten.

7) Es soll ihnen erlaubt sein, für ihre Jugend Schulen anzulegen, und dieselbe in ihren Glaubens-Artikeln sowohl, als den freien Künsten und guten Sitten unterrichten zu lassen; dafern sie aber dieselbe

\*) Die Abtheilung der Reformirten in Braunschweig in die französische und deutsche Gemeinde ist jetzt aufgehoben, es besteht jetzt nur noch eine evangelisch-reformirte Gemeinde mit einem gemeinschaftlichen Prediger, Kirchen- und Schuldiener. S. Venturini, das Herzogthum Braunschweig p. 81.

\*\*) cf. Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §§. 211 sqq. und 226 sqq.

in die evangelisch-lutherischen Schulen schicken wollen, soll ihnen solches auch unverwehrt sein und selbige allda gleich andern informirt und unterwiesen werden.

8) Ihre Priester und Geistlichen genießen mit denen, so Augsburgischer Confession sind, gleicher Ehre und Vorzug, nicht weniger

9) einer ebenmäßigen Befreiung von den ordinairn und extraordinairn Anlagen. \*) Es mögen dieselben auch

10) wenn das eine oder andere ihrer Pfarrkinder durch unziemlichen Lebenswandel der Gemeinde Aergerniß geben sollte, dasselbe sowohl publice von dem Predigtstuhle (jedoch, daß sie dabei gebührende Maße und Bescheidenheit gebrauchen) bestrafen, als auch privatim ihm nöthige Weisung und Correction geben, imgleichen, wenn Zank und Uneinigkeiten unter Eheleuten und sonst entstehen, so von keiner sonderlichen Erheblichkeit sind, dieselben durch gütliches Zureden und Vermahnen beilegen. Wenn es aber auf solche Weise nicht geschehen könnte, und Sachen von mehrerer Wichtigkeit sich hervorthun würden, so haben sie sich darüber keine Jurisdiction anzumassen, sondern die Parteien, bis demnächst bei merklicher Vermehrung ihrer Gemeinde etwa resolvirt werden möchte, ihnen ein eigenes geistliches und weltliches Gericht zu verstaten, an fürstl. Wolfenbüttelsches Consistorium oder nach Beschaffenheit der Umstände an die daselbst und allhier allbereits angeordneten weltlichen judicia zu verweisen und denselben das rechtliche Erkenntniß und die Entscheidung zu überlassen; gleichwie sie auch selbst für ihre Personen, wenn sie etwas verbrechen, oder sonst Klage über sie käme, vor gedachtem fürstl. Consistorio und der Justiz-Canzlei, da etwa die Cognition der Sache hingehören möchte, sich zu sistiren, und dem Befinden nach abstrafen zu lassen, oder sonst sich zu rechtfertigen gehalten sein sollen. \*\*)

11) Fielen etwa Zweifel und Irrungen unter ihnen vor, die ihre Kirchen-Disciplin besonders betrafen, so mögen die sämtlichen reformirten Priester deutscher und französischer Nation sich nebst zweien von den Ältesten oder Vorstehern ihrer Gemeinde und einem Politico, der ihnen jedes Mal auf geschehenes Anmelden soll zugegeben werden, zusammen thun, darüber vernünftig mit einander conferiren, und also die Sache in der Güte beizulegen suchen; wollte sich aber der eine oder andere Theil solcher Gestalt nicht weissen lassen, so haben sie die Acten an auswärtige Facultäten zu versenden, und nach derselben Ausspruch die Parteien und vorgefallenen Irrungen zu entscheiden. \*\*\*)

12) Weil auch in Ehesachen allhier bisher der Gebrauch gewesen, daß die Verlobten alle Mal in der Kirche, da die Braut oder deren Eltern eingeparrt, aufgeboten und copulirt worden, so soll es, wenn künftig zweierlei Religionsverwandte einander ehelichen wollen, ferner also damit gehalten werden, und, wenn die Braut der allgemeinen lutherischen Confession zugethan, die Aufbietung oder Abkündigung und Trauung von dem lutherischen Priester in der Kirche, dahin die Braut gehörig, geschehen, ist sie aber reformirter Religion, so soll die Copulation in der reformirten Kirche und nach Unterschied der Nation von einem reformirten Geistlichen verrichtet werden. †)

13) Zwischen den Reformirten beider Nationen, gleichwie auch insgemein allen Fremden, die sich allhier niederlassen wollen, und eingeborenen Landesbürgern soll kein Unterschied gemacht werden, sondern jene des landesf. Schutzes und aller übrigen Emolumente und Vortheile, die diese genießen, sich gleichfalls zu erfreuen haben, ††) inmaßen sie dann in specie

14) nicht allein aller bürgerlichen Ehrenämter, dazu sie capables sein werden, fähig, sondern auch

15) be-

\*) S. Kirchen- und Schuldiener, Steuerfreiheit derselben.

\*\*) cf. Landfch. Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §§. 228 und 229.

\*\*\*) cf. das. §§. 212 und 215.

†) Wegen der actus ministeriales der Reformirten in den Landstädten und auf dem Lande, s. Consistor. Rescr. v. 19. Septbr. 1818. (Bege I. p. 235.)

††) cf. Landfch. Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 211.

15) befugt sein sollen, in dieser Stadt sowohl, als sonst in hiesigen Landen bewegliche und unbewegliche Güter an sich zu bringen, und dieselben gleich ihren Vorfahren mit allen dazu gehörigen Gerechtsamen und Prærogativen zu besitzen und zu nutzen; und

16) mit allerhand Waaren ins Stück und ins Kleine zu handeln, allerhand zulässige Künste und Handwerke zu exerciren, neue Manufacturen oder andere gute Handlungen einzuführen und zu treiben; es soll auch

17) denen, die solcher Gestalt neue allhier noch nicht befindliche nützliche Manufacturen und importante Handlungen anrichten, oder die allbereits eingeführten um ein Merkliches verbessern werden, nach Beschaffenheit derselben und von der Zeit an, da sie selbige in Gang gebracht haben werden, eine zehn-, zwölf- und mehrjährige Freiheit von allen oneribus publicis, ausgenommen die Consumtions- Accise, und was etwa Kirchen und Schulen von ihren Wohnungen zu entrichten sein möchte, verstattet \*) und daneben ihnen, gleich wie auch

18) allen allhier noch nicht befindlichen Künstlern und Handwerkern, so sich anher begeben wollen, das Bürgerrecht gratis ertheilt werden. \*\*) Im Uebrigen aber müssen diese sich nach dem in dem fürstl. Gesammthause der Gilden und Handwerker halber anno 1692 gemachten Reglement richten, und demselben zufolge, wenn sie in eine Gilde treten, zwar ein Meisterstück verfertigen, es soll ihnen dasselbe aber nicht von der Gilde, sondern von der fürstl. Braunsch. Commission vorgeschrieben werden, und weder an sich kostbar sein, noch sonst, der es macht, bei dessen Verfertigung und Besichtigung mit einigen Unkosten beschwert, diejenigen aber, so ein glaubwürdiges Zeugniß beibringen können, daß sie anderweit allbereits die Meisterschaft gewonnen und ein Meisterstück verfertigt, sollen dazu weiter nicht angehalten, sondern ohne einiges Entgelt in ihre Handwerks-Gilde aufgenommen und andern Gilde-Meistern in Allem gleich geachtet werden; wobei jedoch dem Landesfürsten vorbehalten, wenn der Eine oder Andere außerhalb der Gilde seine Profession und Nahrung treiben wollte, ihm solches befindenden Umständen nach zu verstatten. \*\*\*)

19) Es sollen einem Jeden bei seinem Anzuge seine Meublen und Hausgeräthe zollfrei einpassiren, imgleichen

20) was er etwa an Waaren sich allbereits anderwärts angeschafft hat, oder noch innerhalb zweier Jahre, von der Zeit seiner Ankunft anzurechnen, zu Fortsetzung seiner Handlung und Trafiken an rohen Materiälen anschaffen wird; nach der Hand aber soll er gehalten sein, von Allen den gesetzten Zoll gleich Andern zu entrichten.

21) Es soll auch ein Jeder seine also hereinzubringenden Waaren und Güter bei seinem Anzuge alle Mal an der Zollstube richtig anmelden, keinesweges aber sich gelüsten lassen, fremde für die seinigen anzugeben, oder andern Unterschleif und Betrug dabei zu practiciren; gestalt denn derjenige, so hiernieder handeln und auf dergleichen Practiken sich betreffen lassen wird, dieses Privilegii und der verschwiegenen oder fälschlich angegebenen Waaren ipso facto verlustig sein, auch dem Befinden nach mit härterer Strafe belegt werden soll. †)

22) Wer eine wüste Stelle mit einem tüchtigen neuen Hause von zwei Stockwerken und darüber bebauen, dasselbe mit Ziegeln bedecken, mit nöthigen Brandmauern und gemauerten Schornsteinen versehen, und die Wände desselben wenigstens gegen die Straße mit Steinen ausmauern lassen, oder ein altes ganz baufälliges erkaufen, dasselbe abbrechen, und an dessen Stelle ein neues jezt beschriebenermaßen setzen

\*) cf. Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr., §. 1. — Landsch. Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 39.

\*\*) cf. Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 29.

\*\*\*) cf. Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821.

†) cf. Landsch. Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 39.

wird, dem sollen zwanzig für jede hundert Thaler der daran zu wendenden Baukosten an dem von seiner Consumtion und seinem Gewerbe zu entrichtenden Zoll und Accise nach und nach erlassen und abgeschrieben werden, überdem soll er auch von den etwa darauf auszuschiebenden *oneribus publicis*, außer was Kirchen und Schulen, auch dem Stadtrathe an Vorschuß und auf Eisgeld, so aber jährlich über ein bis zwei Thaler höchstens nicht beträgt, zu entrichten sein möchte, auf sechs Jahre lang befreiet sein. \*)

23) Wer nicht ein ganz neues Haus bauet, das erkaufte aber um ein Considerables zur Bieder dieser Stadt und zur Beförderung des Commerciis verbessern wird, dem sollen demnächst 15 Procent an der Consumtions-Accise gut gethan werden, er auch daneben 4 Jahre lang von besagten *oneribus publicis* befreiet bleiben.

24) Wer nur eine mittelmäßige Reparation an seinem Hause verrichtet, oder zur Beförderung des Commerciis etwas anlegt, jedoch daß solche Verbesserung wenigstens zwei hundert Thaler importire, und auf der Straße, an welcher das Haus belegen, zu sehen sei, dem sollen dafür 8 bis 10 Thlr. an der Consumtions-Accise und überdem eine zwei- bis dreijährige Freiheit von den *oneribus publicis* zu Gute kommen.

25) Wer aber weniger und etwa nur 100 Thlr. zur Verbesserung seines Hauses anwendet, oder ein ganz ausgebautes Haus erhandelt, dem kann zwar keine Erlassung an der Consumtions-Accise geschehen, gleichwohl aber soll ihm nach Befinden eine zwei-, drei- oder vierjährige Exemption von bürgerlichen *oneribus publicis* widerfahren.

26) Den einheimischen Bürgern und Unterthanen sollen hinfüro, wenn sie vorbesagtermaßen etwas Importantes bauen oder anrichten werden, solche Abantagen und Befreiungen gleichfalls zu Statten kommen, im Uebrigen aber alle diejenigen, so bauen wollen, sie seien Fremde oder Einheimische, von nun an durchgehends gehalten sein, solches dem Landbaumeister anzumelden, und nach dessen Anweisung oder dem ihnen etwa zu gebenden Abriß sich in Anlegung ihrer Häuser, so weit dieselben an den Straßen liegen, zu richten, damit dadurch die Stadt geziert, nicht aber durch allerhand unproportionirte und ungeschickte Anordnungen mehr und mehr verstellt werde; gestalt denn, wer diesem nicht nachkommen, sondern nach eigener Phantasie bauen wird, sich auch keiner Begnadigung zu erfreuen haben soll; inwendig mag ein Jeder das Seinige nach eigenem Belieben und Gutfinden ausbauen.

27) Damit auch sonst dabei aller zu besorgende Unterschleif verhütet und die Begnadigung, so den neu Anbauenden versprochen worden, nicht gemißbraucht werden möge, sollen Bürgermeister und Rath hieselbst sowohl wenn einer seinen Bau anfängt, als wenn er denselben nunmehr vollendet haben wird, (inmaßen denn jedermann, der deswegen einiger Befreiung genießen will, gehalten sein soll, solches ihnen anzumelden) jemanden aus ihrem Mittel abordnen, der nebst dem jedesmaligen fürstl. Bauverwalter solchen Bau mit Zuziehung zweier verständiger Bürger, die beständig als Taxatoren zu gebrauchen, und zu dem Ende mit dem gewöhnlichen Taxatoren-Eide zu belegen, auch eines Zimmer- und Maurermeisters, Tischlers, Glasers und Kleinschmiedes besichtige, und von denselben die Taxirung in ihrer Gegenwart verrichten lasse, darüber dann auch ein förmliches Protocoll gehalten, und unter dessen und des fürstl. Bauverwalters, wie auch der beeidigten Taxatoren Unterschrift der fürstl. zu Einrichtung der hiesigen Stadtsachen verordneten Commission eingesandt werden soll, damit oftbesagte den neu Anbauenden versprochene Befreiungen und andere Begnadigungen nach dem Werthe solcher Gebäude determinirt, und demnach deswegen sowohl an die Bürgermeister und Rath hinwiederum wegen der Exemption von bürgerlichen *oneribus*, als auch an die fürstl. Zoll- und Accisebedienten ferner nöthige Ordres gestellt werden können; es soll aber

28) bei sothaner und zwar der anfänglichen Besichtigung und Taxation sowohl die im 20sten und

\*) Wegen dieses und der folgenden Paragraphen s. Baudouceurs in der Stadt Braunschweig — Bauen in der Stadt Braunschweig.

den folgenden §§. unter wüsten Stellen, ganz baufälligen und mittelmäßigen Häusern gemachte Distinction wohl in Acht genommen, und eines jeden Hauses Beschaffenheit nebst dem Werthe der dabei vorhandenen Materialien, so bei dem künftigen neuen Baue wieder zu gebrauchen, in dem dabei zu führenden Protocolle notirt, bei der zweiten, nach vollführtem Baue oder Reparation anzustellenden Besichtigung und Taxation aber wohl observirt und gleichfalls notirt werden, was nützlich und nothwendig hat gebaut werden müssen, oder sonst zur merklichen Zierde dieser Stadt und dem Commercio auf die eine oder andere Weise zum Besten angelegt, und was nur zur Lust und sonderbaren Bequemlichkeit des Eigenthümers oder überflüssigen Zierde des Hauses inwendig angewendet worden, allermaßen jene Baukosten nur allein in Anschlag gebracht, diese aber übergangen werden sollen, und derselben wegen niemandem einiger Vortheil oder Befreiung zu Statten kommen kann. Es soll auch

29) die Hälfte des Werths der alten Häuser, an deren Stelle neue erbaut worden, in dem Haupt-Anschlage wieder abgekürzt werden, und sollen die Taxatoren sich überall versehen, daß sie keine alte zu dem neuen Baue gebrauchte Materialien, als altes Holz, Eisen, Kupfer und dergleichen, so vor langer Zeit schon in seine Form gebracht und guten Theils abgenutzt ist, für neu taxiren und in Anschlag bringen.

30) Zur Ergögllichkeit für ihre Bemühung soll ihnen von den neu Anbauenden von jedem 100 Thlr. der angewandten Baukosten 18 Mgr. gereicht und dieselben unter ihnen gleich vertheilt werden.

31) Der Genuß der Begnadigungen, so den neu Anbauenden versprochen worden, soll, so viel die Befreiung von der Consumtions-Accise betrifft, seinen Anfang nehmen, sobald der Bau wirklich angetreten, welches den Accise-Bedienten, an welche, wie es damit ferner zu halten, ablängliche Verordnung ergehen wird, alsofort angemeldet werden soll. Die Befreiung von den oneribus publicis aber geht von der Zeit an, da der Bau vollendet, das Haus wohnbar gemacht, und die Taxation verrichtet sein wird, welches Alles aber

32) wenn es ein ganz neuer Bau, von dessen Beginn an längstens innerhalb dreier Jahre, und also nach Proportion in weniger Zeit und Jahren geschehen soll.

33) Damit aber sothane den neu Anbauenden widerfahrende Befreiungen und Erleichterungen den übrigen Bürgern und Einwohnern nicht zur doppelten Last gereichen mögen, so soll so viel, als von den neu erbaueten Häusern an Service, Proviantgeld und andern publicen Anlagen hätte entrichtet werden müssen, wovon Bürgermeister und Rath alljährlich in termino Michaelis ein pflichtmäßiges Verzeichniß höchsten Orts einzusenden haben, der Stadt an ihrem Contingent hinwiederum abgeschrieben werden.

34) Wenn endlich jemand innerhalb einer Zeit von zehn Jahren mit seiner Familie sich von hier wieder wegbegeben wollte, so soll ihm solches auch verstattet und daneben all sein hereingebrachtes Gut und Hausgeräthe, wie es Namen haben mag, so er jedoch eidlich zu verificiren schuldig sein soll, ohne einiges Entgeld ausgefolgt werden, von seinem allhier erworbenen, oder durch Erbschaft und sonst ihm zugefallenen Gute aber muß er vor seinem Abzuge, dem in hiesigen und andern deutschen Landen recipirten Rechte gemäß, die gewöhnliche Nachsteuer entrichten, auch seine sonst etwa gemachten Schulden und Verpflichtungen resp. bezahlen und denselben ein Genügen thun, auch, daß er dem Allen also nachkommen wolle, auf seine bei seiner Ankunft allhier geleistete Pflicht angeloben.

35) Wer nun auf diese Conditionen sich anhero begeben und allhier etabliren will, oder sonst bei seiner Ankunft seiner Reception und Einrichtung halber etwas, so hierin nicht begriffen, zu proponiren, oder zu suchen hat, der hat sich bei der fürstl. zu Einrichtung der hiesigen Stadtsachen verordneten Commission, oder, da dieselbe eben nicht versammelt wäre, bei den fürstl. Commerzien-Commissarien anzumelden, und darauf die Beförderung fernere Resolution, auch sonst alle mögliche Assistenz und Willfährung zu gewärtigen, gestalt denn sowohl dieselben als alle fürstl. übrigen höheren und niedrigen Justiz-Collegien, Magistrate und Befehlshaber, insonderheit aber Bürgermeister und Rath hieselbst hiermit ernstlich befehligt sind, alle hierin beschriebenen der Landes- und der reformirten Confession Zugethane, sowohl

deutscher als französischer Nation, bei dem Genuße dieser Privilegien bis an den Landesfürsten nachdrücklich zu schützen, und nicht zu gestatten, daß dieselben hinwieder im Geringsten beschwert werden. Landesf. Verordn. v. 28. März 1708.

Da von den zu Braunschweig sich niederlassenden refügirten Franzosen und verschiedenen Manufacturisten und Künstlern die vordem ergangene Declaration wegen der dergleichen ankommenden Leuten zu verstattenden Freiheit und Douceurs gar so weit extendirt werden wollen, daß sie auch den gewöhnlichen Bürger- und Erbhuldigungs-Eid abzustatten, und die über die ihnen erlassenen Bürgergelder gewöhnlichen theils zu Anschaffung neuer Feuer-Eimer destinirten geringen jura zu entrichten sich weigern, imgleichen, daß einige neu angehende Bürger prätendiren, daß ihnen zu theilweiser Abführung der auf 20 Mfl. moderirten Bürgergelder \*) gewisse Zahlungs-Fristen verstattet werden möchten, dieses Alles aber der Einrichtung der bei obangeführter Declaration gehaltenen Intention zuwider, auch ein Jeder, der in hiesigen Landen sich niederlassen will, dahin billig anzuhalten ist, daß er sich durch die gewöhnlichen Huldigungs- und andern Pflichten der Landesherrschaft verbindlich mache, so sind alle in Braunschweig sich etablirenden Einwohner, sie seien von welcher Nation sie wollen, wenn ihnen gleich nach obiger Declaration die Bürgergelder erlassen werden, dennoch zu Abstattung des Erbhuldigungs-\*\*) und Bürgereides, \*\*\*) auch der obgedachten geringen und theils zu Anschaffung neuer Feuer-Eimer gewidmeten jurium anzuhalten, und weil auch mit einem solchen Bürger, der nicht einmal diese sehr gemäßigten Bürgergelder auf einmal zu erlegen capabel, dem gemeinen Wesen und der Stadt wenig gebient ist, so sind die angehenden Bürger, daß sie solches geringe Quantum sofort abführen, anzuweisen und deshalb zu bedeuten. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 30. Novbr. 1716.

Unter den Reformirten französischer Nation, welche sich der in dem Patente v. 28. März 1708 enthaltenen Privilegien zu erfreuen haben, sollen nicht bloß die ursprünglich aus dem Königreiche Frankreich, sondern alle diejenigen verstanden werden, deren Religion und Sprache erlaubt, sich zur französisch-protestantisch-reformirten Kirche zu halten und daran Theil zu nehmen, ohne zu unterscheiden, ob sie ursprünglich aus dem Königreiche Frankreich, der Schweiz, aus den Thälern in Piemont, oder von den Waldensern, oder einer andern Provinz, und ohne darauf zu sehen, ob sie selbst jetzt erst, oder ihre Eltern und Vorfahren schon ihr Geburtsland verlassen haben. Landesf. Declarat. v. 6. April 1747. †)

Da die Mitglieder der reformirten deutschen Gemeinde sich als rechtschaffene Einwohner und getreue Unterthanen gezeigt haben, so ist beschlossen, denselben nicht nur überhaupt die bisher genossenen Rechte, Freiheiten und Privilegien fernerhin in voller Maße zu gönnen, sondern auch dieselben zu erweitern und zu verbessern und der reformirten deutschen Gemeinde in Braunschweig, sowie auch allen denen, welche sich künftig zu derselben begeben oder an andern Orten des Landes niederlassen, solche Begnadigungen beizulegen, daß auch fremde Reformirte ermuntert werden, in den hiesigen Landen, vornehmlich in der Stadt Braunschweig Handel und Wandel, Künste und Gewerbe zu treiben. Es werden demnach

1) alle und jegliche von den in Gott ruhenden Vorfahren an der Landes-Regierung der re-

\*) S. Bürgergeld in Braunschweig.

\*\*) cf. Landsh. Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 26.

\*\*\*) cf. Städte-Ordn. v. 4. Juni 1834. §. 21. Durch das landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig vom 1. Febr. 1717 wurde bestimmt, daß der von den französischen Refügirten abzustattende Bürgereid dieselben nicht eher als nach Verlauf der 12 Freijahre zur Abtragung der bürgerlichen onera verpflichten sollte und ihnen eben sowohl als der Erbhuldigungs-Eid in französischer Sprache abgenommen werden dürfe.

†) Diese Declaration ist in französischer Sprache abgefaßt. Unter demselben Datum erschienen auch: *Privilèges renouvelés et amplifiés pour les François protestans reformés*, die indeß nicht mehr enthielten, als die Verordnung v. 29. April 1747, und: *Extrait sommaire de ces privilèges*.

reformirten deutschen Gemeinde in Braunschweig verliehene Rechte, Freiheiten und Begnadigungen, wie solche absonderlich in der vom Herzoge Anton Ulrich ertheilten Declaration d. d. Braunschweig den 28. März 1708 enthalten, bestätigt und ferner declarirt, daß nicht nur deren jetzige Mitglieder dabei ungekränkt gelassen, sondern auch nebst ihnen diejenigen, welche sich künftighin zu derselben begeben werden, solcher mit zu genießen, beide aber ohne Unterschied aller der in diesem Gnadenbriefe enthaltenen und verliehenen Vorzüge, Gerechtigkeiten und Freiheiten sich zu erfreuen haben sollen.

2) Nicht nur diejenigen Reformirten, welche entweder in der Stadt Braunschweig bereits wirklich wohnhaft sind, oder in derselben künftighin sich niederlassen werden, sondern auch diejenigen, welche nach ihrer eigenen Willkühr eine andere Stadt, Flecken oder Ort zur Wohnung in hiesigen Landen aussuchen und sich daselbst besetzen werden, sollen aller Begnadigungen und Vorzüge ohne Unterschied zu genießen haben, und, sie wohnen an welchem Orte in hiesigen Landen sie wollen, als Mitglieder der deutschen reformirten Gemeinden nach allen den davon abhängenden Vortheilen angesehen und gehalten werden.

3) Nicht weniger sollen auch alle und jede in hiesigen Landen jezt wohnende, oder künftighin in denselben sich niederlassende Reformirte den eingeborenen Landes-Einwohnern und natürlichen Erb-Untertthanen in geistlichen und weltlichen Sachen durchaus gleich geachtet werden, und aller ihrer Geburt, Würde und ihres Standes halber ihnen zukommenden Vorzüge und Gerechtsamen gleich jenen ohne einige Schmälerung und Unterschied sich zu erfreuen haben.

4) Den der protestantisch-reformirten Religion Zugethanen soll jezt und immerfort die völlige Gewissensfreiheit und öffentlich uneingeschränkte Uebung ihres Gottesdienstes in hiesigen sämtlichen Landen gestattet sein, so daß sie darin niemals im Mindesten gekränkt, noch an der Predigt des göttlichen Worts und Austheilung der heiligen Sacramente, und überhaupt in demjenigen, was zu ihrem Gottesdienste und der äußerlichen Einrichtung desselben nach den Grundsätzen ihrer Kirche gehört, auf einige Weise behindert werden sollen. Nicht weniger soll die Beibehaltung und Vollstreckung der Kirchenzucht, den Schlußsen der protestantisch-reformirten Kirche gemäß, wie vorhin, also auch ferner ihnen unweigerlich gestattet werden; wie denn auch zu Haltung der Synoden und geistlichen Kirchen-Versammlungen auf ihr geziemendes Anmelden die landesf. Einwilligung niemals versagt, und es dabei, wie bisher geschehen, auch in Zukunft gehalten werden soll.

5) Wenn außer der Stadt Braunschweig in einer andern Stadt oder Orte hiesiger Lande die Anzahl der Reformirten so weit angewachsen, daß sie eine besondere Gemeinde und ein besonderes Gotteshaus anzurichten im Stande wären, so soll ihnen dazu und zu Erbauung einer Kirche hilfreiche Hand geleistet, ihnen auch so viel Glocken, als sie verlangen, und derselben unumschränkter Gebrauch gestattet werden. Sollten auch den Gemeinden die nöthigen Mittel zur Unterhaltung der Prediger ermangeln, so soll auch darin ihnen Zuschuß und werththätige Hilfe nicht entstehen, auch das Nöthige veranstaltet werden, daß bei den Kirchen auch anständige und bequeme Pfarrhäuser für die Diener des göttlichen Worts geschafft werden.

6) Dafern auch die reformirte deutsche Gemeinde in Braunschweig der Gestalt anwachsen sollte, daß sie eines räumlichen Gotteshauses bedürfte, so soll derselben eine größere Kirche angeschafft und eingeräumt werden. Gleichmässen wird es auch in Ansehung des Kirchhofes der Reformirten in Braunschweig gehalten, wie hingegen in den Städten oder Orten, wo noch keine reformirte Kirche vorhanden, die Leichen der Reformirten auf den Gottes-Ackern der Evangelisch-Lutherischen ohne Weigerung und Uebersetzung der Begräbnisse angenommen, und, wenn es begehrt wird, mit allen des Orts üblichen Ceremonien und christlichen Gebräuchen zur Erde bestattet, und überhaupt, wie in andern Stücken, also auch in den Begräbnissen die getreuen der protestantisch-reformirten Religion zugethanen Einwohner den evangelisch-lutherischen gleich geachtet werden sollen.

7) Eine jede Gemeinde soll ohne einige Behinderung das Recht und die Freiheit genießen, ihre

Prediger, Vorsteher und Ältesten, Vorsänger, Küster, Kirchen- und Schuldiener, auch überhaupt alle zum Gottes- und Schuldienste, zur Verwaltung der Kirchengüter, Armengelder, milden Stiftungen und Ausgaben, auch Erhaltung der Kirchenzucht erforderlichen Personen zu wählen, zu berufen und dem Landesfürsten gebührend zu präsentiren, worauf sie von dem Landesfürsten sogleich bestätigt, zur Ableistung des Huldigungs-Eides gelassen und sodann an die präsentirende Gemeinde zur Einführung in ihr Amt, den Ordnungen und Gebräuchen ihrer Kirche gemäß, gewiesen werden sollen.

8) Die solcher Gestalt bestellten Geistlichen, Kirchen- und Schuldiener sollen ferner von der Gerichtsbarkeit des fürstl. Consistorii befreiet und dem Landesfürsten und von dessen wegen der fürstl. Geh. Rathsstube unmittelbar unterworfen bleiben, außerdem aber auch mit den evangelischen Kirchen- und Schuldienern in hiesigen Landen gleiche Rechte und Freiheiten zu genießen haben, und mit denselben in ihrem Range nach dem Alter und der Zeit-Ordnung, da sie in ihr Amt gekommen sind, stehen.

9) Alle und jede Reformirte, welche von nun an in hiesige fürstl. Lande sich begeben, sollen bei ihrem Anzuge für ihre Personen und Güter von allen Zoll- und Geleits-Abgaben, Brücken- und Weg-Gelbe gänzlich befreiet sein, zu welchem Ende ihnen die nöthigen Freipässe auszufertigt, und des Falls unter keinerlei Benennung das Mindeste abgefordert werden soll, wonach die Zoll- und Geleitsbedienten sich zu achten haben. Es ist dabei des Landesfürsten ernster Wille, daß sie sowohl, als sämtliche fürstl. Bediente den neu ankommenden Reformirten nicht nur bei Vermeidung landesf. Ungnade und schwerer Ahndung nichts in den Weg legen, sondern auch denselben zu ihrem bessern Fortkommen alle mögliche Dienstfertigkeit, Liebe, Beförderung und Gefälligkeit erzeigen sollen.

10) Sie sollen ferner nach ihrer Ankunft zwölf Jahre nach einander von allen, obschon an sich sehr leidlichen Auflagen, es mögen solche persönlich sein, oder auf Grundstücken haften, nicht weniger von Einquartirung der Soldaten und Service-Geldern gänzlich frei und verschont bleiben. Es soll ihnen auch während solcher Zeit kein öffentliches Amt oder andere mit Last, Verantwortung und Versäumnis verknüpfte Obliegenheit wider ihren Willen aufgedrungen werden. Und da, daß ihnen von der Consumtions- Accise in Braunschweig eine gänzliche Befreiung zugestanden werde, bei derselben Einrichtung nicht gestattet werden kann, so soll jedoch denjenigen Reformirten, welche lediglich von ihren Renten und Einkünften leben, die bezahlte Consumtions- Accise in ein besonders zu haltendes Buch angeschrieben und zurückgegeben werden.

11) Es sollen die von Adel überhaupt, oder sonst angesehene Leute, und unter letzteren diejenigen, welche von eigenen Mitteln und Einkünften leben, von der Gerichtsbarkeit der Unter-Obrikeiten befreiet sein, und in bürgerlichen und peinlichen Fällen lediglich und unmittelbar vor den höchsten Gerichten des Landes stehen, \*) bei welchen, wie bei den übrigen insgesammt, ihnen und allen ihren Glaubens-Genossen gleich andern Unterthanen schleunige rechtliche Hülfe jeder Zeit angedeihen, und wenn wider Verhoffen hierunter einiger Mangel erschiene, auf geschenehtes Anmelden das Nöthige sofort verfügt werden soll.

12) Allen und jeden Mitgliedern der reformirten Gemeinden ist nicht nur die Befugniß ertheilt, Güter und Grundstücke auf dem Lande und in den Städten mit allen denselben auflebenden Freiheiten, Rechten und Gerechtigkeiten zu erwerben und zu besitzen; sondern es sollen auch bereits gedachtermaßen diejenigen Grundstücke, welche ein neu ankommendes Mitglied der reformirten deutschen Gemeinde ankauft, von allen Abgaben zwölf Jahre frei sein. Sollten selbige auch nicht eigenthümlich, sondern nur mieth- und pachtweise oder unter einem andern Contracte, er habe Namen wie er wolle, von ihnen besessen werden, so sind solche nichts desto weniger in den zwölf ersten Jahren von allen Auflagen und prestationibus publicis frei und ausgenommen, jedoch, daß Erben- und andere Zins-Beitzer, Meier, und andere darauf haftende Gefälle davon entrichtet werden.

\*) ©. Gerichtsbarkeit, und die von denselben Gerichten zu ertheilende Urtheile und Beschlüsse sind nicht anfechtbar.



13) Damit auch den neu Ankommenden zu baldiger und bequemer Ueberkunft desto eher geholfen werde, sind die Obrigkeiten jeglichen Orts befehligt, für die Unterbringung der neu ankommenden Reformirten nach Möglichkeit besorgt zu sein, und von Amts wegen dahin zu sehen, daß die Eigenthümer der Häuser in Vermietung derselben an die neu Ankommenden redlich, billig und bescheidenlich verfahren.

14) Falls unter vorgedachten neu Ankommenden jemand befindlich, welcher ungebautes Land urbar zu machen Verlangen trüge, so soll auf geziemendes Anmelden die Sache gleich untersucht und, wenn die Umstände es gestatten, das Land ihm erb- und eigenthümlich überwiesen und zugeschlagen werden. Wer neu bauen, oder alte zerfallene Häuser wieder ausbauen und ausbessern will, dem sollen auf ebenmäßiges Anmelden die Bau-Materialien in noch reicherer Maße, als bisher geschehen, umsonst dazu gegeben und verabsolgt werden.

15) Alle Negotianten, Wechselherren, Kauf- und Handelsleute, Entrepreneurs, Künstler und überhaupt alle diejenigen, welche durch ihre Wissenschaft, Kunst und Fleiß es Andern zuvor zu thun suchen, und dadurch die Aufnahme des gemeinen Besten mit dem ihrigen verknüpfen, sollen eine vorzügliche Aufmerksamkeit und alle diejenigen Privilegien, Bewilligungen und werththätige Hülfe zu gewärtigen haben, durch welche ihre heilsamen Absichten befördert werden können. Wenn einer oder mehrere derselben Fabriken oder Manufacturen, es sei in der Stadt Braunschweig, oder an andern Orten in hiesigen Landen, anzulegen sich entschließen sollten, so ist denselben zum Voraus die Versicherung gegeben, daß ihnen dazu sofort die Erlaubniß, Freiheiten und Privilegien erteilt, dem Befinden nach Hülfe geleistet, auch weder jetzt noch künftig so wenig von den rohen Materialien, welche zum Behufe der Fabriken angeschafft und daselbst verarbeitet werden, als von den daselbst gefertigten Waaren selbst jemals einiger Ein- noch Auszoll oder andere Unpflichten, sie haben Namen wie sie wollen, gefordert und eingehoben werden sollen, wie solches bei allen und jeden in hiesigen Landen unter landesf. Bewilligung errichteten Fabriken ohne Unterschied der Religion und des Vaterlandes der Entrepreneurs bereits eingeführt. Damit auch diejenigen, welche nützliche Fabriken und Manufacturen übernehmen, die etwaigen Hervorthellungen und Ausschweifungen der Werk- und Arbeitsleute desto eher und hinlänglicher im Zaume zu halten vermögend sein mögen, so sollen denselben befindenden Umständen nach mehr Gewalt und Zwangsmittel, als die bürgerliche Verfassung den Hauswirthen, Brod- und Arbeits-Herren sonst gestattet, anvertraut, und solche den Rechten und der Billigkeit gemäß zu gebrauchen sie in den Stand gesetzt, überhaupt aber mit Nachdruck darauf gehalten werden, daß in Sachen, welche Handlung und Verkehr, Fabriken und Manufacturen betreffen, Recht und Gerechtigkeit ohne allen Umtrieb auf die leichteste und kürzeste Art in vollkommener Maße jedem angeeignet solle.

16) Da bekanntermaßen die an dem Weserströme belegene Stadt Holzminden wegen der Schifffahrt auf demselben zur Handlung und zum Waarenwechsel mit der Stadt Bremen und weiter in die offene See sehr bequem liegt, so sollen diejenigen, welche sich dieser Bequemlichkeit bedienen, daselbst Handlung treiben, Fabriken und Manufacturen anlegen wollen, außer den §. 11 versprochenen zwölf Freizahren, und ohne die in dem vorstehenden 15. §. zugestandene gänzliche Befreiung von allen Abgaben und Unpflichten, noch insbesondere eine sechsjährige Freiheit des Weserzolls, der sonst von den Kaufmanns-Waaren, welche auf der Weser nach Holzminden kommen, oder auf derselben von dort abgeschickt werden, zu entrichten, und anderer Abgaben zu genießen, auch weitere Verlängerung derselben befindenden Umständen nach zu gewärtigen haben.

17) Um auch diejenigen in hiesigen Landen wohnenden oder hinkünftig in denselben sich niederlassenden Reformirten, welche wegen sicherer Unterbringung ihrer Capitalien verlegen sind, landesfürstl. Gnade und Wohlmeinung zu bezeugen, so soll, wenn sie es suchen, die Verfügung gemacht werden, daß derselben Capitalien bei den Landes-Cassen, falls dergleichen aufzunehmen gut befunden würde, vorzüglich angenommen, und mit 5 Procent jährlich verzinst werden sollen, obgleich ordentlicher Weise keine höhere Zin-

sen als 4 Procent bei denselben gegeben werden dürfen. Dafern es sich im Gegentheile fügen sollte, daß der Eine oder Andere derselben in ein unvermuthetes Geld-Bedürfniß gerieth und einer baldigen Hülfe höchst benöthigt wäre, so soll demselben, wenn er wegen der Wiederbezahlung annehmliche und hinlängliche Sicherheit macht, das Erforderliche befindenden Umständen nach aus der fürstl. Cammer-Casse vorgeschossen, und mehr nicht als 4 Procent jährliche Zinsen von ihm genommen werden.

18) Diejenigen Künstler und Handwerksleute, welche dem Landesfürsten ihre Absicht, ehe sie in hiesige Lande kommen, zu erkennen geben werden, sollen, nachdem ihre Künste und Wissenschaften dem gemeinen Wesen mehr oder weniger ersprießlich sein können, mit einer Beihülfe zu ihren Anzugs- und Reisekosten, auch außer den Privilegien mit hinlänglichem Vorschusse dem Befinden nach begnadigt werden.

19) Alle und jegliche in hiesigen Landen sich niederlassende Reformirte sollen das Bürgerrecht an dem Orte, wo sie sich besetzen, umsonst und unentgeltlich bekommen. Während der ersten zwölf Jahre ihres Aufenthalts in demselben bleibt jedem frei, eine Kunst, ein Handwerk oder anderes Gewerbe zu erwählen, und zu treiben, ohne daß jemand ihn darin stören oder beunruhigen möge. Nach Verfließung der zwölf Jahre steht in eines Jeden freier Willkühr, das ergriffene Handwerk und Gewerbe fortzusetzen, oder ein anderes zu wählen, und soll er, wenn er sonst nicht will, sich zu einer besondern Gilde zu halten nicht schuldig, sondern als Freimeister, kraft der ihm darüber zu ertheilenden Concession, für sich zu arbeiten befugt sein. Wenn er aber Gesellen halten oder Jungen in die Lehre nehmen will, so muß er zwar sich zu einer gewissen Innung und Gildegenossenschaft halten, und ein Mitglied derselben werden, es soll ihm aber auch alsdann das Meisterrecht an und für sich selbst nichts kosten, noch die sonst gewöhnliche Vorfertigung eines Meisterstücks abgefordert werden, wenn er durch richtige Zeugnisse, oder in Ermangelung derselben, mittelst Eides darthun wird, daß er an einem andern Orte die Profession wirklich als Meister getrieben.

20) Es sollen diejenigen Reformirten, welche in hiesige Civil- oder Militairdienste zu gehen verlangen, in dieselben gern aufgenommen werden, und ihnen ihrem Stande, ihrer Fähigkeit und ihren Verdiensten gemäße Ehrenstellen und weitere Beförderungen angedeihen.

21) Die in hiesigen Landen jetzt wohnenden, oder künftighin in denselben sich niederlassenden Reformirten sollen je und alle Zeit freie Macht und Gewalt behalten, über ihre Güter und ihr Vermögen, es geschehe durch Handlung unter Lebendigen oder durch letzte Willens-Verordnungen, nach ihrem Wohlgefallen, jedoch in rechtlicher und den Landesgesetzen gemäßer Art zu disponiren, und sollen ihre Verlassenschaften, sie mögen aus neu erworbenem oder Erbgut bestehen, im Lande bleiben oder aus demselben herausgehen, ihren natürlichen oder Testaments-Erben ohne Forderung einigen Abzugs-Rechts unweigerlich verabsolgt werden.

22) Wenn der eine oder andere der Reformirten noch bei seinem Leben sich aus hiesigen Landen wieder wegzugeben gut fände, so mag er solches nicht nur für seine eigene Person ungehindert thun, sondern auch seine Güter, Baarschaften und alles, was ihm gehört, er habe es in hiesige Lande eingebracht oder in denselben erworben, mit sich nehmen, und soll ihm davon unter dem Namen des 3ten, 5ten oder zehnten Pfennigs, noch unter irgend einer andern Benennung einiger Abzug nicht gemacht oder zurück behalten werden, wenn schon dergleichen an dem Orte, wohin der Wegziehende sich begiebt, genommen würde.

23) Falls außer den hierin enthaltenen Begnadigungen noch mehrere zur Aufnahme der reformirten Gemeinden dienende Mittel in Vorschlag gebracht werden möchten, so soll solchen gern Gehör gegeben werden, und wird der Landesfürst sich angelegen sein lassen, daß der Zustand, wie aller getreuen Unterthanen, also auch der Reformirten in hiesigen Landen von Zeit zu Zeit verbessert werden möge. Der Landesfürst wird in dieser Absicht sich auch ganz nicht entgegen sein lassen, wenn eine reformirte deutsche Gemeinde in hiesigen Landen für sich nützlich und zuträglich halten sollte, eine geschickte und ehrliche Person aus den

den fürstl. Bedienten, zu welcher sie das beste Vertrauen hat, zum Commissar zu erwählen, der für ihr Bestes sorge, die unter den Mitgliedern derselben entstehenden Irrungen gütlich schlichte und abthue, und ihr sonst mit gutem Rathe beistehe.

24) Wenn die hierin den Reformirten in hiesigen Landen ertheilten beträchtlichen Vorzüge und Vortheile jemanden veranlassen sollten, sich derselben theilhaftig zu machen, vorher aber der eine oder andere Punkt auszumachen, oder nähere Erläuterung und Gewißheit nöthig wäre, so hat derselbe sich dieserhalb bei der fürstl. Geh. Rathsstube oder dem reformirten Prediger in Braunschweig zu melden und baldigste Resolution zu gewärtigen.

25) Es ist übrigens allen und jeden hohen und niedern Justiz-Collegien, Ober- und Beamten, auch Gerichts-Obriheiten, geistlichen und weltlichen, Civil- und Militair-Bedienten, und allen, die in des Landesfürsten Namen in hiesigen Landen zu befehlen haben, befohlen, über den Inhalt dieser Verordnung bei Vermeidung landesf. Ungnade und schwerer Verantwortung nachdrücklich zu halten, und demselben in allen Stücken sich gemäß zu bezeigen. Landesf. Verordn. d. d. Wolfenbüttel den 29. April 1747. \*)

Die Fremden, sowohl protestantisch-reformirter, als evangelisch-lutherischer Religion, welche sich hinfüro in hiesigen Landen niederlassen wollen, sollen die in den Patenten v. 6. und 29. April, auch 5. Juni \*\*) 1747 enthaltenen Begnadigungen anderer Gestalt nicht zu genießen haben, als wenn sie vor ihrer Niederlassung in hiesigen Landen bei der fürstl. Geh. Rathsstube sich gemeldet und eine besondere Resolution deshalb erhalten haben. Wie nun alle diejenigen Fremden von gedachten beiden Religionen, welche nach den Gnadenpatenten sich dazu qualificiren, über alle darin enthaltenen Begnadigungen eine Versicherung bekommen sollen, so sind hingegen alle andere, besonders Handwerker, wenn an dem Orte, wo sie sich niederzulassen gewillet, solche Art Handwerker bereits hinlänglich vorhanden sind, bezugleich diejenigen, welche Bauergüter acquiriren, und alle diejenigen, die keine andere Nahrung treiben wollen, als womit hiesige Unterthanen sich bereits abgegeben, davon ausgeschlossen, und haben dergleichen Fremde sich vor hiesigen eingeborenen Unterthanen keiner Vorzüge zu erfreuen. Landesf. Verordn. v. 30. Juli 1756.

S. Fremde, in hiesigen Landen sich niederlassende — Stolgebühren der Reformirten.

### Reformirte, Kindtaufen derselben.

Die reformirte Gemeinde zu Braunschweig soll, wie alle übrigen Bürger und Einwohner daselbst, ihre Kinder in öffentlicher Kirche und nicht in Privat-Häusern taufen lassen. Landesf. Rescript vom 1. Juli 1728.

S. Haus-Taufe.

### Reformirte, Prediger derselben.

Wenn sich jemand bei ihnen anmeldet, der sein eigener Herr, und die lutherische Religion zu verlassen, die reformirte aber anzunehmen entschlossen wäre, so sollen sie dem Beichtvater desselben davon vorher Nachricht geben, diejenigen aber, so noch in patria potestate oder in vormundschaftlicher Aufsicht stehen, ohne der Eltern und Vormünder Consens zur Beichte und Communion nicht admittiren. Landesf. Rescript an den reformirten Prediger zu Braunschweig v. 26. Januar 1726.

S. auch: Stolgebühren der Reformirten.

\*) Diese Verordnung sowohl, als auch die v. 28. März 1708 ist zwar, wie der Inhalt derselben ergiebt, zum großen Theile obsolet geworden, indes erschien es zur genauen Verständlichkeit dessen, was davon noch Anwendung findet, nothwendig, beide ihrem ganzen Inhalte nach aufzunehmen. Die speciellen Hinweisungen auf die neuere Gesetzgebung sind in der ersten gegeben, worauf, um Wiederholungen zu vermeiden, hier verwiesen wird.

\*\*) Diese Verordnung bezog sich auf die evangelisch-lutherischen Fremden, welche sich in den hiesigen Landen niederlassen wollten.

## Regenwasser.

S. Servitus fluminis recipiendi.

## Regiments=Chirurgen.

S. Chirurgen, Regiments= und Compagnie=.

## Registraturen.

S. Amts=Registratur.

## Reichs=Kalendar.

Das kaiserl. Edict v. 7. Januar 1776, welches verordnet, daß, vermöge des unterm 20. Januar laufenden Jahrs erstatteten Reichsgutachtens und darauf ergangener kaiserl. Genehmigung, der zeither bei den Katholiken eingeführte und übliche Kalender unter dem Namen eines allgemeinen Reichs=Kalenders allgemein eingeführt, mithin nach dessen Anleitung die Feierung des Osterfestes und anderer davon abhängender beweglicher Feste mit den Katholischen zugleich Statt finden, (wobei jedoch die Bestimmung anderer in etlichen Provinzen, Landen oder Städten etwa besonders zu feiernder Feste und die Benennung der Tage den Behörden jedes Orts vorbehalten bleibt und den landesf. Rechten hierunter nichts benommen ist) und hierauf in allen Reichs=Landen genau, sträglich und friedlich gehalten, dasselbe von jedermann getreulich beobachtet und von niemandem im Mindesten unter einigerlei Vorwand dagegen gehandelt, besonders von jeder Landes=Obrigkeit darauf gute Aufsicht getragen werden solle, ist in hiesigen Landen zur genauesten Beobachtung bekannt gemacht durch die landesf. Publication v. 15. August 1776. \*) (Br. Anz. v. 1776. Nro. 71.)

## Reichsposten.

Durch das Avertissement des fürstl. Ministerii v. 1. Juli 1790 wurde das bisher in den hiesigen Landen tolerirte fürstl. taxische Reichs=Postwesen \*\*) aufgehoben und mit den fürstl. Posten verbunden.

## Reihe=Brauen.

S. Brauen.

## Reihe=Einwohner.

S. Beamte; Rescript v. 29. August 1805.

## Reihe=Fuhren.

S. Dienste — Rothsassen, Pferdehalten derselben — Reise=Fuhren — Worspann und Reitpferde bei herrschaftlichen Reisen.

## Reihe=Wachen.

S. Wachen.

\*) Wegen der Feier des Osterfestes war schon früher durch die Verordn. v. 4. Septbr. 1743 bestimmt, daß, da im Jahre 1744 zwischen dem verbesserten und dem gregorianischen Kalender wegen der Osterfeier eben der Unterschied wie im Jahre 1724 eintrete und vermöge einer von dem corpore evangelicorum zu Frankfurt a. M. deshalb vorgenommenen Ueberlegung kein Grund vorhanden sei, von den des frühern Unterschieds wegen zu Regensburg gefassten conclusis v. 1699, 1700 und 1723, insbesondere von dem auf das Jahr 1744 bereits ausdrücklich mit gerichteten concl. v. 30. Januar 1723 abzugehen, das Osterfest für das Jahr 1744 auf den 29. März gesetzt werde, wonach denn auch alle übrigen davon abhängenden Feste eingerichtet werden sollten.

\*\*) S. K. Steinackers geschichtlichen Abriß der Entwicklung des Postregals im Herzogthume Braunschweig. Holzminden 1838.

## Reihe = Werke.

C. Gemeinde = Reihewerke.

## Reise = Führen.

Da wegen der bisher vergönnten vielen freien Führen nicht allein ein ziemlicher Abgang an den Cammer-Entraden erfolgt ist, sondern auch die armen Unterthanen durch solche zum Herrendienste verrichteten Reise-Führen nicht wenig beschwert und an ihrer Arbeit verhindert worden, so werden die freien Reise-Führen gänzlich eingestellt, und niemandem, wer er auch sein möchte, sollen einige Fuhrzettel darüber ertheilt werden. Damit es aber dennoch an benöthigter Fuhr gegen billige Bezahlung nicht ermangeln möge, so sollen die Beamten schuldig sein, nicht allein den herrschaftlichen Dienern, sondern auch den etwa ankommenden fremden Herrschaften und deren Bedienten, wie auch insgemein allen denjenigen, welche von dem Landesfürsten oder der fürstl. Cammer einen speciellen schriftlichen Befehl des Falls vorzeigen werden, die benöthigte Fuhr und Vorspann von Amt zu Amt um einen billigen Lohn, und zwar für jedes Pferd auf eine Meile hin- und rückwärts zusammen 6 Mgr., es sei zum Fahren oder Reiten, auch auf dem Rückwege eine Ladung vorhanden oder nicht, ohne einigen Verzug, es sei zu welcher Jahreszeit es wolle, so Tags oder Nachts, zu verschaffen, welchen Fuhrlohn denn die Passagiere an diejenigen Unterthanen, welche den Vorspann aushun, bezahlen, an den Orten aber, da der Landesfürst keine gemessenen Dienste hat, sondern die Unterthanen dergleichen Reise-Führen anstatt der ordinären Dienste zu thun schuldig sind, und also der dafür zu entrichtende Fuhrlohn von den Beamten solcher Orte berechnet werden muß, an die Beamten und Voigte erlegen, die Unterthanen aber, so mit Pferden versehen, sich hingegen solcher Führen durchaus nicht weigern, widrigen Falls ernstlicher Bestrafung gewärtig sein sollen. Landesf. Verordn. v. 14. März 1687.

Wenn dem Einen oder Andern, er sei wer er wolle, entweder einige Dienstfuhren oder Vorspann-Pferde gegen das gewöhnliche Dienstgeld, vermittelt eines aus fürstl. Cammer ertheilten Zettels und Befehls, sollten verwilligt werden, mit welchen Führen aber, so viel es thunlich, die Unterthanen, absonderlich in der Erndte- und Saatzeit, zu verschonen, so sollen sodann die zu solcher Fuhr oder Vorspann bestellten Herrendienste solche Führen oder Vorspann nicht eher zu verrichten, noch weniger anzuspinnen gehalten, sondern ihnen solches vielmehr hiermit verboten sein, bis den Beamten, Gogrefen, Bauermeistern oder den Dienstleuten selbst das gewöhnliche und gehörige Dienstgeld voraus bezahlt worden. Die Ober- und Beamten, sie haben die Dienste gepachtet oder nicht (maßen deren Gebrauch sich nicht weiter als zu dem Amts-Ackerbaue, die herrschaftlichen Geschäfte ausgenommen, versteht, noch verstanden werden soll), sollen keine Dienste ohne des Landesfürsten und der fürstl. Cammer expressen schriftlichen Befehl (die Wildfuhr zu fürstl. Hofstatt und Ablager, bei deren Berechnung jedoch alle Mal die Tage, wann sie geschehen, und die Orte, wohin sie gefahren, mit benannt werden sollen, ausgenommen) weder gegen noch ohne Erlegung des Dienstgeldes jemandem, er sei wer er wolle, verabsolgen lassen, noch viel weniger sollen solche auf den letzten Fall in Rechnung passiren. Landesfürstl. Verordnung vom 20. Juni 1707.

Die spanndienstpflichtigen Hintersassen sind der Observanz nach gehalten, den fürstl. Commissarien und Beamten in Angelegenheiten der Klöster vor Kutschen und Chaisen zu spannen, und wird denselben dieser Dienst am ordinären Dienste gekürzt. Attestat der fürstl. Kloster-Kathstube v. 7. August 1751 und Attestat der fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 21. August 1751.

C. auch: Vorspann und Reitpferde bei herrschaftlichen Reisen — Kriegsführen — Meier im Amte Lichtenberg — Physici.

Reisende, verdächtige. \*)

S. Fremde und Durchreisende.

Reiten und Fahren, übermäßig starkes auf den Straßen zu Braunschweig.

1) Derjenige, welcher in Braunschweig mit Kutschen oder andern Wagen übermäßig stark fahren und jagen, oder der, welcher auf gleich unbesonnene Art reiten wird, dergleichen

2) derjenige Kutscher oder Fuhrmann, welcher von seinen vorgespannten Pferden weggeht, ohne die Zugstränge loszuhängen und ohne die Zügel zurückzubinden, \*\*) wie auch

3) derjenige, welcher ein Pferd ohne Zügel und unangefast von der Weide hereinholt, oder solches unangefast laufen läßt, soll alle Mal in 5 Thlr. Geld: oder zu verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe verurtheilt werden. Sollte aber jemandem durch dergleichen ungeziemliches Betragen wirklich Schaden zugefügt werden, so soll der Thäter in allen Fällen nicht allein nach dem Grade seiner Schuld und Bergehung härter bestraft, sondern auch zum Ersatz des Schadens, wie es sich von selbst versteht, angehalten werden. Das Klatschen mit den Peitschen aber ist bei 2 Thlr. Strafe ernstlich untersagt. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 19. April 1782. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 36.)

Mit Wiederholung der unterm 19. April 1782 und 8. Novbr. 1784 \*\*\*) ergangenen Verordnungen ist das geschwinde Reiten und Fahren, insbesondere bei Vorfällen, da die Straßen mit Menschen angefüllt sind, bei der in jenen Verordnungen enthaltenen Strafe und Ersetzung des etwa verursachten Schadens nochmals verboten, und einem Jeden, der dergleichen Unfug anzeigen wird, die Versicherung gegeben, daß er dieserhalb mit keinen Kosten auf irgend eine Art belästigt werden soll. Die Herrschaften werden also zu Abstellung dieses Unfugs und Verhütung der Beschädigung den Kutschern aufs Strengste anbefohlen, solchem auf das Genaueste nachzukommen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 5. Januar 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 5.)

Auf Requisition des fürstl. Polizei-Departements hat auch das fürstl. Hofmarschall-Amt zu Braunschweig den fürstl. Stallbedienten und den Kutschern und Reitknechten, welche unter der Jurisdiction desselben stehen, unter der Bedrohung, daß sie widrigen Falls für allen Schaden haften und überdas noch mit nachdrücklicher Strafe belegt werden sollen, eben dieses Verbot bekannt gemacht durch ein Avertissement des fürstl. Hofmarschall-Amtes v. 5. Januar 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 4.)

cf. Bekanntm. fürstl. Polizei-Direction v. 20. Juli 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 57.) —

Straßen-Polizei-Verordnung v. 9. April 1815. Nro. 21. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 29.) —

Bekanntm. fürstl. Polizei-Direction v. 25. Juni 1825. (Br. Anz. v. 1825. Nro. 50.)

Reiten und Fahren auf den breiten Steinen zu Braunschweig und Wolfenbüttel.

S. Breite Steine in Braunschweig, Reiten und Fahren auf denselben — dergleichen in Wolfenbüttel.

\*) Um den Nachtheil, welcher daraus entstehen würde, daß man die Diebesbanden, welche sich zu jener Zeit vom Rheine her dem Lande näherten, nicht zurückzuhalten suche, abzuwenden, erging unterm 17. Mai 1765 eine landesf. Verordnung, (Br. Anz. v. 1765. Nro. 48.) welche unter anderm bestimmte, daß alle reisende Fremde, welche in den Städten, Flecken und Dörfern nicht in privilegirten Wirthshäusern einkehrten, für verdächtig gehalten und, wenn sie sich nicht sogleich hinlänglich legitimiren könnten oder sich nicht bloß zum Besuche in Privathäusern, gegen die kein Verdacht obwalte, aufhielten, arretirt und eben sowohl als die, welche sie beherbergten, zur Untersuchung gezogen werden sollten. Zugleich enthielt diese Verordnung gemessene Anordnungen wegen der Hausirhändler.

\*\*) S. auch: Fuhrleute, auf den Straßen zu Braunschweig haltende.

\*\*\*) Dergleichen.

## Relation.

S. Referiren und Botiren.

## Religions-Bekenntniß der Kinder.

S. Römisch-Katholische §§. 5 sqq. und 18.

## Religions-Lästerung.

S. Verachtung des göttlichen Worts und der Sacramente — Römisch-Katholische §. 19.

## Religions-Veränderung.

S. Römisch-Katholische §. 18. — Reformirte, Prediger derselben.

## Religions-Zwang.

S. Römisch-Katholische §. 18.

## Remedia.

S. Rechtsmittel.

## Remission an den Steuern.

Die durch Feuer, Hagel und andere casus majores beschädigten Contribuenten sollen nach Proportion ihres Schadens einige Remission erhalten. Landesf. Verordn. v. 10. Octbr. 1682, Art. XIII, \*) wie es mit Beitreibung der Landrente-Entraden zu halten.

Denjenigen, welche mit Feuersbrunst, Hagelschaden und dergleichen Unglücksfällen heimgesucht werden sollten, soll, wenn solches durch obrigkeitliche Atteste bescheinigt wird, wie auch denen, welche wüste Höfe wieder aufbauen, ein verhältnißmäßiger Nachlaß zu Gute kommen. Schatz-Ordnung vom 10. Juli 1719.

Außer den folgenden Rubriken s. auch: Suppliken und dabei zu erstattende Berichte.

cf. Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisation und den Geschäftskreis der Steuer-Direction betr., §. 13.

## Remission wegen Bauens.

S. Bau-Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

## Remission wegen Brandschadens.

Da die bisher auf Remissions-Gesuche wegen Bauten erstatteten Berichte nicht alle Mal so vollständig abgefaßt worden, daß daraus alles Nöthige ersehen werden können, so soll außer demjenigen, so bisher darin verfaßt worden, noch mit angeführt werden:

- 1) Wie hoch, wenn wegen Brandschadens gebaut werden müssen, das Gebäude in der Brandversicherungsgesellschaft affecurirt gewesen?
- 2) Wie viel von diesem Affecurations-Quantum wegen der abgebrannten Gebäude bezahlt worden?
- 3) Wie hoch die Baukosten der neu errichteten Gebäude sich wirklich belaufen haben?
- 4) Ob diese Wohnhäuser, Scheuern, Stallungen oder Altvater-Häuser u. sind? und

---

\*) Der folgende Artikel bestimmte, daß die Größe der Remission keinesweges in der Willkür der Rentschreiber stehen, sondern zur Ermäßigung der geheimen Räte und des Schatz-Collegii gestellt sein solle.

5) Was an Effecten erweislich im Brande verloren, und wie hoch solches zu Gelde angeschlagen worden sei? Landessf. Aussch. v. 9. Decbr. 1771. \*)

S. auch: Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben; Verordn. v. 22. Juni 1747 — Remission an den Steuern.

cf. Circular-Rescript des herzogl. Staats-Ministerii v. 24. Mai 1830, die nähere Bestimmung der Grundsätze und des Verfahrens bei Remissionen wegen Brandschäden auf dem Lande betr.

### Remission an den Meierzinsen.

S. Meierzinsen, Entrichtung und Erlaß desselben.

### Remission wegen Mißwachses 2c.

S. Mißwachs, Remission deshalb an den öffentlichen Steuern.

### Remission wegen Pferdesterbens.

Um auf das Land wegen der dormaligen Unterhaltung der Neutralitäts-Armee an der Weser, deren Ende bis dahin nicht abzusehen ist, nicht noch größere Lasten zu bringen, müssen alle möglichen Mittel angewendet werden, durch Ersparungen bei andern Ausgaben es thunlich zu machen, mit den Beiträgen zu jener Unterhaltung zu continuiren, und so sollen unter andern auch die bisher auf den Verlust an Pferden den Unterthanen verwilligten Remissionen, da solche für den, der sie erhält, ein Geringes betragen, im Ganzen aber ein Object ausmachen, dazu mit verwendet und solche Remissionen um so mehr gänzlich aufgehoben werden, als dabei noch immer große Mißbräuche mit unterlaufen, auch die dagegen gemachten Vorkehrungen, als das Taxiren und Brennen der Pferde, Haltung der Register 2c. mit so vielen Weitläufigkeiten und Beschwerden, so von Seiten der Obrigkeiten als der Unterthanen, verbunden sind, daß die wirkliche Hülfe, welche dadurch denen, welche die Pferde verloren haben, widerfährt, dagegen kaum in Anschlag gebracht werden mag, wie denn in dieser Rücksicht schon ganze Gemeinden von selbst darauf Verzicht gethan und die Pferde zur Taxation überall nicht mehr vorführen lassen. \*\*)

\*) Durch das landessf. Ausschreiben v. 3. Septbr. 1688 war bestimmt, daß, wenn jemand durch Brand oder großes Viehsterben Schaden erlitten hätte, derselbe mit seinem Remissions-Gesuche ausnahmsweise bei jedesmaligem Schaß-Collegio gehört werden solle, wogegen die übrigen Remission Suchenden sich bei dem ordinairten Schaß-Convente nach Galli-Zag in Braunschweig einfinden sollten.

\*\*) Die wichtigsten ältern Verordnungen in Betreff der Remissionen wegen Pferdesterbens waren v. 19. Novbr. 1781 (Br. Anz. v. 1782. Nro. 1.) und deren Declaration v. 14. April 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 36.) Hiernach sollte den Unterthanen beim Pferdesterben eine Remission an der Contribution nach dem Verhältnisse von 15 Procent des Werthes des gestürzten Pferdes (dieser Werth sollte aber nicht höher als zu 60 Thlr. angenommen werden) zu Gute kommen, wobei jedoch folgendes genau befolgt sein mußte: Die Amtsvoigte, Sogresen oder andern Amts-Untersbedienten bereisten vierteljährlich die Dörfer, ließen die inzwischen angeschafften Pferde (die angekauften durften nicht über acht und die zugezogenen nicht unter drei Jahren alt, diese bis dahin auch noch nicht angespannt sein) taxiren und mit einem Zeichen brennen (Landessf. Rescript v. 25. Januar 1791) und trugen die, deren Werth im Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Districte, mit Ausnahme der Kemter Campen, Neubrück, Borsfelde, Neuhaus, Bahrdorf und Calvörde, wenigstens 30 Thaler, im Harz- und Weser-Districte aber 20 Thaler betrug, in ein Register ein. Ein Mal taxirte Pferde kamen nicht wieder zur Taxe. Aus den Registern der Amts-Untersbedienten formirten die Obrigkeiten sodann ein General-Protocoll, worin angeführt werden mußte, von wem und an welchem Tage das Pferd vorgezeigt, von welchem Geschlechte und welcher Farbe das Pferd gewesen, von wem und wann es angekauft und bei zugezogenen Pferden, wie alt dasselbe bei der Vorführung gewesen sei. Wenn nun um Remission gebeten wurde, so mußte von den Obrigkeiten in den deshalb zu erstattenden Berichten angeführt werden, ob der Supplicant auch so gute und tüchtige Pferde, als er nach seinen Umständen bestreiten können, angeschafft habe; ob er nicht mehr Pferde halte, als er zu seinem Ackerbaue und zu dem mit denselben betriebenen Gewerbe halte; ob er nicht, nach Beschaffenheit seiner Länderei, der zu verrichtenden Fuhrn und der Hude und Weide, ohne



Es soll demnach mit dem Eintragen der Pferde zu Register nicht weiter verfahren und den Unterthanen, wenn sie ihre Pferde zur Taxe vorführen wollen, oder das Absterben der Pferde melden, Obiges eröffnet werden, wogegen jedoch auf die bereits erstatteten Berichte die Remission annoch erfolgen soll. Landesf. Circular-Rescript v. 21. Juni 1800.

### Remissions-Gesuche.

§. Suppliken und dabei zu erstattende Berichte.

### Remotio ab officio.

§. Suspendio ab officio.

### Rescripte, landesfürstliche.

§. Verordnungen, landesfürstliche.

### Rescripte in Commissionssachen.

Landesfürstliche Rescripte, die in casu speciali bei einer besondern Commission erteilt werden, sind außer demselben auf andere Fälle nicht zu deuten. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 23. April 1746.

### Respect's-Tage.

§. Wechsel, Verfallzeit derselben.

## Restitutio in integrum eines Kindes gegen die Renunciatio auf das Erbrecht in den elterlichen Nachlaß.

Da vom Hofgerichte dem Landesfürsten vorgetragen ist, daß bei den Rechtsgelehrten in den Fällen, wenn ein Sohn oder eine Tochter nach erlangter Majorennität gegen Empfang einer gewissen Geldsumme sowohl delatae maternae als futurae paternae hereditati in einem cum patre binubo getroffenen Vergleiche unter der Eides-Clausel: So wahr mir u. extrajudicialiter renunciirt oder auch mit demselben darüber sub eadem juramenti clausula judicialiter transigirt, hernach aber ob laesionem enormissimam dagegen restitutionem in integrum sucht, sich verschiedene Meinungen finden, so wird verordnet, daß kein Kind, welches bei seiner erlangten Majorennität gegen eine empfangene gewisse Abfindungs-Summe der väterlichen oder mütterlichen Succession eidlich renunciirt, oder darüber gerichtlich transigirt, und solchen Vergleich eidlich bestärkt, wenn gleich nachher sich eine übermäßige Läsion, auch quoad legitimam äußern sollte, dagegen in integrum restituirt werden soll, wo nicht genugsam dargethan und erwiesen werden kann, daß durch listige und betrüglische Persuasionen solches zu dem Verzicht oder

Beeinträchtigung der übrigen Weibe-Interessenten seinen Ackerbau, statt mit Pferden, mit Ochsen betreiben könne. Diesem Bescheide mußte ein Extract aus dem General-Protocolle und eine Tabelle beigelegt werden, aus welcher das Alter sowohl der zugezogenen, als auch der gekauften Pferde, von welcher Zeit an die zugezogenen Pferde zur Arbeit genommen, der Tag des Ankaufs der Pferde, der Tag der Vorführung und die Taxe, so wie auch das Alter des Pferdes zur Zeit des Sterbens ersichtlich war. Wenn sich nach diesen Angaben der Fall zu einer Remission eignete, so wurde dabei auf die Stückzahl der gefallenen Pferde keine Rücksicht weiter genommen, nur mußte das gefallene Pferd im Wolfenbüttelschen und Schöningenschen Districte, mit Ausnahme der Kemter Bährdorf, Galtvörde, Campen, Neuhaus und Borsfelde, so wie des Gerichts Wendhausen und der Dörfer Rieseberg, im Amte Königsätter, und Emmersteden, im Amte Schöningen, zum Wenigsten einen Werth von 30 Thlr. und im Harz- und Weser-Districte von 20 Thlr. haben. Die Unterthanen sollten von dieser Aufzeichnung und Taxation der Pferde durchaus keine andere Kosten haben, als den Taxatoren eine jährliche Vergütung von 1 Thlr. zahlen, welche von den Gemeinden nach dem Fuße der Contribution aufgebracht werden sollte.

Vergleiche verleitet worden, und soll gegen diese Verordnung kein Proceß verstattet werden. Landesh. Verordn. v. 7. April 1712.

### Restitutio in integrum gegen processualische Verfügungen.

Wider erlangte Endurtheile mag auch restitutio in integrum gebeten werden, doch sollen die Richter ein fleißiges Einsehen haben, daß dieselbe nicht calumniose oder gefährlicher Weise oder aus Ursachen, die im Gerichte bereits vormals angezogen und deducirt worden, oder sonst aus neuen unrechtmäßigen und unerheblichen Ursachen, und die allein zur Verhinderung der Execution und zum merklichen Schaden der gewinnenden Partei gereichen, begehrt werde, und wenn solches befunden wird, so soll ungeachtet und unangesehen solcher gebetenen Restitution nichts desto weniger mit der Execution vermöge der Rechte verfahren, und die Partei, welche daran schuldig, in die Expensen condemnirt werden. Wenn aber eine Partei die Restitution aus rechtmäßigen, erheblichen Ursachen zu bitten vorhätte, so soll solches deutlich und punktweise geschehen, damit sich die Richter vermöge der Rechte danach zu halten wissen, und soll mit solcher Restitution eben so, wie von der Supplication gemeldet ist, verfahren werden. Hofger. Ordn. Tit. LXIX. §. Ueber das mag ic. Canzlei-Ordn. Art. 61.

E. auch: Rechtsmittel.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizeiverfassung betr., §. 5. — Verordnung v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §§. 13 und 22. — Ober-Appellat. Ger. Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §§. 130 sqq. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr.

### Retract.

Wenn die Bürger und fürstl. Diener ihre Erbüter, so von ihrem Vater, Großvater und Voreltern herkommen, verkaufen oder versetzen wollen, so sollen sie die Erstigkeit ihren Kindern, so ihre Jahre erreicht, oder, da die nicht können oder wollen, ihren Brüdern, Schwestern, Vettern, Basen und Blutsfreunden, so a communi stipite, davon die Güter herkommen, aus ehelicher Geburt entsprossen, vor allen Andern gönnen, wenn die aber nicht wollen, alsdann Anderen verkaufen und die Contracte über Bürgerhäuser und dabei gelegene Höfe auf dem Rathhause, über die befreieten Wohnungen der Diener aber, wie auch insgemein über Gärten, Aecker, Wiesen und dergleichen Güter, welche von den Häusern abgesondert vorm Thore gelegen, in das fürstlich Wolfenbüttelsche Amtsbuch verzeichnen lassen; jedoch soll obbenannten Personen binnen Jahr und Tag solche mit Fremden aufgerichtete Contracte, wenn sie neben Erstattung dessen, was inmittelst darin und an nothwendig und nützlich gebauet oder sonst gebessert, alles geben und thun, was der Contrahent gethan und zu thun schuldig gewesen, zu ihrem selbst eigenem Behufe zu retrahiren unbenommen sein. Heinrichsst. Statuten v. 25. Januar 1602. Art. 13. Confirmat. desselben v. 21. Novbr. 1744.

E. auch: Auflassung unbeweglicher Güter in Wolfenbüttel — Braugerechtigkeit zu Wolfenbüttel.

Das jus retractus oder protimiseos findet auf den Fall, wenn unbewegliche großväterliche oder großmütterliche Güter an einen extraneum verkauft worden, in infinitum Statt. Attestate der fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 13. Januar 1710 und 2. August 1717.

Auf Ansuchen des Bürgers Peters um beglaubte Rundschaft darüber, ob das jus retractus in bonis immobilibus avitis venditis allhier in Observanz sei, wird das Attest darüber ertheilt, daß es an dem, daß das jus retractus gentilitii hiesigen Orts in Observanz und die descendentes, wenn sie bona avita immobilia, um selbige für sich zu behalten, retrahiren wollen, damit gehört werden. Attestat des Magistrats in Braunschweig v. 21. April 1711.

Da der Hofgerichts-Assessor und Advocat Dingelstadt zu vernehmen gegeben, wie er in einer gewissen Sache eines beglaubigten Attestes darüber, daß das jus retractus ex capite consanguinitatis in hiesigem Fürstenthume und Lande üblich sei, bedürfe, und denn die hiesige Observanz bezeugt, daß sothanes jus retractus in bonis avitis ex capite consanguinitatis allerdings Statt hat, auch in sich begebenden Fällen in diesem fürstl. judicio also erkannt und darüber gehalten wird, so wird dem Supplicanten darüber dies Attest ertheilt. Attest der fürstl. Justiz-Canzlei v. 6. Septbr. 1713.

E. Subhastation; Verordn. v. 15. April 1752 — Kirchenstühle, Veränderung und Veräußerung derselben — Liegende Gründe.

### Rettung Verunglückter.

Damit die Mittel, durch welche Personen, die durch einen unglücklichen Zufall ertrunken, \*) erdroffelt, erhängt, durch schädliche Dünste erstickt, vom Blitze getroffen oder bei großer Kälte erfroren sind, gerettet werden können; allgemein bekannt werden, so sind dieselben in einem deutlichen und kurzen Unterrichte angezeigt, wovon jeder Obrigkeit eine hinlängliche Anzahl Exemplare zugesandt werden soll, um solche unter die Aerzte, Wundärzte und sonst unter die Unterthanen zu vertheilen. Da aber diese Rettungsmittel nur durch schleunige Anwendung Erfolg haben können, die Hülfe aber oft theils durch irrige Vorurtheile, theils weil die Verfügung zur Aufnehmung und Abnehmung des Verunglückten der Obrigkeit, in deren Jurisdiction-Bezirk das Unglück geschehen ist, überlassen wird, verzögert ist, so wird verordnet:

1) daß die Hülfeleistung und Handanlegung bei einem solchen Verunglückten auf keine Weise ehrenrührig sein, und dadurch niemandem einiger Nachtheil an seiner Ehre zuwachsen solle, indem es vielmehr allen denjenigen, welche solcher Gestalt zur Rettung eines Menschen nach ihrer Christenpflicht beitragen, zu einer vorzüglichen Ehre gereichen soll, ihnen selbst auch zu einer eben so großen Beruhigung, als die Unterlassung dieser Hülfe zu einem Vorwurfe in ihrem Gewissen gereichen muß.

2) Es soll daher ein Jeder, er sei wes Standes er wolle, welcher solche todt scheinende Körper antreffen wird, denselben ohne den mindesten Verzug und ohne daß es in diesen Fällen einer gerichtlichen Aufhebung oder Feierlichkeit bedürfte, gleich selbst hülfreiche Hand leisten, oder, wenn solches von ihm allein nicht geschehen kann, auf das Schleunigste Andere zur Hülfe herbeirufen. Besonders soll, wenn in der Gegend von Braunschweig und Wolfenbüttel, wie auch anderer mit Garnison versehener Städte, Ertrunkene gefunden werden, davon eine schleunige Anzeige bei der nächsten Thorwache geschehen, damit sogleich einige Mann von der Wache mit einer Tragbahre, einigen Stangen mit Haken und einer wollenen Decke, als welche Sachen daselbst alle Zeit in Bereitschaft gehalten werden sollen, abgeschickt werden können, um dem Verunglückten zu Hülfe zu kommen, ihm die nassen Kleider ausziehen, ihn in die wollene Decke zu wickeln, und wenn sich der Vorfall in der Stadt Braunschweig oder deren Gegend zuträgt, denselben in das mit den erforderlichen Anstalten bereits versehene Hospital am Wendenthore daselbst, an andern Orten aber in das nächste Haus oder Gemach zu tragen. Auf gleiche Art soll auch ein Jeder ohne Unterschied schuldig und gehalten sein, denjenigen Personen, welche auf andere Art verunglückt sind, auf das Schleunigste zu Hülfe zu kommen, und daher einem Erdroffelten oder Erhängten die Bande losschneiden, und einen Erstickten, Erfrorenen, oder vom Blitze Getroffenen sogleich aufheben und in das nächste Haus oder Gemach schaffen.

3) Sobald die erste Hülfeleistung solcher Gestalt geschehen ist, muß der Vorfall der nächsten Obrigkeit

\*) Schon durch ein landesf. Aussch. v. 21. Juli 1761 war den Obrigkeiten im Lande ein in den Braunschweigischen Anzeigen gedruckter Artikel, wie den im Wasser Ertrunkenen zur rechten Zeit geholfen werden möge, zu ihrer eigenen Nachachtung und Austheilung unter die Prediger und rechtlichsten Leute zugesandt, wobei ihnen befohlen war, daß sie von der Wirkung dieser Verfahrungsart jedes Mal umständlich berichten sollten. Es sind auch dieserhalb unterm 5. und 28. Decbr. 1769 landesf. Rescripte an den Magistrat zu Braunschweig ergangen.

keit desjenigen Orts, wo der Verunglückte gefunden, oder wohin er gebracht worden, auch auf dem Lande, wenn das Amts- oder Gerichtshaus zu weit entlegen ist, fürerst dem nächsten Amts- oder Gerichts-Unterbedienten, oder auch nur dem Dorf-Schulzen, Bauer-Richter oder Vorsteher, von einem der Anwesenden unverzüglich angezeigt, unterdessen aber, ohne auf die Ankunft der Gerichtspersonen oder der Aerzte und Wundärzte zu warten, mit Anwendung der in dem obgedachten Unterrichte vorgeschriebenen Rettungsmittel von den gegenwärtigen Personen sogleich der Anfang gemacht werden.

4) Diejenige Obrigkeit, welcher der Vorfall angezeigt wird, muß, wenn die Aufhebung oder Abnehmung eines solchen Verunglückten vielleicht noch nicht geschehen sein sollte, nicht nur deshalb, und wegen Herbeischaffung alles dessen, was zur Rettung erforderlich sein kann, die schleunigste Veranstaltung treffen, sondern auch, wenn etwa jemand der Urheber des Unglücks sein, und dabei entweder wegen Abhörung des wieder zu sich kommenden Verunglückten, oder Verfolgung des entwichenen Verbrechers Gefahr auf dem Verzuge haften sollte, deshalb sogleich das Nöthige auf das Schleunigste verfügen, es mag der Verunglückte in deren oder einer andern Obrigkeit Jurisdiction's-Bezirk gefunden worden sein; wie denn hiermit zugleich die ausdrückliche landesf. Versicherung ertheilt ist, daß dergleichen Handlungen der Jurisdiction derjenigen Obrigkeit, wo der Körper gefunden und aufgehoben worden, zu keinem Nachtheile und Präjudiz gereichen, auch keinesweges als ein Eingriff in deren Gerichtsbarkeit angesehen, und als *actus possessorii* gegen selbige jemals angeführt werden sollen.

5) Derjenige, welcher einen auf obgedachte Art Verunglückten antrifft, und demselben die verordnete erste Hülfe entweder gleich selbst leistet, oder, wenn er solches nicht allein vermögend ist, andere Menschen zur Hülfeleistung zuerst herbeiruft, soll, wenn er hierüber eine von der Obrigkeit gratis zu ertheilende Bescheinigung beibringen, und der Verunglückte durch die demnächst anzuwendenden Rettungsmittel wieder zum Leben gebracht sein wird, eine Belohnung von 10 Thlr., in dem Falle aber, wenn der Verunglückte, aller angewandten Versuche ungeachtet, nicht wieder zum Leben zurückgebracht werden können, eine Belohnung von 5 Thlr. bei der Geh. Kanzlei ausgezahlt erhalten.

6) Dagegen sollen diejenigen, welche in der verordneten Hülfeleistung sich säumig finden lassen, oder sonst etwas vernachlässigen, ingleichen diejenigen, welche den Pflichten der Religion und Menschlichkeit zuwider einen solcher Gestalt Verunglückten in ihre Häuser oder Gemächer aufzunehmen sich weigern, oder das erforderliche Linnen, Feuerung, Lagerstätte, und was sonst zur Rettung nöthig ist, gegen die dafür demnächst zu erwartende billigmäßige Vergütung, ohne höchst erhebliche Ursachen versagen, wie auch diejenigen, welche denen, so an einen Verunglückten zu dessen Rettung zuerst Hand angelegt haben, darüber den geringsten Vorwurf an ihrer Ehre machen möchten, nach Befinden der Umstände in empfindliche schwere Geld- oder Leibstrafe genommen werden, wie denn auch, wenn wider Vermuthen Zünfte und Gilden einem solchen Wohlthäter eines Verunglückten den mindesten Vorwurf deshalb machen sollten, dieselben aller ihrer Privilegien, Rechte und Freiheiten verlustig erklärt, und die Aufwiegler und Anstifter, sie mögen Meister, Gesellen oder Lehrlinge sein, noch außerdem mit nachdrücklicher Geld- oder Gefängniß-, auch dem Befinden nach Festungs-Baustrafe belegt werden sollen.

7) Was übrigens die bei Aufhebung und wegen Anwendung der Rettungsmittel eines Verunglückten aufgewandten Kosten betrifft, so sollen selbige, es mag der Verunglückte wieder zum Leben gebracht sein oder nicht, nachdem gehörig bescheinigt worden, daß die vorgeschriebenen Mittel auch wirklich gebraucht sind und nach allenfallsiger Moderation von derjenigen Obrigkeit, in deren Criminal-Jurisdiction's-Bezirk der Körper gefunden worden, und welcher folglich die Ausgabe für die Aufhebung des Körpers und Untersuchung des Vorfalls als ein *onus jurisdictionis incumbiren* würde, bezahlt werden. Sollte aber der Verunglückte oder dessen nächste Angehörigen in auf- und absteigender Linie des Vermögens sein, daß obgedachte Kosten von selbigen ohne merkliche Beschwerde erfolgen können, oder des Verunglückten Nachlaß, wovon diese Kosten vorab zu nehmen, dazu hinreichend sein, so ist die Obrigkeit mit deren Bezahlung zu

verschonen. Wenn sich jedoch gleich Anfangs bei Aufhebung eines Verunglückten veroffenbart, daß keine Mittel mehr helfen können, wenn nämlich z. B. die Person schon seit einigen Tagen verunglückt, oder wohl gar schon in Verwesung übergegangen ist, so sind keine weitere Rettungsmittel zu gebrauchen, und fallen also die Kosten dazu von selbst weg. Die Obrigkeiten sollen diejenigen, welche gegen diese Verordnung handeln, bei fürstl. Geh. Rathsstube sofort anzeigen. Diese Verordnung soll alle Vierteljahr von der Kanzel verlesen werden. \*) Landesh. Verordn. v. 21. Decbr. 1780. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 11.)

Hiernächst sind den Obrigkeiten eine hinlängliche Anzahl Exemplare des Unterrichts, durch was für Mittel plötzlich verunglückte und leblos scheinende Personen wieder hergestellt werden können, \*\*) zugefertigt worden, um damit, wie in vorstehender Verordnung vorgeschrieben worden, zu verfahren, und solche unter die Aerzte, Wundärzte, wie auch sonst unter die Unterthanen zu vertheilen. Landesh. Ausschreiben v. 12. März 1781.

Zur Vorbeugung der muthmaßlich vorgehenden Mißbräuche sollen, wenn sich Leute um das Douceur für Rettung im Wasser verunglückter Personen melden und derselben Aussage zu Protocoll genommen ist, dieselben solche nach angebogener Eides-Formel eidlich bestärken, nicht weniger auch die aus dem Wasser geretteten Personen, wenn sie sonst das zur Eidesleistung fähige Alter haben, mit dem in der zweiten angeschlossenen Formel enthaltenen Eide belegt werden, auch die abgehörten Zeugen ihre Aussagen alle Mal eidlich bestärken, und sollen die Obrigkeiten die deshalb aufgenommenen Protocolle jedes Mal ihren Berichten beifügen. Landesh. Ausschreiben v. 3. Octbr. 1782.

#### Eid, welchen der Retter schwört.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, daß, nachdem N. N. ohne einige eure vorher davon gehabte Wissenschaft am unglücklicher Weise ins Wasser gefallen, ihr, nachdem ihr solches erfahren, ihn (sie) daraus auf die von euch jetzt angegebene Weise gerettet, und daß alles, was ihr jetzt davon ausgesagt, die reine lautere Wahrheit sei, ihr auch deshalb vorher mit dem(der)selben oder sonst mit jemandem nichts verabredet; so wahr euch Gott helfe, und sein heiliges Wort.

#### Eid, welchen der oder die Gerettete schwört.

Ich N. N. gelobe und schwöre einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, daß, nachdem ich am unglücklicher, nicht aber vorsätzlicher Weise, um jemandem die auf Rettung im Wasser verunglückter Personen gnädigst versicherte Belohnung entweder ganz zuzuwenden, oder daran mit Theil zu nehmen, ins Wasser gefallen, ich daraus durch thätige Hilfe des (der) N. N. errettet worden, ohne vorher deshalb etwas mit dem(der)selben verabredet zu haben; so wahr mir Gott helfe ic.

Da wegen der Menge vorgekommener Fälle, wo Belohnungen wegen geretteter verunglückter Personen verlangt worden, zu vermuthen ist, daß dabei Mißbräuche vorgehen, \*\*\*) so ist die Verordn. v. 21. Decbr. 1780 dahin beschränkt worden, daß künftig nur in solchen Fällen, wo auf Seiten des Geretteten wirkliche Lebensgefahr vorhanden gewesen, und auf Seiten des Retters die Rettung gleichfalls mit einiger Gefahr oder doch mit einiger Anstrengung von Kräften verbunden gewesen, das Douceur bezahlt werden

\*) cf. Auschr. des fürstl. Consistorii v. 9. Decbr. 1824. (Bege I. p. 204.)

\*\*) Diese sehr weitläufige Anweisung ist im Jahre 1823 neu gedruckt und durch das Cammer-Rescr. v. 14. März 1823 den Gerichten zur zweckmäßigen Vertheilung zugestellt.

\*\*\*) Hierbei wird in dem Rescripte bemerkt, daß in dem ersten Jahre nach der Anordnung der Rettungs-Belohnung 90, in den darauf folgenden 200 bis 600, nachher aber jährlich 1000 bis 1200 Thlr. und bis zum Ablaufe des Jahres 1798 schon 12,663 Thlr. an dergleichen Prämien ausgezahlt waren.

soll. Wo also der Retter nur eine hülfreiche Hand geleistet, und nur das gethan hat, wozu ihn die gewöhnliche Menschenliebe aufforderte, so sollen die Gerichte die Gesuche um das Rettungs-Douceur ohne weitere Cidesableistung oder Berichterstattung abweisen. Landesf. Rescript v. 17. Juni 1799.

cf. Verordn. v. 19. Decbr. 1828, die Zusicherung einer Belohnung von 10 Thlr. für jeden Wundarzt, welchem die Lebensrettung eines Verunglückten gelingt, betr. — Ministerial-Rescript v. 30. Juli 1830. (Bege II. p. 254.) — Desgl. v. 9. Febr. 1833. \*)

### Reunion der Pertinenzstücke.

E. Pertinenzen der Bauergüter.

### Riemenstecher.

E. Marktschreier, Riemenstecher u.

### Ritterfreie Güter.

Da bisher der Ankauf von ritterfreien Gütern dem fürstl. Schatz-Collegio nicht immer gemeldet ist, und deshalb die Namen der jedesmaligen Besitzer in der Ritter-Matrikel nicht haben nachgetragen werden können, so wird verordnet, daß, wenn künftig jemand ritterfreie Güter, es sei durch Kauf, Erbschaft oder auf andere Weise acquirirt, derselbe solches dem fürstl. Schatz-Collegio binnen den ersten 6 Monaten nach geschehener Acquisition melden, einen Extract des über die Acquisition errichteten Documents, auch ein Verzeichniß der Güter daselbst einbringen soll, bei 5 Thlr. Strafe von jedem halben Jahre, da er solches versäumen wird. Das fürstl. Schatz-Collegium soll die Strafe von den Contravenienten einfordern und ad pias causas verwenden lassen. Landesf. Verordn. v. 27. Januar 1756. \*\*) (Br. Anz. v. 1756. Nro. 15.)

\*) Von diesem folgt ein Abdruck:

Da Wir Uns bewogen gefunden haben, den herzogl. Kreis-Directionen die der vormaligen herzogl. Cammer nach dem Rescripte v. 30. Juli 1830 zugestandene Befugniß, die Gesuche um Bewilligung der für die Rettung Verunglückter und für das Herausziehen von Leichnamen aus dem Wasser gesetzlich ausgelobten Prämien unmittelbar und ohne Bericht-Erstattung an Uns zu erledigen, ebenfalls beizulegen, so weisen Wir die herzogl. Kreis-Directionen an, die Auszahlung der solcher Gestalt bewilligten Prämien von jetzt an direct bei dem herzogl. Finanz-Collegium in Antrag zu bringen, wonach auch das gedachte Collegium mit Anweisung versehen ist. Wir werden aber durch die Höhe der seit einigen Jahren für dergleichen Prämien verausgabten Summen veranlaßt, den herzogl. Kreis-Directionen eine genaue Prüfung der erhobenen Ansprüche auf deren Bewilligung anzuempfehlen, und haben dieselben diese Bewilligung auf die in dem landesf. Rescripte v. 17. Juni 1799 herausgehobenen Fälle zu beschränken und überhaupt nur dann eintreten zu lassen, wenn anzunehmen steht, daß den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen wirklich Genüge geleistet ist, auch in besonderen Fällen bei Uns zuvor anzufragen.

\*\*) Sub dato Braunschweig den 1. Novbr. 1689 war von den zu dem Matrikel-Revisions-Regotio von der löblichen Ritterschaft deputirten Ständen ein Formular derjenigen Güter und Pertinenz-Stücke, wonach ein Jeder von denen von der Ritterschaft, wie auch alle diejenigen, so in dem hiesigen Fürstenthume ablich-freie Güter besäßen, professionem honorum thun und accurate schriftliche Designation einsenden sollten, vorgeschrieben und durch den Druck bekannt gemacht, auch darauf in Gemäßheit dessen eine landesf. Verordn. unterm 13. Novbr. 1690 ergangen, daß binnen einer gewissen bestimmten Frist die professiones und schriftlichen Verzeichnungen der Güter sothanem Reglement gemäß eingeschickt werden sollten.

Diesemnachst wurde durch das landesf. Edict v. 8. August 1700 nochmals verordnet, daß jeglicher von der Ritterschaft seine ablichen Güter genau untersuche und davon innerhalb der nächsten sechs Monate, so pro omni termino gesetzt waren, nach Publication dieses eine richtige zuverlässige Designation an obgedachte Deputirte einsende, oder gewärtig sei, daß, wofern bei hiernächst anzustellender genauer Inquisition sich finden sollte, daß der Eine oder Andere das Seinige nicht richtig angegeben, alsdann solche verschwiegene Stücke der bisherigen ablichen Freiheit entsetzt und hingegen unter die monatliche Contribution gezogen werden sollten.

Die unterm 27. Januar 1756 erlassene landesf. Verordn. ist zu Erhaltung der bei Führung der Ritter-Matrikel so nöthigen Ordnung resp. erneuert, geschärft und dahin extendirt, daß 1) nicht nur die acquirirten ritterfreien Güter, sondern auch die in der Ritter-Matrikel aufgeführten, mit einem Rittersitze nicht versehenen Besitzungen angezeigt werden, imgleichen diejenigen, welche Güter und Besitzungen der Art alieniren, oder, wenn sie ihnen durch Erbschaft zugefallen sind, ihren Miterben abtreten, die geschehene resp. Acquisition und Alienation in der durch die Verordn. v. 27. Januar 1756 vorgeschriebenen Maaße dem fürstl. Schatz-Collegio gehörig anzeigen, widrigen Falls aber 2) für jedes halbe Jahr, worin die Anzeige zu thun versäumt worden, eine niemals zu erlassende oder zu moderirende, sondern sofort beizutreibende Strafe von 10 Thlr. ad pias causas erlegen sollen, wobei es sich denn 3) von selbst versteht, daß diejenigen, welche dergleichen Güter und Besitzungen alienirt, oder ihren Miterben abgetreten haben, wegen der davon inzwischen zu entrichtenden extraordinaireren onerum der verwirkten Strafe ungeachtet in nexu und den Cassen verbindlich bleiben. Das fürstl. Schatz-Collegium soll diesernach in sich begebenden Fällen die Strafe ungesäumt einfordern und ad pias causas verwenden lassen. Landesf. Verordn. v. 2. Decbr. 1794. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 1.)

cf. Wahlgesetz v. 12. Octbr. 1832. §§. 11 sqq.

### Ritterschaft.

Denen von der Ritterschaft ist erlaubt, so wie die Copulationen und Kindtaufen, also auch die Confirmation ihrer Kinder in ihren Häusern verrichten zu lassen. Erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Thl. I. Cap. IX. §. 7.

Die stillen Beisetzungen der Leichen derer von der Ritterschaft, ihrer Kinder und nächsten Anverwandten, welche auf dem Gute, oder, wenn es nahe Anverwandte bis zum dritten Grade incl. sind, im Lande sterben, sind ohne Dispensation gestattet. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 51 und gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 69.

S. auch: Haus-Taufe — Haus- Trauung — Trauergeläute — Erbbegräbnisse — Uniform der Ritterschaft.

cf. Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 127.

### Ritterschaftliches Stipendium.

S. Landschaftliche Stiftung eines jährlichen stipendii zu 1500 Thlr. für 3 adeliche und 6 bürgerliche Studenten v. 9. Juli 1711.

cf. Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 35. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 127.

Röhrenwasser, Ausgießen desselben auf die Straßen in Braunschweig.

S. Ausgießen auf die Straßen in Braunschweig.

### Römisch-Katholische.

Kein Mönch oder papistischer Prediger soll ohne vorher erlangte Concession, bei Vermeidung des Arrestes, sich eigenmächtig unterstehen, den in hiesigen Landen wohnenden, der römisch-katholischen Religion zugethanen Leuten sacra zu administrieren, und der Gestalt ein exercitium religionis an Orten, wo solches a tempore reformationis nicht gewesen, einzuführen. Consistor. Auschr. v. 22. April 1722.

Diese Bestimmung des vorstehenden Ausschreibens wird wiederholt und den Superintendenten und Predigern aufgegeben, den katholischen Prediger, welcher sich irgend einen actum ministerialem an

Orten, wo er dazu nicht befugt, ohne vorher erhaltene Concession anmaßen sollte, sofort bei der Orts-Obrigkeit anzuzeigen, welche denselben unverzüglich in Arrest zu nehmen und an fürstl. Consistorium zu berichten hat. Consistor. Ausschr. v. 28. Febr. 1725.

Da die bei der katholischen Kirche zu Braunschweig angestellten Geistlichen vielfältig der Gebühr und ihrer Pflicht zuwider, besonders in Ehesachen, gehandelt haben, so ist für nöthig befunden, die Pflichten derselben sowohl in Ansehung der Proclamationen, Copulationen, Taufen, Begräbnisse und sonstigen Amtsverrichtungen, als ihres übrigen Betragens durch eine Verordnung zu bestimmen, und wird deshalb folgendes verordnet:

1) Es sollen die katholischen Geistlichen die fürstliche Ehe-Verlöbniß-Ordnung vom 19. Novbr. 1725 \*) sammt dem appendice vom 15. Januar 1717, \*\*) wovon ihnen ein Exemplar, so sie bei ihrer Kirche aufzubewahren, und jährlich am 2. Sonntage post Epiphantias öffentlich und von der Kanzel abzulesen haben, zugestellt werden soll, und im Falle selbige in Zukunft etwa abgeändert, vermindert oder vermehrt werden möchte, sodann auch solche und deren Vorschrift genau beobachten, in Ge-  
folg der gegenwärtigen Ordnung aber vornämlich je und alle Zeit, wenn Personen um die Proclamation bei ihnen ansuchen, zuvor sorgfältig erforschen:

- a) ob dieselben noch Eltern oder Vormünder haben, und diese in die vorhandene Verheirathung einwilligen. Wenn selbige in der Stadt wohnen, müssen sie persönlich und mündlich darüber vernommen werden, wobei besonders nöthig, daß auch die Geistlichen die sich dafür angebenden Personen wirklich kennen, damit nicht etwa aus Gefahrde Andere dafür mögen ausgegeben werden; wenn aber besagte Eltern oder Vormünder außerhalb der Stadt oder außer Landes sich aufhalten oder wohnhaft sind, muß derselben Consens durch ein gerichtliches, oder auch von dem Prediger des Orts, wo die Eltern oder Vormünder wohnen, ausgestelltes und gerichtlich certificirtes Attestat bescheinigt werden.
- b) Wenn die Verlobten ihrem Angeben nach keine Eltern mehr haben und majorenn sind, so muß sowohl das Absterben ihrer Eltern, als auch, wenn es Beide junge Leute sind, die angebliche Majorennität durch Extracte aus den Kirchenbüchern, deren Richtigkeit die Obrigkeit des Orts zu attestiren hat, docirt, und alsdann erst, wenn solche Zeugnisse producirt sind, eher aber nicht, mag zur Proclamation und Trauung geschritten werden.
- c) Begäbe es sich, daß fremde, den katholischen Geistlichen unbekannte Personen unter dem Vorgeben, daß sie in der Stadt Braunschweig ihr Domicilium nehmen wollten, oder bereits genommen hätten, proclamirt zu werden verlangen, so haben dieselben nach dem Orte ihrer Geburt und auch ihres vorherigen Aufenthalts umständlich zu fragen, und sorgsam und mit möglichster Vorsicht zu erforschen, ob sie nicht etwa vorhin bereits verheirathet gewesen, ob sie darüber, daß sie unverehelicht sind, ein gerichtliches Zeugniß beizubringen im Stande, ob sie noch Eltern oder Vormünder haben, ob sie majorenn sind, und alle diese beregten Umstände, mit Bemerkung der Vor- und Zunamen der zu Proclamirenden und der Profession des Bräutigams, ordentlich in ein Protocoll zu fassen, dasselbe mit ihrer Unterschrift und ihrem Pettschaft den Verlobten zu behändigen, und sie damit an das geistl. Gericht zu Braunschweig zu verweisen, welches sodann die Umstände näher zu untersuchen, und nach Befinden denselben einen Schein zu ertheilen hat, daß mit der Proclamation und Copulation könne verfahren werden, wie denn die katholischen Geistlichen, ehe und bevor der Schein erfolgt, bei Vermeidung schwerer Ahndung, mit der Proclamation nicht zu verfahren haben. Sollten ihnen auch bei Prüfung der ad a & b bemerkten Umstände Bedenkllichkeiten vorkommen, so

\*) E. Eheverlöbniße.

\*\*) E. Ehen der Soldaten.



haben sie ihr darüber aufgenommenes Protocoll ebenfalls zu deren vorgängiger Entscheidung an das geistliche Gericht zu senden, und das Nöthige daher zu erwarten, überhaupt aber haben sie

- d) über alle Verlobungs- und Ehefälle, die bei ihnen vorkommen, es mögen Bedenkllichkeiten dabei sein oder nicht, eine ordentliche und richtige Registratur aufzunehmen, auch solche wohl aufzubewahren, und zur Production, wenn selbige von der fürstl. Geh. Rathsstube verlangt wird, bereit zu halten. Würden sie nun dem Allen nicht genau nachkommen, oder sich ferner eine heimliche Copulation zu Schulden kommen lassen, so haben sie, daß solches unnachbleiblich und auf das Schärffte geahndet werde, zu gewärtigen.

2) Wie den katholischen Geistlichen keine andere Proclamationen und Copulationen zustehen, als welche unter ihren Religions-Verwandten in der Stadt Braunschweig vorkommen, wenn beide Verlobte daselbst wohnhaft sind, also haben dieselben, wenn sich Personen aus der Stadt Wolfenbüttel oder den Land-Städten, oder auch vom platten Lande bei ihnen anfinden und proclamirt oder doch copulirt zu werden verlangen sollten, dieselben, es mögen beide katholisch oder vermischter Religion sein, zurück und an die evangelischen Prediger des Orts zu verweisen, woselbst sie ihr Domicilium haben und eingepfarrt sind, es wäre denn, daß im letzten Falle sie durch ein von dem evangelischen Prediger ihres Orts ertheiltes und gerichtlich vergewissertes Zeugniß darthun könnten, daß sie ordnungsmäßig von ihm proclamirt worden, demselben die jura stolae erlegt, auch wegen des bei der Trauung ihm sonst zugekommenen Emoluments die Vergütung gemacht hätten, als in welchem Falle ihnen wohl gegönnt werden mag, daß sie durch die katholischen Geistlichen in der Stadt Braunschweig die Trauung verrichten lassen.

3) Damit auch allen übeln Folgen, so aus einer nicht ordentlich vorgenommenen Proclamation entstehen können, nach Möglichkeit vorgebaut werde, so sollen in der katholischen Kirche keine andere Personen proclamirt und getraut werden, als da entweder beide Verlobte der katholischen Religion zugethan sind, oder aber der Bräutigam katholisch und die Braut evangelisch ist, und die letzte ihrem Bräutigam freiwillig folgen will, jedoch in beiden Fällen anders nicht, als in der Masse, daß zuvor der katholische Geistliche an die evangelischen Prediger, in deren Parochial-Districten beide Verlobte, Braut und Bräutigam, sich aufhalten, eine schriftliche, von ihnen eigenhändig unterschriebene, und mit ihrem Kirchen-Siegel besiegelte Nachricht ertheile, an welchem Sonntage die in der Nachricht mit ihren Tauf- und Geschlechts-Namen, auch Benennung des Geburtsorts und der Eltern anzuzeigenden Personen zum ersten Male sollen aufgeboten werden, da sodann von den evangelischen Predigern an eben den Sonntagen die Anzeige von den Kanzeln ihren Gemeinden geschehen soll, daß die benannten Personen in der katholischen Kirche proclamirt worden, und wer Einsage zu thun befugt zu sein vermeine, sich bei den katholischen Geistlichen in Braunschweig zu melden habe. Sobald aber von jemandem Einsage geschieht, so haben die Geistlichen nicht weiter zu procediren, sondern mit fernerer Proclamation, oder, wenn diese bereits zwei Mal geschehen, mit der Copulation bis nach erfolgter Entscheidung und davon erhaltener Nachricht Anstand zu nehmen, wie auch die evangelischen Prediger, so ihrerseits gleichfalls die Proclamationen zu thun haben, sofort davon zu benachrichtigen; zugleich aber den Einsage Thuernden sowohl, als den, gegen welchen die Einsage geschieht, gehörig zu befragen, die Umstände, so viel an ihnen ist, zu untersuchen, darüber eine Registratur aufzunehmen, solche mit ihrem Gutachten an die fürstl. Geh. Rathsstube einzuschicken und von daher die Decision zu erwarten.

4) Wenn der Fall eintritt, daß der Bräutigam evangelischer, die Braut aber katholischer Religion ist, so gehört, wenn die Proclamation oberrwähntermaßen gehörig geschehen, die Copulation dem Prediger, in dessen Parochie die Braut seit einem halben, oder doch das letzte Viertel-Jahr gewohnt oder auch gebient hat; im andern Falle aber, wenn der Bräutigam katholischer, und die Braut evangelischer Religion ist, dem katholischen Geistlichen; jedoch haben auch die katholischen Geistlichen in Braunschweig mit der Copulation, es mögen beide Verlobte katholischer oder vermischter Religion sein, nicht eher zu verfah-

ren, es sei denn zuvor ein Schein beigebracht, daß die *jura stolae pro proclamatione et copulatione* an die evangelischen Prediger, in deren Parochie sie gehören, nebst den Gebühren für die Opferleute be-  
richtet worden. Außerdem aber haben auch die Katholischen, wenn die Trauung nicht in der Kirche,  
sondern in Privathäusern geschieht, gleich den Evangelischen das, was geordnet ist, zu entrichten.

5) Wenn andere Religions-Verwandte sich mit Katholiken verheirathen, es sei Braut oder Bräuti-  
gam von dieser oder jener Religion, so muß vor dem öffentlichen Aufgebote unter beiden Verlobten ausge-  
macht und bestimmt werden, in welcher Religion die in der bevorstehenden Ehe zu erzeugenden Kin-  
der sollen erzogen werden. Auch haben die katholischen Geistlichen, bevor solches geschehen, und die  
*quoad hunc passum* zwischen beiden Theilen regulirte Eheveredung ihnen in beglaubter Abschrift mitge-  
theilt worden, mit der Proclamation nicht zu verfahren. Es hat aber der protestantische Theil zu dem  
Ende sich bei seiner ordentlichen Obrigkeit zu melden, und ihr die vorhabende Verehelichung bekannt zu  
machen, diese aber mit Zuziehung des Beichtvaters, welchem die nöthigen Vorstellungen bescheidenlich zu  
thun bevor bleibt, in Gegenwart des andern Theils die Eheveredung, so weit solche die Erziehung und  
Religion der künftigen Kinder betrifft, zu reguliren und davon beiden Theilen ein mit dem Gerichts-  
Siegel originalisirtes Exemplar nebst einer beglaubten Abschrift für die Geistlichen auszuhändigen. Und  
wie die Obrigkeit das darüber aufgenommene Protocolł wohl aufzubewahren hat, also ist auch dem dazu  
gezogenen Beichtvater eine Abschrift davon zuzustellen, damit er ein wachsames Auge darauf habe, ob  
auch demnächst die Eheleute ihre Kinder der Convention gemäß in der für sie erwählten Religion erzie-  
hen und unterrichten lassen.

6) Nach solcher unter den Verlobten genommenen Abrede und *pacto* werden dann auch die in der  
Ehe erzeugten Kinder entweder in der katholischen oder evangelischen Kirche getauft, auch, wie vorgedacht,  
in der für sie bestimmten Religion, bis sie die *annos discretionis* erreicht haben, unterwiesen.

7) Die Eheleute vermischter Religion, so sich in hiesigen Landen befinden, wie auch die, so darin  
sich künftig niederlassen, sollen gehalten sein, innerhalb 8 Wochen von dato dieser Verordnung an und  
*resp.* nach ihrer Niederlassung der Obrigkeit jeden Orts das unter ihnen errichtete *pactum*, den Reli-  
gions-Unterricht ihrer Kinder betreffend, bei Verlust der Gültigkeit desselben vorzuzeigen, welche das Nö-  
thige daraus extrahirt, und dem Prediger des Orts, um darauf Acht zu haben, daß Alles richtig möge  
befolgt werden, mittheilt. Würde sich ein Verdacht äußern, daß solche *pacta* allererst bei oder nach  
dem Eintritte in hiesige Lande gemacht, oder etwa von dem katholischen Ehegatten dem evangelischen auf-  
gedrungen und darin festgesetzt worden, daß die Kinder sämmtlich in der katholischen Religion sollen erzo-  
gen werden, so sollen die Eheleute, und absonderlich der protestantische Theil, eidlich erhärten, daß vor  
der Verehelichung es also freiwillig verabredet sei. Und eben also soll es auch in diesem Falle gehalten  
werden, wenn die Eheleute vorgeben, daß kein schriftliches *pactum* gemacht, sondern die Abrede nur  
mündlich genommen sei.

8) Dafern aber überall unter solchen gegenwärtigen oder künftig einkommenden fremden Eheleuten  
kein *pactum* wegen der Religion der Kinder gemacht, oder selbiges von ihnen binnen obengesetzter Zeit  
nicht producirt worden, so werden, wenn der Vater evangelisch, die Mutter aber katholisch ist, die Kin-  
der beiderlei Geschlechts in der evangelischen Religion, wenn aber der Vater katholisch, die Mutter hinge-  
gen evangelisch ist, die Söhne in der katholischen, die Töchter aber in der evangelischen Religion erzogen,  
und nach dieser Ordnung entweder von dem evangelischen Prediger oder katholischen Geistlichen getauft.

9) Von den katholischen Geistlichen jedoch soll das Taufen nicht eher geschehen, als bis vor dem  
Acte der evangelische Prediger, dem es in seiner Parochie zusteht, der *jurium stolae* halber, nebst dem  
Opfermanne vergnügt, und darüber, daß solches geschehen, von demselben ein Schein beigebracht ist. Auch  
soll das Taufen in der Kirche geschehen; in dem Hause der Schwchwöchnerin aber anders nicht, als wenn  
es die Schwachheit des neugeborenen Kindes erfordert, und solches dem General-Superintendenten zuvor,  
oder

oder wenigstens gleich nachher gemeldet, und auf dessen Befinden nach eines Jeden Vermögen 12 bis 24 Gr., auch wohl 1 bis 2 Thlr. an das Waisenhaus in Braunschweig entrichtet worden, gestattet sein. Eben so wenig aber sollen bei der Taufe mehr als drei Gevattern zugelassen werden.

10) Die Kinder, so nach obigen Principien in der evangelischen Religion zu erziehen sind, sollen weder in Braunschweig noch anderwärts in andere als evangelische Schulen geschickt, oder andere als evangelische Informatoren ihnen gegeben werden. Es sollen ihnen auch nach Absterben des evangelischen Vaters keine andere als evangelische Vormünder bestellt werden, und sollten auch die katholische Mutter oder die nächsten mütterlichen Anverwandten der Kinder die *tutela legitimam* zu prästendiren haben, so sollen zwar selbige davon nicht ausgeschlossen, noch soll ihnen die *administratio bonorum* entzogen werden, die weltliche Obrigkeit hat ihnen jedoch evangelische Vormünder zu bestellen, welche vornehmlich für die Erziehung der Kinder in der evangelischen Religion zu sorgen, und wenn dabei etwas versäumt, oder die Kinder durch harte oder glimpfliche Begegnungen zu Annehmung des Unterrichts in der katholischen Religion bewogen werden wollten, solches der Obrigkeit anzuzeigen haben, damit dieselbe die Kinder aus deren Aufsicht und Umgang überall wegnehmen, und an die evangelischen Vormünder das, was zu der Kinder Bedürfnis nöthig, reichen lasse.

11) Die *jura stolae* anlangend, so sind dieselben nicht allein an die evangelischen Prediger, nebst den Gebühren für die Dpferleute, wie oben bereits erwähnt, für die Proclamationen, Copulationen und Taufen, sondern auch an selbige und an die evangelischen Schulen für Begräbnisse, und was dahin gehört, jedes Mal, und zwar von denen, so ein ganzes bürgerliches Haus eigenthümlich oder miethweise bewohnen, völlig abzuführen; diejenigen hingegen, so ein ganzes Haus nicht eigen oder miethweise besitzen, sondern bei Andern wohnen, wenn sie von geringem Stande sind, mögen selbige zur Hälfte entrichten. Honoratioren und wohlbemittelte Personen werden jedoch aus freiem guten Willen den evangelischen Predigern in oben angeführten Fällen, besonders bei Copulationen, von wegen des sodann zu entbehren habenden sonst gewöhnlichen Dpfergeldes ein Mehreres zuwenden. \*)

12) Wenn zwischen den Verlobten wegen der *sponsalium* ein Streit entsteht, es mögen beide der katholischen Religion zugethan, oder vermischter Religion sein, so wird derselbe nach der Ehe-Verlöbniß-Ordnung decidirt, und steht in der Stadt Braunschweig dem geistlichen Gerichte darüber in der ersten Instanz die Cognition zu, so wie dergleichen Vorfälle in den übrigen Städten und auf dem platten Lande zur Entscheidung vor das fürstl. Consistorium gehören. \*\*)

13) In Fällen, da zwischen Mann und Frau vermischter Religion ein Ehescheidungs-Streit entsteht, oder sonst in Ehesachen Irrungen vorkommen, wird es auf gleiche Weise, wie im §. 12 bemerkt worden, gehalten, und haben die Parteien vor den eben besagten Gerichten Recht zu geben und zu nehmen, da hingegen, wenn beide Theile katholischer Religion sind, und dieselben nach den Sätzen ihrer Religion getrennt werden können, soll der fürstl. Geh. Rathsstube solches gemeldet und darauf das Weitere verordnet werden; wobei den Geistlichen zugleich ernstlich geboten wird, daß, wenn Ehen bei ihnen als ungültig oder aufgehoben angesehen werden, sie weder dem einen noch dem andern Theile zur andern Ehe zu schreiten gestatten sollen, ohne es vorher der fürstl. Geh. Rathsstube gemeldet, und von derselben Verordn. erhalten zu haben.

14) Wenn zu einer Verheirathung von den Verlobten verschiedener Religion wegen zu naher Blutsfreundschaft oder Schwägerschaft Dispensation nöthig ist, so ist solche bei fürstl. Consistorio zu suchen; wie denn auch bei selbigem, es mögen beide Theile oder nur einer katholischer Religion sein, die Erlaubniß, gar nicht oder nur ein Mal proclamirt, oder in der ersten Fasten- oder Advents-Woche annoch

\*) S. Stolgebühen der Römisch = Katholischen.

\*\*) S. Ehe- und Verlöbniß-Sachen.

getraut zu werden, oder binnen der Trauerzeit zu heirathen, einzuholen ist, ohne welche so wenig die katholischen Geistlichen als die evangelischen Prediger in solchen Fällen eine Copulation zu verrichten sich ermächtigen mögen.

15) Der Besuch der Kranken und die Administration der sacramentorum in deren Häusern ist in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel zugelassen, in den Landstädten und auf dem platten Lande aber anders nicht, als wenn der katholische Geistliche zuvor entweder bei der Obrigkeit oder dem Prediger des Orts sich solcherhalb gemeldet und den Umstand angezeigt hat. Sollte der Zustand des Kranken einen schleunigen Besuch erfordern, daß also die eben gedachte Anzeige vorher nicht geschehen könnte, so soll der katholische Geistliche dennoch sofort nach seiner Verrichtung den Vorgang, wie obgedacht, melden.

16) Die Begräbnisse der Katholiken in der Stadt Braunschweig geschehen am Tage, und haben die katholischen Geistlichen bei den Leichen-Processionen auf die Art, wie bei den evangelischen Kirchen in Braunschweig gewöhnlich, sich zu achten, mithin mag auch ihnen dabei so wenig als bei Administration des heiligen Nachtmahls, oder sonst bei andern Gelegenheiten außerhalb ihrer Kirche und ihres Kirchhofes, so lange derselbe, wie jetzt, gleich an der Kirche bleiben und unmittelbar damit verbunden sein wird, das Weihwasser, Kreuze, Bilder, Reliquien oder dergleichen umher zu tragen erlaubt sein. Sollte jemand die stille Beerdigung der Leiche Abends oder Nachts verlangen, so ist, da den katholischen Unterthanen hierunter nicht mehr Freiheit als den evangelischen Religions-Verwandten competiren mag, die Concession dazu bei dem General-Superintendenten zu Braunschweig, wenn sich der Fall daselbst ereignet, zu Wolfenbüttel aber und in den Landstädten sowohl, als auf dem platten Lande bei dem fürstl. Consistorio und denen, welchen von diesem dergleichen committirt ist, zu suchen, und sind die gewöhnlichen Gebühren dafür zu entrichten, außer den juribus stolae, wovon bereits oben §. 12 das Nöthige verordnet ist.

17) Wenn ein Gefangener katholischer Religion den Besuch eines katholischen Geistlichen verlangt, so soll ihm sowohl darin, als wenn er sich bei begangenen Verbrechen, worauf die Todesstrafe gesetzt und erkannt, von demselben zur Gerichtsstelle führen lassen will, gewillfahrt werden.

18) Aller Zwang und alle Nachstellung, deren sich jemand, über die Gewissen der Unterthanen zu herrschen, anmaßen möchte, ist verboten. Die katholischen Religions-Verwandten sollen also bei harter exemplarischer Strafe sich nicht unterstehen, weder directe noch indirecte ihre Ehegatten oder andere erwachsene Leute, geschweige Kinder und Minderjährige von der evangelischen Religion abzurathen, oder zu Annahme der ihrigen mit listigen Ueberredungen oder Drohungen zu verleiten, und eben so wenig sollen katholische Eltern ihren eigenen Kindern, so nach obigen Principien, es seien pacta dotalia vorhanden oder nicht, in der evangelischen Religion zu erziehen sind, einigermaßen darin etwas in den Weg legen, oder sie daran irgend behindern, so lieb ihnen ist, landesf. schwere Ungnade und scharfe Ahndung zu vermeiden. Sollte jemand von der evangelischen Religion sich freiwillig bei ihren Geistlichen angeben, und sich, zu der ihrigen treten zu wollen, erklären, so sollen diese ihn anzunehmen sich nicht erlauben, bis es dargethan, daß kein Leichtsinns, Uebereilung oder wohl gar sträfliche Absichten das Vorhaben veranlaßt. Es soll daher, wenn jemand von der evangelischen zu der römisch-katholischen Religion treten will, derselbe solches seinem evangelischen Beichtvater anzeigen, und demselben seine Gewissens-Scrupel entdecken, welcher sodann allenfalls mit Zuziehung des Superintendenten, oder wenn derselbe sonst aus dem evangelischen Ministerio ihm zu adjungiren dienlich findet, freundschaftlich mit ihm darüber reden, und mit nöthigem Unterricht aus Gottes Wort an die Hand gehen soll, gestalten denn widrigen Falls sowohl die katholischen Geistlichen, als die Personen selbst, so die Religion verändern, mit nachdrücklicher Bestrafung angesehen werden sollen.

19) So oft endlich ein katholischer Geistlicher bei der katholischen Kirche in Braunschweig ankömmt oder abgeht, soll solches der fürstl. Geh. Rathsstube binnen den nächsten 14 Tagen gemeldet werden, der Ankommende aber soll jedes Mal durch seine unter diese Verordnung zu setzende Namens-Unterschrift an-

geloben, daß er derselben gehorsamlich nachkommen wolle, wie denn auch den gegenwärtigen katholischen Geistlichen in Braunschweig bei Vermeidung der schärfsten Ahndung anbefohlen ist, sich nach derselben durchgehends genau zu richten, inmaßen denn auch der Landesfürst zu ihnen sich versehen will, daß sie mit ihren Glaubensgenossen sich alles Lästerns der evangelischen Religion sowohl in Kirchen, Schulen und Kinderlehren, als auch sonst öffentlich und privatim, schriftlich und mündlich gänzlich enthalten werden. Landesf. Verordn. d. d. Braunschweig v. 9. April 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 36.)

S. auch: Proclamation und Copulation — Ehen in verbotenen Grade — Taufe — Beerdigung.

cf. Consistorial-Rescript v. 19. Septbr. 1818. (Bege I. p. 235.) — Desgl. v. 20. Septbr.

1826. (Bege II. p. 197.) — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 29.

### Römisch-Katholische, Acquisition von Grundstücken durch dieselben in Braunschweig.

Die Erweiterung des den Römisch-Katholischen zur Kirche und zum Kirchhofe zu Braunschweig angewiesenen Districts soll denselben niemals verstattet werden; auch sollen andere Häuser oder Plätze in der Stadt Braunschweig an Römisch-Katholische nicht überlassen werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 12. Octbr. 1714, imgleichen v. 22. Mai 1729.

Es ist festgesetzt und verordnet worden, daß den Katholiken zwar in Zukunft gestattet werden solle, in Braunschweig Grundstücke zu acquiriren, und solche auf ihren eigenen Namen in das Gerichtsbuch einschreiben zu lassen, jedoch nicht anders, als per modum dispensationis, und soll der Magistrat in künftigen dergleichen Fällen davon vorher berichten. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 12. August 1784. \*)

### Rohrstühle, englische, Beflechtung derselben.

Da diese Arbeit der Korbmacher-Gilde vermöge ihrer Profession und besonderer Privilegien allein zusteht, so ist solche nicht nur allen andern dazu nicht Gehörigen gänzlich untersagt und verboten, sondern es sind auch alle diejenigen, welche dergleichen Stühle beflechten lassen wollen, gewarnt, diese Arbeiten niemandem, als nur den Mitgliedern der Korbmacher-Gilde aufzutragen, widrigen Falls beide Theile zu gewärtigen haben, daß sie für diese Uebertretung der gemachten Ordnung, außer Confiscation der Sachen, ein Jeder mit 2 Thlr. Strafe belegt werden und solche von ihnen begetrieben wird. Uvertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschw. v. 3. Januar 1791. \*\*) (Br. Anz. v. 1791. Nro. 5.)

### Rollen der Räder auf den Straßen zu Braunschweig.

S. Breite Steine in Braunschweig, Reiten und Fahren auf denselben.

### Rosßgeld.

S. Münzen.

### Rottländerei.

Die Ober- und Beamten sollen niemandem verstatten, Wiesen, Weiden und Holzungen zu arthaftem

\*) Bis zu dieser Zeit war den Römisch-Katholischen in einigen Fällen die landesf. Erlaubniß gegeben, Grundstücke anzukaufen, und auf ihren Namen schreiben zu lassen, in andern aber war ihnen der Ankauf zwar erlaubt, jedoch untersagt, die Grundstücke auf ihren Namen schreiben zu lassen, sie mußten vielmehr auf den Namen eines Protestanten, welcher dagegen dem Eigenthümer einen Revers ausstellte, daß er an dem Hause nichts zu fordern habe, ver-laffen und eingeschrieben werden.

\*\*) Schon unterm 27. März 1781 (Br. Anz. v. 1781. Nro. 26.) war bieserhalb ein Verbot ergangen.

Acker zu machen, es sei denn zuvörderst Concession darüber eingeholt, und ein gewisser Rott- und Zehnt-Zins darauf gesetzt worden. Amts-Gammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 100.

cf. Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 6. — Gemeinheits-Theilungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §§. 187 sqq.

### Rottzehnten und Rottzins.

S. Brachzehnten — Agerpläge — Rottländerei.

### Rotulus testium.

Der Rotul soll künftig so eingerichtet werden, daß auf den ersten Artikel sofort aller Zeugen Aussagen nach einander, wie sie abgehört sind, folgen, damit der Richter gleichsam uno intuitu vor sich hat, was auf den Artikel von dem einen oder andern Zeugen deponirt worden. Es soll auch ein neuer Artikel in rotulo nicht eher folgen, bis unter dem ersten und so auch den folgenden aller Zeugen Depositionen nach ihrer Ordnung verzeichnet sind. Mit den Interrogatorien soll es eben so gehalten werden. Hofger. Ordn. Tit. XLVII. §. Es soll auch ic.

S. auch: Beweis; Berordn. v. 13. Mai 1757. §. 6. — Zeugenbeweis.

### Roth.

S. Pferde-Krankheiten.

### Rübesaamen-Stroh, Verbrennen desselben.

Da durch das Verbrennen des auf dem Felde ausgedroschenen Rübesaamen-Strohes im Freien eines Theils leicht ein unglücklicher Brand entstehen kann, andern Theils aber auch öfters veranlaßt wird, daß die Bewohner der benachbarten Orte durch die aufsteigende Flamme und den Rauch in die Besorgniß einer Feuersbrunst gesetzt werden, Sturm schlagen und mit Feuerspritzen zu Hülfe eilen, wodurch denn ferner leicht veranlaßt werden kann, daß, wenn sie von einem falschen Lärm mehrmals getäuscht sind, sie auch bei wirklichen Feuersbrünsten zweifelhaft bleiben und dadurch von schleuniger Hülfeleistung zurückgehalten werden, überdies aber auch das Rübesaamen-Stroh zur Fütterung der Hammel im Winter, auch selbst zum Düngen gebraucht werden kann, so wird verordnet, daß bei willkürlicher Strafe überall kein Rübesaamen-Stroh verbrannt, auch nicht zur Feuerung bei dem Backen und Brauen weiter gebraucht, sondern entweder zur Düngung und Fütterung der Hammel angewandt, oder von demjenigen, der es nicht gebrauchen will, oder die Gelegenheit nicht dazu hat, andern Unterthanen allenfalls unentgeltlich überlassen werden soll. Die Land-Commissarien sollen in ihren Districten fleißig darauf Acht geben lassen und die ihnen etwa bekannt werdenden Contraventionen pflichtmäßig melden. Landesf. Berordn. v. 9. Novbr. 1752. (Br. Anz. v. 1753. Nro. 3.)

### Rückwechsel.

S. Wechselrecht; Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 36 und 37.

### Saat, grüne, Ausreißen derselben.

Auf höchsten Befehl ist bekannt gemacht, daß, wenn jemand darüber betroffen wird, daß er die grüne Saat von den Feldern vor den Thoren von Braunschweig ausreißt, derselbe öffentlich an den Pfahl geschlossen werden soll. Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 26. April 1771. (Br. Anz. v. 1771. Nro. 34.)

cf. Berordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßpfahls ic. betr.

## Saatkorn.

Um dem bisherigen Unwesen, daß unfleißige Hauswirths sich nicht zur rechten Zeit in Vorrath von Saatkorn setzen, vielmehr sich auf den aus den fürstl. Cassen in Nothfällen verwilligten Vorschuß \*) verlassen und deshalb das Saatkorn oft theurer als gewöhnlich haben bezahlen und untaugliches Korn haben aussäen müssen, abzuheffen, wird verordnet, daß ein Jeder, welcher Ackerbau hat, wenigstens zwei Monate vor der gewöhnlichen Bestellungszeit des Brach- und Sommer-Feldes das erforderliche Saatkorn, bei 2 Thlr. Strafe von jedem fehlenden Wispel, anschaffen und in Vorrath haben soll. Alle Aemter und Gerichte sollen alle Jahre in den Monaten März, April und Mai, und zwar zu Anfang derselben, durch die Bauermeister und Geschworenen visitiren lassen, ob jeder das zur Bestellung des Sommer-Feldes und der Brach-Früchte nöthige Saatkorn in Vorrath habe, und diejenigen, welchen es daran fehlt, zur Anschaffung des mangelnden und Erlegung der Strafe anhalten, es wäre denn, daß der Eine oder Andere durch Unglücksfälle daran verhindert wäre, welchen Falls Aemter und Gerichte das fehlende Saatkorn zeitig anschaffen, und den Unvermögenden gegen den marktgängigen Preis überlassen sollen. Die von den Saumseligen zu erlegende Strafe soll halb dem Denuncianten überlassen, halb aber zu dem demnächst anzulegenden Korn-Magazin zurück gelegt werden, und sollen alle Aemter und Gerichte über dieses Geschäft besondere Acten halten, damit solche erforderlichen Falls nachgesehen werden können, welches die Landgerichts-Commissarien jedes Mal thun, und wenn sie befinden, daß dieser Verordnung nicht nachgelebt worden, solches berichten sollen. Landess. Verordn. v. 5. Octbr. 1756. (Br. Anz. v. 1756. Nro. 87.)

S. auch: Säen um die Hälfte.

## Sabbath, Entheiligung desselben.

S. Feiertags-Ordnung.

## Sachsenrecht.

Da man von denen, welche die fürstlich Braunschweigische, vom Kaiser bestätigte Hofgerichts-Ordnung gemacht, auch von denen, welche dem fürstl. Hofgerichte lange Jahre beigewohnt, nicht anders erfahren hat, wie es denn auch die Hofgerichts-Ordnung an vielen Orten deutlich bezeugt, \*\*) daß des Herzogs Heinrich d. J. und der vornehmsten Landstände, welche dazu gezogen, zuvörderst auch des Kaisers Meinung gewesen, daß man sich nicht allein im Proceße, sondern auch bei Entscheidung der Sachen der gemeinen geschriebenen kaiserl. Rechte, aber nicht des Sachsenrechts, allein ausgenommen, wenn eine besondere Ordnung, Statut oder Gewohnheit dem Sachsenrechte gemäß vorhanden und zu beweisen wäre, beim Hofgerichte bedienen solle, so sollen sich die Hofrichter und Beisitzer, gleich wie bisher geschehen, auch ferner hiernach richten. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 32.

Da bei Untersuchung des Braunschweigischen Stadtwesens wahrgenommen worden, daß die Stadt

\*) Früher wurde den Unterthanen das nöthige Saat- und Brodkorn, wenn dies nöthig erschien, aus dem Land-Magazine gegen Wiedererstattung desselben in natura verabreicht, die landess. Verordn. v. 8. März 1717 hob dies indeß auf und bestimmte, daß sie statt dessen mit einer solchen Geldsumme, als sie zum Ankaufe des Kornes bedürften, aus der fürstl. Cassen darlehnsweise unterstützt werden sollten. Uebrigens wurde auch bei entstandenem Kornmangel einige Male den Gutsherren aufgegeben, ihren Meiern mit Saat- und Brodkorn auszuheffen oder ihnen wenigstens Credit zu dessen Anschaffung zu geben, in welchem Falle die Meier nach der Erndte für 4 Himten solchen geliehenen Kornes 5 Himten wieder erstatten sollten; z. B. durch die landess. Ebdicte v. 19. März 1694, 3. Novbr. 1698 und 27. März 1714.

\*\*) So wenig in der Hofgerichts-Ordnung von 1559 als in der von 1571 ist das Sachsenrecht mit bestimmten Worten abgeschafft, in beiden (Tit. III.) findet sich nur die Bestimmung, daß der Richter »auf gemeine geschriebene Rechte, des heiligen Reichs Constitutionen und Abschiede, auch ehrbare gute Ordnungen, Statuten und redliche beständige Gewohnheiten« zu erkennen habe.

das vormalß in hiesigen Landen im Gebrauch gewesene, aber aus erheblichen Ursachen abgeschaffte Sachsenrecht bisher in Gebrauch behalten und in ihren Gerichten danach hat urtheilen lassen, dadurch aber eine schädliche Ungleichheit zu den andern, insbesondere den höhern Gerichten im Lande herbeigeführt ist, so wird verordnet, daß es zwar bei den nach Sachsenrecht und der Stadt Braunschweig Statuten ausgesprochenen und vor Publicirung dieses Edicts allbereits durch wirkliche Execution vollstreckten Urtheilen allerdings gelassen, und selbige keinesweges, es geschehe durch was Schein oder Prätext es immer wolle, retractirt werden; hinfüro und a dato dieses Edicts an aber in der Stadt Braunschweig und in derselben Unter- und Obergerichte durchgehendß kein anderes, als das allgemeine beschriebene und in hiesigen Fürstenthume und Landen recipirte kaiserliche Recht, sammt den Reichs- und andern Landes-Constitutionen (jedoch vorbehältlich derjenigen Statuten und Local-Satzungen, die der Landesfürst zur Aufrichtung besserer Polizei und Beförderung der Commerciën hiernächst in der Stadt Braunschweig noch confirmiren, von Neuem errichten und publiciren lassen wird) gültig sein, und selbige in Urtheilen und Rechtsprechen vom Unter- und Oerrichter attendirt, auch kein anderes von den Advocaten und Procuratoren allegirt und angezogen werden, hiergegen aber das sogenannte Sachsenrecht, und die darauf gegründeten und daher rührenden Stadt-Statuten und Gewohnheiten hiermit gänzlich cassirt und abgethan sein sollen. \*) Rudolph. Aug. Sanctio Pragmatica vom abgeschafften Sachsenrecht v. 24. Septbr. 1675.

S. auch: Bescheide, Decrete, Urtheile, Abfassung derselben — Privilegium dotis in Braunschweig.

### Sacramente.

S. Verachtung des göttlichen Worts und der Sacramente.

### Säen der Beamten mit den Unterthanen.

S. Beamte, Landwirthschafts-Betrieb derselben.

### Säen um die Hälfte.

Das Säen um die Hälfte soll durchaus abgeschafft sein. Tax-Ordnung vom 29. Novbr. 1645. Tit. LXXVII. §. 13.

Niel weniger ist erlaubt, das Korn, so um die Hälfte gesäet, im Stroh von der Feldmark ab, an andere Orte zu führen. Ebendas. §. 14.

Das schädliche Säen mit den Unterthanen um die Hälfte ist nochmals ernstlich verboten, hingegen aber zugelassen, daß, wer den Unterthanen Brod- oder Saatkorn nach der von den Ober- und Beamten ermessenen Nothdurft vorstrecken wird, den sechsten oder höchstens den fünften Himten anstatt des Interesse's oder zum Gewinn zur Aufmaasse nehmen möge.\*\*) Da aber bei theuerm Kornkauf dem Creditor etwa nicht anständig sein möchte, sein Korn gegen Aufmaasse herzuleihen, auf solchen Fall ist zu verstaten, das Korn etwas über den zur Zeit des Ausleihens marktgängigen Preis bezahlt zu nehmen, jedoch daß gleichwohl die christliche Billigkeit dabei beobachtet werde. Damit auch in Ermangelung des Saamenkorns kein Land außer der Brache müßte und unbestellt liegen bleibe, auch der Credit desto besser erhalten werde, so soll denjenigen, welche den Unterthanen damit ausgeholfen, vor allen Andern zur richtigen Bezahlung verholffen werden. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 92.

\*) Das Edict enthielt außerdem noch Bestimmungen über die Appellations-Summe. S. die Note \*\*) unter Rechtsmittel der Appellation p. 267.

\*\*) Die Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1645. Tit. LXXVII. §. 1 gestattete, wenn 3 Himten ausgeliehen worden, 4 Himten wieder zu nehmen.



### Sämerei-Handel.

Um Betrügereien zu verhüten, werden alle Ober- und Beamten, auch Gerichts-Obriheiten befehligt, auf diejenigen, welche mit Sämereien zum feilen Kaufe umher gehen, fleißige Acht geben zu lassen, sie durchaus nicht zu dulden, sondern wider dieselben, wenn sie auf vorhergegangene Warnung nicht wegbleiben, wie gegen andere Hausirer, den dieserhalb ergangenen Verordnungen gemäß, bei unnachbleiblicher schwerer Verantwortung aufs Schärffste zu verfahren. Landesf. Umlauf v. 30. April 1746.

cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 40.

### Särge auf dem Lande.

Da bei Todesfällen auf dem Lande, in Ermangelung der Abwesenheit und Krankheit der Landtischler, insonderheit in den Dörfern, welche von den Städten etwas entfernt liegen, die Särge oft erst spät zu haben sind, und daher die todtten Körper nicht selten in den Wohnzimmern und Schlaf-Kammern, welche die Landleute bewohnen, aufbewahrt werden sollen, hierdurch aber allerdings nachtheilige Folgen für die Gesundheit der Hinterbliebenen entstehen können, zu deren Abwendung der Vorschlag geschetien ist, daß in jedem Dorfe, in dem Thurm- oder Leichenhause, oder sonst an einem schicklichen Orte ein ausgepichtter Sarg für Erwachsene und ein dergleichen für Kinder beständig aufbewahrt, und zum Gebrauche für die Gemeinde auf den Nothfall in Bereitschaft gehalten werde, und denn höchsten Orts dieser Vorschlag völlig ausführbar, und der Sache angemessen gefunden ist, so sind die Obriheiten angewiesen, wo es nöthig und thunlich, in den Dörfern ihres Gerichtsbezirks eine Einrichtung danach zu treffen, und deshalb das Weitere mit den Gemeinden zu concertiren. Landesf. Circular-Rescript v. 7. Septbr. 1786.

### Salpetergraben.

Es soll zwar nach Salpeter in Ställen und Scheuern, auch Häusern zu graben verstattet sein, gleichwohl aber darüber der Eigenthumsherr vorher begrüßt werden, welcher das Graben ohne erhebliche Ursache nicht abschlagen soll, doch aber soll der Salpeter-Gräber schuldig sein, was er gegraben, wieder gleich zu machen. Wolfenb. Landtags-Abschied v. 27. Januar 1619. Art. 37.

Die Klöster und die von Adel sollen den Salpetersieder nicht im Salpetergraben hindern, zumal es ein Regal ist. Landesf. Verordnung v. 13. Novbr. 1620.

Das Graben und Sieden der Salpeter-Erde soll Niemandem, er sei einheimisch oder ausländisch oder sonst wes Standes er wolle, ohne gnädigste specielle Concession erlaubt sein. Die Obriheiten sollen auf die Contravenienten fleißig Acht haben, und dieselben ohne Ansehen der Person zur Bestrafung und weiterer Verordnung anzeigen. Landesf. Verordn. v. 29. Juli 1743. \*)

### Salvations-Schrift.

S. Beweis.

### Salzhandel.

Die ältern in Betreff des Salzhandels und der Einführung fremden Salzes ergangenen Verordnungen \*\*) sind antiquirt.

\*) Durch die landesf. Verordn. v. 4. Mai 1761 wurde die Aufsicht und Verwaltung des Salpeter-Regals dem Hofmedicus Pietzsch übertragen und unterm 8. Mai desselben Jahrs wurden die Bedingungen, unter welchen ihm gestattet sein solle, zu dem Anbaue des Salpeters in hiesigen Landen Gewerke anzunehmen und die sonstigen Einrichtungen zu treffen, landesfürstlich bestätigt.

\*\*) Der Verkauf des Salzes geschah durch Hausirer, welche bei Strafe der Confiscation des Salzes von fürstl. Cammer für bestimmte Districte concessionirt und zu ihrer Legitimation mit einem Schilde versehen sein und außerdem eid-

S. Gesetz v. 8. Mai 1835, das Verbot der Einführung ausländischen Salzes betr. — Bekanntmachung der herzogl. Steuer-Direction in Betreff der Durchführung ausländischen Salzes vom 21. Juni 1836. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, den Salzdebit in dem Amte Thedinghausen und in den Ortschaften Bodenburg, Destrup, Ditharingen und Delsburg betr. — Gesetz v. 21. Juli 1837, das Verbot der Einführung ausländischen Salzes und des Hausirhandels mit Salz betr.

### Sandgruben.

S. Stein-, Sand- und Grandgruben.

### Sauerteig.

S. Backöfen im Weser-Districte und im Amte Greene. §. 5.

### Saumseligkeit der Untergerichte.

S. Mandate an die Untergerichte.

### Schachtholz.

1) Die Berg-Fuhrleute auf dem Communion-Oberharze, welche das Schachtholz und dergleichen Holz-Materialien nach andern Zügen fahren, als wohin solche im General-Forstamte nach geschehener forstmäßiger Ueberlegung destiniert, sollen kein Fuhrlohn dafür haben.

2) Wenn sie das zur Anfuhr angewiesene Schachtholz im Walde liegen und wohl gar verderben lassen, dagegen das in Zuschlag genommene gegen Verbot herausfahren, so sollen sie des Fuhrlohns gleichfalls ver-

---

lich angeloben mußten, taugliches Salz liefern, sich aller vorsätzlichen Betrügereien dabei enthalten, richtiges Gemäß gebrauchen und sich nach dem von eines jeden Orts Obrigkeit zu bestimmenden Preise richten zu wollen. Zu mehrerer Sicherheit mußten sie auch noch Cautio bestellen. Das Gemäß, dessen sich der Hausirer allein zum Salzausmessen bedienen durfte, sollte auf den Dörfern im Krüge aufbewahrt werden, und jener sich bei namhafter Strafe keines andern bedienen, die Ausmessung auch nicht anders als vor dem Krüge verrichten, keineswegs aber das Salz von Haus zu Haus umherbringen und ausbieten. Landesf. Verordn. v. 17. Octbr. 1744, welche durch die landesfürstl. Ausschreiben v. 16. März 1754, 27. August 1766, 14. Septbr. 1775, 28. Juli 1777, 26. Novbr. 1778, 19. Juli 1779 und 26. Octbr. 1786 erneuert sind, wobei den Obrigkeiten eingeschärft wurde, die Contraventionen mit Strenge zu bestrafen. Um den Beschwerden der Unterthanen im Schöningenschen und Wolfenbüttelschen Districte über häufige Uebervortheilungen von den Salzkärnern abzustellen, wurde diesen der hausirende Verkauf des Salzes untersagt und dafür die Einrichtung getroffen, daß man in verschiedenen Orten Salz-Niederlagen errichtete, aus welchen unter Aufsicht von beeidigten Factoren das Salz an die Unterthanen verkauft wurde. (Landesf. Aussch. v. 1. Juni 1768 und 25. April 1771.) Die Salzpreise auf den Niederlagen wurden öffentlich bekannt gemacht und niemand durfte in den oben benannten Districten anders woher Salz kaufen. (Landesf. Aussch. v. 10. Octbr. 1768.) Eine gleiche Einrichtung wurde nachher auch im Weser-Districte angeordnet. (Landesf. Aussch. v. 10. Septbr. 1771.) Späterhin wurde indeß auch in diesen Districten die von fürstl. Cammer concessionirten Salzkärner und Träger wieder zugelassen. (Landesf. Aussch. v. 14. Septbr. 1775.) Da die Anordnung getroffen war, daß von dem Communion-Salzwerke zu Liebenhall statt des freien Debits in hiesigen Landen alljährlich ein gewisses Quantum Salz genommen werden sollte, so wurde, um zu verhüten, daß ein Mehreres zum Nachtheile der fürstl. Salzwerke in hiesigen Landen verkauft werde, verordnet, daß die hiesigen Unterthanen das Salz, bei Vermeidung der Confiscation, nicht direct von dem Salzwerke zu Liebenhall ankaufen, sondern von dem mit der Empfangnahme des ganzen für das hiesige Land bestimmten Quantums Beauftragten nehmen sollten. (Landesf. Verordn. v. 5. Octbr. 1775, erneuert unterm 26. Novbr. 1778, 28. Mai 1782 und 1. Februar 1788.) Das unterm 11. Januar 1796 ergangene landesf. Verbot der Ausfuhr des Salzes in das Ausland wurde unterm 8. März 1803 zurückgenommen. Für die Stadt Braunschweig, welche hinsichtlich des Salzpreises besondere Vergünstigungen genoß, wurde unterm 22. Decbr. 1805 der Salzverkauf an Ausländer und an hiesige Landleute über  $\frac{1}{4}$  Hinten anderweit bei Strafe der Confiscation verboten.

verlustig sein und noch darüber mit 24stündiger Gefängnißstrafe, diejenigen aber, so in verbotenen und in Zuschlag seienden Orten selbst Schachtholz niederhauen, mit zwei Mal 24stündiger Gefängnißstrafe nebst dem Verluste des Fuhrlohns coercirt; wenn sie aber

3) das Schachtholz verkürzen und darüber betreten oder ausfindig gemacht werden, so sollen sie unnachbleiblich zur gefänglichen Haft gebracht, darin mit Wasser und Brod gespeist, auch nach befindenden Umständen eine oder mehrere Stunden mit der Sackpfeife bestraft werden, es sei denn, daß sie alsofort, wenn sie dergleichen abgekürztes Schachtholz auf den Zug liefern, solches jemandem von den Berg-Officieren vom Leder anmelden und beibringen, ob und was sie etwa für erhebliche Ursachen gehabt, warum sie das Holz abgeschnitten und gekürzt, als wenn das Holz aus den tiefen Thälern nicht anders sei heraus zu bringen gewesen und dergleichen.

4) Wenn sie ferner das an den nahen und vordern Bergen aufgeladene Schachtholz von den dahinter und weit entlegenen Bergen angeben und dadurch ein größeres Fuhrlohn zum Nachtheile des Bergwerks erschleichen, so sollen sie nebst Restituirung des Fuhrlohns mit Stägiger Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod angesehen und belegt, und dasern sie

5) keine Scheu trügen, die Waldzeichen gar heraus zu hauen, oder sonst zu verfälschen und dagegen falsche Waldzeichen darauf zu machen, die Fuhrherren mit Landesverweisung, die Fuhrknechte aber mit dem Karrenschieben bei dem Bestungsbaue zu Braunschweig abgestraft werden. Communion-herrschaftliche Verordn. v. 27. Octbr. 1717.

### Schäfer.

Die Kinder der Schäfer sollen zu Zünften und Handwerks-Gerechtigkeiten zugelassen werden. Landesf. Verordn. v. 24. April 1656. \*)

Die Schäfer sollen ihrer Handthierung wegen (weil sie nämlich die gestorbenen Schafe abziehen) durchaus nicht für unehrlich, sondern für ehrliche Leute gehalten, und sowohl bei ihrem Leben in Gesellschaften und Zusammenkünften gern und willig geduldet und aufgenommen, als auch nach ihrem Tode christlichem Gebrauche nach beerdigt, und von denen, welche sich sonst zu Hintragung der Todten gebrauchen lassen, gegen die Gebühr ebenfalls zu Grabe getragen, auch diejenigen, die sich des Einen oder Andern weigern, oder den Schäfern Ekel-Namen (als Dollfiller) beizulegen unterstehen werden, dafür mit Strappfahl, \*\*) oder Gefängniß bei Wasser und Brod, oder auch dem Befinden nach mit Karrenschieben bestraft werden. Landesf. Verordn. v. 6. Juli 1747. (Br. Anz. v. 1747. Nro. 58.)

### Schäferereien.

Dem Landesfürsten, wie auch den Landständen ist, Schäferereien auf dem Ihrigen anzurichten, und die sie haben, zu vermehren, wosern es ohne eines Andern Schaden und Beschwerde geschieht, auch damit nicht an ungebührnden Orten gehütet wird, wie auch jedem Knechte üblichem Gebrauche nach hundert Häupter, oder nach Gelegenheit der Dorfschaft weniger, dem Herkommen nach, billig frei und zugelassen. \*\*\*)

\*) Diese Verordnung betraf die Handwerks-Mißbräuche, insbesondere die Jurisdiction, welche sich die Handwerker angemaßt hatten.

\*\*) S. Strappfahl.

\*\*\*) In der, von den Ständen indes nicht angenommenen Polizei-Ordnung v. 19. Januar 1563. Art. 43 findet sich die Bestimmung, daß, wenn Dorfschaften mit Schäfererei berechtigt wären, die Amtleute mit Ernst darauf sehen sollten, daß solche Schäfererei nicht weiter als von Alters her und auch als ihre Trift und Weide vermögte, ausgebehnt werde. Zugleich wurde verordnet, daß die Amtleute, Beschlösten, die Räte in den Städten und Flecken, auch die Prälaten und die Ritterschaft, welche eigene Schäfererei hätten, sich mit der zugehörigen Weide und Trift, wie von Alters hergebracht sei, begnügen, auch den armen Leuten in ihren Weiden, Triften, auch an der Saat und auf sonstige Weise keinen Schaden, Eintrag oder Beschwerde zufügen sollten.

Wo aber an ungebührlichen Orten gehütet, oder aber sonst jemandem mit den Schafen Schaden zugefügt wird, sind diejenigen, welchen hierdurch zu nahe geschieht, deswegen, jedoch nicht übermäßig, zu pfänden, und die Pfänder, bis ihnen neben gewöhnlichem Pfandgelde der zugefügte Schaden wiederum erstattet, auch der Hirte, wenn solcher Schaden muthwillig geschehen, in ernstliche Strafe genommen werde, wie davon beim 14. Artikel \*) weiter disponirt, anzuhalten nicht unbefugt. Salzbadl. Landtags-Abchied v. 3. Juni 1597. Art. 33.

Die Beamten sollen den Schafmeistern über ihren Satz, desgleichen auch den Knechten, weder den Sommer über in der Weide, noch den Winter über in der Fütterung, es sei denn, daß es ohne Schaden und Abgang des andern Amtsviehes geschehen könne, ein Mehreres passiren lassen, als ihre Contracte vermögen, \*\*) widrigen Falls dafür das Futter und Weidegeld von den Beamten selbst bezahlt werden soll. Damit auch die Hude und Weide vor den Dörfern, insonderheit wo das Amtsvieh mitgetrieben wird, noch sonst jemand über die Gebühr geschmälet oder übertrieben werden möge, so soll einem Ackermanne nicht mehr als 30, einem Halbspänner 15, einem Köther, welcher wenigstens 20 Morgen Land hat, 10 Schafe, denen aber, die darunter oder gar kein Land haben, nur 5 Stück auf die Gemeinde-Weide zu treiben gestattet sein. Was sie darüber halten, davon sollen sie ein gewisses Weidegeld zu geben schuldig sein; wobei übrigens die Meinung nicht ist, daß, wenn Einer gar kein Schafvieh oder doch unter der gesetzten Zahl hält, die Andern so viel mehr halten dürfen. Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 78.

Den Häuslingen und den Inquilinen, welche keine eigene Häuser haben, ist nicht gestattet, Schafe zu halten. Schaf-Ordnung v. 10. Juli 1719. s. v. Schaffschaz. §. 2.

Dem Landesfürsten, wie auch den getreuen Landständen, wird frei- und zugelassen, Schäfereien auf dem Ihrigen anzurichten, und die sie jetzt haben, zu vermehren, wosern es ohne eines Andern Schaden und Beschwerung geschieht, auch damit nicht an ungebührlichen Orten gehütet wird. Der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 39.

S. auch: Schaffschaz.

## Schafehalten.

S. Schäfereien.

## Schaffschaz. \*\*\*)

§. 1. Von allen und jeden Schafmeistern, Schaffhirten, Knechten und Jungen auf dem Lande und in den Städten und Flecken (s. jedoch unten den §. 5) sollen von jedem Haupte Schaf-Vieh, jung oder alt,

\*) S. Pfändung.

\*\*) Dieselbe Bestimmung enthielt schon die Amts-Ordnung vom Sonntage nach Laurentii im Jahre 1541, wodurch zugleich die höchste Zahl der Schafe für die Schafmeister auf 200 und für jeden Knecht auf 100 Stück, zur Hälfte Hammel und zur andern Hälfte milchende Schafe, festgesetzt wurde. Die Tax-Ordnung vom 29. Novbr. 1645. Tit. 76 bestimmte, daß die Schafmeister in die Sagung zu treten schuldig sein und nicht mehr Schafe in der Sagung haben sollten, als bei einer Schäferei von 700 Stück und darüber das 7te, von 400 das 4te, von 500 das 5te und von 600 das 6te, wenn aber die Heerde über 1400 Stück zählte, je nach der Stärke der Heerde das 8te oder 9te Haupt, doch sollten die Schafmeister nicht über 200 Stück in der Sagung behalten. Einem Knechte sollten zum Höchsten 70 Stück ausgefüttert werden.

\*\*\*) Die unter dem Namen des Schaffschazes bekannte Steuer ist schon in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erhoben, denn in dem landesf. Ausschreiben v. 10. Septbr. 1557, die Erhebung der Steuern, als des Scheffel-, Schaffschazes und der Bierzinsen betr., §. 13 wird den Amtleuten aufgegeben, sich nach der Bewilligung der Landschaft zu richten, wonach im ganzen Fürstenthume von Freien und Unfreien für jedes Stück Schafe der Schafmeister und Knechte 2 Mgr. und der Bauern und Inwohner 1 Mgr. bezahlt werden und davon niemand befreiet sein sollte, als

2 Mgr. entrichtet, und soll dieses Schaffschages halber kein Unterschied wegen der Orte, des Viehes, oder daß etliche Schafmeister dienen oder Weidegeld geben, gemacht werden.

§. 2. Alle und jede Unterthanen in den Flecken und auf den Dörfern aber, welche Schafe halten, sollen von jedem Haupte, alt oder jung, einen Mariengroschen entrichten. Gleichwie aber durch die Obervanz \*) hergebracht, daß einem Ackermanne gegen obiges Quantum des Schaffschages zu 1 Mgr. mehr nicht als 30 Stück, einem Halbspänner 15, einem Rödher 10 und einem Brinkfiker an den Orten, wo ihnen Schafe zu halten erlaubt ist, 5 Stück frei passiren, daß sie aber jedes Stück, welches darüber ist, mit 2 Mgr. zu verschagen schuldig sind, \*\*) so hat es dabei sein unverändertes Bewenden.

§. 3. Wenn wahrgenommen werden sollte, daß die eine oder andere Gemeinde, um sich dem Schaffschage zu entziehen, die Schafe nur auf eine gewisse Zeit oder einzelne Jahre halten, nachmalß aber abschaffen und desto mehr Rindvieh zulegen wollte, so soll solches bei willkürlicher Strafe hiermit verboten sein; wie denn auch keiner Dorfschaft gestattet werden mag, aus dergleichen nachtheiliger Absicht ihre Weide an eine auswärtige benachbarte Dorfschaft, um dieselbe mit ihren Schafen zu betreiben, auszuthun und zu vermietthen.

§. 4. Der Landsassen, so adliche Freiheit haben und bei der Ritterschaft-Laxe contribuiren, wenn dieselben keine eigene Schäferei haben, desgleichen auch der Städte und der darin wohnenden Bürger Vieh ist von dem Schaffschage befreiet. Die Schafmeister bei den Städten aber müssen von ihrem Viehe (s. oben §. 1) den Schaffschag à 2 Mgr. bezahlen, und wird es sonst bei den zwischen der Landschaft und den Städten gemachten Verträgen gelassen.

§. 5. So viel das auf den fürstl. Aemtern, Klöstern und adlichen Häusern, \*\*\*) so mit der Schäferei-Gerechtigkeit versehen, vorhandene Schafovieh betrifft, so werden davon drei Viertel frei gelassen, von dem übrigen Viertel aber wird jedes Stück mit 2 Mgr. verschagt, da denn wegen des dabei zu besorgenden Unterschleifs hiermit ernstlich und bei Strafe der der Landschaft zu Gute kommenden Confiscation verboten wird, daß keiner einiges fremde oder Bauer-Vieh, noch auch was den Amts- oder andern Bedienten jedes Orts gehört, (s. den folg. §.) unter obiges zum vierten Theile frei gegebenes Quantum mit ziehen und dabei angeben soll, gestalt denn solche Freiheit der adlichen Schäferien weiter nicht, als von denjenigen, welche jemand des Orts hat, woselbst sein Rittersitz und Wohnung zu verstehen, keinesweges aber auf diejenige Schäferei, welche derselbe an einem andern Orte, obgleich dieselbe in seinem Lehnbriefe mit begriffen, am Wenigsten aber auf die Bauer-Schäferien, welche jemand wegen besserer Niesung seines Guts gepachtet, extendirt werden mag.

§. 6. Zu Vorbeugung des Unterschleifs wegen des Viehes der Amts-, Kloster- und adlichen Bedienten sollen alle und jede Beamten, welche nicht gepachtet, die Verwalter, Amts-Schreiber, Vogresen, Ober- und Unter-Boigte, Ober- und Unter-Förster, auch Amts- und adliche Bedienten, niemand überall davon ausgeschieden, ingleichen bei den Klöstern die Aebte, Präbste und andere Kloster-Personen, Beamte, Verwalter, Schreiber, Boigte, Förster, Pförtner und andere Kloster-Bedienten und deren Frauen

die Prälaten und Junker. In dem Wolfenbüttelschen Landtags-Abschiede v. 14. Januar 1615 wurden die obigen Steuer-Ansätze nicht geändert, dagegen aber bestimmt, daß von den Schafen der Klöster und der Bürger in den Städten nicht mehr, als vom Stück 1 Mgr. bezahlt werden sollte; letztere wurden indeß in der Schag-Ordnung v. 23. Juni 1619 vom Schaffschage durch die Bezahlung der Kloster- und Stadt-Laxe gänzlich befreiet.

\*) S. Schäferien; Amts-Gammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 78.

\*\*) Ebendasselbe war schon durch die landesf. Verordn. v. 27. April 1699 bestimmt.

\*\*\*) Um die Ritterschaft und die, welche adliche Güter besaßen, mit dem Vieh-, Hufen-, Schaf- und Schöffelschage zu verschonen, wurden dieselben wegen dieser Steuern durch den Landtags-Absch. zu Wolfenbüttel v. 14. Januar 1615. Art. 11 auf eine Aversionalsumme von 3000 Thlr. fixirt, jedoch geschah dies ausdrücklich absque praejudicio und versuchsweise auf ein Jahr. In der Schag-Ordnung v. 23. Juni 1619 wurde ihnen diese Aversionalsumme wieder erlassen, wogegen sie zum Hufen- und Zehntschage herangezogen wurden, vom Schaffschage aber befreiet blieben.

von jedem Stück 2 Mgr. an Schaffschaz zu entrichten schuldig sein. Wenn jedoch jemand von den Aebten, Pöbsten oder Priooren selbst auf dem Kloster wohnte und eigene Schafe hätte, so soll auf desselben Anmelden den vorkommenden Umständen nach darunter verordnet, und derselbe, wie weit er deshalb einige Freiheit zu genießen, mit Resolution versehen werden.

§. 7. Einem Prediger sollen 30 Stück und einem Küster 15 Stück, wenn sie an eigenem Viehe wirklich so viel haben, vom Schaffschaze frei gegeben werden, dieselben aber, wenn sie solche Anzahl an dem Orte, wo sie wohnen, frei genossen, selbige an dem Orte, wo das Filial, nochmals und also doppelt zu prätendiren nicht befugt, im Uebrigen aber, was sie über diese Anzahl an Schaf-Vieh halten, aus der bei den Amts-, Kloster- und adlichen Bedienten angeführten Ursache, mit 2 Mgr. zu verschazen, und sich daneben gleich andern Unterthanen ihr Schaf-Vieh richtig beschreiben zu lassen schuldig sein, und bei Verlust desselben davon nichts verhehlen. \*)

§. 8. Die auswärtigen Fleischer und Vorkäufer, welche ihre Hammel und Schafe auf die hiesige Weide thun, sollen von jedem Haupte Schaf-Vieh 2 Mgr. entrichten.

§. 9. Damit am Schaffschaze nichts abfalle, sollen weder von Schafmeistern, deren Jungen, Schafhirten und andern Dienern und Unterthanen, welche Schaffschaz geben müssen, noch auch von den auf den fürstl. Aemtern, bei den Klöstern oder Amt-Häusern befindlichen Schäfereien zwischen Neujahrstag und der in §. 10 verordneten Nachzählung Hammel, Schafe oder Lämmer weder außerhalb Landes noch auch in die Städte hiesigen Fürstenthums verkauft werden, es sei denn der Schaffschaz davon an die Schaz-Einnehmer erstattet, und von denselben Freizettel, welche dieselben ohne Entgeld zu ertheilen, daß der Schaffschaz davon bezahlt worden, producirt; sollte aber jemand dawider handeln, so sollen alle Hammel, Schafe oder Lämmer verwirkt sein, durch die Beamten und jedes Orts Gerichtsherrn confiscirt, und nebst deren Werth der Schaffschaz davon in die Landrenterei-Casse verabsfolgt werden. \*\*)

§. 10. Die Schaz-Einnehmer sollen zur Entdeckung des etwaigen Unterschleifs die Schafe in jedem Districte unvermuthet und insgeheim nachzählen, und obzwar, wenn sie mit den fürstlichen Aemtern, Klöstern und adlichen Häusern, oder auch sonst dergleichen vorzunehmen nöthig finden sollten, solches anderer Gestalt, als mit Vorwissen der Beamten oder Gerichtsherrn und anderer Obrigkeiten, und daß von diesen ihre Gerichtsdiener ihnen zugegeben werden, nicht geschehen mag, so soll ihnen jedoch, wenn solche Nachzählung im freien Felde oder in den Horden vorgenommen wird, darunter für sich und unangemeldet der Obrigkeit zu verfahren frei stehen, und ihnen dabei kein Hinderniß gemacht werden.

§. 11. Die Beschreibung des Schaf-Viehes soll jährlich von den Schaz-Einnehmern im Monat Mai verrichtet, und an dem Orte, wo zur Zeit der Beschreibung das Vieh vorhanden, der Schaz davon entrichtet werden, und sollen auch bei solcher Beschreibung die Zehnt- und Küchen-Lämmer nicht verschwiegen, sondern ad marginem der Register, gleich dem Schaf-Viehe der Pfarrherren und Kirchendiener, gesetzt werden, damit des Falls bei der Nachzählung keine Irrung vorfalle. Auch sollen bei solcher Beschreibung gedachte Schaz-Einnehmer die Schafmeister, und insgemein alle, welche Schaffschaz geben, mit Fleiß und Ernst befragen, ob und wie viel Schaf-Vieh, Hammel, Schafe oder Lämmer, seit Neujahrstag bis dahin von dem Einen oder Andern verkauft, darauf ein Jeder seine Wissenschaft bei den Eiden und Pflichten, damit er dem Landesfürsten verwandt, zu eröffnen schuldig sein soll, und soll alsdann ein Jeder den zu entrichtenden Schaffschaz längstens auf Johannis in guten Münzsorten bei Vermeidung unausbleiblicher Execution zu bezahlen schuldig sein. Schaz-Ordn. v. 10. Juli 1719 sub rubr. Schaffschaz.

Alle Dorffschaften und Gemeinden sollen sich auf die Zeit und an dem Orte, welchen der jedesmalige

\*) S. Pfarrgüter.

\*\*) Durch die landesf. Verordn. v. 15. Decbr. 1705 war den Obrigkeiten ernstlich befohlen, daß sie, wenn in solchen Fällen Confiscationen nöthig wurden, den Landrentei-Bedienten dabei auf jede Weise beförderlich sein sollten.

Schaf-Einnehmer zur Angabe des Schaf-Viehes bestimmt, alle Mal unweigerlich anfinden und bei Vermeidung anderweiter Verordnung sich der Schafbeschreibung niemals widerlegen. Ferner sollen die Pastores und Aeditui adjuncti sich ihrer ungegründeten Prätenſion, daß sie nämlich eben so viel Schaf-Vieh von dem Schafe frei zu haben verlangen, als diejenigen, welchen sie abjungirt sind, begeben, und mit ihren Seniores, wie viel einem Leben frei zu lassen, sich vergleichen, jedoch daß die in der Schaf-Ordnung determinirte Anzahl nicht überschritten werde. Landesf. Verordn. v. 9. August 1728.

Die Stadt-Schafmeister sollen keine schafpflichtige Schafe von den benachbarten Dörfern mit unter die Bürger-Heerde heimlich nehmen, und dieselben dadurch von dem Schaffschafe betrüglicher Weise frei machen, bei Vermeidung harter Strafe. Landesf. Verordn. v. 10. August 1741.

Diejenigen, welche nach der jedes Jahr regulariter zu Anfang des Monats Mai vorzunehmenden Schaffschaf-Beschreibung bis Johannis Schaf-Vieh zukaufen, sollen solches höchstens binnen 8 Tagen nach dem Ankaufe dem Schaf-Einnehmer anmelden und den gebührenden Schaffschaf davon entrichten, oder widrigen Falls die Confiscation solcher zugekauften Schafe gewärtigen. Landesf. Verordn. v. 7. Novbr. 1754. (Br. Anz. v. 1754. Nro. 102.)

Es soll in Ansehung der limitirten Freiheit vom Schaffschafe, welche die Ritterschaft von denjenigen Schäfereien zu genießen hat, die einer ihres Mittels des Orts hat, woselbst sein Rittersitz und seine Wohnung ist, bei der Disposition der fürstl. Schaf-Ordnung von 1719 sein Bewenden haben. \*) Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 60.

Wegen der Befreiung des Prälatenstandes vom Schaffschafe s. Scheffel-, Zehnt- und Schaffschaf, Befreiung des Prälatenstandes von demselben.

cf. Verordn. v. 5. Juli 1824, den Schaffschaf betr. — Bekanntmachung herzogl. Steuer-Direction v. 20. April 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 96.)

### Schafweiden.

Da dem Landesfürsten vorgestellt ist, daß die Unterthanen in verschiedenen Gegenden durch den aus der Schaf-Viehzucht entstehenden Nutzen seit einiger Zeit zwar ermuntert worden, sich vorzüglich auf diese Viehzucht zu legen und mehr Schafe zuzuziehen, als sie auf die Gemeinde-Weide zu bringen berechtigt sind, daß der Vermehrung dieser nützlichen Viehzucht aber dadurch Gränzen gesetzt werden, daß verschiedene Gemeinden und Schafherren, welche ihre Weide mit eigenem Viehe nicht betreiben, mithin selbige nicht selbst nutzen können, solche übrig habende Weide öfters an auswärtige Unterthanen überlassen und den hiesigen Unterthanen den billigen Vorzug dabei nicht gönnen, und daß deshalb eine solche Verfügung erlassen werden möge, wodurch dem einheimischen Schaf-Viehe ein Vorzug vor dem auswärtigen ertheilt werde, durch die Willfährung dieses Gesuchs auch nicht nur das Beste der Unterthanen befördert, sondern zugleich auch verhindert werden kann, daß durch das auswärtige Vieh die unter den Schafen oft grassirende Pockenkrankheit eingeschleppt wird, so wird verordnet, daß sowohl auf die Gemeinde- als Privat-Weiden nicht eher fremdes Vieh zugelassen werden soll, als bis hinlänglich bekannt und dargethan worden, daß kein einheimisches Schaf-Vieh auf solchen Weiden zu erhalten stehe, und wenn letzterer Fall eintritt, so sollen dennoch keine andere auswärtige Schafe aufgenommen werden, als wovon bekannt ist, oder gehörig bescheinigt wird, daß solche völlig gesund und seit einer hinlänglichen Zeit mit den Pocken nicht behaftet gewesen sind. Falls also die Unterthanen nicht mehr Vieh in auswärtige Weiden bringen, als sie fremdes Vieh in ihre Weide nehmen, oder sonst keine besondere Bedenklichkeiten vorhanden sind, wo-

\*) cf. Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr., §. 3.

von in solchem Falle Bericht erstattet werden muß, soll über diese Verordnung mit Nachdruck gehalten werden. \*) Landesf. Verordn. v. 12. März 1781.

### Schandpfahl.

#### S. Straßpfahl.

### Schartekraut, Einsammeln desselben.

Zu Steuerung des Unfugs, welcher beim Einsammeln des Schartekrauts auf den Wiesen benachbarter Aemter hin und wieder verübt ist, ist auf höchsten Befehl die Verfügung getroffen, daß überall kein Sammler mit grüner Scharte in Braunschweig gelassen werden soll, welcher nicht durch Vorzeigung eines obrigkeitlichen Scheins, woraus ersichtlich ist, daß ihm die Sammlung gestattet gewesen, sich legitimiren kann. Avertissement des fürstl. Polizei-Depart. in Braunschweig v. 14. Septbr. 1792, erneuert am 29. Juli 1796. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 73 und v. 1796. Nro. 60.)

### Schatz- und Landrentei-Gefälle.

Da die Verwaltung der gesammten Steuern und aller dahin gehörenden Landes-Abgaben jetzt von einer Behörde, dem herzogl. Steuer-Collegio, geschieht, (Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 182) so ist der früher in der Verwaltung bestandene Unterschied zwischen Schatz- und Landrentei-Gefällen \*\*) und den übrigen Steuern weggefallen.

\*) Schon in dem Entwurfe einer Polizei-Ordnung v. 19. Januar 1563. Art. 43 findet sich das Verbot, ohne Vorwissen der Obrigkeit fremde Schafe in die Bauern-Schäferei aufzunehmen.

\*\*) Unter Schatzungen und Landrentei-Gefällen wurden die von den Landständen freiwilligen Steuern verstanden, deren Administration durch das Schatz-Collegium geschah. Das Schatz-Collegium wurde in Folge des Landtags-Abschiedes v. 1. Juni 1597 errichtet und unterm 31. Decbr. 1598 vom Landesfürsten confirmirt. Dasselbe bestand aus Mitgliedern der Landschaft, welche den Namen Schatz-Räthe führten, und zwar Anfangs aus dem Abte zu Ringelheim, dem Prälaten des Stiftes St. Blasii, drei Mitgliedern aus der Curie der Ritterschaft und den Abgeordneten der Städte Helmstädt und Alfeld; späterhin schieben der Abt zu Ringelheim und die Stadt Alfeld aus. Unter dem Schatz-Collegio stand der Landrentmeister, welcher die Landrentei-Rechnung, Bier-, Essig-, Wein- und Branntweins-Accise- und Biersteuer-Rechnung, auch die Wegeverbesserungs-, Brandassurances- und extraordinaire Steuercaffen-Rechnung führte, und der landschaftliche Commissarius, der die Aufsicht über die Bier-, Essig-, Branntweins- und Wein-Accise und die Biersteuer, welche in den Landstädten und auf dem Lande aufkam, hatte. In jedem Districte erhob ein Schatz-Einnehmer die Steuern und schickte dieselben an den Landrentmeister ein, unter den Schatz-Einnehmern standen landschaftliche Inspectoren und Controleure. Alle diese dem Schatz-Collegio untergeordneten Behörden waren sowohl für den Landesfürsten als für die Landschaft in Eid und Pflicht genommen. Das Schatz-Collegium versammelte sich vierteljährlich auf einige Zeit in Braunschweig. Der Landrentmeister legte in fürstl. Rathskube im Beisein der Mitglieder des Schatz-Collegii und einiger Deputirten des engeren Ausschusses Rechnung ab; die Schatz-Einnehmer allein vor dem Schatz-Collegio. Wegen der prompten Erhebung und erforderlichen Falls Weitreibung der Schatz- und Landrentei-Gefälle sind von Zeit zu Zeit Verordnungen und Instructionen ergangen, in welchen zugleich den Obergkeiten aufgegeben wurde, den Erhebern dabei behülflich zu sein; die wichtigsten derartigen Vorschriften enthielten das landesf. Auschr. v. 10. Septbr. 1557, wie es mit der Erforderung der Steuern oder Schatzungen, als Scheffel-, Schaffschatz, auch Bierzinsen gehalten werden soll; die Instruction für die Schatzräthe und Landrentmeister v. 7. Juni 1628; die Interims-Verordnung in Landrentei- und Schatzsachen v. 3. Septbr. 1644; die Verordn. v. 10. Octbr. 1682, wie es mit Weitreibung der Landrentei-Gefälle zu halten; das landesf. Edict wegen des Zehnts, Schessel- und Mühlenchages v. 21. April 1687 und die Schatz-Ordnungen von 1619 und 1719. Außerdem findet sich auch noch eine Instruction für die Schatz-Einnehmer, wonach sie sich in ihrem Amte auch bei Einforderung der Landrentei-Intraden und Formirung der Register richten sollten, indeß ist dieselbe ohne Datum.

Die Landschaft des Fürstenthums Blankenburg hatte einen besondern Cassirer, der die Rechnung über die landschaftlichen Einnahmen und Ausgaben führte. Die Einkünfte derselben bestanden in den Zinsen von ausgeliehenen Capitallen, in dem Ueberschusse aus der Contributions-Casse und dem dritten Theile der Branntweins-Accise; die Ausgaben in der Unterhaltung einer Land-Compagnie, den Besoldungen der landschaftlichen Bedienten und des Land-



## Schaz-Ordnung.

Die letzte Schaz-Ordnung \*) ist v. 10. Juli 1719, aus welcher sich das Wichtigste unter den betreffenden Rubriken angeführt findet.

Da bei der im Jahre 1719 durch offenen Druck von Neuem herausgegebenen Schaz-Ordnung von Einigen die Qualität eines Landesgesetzes in Zweifel gezogen werden wollen, darüber aber mit Nachdruck gehalten werden soll, so ist fürstl. Canzler und Råthen, Hofrichtern und Hofgerichts-Assessoren, Oberhauptleuten, Drostern, Amts-råthen, Ober- und Beamten, Gerichts-Obrikeiten, wie auch den Magistraten in den Stådten befohlen, solche an gewöhnlichen Orten affigiren zu lassen und bei vorfallenden Begebenheiten in Entscheidung der Sachen nach selbiger hinsuro zu erkennen. Landesf. Patent v. 27. Juli 1722.

## Schazungs-Sachen.

In solchen Sachen, wo über die Entrichtung der Schazungen von Eingefessenen hiesigen Landes Beschwerde geführt wird, sollen nicht sogleich processus erkannt, sondern es soll zuvörderst von Beschaffenheit der Sache von der Landschaft Bericht gefordert werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 22. April 1747. \*\*)

cf. Gesetz v. 12. Octbr. 1832, die Organisat. und den Geschäftskreis der Steuer-Direction betr., §. 12.

## Schauspiele.

Gleichwie überhaupt keine, einen Auslauf erregende oder Feuergefährlichkeiten veranlassende Feierlichkeiten in öffentlichen Häusern, ohne Vorwissen und Einwilligung der Polizei angestellt werden dürfen, so sollen auch keine Privat-Schauspiele daselbst gegeben werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Depart. in Braunschweig v. 3. Januar 1786. (Br. Anz. v. 1786. Nro. 4.)

Da mißfällig wahrgenommen worden, daß die Verordnung eingeschlichen, daß junge Leute von geringem Stande und sogar Lehrburschen Komödien gespielt, und sich dazu selbst vorgerichteter Theater in dem einen und andern Hause bedient haben, dergleichen Spiele aber nicht allein der Sittlichkeit Nachtheil bringen, sondern auch gar leicht Feuergefährlichkeit nach sich ziehen können, anderer Unbequemlichkeiten, die daraus entstehen, nicht zu gedenken, so sind dergleichen Aufführungen theatralischer Stücke und Komödien in der Maaße verboten, daß ein jeder Hauswirth, der solche in seinem Hause duldet, in eine Geldbuße von fünf Reichsthalern verfallen sein soll. Uebrigens aber sind die Eltern, Vormünder und Lehrherren erinnert, dergleichen unschicklichen Zeitvertreib ihren Kindern, Pflegebefohlenen und Lehrlingen bei eigener Verantwortung nicht zu gestatten. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 12. Octbr. 1790. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 84.)

## Schauspieler, umherziehende.

Das Spielen derselben ist im Allgemeinen verboten. Wenn jedoch in einzelnen Fällen eine Ausnahme statthabig sein sollte, so soll mit Anführung der Gründe jedes Mal die Erlaubniß bei dem fürstl. Ministerio von der Behörde eingeholt werden. Landesf. Rescr. v. 31. März 1800.

cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 45.

Schirurgus und den Zuschüssen zur Laternen- und Virtuosen-Casse. S. v. Liebhaber, vom Fürstenthume Blankenburg und dessen Staats-Verfassung p. 142.

\*) Die erste Schaz-Ordnung war v. 23. Juni 1619; sie ist niemals vollständig im Drucke erschienen, vielmehr sind nur fünf Extracte aus derselben gedruckt. Auch das landesf. Auschr. v. 10. Septbr. 1557, wie es mit der Einforderung der Steuern oder Schazungen, als Scheffel-, Schaffschaz, auch Bierzinsen gehalten werden soll, wird wohl, indes irrtümlich, als eine eigentliche Schaz-Ordnung bezeichnet.

\*\*) Dieses Rescript ist in Sachen des Amtmanns Breymann zu Gebhardshagen gegen die Landschaft wegen des von verschwiegenen Kåmmern geforderten Schaffschazes ergangen.

## Scheffelschaz.

Der Scheffelschaz \*) wird von den Forensen oder außerhalb des Fürstenthums Geseffenen wegen der in hiesigen Landen habenden Korngefälle, es sei an Zehnten oder Meierzinsen, und zwar von jedem Scheffel Braunschw. Maaße \*\*) mit 10 Mgr. und von den Geldzinsen der vierte Pfennig, entrichtet, wovon jedoch dasjenige, was auf dem Brachfelde aufkömmt, befreiet bleibt, es wäre denn, daß man jure repressalium ein Anderes zu verfügen gemüßigt werden möchte. Wenn aber die Korngefälle etwa zu Gelde verdingen und der Gestalt bezahlt werden möchten, so soll solches den Eigenthümern nicht präjudiciren, und sollen dieselben dessen unangesehen den Scheffelschaz nicht höher, als nach obgedachter Proportion, à 10 Mgr. vom Scheffel, zu bezahlen schuldig sein, keinesweges aber genöthigt werden, nach dem Betrage solchen Geldes denselben abzuführen. Hiervon aber sind, vermöge eines darüber errichteten besondern Reccesses, und gegen die den Hiesigen in dortigen Landen verstattete gleichmäßige Exemption befreiet die Adresser und die Ritterschaft in dem Calenbergischen. Wenn aber ein Einheimischer von Auswärtigen solche Güter, so vorhin unter dem onere des Scheffelschazes gewesen, acquirirt, so soll er, ungeachtet sonst die Einheimischen vom Scheffelschaze befreiet, die Halbschied, als 5 Mgr. von jedem Scheffel, imgleichen die Hälfte des Quantum, so von den Geldzinsen bezahlt wird, entrichten. Schaz-Ordnung v. 10. Juli 1719. sub rubr. Scheffelschaz.

S. auch: Zehnt- und Scheffelschaz — Pfarr-Güter.

## Scheffel-, Zehnt- und Schaffschaz, Befreiung des Prälatenstandes von demselben.

Der Prälatenstand und die übrigen dazu gehörigen Personen sind gegen die verwilligte Taxe frei vom Scheffelschaz, †) Zehntschaz ††) und Schaffschaz, †††) so viel ihr eigenes Vieh betrifft, bis auf das vierte Haupt von den Schafen, welches sie gleich denen von Adel verschazen müssen. Der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 50.

cf. Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr., §. 16.

Schelten.

\*) Nach dem Ausschreiben v. 15. Mai 1549 sollten Freie und Unfreie einen halben Gulden von einem Scheffel Braunschweigischer Maaße von den Meierhöfen, Zehnten, Renten und Zinsen, was davon im Fürstenthume belegen sei und aufkomme, entrichten; hiervon waren allein die Edelleute in Betreff des Hafers befreiet. In dem Landt. Absch. v. 14. Januar 1615. Art. 18 und 19 wurde festgesetzt, daß die Landes-Einwohner, welche Hufenschaz bezahlten, von dem Scheffelschaze befreiet sein und künftig nur die Forensen neben dem Hufenschaze auch den Scheffelschaz, und zwar vom Scheffel 10 Mgr. und von Geldzinsen den achten Pfennig, bezahlen sollten. Der Ritterschaft wurde im 11. Art., jedoch absque praejudicio und versuchsweise, die Bezahlung einer Aversionalsumme von 3000 Thlr. auferlegt, wofür sie vom Vieh-, Schaf-, Scheffel- und Hufenschaze befreiet blieb. In der Schaz-Ordnung v. 23. Juni 1619 wurde der Geldzins auf den vierten Pfennig herabgesetzt und bestimmt, daß die Landes-Einwohner, welche von Forensen Güter, auf denen der Scheffelschaz lastete, acquirirten, gleichfalls den Scheffelschaz, indeß nur 5 Mgr. vom Scheffel, entrichten sollten. Der Ritterschaft wurde die Aversionalsumme erlassen und sie blieb vom Scheffelschaze befreiet, wogegen sie zum Hufen- und Zehntschaze herangezogen wurde. Die Stadt Braunschweig und deren Zubehörung sollte, so lange sie zu der Contribution nicht getreten sei und sich darin nicht accommodirt habe, außer dem Hufen- und Zehntschaze auch den Scheffelschaz gleich den Forensen zahlen. Nachher hat dieselbe unter dem Herzoge Anton Ulrich (durch das Rescript v. 13. Juni 1710) gleichfalls Befreiung von dem Scheffelschaze erlangt; s. Bode's Beiträge 2c. p. 48.

\*\*) Der Scheffel Braunschw. Maaße hielt im Weizen, Roggen und Gersten 10 und im Hafer 12 Himten; s. Bode's Beiträge 2c. p. 31. Note 17.

†) Die erste Befreiung des Prälatenstandes von dem Scheffelschaze gegen die Entrichtung einer besondern Taxe findet sich in dem landesf. Aussch. v. 10. Septbr. 1557; dies wurde in den Schaz-Ordnungen von 1619 und 1719 bestätigt.

††) Von dem Zehntschaze wurden die Prälaten zuerst durch die landesf. Resolution v. 27. Juli 1711, und dann auch durch die Schaz-Ordnung von 1719 befreiet.

†††) Nach dem landesf. Aussch. v. 10. Septbr. 1557 waren der Prälaten eigene Schafe vom Schaffschaze befreiet und dies blieben dieselben auch nach der Schaz-Ordn. v. 1619. Die Bestimmung der Schaz-Ordn. v. 1719 s. unter Schaffschaz.

## Schelten.

S. Injurien — Messen, Real- und Verbal-Injurien auf denselben.

## Schießen.

Obwohl das Schießen auf dem Lande bei Hochzeiten und Kindtaufen durch verschiedene landesf. Verordnungen \*) scharf genug verboten worden, so ist dies Unwesen doch noch so gemein, daß dadurch nicht selten ganze Dörfer in die äußerste Gefahr gesetzt werden. Es ist deshalb nöthig, die vorhandenen Bestimmungen zu schärfen, weshalb folgendes verordnet wird:

1) Es soll zwar jeder Hauswirth das in der Landes-Ordnung befohlene Gewehr in gutem Stande erhalten, und was die Landes-Ordnung in diesem Stücke erfordert, ohne Mangel und ungehindert verrichten, denjenigen aber, welche außerdem sich bei Hochzeitbitten, Hochzeiten, Kindtaufen, Einholung oder Abführung einer Braut und überhaupt außer landesf. Special-Befehl mit Pistolen, Flinten oder anderem Schießgewehr auf Feldern, Dörfern, Höfen oder in Häusern betreten lassen, soll das Gewehr, wenn sie gleich keinen Schuß damit gethan hätten, sofort weggenommen, der Obrigkeit des Orts, wo dieselben mit dem Gewehre angetroffen worden, eingeliefert, die Uebertreter festgesetzt, und in loco delicti zum ersten Male mit 48 Stunden im Gefängniß bei Wasser und Brod, nachher aber mit achttägigem Gefängnisse alternatim ebenfalls bei Wasser und Brod bestraft werden.

2) Derjenige aber, welcher ein Schießgewehr wirklich abgefeuert hat, soll ebenfalls, nebst Verlust solchen Gewehrs, zum ersten Male mit viertägigem, nachher aber mit vierzehntägigem Gefängnisse in loco delicti alternatim bei Wasser und Brod bestraft werden.

3) Damit das Verbrechen unverzüglich zur Wissenschaft der Obrigkeit gelangen möge, so sollen die Bauernmeister derselben solches sofort durch einen Expreß auf Kosten des Frevlers melden, und dieselben, wenn sie sich faumselig darunter bezeigen oder gar mit Vorsatz conniviren, an den Philippsberg geschickt werden, und daselbst zwei Tage bei Wasser und Brod sitzen.

4) Die Bauernmeister sollen ferner schuldig sein, mit Zugiehung hinlänglicher Mannschaft oder Land-Soldaten eines solchen Frevlers sich zu bemächtigen, und ihrer Obrigkeit bei Vermeidung vorgesehener Strafe zur weitem Verordnung einzuliefern.

5) Der Frevler soll, wie bereits oben geordnet worden, jeder Zeit bei dem Amte oder in demjenigen Gerichte, wo er gefrevelt, zur Verantwortung gezogen und bestraft, zu solchem Ende auch nöthigen Falls von seiner ordentlichen Obrigkeit, ohne daß es dazu litterarum mutui compassus zur Verlängerung der Sache bedürfte, an die Obrigkeit des Orts, wo der Frevel begangen worden, unverzüglich ausgefolgt werden. Die Obrigkeiten sollen über diese Verordnung bei Vermeidung schwerer unnachbleiblicher Verantwortung halten. Landesf. Verordn. v. 23. August 1745.

Da die Ursache, warum vormalß den Unterthanen die Anschaffung und Instand-Erhaltung der Schießgewehre anbefohlen worden, \*\*) bei den nachher veränderten Zeitumständen gänzlich wegfällt,

\*) Die Verordn. v. 10. August 1705 war die erste, wodurch das Schießen auf dem Lande an Fest- und Feiertagen, bei Hochzeiten, Kindtaufen und andern Gelagen bei 10 Gulden, resp. angemessener Gefängnißstrafe allgemein verboten und die Obrigkeiten für allen durch Nichtbeobachtung dieses Verbots entstehenden Schaden, insbesondere Brandschaden, verantwortlich gemacht wurden. Bis dahin war ein solches Verbot nur für den einen und andern Ort ergangen.

\*\*) Dies war in der Landes-Ordnung Art. 70 geschehen, wonach sich ein Jeder auf den Dörfern nach der Anzahl und nach Gelegenheit seines Gesindes mit tüchtigen Büchsen und mit Musketen versehen, und sich damit neben zugehörigem Kraute und Lothe gefast halten, solches Gewehr auch dem Amte oder Gerichtsherrn auf jedes Erfordern vorzuzeigen schuldig sein sollte, bei 5 Fl. Strafe. Nachher bestimmte die landesf. Verordn. v. 22. Octbr. 1688, daß ein jeder hausgesessene Unterthan und Einwohner auf den Dörfern in hiesigen Landen sich Inhabts der Landes-Ordnung Art. 70 nach der Anzahl und Gelegenheit seines Gesindes mit tüchtigem Gewehre (Büchsen oder Musketen) und

so ist den Obrigkeiten befohlen, zu veranstalten, daß die sämmtlichen Unterthanen ihr annoch habendes Schießgewehr abschaffen. Landesf. Ausschr. v. 14. Januar 1771.

Die Absicht obigen Befehls ist, die Nothwendigkeit aufzuheben, daß die Unterthanen Gewehr beibehalten und auf den Landgerichten produciren müssen, und ist vorstehendes Rescript dahin hierdurch declarirt. Wofern aber der eine oder andere Unterthan wegen des übeln Gebrauchs des Gewehrs verdächtig sein sollte, so ist derselbe zu dessen Abschaffung anzuhalten. Landesf. Ausschr. v. 31. Januar 1771.

Die unterm 23. August 1745 erlassene Verordnung ist wörtlich wiederholt und erneuert, jedoch mit dem Zusätze ad §. 1, daß derjenige, der sich mit einem Gewehre ohne landesf. Specialbefehl betreten läßt, des Gewehrs verlustig sein, ad §. 2 aber, daß derjenige, welcher ein Schießgewehr wirklich abgefeuert hat, außer dem Verluste desselben sogleich in den kleinen Karren bis zu weiterer Verordnung gesandt werden soll. Landesf. Verordn. v. 9. Januar 1776.

S. auch: Schießen in der Neujahrnacht — Gewehr — Tagen und Kuren — Freischießen zu Braunschweig.

cf. Bekanntmachung fürstl. Regierungs-Commission v. 18. Januar 1814. — (Br. Anz. v. 1814. Nro. 7.) — Verordn. v. 28. März 1825, die erneuerte Feiertags-Ordnung betr., §. 7. Rescript herzogl. Cammer-Collegii v. 14. Novbr. 1826. (Bege II. p. 238.)

### Schießen in der Neujahrnacht.

Da das mit so vieler Feuersgefahr verknüpfte Schießen in der Neujahrnacht so oft und bei harter Strafe verboten worden, \*) die Wenigsten aber sich daran kehren und Viele der Strafe entgehen, weil nicht alle Mal ausgemacht werden kann, wer das Schießen gethan hat, so ist verordnet, daß die ganze Gemeinde dafür haften und für jeglichen Schuß, der darin geschehen wird, 2 Thlr. an die Armen-Anstalten geben soll, und mag dieselbe sodann sehen, daß sie den Thäter ausmache, welcher auf solchen Fall die Gemeinden für seine Vermessenheit schadlos halten soll. Die Obrigkeiten sollen auf Eid und Pflicht streng darüber halten. Landesf. Ausschr. v. 22. Decbr. 1750.

Wegen des wieder eingerissenen Mißbrauchs der Feuergewehre, des Pulvers und Feuers in der Neujahrnacht und bei Hochzeiten sollen die Obrigkeiten auf die deshalb ergangenen Verordnungen, welche ihrem ganzen Inhalte nach hiermit wiederholt werden, streng halten und das erneuerte Verbot gegen diesen Unfug bekannt machen. Landesf. Rescript an sämmtliche Obrigkeiten v. 16. Decbr. 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 101.)

cf. Bekanntmach. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 17. Decbr. 1817. (Br. Anz. v. 1817. Nro. 100), welche nachher häufig erneuert ist.

### Schießen in Braunschweig.

Niemand soll mit Büchsen, Flinten, Pistolen, Schlüsselbüchsen und andern Feuergewehre in der Stadt schießen, bei 30 Thlr. Strafe. Wie aber den Büchschäftern, wenn sie einen räumlichen Gartenplatz bei ihren Wohnungen haben, das Probiren und Einschießen der Gewehre nicht wohl versagt werden kann, so soll doch der Schießstand nicht willkürlich, sondern nach vorhergegangener obrigkeitlicher Besichtigung der Gestalt angelegt werden, daß keine Gefahr auf irgend eine Art zu befürchten ist. Aus diesem Grunde sollen sie auch auf die Ladung keinen Propfen von Papier, Heide und dergl., sondern

damit nebst zugehörigem Kraute und Lothe, als Pulver, Kugeln und Lunten, gefaßt halten, solches Gewehr auch dem Amte oder Gerichtsherrn, worunter er gefessen, auf jedesmaliges Erfordern vorzeigen sollte, bei 5 Mfl. Strafe.

\*) Eine frühere Verordnung, welche ein solches allgemeines Verbot enthielte, findet sich nicht.

lediglich von Haaren nehmen. Feuer-Ordnung für die Stadt Braunschweig vom 7. Septbr. 1780. Cap. I. §. 32.

S. auch: Windbüchsen — Unfug und Auslauf auf den Straßen zu Braunschweig.

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 17. Decbr. 1817, (Br. Anz. v. 1817. Nro. 100.) welche seitdem häufig in Erinnerung gebracht ist.

### Schießen in den Gärten vor Braunschweig.

S. Schießen in dem Umkreise von Braunschweig.

### Schießen in dem Umkreise von Braunschweig.

Auf höchsten Befehl ist bekannt gemacht, daß derjenige, welcher keine Concession zum Schießen erhalten, und fernere Contraventionen sich in Zukunft wird zu Schulden kommen lassen, mit 20 Thaler Strafe belegt werden soll, wobei von Polizei-Departements wegen die Versicherung gegeben ist, daß dem Denuncianten (solcher Contraventionen) mit Verschweigung seines Namens der dritte Theil der eingehenden Strafe ausgezahlt werden solle. Verordnung des Polizei-Departements zu Braunschweig vom 28. Decbr. 1768.

Da nun ferner bemerkt worden, daß auch die ertheilten Concessionen, nach Vögeln zu schießen, überschritten sind, und öfters gar mit Kugeln geschossen worden, die Interessenten der Jagd sich auch über verschiedene ihnen dadurch wiederfahrne Beeinträchtigungen beschwert haben, so ist das Schießen vor den Thoren und auf den Gärten in Gefolge der dieserhalb bereits ergangenen höchsten Verordnungen gänzlich bei edictmäßiger Strafe verboten, und alle und jede (von dem fürstl. Polizei-Departement) dazu ertheilten Concessionen sind für erloschen erklärt. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 23. August 1784. \*) (Br. Anz. v. 1784. Nro. 67.)

Das obige Verbot ist erneuert durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 5. August 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 61.)

Es ist nochmals wiederholt und dem Contravenienten gedrohet, daß er für den verursachten Schaden stehen müsse. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig vom 25. März 1791. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 28.)

Das Schießen auf den Gärten und auf den zwischen den Gärten hindurchziehenden Wegen ist nochmals bei 20 Thlr. Strafe verboten, auch sind die Pächter der vor der Stadt angränzenden Jagd-Reviere erinnert, daß sie ihre Domestiken und Andere, welche sie auf die Jagd schicken, dahin instruiren, daß selbige zwischen den Gärten sich allen Schießens enthalten müssen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 19. April 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 33.)

Das Verbot ist wiederholt und zugleich das Plagen mit Kanonenschlägen bei 20 Thlr. Strafe, wovon dem Denuncianten der dritte Theil zugesichert ist, verboten. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 27. Juli 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 60.)

Obige Verbote sind wiederholt und dem Denuncianten ist der dritte Theil der beigetriebenen 20 Thlr. Strafe nochmals zugesichert. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschw. v. 25. April 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 33.)

\*) Es sind zwar zwischen den beiden obigen Verordnungen noch mehrere andere Verbote dieserhalb ergangen, insbesondere unterm 24. Juli 1782 (Br. Anz. v. 1782. Nro. 63.), indeß enthalten dieselben nichts weiter, als eine Wiederholung der ersten.

S. auch: Windbüchsen — Unfug und Auflauf auf den Straßen in Braunschweig — Freischießen in Braunschweig.

cf. Bekanntm. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 17. Decbr. 1817 (Br. Anz. v. 1817. Nro. 100.), welche nachher fast alljährlich erneuert ist. — Desgl. v. 18. März 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 24.)

### Schießgewehr.

S. Gewehr — Schießen.

### Schießhütte.

S. Luderstätten und Schießhütten.

### Schießpulver = Handel zu Braunschweig.

Niemand, der mit Schießpulver zu handeln berechtigt ist, soll davon mehr als ein Pfund im Laden haben, aller übrige Vorrath soll an einem dazu auf dem Walle besonders anzuweisenden Orte unentgeltlich aufbewahrt werden. Wie denn auch von der Garnison das Exercier-Pulver, Munition und Feuerwerkerei oder dazu gehörige Ingredienzien, Raketen, Granaten, Schwärmer u. in den Quartieren keinesweges aufbewahrt werden dürfen. Feuer-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 7. Septbr. 1780. Cap. I. §. 31.

cf. Bekanntmach. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 7. Mai 1817 \*) (Br. Anz. v. 1817. Nro. 37.), welche nachher mehrmals erneuert ist.

### Schießpulver = Niederlage zu Braunschweig.

Auf landesf. Befehl ist bekannt gemacht, daß das eingehende Schießpulver in der öffentlichen Niederlage nur von den mit dem Handel mit Schießpulver berechtigten Kaufleuten zu Braunschweig lediglich in dem Falle, wenn dasselbe ihnen eigenthümlich zusteht und für ihre Rechnung zum eignen Handel eingeht, angenommen, dagegen der Gebrauch der öffentlichen Niederlage für das Schießpulver behuf des Spediti- ons- und Commissions-Handels, des Handels der auswärtigen Kaufleute in den Messen, oder eines jeden andern Handels, durch welchen der vorhin bestimmte Gebrauch eludirt werden könnte, gänzlich untersagt sein solle. Dabei ist bestimmt:

- 1) Die Niederlage für das Schießpulver ist bis zu weiterer Verfügung in den bedeckten Weg zwischen dem Fallersleber- und Wendenthore verlegt.
- 2) Sie bleibt der Aufsicht des Packhofes ferner unterworfen, jedoch wird alle Responsabilität in der Aufbewahrung des Schießpulvers und des dasselbe treffenden Verlusts, wie auch der Fall beschaffen sein mag, versagt.
- 3) Alle beim Eingange des Schießpulvers auszustellenden Declarationscheine sind nur vom eigenthümlich zustehenden Schießpulver zu verstehen, wenn gleich diese Dualität desselben in den Scheinen nicht angegeben sein sollte.
- 4) Jeder, der sich der Niederlage in der gestatteten Maaße bedienen will, soll vor der Annahme und Niederlegung des Schießpulvers sein Eigenthum an demselben durch Vorzeigung der Originalfactura oder des Advis-Briefs bei dem Administrator der Niederlage bescheinigen, widrigen Falls der Fuhrmann mit der ganzen Ladung auf Gefahr desjenigen, der Schießpulver hat niederlegen wollen, zurückgewiesen wird. Auf Verlangen muß derselbe sein Eigenthum eidlich erhärten. Die falsche Angabe oder die Bedienung

\*) Hiernach ist den Kaufleuten erlaubt, zehn Pfund Pulver in ihren Häusern zu haben, jedoch müssen sie dasselbe in blechernen, etwa 1 Pfd. haltenden Büchsen auf den Böden aufbewahren.

eines elusorischen Handels soll für den ersten Fall mit einem Thaler für jedes Pfund und in Wiederholungsfällen mit dem Duplo der für den zunächst vorangegangenen Fall erlegten Strafe, nach Abzug des dritten Theils für den Denuncianten, ad pias causas belegt werden.

5) Die Zoll- und Acciseabgaben für das in der Niederlage niederzulegende Pulver betragen ohne Rücksicht, ob dasselbe zum Handel in der Stadt oder außer der Stadt gebraucht wird, à Centner 12 Ggr., jedoch wird für den Gebrauch der Niederlage kein Lagergeld bezahlt.

6) Das aus oder nach der Niederlage zu fahrende oder zu tragende Schießpulver muß unter Begleitung eines militärischen Posten auf dem vom Administrator der Niederlage oder dem Einnehmer am Fallerleberthore oder am Eingangsthore zu bestimmenden Wege transportirt werden, und ist übrigens noch festgesetzt:

- a) Der Fuhrmann, der die Ladung beim Eingange oder Durchgange nicht angiebt, soll mit einer Strafe von 20 Thlr. ad pias causas nach Abzug des Denuncianten-Theils belegt werden.
- b) Von dem Fuhrmanne ist das Schießpulver bei 2 Thlr. und dem Befinden nach noch härterer Strafe gleich nach der Ankunft bei der Niederlage vor derselben auf Gefahr desjenigen, für welchen es eingeht, abzusetzen, bis es vom Administrator in die Niederlage aufgenommen werden kann.
- c) Das aus der Niederlage zur Versendung ausgelieferte Pulver wird, wenn das zur Verladung bestimmte Fuhrwerk bei der Auslieferung noch nicht eingetroffen ist, auf Gefahr des Versenders bis zur Ankunft des Fuhrmanns vor die Niederlage gesetzt und hat der Fuhrmann sich demnächst bei dem Einnehmer am Fallerleberthore zu melden.
- d) Soll das aus der Niederlage zu versendende Pulver vor einem andern Thore geladen werden, so ist dasselbe auf dem vom Administrator der Niederlage oder dem Einnehmer am Fallerleberthore, woselbst das Fuhrwerk sich zu melden hat, zu bezeichnenden Wege unter Begleitung eines militärischen Posten nach dem zur Ausladung bestimmten Thore zu bringen und an dem, von dem Einnehmer zu bestimmenden Orte bis zur Ankunft des Wagens abzusetzen, von dem Versender aber die Gefahr des abgesetzten Schießpulvers zu tragen, und überhin bei 2 Thlr. Strafe und dem Erfasse des Schadens ein Wächter bei dem abgesetzten Schießpulver bis zu dessen Ausladung anzustellen.
- e) Der Empfänger und Versender hat die nöthige Hülfe zu stellen, um das Schießpulver in die Niederlage oder aus derselben zu bringen.
- f) Wenn der Fuhrmann neben dem zur Durchfuhr bestimmten Schießpulver andere in der Stadt abzugebende Güter geladen hat, so hat derselbe die ganze Ladung auf dem, von dem Eingangsthore zu bezeichnenden Wege, unter Begleitung eines militärischen Posten, nach dem bedeckten Wege zwischen dem Fallerleber- und Wendenthore zu fahren, sich sofort bei 2 Thlr. Strafe und dem Befinden nach härterer Strafe bei dem Einnehmer des Fallerleberthors zu melden, das Schießpulver vor der Niederlage abzusetzen und, wenn er die übrigen Güter abgegeben, nach vorgängiger Meldung beim Administrator der Niederlage oder beim Einnehmer am Fallerleberthore wieder aufzuladen und auf dem, von dem Administrator oder dem Einnehmer am Fallerleberthore zu bezeichnenden Wege aus der Stadt zu fahren, übrigens sich wegen Aufnahme des Schießpulvers in die Niederlage und dessen Zurückgabe bei dem Administrator zu melden, jedoch die Gefahr des abgesetzten oder angenommenen Schießpulvers zu tragen.

7) Die Untersuchung und Bestrafung der Contravenienten ist dem fürstl. Accisegerichte beigelegt.

8) Vom Administrator der Niederlage wird das Schießpulver der Regel nach nur Vormittags um 8 und 11 Uhr und Nachmittags um 4 Uhr angenommen und ausgeliefert, wenn er in Zeiten von der Annahme und Ablieferung benachrichtigt ist.

9) Binnen den nächsten 30 Tagen a dato dieser Bekanntmachung soll das auswärtigen Kaufleuten eigenthümlich zustehende Schießpulver gegen den Durchzoll unter dem Vorbehalte angenommen werden, daß in dem Declarationscheine der Eigenthümer benannt, auch Advis-Briefe vorgezeigt werden und es

im Uebrigen bei den vorhin getroffenen Verfügungen verbleibe. Sollte jedoch von Kaufleuten binnen dieser Frist noch Schießpulver abgesendet sein, ob sie gleich von der getroffenen Einrichtung unterrichtet gewesen, so soll dasselbe nicht angenommen, sondern zurückgewiesen werden. Bekanntmachung des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directoriums v. 26. Octbr. 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 85.)

cf. Bekanntmachung des herzogl. Cammer-Collegii v. 22. Mai 1817. (Br. Anz. v. 1817. Nro. 42.)

### Schiffahrt auf der Oker und Schunter.

In den beiden Städten Braunschweig und Wolfenbüttel soll einem oder zweien Einwohnern allein oder gemeinschaftlich ein Schiff auf der Oker zu halten, und damit ihre eigenen Sachen zu fahren frei gelassen, den Einwohnern und Bürgern der Stadt Königsutter aber auf der Schunter Frachtschiffe anzulegen die völlige Freiheit gestattet sein, jedoch mit dem Bedinge, daß bei solchen Frachtschiffen niemand in der Fracht überseht wird, widrigen Falls die Erlaubniß zurückgenommen und eingezogen werden soll. Diejenigen, welche auf vorbeschriebene Art sich der Schiffahrt bedienen, sollen an keinem andern Orte, als bei den etablirten Schiff-Expeditionen in Braunschweig und Wolfenbüttel anlanden, daselbst ihre Ladung melden, und von den zollbaren Sachen den verordneten Zoll entrichten, welches denn auf gleiche Weise mit den auf der Schunter ankommenden Schiffen bei dem Fallerleberthore also gehalten werden soll. Landesf. Verordn. v. 5. Novbr. 1748. (Br. Anz. v. 1748. Nro. 101.)

### Schiffe, Rähne und Flöße auf der Oker in Braunschweig.

Auf landesf. Befehl ist allen hiesigen Einwohnern, welche Schiffe, Rähne und Flößen auf der Oker halten, ohne Ausnahme anbefohlen, daß solche zur allgemeinen Sicherheit und zur Verhütung, daß sie von Andern gemißbraucht werden, angeschlossen gehalten, und an niemanden zum unerlaubten Gebrauche verabfolgt, auch von jedem Eigenthümer dahingesehen werden solle, daß auch von seinen Leuten dem nicht zuwider gehandelt werde. Gegen die Uebertreter soll auf das Nachdrücklichste verfahren werden. Verordn. des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 19. August 1772. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 68.)

In Gemäßheit der vorstehenden Verordnung ist das Schiffe in der Nähe und unter den Fenstern des Werkhauses bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe, so wie aller Mißbrauch der Rähne, Schiffe und Flößen ernstlich verboten und nochmals bekannt gemacht, daß auch die Eigenthümer derselben wegen des damit getriebenen Unfugs für ihre Nachlässigkeit den Umständen nach bestraft werden sollen. Avertissement des fürstl. Polizei-Depart. zu Braunschweig v. 10. August 1785. (Br. Anz. v. 1785. Nro. 66.)

Diese Verordnung ist nochmals erneuert, und haben die Uebertreter zu gewärtigen, daß auf das Nachdrücklichste gegen sie verfahren werden wird; auch ist allen denjenigen, deren Gewerbe es nicht mit sich bringt, Schiffe und Rähne auf der Oker zu halten, die Haltung derselben gänzlich verboten. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 22. April 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 34.)

cf. Bekanntm. herzogl. Polizei-Direction v. 7. März 1827. (Br. Anz. v. 1827. Nro. 20.)

### Schildwache, Beleidigung derselben. \*)

S. Gesetz v. 23. Febr. 1837, die gegen die öffentliche Ruhe gerichteten Vergehen betr., §. 1. — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel u. betr., I. Art. 16 sqq. p. 233.

\*) Nach dem landesf. Rescr. an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 24. Novbr. 1795 sollten Beleidigungen gegen Schildwachen von einem aus Militair-Personen und Magistrats-Mitgliedern zusammengesetzten Gerichte gemeinschaftlich untersucht und bestraft werden, weil Schildwachen, welche auf ihren Posten insultirt würden, oft die Grenzen ihrer Befugniß überschritten.



### Schlachtwesen in Braunschweig.

Auf landesf. Befehl ist dieserhalb verordnet, daß 1) die hiesigen Knochenhauer pflichtmäßig dahin sehen sollen, daß so vieles Schlacht-Vieh anher geschafft und geschlachtet werde, als zu Abwendung eines Fleischmangels jeder Zeit erforderlich ist; daß ferner zur Erhaltung einer guten Ordnung im Schlachten,

2) wenn von den Liedten, welche jezt noch beschlachtet werden, ein Liedt drei Monate unbeschlachtet gelassen wird, dasselbe dem Polizeiwesen zur freien Disposition dermaßen verfallen solle, daß es ad hastam zum Verkaufe, oder in Ermangelung eines Käufers zur Vermietung gebracht und, Falls keine Schulden darauf haften, das licitirte Pretium dem Eigenthümer abgeliefert, wenn aber Schulden darauf haften, solche damit, so weit als das Licitatum zureicht, abgeführt werden;

3) an jedem Scharrentage alle Liedte in jedem Scharren, und zwar jedes Liedt wöchentlich mit einem halben Ochsen und einem Stück kleinen Viehes, jedoch die Lämmer nicht mit gerechnet, bei Strafe von 3 Mfl. für jedes zu wenig geschlachtete Stück, beschlachtet werden sollen;

4) derjenige, welcher in jeder Woche Rindvieh schlachtet, sein Liedt wenigstens mit drei Stück kleinen Viehes, von welchen zwei Stück auf ein nicht unter hundert Pfund wiegendes Schwein zu rechnen, beschlachten solle;

5) außer den ordentlichen Scharrentagen in jedem Scharren täglich zwei Liedte, allenfalls eines des Nachmittags, und zwar jedes Liedt bei obiger Strafe, mit vorhin gedachtem Quantum, nicht darunter, wohl aber nach freiem Willen darüber, mit allerhand frischem Fleische der Reihe nach zu schlachten;

6) jeder Knochenhauer keinesweges, und bei Vermeidung von 3 Mfl. Strafe für jeden Fall, so viele Pfunde Fleisch als der Käufer haben will, abzuhaueu und abzuschneiden sich entlegen, und eben so wenig herausnehmen soll, dem Käufer mehrere Pfunde Fleisch oder gar Beilagen aufzubringen, oder demselben im Gegenfalle wohl gar das verlangte Fleisch deswegen zu versagen, und

7) sämtliche Knochenhauer das an jedem Tage zum Scharren geschlachtete Fleisch auf einmal, und nicht nach und nach in den Scharren bringen sollen. Sollten die Knochenhauer nun diesem Allen wider besser Hoffen und ihrem eigenen Besten zuwider nicht geüben, so haben sich dieselben allein beizumessen, wenn zu Verhütung eines größern Nachtheils des Publicums alsdann zur Ansehung einer hinlänglichen Anzahl Freischlächter in jedem Stadt-Districte ohne weitem Verzug geschritten werden wird. Auf landesf. Befehl bekannt gemachte Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 26. Juni 1761. (Br. Anz. v. 1761. Nro. 61.)

### Schlägerei.

Wenn jemand einen schlägt, daß der Beschädigte des Arztes benöthigt, oder zu Bette liegen muß, so soll der Thäter, im Falle ihm Beschädigter nicht zu große Ursache gegeben, in 20 Fl. Blutrünst verfallen sein, auch den Arzt-Lohn und dem Verwundeten seine Versäumnis und den darüber erlittenen Schaden erstatten. Es sollen auch alle diejenigen, in deren Hause Schlägerei und Unwillen entsteht, den Thäter und Anfänger ohne Versäumnis und Ansehen der Person der Obrigkeit anmelden, bei willkürlicher Strafe. Allgem. Landes-Ordn. Art. 77.

Wenn etliche sich mit Fäusten schlagen, daß es nicht blutet oder Beulen giebt, so soll der, so zu schlagen angefangen und dazu Ursache gegeben hat, mit 5 Fl. gestraft, dem andern aber, so zum Schlagen genöthigt worden, bei der Hälfte es gelassen werden. Allgem. Landes-Ordn. Art. 78.

S. auch: Injurien — Gewalt, offene — Bergwerke, Bänkereien und Schlägereien auf denselben — Burg- und Hausfrieden.

## Schlägerei auf den Messen.

S. Messen, Real- und Verbal-Injurien auf denselben.

## Schlägerei auf den Wochenmärkten in Braunschweig.

S. Wochenmärkte in Braunschweig.

## Schlagtauben.

S. Tauben.

## Schlammkästen.

S. Okerkanäle und Gräben in Braunschweig; Gräben-Ordnung v. 20. Febr. 1759. §. 6.

## Schleusen an der Oker.

Bei sich ereignenden Fluthen des Okerstromes soll niemand die Schützen an den Schleusen und Freifluthen eigenmächtiger und gewaltthätiger Weise öffnen, indem bereits dadurch den unterhalb belegenen Grundstücken ein nicht unbeträchtlicher Schaden zugefügt worden. Da die Anordnung des Aufziehens oder Zusehens der Schützen an den Schleusen, Mühlen und Freifluthen zu Braunschweig, Eisenbüttel und Delper, so zur Vorbeugung der Fluthen, als wegen vorfallender Wasserbauten, dem Cammer- und Kloster-Rathe Krabe übertragen, wegen der Schützen an den Schleusen, Mühlen und Freifluthen in und um Wolfenbüttel und auf der Fährmühle aber ein ähnlicher Auftrag dem Polizei-Director zu Wolfenbüttel, Drossen von Rodenberg, geworden, so haben diejenigen, welche bei Ziehung der Schützen ein Interesse haben, bei vorseiender Fluth des Okerstromes unmittelbar dem dazu angeordneten speciellen Director Anzeige zu machen und solches nicht von den über die Ziehung der Schützen angeordneten Müllern u. s. w. zu verlangen, und ist jedes eigenmächtige, widerrechtliche Verfahren bei Vermeidung harter Ahndung und Strafe, auch Ersehung des sämmtlichen dadurch veranlaßten Schadens untersagt. Bekanntm. des fürstl. Ministerii v. 29. Novbr. 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 81.)

## Schlingenlegen nach Hasen.

S. Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §. 146, wodurch die ältern Strafbestimmungen \*) aufgehoben sind.

## Schlittenfahren in Braunschweig.

Zu Abwendung der sonst zu befürchtenden Unglücksfälle soll niemand in Braunschweig bei 5 Thlr. Strafe ohne Schellen im Schlitten fahren. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 21. Januar 1783 und 5. Januar 1784. (Br. Anz. von 1783. Nro. 8. und von 1784. Nro. 2.)

cf. Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig vom 20. Januar 1823. (Br. Anz. v. 1823. Nro. 7.) — Desgl. v. 14. Januar 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 5.) — welche nachher zu wiederholten Malen in Erinnerung gebracht sind.

Schlosser-

\*) Die landesf. Verordn. v. 28. April 1697 bedrohte das Schlingenlegen nach Hasen mit einer Selbststrafe von 10 Thlr., im Fürstenthume Blankenburg und Stiftsamte Balkenried war dasselbe durch die landesf. Forst-Resolution vom 7. Septbr. 1774 bei nachdrücklicher Geld- oder Peitschstrafe untersagt, gegen den Uebertreter des Verbots sollte inquisition verfahren werden.

## Schlosserarbeit, Anschläge derselben in Braunschweig.

Alles Anschläge der Schlosserarbeit ist der Tischler-, Glaser- und Zimmer-Gilde bei 5 Thlr. Strafe wiederholt verboten, und sollen auch diejenigen Einwohner, welche dergleichen Eingriffe in die Schlosser-Profession durch deren Gestattung befördern, den Umständen nach gleichfalls bestraft werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 17. Mai 1784 und v. 1. Juni 1803. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 41 und v. 1803. Nro. 47.)

cf. Rescr. herzogl. Cammer-Collegii v. 11. März 1829. (Bege II. p. 120.)

## Schloßgarten in Braunschweig.

Diejenigen, welche Hecken, Bäume oder Blumen im Schloßgarten beschädigen, auch die Bänke und Pavillons beschmierern und beschreiben, sollen dieses Unfugs wegen, wenn sie dabei ertappt werden, von den Aufsehern, Gassen- und Bettelvoigten sogleich arretirt und gehörigen Orts zur Bestrafung abgeliefert werden. Demjenigen, der einen dergleichen Unfug treibenden Thäter mit Gewißheit der Gestalt anzeigen wird, daß derselbe zur Ueberführung gebracht werden kann, sollen 5 Thlr. zur Belohnung gereicht werden. Auf höchsten Specialbefehl erlassenes Avertissement des fürstl. Hofmarschall-Amtes v. 19. Juni 1787.

## Schluß zum Erkenntniß.

Wenn die Parteien nicht schließen, so soll die Sache ex officio für beschloffen angenommen werden. Hofger. Ordn. Tit. LXIII. §. Wenn aber einiger u.

Der Schluß in der Sache kann nicht anders rescindirt werden, als wenn es aus rechtmäßigen, gegründeten Ursachen gebeten wird und der Impetrant eidlich betheuert, daß er dieses nicht gefährlicher oder verzüglicher Weise begehre, sondern erst nach dem Beschlusse solches erfahren und vorhin kein Wissen davon gehabt habe; alsdann soll der Gegentheil mit seiner Einrede dagegen gehört werden. Ebendas. §. Doch wenn einen u.

Befundener Nothdurft nach kann der Schluß auch ex officio rescindirt werden. Ebendas. §. Es mögen auch u.

Wenn das Gericht befindet, daß das factum noch nicht völlig klar gemacht ist, so hat dasselbe von Amtswegen durch dienliche Vernehmung der Parteien alle zur Entscheidung der Sache erforderlichen Umstände zu erforschen und ad acta zu bringen. Braunschw. Untergerichts-Ordnung v. 2. Febr. 1764. Cap. VI. §. 6.

## Schmiede.

S. Handwerker, Geräusch machende — Häuser-Ankauf in Braunschweig — Credit auf Eisen.

## Schmiedezins.

Die in dem landesf. Rescripte v. 14. August 1745 \*) wegen des von den Schmieden auf dem Lande zu gebenden Schmiedezinses angeführte ratio ist generalis und geht auf alle Privat-Schmieden auf dem Lande. Landesf. Rescript an fürstl. Cammer zu Braunschweig v. 10. April 1753.

Alle Schmiede auf dem Lande müssen an fürstl. Cammer einen Schmiedezins entrichten, und ist

\*) Dieses auf das Gesuch der Hufschmiede- und Schlosser-Gilde zu Bittelde ergangene Rescript an das Amt Staufenburg war mit dem nachfolgenden an fürstl. Hofgericht v. 14. März 1755 gleichlautend, jedoch enthielt dasselbe außer dem noch die Bestimmung, daß die Schlosser und Kleinschmiede mit Abforderung des Schmiedezinses gänzlich verschont werden sollten.

demohngeachtet an fürstl. Kriegscasse die Nahrungs-Contribution zu entrichten. Es ist dieses, ob und quo modo Handwerker auf dem Lande zu dulden sind, eine bloße Polizeisache, worüber es in foro justitiae keines Erkenntnisses bedarf. Landesf. Rescript an fürstl. Hofgericht zu Wolfenbüttel v. 14. März 1755 in Sachen der Schmiede im Amte Harzburg gegen fürstl. Cammer.

cf. Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 14. — Rescript herzogl. Cammer-Collegii v. 17. April 1827. (Bege I. p. 42.) — Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 3. Nro. 2.

### Schornsteine.

Zur Verhütung der Feuersgefahr sollen auf dem Lande die hölzernen Rauchfänge abgeschafft und dafür feuerfeste gemauerte Schornsteine eingeführt werden. Landesf. Verordn. v. 8. Octbr. 1744. \*)

Die Beamten und Gerichts-Obrikeiten sollen die Gemeinden bei 20 Thlr. Strafe dahin anweisen und darüber halten, daß dieselben bei Erbauung neuer Hirten-, Schäfer-, Schul- und Wittwen- auch anderer Gemeinde-Häuser feuerfest bauen und tüchtig gemauerte Schornsteine aufführen. Landesfürstliche Verordnung v. 23. August 1745.

S. auch: Mauermeister.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 7. Nro. 3 und §. 30.

### Schornsteine in Braunschweig.

Die Schornsteine und Kamine sollen durchgehends gemauert, zwei bis drei Fuß aus dem Dache zur Faust hinausgeführt, die Röhren, damit der Schornsteinfeger allenthalben durchkommen und der Ruß sich nicht so leicht erhitzen und anzünden kann, anderthalb Fuß im Lichten weit, auch nahe an der Enge des Rauchfangs, wo die Hitze die größte Gewalt hat, von Balken und allem Holzwerke genugsam entfernt sein, lehmene, gezaunte und hölzerne Schornsteine aber gar nicht weiter gelitten, sondern eingeschlagen, keine Balken und kein anderes Holzwerk darin angebracht und, wenn die Schornsteine nahe an des Nachbarn höherem Giebel ausgehen, solche so hoch ausgeführt und an der Giebelseite der Gestalt befriedigt werden, daß des Nachbarns Haus davon keinen Schaden zu befürchten hat. Uebrigens werden auch die Statt ordentlicher Schornsteine in die nahe stehenden Schornsteine führenden gemauerten engen Röhren, welche nicht gehörig gereinigt werden können und daher sehr feuergefährlich sind, gänzlich verboten. Feuer-Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 7. Septbr. 1780. Cap. I. §. 3. \*\*)

Falls der Schornsteinfeger bei der Reinigung der Schornsteine nicht feuerfeste oder feuergefährliche Stellen antrifft, so soll er solches bei scharfer Ahndung dem Districts-Commissarius sofort anzeigen. Ebendas. §. 20.

Obgleich in dem §. 3 der erlassenen Feuer-Ordn. v. 7. Septbr. 1780 alle lehmene Schornsteine verboten sind, und keine andere als solche, die von Barnsteinen aufgeführt, gelitten werden sollen, so hat man dennoch bemerken müssen, daß manche von den hiesigen Einwohnern, und unter diesen selbst Werkverstan-

\*) Diese Verordnung bezog sich besonders auf neue Neubauten und bestimmte, daß nur diejenigen, welche einen feuerfesten, mit steinernen Bogen und Pfeilern verwahrten Schornstein aufführten, die gewöhnlichen Bau-Begnadigungen erhalten sollten.

\*\*) Für Wolfenbüttel, dessen Vorstädte und Bezirk war bereits unterm 19. Juni 1588 eine landesf. Verordnung dahin ergangen, daß bei Strafe von zehn Julius-Friedrichstädtischen Marken, als zwanzig Rheinischen Goldfl., alle und jede, welche hölzerne Schornsteine in ihren Häusern hätten, dieselben von Stunde an abbrehen und an deren Statt steinerne Schornsteine binnen einer bestimmten Frist aufmauern, diejenigen aber, welche allbereits steinerne Schornsteine hätten, bei Vermeidung einer gleichen Pön dieselben höher und aus den Dächern aufmauern und ausführen lassen sollten.

dige, der irrigen Meinung gewesen sind, als ob unter den lehmnen Schornsteinen nur solche, die geäunt sind, zu verstehen, und daß solche, die ganz von getrockneten Lehmsteinen gemacht, nicht unter dem Verbote begriffen wären. Da in der angeführten höchsten Verordnung aber alle und jede lehmene Schornsteine, mithin auch die von Lehmsteinen gemachten, verboten sind, als ist solches und daß keine andere, als von Barnsteinen ganz verfertigte gelitten werden sollen, zur genauen Befolgung bekannt gemacht. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 21. Novbr. 1792. (Br. Anz. v. 1792. Nro. 95.)

S. auch: Feuerstätten, Anlegung und Abänderung derselben in Braunschweig — Feuergefähr, Anwendung derselben in Braunschweig.

### Schornsteinfegen.

Die Schornsteinfeger sollen die Schornsteine alle Mal rein und sauber ausfegen oder, wenn daraus Gefahr oder Schaden entsteht oder sie darüber betreten würden, nach Gelegenheit mit Gefängniß oder sonst bestraft werden. Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1645. Tit. 67. §. 2.

Die Schornsteine sollen alle Vierteljahre und des Winters alle acht Wochen bei 10 Thlr. Strafe gefegt werden. Landesf. Rescript v. 7. Januar 1670.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §§. 35 und 37.

### Schornsteinfeger = Lohn.

Ein Schornsteinfeger soll hinfüro einem Jeden, der ihn dazu begehren wird, unweigerlich dienen; zum Lohne für das Einsteigen in den Schornstein und so hoch sich derselbe in der Wanderung oder Consignation, darin der Schornstein anfängt, erstreckt, 2 Mgr. 2 Pf. und von jeder Wanderung, wodurch der Schornstein geht, ehe er in das Sparrwerk oder Dach kömmt, gleichfalls 2 Mgr. 2 Pf. erhalten und soll das Uebrige in und außer dem Dache gleichfalls als eine Wanderung bezahlt, darüber aber nichts mehr gegeben werden. Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1645. Tit. 67. §. 1.

Sollte aber an einem oder anderm Orte ein geringerer Lohn hergebracht sein, so wird es dabei billig gelassen. Ebendaf. §. 3.

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 38.

### Schreibtage.

S. Forst- und Schreibtage.

### Schreien auf den Straßen.

S. Unfug und Auslauf auf den Straßen in Braunschweig.

### Schriften, gerichtliche.

S. Producte, gerichtliche.

### Schriftsassen.

So wie die von Adel, welche vollkommene Ober- und Untergerichte haben, ihre Bedienten und Afschaffern, wenn sie in den Aemtern delinquiren, auf geschene Requisition vor den Landgerichten, bei welchen jeder Zeit ein fürstl. Commissarius präsidiert, willig stellen und der zu erkennenden Strafe unterwerfen; also sollen auch die Schriftsassen schuldig sein, ihre Domestiken auf die von den Beamten ihnen zukommende Notification in solchen Fällen, welche sonst vor das Landgericht gehören und allda untersucht, auch bestraft zu werden pflegen, jedes Mal vor solchen Gerichten zu sistiren und allda Recht nehmen zu lassen. Wenn auch die Schriftsassen selbst vor ihren Wiesen, Aedern und Gärten nicht zäunen lassen und dadurch

den Nachbarn Schaden zuziehen, imgleichen wenn sie in Begeesserungs- und andern Niesesachen ihrer Schuldigkeit sich entziehen, so soll den Gemeinden frei stehen, ihnen die Emolumente, die sie aus den gemeinen Theilungen genießen, so lange vorzuenthalten, bis sie, was ihnen obliegt, prästirt. Da sie aber mit Zäunen, Wasserleitungen oder schädlichen Gräben ihren Nachbarn Schaden zufügen, sind diese, wenn sie es vorher den Beamten angemeldet, befugt, solche Neuerungen durch Wegreißung der Zäune, Zuwerfung der Gräben und Abhaltung des Wassers sofort eigenmächtig wieder abzustellen. Landesf. Verordnung v. 5. August 1720.

S. auch: Privilegia.

### Schüler, nach der Academie abgehende.

Aus den Schulen hiesiger Lande sollen keine dem studio theologico sich widmende junge Leute nach Academien gelassen werden, bevor sie nicht das Lateinische vollkommen und von dem Griechischen so viel, daß sie das neue Testament ziemlich exponiren und das Hebräische wenigstens so weit, daß sie solches lesen können, begriffen haben. Landesf. Rescr. an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 5. Febr. 1752. und darauf erfolgtes Consistorial-Ausschreiben v. 16. Febr. 1752.

cf. Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 52. — Verordn. v. 21. Octbr. 1823, die Prüfung der Studirenden, insbesondere der Theologen betr. — Bekanntmachung des herzogl. Consistorii v. 29. Novbr. 1834. (Br. Anz. v. 1834. Nro. 279.)

### Schul-Absenten.

S. Schul-Versäumniß.

### Schulberichte.

Damit die Superintendenten und weltlichen Visitatoren von der Verfassung und dem Zustande der Schulen in ihrer Inspection von Zeit zu Zeit zuverlässige Nachricht bekommen, so sollen die Prediger einer jeden Inspection denselben alle Quartale einen gewissenhaften Bericht von ihren Schulen einschicken und in demselben melden, was für Mängel sie in denselben bis dahin entdeckt, ob dieselben abgestellt worden oder was der Abstellung im Wege stehe, von der Anzahl der Kinder ihrer Schule Nachricht geben, ihre Gedanken über das, was ihnen bei derselben bedenklich scheint, eröffnen und zuletzt überhaupt anzeigen, ob der Schulmeister nach der ihm ertheilten Vorschrift unterrichte, worin es ihm insonderheit fehle, ob die Kinder zunehmen und wie viele Kinder überhaupt an dem Ende des Quartals die Buchstaben und das Buchstabiren, wie viele lesen und wie viele den Katechismus, das Rechnen und Schreiben lernen. Beide Visitatoren haben darüber mit einander das Nöthige zu verabreden. Sollte über Vermuthen der weltliche Visitator den geistlichen über 14 Tage damit aufhalten, so procedirt der geistliche allein, meldet aber, bei Vermeidung schwerer Verantwortung, den Verzug dem fürstl. Consistorio zur gebührenden Ahndung. Schul-Ordnung v. 22. Septbr. 1753. §. 37.

S. auch: Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben.

### Schulbesuch.

S. Schulen.

### Schulbücher.

Die in dem großen Waisenhause zu Braunschweig gedruckten Schulbücher sind im ganzen Lande eingeführt. An jedwedem Orte hiesiger Lande soll nach Beschaffenheit und Größe der Schulen eine gewisse Anzahl von diesen Schulbüchern angeschafft, der Vorschuß dazu von den Armen-Anstalten genommen und aus solchen den Kindern armer Leute gedachte Bücher, so wie sie deren bedürfen, umsonst gereicht,

denen aber, welche solche zu bezahlen vermögend, gegen den gesetzten Preis verabsolgt und den Armen-Anstalten berechnet werden. Die sämmtlichen General- und Special-Superintendenten sollen durch die Prediger ihrer Inspection jedes Orts den Schulmeistern nach der deshalb erteilten Vorschrift die nöthige Anweisung zu einer guten Lehrart geben und die Einrichtung machen lassen, daß die Schulen in gewisse Classen oder, wo solches nicht thunlich, doch in gewisse Bänke nach der Fähigkeit der Kinder eingetheilt, selbige nach diesem gemachten Unterschiede darauf besonders informirt und die Schulen von den Predigern jedes Orts wenigstens alle Woche ein Mal visitirt werden. Landesfürstl. Verordnung v. 18. Mai 1752. (Br. Anz. v. 1752. Nro. 67.)

S. auch: Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben.

### Schuldiener.

Bei der Präsentation eines Opfermannes oder Schulmeisters soll ein glaubhaftes Zeugniß seines wohlgeführten Lebenswandels sowohl von der Obrigkeit, unter deren Gerichtsbarkeit der Ort, wohin er bestellt werden soll, gelegen, als auch, wo der Präsentirte sich aufgehalten, jedes Mal mit beigefügt werden, widrigen Falls der Candidat nicht angenommen, sondern bis zur Beibringung solchen Testimonii abgewiesen werden soll. Consistor. Aussch. v. 24. Septbr. 1721.

Es soll kein Schulmeister geduldet werden, der nicht vom fürstl. Consistorio beeidigt worden. Fürstl. Consistorial-Rescript an die General-Superintendenten v. 26. Juni 1732.

Die Schulmeister und Opferleute, welche von einem Orte zum andern versetzt werden, sollen von Neuem geprüft werden. Landesf. Rescript an das Consistorium v. 19. Febr. 1754.

Die Schulmeisterstellen sollen aus dem in Wolfenbüttel errichteten Seminare besetzt werden. Landesf. Rescript an fürstl. Consistorium zu Wolfenbüttel v. 7. Octbr. 1755 und 24. Octbr. 1776.

Die im Fürstenthume Blankenburg vacant werdenden Schuldienste sollen durch Blankenburgische Schüler und Choristen besetzt werden. Landesf. Rescript an das fürstl. Consistorium zu Blankenburg v. 12. Januar 1757.

Kein Translocations-Gesuch eines Opfermannes und Schulmeisters soll angenommen werden ohne beigefügtes Attestat des Predigers und Superintendenten wegen seines Wandels und seiner Geschicklichkeit. Rescript fürstl. Consist. v. 22. März 1766.

Alle diejenigen, die sich zu Schulmeistern auf dem Lande melden und um ihre Beförderung ansuchen, sollen nicht eher zu dem gewöhnlichen Examen gelassen werden, sie haben denn zuvor die für dergleichen Candidaten besonders entworfene Instruction gelesen und sich bekannt gemacht, inmaßen denn ein jeder von dem Schul-Inspector vor dem Examen darum und ob er sich das darin Vorgeschiedene zu prästiren getraue, befragt werden und dieser mit ihm selbige zu dem Ende durchgehen soll. Sowohl das fürstl. Consistorium, als die Patrone sollen sich hiernach achten und denen, welchen sie ihre Präsentation erteilen, davon Anzeige thun und daß solches von ihnen geschehen, bei ihren Präsentationen ausdrücklich mit anführen. Landesf. Berordn. v. 5. Febr. 1767. (Br. Anz. v. 1767. Nro. 18.)

Instruction für diejenigen, so sich zu Schuldiensten auf dem platten Lande melden.

Die Erfahrung hat bisher gelehrt, daß die zu Schuldiensten auf dem Lande sich angebenden oder von Patronen präsentirten Subjecte die Schul-Ordnung entweder gar nicht gelesen, oder doch, was eigentlich von ihnen gefordert werde, wenn sie ihrem Amte ein Genüge thun wollen, nicht hinlänglich begriffen haben, wie denn auch öfters selbst diejenigen, die Lust und Fähigkeiten zu Schuldiensten auf dem Lande

besitzen, nicht wissen, wie sie es anzufangen haben, um das zu erlernen, was in dieser Absicht von ihnen erfordert wird. Man hat also durch gegenwärtige Instruction diesem Mangel abhelfen und in der Kürze zeigen wollen, theils was ein Schulmeister auf dem Lande eigentlich wissen müsse, theils aber auch durch was für Mittel er zu dieser Wissenschaft gelangen könne. Was nun das Erste anbetrifft, so ist in dem 2. Capitel der Landschul-Ordnung und dessen 13. bis 20. §§. ausführlich vorgeschrieben, womit und wie der Schulmeister in seinem Amte sich beschäftigen soll. Es muß nämlich:

1) der Schulmeister, wenn seine Schule nicht gar zu klein ist, die Kinder unter Direction seines Predigers in drei Classen vertheilen, damit er desto eher im Stande sei, eines jeden nach seinen Bedürfnissen sich anzunehmen.

2) Zu der ersten Classe rechnet er die Kinder, welche schon in der Bibel fertig lesen, die fünf Hauptstücke des Catechismus ins Gedächtniß gefaßt haben, auch etwas schreiben und rechnen können.

3) In Betracht dieser ersten Classe soll der Schulmeister

- a) die Kinder zu einer rechten Fertigkeit im Lesen zu bringen suchen, deswegen übt er dieselben täglich im Bibellefen, er schreibt einige schwere Worte an die Tafel, läßt sie buchstabiren und ordentlich nach den Sylben abtheilen, und muß dabei den Unterricht vom Buchstabiren und Lesen Cap. 2 und 3 gebrauchen;
- b) die Kinder anhalten, daß sie den Catechismus nach und nach durchlernen und das, was sie auswendig wissen, auch verstehen lernen; hierzu ist keine Erklärung des Catechismus nöthig, wohl aber eine Geschicklichkeit, den Catechismus zu zergliedern, oder die weitläufigen Antworten und Fragen desselben in kleinere und mehrere zu verändern;
- c) den Kindern die Bibel recht bekannt machen, und dabei die Einleitung in die Geschichte und Bücher des alten und neuen Testaments so gebrauchen, wie die Vorrede dieses Büchleins von p. 7 bis zu Ende lehrt;
- d) die Kinder im Schreiben so weit bringen, daß sie deutlich und recht schreiben, auch geschriebene Schrift lesen lernen. Zu dem Letzten macht er den Anfang beim Vorschreiben, da er die einzelnen Buchstaben bekannt macht und hernach die Sylben und Worte, die die Kinder schreiben sollen, aussprechen läßt.

Der Schulmeister soll endlich

- e) die vier Species der Rechenkunst den Kindern beibringen und nur solche Exempel zur Uebung geben, die im gemeinen Leben vorkommen. Er geht darauf zur Regula de tri fort, wenn einige Lust und Fähigkeit dazu haben.

4) In die zweite Classe gehören die Kinder, welche noch nicht fertig lesen können, die Hauptstücke des Catechismus noch nicht auswendig wissen, auch noch keinen Anfang im Schreiben und Rechnen gemacht haben.

5) In Ansehung dieser zweiten Classe ist des Schulmeisters Pflicht, die Kinder

- a) im Buchstabiren und Zusammenlesen mehr und mehr zu üben, daß sie darin zu einiger Fertigkeit gelangen, wobei der Unterricht dem Lehrer gute Dienste thun wird;
- b) zum Auswendiglernen der Hauptstücke des Catechismus anzuhalten;
- c) zum Schreiben und Rechnen anzuführen, wie solches §. 21 der Schul-Ordnung lehrt.

6) Die dritte Classe begreift die übrigen Kinder in sich, welche buchstabiren und die Buchstaben kennen lernen sollen. Der Schulmeister muß also diesen Kindern

- a) die Kenntniß der Buchstaben beibringen und einzelne Wörter buchstabiren lassen;
- b) kleine Sprüche oder Verse aus Liedern durch öfteres Vorsagen lehren;
- c) die Hauptstücke des Catechismus nach den eigentlichen Worten durch Vorbeten ins Gedächtniß prägen. Ueberhaupt und insgemein aber wird



7) von einem Schulmeister, welcher nach der Vorschrift der Schul-Ordnung sein Amt treu verwalten soll, folgendes nothwendig erfordert:

- a) Er muß die Landeschul-Ordnung gelesen und sonderlich das 2. Cap. »von den Schulmeistern« sich wohl bekannt gemacht haben; wie denn bereits des fürstl. Consistorii Befehl vom Jahre 1753 den 3. Januar dahin geht, daß das Examen der Schulmeister nach dieser Schul-Ordnung einzurichten sei. Er muß
- b) zur gründlichen Unterweisung der Jugend im Lesen, Buchstabiren und im Christenthume die zu Braunschweig herausgekommenen Bücher, als: den Unterricht, wie das Buchstabiren und Lesen der Jugend beizubringen, imgleichen: die Einleitung in die Geschichte und Bücher A. und N. Testaments, nicht nur besitzen und bei dem Examen vorzeigen, sondern auch in der Probe: Information gebrauchen, und also zeigen, daß er des Inhalts derselben kundig sei. Er muß
- c) die fünf Hauptstücke des Catechismus vollkommen ins Gedächtniß gefaßt haben;
- d) fertig buchstabiren und lesen können;
- e) wenigstens die kleinen Fragen über den Catechismus von p. 29 bis 64 (weil darin die Heils-Ordnung enthalten ist) sich wohl bekannt gemacht haben und dieselben zu zergliedern wissen;
- f) mit der Bibel und den Büchern derselben, sowohl A. als N. Testaments bekannt sein;
- g) eine gute leserliche Hand schreiben, auch einen Brief, Quittung u. s. w. aufsetzen können;
- h) im Rechnen wenigstens die gewöhnlichen Species inne haben, und dieselben der Jugend auf eine leichte Art beizubringen wissen;
- i) eine Stimme zum Singen haben und die Melodien der gewöhnlichen Lieder unsers Gesangbuchs angeben können.

Diesjenigen also, die Lust und Fähigkeiten zu einem Schuldienste auf dem Lande haben, können, um das, was von ihnen gefordert wird, zu erlernen, sich entweder bei den Waisenbüttschen oder Braunschweigischen Schul-Anstalten melden, um des Unterrichts in solchen Sachen theilhaftig zu werden, oder wofern ihnen der Aufenthalt bei diesen beiden Schul-Anstalten sollte zu kostbar fallen, so können sie sich zu einem Schulmeister auf dem Lande, der in den gedachten beiden Schul-Anstalten Seminarist gewesen ist, zum Unterricht begeben. Es sollen aber keine von denen, die sich zu Schuldiensten auf dem Lande melden, zum Examen gelassen werden, denen diese gegenwärtige Instruction unbekannt sein wird.

Die zu den Schuldiensten Präsentirten müssen bescheinigen, daß sie das 25ste Jahr zurückgelegt haben. Landesf. Rescript v. 18. Mai 1792.

S. auch: Dferleute — Patronat-Dpferei und Schuldienst — Geistliche — Geistliches Gericht zu Braunschweig — Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben — Kirchen- und Schuldiener auf dem Lande, wie viel Ruhe dieselben auf die Gemeinde-Weide frei treiben dürfen — Küster, Schuldiener und Dpferleute, Forstfrevel und Vergehen derselben gegen die Landes-Ordnung.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 4. — Landtags-Abschied v. 25. Mai 1835. Art. 13.

## Schuldiener, Beitrag derselben zu den Besoldungen der Forstbedienten.

S. Prediger, Beitrag derselben zu den Besoldungen der Forstbedienten.

## Schuldiener-Wittwen.

S. Prediger- und Schullehrer-Wittwen-Anstalt — Sterbe- und Gnaden-Quartal der Wittwen der Organisten, Dpferleute und Schulmeister.

## Schuldirectorium.

Ueber die sämmtlichen Schulen in hiesigen Landen war ein besonderes Schuldirectorium angeordnet durch die landesf. Verordn. v. 12. Juni 1786, welches aber durch die landesf. Verordn. v. 6. April 1790 vorerst suspendirt ist. (Br. Anz. v. 1786. Nro. 50.)

## Schuld- und Pfandverschreibungen.

S. Hypotheken.

## Schulen. \*)

Die Eltern sollen ihre Kinder so viele Jahre in die Schule gehen und unterweisen lassen, bis sie den Catechismus verstehen und gedruckte Schrift lesen können, widrigen Falls vermittlest ernstlicher Bestrafung von der Obrigkeit dahin angewiesen werden. Wenn aber die Eltern die Kinder zur Sommerzeit bei der Arbeit nicht entbehren und an den Werktagen nicht zur Schule schicken können, so sollen sie dennoch dieselben an den Herrntagen vor oder nach dem mittägigen Gottesdienst in die Schule schicken. \*\*) Wer solches unterläßt, soll nicht allein mit Ernst gestraft, sondern auch nichts desto weniger gleich andern Nach-

\*) Die unter diesem und den folgenden Artikeln enthaltenen Verordnungen beziehen sich hauptsächlich nur auf die Dorfschulen; über die Entstehung der Stadtschulen ist folgendes zu bemerken: Die erste Reform erhielten die Stadtschulen durch die Kirchen-Ordnung von 1543, welche die Winkelschulen aufhob und in allen Städten und Flecken Schulen mit verschiedenen Klassen anzulegen gebot; mit der Rückkehr des Herzogs Heinrich d. J. erhielten die Schulen indeß ihre frühere Gestalt wieder. Herzog Julius verordnete in seiner Schul-Ordnung von 1569 anderweit die Errichtung von Schulen in den Städten, Flecken und größern Dörfern und richtete zugleich die Klosterschulen ein, in welchen ausschließlich in den höhern Wissenschaften und alten Sprachen Unterricht erteilt werden sollte. Da die Klöster indeß durch den dreißigjährigen Krieg sehr gelitten hatten, so hob Herzog August in der Kloster-Ordnung von 1655 die Klosterschulen wieder auf und verordnete, daß die Klöster zur Erhaltung der Stadtschulen, insbesondere in Wolfenbüttel, Helmstädt und Gandersheim einen Beitrag leisten sollten. Doch bestanden auch noch nachher und zwar bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts einige Klosterschulen, bis auch diese nach und nach aufgehoben und entweder mit den Stadtschulen verbunden oder in Prediger-Seminarien (Ribbadsghausen und Michaelstein) verwandelt wurden. Die ältesten Stadtschulen sind die Martini- und die Katharinen Schule zu Braunschweig, welche 1528 angelegt wurden. Erstere erhielt 1621 eine neue Schul-Ordnung und letztere wurde insbesondere 1790 wesentlich verbessert.

Die Schule zu Wolfenbüttel wurde 1568 errichtet. Sie wurde besonders 1596 und 1604 verbessert und erhielt 1651 eine neue Schul-Ordnung, nachher gaben ihr die Herzöge Rudolph August und Anton Ulrich verschiedene Ordnungen und Gesetze.

Die Stadtschule zu Helmstädt erhielt unterm 18. Juli 1755 eine neue Schul-Ordnung; 1781 wurde aus den beiden obern Klassen derselben ein Pädagogium gebildet und dieses von der Stadtschule getrennt.

Zu Schöningen wurde 1499 eine Stadtschule errichtet, die 1638 wesentlich verbessert und durch eine Schenkung der Wittve des Herzogs Friedrich Ulrich, Anne Sophie, welche durch den Recess zwischen dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm und dem Herzoge August v. 28. März 1660 bestätigt wurde, ansehnlich dotirt. 1661 erhielt sie eine Schul-Ordnung, welche unterm 15. Juni 1701 erneuert wurde.

Im Jahre 1759 wurde mit der Holzmindener Stadtschule die Amelunxborner Klosterschule verbunden und zu einem Gymnasium erhoben. S. auch: Stipendien der Amelunxborner Klosterschule zu Holzminden.

Zu Gandersheim errichtete Herzog Julius 1571 ein Pädagogium, welches derselbe indeß 1574 nach Helmstädt verlegte, worauf eine neue Stadtschule zu Gandersheim errichtet wurde, die erst späterhin eine lateinische Schule geworden ist.

Die Stadtschule zu Blankenburg erhielt 1537 ihr Dasein; sie wurde auf die Einkünfte von eingezogenen Klostersgütern fundirt und erhielt insbesondere 1638, 1676, 1684, 1711, 1790 und 1792 Verbesserungen.

S. Stübners Kirchenverfassung p. 430 sqq.

\*\*) Diese ersten Sonntagschulen waren nicht von Bestand, weshalb durch ein Consistor. Ausschr. v. 31. Octbr. 1708 verfügt wurde, daß auf den Dörfern auch den Sommer über, die Erndtezeit allein ausgenommen, des Tags zwei Mal Schule gehalten werden sollte.

Nachbarn, er schicke seine Kinder in die Schule oder nicht, dem Schulmeister zu Lohne schuldig sein und dahin angehalten werden. Allgem. Landes-Ordn. Art. 2.

Alle Kinder sollen, sobald es ihre Kräfte erlauben, in die Schule geschickt, denselben nach einem vierjährigen Alter nicht weiter nachgesehen und sie vor dem 14. Jahre nicht ganz wieder herausgenommen werden. Die hierin säumigen Eltern sollen durch Straf- und Zwangsmittel hierzu angehalten werden und die Obrigkeiten bei Vermeidung der landesf. Ungnade und unangenehmer Verfügung ernstlich und nachdrücklich darüber halten, auch dahin sehen, daß den Landschulmeistern das Schulgeld von einem jeden Kinde, das über 4 und unter 14 Jahre alt ist, gezahlt wird. Schul-Ordn. v. 22. Septbr. 1753. §. 4.  
S. auch: Schulgeld.

Auf dem Lande sind Winter- und Sommer-Schulen zu unterscheiden. Die Winter-Schulen werden von Michaelis bis Ostern und die Sommer-Schulen von Ostern bis Michaelis gehalten. Den Visitatoren ist überlassen, nach den Umständen jedes Orts zu bestimmen, wie viele Tage dem Schulmeister in der Erndtzeit frei zu lassen sind. Daselbst §. 14.

Die Winter-Schulen beginnen des Morgens um 8 Uhr und Nachmittags um 1 Uhr, und werden Vormittags um 11 Uhr und Nachmittags um 3 Uhr geschlossen. Daselbst §. 15.

Die Sommer-Schulen sollen überall wieder hergestellt werden. Alles, was wegen der Sommer-Schulen bestimmt wird, soll nur von der Zeit von Johannis bis Michaelis, wo die Landleute der Hülfe ihrer Kinder am meisten bedürfen, gelten. Daselbst §. 22.

Von Ostern bis Johannis bleiben die Schulen ganz in der Verfassung, in welcher sie den Winter hindurch gewesen sind. Wenn aber die Eltern auch in dieser Zeit ihre Kinder einen halben oder ganzen Tag brauchen, so müssen sie dieselben auf die vorgeschriebene Weise entschuldigen. Dem Schulmeister steht mit Genehmigung des Predigers frei, in diesem Vierteljahre die Schule früher als im Winter, etwa um 6 oder 7 Uhr, anzufangen und um 9 oder 10 Uhr zu schließen. Daselbst §. 23.

Bis in das achte Jahr müssen die Kinder unverrückt, den Sommer sowohl als den Winter hindurch, in die Schule geschickt werden und keinen Tag ohne erhebliche Ursachen, und ohne vorher gehörig entschuldigt zu sein, aus der Schule behalten werden. Alles, was den Eltern in Absicht auf das Zurückhalten der Kinder von mehr als acht Jahren aus der Schule zu ihrer Hülfe gestattet wird, geht nur auf das Vierteljahr von Johannis bis Michaelis. Die Landleute können ihre Kinder von dem bemerkten Alter dieses Vierteljahr den ganzen Tag bei ihrer Feldarbeit gebrauchen, wenn sie dieselben nur eine Stunde täglich in die Schule schicken, welche der Schulmeister des Morgens zuerst abzuhalten hat. Wenn sich die Arbeiten der Landleute so sehr häufen, daß sie ihre Kinder einige Tage, auch wohl eine ganze Woche aus der Schule behalten müssen, so soll ihnen solches vom Prediger gleichfalls erlaubt werden dürfen. Daselbst §. 25.

Wenn die Schulmeister außer den von den Visitatoren bestimmten schulfreien Tagen (§. 14.) durch die in denselben etwa nicht vollendete Erndtzeit oder durch andere Vorfälle am Schulehalten verhindert werden, so sollen sie die Schule nicht nach ihrem eigenen Gefallen aussetzen, sondern dazu die Erlaubniß vom Prediger einholen. Ebendas. §. 26.

Die Prediger haben es so viel als möglich so einzurichten, daß sie die Schulmeister durch die Hülfe bei Amtsverrichtungen als Taufen, Beichten u. nicht ohne Noth von der Schule abhalten; die Circular-  
Zweiter Theil.

Briefe der Superintendenten sollen von der Gemeinde nach der Reihe von einem Orte zum andern gebracht werden und nicht mehr durch die Schulmeister. \*) Ebendas. §. 27.

Den Eltern ist nachgelassen, ihre Kinder, die 8 Jahre und darüber alt sind, in den Monaten Juli, August und Septbr. wöchentlich nur zwei Mal, den Dienstag und Freitag, wenigstens des Vormittags in die Schule zu schicken, die übrigen Tage aber zu Haus- und Feldarbeiten zu gebrauchen. Dies gilt aber nicht von den Eltern, deren Hauptgeschäft die Feldarbeit nicht ist, z. B. Handwerkern und Tagelöhnern; diese müssen ihre Kinder das ganze Jahr zur Schule schicken. Verordn. v. 19. Novbr. 1754. §. 1. (Anhang I. zur Schul-Ordnung.)

S. übrigens: Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben — Schulbücher.

cf. Resolution des herzogl. Consistorii v. 7. Mai 1828. (Bege III. p. 272.)

### Schulen, katholische in Braunschweig.

Die von den Patern in Braunschweig gehaltene katholische Schule ist zwar von der Aufsicht und Visitation der Schul-Inspection daselbst bis auf weitere Verordnung erimirt; damit aber kein Mißbrauch vorgehet und in die katholischen Schulen keine Kinder, deren Eltern evangelischer Religion sind, ohne deren beiderseitigen Consens, und also wider die Ordnung aufgenommen werden, so ist die katholische Geistlichkeit zu Braunschweig befehligt, alle Vierteljahre ein Verzeichniß von ihren Schülern dem geistlichen Gerichte daselbst einzuschicken und, wenn die Eltern verschiedener Religion sind, solches dabei zu notiren, damit befindlichen Umständen nach das Nöthige hierunter verfügt werden könne. Landesf. Rescr. an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 26. Septbr. 1750.

S. Römisch-Katholische; Verordn. v. 9. April 1768. §. 10.

### Schul-Examen.

Bei allen Landschulen sollen jedes halbe Jahr um Ostern und Michaelis öffentliche Prüfungen angestellt werden, wobei die Eltern gegenwärtig sein dürfen. Der Superintendent setzt nach vorher genomener Rücksprache mit dem Amte oder der Obrigkeit den Tag zu dieser Untersuchung an und macht denselben dem Prediger so früh bekannt, daß dieser es den Sonntag vorher von der Kanzel abkündigen kann. Die Obrigkeit wird dabei wenn es irgend möglich, der Superintendent und der Prediger aber unausbleiblich gegenwärtig sein. Eine gleiche Art des öffentlichen Schul-Examens, bei welchem der Superintendent nicht gegenwärtig zu sein braucht, wird den zweiten Nachmittag in den drei hohen Festen gehalten. — Was von den eingekommenen Strafgeldern nach angeschafften Schulbedürfnissen etwa noch übrig bleibt, soll unter die wohlbestandenen Kinder vertheilt werden. Die muthwillige Versäumung dieses öffentlichen Schul-Examens soll alle Mal an den Eltern gestraft werden. Schul-Ordn. v. 22. Septbr. 1753. §. 41)

S. auch: Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben.

### Schulgeld.

Für ein Kind, welches im Christenthume und Schreiben auch Rechnen unterrichtet wird, empfängt der Schulmeister wöchentlich einen Mariengroschen; für ein Kind aber, welches das Lesen lernt, wöchentlich 6 Pfennig und für die kleinsten, bis sie zusammen lesen, 4 Pf., und hat die Obrigkeit die in der Bezahlung säumigen Eltern zur richtigen Bezahlung anzuhalten. Diejenigen Kinder aber, welche im Quartale von Johannis bis Michaelis die Schule nur eine Stunde täglich besuchen, bezahlen für dieses Quar-

\*) Diese Anordnung ist durch die der Schul-Ordnung angehängte Verordn. v. 19. Novbr. 1754. §. 3 wiederholt und zugleich bestimmt, daß wenn die Schulmeister von der Gemeinde für die Besorgung dieser Briefe eine Geldentschädigung erhalten, sie diese entweder schwinden lassen oder die Briefe durch Boten wegschicken, keinesweges aber dieselben selbst besorgen sollen.

tal überhaupt 3 Groschen. Die Eltern, welche das Schulgeld aus Armuth nicht aufbringen können, haben sich bei den Armen=Cassen zu melden und von denselben Hülfe zu erwarten. Schul=Ordnung v. 22. Septbr. 1753. §. 30.

Sobald die Schulmeister über Säumigkeit der Eltern in Bezahlung des Schulgeldes klagen, sollen die Obrigkeiten dasselbe unverzüglich und ohne Kosten für den Schulmeister beitreiben lassen. Das. §. 48.

Die unvermögsamen Eltern, nicht weniger die Tagelöhner ohne Unterschied sollen von dem erhöhten Schulgelde frei sein und es soll von denselben ein Mehreres nicht, als das vor der neuen Landschul=Ordnung jedes Orts gewöhnlich gewesene Schulgeld gefordert werden. Nicht weniger sollen die Eltern, welche mehr als drei Kinder in die Schule schicken, nur für drei Kinder das Schulgeld bezahlen, für die übrigen aber sollen sie den freien Unterricht zu genießen haben. Landesf. Declarat. v. 10. Decbr. 1754. (2. Anhang der Schul=Ordnung.)

S. auch: Schulen; Schul=Ordn. v. 22. Septbr. 1753. §. 4. — Armen=Anstalten auf dem Lande; Verordn. v. 14. Decbr. 1743. §. 6.

cf. Verordn. v. 2. Mai 1814, die Erhebung des Schulgeldes auf dem platten Lande durch die Ortsvorsteher betr. — Verordn. v. 20. Octbr. 1823, die Bezahlung des Schulgeldes auf dem Lande betr. — Consistor. Rescr. v. 29. Octbr. 1825. (Bege III. p. 265.) — Desgl. v. 18. Juni 1828. (Bege III. p. 273.) — Desgl. v. 23. Juni 1832. (Bege III. p. 281.)

### Schulhäuser.

S. Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

### Schulmeister.

S. Schuldiener.

### Schul=Ordnung.

Ordnung für die Schulen auf dem Lande v. 22. Septbr. 1753 \*) nebst einem Anhang zur Erläuterung einiger Punkte v. 19. Novbr. 1754 und einem zweiten v. 10. Decbr. 1754; hieraus ist das Wichtigste unter den betreffenden Artikeln angeführt.

Sämmtliche Obrigkeiten, auch General= und Special=Superintendenten sind befehligt, demjenigen, was die Schul=Ordnung und die darauf erlassenen Rescripte von ihnen fordern, pflichtmäßig Genüge zu leisten und über den Inhalt gedachter Schul=Ordnung allenthalben sträcker zu halten, da sonst auf den unverhofften widrigen Fall die Verantwortung von ihnen wird gefordert werden müssen. Landesf. Ausschreiben v. 19. Mai 1758. \*\*)

### Schulprüfung.

S. Schul=Examen — Schüler, nach der Akademie abgehende.

\*) Die im Namen des Schmalcaldischen Bundes im Jahre 1543 ergangene Kirchen=Ordnung enthielt die Bestimmung, daß Schulen errichtet werden sollten, damit die Jugend in Erlernung der freien Künste und der christlichen Lehre erzogen werde. Die erste eigentliche Schul=Ordnung erließ Herzog Julius und fügte sie seiner Kirchen=Ordnung von 1569 bei. Hierauf erschien die Schul=Ordnung des Herzogs August v. 21. Febr. 1651 und endlich die oben angeführte.

\*\*) Schon unterm 5. Septbr. 1754 war durch ein landesf. Ausschr. die Befolgung der Schul=Ordnung v. 22. Septbr. 1753 ernstlich befohlen und den Beamten und Gerichts=Obrigkeiten, die sich die Befolgung derselben treulich angelegen sein ließen, zu erkennen gegeben, daß ihr Dienstfeifer und pflichtmäßiges Betragen in Gnaden erkannt werden solle; den übrigen aber, welche die Pflicht und den Gehorsam außer Augen setzten, gedroht, daß der Landesfürst den Befehlen gehörige Kraft und Nachdruck zu geben wissen werde.

## Schul = praestanda.

E. Kirchen = Prozesse.

## Schulstuben.

Die Beamten werden ferner dahin sehen, daß die Schulstuben in gutem Stande erhalten werden, und solche, wo es möglich, so einrichten, daß der Schulmeister mit seinen Schülkinder allein sein könne und durch die Gegenwart seiner Familie und übrigen Hausgenossen und durch das daher entstehende Geräusch nicht gestört werde. Es sind zu diesem Ende eigene Schulstuben an den Orten, wo sie ermangeln, aus dem Vorrathe der Kirchen zu erbauen, wozu gleichwohl die Gemeinden die nöthigen Fuhren und Handarbeiten leisten müssen. Was zur Einrichtung der Schulen auf den befohlenen Fuß an Bänken, Tischen, schwarzen Tafeln erfordert wird, ist aus dem Vorrathe der Kirche anzuschaffen und demnächst das dafür vorgeschossene Geld den Kirchen von den von nachlässigen Eltern beigetriebenen Strafgeldern wieder zu bezahlen. Dieses Alles wird in das Schul-Inventarium ordentlich eingetragen und möglichst conservirt, und was nach angeschafften solchen Schulbedürfnissen von den einkommenden Strafgeldern alsdann noch übrig ist, solches wird in dem ordentlichen Kirchen- und Schul-Examen an dem Nachmittage des zweiten Weihnachts-Feiertages unter die Kinder, die wohlbestanden, öffentlich vertheilt, wie solches §. 41 \*) verordnet ist. Schul-Ordnung v. 22. Septbr. 1753. Art. 47.

Da die Verfügung der Ordnung für die Schulen auf dem Lande §. 47, nach welcher einige Schulstuben an dem Orte, wo sie ermangeln, aus dem Vorrathe der Kirchen zu erbauen sind, also verstanden ist, als ob dadurch den Kirchen, wenn sie solche Schulstuben aus ihren Mitteln vorgerichtet, auch die Verbindlichkeit, selbige ferner im Stande zu erhalten und zu repariren, auch nöthigen Falls zu erweitern auferlegt, mithin in Ansehung der Schulstuben eine völlige Ausnahme und Abänderung von der in der erneuerten Kirchen-Ordnung Cap. XVI. §. 10 \*\*) enthaltenen allgemeinen Vorschrift, nach welcher eines jeden Orts Gemeinde verbunden ist, das ganze Schulhaus im guten Stande zu erhalten, getroffen sei; dies aber die Absicht keinesweges gewesen und in der Schul-Ordnung die Vorschrift der Kirchen-Ordnung auch nicht in Ansehung der Schulstuben hat abgeändert oder aufgehoben werden sollen, wie denn die gleich im Eingange des erwähnten §. enthaltene allgemeine Vorschrift »die Beamten werden ferner dahin sehen, daß die Schulstuben in gutem Stande erhalten werden,« eine solche Ausnahme von der Vorschrift der Kirchen-Ordnung nicht enthält, folglich in deren Gemäßheit anzuwenden und zu erklären ist; der nachherige Zusatz aber, daß an denjenigen Orten, wo dergleichen noch nicht vorhanden, eigene Schulstuben auf Kosten der Kirchen errichtet werden sollen, jene frühere Bestimmung nicht einschränkt oder aufhebt, sondern lediglich aus dem Grunde angeordnet worden, um die nöthige Vorrichtung eigener Schulstuben, ohne eine augenblickliche besondere Belästigung der Gemeinde, baldmöglichst ins Werk richten zu können, daher auch nur von den Kosten zu verstehen ist, welche die erste Einrichtung besonderer Schulstuben erfordert, so wird der §. 47 der Schul-Ordnung dahin declarirt, daß demselben gemäß nach wie vor die Anlegung besonderer Schulstuben in solchen Schulhäusern auf dem Lande, in welchen sie noch ermangeln, aus den Mitteln der Kirchen, wenn diese des Vermögens sind, beschafft werden soll, daß aber, wenn diese Vorrichtung einmal geschehen, sodann die in der Kirchen-Ordnung am angezogenen Orte bestimmte Verbindlichkeit der Gemeinden zur Erhaltung des ganzen Schulhauses, dessen Theil die solcher Gestalt vorgerichtete Schulstube ausmacht, wieder eintrete, mithin eine jede Gemeinde auch für die Instand-Erhaltung oder etwa erforderliche Erweiterung solcher Schulstuben, der angeführten gesetzlichen

\*) E. Schul-Examen.

\*\*) E. Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude.

Bestimmung gemäß, zu sorgen schuldig sei. Landesf. Declaration und Verordnung v. 6. August 1802. (Br. Anz. v. 1802. Nro. 64.)

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die Aufbringung der Kosten zu der Heizung der Schulstuben auf dem Lande betr. — Landesf. Rescr. v. 7. Juni 1826. (Bege I. p. 394.)

### Schul-Unterricht.

S. Schuldiener — Schulen.

### Schulversäumniß.

Die Schulmeister sollen ein Verzeichniß darüber halten, wie oft die Kinder die Schule versäumt haben, und eine Abschrift davon am Ende eines jeden Monats dem Beamten zur Bestrafung und eine andere dem Prediger zur Ermahnung der Eltern einreichen. Schul-Ordnung v. 22. Septbr. 1753. §. 28.

Die Schulmeister haben sich bei Verlust ihres Dienstes zu hüten, ein Kind als entschuldigt in dieses Verzeichniß aufzunehmen, von dem sie den von den Predigern geschriebenen Entschuldigungs-Zettel nicht aufweisen können. Alle solche Entschuldigungs-Zettel sollen die Schulmeister bei nachdrücklicher Strafe dem beim Amte monatlich einzureichenden Verzeichnisse beifügen. Die Zettel von den Kindern, die von Johannis bis Michaelis mit Genehmigung des Predigers die Schule täglich nur ein Mal besuchen, hat er am Ende des Quartals dem Amte gleichfalls zu übergeben; zugleich aber auch diejenigen Kinder anzuzeigen, die, obgleich sie das 5te Jahr erreicht haben, die Schule noch nicht besuchen, damit die Eltern zu ihrer Pflicht angehalten werden können. Daselbst §. 29.

Weil zu besorgen ist, daß nachlässige und böshafte Eltern die Schulmeister, wenn sie das Ausbleiben der Kinder gewissenhaft anzeigen, zu hassen anfangen und sich an ihnen zu rächen suchen, so sollen sich die Beamten der Schulmeister besonders annehmen, die Landleute, die sich an dem Schulmeister rächen wollen, nachdrücklich bestrafen und sorgfältig darüber wachen, daß den Schulmeistern von dem, was ihnen zukommt, nichts entzogen wird. Daselbst §. 49.

Da viele Eltern keine Scheu getragen, ihre Kinder mit recht vorsätzlichem Ungehorsam ganze Monate und länger aus der Schule zu lassen, so sollen solche Eltern für jeglichen Tag, da sie ein oder mehrere Kinder nicht zur Schule schicken, sondern ohne Entschuldigung ungehorsamlich zurückhalten, bis auf den 10ten Tag jedes Mal einen Mariengroschen zur Strafe erlegen, nach 10 Tagen aber soll Gefängniß-Strafe vorgekehrt und es sollen solche Ungehorsame für jegliche neue 5 oder 10 Tage resp. 12 und 24 Stunden bei Wasser und Brod ins Hundeloch gesetzt werden. Wenn aber auch dieses nichts helfen sollte, so soll die Obrigkeit an das Geh. Raths-Collegium berichten, des Ungehorsamen Alter, Vermögen und übrige Umstände melden, worauf sodann, dem Befinden gemäß, weitere Verordnung erfolgen soll. Anhang zur Schul-Ordnung v. 19. Novbr. 1754. §. 2. \*)

S. auch: Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben.

### Schulvisitationen.

Die Prediger sollen ihre Schulen in matre wöchentlich ein Mal, die in filiabus aber wenigstens alle drei Wochen ein Mal visitiren. Schul-Ordnung v. 22. Septbr. 1753. §. 31.

\*) In Gemäßheit eines Rescripts des herzogl. Staats-Ministerii v. 13. Juni 1837 hat herzogl. Landesgericht die herzogl. Kreisgerichte mittelst Rescripts v. 26. desselben Monats beauftragt, den herzogl. Aemtern bekannt zu machen, daß die Untersuchungs-Sachen wegen der Schulversäumniß auf dem platten Lande, so viel als thunlich, ohne persönliche Zuziehung der Schullehrer erledigt und diese zu den terminlichen Verhandlungen alsdann erst zugezogen werden sollen, wenn es sich zeigt, daß der Zweck der Untersuchung auf keine andere Weise zu erreichen steht.

Die Visitationen ihrer Schulen haben sie unvermuthet vorzunehmen und dabei ihr Amt durch Zuhören, Fragen und Lehren zu verrichten. Das darüber aufzunehmende Protocoll haben sie dem Superintendenten bei dem halbjährigen Examen zu communiciren. Ebendas. §. 35.

Die Superintendenten sollen die Schulen ihrer Inspection fleißig, wenigstens alle Vierteljahre ein Mal, visitiren und bei diesen Visitationen aufs Genaueste untersuchen, ob die Schulen recht eingerichtet sind und ob Schulmeister und Eltern der Schul-Ordnung nachleben. Wegen der zu solchen Visitationen erforderlichen Fuhren macht die Obrigkeit des Orts die Anordnung auf eine den Gemeinden möglichst leichte und erträgliche Art. Daselbst §. 40.

Die Beamten und übrigen Obrigkeiten mögen, so oft sie wollen, die Schulen ihrer Gegend allein besuchen. Wenn sie dies mit dem Prediger des Orts zugleich thun wollen, sollen die Prediger sich dessen nicht weigern. Daselbst §. 45.

S. auch: Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben.

### Schulwesen auf dem Lande, Verbesserung desselben.

Das Consistorium ist vom Landesfürsten befehligt, allen geistlichen und weltlichen Visitatoren, auch Predigern, Schuldienern und Gemeinden auf dem Lande und in den Landstädten mit Verweisung auf die Schul-Ordnung folgendes zu eröffnen:

Zu den sämtlichen General- und Special-Superintendenten im Lande vertrauet man, daß sie eine so wichtige Angelegenheit, als die Verbesserung der unter ihrer Aufsicht stehenden Schulen ist, mit unermüdetem Eifer betreiben und darüber mit den weltlichen Visitatoren sowohl, als den Predigern auf den Synoden und bei andern Gelegenheiten fleißige und zweckdienliche Communication pflegen werden, auch wird insonderheit zu allen Beamten und Gerichts-Obrigkeiten das Vertrauen gehegt, daß sie es dabei an ihrer thätigen und, wo dergleichen nöthig ist, gerichtlichen Mitwirkung um so weniger fehlen lassen werden, da ihnen dieses in der Schul-Ordnung zu einer angelegentlichen Pflicht gemacht und durch ihr obrigkeitliches Amt dringend genug empfohlen wird.

Damit die geistlichen und weltlichen Visitatoren von dem gesammten Schulwesen ihrer Inspections- und Gerichtsbezirke eine hinlängliche Kenntniß erlangen, sollen nicht nur die hierzu erforderlichen Schulvisitationen nach einer demnächst genauer zu bestimmenden Ordnung unausgesetzt gehalten, sondern auch die in der Schul-Ordnung vorgeschriebenen tabellarischen Schulberichte künftig zwar alljährlich nur ein Mal nach Ostern, dann aber beiden Visitatoren von den Predigern zugesandt, nicht weniger die von den Schuldienern zu verfertigenden Verzeichnisse der säumigen Schulkinder oder Absentenlisten inskünftige am Schlusse jedes Quartals von den verflossenen drei Monaten den Superintendenten sowohl, als den weltlichen Obrigkeiten eingeliefert werden, um beide zur gleichförmigen Bemerkung der hier und da entstehenden Unordnungen und zur gemeinsamen Berathschlagung über die dagegen zu ergreifenden Maßregeln in Stand zu setzen.

Wie indessen die Visitatoren nur eine entferntere Aufsicht führen können, und es also vornehmlich auf die Localaufsicht der Prediger ankommt, so wird diesen hiermit wiederholt empfohlen, der Schul-Ordnung gemäß die Schulen ihrer Wohnorte wenigstens wöchentlich ein Mal, die Filialschulen aber so oft es thunlich ist, zu besuchen, auf die Anwesenheit oder Abwesenheit der Schulkinder, sowie auf die profectus derselben genau zu achten und sie nach diesen in die ihnen angemessenen Classen zu versetzen, die Lektionen für jede Classe zu bestimmen und durch halbjährige Lektionstabellen gehörig zu vertheilen, den gesammten Schulunterricht zu dirigiren, die Methode und Disciplin der Schuldiener sorgfältig zu bemerken und die Mängel und Vorzüge derselben ihnen nach geendigten Lehrstunden bemerklich zu



machen, auch in ihrer Gegenwart die Kinder in den vorkommenden Sectionen bisweilen selbst zu unterrichten, um ihnen so Aufseher und Vorgänger zugleich zu werden.

Dadurch werden die Prediger in den Stand gesetzt werden, nicht nur dem Superintendenten bei den Visitationen der Schulen von der innern Einrichtung und Verfassung derselben genauen Bericht zu erstatten, sondern auch die obgedachten tabellarischen Schulberichte, in welchen sie künftig zugleich die Zeit ihrer Schulbesuche zu bemerken haben, so charakteristisch als möglich abzufassen; weßwegen diese Berichte den von den Superintendenten daraus zu formirenden tabellarischen Inspectionsschulberichten, von Ostern dieses Jahrs an gerechnet, alle drei Jahre ein Mal im Originale beigelegt werden sollen, damit fürstl. Consistorium daraus ersehe, wie die Prediger die Schulen ihrer Parochien zu beobachten und zu behandeln pflegen.

Die in der Schul-Ordnung vorgeschriebenen, aber hin und wieder außer Acht gelassenen öffentlichen Schulprüfungen sollen wieder eingeführt, jedoch ohne Beisein der Superintendenten jährlich nur ein Mal an einem der ersten Sonntage nach der Confirmation der Catechumenen, Nachmittags statt der gewöhnlichen Catechismustehre mit den Schulkindern sowohl, als den seit zwei bis drei Jahren confirmirten Kindern angestellt und der Gestalt gehalten werden, daß die Prediger dieselben mit einer zweckmäßigen Anrede an die Erwachsenen und kurzen Catechisation der Jugend eröffnen und, nachdem der oder die Schullehrer eine Probe von den verschiedenen Arten des Schulunterrichts gegeben, sie mit herzlichen Ermahnungen an Eltern und Kinder beschließen. Zu diesen Prüfungen, welche den Gemeinden jedes Mal acht Tage zuvor von der Kanzel anzukündigen sind, sollen auch die Kinder von den Filialdörfern sich einfinden, es wäre denn, daß diese mit den Mutterkirchen gar nicht verbunden wären, in welchem Falle daselbst die Handlung an einem der folgenden Sonntage vorgenommen werden muß. Nach gehaltenen Schulprüfungen, deren Termine in den tabellarischen Schulberichten mit zu bemerken sein werden, sollen die Prediger an einem von ihnen zu bestimmenden Tage die Schuldiener ihrer Parochie zu sich in ihre Wohnung berufen, um sich mit ihnen über die Einrichtung und Verfassung der Schulen und die Fortschritte der Schulkinder ausführlicher zu besprechen, sie besonders auf die Vorzüge und Fehler in der Methode und Disciplin aufmerksam zu machen und zu ihrer weitem Ausbildung und Vervollkommenung ihnen nähere Anleitung zu geben, auch demnächst, wann und wie solches geschehen sei, in den tabellarischen Schulberichten kürzlich berühren.

Die Schuldiener aber sollen die guten Lehren, Erinnerungen und Zurechtweisungen der Prediger dankbar annehmen und sorgfältig benutzen, auch die Catechisationen der Prediger aufmerksam anhören, um daraus für sich zu lernen; wie denn überhaupt von jedem Schuldiener erwartet wird, daß er es an der schuldigen Folgsamkeit gegen seine Vorgesetzten in keinem Betrachte werde fehlen lassen, auch jedes subordinationsswidrige Betragen mit aller Strenge geahndet werden wird.

Was die Lehrart in den Schulen betrifft, so sind, mit Rücksicht auf die §§. 18 und 21 der Schul-Ordnung und die im Jahre 1767 erschienene Instruction für Schuldiener auf dem Lande, \*) vornehmlich mehrere Punkte vorgeschrieben worden, worauf die Lehrer sehen sollen. \*\*)

Für die Einführung zweckmäßiger Schulbücher soll nach Zeit und Umständen allmählig gesorgt werden, auch vorläufig hiermit gestattet sein, neben den bisher üblichen auch andere brauchbare Bücher, wo die Anschaffung derselben thunlich ist, in Gang zu bringen.

Weil aber auch der beste und zweckmäßigste Schul-Unterricht der Jugend nicht anders als bei einem fleißigen Schulbesuche zu statten kommen kann, so ist in Gemäßheit der Schul-Ordnung verordnet, daß alle Kinder eines jeden Orts, sobald sie schulfähig geworden sind, welches wenigstens im 6ten Jahre

\*) S. Schuldiener.

\*\*) Es folgen hier mehre, die Lehrmethode betreffende Vorschriften.

ihres Alters der Fall sein wird, in die Schule gehen und dieselbe ohne ausdrückliche Entschuldigung und darauf ertheilte Erlaubniß unter keinerlei Vorwände versäumen sollen. Es sollen deshalb

1) die Prediger aus den Kirchenbüchern, welche sie führen, alle halbe Jahre ein alphabetisches Verzeichniß aller schulfähigen Kinder entwerfen und die Eltern der Kinder, welche nicht von selbst zur Schule kommen, an ihre Pflicht erinnern lassen, bei fernerer Saumseligkeit oder Renitenz aber dieselben sofort der Obrigkeit anzeigen, damit sie durch dienliche Zwangsmittel zur Ordnung angehalten werden.

2) Die Schuldiener sollen von den Kindern, welche die Schule wirklich besuchen, nach Anweisung der Schul-Ordnung ein genaues Verzeichniß halten und darin jedes Kind, welches dieselbe auf längere oder kürzere Zeit versäumt, observanzmäßig bemerken, diese Verzeichnisse oder Absenten-Listen aber, wie oben verordnet worden, am Schlusse jedes Quartals, auch bei enormen Schulversäumnissen noch früher beiden Visitatoren übergeben, damit dieselben nöthigen Falls darüber conferiren und die Obrigkeiten wegen der Absenten die gehörigen Zwangsmittel ergreifen können.

3) Wenn jedoch diese und jene Kinder aus gegründeten Ursachen nicht zur Schule kommen können, so sollen die Eltern in den Mutter-Orten dieselben bei dem Prediger und Schuldiener zugleich, die von den Filialdörfern aber, im Falle sie nur auf einzelne Tage aus der Schule bleiben müssen, bei dem Schuldiener, auf längere Zeit hingegen ebenfalls bei dem Prediger entschuldigen oder entschuldigen lassen, und kann alsdann der Prediger, statt die sonst üblichen Entschuldigungsscheine zu geben, nur die entschuldigten Kinder in seinem alphabetischen Verzeichnisse bemerken und demnächst in den ihm deshalb zu präsentirenden und von ihm zu attestirenden Absenten-Listen mit einem großen E, der Schuldiener aber die bei ihm entschuldigten mit einem kleinen e bezeichnen, damit die Aeltern solcher Kinder nicht mit den wirklich straffälligen, gegen welche nach der Schul-Ordnung unnachsichtlich zu verfahren ist, zur Strafe gezogen werden.

Da indessen die Landleute ihre heranwachsenden Kinder oft zur Arbeit nöthig haben, so wird fernerhin, wie es bereits an mehreren Orten, besonders in zahlreichen Schulen geschehen ist, gestattet, daß die größern und kleinern Schulkinder von einander getrennt und die erstern Vormittags, die letztern Nachmittags allein unterrichtet werden; da denn die Eltern dieselben nur wenige Stunden täglich aus ihren Häusern und von ihren Geschäften entbehren, mithin für willkührliche Schulversäumnisse schlechterdings keinen Vorwand und gegen die strengste Bestrafung derselben keine weitere Ausflucht behalten.

In Ansehung der Schulzeit hat es bei dem, was in der Schul-Ordnung darüber festgesetzt worden, sein Verbleiben. Es soll nämlich

1) im Winterhalbenjahre von Michaelis bis Ostern ordentlicher Weise von 8 Uhr Vormittags oder, wenn Wochengottesdienst eintritt, gleich nach Endigung desselben bis 11 Uhr und von 1 bis 3 Uhr Nachmittags Schule gehalten werden, nur den Mittwoch- und Sonnabend-Nachmittag ausgenommen, wogegen aber an den Orten, wo die Trennung der größern und kleinern Kinder Statt findet, die letztern an den übrigen Nachmittagen wenigstens eine halbe Stunde länger und am Mittwoch- und Sonnabend-Vormittage beide Abtheilungen nacheinander unterrichtet werden müssen.

2) Von Ostern bis Johannis soll die Schule an den Tagen, wo kein Wochengottesdienst eintritt, als an welchen Tagen die hierzu bestimmte Zeit abgeht, Vormittags von 6 bis 9 oder von 7 bis 10 Uhr, Nachmittags aber von 1 bis 3 Uhr dauern; wobei nachgelassen wird, daß in diesem Quartale auf den Dörfern allenfalls überhaupt nur 4 Stunden Vormittags, nämlich von 6 bis 8 Uhr für die größern und von 8 bis 10 Uhr für die kleinern Kinder, Schule gehalten werde.

3) Von Johannis bis Michaelis aber soll es genug sein, wenn sämtliche Schulkinder auf dem platten Lande, auch diejenigen in den Landstädten, deren die Eltern zu ländlichen und häuslichen Geschäften bedürfen, täglich nur zwei Stunden, entweder früh Morgens oder Mittags um 11 bis 1 Uhr die Schule

Schule besuchen und können alsdann, so oft es nöthig ist, die größern zuerst unterrichtet und früher als die kleinern entlassen werden, und wenn

4) die dringendste Erndtzeit auch hierbei tageweise oder wochenweise noch einige Ausnahmen erforderlich machen sollte, so bleibt es den Predigern, nicht aber den Schuldienern überlassen, das Nöthige deshalb nach Zeit und Umständen zu reguliren.

Nur soll es durchaus nicht länger geduldet werden, daß die Sommerschulen gänzlich hintangeseht oder gar die Winterschulen nach der Willkühr der Eltern von den Kindern versäumt werden, und haben daher die Superintendenten und Prediger über das ordentliche Schulgehen der Kinder gehörig zu halten und daran die Eltern oft zu erinnern und durch die Schuldiener erinnern zu lassen, auch jedes unfleißige Schulkind so lange, bis es die Schule fleißiger besucht, nach der in dieser Rücksicht ihnen schon vorlängst erteilten Befugniß von der Confirmation zurückzuweisen, und wenn solches Alles wider Verhoffen nichts fruchten, oder gar den Predigern und Schuldienern von widerspenstigen Eltern ungebührlich begegnet werden sollte, gegen diese obrigkeitliche Hülfe zu suchen.

Gleicherweise ist streng darüber zu halten, daß die öffentlichen Catechismuslehren von der Schuljugend sowohl, als der gesammten seit 2 bis 3 Jahren confirmirten Jugend fleißig besucht und um so weniger vernachlässigt werden, je nöthiger dieselben zu einer fortschreitenden Belehrung und Bildung der Jugend nicht nur, sondern selbst der Erwachsenen sind.

Und damit niemand sich mit der Unwissenheit entschuldigen könne, so soll das, was hier in Hinsicht auf den regelmäßigen Besuch der Schulen und Catechismuslehren verordnet worden, nach der Anlage A \*) den Gemeinden alljährlich nach der öffentlichen Schulprüfung von den Predigern wörtlich vorgelesen, auch am Michaelisfeste, daß die ordentliche Winterschule am Montage nach demselben wieder angehe, von den Kanzeln abgekündigt werden. \*\*) Circular-Rescript des fürstl. Consistorii zu Wolfenb. v. 13. März 1802.

Den weltlichen Kirchen- und Schulvisitatoren wird das vorstehende Circular-Rescript zur genauen Befolgung, insbesondere was die Beförderung des fleißigen Schulbesuchs betrifft, mitgetheilt und zugleich bestimmt, daß die Hälfte der von den Eltern wegen willkührlicher Schulversäumnisse der Kinder eingehenden Strafgeelder den Amtsunterbedienten, welche zur Beitreibung derselben gebraucht werden, anheim fallen, die andere Hälfte aber mit Zuziehung der geistlichen Visitatoren und der Prediger zur Anschaffung nöthiger und nützlicher Schulbücher verwandt werden soll. Consistorial-Rescript vom 13. März 1802.

Da die in ebengedachtem Circularschreiben enthaltene Bestimmung, daß alle Kinder eines Ortes, sobald sie schulfähig geworden sind, »welches wenigstens im 6ten Jahre ihres Alters der Fall sein wird,« in die Schule gehen sollen, der Gestalt mißverstanden worden, als ob dadurch der in der Schul-Ordnung von 1753 vorgeschriebene und an manchen Orten längst eingeführte frühere Schulbesuch der Kinder gänzlich aufgehoben wäre, so ist diese Vorschrift dahin erklärt worden, daß es in Ansehung des ordentlichen und regelmäßigen Termins des anhebenden Schulbesuchs der Kinder bei dem, was in der Schul-Ordnung darüber verordnet worden, sein Verbleiben hat, und durch das Consistorial-Ausschreiben v. 13. März 1802 nur nachgelassen ist, solche Kinder, welche aus gegründeten Ursachen nicht früher, als im 6ten Jahre ihres Alters zur Schule kommen können, erst in diesem Alter, mithin nach geendigtem 5ten Lebensjahre, dazu anzuhalten sind; ein späterer Anfang des Schulbesuchs aber überall nicht Statt haben soll. Uebrigens soll diese Declaration bei dem jährlichen Verlesen des Abkündigungs-Formulars den Gemeinden mit bekannt gemacht werden. Circular-Rescript des fürstl. Consistorii zu Wolfenb. v. 23. Octbr. 1802.

\*) Diese Anlage enthält nichts weiter als einen Auszug aus dem obigen Circular-Rescripte.

\*\*) cf. Consistorial-Ausschreiben v. 9. Octbr. 1824. (Bege I. p. 204.)



und Pferd confiscirt und die Thäter noch dazu auf das Nachdrücklichste, auch wenn der Unfug von einem Knechte ohne Vorwissen seines Herrn geschehen, mit dem Karren bestraft werden und die Herren dafür bei namhafter Strafe haften sollen, daß sie ihren Knechten künftig bei deren Annahme diese Verordnung kund machen. Ein Jeder, der eine Contravention anzeigt, hat 10 Thlr. als eine Belohnung aus des Contravenienten Vermögen zu gewärtigen. Verordnung des Polizei-Depart. zu Braunschweig v. 24. Novbr. 1767. (Br. Anz. v. 1767. Nro. 95.)

Bauschutt und anderer Kummer soll bei Vermeidung von 10 Thlr. Strafe nicht vor die Thore der Stadt Braunschweig auf ebene Wege gefahren werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 10. Mai 1785. (Br. Anz. v. 1785. Nro. 38.)

Das Verbot ist unterm 9. Juni 1786, 15. Mai 1787, 5. Juli 1790 und noch später mehrmals wiederholt, dem Denuncianten auch die Hälfte der eingehenden Strafgeelder zugesichert. (Br. Anz. v. 1786. Nro. 45, 1787. Nro. 42 und 1790. Nro. 54.)

cf. Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction v. 19. Septbr. 1816. (Br. Anz. v. 1816. Nro. 74.) — Desgl. v. 27. Septbr. 1821. (Br. Anz. v. 1821. Nro. 76.) — Desgl. v. 9. Mai 1822. (Br. Anz. v. 1822. Nro. 38.) — Desgl. v. 2. Juni 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 44.) — Desgl. v. 6. Juli 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 52.) — Desgl. v. 22. Octbr. 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 180.)

## Schußblattern.

G. Schußpocken.

## Schußbürger.

G. Fremde in Braunschweig.

## Schuß- und Dienstgeld.

Der Häuslingsdienst wird nicht mehr geleistet und eben so wenig noch das Häuslings-Schußgeld entrichtet. Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §§. 85 bis 87. — Verordn. v. 28. Januar 1835, die Ausführung dieser §§. betr.

G. übriges: Dienste.

## Schußjuden.

G. Judenthast in Braunschweig.

## Schußpocken.

Da die Einimpfung der Schußpocken auf alle mögliche Weise befördert werden soll, so hat das Obersanitäts-Collegium die Anweisung erhalten, eine förmliche Instruction für die Aerzte in dieser Hinsicht zu entwerfen (welche zu seiner Zeit weiter bekannt gemacht werden soll), auch ist es genehmigt worden, daß in dem Armen-Krankenhaus und Militär-Hospitale Vaccinations-Anstalten zur Impfung der ärmern Kinder und der Soldaten, und um zugleich den ununterbrochenen Zugang zu ächter und brauchbarer Lympe zu sichern, vorgerichtet werde; auch sollen die Prediger durch zweckmäßige Belehrungen bei schicklichen Veranlassungen und öffentlichen Kanzelvorträgen das Zutrauen zu der Wirksamkeit der Schußblattern vorzüglich wecken und zu befestigen suchen. Landesfürstl. Rescript an die Consistorien vom 14. August 1806.

cf. Gesetz v. 30. März 1833, die allgemeine Einführung der Kuhpocken-Impfung betr.

## Schwächung adlicher und anderer Personen angesehenen Standes.

S. Ehebruch, Hurerei 2c.

## Schwämmesuchen.

Da Wilddiebe, wenn sie ergriffen zu werden besorgen, ihre Gewehre zu verstecken und unter dem Vorgeben, Schwämme zu suchen, in den Forsten umher zu kriechen pflegen, so wird verordnet, daß niemand, ohne von den Ober-Forstbedienten erhaltene schriftliche und jedes Mal vorzuzeigende Concession, sich unterstehen soll, in den Forsten Schwämme zu suchen, und jeder, welcher sich diesem entgegen in Zukunft darüber betreten läßt, zur Haft gebracht und mit der Inquisition gegen ihn verfahren werden soll. Landesf. Verordn. v. 18. Febr. 1768. (Br. Anz. v. 1768. Nro. 20.)

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 66 und 67.

## Schwärmerwerfen.

S. Freischießen in Braunschweig.

## Schwangere.

S. Eid vor dem Untergerichte zu Braunschweig; §. 9. — Execution, wie damit vor dem Untergerichte zu Braunschweig zu verfahren ist — Zucht- und Werkhaus.

## Schwangere Huren, Aufnahme derselben.

S. Weibspersonen, unzüchtige.

## Schweine.

Die Schweine sollen im Hüten auf der Stoppel vor anderm Viehe den Vorzug haben. Allgemeine Landes-Ordn. Art. 51.

Von Lichtmess bis Michaelis \*) sollen keine Schweine in den Forsten und Holzungen, worin der Landesfürst mit der Wildbahn berechtigt, geduldet, noch weniger geweidet, sondern wenn dergleichen darin angetroffen werden, so sollen dieselben sodann, sie mögen den fürstl. Beamten oder Unterthanen zugehören, zu gehöriger Bestrafung zur Forst-Wroge geschrieben werden. Landesf. Verordn. v. 2. März 1706.

S. auch: Mastung — Schweine und Gänse.

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 75 und 85.

## Schweine, Auf- und Vorkauf derselben.

Inhalts der Markt-Ordnung v. 29. Septbr. 1763. §. 8 \*\*) ist den Vieh- und Schweinehändlern in Braunschweig bei 10. Thlr. Strafe und Verlust der Schweine untersagt, Schweine vor 10 Uhr auf dem gewöhnlichen Marktplatz, es sei entweder gegen Eintauschung fetter Schweine gegen magere, oder

\*) S. Schneiders Repertorium Th. II. p. 342, wo diese Verordnung vollständig abgedruckt ist. In Wolterecks kurzem Begr. Braunsch. Wolfenb. Landes-Ordn. p. 184 ist der Zeitraum von Fastnacht bis Jacobi angegeben.

\*\*) S. Wochenmärkte in Braunschweig.

Durch die landesf. Verordnung v. 10. April 1741 wurden die Ober- und Beamten des fürstlichen Residenzamts und der Magistrat zu Wolfenbüttel, imgleichen die Beamten der benachbarten Ämter befehligt, jeder seines Orts sowohl den (ohnehin verbotenen) Vorkauf der fetten Schweine gänzlich zu untersagen, als auch die Bürger in der Stadt und Unterthanen auf dem Lande zu bedeuten, gar keine fette Schweine an Vorkäufer zu überlassen, sondern, was sie davon zu verkaufen hätten, nach Wolfenbüttel auf den Markt zu bringen, gestalt diejenigen, welche solchem Gebote entgegen handelten, nachdrücklich bestraft werden würden.

umgekehrt, zu erhandeln, vielmehr sollen sie damit so lange, bis der freie Handel eröffnet wird, warten. Avertissement des fürstl. Polizei-Depart. zu Braunschweig v. 14. Novbr. 1789. (Br. Anz. v. 1789. Nro. 92.)

### Schweine und Gänse.

Schweine und Gänse sollen auf den Wiesen nicht geduldet, und die Pfänder jeglichen Orts angewiesen werden, wenn dawider gehandelt wird, mit der Pfändung zu verfahren. Landesf. Ausschreiben vom 17. April 1753. \*)

### Schweine, Umherlaufenlassen derselben in Braunschweig.

S. Hunde, Ziegen, Schweine und Hühner, Umherlaufenlassen derselben in Braunschweig.

### Schweineschneider.

Wenn die Schweine-Schneider in Völlerei, oder sonst durch Unvorsichtigkeit oder Unverstand ihre Arbeit unrecht verrichten und dem Viehe Schaden daher entsteht, so sollen sie denselben ohne einige Verweigerung zu erstatten schuldig sein. Würden sie aber den Schaden aus Muthwillen oder Vorsatz zufügen, so sollen sie nebst dessen Erstattung für jedes verdorbene Stück mit 5 Thlr. bestraft werden und noch dazu ihrer Concessionen verlustig sein und bleiben. Tax-Ordnung vom 29. Novbr. 1645. Tit. 68. §. 4.

Denen von Adel ist die Freiheit gestattet, auf ihren Gütern und in ihren Gerichten, ohne Absicht auf angewiesene Districte, einen Schweineschneider zu nehmen. Landt. Absch. v. 9. April 1770. Art. 56.

cf. Circular-Rescript des herzogl. Staats-Ministerii an die herzogl. Kreis-Directionen vom 14. Mai 1835. \*\*)

\*) Dasselbe enthält außerdem noch andere Vorschriften wegen der Schonung der Wiesen und des Ausstreuens der Maulwurfsäusen; s. Wiesen-Hegen.

\*\*) Der Inhalt dieses, in Betreff der Ausübung des Schweineschnitts wichtigen Rescripts ist folgender:

Obgleich bereits durch den §. 14 des Landtags-Abschiedes v. 11. Juli 1823 bestimmt ist, daß eine jährliche Entrichtung von Recognitions-Geldern für die Ausübung eines Gewerbes nicht mehr Statt finden solle, so sind doch wegen des in demselben §. ausdrücklich gemachten Vorbehalts der von einzelnen Gewerben zu entrichtenden Domänen- oder gutherrlichen Abgaben bisher Zweifel darüber gehegt worden, in wie fern jene Bestimmung auf das früher übliche Verfahren, die Berechtigung zum Betriebe des Schweineschneider-Gewerbes einzelnen Individuen, innerhalb bestimmter Bezirke, gegen ein an die herzogl. Cammer-Casse zu zahlendes jährliches Pacht- oder Recognitions-Geld zu überlassen, in Anwendung zu bringen sei. Wir finden Uns daher veranlaßt, zur Beseitigung der bisherigen Ungewißheit und um in dieser Angelegenheit ein dem Interesse des dabei beteiligten Publicums und der bestehenden Legislation entsprechendes Verfahren einzuführen, hiermit Folgendes zu bestimmen:

- 1) Eine Verpachtung des Schweineschnittes findet in Zukunft überall nicht mehr Statt.
- 2) Dagegen soll den geprüften und im Lande angestellten Thierärzten, von deren Geschicklichkeit das Publicum eine möglichst große Sicherheit vor etwaigen Verlusten bei dieser offenbar thierärztlichen Operation erwarten darf, als solchen und ohne daß sie dazu noch einer besondern Erlaubniß bedürfen, die Befugniß zur Ausübung des Schweineschnitts in demselben Umfange zustehen, als ihnen die thierärztliche Praxis überhaupt gestattet worden ist.
- 3) Da anzunehmen steht, daß die Anzahl und Vertheilung der Thierärzte in dem hiesigen Lande dieselben in den Stand setzen wird, dem Bedürfnisse überall und in der gehörigen Zeit zu genügen, so soll außer ihnen in der Regel niemandem der Schweineschnitt gestattet und nur da, wo das Bedürfniß des Publicums etwa die Zulassung eines besondern Schweineschneiders erforderlich machen sollte, ein Gewerbeschein zum Betriebe des qu. Gewerbes erteilt werden. In solchem Falle ist jedoch von herzogl. Kreis-Direction jedes Mal zuvor an Uns Bericht zu erstatten, auch eine Prüfung der Geschicklichkeit des zugulassenden Individuums bei dem herzogl. Ober-Sanitäts-Collegio zu veranlassen.

## Schweine=Würste.

Die Fleischer sollen zu den Schweine=Würsten kein Schaf= oder Ochsenblut, Schaf= oder Ochsenfleisch, Leber, Lunge, oder auch Mehl, Semmel, Brod, Grütze oder anderes mit einmengen, sondern dieselben von lauter Schweinefleisch und Blut machen, bei ernstster Strafe. Tax=Ordn. v. 29. Novbr. 1645. Tit. 10. §. 14.

## Schwell= und Sülzhölzer.

S. Bauen auf dem Lande.

## Schwören.

S. Fluchen und Schwören.

## Scontriren, Scontro=Bücher und Assigniren.

S. Wechselrecht; Wechsel=Ordnung v. 1. August 1715. Art. 49 sqq. und landesf. Declaration vom 27. Septbr. 1799. — Wechsel, Verfallzeit derselben — Discontiren.

## Section gewaltsam getödteter Personen.

Wenn sich begeben sollte, daß eine Person, es sei dieselbe vom Militair= oder von anderm Stande, an einem mit zu der Festung und deren Werken gehörigen Orte oder Wasser um das Leben käme, so soll die Aufhebung und Secirung des todten Körpers von dem jedesmaligen Commandanten, dahingegen aber, wenn eine solche Person vom Militair oder von anderm Stande an einem unter des Stadt=Magistrats Jurisdiction belegenen Orte oder Wasser todt gefunden würde, sodann auch von dem Stadt=Magistrate die Aufhebung und Secirung des todten Körpers verfügt werden, \*) was aber die Beerdigung anbetrifft, so wird solche den vorkommenden Umständen nach entweder den Verwandten der verstorbenen Person oder deren ordentlicher Obrigkeit überlassen. \*\*) Landesf. Regulativ v. 24. Januar 1737.

4) Ausnahmeweise sollen neben den Thierärzten die früheren Pächter des Schweineschnitts, deren Concessionen zwar bereits abgelaufen sind, die jedoch gegen Entrichtung des stipulirten Recognitions=Geldes ihr Gewerbe in den ihnen durch die Concessionen angewiesenen Bezirken noch betrieben haben, insofern sie Inländer sind und nicht sonstige polizeiliche Gründe entgegenstehen, zur Betreibung dieses Geschäfts und zwar ohne die bisherige Beschränkung auf bestimmte Bezirke, jedoch ohne Gehülfen halten zu dürfen, gegen Entrichtung der Gewerbesteuer berechtigt bleiben.

5) Von allen denen, welche zur Ausübung des Schweineschnitts künftighin berechtigt sind, soll ein Mehreres für die Vornahme dieser Operation nicht gefordert werden dürfen, als

für eine Sau.....	2	Ggr. 8	Pf.
» ein Polk.....	2	»	— » und
» ein Ferkel unter 12 Wochen	1	»	— »

Die herzogl. Kreis=Direction hat nunmehr hiernach sich zu achten, auch den ihr untergeordneten gewerbepolizeilichen Behörden das Nöthige zu eröffnen, und bemerken Wir, daß das herzogl. Ober=Sanitäts=Collegium behuf Benachrichtigung und Anweisung der Thierärzte von dieser Verfügung hierneben in Kenntniß gesetzt worden ist.

\*) Die Aufhebung und Section wird jetzt in allen Fällen von den Civilgerichten angeordnet; vergl. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Mobilisation der Verordnung v. 26. März 1823 betr., §. 4. Nro. 2. — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel zc. betr., p. 311. §. 155.

\*\*) In Betreff der Frage, in wiefern die Kosten der Aufhebung und Beerdigung unbekannter Leichen der Staats=Casse oder den Gemeinde=Cassen zur Last fallen, entscheidet das nachstehende an den Stadt=Magistrat zu Holzminden ergangene Rescript:

Wir eröffnen dem Stadt=Magistrate zu Holzminden auf die Vorstellung v. 11. August v. J. wegen der der dasigen Stadt zur Last gelegten Kosten der Aufhebung und Beerdigung einer im dasigen Stadtgebiete gefundenen unbekannten Leiche, nachdem Wir darüber die gutachtliche Äußerung der herzogl. Landes=Direction eingezogen haben, daß der Staat zwar allerdings nach klaren gesetzlichen Vorschriften verpflichtet ist, die durch die Aufhebung des Kdr=



Wenn eine Wunde nach den äußerlichen Theilen des Hauptes an sich und ihrer Natur nach für schlechterdings tödtlich von dem Medicus und Chirurgus erkannt und gehalten wird, so bedarf es keiner weitem Section zu Beurtheilung der Letalität. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 19. März 1766.

Da es um der Frucht willen nöthig ist, daß schwangere Personen, wenn sie erfroren sind, secirt werden, so soll dafür gesorgt werden, daß wenn sich dergleichen casus ereignen, die gestorbenen schwangern Personen jedes Mal secirt werden. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig vom 17. Januar 1768.

cf. Rescript fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 8. Octbr. 1823. (Bege I. p. 30.)

### Sectionen-Gebühren der Medici.

Der Medicus soll für die Section 2 Thlr. und der Chirurgus eben so viel, incl. des Berichts, haben; die Reisekosten aber sind besonders zu bezahlen. Rescript fürstl. Cammer v. 21. Januar 1752.

cf. Rescript fürstl. Cammer-Collegii v. 28. Mai 1818. (Bege I. p. 24.) — Desgl. v. 22. April 1820. (Bege I. p. 29.) — Schreiben herzogl. Ober-Sanitäts-Collegii v. 9. Mai 1831 und 3. Novbr. 1832. (Bege III. p. 298 und 303.)

### Seelenlisten.

Die über die Aufstellung der Seelenlisten gegebenen ältern Bestimmungen \*) sind durch die neuern Vorschriften, insbesondere durch die Verordn. v. 6. Febr. 1836, das bei der Volkszählung zu beobachtende Verfahren betr., und das Circular-Rescript herzogl. Staats-Ministerii an die herzogl. Kreis-Directionen v. 10. Januar 1837 \*\*) aufgehoben.

S. übrigen: Listen der Geborenen, Copulirten und Gestorbenen.

pers verunglückter unbekannter und bekannter unvermögender Personen durch die Anwendung von Rettungsmitteln und durch die Untersuchung der Todesursache veranlassen, so wie die sonstigen, durch die Sicherstellung des corporis delicti herbeigeführten Kosten, als die des Transports und der einstweiligen Bewachung der Leiche, zu tragen, indem diese Kosten als ein onus jurisdictionis zu betrachten sind; daß dagegen die Kosten der Beerdigung einer solchen Leiche unzweifelhaft der Gemeinde, in deren Bezirke dieselbe gefunden worden, zur Last fallen, in gleichem Maße, als selbiger obliegt, die Kosten der Beerdigung eines in der Gemeinde gestorbenen fremden Armen zu tragen. Daß dadurch etwaige Regreßansprüche nicht ausgeschlossen sind, versteht sich von selbst. Ueber das ersterwähnte Prinzip giebt die landesf. Verordn. v. 21. Decbr. 1780, über das letztere die Verordnungen v. 7. Juni 1770 und 11. August 1795 deutliche Maße.

Wenn daher, so viel den zur Sprache gebrachten speciellen Fall betrifft, die fraglichen Kosten lediglich durch die Beerdigung der am 22. Febr. v. J. bei Holzminnen in der Weser gefundenen Leiche veranlaßt sind, so kann die Stadt Holzminnen deren Ersatz vom Fiskus nicht verlangen, sollten indeß darunter auch Ausgaben für die Aufhebung der Leiche u. begriffen sein, so würden diese, worauf eventuell anzutragen wäre, der Stadt zu resundiren sein.

Braunschweig, den 21. Mai 1838.

Herzogl. Braunschw. Lüneburgisches Staats-Ministerium.

\*) Die ersten ausführlichen Instructionen für die Aufstellung der Seelenlisten und zwar eine für das Land und eine andere für die Städte, ergingen durch das landesf. Aussch. v. 8. Decbr. 1780, womit den Behörden zugleich Formulare dazu mitgetheilt wurden. Unterm 11. Decbr. 1781 und 24. Novbr. 1782 erfolgten hierzu Nachträge. Nach einem landesf. Ausschreiben v. 11. Decbr. 1783 sollten die Seelenlisten alle 4 Jahre aufgestellt werden.

\*\*) Es folgt hier ein Abdruck dieses Rescripts:

In der Verordn. v. 6. Febr. v. J. ist eine Zählung der Volksmenge nach andern als den bis dahin angenommenen Alters-Classen vorgeschrieben und die Wiederholung des hierunter mit dem Jahre 1836 beginnenden Verfahrens für demnächst weiter zu bestimmende Termine vorbehalten.

Um hin und wieder entstandene Zweifel zu beseitigen, wollen Wir der herzogl. Kreis-Direction hierdurch bemerken, daß es nicht unsere Absicht sei, neben den Zählungen nach den in der obgedachten Verordnung bezeich-

## Seidenbau.

Die zur Aufhülfe des Seidenbaues in hiesigen Landen ergangenen Verordnungen \*) sind antiquirt.

## Seisensieder, Häuser=Ankauf derselben in Braunschweig.

S. Häuser=Ankauf in Braunschweig.

## Seisensieder=Asche, Abfahren derselben aus Braunschweig.

S. Mist und dergleichen, Abfahren desselben aus Braunschweig.

## Seisensieder=Lauge, Ausschütten derselben in die Okerkanäle.

S. Okerkanäle und Gräben in Braunschweig; Gräben=Ordn. §. 8.

## Seiler.

Die Seiler sollen nicht bei Lichte arbeiten und wenn es ja bei Winterszeit nothwendig geschehen müßte, so sollen sie sich einer wohlverwahrten Leuchte bedienen. Wer dawider handelt, soll, wenn kein Schaden daraus entsteht, mit dem kleinen Karren, wenn aber ein Unglück daraus entstehen sollte, mit dem großen Karren bestraft werden. Landesf. Rescript v. 25. Febr. 1747.

## Seiltänzer.

S. Marktschreier u.

## Seitengräben an den Heerstraßen.

Alles Vieh=Hüten und Treiben mit den Vieh=Heerden durch die zu Ableitung des Wassers an den Wegen

neten Normen auch noch andere in der früher und zwar in Gemäßheit des Rescripts v. 2. Novbr. 1818 befolgten Weise fortbestehen zu lassen, daß vielmehr diese gänzlich cessiren und die Volkszählungen nach Vorschrift der Verordnung v. 6. Febr. v. J., die Wir von drei zu drei Jahren und also für den 1. Juli 1839 zum ersten Male wiederholen zu lassen beabsichtigen, die einzigen sind, mit denen die betreffenden Behörden sich zu beschäftigen haben, wobei es sich indeß von selbst versteht, daß die jährlichen Einsendungen von Nachweisungen der Gebornen, Gestorbenen und Copulirten ihren regelmäßigen Fortgang haben müssen.

\*) Unter der Regierung des Herzogs Carl wurde versucht, in hiesigen Landen Seide zu bauen, zu welchem Ende folgende Verfügungen erfolgten: Im Jahre 1754 (Br. Anz. v. 1754. Nro. 41.) wurde auf das Gewinnen der größten Quantität Seide eine Prämie von 30 Thlr. gesetzt und unterm 2. Januar 1756 (Br. Anz. v. 1756. Nro. 6.) diese Prämie auf 60 Thlr. erhöht und zugleich für die zweite Quantität eine Prämie von 40 Thlr. und für die dritte von 20 Thlr. ausgesetzt. Es gab sodann das landesf. Ausschr. v. 7. Januar 1765 den Obrigkeiten auf, die Unterthanen zum Seidenbau zu ermuntern und ihnen bekannt zu machen, daß sie Unterricht sowohl in Ansehung der Maulbeerbaumzucht, als auch der Erzielung der Seidenwürme und der Seide selbst unentgeltlich erhalten könnten. Nach einer Bekanntmachung des Forstraths von Florencourt v. 25. Septbr. 1765 sollten auf landesf. Befehl die Maulbeerbäume zur Anlegung einer Plantage unentgeltlich verabfolgt werden. Sowohl in dieser Bekanntmachung, als auch in einer spätern v. 12. Septbr. 1766 wurde Anweisung über den Seidenbau gegeben. Durch ein landesfürstl. Ausschr. v. 18. Septbr. 1766 wurden die Obrigkeiten nochmals aufgefordert, die Unterthanen zum Seidenbau zu ermuntern und deshalb die Bauern zu vermögen, daß jeder derselben vorerst nur 2 bis 3 hochstämmige und 20 niedrige Maulbeerbäume anpflanze, wovon sie das Laub in den ersten zwei oder drei Jahren für ein geringes Douceur, nachher aber gegen billige Bezahlung verabfolgen und dafür Bäume unentgeltlich erhalten sollten. Auch wurde den Obrigkeiten eine Anweisung des gedachten Forstraths von Florencourt, wie diejenigen, welche Maulbeerbäume von der Regierung unentgeltlich erhielten, diese Bäume behandeln mußten, durch das landesf. Ausschreiben v. 18. Decbr. 1766 zum pflichtmäßigen Gebrauche zugestimmt, und endlich durch ein gleiches Ausschreiben v. 3. Septbr. 1767 bekannt gemacht, daß 35 bis 40,000 Stück Maulbeerbäume aus den herrschaftlichen Plantagen unentgeltlich verabfolgt werden sollten.

Wegen gezogenen Seitengräben von einer Trift zu der andern, das Abhüten des Grases, womit diese Seitengräben bewachsen sind, wobei das Vieh in und an den Gräben umherklettert, imgleichen die frevelhafte Beschädigung der zur Beschützung der Seitengräben gesetzten Stoßpfähle ist ernstlich und bei Strafe des kleinen, auch dem Befinden nach des großen Karren verboten, und ist demjenigen, welcher einen dieser Verordnung zuwider handelnden Frevler anzeigen und die Richtigkeit seiner Anzeige beweisen wird, ein Dougeur von 5 Thlr. versprochen. Die Obrigkeiten sollen dergleichen Anzeigen schleunig untersuchen und nach wahr befundener Thathandlung den Delinquenten ohne Anstand nach Braunschweig schicken, da denn die Strafe an ihm sogleich vollzogen werden soll. Landesf. Verordn. v. 1. Mai 1761. \*) (Br. Anz. v. 1761. Nro. 51.)

Obgleich in der Verordn. v. 8. Juli 1772, die Erhaltung der in Stand gesetzten Wege betreffend, §. 4 \*\*) bereits verordnet worden, »daß, damit die Seitengräben der Heerstraßen desto besser und länger im Stande bleiben, die Hirten und Schäfer bei Vermeidung nachdrücklicher Bestrafung dahin sehen sollen, daß ihr weidendes Vieh denselben nicht zu nahe komme, also solches jeder Zeit von den Gräben abwehren, am Wenigsten aber selbst mit dem Viehe quer durch die Gräben über die Straße nach der andern Seite treiben, sondern solches lediglich durch die hier und da angelegten Abfahrten dahin bringen sollen; desgleichen, daß das einzelne Hüten mit Kühen, Pferden, Schweinen u. bei schwerer Strafe gänzlich verboten sein soll,« diesem aber überall gänzlich zuwider gehandelt wird, die Hirten ungescheuet in den Seitengräben und auf den Widerlagen der Chaussees hüten und durch dieselben aller Orte auf die andere Seite treiben, auch öfters einzelnes Vieh in und auf denselben gehütet, bei diesem Allem aber auf keine Abmahnungen der Wegwärter geachtet wird, so ist nicht nur der obangezogene Inhalt des §. 4 der Verordn. v. 8. Juli 1772 hierdurch erneuert und bestätigt, sondern auch die darin unbestimmt gelassene Strafe hiermit auf 2 Thlr., oder eine, im Falle des Unvermögens, derselben angemessene Gefängnißstrafe bei Wasser und Brod, für jeden Thaler einen Tag, für jeden Uebertretungsfall, es mag der Uebertreter einzelnes Vieh oder ganze Heerden in den Seitengräben und an den Widerlagen hüten, oder damit quer durch die Gräben und über die Widerlagen auf die andere Seite treiben, bestimmt. Diese Strafe ist auch auf diejenigen hiermit ausdrücklich extendirt, welche sich, wie es seit einigen Jahren zum Mißbrauch zu werden beginnt, gelisten lassen, mit Pflügen, Eggen und leeren, auch öfters mit beladenen Mist- und Erndterwagen durch die Seitengräben zu fahren, statt sich der nach eigener Wahl der Gemeinden dazu angelegten Abfahrten zu bedienen, und soll diese Strafe von den Obrigkeiten an jedem Uebertreter ohne Nachsicht unabkömmlich pünktlich vollzogen werden. Zu diesem Ende haben die bestellten Wegaussseher und Wegwärter auf die Uebertretungsfälle auf das Fleißigste zu achten und solche den Obrigkeiten zur Bestrafung anzuzeigen. Es sollen auch in dieser, lediglich eine Polizeisache betreffenden Angelegenheit den Gemeinden oder andern dabei Interessirten keine Einreden und kein gerichtliches Verfahren dawider wegen vermeintlicher Hude- und Weidgerechtigkeit gestattet, sondern sie damit sofort ab- und zur Ruhe verwiesen werden. Von den eingehenden Strafgeldern soll die Halbschied den Armen-Anstalten des Orts, auf dessen Feldmark die Uebertretung geschehen, anheim fallen, die andere Halbschied aber den Denuncianten gereicht werden, zu welchem Ende diese die Uebertretungsfälle den Ortsobrigkeiten zur Beitreibung der Strafen anzuzeigen haben. Landesf. Verordn. v. 6. April 1790. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 42.)

S. auch: Weiden und Pappeln.

cf. Gesetz über die Chausseergeid-Erhebung, den Gebrauch der Chaussees und die Wegpolizei v. 28. Mai 1835. §. 13.

\*) Eine gleiche Verordnung ist unterm 13. April 1761 ergangen.

\*\*) S. Wege, Besserung und Erhaltung derselben.

## Selbstmorde.

Die in ihren Gemeinden vorgefallenen Selbstmorde sollen die Prediger dem Consistorio anzeigen. Ausschreiben des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 28. Novbr. 1789.

cf. Rescript fürstl. Geh. Rath's-Colleg. v. 8. Octbr. 1823. (Bege I. p. 30.)

## Semi-Caroliner.

Diesenigen Semi-Caroliner (das heißt die, welche im Collegio weder wohnen noch speisen), welche Landesfinder sind, sollen für alle zu hörenden Collegien und den Unterricht in den übrigen Exercitien, die Reitbahn allein ausgenommen, künftig nicht mehr als 25 Thlr. jährlich bezahlen. Dahingegen aber sollen bei diesem nunmehr so sehr heruntergesetzten leidlichen Preise alle hiesigen Stadt-Einwohner, welche ihre Söhne studiren lassen wollen, selbige künftig nicht mehr unmittelbar von der Schule nach Universitäten schicken, sondern dieselben das fürstl. Collegium Carolinum vorher und so lange frequentiren lassen, bis sie sich die erforderliche Geschicklichkeit in allen nöthigen Vorbereitungs-Wissenschaften erworben und darüber von allen ihren Lehrern ein schriftliches beglaubtes Zeugniß erhalten haben werden, welches Zeugniß dem an das fürstl. Ministerium alle Vierteljahr von dem Concilio des fürstl. Collegii einzusendenden Protocollé alsdann förmlich mit beigefügt werden soll. Damit aber auch die jungen Leute nicht aus Eitelkeit, um nur so viel früher Caroliner zu werden, den Schulen zum Nachtheile dieselben zu früh verlassen mögen, so soll künftig ein Jeder, der als ein Studiosus des Collegii Carolini aufgenommen zu werden wünscht, vor dem Concilio vorher in einem Examen geprüft werden, ob er in der lateinischen und griechischen Sprache wenigstens so weit sei, daß er das Collegium mit vollem Nutzen besuchen könne. Uebrigens sollen zwar diejenigen Eltern, welche nicht in hiesiger Stadt wohnen, nicht verbunden sein, ihre Söhne vorher, ehe sie auf die Universität gehen, auf das Collegium Carolinum zu schicken; wenn solche aber hierher kommen, um als Semi-Caroliner dieses Beneficium zu genießen, so sollen sie auch eben so, wie die hiesigen Stadtkinder geschickt dazu befunden werden und die gehörige Zeit darauf verwenden. Landess. Verordn. v. 29. Septbr. 1777. (Br. Anz. v. 1777. Nro. 85.)

Was den Aufwand dieser Semi-Caroliner betrifft, so wird dieser, sie mögen Landesfinder oder Extranei sein, den Eltern lediglich überlassen, und die gemachten Schulden der Landesfinder werden nach Maßgabe der Gesetze als Schulden der Eltern angesehen, sind sie aber Extranei und der Creditor hat Anforderungen an sie, so werden sie nicht eher weggelassen, als jener befriedigt ist. Landess. Reglement, das Collegium Carolinum und dessen Concilium betreffend, v. 26. August 1777.

Auch denjenigen Landeskindern, welche das Collegium wirklich beziehen, soll die auf 25 Thaler heruntergesetzte Pension für den Unterricht und die Exercitien gleichfalls zu gute kommen und sollen also dieselben für Tisch, Wohnung u. so wie die Fremden 150 Thlr., für den Unterricht und die Exercitien aber excl. der Reitbahn nur 25 Thlr., mithin überhaupt jährlich 175 Thlr. an die Casse des Collegii Carolini bezahlen. Landess. Rescript an das Concilium Coll. Carol. v. 22. Januar 1778.

S. auch: Collegium Carolinum \*) — Credit Minderjähriger.

## Servitus fluminis recipiendi.

Da sowohl in Braunschweig als in andern Städten von verschiedenen Einwohnern, welche, vermöge einer auf ihren Häusern haftenden Servitut, das Regenwasser ihrer Nachbarn durch ihr Haus nehmen

\*) Außer den unter diesem Artikel angeführten neuern Verfügungen ist auch die der halbjährlich in dem Braunschw. Magazine erscheinenden Anzeige von den zu haltenden Vorlesungen u. angehängte Benachrichtigung zu bemerken, welche hauptsächlich das zu zahlende Honorar betrifft.

müssen, darüber Beschwerden geführt sind, daß diejenigen, welche dergleichen Servituten exerciren dürfen, diese Gerechtigkeit mißbrauchen und allerlei Unreinigkeiten, auch von Mistlache, Schweinefäulen und dergleichen, durch die Gassen ihnen mit zuführen und dadurch öfters einen unleidlichen und der Gesundheit schädlichen Gestank verursachen, solche Mißbräuche aber um so weniger weiter geduldet werden können, als dadurch öfters zwischen den Nachbarn Klagen und Erbitterungen, auch wohl weitläufige und kostbare Prozesse veranlaßt werden, so wird verordnet, daß alle diejenigen, welche eine *servitutum fluminis recipiendi* gegen des Nachbarns Haus zu exerciren befugt sind, solcher bloß durch Abführung des Regen- und Spühlwassers mit Vorsetzung einer Koste vor das Gassenloch gehörig sich bedienen, widrigen Falls aber, und wenn dieselben andere Unreinigkeit in des Nachbarns Haus führen, sothaner Servitus sofort für verlustig erklärt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 6. Septbr. 1763.

### Servitus prospectus.

S. Bauen in der Stadt Braunschweig. Nro. 2.

### Sehezeit.

Alle und jede, welche in den hiesigen Landen mit der Ober- und Unterjagd berechtigt sind, in specie aber die von Adel und Klöstern, angesehen deren Jagden guten Theils mitten in den herrschaftlichen belegen, sollen binnen der von Alters her üblichen Sehezeit, nämlich von Lichtmess bis Bartholomäi styl. vet. (v. 13. Febr. bis 1. Septbr.) unter keinerlei Prätext, es habe Namen wie es wolle, das geringste Wildpret, (worunter auch das Deputat-Wildpret zu verstehen) welches nicht nach guter weidmännischer Art zulässig, in specie keine Thiere, Nicken noch Bachen schießen oder fangen, sondern solche Zeit, wie gebräuchlich, allerdings respectiren, widrigen Falls gegen die Contravenienten mit der an den öffentlich gesetzten Hegepfählen bemerkten Strafe unnachbleiblich verfahren werden, die herrschaftlichen Jagdbedienten aber, falls jemand von solchen wider diese Verordnung handeln sollte, ihrer Dienste ipso facto entsetzt sein sollen. Landesf. Verordn. v. 2. August 1719. \*)

Diese Verordnung ist durch ein landesf. Edict v. 29. Juni 1778 wörtlich erneuert. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 70.)

cf. Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §§. 140 und 157. — Verordn. v. 16. Septbr. 1827, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betr., §. 11.

\*) Schon unter dem 15. März 1608 ist eine landesf. Verordn. ergangen, kein Wild außer der Zeit zu schießen; unter dem 6. Octbr. 1612 ist abermals ein Edict wider das unzeitige Jagden und Nachstellen des Feder- und andern Wildprets erschienen und durch eine landesf. Verordn. v. 8. Januar 1638 befohlen, daß Inhabts der Jagd-Ordn. mit dem Jagden von Lichtmess bis an den Anfang des Monats Februar bis an Bartholomäi-Tag oder an den Monat September eingehalten werden solle. Ferner ist durch die landesf. Verordn. v. 14. August 1615 verordnet, daß Alle und Jede, sie haben hohe oder niedere Jagd-Gerechtigkeit wie sie wollen, jeder an seinem Orte sich des Jagens, Schießens, Hezens und Nachstellens nach großem und kleinem Wildpret, auch Rebhühnern und dergleichen, altem hergebrachten Jäger-Gebrauche nach, zwischen Lichtmess und Bartholomäi bei Vermeidung höchster Ungnade und willkührlicher Strafe, auch Verlust ihrer Jagd-Gerechtigkeiten, gänzlich enthalten sollen. Zugleich ist auch bei höchster Ungnade und willkührlicher ernstest Bestrafung geboten, daß in der rechten Sehezeit die Gehege mit dem Viehe nicht ohne Unterschied durchgerrieben werden sollen, wodurch dem Wildpret keine ruhige Stunde gelassen und kleines und großes weggeschüchtert werde, und bei ebenmäßiger Bestrafung dem gemeinen Manne und sonderlich den Hirten untersagt, die Wild- und Reh-Kälber aufzufangen, hin und wieder in die Städte und sonst zu verpartiren, auch gleichmäßig die jungen Hasen in den Feldern zu ergreifen, Auer- und Berghühner, Schnepfen-, Fasel- und Rebhühner-Eier wegzunehmen und wohl gar die jungen Küchlein heimzutragen und zu zernichten, wodurch die Wildbahnen in äußerstes Verderben gesetzt würden. Die Obrigkeiten und Forstbedienten, Weigze und Baumeister sollen bei höchster Ungnade und Strafe, auch Entsezung ihrer Dienste über diese Verordnung fest halten, die etwa zu Zeit

## Sichte- und Mahlgeld.

Das Sichte- oder Mahlgeld, so wie das Meßgeld ist in der Stadt Braunschweig gänzlich abgeschafft und soll unter keinem Prätexte, es sei von was für Korn oder Malz es wolle, weiter gefordert oder gegeben werden. Landesf. Verordn. v. 19. April 1731.

S. auch: Mahlmeße.

## Signatur der Expeditionen in den Collegien.

In den abzustattenden Berichten hat der Referent bei der Unterschrift jedes Mal seinen Namen zu unterstreichen. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 17. März 1777.

Da die Signatur der Expedition in den Collegien eben so als die Expedition keine Theilnahme bewirkt und auf beschworne Pflichten und Gewissenhaftigkeit keinen Bezug hat, sondern nur auf den Beschluß des Collegii hindeutet, so kann sich ein dissentirendes Mitglied eines Collegii der Signatur nicht entziehen, es bleibt demselben aber unbenommen, unter dieselbe „me dissentiente“ zu setzen, in welchem Falle es mittelst einer kurzen Note seine Abstimmungsgründe ad acta zu geben hat. Bei Berichtserstattungen kann entweder dieser dissensus in dem Berichte selbst, oder durch einen Separatbericht bemerklich gemacht werden, wie denn auch die Pflicht des Mitgliedes dadurch unverrückt bleibt, daß dasselbe Anzeige thut, wenn im Collegio per plurima ein erweislicher herrschaftlicher Schaden durchgesetzt werden soll. Landesf. Rescript v. 16. Febr. 1804. \*)

cf. Landesf. Rescript v. 25. März 1814. (Bege III. p. 330.) — Ober-Appellat.-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835. §. 169.

## Signatur der Arzneien.

S. Apotheker.

## Silber, Verarbeiten desselben.

Die Gold- und Silberschmiede sollen das Silber nicht geringer als zwölflöthig verarbeiten. Landesf. Rescript an die Magistrate zu Wolfenbüttel und Braunschweig v. 13. Novbr. 1702. \*\*)

ten befundenen Uebertreter alle Mal in Haft nehmen, oder nach Befinden der Personen pfänden und darauf zur gehörigen Bestrafung anmelden. Ferner ist durch die landesf. Verordn. v. 23. April 1697 allen Ober- und Unter-Forst- und Jagdbedienten, nicht weniger allen mit der hohen und niedern Jagd Berechtigten und Privilegirten von Abel ernstlich geboten, daß sich ein Jeder des Jagens, Schießens, Hetzens und Nachstellens nach großem und kleinem Wildpret binnen der Hegezeit, wie auch des Feder-Wildprets in der Brütezeit bei Vermeidung höchster Ungnade und willkürlicher Bestrafung, auch nach Befinden im Falle des Ungehorsams und der Widerspenstigkeit sub poena privationis seiner Jagd-Berechtigung gänzlich enthalten solle. Die herrschaftl. Schützen und Förster aber sollten, so oft sie außer der Zeit ohne speciellen Befehl Wildpret schossen, alle Mal in 10 Thlr. Strafe verfallen sein, auch nach Befinden mit exemplarischer Leibesstrafe belegt werden; diese Verordnung ist unter dem 16. Octbr. 1711 wiederum erneuert.

Als die Ritterschaft im Amte Campen an die für die hiesigen Lande bestimmte Hegezeit nicht gebunden zu sein vermeinte, weil diese früher, als das Amt zur Gelleschen Hoheit gehört habe, dort nicht beobachtet sei, mithin ihr durch die jetzt geforderte Beobachtung der Hegezeit in den ihr bei Uebernahme des Amtes Landesf. confirmirten Privilegien Eintrag geschehe, so wurde derselben durch die landesf. Resolution v. 23. Januar 1709 eröffnet, daß sie von den hiesigen Landes-Verordnungen nicht eximirt, sondern zu deren Beobachtung gleich den übrigen Landes-Untertanen verpflichtet sei und deshalb auch die gesetzlich bestimmte Hegezeit zu beobachten habe.

\*) Unterm 23. Decbr. 1744 ist bereits ein gleichlautendes landesf. Rescript erschienen.

\*\*) In diesem Rescripte war zugleich angeordnet, daß das verarbeitete Silber, ehe es durchs Feuer weißgefotten worden, probirt werden sollte. Dies sollte durch besonders dazu beeidigte Leute nach einer ihnen gegebenen Instruction geschehen, welche sodann das richtig befundene Silber mit einem gewissen Probir-Zeichen, worauf zugleich der Gehalt und wie viel löthig es sei, nebst dem Namen des Meisters, welcher dasselbe verfertigt, exprimirt werden mußte, stem-peln sollten.

### Silber, Ausführung desselben.

S. Bruch: und anderes Gold:, auch Bruch: und Brandsilber.

### Silbererze, Entwendung derselben.

S. Bergwerke, Dieberei auf denselben.

### Simonie.

Sowohl die ausländischen, als die hiesigen Patrone sollen sich bei Verleihung ihrer in hiesigen Landen habenden Pfarren der Simonie nicht schuldig machen und mit einem leidlichen Lehngelde, als von einer guten vermögssamen Pfarre 1 Rosenobel, von einer mittelmäßigen 3 Thlr. und von einer geringen 2 Thlr., friedlich sein. Findet sich, daß der Präsentat (welches derselbe mittelst Eides angeloben soll) ein Mehreres zu Lehngeld gegeben hat, so soll derselbe zur Pfarre keinesweges gelassen, sondern abgewiesen werden, der Patron seines Patronatrechts für das Mal verfallen sein und das Consistorium die erledigte Pfarrstelle besetzen. Verordn. v. 14. Juni 1597.

Gegen das gräuliche Laster der Simonie soll mit allem Rigueur procedirt werden. Kein Patron soll für die Collation einer Pfarre ein Mehreres, als in den Landtags-Abschieden \*) erlaubt ist, von dem Candidaten fordern oder annehmen, gestalt dann derjenige, welcher sich unterstehen wird, solcher Verordnung zuwider ein Höheres sub quocunque praetextu entweder selbst, oder durch andere zu prätextiren, auf des Candidaten bloßes wahrscheinliches Anmelden entweder sich eidlich zu reinigen schuldig, oder der Collation für selbigen Fall verlustig sein soll. Sollte der Patron aber beschuldigt werden, daß er wirklich etwas Unzulässiges angenommen, so soll außs Schärffste darauf inquirirt und, wenn entweder durch Beweisthum oder durch Verweigerung des auf gegründeten Verdacht erfordernten juramenti purgatorii die Verbrecher des delicti convincirt worden, der Patron, er sei in- oder außerhalb Landes, geistlich oder weltlich, dadurch ipso facto seines Patronat-Rechts verlustig sein und niemals eine Präsentation ferner von ihm angenommen, der Candidat aber mit Gefängniß, auch wohl dem Befinden nach mit zeitlicher Landes-Verweisung bestraft werden. Wenn auch sonst jemand, er sei wer er wolle, von einem Candidaten oder dessen Freunden wegen Beförderung zum Kirchenamte einiges Geschenk angenommen zu haben überführt werden könnte, so soll derselbe den Werth desselben zehnfach zu bezahlen schuldig sein, das Geschenk aber, oder die für das Kirchenamt bezahlte Summe demjenigen, der es angeben wird, gegeben werden und die Strafe dem Fiscus heimgefallen sein. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. 2. §. 6.

S. auch: Candidaten der Theologie; landesf. Rescript v. 27. August 1772.

### Sitzen auf eigene Hand.

Häuslinge oder Gesinde, an Manns- oder Weibspersonen, so auf ihre eigene Hand sitzen wollen, soll niemand ohne Verwilligung der Obrigkeit jedes Orts annehmen, bei Strafe von 3 Gulden. Allgem. Landes-Ordn. Art. 23.

Die Obrigkeiten auf dem Lande und in den Städten, wie auch die Gerichtsherrn sollen keiner ledigen Person, die des Vermögens und der Kräfte ist, daß sie andern Leuten dienen kann, gestatten und zulassen, auf ihre eigene Hand zu sitzen, und etwa zur Erndtzeit und wenn die Arbeit am Geschwindesten ist, man auch der Dienste am meisten bedarf, den Bürger oder Bauersmann und sonst die Herrschaften der Gestalt zu übersehen, daß diese die geringe Zeit fast mehr Lohn zulegen müssen, als sie sonst im gan-

\*) In einem Landtags-Abschiede hat sich eine Bestimmung hierüber nicht auffinden lassen.

zen Jahre einem Dienstboten geben dürfen. Sollte sich nun der eine oder andere, um zu dem Ende auf seine eigene Hand zu sitzen, an einem Orte niederlassen und kundbarlich kein böses oder ärgerliches Leben führen, so soll derselbe von dem Beamten und Gerichtsherrn jedes Orts zur Arbeit und Dienstnehmung mit Fleiß erinnert oder, da er sich dessen weigern und redliche Ursachen seiner Verweigerung vorbringen würde, soll er zwar gelitten, dennoch aber mit Contributionen und andern gemeinen Landes-Bürden und Zulagen, jedoch weiter nicht, als nach seinem Vermögen, belegt und nach dem Maße, wie es mit den Häuslingen hergebracht, zu dem Herrendienst gezogen werden. Sollte aber eine ledig sitzende Person sich eines oder mehrerer Laster an Hurerei, Dieberei oder anderer Leichtfertigkeit befleißigen, dieselbe verüben oder anderer Leute Gefinde verführen, so soll dieselbe entweder in Dienst und Arbeit zu treten angehalten, oder aber in diesem Fürsienthume und Lande nicht gelitten werden. Gleichermäßen sollen auch die Wirthe, welche solchem herrnlosen Gefinde Unterschleif oder Herberge geben, ernstlich gestraft werden, worin denn von den Beamten, Gerichtsherrn und Stadtbehörden fleißige Nachfrage und Erkundigung eingezogen und auf die erste Requisition dem einem Amte, Gerichte oder Stadt von der andern möglichste und schleunigste Handbietung geleistet werden soll, alles bei Vermeidung schweren Einsehens, auch wohl gar gestatten Sachen nach der Verlierung der Gerichte. Was aber Eheleute oder Wittwen sind, sie haben Kinder oder nicht, und deswegen oder auch anderer erheblicher Ursachen halber sich häuslingsweise bei Andern aufhalten, denen, wie auch den obigen, soll zwar vergönnt sein, zu Erndte- und andern Zeiten, da der Arbeit viel und häufig, auf ein Vierteljahr oder etliche Wochen bei Andern in Dienste sich zu begeben; es soll aber ihnen die Zeit über ein Mehreres nicht, als sonst einem Knecht oder einer Magd ihres Gleichen auf ein Halb- oder Vierteljahr zu ordentlichem Lohne gegeben wird, und also etwa noch ein Mal so viel als in ordentlichen Diensten, an Gelde bezahlt werden, und wosern sie ein Mehreres fordern oder nehmen würden, sollen sie nicht allein solcher Uebermaße, sondern auch des halben Theils des zugelassenen Lohns verlustig sein; auch soll der, so ihnen ein Mehreres geben wird, für jedes Mal 5 Thaler \*) zur Strafe, und zwar dem Amte oder andern Gerichtshaltern, worunter derselbe gefessen, zu entrichten schuldig sein. Würde aber der Gerichtshalter solche Strafe zu exigiren nachlässig befunden, so soll selbige dem Fiskus anheim gefallen sein. Hätten auch häusigende Eltern mehrere erwachsene Söhne und Töchter, als sie zu ihrer eigenen Arbeit nöthig, so sollen sie selbige bei andern Leuten zu dienen anhalten und nicht, als wenn sie auf ihre eigene Hand säßen, bei sich bleiben lassen, bei Vermeidung von 4 Thalern Strafe. Ein jeder Beamte und Diener ist durch diese Verordnung ernstlich befehligt, daß er der Contravenienten halber, sie seien Obrigkeit oder auch ihre Untersassen, aller Orten fleißige Erkundigung einziehen und davon sofort unterthänig berichten soll, damit dieselben mit obgesetzten Strafen ohne einigen Respect und Unterschied der Personen ohnablässig belegt werden, zu welchem Ende denn kein Einwohner diesem herrnlosen und auf seine Hand sich setzenden Gefindel, wenn solches von andern Orten ankömmt, Unterschleif oder Herberge für sich verstatten soll, sondern wenn dergleichen fremde Leute sich bei dem einen oder andern Unterthanen, es sei in Städten oder Dörfern anmelden werden, mag er sie zwar annehmen, er soll selbige des andern Morgens aber in den Städten den Bürgermeistern, auf dem Lande aber und in den Dörfern durch den Bauernmeister dem Beamten oder dem Gerichtsherrn anzeigen, welche denn, jeder an seinem Orte, den neuankommenden Fremden seiner Ankunft und seines vorigen Verhaltens wegen wohl examiniren und, da er sich als ein Häusling niederzusetzen Willens, an diese Constitution mit allem Fleiße erinnern und zu deren Observanz ernstlich ermahnen sollen; sollten aber die Wirthe, bei denen sich solche neuankommende Häuslinge niederlassen wollen, mit ihnen durchstechen, sie verhehlen und nicht obgesetztermäßen anmelden, so sollen sie deswegen von ihren vorgelegten Beamten der Gebühr nach ernstlich angesehen und für jede Nacht, so sie nach der ersten

\*) Die Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1645 enthält im 75. Tit. gleiche Bestimmungen, indeß setzt sie hierauf eine Strafe von 20 fl.



verschwiegen, zum Wenigsten um einen halben Thaler an Gelde gestraft, die Fremden auch nach Gelegenheit der Umstände und des Verdachts mit allem Ernste angesehen werden. Landesf. Verordn. v. 31. Juli 1654. \*)

Das Gesinde soll nicht auf seine eigne Hand sitzen und sollen die Obrigkeiten, jede ihres Orts, nach dergleichen Gesinde und welcher Gestalt es sich ernährt, sich genau erkundigen und, da nicht etwa sonst erhebliche Ursache sich finden sollte, warum das Gesinde außer Diensten und der Gestalt für sich lebt, dasselbe zu Annehmung gewisser Dienste durch zulängliche Mittel anhalten, dasjenige aber, so wirklich eines lasterhaften Lebens überführt werden kann, im Lande nicht dulden, sondern ungesäumt ausschaffen, wie denn auch, damit die hiermit beabsichtigte gute Intention um so viel mehr befördert werden möge, eine Obrigkeit der andern hierbei behülfliche Hand bieten und das Gesinde, so der Gestalt an einem Orte ausgeschafft, bei Vermeidung willkürlicher Bestrafung nicht wieder aufnehmen noch hegen soll. Landesf. Verordn. v. 29. März 1703.

Die unterm 29. März 1703 erlassene landesfürstl. Verordnung ist dahin declarirt, daß auch der unnöthige Aufenthalt der Kinder bei ihren Eltern für ein verbotenes Sitzen auf eigene Hand zu achten, und daß den Kindern, zumal der Geringen und Häuslinge, der Aufenthalt bei ihren Eltern, wenn dieselben ihrer Hülfe nicht benöthigt, durchaus nicht weiter verstattet, sondern sie zu Annehmung gewisser Dienste durch zulässige Zwangsmittel angehalten und wider selbige Inhalts obiger Verordnung verfahren werden solle. Landesf. Circular-Rescript v. 3. Decbr. 1744.

S. auch: Beamte; landesf. Rescript v. 29. August 1805. — Fremde in Braunschweig; Bekanntm. v. 22. März 1803.

cf. Bekanntm. der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 10. Juli 1816. (Br. Anz. v. 1816. Nro. 55.) — Desgl. v. 3. März 1826. (Br. Anz. v. 1826. Nro. 19.)

### Societates medicae.

Das landesf. Reglement v. 7. Januar 1747, die Societates medicas betr.,\*\*) ist absolet geworden, indem dergleichen Societäten in der vorgeschriebenen Weise nicht mehr bestehen.

\*) Die Verordn. verbietet zugleich den Dreschern, statt des Lohns Getreide zu fordern; s. Dresch-Hinten.

Unterm 28. Octbr. 1722 ist diese Verordn. durch eine von fürstl. Regierung zu Blankenburg auf landesfürstl. Befehl erlassene Bekanntmachung dahin erneuert, daß die auf ihre eigene Hand sitzenden Personen, und zwar sowohl diejenigen, welche ihren etwa noch lebenden Eltern zur Führung deren Hauswesens nicht nöthig wären, als auch die, so nach deren Absterben über ihre Person frei disponiren könnten und von solchen Kräften und Vermögen wären, daß sie andern Leuten dienen könnten, dennoch aber um einer strafbaren Bequemlichkeit willen sich solchem entzögen, nicht nur mit der gewöhnlichen Häuslings-Contribution, sondern auch außerdem mit einem extraordinairn ganzjährigen Schutzgelde von 3 Thalern so lange, bis sie sothanen ihren Stand verändert, belegt werden, danebst auch diejenigen, welche dergleichen Leute bei sich im Hause hätten, in die Strafe des §. 23 der Landes-Ordnung verfallen sein sollten. Es bleibe indeß der vorläufigen Beurtheilung und dem billigen Ermessen der Obrigkeit eines jeden Orts die Application dieser Verordnung und auf welche solche zu richten, überlassen und es soll monatlich eine Specification der in jedem Orte befundenen ledigen Leute und was von selbigen nach Proportion des Gelegten beigetrieben worden, baar an fürstl. Regierung eingesandt werden. Diese Bekanntmachung betrifft außerdem auch die Aufnahme der Häuslinge; s. Häuslinge, Aufnahme derselben.

\*\*) Hiernach sollten die Aerzte eines jeden Orts, auch wenn ihrer nur zwei wären, wenigstens alle 14 Tage zusammen treten, um die von ihnen behandelten, auch andere wichtige Krankheitsfälle mit einander zu besprechen und sich die gemachten Erfahrungen mitzutheilen. Das darüber aufzunehmende Protocol soll dem Collegio medico eingesandt werden. Das Reglement ist sehr umfassend.

## Soldaten, Abfindung der von denselben geschwächten Weibspersonen und Alimention der unehelichen Kinder.

Um die Zweifel darüber, wie es wegen der Unzuchts-Brüche und Alimente der unehelichen Kinder zu halten ist, wenn der stuprator entweder bereits Soldat ist oder sogleich nach begangener Unthat unter der Miliz Dienste nimmt, wird folgendes verordnet: Gleichwie die Bauernsöhne und Knechte, welche eine Uebelthat begangen haben und darauf in Kriegsdienste treten, dadurch von der Strafe sich nicht frei machen können, sondern auf die an die Chefs der Regimenter abzulassenden Requisitionen vor das Amt gestellt werden und daselbst ihre Strafe ausstehen müssen, also können auch solche von Entrichtung der Unzuchts-Brüche nicht frei sein, sondern wenn sie etwas Eigenes besitzen, so sind die Brüche aus ihrem Vermögen beizutreiben. \*) Was aber die Abfindung der geschwächten Weibsperson und den Unterhalt der unehelichen Kinder betrifft, so sind die klagenden Personen mit solchen Forderungen an die Chefs der Regimenter zu verweisen, wosfern jedoch die Soldaten etwas Eigenes im Amte haben, ist den Klagenden daraus gleicher Gestalt zu ihrer Befriedigung zu verhelfen. In dem Falle aber, wenn dergleichen stupratores zwar noch zur Zeit wirklich nichts Eigenes besitzen, jedoch demaleinst ein Erbtheil unter des Amtes Gerichtsbarkeit zu hoffen haben, sollen auch davon sowohl die Unzuchtsbrüche, als die Abfindung der Geschwängerten und der Unterhalt der unehelichen Kinder bezahlt, bis dahin aber, daß solches wirklich erfolgen kann, die Brüche zur Nachricht in den Amts-Registern angezeichnet werden. Landesf. Verordn. v. 19. Decbr. 1744.

cf. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel betr., Art. 146. p. 308 und Art. 163. p. 314.

## Soldaten, Bevormundung deren Kinder.

S. Officiere, Nachlaß der verstorbenen und Bevormundung deren Kinder. \*\*)

## Soldaten, Credit derselben.

Auf höchsten Befehl ist die Verordn. v. 18. Decbr. 1773 \*\*\* in Erinnerung gebracht, mit dem Bemerkn, daß sich dieselbe auch auf die Ehefrauen der Soldaten erstreckt. Bekanntmachung des Magistrats zu Braunschweig v. 24. April 1798. (Br. Anz. v. 1798. Nro. 33.)

Unter wörtlicher Erneuerung der höchsten Verordn. v. 18. Decbr. 1773 ist ferner festgesetzt worden, daß niemand einem Unterofficier oder Gemeinen baares Geld leihen, noch ihm Waaren auf Credit verabfolgen oder sonst Arbeit für ihn machen oder machen lassen, noch auf irgend eine Weise, sie möge Namen haben, wie sie wolle, sich der Gestalt für ihn verbindlich machen soll, daß daraus eine Zahlungsverbindlichkeit von Seiten der Unterofficiere und Gemeinen entstehen könnte, es sei denn, daß der schriftliche Consens

\*) S. Hurenbrüche.

\*\*) Durch die Verordn. v. 21. Januar 1698 und das landesf. Reglement v. 18. August 1698 wurde den Officieren geboten, den Kindern verstorbenen Soldaten Vormünder nicht zu bestellen, oder über die Verlassenschaft sich einige Disposition und über etwaige testamentarische Bestimmungen Cognition anzumaken, sondern solches dem ordinario magistratui eines jeden Orts zu überlassen. Da sich indeß die Obrigkeiten zu der Zeit, als die hiesigen Truppen nach Amerika marschirt waren, um die Bevormundung der Kinder verstorbenen Soldatenfrauen nicht bekümmert hatten, so wurde denselben beim Ausmarsche der Truppen nach Holland durch das landesf. Circular-Ausschr v. 14. März 1788 befohlen, sobald eine von einer abwesenden Militair-Person zurückgelassene Ehefrau mit Hinterlassung minderjähriger Kinder mit Tode abginge, die Sache so anzusehen und zu behandeln, als ob wirklich der Fall einer Vormundschaftsbestellung eingetreten sei und davon an den Landesfürsten zu berichten, damit der überlebende Ehemann durch den Regiments-Chef benachrichtigt werden und derselbe dem Vormunde bekannt machen könnte, wie er es mit der Nachlassenschaft und seinen Kindern gehalten wissen wollte.

\*\*\*) S. Officiere, Schuldenmachen derselben.

Consens des Chefs der Compagnie darüber ausgewirkt würde, widrigen Falls eine mit dergleichen Consens nicht versehene Forderung ohne Weiteres von der Behörde für ungültig erklärt und dem Gläubiger jedes Klagerrecht daraus sogleich abgeschlagen werden soll. \*) Landesf. Verordn. v. 23. Febr. 1802.

S. auch: Montirungsstücke.

cf. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der vorgenommenen neuen Redaction der Kriegsartikel betr., p. 313. Art. 160 und 161.

### Soldaten, Defension derselben.

S. Defension der Soldaten in peinlichen Sachen.

### Soldaten, Ehen derselben.

S. Ehen der Soldaten — Proclamation und Copulation der Soldaten.

### Soldaten, Gerichtsstand derselben.

Die ältern, das Verfahren gegen Militair-Personen sowohl bei Militair-Vergehen, als auch bei nicht militairischen Vergehen und in bürgerlichen Klagesachen betreffenden Verordnungen \*\*) sind durch die neuere Gesetzgebung aufgehoben; s. Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der neuen Redaction der Kriegsartikel u. betr., p. 271. Art. 1 sqq. p. 304. Art. 134 sqq. und p. 312. Art. 157 sqq.

### Soldaten, Krankheiten derselben.

Eines jeden Orts Obrigkeit soll, wenn ein beurlaubter Soldat, er sei in einer Stadt oder auf dem platten Lande, krank wird, solches sofort dem Regiment, worunter er steht, anzeigen, und die Umstände

\*) Ein landesf. Rescript, an den Magistrat der Heinrichsstadt v. 19. Mai 1721, welches sich schon auf ältere Verbote gegen das Creditiren an Soldaten bezog, bestimmte, daß niemand, bei Verlust seiner Forderung, einem Soldaten mehr als für 6 Mgr. und einem Unterofficier mehr als für 12 Mgr. an baarem Gelde oder Effz. und andern Baaren borgen sollte.

\*\*) Die Soldaten waren nur in Realklagen der ordentlichen Jurisdiction unterworfen, außerdem waren sie davon exempt und standen unter dem Kriegsgerichte, doch war auch für einzelne Fälle in Personal-Klagen ein judicium mixtum, welches aus Mitgliedern des Magistrats zu Braunschweig und des Kriegsgerichts bestand, angeordnet. (Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715. Art. 59, landesf. Reglement v. 6. Febr. 1723 und v. 26. Juli 1724 und landesf. Rescr. v. 22. Octbr. 1723.) Wegen der Beurlaubten traten noch weitere Ausnahmen ein, denn diese standen 1) in Sachen die onera publica, wie auch die Dienstleistungen betreffend allein unter der Civil-Obrigkeit, 2) gleichfalls wenn sie auf dem Lande Gewerbe trieben, Contracte schlossen, sich vermieteten oder um Tagelohn arbeiteten und daraus sich Streitigkeiten erhoben. Entstanden zwischen den bei den Bürgern in Arbeit stehenden Soldaten und ihren Meistern oder Mitgesellen Streitigkeiten in Handwerksachen, so sollten jene vor dem Stadt-Magistrate Recht nehmen und geben oder die Werkstatt sofort verlassen. (Landesf. Reglement v. 20. August 1703 und 26. August 1705.) 3) In Landgerichts-Sachen standen sie unter dem Landgerichte. 4) In delictis levioribus untersuchten die Obrigkeiten die Sache bis zum Erkenntniß und sandten die Acten zur Abgabe desselben an die Regiments- oder Bataillons-Commandeure ein, wogegen 5) den Obrigkeiten in delictis gravioribus nur gestattet war, die Delinquenten zu arretiren und das erste Verhör vorzunehmen. (Verordn. v. 14. Febr. 1763 und landesf. Circul. Rescr. v. 14. Juli 1785.) Wenn sich die beurlaubten Soldaten ein unerlaubtes Betragen gegen die Ortsobrigkeiten zu Schulden kommen ließen, so durften die Gerichte dieselben in gefängliche Verwahrung nehmen. (Landesf. Circul. Rescr. v. 5. Decbr. 1798.) Bei Forstvergehen hatte die Civil-Obrigkeit insofern die Bestrafung, als der Beurlaubte eine Geldstrafe zahlen konnte; wenn er hierzu unvermögend war, so sollte die Bestrafung vom Regimente verfügt werden. (Landesf. Circular-Rescript v. 6. Juni 1806.) Beim Tode der Militairperson hörte der privilegierte Gerichtsstand seiner Familie auf. (Landesf. Reglement v. 28. August 1691. — Landesf. Resolution v. 28. August 1694. — Landesf. Verordn. v. 24. Januar 1698. — Landesf. Reglement v. 18. August 1698. — Landesf. Resolution v. 29. Novbr. 1725. — Landesf. Verordn. v. 21. August 1787 und landesf. Rescr. v. 15. Mai 1800.)

des Patienten so ausführlich als thunlich dabei melden, damit der Regiments-Feldscheer nach Befinden derselben ihn mit Arzneien von Hause aus versorgen, und entweder selbst, oder von einem Compagnie-Feldscheer besuchen lassen, oder auch wegen Transportirung des Kranken nach der Garnison die erforderliche Veranstellung getroffen werden könne. Sollten aber die Umstände des Patienten sehr dringend sein und eine schleunige Hülfe erfordern, so ist davon auch zugleich dem Stadt- und Landphysicus des Orts ungesäumte Anzeige zu thun, damit er demselben, seiner Pflicht nach, inzwischen zu Hülfe eile und die benötigten Arzneien verordne. Die Obrigkeiten sollen sich hiernach achten, und die ihnen untergebenen Bedienten darnach instruiren. Landesf. Außschr. v. 18. Decbr. 1784.

cf. Rescr. fürstl. Militair-Administral. Commission v. 5. Mai 1816. (Bege I. p. 302.) — Rescr. herzogl. Kriegs-Collegii v. 22. Novbr. 1832. (Bege III. p. 324.)

### Soldaten, Mieths-Contracte derselben.

S. Militair-Personen, Mieths-Contracte derselben.

### Soldaten, pensionirte, Gerichtsstand derselben.

Da die pensionirten Militair-Personen eigentliche Militair-Vergehen sich nicht zu Schulden kommen lassen können, so stehen sie jetzt ohne Beschränkung sowohl in Untersuchungs- als in Klagesachen unter den Civil-Gerichten; \*) f. Soldaten, Gerichtsstand derselben.

### Soldaten, Verabschiedung derselben.

S. Gesetz v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr., §. 53 sqq. Die ältern Bestimmungen sind aufgehoben. \*\*)

### Solutio particularis.

Der §. 15. Cap. 30 der Untergerichts-Ordnung, \*\*\*) nach welchem den ohne ihr Verschulden zurückgekommenen Debitoren leidliche Termine zur Bezahlung allenfalls ex officio gesetzt werden sollen, ist dahin declarirt und restringirt, daß zwar mit denjenigen, die, wie daselbst in Mehrern angeführt, nicht aus eigenem Verschulden, sondern durch unvermeidliche Unglücksfälle um das Ihrige gekommen und in Schulden gerathen, jedes Mal Geduld getragen und ihnen zur Abführung der Schulden leidliche Termine gegönnt werden; denjenigen aber, welche sofort nach wider sie angestellter Untersuchung und darauf erfolgtem rechtlichen Erkenntnisse solche casus fortuitos mit genugsamem Beweisthume nicht allegiren können, sondern bloß

\*) Nach dem landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 23. März 1743 sollten alle verabschiedete Soldaten ohne Unterschied, ob sie Gnabengelder genossen oder nicht, unter der Jurisdiction des Magistrats stehen; dies wurde indeß durch das landesf. Rescr. v. 8. Octbr. 1771 dahin abgeändert, daß alle Militair-Pensionaire der Gerichtsbarkeit des Garnison-Kriegsgerichts der Gestalt unterworfen sein sollten, daß, wenn sie unter einander Klage hätten, solche von demselben allein untersucht und entschieden werden sollte, wenn sie aber mit Bürgern klagten, ein *judicium mixtum* formirt und zwar, falls ein Bürger gegen einen Pensionair Klage erhöhe, ein Assessor aus dem Magistrats-Collegio dem Kriegsgerichte, hingegen wenn ein Pensionair gegen einen Bürger klagte, ein Assessor vom Militair-Stat dem Magistrate beizumohnen sollte.

\*\*) Nach dem landesf. Rescripte v. 22. Juni 1771 sollte einem Soldaten, welcher deshalb, weil er ein Grund-Eigenthum übernehmen wollte, um Verabschiedung nachsuchte, der Abschied erst nach der wirklichen Uebnahme des Eigenthums ertheilt werden. Die Abschieds-Gesuche sollten in der Regel bei der revue, in besondern Fällen aber spätestens bis Ende Februars und zwar immer zugleich mit dem obrigkeitlichen Berichte überreicht werden. Landesfürstl. Rescript v. 19. Juni 1773.

\*\*\*) Dies ist nach der verbesserten Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig der 12. §. des XVI. Capitels; f. Introduction, wie damit beim Untergerichte zu Braunschweig zu verfahren ist.

in executione, um dieselbe zu eludiren oder zu verzögern, dergleichen vorwenden wollen, solches beneficium nicht zu statten kommen, sondern wider dieselben mit unverzüglicher Execution verfahren und durch diese den Gläubigern zu ihrem völligen Credit verholfen werden soll. Landesf. Declaration v. 27. Octbr. 1704.

S. auch: Briefe und Siegel, klare — Wechselrecht; Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715. Art. 35.

### Sonntagsfeier.

S. Feiertags-Ordnung.

### Sonntags-Gelage.

S. Pfingst- und Fastnachts-, wie auch Sonntags- und andere Gelage.

### Spanndienste.

S. Dienste — Vorspann und Reitpferde bei herrschaftlichen Reisen — Reisefuhren — Rothfassen, Pferdehalten derselben.

### Special-Inquisition.

S. Suspensio ab officio.

### Expeditionen-Geschäfte.

Diejenigen Bürger, welche sowohl in- als zwischen den Messen Commissions- und fremde durchgehende Güter in Commission empfangen und Factoreien ererciren wollen, sollen sich bei fürstl. Cammer melden und daher ohne Entgelt einen Schein, daß ihnen die Factoreien verstattet, erhalten; wer solches unterläßt, soll beim Packhause dafür nicht angesehen oder admittirt werden; wie denn auch Fremde und Auswärtige von diesem Gewerbe gänzlich excludirt werden, §. 26. Die solcher Gestalt admittirten Factoren sollen auf ihren geleisteten Bürgereid verwiesen werden, und darauf versichern, daß sie alle und jede ihnen zugesandten Güter bei dem Packhause, imgleichen ob es durchgehende oder hierbleibende, ob es fremde oder eigene Güter sind, treulich und richtig angeben, auch ratione der fremden Güter, anstatt der Eigenthümer, als Selbstschuldige die Berichtigung des Zolls beschaffen wollen, gestalt denn, da jemand von diesen Factoren überwiesen werden sollte, daß die Angebung nicht richtig von ihm geschehen, derselbe als meineidig deshalb bestraft werden soll. §. 27 der landesfürstl. Verordnung, die Handlung auf den Braunschweigischen beiden großen kaiserlichen Jahrmärkten oder Messen betreffend, v. 3. Juli 1737.

Es soll zwar in den Messen einem jeden auswärtigen Kaufmann frei stehen, die Absendung seiner von da wegzuschickenden Waaren selbst zu besorgen, die Frachten auszumachen und zu bedingen; wenn aber einige Kaufleute sich damit nicht selbst abgeben wollen, so haben selbige sich des Falls an die zu Braunschweig zum Besten der Kaufmannschaft nach geschehener hinlänglicher Prüfung angenommenen Factoren \*) allein zu wenden, und hat es bei der in der Mess-Ordnung v. 3. Juli 1737. §. 26 gemachten ausdrücklichen Verordnung sein Bewenden, daß Fremde und Auswärtige von diesem Gewerbe völlig excludirt sein sollen. So soll auch kein Fuhrmann bei Vermeidung namhafter Strafe sich unterstehen, mehr Ladung, als er mit seinem eigenen Fuhrwerk wegbringen kann, anzunehmen und an andere zu verdingen. Landesf. Declaration der unter dem 3. Juli 1737 erlassenen Mess-Ordnung, de dato Braunschweig den 19. August 1754.

\*) Den Factoren sind besondere Anweisungen ertheilt durch den Extract aus der landesf. Verordn. v. 31. Juli 1737, die Declaration wegen der Factoreien in den Braunschw. Messen v. 1. Mai 1738 und die Declaration des Ebicté v. 31. Juli 1737 wegen der Factorei-Scheine und Tar-Rolle d. d. den 11. August 1738.

Die landesf. Verordn. v. 19. August 1754 ist auf landesf. Befehl durch ein Avertissement der fürstl. Pachthaus-Commission v. 15. Juli 1780 von Neuem wörtlich bekannt gemacht.

Nach der landesf. Verordn. v. 19. August 1804 \*) sollen in den Messen die fremden Kaufleute keine Expeditionsgeschäfte treiben, auch die fremden Fuhrleute nicht mehr Frachtwaaren von Braunschweig zu schaffen übernehmen, als sie mit ihrem eigenen Fuhrwerke zu bestreiten vermögen, bei namhafter Strafe; dagegen steht den auswärtigen Kaufleuten nur die Befugniß zu, die Absendung ihrer eigenen zu verschickenden Waaren selbst zu besorgen und die Fracht derselben zu bedingen, insofern dieselben aber sich damit nicht selbst befassen wollen, liegt ihnen ob, sich lediglich an die zum Besten der Kaufmannschaft zu Braunschweig angenommenen Expediture zu wenden. Auf landesf. Befehl erneuert durch die Bekanntmach. des fürstl. Polizei-Depart. zu Braunschweig v. 2. Januar 1805. (Br. Anz. v. 1805. Nro. 2.)

E. auch: Meß- und Commissions-Waaren — Meßwaaren, nicht verkaufte, welche bis zur nächsten Messe lagern.

cf. Bekanntmachung der herzogl. Pachthaus-, Zoll- und Accise-Commission v. 20. Octbr. 1828. (Bege II. p. 123.) — Desgl. v. 18. März 1831. (Bege III. p. 198.) — Desgl. v. 16. Juli 1832. (Bege III. p. 199.) — Meß-Ordnung v. 23. April 1835, insbesondere §. 25.

### Sperlingsköpfe.

Nachdem das Mittel, wodurch die Sperlinge mit weniger Mühe und in großer Menge weggefangen werden können, in den Braunschw. Anzeigen öffentlich bekannt gemacht worden, sollen diejenigen, welche Sperlingsköpfe liefern müssen, vier Mal so viel als sonst bei der auf jedes ermangelnde Stück gesetzten Strafe abliefern. Die Obrigkeiten sollen den Unterthanen die Mittel deutlich und begreiflich machen. Landesf. Verordn. v. 11. Decbr. 1749. (Br. Anz. v. 1750. Nro. 48.)

Ueber die landesf. Verordn. v. 11. Decbr. 1749, nach welcher die Anzahl der zu liefernden Sperlingsköpfe vierfach vergrößert worden, also

der Ackermann statt 30, 120 Stück,

» Halbspänner » 20, 80 »

» Kothsasse » 15, 60 »

Sperlingsköpfe zu liefern hat, sollen 1) die Obrigkeiten nachdrücklich halten, auch die Brinkföher anweisen, daß jeder derselben vorerst 10 Stück Sperlingsköpfe jährlich abliefern soll; 2) sollen die Sperlingsköpfe nicht auf ein Mal, sondern jährlich in zwei Terminen, als halb auf Ostern und halb auf Michaelis abgeliefert werden; 3) soll Acht gegeben werden, daß bei Lieferung der Sperlingsköpfe nicht Köpfe von andern Vögeln untergeschoben, auch daß die gelieferten Köpfe verbrannt werden, damit sie nicht zum zweiten Male in die Lieferung kommen. 4) Die Strafe wegen nicht gelieferter Sperlingsköpfe ist auf 4 Pf. für jedes der fehlenden Stücke festgesetzt; wenn aber jemand sich untersteht, Sperlingsköpfe, die er außer Landes geholt hat, abzuliefern, so soll er für jedes Stück 2 Ggr. erlegen, von welchen 2 Ggr. der Denunciant die Hälfte, die Gemeinde aber die andere Hälfte haben soll; 5) die Strafe muß in jedem Termine beigetrieben und den Unterthanen nicht gestattet werden, was auf Ostern daran fehlt, auf Michaelis nachzubringen. Die Obrigkeiten sollen den Unterthanen zum Fangen der Sperlinge bequeme Mittel vorschlagen, ihnen auch versichern, daß, sobald der Sperlinge (in einem Bezirke) weniger würden, auch die Anzahl der zu liefernden Stücke vermindert werden solle, und alle Jahr an fürstl. Geh. Rathsstube eine Tabelle einschicken, in welcher enthalten, wie viel jeder Einwohner an Sperlingsköpfen liefern

\*) Von diesem Tage findet sich eine solche Verordnung nicht, weshalb zu vermuthen ist, daß durch einen Druckfehler das obige Datum für den 19. August 1754 steht.

müsse, wie viel er in jedem Termine geliefert, und wie viel Strafe er wegen der fehlenden bezahlt habe. Landesf. Aussch. v. 10. März 1753.

Zur Vertilgung der Sperlinge sollen die sämmtlichen Besitzer der Schriftfassen, Güter und Höfe die in ihren Häusern wohnenden Dröschler und anderen Bedienten, welche eigene Familien haben und von Lieferung der Sperlingsköpfe an Aemter und Gerichte befreiet sind, dahin durch die mit ihnen zu machenden Contracte anhalten, daß jeder in den Terminen Ostern und Michaelis jedes Jahrs zehn Sperlingsköpfe abliefern. Landesf. Verordn. v. 10. März 1753.

cf. Cammer-Rescript v. 1. Juni 1815. (Bege II. p. 234.) — Circular-Rescript herzogl. Staats-Ministerii an die herzogl. Kreis-Directionen v. 22. August 1836. \*)

### Spiegel, Verkauf derselben zwischen den Messen.

Den Kaufleuten und Speditoren ist der Verkauf von dem Vorrathe der Spiegel, welchen die zur Messe gekommenen Nürnberger Kaufleute zurückzulassen pflegen, bei 10 Thlr. Strafe für jeden Conventionsfall auf höchsten Befehl verboten und ist dem Denuncianten die Hälfte dieser für den unbefugten Verkauf eines jeden einzelnen Spiegels aus obigen Vorräthen zu erlegenden Geldstrafe zugesichert. Bekanntmachung des fürstl. Polizei-Departement zu Braunschweig v. 24. Mai 1799. (Br. Anz. v. 1799. Nro. 42.)

S. auch: Messwaaren, Handel mit denselben zwischen den Messen.

### Spinnen bei Licht.

S. Feuergefähr, Abwendung derselben.

### Spinngesellschaften.

S. Fastnachtsschwärmen — Glücks- und Hazardspiele; Rescript v. 22. Febr. 1800.

### Sponsalitia largitas.

S. Erbfolge der Ehegatten.

### Sporteln.

Die in Betreff des Gerichts-Sportelwesens ergangenen ältern Verordnungen \*\*) sind durch die neuere Gesetzgebung außer Anwendung gekommen.

\*) Dieses für die Anwendbarkeit der obigen Verordnungen wichtige Rescript ist folgenden Inhalts: Von dem hiesigen Vereine für Land- und Forstwirtschaft ist in den letzten Jahren die Frage bei Uns in Anregung gebracht, ob nicht die Wiedereinführung der Lieferung von Sperlingsköpfen, in Gemäßheit der deshalb bestehenden ältern Verordnungen, zur Verhütung des den Feld- und Gartenfrüchten von den Sperlingen zugefügten beträchtlichen Schadens, zweckmäßig erscheine? Wir haben nun zwar nach einer sorgfältigen Prüfung dieses Gegenstandes es nicht für angemessen erachten können, die erwähnten Verordnungen überall wieder in Übung zu setzen, wollen dagegen die herzogl. Kreis-Directionen hierdurch anweisen, in denjenigen Ortschaften des betreffenden Kreises, wo die Verminderung der Sperlinge sich als nothwendig darstellt, und zur Erreichung dieses Zwecks ein polizeiliches Einschreiten gewünscht wird, die zu diesem Ende erforderlichen Maßregeln in Ausführung zu bringen, und bemerken Wir dabei, daß, wo die Lieferung von Sperlingsköpfen angeordnet werden sollte, die Repartition nach Verhältniß des Ackerbesitzes auf der Feldmark, und nicht allein auf die Bauerhöfe, sondern auch auf die übrigen Güter und Domainen-Pächter zu machen ist.

\*\*) Die älteste bekannte Sportel-Ordn. ist der Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688 angehängt, welche im 4ten Art. auf dieselbe verweist und den Beamten aufzählt, sich genau danach zu achten, sie nicht im Geringsten zu überschreiten, vielmehr die Armen mit Gerichts-Gebühren gänzlich zu übersehen; Falls aber an dem einen oder andern Orte die Gerichts-Sporteln geringer hergebracht oder gar nicht gebräuchlich sein sollten, es dabei zu lassen; Sie war vom

S. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 10. — Verordn. v. 9. Febr. 1814, die Gerichts-Sporteln betr. — Verordn. v. 5. Mai 1815, das in Forststrafsachen zu beobachtende Verfahren betr., §. 25. — Verordn. v. 23. Decbr. 1832, die Wiedereinführung des Gerichts-Sportelpapiers betr. — Gesetz v. 23. April 1835, die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangs-Abgaben betr., §. 143. Sportel-Taxe. — Gesetz v. 10. Mai 1835, die neue Sportel-Ordn. betr. — Die der Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835 angehängte Sportel-Ordnung. — Gesetz v. 13. Decbr. 1836, Abänderungen und Ergänzungen der Sportel-Ordnung v. 10. Mai 1835 betr. — Außerdem sind wegen der Gerichts-Sporteln noch sehr viele Rescripte erschienen, hinsichtlich welcher auf Bege's Repertorium verwiesen wird.

S. auch: Geschenke — Criminal-Sachen, Convention in Betreff derselben ic. — Justiz.

### Stadtmauer um Helmstädt.

Diejenigen, welche sich 1) des Uebersteigens der dässigen Stadtmauer oder 2) einer freventlichen Beschädigung derselben und 3) des Sandgrabens dicht an der Stadtmauer schuldig machen, sollen mit der Strafe des kleinen Karrens belegt werden, und ist demjenigen, welcher einen solchen Frev-

29. Novbr. 1687. Cobann erschien unterm 2. August 1720 eine Taxe der Amts-Gebühren und Gerichts-Sporteln bei den Aemtern und andern Untergerichten, wobei verordnet wurde, daß die sämtlichen Gerichtspersonen darüber nichts nehmen und alle Gebühren, welche darin nicht speciell enthalten wären, nach Proportion der Taxe auf Eid und Pflicht festsetzen sollten. Wer dagegen handelte, sollte beim ersten Male für jeden über die Taxe genommenen Mariengroschen 2 Thlr. Strafe geben, bei fernerer Uebertretung aber die Administration der Justiz verlieren. Dem Landfiscäl wurde zugleich aufgegeben, hierauf zu achten und gegen die Uebertreter sein Amt und seine Pflicht zu beobachten. Um zu wissen, ob der Sportel-Ordnung nachgelebt werde, sollten die Beamten und Gerichtshalter das, was sie an Sporteln genommen, auf die ausgefertigten Bescheide, Berichte und sonstigen Expeditionen setzen. Spätherhin ist keine allgemeine Sportel-Ordnung für die Untergerichte mehr erschienen. Die Sporteln wurden unter dem Richter und Actuar nach der Observanz getheilt. Besondere Sportel-Ordnungen sind ergangen: 1) für die Justiz-Canzlei, von denen die ältesten den Canzlei-Ordnungen angehängt sind, spätere waren v. 22. Octbr. 1689 und v. 22. Mai 1709, welche letztere indeß nie zur Anwendung gekommen sein soll; 2) für das Hofgericht; s. Hofgerichts-Ordnung Tit. LXXVI.; 3) für die fürstl. Geh. Canzlei v. 11. März 1776; 4) für das Untergericht zu Braunschweig, welche der Untergerichts-Ordnung v. 2. Febr. 1764 angehängt und besonders unterm 21. Mai 1764 und 24. Juli 1772 declarirt ist; 5) für den Magistrat zu Helmstädt vom 5. Januar 1711, nach welcher unter Fremden und Einheimischen bei den Gerichts-Sporteln kein Unterschied gemacht werden und das, was die Polizei- und die publikan Sachen betreffe oder vom Magistrat *ratione officii* verfügt werde, unentgeltlich ausgefertigt werden sollte; so wie eine neue Tax-Ordn. v. 26. Octbr. 1746; und 6) für das Kaufgericht zu Braunschweig v. 11. Febr. 1771. Sportelfrei waren: die Klöster, Stifter und andere *pia corpora*, wogegen aber auch die Aemter, Städte und Gerichte frei waren, wenn sie gegen solche, welche der Kloster-Gerichtbarkeit unterworfen waren, klagten (landesf. Verordn. v. 11. Mai 1744, Umlauf fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 3. Novbr. 1744 und landesf. Rescript v. 24. August 1747); insbesondere auch die Kirche B. M. V. zu Wolfenbüttel (landesf. Rescr. v. 27. Mai 1744); ferner: die Magistrat bei solchen Sachen, in welchen sie *ex officio* handelten (landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 11. Octbr. 1742 und an fürstl. Justiz-Canzlei v. 17. Octbr. 1742); der Magistrat zu Braunschweig besonders in den Sachen, die dessen *aerarium* betrafen (landesf. Rescr. v. 10. Mai 1745); die Landschaft in corpore und nicht in einzelnen Ständen betrachtet, welche die Sportelfreiheit schon beim Hofgerichte, der Justiz-Canzlei und dem Consistorium gehabt hätten (Landes-Recess v. 2. Septbr. 1775. Art. 17.); die Bürger und Soldaten, wenn diese gegen jene oder jene gegen diese in *actionibus ex delicto* klagten (landesf. Reglement v. 28. August 1691 und landesf. Resolution v. 23. August 1694.); die Wittwen- und Waisen-Societät zu Braunschw. (landesf. Confirmation derselben v. 7. Januar 1706.); das Institut der Brandversicherungs-Gesellschaft (landesf. Verordn. v. 18. Juli 1753. §. 26.); die Universität zu Helmstädt, sowohl in corpore als auch die Glieder derselben (Sportel-Ordn. der Stadt Helmstädt v. 26. Octbr. 1746.); endlich sollten auch die bei den hurfürstl. hannoverschen Collegien angestellten Bedienten bei den hiesigen Justiz-Collegien, so lange den hiesigen Bedienten bei jenen ein Gleiches wiederführe, von den in den Fiscus fließenden Gerichts-Sporteln, nicht aber auch von den den Actuaren und Referenten zukommenden befreit sein. (Landesf. Rescr. v. 14. Octbr. 1747 und 5. Novbr. 1793.)



ler der Gestalt namhaft zu machen weiß, daß er der verübten That überführt werden kann, jedes Mal ein Dougeur von 1, 2 bis 3 Thalern versprochen. Auf landesf. Befehl bekannt gemachtes Avertissement d. d. Helmstädt den 30. Januar 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 14.)

### Stadt=Musikanten.

S. Musikanten.

### Statuten.

S. Bescheide u., Abfassung derselben — Sachsenrecht — Heinrichsstädtische Statuten.

### Staupenschlag.

Auf dem Communion=Harze soll die Strafe des Staupenschlages mit der anklebenden ewigen Landes=Verweisung fernerhin nicht erkannt, sondern es sollen an deren Statt diejenigen Delinquenten, welche durch ihr Verbrechen den Gesetzen nach obbedeutete Strafe des Staupenschlages verwirkt, ad operas publicas oder zum Zuchthause und zwar beides in perpetuum condemnirt werden. Bei Verschickung der Acten in solchen Fällen, worauf die Strafe des Staupenschlages steht, soll diese Verordnung beigelegt werden. Communion=herrschaftl. Verordnung v. 24. März 1718. \*)

### Stein=, Sand= und Brandgruben.

Ein Jeder, der eine bisher unbekannte und der fürstl. Wegebesserungs=Commission noch nicht nutzbar gewesene, auch nicht zu weit von den Heerstraßen abgelegene Stein=, Brand= oder Sand=Grube entdecken und solche gedachter Commission anzeigen wird, soll dafür eine der Güte und Ergiebigkeit derselben proportionirte Belohnung von 30, 40 bis 50 und dem Befinden nach mehr Thalern zu erwarten haben, und solche von jener ausgezahlt erhalten. Landesf. Verordnung v. 4. April 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 39.)

### Stellgest in Braunschweig.

Derjenige Brauer in Braunschweig, welcher seinem Mitbrauer den benöthigten Stellgest versagt, vorenthält, bei ordinärem Bierpreise mehr als einen Mgr. für ein halbes Stübchen tüchtigen Stellgest bezahlt verlangt, und wider bessere Zuversicht den Gest wohl gar verdünnt oder sonst verfälscht, auch solchen zum Stellen debitirt, da derselbe dazu seinem eigenen Bewußtsein nach nicht mehr taugt, soll für jeden Contraventionsfall 2 Thlr., und dem Befinden nach noch schwerere Strafe erlegen. Verordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 14. August 1761. (Br. Anz. v. 1761. Nro. 68.)

Unterm 17. Febr. 1786 ist für die Brauer zu Braunschweig wegen des Stellgestes vom fürstl. Polizei=Departement eine besondere Verordnung ergangen.

### Stempelsteuer.

Die Stempelsteuer, welche jetzt erhoben wird und der die Verordn. v. 29. Octbr. 1821 zum Grunde liegt, ist wesentlich von der Altbraunschweigischen \*\*) unterschieden und die auf diese sich beziehenden ältern Verordnungen sind antiquirt.

S. auch: Kalenderstempel.

\*) Dieser Verordn. ist ein Postscript wegen der Strafe des Schandpfahls angehängt; s. Straßpfahl.

\*\*) Die Stempelsteuer wurde als Zuschuß für die Kriegscasse durch die landesf. Verordn. v. 18. Mai 1714 eingeführt und zwar sollten vier Stempel angewandt werden. Mit dem ersten, worauf ein Herzogshut befindlich war, wun-

## Sterbecassen-Institut zu Braunschweig.

Der dazu übergebene Plan ist durch ein an die besonders angeordnete höchste Commission erlassenes landesf. Rescript v. 15. März 1793 völlig bestätigt. Avertissement der angeordneten Commission v. 11. Juni 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 46.)

cf. Cammer-Rescript v. 21. Januar 1828. (Bege II. p. 169.)

## Sterbefälle, Anmelden derselben in Braunschweig.

G. Copulationen, Taufen und Sterbefälle, Anmelden derselben in Braunschweig.

## Sterbefälle der Vasallen und Lehnleute.

G. Vasallen und Lehnleute, Sterbefälle derselben.

Sterbe

den Bestallungen, Begnadigungen, Privilegien, Expectanzen, Innungs-Artikel, Giltbriefe u. dergl. bedruckt und das für von dem Betrage des Salars, dem Werthe der Sache zc. 12 Ggr. von 100 Thlr., wenn aber eine gewisse Summe nicht zu ermitteln war, 2 bis 3 Thlr. bezahlt. Der zweite Stempel, welcher 2 Ggr. betrug und mit einem Pferde bezeichnet war, wurde zu Rescripten, Befehlen, Vollmachten, Edictal-Citationen, Cautionen, Immissionen, Prioritäts-Urtheilen und andern Definitiv-Erkenntnissen, Depositscheinen, Lehnbriefen, Muthzetteln, Vergleichen, Erbverträgen, Inventarien, Geburtsbriefen, Moratorien, Consensen, Veräußerungs-Decreten, Subhastationen, mandatis manutentioniae et executorialibus, Obligationen, Ehefistungen, Ehescheidungen, Testamenten, Codicillen, Schenkungen, Curatorien, Tutorien, Dispensationen, Confirmationen, Präsentationen, Vocationen und Introductionen der Prediger und Schulbedienten, Kaufbriefen, Schuldbriefen, Pacht- und Meier-Contracten genommen. Auf die dritte, mit einem Löwen bezeichnete Sorte des Stempelpapiers, zu 4 Pf. für den Bogen, wurden Rescripte, worin Bericht gefordert wurde, Monitorien, Inhibitionen, Interlocutorien, Communicativ-Decrete, simple Copien, die nicht in forma probante expedirt wurden, Remissionen, Befoldungs- und Zins-Liutungen, Supplicate und Memorialien, Wechsel, Proteste, Reversse und Reispässe geschrieben. Was in den Collegien und Gerichten außer dem speciell Benannten ausgefertigt wurde, mußte gleichfalls auf einen mit dem Löwen bezeichneten Stempelbogen geschrieben und dieser mit 2 Ggr. bezahlt werden. Jeder Stempelbogen war außer mit dem benannten, auch noch mit einem zweiten, den geschlungenen Namen des Landesfürsten darstellenden Stempel bezeichnet. Alles was ex officio in den Collegien und Gerichten ausgefertigt, was von den Untergerichten an die Obergerichte von Amts wegen berichtet, auch was von den Communion-Bergstädten eingegeben und für die dortigen Unterthanen expedirt wurde, war von der Stempelsteuer befreit. Außerdem war niemand von der Stempelsteuer frei, vielmehr sollte jeder, welcher eine Eingabe auf ungestempeltem Papiere übergeben oder bei den Collegien und Gerichten annehmen würde, mit 2 Thlr., derjenige Canzlist, Amtsbediente zc. aber, welcher auf ungestempeltem Papiere etwas ausfertigte, mit 3 Thlr. bestraft werden. Diese Verordn. lag der Stempelsteuer-Erhebung bis zum Eintritte der westphälischen Regierungsperiode im Allgemeinen zum Grunde, indeß erfolgten im Laufe der Zeit manche erweiternde, declaratorische und abändernde Bestimmungen derselben, von denen folgende die wichtigsten waren: die Brauer sollten die Biersteuer-Designationen auf Stempelpapier zu 4 Pf. (landesf. Resolut. v. 23. Januar 1716) und die Obrigkeiten in Partei- und Civilsachen die Berichte auf Stempelbogen zu 2 Mgr. (Verordn. v. 26. März 1716 und landesf. Declarat. v. 31. März 1718) schreiben; zu den Lehnbriefen sollten Stempelbogen zu 6 Mgr. (landesf. Rescr. v. 18. März 1717.); zu Vollmachten, auch bei einer Legitimation zu den Acten, ebenfalls ein Bogen zu 6 Mgr. (Verordn. v. 20. Mai 1718), bei dem Untergerichte zu Braunschweig aber nur zu 2 Mgr. (landesf. Resolut. v. 28. Septbr. 1718); zu Obligationen über Rirchen-Capitalien nicht über 10 Thlr. ein Stempel zu 4 Pf., bei höhern Summen zu 6 Mgr. (Verordn. v. 13. Juli 1725) und zu Präjudicial-Auflagen ein Stempelbogen zu 2 Mgr. (landesf. Rescripte v. 30. Januar und 24. März 1753) genommen werden; die Candidaten sollten ihre Pfarr-Belehnungen mit dem Fürstenhute stempeln lassen und dafür von dem Ertrage der Pfarre  $\frac{1}{2}$  Procent zahlen (landesf. Rescr. v. 4. März 1765); die Verordn. v. 23. Febr. 1767 verbot den Gerichten bei 10 Thlr. Strafe, Contracte, Wechsel und andere Handschriften anzunehmen, die nicht ordnungsmäßig auf Stempelpapier geschrieben wären. Die Wittwen-Societät zu Braunschweig war als ein pium corpus von dem Gebrauche des Stempelpapiers befreit (landesf. Rescr. v. 6. Febr. 1761), eben so das Leihhaus bei gerichtlichen Schriften (landesf. Rescr. v. 5. Febr. 1778) und die Brandversicherungs-Gesellschaft. (Verordn. v. 18. Juli 1753. §. 26.)

## Sterbe- und Gnaden-Quartal der Civilbedienten-Wittwen und Waisen.

Die Wittwen und Waisen verstorbener Civilbedienten haben jetzt so wenig Anspruch auf den Gehalt vom Sterbe-Quartale, als ihnen ein Gnaden-Quartal verwilligt wird; \*) sie erhalten nach dem Gesetze v. 18. Juli 1837, die Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt betr., \*\*) allein eine Pension, welche von dem Zeitpunkte anfängt, da der Bezug des Dienst Einkommens aufhört.

## Sterbe- und Gnaden-Quartal der Wittwen der Organisten, Opferleute und Schulmeister.

Die Wittwen und Erben solcher Bedienten können dasjenige, was fürstl. Kirchen-Ordnung wegen der Wittwen und Erben der Superintendenten und Prediger disponirt, nicht prätendiren. Jedoch kommt ihnen, der Regel nach, wenn es viduam et descendentes betrifft, das trimestre deservitum und trimestre gratiae zu, es sei denn, daß an einigen Orten per exceptionem ein Anderes wohl hergebracht wäre.

Das Korn, wenn es pro praeterito als ein Deputat gegeben wird, muß dennoch getheilt werden, und kommt es bei der Holztheilung darauf an, ob solche auf's Künftige oder auf's Vergangene gerichtet wird. Die Würste und Brode sind übrigens pro rata temporis ratione praeteriti zu vertheilen. Circular-Rescr. des fürstl. Consistorii v. 26. März 1764.

Obgleich unterm 26. Octbr. 1764 bekannt gemacht worden, daß den Wittwen der Organisten, Opferleute und Schulmeister nicht mehr als ein Sterbe- und ein Gnaden-Quartal zu gute kommen könne: so findet man dennoch nöthig, um den dabei in ereignenden Fällen sich hervorthuenden Streitigkeiten abzuhefeln, solche Verordnung hiedurch ferner dahin zu erläutern, daß solches nach der Analogie dessen, was in der fürstl. Kirchen-Ordnung Th. 1. Cap. XVII. wegen der Prediger-Wittwen, so ein Sterbe-Quartal und zwei Gnaden-Quartale zu prätendiren haben, disponirt worden, dergestalt zu verstehen, daß obgesagte Wittwen der Organisten, Opferleute und Schulmeister 1) das in Gelde bestehende Salarium das Sterbe- und Gnaden-Quartal hindurch, 2) die Wohnung und die Accidenzien drei Monate lang a die mortis und 3) von den Einkünften sowohl von dem Ackerbaue und Wiesenwache, als von den Zehnten, Meierzinsen und andern stehenden Gefällen, mithin von allen fructibus naturalibus, industrialibus und civilibus  $\frac{1}{2}$  weniger, als die Prediger-Wittwen, wie solches die zu dem Ende angefertigte und hierbei mit angefügte Tabelle in Mehrerem ausweist, zu genießen haben sollen. Rescript des fürstlichen Consistorii zu Wolfenbüttel an den General-Superintendenten zu Braunschweig vom 15. März 1766.

\*) Da die Gehalte der Beamten früher vierteljährlich ausgezahlt wurden, so bezogen die Wittwen und Waisen derselben den Gehalt noch von dem laufenden Quartale, worin der Beamte verstorben war; ob ihnen außerdem auch noch der Gehalt von dem folgenden Quartale im Wege der Gnade verwilligt werden sollte, hing von dem Willen des Landesfürsten ab. Landesf. Verordn. v. 30. März 1775. §. 16 und v. 9. Febr. 1778. Das Gnaden-Quartal sollte unter der Mutter und den Kindern, auch wenn dies ihre Stiefkinder waren, getheilt werden. Landesf. Rescr. v. 15. Febr. 1740.

\*\*) Durch dieses Gesetz, welches später erschienen, als der Artikel »Civilbedienten-Wittwen- und Waisencasse« zum Druck gekommen ist, sind sämmtliche früher über die Civilbedienten-Wittwen- und Waisencassen-Anstalt erlassene Bestimmungen aufgehoben.

## Wittwen-Perceptions-Tabelle

von den Gefällen, die in der Kirchen-Ordnung Th. 1. Cap. XVII. §. 3, 4 und 5 vorkommen.

Stirbt der Prediger im	so bekommt seine Wittwe vom Sterbe-Jahre	keine Wittwe vom folgenden Jahre	Stirbt der Opfermann im	so bekommt seine Wittwe vom Sterbe-Jahre	keine Wittwe vom folgenden Jahre
Januar	$\frac{10}{12}$	nichts	Januar	$\frac{7}{12}$	nichts
Februar	$\frac{11}{12}$	nichts	Februar	$\frac{8}{12}$	nichts
März	$\frac{12}{12}$	nichts	März	$\frac{9}{12}$	nichts
April	$\frac{12}{12}$	$\frac{1}{12}$	April	$\frac{10}{12}$	nichts
Mai	$\frac{12}{12}$	$\frac{2}{12}$	Mai	$\frac{11}{12}$	nichts
Juni	$\frac{12}{12}$	$\frac{3}{12}$	Juni	$\frac{12}{12}$	nichts
Juli	$\frac{12}{12}$	$\frac{4}{12}$	Juli	$\frac{12}{12}$	$\frac{1}{12}$
August	$\frac{12}{12}$	$\frac{5}{12}$	August	$\frac{12}{12}$	$\frac{2}{12}$
Septemb.	$\frac{12}{12}$	$\frac{6}{12}$	Septemb.	$\frac{12}{12}$	$\frac{3}{12}$
October	$\frac{12}{12}$	$\frac{7}{12}$	October	$\frac{12}{12}$	$\frac{4}{12}$
Novemb.	$\frac{12}{12}$	$\frac{8}{12}$	Novemb.	$\frac{12}{12}$	$\frac{5}{12}$
Decemb.	$\frac{12}{12}$	$\frac{9}{12}$	Decemb.	$\frac{12}{12}$	$\frac{6}{12}$

cf. Landesf. Rescript v. 23. Juli 1819.

## Sterbelisten.

S. Listen der Gebornen, Copulirten und Gestorbenen.

## Steuer.

S. Onera publica.

## Steuerfreiheit.

Alle vor dem Jahre 1806 bestandenen Befreiungen von Steuern und öffentlichen Lasten haben auf gehört; nur die fürstl. Schlösser, Gebäude, Gärten und das Grundeigenthum und Einkommen der Kirchen und frommen Stiftungen sind von den ordentlichen Steuern befreiet geblieben. S. Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betr. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 20. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 39.

S. auch: Kirchen-Aecker und Häuser, Immunität derselben — Kirchen- und Schuldiener, Steuerfreiheit derselben.

## Stiefeltern, Einwilligung derselben in die Ehen der Stiefkinder.

S. Eheverlöbniße; landesf. Rescript v. 22. Januar 1742.

## Stiefkinder, Ausschließung derselben durch ihre Eltern von der Erbfolge der leiblichen Kinder der Letztern.

S. Erbfolge der Ehegatten nach den Heinrichstädtischen Statuten; Declarataion vom 15. August 1776.

### Stifts- und Klostergefälle.

Den Amts-Unterthanen und Gerichts-Hinterlassen, welche den Klöstern Zinsen und andere Gefälle zu entrichten schuldig sind, soll von den Ober- und Beamten auch Gerichts-Obriegkeiten auf die von den Kloster-Beamten ihnen ein für alle Mal zu thuende Anzeige ein gewisser Tag zur Zahlung ihrer praestandorum jährlich angefezt und kund gemacht werden, und sollen darauf diejenigen, welche 14 Tage hernach, daß sie die Ausgaben geleistet, nicht durch Empfangs-Scheine und Quittungen dociren, ohne Nachsicht erequirt, oder, Falls die Execution erheblicher Ursachen halber nicht verhängt werden möchte, solches den dabei interessirten Kloster-Beamten zur Beobachtung ihrer Nothdurft von den Obriegkeiten angezeigt werden. Die vorgedachtermaßen beigetriebenen Gelder sind den Klöstern nach geschehener Meldung auszuantworten, und sollen diejenigen Beamten und Gerichte, welche sich in irgend einem obverordneten Stücke säumig bezeigen werden, dafür stehen und die Klöster solcherhalb schadlos zu halten schuldig sein, und es sollen die der Ordnung zuwider aufgeschwollenen Rückstände zur Entschädigung der Stifter und Klöster auf geschehene Anzeige von ihnen ohne einige Nachsicht eingefordert und beigetrieben werden. Landesf. Verordn. v. 13. April 1748, welche durch die Verordn. v. 29. Juni 1769 nochmals erneuert, und auf die Stifter St. Blasii und Cyriaci ausdrücklich extendirt ist.

S. auch: Intraden, herrschaftliche.

### Stift Steterburg, Besetzung der daselbst entstehenden Vacanzen.

Der Praepositus im adlichen freiweltlichen Stifte Steterburg wird, vermöge des neuen Fundations-Recesses v. 25. Septbr. 1691, alle Mal aus dem Adel des Landes und zwar ex numero der adlichen Schatzrätthe innerhalb drei Monaten, nachdem einer abgegangen, von dem ganzen Capitel per majora gewählt und der Landesherrschaft zur Confirmation präsentirt. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 65.

Bei sich ereignenden Vacanzen im Stifte Steterburg hat die jedesmalige regierende Frau Herzogin die also genannten primarias preces zu ertheilen und die zuerst eröffnete Stelle nach ihrem Belieben zu besetzen. Die Ritterschaft und zwar aus derselben die adlichen Schatzrätthe haben bei sich ereignenden Vacanzen den zweiten Fall zu ersetzen, zu welchem Ende solches durch das Capitel, nach der dem Landesfürsten geschehenen Notification, wenn der turnus zur Vergebung solcher Stelle an der Ritterschaft ist, dem Schatz-Collegio notificirt wird, worauf innerhalb drei Monaten eine andere an der abgegangenen Stelle nach Vorschrift des vorgedachten Fundations-Recesses präsentirt werden soll. Ebendas. Art. 65.

cf. Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 31 und 32. — Desgl. v. 12. Octbr. 1832.

Art. 22.

### Stiftungen, milde.

S. Pia corpora.

### Stipendien, Collation derselben.

S. Geistliches Gericht zu Braunschweig; Reglement v. 10. Decbr. 1691. §. 9.

S. auch: Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 52. — Verordnung v. 21. Octbr. 1823. die Prüfung der Studirenden, insbesondere der Theologen betr.

### Stipendien der Amelunxborner Klosterschule zu Holzminden.

Da bereits vorhin verordnet ist, daß niemand des beneficii der Amelunxborner Klosterschule zu Holzminden theilhaftig werden soll, als welcher zur ersten Classe tüchtig ist und wahrscheinlicher Weise nach Verlauf von drei Jahren die Universität beziehen kann, so ist, damit die Absicht desto besser erreicht und

obgedachtes beneficium nur denen, die sich durch Fleiß, Geschicklichkeit und gute Aufführung dazu qualificiren, zu statten kommen möge, ferner verordnet, daß diejenigen, welche zu dem Genusse dieses Stipendiums gelangen wollen, zuvörderst wenigstens ein Jahr auf der Holzmindener Schule zubringen, und von den Curatoren und Lehrern derselben ein beglaubtes Zeugniß ihrer bisherigen guten Aufführung und erlangten völligen Tüchtigkeit zur ersten Classe beibringen, andere aber ohne besondere landesf. Dispensation zu dem Genusse dieses beneficii nicht gelassen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 10. August 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 71.)

### Stipendium, ritterschaftliches.

S. Ritterschaftliches Stipendium.

### Stolgebühren.

Den Predigern sollen für eine gehaltene Leichenpredigt insgemein 2 bis 3 Thlr. (es wäre denn, daß Einer aus gutem Willen ein Mehreres thun wollte) gereicht, auf den Dörfern aber soll es bei dem, was jedes Orts dem Prediger zu geben gebräuchlich ist, gelassen werden. Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. XXIII. §. Und als vornehmlich ic.

S. übrigens: Leichen-Predigten.

Jura stolae sollen bei Beerdigungen der todtgeborenen Kinder nicht genommen werden. Fürstl. Consistorial-Ausschreiben v. 16. Januar 1742.

Wie bei den Leichen, die aus den Armen-Anstalten begraben werden, die Beerdigungskosten den juribus stolae um so mehr vorgehen, als eines Theils billig ist, daß die Armen-Anstalten, die solche vorschießen, in so fern es möglich ist, deshalb ohne Schaden bleiben, andern Theils aber überhaupt Rechts und der Vernunft gemäß ist, daß die Beerdigung eines todtten Körpers, und was dazu erfordert wird, dem Vortheile, den der Prediger davon hofft, vorgehe; so sollen die Prediger, welche die jura stolae vorzüglich vor den Beerdigungskosten in oberwähntem Falle verlangen, danach bedeutet werden. Landesf. Ausschreiben v. 9. März 1752.

S. auch: Beerdigungskosten aus der Concurz-Masse — Dispensations-Gebühren — Proclamation und Copulation — Beichte; Verordn. v. 5. März 1775.

### Stolgebühren in Braunschweig.

S. Landesf. Reglement v. 6. Juni 1725, wie es zwischen den Garnison- und Stadtpredigern in Ansehung der actuum ministerialium und jurium stolae in der Stadt Braunschweig zu halten, nebst Declarationen desselben in specie v. 23. Juni 1750, 30. August 1763, 17. Decbr. 1772 und 25. März 1773.

Landesf. Reglement, wie es in Ansehung der von fürstl. Hofbedienten zu entrichtenden jurium stolae gehalten werden soll. d. d. den 4. Januar 1773.

Landesf. Reglement v. 23. Mai 1782, wie es zwischen dem Stiftsprediger und den Stadtpredigern zu Braunschweig in Ansehung der actuum ministerialium und jurium stolae zu halten.

S. auch: Stolgebühren der Reformirten — Stolgebühren der Römisch-Katholischen.

### Stolgebühren der Reformirten.

Wenn ein Reformirter zu Braunschweig als Hauswirth in einer gewissen Parochie ein Haus eigenthümlich oder miethweise besitzt, so soll selbiger bei sich ereignenden Sterbefällen den Kirchen und Schulen

sothaner Parochie ihre gehörigen jura zu entrichten schuldig sein, dafern aber ein Reformirter ein Haus angeregetermaßen nicht als Hauswirth bewohnt, sondern nur bei einem Andern eingemietht hat, so sollen die jura stolae den reformirten Predigern gelassen werden. Landesf. Regulativ v. 3. Decbr. 1720, welches durch eine nochmalige Resolution für die reformirte Gemeinde v. 2. April 1742 bestätigt ist.

Da das Regulativ v. 3. Decbr. 1720 nur von den hiesigen Einwohnern redet und die Resolution v. 2. April 1742 nicht auswärtige allhier verstorbene, sondern nur bloß einheimische reformirte Glaubensgenossen betrifft, so können solche nicht weiter, auch nicht auf die zur Messe anher kommenden Kaufleute ausgedehnt werden. Landesf. Resolution an die reformirte Gemeinde, auch an das geistliche Gericht zu Braunschweig v. 5. März 1783.

Zur Vermeidung aller Collisionen zwischen der reformirten Gemeinde und den lutherischen Kirchen zu Braunschweig sind vorgedachte höchste Resolutionen v. 3. Decbr. 1720 und 2. April 1742 dahin declarirt, daß die daselbst sich aufhaltenden jungen Studirenden, Handlungsbedienten, Handwerksgesellen, Lehrburschen und Diensthoten, welche reformirter Religion sind, alle Mal als Inquilinen angesehen und folglich, wenn sie hieselbst verstorben und auf dem reformirten Kirchhofe begraben werden, deshalb keine jura stolae an die lutherischen Kirchen, in deren Parochie sie gewohnt, bezahlt werden sollen. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 24. März 1783.

cf. Consistorial-Rescript v. 1. März 1820. (Bege I. p. 199.) — Landesf. Rescript v. 25. Juni 1827. (Bege III. p. 270.)

### Stolgebühren der Römisch-Katholischen.

In Ansehung der jurium stolae hat es bei der bisherigen Verordnung, daß die Katholiken solche dem Pfarrer der Gemeinde, worin sie wohnen, entrichten müssen, fernerhin sein Verbleiben. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 12. August 1784.

S. Römisch-Katholische; Verordn. v. 9. April 1768. §. 11.

cf. Consistorial-Rescript v. 1. März 1820. (Bege I. p. 199.)

### Stoppel, Behütung derselben.

Niemand soll zur Erndtzeit zwischen den Stiegen im Felde, ehe und zuvor dieselben nebst dem Nachharkelke, wie es genannt wird, weggebracht, auf seinem eigenen oder fremden Acker mit Pferden, Schafen, Kühen, Schweinen, Gänsen oder anderm Viehe, so wenig der Gemeinde-Hirte, als jemand absonderlich hüten, bei 5 Fl. Strafe. Allgem. Landes-Ordn. Art. 53.

S. auch: Futterkräuter, Anbau derselben — Schweine.

cf. Gesetz v. 14. Mai 1835, die Schonung der Futterkräuter und das Umbrechen der Stoppel betr.

### Strafen außer Landgericht.

S. Brogen.

### Straßpfahl.

Die Strafe des Schandpfahls soll auf dem Communion-Sarze nicht erkannt, sondern an deren Statt sollen diejenigen Delinquenten, welcher ihrer begangenen Verbrechen halber die Strafe des Schandpfahls den gemeinen Rechten nach verdient haben, dem Befinden nach ad operas publicas, auf eine nach Proportion des Verbrechens zu determinirende Zeit, condemnirt und verurtheilt, auch soll diese Verordnung bei Verschickung der Acten an auswärtige Rechtsgelehrte zur Einholung der Urtheile zur Nachricht des referentis extranei mit beigelegt werden. Was aber den sogenannten Straßpfahl betrifft, so bleibt der-

selbe nach wie vor nicht allein beibehalten, sondern es soll auch derselbe an den Orten, da dergleichen bisher nicht im Gebrauch gewesen, künftighin angeordnet werden. P. S. zu der Communion=herrschaftl. Verordn. v. 24. März 1718. \*)

Durch die Verordn. v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßpfahls u. betr., ist die Strafe der öffentlichen Ausstellung, ausgenommen beim Meineide, gänzlich abgeschafft.

### Straßen in Braunschweig, Beengen derselben.

Holz, Steine, Lehm und andere Handwerks- und Baumaterialien, Fässer, Kasten, Theer-, Heerings- und Fischtonnen und dergleichen, wodurch die Passage zu Wagen, zu Pferde und zu Fuß, und die Rettung bei Feuersgefahr beschwerlich gemacht wird, desgleichen die allemal deformirenden und die Gassen beengenden Auslagen, die unter 8 Fuß hoch an den Häusern niederhängenden Verkaufszeichen, offene Gossensteine und am Ausflusse mit eisernen engen Gittern nicht versehene Abziehegossen aus den Häusern auf die Gassen sollen bei 2 Mfl. Strafe weiter nicht geduldet werden. Könnte aber jemand Bauens halber die Baumaterialien auf seinem Hofe nicht lassen, so muß er bei 1 Mfl. Strafe von dem Districts-Vorgesetzten einen bequemen Ort zur Niederlage sich anweisen lassen, und dadurch auf dem Pflaster die Anstalt wenigstens der Gestalt treffen, daß man ohne Schaden und Gefahr passiren könne, der Bau und die Reparatur der Gebäude und Wasserröhren möglichst beschleunigt und aller Bauunrath, sobald als nur immer thunlich ist, fortgeschafft werden möge. §. 7. der landesf. Verordnung, die Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig betreffend, v. 28. Novbr. 1758.

S. auch: Breite Steine in Braunschweig, Reiten und Fahren auf denselben.

cf. Bekanntmach. fürstl. Polizei=Direction zu Braunschweig v. 9. April 1815. §§. 16 u. 18. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 29.)

### Straßen in Braunschweig, Beengen derselben in den Messzeiten.

Nachdem wahrgenommen worden, welcher Gestalt zur größten Unbequemlichkeit des Publicums in den Messzeiten einige und insonderheit der Messe nahe gelegene Gassen dadurch sehr beengt und fast gar eingesperrt worden sind, daß die Frachtwagen und Karren, nachdem die Waaren abgeladen worden, unbespannt vor den Thüren auf den Gassen stehen geblieben, und daher der Landesfürst befohlen hat, daß dieses von nun an abgestellt sein, und 8 Tage vor der Handelswoche, bis die Messe wieder ausgeläutet worden, keine leere nicht bespannte Frachtwagen oder Karren in den Gassen sich weiter finden lassen, sondern die Wirth, bei welchen die Fuhrleute einkehren, wenn sie die Frachtwagen oder Karren in ihren Häusern und Höfen nicht lassen können, für deren Unterbringung sorgen und solche zu beschaffen schuldig sein, widrigenfalls aber, und da leere Frachtwagen oder Karren vor ihren Häusern gefunden werden, dafür verantwortlich bleiben, und für jeglichen Wagen oder Karren jedes Mal 2 Thaler Strafe geben sollen; so ist solches bekannt gemacht durch die Braunschweigischen Anzeigen v. 1747. Nro. 8. p. 162.

S. auch: Breite Steine in Braunschweig, Reiten und Fahren auf denselben.

cf. Bekanntmachung fürstl. Polizei=Direction zu Braunschweig v. 9. April 1815. §. 17. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 29.)

### Straßenbetteln.

Das Gassenbetteln ist gänzlich verboten. Wenn Privatpersonen nicht sofort anzeigen, wenn bei ihnen dergleichen Bettler sich anfinden, auch solche, wenn es thunlich ist, nicht anhalten, oder wenn die

\*) S. Staupenschlag.



Obrigkeiten in deren Arretirung sich faumselig erzeigen, so sollen selbige ohne alle Nachsicht in namhafte Strafe genommen werden. Landesf. Verordn. v. 18. März 1747. (Br. Anz. v. 1747. Nro. 27.)

S. auch: Bettler — Bettler in Braunschweig.

### Straßenpflaster.

Für Wolfenbüttel \*) ist unterm 26. Octbr. 1747 eine landesf. Verordnung, das Fegen von breiten Steinen an den Häusern her betr., und für Braunschweig unterm 19. April 1755 eine landesf. Verordnung wegen der Bepflasterung der Stadt ergangen.

Die ohne Genehmigung des Polizei-Departements geschehene einseitige Erhöhung des Steinpflasters in den Straßen oder die Vorrichtung von Gassenbrücken ist bei 10 Thlr. Strafe verboten. Bekanntmach. des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 12. Juni 1798. (Br. Anz. 1798. Nro. 49.)

cf. Bekanntmach. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 5. Juni 1820. (Br. Anz. v. 1820. Nro. 44.) — Desgl. v. 16. Mai 1828. (Br. Anz. v. 1828. Nro. 40.)

Das schadhast gewordene Gassenpflaster muß auf die Anzeige der Districts-Vorgesetzten binnen 48 Stunden reparirt werden. Bekanntmachung des Polizei-Departements v. 20. Septbr. 1798. (Br. Anz. v. 1799. Nro. 75.)

Wegen des schlechten Zustandes des im Jahre 1755 vorgerichteten Steinpflasters ist auf landesfürstl. Befehl v. 12 Febr. eine Umpflasterung und Reparatur verordnet und zugleich verfügt, daß

1) diese Arbeit unter einer hierzu verordneten fachkundigen Aufsicht, welche die Bepflasterung an die Steinseher verdingen oder in Tagelohn machen lassen kann, nach und nach Straßenweise vorgenommen werden soll,

2) die etwa mehr erforderlichen Kiesel und der zur Unterlage benötigte Sand sollen frei geliefert und die Ab- und Wegfuhr des Kammers allein auf höchste Kosten besorgt werden, so daß bloß die Kosten für die Umpflasterung und Reparatur und die Kosten für die neu anzuschaffenden Platten (die aber auch vier- oder sechszöllig zu billigen Preisen werden geliefert werden) von den Hauseigenthümern in der Maße, als selbige zur Instandhaltung des Gassenpflasters vor und neben ihren Häusern her bisher verbunden gewesen, hergeschossen werden müssen.

3) Selbst diese Kosten sollen, bis eine Straße völlig fertig ist, vorgeschossen und sodann erst nach gemachter Repartition von sämmtlichen Interessenten der Straße anf einmal eingefordert werden.

Uebrigens sollen zur künftigen Erhaltung des neuen Pflasters demnächst von jedem Hauseigenthümer mit den andern oneribus zugleich besondere Beiträge dazu ausgeschrieben und dann durch obrigkeitliche Verfügung alle Reparaturen besorgt werden. Bekanntmachung des Polizei-Departements v. 6. Mai 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 38.)

cf. Bekanntm. fürstl. Stadt-Gerichts zu Braunschw v. 8. Novbr. 1821. (Br. Anz. v. 1821. Nro. 88.) — Desgl. des Stadt-Magistrats das. v. 3. Januar 1827. (Br. Anz. v. 1827. Nro. 2.)

### Straßen, Reinigung derselben in Braunschweig.

Behuf der Straßenreinigung in Braunschweig soll das Fegen eines jeden Steinpflasters bis auf die

\*) Durch die unterm 18. Mai 1645 und 17. April 1699 ergangenen und unterm 1. Decbr. 1742 mit einigen Abänderungen erneuerten landesf. Verordnungen wurde befohlen, daß alle mit Victualien, Holz oder dergl. zum feilen Verkaufe beladenen, in Wolfenbüttel eingehenden Wagen wenigstens zehn oder zwölf gute, harte, brauchbare Pflaster- und wo möglich Kieselsteine von ziemlicher Größe, zur höchstnötigen Besserung der Steinwege, mit dahin bringen und diese zwischen den Thoren abladen sollten. Der Ungehorsam wurde das erste Mal mit einem Pfennig für jeden nicht gelieferten Stein, der beharrliche Ungehorsam aber nachdrücklicher bestraft.

Mitte der Gassen an den dazu verordneten Tagen der Gestalt bewerkstelligt werden, daß die Haufen, ehe und bevor das Fuhrwerk ankömmt, so nahe als möglich an einander gesetzt, die Fahrten auf den Straßen frei gelassen und Straßen bei Straßen mit gesammter Hand zu gleicher Zeit scharf gereinigt, mithin die Fuhrleute, welchen bei der Ausladung durch Nachfegen des Gassenkoths auf die Schaufeln alle Hülfe zu erzeigen, an geschwinder Abfahrt nicht gehindert werden. Die Ankunft des Fuhrwerks wird durch einen Bedienten (vermitteltst einer Klingel) angezeigt. Würde sodann jemand seinen Steinweg zur gehörigen Zeit nicht gefegt haben, so sollen dazu Leute um Lohn genommen werden, welches, nebst 2 Mfl. Strafe, der Saumfelige binnen 24 Stunden zu bezahlen hat. Landesf. Verordn., die Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig betr., v. 28. Novbr. 1758. Art. 2.

cf. Bekanntm. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 9. April 1815. §. 1. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 6.) — Desgl. v. 24. März 1824. (Br. Anz. v. 1824. Nro. 25.) — Desgl. v. 11. März 1830. (Br. Anz. v. 1830. Nro. 21.)

Zur Vermeidung der durch den Staub zu befürchtenden Verderbung der Kaufmannswaren und der Ungemächlichkeit für die auf der Gasse Gehenden soll bei trockener Witterung das Sprengen mit Wasser bei dem Fegen der Gassen nicht versäumt werden. Verordn. des Magistrats zu Braunschw. v. 11. Mai 1759. (Br. Anz. v. 1759. Nro. 41.)

Auf landesf. Befehl ist verordnet, daß jedermann in Braunschweig in heißen Tagen und in trockenen Zeiten, bevor er das Steinpflaster abkehrt, den Staub der Gestalt besprengen soll, daß solcher bei dem Fegen nicht in die Häuser und Läden getrieben werde. Jeder Contraventionsfall soll mit 2 Mfl. prompt bestraft werden. Verordn. des Polizei-Depart. zu Braunschw. v. 20. Mai 1763. (Br. Anz. v. 1763. Nro. 44.)

cf. Bekanntmachung fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig vom 9. April 1815. §. 3. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 6.)

Auf höchsten Befehl ist bekannt gemacht, daß jedermann bei nasser Witterung die breiten Steine vor seinem Hause beständig rein halten und derjenige, welcher es hieran fehlen läßt, mit Nachdruck dazu angehalten werden soll. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 5. Januar 1769. (Br. Anz. v. 1769. Nro. 3.)

cf. Bekanntmach. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 9. April 1815. §. 2. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 6.) — Desgl. v. 4. Januar 1818. (Br. Anz. v. 1818. Nro. 2.) — Desgl. v. 24. Januar 1820. (Br. Anz. v. 1820. Nro. 8.) — Desgl. v. 4. Januar 1826. (Br. Anz. v. 1826. Nro. 2.) — Desgl. v. 4. Januar 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 2.)

Jedermann soll bei 2 Thaler Strafe seinen Steinweg zu gehöriger Zeit ordentlich fegen und besonders bei bevorstehendem Frost und Thauwetter die breiten Steine rein halten lassen; zugleich ist bei ebenmäßiger Strafe geboten, daß niemand nach geschehenem Abfahren des Gassenkoths, sonderlich des Sonnabends Abends, Haufen zusammensetzen lassen soll, sondern es soll ein Jeder zeitig genug vor der Abfahrt fegen, oder, wenn er solches Sonnabends thun läßt, den Koth selbst sogleich weg- und in sein Haus oder auf seinen Hof schaffen lassen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 3. Decbr. 1781. \*) (Br. Anz. v. 1781. Nro. 98.)

Da mehrere Einwohner den auf ihre Höfe gefallenen Schnee und das dafelbst sich aufhaltende Eis auf die Gassen schaffen, welches der Fahrbarkeit derselben und der Offenhaltung der Abzugsgassen hinderlich ist, so ist dieses auf höchsten Befehl bei 2 Thlr. Strafe für jeden Contraventionsfall untersagt. Bekanntmachung des Polizei-Departements v. 8. Febr. 1800. (Br. Anz. v. 1800. Nro. 14.) Erneuert unterm 28. Januar 1803. (Br. Anz. v. 1803. Nro. 10.)

S. auch:

\*) Die obigen Verordnungen sind später öfter in Erinnerung gebracht.

S. auch: Ausgießen auf die Straßen in Braunschweig — Kummer und anderer Haus-, Hof- und Keller-Unrath in Braunschweig — Mist und dergleichen, Abfahren desselben aus Braunschweig — Füttern des Viehes auf den Straßen in Braunschweig.

### Straßen-Räuber.

S. Beherbergen der Missethäter — Nachjagd auf Diebe, Räuber und sonstiges Gesindel.

### Straßen-Berunreinigung in Wolfenbüttel.

Niemand, er sei hohen oder niedrigen Standes, soll den heinrichsstädtischen Statuten und der Verordn. v. 18. Juni 1647 gemäß einigen Unflath oder Mist auf die öffentlichen Straßen als eine gewöhnliche Stelle zu bringen oder darauf liegen zu lassen sich unterstehen, sondern ein Jeglicher solchen in seinem Hause und Hofe behalten, oder da es die Nothdurft erfordert, solchen heraus zu bringen, keiner selbigen länger als 24 Stunden liegen lassen, auch niemand unflätige stinkende Ausflüsse von Kloaken, Schweineställen oder dergleichen auf die öffentlichen Straßen leiten und überdas ein Jeglicher vor seinem Hause die Gassen rein und sauber halten, damit das Wasser allemal abziehen kann, auch dadurch keine Unreinigkeiten auf den Straßen verursacht werden. So oft jemand in dem einen oder andern Stücke dawider handeln wird, soll derselbe ohne Ansehen der Person in einen halben Thaler Strafe an fürstl. Amt oder an das heinrichsstädtische Rathhaus, je nachdem es die Situation mit sich bringt, zu erlegen und überdas dem Amtsknecht oder Marktmeister, so dergleichen Contraventionen jegliches Mal bei Entsetzung vom Dienste anzuzeigen, auch sofort bei jeglicher Contravention ein mäßiges, doch zureichendes Pfand zu nehmen haben, 6 Mgr. zu bezahlen schuldig sein. Gegen Halsstarrige und Ungehorsame ist noch schärfere Bestrafung vorbehalten. Landesf. Verordn. v. 27. Juli 1699. \*)

### Streuzehten im Amte Ehedinghausen.

Dieserhalb ist verordnet: 1) daß der sogenannte Streuzehten an denjenigen Orten des fürstl. Amtes Ehedinghausen, wo solcher eingeführt ist, zwar ferner beibehalten werden mag; daß aber jeder Zehntpflichtige, wenn das Korn aufgebracht ist, solches dem Zehntherrn melden und, wenn dieses geschehen, wenigstens noch einen halben Tag mit dem Abfahren warten soll. 2) Wenn das Abzehten jedoch alsdann nicht geschehen ist, so mag zwar der Zehntpflichtige den Zehnten aussetzen und stehen lassen, er soll aber nach dem Abfahren der Früchte dem Zehntherrn noch zwei Tage zum Abfahren des Zehntens Zeit zu lassen schuldig sein, ehe er das Vieh auf die Stoppel bringt. 3) Die Zehntherrn hingegen sollen, wenn die Zehntpflichtigen dieser landesf. Verordnung zuwider handeln, selbige nicht, wie bisher öfters geschehen, eigenmächtiger Weise pfänden, sondern solches dem fürstl. Amte zur Untersuchung und Bestrafung, damit die Zehntpflichtigen zur Schadens-Ersekung gebühlich angehalten werden mögen, gehörig anzeigen. Landesf. Verordn. v. 7. Octbr. 1776.

### Strohdächer.

An denjenigen Orten, wo Ziegelbrennereien vorhanden, oder in der Nähe belegen sind, sollen die neuen Dächer nicht mehr mit Stroh, sondern mit Ziegeln gedeckt und, wenn solches nicht geschieht, soll auf die Strohdächer keine Baufreiheit erteilt, sondern die Kosten dafür von dem Taxatum der Baukosten

\*) Aeltere Verordnungen, welche die Straßen-Reinigung in Wolfenb. betreffen, sind, außer den obenbenannten, v. 7. August 1669 (in dieser waren zugleich Anordnungen wegen der beständigen Reparatur des Steinpflasters gemacht und die Karrenführer angewiesen, nicht mit scharf beschlagenen, sondern mit Block-Rädern zu fahren), vom 26. Mai 1703, 5. Decbr. 1704, 22. Mai 1717 und 12. Decbr. 1742. (Von dieser letzten findet sich ein Abdruck in Schneiders Repertorium Th. II. p. 313 sqq.)

abgesetzt werden. Die Obrigkeiten sollen dahin sehen, daß dieser Verordnung nachgelebt werde und, wie solches geschehen, in den wegen der Baufreiheiten abzustattenden Berichten jedes Mal mit anführet. Landesf. Verordn. v. 10. Juni 1747.

Die neuen Dächer an den Orten, wo Ziegelsteine zu haben sind, sollen, den schon ergangenen Verordnungen gemäß, durchaus und bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe damit gedeckt und streng darüber gehalten werden. Da auch die Bauern zu den Strohdächern ihren Bekannten Stroh zu Hülfe zu geben pflegen, so ist dieses von dem Bauenden anzunehmen, zu Gelde zu machen und zum Ziegeldache mit anzuwenden. Landesf. Circular-Rescript v. 21. Decbr. 1748.

Da gegen die wegen Abschaffung der Strohdächer unterm 10. Juni 1747 erlassene höchste Verordnung und das dieserhalb unterm 21. Decbr. 1748 erlassene höchste Circular-Rescript von den Unterthanen seit einiger Zeit hin und wieder gehandelt und von den Obrigkeiten nicht allein darunter connivirt, sondern wohl gar vorgedachte höchste Verordnung dahin interpretirt worden, als ob es der Wahl der Unterthanen, ihre Häuser mit Ziegeln oder Stroh zu decken, wenn sie nur auf die Baufreiheiten renunciirten, überlassen sei; als ist vorerwähnte höchste Verordnung dahin declarirt und erneuert, daß von nun an alle Häuser an den Orten, wo Ziegelsteine in der Nähe zu haben sind, durchaus mit Ziegeln, oder wo die in hiesigen Landen gebrochenen Dachsteine näher zu haben, mit solchen gedeckt, und auch an solchen Orten, wo dergleichen in der Nähe nicht herbeigeschafft werden können, oder wenn etwa bei alten Häusern die Strohdächer gänzlich abgängig geworden, ohne besondere dazu erhaltene höchste Erlaubniß überall keine Strohdächer ferner mehr vorgerichtet werden sollen. Die Obrigkeiten sollen über diese erneuerte Verordnung mit Nachdruck halten, widrigen Falls aber besonders dafür angesehen werden. Landesf. Verordn. v. 15. Januar 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 12.)

Dieser zum wahren Besten der Unterthanen publicirten erneuerten Verordnung soll schlechterdings nachgelebt und durchaus weiter nicht gestattet werden, irgend ein Gebäude, es sei ein Wohnhaus, eine Scheuer oder ein Stallgebäude, welches neu gebaut werden muß, mit Stroh zu decken, wie denn im Uebertretungsfalle die Strafe dahin hiermit determinirt wird, daß die Contravenienten sowohl die Strohdächer selbst, als die auf Strohdächer vorgerichteten Dachstühle wieder wegnehmen, und solche für Ziegeldächer der Vorschrift gemäß einrichten lassen sollen, nicht weniger, daß ein jeder Zimmermeister oder Zimmergesell, wenn letzterer etwa mit Connivenz oder in Ermangelung eines Meisters den Bau dirigirt und der Verordnung zuwider Dachstühle für Strohdächer fertigt, in 20 Thlr. Strafe ad pios usus verfallen sein, auch ersterem wohl gar dem Befinden nach das Handwerk gelegt werden soll. Diese Verordnung soll auch in den Herbergen der Zimmerleute öffentlich angeschlagen werden. Landesf. Verordn. v. 6. Juli 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 58.)

Da die Erfahrung gelehrt, daß durch die in der landesf. Verordnung v. 6. Juli 1780 angedrohte Strafe der Zweck nicht gänzlich erreicht worden, vielmehr noch hie und da die Unterthanen es sich haben begeben lassen, der Verordnung entgegen zu handeln, in diesen Fällen aber ohne zu großen Schaden, oft gänzlichen Ruin der Contravenienten die Strafe der Wegschaffung des Strohdachs und der Dachstühle gegen selbige nicht hat zur Ausübung gebracht werden mögen, die Sache selbst jedoch einen zu wesentlichen Einfluß auf das Wohl und die Sicherheit des Ganzen hat, als daß hierunter länger nachgesehen werden könnte, so sind die Obrigkeiten nicht nur angewiesen, in ihrem Gerichtsbezirke hierauf besser, als zeither zu achten, sondern es ist zugleich hiermit declarirt, daß hinfüro durchaus nicht weiter hierunter nachgesehen werden soll, vielmehr man in allen solchen Fällen, wo die Contravenienten wegen Unvermögens oder sonst zur Wiederwegnahme des Strohdaches und der darauf eingerichteten Dachstühle nicht angehalten werden können, sich lediglich an die Obrigkeiten, da ohne deren Wissenschaft dergleichen in

ihrem Gerichtsbezirke nicht geschehen kann, halten wird, wobei denselben jedoch der Regreß an die Bauernmeister und Geschwornen, wenn diese, welche deshalb gehörig zu instruiren sind, es hierunter an ihrer Schuldigkeit fehlen lassen, unbenommen bleibt. Landesf. Circular-Rescript v. 21. Januar 1791.

cf. Cammer-Rescript v. 30. Januar 1818. (Bege III. p. 15.) — Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 7.

### Stumme, Bevormundung derselben.

S. Vormünder, wem solche zu bestellen sind.

### Sturmglöcke.

S. Feuerhülfe.

### Subhastation.

Das in der fürstl. Canzlei- und Hofgerichts-Ordnung \*) nachgelassene jus sistendi pinguorem emtorem soll bei den subhastationibus necessariis so wenig dem Debitor als den Creditoren hinfüro weiter verstattet werden, \*\*) auch bei dergleichen Subhastationen dem Debitor kein jus reluendi nachgelassen sein und das jus retractus gentilitii gar nicht Statt haben. Dahingegen sollen die drei Termine der Subhastationen von wichtigen Immobilien auf sechs Monate extendirt, auch dem Käufer gestattet werden, das Kaufgeld nur zur Hälfte zu erlegen, die andere Hälfte aber noch sechs Monate gegen landesübliche Verzinsung unter sich zu behalten. Landesf. Verordn. v. 15. April 1752. (Br. Anz. v. 1752. Nro. 39.)

Mit der Subhastation der Grundstücke, wenn die Execution auf die unbeweglichen Güter des Debtors erkannt und dieser sonst nicht insolvent oder kein concursus creditorum vorhanden ist, soll folgender Gestalt verfahren werden: Es wird alsbald zur Taxation des Grundstücks durch Werkverständige geschritten und in den edictalibus, mit Anführung des taxati, der terminus licitationis, welcher nicht unter 3 Monate genommen werden darf, auf einen gewissen Tag angesetzt und die Picitanten dazu vorgeladen; die edictales selbst aber werden sowohl am gehörigen Orte, als durch die Intelligenzblätter und Zeitungen bekannt gemacht. \*\*\*) Sollte jemand ante terminum das Grundstück zu besehen verlangen, so soll der Gerichtsverwalter ihm alsobald einen Gerichtsbedienten zugeben und ihm alles, was er verlangt, zeigen lassen. Zu dem Termine sind die in dem Gerichtsbuche befindlichen creditores hypothecarii, so viel deren hier gegenwärtig sind, alle Mal jeder besonders zu citiren, um bei der Picitation ihre Befugniß wahrnehmen zu können. †) Im Termine selbst werden alle Picitanten auf einmal admittirt und es wird das Grundstück dem Meistbietenden, wenn sonst das höchste Gebot dem im Taxationscheine enthaltenen Werthe ziemlich nahe kömmt, auch sämtliche hypothecarii ihre Befriedigung davon erhalten können, zugeschlagen; wäre das licitatum zur Bezahlung sämtlicher Creditoren nicht hinlänglich, so sind die Creditoren, insonderheit der letzte, welche billig zugegen sein müssen, zu befragen, ob einer derselben

\*) Canzlei-Ordn. Art. 79 und Hofger. Ordn. Tit. LXXV. §. Würde aber 2c. S. Execution.

\*\*) Schon durch die landesf. Declaration v. 18. April 1698 war die Bestimmung der Canzlei- und Hofgerichts-Ordn. dahin abgeändert, daß wenn der Debitor binnen der ihm gesetzten Frist einen bessern Käufer nicht stellen könne, mit Abjudication des Grundstücks an den pinguorem licitorem billig verfahren und dem Creditor wider seinen Willen nicht zugemuthet werden solle, daß er das Gut nach dem Taxatum annehme oder so lange, bis sich ein anderer dem Debitor anständigerer Käufer finden möchte, warte.

\*\*\*) S. Braunsch. Anzeigen; Ausschreiben v. 5. Decbr. 1755.

†) cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814; das Verfahren der Gerichte betr., §. 26.

selben sich etwa zur Annehmung des immobilis für einen höhern Preis entschließen wolle? und Falls keiner sich dazu versteht oder wenn keiner im Termine erscheint, so ist sofort mit der Adjudication zu verfahren. Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764. Cap. XVI. §. 7.

Sollte sich aber kein Käufer finden, so soll dem Creditor das Gut pro taxato anzunehmen und das residuum herauszugeben freigelassen werden; Falls er aber solches nicht gut findet, soll ihm frei stehen, das Grundstück weiter subhastiren zu lassen, welches er, so oft er will, wiederholen kann; inzwischen aber verbleibt den Hypothekariern die Nutzung des Grundstücks nach dem Betrage und der Beschaffenheit ihrer Forderungen, wie sie denn auch, Falls der Debitor mit ihrem guten Willen darin gelassen würde, die onera desselben tragen müssen. Ebendas. §. 8.

In dem Tit. XVI. §. 7 und 8 der Braunschw. Untergerichts-Ordn. v. 2. Febr. 1764 ist verordnet, daß bei einer Schulden halber vorzunehmenden Subhastation eines Grundstücks sofort zu der Taxation desselben geschritten, und solches nur in dem Falle, wenn das höchste Gebot dem im Taxations-Scheine enthaltenen Werthe ziemlich nahe kommt, dem Pluslicitanten in dem nicht unter drei Monate zu nehmenden termino licitationis zugeschlagen, wenn sich aber gar kein Käufer finden sollte, dem Creditor das Gut für die Taxe anzunehmen, oder aber die weitere Subhastation frei gelassen werden soll.

Es hat sich indeß nicht selten ereignet, daß auch nach mehrmals wiederholter Subhastation kein Käufer, außer dem Gläubiger selbst, überall, oder wenigstens keiner, welcher ein dem taxato nahe kommendes Gebot gethan, sich angefunden, der Gläubiger aber, der die Subhastation veranlaßt, weder das Grundstück für die Taxe anzunehmen, noch es zu einer fernern Subhastation, während welcher ein Grundstück an seinem Werthe immer mehr verliert, kommen zu lassen, und, bis ein annehmlisches Gebot geschehen, mit seiner Forderung längerhin zu warten, seiner Gelegenheit und Convenienz gemäß, gut gefunden, sondern darauf, daß das Grundstück dafür, was er selbst oder ein Anderer geboten, ob es gleich dem taxato nicht nahe gekommen, jure liciti nach verflossenem Termine zugeschlagen werden müsse, bestehen zu können, sich berechtigt gehalten hat und darüber viele Proceße entstanden sind. Damit nun, um den öffentlichen Credit nicht irgend Noth leiden zu lassen, jedem Pfandgläubiger auf das Baldigste zu seiner Befriedigung, nach der Billigkeit, verholfen werde, wird unter Aufhebung obiger Disposition der Untergerichts-Ordnung verfügt, daß von nun an und in Zukunft bei den Schulden halber zu verfügenden subhastationibus necessariis eine Taxation der Grundstücke, zumal durch diese der wirkliche wahre Werth derselben, den mit eintretenden Umständen nach, ohnehin sich nicht zuverlässig bestimmen läßt, nicht mehr erforderlich, dagegen aber der zum ersten, zweiten und dritten Male in Eins anzusetzende Termin auf sechs Monate erweitert sein, und der Pluslicitant, wenn es auch der Creditor selbst, welcher die Subhastation ausgebracht, oder sonst nur ein Einziger, der darauf geboten, wäre, in solchem Termine unfehlbar ohne weitem Anstand die Adjudication, das Gebot sei auch noch so gering als es wolle, zu gewärtigen haben soll, wosern nicht etwa derjenige Creditor oder diejenigen creditores hypothecarii, zu dessen oder deren Befriedigung das geschehene Gebot hinreicht, von selbst aus gutem Willen, um den folgenden Creditoren allenfalls auch etwas zu gönnen, in eine anderweite Subhastation einwilligen und deshalb binnen acht Tagen sich erklären möchten. Landesf. Verordn. v. 21. Mai 1777. (Br. Anz. v. 1777. Nro. 46.)

Aus den eingezogenen Berichten sämmtlicher Obergkeiten und Gerichte \*) ist in Erfahrung gebracht, daß fast bei keinem derselben ein gleichmäßiges Verfahren bei den subhastationibus necessariis beobachtet

\*) Die Obergkeiten und Gerichte waren durch das landesf. Rescript v. 23. Januar 1795 aufgefordert, über den Gerichtsgebrauch bei subhastation. necessar. zu berichten.

tet wird, und daraus ersehen, daß dieser, des allgemeinen Credits wegen so wichtige Punkt theils durch die bisherigen Verordnungen noch nicht völlig erschöpft, theils durch willkürliche Anwendung derselben einer äußerst schwankenden Rechtspflege unterworfen ist. Um aber den hieraus entspringenden übeln Folgen vorzubeugen und damit vorzüglich jeder über diesen Gegenstand entstehen könnende Proceß nach einem allgemein bestimmten, und aus keiner einzelnen Gerichts-Observanz hergeleiteten Rechte entschieden, der öffentliche Credit auch immer mehr befestigt werden möge, so soll dasjenige, was bereits durch die Verordnung v. 21. Mai 1777 für die Stadt Braunschweig festgesetzt ist (als welche hiedurch für dieselbe bestätigt wird), auf das ganze Land und für dasselbe in einer erweiterten Maße, gestalt vieles, was in den übrigen Theilen des Landes in dergleichen Fällen noch beobachtet wird, in der Stadt Braunschweig längst nicht mehr üblich ist, ausgedehnt werden. Es wird demnach, unter Aufhebung aller hierher gehörigen frühern Verordnungen und jeder Observanz, verordnet:

1) daß künftig unter keinerlei Vorwand und Modification weder auf eine Immission der Gläubiger vor der Subhastation, noch

2) auf die in der Hofgerichts-Ordnung Tit. LXXV. §. Würde aber u. dem Schuldner gegönnte viermonatige Frist zur Subhastation geachtet, ferner auch

3) eine Taxation der Grundstücke ante subhastationem nicht zugelassen, oder auf ein derselben nahe kommendes licitum, bevor dasselbe dem Pluslicitanten zugeschlagen, gesehen werden und

4) dem Käufer ferner nicht gestattet sein soll, die Hälfte des Kaufgeldes noch 6 Monate gegen landesübliche Verzinsung unter sich zu behalten.

Dagegen soll künftig der bei einer subhastatio necessaria zum ersten, zweiten und dritten Male in Eins anzusetzende Termin, ohne dabei einen Unterschied zwischen wichtigen und minder wichtigen Grundstücken zu machen, auf sechs Monate erweitert sein und der Pluslicitant, wenn es auch der Creditor selbst, welcher die Subhastation ausgebracht, oder sonst nur ein Einziger, der darauf geboten, wäre, in solchem Termine unfehlbar ohne weitem Anstand die Adjudication, das Gebot sei auch noch so gering, als es wolle, zu gewärtigen haben, wofern nicht etwa derjenige Creditor oder diejenigen creditores hypothecarii, zu dessen oder deren Befriedigung das geschehene Gebot hinreicht, von selbst aus gutem Willen, um den folgenden Creditoren auch etwas zu gönnen, in eine anderweite Subhastation einwilligen und deshalb binnen acht Tagen sich erklärt haben möchten. Landesf. Verordnung v. 10. April 1800. (Br. Anz. v. 1800. Nro. 38.)

cf. Rescript fürstl. Cammer v. 27. Juni 1818. (Bege I. p. 167.) — Landesf. Circular-Rescript v. 17. Decbr. 1827, das Verfahren bei der nothwendigen Subhastation von Erbenzins-Grundstücken betr. — Landesf. Circular-Rescript v. 23. August 1830, das Subhastations-Verfahren betr. — Rescript herzogl. Staats-Ministerii v. 15. Decbr. 1831. (Bege III. p. 222.) — Landesf. Circular-Rescript v. 24. August 1837, die Entscheidung einiger zweifelhaften Punkte in Beziehung auf das Verfahren bei nothwendigen Subhastationen betr.

### Subinfeudation.

S. Lehngüter.

### Superintendenten, Circularschreiben derselben.

S. Schulen; Schul-Ordnung v. 22. Septbr. 1753. §. 27.

### Suppliken und dabei zu erstattende Berichte.

Wenn die Ober- und Beamten auf die an die Collegien erstatteten Berichte bald darauf keine Resolution erhalten, so sollen sie einige Zeit hernach mit Anschließung der Abschriften von ihren vorigen Berich-

ten (als wovon sie die Concepte in die Amts-Registraturen verwahrlich beizulegen haben), daran gebührend erinnern, widrigen Falls und da sie diese Erinnerung nicht beweislich machen können, soll ihre dawider etwa einzuwendende Entschuldigung nicht angenommen, sondern sie sollen für den daraus entstehenden Schaden zu respondiren gehalten sein. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 7.

Von verschiedenen Materien soll in jeder Sache absonderlich referirt, oder dieselbe per modum postscripti der Haupt-Relation beigelegt werden. In den an die Collegien gerichteten Suppliken sollen nicht differente Sachen durcheinander gemischt, sondern eine jede absonderlich und deutlich eingebracht werden. Ebendas. Art. 8.

Die auf der Unterthanen Gesuche um Erlassung der Dienste, Zinsen oder anderer praestandorum zu erstattenden Berichte sollen pflichtmäßig und kürzlich dahin gerichtet sein, daß 1) die wahre Ursache, so den Supplikanten zum Suppliciren bewogen, 2) die Conduite desselben, ob er nämlich seinem Hauswesen wohl oder übel vorstehe, 3) was er für einen Hof und wie viel Land er dabei habe, 4) wenn es eine Baufreiheit betrifft, ob der Hof ganz wüste und unbewohnt, oder mit was für Gebäuden derselbe versehen, 5) ob von solchem wüsten Hofe die praestanda vorhin und ohnerachtet er unbewohnt gewesen, völlig erfolgt, oder was etwa deshalb zurück geblieben, 6) wie hoch sich das gesuchte remissum belaufe und 7) ob die Hoffnung, daß Supplikant hiernächst mit seinen praestandis richtig kommen werde, und er des Falls bürgerliche oder andere Versicherung schaffen könne, darin angeführt ist. Die Gebühr für die zu erstattenden Berichte soll nach der Sportel-Taxe eingerichtet werden. Ebendas. Art. 31.

Den Berichten sollen die vota dissentientium beigelegt werden. Landesf. Rescr. v. 28. Decbr. 1744.

Demnach angemerkt worden, daß zeither einige Ober- und Beamte ihre Berichte auf die Memorialien der Amts-Unterthanen, wenn solche um Befreiung vom wirklichen Herrendienste, oder auch zugleich um Erlassung des Dienstgelbes oder des Rückstandes, desgleichen um Remission und Milde rung der übrigen praestandorum, Land- und Forst-Gerichtsstrafen u. s. w. bei fürstl. Cammer ansuchen, sehr unvollständig und auf das Gesuch der Unterthanen wenig passend abgefaßt haben, indem darin öfters zum Theil gar nicht, oder doch nicht deutlich genug angeführt ist,

- 1) wo die Supplikanten her sind,
- 2) wie alt sie sind,
- 3) ob sie verheirathet sind,
- 4) ob und wie viele Kinder, männlichen oder weiblichen Geschlechts, sie noch am Leben haben,
- 5) wie alt diese sind, oder wo sie sich aufhalten,
- 6) worin die Unvermögsamkeit der Supplikanten eigentlich besteht,
- 7) ob selbige durch Krankheit, unvorhergesehene Unglücksfälle zurückgekommen, oder ob sie durch Nachlässigkeit und übeln Haushalt verarmt sind,
- 8) was ihre Handthierung und Gewerbe ist,
- 9) wie viele Tage sie dem Amte jährlich oder wöchentlich zu dienen schuldig sind, oder wie viel Dienstgelb bisher dafür entrichtet worden,
- 10) ob sie einen Hof oder ein Haus eigenthümlich besitzen, was an Länderei, Wiesen u. dazu gehört und wie die Pertinenzen beschaffen und ob solche mit Schulden beschwert sind,
- 11) ob sie Knechte und Vieh darauf zu halten im Stande sind, und wie viel sie deren halten,
- 12) ob ihrem Suchen billig gewillfahrt werden müsse, und auf welche Art dieses am Leichtesten geschehen und die Unterthanen soulagirt werden können,

so sind sämtliche Ober- und Beamte hierdurch erinnert und nachdrücklich angewiesen, sich nach dieser Vorschrift bei Abstattung ihrer Berichte auf der supplicirenden Amtsunterthanen Memorialien zu richten



und solche punktwise zu entwerfen, auch dieselben nicht eher abzufassen und an fürstl. Cammer einzusenden, bevor sie nicht die Aussage der Geschwornen und Bauernmeister genau geprüft und durch ihre eigene Kenntniß von ihren Amtsunterthanen gegründet befunden haben. Umlauf fürstl. Cammer zu Braunschw. v. 20. Juni 1769.

cf. Cammer-Rescript v. 17. Mai 1815. (Bege II. p. 234.)

Da die frühern Verordnungen, die ordentliche und vollständige Einrichtung der beim Landesfürsten und den fürstl. Collegien zu übergebenden Suppliken, sowie der von der Obrigkeit abzustattenden Berichte betreffend, \*) nicht genau mehr beobachtet werden, so wird für nöthig befunden, dieselben hiermit nochmals zu erneuern und zu verbessern, weshalb folgendes verordnet wird:

1) Diejenigen Unterthanen, so ihre Nothdurft selbst förmlich vorzutragen nicht geschickt sind, und fremder Hülfe sich darunter bedienen müssen, sollen ihre Memorialien von niemandem anders, als in den Städten von den daselbst recipirten Advocaten, auf dem platten Lande aber nur von denjenigen, die von der Obrigkeit dazu Erlaubniß haben, aufsetzen lassen, welchen sie dabei die wahrhafte Beschaffenheit ihres oder ihrer Sachen Zustandes aufrichtig entdecken, diese aber ihnen in ihrem geziemenden Suchen an Hand gehen, für eine gemeine Supplik nicht mehr als zum Höchsten einen Orts-Thaler, die Schreibgebühren mit gerechnet, fordern und nehmen, bei Verfassung anderer Schriften aber, da nach der Sachen Wichtigkeit weitläufigere Vorstellung nöthig sein möchte, niemand gegen die Billigkeit übersetzen sollen. Daneben soll auch jeder Concipient die von ihm verfaßten Suppliken und Schriften nicht nur mit Voransetzung des Supplicanten Tauf- und Zunamens und Wohnorts nach dem Inhalte derselben kurz, jedoch deutlich und hinlänglich rubriciren, sondern auch, um allenfalls von demselben Rede und Antwort darüber fordern zu können, zu Ende unter das Datum eigenhändig mit unterschreiben und bei Verlust des deserviti und einer eben so hohen Strafe dabei bemerken, was ihm dafür entrichtet oder versprochen sei. Sollte jedoch der Supplikant im Stande sein, selbst vernehmlich zu schreiben und seine Nothdurft verständlich vorzustellen, so ist demselben solches verstattet. Wosern demungeachtet unverständliche und unleserliche, auch überhaupt der Verordnung gemäß nicht abgefaßte Memorialien einkämen, so sollen solche ohne weiteres Rescript oder Decret an die Civil- oder Militär-Obrigkeiten zurück geschickt werden, welche sie sodann auf verordnete, weiter unten angeführte Art zu examiniren, solche der Verordnung gemäß zu rectificiren, und damit zu verfahren haben. Würden auch nach Publication dieses zwar vernehmlich abgefaßte, aber nicht gehörig rubricirte Memorialien einkommen, so soll deren Verfasser, es sei solcher der Supplicant selbst oder ein Anderer, dafür jedes Mal in 4 Ggr. Strafe genommen werden.

2) Es sollen hinfüro keine Suppliken ohne Berichte vom Landesfürsten, der fürstl. Geh. Raths-Stube, auch den übrigen Collegien, wie nicht minder der Landschaft angenommen werden, sondern es sollen diejenigen, so etwas zu suchen haben, ihr Anbringen alle Mal erst ihrer vorgesetzten Obrigkeit zu eröffnen gehalten sein, gestalt denn dieselbe solche damit unweigerlich zu hören, ob und wie weit ihr Suchen gegründet, zu untersuchen und, wosern es Sachen betrifft, die von derselben nicht abgethan und entschieden werden können (denn mit andern sind die fürstl. Collegien nicht zu befehligen) den Suppliken ihren pflichtmäßigen Bericht beizufügen, ausdrücklich angewiesen worden sind. Die Obrigkeit ist alle Mal schuldig, das Memorial von dem Supplicanten anzunehmen, denselben darüber zu hören und das Präsentatum darauf

\*) Der Gesetzgeber nimmt hierbei auf die unterm 19. Juni 1713 publicirte, den 12. Decbr. 1726 erneuerte und unterm 29. August 1737 und 27. Novbr. 1765 anderweit erneuerte und vermehrte Verordnung Bezug, wobei bemerkt wird, daß die Verordnung von 1726 nicht unterm 12., sondern am 2. Decbr. publicirt ist und die Verordnungen vom 19. Juni 1713 und 2. Decbr. 1726 nicht durch die Verordn. v. 29. August 1737, sondern durch die v. 2. März 1737 erneuert sind; letztere ist durch die Verordn. v. 29. August 1737 declarirt. Für das Fürstenthum Blankenburg waren ähnliche Verordnungen unterm 7. März 1721 und 19. Octbr. 1729 ergangen.

zu sehen. Findet sie, daß das Suchen unstatthaft sei, so thut sie demselben Vorstellung. Wenn der Supplikant solche annimmt und sich dabei beruhigt, wird solches unter das Memorial registrirt und dasselbe beigelegt, auf den entgegengesetzten Fall aber der Bericht auf Kosten des Extrahenten erstattet, welcher befundenen Umständen nach für sein leichtsinniges Suppliciren bestraft werden soll. Die Obrigkeiten aber müssen alle dergleichen Memorialien mit ihren Berichten binnen 14 Tagen nach jeder Erhaltung unfehlbar einsenden. Sollte dieses nicht geschehen, der Supplikant also nach Verlauf von 4 Wochen einkommen und um Resolution ansuchen, so soll die Obrigkeit, welche die Berichts-Erstattung länger als 14 Tage verzögert, in namhafte Strafe ohne Nachsicht verfallen sein, und es soll solche bei unterlassener prompter Einsendung executive beigetrieben werden. Alle Berichte aber, sie mögen von fürstl. Collegien, den Chefs und Commandeurs der Regimenter und Corps, Amts- und Gerichts-Obrigkeiten oder andern Personen erstattet werden, sind mit gehörigen Rubriken von deren kurzem Inhalte zu versehen, und es ist solchen alle Mal der Name des Collegiums, der Obrigkeit, oder des, der den Bericht erstattet, nebst dessen Wohnort voran zu setzen. \*) Auf Memorialien ganzer Gemeinden oder eines Theils derselben sollen die Berichte, wenn die Beschaffenheit der Sachen nicht eine noch geschwindere Erstattung erfordert, längstens binnen 8 bis 10 Tagen eingeschickt werden, bei Vermeidung willkürlicher Ahndung.

3) Es werden alle diesem zuwider eingehende Memorialien auf die anfänglich oben erwähnte Art an die Obrigkeit des Orts zurückgesendet, welche alsdann zu untersuchen hat: a) ob deren Verfasser ein recipirter Advocat, oder auf dem Lande legitimirter Schriftsteller sei? b) ob im Falle, daß der Supplikant solches selbst aufgesetzt zu haben vorgeben sollte, dieses gegründet sei und er dazu die gehörige Geschicklichkeit habe oder nicht? c) ob im ersten Falle das darunter bemerkte Deservit seine Richtigkeit und der Verfasser nicht mehr erhalten habe? d) warum das Memorial nicht vorher der Obrigkeit zur Berichts-Erstattung zugestellt? e) ob bei Memorialien ganzer Gemeinden auch deren sämtliche Mitglieder daran Theil nehmen, oder ob nur einige derselben diesen Namen mißbrauchen? und auf diese Punkte ihren Bericht mit zu erstatten hat, damit danach das Weitere verfügt werden könne.

4) Es versteht sich von selbst, daß Memorialien, in welchen gegen die Obrigkeiten selbst geklagt wird, ohne Bericht angenommen werden. Würden sie aber der Obrigkeit zugestellt, so soll sie solche ohne Unwillen annehmen, keinesweges zurückhalten, sondern ihren Bericht und ihre Verantwortung darauf auf Eid und Pflicht erstatten.

5) Wenn dergleichen Berichte auf Memorialien, worin um Erlassung der Dienste, Zinsen oder anderer Praestanda Ansuchung geschieht, zu erstatten sind, so haben die Obrigkeiten dieselben dem §. 31 der Amts-Cammer-Ordnung gemäß der Gestalt pflichtmäßig und kürzlich einzurichten, daß a) die wahre Ursache, so den Supplikanten zum Suppliciren bewogen, b) dessen Ausführung, ob er nämlich seinem Hauswesen wohl oder übel vorstehe, c) was er für einen Hof und wie viel Land dabei habe, d) wenn es eine Bau-Freiheit betrifft, ob der Hof ganz wüste und unbewohnt, oder mit was für Gebäuden derselbe versehen, e) ob von solchem wüsten Hofe die praestanda vorhin und ungeachtet er unbewohnt gewesen, völlig erfolgt, oder was etwa deshalb zurück geblieben, f) wie hoch sich die gesuchte Remission belaufe, g) ob Hoffnung sei, daß Supplikant hiernächst mit seinen praestandis richtig einhalten werde, und ob er deshalb bürgerliche oder andere Versicherung schaffen könne, daraus zu ersehen ist. Da auch von einigen Obrigkeiten statt förmlicher und gründlicher Berichte nur kleine Zettel zuweilen eingelegt worden, aus welchen, wenn sie aus den Suppliken gefallen, nicht zu ersehen gewesen, zu welcher sie eigentlich gehören, insonderheit wenn des Supplikanten Name in dem Bericht gar ausgelassen worden, so soll hinfüro jeder Zeit ein umständlicher Bericht auf Stempel-Papier jedem Memoriale beigelegt und darin, wenn es schon in dem Memoriale geschehen, des Supplikanten Vor- und Zuname, auch der Ort, wo selbiger wohnt, inglei-

\*) S. auch: Verordnungen, landesfürstliche; Reglement v. 14. Januar 1749. §. 3.

imgleichen ob es ein Ackermann, Halbspänner oder Rothfasse, ob es ein Herrn- oder Privat-Meyer und, wenn es die Umstände des Gesuchs erfordern, ob selbigem bereits von dem Landesfürsten sowohl, als dem Gutsherrn etwas an den praestandis nachgelassen worden, imgleichen bei gesuchter Bau-Freiheit, ob er eine abgebrannte oder lange Jahre wüßt gelegene Stelle wieder angebaut, oder sonst nur zu desto besserer Bequemlichkeit etwas Neues angelegt habe, wobei die Taxations-Scheine mit zu übergeben, maßen solches Alles, wenn das Gesuch eine Remission an der Contribution, den Diensten oder dem Dienstgelde, wie auch am Landschatz betrifft, zu wissen nöthig, mit angemerkt werden.

6) Wenn auch die Unterthanen bisher dadurch nicht wenig beschwert worden, daß ihnen von ihrer Obrigkeit, oder den verordneten Commissarien für die in ihren Angelegenheiten etwa zu erstattenden Berichte ein übermäßiges Entgeld abgefordert und ihnen, etwas zu erlangen, dadurch schwer gemacht worden, so soll dieserhalb in der nächst bevorstehenden Verordnung, die Remissions-Besichtigungen betreffend, das Nöthige verfügt werden, und werden die Obrigkeiten und Supplikanten zum Voraus angewiesen, danach sich zu achten. \*)

7) Es soll überhaupt mit Erstattung aller Berichte, wie bereits in dem unter dem 14. Januar 1749 publicirten Reglement, die geschwindere und ordentlichere Ausrichtung der landesf. Befehle betr., \*\*) §. 5 befohlen worden, nicht über 14 Tage zurück geblieben werden, es wäre denn, daß eine vorgängige weitläufige Untersuchung nöthig, auf welchen Fall 4 Wochen, mehr Zeit aber nicht, als nach befundenen wichtigen und zureichenden Ursachen, gestattet werden sollen, und sind alle Berichte binnen diesen oder den in den Rescripten, Decreten oder Befehlen vorgeschriebenen Terminen bei Vermeidung willkührlicher Strafe prompt zu erstatten.

8) Wenn ein Soldat seiner häuslichen und Haushalts-Umstände halber um seinen Abschied, Heiraths-Consens oder Urlaub bitten will, so soll er sein Memorial an die Obrigkeit des Orts, wo er zu Hause ist, geben, und diese nach Befinden dem Supplikanten die Unzulänglichkeit seines Gesuchs vorstellen, und, wenn er es dennoch verlangt, davon berichten. Diejenigen, welche keine häusliche Umstände vorzuwenden haben, müssen zuerst ihr Gesuch an den Regiments- oder Compagnie-Chef bringen, welcher davon berichtet. Die darauf erfolgenden Resolutionen sollen an die Chefs und Commandeure der Regimenter zurück gesandt und von denselben mittelst Ertheilung einer Abschrift davon, oder mit Auslieferung der Original-Resolution und Behaltung einer Abschrift bei der Regiments-Registratur den Supplikanten publicirt werden. \*\*\*)

9) Da zuweilen ganze Gemeinden einige Deputirte abgeschickt, um ihre Memorialien zu übergeben und den Bescheid darauf zu sollicitiren, welche sich deshalb zum Destern einige Tage aufgehalten und mit Versäumung ihrer Arbeit dem Müßiggange nachgehangen, sothane Abschiedungen aber unnöthig gefunden, da nach der gemachten Einrichtung des Post- und Boten-Wesens im ganzen Lande jedermann sein Anliegen schriftlich anbringen und, ohne selbst dahin zu kommen, Resolution darauf erhalten kann, so sollen diejenigen auf dem Lande, so etwas zu sollicitiren haben, ihre Suppliken nach vorgedachter Einrichtung an den Ort bringen, von welchem sie weiter auf dem ordentlichen Postlaufe nach Braunschweig kommen, und sodann Bescheid darauf gewärtigen. Wosern nun das Eine oder das Andere bei den künftigen und längstens binnen 4 Wochen nach Publication dieser Verordnung einlangenden Suppliken nicht vorbebedeutermaßen beobachtet worden, so sollen solche nicht angenommen, oder, da selbige heimlich eingeschoben wer-

\*) In den Verordnungen v. 19. Juni 1713, 2. Decbr. 1726 und 27. Novbr. 1765 ist bei dieser Bestimmung noch hinzugefügt, daß die Berichte, wenn sie ratione officii oder für arme Personen abgefaßt würden, unentgeltlich, außer dem aber für eine leidliche Ergßlichkeit erstattet, und deshalb die Gebühren des Berichts auf dem Supplikate bemerkt werden sollten. Jetzt werden sämmtliche Berichte ex officio erstattet und expedirt.

\*\*) S. Verordnungen, landesfürstliche.

\*\*\*) cf. Gesetz v. 23. Febr. 1837, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr.

den möchten, mit keiner Resolution versehen, sondern, wie in §. 1 erwähnt, ohne Unterschied sofort an die Obergkeiten zurück geschickt, auch im Fall die eine oder andere Obergkeit demjenigen, was darin befohlen, nachzukommen versäumen wird, dieselbe deshalb zu gehöriger Verantwortung gezogen, und sowohl Obergkeiten als Supplikanten wegen der begangenen Contraventionen mit namhafter Strafe belegt werden. Landesf. Verordn. d. d. Braunschweig den 23. April 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 46.)

Bei dem Unterschreiben der abzustattenden Berichte soll der Referent jedes Mal seinen Namen unterstreichen. Landesf. Rescript v. 19. März 1777.

cf. Landesf. Rescript v. 25. März 1814. (Bege III. p. 330.)

Es soll auf keine Memorialien, welche nicht an den Landesherrn selbst, oder die von demselben angeordneten Collegien und Departements gerichtet sind, weiter reflectirt, noch im Mindesten darauf weiter etwas resolvirt oder verfügt werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel vom 26. Juli 1779.

In allen Berichten, welche auf Supplikate erstattet werden oder sonst angeessene Unterthanen betreffen, soll in dem vorzulegenden rubro zugleich die Brandversicherungs-Nummer des Hauses des Supplikanten bemerkt, jedoch vorzügliche Genauigkeit angewandt werden, um irrige Angaben zu vermeiden. Circular-Rescript fürstl. Cammer v. 13. August 1787.

cf. Cammer-Rescript v. 14. Juni 1815. (Bege I. p. 351.)

Wenn über verschiedene Sachen zu berichten ist, so soll jede einzelne Sache und Object auch besonders in einem Berichte vorgestellt und solcher, wenn wegen mehrerer Sachen zu berichten ist, mit Postscripten auf besondern Bogen begleitet werden. Circular-Rescr. des fürstl. Consistorii v. 17. Juni 1801.

cf. Verordn. v. 18. März 1814, die Suppliken und Memoriale betr.

S. auch: Amtsbediente — Remission wegen Brandschadens — Collegium medicum; Avertissement v. 4. Januar 1772.

### Suspensio ab officio.

Da es fast zur Gewohnheit geworden ist, daß, wenn jemand zur Special-Inquisition, obschon nicht zur Captur, gezogen, solches ihm zum besondern Vorwurf gereichen und er von Andern neben sich in seiner Stelle, Amt und Würden nicht mehr gelitten werden wollen, daher mit ihm zur suspensio ab officio geschritten werden müssen, sobald die Special-Inquisition ihren Anfang genommen, indeß den Leuten, daß sie vom Richter über angeschuldigte, aber nicht erwiesene Begünstigungen vernommen werden, an ihren Ehren und Würden billig kein Abbruch geschehen kann, gleichwie auch, zumal nicht die Strafe und noch weniger die vorhergehende Untersuchung und der Inquisitions-Proceß, sondern nur die Unthat selbst oder das Verbrechen, dessen man überführt wird, jedoch auch nicht eher, als man dessen überführt worden, gestalten Sachen nach eine infamiam oder maculam mit sich führt, den natürlichen und gemeinen Rechten entgegen ist, jemanden, ehe er auf eine Beschuldigung überführt ist, bestrafen zu wollen, nicht zu gedenken, daß ein Inquisit, wenn er ein absolutarium erhalten, dessen ungeachtet durch die Suspension nothwendig vielen Schaden zu erleiden bekömmt, so wird verordnet, daß kein Inquisit vor vollführtem Proceße, und wo solches die Strafe von selbst mit sich bringt, oder vorkommenden Umständen nach ihn zur Haft zu ziehen und in Verwahrung zu bringen die Nothdurft sein will, von seinem officio suspendirt, noch weniger removirt werden soll; wie auch niemand einem, der zur Special-Inquisition gezogen und ad articulos inquisitionales vernommen wird, solches, als sei es dessen Ehre und Würde abbrüchig oder verfänglich, vorzuwerfen sich unterstehen, sondern derjenige, so sich dergleichen zu Schulden

kommen läßt, dafür mit willkührlicher, jedoch ernstlicher Strafe angesehen werden soll. Landesfürstl. Verordn. v. 14. Mai 1750. (Br. Anz. v. 1750. Nro. 49.)

Obwohl bei der Verordn. v. 14. Mai 1750 nur die Meinung gewesen ist, die Observanz, nach welcher ein Angeschuldigter, sobald derselbe ad articulos inquisitionales vernommen worden, von seinem officio suspendirt, wenn gleich das Verbrechen mit seinem officio in keiner Verbindung gestanden, abzuschaffen, so ist doch die Verordnung dahin gedeutet, als ob auch diejenigen, die in ihrem officio selbst delinquirt, vor vollführtem Proceß von demselben nicht suspendirt, mithin ungetreuen Rechnungsführern und anderen in öffentlichen Aemtern und Würden stehenden Personen, die wegen Hintansetzung ihrer Pflichten sich eine Untersuchung zugezogen, vor gänzlich geendigter Sache die fernere Besorgung ihrer Geschäfte nicht genommen werden möge. Wie jedoch die Beschaffenheit der Sache von selbst schon mit sich bringt, daß diejenigen, welche durch ihr pflichtwidriges Betragen eine Untersuchung desselben veranlaßt haben, in der Ausübung ihres Amtes, wodurch sie dem Staate und dem gemeinen Wesen noch weitern Nachtheil zuzufügen Gelegenheit haben würden, nicht gelassen werden können, so wird die Verordnung v. 14. Mai 1750 dahin declarirt, daß, wenn jemand in seinem officio delinquirt, derselbe der Beschaffenheit der Umstände nach, und nachdem dasjenige, was gegen denselben vorgekommen, summarisch untersucht worden, von seinem Amte, jedoch seiner Ehre und Würde bis zu geendigter Sache und rechtlicher Ueberführung auf alle Weise unnachtheilig, wohl suspendirt werden möge. Wie nun der Landesfürst das Erkenntniß über eine solche Suspension, insofern der Inculpat von demselben sein officium erhalten hat, sich vorbehalten, weshalb eine jede Obrigkeit bei vorkommenden Fällen an denselben berichten soll, so will auch derselbe, ob und in wie fern dem suspendendo das der Regel nach ihm verbleibende fixe Salarium ferner ausgezahlt, oder eintretender Umstände halber zurück behalten, wie nicht weniger, wie es mit den Accidenzien gehalten werden solle, ermäßigen, daher denn die Obrigkeiten bei ihren zu erstattenden Berichten jedes Mal ein genaues Verzeichniß sämmtlicher Einnahmen des Inculpaten, sowohl an fixis als Accidenzien, mit einsenden sollen. Wenn aber dem Inculpaten sein officium nicht von dem Landesfürsten, sondern von einem Andern übertragen worden, so soll der competente Richter über die Suspension und das Salarium, auch die Accidenzien erkennen. Falls nun der Inculpat bei diesem Erkenntnisse sich nicht beruhigen wollte, so bleibt ihm zwar die Appellation bevor, es hat jedoch solche in diesem Falle nicht effectum suspensivum, sondern allein nur devolutivum. Landesf. Declarat. v. 21. Febr. 1782.

cf. Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 229. — Gesetz über den Civil-Staatsdienst v. 12. Octbr. 1832. §. 41.

### Synoden der Prediger auf dem Lande und in Landstädten.

Damit die Prediger bei dem officio homiletico die principia theologiae desto besser im Gedächtniß conserviren mögen, so sollen die Superintendenten mit ihren untergebenen Predigern zu gewissen Zeiten ordentliche colloquia anstellen und zu dem Behuf über die vor einigen Jahren herausgegebenen, aus der Augsburgerischen Confession gezogenen theses mit einander communiciren und die dem Einen oder dem Andern bei dem vorhabenden loco theologico befallenden dubia durch eine glimpfliche Discussion resolviren. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. IV. §. 4.

Da die Gemeinden ihre Prediger auf die Synoden zu fahren schuldig sind, so soll den Predigern nicht erlaubt sein, statt der Fuhr ein Fuhrgeld zu verlangen oder ihnen eigenmächtig die Fuhr anzukündigen, sondern es haben dieselben bei der Amts- oder Gerichts-Obrigkeit gehörig anzufuchen, daß den Gemeinden die zu leistenden Fuhren angesagt werden. Landesf. Reglement ratione der jährlichen colloquiorum und Zusammenkünfte der Prediger auf dem Lande v. 27. Octbr. 1750. §. 12. \*)

\*) Die übrigen Paragraphen dieses durch das Consistorial-Rescript v. 31. Octbr. 1750 publicirten Reglements, welche

Da die Zusammenkünfte der Prediger im gegenwärtigen Zeitalter angemessener eingerichtet werden können, als die erneuerte Kirchen-Ordnung v. 1709 und das Reglement v. 1750 vorschreiben, so wird dieselbe folgendes verordnet:

**I.** Sämmtliche Prediger einer Special-Inspection mit Einschluß der Collaboratoren des Predigtamtes sollen sich jährlich ein Mal in der Wohnung des Superintendenten versammeln, um sich über Gegenstände der wissenschaftlichen und practischen Theologie und über besondere Angelegenheiten des Predigtamtes zu unterhalten. Ohne Dispensation des Consistorii sollen die Superintendenten diese Versammlungen nicht aussetzen, auch sollen die Senioren bei eintretender Altersschwäche ohne eine solche Dispensation und die übrigen Prediger ohne dringende, den Superintendenten angezeigte und von diesen für legal anerkannte Verhinderung, bei Vermeidung einer für jeden Versäumnißfall an die Prediger-Wittwen-Casse zu erlegenden Strafe von zwei Reichsthalern, denselben sich nicht entziehen.

Auch sollen die General-Superintendenten alljährlich, wo nicht allen, doch einigen Synoden ihrer General-Inspection nach der Reihe beiwohnen, um mit den Superintendenten und Predigern in näherer Verbindung zu bleiben, und sich mit ihnen zur Beförderung gemeinsamer und gemeinnütziger Angelegenheiten vereinigen zu können.

**II.** Die General-Superintendenten sollen zu diesem Behufe

1) einige kurze Sätze oder Fragen (welche letzteren die Aufmerksamkeit noch mehr zu erregen pflegen) über eine bald aus dem Systeme der christlichen Dogmatik oder Moral, bald aus der an die Stelle der ältern Polemik getretenen Apologetik der christlichen Dogmengeschichte hergenommene und mit Rücksicht auf besondere Zeitumstände und Zeitbedürfnisse, auf gangbare Zweifel und Einwürfe gegen das Christenthum oder diese und jene Lehre desselben, auf herrschende, besonders practische Vorurtheile und Irrthümer u. gewählte Materie entwerfen, auch denselben

2) zur Unterhaltung des höchst nöthigen Studiums der Bibel eine bis zwei exegetische Aufgaben über längere oder kürzere Schriftstellen, nebst einigen practischen Aufgaben zur Beförderung der Bekehrtheit und Pastoralflugheit beifügen und solche bald nach Martini jeden Jahrs den Special-Superintendenten und durch diese den Predigern mittheilen, die denn, um darüber gehörig nachdenken und nachlesen zu können, sowohl von den Synodalthesen oder Fragen als von den exegetischen und practischen Aufgaben eine richtige Abschrift zu nehmen, und die ersteren in lateinischen, die letzteren hingegen in deutschen Aufsätzen gründlich und deutlich zu erörtern, die gefertigten Aufsätze aber um Fastnacht des folgenden Jahrs den Superintendenten einzuliefern haben, damit sie insgesammt in der ganzen Inspection circuliren und sämmtliche Prediger sich das Nöthige und Dienliche für die künftigen Synodal-Verhandlungen daraus bemerken, auch die Superintendenten dieselben zeitig genug, spätestens um Pfingsten, zurückerhalten können.

Zwar soll den Predigern nachgelassen sein, von mehreren exegetischen und practischen Aufgaben allenfalls nur die eine oder andere zu beantworten, indeß ist für jede unerwartete willkührliche Versäumniß auch in diesem Stücke eine der Prediger-Wittwen-Casse anheim fallende Geldbuße von zwei Reichsthalern festgesetzt worden.

**III.** Wenn nun auf diese Weise um Pfingsten jeden Jahrs zu den Synoden alles vorbereitet worden, so sollen die Special-Superintendenten bald darauf, nach genommener Rücksprache mit dem General-Superintendenten der Diöcese, einen Termin dazu, und zwar der Erndte wegen vor Jacobi, anberaumen und den Predigern durch ein Circular bekannt machen, die Prediger aber den Ortsobrigkeiten davon gebührende schriftliche Anzeige thun, damit den Gemeinden die Führen zu den Synoden, welche sie zu lei-

---

die Art und Weise, wie die colloquia gehalten werden sollen, vorschreiben, sind durch die Verordnung v. 9. Decbr. 1801 aufgehoben.

sten schuldig sind, bei Zeiten angesagt und die erforderlichen Gespanne am Tage der Synode frühzeitig genug gestellt werden können, als worüber die Obrigkeiten mit aller Strenge zu halten haben.

IV. Die Verhandlungen auf den Synoden sollen, sobald die Prediger der Inspection versammelt sind, ordentlicher Weise um 9 Uhr Vormittags von dem General-Superintendenten, wenn derselbe gegenwärtig ist, und dem Special-Superintendenten, als beständigen Präses der Versammlung, mit kurzen lateinischen oder deutschen Anreden eröffnet und der Gestalt eingeleitet werden, daß

1) statt der bisherigen Disputir-Übung in syllogistischer Form eine freiere gelehrte Unterredung über die ausgeschriebenen Synodaltheses oder Synodalfragen eintrete, womit es der Ordnung und Zeitersparung wegen so zu halten sein wird, daß der Special-Superintendent, indem er eine Theses oder Frage nach der andern zum Vortrage bringt, bei jeder gleich bemerkt, worin die darüber entworfenen Aufsätze mit einander übereinstimmen oder von einander abgehen, und dann die Versammlung unter Leitung des General- und Special-Superintendenten vornehmlich über das Letztere in lateinischer oder deutscher Sprache sich unterhält, dieser aber das Resultat der Unterhaltung über jeden Hauptpunkt zuletzt zu Protocoll nimmt; hiernächst

2) mit den eingegangenen Beantwortungen der eregetischen und practischen Aufgaben es gleicher Gestalt gehalten werde, daß nämlich der vorsitzende Special-Superintendent zuerst die Einstimmigkeit oder Verschiedenheit derselben in diesen und jenen Punkten kurz bemerklich mache, dann aber einige, welche zu einer genauern und gründlichen Erörterung der gedachten Aufgaben vorzügliche Veranlassung geben, von den Verfassern vorgelesen und von den übrigen Anwesenden mit ihren Urtheilen und Bemerkungen, welche der Hauptsache nach ebenfalls zu protocolliren sind, begleitet werden.

Da denn, wenn diesen Geschäften die ersten Stunden der Synode gewidmet worden, die Unterhaltung

3) in litterarische Gespräche über die neuere theologische Lectüre, von deren Resultaten im Protocolle wenigstens das Wichtigste zu bemerken sein wird, und endlich

4) in abwechselnde, jedoch von den Superintendenten gleichfalls zu leitende und in den Hauptmomenten zu protocollirende Pastoral-Unterredungen über Gegenstände der practischen Amtsführung, als Predigen, Catechisiren, Krankenbesuche, Umgang mit Gemeindegliedern von verschiedenen moralischen Bedürfnissen, Schulverbesserungen, liturgische Verbesserungen und dergleichen, übergehen soll, wobei auch die General- und Special-Superintendenten Gelegenheit haben werden, den Predigern ihre Bemerkungen und Erfahrungen über eine kluge und exemplarische Führung des Predigtamtes mitzutheilen, und die Prediger jenen ihre Wünsche in Hinsicht auf gemeinsame Amtssachen und Inspections-Angelegenheiten zutraulich eröffnen können.

V. Die von den Synodal-Behandlungen aufgenommenen Protocolle und dazu gehörigen Beilagen haben die Special-Superintendenten nebst den durch das Consistorial-Ausschreiben v. 22. März 1766 bereits vorgeschriebenen Synodal-Berichten von den Gaben, Kenntnissen und der Amtsführung der Prediger bald nach abgehaltener Synode, höchstens um Michaelis, an die General-Superintendenten und diese mit beigefügten charakteristischen Berichten über die Superintendenten der ihnen anvertrauten General-Inspection an das Consistorium zu senden, welches dann das Nöthige darauf zu erlassen und einen kurzen Auszug aus vorerwähnten Berichten am Schlusse jeden Jahres bei dem Landesfürsten einzureichen hat.

VI. Die Kosten der Synode bestreiten, wie bisher, die Kirchen-Cassen, aus welchen den General-Superintendenten der Transport zu den von ihnen besuchten Synoden inspectionsweise, und den Special-Superintendenten die Bewirthung der Synodal-Gesellschaft, wobei aller unnöthige Aufwand zu vermeiden ist, mit einem Reichsthaler für jede Person vergütet werden soll.

VII. Auf weitere Verordnung des Consistorii soll von den General-Superintendenten in jeder General-Inspection eine Lesegesellschaft errichtet werden, an welcher alle Mitglieder der Inspection gegen

einen jährlichen Beitrag, wofür sie die nach Verhältniß desselben von ihnen gewählten Bücher demnächst zurück erhalten, Theil nehmen, und da diese Beiträge bei den geringen Einkünften mancher Prediger nicht beträchtlich sein können, so sollen dieselben durch einige Zuschüsse aus der jährlichen Einnahme der vermögenden Kirchen-Cassen vermehrt und dafür insonderheit solche Bücher erstanden werden, welche zur Sammlung einer kleinen Diöces-Bibliothek zum fortwährenden Gebrauche der Superintendenten und Prediger geeignet sind, und soll zu diesem Behufe von dem Landesfürsten eine jährliche bestimmte Summe verwilligt werden, dagegen zu den Patronen der übrigen Kirchen vertrauet wird, daß auch sie durch einzelne mäßige Zuschüsse aus den jährlichen Einkünften derselben zu einem so heilsamen Zwecke gern mitwirken werden. Landesf. Verordn. v. 9. Octbr. 1801.

S. auch: Lesegesellschaften und Bibliotheken der Prediger — Candidaten der Theologie; Verordn. v. 19. Decbr. 1750. §. 7.

### Taback, Bezeichnung desselben.

Da einige Taback-Fabrikanten, zu vermeintlicher Erweiterung ihres Gewerbes, auf den Irrweg verfallen, daß sie auf den Briefen sich fremder Namen bedienen, solcher Mißbrauch aber um so schädlicher befunden wird, als dadurch diejenigen Taback-Fabriken, welche gute und den auswärtigen nichts nachgebende Waaren verfertigen, unkenntlich und des besten Mittels zu einer dauerhaften Aufnahme, eines wohlverdienten Credits, beraubt werden, diejenigen aber, welche die Käufer mit schlechter Waare hintergehen wollen, einen Deckmantel erhalten, unter welchem sie eine Zeit lang unerlaubten Verdienst erhaschen und die bessern Waaren Anderer, die mit eben den Namen debitirt werden, zugleich in Mißcredit und Abfall bringen, so wird verordnet, daß künftig alle Taback-Fabrikanten im hiesigen Lande ihre Namen, mit Beifügung des Orts, wo sie wohnen, auf die Taback-Briefe setzen lassen sollen, wogegen selbigen allerdings unverwehrt bleibt, solche Zeichen, Wappen und Benennungen, falls letztere nicht auf eine unwahre und unbillige Anpreisung der Waare abzielen, sich zu bedienen, als ihnen gefällig. Es soll hierauf von denjenigen, welchen solches von Amts wegen zusteht, fleißig geachtet und gegen die Contravenienten mit der Confiscation und andern namhaften Strafen unausbleiblich verfahren werden. Landesf. Verordnung v. 23. Septbr. 1751.

Die landesf. Verordn. v. 23. Septbr. 1751, worin die Bezeichnung des hier im Lande fabricirten Rauch- und Schnupf-Taback mit fremder und anderer Fabrikanten Namen längst verboten worden, ist, da dieser Mißbrauch dem Vernehmen nach aufs Neue eingerissen sein und von manchem Fabrikanten das Publikum auf solche Weise hintergangen werden soll, es aber den guten inländischen Taback-Fabrikanten bei der Güte ihrer Waare an Absatz nicht fehlen kann, und selbige nie zu dergleichen ihrer eigenen Ehre nachtheiligen Kunstgriffen schreiten, sondern vielmehr durch Vervollkommenung der Güte ihrer Waare derselben Debit zu befördern sich bemühen werden, nicht nur ausdrücklich erneuert und bestätigt, sondern es sind auch sämtliche Obrigkeiten angewiesen, auf deren genauere Beobachtung künftighin besser, als zeither, zu halten und gegen die Contravenienten mit der verordneten Confiscation und dem Befinden nach noch namhafterer Strafe, deren nähere Bestimmung der Landesfürst in vorkommenden Fällen sich vorbehält, ohne Nachsicht zu verfahren. Landesf. Verordn. v. 4. Novbr. 1784.

### Tabacksbau und Fabrikation.

1) Allen und jeden in hiesigen Landen ist der Tabacksbau frei und ungehindert gestattet und erlaubt, wie mit andern Früchten, also auch mit Taback die Felder zu bestellen, ohne daß davon irgend etwas Besondere, unter was Prätext und Namen es auch sein möge, an Imposten gefordert oder geleistet, sondern vielmehr die Kultur des Taback mit eben den Vorzügen und Gnaden, wie anderer nützlicher Feldbau, angesehen werden soll.



2) Der geerntete Taback soll in des Eigenthümers freier Disposition bleiben, und ist voraus und auf das Künftige gestattet, solchen in- und außerhalb Landes zu verhandeln, damit zu schalten und zu walten, und soll dieser Verkehr künftighin unvereinpostet ganz frei und unbelästigt bleiben.

3) Diejenigen, welche Taback fabriciren wollen, sollen sich um die erforderliche Concession bei fürstl. Geh. Rathsstube melden, vor deren Erhaltung jedermann, bei Confiscation der Waare und schwerer Strafe, verboten ist, sich die Fabricirung des Tabacks anzumaßen. Landesf. Verordn. v. 20. Januar 1747. \*) (Br. Anz. v. 1747. Nro. 9.)

Den Taback = Fabrikanten soll der Bau der Taback = Blätter und denjenigen, welche solche bauen, die Fabricirung des Tabacks nicht gestattet sein. Auf landesf. Befehl erlassenes Avertissement des General = Zoll = und Accise = Directorii v. 27. Octbr. 1779. \*\*)

### Taback = Rauchen.

Es soll niemandem erlaubt sein, ohne Unterschied, an welchen Orten und Enden es sein mag, auch in den Stuben, Taback zu rauchen, ohne auf dem Kopfe der Pfeife eine Kapsel von Blech oder anderem Metalle zu haben, worin oben im Boden sich kleine Löcher befinden, wodurch nicht leicht eine brennende Kohle kommen, hingegen aber die Luft bringen und der Taback brennen kann, bei 2 Thlr. Strafe, so oft jemand betroffen wird, welcher raucht und die Kapsel nicht aufgesteckt hat. Landesf. Verordn. vom 7. Juni 1725.

Die vorstehende Verordnung ist erneuert und dahin erweitert, daß

1) in Ställen, Scheuern und andern Behältnissen, woselbst Stroh, Flachs, Hebe oder andere feuerfangende Materialien in einiger Quantität aufbewahrt werden, bei schwerer und außer der demnächst gesetzten, dem Befinden nach jedes Mal zu erhöhenden Strafe niemand sich unterstehen soll, auch mit einer Kapsel auf der Pfeife Taback zu rauchen.

2) Wenn auch in freier Luft Stroh oder dergleichen vorhanden, so soll sich keiner auch mit einer Kapsel demselben nähern.

3) Niemand soll sich unterfangen, außer in solchen Zimmern, wo keine Gefahr zu besorgen, eine brennende Pfeife, welche nicht mit einer Kapsel bedeckt ist, zu führen, es sei außer dem Hause und in freier Luft, oder im Hause auf den Dielen, oder an anderen, vornehmlich den Orten, wo die Luft durchstreichen kann und die nicht täglich bewohnt werden.

4) Die auf die Contraventionen gesetzte Geldstrafe von 2 Thlr. soll auf den zweiten Uebertretungsfall verdoppelt, bei fernerer Wiederholung derselben aber gegen einen solchen Contravenienten nach Beschaffenheit seines Standes und Vermögens ohne Ansehen der Person aufs Schärfste verfahren, diejenigen, welche die Geldstrafe nicht aufbringen mögen, mit Gefängniß bei Wasser und Brod, auch anderer empfindlichen Leibesstrafe, bei der Soldateske aber die Contravenienten mit gewöhnlicher militairischer Strafe und Krummschließen belegt, und, da solches nichts verfängt, mit Gassenlaufen bestraft, die Wirth, insonder-

\*) Diese Verordnung enthält außerdem noch Bestimmungen in Betreff des dem Cammer = Agenten Alexander David wegen des Handels mit Taback früher ertheilten und durch die Verordnung aufgehobenen Privilegiums.

\*\*) Dasselbe bestimmt zugleich, daß diejenigen, welche in Braunschweig und Wolfenbüttel Tabackblätter einbringen wollten, eine Declaration über das Gewicht der Blätter ausstellen sollten. Zu Gunsten der Taback = Fabrikanten und zur Verhütung von Accise = Defrauden war in der Verordn. v. 6. August 1770, die Accise vom Rauch = und Schnupf = Taback betr., §. 9 verfügt, daß der auswärtige Taback nicht anders als in Briefen, Packeten und Rollen verhandelt und die Briefe und Packete von dem Accise = Receptor mit einem Stempel bedruckt, der Knaster = und übrige Rollen Taback aber an einem zuletzt zu verkaufenden Ende mit einem angehängten Blicke bezeichnet, ohne dieses Merkmal aber bei Strafe der Confiscation nicht verkauft werden sollte. cf. Bekanntmach. herzogl. Cammer = Collegii v. 27. Febr., 27. April und 7. Mai 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 20. 35 und 36.)

heit Schenken und Krüger aber, welche zugeben, daß in ihren Häusern dieser Verordnung zuwider mit oder ohne Kapsel geraucht wird, ebenfalls jedes Mal 2 Thlr. Strafe geben und bei Vermeidung schwerer Verantwortung von ihrer Obrigkeit hierunter nicht übersehen werden. Alle Civil- und Militair-Obrigkeiten sollen auf ihre geleisteten theuern Pflichten mit Ernst und Nachdruck hierüber halten, so lieb ihnen ist des Gesetzgebers Ungnade und schwere Ahndung zu vermeiden, zu welchem Ende dieselben insonderheit die Wirthshäuser und Krüge, Keller, Schenken und andere Orte, wo öffentliche Zusammenkünfte gehalten werden, oft und unvermuthet visitiren lassen sollen, wie denn selbst die privilegierten Kaffee- und Wirthshäuser hiervon nicht ausgenommen sind, sondern aus der Stube niemand mit einer brennenden Pfeife ohne Kapsel gehen soll. Dagegen soll den Obrigkeiten von den Geldstrafen der dritte Theil, wenn sie solchen nicht lieber freiwillig den Armen-Anstalten gönnen wollen, ein Drittel dem Denuncianten, und das letzte Drittel den Armen-Anstalten jedes Orts zufallen und gelassen werden. Landesf. Verordnung v. 20. Juni 1747. \*)

S. auch: Frachtfuhrleute — Feuerßbrünste in den Blankenburgischen Forsten — desgl. in den oberharzischen Forsten — Feuerßgefahr, Abwendung derselben.

cf. Verordnung v. 28. Decbr. 1822, das verbotene Tabackß = Rauchen auf den öffentlichen Straßen und Plätzen betr. — Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §§. 32 und 39.

### Tabackß = Rauchen in Braunschweig.

Das in der alten Braunschweigischen Feuer-Ordnung bei 2 Mark Strafe, auch nachher in einigen fürstl. Verordn., unter andern v. 20. Juni 1747 \*\*) und in dem öffentlichen Anschlag v. 8. Septbr. 1758, auch den Gilde-Ordnungen verbotene Tabackß = Rauchen bei feuerfangenden Materialien, Heu, Stroh, Flackß, Hanf, Schebe, Kohlen, Theer, Pech, Schwefel, Fettwaaren, Waasen, Holz und Spänen, insonderheit aber der wieder eingerissene Unfug des Tabackß = Rauchens bei der Holzarbeit unter den Handwerksgeßellen, ist wiederholt verboten, und obgedachtes Strafgebot erneuert, und soll danach nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Herr oder Meister, welcher das Tabackß = Rauchen zugelassen und die Uebertreter dem Polizei-Departement nicht sofort angezeigt hat, mit 6 Mfl. unabittlich bestraft, im wiederholten Falle aber mit Gefängnißstrafe belegt werden. Verordnung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 31. Octbr. 1765. (Br. Anz. v. 1765. Nro. 90.)

Mit Beziehung auf obige Verordnungen ist dieses Strafgebot erneuert, und verordnet, daß derjenige, der mit einer brennenden Pfeife bei feuerfangenden Waaren, und inßbesondere bei den Töpferständen auf dem Martini-Kirchhofe betreten wird, mit 6 Mfl., oder befindenden Umständen nach wohl gar mit Gefängniß-

\*) In dem Fürstenthume Blankenburg ist durch eine landesf. Verordn. v. 9. April 1723 verordnet, daß niemandem, er sei wer er wolle, weder Unterthanen noch fremden Durchpassirenden oder Reisenden gestattet sein soll, anderswo, als in den Stuben oder an sonst wohlverwahrten sichern Orten, keinesweges aber des Abends oder Nachts auf den Straßen und Höfen, am allerwenigsten aber weder bei Tage noch des Abends in Scheuern, Ställen oder an sonst gefährlichen Orten sich des Tabackß = Schmauchens gelüften zu lassen, allermäßen derjenige Haus- oder Gastwirth, Brauer, Schenke oder sonst jemand, er sei auch wer er wolle, welcher dergleichen von seinen eigenen Hausgenossen oder andern Einheimischen und Fremden wahrnimmt, davon aber keine Meldung thut, mithin der auswärtigen Delinquenten ungesäumte Captur nicht zeitig gehörigen Orts befördert, sondern connivendo verschweigt, mit 10 Thlr. Strafe angesehen, der Contravenient selbst aber, so oft er betreten und überführt wird, er sei auch wer er wolle, mit sechswoöchiger Karren-Arbeit, auch dem Befinden und der Sachen Beschaffenheit nach ohne Ansehen der Person mit noch härterer Strafe belegt und solche an ihm unverzüglich erequirt werden soll.

\*\*) S. Tabackß = Rauchen.

fängnißstrafe unabkömmlich belegt werden soll. Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 16. Januar 1775 und 16. Januar 1776. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 8. und v. 1776. Nro. 9.)

Dieses Verbot ist durch ein Avertissement v. 29. Januar 1778 wiederholt. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 10.)

Zu möglichster Verhütung einer durch das unvorsichtige, durch landesf. Verordnungen verbotene Taback-Rauchen zu befürchtenden Feuersgefahr, sind alle Fracht- und andere Fuhrleute, und deren beim Auf- und Abladen der Meß- oder anderer Güter zu gebrauchenden Gehülfen ernstlich gewarnt, sich des Taback-Rauchens beim Auf- oder Abladen der Waaren gänzlich zu enthalten, oder unfehlbar zu gewärtigen; daß der Contravenient, außer der forderfamst von ihm beizutreibenden Ersetzung des durch seine Fahrlässigkeit wohl gar schon verursachten Schadens, mit schwerer Geld- oder dem Befinden nach empfindlicher Leibesstrafe belegt werde; wie denn auch diejenigen hiesigen Einwohner und Expeditours, bei welchen dergleichen Güter auf- oder abgeladen werden, auf die sträcliche Befolgung dieses zu ihrer eigenen und ihrer Mitbürger Sicherheit vor Feuersgefahr abzielenden Verbots genau achten und die Contravenienten dem Districts-Commissario anzeigen oder scharfe Ahndung unausbleiblich gewärtigen sollen. Avertiss. des fürstl. Polizei-Depart. zu Braunsch. v. 20. Juli 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 59.)

Das Taback-Rauchen auf den Kammern, Böden, Bau- und Zimmerplätzen, in den Höfen, Ställen, Werkstätten und bei Stroh-, Heu-, Borke- und Holzeinfahren, imgleichen bei Auf- und Abladen desselben, der Fracht- und anderer Waaren, Aufziehen der Korn- und Malzsäcke oder anderer Sachen, nicht weniger beim Bansen des Holzes, der Wäsen, des Strohes, Heues und der Grummet und überhaupt bei feuerfangenden Materialien, wenn auch gleich die Pfeife mit einer Kapsel bedeckt wäre, bleibt überall bei 30 Thlr. Strafe und dem Befinden nach empfindlicher Leibesstrafe untersagt. Es soll auch niemand nach den bereits ergangenen Verordnungen bei 2 Thlr. Strafe (außer nur allein in solchen Zimmern, wo gar keine Gefahr zu besorgen) Taback rauchen, ohne auf dem Kopfe der Pfeife eine Kapsel zu haben, der Brauer, Gastwirth, Caffetier und Herbergirer u. auch gleichfalls eben so bestraft werden, wenn er zuläßt, daß in seinem Hause hiergegen gehandelt wird. Feuer-Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 7. Septbr. 1780. Cap. I. §. 38.

Der §. 38 der Feuer-Ordnung ist vom fürstl. Polizei-Departement unterm 2. August 1800 und 28. Januar 1803 in Erinnerung gebracht. (Br. Anz. v. 1800. Nro. 61 und v. 1803. Nro. 10.)

cf. Bekanntmachung der fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 4. August 1814 und 26. Juli 1823. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 61 und v. 1823. Nro. 60.), welche häufig in Erinnerung gebracht sind.

## Tagelöhne.

§. Arbeitslöhne.

## Taschenspieler.

§. Marktschreier u.

## Taube, Bevormundung derselben.

§. Vormünder, wem solche zu bestellen sind.

## Tauben.

Da sehr viele Bürger und Einwohner nicht nur in den Städten und Flecken, sondern auch auf dem Lande, wenn sie gleich entweder gar kein oder doch nur sehr wenig Land haben, dennoch eine große

Menge Tauben halten, wodurch denn sowohl den fürstl. Gütern, Aemtern, Vorwerken und Gärten, als auch insonderheit anderer Privatpersonen Aekern und Gärten ein nicht geringer Schaden zugefügt wird, und nun die Bürger und Einwohner in den Städten ihre Zeit viel nützlicher als auf eine ihrem Nächsten noch dazu höchst schädliche Taubenzucht verwenden können, überdies es sehr unbillig ist, daß Leute, die selbst entweder gar kein oder nur sehr wenig Land haben, ihre großen Taubenschuchten auf anderer Leute Acker schicken und mit fremdem Korn zum empfindlichsten Schaden für die besäeten Felder und deren Eigenthümer ausfüttern, so wird, um diesem Umfuge nicht länger nachzusehen, verordnet, daß den Bürgern und Einwohnern in den Städten\*) und Flecken keine Feldtaubenzucht weiter gestattet sein und einem Jedweden, selbige auf den Aekern und Gärten, wo er sie antrifft, wegzuschießen, frei stehen soll, auch über dieses die Contravenienten noch dazu mit willkürlicher Strafe angesehen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 8. August 1744.

cf. Verordnung v. 5. Febr. 1830, das Verbot des Feldtaubenhaltens in den Städten und Flecken betr. — Bekanntmach. herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 2. Novbr. 1835. (Br. Anz. v. 1835. Nro. 262.)

Wer zahme Tauben schießt oder abfängt, soll mit 20 Thlr. Strafe belegt werden. Allgem. Landes-Ordnung Art. 46.

### Taubenhalten in Braunschweig.

Da mehrere Einwohner des Taubenhaltens wegen ihre Dächer mit Latten und Brettern einfassen und belegen lassen, welche Vorrichtungen bei entstehender Feuersgefahr sehr nachtheilig werden können, so wird auf landesf. Befehl bekannt gemacht, daß dergleichen behuf des Taubenhaltens auf den Dächern befindliches Bretterwerk bei 10 Thlr. Strafe binnen 4 Wochen weggeschafft und sowohl die Forsten, als die bloß mit Brettern bedeckten Lücken der Ordnung gemäß mit Ziegeln oder Schiefeln bedeckt werden sollen. Bekanntm. des fürstl. Polizei-Depart. v. 10. Juli 1801. (Br. Anz. v. 1801. Nro. 55.) Auf höchsten Befehl erneuert am 26. Juni 1804. (Br. Anz. v. 1804. Nro. 51.)

### Taubenjagen in Braunschweig.

Das Jagen der Schlagtauben durch Geschrei und Werfen mit kleinen Stücken Kalk und Steinen ist in Braunschweig bei 5 Thlr. oder gleichmäßiger Gefängniß-Strafe untersagt. Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 28. Juni 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 53.)

Da das Jagen der Tauben des Verbots ungeachtet sehr überhand genommen, und die Besitzer derselben mit Verschwendung vieler Zeit dabei durch ihr Geschrei und sogar durch Werfen mit kleinen Stücken Kalk und Steinen die Nachbarn beunruhigen, so wird dieses Taubenjagen überhaupt, und wenn es auch noch so ruhig betrieben würde, ernstlich und bei 5 Thlr. oder gleichmäßiger Gefängniß-Strafe nochmals untersagt und dem Denuncianten die Hälfte der Geldstrafe versprochen. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements v. 16. Mai 1786. (Br. Anz. v. 1786. Nro. 41.)

cf. Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 22. Juli 1834. (Br. Anz. v. 1834. Nro. 174.)

### Taufe.

Die Kinder sollen zeitig mit der Taufe versehen werden, und nicht um großer Zubereitung und anderer Präterte halber viele Tage und Wochen ungetauft liegen bleiben, sondern zum Wenigsten inner-

\*) Für Wolfenbüttel war das Halten von Tauben schon durch die landesfürstl. Verordnung vom 28. Juni 1691 verboten.

halb vier Tagen nach der Geburt\*) und zwar in der Kirche öffentlich getauft werden. Falls außer höchster Special-Concession die Eltern sich diesem nicht gemäß bezeigen würden, so sollen dieselben in 10 Thlr. Strafe verfallen sein. Uebrigens sind alle übermäßigen Schmausereien bei der Niederkunft und Kindtaufe bei 20 Thlr. Strafe, den Bauern auf dem Lande aber alle Gelage bei den Kindtaufen bei 10 Gulden Strafe gänzlich verboten. \*\*) Landesf. Tauf-Ordn. v. 28. Octbr. 1646.

Bei Vermeidung der in der Tauf-Ordnung gesetzten Strafe soll die Taufe aller Kinder nicht in Privathäusern (es sei denn, daß dies besonders concedirt worden, oder das Kind wegen augenscheinlicher Schwachheit nicht zur Kirche gebracht werden mag), sondern in den Kirchen verrichtet werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. VIII. §. 2.

Zur Taufe soll kein anderes Wasser als Brunnen-, Fluß- oder Regenwasser, keinesweges aber aus Blumen oder Kräutern gebranntes Wasser genommen, und solches jedes Mal nach geendigter Taufe in Gegenwart des Pastors ausgegossen werden. Ebendas. §. 8.

Wie es mit der Taufe derer, die zu Jahren gekommen sind und die Taufe begehren, wie auch der Kinder, so von ungläubigen Eltern gezeugt, imgleichen mit Findlingen und Mißgeburten, ferner mit Wiederholung der Taufe, wenn Zweifel vorkommen, ob die erste Taufe recht verrichtet worden oder nicht, und in mehr dergleichen Fällen zu halten, darüber sollen die Pastoren bei ihren Superintendenten und diese hinwieder beim Consistorio jedes Mal Rath holen. Ebendas. §. 9.

cf. Reglement des fürstl. Consistorii v. 10. Decbr. 1814. I. B. b. 4. (Bege I. p. 212.)

Verordnung v. 3. Mai 1815, die Verlängerung des in der Kirchen-Ordnung vorgeschriebenen

Tauf-Termins betr. — Consistor. Rescr. v. 17. Mai 1815. (Bege I. p. 186 und 227.) —

Desgl. v. 31. Decbr. 1823. (Bege I. p. 202.)

S. auch: Haustaufe — Nothtaufe — Reformirte, Kindtaufen derselben — Römisch-Katholische Nro. 9. — Gevattern — Ritterschaft.

### Taufe in Braunschweig.

Bei 3 Thlr. an die Armen-Casse zu erlegenden Strafe sollen bei den Stadtkirchen in Braunschweig an den Werkeltagen zwischen 2 und 3 Uhr Nachmittags, am Sonntage aber gleich unmittelbar nach dem mittäglichen Gottesdienste die zu taufenden Kinder in die Kirche gebracht werden. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 12. August 1755.

Obige Verordnung ist dahin declarirt, daß 1) die unehelichen Kinder, wie bisher geschehen, um 11 Uhr Vormittags, und 2) die andern Kinder an den Werkeltagen des Nachmittags zwischen 1 und 3 Uhr bei der im oberrwähnten Rescripte gesetzten Strafe zur Taufe in die Kirche gebracht werden sollen. Landesf. Rescript an das geistl. Gericht zu Braunschweig v. 17. Febr. 1756.

Da der Landesfürst bereits vorhin verordnet hat, daß bei 3 Thlr. an die Armen-Casse zu erlegenden Strafe die zu taufenden Kinder bei den Stadtkirchen in Braunschweig an den Werkeltagen zwischen 1 und 3 Uhr, an den Sonn- und Festtagen aber nach dem mittäglichen Gottesdienste und vor 3 Uhr durch die Hebammen in die Kirche gebracht, diese aber, wenn sie zu gleicher Zeit mehrere Taufen haben, oder durch

\*) Die Kirchen-Ordnung v. 1. Mai 1709. Cap. VIII. §. 3 wiederholt dies; durch die Berordn. v. 3. Mai 1815 ist die Frist auf 6 Wochen erweitert.

\*\*) Durch die landesf. Berordn. v. 20. April 1636 wurden bei Kindtaufen und Kirchgängen alle convivia, collationes und Gastlabungen bei 100 Thlr. Strafe, den Unvermögenden bei Gefängnißstrafe mit Wasser und Brod unterzagt; die neugeborenen Kinder sollten nicht länger als 6 Tage ungetauft liegen bleiben, wobei jedoch Nothfälle ausgenommen wurden.

andere Geschäfte daran verhindert werden, sich der ihnen zugeordneten Wärmefrauen bedienen sollen; so ist dieses zu jedermanns Nachachtung und Vermeidung der gesetzten Strafe nochmals bekannt gemacht. Avertissement des geistl. Gerichts zu Braunschweig v. 31. Octbr. 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 82.)

### Taufe, Anmelden derselben in Braunschweig.

S. Copulationen, Taufen u., Anmelden derselben in Braunschweig.

### Taufe unehelicher Kinder.

Die Prediger sollen die ihrem Amte nicht ziemenden extorsiones confessionis, daß nämlich die Mutter vor der Taufe des unehelichen Kindes erst den Vater desselben angeben solle, unterlassen, die Taufe danach nicht aufhalten, sondern es mit solchen Kindern, als mit anderer Leute Kindern halten. Landesf. Verordn. v. 8. Decbr. 1591.

Die Prediger sollen sich mit Erkundigung nach des unehelichen Kindes Vater nicht aufhalten, und die Taufe, auch wenn das Taufgeld nicht sofort entrichtet wird, ohne Aufschub verrichten. Erneuerte Kirchen-Ordn. v. 1. Mai 1709. Cap. VIII. §. 4.

### Taxations-Gebühren beim Leihhause.

S. Leihhaus-Zinsen, Schreib- und Taxations-Gebühren.

### Tax-Ordnung.

Auß der neuesten Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1645, \*) publicirt am 7. Januar 1646, ist das noch Geltende unter den betreffenden Artikeln angeführt.

### Termine, mündliche.

Die Parteien sollen besage der an sie ergangenen Citation sich in den Terminen zeitig einstellen.

Wenn ein Theil erheblicher Ursache und Behinderung halber genöthigt würde, die Tagesfahrt abzuschreiben, so soll solches nicht erst in dem Termine oder so langsam, daß es dem Gegentheile nicht zur gebührenden Zeit notificirt werden kann, sondern zeitig geschehen. Die Partei, welche hiergegen handelt, soll der andern die verursachten Kosten solchen Termins auf richterliches Ermessen erstatten. Canzlei-Ordnung Art. 38.

Die Prorogation des Termins auf Ansuchen einer Partei soll nicht anders als sub praejudicio und peremptorie geschehen. Ebendaß. Art. 39.

Die Vorladungen sollen immer peremptorie und zu früher Tageszeit geschehen. Hofgerichts-Ordn. Tit. XXIX. §. Item es sollen u.

Ueber die von Canzler und Räthen angelegten mündlichen Vorbescheide (wodurch manchmal die ganze Sache zu der Parteien großem Nutzen ohne Weitläufigkeit gehoben wird) soll mit ernstem Nachdruck gehalten und zu dem Ende sollen die Citationen alle Mal 14 Tage ante terminum (es wäre denn, daß beide Theile zur Stelle wären, oder auch sonst eine engere Frist beliebten) dem citato insinuirt werden, und, wenn die Ladung aus erheblichen Ursachen personal ist, die Parteien in termino und zwar jedes Mal

\*) Die frühern Tax-Ordnungen sind v. 22. Januar 1622 und die Interims-Tax-Ordnung v. 28. Septbr. 1744. Eine besondere Tax-Ordnung ist für Braunschweig unterm 16. April 1622 ergangen und für Helmstädt unterm 12. April 1719 eine Instruction, wonach die zum Taxir-Amte Verordneten, imgleichen die bestellten Polizeidiener sich achten sollten.

des Morgens um 8 Uhr in eigener Person, sonst aber durch genugsam bevollmächtigte Anwälde vor der fürstl. Rathskube erscheinen, ihre Nothdurft vortragen und vor erlangter Dimission nicht abreisen oder weggehen. Würde nun ein Theil in dem bestimmten Termine zurückbleiben oder informiter außer vortretenden erheblichen Ursachen nicht erscheinen, so soll auf des gehorsamen Theils mündlichen Recess und dircirte zeitige Insinuation sofort die *condemnatio in expensas termini salva moderatione* ergehen und nach Befinden eine anderweite Citation, jedoch *sub praejudicio* und *peremptorie*, erkannt werden. Da aber der citans selber zurückbliebe, so soll nebst der *condemnatio in expensas* der citatus auch von solcher Citation absolvirt werden. Wenn nun die Parteien in anderweitem Termine erscheinen, so sollen zuvörderst die *expensae* des vorigen Termins designirt und übergeben, auch soll sofort darauf ein *decretum moderationis* ertheilt und *pars contumax* zu deren Abführung ohne Remission *ad punctum expensarum*, im Falle nicht sonderbare *casus fortuiti* denselben erweislich an der Comparition verhindert, in *continenti* angehalten und darauf allererst zur hauptsächlichen Handlung geschritten werden. Nachdem nun die Parteien nach Nothdurft gehört worden und die versuchte Güte über allen angewandten Fleiß nicht zureichen wollen, so soll in der Hauptsache (da dieselbe in solchen klaren Terminen befunden würde, daß es keiner fernern Weitläufigkeit bedürfte) definitiv, sonst aber nach Beschaffenheit der vorgekommenen Exceptionen, oder auch des *facti* an sich selbst *interlocutorie* gesprochen, oder doch zum Wenigsten zu der Parteien Nachricht ein Decret bei Schließung des Verhörs publicirt werden. Landesf. Verordnung, wie es mit Beförderung der Proceße bei den fürstl. Rathskuben beständig zu halten ist, v. 31. August 1667. \*)

S. auch: Advocaten und Procuratoren bei fürstl. Justiz-Canzlei; insbesondere Canzlei-Verordnung v. 28. Decbr. 1745 — Insinuation der Decrete *ic.* — Güte-Versuch — Ungehorsam — Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben — Verordnungen, landesf.; Reglement v. 14. Juni 1749. §. 8.

## Termine zu gerichtlichen Handlungen.

S. Fristen.

## Testamente.

Wer sein achtzehntes Jahr, also *plenam pubertatem* erreicht hat, kann von Rechts wegen testiren. Heinrichsstädtische Statuten v. 25. Januar 1602. Tit. XIV.

Es ist zwar einem Jeden seine Willens-Verordnung bei welchem Gerichte er will zu insinuiren oder zu deponiren, \*\*) einem Richter auch, wenn er darum angesprochen wird, selbige außerhalb seines

\*) Diese Verordnung handelt außerdem noch von Appellation, Citation, erster Instanz, Mandaten, Procuratur-Gebühren *ic.*

\*\*) Unterm 9. Octbr. 1750 ertheilte die fürstl. Justiz-Canzlei ein Attest dahin, daß, da ein *Justitiarius* das *officium judicis et actuarii* zugleich verwaltete und alle seine Handlungen *plenam fidem judicialem* erhielten, auch ein ihm als *judici in judicio* nach vorhergegangener Requisition übergebenes Testament *alle vim et auctoritatem testamenti judicialis* habe.

Für die Stadt Braunschweig sind wegen der Testamente folgende singuläre Bestimmungen getroffen. Um den bei einem Testamente Interessirten die Erlangung von Nachrichten in Betreff derselben zu erleichtern und das, was von dem Testirer zur Armen-Casse und zum Wegbaue vermacht werden muß, zu controliren, wurde auf Befehl des Ministerii v. 10. März 1727 durch den gemeinen Bescheid des Magistrats v. 4. April 1727 nicht nur Allen, welche für sich und für Andere letzte Willens-Verordnungen abfaßten, insbesondere den öffentlichen Notarien befohlen, dieselben an den Magistrat zur Publication einzuliefern, sondern auch den Notarien geboten, dem dirigirenden Bürgermeister bei 11 Mfl. Strafe anzuzeigen, wenn sie auf Requisition Testamente abfaßten. Indes wurde durch das landesf. Rescript an den Magistrat v. 5. Decbr. 1765 die Anordnung, daß alle Testamente, auch die außergerichtlichen zu Rathhause publicirt werden sollten, wieder aufgehoben und bestimmt, daß es in diesem Stücke bei dem, was die gemeinen Rechte mit sich brächten, sein Bewenden haben sollte. Ferner ertheilte die landesf. Verordn. v. 15. April 1755 der bisherigen Observanz, nach welcher die Testamente und letzten Willens-Verordnungen, welche der

Jurisdiction=Bezirks an= oder aufzunehmen erlaubt, dahingegen aber sollen auch, wenn jemand mit Vorbeziehung seiner ordentlichen Obrigkeit vor einem fremden Richter testirt, oder testamentum ad acta übergiebt, dem ordentlichen Richter eben sowohl die nachgesetzten Gebühren bezahlt, und die Testatoren dessen von dem fremden Richter jedes Mal erinnert und verständigt werden. Landesf. Verordn. v. 1. April 1752. \*)

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 47. — Declarat. der Verordn. v. 26. März 1823. §. 4. Nro. 4 und 5 in Hinsicht der gerichtlichen Auf- und Annahme der Testamente u. v. 20. Decbr. 1825. — Rescript herzogl. Landes-Gerichts v. 13. Novbr. 1826. (Bege III. p. 161) — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823 betr., §. 7. — Verordn. v. 26. Mai 1837, die Publication der neuen Redaction der Kriegsartikel betr., p. 315. Art. 170 sqq.

S. auch: Handlungen, gerichtliche — Erbfolge der Ehegatten — Prediger, Errichtung von Testamenten u. durch dieselben — Braunschweigische Anzeigen; Rescript v. 16. April 1750.

### Testamente, Ehe Stiftungen, Vergleiche, Kauf- und andere Contracte.

Um die in der Stadt Braunschweig von Alters hergebrachte und unterm 7. Januar 1681 öffentlich bestätigte Gewohnheit, daß in allen Testamenten u. auch zu Besserung der Wege und Stege etwas vermacht oder geschenkt werde, im ganzen Lande einzuführen, so wird verordnet, daß 1) in allen Testamenten und andern letzten Willens-Verordnungen, Ehe Stiftungen, Vergleichen, Kauf- und andern Contracten über unbewegliche Güter zu milden Stiftungen, auch zu Besserung der Wege etwas vermacht und verschenkt werden soll. Es ist zwar 2) dem Willen des Testirers und der Contrahenten überlassen, wie viel ein Jeder hierzu vermachen oder schenken will, jedoch wird ein Jeder nach seinen Umständen und der Wichtigkeit der Handlung, besonders in Ansehung der Armuth, sich hierin gutthätig erweisen. Es steht 3) einem Jeden frei, das zu milden Stiftungen der Gestalt zu vermachende Geld entweder den Armen-Anstalten oder den Waisenhäusern im hiesigen Lande zuzueignen, wenn aber nicht dabei gesetzt ist, welcher Casse es eigentlich gewidmet werde, so soll es an den Orten, wo Waisenhäuser sind, zwischen diesen und den Armen-Anstalten des Orts vertheilt, sonst aber, und wenn daselbst keine Waisenhäuser sind, den Armen-Anstalten allein gelassen werden. 4) Die zu Besserung der Wege vermachten Gelder nimmt jeden Orts Obrigkeit in Empfang und soll wegen deren Verwaltung demnächst das Weitere erfolgen. 5) Die poena nullitatis, womit in der Stadt Braunschweig die Testamente und Contracte belegt werden, in welchen diese Vermächtnisse übergangen sind, ist zwar aufgehoben, es sollen aber hingegen alle diejenigen, welche diese Verordnung nicht beobachten, 10 Thlr. Strafe erlegen, welche den Armen-Anstalten überlassen ist. 6) Eben dieser Strafe sind auch die Erben und Contrahenten unterworfen, welche nicht binnen 6 Wochen

Testator dem dirigirenden oder condirigirenden Bürgermeister in Braunschweig bringe, wenn dieser dieselben nachher zu Rathhause niederlege, als testamenta judicialia angesehen und gleich andern Testamenten aufrecht erhalten würden, die Kraft eines öffentlichen Gesetzes, und durch das landesf. Rescript v. 22. Juli 1755 wurde diese Verordnung dahin declarirt, daß, wenn der Testator sein Testament nicht selbst einliefern könne, sondern der Bürgermeister auf das Ansuchen des Testators zwei Senatoren deputire, welche das Testament abholten und dem Bürgermeister abliefern, der dasselbe nach geschehener Attestation super facta insinuatione zu Rathhause niederlege, ein solches testamentum gleichfalls als ein judiciales angesehen werden solle.

\*) Die Verordnung enthält außerdem noch Bestimmungen über die Gebühren für die gerichtliche Aufnahme, Niederlegung und Eröffnung der Testamente, welche jetzt keine Anwendung mehr finden, und wurde durch das landesf. Rescript v. 20. Juni 1798 dahin declarirt, daß, wenn jemand, welcher der Jurisdiction seines ordentlichen Richters nicht vi domicilli, sondern vi privilegii fori unterworfen sei, seine letzten Willens-Verordnungen bei einem fremden Gerichte niederlege, der ordentliche Richter nur in dem Falle von solchen Testamenten Depositions- und Publications-Gebühren zu erheben befugt sein solle, wenn der Testator an dem Orte, welcher der zeitige Sitz seiner ordentlichen Gerichts-Obrigkeit sei, sein wesentliches Domicilium gehabt, oder zur Zeit der Errichtung seiner Willens-Verordnung sich daselbst aufgehalten habe. cf. Neue Sportel-Ordnung v. 10. Mai 1835. I. A. B. Nro. 9 sqq.



nach Publication des Testaments und resp. aufgerichteten Contracts das darin der Armuth und zur Wegebesserung Vermachte auszahlen, und sollen alle Obrigkeiten über dergleichen Vermächtnisse ein Verzeichniß halten, und alle Jahre den Armen-Anstalten davon einen Extract zustellen, auch nachsehen, ob die Gelder zur Wegebesserung wirklich bezahlt sind, wie denn die Obrigkeiten dafür haften sollen, wenn sie in Einforderung und Beitreibung dieser Gelder säumig sind. Landesf. Verordn. v. 20. Febr. 1756. (Br. Anz. v. 1756. Nro. 27.)

Nachdem in der vorstehenden Verordnung denjenigen, welche Testamente errichten, überlassen ist, wie viel sie zum Besten der Armuth, auch der Wege und Stege erlegen wollen, so hat es zwar ferner dabei sein Bewenden, daß jeder dazu so viel geben kann, als ihm gefällig ist, jedoch sollen wenigstens 4 Ggr. von jedem Hundert Thaler, welche in den Vergleichen, Testamenten und Contracten enthalten sind, zur Richtschnur genommen werden. Die Obrigkeiten und andere, welche dergleichen Instrumente ausfertigen, sollen solches den Interessenten zu Gemüthe führen, auch in der über diese Gelder zu führenden Rechnung die im Contracte benannte Summe in eine besondere Linie bringen. Wie aber bei Errichtung der Testamente und in verschiedenen Contracten keine gewisse Summen ausgedrückt werden, so soll die Obrigkeit wegen dieses geringen praestandi zwar keine Untersuchung des corporis honorum oder des objecti des Contracts anstellen, jedoch, wenn sie vermerken sollte, daß das für die Armuth und zu Wegen und Stegen Ausgelobte gar zu gering wäre, solches nach einem ungefähren billigen Anschlage arbitriren und bestimmen. Landesf. Verordn. v. 11. April 1758. (Br. Anz. v. 1758. Nro. 37.)

Die landesf. Verordn. v. 11. April 1758 ist dahin declarirt, daß bei denjenigen gerichtlichen Vergleichen, bei welchen die Gerichtsgebühren erlassen werden, auch nichts ad pias causas zu nehmen, bei andern aber ein mäßiges praestandum festzusetzen, und wenn die Parteien sich zu einer Gabe erklären, solche anzunehmen sei. Mit einer gedoppelten Ausgabe ist niemand zu belegen, sondern wenn zum Exempel bei Erbtheilungen oder Annehmung eines Hauses das geordnete Quantum einmal erlegt ist, so sind die Interessenten bei der Verlassung davon befreit. Bei Hausverkäufen ist auf die Umstände des Verkäufers allerdings zu reflectiren, mithin von demselben ein Mehreres nicht zu fordern, als was er nach Proportion des Kaufgeldes, was ihm zu Theil wird, ohne seine Beschwerde zu entrichten vermag. Uebrigens sollen die dieserhalb einkommenden Gelder halb zur Besserung der Wege und Stege, halb aber ad pias causas verwandt werden, und ist (in der Stadt Braunschweig) die letzte Hälfte das eine Jahr an die Armen-Anstalten, und das andere Jahr an das große Waisenhaus zu verabsolgen. \*) Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 22. Juni 1759.

Der Landesfürst hat sich auf die von den Ständen deshalb geschehene Bitte dahin erklärt, daß die nach den Verordn. v. 20. Febr. 1756 und 11. April 1758 behuf der Wege und Stege bei Contracten und andern Fällen abzugebenden Gelder von jeder Obrigkeit in ihren Gerichten des Behufs verwendet werden sollen. \*\*) Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 25.

S. übrigens: Handlungen, gerichtliche — Contracte — Ehe Stiftungen — Prediger.

cf. Rescript fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 12. Septbr. 1815. (Bege I. p. 3.) — Desgl.

\*) Das landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 5. Decbr. 1765 bestimmte, daß, da alle Sterbefälle dem Magistrate bekannt würden, derselbe, um sich zu vergewissern, wie viel ad pias causas und zu Wegen und Stegen vermacht worden, sich jedes Mal einen extractum testamenti quoad passus concernentes geben lassen und danach in Conformität der Verordnungen v. 20. Febr. 1756 und 11. April 1758 das Weitere verfügen solle.

\*\*) Dasjenige, was in Testamenten u. von den Personen und Gütern, die der fürstl. Cammer und Kloster-Rathskasse, der Justiz-Canzlei, dem Hofgerichte und dem Consistorio unmittelbar unterworfen waren, zu Wegen und Stegen vermacht wurde, sollte, es mochte solches bei den höhern Collegien oder den ihnen untergeordneten Gerichten geschehen, nach der landesf. Verordn. v. 7. Juni 1770 an die fürstl. General-Wegebesserungs-Commission zur allgemeinen Unterhaltungs-Casse eingesandt werden.

v. 28. Febr. 1825. (Bege I. p. 8.) — Rescript fürstl. Cammer-Collegii v. 19. April 1823. (Bege I. p. 8.) — Desgl. v. 17. März 1826. (Bege I. p. 380.) — Landesf. Rescr. v. 15. Mai 1826. (Bege III. p. 4.) — Rescript herzogl. Cammer-Collegii v. 11. März 1829. (Bege II. p. 35.) — Desgl. v. 14. Juni 1830. (Bege II. p. 36.)

### Theatrum anatomicum.

Wenn Züchtlinge im Werkhause, Hôspitaliten zu St. Leonhardt, Arme, die ihren Unterhalt aus den Armen-Anstalten haben, Huren und Hurfinder versterben, so soll solches dem Collegio medico alle Mal gemeldet, und sollen solche Cadaver, wenn das Collegium medicum es verlangt, dem theatro anatomico verabsolgt werden. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschw. v. 19. Septbr. 1750.

Nach Eröffnung des anatomischen Theaters ist das vorstehende Rescript nochmals bestätigt und dahin wiederholt, daß alle bei den Armen-Anstalten und dem Lazareth zu St. Leonhardt sterbenden Personen, wie auch Huren und deren Kinder ohne Ausnahme dem Director des Collegii anatomici chirurgici angezeigt, und die, welche er davon verlangt, an das theatrum anatomicum durch die Todtengräber abgefolgt werden sollen. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 10. Decbr. 1750.

Vorstehendes höchste Rescript ist erneuert und befohlen worden, daß demselben sträcliche Genüge geleistet und die Opferleute bei schwerer Strafe zu ihrer Schuldigkeit angewiesen werden sollen. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 3. März 1761.

Obiger Befehl ist nochmals erneuert und die Ablieferung der Cadaver an das theatrum anatomicum bestmöglichst zu besorgen befohlen durch das landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 23. März 1767.

Die bisherige Einrichtung, daß die Leichname derjenigen, die Almosen genossen, an das theatrum anatomicum geliefert werden müssen, ist aufgehoben. Die verstorbenen unehelichen Kinder und Huren niedrigen Standes aber sollen dem theatro verbleiben. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 27. April 1772.

An das theatrum anatomicum sollen diejenigen Maleficanten, welche zu Braunschweig die Todesstrafe erlitten, geliefert werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig und an fürstl. Justiz-Canzlei v. 27. April 1772.

Wenn solche Leute unglücklicher Weise um das Leben kommen, deren Beerdigung aus eigenen Mitteln nicht bestritten werden kann, so soll dem Professor der Anatomie zu Braunschweig allezeit Nachricht davon gegeben und angefragt werden, ob solche auf der Anatomie gebraucht werden können. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 6. Januar 1777.

Die Maleficanten, welche Todesstrafe erlitten, sollen an das theatrum anatomicum in Braunschweig abgeliefert werden. Landesf. Rescript v. 21. August 1786.

cf. Cammer-Rescript v. 19. Decbr. 1828. (Bege II. p. 55.) — Desgl. v. 17. Febr. 1830. (Bege II. p. 58.)

### Thema probandum.

§. Beweis.

### Thor=Accise.

§. Gesetz v. 11. Mai 1835, die städtischen Abgaben in Braunschweig und Wolfenbüttel betr. Die ältern Bestimmungen sind aufgehoben.

Tippen

### Tippen oder Dreikarten.

S. Glücks- und Hazardspiele.

Tischler, Verhalten derselben beim Erwärmen der Bretter.

S. Feuergefähr, Abwendung derselben.

Tischler- und Zimmerleute=Gilde, Gränzen zwischen den Arbeiten derselben.

S. Zimmerleute- und Tischler=Gilde, Gränzen zwischen den Arbeiten derselben.

### Todeserklärung.

S. Verschollene.

### Todesfälle der Vasallen und Lehnleute.

S. Vasallen und Lehnleute, Sterbefälle derselben.

### Todesstrafe, Vollziehung derselben.

Da bei Executionen der zum Tode verurtheilten Delinquenten sowohl diese selbst, als auch deren Anverwandte nicht zugeben wollen, daß des Scharfrichters Knechte selbige anrühren und dasjenige, was ihnen zukömmt, dabei beobachten, sondern solches durch andere unerfahrene, auch wohl einfältige Frauenspersonen verrichten lassen, wodurch der Scharfrichter öfters irre gemacht und an der Verrichtung seines Amts verhindert ist, dergleichen Unordnungen aber ferner nicht mehr gestattet werden sollen, so soll die Obrigkeit dahin sehen, daß dergleichen künftig vermieden und dem Scharfrichter frei gelassen wird, durch seine Knechte dasjenige, was bei dergleichen Executionen ihm obliegt, verrichten zu lassen. Auch sollen die Bürger, welche zur Formirung des Kreises beordert worden, damit durch das Zudrängen des Volks keine Unordnungen entstehen, den Kreis so lange geschlossen halten, bis ihnen zu dessen Aufhebung expresser Befehl ertheilt ist. Landesf. Rescript v. 3. Febr. 1715.

Bei Vollziehung der Todesurtheile soll das Läuten und Singen künftig wegfallen. Landesf. Rescript vom 20. Octbr. 1750.

### Todes=Urtheile.

Da in hiesigen Landen niemand am Leben gestraft werden soll, bis der Landesfürst aus den Acten sich hat referiren lassen und geprüft hat, ob der Delinquent nicht etwas für sich habe, um des willen er auch, wenn er nicht darum ansucht, agratiirt werden könne, so sind die sämtlichen mit der Criminal-Jurisdiction versehenen Gerichte befehligt, wenn die Todesstrafe erkannt wird, vor Publication des Urtheils dasselbe nebst den Inquisitionen=Acten höchsten Orts einzusenden. Landesf. Befehl v. 28. Decbr. 1750.

cf. Verordn. v. 15. Januar 1814, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., §. 3. — Neue Landschafts=Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 193 und 208. — Verordnung v. 4. Novbr. 1832, die landesf. Genehmigung der Vollziehung erkannter schwerer Criminal=Strafen betr.

### Todte Körper, Aufhebung, Section und Beerbdigung derselben.

S. Section gewaltsam getödteter Personen.

### Todten=Cassen.

Wegen des bei den Todten=Cassen eingerissenen Mißbrauchs, indem Einige sich unterfangen, für  
Zweiter Theil.

andere alte Leute einzusetzen, um nach deren Absterben das Geld zu lucriren, bedarf es keiner besondern Verordnung; da die Todten=Cassen zur Bestreitung der Begräbniß= und dazu gehörigen Trauerkosten errichtet sind, so gehört, wenn nach deren Abzuge etwas übrig bleibt, solches den Erben und ist denen, welche den Vorschuß gethan, weiter nichts als ihr ausgelegtes Geld zu verabsolgen. Landesf. Rescript v. 10. März 1759.

Die Einsätze in die Todten=Cassen für einen Dritten auf dessen Sterbefall, es sei denn, daß solches mit dessen Bewilligung, als welche solchen Falls *expresse ad protocollum* zu nehmen, geschieht, sollen bei denselben ferner nicht angenommen, auch demnächst selbst in den Fällen, wo der Einsatz für einen Dritten mit dessen Einwilligung geschehen, die auf den Sterbefall auszahlenden Gelder lediglich an die nächsten Erben des Verstorbenen zur Erleichterung der Begräbniß= und übrigen Kosten ausgezahlt werden. *Ratione praeteriti* aber soll in allen dergleichen Fällen, wo die Einlage ohne Wissen und Willen auf den Sterbefall eines Dritten geschehen ist, der Einsatzer seiner bisherigen Einsätze oder Beiträge nicht nur verlustig, sondern auch der Inscribe *pro non recepto* zu achten sein. Landesf. Verordn. v. 8. Febr. 1779. (Br. Anz. v. 1779. Nro. 17.)

Es ist unbezweifelt, daß es nach obigem Grundsatz, nach welchem die auszahlenden Gelder den Erben bloß zur Erleichterung der Begräbniß= und übrigen Kosten zu Gute kommen sollen, eben ein solcher Mißbrauch ist, wenn ein Ehemann für seine Ehefrau in eine Todten=Casse einsetzt, und die auf deren Ableben erfolgenden Gelder nicht zu dem gehörigen Zwecke verwenden, sondern einen Erwerb damit machen will. So wenig also der für einen Dritten mit dessen Einwilligung geschehene Einsatz ein Recht auf die Todten=Cassen=Gelder verschafft, vielmehr solche an des Verstorbenen nächsten Erben zum Begräbniß ausgezahlt werden müssen, eben so wenig kann auch ein Ehemann sich einen zweckwidrigen Gewinn von solchen Geldern machen und daran ein Eigenthum sich anmaßen. Es soll hiernach künftig entschieden werden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig v. 20. Febr. 1783.

### Todten=Casse in Braunschweig.

S. Grabefolge=Brüderschaft in Braunschweig — Sterbe=Cassen=Institut zu Braunschweig.

### Todten=Cassen der Braumeister in Braunschweig.

Den Braumeistern in Braunschweig sind zur Erleichterung einer Todten=Casse besondere höchsten Orts confirmirte Artikel ertheilt unterm 15. Juni 1786.

### Todten=Casse für die dienenden Knechte in Braunschweig.

S. Kranken= und Todten=Casse für die dienenden Knechte in Braunschweig.

### Todten=Casse für die Livree=Bedienten in Braunschweig.

S. Todten=Cassen=Ordnung für die sämtlichen Livree=Bedienten in Braunschw. v. 4. April 1776. cf. Bekanntmachung des Stadt=Magistrats zu Braunschweig v. 27. Decbr. 1833. (Br. Anz. v. 1833. Nro. 309.)

### Todten=Casse für die Römisch=Katholischen in Braunschweig.

S. Todten=Cassen=Ordnung für die römisch=katholische Gemeinde in Braunschw. v. 30. Octbr. 1786.

### Todten=Casse des Waisenhauses in Braunschweig.

S. daß unter höchster landesf. Confirmation erneuerte Reglement der bei dem Waisenhause B. M. V.

in Braunschweig im Jahre 1756 errichteten Todten=Casse v. 10. April 1780 sammt landesf. Declaration des §. 12 derselben v. 20. August 1781.

### Todten=Casse in Gandersheim.

§. Verordnung des Magistrats zu Gandersheim v. 8. August 1754, die daseibst errichtete Todten=Casse betr.

### Todten=Cassen in Helmstädt.

§. Verordnung des Magistrats zu Helmstädt, eine neue allgemeine Todten=Casse betr., v. 19. März, 21. August, und 18. Septbr. 1751 und 3. Juli 1753. (Br. Anz. v. 1751. Nro. 43, 71 und 78 und v. 1753. Nro. 56.)

Landesf. confirmirtes Reglement für die zweite Waisenhaus=Todten=Casse in Helmstädt v. 22. April 1788.

### Todten=Casse in Holzminden.

§. Verordnung des Magistrats zu Holzminden, die Todten=Casse für die Stadt Holzminden betr., v. 15. Mai 1754. (Br. Anz. v. 1754. Nro. 49.)

### Todten=Casse in Seesen.

§. landesf. confirmirter Plan der Begräbnis=Gesellschaft für die Stadt Seesen und den Harz=District v. 23. August 1784.

### Todten=Casse in Wolfenbüttel.

§. Verordnung des Magistrats zu Wolfenbüttel, die Todten=Casse für die Stadt Wolfenbüttel betr., vom Jahre 1755. (Br. Anz. v. 1755. Nro. 14.)

### Todten=Cassen=Gelder.

§. Arrest, Bd. I. S. 40.

### Todten=Listen.

§. Listen der Geborenen, Copulirten und Gestorbenen.

### Todtschläger, Beherbergung derselben.

§. Beherbergen der Missethäter.

### Töchter, Ausstattung derselben aus Lehngütern.

§. Ausstattung der Töchter aus Lehngütern.

### Tollheit.

§. Vieh, toll gewordenes.

### Tollwurm der Hunde.

Da die Erfahrung bewiesen, daß die Existenz eines Tollwurms bei den Hunden nur in einem Vorurtheile beruht, so sind die Verordnungen, wonach den Hunden der Tollwurm genommen werden soll, \*) aufgehoben. Landesf. Circular=Rescript v. 15. Septbr. 1797. (Br. Anz. v. 1797. Nro. 97.)

\*) In der Meinung, daß die Hunde, welchen der sogenannte Tollwurm genommen worden, wenn sie auch von tollen

## Topfsherben.

S. Kummer und anderer Haus-, Hof- und Keller-Unrath in Braunschweig.

## Torfasche, glühende.

S. Feuersgefahr, Abwendung derselben.

## Torfbrennen.

Zum Branntweimbrennen soll Torf genommen werden. Landesf. Rescript v. 20. Novbr. 1745.  
cf. Cammer-Rescript v. 29. Juli 1820. (Bege III. p. 334.)

## Torfstechen.

Die Interessenten der Brüche, Kenger und Viehweiden, auf welchen zum gemeinen Besten Torf gestochen wird, sollen indemnifirt und gehört, und soll wegen Einwilligung solcher Interessenten zum Torfstechen, was die Rechte erfordern, beobachtet werden. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 34.

## Tortur.

Die Tortur wird zur Erlangung eines Geständnisses nicht mehr angewandt, obwohl sie durch ein Gesetz nicht ausdrücklich abgeschafft \*) ist; eben so wenig körperliche Züchtigung, die aber auch als Strafe

Hunden gebissen oder aus andern Ursachen toll würden, dennoch niemanden beschädigten, wurde den Unterthanen durch das landesf. Rescript v. 28. Febr. 1754 bei 1 Thlr. Strafe befohlen, ihren Hunden von den Forst- und Jagd-Bedienten den Tollwurm nehmen zu lassen; letztere mußten alljährlich ein Verzeichniß der Unterthanen, deren Hunden der Tollwurm genommen war, bei den Obrigkeiten einreichen. Den Obrigkeiten wurde durch die landesf. Ausschreiben v. 14. Juni und 23. Decbr. 1779 ernstlich anbefohlen, auf die Beobachtung des obigen Rescripts zu halten. Für das Fürstenthum Blankenburg und Stiftsamt Walkenried waren durch den Umlauf der fürstl. Blankenburgischen Regierung v. 14. Decbr. 1761 zwei Tage (der 1. Juni und 1. November jeden Jahrs) festgesetzt, an welchen den neu aufgezogenen Hunden von den Förstern der Tollwurm genommen werden sollte; die Geschworenen mußten den Förstern ein Verzeichniß solcher Hunde zustellen.

- \*) Die Verordn. v. 3. Februar 1570 unterscheidet unter *territio verbalis*, *territio realis* und *tortura*. Die *territio verbalis* bestand darin, daß der Richter in Gegenwart des Angstmannes und seiner Gehülfen dem Inquisiten die *circumstantiae facti gravantes* aus den Acten vorhielt und ihn mit der Marter bedrohte; bei der *territio realis* befragte der Peiniger den Inquisiten über die Artikel und legte ihm das Marter-Werkzeug vor; wenn es nöthig schien und im Urtheile so bestimmt war, entkleidete er ihn auch, führte ihn zur Leiter und zog ihn auch wohl auf den Marterstuhl nieder, dabei mußte es aber verbleiben. Die Tortur selbst durfte nur nach vorher eingeholter Genehmigung des fürstl. Kanzlers und der Räte angewandt und es mußte dabei die Leibesstärke und der Gesundheitszustand des Inquisiten genau in Obacht genommen werden; sie zerfiel in drei Grade. Zum ersten Grade wurde der Marterstuhl, das Festbinden der Hände auf dem Rücken mit Banden, die Daumensstöcke und die Peitsche gerechnet; zum zweiten Grade außerdem das Scheuern mit Banden von Hanf und das Anlegen und Zuschrauben der Beinstöcke (spanischen Stiefel); und zum dritten Grade überdas die Ausspannung der Glieder auf der Leiter und der gespickte Hase, auch nach Beschaffenheit und Schwere des Delicts andere härtere Mittel. Durch das landesf. Rescript v. 30. Septbr. 1731 wurde verordnet, daß beim ersten Grade der Tortur die Schnüre, womit der Inquisit gebunden wurde, von Flach und nicht von Haaren sein sollten; zugleich wurde verboten, dies bei der Real-Territion anzuwenden. Dasselbe bestimmte das landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 20. Octbr. 1731 mit dem Hinzufügen, daß, wenn etwa von einer sächsischen Juristen-Facultät ein peinliches Urtheil eingeholt wäre, solches bloß nach der hiesigen und nicht nach der sächsischen Weise erequirt werden sollte. Um die inzwischen eingetretene Ungewißheit über die in hiesigen Landen üblichen Grade der Tortur und der Real-Territion zu beseitigen, wurde durch die landesf. Verordn. v. 27. August 1744 in *vim legis* bestimmt, daß beim ersten Grade der Tortur die Daumenschrauben und flächsenen Schnüre angewandt, beim zweiten diesen der spanische Stiefel und beim dritten die Leiter und der gespickte Hase hinzugefügt werden sollten; die Real-Territion aber die Anwendung der Daumenschrauben der Gestalt mit sich bringe, daß dieselben wirklich zugezogen werden und zehn bis zwölf Minuten zugezogen bleiben

allein noch bei Kindern und bei Erwachsenen nur als Corrections-Mittel Anwendung findet, keineswegs aber bei Inquisiten auch nur als disciplinarische Ahndung.

cf. Verordnung v. 26. Juli 1827, die Strafe des Schand- und Straßpfahls, der Züchtigung u. betr. — Rescript herzogl. Staats-Ministerii v. 21. März 1829. (Bege II. p. 57.) — Gesetz v. 29. Juli 1833, die Besserungs- und Arbeits-Anstalten betr., §. 9. — Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 10.

### Tradition, gerichtliche.

S. Auflassung unbeweglicher Güter.

### Translationes jurium realium.

S. Contracte über Immobilien in den Städten.

### Transport- und Introductions-Kosten der Prediger.

S. Kirchen-Visitationen — Prediger, Berufung und Einführung derselben.

### Trauer.

Da viele Unterthanen dadurch, daß sie bei dem Betrauern ihrer Anverwandten gleich Andern ihres Standes unmaßige und übermäßige Kosten anwenden, auch die Trauer über die gewöhnliche Zeit continuiren müssen, in Schulden gerathen, auch wohl ganz ruinirt sind, so wird zur Steuerung dieses Unwesens verordnet, daß bei der nach Absterben der Anverwandten anzustellenden Trauer keinem, er sei wes Standes und Würden er wolle, gestattet sein soll, die Carossen, Trag-Chaisen, Pferde-Geschirre, wie auch die Zimmer und dergleichen mit Trauerzeuge zu beziehen, seine Dienstboten und Domestiken beiderlei Geschlechts in Trauer zu kleiden, oder denselben zu solchem Behufe etwas an Gelde oder sonst zu reichen, bei Vermeidung schwerer Ungnade und willkürlicher Geldstrafe. Und obwohl den Großeltern, Eltern, Kindern, Geschwistern, Wittwen und Wittvern, auch übrigen nächsten Anverwandten des Verstorbenen frei steht, sich für ihre Personen in Trauer zu kleiden, so soll jedoch bis zu weiterer Verordnung die Trauer nicht länger, als ein Jahr, von dem Tage, an welchem der Anverwandte verstorben, anzurechnen, getragen werden. Landesf. Verordn. v. 13. Octbr. 1729 und 16. Juni 1732, welche letztere auf das Fürstenthum Blankenburg geht. Beide sind wörtlich gleichlautend.

Die Contravenienten der unterm 13. Octbr. 1729 publicirten Verordnung, wenn sie ihre Carossen, Trag-Chaisen, Pferdegeschirre, auch die Gemächer und dergleichen mit Trauerzeug beziehen lassen, sollen in hundert Thaler Strafe condemnirt, und dabei allen Ernstes angewiesen werden, solches etwa schwarz Bezogene sofort wieder in den vorigen Stand zu setzen; diejenigen aber, welche ihre Dienstboten und Domestiken beiderlei Geschlechts in Trauer kleiden, oder ihnen zu solchem Behufe etwas an Gelde oder sonst reichen, fünfzig Thaler Strafe erlegen, auch die Domestiken, so die Trauer empfangen, selbige in Jahr

sollten; weitere Peinigung durfte hierbei nicht vorgenommen werden. Durch das Rescript v. 29. August 1755 genehmigte der Landesfürst, daß sowohl diejenigen Inquisiten, welche demnächst mit der peinlichen Frage zu belegen sein würden, als auch die, mit welchen dazu wegen der geringen Art des Verbrechens nicht geschritten werden könne, wenn sie hinlänglich gravirt, aber des Delicts nicht zu überführen wären, mit Stockschlägen oder Ruthenstreichen zum Geständniß der Wahrheit angehalten werden dürften. Dies sollte aber zuvor von den höhern Gerichten oder den Juristen-Facultäten (beim Magistrate zu Braunschweig vom Landesfürsten) erkannt und von diesen der Modus vor geschrieben, die Execution selbst aber durch die Gerichtsknechte und nicht durch des Richters Leute vollzogen werden. Bei den Gerichten der Ritterschaft durften indeß dergleichen Stockschläge oder Ruthenstreiche nach dem Art. 13 des Landtags-Abschiedes v. 9. April 1770 ohne Anfrage erkannt werden.

und Tag nicht tragen, und soll die Strafe von allen hiesigen Bürgern und des Magistrats Gerichtsbarkeit Unterworfenen ohne einiges Nachsehen executive beigetrieben werden. Auf landesf. Befehl publicirte Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 14. Decbr. 1729. \*)

S. auch: Beerdigung in Braunschweig — Hoftrauer.

### Trauergeläute.

Wenn jemand von der Ritterschaft, dessen Ehefrau oder Wittwe Todes verfahren, alsdann soll ihnen das Trauergeläute, ohne deshalb einzuholende expresse Concession, auf 4 Wochen, bei Absterben der Kinder aber, wie auch naher Blutsverwandten, so des Namens und Geschlechts sind, auf 14 Tage anzustellen erlaubt sein, jedoch daß dem Prediger jedes Orts von der vorhabenden Läutung Nachricht gegeben werde; Falls aber innerhalb benannter Frist zu dem Begräbniß (welches jedoch außer hoch erheblichen Ursachen niemand aufzuschieben hat) nicht zu gelangen, alsdann soll zwar nach 4 Wochen oder resp. 14 Tagen mit dem Trauergeläute inne gehalten, es mag aber dasselbe demnächst vor dem Termine des Begräbnisses 8 Tage lang wiederholt werden. Landtags-Abschied v. 10. Octbr. 1682. §. 21.

Wenn in fürstl. Trauerfällen das Trauergeläute ausgeschrieben wird, so soll davon außer an die Superintenden ten auch an die Gerichtsherren Notification ergehen. Ebendas. Art. 22.

Wenn in vorfallenden fürstl. Trauerfällen das Trauergeläute ausgeschrieben wird, so sollen die an die Gerichtsherren zu thuen den Notificationen bei fürstl. Geh. Rathsstube ausgefertigt werden. Landtags-Abschied v. 9. April 1770. Art. 7.

In Ansehung derer von der Ritterschaft hat es wegen des Trauergeläutes für die Ihrigen bei demjenigen, was der §. 21 des Landtags-Abschiedes von 1682. enthält, sein Bewenden. Gesammter Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 69.

### Trauerjahr.

S. Wittwe, Wiederverheirathung derselben.

### Trauschein.

S. Bedemund.

### Trauung.

S. Proclamation und Copulation.

### Triften in Holzungen.

S. Holzungen, eigene.

### Trinken auf Borg.

Der Krüger soll einem Ackermanne über 1 Fl., dem Halbspänner über 15 Mgr. und dem Köther über 10 Mgr. an Bier nicht borgen, widrigen Falls ihm vom Gerichte zu der Uebermaße nicht geholfen werden soll. Allgem. Landes-Ordn. Art. 97.

### Trödel-Contract.

S. Waaren, Verkauf derselben unter dem Werthe von Seiten der Bevollmächtigten.

\*) Ein gleichlautender landesf. Befehl ist unterm 28. Novbr. 1729 an fürstl. Residenz-Amt ergangen.



## Trödelhandel in Braunschweig.

1) Derjenige, welcher einen Trödelkram treiben will, soll bei dem Braunschw. Stadtpolizei-Depart. sich melden, bei demselben darthun, daß er das Braunschw. Bürgerrecht gewonnen, eine hinlängliche Kenntniß von dem Trödelgewerbe und den dazu gehörigen Sachen habe, in Braunschweig angeessen sei, oder auf 100 Thlr. einen annehmblichen Bürgen stellen könne.

2) Findet das Stadtpolizei-Departement gegen dessen Annahme nichts zu erinnern, so wird derselbe auf diese Ordnung beeidigt, in die Trödelrolle eingeschrieben, und erhält dadurch auf seine Person die Concession, mit allerhand Möbeln, Kleidungsstücken, Hausgeräthe, Betten, Linnen, Drell, Hemden ic. so wie ihm solche, bereits getragen, gebraucht und angeschnitten, von Haus aus verkauft oder von ihm in Auctionen gekauft worden, zu handeln, darf sich aber nicht unterstehen, obige Sachen zum Verkaufe neu verfertigen zu lassen, oder gewärtigt auf den ersten Contraventionsfall Confiscation, auf den zweiten noch dazu willkührliche Bestrafung und bei weiterer Uebertretung Verlust der erhaltenen Concession.

3) Wie es bei den vorhin ergangenen Verboten, bei nachdrücklicher Strafe keine Soldaten-Mondirung, wenn solche auch gleich abgetragen, oder dazu gehörige Stücke zum Verkaufe oder in Pfand zu nehmen, fernerhin sein Verbleiben hat, als bleibt der Handel mit neuen in der Messe zum Wiederverkaufe gekauften Sachen gänzlich untersagt, und sollen die Trödler auch wissentlich gestohlene oder solche Waaren nicht an sich kaufen, welche der Verkäufer augenscheinlich unter dem wahren Werthe ausbietet, wenn er bei dem Verkaufe mit einer außerordentlichen Eilfertigkeit zu Werke geht, solche Eigenthümer anbietet, von welchen nicht zu vermuthen, daß sie solche Sachen verkaufen würden, oder kostbare Sachen von geringen Personen ausgebaut werden, auch sonst den Verdacht mit sich führen, daß der Ueberbringer derselben nicht berechtigt sei, solche zum Verkaufe zu übergeben; derjenige verfällt nicht nur in harte, ja Leibes-Strafe, welcher wissentlich inficirte Sachen, zum Exempel von Leuten, die mit venerischer Krankheit und andern ansteckenden Krankheiten und Unreinigkeiten beladen sind, sorglos einkauft und wieder verkauft, sondern auch in eine willkührliche Bestrafung, Falls er nicht, wenn ihm vorgeachtermaßen gestohlene, verbotene, verdächtige und inficirte Sachen zum Kaufe und Verkaufe angestellt werden, solche, auch wo möglich den Ueberbringer, wenn er unbekannt ist, an- und bei sich aufhält und den Vorfall schleunig dem nächstwohnenden Districts-Vorgesetzten zu weiterm Verfügen meldet.

4) Sollten dem Trödler Sachen auf unverwerfliche Art zum Verkaufe anvertrauet werden, so soll er zuvörderst dem Eigenthümer, dessen Namen der Trödler auf den geleisteten Eid verschwiegen zu halten, einen Schein über die Waare, nebst einer Nachricht, wie hoch dieselbe im Preise angesetzt, zustellen, den Verkauf bestens besorgen und, sobald der Verkauf geschehen, Zahlung leisten, nicht aber die Sache selbst nutzen.

5) Wird der Trödler zum Taxiren befehligt, verlangt und gebraucht, so soll er solches nach seinem Eide verrichten und die Sachen nach dem Werthe schätzen, als ihm solcher aus seiner bisherigen Erfahrung und der Zeit Umständen bekannt ist, alsdann aber gewissenhaft von sich sagen, wenn ihm der currente Werth der zu schätzenden Sachen zuverlässig nicht bekannt ist.

6) Wird verlangt, daß der Trödler ein Pfand unterbringe, so soll er sich von dem Eigenthümer eine umständliche doppelte Beschreibung des Pfandes geben, unter einer derselben aber von dem, welcher Geld darauf herleiht, nebst dessen Namens-Unterschrift bemerken lassen, wie viel auf das Pfand, in welcher Münzsorte, an welchem Tage, Monate und Jahre, auf wie lange Zeit und gegen welche Zinsen geliehen worden. Diese Beschreibung erhält der Eigenthümer des Pfandes zurück, die andere aber bekommt derjenige vom Trödler unterschrieben, welcher das Geld hergeliehen hat, der Trödler selbst aber soll das Pfand und Anlehn mit aller Accurateße in ein zu führendes Buch eintragen.

7) Derselbe soll Vorerwähntes und Verordnetes, wenn er die Sachen selbst in Pfand nimmt, in gleicher Art genau beobachten, und wie überhaupt niemand das erhaltene Pfand eigenmächtig verkaufen, und bei schwerer Bestrafung in eigenem Nutzen gebrauchen darf und soll, so bleibt auch bei Gefängniß- und andern harten Strafen verboten, die zum Versehen erhaltenen oder in Pfand genommenen Sachen ohne des Eigenthümers Genehmigung noch weiter zu versehen, solche wohl gar zu theilen und mit andern Sachen zu vermengen, mithin solcher Gestalt unrichtig, unordentlich und höher unterzubringen.

8) Wie der Trödler vermöge seines Eides bereits verpflichtet ist, redlich und den Landes-Verordnungen gemäß zu Werke zu gehen, so soll er auch dem Stadtpolizei-Departement zu Braunschweig keinesweges unangezeigt lassen, wenn ihm Betrügereien, Unrichtigkeiten, welche bei Pfandversetzung begangen, auch wenn unerlaubte, auch wohl gar Pfennig-Zinsen genommen worden, bekannt werden. Endlich soll auch jedem angenommenen Trödler ein Exemplar dieser Verordnung bei seiner Beeidigung zugestellt werden. Landesf. Verordn. d. d. Braunschweig den 4. August 1763. (Br. Anz. v. 1763. Nro. 71.)

cf. Cammer-Rescript v. 8. Febr. 1815. (Bege I. p. 418.) — Landesf. Rescript v. 14. Juni 1815. (Bege I. p. 419.) — Bekanntmachung herzogl. Polizei-Direction v. 20. Febr. 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 16.)

### Trödelhandel in Wolfenbüttel.

S. Ordnung, den Trödelhandel in Wolfenbüttel betr., v. 18. Novbr. 1751.

cf. Landesf. Rescript v. 2. Juli 1815. (Bege I. p. 423.)

### Trunkenheit und dissolute Lebensart.

Damit durch Bestrafung derjenigen, welche durch Trunkenheit und unordentliche dissolute Lebensart und andere Excesse, auf welche in den Gesetzen keine gewisse Strafe bestimmt ist, sich vergehen, etwas Nützliches gestiftet werde, wodurch dieselben nicht nur zu einer bessern Lebensart gebracht, sondern auch Andere von dergleichen Vergehungen abgeschreckt, mithin gegen die Ausschweifungen der Unterthanen eine gute Polizei eingeführt werde, so sollen alle dergleichen Excedenten mit Wegebesserungs-Strafe belegt, und die Strafen nach Beschaffenheit und Größe der begangenen Verbrechen bestimmt werden. Landesf. Circular-Rescript v. 30. August 1770.

### Tuchhandel auf den Braunschweigischen Messen.

S. Messen, Gros-Handel mit Tuch auf denselben.

### Tutelen und Curatelen.

S. Vormünder u. — Vormundschaft u. — Pupillen u. — Curator u. — Braunschw. Anzeigen; Ausschr. v. 25. Januar 1776 — Handlungen, gerichtliche.

### Uferpfähle an der Weser.

S. Pfähle am Weser-Ufer.

### Uneheliche Geburten, Anzeige derselben durch die Hebamme.

S. Hebammen und Wärmefrauen; Verordn. v. 10. April 1803. §§. 10 und 11.

### Uneheliche Kinder.

S. Kinder, uneheliche.

## Unfug und Auflauf auf den Straßen in Braunschweig.

Die Jungen, welche den Abdeckerknechten bei Gelegenheit des Todtschlagens der auf den Gassen umherlaufenden Hunde nachlaufen und allerhand Unfug treiben, sollen sofort aufgehoben und ohne weitere Rücksicht in das Werkhaus gesetzt werden. Bekanntmach. fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 25. Juni 1771. (Br. Anz. v. 1771. Nro. 50.)

cf. Bekanntmach. herzogl. Polizei-Direction v. 16. Mai 1819. (Br. Anz. v. 1819. Nro. 39.)

Das muthwillige Betragen der Jugend auf den Straßen überhaupt, und besonders bei Hochzeiten, so wie auch der Unfug der andern dabei als Zuschauer sich anfindenden Personen, imgleichen das unsittliche Toben der Jugend bei Zusammenkünften der Gilden, und der Auflauf der Jungen und Alten bei vorfallenden Arretirungen, oder wenn der Arrestat von einem Orte zum andern gebracht wird, ist nachdrücklich verboten, und sind zu dem Ende die Polizeidiener angewiesen, den vor den Hochzeitshäusern und Gilde-Herbergen zusammen gelaufenen Jungen, auch den nur zum Zusehen sich anfindenden Personen zuerst in Güte anzudeuten, daß sie sich hinwegbegeben sollen, nachher aber, Falls solche sich hieran nicht kehren, oder wohl gar sich ihnen widersetzen sollten, sogleich mit Beistand der zu Hülfe gerufenen Wache die Widerspenstigen in die Wache zu führen, woselbst solche die Nacht über verbleiben und erst den andern Morgen wieder losgelassen, oder dem Befinden nach ins Werkhaus gebracht werden sollen. Ferner sollen auch diejenigen Leute, welche bei Arretirung oder bei vorfallendem Transport eines Gefangenen sich versammeln, oder solchen begleiten, gleichfalls, um den Umständen nach mit der Frohnerei- oder Werkhaus-Strafe belegt zu werden, zur Haft gebracht werden. Auf landesf. Befehl vom fürstl. Polizei-Departement zu Braunschweig publicirtes Avertissement v. 28. Decbr. 1782. \*) (Br. Anz. v. 1783. Nro. 6.)

Mit Beziehung auf die landesf. Verordn. v. 18. März 1784, \*\*) worin bei 10 Thlr. oder einer diesem gleichen Gefängnißstrafe verboten ist, arretirte Bettler zu befreien zu suchen, sind alle und jede gewarnt, sich keiner Verspottungen, anzüglichen Worte und grober Beleidigungen oder Vergehungen gegen die zu Steuerung der Gassenbettelei angestellten Polizei-Knechte zu Schulden kommen zu lassen, indem man dergleichen ernstlich bestrafen, oder im Falle die Person einer andern Jurisdiction unterworfen ist, deren Bestrafung gehörigen Orts auswirken wird. Den Eltern unerzogener Kinder und den Meistern der Handwerker ist besonders anbefohlen, ihre Kinder und Lehrlinge abzuhalten, daß sie den Polizei-Knechten bei deren Dienstverrichtungen nachlaufen, weil sie sonst zu gewärtigen haben, daß sie sogleich auch

\*) Es sind hieserhalb auf landesf. Befehl auch schon unterm 2. Juni 1758 und 21. Juni 1762 Verordnungen von dem Magistrate zu Braunschweig ergangen, die aber nicht mehr als die vorstehende enthalten. Unterm 18. April 1766 ist das Schreien, Steinwerfen und Bömen der Jugend auf den Gassen bei Werkhausstrafe von dem Polizei-Departement (s. Br. Anz. v. 1766. Nro. 33.) und durch ein Avertissement desselben v. 4. Juli 1766 (s. Br. Anz. v. 1766. Nro. 35.) den Eltern und Vormündern bei 3 Thlr. Strafe verboten, den Kindern und Pflegebefohlenen das Trommeln auf der Straße zu gestatten, und ihnen die Mittel zu solchem Unfuge zu reichen. Hiernächst ist auch durch ein Avertissement des Polizei-Departements zu Braunschweig vom 2. Decbr. 1767 (s. Br. Anz. von 1767 Nro. 95.) bekannt gemacht, daß wider alle muthwilligen, Lärm und Unfug treibenden, oder einen Zusammenlauf anstiftenden Burschen, besonders gegen die, welche auf den Straßen jemandem nachschreien, Schimpfwörter ausstoßen, muthwilliger Weise die Wege versperren, vor den Leuten hertanzen, mit Händeklatschen nachäffen, oder sonst auf irgend eine Art jemanden auf der Straße, es sei am Tage oder des Nachts, beleidigen oder beunruhigen, oder auch durch Schreien oder Klatschen Pferde oder anderes Vieh scheu zu machen sich erfrehen, ohne Unterschied, ob sie Handwerksburschen, Lehrlingen, Schüler zc. sind, mit Stellung an den Straßpfahl auf öffentlichen Marktplätzen mit der Inscription ihres Verbrechens und Züchtigung im Werkhause, auch nach Befinden härterer Strafe verfahren werden soll, die Unterbedienten aber bei nachdrücklicher Bestrafung, und dem Befinden nach bei Verlust ihres Dienstes, die unbändigen Uebertreter aufheben, oder doch, wenn dieses nicht thunlich, dem Districts-Commissair anzeigen sollen, was durch ein Avertissement v. 14. Mai 1777 nochmals wiederholt ist. (S. Br. Anz. v. 1777. Nro. 40.)

\*\*) S. Bettler in Braunschweig.

arretirt werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 13. Februar 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 15.)

Da dem unterm 28. December 1782 bekannt gemachten Verbote ungeachtet bei Hochzeiten, Zusammenkünften der Gilden, Arretirungen und Transportirungen der Arrestanten, nicht weniger bei den von den Gerichtsbedienten zu vollstreckenden Executionen viel Unfug verübt wird, so sind alle Versammlungen der Zuschauer vor den Hochzeitshäusern und Herbergen, nicht weniger alles Zusammenlaufen bei Arretirungen und Executionen bei unausbleiblicher und dem Befinden nach Gefängniß- und Werkhaus-Strafe gänzlich verboten, indem gar kein Zuschauer bei solchen Gelegenheiten vor den Häusern geduldet werden soll. Die Polizei-Untersbedienten sind also angewiesen, den vor den Hochzeitshäusern oder Gilde-Herbergen zusammen gelaufenen Jungen, und andern auch nur zum Zusehen sich ansiehenden Personen zuerst in Güte anzudeuten, daß sie sich hinweg begeben sollen, nachher aber, Falls solche sich hieran nicht kehren, und dennoch nach wie vor daselbst stehen bleiben, oder wohl gar sich ihnen thätlich widersetzen sollten, solche ohne Ansehen der Person mit Beistand der zu Hülfe zu rufenden Wache als Störer der öffentlichen Ruhe zu gebührender Bestrafung zu arretiren; zugleich ist aber auch den Eltern und Vormündern, wie auch den Lehrmeistern und Herrschaften des Gefindes ernstlich anbefohlen, ihren Kindern, Pflegebefohlenen, Lehrburschen und Diensthoten nicht zu gestatten, daß sie des Abends bei solchen Gelegenheiten auf die Straßen, auch nur unter dem Vorwande des Zuschauens, laufen, widrigen Falls sie, und besonders wenn sie mit an diesem Unfuge Schuld sind, dafür angesehen und nachdrücklichst bestraft werden sollen. Endlich ist auch die Verordnung, daß die Hochzeiten bei dem Districts-Commissair, um die nöthige Verfügung zur Aufrechthaltung der Ordnung zu machen, jedes Mal bei zwei Thaler Strafe angemeldet werden sollen, nochmals eingeschärft. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 10. Novbr. 1787. \*) (Br. Anz. v. 1787. Nro. 95.)

Das Avertissement v. 13. Febr. 1787 wird erneuert, und sollen diejenigen, welche die Polizei-Knechte bei Arretirung der Bettler auf den Gassen mit Toben und Lärm verfolgen, oder dem arretirten Bettler Anlaß zum Entkommen geben, oder gar Hülfe dazu leisten, wenn es erwachsene Personen sind, mit einer Geldbuße von fünf Thalern und befindlichen Umständen nach mit harter Leibesstrafe belegt, wenn solche aber nur Kinder, Jungen und unerwachsene Personen sind, mit einer angemessenen Züchtigung bestraft werden. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements in Braunschweig v. 18. Novbr. 1793. (Br. Anz. v. 1793. Nro. 92.)

Die Verordnungen wider das Zusammenlaufen der Jungen und anderer erwachsener Müßiggänger auf den Straßen und deren muthwillige Zudringlichkeit bei allen solchen Vorfällen, wobei ihre Gegenwart nicht erfordert wird, sind nochmals in Erinnerung gebracht, insbesondere sind die Professionisten und Handwerksmeister angewiesen, ihren Lehrburschen unter dem Vorwande des Zusehens, es sei bei welcher Veranlassung es wolle, kein unnützes Umhertreiben auf den Gassen zu gestatten, sondern alles Lärmen, Toben und Schreien auf das Nachdrücklichste und bei eigener Verantwortung zu verbieten, vorzüglich aber selbigen des Abends oder in den Feierstunden die Erlaubniß auszugehen nicht anders zu erteilen, als wenn sie überzeugt sein können, daß diese Erlaubniß zu sträflichen Zusammenkünften mit andern Jungen und zum Lärmen und Unfuge auf den Gassen nicht werde benutzt werden. Auch sind die Eltern und Vormünder erinnert, ihre Kinder und Pflegebefohlenen, wenn sie selbigen den Aufenthalt vor ihren Häusern gestatten, auch allda unter ihrer Aufsicht zu halten und kein lärmendes Umherlaufen und Umher-schreien zum Aergerniß der Nachbarn zu dulden, widrigen Falls sie es sich selbst beizumessen haben, wenn

\*) Dieses Avertissement ist unterm 18. Decbr. 1790, 30. März 1791, 29. Novbr. 1793 und 30. Octbr. 1795. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 102. 1791. Nro. 30. 1793. Nro. 96 und 1795. Nro. 86.) erneuert.

dergleichen Unfug durch strengere Maßregeln gesteuert werden muß. Bekanntmachung des Polizei-Departements zu Braunschweig v. 9. August 1797. \*) (Br. Anz. v. 1797. Nro. 62.)

Vorstehende Verordnung ist nicht allein erneuert, sondern es ist auch den Eltern bei 2 Thlr. Strafe untersagt, zu gestatten, daß ihre Kinder sogenannte Papierdrachen auf den Straßen und auf öffentlichen Plätzen steigen lassen, weil dadurch die Pferde gescheucht und dadurch größeres Unglück veranlaßt werden kann, desgleichen daß die Kinder mit Blaseröhren, Fließbogen, oder gar eigentlichen Schießgewehren, Puffern, Schlüsselbüchsen u. auf die Straßen oder Spielplätze und Gärten gehen und damit schießen oder spielen dürfen, und soll zugleich dergleichen Spielzeug den Jungen, welche damit betroffen werden, weggenommen werden; auch sollen diejenigen Buben, welche auf den Ballplätzen, Kirchhöfen und Gassen unsittlichen Frevel treiben, arretirt und bestraft werden. Bekanntm. des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 3. Juli 1806. (Br. Anz. v. 1806. Nro. 52.)

S. auch: Hochzeiten in Braunschweig.

cf. Bekanntmachungen fürstl. Polizei-Direction v. 12. Septbr. 1814. (Br. Anz. v. 1814. Nro. 72.) — v. 20. Juni 1823. (Br. Anz. v. 1823. Nro. 48.) — v. 16. März 1825. (Br. Anz. v. 1825. Nro. 23.) — v. 4. Octbr. 1827. (Br. Anz. v. 1827. Nro. 78.) — v. 5. März 1836. (Br. Anz. v. 1836. Nro. 59.)

## Unfug mit Pulver und Feuer in der Neujahrnacht.

S. Schießen in der Neujahrnacht.

## Ungebühr vor Gericht.

Wer sich vor dem Gerichte mit Worten, Werken oder Gebärden muthwillig bezeigt, der soll nach Bewandtniß des Verbrechens 1, 2 oder 3 Fl. zur Strafe erlegen. Allg. Landes-Ordn. Art. 13.

Wenn jemand, der kein Procurator oder Sachwalt ist, vor Gericht sich ungebührlich verhielte, auf Befehl des Gerichts nicht schwiege, seinen Gegentheil oder dessen Bevollmächtigten Lügen strafe, oder sonst jemanden, es seien die Gerichtspersonen, Procuratoren oder Parteien, mit ungebührlichen anzüglichen Worten, Schmähungen und dergleichen angriffe, der soll mit einer Geldbuße von ein bis drei und mehreren Mfl. nach Beschaffenheit der Sache angesehen, oder, wenn zumal der Injuriant nichts im Vermögen hat, mit Gefängniß und andern empfindlichen Strafen belegt werden.

Da aber jemand sich so weit verginge und die Gerichtspersonen mit Ungeßüm und groben Worten antastete, so soll selbiger stehenden Fußes fest gemacht und nach Schärfe der Rechte gegen denselben peinlich verfahren werden. §§. 4 und 5. Cap. V der verbesserten Unterger. Ordn. der Stadt Braunschw. v. 2. Febr. 1764.

cf. Gesetz v. 23. Febr. 1837, die gegen die öffentliche Ruhe gerichteten Vergehen betr.

## Ungehorsam.

Derjenige, welcher ohne erheblich wichtige Ursachen auf ausgegangene Citation ungehorsamlich ausbleibt, oder in termino und also zu spät die bestimmte Zeit wendig schreibt, oder, da er sich sistirt, zu vorwiesender Handlung der Citation gemäß nicht genugsam gefaßt erscheint, soll alle Unkosten und Schaden, des Ungehorsams halber erlitten, dem gehorsamen Theile auf übergebene Designation nach des Gerichts Mäßigung auszurichten und zu bezahlen, und nichts desto weniger, da es der Sachen Nothdurft erfordert, Inhalts voriger Citation auf weiter anberaumtem kurzen Termine zu gelehen schuldig sein, auch auf des gehorsam-

\*) Erneuert unterm 1. August 1801. 11. Juli 1804 und 26. Juni 1805. (Br. Anz. v. 1801. Nro. 60. 1804. Nro. 54 und 1805. Nro. 50.)

men Theils ferneres Procediren zu keiner Handlung in dem Stande, darin die Sachen befunden werden, vor Erlegung gedachter Kosten und Schaden Zugang haben. Landesf. Verordnung v. 18. Febr. 1623, wie es bei fürstl. Rathsstube mit dem rechtlichen Proceß gehalten werden solle.

Wer auf geschehenes sonderbares Erfordern, er sei Kläger oder Beklagter, Zeuge oder sonst, im Ge-richte nicht erscheinen, oder mit genugsamen Ursachen sich entschuldigen wird, der soll mit 1 Fl. alle Mal gestraft werden. Allg. Landes-Ordn. Art. 12.

Wenn der Kläger im ersten Termine ungehorsamlich ausbleibt, so soll derselbe auf des Beklagten vor-hergehende Ungehorsams-Beschuldigung in die Kosten condemnirt, und Beklagter von der Ladung absol-virt werden. Hofger. Ordn. Tit. LXIV. §. Wenn nun der Kläger 1c.

Es steht aber auch dem Beklagten frei, in der Hauptsache zu verfahren, damit er ab instantia, oder gar von der Klage absolvirt, und für ihn gesprochen werde. Ebendas. §. Wollte aber der Ant-worter 1c.

Wenn die Sache weiter instruit ist, soll nach der Lage derselben für den Kläger oder Beklagten ge-sprochen werden, der Gehorsame aber, wenn auch wider ihn gesprochen wird, die Kosten zu erstatten nicht schuldig sein. Ebendas. §. Wäre aber die Sache 1c.

Wenn der Beklagte in dem ersten Termine ungehorsamlich ausbleibt, so soll auf vergängige Ungeh-or-sams-Beschuldigung des Klägers der Krieg Rechtsens für befestigt angenommen und in der Hauptsache verfahren werden. Ebendas. §. Solches wie obsteht 1c.

Der Kläger, wenn alsdann auch wider ihn gesprochen wird, soll doch dem ungehorsamen Beklagten die Kosten zu ersetzen nicht schuldig erkannt werden. Ebendas. §. Es soll ihm auch 1c.

Ohne richtig geschehene und documentirte Insinuation der Citation soll auf die Ungehorsams-Beschul-digung nicht erkannt werden. Ebendas. §. Es sollen aber 1c.

Wenn der ungehorsame Theil, nachdem schon weiter in der Sache verfahren, noch erscheint, so soll er zwar zugelassen werden, jedoch den Proceß in dem Stande, worin er sich befindet, annehmen, und zuvor dem gehorsamen Theile alle Kosten und Schaden nach rechtlicher Ermäßigung erstatten. Ebendas. Tit. LXV. §. Erschiene aber 1c.

Es soll jedoch der Ausgebliebene mit etwa habenden Ursachen, warum nicht in contumaciam verfah-ren und die Kosten zuerkannt werden können, gehört werden. Ebendas. §. Würde aber die Partei 1c.

Dieses soll aber keinesweges zu fernerm Verschleife der Sache gestattet werden. Ebendas. §. Würde sich aber 1c.

S. auch: Insinuation der Decrete 1c. — Insinuation der Decrete 1c. zu Braunschweig — Proceß-kosten — Termine, mündliche — Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben — Polizeisachen in Braunschweig Nro. 6 und 7.

cf. Declaration der Vorschrift des §. 3 und 6 der Verordn. v. 3. Febr. 1814, die Insinua-tion der gerichtlichen Erkenntnisse im Falle des Ungehorsams betr., vom 8. Octbr. 1825. — Landesf. Circular-Rescript v. 24. Septbr. 1827, die allgemeine Anwendung der in der Braun-schweigischen Unterger. Ordn. enthaltenen Vorschrift 1c. betr. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 22. Nro. 2. — Ober-Appellations-Gerichts-Ordn. v. 16. Septbr. 1835. §§. 127 sqq.

## Ungetreue Bedienten und Boten.

S. Bedienten und Boten, ungetreue.

## Uniform der Ritterschaft.

Der mit landtagsfähigen Rittersitzen in hiesigen Landen angeseßenen Ritterschaft ist eine bestimmte, nicht willkürlich abzuändernde Galla- und tägliche Uniform, welcher jedoch sich nicht zu bedienen auch einem Besizer ritterschaftlicher und landtagsfähiger Güter frei bleibt, durch landesf. Bewilligung und Autorisirung zu tragen bewilligt, welche allen dergleichen nicht Qualificirten anzulegen verboten ist durch die landesf. Verordn. v. 16. Febr. 1790. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 19.)

## Uniformstücke.

S. Montirungsstücke.

## Unmündige.

S. Pupillen u.

## Unrath.

S. Kummer- und anderer Haus-, Hof- und Keller-Unrath in Braunschweig.

## Unschlitt, Pulver und Kunstleder.

Obgleich nach wie vor den Steigern, damit sie bei der einzelnen Auswägung des Unschlitts auf das Gewicht kommen können, zugelassen bleibt, den Bohrhauern und übrigen Arbeitern, denen Unschlitt ausgewogen wird, an ihren Wochen-Unschlitt jedes Mal höchstens 3 Loth fehlen zu lassen, so soll dennoch das dadurch etwa zu erübrigende Unschlitt in keine Wege den Steigern zu Gute gehen, sondern wenn solcher Gestalt bei dem Auswägen Unschlitt erübrigt worden, solches von ihnen dem Stuf-Geschworenen und dem Schichtmeister vor dem jedesmaligen Quartalschluß angezeigt werden, damit es nachgewogen, und sodann von dem Schichtmeister den Gewerken zu Gute wieder in Einnahme berechnet, und dem Vorrath zugesetzt werden könne. Wie denn auch in gleiche Weise, wenn von dem Pulver und Kunstleder, so den Steigern und von diesen den Unter-Steigern, auch Geding-Arbeitern und resp. den Kunst-Steigern und von diesen den Kunst-Knechten anvertraut werden muß, und resp. auf die Bohrhauer und Säge wöchentlich abgesetzt und in Ausgabe berechnet wird, etwas erübrigt würde, solches keinesweges den Steigern, Unter-Steigern oder Kunst-Steigern, noch weniger den Geding-Arbeitern und Kunst-Knechten zu Gute kommen, sondern von den Steigern und Kunst-Steigern, welche für diejenigen Leute, so aus ihren Händen Pulver und Leder bekommen, stehen müssen, gleichfalls jedes Mal vor dem Quartalschluß dem Puch-Geschworenen und Schichtmeister getreulich angezeigt und den Gewerken in Einnahme berechnet werden soll. Es ist demnach allen Steigern, Kunst-Steigern und Unter-Steigern, auch Geding-Arbeitern und Kunst-Knechten ernstlich verboten, von dem Unschlitt, Pulver und Kunstleder, welches ihnen behuf ihrer Bechen und Arbeit anvertraut worden, etwas aus den Bechenhäusern, als woselbst solches verwahrt werden muß, in ihre Häuser oder sonst wohin bei Seite zu schaffen, noch etwas davon zu verkaufen, zu verschenken oder sonst zu verpartiren, oder, daß solches durch die Ihrigen und Andere geschehe, zu gestatten, maßen denn diejenigen Steiger, auch Kunst- und Unter-Steiger, auch die Uebrigen, welchen vorerwähntermaßen Unschlitt, Pulver und Kunstleder anvertraut werden muß, die gegen diese Verordnung von solchem ihnen anvertrauten Unschlitt, Pulver oder Kunstleder das Geringste zu verkaufen, zu verschenken oder sonst zu verpartiren sich gelüßten lassen und dessen überführt werden, es mag auch des verpartirten Unschlitts, Pulvers oder Kunstleders so wenig sein, als es immer wolle, der Mazhammelei schuldig erkannt, mit Gefängniß abgestraft und ihrer Dienste ohne Gnade entsetzt, wosern aber der Werth des solcher Ge-

stalt auf einmal oder auch nach und nach Verpartirten sich auf 3 Thlr. und darüber beläuft, dann noch der gesammten Braunschw. Lüneb. Lande verwiesen, ja nach Beschaffenheit der Umstände noch mit andrer und härterer Leibesstrafe Andern zum Exempel belegt werden sollen. Und damit auch dergleichen Verpartirungen desto eher an den Tag kommen mögen, so soll ein Jeder, dem dergleichen bekannt wird, solches sogleich bei dem Communion-Bergamte anzeigen, da denn nicht nur sein Name, Falls er es verlangt, verschwiegen werden, sondern auch, wenn das Angeben richtig befunden wird, dem Angeber so viel, als der Werth des verpartirten Unschlitts, Pulvers oder Kunstleders beträgt, zur Belohnung reicht, dahingegen derjenige, so dergleichen Verpartirungen erfährt und verschweigt, oder wohl gar mit Rath und That dazu behülflich ist, nicht weniger nach Beschaffenheit der Umstände mit ernstester Strafe angesehen werden soll. Mit dergleichen Strafe sollen denn auch diejenigen belegt werden, welche wissenlich von Steigern, Unter-Steigern, Kunst-Steigern und Hüttenleuten, oder derselben Weibern und Kindern, oder auch andern verdächtigen und unbekannten Leuten, so sie nachher nicht anzuzeigen wissen, auf den Communion-Bergstädten und zugehörigen Orten Unschlitt, Pulver und Kunstleder kaufen, oder wenn ihnen solches zu Kauf angetragen wird, solches verschweigen und dem Berg-Amte nicht anzeigen. Wie denn insonderheit, Falls Auswärtige und Fremde über solchem verbotenen Handel betreten werden sollten, dieselben dieserwegen nicht nur nach befundenen Umständen an Geld oder mit Gefängniß bestraft, sondern auch, es mag gleich der Werth des gekauften Unschlitts, Pulvers oder Kunstleders noch so gering sein, auf den Communion-Bergstädten und dasigen Wochen-Märkten nicht wieder zugelassen und geduldet werden sollen. Communion-herrschaftl. Verordn. v. 1. März 1751.

### Unterbediente.

S. Amts- und Gerichtsdiener — Gerichts-Bediente.

### Untergerichte, Saumseligkeit derselben.

S. Mandate an die Untergerichte.

### Untergerichte, Verfahren bei denselben.

In der Hofgerichts-Ordnung Tit. LXXXI wird das bei den Untergerichten zu beobachtende Verfahren vorgeschrieben, wovon der kurze Inhalt folgender ist: Auf die eingebrachte Klage soll die Güte unter den Parteien zu erreichen mit allem möglichen Fleiße versucht (S. Güte-Versuch) und, wenn dies vergeblich bleibt, in geringen Sachen mündlich verfahren werden. Wenn aber die Sache wegen ihrer Weitläufigkeit, Wichtigkeit oder Verwirrung nicht wohl mündlich vorgetragen werden kann, so sind die Parteien zum schriftlichen Verfahren zuzulassen und der Kläger hat seine Klage deutlich und mit gründlicher Vorstellung des facti, unter Beifügung der Vollmacht für seinen Anwalt, wenn er sich eines solchen bedienen will, in doppelter Abschrift, wovon die eine beim Gerichte bleibt und die andere dem Beklagten zugestellt wird, einzureichen (S. Producte, gerichtliche), worauf der Beklagte schriftlich antwortet und, wenn er erhebliche exceptiones declinatorias oder dilatorias einzuwenden hat, solche alle zugleich vorbringt (S. Exceptiones dilatoriae). Ueber diese wird zunächst verhandelt und erkannt. Werden sie aberkannt, so wird der Beklagte in die Gerichtskosten verurtheilt, wenn ihn nicht besondere Ursachen dessen entheben, und er ist schuldig, litem zu contestiren, auch seine gründlichen Einreden vorzubringen. Falls der Beklagte keine except. declinatorias oder dilatorias hat, so soll er sofort litem contestiren (S. Litiscontestation) und seine Antwort und exceptiones peremptorias (S. Exceptiones peremptoriae), so wie auch seine Reconvention (S. Reconvention) und die Vollmacht seines Anwalts ohne Verzug mit der ersten Antwort auf die Klage vorbringen. Wenn die Sache auf brieflichen Urkunden beruhet, so sollen diese sämmtlich mit der Klage in originali sammt beigefügten Copien übergeben, und es soll um deren



Recognition gebeten werden. Eben so kann auch der Kläger zur Begründung seiner Klage sogleich den Beweis durch Zeugen mittelst Ueberreichung der Punkte, über welche die Zeugen abzuheören sind, antreten, worüber sodann dem Rechte gemäß verfahren und erkannt werden soll (S. Zeugenbeweis). Ueberhaupt ist das, was in der Hofgerichts-Ordnung zur Abkürzung der Prozesse verordnet worden, genau zu beobachten. Wenn zum Erkenntniß geschlossen ist, so sollen die Gerichte binnen sechs Wochen ein schriftliches Urtheil abfassen und den Parteien publiciren. Was erkannt und wogegen nicht appellirt ist, das soll gebührend erequirt werden. (S. Execution.)

cf. insbesondere: Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr. — Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification dieser Verordnung betr. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832 betr.

### Untergerichte des Fürstenthums Blankenburg.

1) Die Untergerichte des Fürstenthums Blankenburg sollen in allen vorkommenden Rechtsachen nach Maßgebung des Tit. LXXXI der fürstl. Hofger. Ordn. \*) verfahren, jedoch mit der ausdrücklichen Erklärung, daß die darin befindlichen sechsöchigen Fristen auf 14 Tage, und zwar alle Zeit sub praejudicio gesetzt und den Parteien ohne Bescheinigung der vorgeschügten Hinderung keine Dilationen gestattet werden sollen. \*\*)

2) Nach der Vorschrift des ersigedachten Tit. LXXXI der Hofger. Ordn. sollen diejenigen brieflichen Urkunden, wodurch der Beweis der Klage geführt werden kann, nebst dem Klag-Libelle zugleich mit übergeben, und, wenn solches etwa verabsäumt worden, sofort die Uebergabe sothaner brieflichen Urkunden dem Kläger ex officio per decretum injungirt werden.

3) Wenn sich aus diesen brieflichen Urkunden ergibt, daß das ganze fundamentum agendi erwiesen werden könne, so soll nach Maßgebung der fürstl. Constitution wegen Exquirung untadelhafter Briefe und Siegel strictissime verfahren und nicht gestattet werden, daß der processus executivus, auch nicht einmal mit beider Theile Einwilligung, in den processum ordinarium verwandelt werde. Landesf. Verordn. v. 11. Decbr. 1749. \*\*\*)

### Untergericht zu Braunschweig, welche Sachen dahin gehören.

Es sollen vor das Untergericht gehören, daselbst angenommen, in's Verhör gezogen, abgeurtheilt und vermittelt der Execution vollstreckt werden: 1) Alle auf klaren Briefen und Siegel beruhende Sachen, wider welche nur exceptio solutionis et compensationis, und zwar nach Maßgabe der am 10. Juni 1745 publicirten landesf. Constitution †) in continenti Platz findet, die Summe mag so hoch oder niedrig sein als sie wolle. Sollten jedoch auch über die mit geklagten Zinsen und deren Liquidität Weitläufigkeiten entstehen, und dieselben nicht in continenti, wie solches obangeführte Landes-Constitution erfordert, ins Licht gesetzt werden können, so ist solcherhalb die Entscheidung der Hauptsache, und, wenn das Urtheil die

\*) S. Untergerichte, Verfahren bei denselben.

\*\*) S. Fristen.

\*\*\*) Die Verordnung bestimmte außerdem noch, daß über alle Justizsachen ein General-Protocoll gehalten und dieses auf Verlangen an die fürstl. Regierung eingesandt, daß gegen abgegebene Erkenntnisse keine Supplication, sondern allein Appellation an die fürstl. Regierung angenommen (dies wurde durch die Verordn. v. 14. Mai 1770, welche die Appellationssumme auf 50 Thlr. bestimmte und bei geringern Summen die Supplication gestattete, abgeändert) und durch muthwillige Appellation die Execution nicht verzögert, und daß an die fürstl. Regierung jedes Quartal eine General-Specification von allen Prozesssachen und dem, was darin geschehen, und außerdem von den Magistraten jede Woche eine solche Nachweisung eingesandt werden sollte.

†) S. Briefe und Siegel, klare.

Rechtskraft erlangt, die Vollstreckung der Execution nicht aufzuhalten, sondern dieser Punkt nachher in *separato* unter den Parteien, jedoch so viel möglich in mündlichen Verhören, auszumachen. 2) Die Bestimmung der Kostgelder, auch die Entscheidung, ob ordnungs- und contractmäßig gespeist worden, gehört zwar vor das Polizeigericht, würden aber in dergleichen Sachen erhebliche, und einer weitläufigen Rechtsfertigung bedürfende Exceptionen eingewandt, oder es wäre auf Beweis und Gegenbeweis zu sprechen, oder es würde eine Reconvention eingeführt, so soll das Polizei-Gericht, wenn die Art der Speisung dargethan, den Preis derselben festsetzen und bestimmen, alsdann aber dem Magistrate die Akten einsenden, welcher befindenden Umständen nach solche sodann dem Untergerichte zum weitem Verfahren zufertigt. 3) Klagen über Erben- oder andere Zinsen, wie auch über restirende Ackerpacht. 4) Sachen, die einer dem Andern ins Gewissen schieben will, und auf ja und nein beruhen, in so fern sie nicht vor das Polizei-Gericht gehören. 5) Kummer- und Arrestsachen. 6) Sachen, so zur Execution gegeben werden. 7) Verpfändung unbeweglicher Güter. 8) Auflassung unbeweglicher Güter, wenngleich die Hauptsache vor einem andern Departement tractirt, und daselbst die Ursache der Auflassung in Richtigkeit gesetzt wird. 9) Alle sowohl *ex jure reali* als *personali* herrührenden gerichtlichen Quittungen und 10) Cessionen, ausgenommen diejenigen, welche nach ihrer Art und Beschaffenheit vor ein besonderes Departement, z. E. vor die Vormundschaftsstube gehören; jedoch sollen, Falls bei dem einen oder andern Departement *cessiones immobilium* geschehen, diese nachher bei dem Untergerichte den Stadtbüchern nach Maßgabe des 13. und 14. Capitels ingrossirt werden. 11) Schenkung unter Lebendigen. 12) Depositionen streitiger Gelder. 13) Alle andern disputirlichen Sachen, welche nicht eine Summe über 100 Thlr. betreffen und nicht vor das Kaufgericht gehören, als welche dahin remittirt werden sollen. 14) Würde jemand über die Untauglichkeit erhandelter Waare klagen, so muß er zuvor und sobald er die Waare erhalten, deren Untauglichkeit dem Gerichtsverwalter melden, welcher sodann zu deren Besichtigung des Werks Verständige abschickt, davon schriftlichen Bericht einnimmt und weiter rechtliche Verordnung macht; ordentlicher Weise muß diese Meldung gleich nach Empfang der Waare geschehen, und auf den Fall einer spätern Meldung redliche Ursache der Verzögerung dargethan werden; ist der vierte Tag verflossen, so wird die Klage nicht angenommen. Cap. II der verbesserten Unterger. Ordn. der Stadt Braunschw. v. 2. Febr. 1764.

cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr.; insbesondere §. 3. Nro. 3.

### Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben.

Vor allen Dingen hat das Gericht dahin zu sehen, daß die Güte unter den Parteien versucht und zu deren Erhaltung alle Mühe angewendet werde, zu welchem Endzwecke die Parteien, so oft der Gerichtsverwalter es nöthig findet, selbst in Person erscheinen sollen. Würde jemand ohne unabwendliches Hinderniß zurückbleiben, so soll selbiger in eine Strafe von 3 Mfl. und die Terminskosten verurtheilt, zu deren Bezahlung sofort executive angehalten und ein neuer Termin mit erhöhter Strafe für die Nichterscheidenden angesetzt werden. Untergerichts-Ordn. der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764. Cap. III. §. 4. Ueber alle Sätze, es sei zur Güte oder in Rechten, über Vergleiche und Erkenntnisse, soll ein förmliches Protocoll gehalten und den Parteien auf ihr Begehren Abschrift davon ertheilt werden. Ebd. §. 5. Wenn Beklagter oder Beklagte auf dem angesetzten Gerichtstage erscheinen, so soll die Güte zwar versucht, wenn aber dieselbe alles angewandten Fleißes ungeachtet nicht erreicht worden, zum rechtlichen Verfahren geschritten werden, und Beklagter auf die Klage *per recessum ad protocollum* antworten, und sollen die, beiden Theilen zustehenden Wechselsätze, sowohl vor dem Gerichte selbst, als bei anzuordnenden Commissionen abgehandelt, auch ohne die höchste Nothwendigkeit davon nicht abgegangen werden. Ebd. Cap. VI. §. 4. Fände aber der Gerichtsverwalter, daß die Sache wegen ihrer Weitläufigkeit nicht füglich ohne Schriftwechsel abgethan werden könnte, so soll den Parteien sofort bei dem ersten Verhören ein terminus

**terminus praejudicialis** von 14 Tagen zu Einbringung des **Sakes** mündlich angesetzt, und solches **ad protocollum** notirt werden, worauf denn die Parteien von 14 zu 14 Tagen verfahren, ihre Schriften in **duplo** überreichen und die darauf zu ertheilenden **Decrete** gleichfalls in **duplo** ausgefertigt werden. Den **Procuratoren** und **Advocaten** wird hierdurch auf das Ernstlichste verboten, daß sie die Schriften ohne Noth weitläufig machen, und haben der **Gerichtsverwalter** und **Gerichtsvoigt** diejenigen, welche sich dieses zu Schulden kommen lassen, deshalb allen Ernstes zu erinnern, auch, wenn sie sich hierauf nicht bessern, dem **Magistrate** deren Namen zu weiterer Verfügung anzuzeigen. Auch soll bei **Moderation** der **Advocatur-Gebühren** niemals auf die Vielheit der Bogen, sondern einzig und allein auf **merita causae** und deren geschickten und nervösen Vortrag reflectirt werden. **Ultra duplicas** soll ohne erhebliche Ursache kein weiteres Verfahren verstattet werden. Das. §. 5. Wenn das Gericht befindet, daß das **Factum** noch nicht völlig klar gemacht sei, so hat es von Amts wegen durch dienliche Vernehmung der Parteien alle zur Entscheidung der Sache erforderlichen Umstände zu erforschen und **ad acta** zu bringen. Das. §. 6. Falls **Beklagter** oder **Beklagte** die **Klage**, wie sie angebracht, oder einige Umstände ins Lügen ziehen, muß **Kläger**, wenn nicht der Sachen Beschaffenheit ein Anderes erfordert, binnen den nächsten 14 Tagen entweder mit Zeugen oder Briefschaften, oder auch Zuschreibung des Eides nach Vorschrift der deshalb publicirten neuen Verordnungen den Beweis führen. Das. §. 7. Wenn **Beklagter** in dem angesetzten Termine nicht erscheinen kann, so hat er solches dem **Gerichtsverwalter** frühzeitig genug anzuzeigen, welcher den **Kläger** benachrichtigen läßt, daß der Termin seinen Fortgang nicht haben könne, und einen neuen Termin ansetzt; würde **Beklagter** sich nicht so zeitig, daß sein Gegner davon noch genugsam vor dem Termine benachrichtigt werden kann, entschuldigen, so soll er, wenn die Sache auf klaren Briefen und Siegel oder anderen Documenten beruht, oder unter 20 Thlr. beträgt, der **Kläger** aber vermittelt Production des der **Citation** beigefügten **documenti insinuationis contumaciam** accusirt, **pro confesso** gehalten und **Beklagter** sofort zur Zahlung condemnirt, in andern ein Mehreres betragenden, oder nicht so klaren Sachen aber, wenn **Beklagter** einmal citirt und **contumaciter** zurückgeblieben, zwar ein anderer Termin angesetzt, und **Beklagter** in die Kosten des vorigen condemnirt, in dem neu angesetzten Termine aber zugleich angehalten werden, sich wegen seines Ausbleibens bei Strafe von 1 bis 3 Mfl. hinlänglich zu entschuldigen. Würde er aber alsdann auch nicht erscheinen, so soll die **Klage** für eingestanden gehalten und danach verfahren werden. Das. §. 8. Wenn bei andern zu Einbringung der Wechselschriften oder Production der Documente angesetzten Terminen der eine Theil dasjenige, so ihm abgefordert, beizubringen behindert würde, so hat er solches wenigstens vier Tage ante terminum dem Gerichte durch eine **Dilations-Bitte** anzuzeigen, und die Ursache der Verhinderung sofort zu bescheinigen, und soll ohne solche Bescheinigung, oder wenn das **Notorium** die Ursache nicht ohnedem bekräftigt, keine **Dilations-Bitte** zugelassen, sondern nach **Reproduction** des **decreti cum documento insinuationis in contumaciam** verfahren, und wenn die **Advocaten** solches durch ihre Schuld veranlassen, so sollen dieselben nicht allein in Strafe genommen, sondern auch noch dazu den Parteien den verursachten Schaden zu ersetzen angehalten werden; maßen denn sonderlich den vielen Ausflüchten, so die **Beklagten** zu suchen pflegen, nicht nachzusehen, sondern die Sache nach Möglichkeit zu beschleunigen ist. Das. §. 9. Die **Dilationen** sind nicht weiter, als von 14 zu 14 Tagen zu gestatten, und wenn in einem **Decrete dilatio** verstattet, die Zeit aber nicht exprimirt wird, so soll solche von 14 Tagen verstanden werden. Auch nimmt die **dilatio** von Zeit des zu Ende gelaufenen Termins ihren Anfang, wenngleich das **Decret** später erfolgt. Das. §. 10. Wenn eine Sache so weit gediehen, daß in derselben ein **Interlocut** oder **Definitiv-Urtheil** gesprochen werden muß, so soll **ad publicandam sententiam** alle Mal ein **terminus praejudicialis** auf einen der nächsten Gerichtstage, welcher aber nicht über 14 Tage von Zeit der letzten eingebrachten Schrift zu extendiren ist, angesetzt werden. Inzwischen verfaßt der **Gerichtsvoigt** die **Relation** in wichtigen, die **summam appellabilem** übertreffenden Sachen schriftlich, verlieset dieselbe bei versammeltem Collegio, das **Urtheil** wird darauf **per majora** abge-

faßt, die Relation nebst dem darauf formirten Urtheile von den sämtlichen membris signirt und von dem Gerichtsvoigt aufbehalten, damit dasselbe bei etwa erfolgender Appellations-Instanz sammt den Acten eingesandt werden kann. Wäre aber *periculum in mora*, so soll der Gerichtsverwalter die frühzeitigere Publication des Urtheils verfügen, und die *relatio per circulum* umhergesandt werden. Das. §. 11. In *termino publicationis* wird das Urtheil den Parteien, oder auch, wenn nur der eine Theil erscheint und das *decretum termini cum documento insinuationis* producirt, demselben von dem Secretair oder, Falls dieser durch Geschäfte daran behindert wird, von einem andern Mitgliede des Collegii publicirt und das *publicatum* nebst der *praesentia vel absentia partium* unter das Urtheil verzeichnet. Es soll aber auch, wenngleich beide Theile zurückbleiben, demungeachtet, wenn nur der Richter versichert ist, daß das *decretum termini* zu ihrer Nachricht gelangt, mit der Publication verfahren, auch sollen sodann die Urtheils-Gebühren nachher *executive* beigetrieben werden. \*) Ebendas. §. 12. Sollte Kläger oder Beklagter *ante publicationem sententiae* mittelst Anführung und Bescheinigung eines *legalis impedimenti* die ihm zugerechnete *contumaciam* purgiren, und um Aufhebung des Termins zu Publication des Urtheils ansuchen, so ist er zwar mit seiner Nothdurft zuzulassen, jedoch nicht anders, denn auf vorübergehende Erstattung der verursachten, sogleich gerichtlich zu ermäßigenden Unkosten; Falls aber keine Entschuldigung vorgebracht wird, so ist es ohne fernern Verzug bei dem zur Publication des Urtheils angeetzten Termine zu lassen. Das. §. 13. Sofern aber der Kläger *citationem* ausgebracht, doch aber im angeetzten Termine nicht erscheint, hingegen aber Beklagter *comparirt*, so ist Kläger nicht allein in die sogleich zu determinirenden Termins-Kosten zu condemniren, sondern auch, wenn Beklagter darum ange sucht, ein neuer *terminus sub poena perpetui silentii* anzusehen. Das. §. 14. Es steht in diesem Falle auch dem Beklagten frei, seine hauptsächlichlichen Einreden vorzubringen und darauf um Urtheil zu bitten; es falle nun dasselbe gleich wider ihn aus, so ist er dennoch die Kosten dem Kläger zu erstatten nicht schuldig. Das. §. 15.

S. auch: Beweis beim Untergerichte zu Braunschweig.

cf. Landesf. Circular-Rescript v. 24. Septbr. 1827, die allgemeine Anwendung der im Cap. VI. §. 8 der Braunschw. Untergerichts-Ordnung enthaltenen Vorschrift auf alle Rechtsachen, deren Object 20 Thlr. und weniger beträgt, betr. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 22.

### Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig.

S. Auf landesf. Befehl verbesserte \*\*) Untergerichts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. Febr. 1764, aus welcher das Wichtigste unter den betreffenden Rubriken angeführt ist.

### Unterofficiere, Credit derselben.

S. Soldaten, Credit derselben.

### Unterpfänder.

Es ist zwar erlaubt, sich zur Sicherheit seines ausgeliehenen Geldes ein Pfand geben zu lassen, indeß bei Strafe verboten, daraus ein Gewerbe zu machen.

S. Leihhaus zu Braunschweig, §. 15. \*\*\*) — Leihhaus-Anstalt zu Blankenburg, §. 4.

\*) cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 3.

\*\*) Die früheren waren: Untergerichts-Proceß v. 7. März 1553 und revidirte und verbesserte Unterger. Ordn. v. 16. Novbr. 1677.

Das Untergericht war dem Magistrate subordinirt und bestand aus dem Gerichtsverwalter als Director, dem Gerichtsvoigte, zwei Assessoren und einem Secretair cum voto. In Civilsachen war dasselbe als ein für sich bestehendes Gericht anzusehen, wogegen der Inquisitions-Proceß im Namen des Magistrats geführt wurde.

\*\*\*) Da die Bestimmung dieses §. sogleich nach Eröffnung des Leihhauses gesetzliche Verbindlichkeit haben sollte, so wurde

Da des im §. 4 der Verordnung v. 4. Decbr. 1787, die Errichtung eines Leihhauses zu Blankenburg betr., zur Steuerung des Wuchers geschehenen Strafgebots ungeachtet noch immer ein wucherliches Gewerbe mit dem Verleihen auf Pfänder getrieben wird, so ist obervährter Inhalt dieser gedachten Verordnung wiederholt und dieses verbotene Gewerbe nochmals untersagt, gestalt auf die Uebertretungsfälle genau und fleißig geachtet und gegen die Uebertreter mit der bestimmten Strafe ohne Nachsicht verfahren werden wird. Damit auch solche Uebertretungsfälle desto eher zur Wissenschaft gelangen mögen, ist dem Denuncianten, der bei Anzeige einer Uebertretung solche data an die Hand giebt, wodurch der Uebertreter überführt werden kann, mit Verschweigung seines Namens die Halbschied der verwirkten Strafe hierdurch versichert, und soll die andere Halbschied derselben jeden Orts Armen-Anstalten zufließen. Landesf. Befehl v. 18. März 1791.

S. auch: Trödelhandel in Braunschweig — Leihhaus-Scheine — Cassen-Obligationen — Arrest; Unterger. Ordn. v. 2. Febr. 1764. §. 8. — Execution, wie damit beim Untergerichte zu Braunschweig zu verfahren ist, §. 9. — Judenschaft in Braunschweig; Reglement v. 30. Juli 1762. §. 21.

cf. Verordn. v. 5. März 1828, das zu Helmstädt zu etablirende Leihhaus betr., §. 16. — Verordn. v. 24. Octbr. 1828, die Ausdehnung des §. 16 der Verordn. v. 5. März 1828 auf den Bezirk des Kreisamts Schöppenstädt betr.

### Unterpfänder, Verkaufskosten derselben.

Bei Concurse soll der Pfand-Inhaber nicht schuldig sein, das Pfand herauszugeben, bevor er seine völlige Befriedigung, nicht nur wegen des Capitals, sondern auch wegen der rückständigen Zinsen und der auf die Taxirung des Pfandes gegangenen Kosten, erhalten hat, wonach überhaupt erkannt werden soll. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Helmstädt v. 26. März 1746.

Die Kosten wegen eines gerichtlich distrahirten Faustpfandes ist der Concurse zu übernehmen nicht schuldig, sondern es muß solche der creditor pignoratitius tragen. \*) Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 16. August 1770.

S. auch: Unterpfänder, Vorzugsrecht derselben im Concurse — Concurskosten.

durch die landesf. Verordn. v. 28. März 1765 folgendes verfügt: 1) Alle diejenigen, welche bisher ein Gewerbe daraus gemacht haben, auf Pfänder Geld zu verleihen, sollen mit den Verlehern sofort und längstens binnen den nächsten 8 Tagen nach Eröffnung des Leihhauses liquidiren, und denselben eine schriftliche Abrechnung sowohl wegen des Capitals, als der Zinsen zustellen, widrigen Falls sie zu gewärtigen haben, daß sie der Halbschied der rückständigen rechtmäßigen Zinsen verlustig erklärt, und bei längerem Verzuge in nachdrückliche Strafe genommen werden. 2) Alle und jede, sowohl männlichen als weiblichen Geschlechts, welche sich bisher gebrauchen lassen, auf Pfänder Geld zu suchen, sollen alle die Gläubiger, bei welchen dergleichen Pfänder stehen, was darauf geliehen, was für Zinsen versprochen worden, und was an Capital und Zinsen rückständig ist, binnen den ersten 8 Tagen nach Eröffnung des Leihhauses dem Leihhaus-Director entweder schriftlich oder mündlich anzeigen, jedoch ohne Benennung des Schuldners; wer solches nicht richtig, oder in der gesetzten Zeit bewerkstelligt, soll dem Befinden nach mit einer Geldbuße von 10 bis 20 Thlr. angesehen, oder, wenn er des Vermögens nicht ist, mit acht- bis vierzehntägiger Gefängnißstrafe belegt werden. 3) Dieser Verordnung ist eine Vergleichungs-Tabelle, wie viel die Pfennigzinsen und dagegen die Leihhaus-Zinsen betragen, beigelegt, damit jeder den Unterschied sehen möge, und wegen des künftigen Verfaßes beim Leihhause zum Voraus den Ueberschlag machen könne.

\*) In der durch die Verordn. v. 20. Novbr. 1827 aufgehobenen Verordn. v. 6. April 1778, die Bezahlung der Concurskosten in der Stadt Braunschweig betr., war gleichfalls bestimmt, daß die Kosten, welche zum Besten des einen oder andern Gläubigers gemacht würden, wohin auch in Ansehung der aus dem Mobilien-Vermögen zu befriedigenden Gläubiger die Auktionskosten der Mobilien zu rechnen wären, von demjenigen übernommen werden sollten, zu dessen Beßen sie verwandt worden oder der solche veranlaßt habe.

### Unterpfänder, Vorzugsrecht derselben im Concurse.

Es soll *ratione* der Unterpfänder bei Concurse-Processen bei dem klaren Inhalte des Art. 53 der Wechsel-Ordnung, \*) nach welchem derjenige, dem einige Effecten zum Unterpfande gesetzt und übergeben worden, solche bei entstehendem Concurse zwar anzeigen und gerichtlich taxiren lassen, im Uebrigen aber, obgleich das Pfand sonst mit Hypotheken beschwert, mit Arrest oder Verbot belegt sei, die Priorität haben, auch ein Mehreres nicht, als das nach seiner völligen Befriedigung von dem durch die Taxe determinirten Werthe des Pfandes Uebrigbleibende herauszugeben gehalten, sein Bewenden haben. Landesf. Rescript an den Stadt-Magistrat zu Helmstädt v. 29. Novbr. 1745.

Da Zweifel vorgekommen sind, ob die Disposition des Art. 53 der Wechsel-Ordnung nur allein in *favorem commercii* der Kaufmannschaft gemeint, oder insgemein auf jeden Inhaber und Besizer der Faustpfänder bei entstandenem Concurse zu beziehen sei, so wird jene Disposition dahin declarirt, daß dieselbe von allen und jeden Inhabern und Besizern der verpfändeten und übergebenen beweglichen Sachen und Effecten zu verstehen und bei Concurse-Processen keinem derselben ein Mehreres, als was besagter Artikel mit sich bringt, angemuthet werden, so viel aber die Grund- und andere unbewegliche Stücke betrifft, in deren Besiz die Creditoren gekommen sind, es fürerst bei dem, was deshalb die gemeinen beschriebenen kaiserlichen Rechte verordnen, sein Verbleiben haben soll. Landesf. Declarat. v. 21. Mai 1750. (Br. Anz. v. 1750. Nro. 50.) \*\*)

Die Verordnung v. 21. Mai 1750 ist auf den Fall nicht applicabel, wenn ein Schuldner seinem Gläubiger ein *nomen activum* durch Einhändigung der Obligation versetzt hat, vielmehr hat es in solchen Fällen bei der Disposition der gemeinen Rechte sein Bewenden. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 15. Novbr. 1758, imgleichen an fürstl. Justiz-Canzlei und Hofgericht v. 1. Decbr. 1758.

S. auch: Leihhaus zu Braunschweig, §. 16. — Leihhaus-Anstalt zu Blankenburg, §. 4.  
cf. Verordn. v. 5. März 1828, das zu Helmstädt zu etablirende Leihhaus betr., §. 12.

### Unterschlagung.

S. Bedienten und Boten, ungetreue.

### Unterthanen, Aufnahme derselben.

S. Verordn. v. 4. Mai 1830, das Wohnortsrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betr. — Landschafts-Ordnung v. 12. Decbr. 1832. §§. 24 sqq. — Städte-Ordnung v. 4. Juni 1834. §. 19.

Die ältern Bestimmungen über die Aufnahme in den Unterthanen-Verband \*\*\*) sind antiquirt.

\*) S. Wechsel-Recht; Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715. Art. 53. Dieselbe Bestimmung enthielt schon die Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 32.

\*\*) In einem an den Magistrat zu Braunschweig unterm 15. Septbr. 1768 ergangenen Landesf. Rescripte ist bestimmt, daß die obige Declaration auch im Concurse mehr nicht, als die gerichtliche Taxation voraussetze.

\*\*\*) Diese beförderten das Einwandern durch Bewilligung von Baudouceurs, Abgabefreiheit zc. eben so sehr, als die jetzige Gesetzgebung dasselbe erschwert. Die älteste Verordn. ist v. 16. Juli 1652; sie bezweckte die Wiederbevölkerung des durch den Krieg entvölkerten Landes und versprach denen, welche auf dem Lande die wüsten Höfe wieder bebauen würden, temporelle Freiheit vom Dienste, von der Contribution und den sonstigen Schatzungen; die in die Städte einwandernden Handwerker sollten unentgeltlich zum Bürgerrechte und zu den Bünften gelangen; auch mit der Contribution übersehen werden. Die Verordnung wurde indeß erst im Jahre 1655 publicirt, dann aber unterm 5. April 1658 erneuert und den Magistraten und Gildengenossen bei 200 Goldfl., legtern auch bei Verlust ihrer Gilderechtsame verboten, dagegen zu handeln.

Unterthanen, Auswandern derselben.

S. Auswandern der Unterthanen — Abschloß.

Unzucht.

S. Ehebruch, Hurerei u.

Unzuchts-Brüche.

S. Hurenbrüche.

Unzüchtige Weibspersonen.

S. Weibspersonen, unzüchtige.

Urkunden-Beweis.

Der Beweis durch Urkunden muß intra terminum probatorium geführt werden. Hofger. Ordn. Tit. LIV. §. Derohalben u.

Die Urkunden können auch hernach und bis zum Beschluß der Sache beigebracht werden, wenn der einbringende Theil eidlich erhärtet, daß deren Einbringung gefährlicher Weise, oder den Widertheil in Kosten zu führen, nicht unterlassen sei. Ebendas. §. Es mögen auch u.

Auch sind die Fälle, in welchen auch nach dem Beschlusse der Sache vermöge der gemeinen Rechte instrumenta vorgebracht werden mögen, hiervon ausgeschlossen, und kommt auf richterliche Ermäßigung an, ob dieselben zuzulassen oder nicht. Ebendas. §. Doch sollen hierin u.

Die Urkunden sollen dem beweisenden Theile nach genommener glaubhafter Abschrift zu den Acten gegen Quittung wieder zugestellt werden. Ebendas. §. Darauf dann solche Briefe u. und §. Wenn auch einem u.

Die Agnition oder eidliche Diffension soll sub poena recogniti in dem ersten oder höchstens zweiten Termine geschehen. Ebendas. §. In Abwesenheit u.

Darüber soll jeder mit einem Sage verfahren und der Product excipiendo den Anfang machen. Ebendas. Tit. LVI. §. Auf solchen Termin u.

S. Beweis — Beweis beim Untergerichte zu Braunschweig — Briefe und Siegel, klare — Güte. Versuch — Untergerichte, Verfahren bei denselben — Untergerichte des Fürstenthums Blankenburg.

Urkunden, Edition derselben.

Die Urkunden, Briefe, Bücher, Register u., die beiden Theilen gemein sind (instrumenta communia) ist eine Partei auf Begehren der andern ins Gericht zu bringen und zu ediren, besichtigen, verlesen und verhören zu lassen schuldig. Hofger. Ordn. Tit. LV. §. Wann auch u.

Wenn diese Documente weitläufig sind oder geheime Dinge enthalten, so soll von glaubhaften besonders dazu geordneten Personen ein Extract daraus gezogen und diesem eben so viel Glauben, als dem Originale selbst gegeben werden. Ebendas. §. Doch soll u.

Wenn aber der Gegner mit solchem Extracte nicht zufrieden sein, sondern integras copias begehren sollte, so soll er das Jurementum malitiae schwören und dem, welcher die Abschrift macht, Verschwiegenheit anbefehlen, derselbe auch auf Verlangen des edentis dazu bereidigt werden. Ebendas. §. Wann aber u.

S. auch: Rechnungen, publike.

## Urkunden der Gemeinden.

## C. Gemeinde-Urkunden.

## Urphebe.

Die Urphebe soll an der Gerichtsstelle geleistet werden. Landesf. Rescript v. 30. Novbr. 1753 und 5. März 1779.

## Urtheile.

C. Bescheide, Decrete, Urtheile, Abfassung derselben. — Entscheidungsgründe — Referiren und Votiren — Todesurtheile — Untergericht zu Braunschweig, Verfahren bei demselben. Cap. VI. §. 12.

## Ususfructus bonorum maternorum.

## C. Vermögen, mütterliches.

## Bagabunden und liederliches Gesindel.

Die Obrigkeiten sind zu genauer Beobachtung der des Diebesgesindels wegen ausgelassenen höchsten Verordnungen angewiesen, und ist dabei weiter verordnet, daß

1) alle diejenigen reisenden Fremden, welche in den Städten und Flecken nicht in einem privilegierten und mit einem aushängenden Schilde versehenen Gasthose oder Wirthshause, auf den Dörfern aber nicht in dem Krüge oder einem andern dazu privilegierten Hause einkehren, für verdächtig gehalten, und, wenn sie sich nicht sogleich hinlänglich legitimiren können, oder nicht bloß zum Besuche in solchen Häusern sich aufhalten, wider welche selbst kein Verdacht Platz greifen mag, arretirt und inquisitorie wider sie und diejenigen, welche sie herbergiren, verfahren werden soll.

2) Da dergleichen Bagabunden unter dem Vorwande ehrlicher Nahrungsarten, theils als ordentliche Kaufleute mit allerhand Ellen-, sogenannter Galanterie- und kurzer Waare, mit Porcellain, Glas, irdener und steinerner Waare, oder auch Reis, Mehl, Gewürze, Diltäten, Medicamenten, Piqueuren und andern Dingen hausiren gehen, theils als Blechschmiede, Kesselslicker, Scheerenschleifer, Kannengießer, Korbmacher, Bruchschneider, Operateure, Spielleute, Bergknappen und unter andern dergleichen Titeln umher ziehen, die Erfahrung aber gelehrt hat, daß bei dergleichen Leuten sehr oft die Hauptabsicht ist, unter dem Scheine sothaner Handthierungen die bequemsten Mittel und Gelegenheiten zur Ausübung der projectirten Diebstähle auszuersuchen, so sollen die Obrigkeiten auf alle dergleichen Leute insbesondere ihr Augenmerk gerichtet sein lassen, denselben, wenn sie nicht mit speciellen Concessionen von dem Landesfürsten oder fürstl. Cammer versehen sind, außer den Jahrmärkten das Hausiren schlechterdings nicht, den Aufenthalt an einem Orte aber, dafern nicht besonders erhebliche Ursachen vorhanden, die von der Obrigkeit zu ermäßigen, nicht länger als eine Nacht verstaten. Wie denn die Obrigkeiten wegen des Hausirens auf die höchsten Verordnungen vom 14. Mai 1744 und 21. April 1758, \*) wegen der Bagabunden und des verdächtigen Gesindels überhaupt aber auf die höchsten Verordnungen v. 10. August 1744 und 10. Mai 1753 \*\*) hiermit nochmals ernstlich verwiesen sind.

3) Die Pässe und Attestate, welche dergleichen Leute gemeiniglich bei sich führen, sind genau nachzusehen, die Leute, und zwar, wenn mehrere beisammen, jede Person, es seien die Principale oder deren Kinder oder Domestiken, über die darin angeführten Umstände besonders zu vernehmen, auch noch andere zur Erforschung der Wahrheit dienliche Fragen an selbige zu thun, und wenn sich aus diesem Examen ein Widerspruch oder sonst etwas Verdächtiges ergibt, die Leute sogleich zu arretiren, und mit den bei sich

\*) C. die Note unter Hausirhandel.

\*\*) C. Nachtwächter.



führenden Sachen gehörigen Orts verwahrlich abzuliefern, dafern aber alles richtig und übereinstimmend befunden wird, die Pässe zu unterschreiben, welches letztere auf den Dörfern, wo sich kein anderer Gerichts-Unterbdiener befindet, in dem Falle, daß die Pässe wegen der Entfernung des Orts und des kurzen Aufenthalts der Leute nicht an das Amt oder Gericht geliefert werden können, von den Bauernmeistern oder auch Schulmeistern zu bewerkstelligen, jedoch daß und wie solches geschehen, unverzüglich und längstens den folgenden Tag der Obrigkeit zur Nachricht und allenfallsigen weitem Nachfrage zu melden ist, und sollen die Obrigkeiten diesswegen nach jeden Orts Umständen nähere Verfügung machen. \*)

4) Was von obbeschriebenen verdächtigen Leuten, wie auch von Würfelspielern, Riemenstechern, Gauklern, Zigeunern, Deserturen und andern umherziehenden Personen, die sich nicht legitimiren können, daß sie ein dem Publikum nützlich Gewerbe treiben, bei Erhaltung dieses sich in hiesigen Landen antreffen läßt, soll, wenn nichts Criminelles weiter auf selbige gebracht werden kann, mit Nachdruck angehalten werden, binnen einer ihm nebst der Route, die es nehmen soll, vorzuschreibenden Zeit die hiesigen Lande zu räumen.

5) Damit auch solches verdächtige Gesindel nicht von Neuem Eingang in hiesige Lande finden möge, so haben die Obrigkeiten, besonders die an den Gränzen, ein wachsames Auge darauf zu richten, und dergleichen Leute auf den Betretungsfall sogleich nach Befinden der Umstände entweder zu arretiren oder zurück zu weisen. Sollten selbige schon tiefer ins Land gekommen sein, so müssen sie alsofort arretirt werden und bei der in solchem Falle anzustellenden inquisitio specialis ist jedes Mal genau und umständlich danach zu fragen, welche Gränz- und andere Orte sie passirt? an welchem Tage solches jeden Orts geschehen? und wie lange sie sich an jedem Orte aufgehalten haben? Von dem hierüber abgehaltenen Protocolle ist sogleich Abschrift an fürstl. Geh. Kanzlei einzusenden.

6) In gleicher Absicht sollen an den Gränzen, wo nicht bereits Pfähle vorhanden, solche von Neuem errichtet, blecherne Tafeln daran geschlagen und darauf deutlich bemerkt werden, daß den Zigeunern, fremden Bettlern, auch unbegleiteten Paß- und Bettel-Juden bei Leib- und Lebensstrafe der Eintritt in hiesige Lande verboten sei.

7) Uebrigens ist den Obrigkeiten die Beobachtung des höchsten Circular-Rescripts vom 20. Decbr. 1763 \*\*) wegen Anordnung der Nachtwachen hiermit anderweit auf das Ernstlichste eingeschärft. Landesf. Ausschreiben v. 17. Mai 1765. (Br. Anz. v. 1765. Nro. 48.)

S. auch: Bettler — Hausirer — Fremde und Durchreisende — General-Visitationen — Marktschreier u. — Gefangene, Durchführung derselben — Nachjagd auf Diebe, Räuber und sonstiges Gesindel.

cf. Landesf. Rescript v. 9. August 1815. (Bege I. p. 351.) — Verordn. v. 30. Decbr. 1828, die Abwehrung der zweck- und arbeitslos umherschweifenden Handwerksgefallen betr.

### Vasallen und Lehnleute, Sterbefälle derselben.

Alle und jede Senioren oder Aeltesten der Familien und Lehnträger, imgleichen alle bei den Lehen interessirten Agnaten, zuvörderst die Besitzer der Lehn Güter und dazu gehöriger Stücke, sie seien was Standes und Würden sie wollen, sollen mit allem Fleiße dahin sehen, und Sorge tragen, daß sie die Abstammung und Vermehrung ihrer in der Mitbelehnenschaft begriffenen Agnaten, auch die Linien und Eintheilung ihrer Familien zu ihrer Wissenschaft bekommen und den jedesmaligen Geschlechts-Aeltesten von Zeit zu Zeit die Todesfälle derjenigen Vasallen und Lehnleute, welche außer väterlicher Gewalt gewesen, sofort notificirt werden, welche sodann schuldig sein sollen, davon, und zwar von einem jeden solchen Sterbefalle alle Mal innerhalb Jahresfrist, von der Zeit des Absterbens anzurechnen, an die fürstl. Lehn-Cammer Notification zu thun, und zugleich die von dem Verstorbenen hinterlassenen Söhne zu benennen,

\*) S. Pässe.

\*\*) S. Wachen. In dem Ausschreiben ist dies Rescript durch einen Druckfehler v. 20. Novbr. 1763 datirt.

damit solcher Gestalt die Genealogien oder Geschlechts-Register aller und jeder Familien, welche von dem Landesfürsten und dessen Herzogthum Braunschweig Wolfenbüttelschen Theils einige Lehne recognosciren, alle Mal in gutem Stande erhalten werden können, und nicht nöthig sein möge, deshalb öfters auch in andern Landen und weit entlegenen Orten Rundschaften und beglaubte Nachrichten mit vielen Kosten und Zeitverlust einzuholen und darüber langwierige Proceße zu führen, mit dem ausdrücklichen Anhange und der Verwarnung, daß, im Falle der eine oder andere Senior oder Velteste der Familien sich darunter säumig und nachlässig erweisen sollte, derselbe, oder auch befundenen Umständen nach der Possessor der Lehns-güter nicht allein wegen eines jeden Sterbefalles, welcher innerhalb obgesetzter Zeit der fürstl. Lehns-Cammer nicht notificirt wird, derselben nach Proportion der Lehns-Auskünfte mit 1, 2, 3 bis 10 Thlr. Strafe ohne einige Remission verfallen sein, und zu deren Beitreibung aus ihren gereichsten Mitteln und Hebungen zulängliche Anstalt gemacht, sondern auch, wenn dieselbe einer vorsächlichen Berachtung dieser Verordnung überführt werden könnten, mit schärferer Ahndung gegen sie verfahren werden soll. Landesf. Verordn. v. 23. April 1714.

Die unterm 23. April 1714 ergangene fürstliche Verordnung ist nicht nur erneuert, sondern die darin enthaltene Uebertretungsstrafe dahin verändert und näher festgesetzt, daß solche jedes Mal nach dem Verhältnisse der bei einem Lehns-Veränderungsfalle zu entrichtenden Lehnwaare bestimmt, und wenn diese nicht über 5 Thlr. ausmacht, zu einem Thaler, wenn sie aber 5 bis 15 Thlr. beträgt, zu 2 Thlr., und so fort nach solcher bei jeden 10 Thalern der Lehnwaare mit einem Thaler steigenden Proportion bis zu 10 Thalern erkannt und beigetrieben werden soll. Landesf. Verordn. v. 21. Juni 1784. Br. Anz. v. 1784. Nro. 57.)

### Basallen, deren Bevormundung.

Es soll darauf gesehen werden, daß in Ansehung der auswärtigen in hiesigen Landen begüterten Basallen niemals fremde Tutoren oder Curatoren zugelassen werden, es wäre denn, daß von dem magistratu domicilii das reciprocum beobachtet, oder, Falls man dessen nicht versichert, ein Revers darüber ertheilt würde. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 5. Januar 1762. \*)

### Wast- und Losbäcker.

Der Unterschied unter den sogenannten Wast- und Losbäckern ist in hiesigen Landen gänzlich aufgehoben, und wenn der eine oder andere Losbäcker gewillt ist, sich in den hiesigen Landen, insonderheit aber in den Städten Wolfenbüttel und Braunschweig niederzulassen und zu besetzen, so soll demselben solches nicht verwehrt, sondern vielmehr dazu von den Obrigkeiten aller Vorschub geleistet werden. Landesf. Verordn. v. 3. Octbr. 1736.

### Venia aetatis.

Da über die Frage, ob ein Minderjähriger, welcher veniam aetatis impetrirt, über die ihm zu Theil gewordenen obligationes oder nomina absque decreto judiciali zu disponiren, selbige zu lösen und das Geld nach Gefallen zu gebrauchen die Befugniß habe, mithin der Debitor an ihn mit Sicherheit Zahlung leisten könne? unter den doctoribus juris verschiedene Meinungen obwalten, so wird sowohl zum Besten der Minderjährigen als zur Sicherheit ihrer Creditoren verordnet, daß zwar keinem

minori

\*) Das Rescript ist bei Gelegenheit ergangen, daß sich der Graf von Metternich zur Ausübung des ihm wegen der Pfarre zu Wisperode zustehenden juris patronatus der ihm vom Churfürsten zu Köln ertheilten concessionis veniae aetatis hat bedienen wollen. In der Sache selbst ist nachher der gebührende Revers sub dato Bonn den 26. Febr. 1762 beigebracht, bis wohin der Graf zur Ausübung seines Patronatrechts nicht gelassen ist.

minori, der *veniam aetatis* erhalten, in hiesigen Landen gestattet sein soll, über die ihm zu Theil gewordenen *obligationes* oder *nomina absque decreto judiciali* zu disponiren, selbige zu lösen und das Geld nach Gefallen zu gebrauchen, mithin der Debitor seine Gefahr zu stehen hat, wenn er ohne solches Zahlung leistet, dagegen aber auch die Gerichte ernstlich angewiesen werden, wenn bei ihnen um ein solches *decretum judiciale* gebührende Ansuchung geschieht, *cognitionem causae* möglichst zu beschleunigen, und dem Befinden nach entweder das *decretum judiciale* ohne Anstand zu ertheilen, oder den Impetranten mit anderm rechtlichen Bescheide zu versehen. Landesf. Verordn. v. 24. Januar 1771.

Nach der hiesigen Verfassung giebt es zwei Arten der *venia aetatis*, von denen die erste keine andere, als die den gemeinen Rechten nach bekannte ist, die zweite aber, welche durch den Zusatz: *cum facultate libera de rebus suis disponendi* unterschieden wird, ertheilt demjenigen, der sie erhält, alle Rechte der Volljährigen, mithin auch die Befugniß, *absque causae cognitione et decreto de alienando* Grundstücke zu veräußern. \*) Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 8. Juli 1803. \*\*)

### Verachtung des göttlichen Wortes und der Sacramente.

Wenn jemand gefunden würde, der die Lehre des göttlichen Wortes, auch die Hochwürdigen Sacramente muthwillig verachtete, und sich ein Jahr wenigstens ein Mal zum Hochwürdigen Nachtmahl des Herrn nicht fände, oder seinen Kindern den Katechismus und die Gebote nicht lehrte oder lehren ließe, derselbige, es sei Mann, Weib, Knecht oder Magd, soll in zwei Heinrichsstädtische Mark (jede zu zwei römischen Goldgulden gerechnet) verfallen sein. Da auch die Pfarrer, Aemtleute und Obrigkeiten jeden Orts mit solchen gottlosen Leuten durch die Finger sehen und sie ungestraft hinpasseiren lassen würden, so sollen dieselben ernstlicher Poen und höchster Ungnade gewärtig und unterworfen sein. Landesf. Verordn. v. 10. Mai 1585.

Wenn halbscharrige Sünder und Verächter Gottes und seines heiligen Wortes, bei denen alle angewandten Lehren, Ermahnungen, Warnungen und Drohungen gar nicht helfen wollen, vorhanden, so soll von dem *pastor loci* davon an das fürstl. Consistorium umständlich berichtet, die Sache darauf examinirt und dem Befinden nach der *Refractarius* in das Zuchthaus gebracht, und Falls er durch schwere Arbeit und tägliche harte Züchtigung, auch anderweite fleißige Ermahnungen nicht zu gewinnen sein möchte, Zeit Lebens darin verwahrt werden. Erneuerte Kirchen-Ordn. Cap. VII. §. 2.

S. auch: Fluchen und Schwören — Gotteslästerung — Kirchenbuße — Prediger, Aufsicht derselben über den Lebenswandel ihrer Eingepfarrten.

### Veräußerung und Verpfändung.

S. Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter, Veräußerung u. derselben — Erbenzinsgüter — Pertinenzien der Bauergüter — Liegende Gründe — Contracte und Verträge der Bauerleute — Contracte über

\*) In einem Rescripte des herzogl. Staats-Ministerii an herzogl. Kreisgericht Gandersheim vom 12. Mai 1835, die Annahme eines erblichkeithlichen Kleinkothhofes von dem Dienstknecht Sauer zu Langelsheim betreffend, heißt es: Die Volljährigkeits-Erklärung hat die Wirkung, daß der Minderjährige wegen seiner nachmaligen Handlungen wie ein Volljähriger verpflichtet wird. Jedoch ist derselbe seine Immobilien ohne Decret zu veräußern oder zu verpfänden nicht-befugt, bleibt vielmehr in dieser Beziehung, der Volljährigkeits-Erklärung ungeachtet, einem Minderjährigen ganz gleichgestellt.

\*\*) In Rücksicht auf den im Rescripte berührten Fall heißt es ferner: Da inzwischen bewandten Umständen nach die nöthige Untersuchung, ob Supplicantin sich zu dieser allerdings außerordentlichen Begnadigung (der *venia aetatis cum libera*) qualificire, mit mehreren Weiltäufigkeiten verbunden sein wird, als die Untersuchung, ob sie dadurch benachtheiligt werde, wenn das väterliche Haus ohne Subhastation veräußert wird, so ist es für das Kürzeste gehalten, *veniam aetatis simplicem* zu ertheilen.

Immobilien in den Städten — Abfindungen — Auflassung unbeweglicher Güter — Verpfändungen *sub pacto antichretico* — Klostergüter — Kirchengüter — Pupillen-Vermögen, Inventarisirung, Verwaltung und Veräußerung desselben — Subhastation — Braunschw. Anzeigen; Verordn. v. 6. Januar 1761.

### Verbrechen, grobe.

Wenn grobe inquisitionsmäßige Verbrechen begangen sind, oder auch andere außerordentliche, einige Aufmerksamkeit verdienende Vorfälle in Gerichts-Bezirken sich ereignen, so soll davon sofort an den Landesfürsten oder fürstl. Geh. Rathsstube umständliche Anzeige gethan werden. Landesf. Circular-Rescript v. 23. Novbr. 1772. \*)

Vorstehendes Rescript ist unterm 30. Decbr. 1799 und 23. August 1802 mit dem Hinzufügen in Erinnerung gebracht, daß die Berichte dieser Art längstens binnen acht Tagen nach dem Vorgange einzuwenden sind, und die Versäumniß mit 10 Thlr. unerbittlich bestraft werden soll.

cf. Landesf. Rescript v. 5. Juli 1814. (Bege I. p. 159.) — Cammer-Rescr. v. 9. Januar 1829. (Bege I. p. 380.)

### Verbrecher, Auslieferung derselben.

S. Criminalsachen, Convention in Betreff derselben.

### Verbrecher, Transport derselben.

S. Gefangene, Durchführung derselben.

### Verfahren, mündliches.

S. Termine, mündliche.

### Verfahren, schriftliches.

S. Producte, gerichtliche.

### Vergleiche.

S. Güte-Versuch — Handlungen, gerichtliche — Testamente, Ehestiftungen, Vergleiche u.

### Verhaftung.

S. Arretirung.

### Verheirathung.

S. Ehen — Heirathen.

### Verjährung.

S. Leihhaus zu Braunschweig, §. 35. — Brachzehnten — Pertinenzen der Bauergüter — Meierbriefe — Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben; Verordn. v. 8. Juli 1747. §. 9. — Kirchen-Aecker und Häuser, Immunität derselben — Prediger, Berufung und Einführung derselben — Gemeinde-Processe, Verordn. v. 22. Juni 1792. §. 20. — Untergericht zu Braunschweig, welche Sachen dahin gehören. §. 14.

### Verkauf, ob derselbe die Miethe bricht?

S. Grundstücke, ob deren Verkauf die Miethe bricht?

\*) Unter demselben Datum ist ein landesf. Rescript gleichen Inhalts an den Magistrat zu Braunschweig ergangen.

Verlassung.

E. Auflassung unbeweglicher Güter — Contracte über Immobilien in den Städten.

Verlobte.

Keine ehelich Verlobte sollen vor der Hochzeit in einem Hause bei einander wohnen, es wären denn ganz erhebliche und unabwendliche Verhinderungen vorhanden. Fürstl. Consistor. Ausschr. v. 5. Febr. 1733.

Verlobte sollen in einem Hause nicht zusammen wohnen. Landesf. Rescript an fürstl. Consistorium v. 6. März 1751.

cf. Consistor. Rescr. v. 13. Decbr. 1817. (Bege I. p. 192.)

Verlöbniße.

S. Eheverlöbniße.

Verlöbniß=Ordnung.

S. Hochzeiten.

Vermögens=Confiscation.

Eine allgemeine Vermögens=Confiscation findet nicht mehr Statt. Neue Landschafts=Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 207.

Vermögen, mütterliches.

Wenn die Kinder ihre eigene Deconomie anfangen, so wird in der Stadt Braunschweig nichts desto weniger ihrem Vater der ususfructus der mütterlichen Güter lebenslang gelassen. Attestat des Magistrats zu Braunschweig, d. d. den 2. März 1728. \*)

S. Erbfolge der Ehegatten; Verordn. v. 30. Decbr. 1754 und die Note p. 283.

cf. Verordn. v. 6. Mai 1828, die Verwaltungs= und Nutznießungsrechte des Vaters an dem Vermögen seiner Kinder u. betr. \*\*)

S. auch: Erbfolge der Ehegatten — Privilegium dotis in Braunschweig — Hypotheken, stillschweigende und gefezliche — Hypothekarische und chirographarische Gläubiger in Helmstädt.

\*) Das Datum dieses auf Ansuchen der Juristen=Facultät zu Helmstädt ertheilten Attestes giebt Wolterstedt vom 2. Mai 1728 an.

\*\*) Das in dieser Verordn. angezogene landesf. Rescript v. 19. März 1748 ist folgenden Inhalts: Einem Vater soll, alle und jede Capitalien seiner Kinder nach seinem eigenen Gefallen zu lösen und aufzunehmen, so schlechterdings nicht gestattet, noch einem Debitor seiner Kinder, wenn er an den Vater die gelosten Capitalien heimlich bezahlt, so wenig, als einem Käufer, der von demselben etwas kauft, genugsam prospiciert sein, in so fern der Vater das Eigenthum derselben nicht glaubwürdig bescheinigt, oder ein decretum de solvendo an ihn auswirkt, wobei jedoch die Maasse zu halten ist, daß, wenn ein Vater ein Capital nur in der Absicht, um solches in Zeiten von einem unsichern Orte wegzubringen, löset, oder aber derselbe ein ihm von selbst gelostes Capital anzunehmen keinen Umgang nehmen kann, derselbe ein Mehreres nicht, als daß er, wo er solches Capital von Neuem wieder sicher zu belegen gemeint sei, glaubwürdige Anzeige zu thun nöthig habe, darauf ihm das decretum de solvendo nicht leichtlich zu versagen ist; dahingegen aber derselbe, wenn er in der Meinung, das Capital zu erheben und in seinen Nutzen zu verwenden, oder einige ihn drängende Schulden damit abzubezahlen, die Lose thut, sich nicht entziehen mag, solches vorher zu gerichtlicher Untersuchung kommen, und zu dem Ende, damit zuvorberst erörtert werde, ob einer der münd salvo usufructu paterno bestellt werde, geschehen zu lassen, damit solches Gestalt die Landes=Constitution v. 17. Februar 1745 (S. decretum de solvendo) hiermit declarirt ist.

Dieses Rescript ist an die Justiz=Ganzlei mit dem Auftrage ergangen, nach dem Inhalte desselben, wenn sie

## Verordnungen, landesfürstliche.

In solchen Sachen, welche in den landesf. Constitutionen, Ordnungen und Landtags-Abschieden \*) allbereits determinirt sind oder noch künftig der Gestalt determinirt werden möchten, sollen den Parteien dagegen keine unnöthige Disputationen zugegeben, sondern dieselben der Schuldigkeit nach in gebührlige Aufsicht genommen und danach die vorkommenden Quästionen auch ohne Anregen des einen oder andern Theils von Gerichte wegen der Gebühr allenthalben entschieden und erörtert werden, mit dem Anhang, wofern die Advocaten und Procuratoren dem, was obsteht, zuwider handeln werden, daß alsdann der Ungehorsame zum ersten Male in dreißig, zum andern Male in fünfzig Goldgulden Strafe verfallen, zum dritten Male aber seiner Advocatur oder Procuratur entsezt werden soll; worauf der Landfiscäl zu merken und die verwirkte Strafe von den Verbrechern unnachlässig einzufordern und gebührlig zu berechnen befehligt ist. Landesf. Verordn. v. 25. Febr. 1605.

Alle fürstl. Bedienten, vom Höchsten bis zum Niedrigsten, sollen sämmtlich und ein Jeder für sich und an seinem Orte über alle und jede ausgelassenen publicirten Edicte, Constitutionen, Mandate und Ordnungen, wie sie Namen haben, mit gehörigem ernstem Fleiße fest und unverbrüchlich halten, und wohl Acht haben, daß dawider im Geringsten nicht gehandelt, oder da der Eine oder Andere sich dessen freventlich unterstehen würde, alsdann wider denselben mit der auf das begangene Verbrechen verordneten Strafe nach dem deutlichen Inhalt einer jeden Constitution und Ordnung ohne einiges Ansehen und Verschonen der Personen schleunig und ungesäumt verfahren werde. Im unverhofften widrigen Falle, und da hinfür eine Uebertretung wider die landesf. so wohl gemeinten ausgelassenen Constitutionen und Ordnungen vorkommen sollten, will der Gesetzgeber nicht auf die Delinquenten sehen, sondern vornehmlich wider die Gerichtsherren, Beamten, Bürgermeister und Räthe der Städte, auch Verwalter, Voigte und andere, ja sogar auch die geringsten untersten Amts- oder Gerichtsdiener selbst in den Dörfern, (als welche die erste Hand an die Execution der fürstl. Mandate und Ordnungen schlagen müssen, auch ein Jeder an seinem Orte auf die Uebertreter alle Stunde sehen, und ihm also nichts verborgen sein kann) ihrer hierunter erwiesenen Unachtsamkeit, Nachlässigkeit und Versäumniß halber mit ernstlicher und wirklicher Bestrafung unnachlässig verfahren, und das Mißfallen der Gestalt erweisen, daß Andere eine Warnung daran nehmen mögen. Landesf. Verordn. v. 15. April 1656.

Da wider den Inhalt der Landes-Constitutionen und Ordnungen sowohl circa formam processus, als auch in decidendo öfters verfahren, und die Gesetze wegen eines vermeintlichen non usus oder propter contrariam observantiam hintangesezt werden, dennoch aber alle von den vorigen und jetzigen Landesfürsten gemachten Verordnungen, Falls sie nicht von ihnen expreß abgeschafft sind, ohne Ausnahme gelten und beobachtet werden sollen, so werden die Gerichte befehligt, sich in allen und jeden Fällen danach zu achten. Sollte inzwischen in mehrgedachten Gesetzen und Ordnungen etwas zu finden sein, das nach jetzigen Zeiten und Umständen einer Mehrung, Minderung oder Abschaffung bedürfte, so sollen die Gerichte solches an fürstl. Justiz-Canzlei melden, welche sodann entweder, wenn die landesf. Willensmeinung ihr bereits bekannt, dieselben sofort mit Bescheide versehen, oder widrigen Falls bei dem Landesfürsten anfragen und das Weitere instruiren wird. Landesf. Circular-Rescript v. 20. August 1742. \*\*)

solches für nöthig erachte, eine förmliche, zum Druck zu bringende Declaration aufzusetzen und einzuschicken, damit allen übrigen Obrigkeiten bekannt werde, wie sie in solchen Fällen zu verfahren hätten. Die beabsichtigte Declaration ist indeß nicht erfolgt.

\*) In den Eingangsworten dieser Verordnung, welche hauptsächlich Bestimmungen über die Jurisdiction-Concurrenz zwischen der Justiz-Canzlei und dem Hofgerichte enthält, ist besonders des Wolfenbüttelschen und Calenbergischen Landtags-Abschiedes gedacht.

\*\*) Unterm 22. August 1742 ist ein gleichlautendes Rescript an die fürstl. Justiz-Canzlei und an die fürstl. Regierung

1) Gleich nach Erhaltung einer fürstl., oder Namens des Landesfürsten aus der fürstl. Geh. Rathsstube ergangenen Verordnung, Rescripte oder Decrete \*) soll das Präsentatum darauf gesetzt werden. Wenn solche Befehle dem darauf etwa zu erstattenden Berichte nicht wieder beigelegt werden, so ist in dem Berichte dennoch jedes Mal anzuführen, an welchem Tage die Präsentation geschehen. Daneben sollen alle Obrigkeiten, Commissarien und anderen Bedienten ein Buch halten, dessen Blätter gebrochen, und auf der einen Seite vorgedachte Verfügungen, es mögen Landesgesetze, oder andere Anordnungen, Rescripte, oder Decrete sein, nach der Reihe, so wie sie einlangen, mit Bemerkung des Tages, an welchem sie datirt und präsentiert, auch Anführung des kurzen Inhalts eingetragen, auf der nebenstehenden Hälfte des Blatts aber soll verzeichnet werden, was und wann darauf geschehen. Wenn also auch nachher dahin einschlagende Fälle vorkommen, so sind die Pagina des Gerichtsbuchs oder die Acten, wo solche befindlich, kürzlich zu allegiren und nachzutragen. Zu steter Erinnerung des zu Beobachtenden soll vor das Buch ein Exemplar dieses Reglements, oder dessen Abschrift geheftet werden. Bei Collegien und Gerichten sollen diese Bücher beständig und so oft es nöthig in neuen voluminibus fortgeführt, nach Absterben eines Bedienten aber sollen sie, so bald dessen Erbschaft angetreten oder entsiegelt, an die fürstl. Geh. Rathsstube eingeschickt werden.

2) Landesgesetze und öffentliche Verordnungen sollen alsofort, und wenigstens in den ersten vier Tagen nach Empfang derselben publicirt, und soll jedes Mal, wie solches geschehen, binnen 14 Tagen berichtet werden. Da öfters besondere Umstände dieses oder jenes Orts es wo nicht gar schädlich und unmöglich, dennoch sehr schwer machen, daß die in den Verordnungen enthaltene allgemeine Regel daselbst applicirt und bewerkstelligt werden könne, so sollen in solchen Fällen die Obrigkeiten zwar das Gesetz publiciren, zugleich aber auch auf Pflicht, Eid und Gewissen binnen 4 Wochen a dato der Präsentation solche Schwierigkeiten und Hindernisse nebst den ihrem Ermessen nach besten Hülfsmitteln melden. Sollte auch eine Obrigkeit Vorschläge zu thun wissen, wie zu dem in der Verordnung bestimmten Endzweck leichter und vollkommener zu gelangen, so hat solche es anzuzeigen, und einer gnädigen Aufnahme ihrer Vorstellung sich zu versichern.

3) In den Berichten soll gleich oben, oder zur linken Seite zwischen der Titulatur und dem Anfange des Berichts die Materie angeführt werden, von welcher der Bericht handelt. \*\*) Wenn etwas von Amts wegen oder nach den ergangenen Verordnungen umsonst und ohne die sonst gebührenden Sporteln auszurichten ist, so soll in dem nächsten Berichte jeder Zeit mit ausgedrückt werden, daß es gratis geschehen. Wo aber Gerichts- oder Commissions-Gebühren Statt finden, ist deren Designation den Berichten jedes Mal beizufügen.

4) Wenn jemand eine Commission oder einen Befehl auszurichten durch hinlängliche Ursache behindert wird, so soll solches in den nächsten vier Tagen nach der Präsentation angezeigt werden.

5) Sind dergleichen Hindernisse nicht vorhanden, und der Befehl betrifft die Erstattung eines Berichts, so soll damit nicht über 14 Tage zurückgeblieben werden, es wäre denn, daß eine vorgängige weitläufige Untersuchung nöthig, auf welchen Fall vier Wochen, mehr Zeit aber nicht, als nach befundenen wichtigen und zureichenden Ursachen, gestattet werden sollen.

---

zu Blankenburg mit dem Zufage ergangen, daß auf die genaueste Befolgung dieser Vorschrift gesehen und gegen die, welche derselben entgegen handelten, der Fiscal excitirt werden solle.

\*) Durch das landesf. Rescript v. 10. Juni 1773 wurde bestimmt, daß zur Sicherstellung der Justiz-Beamten, wenn etwa die Pacht-Beamten die Rescripte und Decrete längere Zeit liegen ließen, als es sein sollte, im Falle dann die daraus entstehende Verantwortung dem Justitiar ohne sein Verschulden leicht mit zur Last gelegt werden könnte, die an die fürstl. Beamten gehenden Befehle, in sofern solche nicht den Pacht-Beamten allein betrafen, an beide Beamte künftig namentlich gerichtet werden sollten.

\*\*) S. auch: Suppliken und dabei zu erstattende Berichte; Verordn. v. 23. April 1770. §. 2.

6) Wenn Supplicanten die extrahirten Befehle der Obrigkeit präsentiren, so ist solchen in *continenti* der Tag zu bestimmen, an welchem die Sache vorgenommen, oder der Bericht eingeschickt werden soll, und ist jedes Mal in der einzuschickenden Relation mit zu berichten, wie solches geschehen.

7) Bei Commissionen soll ohne hinlängliche und in dem Berichte zu justificirende Ursachen kein schriftliches Verfahren gestattet, vielmehr das An- und Vorbringen der Interessenten aus dem Munde in die Feder genommen, ihnen von Commissionen wegen die Beschaffenheit der Sache möglichst deutlich gemacht und deren Auseinandersetzung und Endschaft möglichst befördert werden.

8) Die anzusetzenden Termine sollen, Falls nicht besondere in der Relation zu justificirende Umstände ein Anderes erfordern, von 14 Tagen zu 14 Tagen gehen und die Citationen jeder Zeit *sub praejudicio* erlassen werden.

9) Würde jemand behindert, dem nächstvorstehenden oder andern obigen Punkten nachzukommen, so soll er in den Acten, oder wenn keine Acten vorhanden, in der Relation die *impedimenta* umständlich und zu höchster Ermäßigung deren Gültigkeit oder Ungrundes anführen.

10) Jede Contravention dieses Reglements soll mit einer Geldbuße für die Braunschweigischen Armen-Anstalten belegt und solche ungesäumt beigetrieben werden, wobei jedoch diejenigen, welche sie trifft, gegen ihre Nachgesetzten, Falls solche an der Versäumniß Schuld, ihren prompten Regreß behalten, gleich wie auch solcher den Subalternen gegen ihre Vorgesetzten offen bleibt und in beiden Fällen auf geschehene Anzeige schleunige rechtliche Verfügung erfolgen soll. Falls wider Verhoffen einige Bedienten zu der hierin vorgeschriebenen Aufmerksamkeit und Fertigkeit durch die den Umständen nach zu bestimmenden Correctionen sich nicht bewegen lassen sollten, so soll gegen selbige nach der Strenge, und befindenden Umständen nach mit Entsetzung von ihrem Dienste verfahren werden. Landesf. Reglement v. 14. Januar 1749. \*) (Br. Anz. v. 1749. Nro. 36.)

S. auch: Justiz — Bescheide, Decrete, Urtheile, Abfassung derselben — Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude; Refcr. v. 5. Novbr. 1765.

cf. Verordn. v. 5. Januar 1814, die Anlegung einer Verordnungs-Sammlung betr. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 38. — Neue Landschafts-Ordnung v. 12. Decbr. 1832. §§. 8. 12. 98 sqq.

### Verordnungen, landesfürstliche, Publication derselben.

Alle zum Druck gebrachten landesf. Constitutionen und Verordnungen sollen, so bald sie einkommen, an gewöhnlichen Orten angeschlagen, und den nächsten Sonntag darauf soll die von der Obrigkeit des Orts dem Prediger einzusendende kurze Anzeige von der Kanzel abgelesen, auch, daß die Verordnung angeschlagen worden, verkündigt werden, damit ein Jeder, worüber eine Verordnung publicirt worden, wissen, dieselbe an dem Orte des öffentlichen Anschlages lesen, und keiner sich fernerhin mit der Unwissenheit entschuldigen möge. Landesf. Verordn. v. 20. März 1749. \*\*)

Die in dem Reglement v. 14. Januar 1749. Art. 2. \*\*\*) befohlene unaufhältliche Publication soll nur auf besondere Orte im Lande, wo eine Ausnahme von der allgemeinen Verordnung Statt finden könnte, gehen, nicht aber in Ansehung solcher Verordnungen, welche in großen Landesdistricten durchgehends keine Application finden, Statt finden, sondern selbige sollen nicht eher publicirt werden, als wenn solches auf

\*) Das Reglement ist den Beamten durch den Umlauf der fürstl. Cammer v. 28. März 1749 bekannt gemacht.

\*\*) Bei dem ersten Abdrucke dieser Verordnung hatte sich ein Druckfehler, der leicht zu einem Mißverständnisse hätte Veranlassung geben können, eingeschlichen, weshalb die Verordnung umgedruckt und erst mittelst Circular-Rescripte v. 7. Juni 1749 publicirt wurde.

\*\*\*) S. Verordnungen, landesfürstliche.



die deshalb zu thuenbe Anfrage höchsten Orts specialiter verordnet worden ist. Landesf. Rescr. an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 11. Decbr. 1766.

cf. Verordn. v. 5. Januar 1814, die Anlegung einer Verordnungs-Sammlung betr. — Verordn. v. 24. Febr. 1814, den Geschäftskreis der Oberhauptleute betr., §. 2. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 38.

### Verpfändung.

S. die weitem Nachweisungen unter: Veräußerung und Verpfändung.

### Verpfändung sub pacto antichretico.

Auf den Bericht des Gerichts Bevern wegen der daselbst pfandweise und antichretice versetzten, auch veräußerten Grundstücke \*) wird verfügt, daß, soviel diejenigen Wiesen, Aecker, Gärten und andere Grundstücke betrifft, welche entweder ohne gerichtliche Confirmation versetzt sind, oder deren Pfandverschreibungen binnen den ersten 3 bis 4 Jahren nicht zu Ende gehen, dieselben den Eigenthümern, zu deren Höfen sie gehören, sogleich zurückgegeben und von den creditoribus pignoratitiis nicht weiter inne behalten oder benutzt werden sollen. Damit aber diese wieder zu dem darauf geliehenen Gelde kommen mögen, so sollen den Debitoren leidliche Termine zur Zahlung gesetzt und dieselben zwischen der Erndte und Weihnachten jedes Mal ex officio beigetrieben werden. Diejenigen Pfandverschreibungen, welche nebst der gerichtlichen Confirmation binnen 3 oder 4 Jahren zu Ende gehen, mögen bis dahin zwar verbleiben, es soll aber dahin gesehen werden, daß dieselben binnen solcher Zeit unfehlbar frei gemacht und die Debitoren sub specie antichreseos nicht unbilliger Weise mitgenommen werden. Künftighin sollen dergleichen Pfandverschreibungen durchaus nicht weiter gestattet, am Wenigsten aber gerichtlich bestätigt werden. Landesf. Rescript an das Gericht Bevern v. 2. Septbr. 1744. \*\*)

Es ist eine bekannte Sache, welche die Erfahrung allzuviel bekräftigt, daß viele Unterthanen auf dem platten Lande, nachdem sie eine Zeit lang eine unordentliche Haushaltung und schlechte Wirthschaft geführt, und dasjenige, was sie hier und da ausborgen können, verzehrt haben, wenn sie weiter keinen Rath zu schaffen wissen, endlich die Verpfändung ihrer Aecker und Wiesen zur Hand nehmen und dadurch ihr und der Ihrigen gänzliches Verderben desto zuverlässiger bauen, wenn solche Verpfändungen cum pacto antichretico geschehen, als wodurch den Eigenthümern und Schuldnern das ihnen noch übrig gebliebene einzige Mittel, für sich und die Ihrigen den nothdürftigen Unterhalt zu erwerben, auf einmal aus den Händen gerissen wird. Der Landesf. findet daher um des damit verknüpften großen Mißbrauchs willen für nöthig, die Verpfändungen der Ländereien durch nachstehende Verordnung also einzuschränken, daß dadurch die Freiheit, über das Seinige zu disponiren, zwar nicht aufgehoben, zugleich aber der unnöthige Gebrauch derselben abgestellt und den Absichten derjenigen Creditoren, die ihrer Schuldner Güter durch unrechtmäßigen Wucher an sich zu bringen suchen, möglichstmaßen vorgebeugt werden möge.

Es wird hierbei zum Voraus gesetzt, daß des Landesf. Absicht dermalen nicht sowohl auf die Veräußerung der nach den Amts-Erbregistern zu gewisser Unterthanen Höfe beschriebenen Länderei, noch auch überhaupt auf Lehn-, Erbenzins- und Meierländerei gerichtet sei, als worüber viele landesf. Constitutionen, wodurch die

\*) Dieser Bericht war in Gemäßheit des landesf. Rescripts v. 23. März 1744 erfolgt, wodurch die Ämter und Gerichte aufgefordert wurden, darüber zu berichten: 1) was für Grundstücke in jedem Dorfe pfandweise und antichretice, 2) seit welcher Zeit, 3) wie hoch, 4) ob mit oder ohne obrigkeitliche Confirmation, und 5) auf welche Conditionen versetzt wären, so wie auch 6) ob die versetzten Stücke nach den Erbregistern zu den Höfen gehörten oder nicht.

\*\*) Ein gleiches landesf. Rescript ist am 26. Febr. 1746 an das Amt Pichtenberg ergangen.

Alienation, Versezung und Verschwerung bei Verlust der Güter, des darauf hergegebenen Geldes und noch dazu bei Strafe verboten worden, vorhanden sind, bei deren Inhalt es durchgängig gelassen wird, sondern es hat diese Verfügung dormalen nur mit den unbedachtsamen Verpfändungen eigenthümlicher, zu gewissen Pfahlstellen nicht gehöriger, noch mit der Qualität eines Lehn-, Erbenzins- oder Meierguts afficirter Erbländereien zu thun, ratione derer hierdurch verordnet wird, daß 1) der Eingeseffene in den Landstädten die vorhabenden Verpfändungen seiner nach der Lage und den Gränzen wohl zu beschreibenden Ländereien und das etwa intendirte *pactum antichreticum* dem Magistrate, worunter das Land belegen, bei Vermeidung der Nullität, vorgängig anzeigen und 2) bei der Obrigkeit um den Consens dazu sich melden soll. 3) Wenn dieses nicht geschieht, so soll nicht nur vorgebactermaßen der Contract an sich ungültig und nichtig sein, sondern es sollen auch beide Theile, sowohl der Gläubiger als Schuldner, ein Procent des geliehenen Geldes zur Strafe erlegen. 4) Wenn die Anmeldung solcher Gestalt geschehen, so soll die Obrigkeit sofort gründlich, jedoch gratis untersuchen, ob die Länderei dem Besitzer ganz eigenthümlich zugehöre, oder sonst mit der Qualität eines Lehn-, Erbenzins- oder Meierguts behaftet sei, und die in den Landes-Constitutionen zur Veräußerung der Lehn-, Erbenzins- und Meiergüter erfordernten *requisita* vorhanden seien, sonst aber den gebetenen Consensschein nicht ertheilen; 5) hingegen, da die Länderei mit angezogenen Qualitäten nicht behaftet, und der Eigenthümer, daß er sich der Verpfändung nicht ohne Noth bediene, nachgewiesen hat, den Consens ohne Aufschub gratis zu ertheilen schuldig sein. 6) Die Untersuchung soll gleich den ersten Gerichtstag nach geschehener Anzeige und Requisition des Consenses, dafern nicht Abwesenheit und Krankheit behindert, angestellt, und wo möglich noch an selbigem Tage, oder wenigstens den allernächstfolgenden Tag absolvirt werden. 7) Wenn eine Verpfändung *cum pacto antichretico* intendirt wird, so soll die Obrigkeit, unter welcher die Länderei belegen, zugleich derselben jährlichen Ertrag *citatis partibus*, jedoch ohne Entgelt zur Untersuchung ziehen, solchen auf ein gewisses Quantum feststellen und nach geendigtem Contracte eine Berechnung der eingehobenen Nutzungen und landüblichen Zinsen zulegen lassen, zu welchem Ende 8) beide Theile, und insonderheit der *creditor antichreticus*, bei Schließung des Contract-Scheins bei Strafe eines halben Procents des geliehenen Geldes angewiesen werden sollen, binnen vier Wochen von dem Tage, da der Contract zu Ende geht, die Berechnung der landüblichen Zinsen und des bestimmten jährlichen Ertrages der Länderei dem Gerichte zu summarischer Untersuchung und nach Befinden gerichtlicher Bestätigung zu übergeben. 9) Wie also die Pfand-Contracte hiernach fürs Zukünftige einzurichten sind, also sollen die jetzt vorhandenen dem Gerichte ebenfalls binnen 6 Monaten a die *publicationis* bekannt gemacht und soll dabei alles, was vorstehendermaßen geordnet worden, beobachtet werden. Dieses Rescript soll durch öffentlichen Anschlag publicirt werden. Landesf. Rescript v. 1. März 1745 an das Amt Seesen, die Magistrate in Helmstädt und Seesen. \*)

Bei vorgewiesener Untersuchung der Erbenzins-Sachen ist mißfälligst vernommen, daß viele Einwohner theils gerichtliche, theils außergerichtliche Schulden auf ihren Höfen, ja wohl gar Grundstücke verpfändet und ihren Gläubigern zur Nutzung eingethan haben, welches nicht allein den Debitoren zum offenbaren Nachtheile und zu ihrem Ruin gereicht, sondern auch die Pertinenzstücke ihrer Höfe in der Folge und durch Länge der Zeit unsicher macht. Wie nun dergleichen Unordnungen nicht länger nachgesehen werden können, so sind, wenn die Unterthanen sich künftig genöthigt sehen, Gelder anzuleihen, denselben ohne Vorbewußt der fürstl. Kloster-Rathsstube und ohne von dem Kloster dazu erhaltenen Consens keine gerichtliche Verschreibungen oder gar Verpfändungen zu ertheilen und es ist auf die Unterthanen genau zu vigiliren, daß sie keine Grundstücke eigenmächtig und für sich verpfänden oder gar veräußern, auch zum

Ueber-

\*) Wahrscheinlich ist das Rescript auch noch an andere Aemter oder Gerichte ergangen; Wolterstedt führt dasselbe in seinem Repertorium nicht auf.

Ueberflusse denselben bekannt zu machen, daß alle solcher Gestalt von ihnen ohne Vorwissen des Klosters und der Gerichte vorgenommene Verpfändungen und Veräußerungen, wenn sie kund werden, künftig für null und nichtig gehalten werden sollen. Rescript der fürstl. Kloster-Rathskube v. 29. Decbr. 1769. cf. Ablösungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §§. 9 und 129.

### Verschleppen der von den Armen-Anstalten den Armen anvertrauten Sachen.

S. Armen-Anstalten zu Braunschweig, die von denselben den Armen anvertrauten Sachen.

### Verschollene.

Die von den Conerdingischen Vormündern wegen des Erbtheils des abwesenden Conerding bestellte Caution soll, da dieser bereits über 50 Jahre abwesend, und sich in dieser Zeit nicht gemeldet, auch nach dem Extracte des Kirchenbuchs, wenn er noch lebt, bereits im 72. Jahre sein muß, aufgehoben werden. Landesf. Rescript v. 27. Febr. 1759 an den Magistrat in Braunschweig.

cf. Verordn. v. 3. Februar 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 51. — Desgl. v. 1. Octbr. 1817, die Anstellung des Desertions-Processus wider die aus den letzten Kriegen nicht zurückgekehrten Militair-Personen betr. — Verordn. v. 5. Januar 1824, die Todeserklärung der aus den letzten Feldzügen nicht zurückgekehrten Militair-Personen betr. — Landesf. Rescript v. 5. April 1830. (Bege II. p. 174.)

### Verschwender.

S. Vormünder, wem solche zu bestellen sind — Leihhaus zu Braunschweig, §. 33.

### Versicherung gegen Feuergefähr.

Durch das Gesetz v. 24. Juli 1837, die Landes-Brandversicherungs-Anstalt betr., sind die ältern, diesen Gegenstand betreffenden Verordnungen und Verfügungen \*) aufgehoben.

S. auch: Gesetz v. 15. Mai 1835, die Versicherungen bei auswärtigen Brandversicherungs-Gesellschaften betr., insofern sich dasselbe auf die Versicherungen der Mobilien bezieht.

### Versiegelung bei Sterbefällen der Geistlichen.

Dem Superintendenten der Inspection, worin ein Prediger stirbt, soll von dem Sterbefalle durch den Opfermann des Orts, oder in Abwesenheit desselben durch den Altaristen, welcher mit einem kurzen offenen Briefe oder Zettel ungesäumt einen Boten abzufertigen hat, schleunige Nachricht gegeben werden. Der Superintendent aber begiebt sich, um die Versiegelung zu verrichten, sofort dahin, und die Kirche übernimmt sowohl das Boten- als das Fuhrlohn auf ihre Kosten.

Ist etwa die Superintendentur vacant, so wird solche Nachricht dem pastori seniori ertheilt und hat dieser die Versiegelung zu verrichten.

Wohnt aber der Superintendent oder pastor senior mehr als 2 Meilen von dem Orte des verstorbenen Predigers entfernt, so wird der Bote zu solchem Ende an den zunächst wohnenden Prediger geschickt, welcher nach verrichteter Versiegelung die Schlüssel mit Bericht an den Superintendenten einzuschicken hat.

\*) Im Jahre 1753 wurde die Errichtung einer Landes-Brandversicherungs-Gesellschaft durch die Landschaft vom Landesfürsten genehmigt und deshalb die Verordnung v. 18. Juli 1753 (Br. Anz. v. 1753. Nro. 67.) erlassen, welche bis in die neueste Zeit der diesen Gegenstand betreffenden Gesetzgebung zum Grunde gelegen hat, obwohl sie vielfach modificirt, declarirt und näher bestimmt ist. Außer dem, daß die Besitzer der Bauerhöfe gezwungen waren, ihre Gebäude in dieser Gesellschaft zu versichern, bestand kein Zwang zum Beitritte, wie es denn auch den übrigen Landes-Einwohnern unverwehrt war, einer ausländischen Asscuranz beizutreten.

Ist hingegen der Superintendent, an den der Bote geschickt ist, krank, so fertigt derselbe ihn sofort weiter an den nächstwohnenden Prediger ab, um seine Stelle zu vertreten, gleichwie auch selbiger, wenn er, oder der pastor senior tempore vacantiae, verreiset und eine Nacht ausbleibt, bei dem Opfermanne seines Orts alle Mal die Anstalt zurückzulassen hat, daß er den mit einem Briefe abgefertigten Boten sofort an den nächstwohnenden Prediger in der Rückkehr verweise und unter dem Zettel, warum dieses geschehen, mit anzeige.

Stirbt selbst ein Superintendent, so wird die Versiegelung von dem pastore seniore oder resp. dem nächstwohnenden Prediger verrichtet und der Schlüssel an den General-Superintendenten geschickt.

Stirbt auch der General-Superintendent, so liegt es dem nächstwohnenden Superintendenten ob, die Versiegelung zu verrichten und den Schlüssel an fürstl. Consistorium zu senden. Hinterläßt nun ein Prediger, Superintendent oder General-Superintendent eine Wittwe mit oder ohne Kinder, so wird nur die Registratur versiegelt und darauf zu weiterer Verfügung Bericht an fürstl. Consistorium erstattet. So aber selbiger unverheirathet verstirbt, oder minorenn Kinder ohne eine Wittwe hinterläßt, so ist der ganze Nachlaß zu versiegeln und davon gleichmäßig zu berichten, und geschieht alsdann die Versiegelung auf Kosten der Erben. Ausschreiben des fürstl. Consistorii zu Wolfenbüttel v. 22. März 1766.

Der letzte passus, wonach der Superintendent den ganzen Nachlaß versiegeln soll, wenn der defunctus unverheirathet u. verstirbt, ist aufgehoben und dafür verordnet worden, daß dem Special-Superintendenten zwar nach wie vor auch in diesem Falle die Versiegelung der Pfarr-Registratur verbleiben, die gerichtliche Handlung der Obsequation des Nachlasses aber in Zukunft privative den weltlichen Kirchen-Visitatoren zukommen und resp. aufgetragen sein soll, gestalt denn selbige vi commissionis perpetuae hierdurch autorisirt werden, sothane Versiegelung des Nachlasses von Gerichts wegen zu verfügen, und, wie solches geschehen, mit Einsendung der dabei abgehaltenen Protocolle zu berichten. Uebrigens soll es bei dem Ausschreiben v. 22. März 1766 sein unverändertes Bewenden behalten. Circular-Ausschreiben des fürstl. Consistorii v. 20. August 1796.

Bei Versiegelungen des Nachlasses eines Consistorial-Raths soll der Consistorial-Secretair gegenwärtig sein. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 8. August 1799.

Dem Magistrate zu Schöningen ist vi commissionis die Versiegelung der dortigen Primariats-Pfarr- und General-Inspections-Registratur beim Absterben des General-Superintendenten beigelegt worden. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Schöningen v. 9. Febr. 1800.

cf. Rescript fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 15. Octbr. 1816. (Bege II. p. 193.)

### Vertheidigung.

G. Defension der Soldaten in peinlichen Sachen.

### Verträge.

G. Contracte.

### Verunglückte, Rettung derselben.

G. Rettung Verunglückter.

### Vervorthailung im Handel und Wandel.

Wenn jemand über Vervorthailung im Handel agendo oder excipiendo sich beschwert, wohin auch die Betrügereien bei Verfetzung der Pfänder, unmäßiger Bucher und Pfennigzinsen gehören, so soll solches künftighin, jedoch in folgender Weise vor das Polizei-Amt in Wolfenbüttel gehören. Wenn es

agendo geschieht und schlechtweg über Betrug und Berwundung geklagt wird, so gehört solches schlechtweg vor das Polizei-Amt. Damit aber zankfüchtige Leute nicht boshafter Weise excipiendo sich diese Disposition zu Nutzen machen und die eingeführten Sachen von der Obrigkeit ablenken, so ist a) bei Wechseln gar nicht darauf zu reflectiren, da solche Exception als altioris indaginis ad separatam gehört, die Acten sind aber nach geendigter Wechsel-Klage dem Polizei-Amt zu zuschicken, damit dieses auf Anrufen der Parteien, oder allenfalls ex officio sein Amt gebrauche. b) Bei schriftlichen Contracten erkennt die Obrigkeit auch über die Berwundung, so weit sie auf das Endurtheil einen Einfluß hat, und schickt hernach die Acten dem Polizei-Amt zu, um befindenden Umständen nach sein Amt zu gebrauchen. c) Wenn nichts Schriftliches aufgerichtet ist, so gehören die Klagen, wenn über ein recens negotium, das noch nicht 14 Tage alt ist, Streit entsteht, vor das Polizei-Amt, wenn der Beklagte ein Bürger ist, sonst aber ad forum ordinarium, woselbst es wegen der Berwundung eben so gehalten wird, und die Protocolle eingeschickt werden sollen. d) Dieses muß auch in denjenigen Fällen geschehen, in welchen der Contract um einer mäßigen Ueberwundung willen nicht aufgehoben wird, sondern an sich selbst bei Kräften bleibt, indem das Polizei-Amt nicht sowohl auf die Päsion, als nebst derselben insonderheit auf die Uebertretung der Gesetze, und im Handel und Wandel zu beobachtende Redlichkeit zu sehen hat, mithin den betrüglischen Contrahenten coerciren mag. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenb. v. 7. Januar 1749.

cf. Landschafts-Ordnung v. 12. Octbr. 1832. §. 194.

S. auch: Betrug im Handel und Wandel.

### Berwundungen.

Wenn ein Chirurgus einen gefährlich Verwundeten in die Kur nimmt, so soll er sofort nach dem ersten Verbande, auch wohl nach Wichtigkeit der Sache und Person alsobald es seiner rechtmäßigen Obrigkeit anzeigen, damit selbige sich des Thäters versichern und ihres Amtes wahrnehmen könne. Medicinal-Ordnung v. 21. Febr. 1721. Cap. V. §. 3.

Auf die Vorstellung, daß leicht bei unglücklichen Verwundungen und dergleichen Zufällen auf dem platten Lande die Beschädigten darunter leiden oder gar verwahrlost werden könnten, wenn nicht durch eine Verordnung festgesetzt werde, wie sich bei solchen Vorfällen die Obrigkeiten, Landphysici und insonderheit die auf dem platten Lande befindlichen Wundärzte zu betragen hätten, so wird verordnet, daß es, so viel die obrigkeitliche Untersuchung des Vorfalles betrifft, bei den vorhandenen Verordnungen sein Bewenden behalten soll, daß aber in Betracht des dem Beschädigten zu leistenden medicinischen und chirurgischen Beistandes künftig bei allen dergleichen unglücklichen Zufällen der Chirurgus alle Mal, wenn er den ersten Verband verrichtet, dem Landphysicus davon sofort durch einen expressen Boten Bericht erstatten soll, welchen dieser ungesäumt mit den erforderlichen Vorschriften an den Chirurgus zurück, auch, Falls er es nöthig findet, einige Medicamente mitsenden, auch inzwischen die Anzeige des Chirurgen sogleich brevi manu, und ohne sich mit einem beizufügenden Schreiben aufzuhalten, der Obrigkeit zusenden soll, damit diese, was ihres Amtes ist, gleich besorgen könne. Wenn der Wundarzt seiner übrigen Verrichtungen halber oder wegen des Zustandes des Patienten abkommen kann, und über eine, höchstens anderthalb Stunden von dem Landphysicus nicht entfernt ist, so soll derselbe sich gleich auf den Weg machen und den Bericht in Person abstaten, damit der Landphysicus sich besser aus der mündlichen Relation informieren und den Chirurgus desto genauer und zuverlässiger instruiren und anweisen könne. Hiernächst soll der Landphysicus sich in möglichster Eile selbst zu dem Patienten begeben, dessen Zustand gehörig untersuchen, und den Chirurgus weiter instruiren, auch nach seiner Zurückkunft der Obrigkeit sein visum reperitum einsenden, nicht weniger seinen Pflichten nach ermäßigen, ob er öfter zu dem Patienten reisen müsse, welches derselbe nöthigen Falls nicht zu unterlassen hat. Die hierdurch verursachten Unkosten

soll jeden Orts Obrigkeit dem Landphysicus ohne Anstand bezahlen und solche gehörigen Orts wieder beitreiben, oder, wenn dieses der Armuth oder anderer Umstände halber nicht möglich sein sollte, von Amts oder Gerichts wegen übertragen. Landesf. Verordn. v. 21. April 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 56.)

Da in der Verordnung v. 21. April 1764 bereits festgesetzt worden, daß nicht nur die Physici und Wundärzte sich der Kur der auf dem platten Lande vorkommenden Verwundungen und dergleichen Zufälle auf das Schleunigste und Wirksamste annehmen, sondern daß auch jeden Orts Obrigkeit die dadurch verursachten Kurkosten ohne Anstand bezahlen und solche gehörigen Orts wieder beitreiben, oder, wenn dieses der Armuth und anderer Umstände halber nicht möglich, von Amts oder Gerichts wegen übertragen sollen, jedoch verschiedene Landphysici, Wundärzte und Apotheker nach dergleichen Vorfällen die Bezahlung der Kurkosten und verbrauchten Arzneien dennoch zeither nicht haben erhalten können und zu befürchten ist, daß die schwer Verwundeten auf dem platten Lande deshalb versäumt und dadurch die Absicht jener Verordnung vereitelt werden möge, so wird dieselbe hiermit nochmals in Erinnerung gebracht, und es sollen die Obrigkeiten derselben auf das Genaueste nachleben. Landesf. Verordn. v. 4. Decbr. 1783. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 1.)

Wenn Kosten für Kuren der Verwundeten auf dem Lande Armuths und anderer Umstände halber nicht beigetrieben, auch aus den Armen-, Gemeinde- oder andern Fonds nicht bestritten werden können, so will der Landesfürst solche sodann nach vorher höchsten Orts geschehener Anzeige und hinlänglicher Prüfung, wie auch Bescheinigung derselben im Fürstenthume Blankenburg extraordinarie verwilligen. Landesf. Rescript an fürstl. Regierung zu Blankenburg v. 26. Januar 1784.

Die Verordn. v. 21. April 1764, wonach die Verwundungen und Beschädigungen, zu deren Hülfe die Landchirurgen gesucht werden, sofort dem Landphysicus angezeigt und zur Kenntniß der Obrigkeit gebracht werden sollen, ist nochmals in Erinnerung gebracht und sind die Landchirurgen besonders aufgefordert, wenn irgend jemand sich zur Heilung einer Schußwunde ihnen anvertraut, davon fordersamst Anzeige zu machen, wie denn die Verschweigung hierunter ihnen sonst zur schweren Verantwortung gereichen würde. Bekanntm. des fürstl. Ministerii v. 21. Juni 1806. (Br. Anz. v. 1806. Nro. 50.)

S. auch: Physici — Kranke, arme.

### Verzinnung der Küchen-Geschirre.

1) Zur Verzinnung der Küchen-Geschirre soll bloß und allein reines englisches Blockzinn gebraucht, und nicht das Mindeste von Blei dem Verzinnungs-Loth beigemischt, auch zur Befestigung des Zinns ganz und gar kein Harz oder einiges Fett, sondern Salmiak angewendet, und den alten kupfernen, messingenen oder eisernen Gefäßen bei dem Verzinnen niemals eine größere Hitze, als bei dem Gebrauche des Salmiaks erforderlich, gegeben werden.

2) Die Kupferschmiede und andere Professionisten, welche mit Verzinnen umgehen, sollen, wenn ihnen schon verzinnt gewesene Geschirre, um solche neu zu verzinnen, gebracht werden, die alte Verzinnung zuvor rein abnehmen, auch kein Stück verzinnnte Arbeit aus den Händen geben, an welchem die Verzinnung nicht durchgehends gut haftet und vollkommen glänzend erscheint.

3) Diejenigen Kupferschmiede und andere Professionisten, welche das Verzinnen mit bloßem reinen Zinn noch nicht verstehen, sollen solches zuvörderst lernen, wozu, wenn sie sich darum melden, ihnen das Polizei-Departement tüchtige Leute anweisen wird. Ehe sie solches gelernt, sollen sie weder ihre zum Verkaufe verfertigten Küchen-Gefäße verzinnen, noch andere zum Verzinnen annehmen.

4) Die Obrigkeiten der Orte, wo Kupferschmiede, oder andere mit dem Verzinnen der Küchen-Geschirre sich abgebende Professionisten sich aufhalten, (also auch, wenn sich neue besetzen) sollen selbige vor-

fordern und vernehmen, ob und wie sie eine dauerhafte tüchtige Verzinnung mit bloßem reinen Zinn und Salmiak zu leisten sich getrauen, davon in Gegenwart einer obrigkeitlichen Person Proben machen lassen, und solche an die fürstl. Geh. Rathsstube mit Bericht einsenden.

5) Welcher Kupferschmidt oder andere Professionist sich ferner der Verzinnungs-Art mit einigem Blei-Zusatz bedienen wird, gegen denselben soll inquisitorie verfahren werden. Die Obrigkeiten sollen deswegen von Zeit zu Zeit unvermuthet in den Werkstätten visitiren und mit den verzinnnten Gefäßen die in der Beilage Nro. I beschriebene Probe anstellen lassen, auch, was sich dabei ergeben, jedes Mal ungesäumt berichten, die Gefäße, bei deren Verzinnung sich ein Blei-Zusatz zeigt, wegnehmen, und bis zu weiterer höchsten Verordnung in gerichtliche Verwahrung liefern lassen.

6) Ob die Verzinnung mit bloßem reinen Zinn tüchtig und solcher Gestalt bewerkstelligt sei, daß die Verzinnung nicht nur fest auf dem Kupfer haftet, sondern auch, daß die ganze Fläche und deren aller kleinste Theile, so nicht mit bloßen Augen wahrgenommen werden können, völlig bedeckt worden, solches läßt sich durch die in der Beilage II. bezeugte Probe ausfindig machen. Denjenigen, welche solches noch nicht gehörig verstehen, oder mit Willen schlechte Arbeit machen, soll das Verzinnen überhaupt verboten, und niemand schuldig sein, für dergleichen untaugliche Arbeit etwas zu bezahlen, vielmehr sollen dergleichen Arbeiter für Pfuscher erklärt, und noch überdas nach Befinden der Umstände in namhafte Strafe genommen werden.

7) Die Gewohnheit der Kupferschmiede, daß sie die alten kupfernen Gefäße ausglühen, und darauf glühend ins Wasser werfen, welche Verrichtung sie abplätzen nennen, soll, weil hierdurch die Gefäße verderben und abgängig werden, gänzlich abgeschafft sein. Und damit um so leichter zu erkennen stehe, ob das Gefäß durchglüht sei, oder nicht, so soll die auswendige Seite nicht gereinigt, sondern die Gefäße, welche den Verzinnern auswendig mit Ruß überzogen geliefert worden, von denselben in eben dem Zustande wiederum zurückgeliefert werden.

8) Wie ein Jeder durch die in den Beilagen bemerkten Kennzeichen in den Stand gesetzt wird, selbst zu erfahren, ob sein Küchen-Geschirr auf eine tüchtige und unschädliche, oder auf eine untaugliche und der Gesundheit gefährliche Weise verzinnt worden, mithin die Unterthanen sich künftig des Gebrauchs der anders als mit purem reinen englischen Blockzinn ohne Zusatz verzinnnten Küchen-Geschirre gänzlich zu enthalten von selbst bedacht sein werden, also sollen die Obrigkeiten, so bald dieservwegen eine Anzeige geschieht, alsobald ex officio gründliche Untersuchung anstellen, und davon höchsten Orts mit Einsendung der Protocolle schleunig berichten.

9) Da übrigens nöthig gefunden worden, mit Einführung dieser Verzinnungs-Art zugleich eine der Sachen Beschaffenheit und der Billigkeit gemäße Taxe, als bisher üblich gewesen, entwerfen zu lassen, solches auch in der Beilage sub Nro. III. \*) geschehen ist, so soll solcher künftig lediglich nachgegangen werden, und die Gewohnheit, nach Pfund-Zahl, oder nach der Hand die Taxe zu setzen, bei den darin bemeldeten Gefäßen gänzlich abgeschafft, die Verzinner auch nicht befugt sein, wenn ihnen einzelne Stücke gebracht werden, solche wegzuweifen, oder mehr, als die Taxe erlaubt, dafür zu fordern, und soll demjenigen, der hierwider handelt, das Verzinnungs-Geschäft gar nicht weiter gestattet, sondern solche Arbeit sofort gänzlich gelegt werden. Ueber alles dieses soll bei Vermeidung höchster Ungnade auf das Strengste gehalten werden. Landesf. Verordn. v. 9. Juni 1766. (Br. Anz. v. 1766. Nro. 60.)

\*) Diese dritte Beilage enthält die Taxe, was für die Verzinnung genommen werden soll, in einer Tabelle. Der Preis für ein Gefäß von anderthalb Quart ist auf 3 Mgr. festgesetzt, und so steigt er nach der Größe des zu verzinnenden Gefäßes, jedoch nicht so, daß der Preis eines Quarts so vielmal vervielfältigt wird, als das Gefäß Quarte hält, sondern nach einem billigen Verhältnisse der Größe der Flächen, die verzinnt werden sollen. So kostet z. B. die Verzinnung eines Gefäßes von 6 Quart 5 Mgr. 4 Pf.

## Beilage Nro. I.

Kennzeichen der schädlichen und untauglichen Verzinnung mit einem Bleizusatz.

1) Der Glanz fällt in das Matte.

2) Die Farbe in das Bläuliche.

3) Wenn man eine gewisse Portion z. E. ein Quartier guten Weinessigs und eine gleiche Menge Wassers in ein solches verzinntes Gefäß schüttet und durch Flammenfeuer zum Sieden bringt, so verändert sich der Geruch des Gemisches alsobald, und wird demjenigen ähnlich, welcher gewöhnlich entsteht, wenn man reines Blei durch siedenden Essig auflösen will.

4) Nachdem ermeldetes Sieden eine sehr kurze Zeit gedauert und man etwas Kochsalz hinzusetzt, wird das flüssige Gemisch trübe, wenn die Verzinnung Blei enthält, und damit bewiesen, daß schon wirklich einige Auflösung des Bleies vorgegangen sei.

## Beilage Nro. II.

Kennzeichen einer tüchtigen Verzinnung mit bloßem reinen Zinn.

1) Der Glanz ist lebhaft, und

2) von einer dem feinen Silber beinahe ähnlichen Weiße.

3) Wenn man die auf voriger Beilage sub Nro. 3 vorgeschriebene Probe anstellt, und, nachdem der Essig und das Wasser eine Weile gekocht, einen befeilten Nagel hinein hält, und darauf

a) die Farbe des Eisens unverändert bleibt,

b) der Geschmack nichts Kupferhaftes verräth und,

c) wenn das flüssige Gemisch wieder aus dem Gefäße gegossen worden, die Verzinnung weder von ihrem Glanze noch von ihrer Farbe etwas verloren hat.

4) Wenn die Verzinnung durch keine äußere Gewalt, z. E. durch Abkraken mit einem Messer von dem Kupfer abgesondert werden kann, sondern selbige mit dem Kupfer der Gestalt zusammenhängt, als ob es nur ein Stück und einerlei Metall wäre.

## Victualien = Handel.

Mit dem mehr zum bloßen Wohlgeschmacke, als zum unentbehrlichen Bedürfnisse gehörigen Waaren, insonderheit mit Wein, Kaffee, Thee und Zucker, ist den Victualien-Händlern auf dem platten Lande bei Verlust ihrer Concessionen aller Handel schlechterdings untersagt. In Dörfern, durch welche eine Poststraße geht, oder wo eine Poststation ist, soll zwar den Wirthen, welche dazu privilegiert sind, erlaubt sein, für die Passagiere einen Vorrath von Wein, Kaffee, Thee und Zucker in Bereitschaft zu haben und denselben das Verlangte zu reichen, es soll aber davon bei 20 Thlr. Strafe in jedem Contraventions-Falle, welche halb dem Denuncianten zuzubilligen, und halb der Obrigkeit anheim fällt, weder an die zur Dorfgemeinde gehörigen Einwohner, noch an andere Landleute, es seien einheimische oder auswärtige, das Mindeste verabsolgt werden. Die Wirthe sollen zu dem Ende ein ordentliches Tagebuch halten, worin sowohl der jedes Mal von Neuem angeschaffte Vorrath zu verzeichnen, als auch, an welchen Tagen und wie viel consumirt worden, zu bemerken ist. Die Obrigkeiten aber sollen sothanes Tagebuch von Zeit zu Zeit nachsehen und dem Befinden nach nähere Untersuchung anstellen. Keinem Bauersmann ist erlaubt, sich Vorräthe von Wein, Kaffee und Zucker zur eigenen Consumption, oder um andern ihres Gleichen das Verlangte abgeben zu können, anzuschaffen. Alle Vorräthe dieser Art sollen sofort confiscirt und die Contravenienten noch überdas mit einer dem Werthe der Waaren gleichen Geldbuße belegt werden. Die Obrigkeiten sollen dem gemeinen Manne auf dem Lande auch in Absicht auf alle sonstigen Gelegenheiten, die durch keine Geseze zu verhindern stehen, das Unheil, welches er sich durch dergleichen Aufwand über kurz oder lang unfehlbar zuziehen muß, vorstellen, und bei allen Gelegenheiten einschär-



fen, auf dessen Verhalten fleißig Acht geben lassen, und insbesondere bei vorkommenden Remissions- und andern Gnaden-Gesuchen in den des Falls zu erstattenden Berichten die wahre Beschaffenheit ausdrücklich mit bemerkl. machen. Landesfürstl. Verordnung v. 13. Februar 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 25.)

cf. Rescript des Landes-Steuer-Collegii v. 14. August 1831. (Bege III. p. 359.)

S. auch: Hofenhandel — Handel auf dem Lande.

### Victualien-Handel in Braunschweig.

Da mit landesf. Genehmigung dem über die Gebühr ausgedehnten Detail-Handel der großen Victualien-Amtsgenossen mittelst des sowohl dem großen als kleinen Victualien-Amte \*) bereits unterm 19. Januar 1781 zu ihrer Nachachtung communicirten Reglements dahin Gränzen gesetzt worden, daß sie, die großen Victualien-Amtsgenossen, 1) die Schollen nur schnurweise, nämlich zu 120 Stücken, und nicht darunter, 2) den Klippfisch wenigstens nur  $\frac{1}{4}$  centnerweise, 3) den Embder-Käse wenigstens  $\frac{1}{2}$  centnerweise, 4) das Rüß- und Baumöl nicht unter 100 Pfund, 5) die irrländische und holsteinische Butter unausgestochen in den Gefäßen, worin sie anhergekommen, nämlich in  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$  und  $\frac{1}{8}$  Tonnen, die darüber haltenden großen Tonnen holsteinischer Butter aber auch zur Hälfte durchgeschnitten, 6) die neuen Häringe nur binnen den ersten drei Wochen nach ihrer Ankunft auch in  $\frac{1}{8}$  und  $\frac{1}{16}$  Tonnen, nachher aber, da selbige schon häufiger bei den Hofen oder kleinen Victualien-Amtsgenossen zu haben, nicht unter einer ganzen Tonne, worin selbige anhergebracht worden, verkaufen sollen; diesem aber, wie die nachdem zur gerichtlichen Untersuchung und Bestrafung gekommenen verschiedenen Fälle ergeben haben, von dem Einen und Andern derselben bisher zuwider gehandelt worden, so ist auf Ansuchen der kleinen Victualien-Amtsgenossen sothanes Reglement hierdurch nicht nur erneuert, sondern auch zugleich öffentlich verordnet, daß derjenige Grossirer, der dem gedachten Reglement fernerhin zuwider leben wird, in eine nachdrückliche Strafe genommen, und solche sofort executive von ihm beigetrieben werden soll. Avertiff. des fürstl. Polizei-Dep. zu Braunschw. v. 8. Juni 1782, und 3. August 1784. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 46, und v. 1784 Nro. 61.)

cf. Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837. §. 37.

### Victualien-Handel in den Messen.

S. Messen, Gros- und Detail-Handel 2c. in denselben.

### Vieh, Auf- und Vorkauf desselben.

Die gegen das Auf- und Vorkaufen des Viehes ergangenen ältern Verbote \*\*) sind antiquirt; cf. Gesetz v. 15. Octbr. 1832 über die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer, insbesondere §. 6.

### Vieh, Auf- und Zurücktreiben desselben zu Braunschweig.

Das Schlagen und Jagen des Kuh- und Rind-Viehes, wenn solches durch die Hirten nach der Weide hin- und von da zurückgetrieben wird, so wie alles Schreien und Lärmen der Kinder auf den Straßen, \*\*\*) ist bei nachdrücklicher Strafe ernstlich verboten, und den Eltern solcher wilden und umher-

\*) cf. Gesetz v. 11. Mai 1835 wegen Abänderung des §. 14 der Verordnung v. 29. Octbr. 1821, die modificirte Gewerbe- und Gilde-Ordnung betr.

\*\*) Die bekanntesten sind in den landesf. Verordnungen v. 29. April 1640 und 13. Juni 1643 enthalten, welche den Auf- und Vorkauf des Viehes, insbesondere der Schafe und Hammel, wodurch das Vieh mit der Wolle weggeführt und die Landschaft an dem Schaffschafe verkürzt werde, streng untersagten.

\*\*\*) S. Unfug und Auflauf auf den Straßen in Braunschweig.

laufenden Kinder anbefohlen, selbige davon abzuhalten, widrigen Falls solche sonst aufgehoben, an die Behörde abgeliefert und gehörig bestraft werden sollen. Uvertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 8. Juli 1786. (Br. Anz. v. 1786. Nro. 55.)

### Bieh, krepirtes.

Das gestorbene Bieh soll zeitig in der Haut ausgeschleppt, auch nicht kurz vor oder nahe bei den Dörfern abgeworfen, sondern dessen Abführung dem Abdecker jedes Orts alsbald zu wissen gethan und durch denselben an einen abgelegenen gemeinen Ort unverzüglich gebracht werden, bei Strafe von 3 Fl. Ugem. Landes-Ordn. Art. 94.

Die Hirten sollen, wenn sie todttes Bieh im Holze finden, solches den Förstern anzeigen, damit es beigecharrt werden könne. Landesf. Rescript v. 2. August 1745.

Das todtte Bieh soll nicht unverscharrt liegen bleiben. Die Schind-Anger sollen auch nicht nahe an den Städten und Dörfern, oder an den Heerstraßen und Gärten, sondern an entlegenen Aborten sein, wofür die Obrigkeiten sorgen müssen. Auf diesen abgelegenen Plätzen sollen von den Gemeinden nach dem Verhältnisse der Anzahl ihres Viehstammes zwei, drei und mehrere große 6 Fuß tiefe Gruben, worin von dem Abdecker das Aas geworfen und gehörig mit Erde bedeckt werden soll, in Vorrath gemacht, und jeder Zeit, sobald eine Grube zugescharrt ist, eine andere gegraben werden. Die faumseligen, dieses unterlassenden Gemeinden sollen in 3 Thlr. Strafe verfallen sein. Das Bieh, so durch den Abdecker getödtet werden muß, soll nicht mehr nach dem Orte, wo der Nachrichten wohnt, sondern nach dem Schind-Anger desjenigen Orts, wo der Eigenthümer dieses Viehes wohnt, gebracht, und daselbst von dem Abdecker, der sich zu dem Ende daselbst auf Erfordern einzustellen hat, getödtet und sofort beigecharrt werden. Die unterwegs krepirenden Pferde, oder anderes Zug-Bieh, sollen von dem Abdecker auf den zunächst belegenen Schind-Anger gebracht und verscharrt werden. Der Eigenthümer des unterwegs gestorbenen Zug-Viehes soll bei Vermeidung nachdrücklicher Strafe dem Bauermeister des nächsten Dorfs sofort Anzeige thun, und das Abdeckerlohn, auch andere Kosten, welche jedoch von der Obrigkeit des Orts auf das Billigste zu setzen, bei demselben niederlegen, und dieser darauf sogleich dem Abdecker Nachricht geben. Der Fuhrmann oder Eigenthümer des krepirten Viehes, welcher sich ohne diese zu thuernde Anzeige heimlich davon macht, soll zwar, wenn er ausgeforscht werden kann, und sich wieder in den hiesigen Landen betreten läßt, sofort arretirt und zu doppelter Bezahlung der Kosten angehalten, auch ohnehin noch nachdrücklich bestraft, inzwischen aber von den Bauermeistern des Orts, auf dessen Feldmark das krepirte Bieh liegen geblieben, sobald solches ihnen kund geworden, ungesäumt davon durch einen Reihboten dem zunächst wohnenden Nachrichten zur Wegbringung und Weischarung Nachricht gegeben werden. Landesf. Verordn. v. 5. Juli 1770. (Br. Anz. v. 1770. Nro. 65.)

Die durch die Verordn. v. 27. Novbr. 1775 renovirte Verordn. v. 1. Decbr. 1745, \*) nach welcher verordnet worden, daß während der der Seuche halber noch vorwaltenden Gefahr kein verrecktes Horn-Bieh weiter aufgehauen, sondern wenn es an einer innerlichen Krankheit und nicht durch äußerlichen Zufall oder Schaden krepirt, unabgedeckt und unaufgehauen, so wie es gefallen, sofort eingescharrt werden solle, ist dahin restringirt und declarirt, daß, wenn an einem Orte, woselbst so wenig, als in dessen nächster Nachbarschaft, eine Viehkrankheit vorhanden, ein Stück Hornvieh fällt, solches in Weisheit der Obrigkeit, mit Buziehung werkverständiger Leute, an einem Aborte geöffnet, und, wenn sich sodann findet, daß dasselbe

\*) Diese, zur Zeit eines Viehsterbens ergangene Verordnung beabsichtigte zu verhüten, daß die Nachrichten das Aufhauen des krepirten Viehes nicht willkürlich und ohne Zuthun der Obrigkeit vornehmen sollten.

dasselbe nicht an der bekannten Seuche, sondern an einer andern Krankheit oder durch Zufall verstorben, auch abgeledert und darauf verscharrt, bei sich äußernden Merkmalen der Biehseuche aber unabgeledert verordnungsmäßig tief beigescharrt werden soll, um dadurch wo möglich zu verhüten, daß die Seuche sich weiter verbreite; wie es denn auf gleiche Weise auch noch gehalten werden soll, wenn die Seuche zwei oder drei Höfe ergreift. Wofern aber wider Verhoffen das Uebel weiter geht und sich auf mehre Höfe ausbreitet, so soll die Ablederung, jedoch unter den im §. 22 der Verordnung v. 28. Novbr. 1754, die gegen die Biehseuche vorzulehrenden Anstalten betreffend, vorgeschriebenen, mit der größten Sorgfalt zu beobachtenden Präcautionen auch sodann gestattet sein. Landesf. Verordnung v. 25. Februar 1782. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 27.)

Damit die Haut nicht beschädigt und andere unangenehme Folgen verhütet werden, soll das Bieh nicht bloß auf der Erde aus dem Dorfe hinaus nach dem zum Abdecken bestimmten Plage geschleppt werden, sondern das Ausschleppen mittelst eines Schleif-Schlittens geschehen. Landesf. Ausschr. v. 21. Octbr. 1782.

Die landesf. Verordn. v. 27. Novbr. 1775, welche befiehlt, daß, wenn ein Stück Hornvieh an einer innerlichen Krankheit und nicht durch äußerlichen Schaden krepirt, solches der Obrigkeit sofort, ehe es weggeschleppt, gemeldet werden solle, ist den Bieh haltenden Einwohnern zur genauen Befolgung in Erinnerung gebracht durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 14. Januar 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 7.)

S. auch: Nachrichten.

cf. Bekanntm. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 26. Juli 1815. (Br. Anz. v. 1815. Nro. 58.) — Desgl. des Stadt-Magistrats daselbst v. 9. Juli 1830 und 19. Febr. 1833. (Br. Anz. v. 1830. Nro. 55 und v. 1833. Nro. 48.)

## Bieh, todtess, und verdorbenes Fischwerk

soll nicht in die Ockerkanäle geworfen werden; s. Ockerkanäle und Gräben in Braunschweig. §§. 7 und 8.

## Bieh, toll gewordenes.

Alles sowohl durch toller Hunde Biß, als sonst toll gewordene Bieh soll, sobald als sich die Tollheit bei selbigem äußert, ohne Anstand getödtet und eingegraben, und zwar wenn es Hornvieh ist, oder Hunde sind, unabgedeckt verscharrt werden. Diejenigen, so dawider handeln, sollen mit nachdrücklicher und dem Befinden nach Leibes-Strafe angesehen werden, auch den Schaden, so durch ihr toll gewordenes und nicht gleich aus dem Wege geräumtes Bieh, oder durch dessen Abdeckung etwa verursacht worden, zu erstatten gehalten sein, und wenn sie nicht so viel im Vermögen haben, mit desto schwererer Strafe belegt werden. Landesf. Verordn. v. 29. Decbr. 1745. (Br. Anz. v. 1746. Nro. 14.)

S. auch: Hunde.

## Bieh-Contribution.

S. Contribution vom Biehe.

## Bieh-Füttern auf den Straßen.

S. Füttern des Biehes auf den Straßen in Braunschweig.

## Biehhüten.

Die Schäfer sollen sich des Hüterns auf den Wiesen in zugeschlagenen Zeiten enthalten und bi Zu-

schläge keinesweges aufreißen, oder ernstler Bestrafung gewärtig sein. Wolfenbüttelscher Landtags-Abschied v. 27. Januar 1619. Art. 28.

Wer muthwilliger Weise in zugezäunten Wiesen, gemeinen Aengern, Gärten oder in und vor dem Getraide hütet, es sei bei Tage oder bei Nacht, soll 6 Fl. Strafe geben; hätte es aber der Knecht ohne Vorberuht seines Herrn gethan, so soll es der Herr ihm am Lohne abzurechnen Fug und Macht haben. \*) Auch so jemand, durch welchen der Schaden vollbracht, ein Pfand zu reichen sich verweigern und mit Worten oder in der That widersetzen würde, so soll derselbe in doppelte Strafe verfallen sein. \*\*) Da es aber bei Tage unversehens geschehen und nur ein Anlauf ist, so soll er in einen halben Fl. Strafe erkannt werden. Darum ein Jeder sein Vieh nicht hirtelos umherlaufen, sondern es mit vor den gemeinen Hirten treiben lassen soll. Wird es aber außerhalb dessen, wenn es Schaden thut, betreten, so sollen zum ersten Male von jedem Stücke 5 Mgr. und zum zweiten Male 10 Mgr. Strafe erlegt werden, zum dritten Male aber das Vieh der Obrigkeit zur Strafe gar anheim und verfallen sein. Wenn aber die Hirten ihr eigenes Vieh von der Heerde ab in die Wiesen, in das Korn oder die Gärten laufen lassen, so sollen sie vier Mal so viel Strafe als Andere geben. Es soll aber auch ein Jeder seine Gärten, Wiesen und Aecker, absonderlich an den Heerstraßen und Wegen, mit Ricken, Hecken oder Zäunen verwahren, und zu solchem und dergleichen Anläufen selbst keinen Anlaß geben, oder, da er dessen überwiesen wird, den Schaden selber tragen. Allgem. Land. Ordn. Art. 67.

Welcher Schäfer, Kuh-, Kälber- oder Schweine-Hirt, er sei Meister oder Knecht, das anvertraute Vieh auf untüchtige Derter und Weide treiben, oder dasselbe in Flachstrotten oder andern schädlichen Wäldern laufen lassen oder sonst versäumen wird, der soll nebst Erstattung des Schadens mit ernstler willkührlicher Strafe angesehen werden. Ebendas. Art. 86.

S. auch: Stoppel, Behütung derselben — Schweine und Gänse — Futterkräuter, Anbau derselben — Wiesen-Hegen — Schäfereien — Holzverwüstung — Koppel-Weiden — Pferde-Hüten.

### Viehhüten in den Forsten, Feldern und Wiesen des Weser-Districts.

Demnach der Landesfürst durch die den 12. März 1765 ergangene Forst-Resolution, die Weser-Forsten betreffend, zu erkennen gegeben, daß und welcher Gestalt die bisher in dem dasigen Districte vorgefallenen häufigen Excesse und Unordnungen mit dem schädlichen Viehhüten in den Forsten und Feldern abgeschafft werden sollen, so ist den sämtlichen fürstl. Aemtern ermeldeten Districts die deshalb an die Oberforst-Bedienten ergangene höchste Verordnung hierbei per extractum in den Anlagen communicirt, wovon jeden Orts, sowohl zu der Registratur, als für jegliche Gemeinde ein Exemplar zu nehmen, die lehterwähnten Exemplare unter die Gemeinden zu vertheilen, und dabei insonderheit den Bauermeistern anzudeuten verordnet ist, über deren Vorschrift aufs Genaueste zu halten, und darunter mit niemandem durch die Finger zu sehen, sondern alle vorkommenden Contraventionen verordnetermaßen ungesäumt zu melden. Damit aber die hierunter gehegte heilsame Absicht desto vollkommener erreicht, und den Hude- und Weide-Interessenten sowohl alle gegründeten Beschwerden über die Peengung der Hude und Weide in den Forsten durch Anlegung der Gehege, oder über den sonstigen Mangel hinlänglicher Weide-Reviere, als auch alle andere Gelegenheit zur Einwendung gegen die Befolgung dieser Veranstellung gänzlich benommen werde, so ist den Oberforst-Bedienten aufgetragen, vor der Introdurirung dieser Verordnung mit den fürstl. Aemtern und Obrigkeiten zu überlegen, ob eine jede Gemeinde zu ihren Viehheerden mit proportionirten und hinreichenden Weide-Reviere, sowohl in als außer den Forsten, worin solche damit berechtigt, versehen, und wie in dem

\*) S. Hirten.

\*\*) S. Pfändung.

Gegenfälle darunter die Anstalt am besten, und in Absicht der Forstweiden dahin mit zu machen siehe, daß den berechtigten Hude-Interessenten gewisse dazu am convenabelsten belegene Forstreviere auf beständig zur Hude und Weide eingegeben, solche niemals in Hege genommen, sondern das Holz darauf bloß durch Anpflanzung fortgebaut, dahingegen aber die übrigen Derter ganz und gar nicht weiter mit dem Viehe behütet, sondern solche bloß zum Holzanbau zu gebrauchen, und also beständig im Zuschlag zu behalten. Es sind demnach sämtliche Ober- und Beamte zu dieser Angelegenheit sofort das Nöthige mit äußerster Attention zu präpariren, den Oberforst-Bedienten darunter die erforderlichen Nachrichten und Vorschläge dem Endzwecke gemäß pflichtmäßig an die Hand zu geben, und mit denselben darunter die nöthige Einrichtung, sobald als nur möglich, in den Gang zu bringen sich bestermassen angelegen sein zu lassen befehligt; in Absicht derjenigen Gemeinden hingegen, die mit hinreichender Hude und Weide versehen, ist verordnet, die in dem Anschlusse enthaltene Ordnung sofort einzuführen, und ihnen eine proportionirte Frist zur Annehmung der Gemeindegirten, und gänzlichen Abstellung des schädlichen Einzeln-Hütens an den Wegen und hirtlosen Pferdeweidens in den Forsten vorzuschreiben, nach deren Ablauf hingegen ein Jeder mit Nachdruck zu seiner Obliegenheit angehalten werden soll. Fürstl. Cammer Umlauf v. 29. April 1767.

Extract aus den landesf. Forst-Resolutionen, d. d. Braunschweig den 12. März 1765.

§. 2.

Nachdem angezeigt worden, was Gestalt das unverantwortliche und schädliche Hüten des Viehes in den Forsten und der dadurch verursachte Schaden, aller dagegen gemachten Verordnungen ungeachtet, bislang noch nicht abgestellt werden können, sondern Zeit her noch immer mehr Ueberhand genommen, die Hauptursache der dadurch entstehenden Excesse aber dem unterthänigsten Berichte nach vornemlich in der Unordnung beruht, die bei den dasigen Unterthanen überhaupt wegen Haltung der Hirten und Treibung des Viehes darin eingerissen ist, daß a) das Horn- oder andere Vieh aus einem Dorfe nicht sämtlich vor die Hirten, und von diesen in einer Heerde unter Eins an die gehörigen Hude- und Weideörter gebracht wird, sondern die mehrsten Unterthanen etwa b) ihr Vieh nach Gutdünken durch Kinder an den Wegen hüten lassen, diese aber entweder von dem Viehe sich entfernen, oder auf selbiges nicht die gehörige Achtung geben, auch zum Theil dessen nicht mächtig sind, sondern solches in Feldern und Holzungen laufen lassen, und dadurch zu dem täglichen vielen Schaden und zu Hudewrogen Anlaß geben, c) die Pferde aber in die zur Hude und Weide offenen Holzungen durch gar keine Hirten hüten und warten lassen, sondern solche des Abends nach der Arbeit los in die Forsten bringen, und darin frei und ohne Aufsicht herum gehen und weiden, und also denselben dadurch die Freiheit lassen, die jungen Hege und Plantagen, worin selbige alle Mal bessere Fütterung, als in den offenen Forsten finden, zu verderben, so erfordert die unumgängliche Nothwendigkeit, diesem Unfuge durch eine genaue und rigoureuse Verordnung abzuheffen, und folglich über deren Befolgung aufs Genaueste zu halten. Wie nun dieses auf keine bessere Art ins Werk gerichtet werden kann, als daß 1) eine jede Gemeinde zu jeglicher Art Vieh einen besondern Hirten halte, und von und vor selbigen solches in einer Heerde an die ihnen dazu angewiesenen Hude- und Weideplätze, es sei auf Aengern oder in Holzungen, treiben und weiden lasse, 2) niemandem ferner dessen Alleinige Hütung auf einige Weise verstattet, sondern solches vermittelst einer namhaften und nachdrücklichen Strafe gänzlich verboten werde, 3) daß insbesondere zur Hütung der Pferde in den Gehölzen von den mit der Hude darin berechtigten Interessenten ein Pferdehirt bestellt, und von diesem darauf genaue Achtung gegeben werde, daß solche die jungen und zugeschlagenen Derter, Plantagen und sonst verbotenen Reviere nicht berühren, so wird fürstl. Cammer dieserhalb, und daß solche nützliche Einrichtung dem nöthigen Endzwecke gemäß ins Werk gerichtet werde, an die sämtlichen Ober- und Beamten, auch sonstigen Obrigkeiten des Weser-Districts das Nöthige verordnen; die Oberforst-Bedienten aber haben darüber

und wie die Sache am convenabelsten in Absicht der Forsten zu fassen, und wie die Strafen darauf zu determiniren, allerforderksamst in Ueberlegung zu nehmen, und darüber auch, wie sodann dasjenige, was wegen des verbotenen Hütens in den Forsten in der Verordnung v. 3. Juni 1750 \*) bereits umständlich mit verordnet ist, zur Wirklichkeit gebracht werden könne, ihr Gutachten sobald als möglich einzusenden, damit dadurch dem vorangeführten Unwesen vermittelt einer anderweiten gedruckten Verordnung in Zeiten abgeholfen werden könne.

1) Eine jede Gemeinde im Weser-Districte soll zu jeglicher Art Vieh einen besondern Hirten halten, und von und vor selbigen solches in einer Heerde an gar keine andere, als die ihnen dazu angewiesenen Hude- und Weideplätze, es sei auf Aengern, oder in Holzungen u., treiben und weiden lassen,

2) niemandem aber ferner die alleinige Hütung des Viehes, außer auf den im Folgenden erwähnten Hudekämpfen, und mit Beobachtung der dabei verordneten Bedingungen, auf einige Weise verstattet, sondern für jedes ohne Hirten in der Weide, an erlaubten oder verbotenen Orten, im Felde, in Wiesen oder Gehölzen angetroffene Stück Vieh ohne Unterschied 10 Mgr. Strafe ohne einige Nachsicht und Erlassung bezahlt werden.

3) Insbesondere sind zur Hütung der Pferde in den Gehölzen von den mit der Hude darin berechtigten Interessenten Pferdehirten zu bestellen, und ist von diesen darauf die gebührende Achtung zu geben, daß solche die jungen und zugeschlagenen Orter, Plantagen und sonst verbotenen Reviere nicht berühren.

4) Wie nun, wenn nach vorstehender Anordnung das auf die Gemeinde-Weide sowohl im Walde, als auf Aengern und Feldern kommende Vieh sämmtlich mit Hirten versehen worden, der von selbigem sodann entstehende Schaden lediglich der Nachlässigkeit und Unachtsamkeit der Hirten beizumessen ist, und folglich auch die Strafe dafür auf selbige zwar allein fallen muß, dergleichen Leute aber gemeinlich Armut wegen keine Geldstrafe erlegen, zu Arbeits- und Leibesstrafen aber von den Heerden und der Wartung des Viehes die wenigste Zeit entbehrt werden können, so soll es, damit die darunter gehegte nützliche Absicht dadurch nicht vereitelt werde, bei der Vorschrift der Verordnung v. 3. Juni 1750 nochmals sein festes Verbleiben haben, und darüber ohne alle Ausnahme auf das Genaueste gehalten werden, daß die Beamten, Gemeinden oder andere Eigenthümer der Vieh-Heerden, so dergleichen fahrlässige Hirten angenommen, für selbige die Strafe ohne einige Entschuldigung und Nachsicht erlegen müssen, und können dieselben gegen solche Hirten ihren Regreß entweder durch Zurückbehaltung des Hirtenlohns, oder auf andere convenable Art nehmen, worunter den Gemeinden von den Aemtern und Obrigkeiten alle erforderliche prompte Assistentz ohne einige Weitläufigkeit geleistet werden soll.

5) Denjenigen Unterthanen, so Hudekämpfe besitzen, soll noch fürerst der Gebrauch zur Vieh-Weide, jedoch unter folgenden ausdrücklichen Bedingungen, verstattet bleiben, daß sie nämlich a) solche mit einer dergleichen festen Befriedigung und Einfassung beständig versehen, daß das Vieh auf keine Weise durch solche brechen und in die Felder oder Forsten kommen könne, und b) die Hin- und Hertreibung des Viehes durch tüchtige und dem Viehe gewachsene Leute verrichten, und von diesen darauf die genaueste Achtung geben lassen, daß dabei durch selbiges so wenig im Anlauf, als sonst einiger Schaden geschehe, gestalten denn die dawider vorkommenden Contraventionen alle Mal für jedes Stück Vieh mit 20 Mgr. an dem Eigenthümer des Viehes und Kampes bestraft werden sollen. Dabei müssen c) dergleichen Kämpfe von den Eigenthümern völlig von allem Buschwerke, auch allen Maulwurfsbausen gesäubert, und beständig rein

\*) Diese Verordnung, welche zugleich die Holzdieberei in den Forsten des Weser-Districts betrifft, ist weniger umfassend, als die obige und beschränkt sich auf die Bestimmungen, daß der Eigenthümer des Viehes für den Hirten halten, daß die Gemeinde, aus welcher der Schaden geschehen, den Thäter ausmitteln und anzeigen, oder den Schaden ersetzen und außerdem die Strafe entrichten, und wie hoch sich die auf das verbotene Hüten gesetzte Strafe belaufen sollte.

gehalten, auch muß sowohl dadurch als sonst auf alle Weise der Anwachs der Gräferei darauf zu befördern gesucht werden.

6) Ferner sollen alle vorkommenden Contraventionen und Brogen in Hude- und Weide-Sachen nicht mehr wie bisher auf den jährlichen Vor- und Landgerichten untersucht und bestraft, sondern alle Monate, wie die Forst-Brogen, in continenti gemeldet, darauf von den Beamten und insonderheit von den Justitiarien vor dem 15. des folgenden Monats untersucht, und die verordnete Strafe dictirt, auch, wenn diese Broge nicht über 2 Thaler beträgt, sofort und längstens gegen den Untersuchungstag des folgenden Monats ohne alle Nachsicht und Annehmung einiger Entschuldigung bei Vermeidung nachdrücklicher Ahndung beigetrieben, in den Broge-Registern aber besonders mit aufgeführt, und bei Abhaltung der Landgerichte von dem Commissario genau untersucht und nachgefragt werden, ob und welcher Gestalt solche auf 2 Thaler sich belaufende Brogen eingetrieben worden. Die über 2 Thaler für jegliche Contravention betragenden Strafen hingegen werden auf dem Landgerichte selbst determinirt; wenn aber dabei einige Excesse oder dergleichen Vergehungen mit vorgefallen, die der Folge wegen eine geschwindere Bestrafung erfordern, so sind solche sodann an die fürstl. Cammer zu weiterer prompter Verfügung unverzüglich zu melden. Landesf. Verordn. v. 22. Febr. 1769.

S. auch: Hudekämpfe im Weser-Districte — Hirten — Pferdehüten.

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §§. 75 sqq.

## Biehkrankheiten.

S. Biehseuchen.

## Viehmärkte.

S. Jahrmärkte.

## Viehmärkte zu Braunschweig.

Ob zwar durch die landesf. Verordn. v. 22. Novbr. 1781 der Braunschw. sogenannte Galli-Viehmarkt bloß auf inländisches Rindvieh eingeschränkt, auch durch die nachherige Verordnung d. d. den 6. Octbr. 1785 diese Verfügung dahin bestätigt und weiter extendirt worden, daß auf gedachtem Braunschw. Galli-Markte und den andern Viehmärkten im Lande, wenn nicht etwa besondere Concessionen dazu ertheilt sind, durchaus kein anderes als einheimisches, im Lande aufgezogenes oder doch wenigstens drei volle Monate im Lande, es sei nun auf den Fettweiden, vor der Branntweinsblase oder sonst im Stalle gefeissetes Schlacht-Rindvieh zugelassen werden solle, so ist jedoch nunmehr, da seit verschiedenen Jahren von einer Rindvieh-Seuche in den benachbarten Landen und den Gegenden, woher das fremde Schlacht-Rindvieh sonst anher getrieben, nichts verspürt worden, \*) aus diesen und andern Gründen, besonders um dem Publikum bei dem Ankaufe des zu seiner Consumtion benötigten Schlacht-Rindviehes mehr Auswahl zu lassen, resolvirt, vor der Hand und bis zu weiterer Verordnung das ausländische Schlacht- und Zucht-Rindvieh sowohl auf dem Braunschw. Galli-Markte, als den übrigen Viehmärkten im Lande, wenn anders das Vieh mit beglaubten obrigkeitlichen Pässen dahin versehen, daß solches von völlig gesunden, und mit keiner Vieh-Krankheit, oder gar der leidigen Rindvieh-Seuche beschwerten Orten komme, auch dergleichen auf seiner Trift anher nicht passiert sei, wieder zuzulassen.

Es ist also auf höchsten Befehl zu jedermanns Nachricht solches hierdurch bekannt gemacht, auch daneben den hiesigen Unterthanen, welche sich mit der inländischen Rindvieh-Zucht und Mastung ferner rühmlichst beschäftigen, hiermit die Versicherung ertheilt, daß sie in Ansehung dieses Viehes nach Vor-

\*) Nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch zur Aufmunterung für die inländischen Viehzüchter war jenes Verbot ergangen, wie die verba enunciativa der oben angezogenen ältern Verordnungen ergeben.

schrift der oben angezogenen Verordnung d. d. den 22. Novbr. 1781 die ihnen der Zeit versprochene und nachher weiter auch auf das Zuchtvieh extendirte Freiheit \*) von dem Einzoll und aller Abgabe nach wie vor zu genießen haben sollen. Dagegen versteht es sich von selbst, daß von dem auswärtigen Zucht- und Schlacht-Rindviehe die bis dahin, und vor der Aufhebung des ehemaligen Braunschw. Galli-Viehmarkts geordnet gewesenen Abgaben zusamt dem Einzolle beim Eingange in die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel wie zeither und vorhin entrichtet werden müssen. Avertissement aus fürstl. Ministerio v. 30. April 1790. (Br. Anz. v. 1790. Nro. 36.)

cf. Rescript fürstl. Cammer-Collegii v. 28. März 1823. (Bege I. p. 373.)

## Vieh=Ordnung für das Fürstenthum Blankenburg.

S. Contribution vom Viehe im Fürstenthume Blankenburg.

### Viehpfässe.

S. Viehmärkte zu Braunschweig — Gesundheits-Pässe.

### Viehseuche. \*\*)

Sobald sich ein Sterben unter dem Hornviehe äußern sollte, sollen die Obrigkeiten den benachbarten Obrigkeiten, mit Bemerkung der Umstände davon schleunige Nachricht geben, um die dagegen erforderlichen Vorkehrungen treffen zu können. Landesf. Verordnung v. 10. Novbr. 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 90.)

S. auch: Vieh, krepirtes — Koppelweiden.

### Viehtreiben durch die Seitengräben an den Heerstraßen.

S. Seitengräben an den Heerstraßen.

### Viehzucht, Beförderung derselben.

Die Obrigkeiten sollen zu den dieserhalb zu machenden Vorkehrungen die Hände bieten, und zu höchster Beurtheilung, ob und wie sich die Viehzucht vermehrt habe, alljährlich berichten. \*\*\*) Landesfürstl. Ausschreiben v. 30. Juli 1781.

### Vielweiberei.

S. Ehebruch, Hurerei u.

### Vindication gestohlener Sachen.

Die durch das landesf. Rescript v. 22. Juli 1642 vorgeschriebene Retorsion der im Fürstenthume Lüneburg wegen Vindication gestohlener und gekaufter Sachen angeblich geltenden Observanz ist aufgehoben; s. Rescript fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 16. Mai 1819. (Bege III. p. 27.)

S. auch: Leihhaus, Pfandrecht desselben.

\*) Dies war durch das Avertissement des General-Zoll- und Accise-Directorii v. 20. Juni 1782 geschehen.

\*\*) Die zahlreichen, in den Jahren von 1750 bis 1778 wegen der damals grassirenden Viehseuchen ergangenen Verordnungen, womit theilweise zugleich Vorbauungs- und Heilmittel bekannt gemacht wurden, haben nur transitorisch-practische Wichtigkeit gehabt und diese mit dem Aufhören ihres Veranlassungs-Grundes wieder verloren.

\*\*\*) Die Punkte, über welche berichtet werden sollte, waren in dem Ausschreiben genau vorgeschrieben, indeß wurde den Obrigkeiten durch das landesf. Ausschreiben v. 6. Febr. 1783 das Formular einer Tabelle zugefertigt, welche statt der Berichte ausgefüllt und in der ersten Hälfte des Octobers jedes Jahr eingesandt werden sollte.



### Vögel, Ausnehmen derselben.

Es soll niemand junge Vögel, als Drosseln, Schnarren und andere grobe Vögel, bei Strafe von 1 Mfl. ausnehmen. Fürstl. Blankenb. Regierungs-Umlauf v. 6. März 1713.  
cf. Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §. 143.

### Völlerei.

§. Trunkenheit und dissolute Lebensart.

### Volljährigkeits-Erklärung.

§. Venia aetatis.

### Vollmachten der Advocaten und Procuratoren.

Die Vollmacht der Procuratoren oder Anwälde soll alle wesentlichen und nothwendigen Stücke einer rechtmäßigen Gewalt (nämlich wem, von wem, zu welcher Zeit, in welchen Sachen, gegen wen und wie sie gegeben worden ist) und andere nothwendige Clauseln mehr, so zur Beförderung dienlich und keinen Verzug bringen, enthalten. Hofger. Ordn. Tit. XI. §. Es sollen auch ic.

Die Vollmachten sollen auf der Parteien Erben mit gestellt, auch soll darin dem Procurator zugleich jemand anders substituirt werden. Ebendas. §. Die Procuratoria ic.

§. Advocaten und Procuratoren — Procuratoren.

cf. Gem. Bescheid des herzogl. Landes-Gerichts vom 5. Januar 1835. Nro. 4 und 5.  
(Br. Anz. v. 1835. Nro. 21.) — Ober-Appellations-Gerichts-Ordnung v. 16. Septbr. 1835.  
§. 119 und p. 756. B.

### Vorfälle, Aufmerksamkeit verdienende.

§. Verbrechen, grobe.

### Vorkauf.

§. Auf- und Vorkauf.

### Vormünder, wem solche zu bestellen sind.

Was von unmündigen oder minderjährigen Kindern geordnet, ist auch zu verstehen von sinnlosen, blöden, item stummen, tauben und blinden, imgleichen von verthunlichen Menschen, ob sie schon vollkommenen Alters sind, und sollen denselben zur Administration ihres Vermögens sowohl, als Verhaltung ihrer Personen aus den Anverwandten, Gevattern, Nachbarn oder andern ehrlichen wohlberichtigten Leuten gewisse Curatoren und Pfleger obrigkeitlich gegeben, und soll es mit Beschreibung derer Güter, auch Ablegung derer Rechnungen gleich also gehalten werden, wie von den Vormündern der Unmündigen geordnet ist. §. 18 der Ordnung und Instruction der Vormundschaftsherren der Stadt Braunschweig v. 5. August 1689. \*)

cf. Fürstl. Regierungs-Commission Verfügung v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 52. — Landesf. Circul. Rescr. v. 8. Juli 1833, die Competenz der Gerichte bei Prodigalitäts-Erklärungen betr.

### Vormünder, Bestellung derselben.

Es soll dabei vor allen Dingen darauf gesehen werden, ob von dem verstorbenen Vater oder der

\*) Dasselbe schreibt auch die Vormundschafts-Ordnung für Helmstädt v. 9. April 1745. §. 35 vor.

Mutter gewisse Personen in ihrem Testamente oder sonst erweislichermassen verordnet, welchen Falls dieselben, wenn sie nicht notorie untüchtig zu solchem Amte gefordert, \*) in Ermangelung dessen aber den Waisenherren zu Vormündern tüchtige Personen von den Freunden, Gevattern und Nachbarn vorgeschlagen, auch die Versiegelung und gerichtliche Beschreibung der Güter, ohne Unterschied, wenn schon die Mutter die Vormundschaft ihrer Kinder angetreten, oder auch der leibliche Vater, der seiner Kinder natürlicher Vormund ist, die Administration und Fruchtnießung von seiner verstorbenen Frauen Gütern hätte, \*\*) bestens befördert, auch ein Exemplar davon im Vormundschafts-Amte beigelegt werden soll. §. 3. Allermaßen nach Bestellung der Vormünder selbige vor das Waisen- und Vormundschafts-Amt ohne Zeitverlust gefordert und mit dem gewöhnlichen Eide belegt, zu getreuer Führung solches Amtes beweglich ermahnt und einem Jeden ein gedrucktes Exemplar der Vormunds-Instruction, um sich danach zu richten und mit keiner Unwissenheit zu entschuldigen, angehängt werden soll; wenn aber Einer bereits den Vormunds-Eid vorhin abgelegt hat, so ist er damit anderweit nicht zu beschweren, sondern es ist genug, daß er auf den vorigen Eid, so ihm jedoch vorher wohl verständlich vorzulesen, handschlägliche Angelöbniß thue. Auf gleiche Weise soll es gehalten werden, wenn eine leibliche Mutter nach Absterben ihres Mannes, der keine widrige Verordnung gethan, ihrer unmündigen Kinder Vormundschaft, welches ihr in gemeinen Rechten erlaubt, annehmen und führen wollte, \*\*\*) welchen Falls sie sich deswegen alsbald nach geschehener Beerdigung bei dem Vormundschafts-Amte anzugeben hat und zu desto besserer Verrichtung ihrer Administration ihr eine ehrliche geschickte Person zum Mitvormunde adjungirt werden soll, der ihr beiräthig sei, auch in nöthigen Fällen vor Gericht erscheinen könne; wie denn auch, wenn ein Vater bei Verwaltung seiner Kinder mütterlicher, großväterlicher oder anderweit habender Güter sich nicht allerdings wohl verhielte, demselben nach Befinden einen Mitvormund zu adjungiren obrigkeitlichem Amte vorbehalten bleibt. §. 4 der Ordnung und Instruction der Vormundschafts-Herren der Stadt Braunschw. v. 5. August 1689.

Dasjenige, was in der Braunschweigischen Vormundschafts-Ordnung †) wegen Bestellung der hinterbliebenen Wittwen zu Vormünderinnen ihrer Kinder §§. 3, 4 und 8 ††) heilsamlich verordnet ist, soll auf alle Weise und ohne Unterschied der Personen, ihres Standes, Gewerbes und Vermögens beobachtet werden. Dafern jedoch bei diesem oder jenem Falle eine besondere Bedenklichkeit vorhanden sein sollte, so ist davon zu berichten, und will der Landesfürst befindenden Dingen nach dispensiren, oder was derselbe sonst dienlich und nöthig findet, verordnen. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 15. April 1744.

§. Römisch-Katholische; Verordn. v. 9. April 1768. §. 10. — Braunschw. Anzeigen; Ausschr. v. 1. März 1745. — Vasallen, deren Bevormundung.

cf. Fürstl.

\*) Durch ein Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 31. Januar 1750 wurde für den Fall, daß ein Zweifel obwalte, welcher Obrigkeit, wenn das persönliche forum mit der Gerichtsbarkeit des *judicis rei sitae* concurrirte, die Versiegelung und Inventur des Nachlasses und die Bevormundung der Kinder zustehe, bestimmt, daß, wenn ein fürstl. Bedienter stürbe, die Obrigkeit eines jeden Orts die Versiegelung vornehmen und Vormünder vorschlagen sollte, welche dann von fürstl. Justiz-Ganzlei zu bestellen wären.

\*\*) S. Vermögen, mütterliches.

\*\*\*) Die Vormundschafts-Ordnung für Helmstädt v. 9. April 1745. §. 3 fügt noch hinzu, daß die Wittve bei der Beerdigung als Vormünderin, wenn sie das 25. Jahr erreicht hat, dem Scto Vellejano und andern weiblichen Gerechtigkeiten entsagen, wenn sie aber noch nicht 25 Jahre alt ist, die Vormundschaft über ihre Kinder bis dahin dem nächsten Verwandten der Kinder übertragen werden soll. Falls sie binnen 4 Wochen nach dem Tode ihres Mannes nicht auf eine Vormundschafts-Bestellung anträgt, so soll sie aller Rechte aus dem Vermögen ihres Mannes, insbesondere eines jeden Erbrechts verlustig sein, und eben dieser Nachtheil die Großeltern des Kindes treffen, wenn die Wittve sich wieder verheirathet oder stirbt und dieselben nicht für die Anordnung einer andern Vormundschaft sorgen.

†) Es ist hiermit die Ordnung und Instruction der Vormundschafts-Herren gemeint.

††) S. Vormundschafts-Rechnung.

cf. Fürstl. Regier. Comm. Verfügung v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 48. — Verordn. v. 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betr., §. 4. Nro. 8. — Verordn. v. 16. August 1826, die Bestellung der Vormünder und Curatoren auf dem Lande betr. — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Modification der Verordn. v. 26. März 1823 betr., §. 5.

### Vormünder, Beeidigung derselben.

S. Vormünder, Bestellung derselben; Ordnung und Instruction 2c. v. 5. April 1689. §. 4.

In der Hofger. Ordn. Tit. XXVI ist nachstehende Formel für die Beeidigung der Vormünder vorgeschrieben, welche mit der in der Canzlei-Ordnung Nro. II. des Anhangs übereinstimmt:

Ihr sollt schwören einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium, daß ihr Alles und Jedes desjenigen, dessen Vormundschaft oder Pflegschaft ihr angenommen, was gut und nützlich ist, thun, was unnütz und schädlich, vermeiden, unterlassen und verhüten, desselben Jungen Person und Güter zu seinem Nutzen in gutem Glauben und Treue vertreten und im Besten versehen, seine Habe und Güter, liegende und fahrende, Schulden und Gegenschulden, auch allen zustehenden Anspruch und Forderung mit gutem Fleiße erkunden und das Alles eigentlich und unterschiedlich in gebührender Zeit der Rechten in ein Inventarium bringen, eurer Verwaltung und Handlung zu gebührender und rechter Zeit Rechnung thun, mit vollkommlicher Ueberlieferung alles dessen, so der Vormundschaft oder Pflege halber zu euren Händen kommen und dem Jungen zustehen wird, und was ihr ihm schuldig bleibet und sonst alles das thun wollt, das einem getreuen Vormunde oder Pfleger zugehört, alles bei Verpfändung eurer Habe und Güter ohne Gefährde.

Für die Beeidigung der Mutter, wenn dieselbe zur Vormünderin ihrer Kinder bestellt wird, giebt die Canzlei-Ordn. Nro. III des Anhangs folgende Formel:

Ihr sollt schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Evangelium, daß ihr Alles und Jedes eurer unmündigen Kinder, deren Vormundschaft ihr angenommen habt, was gut und nützlich ist, thun und handeln, was unnütz und schädlich, vermeiden, unterlassen und verhüten, eurer unmündigen jungen Kinder Person und Güter zu ihrem Nutzen in gutem Glauben und Treue vertreten und im Besten vorstehen, ihre Habe und Güter, liegende und fahrende, Schulden und Gegenschulden, auch alle zustehenden Ansprüche und Forderungen mit gutem Fleiße erkunden und das alles eigentlich und unterschiedlich in gebührender Zeit der Rechte in ein Inventarium bringen und, da ihr etwa über kurz oder lang euch anderweit verheirathen würdet, alsdann vorher euern Kindern andere Vormünder bitten und denselben Vormündern, wie auch sonst außer diesem Falle, und wenn ihr nämlich euern Wittwenstuhl unverrückt behaltet, nichts weniger eurer Administration und Handlung zu gebührender und rechter Zeit Rechnung thun und mit vollkommener Ueberlieferung alles dessen, so der Vormundschaft halber zu euern Händen kommen und euern unmündigen Kindern zustehen wird, und was ihr ihnen schuldig bleibt und sonst alles das thun wollt, das einer getreuen Mutter und Vormünderin zugehört, alles bei Verpfändung eurer jetzigen und künftigen Habe und Güter, auch mit wissentlicher Verzeihung des SCti Vellejani, wie auch aller und jeder anderen Begnadigungen und Wohlthaten der Rechte, ohne Gefährde.

### Vormünder, Befreiung derselben von der Inventur-Aufnahme und Rechnungs-Ablage.

Ob schon die Wittve des Bäckers B. in Braunschweig in ihres Ehemannes Testamente von Ablegung des Vormundschafts-Eides für ihre Kinder dispensirt worden, so hat solches dennoch nicht Statt; da sie aber auch nach gedachtem Testamente von Errichtung eines inventarii und Ablegung der Vormundschafts-Rechnung verschont bleiben soll, so mag es daran genug sein, wenn sie in den Eid mit nimmt, daß sie

eine ordentliche Privat-Designation von den nachgelassenen Gütern ihres Ehemannes macht und dem Vormundschafts-Collegio verschlossen überreicht. Landesf. Resolution v. 11. Januar 1776.

Da in Betreff der in den Justinianischen Rechten einem testatori erlaubten Dispensation von Verfertigung eines Inventars und Ablegung der Vormundschafts-Rechnung die Reichspolizei-Ordnung von 1548. Art. 31 und von 1577. Art. 32 durch die allgemeine Vorschrift, daß bei allen Vormündern ohne Ausnahme eben dieselben solennia beobachtet werden sollen, nichts Neues, was nicht schon vorhin in den gemeinen Rechten festgesetzt gewesen, enthalten, und solche nur von der Regel, nicht aber von den gestatteten Ausnahmen reden, mithin sie für leges correctoriae nicht zu achten sind, oder, wenn dieses auch ja sein sollte, dennoch lex correctoria posterior generalis legem specialem priorem nicht aufhebt, so geht die Meinung des Landesfürsten dahin, daß ein Vater wohl befugt sei, die Errichtung eines inventarii \*) und die Ablegung der Vormundschafts-Rechnungen aus bewegenden Ursachen und den Kindern unnachtheilig zu verbieten. Landesf. Rescript an k. k. Justiz-Canzlei v. 24. April 1786. \*\*)

### Vormünder, Obliegenheiten derselben.

Die Vormünder müssen für den Unterhalt und für die Pflege ihrer Pflegebefohlenen bei gesunden und kranken Tagen, für deren Erziehung und Unterricht, auch, wenn sie kein zulängliches Vermögen haben, durch gesuchte Unterstützung bei den Armen-Anstalten, imgleichen bei deren Verheirathung genaue Sorgfalt tragen. §§. 2. 3. 4. 5. 6 und 7 der Vormundschafts-Ordn. der Stadt Braunschw. v. 2. August 1689. \*\*\*)

E. auch: Vormundschafts-Rechnung — Pupillen, Curatelen u. zustehende Gelder — Pupillen-Vermögen, Inventarisirung, Verwaltung und Veräußerung desselben — Pupillen, Klagen gegen dieselben — Decretum de solvendo.

### Vormundschaft, Abgebung derselben.

Wenn die Pflegekinder erwachsen und zu ihren mündigen Jahren kommen, so daß sie geschickt sind, sich und ihren Gütern selbst vorzustehen, so sollen die Vormünder ohne einigen Verzug ihre Rechnung, so weit dieselbe noch nicht abgelegt, verfertigen, und den Vormundsherren übergeben, auch, wenn selbige untadelich befunden wird, alles, was an Gelde, Mobilien, Büchern, Brieffschaften, und sonst dem gewesenen Pupillen zuständig, bei ihnen vorhanden, getreulich ohne alle Vorenthaltung folgen lassen und ausantworten; hernach mit dem gewesenen Mündlinge sich zu Rathhause anmelden, und mittelst Vorbringung der von den Vormundsherren erlangten Quittung sich von dem ganzen Rathe quittiren und loszählen lassen. §. 16. Nachdem dann ein Vormund, der seinem Pflegekinde Inhalts vorgelegter Instruction wohl vorsteht, und dessen Person und Güter treulich versorgt, für solche um fremder Kinder willen übernommene Mühe, Arbeit und Versäumnis seiner eigenen Nahrung und Geschäfte sonderlichen Danks würdig, und

\*) Die Vormundschafts-Ordnung für Helmstädt v. 9. April 1745. §. 8 bestimmt, daß, wenn der Vater ein eigenhändig unterschriebenes und kurz vor seinem Tode datirtes Verzeichniß seiner Güter oder eine Verordnung, wie mit der Inventarisirung verfahren werden soll, hinterlassen hat, es dabei sein Verbleiben haben, jedoch die Wittve auf den Fall, daß der verstorbene Ehemann sie zur Vormünderin ihrer Kinder bestimmt und ihr die Inventarisirung remittirt oder gar verboten hat, gleichwohl im Beisein der nächsten beiden Blutsfreunde die Verlassenschaft in eine Designation fassen und nebst den gedachten Beiständen unterschreiben und unterschiegeln soll.

\*\*) Dieses Rescript ist auf ein Gesuch der Wittve Lutterloh und den darauf von der Justiz-Canzlei erstatteten Bericht ergangen und heißt es noch darin: »jedoch ist der Wittve Lutterloh zugleich aufgegeben, das ohnehin nach dem Willen des testatoris mit Zuziehung dessen Bruders zu verfertigende Privat-Inventarium der Justiz-Canzlei versiegelt zu übergeben.

\*\*\*) Obige generell angegebenen Verpflichtungen sind in den genannten Paragraphen weiter ausgeführt. Die Vormundschafts-Ordnung für Helmstädt v. 9. April 1745 enthält in den Paragraphen 9. sqq. gleiche Bestimmungen.

nicht allein während der Vormundschaft an Vaters Statt von den Mündlingen zu ehren ist, sondern auch hernach die genossene Wohlthat nicht zu vergessen, so wird ein Jeder hiermit erinnert, seinem gewesenen Vormunde bei Ablage der Rechnung und sonst gebühlich und mit aller Bescheidenheit zu begegnen, und ihn mit unbegründeten liederlichen Streitigkeiten, voraus um geringer Ursachen willen (wie öfters geschieht), nicht zu beschweren; maßen solches auch nicht nachgegeben, vielmehr dagegen obrigkeitlicher Ernst erwiesen, und den Vormündern, die keines Verbrechens schuldig befunden werden, gehöriger Schutz geleistet, auch zu ungesäumter Wiedererlangung dessen, so sie etwa für ihren Mündling vorgeschossen oder ausgelegt haben, und in der Rechnung erweislich befunden würde, unverzüglich geholfen werden soll. §. 17 der Vormundschafts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. August 1689.

Wenn bei Abgebung der Vormundschaft Streit und Irrung vorfiele, so sollen dieselben von dem Vormundschafts-Amt nach beider Theile Verhör der Billigkeit nach abgethan, und soll dahin gesehen werden, daß mit den Vormündern es nicht zu genau und allzu strenge genommen, auch ihnen der erweisliche Vorschuß ohne Weitläufigkeit gut gethan werde. §. 16 der Ordnung und Instruction der Vormundschafts-Herrn der Stadt Braunschweig v. 5. August 1689.

S. auch: Vormundschaft, wenn Mehrere derselben vorgelegt sind — Pupillen, Curatelen u. zustehende Gelder; Rescript v. 10. Novbr. 1797.

cf. Verordn. v. 15. Febr. 1814, daß zur Volljährigkeit erforderliche Alter betr. — Declaration derselben v. 12. April 1828.

### Vormundschaft, Uebernahme derselben.

Da das vormundschaftliche Amt so ungleich und nöthig ist, daß selbiges einer Person, so nicht erhebliche Entschuldigung wegen hohen Alters, langwieriger Schwachheit, obhabender anderer schwerer und vieler Aemter, oder sonst hat, \*) auch wider ihren Willen aufgelegt werden mag, so soll ein Jeder, dem eine Vormundschaft angetragen wird, sich derselben ohne hohe rechtserhebliche Ursache nicht entziehen, und der Obrigkeit vergebliche Mühe machen, sondern sothanes Amt willig übernehmen, im Weigerungsfälle aber dazu durch Geldstrafe oder andere Zwangsmittel angehalten werden. Vormundschafts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. August 1689. §. 1.

\*) Nach der Vormundschafts-Ordnung für Helmstädt v. 9. April 1715. §. 6 sind diejenigen mit der Uebernahme von Vormundschaften zu verschonen, welche das 60ste Jahr erfüllt haben, oder sonst an Leibeskräften unvermögsam und kümmerlich sind, oder gemeine und mühsame Aemter bei dem Stadtwesen bekleiden, nicht weniger die, welche bereits drei andere nicht geringe Vormundschaften übernommen haben. Wer sich ohne rechtliche Ursache der Uebernahme weigert, soll nicht nur sofort 10 Thlr. Strafe erlegen, sondern auch den Unmündigen den aus solcher Verzögerung entstehenden Schaden ersetzen und, wenn er den Kindern verwandt ist, der Anwartschaft künftiger Erbfälle verlustig sein.

Uebrigens bestimmt diese Vormundschafts-Ordnung §. 5, daß bei der Wahl der Vormünder darauf gesehen werden soll, daß sie nicht mit schweren Schulden beladen, sondern nicht weniger, als der Pupil, im Vermögen haben, daß sie ihren eigenen Sachen wohl vorstehen, mit der Pflegebefohlenen Eltern in keiner schweren Rechtfertigung gestanden haben, noch derselben mit Schulden verhaftet sind oder selbst an der Unmündigen Güter Anspruch und Forderung haben, welche sie denn bei Verlust derselben, sobald ihnen die Vormundschaft angetragen wird, angeben müssen, jedoch soll die Bestellung, wenn die Forderung nicht erheblich wäre, oder die Eltern, denen dieselbe bekannt gewesen, gleichwohl die Vormundschaft in ihrem letzten Willen verfügt hätten, zumal bei dem Neben-Vormunde, dem obrigkeitlichen Ermessen anheim gestellt sein.

Die Heinrichs-Städtischen Statuten v. 25. Januar 1602. Tit. XV führen als Befreiungsgründe von der Uebernahme der Vormundschaft an: wenn jemand vier lebende Kinder hat, bereits drei gemeine oder zwei weitläufige Vormundschaften führt, mit dem Verstorbenen große Uneinigkeit gehabt, mit den Unmündigen wegen der Güter Streit hat, mit Sachen des Landesfürsten genug beladen, über 70 Jahre alt oder so jung ist, daß er seine Güter noch selbst nicht in Verwaltung genommen hat, und schließen außerdem auch andere in Rechten begründete Ursachen nicht aus.

### Vormundschaft, wenn Mehrere derselben vorgefetzt sind.

Wenn der Vormünder mehr als einer zu eines Pupillen Person bestellt sind, und von der Obrigkeit nicht verordnet ist, welcher unter ihnen die Rechnung führen soll, so mögen sich zwar die Vormünder darüber unter einander vergleichen, dieweil aber die Gefahr sie alle trifft, und wenn der eine nicht wohl bei des unmündigen Pflegekinde Person oder Gütern handelt, die andern Mitvormünder eben sowohl dafür haften müssen, so haben sie sich darin wohl vorzusehen, daß sie des Kindes Güter einem solchen in die Hände geben, der redlich und wohl besessen ist, auch auf dessen Thun und Lassen fleißige Aufsicht zu tragen, damit dem Pflegekinde von dem Rechnung Führenden wohl vorgestanden, und nichts versäumt, auch alle Jahr richtige Rechnung abgelegt, und, was von den Gütern noch vorhanden, nachgesehen werde; immaßen, wenn die andern Vormünder ein Widriges spüren sollten, sie solches den Vormundsherrn oder der Obrigkeit ohne Verzug anzumelden bei Vermeidung ihrer eigenen Gefahr schuldig sind. Vormundschafts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. August 1689. §. 15.

Wenn ein administrierender Vormund mit Tode abginge, oder von hinnen sich weg begäbe, oder auch durch üble Zufälle zur Verrichtung seines Amts untüchtig würde, so soll sein Mitvormund sich der Verwaltung alsbald, doch auf vorhergehende Anmeldung bei dem Vormundschafts-Amte, annehmen, von dem abgehenden Vormunde aber, oder dessen Erben, ungesäumte richtige Rechnung gefordert, und bevor solches geschehen und alles abgethan, er oder seine Erben von hinnen nicht gelassen werden; desgleichen wenn eine Wittwe, so ihrer Kinder Vormundschaft geführt, zur andern Ehe schreiten wollte, so soll dieselbe vorher richtige Rechnung ablegen, andere Vormünder bitten, und sich mit ihren Kindern wegen der väterlichen Güter vollkommenlich aus einander setzen, anderer Gestalt auch und bevor solches geschehen die Vollziehung der anderweiten Verheirathung nicht zugelassen werden. \*) Ordnung und Instruction der Vormundschaftsherrn der Stadt Braunschweig v. 5. August 1689. §. 12.

### Vormundschafts-Ordnungen.

Vormundschafts-Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 2. August 1689 nebst einer Instruction für die Vormundschaftsherrn v. 5. August 1689.

Vormundschafts-Ordnung für die Stadt Helmstädt v. 9. April 1745. \*\*)

Heinrichsstädtische Statuten v. 25. Januar 1602. Tit. XV. (Von Vormundschaft.)

Das Wichtigste aus diesen Verordnungen ist unter den betreffenden Rubriken angeführt.

### Vormundschafts-Rechnung.

Ein Vormund soll von seiner Verwaltung richtige Rechnung alle Jahr schließen und ablegen, und zu dem Ende alles, was von seines Pflegekinde Gütern einkommt, auch was er wieder ausgiebt, fleißig in ein sonderlich dazu gemachtes Büchlein, von Tagen zu Tagen, mit eigentlicher Vermeldung der Zeit und anderer Umstände anschreiben, damit er bei Endigung eines jedweden Jahrs eine Rechnung daraus verfassen und ablegen könne. Solche Vormundschafts-Rechnung soll also eingerichtet sein, daß zuerst die

\*) S. Wittwen, Wiederverheirathung derselben.

Die obigen Bestimmungen enthält gleichlautend die Vormundschafts-Ordnung für Helmstädt v. 9. April 1745. §§. 21. 25 und 26, wogegen die Heinrichsstädtischen Statuten v. 25. Januar 1602. Tit. XV die Mutter und Großmutter auf den Fall, daß sie, ohne von der Vormundschaft Rechnung abgelegt zu haben, zur andern Ehe schreiten, auch mit dem Verluste der Erbschaft ihrer Kinder bedrohen.

\*\*) Zwei ältere Vormundschafts-Ordnungen waren v. 18. Febr. 1711 und 18. Febr. 1717, die indeß mit der obigen von 1745 übereinstimmen.

Einnahme mit Benennung des Tages und Monats, auch wofür das Geld gekommen, von welchem Schuldner, oder was dafür verkauft worden, gesetzt, und endlich die Summe davon gemeldet, hernach die Ausgabe fein ordentlich nach der Zeit, gleichfalls mit Ausdrückung der Umstände, wann und wofür etwas gezahlt sei, gesetzt, auch alle Posten, die über 1 Guld. sind, mit Quittungen oder schriftlichen Scheinen, (die bei jedem Posten mit Nro. 1, 2, 3. u. s. w. zu zeichnen), belegt, am Ende auch die Summe der Ausgabe gesetzt und der Schluß gemacht werde, ob die Einnahme oder Ausgabe höher sei, wobei dann am Ende einer jeden Rechnung anzuhängen und zu specificiren, was von der Pupillen Gütern unverkauft oder sonst unveräußert annoch in substantia wirklich vorhanden. Weil aber nicht alle, so zu Vormündern bestellt, dergleichen Rechnungen einzurichten genugsame Erfahrung haben möchten, so soll einer von den Schreibmeistern der Stadt Braunschweig dahin vermocht werden, nicht allein den Vormündern, bei denen es von Nothen, die Rechnung förmlich einrichten zu helfen, sondern auch den Schluß und den Calculum zu rectificiren, wofür demselben jedes Mal ein billiges Honorar nach Ermäßigung der Vormundsherren gereicht werden mag; wann solche Rechnung gefertigt, soll sie zwei Mal leserlich geschrieben und also den Vormundsherren (ungefordert) bei Strafe von 3. bis 21 Guld. für jedes Jahr übergeben und um deren Einnahme angehalten, darauf von Posten zu Posten fleißig durchgesehen und examinirt, auch der Vormund, wenn die Rechnung richtig befunden wird, mit Unterschriftung des einen Exemplars quittirt und solches ihm zurück gegeben, das andere aber bei den Vormundsherren auf dem Neustadt-Rathhause verwahrlich beigelegt, und auf solche Weise von Jahren zu Jahren bis zu des Pflegekindes Mündigkeit verfahren werden. Vormundschafts-Ordnung der Stadt Braunschweig v. 2. August 1689. §. 14.

Alljährlich, und so oft ein Jahr nach Antretung der Vormundschaft abgelaufen, soll Inhalts der heilsamen Reichs- und Landes-Constitutionen richtige Rechnung von Einnahme und Ausgabe abgelegt, und wenn die Vormünder mit Einbringung solcher Rechnung zur gehörigen Zeit säumig wären, so sollen sie dazu von dem Vormundschafts-Amte ermahnt und nach Befinden mit Pönalbefehlen angetrieben werden, zu welchem Ende bei jedesmaliger Session, oder doch wenigstens monatlich, die Designation der Vormundschaften in pleno nachgesehen und, in welcher Vormundschaft ein Jahr verflossen, angezeichnet und die Vormünder erinnert werden sollen, welches ebenmäßig von den Wittwen in Acht zu nehmen, so ihrer Kinder Vormundschaft über sich nehmen. Ordnung und Instruction der Vormundschaftsherren der Stadt Braunschweig v. 5. August 1689. §. 8.

1) Ein jeder Vormund soll seine vormundschaftliche Rechnung binnen drei Monaten nach Verfließung jedes Jahrs am gehörigen Orte unerinnert und freiwillig einliefern. Wer solches nicht thut, soll zur Strafe seiner Nachlässigkeit von dem ganzen Betrage des seiner Verwaltung anvertrauten Vermögens fünf Procent erlegen, wovon die eine Hälfte dem Gerichte, die andere Hälfte aber ad pias causas verfallen sein soll.

2) Die Gerichte sollen hierunter gegen einen Vormund wie gegen den andern ohne allen Unterschied der Person und des Standes verfahren, sie selbst aber, wenn sie solches nicht thun, oder nach Verlauf jedes Jahrs und dreier Monate die Rechnung nicht einfordern und gegen einen solchen Vormund ex officio nicht verfahren, oder auch die Rechnungen, wenn sie eingeschickt, in drei Monaten nicht abnehmen, mit nachdrücklicher Strafe angesehen werden.

3) Ein Vormund, der seinen Pupillen und Pflegebefohlenen nach abgelegter Rechnung schuldig bleibt und nicht bezahlen kann, soll mit unausbleiblicher schwerer Ahndung angesehen, und dem Befinden nach wohl gar, ihm zur wohlverdienten Strafe und andern seines Gleichen zum Abscheu, in den großen Karren gespannt werden, und in demselben nach Befinden der Umstände lange oder kürzere Zeit verbleiben. Da mit sich auch niemand mit der Unwissenheit entschuldigen möge, so sollen

4) alle Gerichte bei Bestellung der Vormünder einem jeden derselben ein Exemplar dieser Ordnung

bei 5 Thlr. Strafe zu stellen, und sind zu solchem Ende die Exemplare bei dem jedesmaligen Waisenhaus-Registrator das Stück für 2 Ggr. zu bekommen. Auch soll der Richter jeder Zeit in dorso eines jeden Exemplars bemerken, wann und wem er es zugestellt, solches auch überdies noch ad acta registriren. Landesf. Verordn. v. 21. Novbr. 1743.

S. auch: Pupillen-Vermögen zc.; Verordn. v. 5. Novbr. 1763. — Vormünder, Befreiung derselben von der Inventur-Aufnahme und Rechnungs-Ablage — Pupillen, Curatelen zc. zustehende Gelder; insbesondere Rescript v. 2. April 1781 — Vormundschaft, Abgebung derselben.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 49. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr., §. 8.

### Vorschuß zu Einlösung der Bescheide.

S. Bescheide zc.; Einlösen derselben.

### Vorspann- und Reitpferde bei herrschaftlichen Reisen.

Auf die vorgetragene Klage der dienstpflichtigen Ackerleute und Halbspänner, daß sie sowohl bei des Landesfürsten und dessen Hofhaltung Reisen, als auch bei den Durchreisen fremder Herrschaften aus dem Grunde sich allein brauchen lassen und die erforderlichen Zug- und Reitpferde stellen müßten, weil sie den fürstl. Aemtern mit dem Spanne zu dienen schuldig, dahingegen die übrigen bespannten Einwohner, obgleich dieselben ihre Pferde auf die Gemeinde-Hude und Weide brächten, frei durchgegangen wären, wird verordnet, daß künftig bei vorgedachten Reisen alle zu den Niegewerken in den Gemeinden verbundene, auch an den gemeinschaftlichen Emolumenten participirende bespannte Einwohner eines jeden Dorfes in den fürstl. Aemtern, sie seien Ackerleute, Halbspänner oder Rothfassen, ohne Unterschied und Ausnahme zu dem ausgeschriebenen Vorspanne concurriren und durch das ganze Dorf, jeder nach der Reihe, des Behuß ein, oder, wenn die Anzahl der ausgeschriebenen Pferde es erfordert, zwei angeschirrte Pferde zum Vorspanne oder zum Reiten stellen, diejenigen Rothfassen aber, die sich im Geringsten darunter schwierig bezeigen, mit ihren Pferden von der Gemeinde-Hude und Weide gänzlich ausgeschlossen und darauf ferner nicht geduldet werden sollen. Wie jedoch den Ackerleuten und Halbspännern für dergleichen Vorspann- und Reitpferde bisher der Dienst abgerechnet und gut gethan worden, den Rothfassen hingegen, die nur mit der Hand und nicht mit dem Spanne dienen, eine solche Vergütung nicht widerfahren kann, die landesf. Absicht aber keinesweges dahin geht, daß die Rothfassen und diejenigen, welche den fürstl. Aemtern zur Dienstleistung nicht verbunden sind, zu den quæst. Reisen ohne Vergütung sich gebrauchen lassen sollen, so soll in Absicht auf die herrschaftlichen Reisen, wozu viele Vorspann- und Reitpferde gebraucht werden, die zeitherige Verfassung gänzlich abgestellt, und hinfüro auch den Ackerleuten und Halbspännern dergleichen Reisen nicht auf den Dienst abgerechnet, sondern denselben sowohl, als den Rothfassen und übrigen den fürstl. Aemtern mit der Dienstpflicht nicht verwandten bespannten Unterthanen für ein jedes Pferd, das von ihnen zum Vorspanne oder zum Reiten gestellt wird, auf 24 Stunden 9 Mgr. und insofern sie länger auf den Stationen warten müssen, für jede 24 Stunden 9 Mgr. von den fürstl. Aemtern baar bezahlt werden. Landesf. Verordn. v. 14. Mai 1771.

Nach gepflogener Communication mit der Landschaft ist die unterm 14. Mai 1771 ergangene Verordnung dahin declarirt, daß, so viel den Gebrauch der den Aemtern zustehenden Spanndienste und den Mitgebrauch der Rothpferde zu den nur selten vorkommenden herrschaftlichen Reisen betrifft, es zwar überhaupt bei solthener Verordnung sein Verbleiben haben soll, von solchem Spannwerke jedoch nur in dem äußersten und sehr selten eintretenden Nothfalle Gebrauch gemacht, auch die Rothpferde nicht zum Zuge, sondern nur zum Reiten gebraucht, diejenigen Amts-Unterthanen aber, welche besondern Dienst-



herren die Spanddienste zu leisten schuldig, mit den herrschaftlichen Reissfuhren gänzlich verschont bleiben sollen, gleichwie hingegen, so viel die herrschaftlichen Dienstkleute in den Gerichtsdörfern betrifft, es bei ermeldeter Verordnung ebenfalls sein Verwenden behält. Landeshöchstl. Declaration v. 26. Januar 1775. (Br. Anz. v. 1775. Nro. 18.)

S. auch: Reise-Fuhren.

cf. Post-Ordnung v. 13. August 1832. §. 47.

## Vorsteher und Rechnungsführer bei Kirchen, Hospitälern und Armenlasten.

Alle Vorsteher und Rechnungsführer bei Kirchen, Hospitälern und Armenlasten sollen von den Gerichtsherrn und Beamten mit Zugiehung des Pastors erwählt und darauf von dem Superintendenten, Gerichtsherrn und Beamten nach der vorgeschriebenen Eidesformel in Pflicht genommen werden. Ern. Kirchen-Ordn. Cap. XXI. §. 2.

In dem Anhang zum ersten Theile der Kirchen-Ordnung sind die bemerkten Eidesformeln folgendermaßen vorgeschrieben.

### Formula juramenti der Kirchen-Vorsteher.

Ihr sollt schwören einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium, daß ihr alle und jede der Kirche N. N. allhier zugehörigen Güter, liegende und fahrende, deren Administration ihr übernommen und die euch anvertraut worden oder künftig werden, in gutem Glauben und Treue bestmöglichst versehen, das corpus honorum der Kirche und deren Gerechtsame treulich bewahren und deren Verbesserung euch sorgfältig angelegen sein lassen, die Intraden und Gefälle der Kirche, auch was derselben sonst prästirt werden muß, zu rechter Zeit mit äußerstem Fleiße einfordern, über alle Einnahme und Ausgabe richtige Rechnung nach der in der erneuerten Kirchen-Ordnung Cap. XX. §. 3 angezeigten Form führen und halten, dieselbe alle Jahre doppelt ins fürstl. Consistorium unfehlbar einschicken und demnächst gebühlich justificiren und sonst vorgedachter Kirche Bestes nach allem euern Vermögen suchen, und was zu dem Ende in der erneuerten Kirchen-Ordnung enthalten, auch ins Künftige vom fürstlichen Consistorio euch wird anbefohlen werden, gebührend in Acht nehmen, befördern und beschaffen, auch sonst alles Andere thun sollt und wollt, was einem getreuen Kirchen-Vorsteher zusteht und gebührt, bei Verpfändung aller eurer Habe und Güter; so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.

### Formula juramenti der Provisoren bei den Hospitälern und Armenhäusern.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, daß ihr das Vorsteher-Amt bei dem Hospitale (Armenhause) N. N., dessen Verwaltung euch anvertraut, treulich verrichten und mit allem Fleiße beobachten, das corpus honorum sorgfältig bewahren und, so viel an euch ist, nicht das Geringste davon abkommen lassen, alle jährlichen Gefälle und Intraden zu rechter Zeit einreiben, über Einnahme und Ausgabe nach der in der erneuerten Kirchen-Ordnung Cap. XXI angewiesenen Form richtige Rechnung führen, selbige mit dem Ende jedes Jahrs schließen und euern vorgesetzten Obern innerhalb vier Wochen bei Vermeidung der in der Kirchen-Ordnung gesetzten Strafe einsenden, auch in dem anzuberaumenden Termine gebühlich justificiren und im Uebrigen alles dasjenige thun, befördern und beschaffen wollt und sollt, was einem redlichen und gewissenhaften Vorsteher zusteht und gebührt; so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.

### Eid der Vorsteher bei den Armenlasten.

Ihr sollt geloben und schwören einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, daß ihr das Diacanat oder Armenlasten-Amt bei der Kirche N. N. fleißig wollt verwalten, die Sammlung der Almosen durch Umtragung des Klingebeutels treulich verrichten, was gesammelt Angesichts in den dazu verordne-

ten Armenkasten schütten und dahin sehen, daß derselbe wohl verwahrt, zur bestimmten Zeit in Gegenwart des Pastors und der übrigen Vorsteher geöffnet, das befundene Armengeld herausgenommen, gezählt und nebst dem, was etwa des nächstvorigen Bettages in die Becken gesammelt und absonderlich gezählt und versiegelt worden, in eine Specification bringen und ohne einige Verwechselung, wohin es verordnet, richtig einliefern, und was also geliefert, in das bei der Kirche dazu verordnete Almosenbuch zur Nachricht verzeichnen, in allem Uebrigen auch euch zu der Armen Nutzen und Besten, als einem getreuen und fleißigen Diaconus und Vorsteher gebührt, erweisen und verhalten wollt; so wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.

S. auch: Kirchen- und andern piis corporibus zustehende Güter — Bedienten und Boten, ungetreue — Decretum de solvendo — Zinsen, Bezahlung derselben nach entstandenem Concurse.

### Vorzugsrecht im Concurse.

S. Concurz.

### Votum.

S. Referiren und Botiren.

### Waagen in den Mühlen zu Braunschweig, Delper und Eisenbüttel.

Demnach der Landesfürst für gut befunden, daß große Waagen behuf des Wägens des in die Mühlen zu bringenden Getreides und des zurück zu wägenden Mehls in obbenannten Mühlen vorgerichtet werden sollen, so ist dabei folgendes verordnet:

1) Es steht zwar einem Jeden frei, sich dieser Waagen gegen Erlegung eines Pfennigs Waagegeldes von jedem zur Mühle gebrachten Himten Getreides zu bedienen, die hiesigen Bäcker aber sind schuldig, die zur Mühle gebrachten Früchte gehörig wägen zu lassen. Das vorhin erwähnte Waagegeld ist jedes Mal gegen eine gedruckte Bescheinigung an den Mühlenschreiber zu berichtigen.

2) Von jedem Himten gemahlenen Kornes, wenn es auch genästeter Weizen oder gespitzter Roggen ist, werden, es mag solches zwei, drei, vier oder fünf Mal aufgetragen sein (gestalten ein mehrmaliges Durchmahlen, in Rücksicht des Abgangs in Staub, nicht gestattet wird), 2 Pfund und von 1 Himten Malz oder Schrot  $\frac{1}{4}$  Pfund auf den Abgang in den Staub gerechnet; es hat jedoch der Müller an demjenigen, was das Korn im Vermahlen weniger an Staub verloren, kein Recht, und darf dem Mahlgaste, wenn etwa zu dessen Vortheile gemahlen, keinen Abzug machen. Die Pfundezahl, welche an Mehl und Kleie fehlt, wird von dem Müller sofort bezahlt, und von dem Mühlenschreiber, der dazu instruiert ist, dem Mahlgaste, nachdem die entrichtete Accise hinzugesetzt ist, nach marktgängigem Preise behändigt, und, wenn solcher diese Bezahlung nicht annehmen will, das Geld von demselben den Armen-Anstalten zugestellt, wie denn solcher wöchentlich von den an die Mahlgäste oder an die Armen-Anstalten abgelieferten Geldern einen Extract an fürstl. Packhaus-Departement einzureichen hat. Ereignen sich wegen solchen Abgangs Differenzen, so sind solche von fürstl. Packhaus-Departement, oder, wenn solches eine gerichtliche Untersuchung für nöthig hält, von dem fürstl. Accise-Gerichte nach der demselben vom fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorio auf die vom fürstl. Packhaus-Departement des Falls zu thunende Anzeige ertheilten Anweisung zu entscheiden.

3) Den Bäckern bleibt gestattet,  $1\frac{1}{2}$  Himten Kleie, um den Stein zu reinigen, vor Aufgebung des Getreides durchzumahlen, welche der Müller bis auf  $1\frac{1}{4}$  Himten wieder zu verschaffen verpflichtet ist. Zu der Beschlemmung aber hat der Müller jedes Mal den alten Schlamm, als den besten, wieder zu gebrauchen, und nur in so weit, als dieses nicht hinreichend, dazu neuen Schlamm, niemals aber Kleie zu Hülfe zu nehmen.

4) Bringt

4) Bringt der Bäcker zu naß gemachten Weizen, welches offenbar ist, sobald die Mühle bedeigt, oder auch ein anderer Mahlgast zu staubiges Korn in die Mühle, so hat sich ein Jeder es selbst zuzuschreiben, wenn dergleichen Korn zum Vermahlen nicht angenommen wird. Wenn daher zu nasser Weizen in die Mühle gebracht wird, so hat der Müller solches dem Mühlenschreiber anzuzeigen. Kann dieser den Müller und Mahlgast nicht gültig vergleichen, so hat derselbe dem fürstl. Packhaus-Departement davon schleunigst Bericht zu erstatten und wird es dessen Gutbefinden überlassen, ob dasselbe die Sache sogleich allein, oder mit Zuziehung eines Bäcker-Ältesten zu entscheiden für nöthig erachte. Gleicher Gestalt hat fürstl. Packhaus-Departement auf den Fall, wenn etwa der Mahlgast sich bei der Zurückweisung des staubigen Kornes nicht beruhigen wollte, eine Entscheidung zu treffen.

5) Das Einstampfen und Eindrücken des Mehls in die Säcke wird künftig nicht gestattet, weil dabei viel verstaubt und der Müller daher das erforderliche Gewicht nicht wieder schaffen kann, und steht diesem des Falls auch frei, die Bäckergefallen und jeden Mahlgast bescheidenlich zu erinnern, daß mit dem Getreide und Mehl rathsam umgegangen und nichts verstreut werde, wie denn auch der Mühlenschreiber darauf zu achten und in vorkommenden Fällen die Mahlgäste bescheidenlich daran zu erinnern hat.

6) Das Getreide wird sogleich gewogen, wenn es in die Mühle kommt, das Mehl aber, sobald es von der Mühle ab und in die Säcke gebracht ist, bei welchem Geschäfte die Hauptarbeit von den Mahlgästen oder deren Gesinde zu verrichten, von den Müllern oder deren Leuten aber nöthigen Falls hilfreiche Hand unentgeltlich zu leisten ist. Das Mehl wird in eben die Säcke, worin das Korn gewogen, wiederum geschüttet, und der von jedem Mahlgaste zur Kleie besonders nach der Mühle zu schickende Sack wird mit dem Korne leer auf die Waage gelegt. In Ansehung des genähten Weizens, welcher die Säcke anfeuchtet, mithin schwerer macht, als solche sind, wenn das Mehl in die während des Mahlens trocken gewordenen Säcke wieder eingeschüttet wird, werden, wegen solcher Nässe, von 8 Himten 2 Pfd. beim Zurückwägen des Mehls zu Gute gerechnet.

7) Da bei heyen Zeiten die Bäcker bisher in den Mühlen anfragen lassen, ob sie zum Mahlen kommen und also den Weizen nässen könnten, so haben dieselben künftig in solchen Zeiten auch in Ansehung des Rodens erst Anfrage zu thun und Antwort zu erwarten, bevor sie das Getreide in die Mühle schaffen, damit nicht der Raum in den Mühlen durch die bei heyen Zeiten dahin geschickten vielen Früchte zu sehr beengt werde. Uebrigens haben die Müllermeister und deren Leute die Mahlgäste mit aller Aufrichtigkeit, Treue und Fleiß zu begegnen, wie denn derjenige, welcher sich einer Gefährde zu Schulden kommen läßt, oder wohl gar zu Hintergehung der Mahlgäste das Mehl, Malz oder Schrot, um das Gewicht zu schaffen, mit Sand vermischt, statt Mehl mehr Kleie zurückwägen läßt u. s. w., so wie auch der Mahlgast, wenn er durch Beiseiteschaffung des Kornes oder Mehls, oder auf eine andere Art den Müller zu vervortheilen sucht, nach vorübergehender von fürstl. Accise-Gerichte geschehener Untersuchung von demselben aufs Nachdrücklichste und Schärfste bestraft werden soll. Verordn. des fürstl. General-Zoll- und Accise-Directorii v. 31. März 1778.

S. auch: Mahlmeße.

### Waaren, Auf- und Abwinden derselben.

S. Auf- und Abwinden schwerer Lasten in Braunschweig.

### Waaren, Ausstehen mit denselben an mehreren Orten.

S. Ausstehen mit Waaren u.

### Waaren, kurze, Verkauf derselben gegen einen durchgängig gleichen Preis.

S. Kurze Waaren.

### Waaren-Mäkler in Braunschweig.

1) Daß zum Waaren-Mäkler zu bestellende Subject muß die Handlung erlernt und die nöthige Kenntniß der Waaren- und Wechselgeschäfte, auch auswärtigen Münzsorten haben, welches dasselbe gehörig darthun muß. Ueberdies muß dasselbe von einem unbescholtenen Rufe sein und das Bürgerrecht hieselbst gewonnen haben, oder noch gewinnen. Insonderheit soll bei Ansetzung eines Mäklers auf diejenigen vorzüglich gesehen werden, die durch Unglücksfälle ohne ihr Verschulden in ihrem eigenen Gewerbe zurückgekommen, und in diesem Betrachte durch Anstellung bei solchem Geschäfte fortgeholfen zu werden würdig sind.

2) Die Bestellung eines solchen Waaren-Mäklers soll auf folgende Art geschehen: das große Victualien-Amt und die Krämergilde wählen drei tüchtige Subjecte und schlagen solche dem fürstl. Polizei-Departement vor, welches sodann eines davon wählt, bestellt und beeidigen läßt.

3) Zur Legitimation und Abwendung alles Unterschleifs soll dem Mäkler ein kleiner elfenbeiner Stock, mit einem Noß gezeichnet, zugestellt werden.

4) Die Anzahl der Waaren-Mäkler bleibt zwar dem fürstl. Polizei-Departement nach Beschaffenheit der Umstände überlassen, jedoch soll fürerst nur einer angenommen werden, und soll sich niemand eines Andern bei 10 Thlr. Strafe bedienen.

5) Der bestellte Waaren-Mäkler soll mit Anzeigung seiner Wohnung nach der Haus-Nummer durch die Intelligenzblätter öffentlich bekannt und namhaft gemacht werden, damit sowohl Kaufleute, als auch diejenigen, die sich seiner bei Verkaufung und Vermietzung der Grundstücke u. bedienen wollen, wissen mögen, an wen sie sich zu wenden haben. Aus eben dieser Ursache muß auch derselbe, wenn er seine Wohnung verändert, solches gleichfalls durch die Intelligenzblätter anzeigen.

6) Zur Vermeidung alles Eigennutzes soll dem Waaren-Mäkler auf keinerlei Weise zugelassen sein, eigene Waaren-Handlung zu führen, es mag solche in einer stillen Compagnie, Commission, Expedition, oder wie es sonst Namen haben mag, bestehen. Eben so wenig soll demselben auch erlaubt sein, Waaren ins Haus oder in Commission zu nehmen, und willkürlich darüber zu disponiren, und eine Handlungs- oder dahin einschlagende Correspondenz zu führen, es sei durch sich selbst oder durch Andere, bei Verlust seines Dienstes.

7) Da einem Waaren-Mäkler nicht zu gestatten ist, sich mit Geld- und Wechselgeschäften zu befassen, indem sowohl nach der hiesigen Stadt- als nach der allgemeinen Handlungs-Versaffung beide Geschäfte nicht in einer und eben derselben Person vereinbart werden können und müssen, so werden beiden die Schranken folgender Gestalt angewiesen, daß dem Waaren-Mäkler der Kauf und Verkauf aller ordinären Kaufmanns- und Apotheker-Waaren und zur Handlung gehörigen Landesproducte, als Wolle, Hopfen u. jedoch excl. des Kornes, die Vermietzungen der Häuser, Gewölbe, Logis, Gärten und Länderei, privative zukommen; dem Geld-Mäkler aller Umsatz mit Geld, Gold und Silber, nicht weniger aller Wechselverkehr überhaupt, auch die Anschaffung und Negotiirung der Capitalien privative vorbehalten bleiben; beiden aber, sowohl dem Waaren- als Geldmäkler, der außergerichtliche freiwillige Verkauf der Immobilien gestattet, dahingegen aber beiden sich mit Pfandverfahrungen abzugeben nachdrücklich verboten sein soll. Diese für einen jeden Mäkler bestimmten Schranken sollen, bei Verlust ihres Stocks und nachdrücklicher Bestrafung, niemals überschritten werden. Wobei es sich übrigens von selbst versteht, daß der Mäkler vorangeführte Geschäfte nur alsdann übernimmt, wenn er dazu gefordert wird, keinesweges aber solche in dem Falle verlangen kann, wenn die Interessenten solche selbst ausrichten wollen, weswegen ihm auch alles Zudringen hiermit ernstlich untersagt wird.

8) Da die vorzüglichste Pflicht eines Mäklers darin besteht, daß er einen jeden Auftrag mit Redlichkeit, Treue und Aufrichtigkeit befolge, die ihm gegebenen Aufträge geheim halte, nicht weniger in seinem Betragen bescheiden, fleißig und ehrbar sein, auch jeder Zeit bei Schließung einer Partei den rechten Ma-

men des Käufers dem Verkäufer, und so vice versa bekannt machen muß, so soll er, Falls er hiergegen handelt, außer Ersetzung des zugefügten Schadens, nach vorgängiger rechtlicher Untersuchung nachdrücklich und nach Beschaffenheit der Umstände auch wohl mit Entsetzung seines Dienstes bestraft werden.

9) Wenn es sich ereignen sollte, daß dem Waaren-Mäkler von mehr als Einem der Auftrag über einen und eben denselben Artikel Waare oder einen andern Gegenstand, der vielleicht nur einfach zu haben ist, gegeben würde, so ist derselbe bei Verlust seines Dienstes oder anpaßlicher Strafe schuldig, dem ihm zuerst gemachten Auftrage den Vorzug zu geben, und solchen so lange zu verfolgen, bis entweder die Partei geschlossen, oder die Tractaten darüber gänzlich abgebrochen sind, bevor er den Auftrag eines Andern über eben den Gegenstand zur Ausrichtung übernimmt.

10) Wenn dem Mäkler Waaren von gleicher Qualität, aber von verschiedenen Preisen zu versagen aufgetragen würde, so hat derselbe dem ersten Committenten zu eröffnen, daß ihm ein nachheriger Auftrag geschehen sei, (ohne jedoch den Namen des letztern Committenten zu nennen,) eben die Waare um einen geringern Preis loszuschlagen, damit der erstere seine Maasregeln danach nehmen könne. Und eben so hat sich der Mäkler zu verhalten, wenn der zweite Committent höhere Preise als der erste stellt, daß er nämlich dem zweiten Committenten eröffne, daß er schon Auftrag habe, die Waare um geringern Preis zu verkaufen.

11) Damit die Geschäfte des beeidigten Mäklers ihre Glaubwürdigkeit erlangen, so soll er schuldig und gehalten sein, alle Aufträge, die ihm zu Ausrichtung aufgetragen werden, in ein bei sich zu führen- des kleines Handbuch einzuschreiben und, nachdem er dieselben ausgerichtet, mit allen Umständen des geschlossenen Handels, ob er nämlich für baares Geld, oder auf Zeit geschlossen, mit Bemerkung des Vornamens des Käufers und Verkäufers, des Tages, der Qualität und Quantität der Waare und was sonst bei dem Kaufe verabredet und bedungen worden, in ein ordentliches Journal und dann ferner in ein Hauptbuch, in welchem er sich alles Radirens und Ausstreichens zu enthalten hat, zu übertragen. Dieses Hauptbuch soll bei entstehenden Streitigkeiten unter den Interessenten über die Richtigkeit des Handels alsdann einen halben Beweis machen, wenn der Handel völlig beendigt und der Mäkler seine Courtage bereits erhalten hat, es sei denn, daß beide Parteien sich darauf beriefen, in welchem Falle es die Kraft eines vollen Beweises haben soll.

12) Vorerwähnte Bücher soll der Mäkler geheim halten und niemandem, außer der Obrigkeit und bei entstandenen Streitigkeiten, vorzeigen, bei Strafe der Entsetzung von seinem Dienste.

13) Damit der Mäkler seinen Committenten in Absicht auf die Courtage nicht übertheile, so soll ihm ein Mehreres nicht, als von allen Arten Kaufmanns-Waaren, imgleichen von Welle und Hopfen, wie auch bei Vermietungen der Häuser, Gewölbe, Logis, Gärten und Ländereien, ein halb Procent vom Kaufpreise, Mieth- und Pachtgelde, von verkauften oder gekauften Immobilien hingegen nur ein Viertel Procent, und zwar in der Maas, daß er solches sowohl vom Käufer und Miether, als vom Verkäufer und Vermiether nehme, bewilligt und zu nehmen erlaubt, auch im Falle, daß Vermietungen oder Verpachtungen auf mehrere Jahre geschlossen werden, sothane Courtage von jedem Contractsjahre sich geben zu lassen gestattet, dahingegen aber noch Extra-Douceure zu bedingen demselben bei 10 Thaler Strafe ausdrücklich untersagt sein.

14) Ob nun zwar dem Waaren-Mäkler erlaubt bleibt, in den Messzeiten den hier zur Messe kommenden Fremden auf Erfordern pflichtmäßig gegen oben festgesetzte Courtage zu dienen, so liegt ihm doch besonders ob, dahin zu sehen, daß

- a) die Waaren, die er für Fremde verkauft, hier zur Stelle veraccist sind, widrigen Falls er solches gehörigen Orts anzuzeigen hat;
- b) daß er in Ausbietung der Waaren den hiesigen Kaufleuten den Vorzug gebe;
- c) es wird ihm ausdrücklich verboten, daß er von auswärtigen Kaufleuten Commissionen übernehme, Waaren auf Lieferung zu verkaufen;

- d) oder auch übergebliebene Meßwaaren zwischen den Meßzeiten zu verhandeln;
- e) daß er mit Auswärtigen weder mittel- noch unmittelbar, das ist, weder durch sich selbst, noch durch Andere, darüber correspondire, oder sie im Verkaufe ihrer Waaren begünstige; endlich
- f) auch den Verkauf in nicht andern oder kleinern Parteien übernehme, als die Meß-Ordnung, den Handel der Fremden betreffend, besagen wird, sich auch überhaupt nach allen der Meßhandlung halber ergangenen Verordnungen genau richte.

15) Wenn jedoch aber etwa ein sich hier in der Stadt aufhaltender Fremder ihm, dem Mäkler, den Auftrag zum Ankaufe einiger Waaren erteilte, so soll ihm zwar erlaubt sein, solchen zu übernehmen, es wird ihm aber dabei zum Besten des hiesigen Commerce zur Schuldigkeit gemacht, bei dem Ankaufe solcher Waaren sich vorzüglich an einheimische Kaufleute zu wenden, und denselben alle Zeit den Vorzug zu geben; nicht weniger auch, dem Verkäufer die Versendung oder Expedition der Waaren selbst zu überlassen, weil ihm, dem Mäkler, dergleichen Versenden niemals gestattet werden soll.

16) Wenn auch der Mäkler bei seinem Verkehr in Erfahrung bringen würde, daß der eine oder der andere Käufer oder Verkäufer bei Schließung eines Handels gefährdet werden könne, so soll er verpflichtet sein, hierbei vorsichtig zu Werke zu gehen, und nicht anders, als auf resp. baare Zahlung und prompte Ablieferung der Waare zu schließen, auch, wenn sich bei dem einen oder andern Schwierigkeiten hervorthun sollten, sodann die Unterhandlung lieber ganz abzubbrechen, als ein dem einen oder andern Theile unsicheres Geschäft zu befördern; wie ihm denn auch bei Strafe der aus seinen Mitteln zu beschaffenden Schadloshaltung und Verlust seines Amtes zur Pflicht gemacht wird, niemanden für gut und sicher auszugeben, von dem er bereits das Gegentheil weiß.

17) Da beim Kaufe und Verkaufe der Waaren, oder auch in Barrat derselben auf Muster oder Probe der Waare gesehen, oder auch in deren Ermangelung auf des Mäklers davon zu machende Beschreibung geachtet wird, so ist seine vorzügliche Obliegenheit, im erstern Falle die Proben von der ganzen Quantität zu nehmen, und wohl zu untersuchen, ob die ganze Partei der genommenen Probe gleich ist, im andern Falle aber keinen Waaren bessere oder schlechtere Eigenschaften beizulegen, als der Wahrheit gemäß ist, damit der eine oder andere Theil nicht hintergangen werde.

18) Sollte der beeidigte Mäkler mit einer Krankheit befallen, oder eine nothwendige Reise oder andere wichtige Abhaltung ihn hindern, seinem Dienste persönlich vorzustehen, so soll er schuldig und gehalten sein, dem fürstl. Polizei-Departement sogleich davon Anzeige zu thun, und denjenigen namhaft zu machen, welchem er die Geschäfte während dessen auftragen will, da denn gedachtes fürstl. Polizei-Departement, nachdem es die Aeltesten der beiden Kaufmanns-Innungen darüber vernehmen lassen, die vorgeschlagene Person, wenn sie dazu tüchtig ist, autorisirt, jedoch soll der Mäkler für die in solchen Fällen durch seinen Substituirtten verrichteten Mäklergeschäfte responsabel bleiben. Außer eben angeführten Fällen aber ist es dem Mäkler nicht erlaubt, weder seinen Sohn, Verwandten, noch sonst jemanden zur Mäkelei zu gebrauchen, oder eine Partei durch dieselben zu schließen, bei 5 Thlr. Strafe in jedem Uebertretungsfalle.

19) Wenn der beeidigte Mäkler überführt werden könnte, daß er in dem einen oder andern Stücke der Mäkler-Ordnung zuwider gehandelt, sich nicht rechtschaffen betragen, und in Ausrichtung der ihm gegebenen Aufträge es an seinem Fleiße ermangeln lassen, so soll derselbe zu gewärtigen haben, daß er auf die von den Aeltesten beider Kaufmanns-Innungen bei fürstl. Polizei-Departement zu thuende Anzeige und die darauf erfolgte rechtliche Untersuchung seines Dienstes entsetzt und ihm der Mäklerstock abgenommen werde.

20) Würde endlich ein Mäkler das Geschäft aufgeben wollen, so soll er solches dem fürstl. Polizei-Departement melden, und die Bücher, wenn solche zuvörderst von dem Gilde-Commissar und den Aeltesten der beiden Kaufmanns-Innungen versiegelt sind, sammt dem Mäklerstocke abliefern. Eben dieses sollen auch dessen Erben beobachten, wenn er mit Tode abgeht. Waaren-Mäkler-Ordnung für die Stadt

Braunschweig vom Jahre 1780, \*) welche den 18. Januar 1781 landesf. confirmirt ist. (Br. Anz. v. 1781. Nro. 19.)

S. auch: Leihhaus zu Braunschweig. §. 20.

cf. Bekanntmach. herzogl. Polizei = Direction zu Braunschweig v. 7. Octbr. 1832. (Br. Anz. v. 1832. Nro. 185.)

### Waaren = Obligationen.

S. Obligationen unter Kaufleuten.

### Waaren, Stempelung derselben.

Die Obrigkeiten sind nochmals an die Befolgung der landesf. Verordn. v. 10. August 1769, \*\*) wie es mit der Bescheinigung und Stempelung der im Inlande gefertigten und außer Landes gehenden Waaren zu halten, erinnert und insbesondere in Betreff der Metall- und Blank schmiede = Waaren angewiesen, in den darüber auszustellenden Certificaten die abgesandten Waaren sowohl nach ihrer Quantität als Qualität zu verzeichnen. Landesf. Circular = Rescript v. 19. Juli 1798.

S. Hopfen — Blank schmiede = Waaren.

### Waaren, Untauglichkeit derselben.

S. Untergericht zu Braunschweig, welche Sachen dahin gehören. §. 14.

### Waaren, Verkauf derselben unter dem Werthe von Seiten des Bevollmächtigten.

Wenn jemand einem Weibe Waaren zu einem gesetzten Preise verabsolgen lassen, mit der Bedingung, daß solche ihm entweder das Geld nach dem determinirten Preise einliefern oder die Waaren zurückbringen solle, so verstaten zwar die Rechte (L. 5. §. 4. D. mandati), da der Bevollmächtigte dem mandato zuwider die Waaren wohlfeiler verkauft, die rei vindicationem, da aber auch der mandans sich darin versehen, daß er einem unzuverlässigen Weibe die Waaren anvertraut, und dadurch Gelegenheit gegeben, daß unschuldige Leute hintergangen worden, so mögen diese hierdurch keinen Schaden leiden, sondern er ist selbige schadlos zu halten schuldig. Landesf. Rescr. v. 6. März 1763 an den Magistrat zu Braunschw. \*\*\*)

### Waaßen.

S. Bau-, Rug- und Brennholz — Brenn- und Rugholz, Abgabe davon an den Thoren zu Braunschweig und Wolfenbüttel.

### Wachen.

Der Bauermeister, so die Bestellung der angeordneten Tag- und Nachtwachen unterläßt, soll für jedes Mal 5 Fl., der aber, so bestellt ist und ausbleibt, oder nachlässig ist, gleichfalls 5 Fl. erlegen, und demjenigen, welcher durch Unterlassung oder Unfleiß der Wache Schaden leidet, den Schaden bezahlen. Allgem. Land. Ordn. Art. 24.

Die Obrigkeiten werden nicht nur auf die wegen der Nacht- und Niegewachen auf dem Lande ergangenen Verordnungen, insbesondere v. 10. August 1744 und 10. Mai 1753 †) verwiesen, sondern

\*) Eine ältere Mäcker = Ordnung war v. 11. August 1707.

\*\*) Eine solche Verordnung ist nicht aufzufinden, auch im Leisteschen Repertorium nicht angeführt.

\*\*\*) Das Rescript ist in Sachen des Kaufmanns Böß und Conf. wider den Galanteriehändler Wahn in puncto der von der Wilkeschen Ehefrau an jene verkauften und von diesem vindicirten Waaren auf die Beschwerden der ersten ergangen.

†) S. Nachtwächter.

auch befehligt, die Verfügung zu treffen, daß in einem jeden Dorfe neben einem ordentlichen Nachtwächter noch eine Kiegewache aus der Gemeinde angeordnet wird, für selbige eine besondere Wachtstube, wo die ganze Nacht hindurch Licht brennen und einiges Schießgewehr in Bereitschaft gehalten werden muß, auszumachen und sowohl die beständigen Nachtwächter als die abwechselnden Kiegewachen nach den Umständen eines jeden Orts hinlänglich und nachdrücklich zu instruiren, wie selbige sich beim Abrufen der Stunden, beim Patrouilliren und Visitiren der Wirths- und anderer Häuser, auch, wenn sie dabei etwas Verdächtiges wahrnehmen, bei dessen weiterer Kundmachung verhalten sollen, wie nicht weniger die übrigen Einwohner anzuweisen, was selbige in Betracht der Arretirung oder Verfolgung des betretenen bösen Gesindels für Maßregeln zu nehmen haben, damit eines Theils Unheil abgewendet werde, andern Theils aber ausgeübte Uebelthaten nicht ungestraft hingehen, sondern die Thäter wo möglich zur Haft gebracht werden. Landesf. Aussch. v. 20. Octbr. 1763.

S. auch: Nachtwächter — Bettler.

cf. Landesf. Rescript v. 9. August 1815. (Bege I. p. 351.) — Rescript fürstl. Geh. Raths-Collegii v. 29. April 1816. (Bege I. p. 353.) — Rescript herzogl. Staats-Ministerii v. 18. Juli 1829. (Bege II. p. 247.)

### Wärmefrauen.

S. Hebammen und Wärmefrauen.

### Wagen, angespannte, auf den Straßen.

S. Fuhrleute, auf den Straßen zu Braunschweig haltende.

### Wahnsinnige.

Obwohl es gewiß genug ist, daß die Last der Verpflegung wahnsinniger Armen eher den Unter- als Obergerichten anlebe, weil jene meistens, diese aber selten fructus jurisdictionis zu genießen haben, die schwachen wahnsinnigen Armen aber dennoch unter die Zahl anderer wahrhaftig Armen mit gehören, mithin so wohl wie diese der durch die Armen-Anstalten für die Nothleidenden bezeugten landesväterlichen Fürsorge mit zu genießen haben, so soll den Untergerichten bei Erhaltung und Verpflegung wahnsinniger Armen in gewisser Maße der Gestalt zu Hülfe gekommen werden, daß dergleichen Verpflegungskosten, wenn solche Arme keine vermögende nahe Blutsverwandte haben, aus den in ihren Orten zu sammelnden Armengeldern genommen, oder, Falls selbige des Behufs nicht hinreichend wären, aus der Collectur des ganzen Amts-Districts, in welchem solche Untergerichte gelegen, zusammen gebracht werden sollen. Dafern aber die schwachen und wahnsinnigen Armen vermögende nahe Blutsverwandte hätten, so sind dieselben bekannten Rechten nach für ihre Verpflegung zu sorgen schuldig und dazu anzuhalten. Landesf. Verordn. v. 10. April 1745.

S. auch: Kranke, arme — Vormünder, wenn solche zu bestellen sind.

cf. Circular-Rescript herzogl. Cammer-Collegii v. 8. Decbr. 1832, die Vorschriften rücksichtlich der Aufnahme geistes- und gemüthskranker Personen in das St. Alexii-Pflegehaus zu Braunschweig enthaltend.

### Wahrsagen.

Es soll sich jedermannlich des abgöttischen Wahrsagens, Aberglaubens, Segniens und Cristallsehens enthalten, niemand auch dasselbe begehren, oder es sollen sowohl diejenigen, welche sich unternehmen, solcher gottlosen Leute Rath sich zu bedienen, als diejenigen, welche solche abgöttische Händeltätlich gebrauchen, zu ernster willkührlicher Strafe gezogen und nach Gelegenheit an Leib und Leben be-



strafte werden. Die Obrigkeit soll fleißige Aufsicht haben, daß dergleichen nicht möge geduldet werden, und da sich obgedachte abgöttische und abergläubische Leute finden und aufhalten sollten, alsdann davon zu fernerer Verordnung und ernster Bestrafung ungesäumte Relation erstatten. Landesf. Verordn. v. 8. Septbr. 1648.

### Waisenhaus.

S. Ordnung des Armen-, Waisen-, Zucht- und Werkhauses zu Braunschw. vom Jahre 1677 \*) — Armenknaben, von den Waisenhäusern und Armen-Anstalten unterhaltene — Meierwesen des großen Waisenhauses B. M. V. zu Braunschweig.

### Waisenhaus-Schule zu Braunschweig.

Ein jeglicher, welcher Kinder oder Pflegebefohlene in die Waisenhaus-Schule daselbst schickt, soll das Schulgeld dafür alle Vierteljahr richtig und uferinnert bezahlen; wenn solches nicht geschieht, so soll der rechnungsführende erste Informator es dem künftl. Waisenhaus-Directorio binnen 8 Tagen nach verflossenem Quartale bei Vermeidung der Zahlung aus eigenen Mitteln melden, dieses den Debiten erinnern lassen, und, wenn das rückständige Schulgeld sammt einem Sgr. für jeden Gang des Monitors nicht so gleich mitgeschickt wird, des Debiten Obrigkeit um die Beitreibung des rückständigen Schulgeldes brevi manu erinnern, welche sich allenfalls auf Vorgeigung dieser Verordnung darunter sogleich willig und behülflich zu erweisen hat. Landesf. Verordn. v. 6. Mai 1763.

### Waisen-Versorgungs-Anstalt.

S. Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt.

### Waldbrand.

S. Feuersbrünste in den Forsten.

### Wannensteine.

S. Gräben an den Feldern, Wiesen und Wegen — Feldwannen — Abpflügen.

### Wardirungs-Eid.

Ihr sollt geloben und einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium schwören, daß ihr dasjenige, was euch zu wardiren vorgestellt und gezeigt werden wird, so viel ihr dessen wisset, verstehtet und ermäßigt, den wahren eigentlichen Werth vermelden und darunter keinem etwas zu Liebe oder zu Leide, noch wegen Gabe, Geschenk, Nutzen, Gunst, Haß, Freundschaft, Feindschaft, Furcht oder anders, wie das Menschen-Sinne erdenken mögen, vorgehen lassen, besondern allein zur Beförderung der Gerechtigkeit die eigentliche Beschaffenheit berichten wollt, getreulich und ohne Gefährde.

Anhang zur Kanzlei-Ordnung Nro. XX und Hofgerichts-Ordnung Tit. XLV.

### Warmes Wasser, Fortlassen desselben.

S. Lauge und warmes Wasser, Fortlassen desselben in Braunschweig.

### Warnung vor dem Meineide.

S. Meineid, Warnung vor demselben.

\*) Im Jahre 1748 wurde das Zucht- und Werkhaus von dem Waisenhaus getrennt. S. Ribbentrop's Geschichte und Beschreibung der Stadt Braunschweig Thl. I. p. 34.

### Wassergräben, Hineinbauen in dieselben.

S. Okerkanäle und Gräben in Braunschweig.

### Wasserkünste in der Stadt Braunschweig.

S. Landesf. Reglement v. 29. Juni 1769, die Wasserkünste in der Stadt Braunschweig betr. \*)  
(Br. Anz. v. 1769. Nro. 57.)

### Wasserleitungen.

S. Brunnen und Wasserleitungen in Braunschweig.

### Wechsel=Acceptation.

S. Wechsel=Recht. Art. 16 bis 24, 29 und 31 der Wechsel=Ordnung v. 1. August 1715.

### Wechsel=Acceptation per honor di lettera.

S. Wechsel=Recht. Art. 16, 17 und 18 der Wechsel=Ordnung v. 1. August 1715.

### Wechsel=Arrest.

S. Wechsel=Recht. Art. 2, 5 und 6 der Wechsel=Ordnung vom 1. August 1715. — S. auch: Wechsel=Execution.

### Wechsel=Ausgeber.

S. Wechsel=Recht. Art. 45 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715 und Verordn. v. 9. März 1767.

### Wechsel, Ausstellung und Acceptation durch Bevollmächtigte.

S. Wechsel=Recht. Art. 7 und 8 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

### Wechsel, Ausstellung mehrerer über dieselbe Summe.

S. Wechsel=Recht. Art. 12 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

### Wechsel, davon soll der Trassat avisirt werden.

S. Wechsel=Recht. Art. 13 und 16 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

### Wechsel der Bauern.

S. Wechsel=Recht. Art. 2 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

### Wechsel=Beklagter, Erscheinen desselben durch einen Mandatar.

S. Wechsel=Recht. Art. 2 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

Wechsel,

\*) Ältere, diesen Gegenstand betreffende Verordnungen sind: Ordnung über die drei Wasserkünste zu Braunschweig, die Barward Toffelmäcker gemacht hat, gebauet im Sacke a. 1527, im Hagen a. 1549 und in der Altstadt a. 1541 — Des Raths der Stadt Braunschweig Ordnung der Wasserkünste im Sacke 1570 — Ordnung und Artikel der Wasserkunst in der Neustadt zu Braunschweig, so Barward Toffelmäcker daselbst gemacht hat a. 1529, gedruckt 1606 und aufs Neue 1649 — Des Raths der Stadt Braunschweig neu confirmirte Ordnung und Artikel, die bei der St. Regi dienmühle in der Altenwieß a. 1526 erbaute Wasserkunst betr., v. 20. (29.?) Decbr. 1637 — Ordnung der Wasserkunst am Gieseler in der alten Stadt Braunschweig a. 1561, gedruckt 1643 — Des Raths Verordn. v. 6. Decbr. 1684, das Röthrenwasser und die Piepenkünste betr. — Derselben Ordnung und Artikel des Weichbildes Sack v. 12. April 1670 — Landesf. confirmirte Ordnung der Wasserkunst am Gieseler v. 17. März 1708, neu gedruckt 1724 und 1780.

**Wechsel, Commissionswaaren und Pfänder zur Sicherheit derselben.**

S. Wechsel-Recht. Art. 53 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel-Cours.**

S. Wechsel-Recht. Art. 47 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, eigene, Bezahlung derselben.**

S. Wechsel-Recht. Art. 30 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, Erfordernisse derselben.**

S. Wechsel-Recht. Art. 1 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel-Execution.**

Wer um baares Geld etwas gekauft, oder sonst um bekanntliche und überführte, oder in continenti erweisliche Wechsel, oder andere Kaufmannsschuld besprochen wird, der soll alsofort auf Ansuchen des Creditors baare Zahlung oder annehmliche Versicherung verschaffen, oder da er deren keines vermöchte, soll er in den Gehorsam gehen und so lange darin verbleiben, bis er seinen Gläubiger befriedigt. Markt-Gerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 31.

S. auch: Wechsel-Recht. Art. 2 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715 und landesf. Rescript v. 31. Octbr. 1768.

**Wechsel eines Factors, auf sich selbst gestellt.**

S. Wechsel-Recht. Art. 8 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel einer Frau.**

S. Wechsel-Recht. Art. 2 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel der Geistlichen, Kirchen- und Schulbedienten.**

S. Wechsel-Recht. Art. 6 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, gerichtlich bestätigte.**

S. Wechsel-Recht. Berordn. v. 28. Octbr. 1784.

**Wechsel, Giriren derselben.**

Die mehrmals girirten, indossirten oder transportirten Wechselbriefe sollen, ob sie gleich nicht aller Orten zulässig, bis zu anderweiter Verordnung, wenn nur Zeit, Namen und alles, was dazu gehört, völlig darin exprimirt, für gültig angenommen werden. Da nun über eine Summe mehrere Wechselbriefe ausgestellt, so soll prima alsofort an den Ort, da er bezahlt werden soll, gesandt, und mit demselben in allen Stücken ordnungsmäßig, wie mit dem einfachen, verfahren, auf dem secunda aber oder tertia, welche inzwischen anderweit verhandelt und indossirt werden können, soll vom Remittenten zur Nachricht verzeichnet werden, in wessen Hand prima anzutreffen, und ist der Acceptant ohne vorgezeigtes richtiges Indossament oder andere genugsame Legitimation oder Caution bei der Verfallzeit zu zahlen nicht schuldig, sondern er mag die Gelder gerichtlich deponiren; wenn aber von solchen Wechselbriefen der eine oder andere zu recht käme und acceptirt und bezahlt würde, so sollen die übrigen für erloschen und unfruchtbar geachtet werden. Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 20.

S. auch: Wechsel-Recht. Art. 42 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, Indossamente in bianco derselben.**

S. Wechsel=Recht. Art. 43 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel=Klagen, wo sie anzubringen sind.**

S. Wechsel=Recht. Art. 59 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel=Kraft nach der Verfallzeit.**

S. Wechsel=Recht. Art. 45 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, auf Loose gestellte.**

S. Wechsel=Recht. Landesf. Rescript v. 4. April 1754.

**Wechsel=Mäkler.**

S. Wechsel=Recht. Art. 48 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, von Minderjährigen ausgestellte.**

S. Wechsel=Recht. Art. 5 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, Namens=Unterschrift bei denselben.**

S. Wechsel=Recht. Art. 1 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel der Officiere.**

S. Wechsel=Recht. Art. 2 und 59 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel=Ordnung.**

Marktgerichts- und Wechsel=Ordnung behuf der beiden kaiserl. freien und privilegierten großen Märkte der Stadt Braunschweig v. 1. Decbr. 1686.

Daß, was dieselbe noch practisch Wichtiges enthält, ist unter den betreffenden Rubriken extrahirt.

Wechsel=Ordnung v. 1. August 1715; f. Wechsel=Recht.

**Wechsel, Particularzahlung auf dieselben.**

S. Wechsel=Recht. Art. 35 und 36 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, Prälation im Concurse.**

S. Wechsel=Recht. Art. 54 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel, Präsentation desselben.**

S. Wechsel=Recht. Art. 15 und 23 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

**Wechsel=Proceß.**

S. Wechsel=Recht. Art. 2, 3, 9 und 59 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 18.

**Wechsel=Proceß, Appellation in demselben.**

S. Wechsel=Recht. Art. 58 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel=Proceß, Wiederklage in demselben.

S. Wechsel=Recht. Art. 3 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel, Protestation derselben.

S. Wechsel=Recht. Art. 14, 33 bis 36, 38, 40 und 41 der Wechsel=Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel=Recht.

Art. 1. Wegen der Form bei Stellung der Wechselbriefe ist verordnet, daß darin jedes Mal folgende Punkte, wiewohl ohne dieser Ordnung eben präcise zu folgen, exprimirt werden sollen, nämlich:

- 1) Der Name desjenigen, dem oder auf dessen Ordre die Zahlung zu thun.
- 2) Die Summa und Geldsorten, <sup>1)</sup> so gezahlt werden sollen; und zwar soll die Summe zu Verhütung aller Verfälschung besonders mit Ziffern und besonders mit Buchstaben ausgedrückt werden.
- 3) Die Verfallzeit. <sup>2)</sup>
- 4) Die Valuta und von wem sie gehoben sei.
- 5) Das Datum, wann und wo der Wechselbrief ausgestellt worden.
- 6) Die Unterschrift und zwar der völlige Tauf- und Zuname des Ausgebers oder Trassirers, <sup>3)</sup> und endlich
- 7) Die Ueberschrift und der Vorname desjenigen, auf den die Tratta geschieht, oder der die Zahlung thun soll.

Dafern aber, insonderheit in Wechselbriefen, so von andern Orten anher ertheilt werden, die Valuta etwa nicht bemeldet, ja sogar auch, wenn sie gleich wirklich nicht empfangen wäre, soll demungeachtet der Wechselbrief, weil er auf Glauben ausgegeben, in seinen vollen Würden und Kräften bleiben, und, da er nach der Hand simpliciter acceptirt worden, zur Verfallzeit, indem der Acceptant sich dadurch zum Selbstschuldner gemacht, bei Vermeidung schleuniger Execution bezahlt werden.

S. auch: Verordn. v. 29. Octbr. 1821, die Stempelsteuer betr., §. 5. Nro. 5. <sup>4)</sup>

Art. 2. Es sollen alle und jede, so Wechselbriefe kaufen, ausgeben, indossiren, präsentiren, acceptiren oder als Bürgen zeichnen, sie seien männlichen oder weiblichen Geschlechts, <sup>5)</sup> hohen oder niedrigen Standes, Hof-, Capitular-, <sup>6)</sup> Civil- oder Militairpersonen, <sup>7)</sup> Gelehrte <sup>8)</sup> oder Ungelehrte, Bürger oder Bauern, <sup>9)</sup> sowohl als die Kauf- und Handelsleute an diese Wechsel=Ordnung gebunden sein, und bei entstehen der Klage, insonderheit aber in Ermangelung richtiger Bezahlung wider den beklagten Debitor ohne einiges Ansehen der Person nach strengem Wechsel=Recht solcher Gestalt verfahren werden, daß diejenigen, so einen Wechselbrief ausgestellt oder acceptirt oder als Bürgen gezeichnet haben, und deswegen vor Gericht gefordert werden, <sup>10)</sup> sogleich auf geschene Citation allda in Person (gestalt denn kein Mandatar oder Advocat ohne landesf. ausdrückliche Concession zugelassen werden soll) <sup>11)</sup> sub poena confessi et

1) cf. Verordn. v. 18. Octbr. 1801.

2) cf. Landesf. Resolution v. 4. April 1754.

3) cf. Landesf. Rescript v. 28. Febr. 1746.

4) Nach der landesf. Verordn. v. 23. Febr. 1767 sollten von den Gerichten bei 10 Thlr. Strafe keine Wechselbriefe, wenn sie nicht auf das gesetzliche Stempelpapier geschrieben worden, angenommen werden.

5) cf. Declarat. v. 20. Febr. 1744. — Landesf. Rescript v. 30. Novbr. 1744. — Rescript v. 17. Septbr. 1756.

6) cf. Landesf. Rescript v. 2. Septbr. 1760.

7) cf. Verordn. v. 4. Juli 1774 — unter: Officiere, Schuldenmachen derselben.

8) cf. Art. 6.

9) cf. Verordn. v. 30. Januar 1772.

10) cf. Rescript v. 4. April 1782.

11) cf. Erlaß des Kaufgerichts zu Braunschweig v. 13. August 1731.

recogniti erscheinen und denselben und ihre Hand entweder recognosciren oder eidlich dissimuliren, wenn sie dieselbe aber für die ihre erkannt, solutionem oder compensationem <sup>1)</sup> in continenti klar und mit unverdächtigen Quittungen, Scontro-Büchern oder andern unleugbaren Urkunden erweisen, <sup>2)</sup> oder da sie zu solchem Beweise nicht gelangen könnten und die Zeit der Bezahlung verfloßen wäre, alsofort ohne Verstattung einiger weitem Frist, oder anderer als in dieser Ordnung exprimirter weder peremptorischen noch dilatorischen Exceptionen zur wirklichen Bezahlung, jedoch mit Vorbehalt ihres Rechts, so sie in der Reconvention ausführen können, angestrengt <sup>3)</sup> und, da sie selbige verweigerten oder zu thun nicht vermöchten, mit Personal-Arrest, ob sie gleich sonst mit Immobilien angefaßt, belegt werden, und so lange im Gehorsam verbleiben sollen, bis sie ihren Creditor nach Wechsel-Recht völlig vergnügt. <sup>4)</sup> Es steht dem Creditor auch, sonderlich bei etwa sich ereignendem Concurse, frei, <sup>5)</sup> zu gleicher Zeit Arrest auf des Debtors Güter und Effecten zu suchen.

Art. 3. Dahingegen soll aber auch den Verhafteten nach geschehener wirklichen Bezahlung, wenn sie sonst einige rechtliche Exceptionen dawider einzuwenden hätten, in der Reconvention ohne alle Weitläufigkeit und per modum processus summarii hinwieder zu dem Ihrigen verholten, und da der Kläger in loco solutionis mit unbeweglichen Gütern nicht angefaßt wäre, so sollen ihm die von dem Beklagten ausgezahlten Gelder in seine Hände nicht verabsolgt werden, ehe und bevor er durch hinlängliche Pfänder oder sichere Bürgen, so hoch als sich das Capital und der verursachte Schaden oder die Unkosten belaufen möchten, genugsame cautio de iudicio sisti et iudicatum solvi bestellt.

Art. 4. Auf gleiche Weise soll auch in solchen Fällen wider der Wechselschuldner Erben, da etwa ihr Erblasser Wechselbriefe ausgestellt, indossirt, acceptirt oder als Bürge gezeichnet und dieselben erst nach seinem Tode mit Protest zurück kämen, oder er nach der Acceptation und vor der Bezahlung verstorben wäre, nach Wechsel-Recht verfahren werden; ihnen auch der sonst gewöhnliche annus deliberativus <sup>6)</sup> nicht zu Statten kommen, dafern sie nicht mittelst inventarii oder einer eidlichen Specification der ganzen Erbschaft sofort renunciirten und bonis cedirten, auf welchen Fall sie denn der Haft erlassen, und ex propriis etwas zu bezahlen nicht angestrengt werden sollen.

Art. 5. So viel aber die Minderjährigen anbetrifft, die annoch unter ihrer Eltern, <sup>7)</sup> Vormünder oder Curatoren Gewalt, Direction oder Pflege stehen, soll kein von ihnen ausgestellter oder gezeichneter Wechselbrief gültig sein, es wäre dann, daß sie mit derselben Consens oder Vorbewußt kundbarlich eigene Handjorennibus gehalten werden und ihre Verpflichtungen und Wechselbriefe sie kräftig verbinden sollen, darauf auch nach Wechsel-Recht zu verfahren ist.

Art. 6. Den Geistlichen, Kirchen- und Schulbedienten wird zwar hiermit vergönnt, zu ihrer und der Ihrigen Nothdurft und Bequemlichkeit der Wechselbriefe sich in so weit zu bedienen, daß sie vermittelt derselben z. E. ihren Söhnen Geld an andere Orte behuf ihrer Studien und Reisen übermachen, auch, da selbige mit ihrer Bewilligung irgendwo Geld aufgenommen hätten, oder sie selbst etwas in andern Ländern erkaufen ließen, sich hinwiederum von denselben und ihren Commissarien mit Wechseln beziehen lassen können. Sie bleiben auch in so weit an die Wechsel-Ordnung gebunden, daß sie darunter in Allem der-

1) cf. Landesf. Resolution v. 19. Octbr. 1751.

2) Dieselbe Bestimmung enthält schon die Marktgerichts- und Wechsel-Ordnung v. 1. Decbr. 1686. — cf. Berordn. v. 27. Septbr. 1799.

3) cf. Rescript v. 5. April 1749.

4) S. auch: Wechsel-Execution.

5) cf. Art. 53 sqq.

6) cf. Landesf. Rescript v. 12. Febr. 1767.

7) cf. Landesf. Rescript v. 21. Mai 1746.

8) cf. Berordn. v. 4. Juli 1774.

selben gemäß verfahren und durch ihre Kinder oder Commissarien im Präsentiren und Protestiren zc. verfahren lassen, oder widrigen Falls, da etwa ihnen oder Andern, mit denen sie engagirt, durch derselben Versehen oder Versäumniß einiger Schaden entstände, denselben über sich nehmen und resp. vergüten müssen. Wechselzettel aber selbst zu stellen und mit Wechseln Handlung und Bucher zu treiben, ist ihnen, gleich wie alle Kaufmannschaft, hiermit gänzlich verboten; gestalt denn auch allenfalls ihre Wechselbriefe nicht anders als von Waaren herrührende Obligationen <sup>1)</sup> angesehen und darauf zwar executive wider sie verfahren, nach strengem Wechselrecht <sup>2)</sup> aber, um alles daher zu besorgenden Uergernisses, Unordnung und Versäumniß der Gemeinde, des Gottesdienstes und der Schul-Information willen, mit Personal-Arrest sie keinesweges belegt werden sollen.

Art. 7. Wer in eines Andern Namen Wechselbriefe stellen oder honoriren will, soll, wenn es eine verhehlichte Weibsperson, von ihrem Manne, ein Bedienter oder Factor aber, von seinem Prinzipal genugsame und, da er ein Fremder, von des Orts Obrigkeit, unter welcher er angeessen, beglaubte schriftliche Vollmacht beibringen, dieselbe dem Actuar oder Secretair des höchsten Gerichts, wo er sich aufhält, in der Stadt Braunschweig aber, in specie in der Messe, dem Secretair des Kaufgerichts mit einer gleichlautenden Copie zu Gewinnung der Zeit zustellen und nach vorgängiger Collation das Original von demselben unterzeichnen und sich zurück geben, die auscultirte Copie aber dem Actuar oder Secretair, um sie dem dazu verordneten Vollmachtssbuche demnächst einzuverleiben, lassen; wie nun Kraft solcher Vollmacht der Mann, Herr oder Prinzipal so lange verbunden sein soll, bis die darin ausdrücklich zu bestimmende Zeit verfloßen, oder er sie vor demselben Gerichte aus rechtmäßigen Ursachen widerrufen und seine Revocation allda ordentlich wieder hat zu Buche tragen lassen, also ist er, wenn seine Frau, Diener oder Factor ohne dergleichen Vollmacht einigen Contract auf seinen Namen eingehen, daran keinesweges gebunden. <sup>3)</sup>

Art. 8. Wenn ein Factor bei habender dergleichen Vollmacht Wechselbriefe auf sich selbst stellt, so bleibt er derselben unbeschadet die Zahlung zu thun verbunden, und hat der Inhaber, wenn der Prinzipal sich von selbst dazu nicht verstehen will, dieselbe von niemandem als ermeldelem Ausgeber oder Indossanten zu prätendiren.

Art. 9. Wer nun aber an einen andern Ort Geld per Wechsel übermachen will, der soll dem Wechsel oder Ausgeber des Wechselbriefes, sobald er solam oder etwa primam von ihm empfängt, wegen der darin benannten Summe unverzüglich und auf die Weise, wie sie vorher sich der valuta halber mit einander verglichen haben, vergnügen. <sup>4)</sup> Weigerte er sich dessen und hätte den Wechselbrief unmittelbar allbereits zur Eincassirung versandt, oder an einen Andern indossirt, es wäre auch in des Ausgebers Vermögen nicht, denselben (wie er sonst wohl in dergleichen Fällen zu thun befugt) zu contramandiren, so soll der Debitor dazu sofort allermäßen, wie im 2. Art. verordnet worden, angehalten, und also dem Ausgeber des Wechselbriefes zu vollkommener Sicherheit und Satisfaction verholßen werden.

Art. 10. Wäre aber vorher unter ihnen verabredet, daß der Remittent die veraccordirte Summe nicht eher bezahlen sollte, als bis von dem Orte, dahin prima versandt, Nachricht eingelaufen, daß derselbe gebührend acceptirt worden, so soll er dem Trassanten unmittelbar gleichwohl einen Interimsschein ertheilen, und darin sowohl ermeldete Summe, als auch, daß er den Werth an einem auf diesen oder jenen Mann und Platz gerichteten Wechselbrief von demselben empfangen, deutlich exprimiren, auch darauf nach eingelaufenem Berichte, daß der Wechselbrief honorirt worden, ihm den Inhalt gegen Auskhändigung seines Interimsscheins bei Vermeidung der Execution (wie vorhin gemeldet) vergnügen.

Art. 11. Es soll auch sonst ein jeder Remittent oder Geber des Geldes den empfangenen Sola- oder

1) S. Art. 52.

2) cf. Landesf. Rescript v. 9. Septbr. 1760.

3) Dasselbe war auch schon in der Marktgerichts- und Wechsel-Ordnung v. 1. Decbr. 1686. Art. 18 bestimmt.

4) Die Marktgerichts- und Wechsel-Ordnung v. 1. Decbr. 1686. Art. 28 verordnet schon dasselbe.

**Prima-Wechselbrief**, dafern er sich vorher mit dem Trassanten nicht eines Andern verglichen, bei der ersten Post an den Ort, wohin er gerichtet, zur Acceptation versenden, und daß derselbe von dem Inhaber, wenn er sein Mandatar, dem Trassaten <sup>1)</sup> zu rechter Zeit präsentirt werde, verfügen. Ist derselbe darunter nachlässig und es entsteht daraus einiger Schaden, indem der Trassat oder ein anderer Debitor des Trassanten, auf den die Tratta geschehen, immitteltst fallirte, so muß er denselben büßen und kann zwar deswegen wohl an den Mandatar, keinesweges aber an den Ausgeber des Wechselbriefes hinwiederum seinen Regreß nehmen. Dafern es sich aber zutrüge, daß die Posten spoliirt würden oder die Briefe durch andere Verhinderungen unterwegs liegen blieben, so ist er den Schaden über sich ergehen zu lassen nicht schuldig.

**Art. 12.** Gleich wie aber ein jeder Herr des Wechsels befugt, denselben nach Art. 42 an Andere zu transportiren oder zu indossiren, also ist auch der Ausgeber des Wechselbriefes verbunden, demselben theils zu solchem Ende, theils damit, im Falle der erste verloren ginge, er sich des zweiten und so fortan des dritten zu Erhebung der Bezahlung bedienen könne, auf sein Begehren über ein und denselben Posten Geldes verschiedene Wechselbriefe zu ertheilen. Es soll aber alsdann der Herr des Wechsels oder Remittent auf secundam oder tertiam jedes Mal den Namen desjenigen verzeichnen, bei welchem prima, wenn er acceptirt ist, anzutreffen, auch sonst damit, wie im Art. 42 verordnet, verfahren werden.

**Art. 13.** Ferner soll der Trassant den Trassaten fordersamst avisiren, auf wessen Conto oder Rechnung die Tratta geschehen, und auf welche Art er sich, da er von ihm keine Provision in Händen hätte, etwa der Bezahlung halber revaliren solle, zu dem Ende auch nicht versäumen, den Advisbrief entweder zugleich mit dem Wechselbriefe, oder doch bald hernach mit der ersten Post an denselben fort zu senden, widrigen Falls er sich an demselben bei etwa verweigernder Acceptation oder Zahlung nicht erholen kann, ob er gleich sonst sein Debitor wäre.

**Art. 14.** Gestalt er denn auch auf solchen Fall, und da der Trassat die Acceptation oder Zahlung ganz oder zum Theil verweigerte <sup>2)</sup> und von dem Herrn des Wechsels oder Remittenten ihm solches mittelst Vorzeigung des wegen nicht geschעהner Acceptation gefertigten Protestes kund gemacht würde (welches längstens innerhalb 24 Stunden nach dessen Empfang geschehen soll), demselben nicht allein ohne Verzug annehmlische Caution mit Bürgen oder Pfändern zu stellen, sondern auch, wenn die Zahlung gar nicht erfolgte, Capital, Agio, Interesse, Schaden, Rückwechsel, Protest und andere Unkosten nach Wechsel-Recht zu erstatten schuldig. <sup>3)</sup>

**Art. 15.** Damit nun beide, der Trassant und der Remittent, solcher Ungelegenheiten überhoben bleiben, so sollen die Inhaber die Wechselbriefe sowohl in den Messen, als wenn sie zwischen der Zeit einlaufen, oder allhier zur Stelle ausgegeben worden, alle Mal gehörigen Orts ohne einigen Verzug zur Acceptation präsentiren, <sup>4)</sup> oder widrigen Falls für den daraus entstehenden Schaden haften. <sup>5)</sup>

**Art. 16.** Wie aber niemand wider seinen Willen zur Acceptation genöthigt werden mag, also steht auch dem Trassaten frei, insonderheit wenn ihm vor der Präsentation des Wechselbriefes kein Advisbrief von dem Trassanten nach Art. 13 zugekommen oder in demselben keine annehmlichen Mittel zur Wiederbezahlung angewiesen wären, den Wechselbrief entweder gar nicht, oder doch nicht ex mandato, sondern nur per honor di lettera und sopra protesto zu acceptiren.

**Art. 17.** Wollte erstern Falls der Präsentant den Brief selbst honoriren oder ein tertius zutreten, und statt desjenigen, auf welchen der Wechselbrief lautet, solches, um den Trassanten oder Indossanten bei Ehren und Credit zu erhalten, thun, so haben sie solches Beide Macht; ehe und bevor aber jemand

1) Durch einen Druckfehler steht hier im Originale der Verordnung Trassant statt Trassat.

2) cf. Art. 35 und landesf. Rescript v. 13. Decbr. 1763.

3) Art. 19 der Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686 verordnet schon dasselbe.

4) S. Messen, Gros- und Detail-Handel, auch Zahlung der Wechsel in denselben; Verordn. v. 5. Febr. 1768.

5) Dasselbe bestimmt schon der Art. 17 der Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686.



acceptirt, muß er den Wechselbrief protestiren lassen und also denselben nebst dem Protest an sich nehmen, oder resp. das Protestiren durch den Inhaber verrichten und nachher den Protest sich zustellen lassen; imgleichen muß bei der Protestation und Acceptation ausdrücklich gemeldet werden, daß diese per honor di lettera geschehe; insonderheit auch, ob man sie dem Trassanten oder Indossanten zu Ehren zu verrichten gemeint sei; es muß auch alsdann sowohl der tertius acceptans als der rechte Trassat (wenn dieser nämlich zuerst sopra protesto acceptirte) dem Präsentanten die Protestations-Kosten sofort refundiren, und diesermwegen sich präcise an den, dem er die Acceptation zu Ehren gethan, actione negotiorum gestorum wieder erholen; inmaßen denn auch der honorirende Präsentant, Eigenthümer oder Inhaber eines Wechselbriefes die Erstattung solcher Protestationskosten hinwieder von dem Ausgeber oder Indossanten zu präcendiren hat.

Art. 18. Wenn aber der Inhaber oder ein tertius einen Wechselbrief allbereits per honor di lettera acceptirt hat, und der rechte Trassat alsdann erst andern Sinnes wird und denselben auch nach solcher Gestalt acceptiren will, so behält der Erste alle Mal vor ihm und allen Andern, so sich nachher dazu offeriren, den Vorzug und ist wider Willen hintan zu stehen nicht schuldig. <sup>1)</sup>

Art. 19. Wer sich nun sonst ordentlich zur Acceptation versteht, soll dieselbe jedes Mal schriftlich mit eigener Hand, auch mit Beisehung der Zeit und seines Vor- und Zunamens, davon jener wenigstens mit dem ersten Buchstaben anzudeuten, pure und ohne Anhang einiger Condition, als die allenfalls doch null und nichtig sein und pro non adjecta gehalten werden soll, verrichten, und solchem nach der Präsentant den acceptirten Wechselbrief zu Verhütung aller Irrung und Weitläufigkeit, wenn etwa der Acceptant vor der Bezahlung verstorbe, den Wechselbrief verlegte, abhanden kommen ließe oder gar verleugnete, bis zu wirklicher Verfallzeit und Hebung des Geldes wieder an sich nehmen und keinesweges denselben in der Acceptanten Händen lassen.

Art. 20. Alle Acceptationen aber sollen, wenn die Wechselbriefe auf die Messen gerichtet, in der ersten Messwoche geschehen, und länger nicht als bis auf den Freitag Abend, <sup>2)</sup> unter was für Prätext es auch immer versucht werden wollte, verschoben werden; vor der Zeit aber ist keiner dazu verbunden, noch andern Theils wegen der Verzögerung zu protestiren befugt. <sup>3)</sup>

Art. 21. Wenn die Wechsel auf die Messen gerichtet, und erst nach dem endlichen Verfalltage oder ausgeläutetem Markte einkommen, imgleichen da sie a vista oder sogleich nach Sicht oder auf einen gewissen benannten Tag, z. E. den 12. oder letzten März oder auf medium mensis <sup>4)</sup> gestellt, oder darin gar keine Zeit bestimmt, so müssen sie nach der Präsentation alsofort und ohne einigen Verzug acceptirt werden. <sup>5)</sup>

Art. 22. Nicht weniger muß auch, da sie auf 1, 2, 3 oder mehr Tage Sicht oder nach Sicht, oder auf ein halbes, ganzes oder doppio uso, das ist resp. auf 7, 14 oder 28 Tage nach geschehener Acceptation, zu zahlen eingerichtet sind, die Acceptation aufs Allerlängste sechs Stunden vor Abgang der nächsten Posten geschehen. <sup>6)</sup>

Art. 23. Eigene Wechselbriefe, ob sie schon auf Andere transportirt wären, item auf retour geschlossene, bedürfen keiner besondern weder Präsentation noch Acceptation, sondern müssen, wenn sie der In-

1) Dasselbe schreibt schon die Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 19 vor.

2) c. Verordn. v. 5. Febr. 1768 unter: Messen, Gros- und Detail-Handel, auch Zahlung der Wechsel in denselben.

3) Dasselbe bestimmt schon die Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 17.

4) S. Art. 29.

5) cf. Art. 26 und §. 17 der Verordnung v. 5. Febr. 1768 unter: Messen, Gros- und Detail-Handel, auch Zahlung der Wechsel in denselben. — In der Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 17 sind 24 Stunden zur Acceptation gesetzt, wenn die Wechsel zu spät und nach verfloßener Acceptationszeit einkommen.

6) cf. Art. 28. — Dasselbe verordnet die Marktger. und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 23.

haber dem Ausgeber zur Verfallzeit, oder auch nach derselben präsentirt, alsofort oder doch längstens innerhalb 24 Stunden darnach bei Vermeidung schleuniger Execution bezahlt werden. <sup>1)</sup>

Art. 24. Wer aber sonst einmal acceptirt hat, es sei nun conditionaliter <sup>2)</sup> oder absolute, per honor di lettera oder ex mandato geschehen, der ist und bleibt, er stehe auch mit dem Trassanten wie er wolle, und habe die Valutam dafür empfangen oder nicht, als Selbstschuldner zur Zahlung aufs Kräftigste verbunden <sup>3)</sup> und vermag sich dawider, wenn der Brief auf Ordre gestellt und der Inhaber einiges Eigenthum daran erlangt, auch mit keiner von dem Remittenten nach der Acceptation empfangenen Contra-Ordre oder anderm Behelf zu schützen. Lautete derselbe aber nicht auf Ordre, also, daß der Präsentant oder Inhaber des Wechselbriefes nicht selbst Herr davon, sondern nur des Ausgebers Mandatar wäre, so ist er damit, weil der Remittent Macht hat, mit dem Seinigen nach Belieben zu schalten, billig zu hören.

Art. 25. Was nun die Verfallzeit anbelangt, so kann in den Messen mit der Bezahlung der Wechselbriefe, darin nur bloß die Worte: Licht- oder Laurentii-Messe exprimirt, der Anfang ohne Gefahr am Montage der andern Messwoche gemacht und damit bis den Donnerstag, als der hiermit, weil alsdann der Markt ohnedem ausgeläutet wird, zu dem endlichen Zahlungs-Termine bestimmt und festgestellt wird, continuirt werden. <sup>4)</sup>

Art. 26. Wenn aber ein solcher Messwechsel erst nach der Verfallzeit, item wenn ein Wechselbrief zwischen den Messen einläuft und a vista oder von dem Ausgeber, wie in Art. 23 vermeldet worden, auf sich selbst gestellt, oder auch von einem Reisenden präsentirt wird, und darin keine Zeit benannt ist, so muß er alsofort, oder doch längstens innerhalb 24 Stunden, wenn anders des Reisenden Gelegenheit leidet, sich so lange zu verweilen, unfehlbar bezahlt werden. <sup>5)</sup>

Art. 27. Lautet er aber etliche Tage und Wochen Sicht oder nach Sicht oder a uso, wie im Art. 22 vermeldet worden, so ist die Zahlungszeit von dem ersten Tage nach geschehener Acceptation (Sonn- und Festtage mit eingeschlossen) anzurechnen, <sup>6)</sup> und also, wenn z. B. ein Brief, der auf 4 oder 14 Tage Sicht oder nach Sicht gestellt und den 12. April acceptirt oder datirt worden, der 17. April und also auch bei halb, ganz oder doppelt uso alle Mal der folgende für den eigentlichen Verfalltag zu halten.

Art. 28. Es wäre denn, daß der Wechselbrief aus gewissen Ursachen nicht sogleich bei der Präsentation, sondern, wie im Art. 22 gedacht, erst etliche Stunden vor Abgang der Post wäre acceptirt worden, auf welchen Fall der Zahlungs-Termin nicht von solcher Zeit, sondern von dem Tage, an welchem die Präsentation geschehen ist, anzurechnen.

Art. 29. Imgleichen ist, wenn ein Brief a oder nach dato lautet, oder darin ein gewisser Tag e. g. der erste oder letzte Mai oder medius mensis, worunter alle Mal der funfzehnte Tag zu verstehen, ausdrücklich benannt ist, der Wechsel auf den nächstfolgenden Tag, nicht aber nach dem Acceptations- oder Präsentations-Tage zu rechnen, verfallen und an demselben vor 9 Uhr des Abends, da es aber eben Posttag wäre, vor Ablauf derselben die Zahlung zu thun; ließe er erst nach der Verfallzeit ein, so ist der Trassat selbigen ohne annehmliche von dem Inhaber ihm zu leistende Caution zu acceptiren oder zu zahlen nicht schuldig.

Art. 30. Eigene Wechselbriefe hat zwar ein Jeder Macht, nach Belieben zu bezahlen, wann er will, die.

1) Die Marktger. und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686 verordnet im Art. 17 dasselbe.

2) S. Art. 19.

3) S. Art. 1. — Dasselbe bestimmt die Marktger. und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 28.

4) cf. Verordn. v. 5. Febr. 1768. §. 17 unter: Messen, Gros- und Detail-Handel, auch Zahlung der Wechsel in denselben. — S. auch: Wechsel, Verfallzeit derselben.

5) Dasselbe bestimmt die Marktger. und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 23.

6) S. Marktger. und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 23, wo ein Gleiches verordnet ist.

diejenigen aber, so in und außer den Messen auf eine gewisse Zeit gestellt, können, ehe und bevor sie betagt, ohne Gefahr nicht bezahlt werden, denn wenn die Bezahlung zu früh geschähe und der sie empfangen immittelst fallirte, so ist der Schaden dessen, der darunter des Ausgebers Ordre überschritten. <sup>1)</sup>

Art. 31. Erfolgte aber zur Verfallzeit die Bezahlung nicht, oder es hätte auch vorhin der Trassat die Acceptation auf des Präsentanten gebührendes Anfordern vor gänzlicher Expiration der dazu bestimmten Zeit verweigert, oder sich nur unter gewissen Bedingungen dazu verstanden, so kann zwar der Präsentant, wenn er will, und etwa nur ein Mandatar ist, ohne sein oder seines Prinzipals Schaden dieses geschehen lassen, auch erstern Falls dem Acceptanten zu Respect und Ehren nach dem Verfalltage ohne Präjudiz annoch einige Frist zur Zahlung einräumen, über drei Tage aber, als die in den Art. 22, 27 und 28 bemeldeten casibus zu Respect- oder Discretions-Tagen <sup>2)</sup> autorisirt werden, ist er dazu nicht verbunden.

Art. 32. In den Fällen aber, so im 21., 23., 26. und 29. Artikel specificirt sind, ist niemand über die gesetzte Zeit auf die Bezahlung zu warten schuldig, noch auf Respect-Tage sich zu berufen befugt. <sup>3)</sup>

Art. 33. Es muß aber der Inhaber des Wechselbriefes nicht versäumen, in allen solchen Fällen, da ihm die Acceptation oder auch die Bezahlung vor gänzlichem Ablaufe der dazu angesetzten Zeit versagt wird, imgleichen bei ausbrechendem Falliment des Acceptanten, gebührend zu protestiren; und zwar muß er letztern Falls, sobald er davon Wissenschaft erlangt und wenn der Trassat sich erklärt, daß er den Wechselbrief ganz und gar nicht acceptiren wolle, sogleich nach der Präsentation (wenn es auch den ersten Tag in der Messe wäre, da er sonst bis auf den Freitag Abend <sup>4)</sup> damit warten kann) ein für alle Mal protestiren und den Protest nebst dem Wechselbriefe bei nächster Post an den Remittenten zurück senden oder bei dem Indossanten sich damit melden. <sup>5)</sup>

Art. 34. Dafern der Trassat aber die Acceptation nicht absolut verweigerte, sondern dieselbe nur unter dem einen oder andern Vorwande, daß er etwa noch keinen Abvisbrief von dem Ausgeber erhalten ic., differiren wollte, oder auch nicht zur Stelle wäre, noch einen genugsamen Bevollmächtigten <sup>6)</sup> substituirt hätte, so muß zwar der Präsentant auch protestiren und seinem Manne zu Vermeidung aller Gefahr davon zeitige Notification thun, den Wechselbrief aber soll er, und, nachdem es die Umstände leiden wollen, auch den Protest, zumal wenn der Trassat ihn darum ersuchte, bis zur Verfallzeit bei sich behalten und abwarten, ob derselbe oder ein Dritter <sup>7)</sup> den Wechsel annoch mit Erstattung der aufgewandten Kosten nach der Hand zahlen und den Brief nebst dem Protest an sich lösen wollte. <sup>8)</sup>

Art. 35. Geschieht solches, so kann der Präsentant oder Inhaber des Wechselbriefes die Zahlung ganz oder zum Theil, <sup>9)</sup> da es sonst seine Gelegenheit leidet, oder er nicht ausdrückliche Ordre hat, alles oder nichts anzunehmen, acceptiren; wider seinen Willen aber ist hierzu niemand zu zwingen.

Art. 36. Auch muß er sodann über den Rest sowohl, als wenn die völlige Zahlung zurück bleibt, nochmals Inhalt des folgenden 40. Art. ungesäumt protestiren lassen und den Protest sammt dem Wech-

1) Dieses verordnet schon die Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 22.

2) cf. Art. 41.

3) Nach dem Art. 23 der Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686 konnten bei Wechseln a dato drei Respect- oder Discretions-Tage gegeben werden.

4) cf. Verordn. v. 5. Febr. 1768. §. 17 unter: Messen, Gros- und Detail-Handel, auch Zahlung der Wechsel in denselben.

5) In der Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686 ist schon dasselbe verordnet.

6) cf. Art. 7.

7) cf. Art. 17.

8) Dasselbe verordnet die Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 19.

9) cf. Landesf. Declaration v. 7. Mai 1742.

selbrieft an den Ort, daher er gekommen, mit der nächsten Post wieder zurück senden, <sup>1)</sup> und bleiben ihm sowohl die Indossanten, als auch der Trassirer sammt dem Acceptanten so lange in solidum verhaftet, <sup>2)</sup> bis er wegen Capitals, Interesse, Rückwechsels, Schadens und Unkosten völlige Vergnügung erhalten, bei welchem Regresse (den er aber möglichst beschleunigen muß) <sup>3)</sup> ihm auch die Variation unbenommen, wenn nur unter den Indossanten die Ordnung vom Letzten bis zum Ersten gehalten wird, dafern keine andere expresse Ordre, daß er sich etwa präcise an diesen oder jenen halten solle, darunter einlaufen. <sup>4)</sup>

Art. 37. Es soll jedoch zu Vermeidung alles ungebührlichen Buchers kein Debitor schuldig sein, einiges Interesse, Agio und Corso des Wiederwechsels zu prästiren, wo nicht zuvörderst genugsam erwiesen, daß an dem Orte, wohin der Brief zu bezahlen remittirt, der Creditor wegen Ermangelung der Bezahlung anderweit Geld auf Wechsel genommen, widrigen Falls er sich an Erstattung des rechten Wechsels sammt Interesse und erweislichem Schaden und Unkosten vergnügen soll. <sup>5)</sup> Es ist auch der Debitor nicht schuldig, wegen des Rückwechsels ein Mehreres, als was der Wechsel-Cours a drittura von dem Orte, dahin er gerichtet gewesen, bis an den, da er ausgestellt worden, beträgt, zu erstatten, es wäre denn zu zeigen, daß sie vorhin ein Anderes unter sich verabredet und der Trassant dem Remittenten oder Indossanten frei gestellt hätte, denselben durch verschiedene Plätze laufen zu lassen, auf welchen Fall er den vollen Rückwechsel ihm gut zu thun gehalten bleibt.

Art. 38. Wer im Protestiren nachlässig ist, und darunter die rechte Zeit oder auch, nachdem solches geschehen, seinem Manne mit der ersten nachmals dahin gehenden Post davon mittelst Uebersendung des Protestes oder sonst Nachricht zu geben versäumt, der soll bei entstehenden Fallimenten dadurch seines sonst habenden Rechts wider den Trassirer sowohl, als die Indossanten verlustig und sich an den Acceptanten oder den von demselben ihm völlig überwiesenen Debitor allein zu halten schuldig sein. <sup>6)</sup> Auch ob er gleich ein bloßer Mandatar wäre, soll dennoch die Versäumung der Protestation oder Notification auf seine Gefahr stehen und er demjenigen, welcher ihm den Wechselbrief anvertraut, für allen Schaden haften.

Art. 39. Er muß auch, weil er das Geld zu gleicher Zeit zu heben und von dem Trassanten abholen zu lassen versäumt, (gestalt denn allein die Juden, und zwar bei Vermeidung der Protestation und des daraus entstehenden Nachtheils, wenn etwa der Creditor das Geld darüber anderwärts mit größerm Agio aufnehmen müßte, <sup>7)</sup> schuldig sein sollen, dasselbe dem Inhaber des Wechselbriefs in seine Wohnung zu bringen), wenn es immittelst im Werthe stiele, den Schaden über sich ergehen lassen, jedoch aber auch der Debitor das Geld, so zur Verfallzeit nach den Sorten gangbar oder in dem Wechselbriefe benannt gewesen, gerichtlich deponiren oder wenigstens gerichtlich versiegeln lassen und also es wieder an sich nehmen, auch, da sich die Hebung zu lange verzögerte, oder auch der Inhaber des Wechselbriefs darüber verstürbe u., den Trassirer oder Indossanten davon zeitig avertiren, damit er und sie außer Schaden bleiben. <sup>8)</sup>

Art. 40. Die Protestationen sollen jedes Mal durch einen beeidigten Notar und zwei Zeugen ver-

1) cf. Art. 33.

2) cf. Landesf. Rescript v. 13. Octbr. 1763.

3) cf. Art. 45.

4) S. Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 26, wo schon dasselbe verordnet ist.

5) Art. 26 der Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686 verordnet ein Gleiches.

6) Art. 26 der Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686 bestimmt schon dasselbe. — Landesf. Rescript v. 13. Octbr. 1763.

7) cf. Art. 37.

8) Ein Gleiches ist auch schon in der Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 25 verordnet und zugleich hinzugefügt, daß der Acceptant des aus dem Verzuge der Abholung ihm etwa entstandenen Schadens halber an dem, so daran schuldig, sich zu erholen befugt sein solle.

richtet werden, und jener soll des Trassaten Antwort nebst allen Verweigerungs- oder Acceptations-Conditionen, ob nämlich die Acceptation dem Remittenten oder Indossanten zu Ehren geschehen, oder was sie sonst etwa anbetreffen mögen, dem Protest oder seinem darüber auszufertigenden Instrumente eigentlich einverleiben, dasselbe nachmals nebst den Zeugen unterschreiben und sonst, allermassen es gebräuchlich und die Nothdurst erfordert, da etwa der Trassat selbst nicht zur Stelle und also die Protestation nur seinen Domestiken oder bei des Orts Obrigkeit zu thun wäre, darunter verfahren.

Art. 41. An Sonn- und Festtagen aber soll, außer in Noth- und solchen Fällen, als in dem Art. 32 <sup>1)</sup> ausgedrückt sind, keine Protestation Statt haben, noch auszufertigt, sondern damit alle Mal bis auf den nächstfolgenden Tag gewartet werden.

Art. 42. Weil auch das Giriren der Wechselbriefe bisher erlaubt gewesen, so sollen zwar dergleichen girirte oder indossirte Wechselbriefe zu Beförderung der Negotien noch ferner passirt werden, jedoch mit der ausdrücklichen Condition, daß solches Indossiren, um alle Weitläufigkeit, Confusion und Unkosten zu evitiren, so zwischen den vielen intermediis, insonderheit da ein solcher Wechselbrief mit Protest zurück kehrte, zu besorgen, nicht über drei oder höchstens vier Mal geschehe; da es aber geschähe, so soll derselbe nicht acceptirt, noch dagegen einige Protestation verstattet werden, auch soll kein Indossament, so nach der Verfallzeit geschehen, gültig sein, im Uebrigen aber alle Mal darin der Giro mit Hinzusetzung des Orts, wo die Contrahenten mit einander geschlossen und die Zahlung geschehen soll, imgleichen die Zeit und insonderheit der Tauf- und Zuname der Person, so die Zahlung haben soll, item welcher Gestalt die Valuta von dem Inhaber empfangen, oder ob derselbe nicht ein Cessionar, sondern nur ein bloßer Mandatar sei, durch die Worte, »soll mir validiren oder gute Bezahlung sein,« von dem Ausgeber eines solchen Wechselbriefs völlig exprimirt und alsdann darauf sowohl wider den Trassanten als Indossanten, ob er schon nach der Verfallzeit eingelaufen und deswegen die Acceptation oder Bezahlung wäre verweigert worden, auf allen beigebenden Fall nach Wechsel-Recht verfahren werden. <sup>2)</sup>

Art. 43. Die Indossamente in bianco aber werden hiermit gänzlich abgeschafft, und ist ein jeder Ausgeber des Wechselbriefes schuldig, dasselbe darauf vorbeschriebenermaßen völlig zu compliren. Wenn aber gleichwohl der Inhaber eines unvollkommen indossirten Prima-Wechselbriefes, davon secunda und tertia vor der Verfallzeit noch durch andere Derter vernegotirt werden sollen, sich bei der Präsentation gegen den Trassaten anheischig machte, ihm denselben oder etwa secundam oder tertiam zur rechten Zeit gebührend indossirt zu liefern, so hat derselbe ohne besondere sich dabei äußernde Bedenklichkeiten ihm die Acceptation nicht zu verweigern, allenfalls auch der Inhaber Macht, dawider zu protestiren. Er muß aber, ehe und bevor er die wirkliche Bezahlung mit Recht zu prätendiren vermag, seinem Versprechen ein Genügen thun, oder, da er weder primam noch secundam noch tertiam zur Verfallzeit, mit einem richtigen Indossament versehen, liefern könnte, wenigstens zum Wechsel durch Producirung einer beglaubten Cession oder durch andere unverdächtige Documente sich legitimiren, der Acceptant aber allenfalls bei Ablauf der Discretions-Tage oder endlichen Verfallzeit die Gelder bis zu Austrag der Sache gerichtlich deponiren oder sie gegen genugsame Caution verabfolgen.

Art. 44. Wenn ein acceptirter Wechselbrief verloren und der Debitor der Schuld geständig wäre, so soll er zur Bezahlung angehalten werden, es muß ihm aber derjenige, so dieselbe fordert, vor dem Empfang ebenfalls genugsame Caution leisten, daß er ihn des gezahlten Posten halber wider männiglich vertreten und schadlos halten wolle.

Art. 45. Wenn ein eigener Wechselbrief nach der Verfallzeit nicht in Jahr und Tagen, <sup>3)</sup> ein trassirter aber nicht nach Verfließung eines Monats präsentirt und die Bezahlung gefordert oder protestirt

1) Oder vielmehr im 21., 23., 26. und 29. Artikel.

2) S. auch: Wechsel, Giriren derselben.

3) cf. Landesz. Declaration v. 4. Septbr. 1743.

wird, so soll er dem Inhaber zur Last alsdann für bezahlt gehalten werden und erloschen sein, <sup>1)</sup> es wäre denn etwa der Ausgeber <sup>2)</sup> immittelst verstorben, auf welchen Fall den Erben eine doppelte Frist und also noch ein ganzes Jahr und ganzer Monat zur Einkassirung verstattet sein, und so lange auch der Wechselbrief in seinem vorhin gehabtten Valor bleiben soll.

Art. 46. Die Wechselbriefe, so auf Wechsel-Geld oder species lauten, sollen mit guten Kreuz- und dergleichen ganzen und halben Thalern vergnügt und daneben dem Debitor an Ortsthälern 10 Procent passirt, diejenigen Briefe aber, so auf Courantgeld gestellt, oder worin gar keine Münzsorte expri- mirt, mehrentheils mit ganzen und halben Drittelfücken bezahlt, der vierte Theil des Wechsels aber auch in kleinern gangbaren und unverbottenen, jedoch nicht unter einen Mariengroschen haltenden Sorten unwei- gerlich angenommen werden. <sup>3)</sup> Ist aber eine gewisse goldene oder silberne Münzsorte in dem Briefe be- nannt, und es besteht der Inhaber des Briefes darauf, so muß der Acceptant ihm dieselbe liefern, oder der Agio halber nach Wechsel-Cours sich mit ihm vergleichen.

Art. 47. Damit nun ein Jeder, der Wechsel bedarf, vom Cours der Wechsel sowohl, als dem Valor der Münzen zeitige Nachricht haben und keine Unbilligkeit daher besorgen möge, so sollen nicht allein in den Messen die aus den fremden Handelsleuten erwählten und deputirten 10 Personen nebst zwei Braun- schweigischen vom Kaufgerichte dazu bestellten Kaufleuten und dem Kaufgerichts-Actuar am Freitage in der ersten Woche daselbst auf der Börse, allermäßen es hierbevor in der Marktgerichts-Ordnung von anno 1686 verordnet worden, <sup>4)</sup> um 11 Uhr zusammen kommen und, nachdem sie bei den anwesenden Kaufleuten und Mäklern die Beschaffenheit der bei instehender Messe gepflogenen Handlung fleißig erkun- digt, für sich allein in die dazu verordnete Stube treten, allda nach befundenen Umständen durch die meisten Stimmen ohne allen strafbaren Eigennutz und übermäßige Steigerung einen billigen Preis und conto der Wechsel nach ihrem Gewissen stellen und vorschlagen, auch den Unterschied zwischen Courant- Münze und Wechselgeld zur Nachricht derer, so mit Wechselgeld nicht versehen, und deswegen mit Münze und dem beliebten Aufwechsel bezahlen wollen, determiniren und darauf des Kaufgerichts Confirmation und Publication eines gewissen Courszettels noch selbigen Nachmittag erfolgen, sondern auch zwischen den Messen die in denselben aus den eingefessenen Kaufleuten zu Richtern oder Assessoren des Kaufgerichts erwählten Personen nebst den beeidigten Mäklern (so lange, bis etwa ein beständiges Kaufgericht bestellt werden möchte), damit nach ihren Pflichten und Gewissen alle Posttage continuiren, und was sie nach fleißiger, durch Briefe und mündlich von den eingefessenen Handelsleuten, so die größten Negotien treiben und die beste Correspondenz haben, eingezogener Erkundigung für billig erkennen werden, zu männig- liches Notiz drucken, auch allda durch den Börsendiener auf der Börse an das schwarze Brett affigiren lassen.

Art. 48. Es sollen die Mäkler auch schuldig sein, wenn sie zwischen zwei Parteien einen Wechsel geschlossen, beiden die Notiz schriftlich, und zwar weil, ehe er nicht hine inde angenommen, er auch nicht gültig ist, von Stunde an unter ihrem Namen mit allen Umständen oder Conditionen zu ertheilen, im Uebrigen aber, nachdem sie unter landesf. Genehmigung bestellt und beeidigt worden, für ihre eigene Rechnung sich keiner Wechsel-Handlung oder Geld-Umsetzung, bei Verlust ihres Dienstes und willkührli- cher Strafe, unternehmen. <sup>5)</sup>

Art. 49. Das Scontriren kann in den Messen ferner in den ersten drei Tagen der andern Messwoche

1) Landesf. Verordn. v. 28. April 1727 und vom 1. und 16. April 1751.

2) cf. Landesf. Verordn. v. 12. Febr. und 9. März 1767.

3) In der Marktger. = und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 27 ist schon dasselbe bestimmt. — Verordn. vom 18. Octbr. 1801.

4) Im Art. 21.

5) cf. Verordn. v. 16. Octbr. 1787 unter: Geld- und Wechsel-Mäkler in Braunschweig.

in Braunschweig auf der Börse Mittags von 11 bis 12 Uhr, auch wohl gegen Abend zu gewöhnlicher Zeit geschehen; wollen die dafigen Kaufleute sich dessen auch zwischen den Messen bedienen, so sollen sie solches ebenmäßig auf der Börse zur gewöhnlichen Versammlungszeit verrichten, und wenn sie darunter dieser Ordnung gemäß verfahren, die Scontro- und ihre Bücher eben so gültig sein, als die in den Messen resp. geschlossen und gehalten werden. Ein jeder Debitor aber soll alsdann hauptsächlich dahin sehen, wie er seinen Creditor durch Compensation oder Delegation und dergleichen anständige Zahlungsmittel möge vergnügen; zu dem Ende aber sich auf ein absonderliches Girobuch schicken und darin die Namen der gegenwärtigen scontirenden Personen nebst Zeit und Ort mit Feder und Dinte, nicht aber in die Schreiftafel, richtig verzeichnen, welchen Scontro-Büchern dann, wenn wenigstens ihrer zwei mit einander übereinstimmen, vollkommener Glauben gegeben, und die verschriebene Schuld auf Gefahr des Creditors, der die Ueberweisung mit Bewilligung des Schuldners oder dessen gerichtlich Bevollmächtigten <sup>1)</sup> angenommen, alsobald für vollständig bezahlt gehalten werden; würde aber jemand sein Buch oder Memorial betrügerlicher Weise bei einer in contrahirten und eingeschriebenen Partei verfälschen, derselbe soll allen daher entstehenden Schaden und Ungemach entgelten und dazu exemplarisch bestraft werden. <sup>2)</sup>

Art. 50. Gleichwie aber niemand wider seinen Willen dergleichen Scontro oder Compensationen, insonderheit in Bezahlung der Wechselbriefe einzugehen verbunden, was auch für Präensionen Einer an den Andern haben möchte, also soll auch auf den Verweigerungsfall der Debitor seinen Creditor entweder durch sichere Assignmenten oder, da er auch diese nicht acceptiren wollte, durch contante Bezahlung bei Vermeidung parater Execution vergnügen, jedoch aber der Creditor, wenn jemand an dem Orte der Zahlung bei einem tertio baares Geld stehen hätte und ihm solches anwiese, zu Ersparung doppelter Mühe und Beförderung des commercii, solches von demselben abzuholen sich nicht weigern. Vermögte er selbiges aber alsosofort oder längstens vor Abend des Verfalltages nicht zu erhalten, oder der Assignat wollte ihn hinwieder an einen andern ihm unanständigen Mann verweisen, oder ihm die Zahlung in vorher genommener Abrede gemäßen Münzsorten nicht thun, so hat er Macht, seinen Regreß hinwieder an den Assignanten sogleich zu nehmen und an denselben sich zu halten.

Art. 51. Nimmt aber jemand Assignmenten schlechterdings in solutum an und quittirt dem Debitor oder Assignaten darüber (welches alsdann zu Verhütung alles Zweifels nöthig), oder behält die Assignment ohne solche Condition über drei Tage, ohne das Geld einzufordern, bei sich, so soll die Schuld für getilgt gehalten und, Falls immittelt der Assignat fallirte, der Assignatar deswegen weiter keinen Anspruch an den Assignanten haben, es wären denn letztern Falls beide, dieser und der Assignat, oder einer allein abwesend, da er die Assignment jenem zurück zu geben, oder wie bei verweigerter Acceptation oder Zahlung der Wechsel verordnet ist, zu protestiren und die Assignment mit dem Proteste zu remittiren und also seiner Sicherheit zu prospiciren hat. <sup>3)</sup>

Art. 52. Audiweil auch in der Markt- und Wechselgerichts-Ordnung Art. 29 <sup>4)</sup> versehen, daß den Kaufleuten zum Besten, und damit sie zu andern ihren Forderungen, so nicht in Wechseln bestehen, im Falle sie etwa Waaren auf Zeit verkaufen und darüber schriftliche Obligationen bekommen, desto schleuniger gelangen mögen, dergleichen allda vorgeschriebene kurze Handlungs-Obligationen, wenn darin der Name des Creditors und Debitors und die Summe der Schuld nebst einem gewissen Zahlungs-Termine exprimirt, auch kein sonderlicher beweislicher Verdacht einiger Unrichtigkeit dawider aufzubringen, der Gestalt angesehen werden sollen, daß zwar dem Debitor nach der Verfallzeit gegen Erlegung von 3 Procent anstatt des Interesse noch einige Frist zur Zahlung bis auf die nächstfolgende Messe endlich zu gönnen und

1) S. Art. 7.

2) Dasselbe verordnet schon die Marktger.- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 24.

3) S. Verordn. v. 5. Febr. 1768. §. 17 unter: Messen, Gros- und Detail-Handel etc.

4) S. Obligationen unter Kaufleuten.

solches auf die Obligation zu verzeichnen, nach Ablauf solcher Zeit aber sothane Obligation den Wechsel-Briefen gleich zu achten sein sollen, so hat es dabei, wie auch bei allem, was sonst dem commercio, auch den eingewesenen Unterthanen zum Besten wider den einzelnen Verkauf in den Messen, Verauctionirung allerhand Bücher, item wegen Besetzung des Kaufgerichts und Verabscheidung der dahin verwiesenen Sachen, wie auch des Discontirens <sup>1)</sup> und der Juden halber verordnet, und durch andere nachher ergangene, insonderheit aber diese besondere Wechsel-Ordnung nicht geändert oder gar aufgehoben worden, vor der Hand nicht allein in den Messen ferner sein Bewenden, sondern es sollen in specie dergleichen Obligationen und klare Schuldverschreibungen, deren im Anfange dieses Artikels gedacht worden, auch zwischen der Zeit alle Mal den Wechselbriefen gleich considerirt und darauf gegen Kaufleute nach strengem Wechsel-Rechte, wider höhere und andere Standes-Personen aber executive verfahren werden. <sup>2)</sup>

Art. 53. Auch soll, wenn jemand Waaren oder andere Effecten von dem Einen oder Andern zu verkaufen oder zu verwahren in Commission hat und von demselben hingegen mit Wechseln oder andern Vorschuffe beladen, oder ihm wegen eines mit Protest zurückgekehrten oder nach der Acceptation verlorenen Wechselbriefs <sup>3)</sup> einige Effecten zum Unterpfande wären gesetzt worden, derselbe zwar bei entstehendem Concurse solche Waaren oder Effecten dem judicio mit anzeigen, und wenn der Verpfänder selbige zu rechter Zeit mit Erstattung des Capitals und Interesse nicht einlöst, gerichtlich sie taxiren lassen, im Uebrigen aber, ob sie gleich mit Arrest oder Verbot belegt oder mit Hypotheken beschwert wären, dennoch die Priorität vor andern Creditoren daran behalten, auch ein Mehreres davon herauszugeben nicht schuldig sein, als was nach seiner völligen Befriedigung davon überbleibt. <sup>4)</sup>

Art. 54. Es sollen auch sonst in Concurssachen die Wechsel, wenn sie dieser Verordnung gemäß verfaßt oder ausgefertigt, allen Obligationen, <sup>5)</sup> wenn gleich dieselben generaliter sub hypotheca omnium bonorum ausgestellt, <sup>6)</sup> wie auch allen Waaren- und Buchschulden, <sup>7)</sup> keinesweges aber den specialen gerichtlichen Verschreibungen oder sonst privilegirten Forderungen präferirt werden, <sup>8)</sup> sondern dabei ein Jeder die ihm den gemeinen Rechten und Landes-Constitutionen nach competirende Priorität behalten.

Den 55. Art., welcher von den Rechten der Fremden bei Concursen hiesiger Unterthanen handelt, s. unter: Concurß.

Der 56. Art. handelt von Moratorien und ist daselbst angeführt.

Den 57. Art., die pluritas votorum in Concurssachen betr., s. unter: Concurß.

Art. 58. Damit die Justiz in Wechselfachen desto schleuniger administriert werden möge, so soll in den Fällen, welcher wegen in dieser Wechsel-Ordn. ausdrückliche Vernehmung geschehen, weder in den Messen noch zwischen der Zeit einige Appellation oder ein anderes remedium suspensivum, wie es Namen haben oder noch erdacht werden mag, verstattet werden, sondern der Richter erster Instanz zu allen Zeiten und an allen Orten, dahin ein Wechsel zu zahlen gestellt und darüber Klage erhoben wird, <sup>9)</sup> befugt sein, ungehindert aller Provocation, der Sachen Befinden und Ermäßigung nach, darauf zu verfahren und den

1) S. Discontiren.

2) S. Execution gegen Honoratioren.

3) cf. Art. 44.

4) S. Unterpfänder, Vorzugsrecht derselben im Concurse.

5) cf. Declarat. v. 25. Octbr. 1723. — Landesf. Resolution v. 4. April 1754.

6) cf. Declarat. v. 22. Decbr. 1735.

7) S. Immission.

8) cf. Verordn. v. 28. Octbr. 1784.

9) cf. Rescript v. 5. April 1749 und v. 28. Juni 1781.



Debitor mit oder ohne Caution des Creditors zur Erfüllung seiner Obliegenheit *executive* anzuhalten, <sup>1)</sup> in den aber hierin nicht regulirten Fällen sind zwar die Appellationen sowohl in den Messen an die andere Instanz des in der Stadt Braunschweig angeordneten Kaufgerichts, als zwischen der Zeit an die übrigen höheren Gerichte <sup>2)</sup> zugelassen; jedoch soll alsdann der Appellant die in dem Wechselbriefe benannte Summe, sobald als die Appellation angenommen wird, gerichtlich deponiren und in *casum succumbentiae* nicht allein allen Schaden, Gerichts- und andere Unkosten zu erstatten, sondern auch überdem zur Strafe 5 Procent nach dem Werthe der Klage zu erlegen schuldig sein und davon jedem Gerichts-Fiscus, von welchem und an welches die Appellation geschehen, die Hälfte zugetheilt werden.

Art. 59. Diese Ordnung, die in allen Artikeln, Punkten und Clauseln nach dem ganzen Inhalte confirmirt und ratificirt wird, soll vom Tage der Publication an in Kraft treten <sup>3)</sup> und von vollkommener Verbindlichkeit sein, ein jeder Inhaber eines Wechselbriefs auch an dem Orte, wohin derselbe zu bezahlen lautet, wenn daselbst verschiedene *judicia* etablirt wären, *electionem fori* und den Debitor, vor welchem er will, zu belangen Macht haben, <sup>4)</sup> derselbe auch daselbst, ohne sich mit der *exceptio incompetentiae* schügen zu können, sich zu sistiren schuldig sein; <sup>5)</sup> jedoch daß in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel, wenn Personen differenter Profession oder Standes, e. g. eine Civil- mit einer Militair-, Hof-, Capitular- oder geistlichen Person zu rechten hätte, alle Mal auch eine Gerichtsperson von solchem foro oder dem *capitulo* mit dazu gezogen werde. <sup>6)</sup> Landesf. Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

Da Zweifel erregt worden, ob durch den Art. 54 der Wechsel-Ordn. v. 1715 den nach deren requisitis eingerichteten Wechselbriefen eine *hypotheca legalis* beigelegt und vermöge solcher eine ältere Wechselschuld einer jüngern, wenn gleich diese mit einer *hypotheca privata conventionali* expresse versehen, *secundum praerogativam temporis* zu präferiren sei, und denn bei Verfassung der Wechsel-Ordnung keine andre Meinung gewesen ist, als daß allen ordnungsmäßig contrahirten Wechselschulden die *hypotheca legalis tacita* beizubohnen solle, gestalt denn auch auswärtige Rechtsgelehrte solche der Gestalt verstanden und ausgelegt haben, in den Rechten aber die *expressio illorum, quae tacite insunt*, nichts operiren kann, so ist die nachgesuchte Declaration hiermit ertheilt. Landesf. Declaration v. 25. Octbr. 1723.

Demnach über den wahren Verstand des Art. 45 der Wechsel-Ordn. v. 1715, worin verordnet wird, daß, wenn ein eigener Wechsel nach der Verfallzeit nicht in Jahr und Tagen, ein trassirter aber nicht nach Verfließung eines Monats präsentirt und die Bezahlung gefordert oder der Wechsel protestirt werde, solcher dem Inhaber zur Last für bezahlt gehalten und erloschen sein solle, Zweifel entstanden sind, ob durch dergleichen Negligenz die ganze Schuldforderung verloren und erloschen sei? oder ob nur das Wechsel-Recht und die daraus fließenden Privilegien und Vortheile cessirten, der Wechsel aber nichts desto weniger als eine Handschrift noch Kraft habe und der Inhaber darauf als ein anderes *instrumentum guarentigiatum* zu klagen befugt sei? und bei Publication der Wechsel-Ordnung allerdings die Meinung gewesen ist, daß zwar die angezogene Saumseligkeit mit dem Verluste des Wechsel-Rechts und der daraus zustehenden Vortheile, keinesweges aber mit Annullirung oder Mortification der ganzen Forderung bestraft werden solle, so wird solches hiermit declarirt und sollen sich die Gerichte in *judicando* danach achten. Landesf. Declaration v. 28. April 1727.

1) cf. Landesf. Rescript v. 6. April 1754.

2) cf. Kaufgericht, Rechtsmittel gegen die von demselben abgegebenen Urtheile.

3) S. Verordn. v. 27. Octbr. 1753.

4) cf. Landesf. Rescript v. 31. Octbr. 1768.

5) cf. Verordn. v. 27. Septbr. 1799.

6) S. Gerichtsbarkeit — Soldaten, Gerichtsstand derselben.

In Wechselfachen sollen für die Beklagten ohne landesf. Special-Conceffion keine Mandatare oder Advocaten admittirt werden. Verordn. des Kaufgerichts zu Braunschweig v. 13. August 1731.

Auf das Ansuchen des Kaufgerichts zu Braunschweig um Decision folgender zweifelhafter Fragen:

- 1) Ob das *beneficium cessionis bonorum* den Schuldnern indistincte, wenn sie gleich keine Unglücksfälle erweisen, zu verstatten?
- 2) Wenn der Debitor mit seinen mehrsten Creditoren einen Privat-Accord getroffen, ob alsdann die übrigen gehalten, wider ihren Willen in selbigen mit einzutreten? und
- 3) Ob ein Schuldner per *cessionem bonorum* sich indistincte von dem Wechsel-Rechte und dem Personal-Arreste liberiren könne?

ist vom Landesfürsten unterm 3. Septbr. 1731 rescribirt, daß in solchen Fällen nach publicirten Landes-Constitutionen und gemeinen Rechten zu verfahren sei, indeß den Parteien frei bleibe, wenn sie solchen Falls sich gravirt fänden, sich der gewöhnlichen *remediorum suspensivorum*, wenn ihnen solche compefirten, zu bedienen.

Der 54. Art. der Wechsel-Ordnung wird dahin declarirt, daß die vor dem 1. August 1715 annoch ausgestellten Obligationen, wenn solche mit einer *hypotheca generali* versehen, den seit solchem dato ausgestellten Wechselbriefen vorgehen sollen, wonach sich die Gerichte in *judicando* achten sollen. Was aber die bereits abgeurtheilten Sachen betrifft, so hat es dabei lediglich sein Bewenden. Landesf. Declarat. v. 22. Decbr. 1735.

Die *solutio particularis*, welche auf nicht trassirte Wechselbriefe angenommen worden, soll dem Wechsel-Rechte nicht schaden, wenn gleich von dem Creditor deshalb keine Protestation oder Reservation geschehen. Landesf. Declaration v. 7. Mai 1742.

Die in der Wechsel-Ordnung Art. 45 befindlichen Worte »in Jahr und Tagen« sollen das *Spatium* eines Jahrs und 15 Tage bedeuten, mithin kommen dem Inhaber eines Wechsels zur Erhaltung der Wechselkraft über das Jahr noch 15 Tage zu Gute. Landesf. Declaration v. 4. Septbr. 1743.

Die Justiz-Canzlei gab am 14. Febr. 1744 ihr vom Landesfürsten angefordertes Gutachten über eine authentische Declaration der Wechsel-Ordnung dahin ab: daß, obschon eine Frauensperson der Wechsel-Ordnung nach einen Wechselbrief von sich ausstellen und sich dem Wechsel-Rechte unterwerfen könne, jedoch in einem von Mann und Frau zugleich ausgestellten Wechsel die beiden Fälle wohl zu secerniren, da nämlich einen Falls in *contextu* beide Eheleute sich benannt, ohne daß die Frau für den Mann in *solidum* zu zahlen versprochen, und andern Falls, da beide Eheleute sich einer für beide und beide für einen zur Zahlung nach Wechsel-Recht obligirt, oder auch die Frau, ohne daß ihrer als Mitschuldnerin in dem von ihrem Manne allein ausgestellten Wechselbriefe gedacht wird, denselben bloßerdingß mit unterschreibt. In dem ersten Falle sei anzunehmen, daß die Frau zur Zahlung solcher Wechselschuld, so gleich als ein ander *debitum conjugale* anzusehen, *pro dimidia* gehalten; andern Falls aber, weil dieselbe den weiblichen Rechtswohlthaten nicht renunciirt, ohne dergleichen expresse Renunciation aber keine *intercessio pro marito* gültig sein möge, von aller Verbindlichkeit zur Zahlung frei zu erklären sei.

Hierauf ist vom Landesfürsten unterm 20. Febr. 1744 an die fürstl. Justiz-Canzlei rescribirt, daß in allen beiden, oder, wenn man so rechnen wolle, drei oben angeführten Fällen die Frau nach Wechsel-Recht zu zahlen schuldig sei, und die Wechsel-Ordnung dahin declarirt werde, daß in vorkommenden Fällen künftig hiernach gesprochen werden solle.

Der §. 2 der Wechsel-Ordnung ist bereits unterm 20. Febr. 1744 dahin declarirt, daß, da eine Frauensperson vermöge der hiesigen Wechsel-Ordnung einen Wechselbrief von sich ausstellen und sich dem Wechsel-

Wechsel-Rechte unterwerfen kann, dieselbe auch in allen Fällen, es sei nun, daß beide Eheleute sich in *contextu* benannt, ohne daß die Frau für den Mann in *solidum* zu bezahlen versprochen, oder daß dieselben sich Einer für Beide und Beide für Einen zur Zahlung nach Wechsel-Recht obligirt haben, oder aber, daß die Frau, ohne daß ihrer als Mitschuldnerin in dem von ihrem Manne allein ausgestellten Wechselbriefe gedacht wird, denselben bloßerdings mit unterzeichnet hat, zur Zahlung nach Wechsel-Recht verbunden sein soll. Landesf. Rescript v. 30. Novbr. 1744. (an den Advocaten Meibom.)

Da in der Wechsel-Ordn. Art. 1 dem Aussteller des Wechsels, seinen vollen Taufnamen unter den Wechsel zu schreiben, zu solchem Ende auferlegt ist, damit hernach bei der Recognition desselben kein Zweifel wegen des Ausgebers entstehen möge, an sich aber die Unterschrift mit den Initialbuchstaben des Taufnamens keine Nullitäten operirt, inmaßen in solchem Art. 1 zugleich declarirt ist, daß dieser vorgeschriebenen Ordnung nicht eben präcise zu folgen, und ferner Art. 19 der Wechsel-Ordnung bei der Acceptation des Wechsels nachgelassen ist, den Vornamen mit den ersten Buchstaben anzudeuten, im vorliegenden Falle auch bei der Recognition des Wechsels gegen die gebrauchten Initialbuchstaben des Taufnamens nichts eingewandt, sondern die Unterschrift agnoscirt und dagegen kein Zweifel erregt ist, so mag um so weniger in einer solchen Parteisache dagegen von dem Richter etwas *ex officio* movirt werden. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 28. Febr. 1746. (in der Weyelschen Concurssache.)

Wenn gegen die fehlende Unterschrift des ganzen Vornamens, und daß selbiger bloß mit dem Anfangsbuchstaben geschrieben worden, von den Scribenten nichts bei der Agnition des Wechsels erinnert worden, so mag solches von dem Richter *ex officio* nicht monirt werden, sondern der Wechsel ist für gültig zu halten und in *sententia classificatoria* gehörig zu classificiren. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Helmstädt v. 28. Febr. 1746.

Da der Wechsel-Beklagten das *senatus consultum Macedonianum* nicht zu Gute kommen kann, weil ihr Vater in die Schuld gewilligt und, daß dieselbe sowohl in seinen eigenen, als der Beklagten Nutzen angewendet worden, in dem *conjunctim* mit ihr ausgestellten Wechsel bekannt hat, in welchen Fällen das *SCtum Macedonianum* bekannten Rechten nach cessirt, überdies auch die Disposition der Wechsel-Ordnung ganz generell ist und im §. 5 derselben nur die Minorennen, welche noch unter väterlicher Gewalt stehen und ohne des Vaters Vorbewußt oder wider dessen Willen Wechselschulden contrahirt haben, von dem rechtlichen nexu erimirt sind, mithin niemand, der seine mannbaren Jahre erreicht hat, in der Wechsel-Ordnung ausgeschlossen ist, so bleibt die Wechselbeklagte dem Wechselrechte unterworfen. Landesf. Rescript an den Stadt-Magistrat zu Helmstädt v. 21. Mai 1746. \*)

Wenn die Rechte des Orts, wo der Wechsel ausgestellt worden, mit den Gesetzen des Orts, wo die Zahlung geschehen soll, unter einander discrepiren, so soll, da es hier auf gewisse *solemnia* ankömmt, die Gültigkeit und Form des Wechsels nach den Gesetzen des Ausstellungsorts beurtheilt werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei v. 5. April 1749.

Da die verfallenen Wechsel vermöge der Declaration de anno 1727 die Qualität eines *instrumenti guarentigati* behalten, aus einem solchen *instrumento* aber alle Zeit *executive* geklagt werden kann,

\*) Das Rescript erfolgte in Sachen der Amtmannin Dietrichs gegen Abigail Sophie Stolberg auf die Anfrage des Magistrats zu Helmstädt, ob ein zwar majorennener, aber noch bei dem Vater wohnender *filius familias* einen mit dem Vater zugleich unterschriebenen Wechsel zu bezahlen schuldig sei? Der Landesfürst forderte hierüber das Gutachten der Justiz-Canzlei und da diese solches dahin abgab, daß ein solcher *filius familias* dem Wechsel-Rechte allerdings unterworfen sei, so erging obiges Rescript an den Magistrat zu Helmstädt und unter demselben Datum ein anderes an die Justiz-Canzlei dahin, daß der Inhalt ihres Gutachtens genehmigt werde und an den Magistrat zu Helmstädt in Conformität desselben das Nöthige erlassen sei.

so sind auch dagegen keine in *illiquido* beruhende Exceptionen, welche in *processu ordinario* durch Zeugen erwiesen werden müssen, zuzulassen. Landesf. Resolution für Joh. Jul. Fricke zu Frellstedt vom 1. April 1751.

Der verfallene Wechsel behält die Qualität eines *instrumenti guarentigati* und kann *executive* daraus geklagt werden. Landesf. Resolution für des Bürgermeisters Stüming Wittwe v. 16. April 1751.

Ogleich die Eides-Delation über *exceptiones solutionis et compensationis* in *processu executivo* zulässig ist, so soll solche dennoch im Wechsel-Processe um deswillen nicht Statt finden, weil in Wechsel-Sachen zu Aufrechthaltung des Handels und Wandels durch die Wechsel-Ordnung ein weit strengerer *modus procedendi*, als der gewöhnliche *executivische* ist, und zwar ein solcher eingeführt worden, wodurch der ganze Handel alle Mal nothwendig im ersten Termine seine Endschafft erreichen muß, welche bei Einrichtung der Wechsel-Ordnung allenthalben zum Grunde gelegte Absicht gar oft nicht erreicht werden, sondern bei den über die Relevanz der Eides-Delation unsehlbar zu erwartenden Disceptationen es fast immer der Ansetzung eines zweiten Termins bedürfen würde, wenn die Eides-Delation *super exceptionibus* im Wechsel-Processe Statt finden sollte. Es soll also bei dem deutlichen Inhalte der Wechsel-Ordnung, in deren 2. Art. der Beweis der Exceptionen ausdrücklich auf Quittungen, Scontro-Bücher und andere unläugbare Urkunden eingeschränkt worden, sein Bewenden haben. Landesf. dem Secretair Kühne zu Königsutter ertheilte Resolution v. 19. Octbr. 1751.

Die in den fürstl. Braunsch. Lüneb. Landen, Wolfenbüttelschen Antheils, publicirte Wechsel-Ordn. ist nach ihrem ganzen Inhalte und mit allen zu derselben gehörigen Constitutionen und Declarationen auch in dem Fürstenthume Blankenburg und Stifts-Amte Walkenried eingeführt, und soll darauf gesprochen werden. Landesf. Verordn. v. 27. Octbr. 1753.

Da die Wechsel-Ordnung Art. 1 befiehlt, daß in einem Wechsel die Verfallszeit ausgedrückt werden soll, nicht weniger Art. 54 die *hypothecam legalem* nur denjenigen Wechseln verleiht, welche der Ordnung gemäß ausgefertigt sind, dahingegen Supplicant damit, daß derselbe den Wechsel *qu.* auf vierteljährige Lose stellen lassen, der Wechsel-Ordnung nicht gemäß gehandelt, vielmehr derselben zuwider der Bestimmung der Verfallszeit sich zu entziehen gesucht hat, so kann ihm solches zu Behauptung des Vorzugs vor Andern, die sich nach dem Gesetze gerichtet, nicht zu Statten kommen, mithin eine Declaration nicht gegeben werden. Landesf. Resolution für den Schultheißen Büttner v. 4. April 1754.

Da dem Obergerichte die Cognition darüber, ob eine Sache durch die Wechsel-Ordnung decidirt sei oder nicht, nicht entzogen werden kann, so sollen zwar, wenn dasselbe nach abgestattetem Berichte, worin der Unterrichter die Unzulässigkeit der Appellation zeigt, dennoch die Acten fordert, solche ungesäumt eingeschickt, hingegen aber auch der Wechsel-Ordnung gemäß mit der Execution *ad effectum depositionis* verfahren werden. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 6. April 1754.

Auf die Anfrage: ob die von der Krazischen Ehefrau geschehene Unterschrift einiger Wechsel nach der Declaration der Wechsel-Ordnung v. 20. Febr. 1744 für eine gültige Intercession zu halten, folglich die Creditoren an derselben Stelle treten und von ihren *paraphernalibus* befriedigt werden müssen, ungeachtet die sonst den Rechten nach bei einer *intercessio pro marito* erforderlichen Solennitäten nicht beobachtet worden, wird rescribirt: Wie nun überall keine gültige Wechsel obhanden und die Documente nur als *chirographa* gelten, denen die weiblichen Gerechtsame mit Beifall Rechtsens opponirt werden, so ist obgedachte Intercession nicht *pro valida* zu halten. Landesf. Rescript an den Vice-Canzler v. Praun und den Hofrath Koch v. 17. Septbr. 1756.

Der Art. 6 der Wechsel-Ordnung ist auf die Stiftspersonen nicht zu extendiren, sondern es bleiben

solche gleich andern Wechsel-Beklagten den Wechsel-Rechten unterworfen. Landesfürstl. Rescript v. 9. Septbr. 1760.

Dem Trassanten soll gegen den Inhaber des Wechsels die Einrede der Excussion nicht zu Statuten kommen, wenn der Acceptant nicht bezahlt. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Braunschweig vom 13. Octbr. 1763.

Unter dem Ausdrucke Ausgeber wird der Inhaber eines Wechsels verstanden und die Disposition des 4. Art. der Wechsel-Ordnung, welcher den Erben eines Wechselschuldners ausdrücklich den *annum deliberativum* benimmt, ist sowohl von propriern als trassirten Wechseln, zumal bei Kaufleuten, als deren Credit vornämlich auf propriern Wechselbriefen besteht, billig zu verstehen. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 12. Febr. 1767.

Unter dem Worte Ausgeber soll derjenige, der den inhabenden Wechsel gegen baares Geld wieder aus- oder abzugeben hat, und also kein anderer, als der Inhaber des Wechsels verstanden werden, gestalt denn der 45. Art. der Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715 der Gestalt declarirt ist. Landesf. Verordn. v. 9. März 1767.

Dem *judicio*, vor welchem ein Wechsel-Debitor belangt wird, kommt die Execution allerdings auch zu, und dasselbe hat nicht nöthig, dessen ordentliche Obrigkeit darum zu requiriren. Landesf. Rescript an die fürstl. Kloster-Rathsstube v. 31. Octbr. 1768. \*)

Die Bauern und deren Gesinde sollen dem Wechsel-Rechte nicht weiter unterworfen sein, hingegen die Wechsel, welche selbige etwa ausstellen oder als Bürgen unterzeichnen, nur für gemeine Handschriften geachtet werden, und auf keine Weise das den Wechselbriefen beigelegte *jus tacitae hypothecae* mit sich führen. Hiermit ist also der 2. Art. der Wechsel-Ordnung vom 1. August 1715 geändert. Landesfürstl. Verordn. v. 30. Januar 1772.

Wenn jemand im Fürstenthume Wolfenbüttel einen Wechsel ausgestellt hat, aber darauf ins Fürstenthum Blankenburg gezogen ist, so muß derselbe im Fürstenthume Blankenburg belangt werden. Landesf. Rescr. v. 28. Juni 1781.

Da ein in Wechsel-Klagen *ad agnoscendum* zu präfigirender Termin von 4 Wochen zu geräumig, dem Sinne der Wechsel-Ordnung und der Natur des Wechsel-Processus zuwider, dem allgemeinen Credit aber nachtheilig ist, so soll künftig nur ein vierzehntägiger und nach Beschaffenheit der Umstände und der Entlegenheit des Wohnorts des Wechselbeklagten von Wolfenbüttel auch wohl ein kürzerer Termin dazu angesetzt, auch keine Prorogationen derselben, ohne hinlängliche und bescheinigte legale Ursachen, gestattet werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenbüttel v. 4. April 1782.

Der auf einem Irrthume und Mißbrauche beruhende, an einigen Orten hiesiger Lande herrschende Gerichtsgebrauch, daß Wechselbriefen, welchen eine gerichtliche Bestätigung angehängt worden, den gerichtlichen Pfandverschreibungen gleich geachtet, und als solche bei entstandenen Concurssen classificirt werden, ist, da dieses den Rechten, nach welchen zur Gültigkeit einer gerichtlichen Hypothek eine wirkliche Bestellung derselben vor der Obrigkeit erforderlich, zuwider ist, auch die gerichtliche Bestätigung einer Sache nichts giebt oder nimmt und dieselbe zu Etwas nicht macht, was sie vorher nicht war, mithin aus einem gerichtlich

\*) Dieses Rescript ist dadurch veranlaßt, daß fürstl. Kloster-Rathsstube wegen des von dem Magistrat zu Braunschweig in der Gerichtsbarkeit des Klosters Regibii an einem Wechsel-Gläubiger vollzogenen Personal-Arrests Vorstellung gethan hatte.

bestätigten Wechsel keine gerichtliche Hypothek werden kann, und also kein Wechselgläubiger daraus ein Recht erwerben mögen, künftig eine gleiche Classification zu erlangen, gänzlich aufgehoben und dabei verordnet, daß in Zukunft nicht nur überall keine Wechselbriefe mehr mit gerichtlicher Bestätigung versehen, sondern auch diejenigen, welche bisher bereits gerichtlich bestätigt sind, wenn von dem Vorzuge der Hypothek die Frage ist, bloß als Wechselbriefe classificirt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 28. Octbr. 1784. (Br. Anz. v. 1784. Nro. 90.)

Von mehreren Gerichten ist der Art. 2 der Wechsel-Ordnung dahin ausgelegt worden, daß der Wechsel-Beklagte, wenn er durch unverdächtige Quittungen, Scontobücher oder andere unleugbare Urkunden *solutionem* oder *compensationem* zu begründen gemeint, diese seine Absicht vorher dem Gerichte mit Beifügung der behüfigen Documente nicht nur anzuzeigen verbunden sei, damit der auf die von dem Wechsel-Kläger eingereichte Klage angesetzte Termin auf des Klägers Agnition oder Diffession der zur Begründung der Exception vorzulegenden Documente mit extendirt und sonach die Sache in *continenti* und in einem Termine abgethan werden könne, sondern auch, daß man unter den Worten der Wechsel-Ordnung »unleugbare Urkunden« nur solche verstehen müsse, welche als *documenta publica* sofort ohne vorgängige Agnition den Beweis in *continenti* begründen, mithin Privat-Urkunden, welche eine vorgängige Agnition voraussetzen, wenn sie gleich durch ihren Inhalt den Beweis der Exception völlig erschöpfen, dennoch als gültige Beweismittel nicht zugelassen wären.

Wie jedoch bei Abfassung der Wechsel-Ordnung es keinesweges die Absicht gewesen und nicht sein können, dieses gegen die Grundsätze des allgemeinen Processes zu verordnen und den Wechsel-Beklagten obgedachtermaßen zu beschweren, auch es sich von selbst versteht, daß nicht nur Privat-Urkunden als gültige Beweismittel der Exception im Wechsel-Process zuzulassen, insofern nach deren vorgängiger Agnition dadurch der Beweis sofort und auf unverwandten Fuß geführt wird, sondern auch der Wechselkläger sich nicht entziehen mag, die desfalligen Documente, wenn durch ihre Agnition der Beweis klar ist, in *termino* selbst zu agnossciren, oder zur Diffession derselben sich zu erbieten, wobei es jedoch dem Kläger, einen andern Termin zu extrahiren, unbenommen bleibt, indem dadurch der zum Besten des Klägers angeordnete Wechsel-Process nicht verzögert wird, als welches durch die Verordn. v. 19. Octbr. 1751 nur hat beseitigt werden sollen, so ist der Art. 2 der Wechsel-Ordnung solcher Gestalt declarirt worden.

Auch soll dem Art. 59 zuwider gegen die Einrede der Incompetenz von Seiten des Beklagten dennoch eine Wechselklage vor einem dritten Gerichte angenommen worden sein. Da aber dieses Verfahren dem deutlichen Inhalte der Wechsel-Ordn. gänzlich zuwider ist, so werden sämtliche Gerichte hierdurch angewiesen, sich nach der Vorschrift der Wechsel-Ordn. genau zu richten, und nochmals befehligt, in Gemäßheit derselben nur alsdann eine Wechselklage gegen eine ihrem foro nicht unterworfenene Person anzunehmen, wenn sie an dem Orte, wo der Wechsel zahlbar ist, eine Gerichtsbarkeit auszuüben haben, wobei jedoch, wenn an solchem Orte mehrere *judicia* etablirt sein sollten, dem Kläger die ordnungsmäßige *electio fori* freigestellt bleibt. Landesf. Declarat. und Verordn. v. 27. Septbr. 1799.

Ein Wechsel, der sonst alle vorschriftsmäßigen *requisita* eines Wechsels enthält und in welchem nur die Münzsorte durch eine allgemeine Benennung, als z. B. durch das Wort Reichsthaler oder Thaler, ausgedrückt worden, soll dadurch seine Wechselkraft in keiner Hinsicht verlieren, und soll ein solcher Wechsel, wenn er auf current Geld gestellt, oder wenn in demselben gar keine Münzsorte ausgedrückt ist, in *currenter*, jedoch nicht unter 2 Ggr. haltender Silbermünze bezahlt werden. Landesf. Declaration und Verordn. v. 18. Octbr. 1801.

### Wechsel-Recht, wer demselben unterworfen ist.

S. Wechsel-Recht. Art. 2, 5 und 6 der Wechsel-Ordnung v. 1. August 1715.

## Wechsel = Remittent.

S. Wechsel = Recht. Art. 9, 10, 11 und 24 der Wechsel = Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel = Sachen, Appellation in denselben.

S. Wechsel = Recht. Art. 58 der Wechsel = Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel = Sachen, Proceßverfahren in denselben.

S. Wechsel = Recht. Art. 2, 3, 9 und 59 der Wechsel = Ordn. v. 1. August 1715.  
cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr., §. 18.

## Wechsel = Sachen, Wiederklage in denselben.

S. Wechsel = Recht. Art. 3 der Wechsel = Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel = Schulden, Vorzugsrecht derselben im Concurse.

S. Wechsel = Recht. Art. 54 der Wechsel = Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel = Schuldner, Erben desselben.

S. Wechsel = Recht. Art. 4 und 45 der Wechsel = Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel = Schuldner, welcher bonis cedirt hat.

Auf Veranlassung einer Anfrage des Stadt = Magistrats zu Helmstädt wurde vom Landesfürsten über die Fragen:

1) Ob die exceptio praeclusionis et cessionis bonorum dem Liquidaten gegen einen ante motum concursum ausgestellten Wechsel zu Statten komme? und

2) Ob nicht, dafern die Strenge des Wechsel = Rechts in solchen Fällen der Observanz gemäß sei, wenigstens die Liquidaten damit übersehen werden möchten, welche, nachdem sie ein Mal Concurse gemacht, sich befließigten, wieder in bessere Umstände zu kommen, und ob nicht letztern Falls die alten Wechsel = Gläubiger so lange in Geduld stehen müßten, bis der Liquidat so weit ad meliorem fortunam gekommen, daß er ohne seinen Ruin und ohne Verlust der Gläubiger, die ihm von Neuem creditirt hätten, Abtrag machen könne?

das Gutachten der fürstl. Justiz = Kanzlei zu Wolfenbüttel gefordert, welches dahin ausfiel, daß

dem Liquidaten gegen einen ante motum concursum ausgestellten Wechsel die exceptio praeclusionis et cessionis bonorum allerdings zu Statten kommen müsse, inmaßen denn nicht allein der bisherigen Observanz nach die Personal = Arreste, so in Wechsel = Sachen erkannt, per cessionem bonorum sistirt würden, sondern auch, da den Wechseln in hiesiger Ordnung vor allen Hypotheken, so nicht zu Buche getragen, eine Priorität beigelegt wäre, sich daraus ergebe, daß nicht, wie etwa anderer Orten, wo die Wechsel ratione bonorum debitoris weder Hypothek noch Priorität hätten, auf die Person und deren Arrestirung, sondern auf die bona hauptsächlich es angesehen sein wolle, daher denn auch ein Wechsel = Gläubiger, wenn er in terminis liquidationis nicht erschienen, den effectum praeclusionis wider sich gelten lassen müsse. Und wie solchem nach ein Wechsel = Creditor post motum concursum die Strenge des Wechsel = Rechts für sich nicht allegiren möge, so habe er es nicht weniger seinem Außenbleiben und Nichterscheinen zu imputiren, daß er damit präcludirt werde und der ihm sonst competirenden Priorität in bonis liquidati nicht zu genießen habe. Sollte auch Liquidat demnächst ad meliorem fortunam gekommen sein, so könne zwar ein Wechsel = Creditor, welcher ein Mal präcludirt worden, weil solche Präclusion nicht sowohl liberationem et utilitatem debitoris, als vielmehr securitatem creditorum

et emtorum in Absicht habe, mithin weder cessio bonorum, noch concursus creditorum modus tollendi dissolvendique obligationes in totum sei, sondern bona futura in salvo blieben, an seinen Debitor sich von Neuem halten, jedoch müsse er auch in den seinem Debitor angefallenen oder von demselben erworbenen neuen Gütern denen, welche ihre Forderungen gehörig liquidirt hätten, mit der Bezahlung aber, weil die massa bonorum nicht so weit gereicht, ausgefallen wären, nachstehen. Aber auch diese müßten, wenn der Liquidat durch gefundenen neuen Credit sich in etwaigen Stand gesetzt, ferner so lange in Geduld stehen, bis wenigstens seine neuen Creditoren, welche ihm wieder auf die Beine geholfen, und durch deren Vorschub er ad meliorem fortunam gekommen, vergnügt wären, inmaßen, so lange dieses nicht geschehen, kein Ueberschuß, und was erübrigt worden, so eigentlich erst meliorem fortunam debitoris ausmache, sich veroffenbaren könne. Ein Anderes jedoch würde sein, wenn debitor aliunde, als z. B. aus einer ihm angefallenen Erbschaft, ad meliorem fortunam käme, als welchen Falls die ältern Creditoren, so bis dahin sich hätten müssen verträsten lassen, billig vor den neuern den Vorgang würden haben müssen.

Dies Gutachten wurde durch das landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 3. Mai 1757 \*) genehmigt und dabei befohlen, daß demselben gemäß in sich begebenden Fällen erkannt und darüber keine Proceßes gestattet werden sollten.

S. auch: Cessio bonorum — Moratorien.

### Wechsel, Scontriren derselben.

S. Wechsel-Recht. Art. 49 und 50 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

### Wechsel, sola oder prima, Absendung derselben zur Acceptation.

S. Wechsel-Recht. Art. 11 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

### Wechsel, verfallene.

S. Wechsel-Recht. Art. 45 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

### Wechsel, Verfallzeit derselben.

Die Bezahlung der Schulden, so von Wechseln oder Waaren herkommen, soll den Montag in der andern oder Zahl-Woche ihren Anfang nehmen, und kann die drei ersten Tage ohne Gefahr sowohl per scontro als per cassa geschehen; der Donnerstag aber, da der Markt ausgeläutet wird, soll eigentlich zum Verfalltage und endlichen Zahlungs-Termine gesetzt sein, der Gestalt, daß kein Scontriren mehr zulässig, sondern, wenn alsdann auf nochmalige letzte Anforderung weder schleunig zahlbare Assignation noch wirkliche Zahlung per cassa erfolgt, ohne weiteres Nachsehen mit schließlicher Protestation bis auf den Abend um 9 Uhr verfahren, nach solcher Zeit aber kein Protest mehr geschehen, noch angenommen werden soll. Marktgerichts- und Wechsel-Ordn. v. 1. Decbr. 1686. Art. 22.

S. Wechsel-Recht. Art. 25 bis 29 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

### Wechsel, verlorene.

S. Wechsel-Recht. Art. 44 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

\*) Unter demselben Tage erging ein landesf. Rescript an den Magistrat zu Helmstädt (in Sachen des Hofraths Heister gegen den Kaufmann Danehl) dahin, daß, nachdem der Kaufmann Danehl bonis cedirt habe, die Wechselklage und der Personal-Arrest anderer Gestalt wider ihn keinen Platz finde, als wenn er notorisch in solche Umstände gerathen, daß nach Bezahlung der von Neuem gemachten Schulden er diese Wechsel-Forderung ohne Abbruch seiner Nahrung bezahlen könne. Es sollte hiernach das Verfahren des Oehlgerichts confirmirt und darüber weiter kein Proceß zugelassen werden.



## Wechsel, Wieder- und Rück-.

S. Wechsel-Recht. Art. 37 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel-Zahlung.

S. Wechsel-Recht. Art. 39 und 46 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel-Zahlung durch Assignationen.

S. Wechsel-Recht. Art. 50 und 51 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel-Zahlung der darin benannten Summe an den Ausgeber.

S. Wechsel-Recht. Art. 9 und 10 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

## Wechsel-Zahlung, Respecttage bei derselben.

S. Wechsel-Recht. Art. 31 und 32 der Wechsel-Ordn. v. 1. August 1715.

## Wege, Besserung und Erhaltung derselben.

Welche Dorfschaft oder Gemeinde, so vor dem Landgerichte zu erscheinen schuldig ist, ihre Wege und Stege nicht bei Zeiten bessert, die soll 20 Fl. Strafe und demjenigen, welcher durch die bösen ungebesserten Wege Schaden leidet, seinen Schaden bezahlen. Allgem. Landes-Ordn. Art. 25. \*)

§. 2. \*\*) Die Obrigkeiten und Beamten oder die dazu in specie verordneten Commissarien sollen sich fleißig erkundigen, was, wo und wie viel ein jeder Ort oder Gemeinde von Alters her die Wege zu bessern und zu unterhalten schuldig, und darüber die Unterthanen nicht beschweren, es wäre denn bei gar verdorbenen und grundlosen Wegen, deren sie sich nothwendig mit bedienen müssen, welchen Falls sie zu ihrem eignen Besten ohne Limitation proportionabiliter dazu zu contribuiren.

§. 3. Wenn nun der Unterthanen quota an Ruthenzahl beschrieben, so soll auch zur Besserung der Wege, welche auf der Aemter Kosten zu unterhalten, ohne Verzug geschritten werden.

§. 4. An beiden Seiten der Landwege sollen, so viel es thunlich, sonderlich an den niedrigen Orten, solche tiefe und breite Gräben gemacht werden, worüber kein Wagen oder Karren setzen, noch dieselben durch Menschen oder Vieh überstiegen werden können, wobei die Gelegenheit des Orts und, ob die Wege durch Aecker, Aenger oder Wiesen gehen, wohl zu betrachten, sonderlich ob denjenigen, welche an den Wegen und Heerstraßen Aecker oder Wiesen haben, die Aufräumung der Gräben zu Gute kommt, alsdann sie billig mit herbeizuziehen und dazu anzuhalten.

\*) Schon früher ist in den Landtags-Abschieden zu Salzbadlum v. 3. Juni 1597. §. 27 und zu Wolfenbüttel v. 27. Januar 1619. §. 21, so wie in dem landesf. Auschr. v. 5. Januar 1611 und den Verordnungen v. 9. Octbr. 1617, 31. Decbr. 1643 und 18. August 1645 und mehreren andern die Erhaltung der Landstraßen und Besserung der Wege und Stege denen, welchen solches obliegt, ernstlich geboten, indem die letztere die Säumigen und Ungehorsamen mit eben der in der Landes-Ordnung benannten Strafe bedrohet, auch ist durch die landesf. Verordn. v. 15. Septbr. 1645 verordnet, daß die Notarien den Reichs-Constitutionen gemäß auf Verbesserung der Brücken, auch gemeiner Wege und Stege Acht haben, bei der Obigkeit jedes Orts dieserhalb gebührende Erinnerung thun und, wofern die Beamten und Gerichtsherrn, denen die Ausbesserung der Heerstraßen obliege, auf ihr Erinnern die Gebühr nicht beobachten würden, solches höchsten Orts berichten sollten. Wider die säumigen Notarien sollte mit den in des heiligen Römischen Reichs Constitutionen verordneten Strafen verfahren werden.

\*\*) Der §. 1 befiehlt, nicht nur die Steinwege in den Städten und Flecken, sondern auch die Landwege und Heerstraßen nach Publication der Verordnung ohne Zeitverlust zu repariren und in dem gebesserten Stande zu erhalten.

§. 5. Das in die Wege fließende Wasser soll möglichst ohne Schaden der Wege abgeführt werden, und wenn sich finden wird, daß Bäche in die Wege fließen, so sollen dieselben bestmöglichst abgeleitet oder mit Brücken versehen werden.

§. 6. Sollten die Wege nur mit sehr großen Kosten in Stand gesetzt werden können, so will der Landesfürst auf Anmelden es geschehen lassen, daß statt der alten ganz neue angelegt werden, wie denn denjenigen, durch deren Aecker oder Wiesen solche neue Wege anzuordnen, ein billiges Aequivalent dafür werden soll. \*)

§. 7. Zur Verminderung der Kosten und Beschwerden bei Reparatur der Wege und Schonung der Aecker der Unterthanen sollen die Wege nicht breiter sein, als daß zwei Erndte- oder mit Heu beladene Wagen füglich bei einander herfahren können. Was nun von den alten Wegen übrig bleibt und sonst nicht zu gebrauchen, soll mit Weiden, Hainebüchen oder Ellern bepflanzt und sollen dieselben hiernächst zur Reparatur solcher Wege mit verwendet, wo aber die Wege breiter und nicht nöthig zu bessern sind, auch sonst Vorrath von Holz und Weiden zu haben, in statu quo gelassen werden.

§. 8. An und auf den ausgebrachten Gräben, und wo es sich sonst finden will, sollen Weiden, oder nach Beschaffenheit des Terrains Ellern, auch Hainebüchen gepflanzt und zu Ausbesserung der Wege allein gehauen und genutzt werden. Wer diese Bäume beschädigt, soll mit aller Rigueur, auch wohl darüber am Leibe ohne Nachsehen gestraft werden. \*\*)

§. 9. Die Wege sollen bogenweise, nämlich, in der Mitte hoch und auf beiden Seiten etwas abhängend sein, damit sich das Wasser in die Gräben ziehen könne. Wo aber die Wege sehr krumm sind und durch solche Krümmungen vom Wasser Noth leiden, soll durch eine gerade Durchföhrung des Weges und Ziehung der Gräben auf beiden Seiten dem Uebel geholfen und demjenigen, so von seinem Lande dazu hergeben muß, ein billiges Aequivalent gegeben werden.

§. 10. Zur Erhöhung der Wege soll die aus den Gräben genommene Erde und wo sie sonst bei der Hand gefunden wird, in die Wege geworfen werden. Müssen Duergräben gezogen werden, so sollen solche mit Brücken über- oder mit Baumrinnen unterlegt werden, so daß das Wasser seinen Abfluß haben könne. Wo aber gar kein Abfluß auf solche Art zu machen, soll solcher durch die daran stoßende Länderei oder Wiesen befördert werden, wogegen sich niemand zu sperren, sondern gegen billige Satisfaction es zuzulassen hat.

§. 11. Damit die Gräben durch die Fußgänger nicht niedergesprungen und abgetreten werden, sollen hin und wieder, wo es nöthig, Stege übergelegt werden. Die Hirten sollen das Vieh, so viel es thunlich, von den Gräben abwehren und, Falls sie muthwillig dagegen handeln, mit gebührender Strafe angesehen werden. \*\*\*)

§. 12. Die Gräben sollen jährlich, oder so oft es nöthig, renovirt und im Stande erhalten werden.

§. 13. Sind die Wege aufgeworfen, welches am Füglichsten im Frühlinge und zwischen der Saat- und Erndtezeit geschehen kann, so müssen dieselben den Sommer über in solchem Stande bleiben und mit Fracht- und andern Wagen befahren werden, damit das Terrain sich besser setze.

§. 14. Im Herbst und nach der Saamenzeit soll der Grund zum Wege mit Holz gelegt und daselbe mit Kiesel- oder mit andern kleinen Steinen oder Steingrande und Sande (welches alles vorher und vor der Erndte herbeigeschaft werden soll) wenigstens einen Fuß hoch, wenn es nicht gleich höher geschehen kann, der Gestalt überschüttet werden, daß der Holzgrund überall damit bedeckt bleibe. Können  
aber

\*) cf. Landesf. Declaration der §§. 6 und 9 v. 15. Januar 1828.

\*\*) S. Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

\*\*\*) S. Seitengräben an den Heerstraßen.

aber ohne große Kosten beständige Steinwege angelegt werden, so ist solches um so viel besser und dauerhafter, weshalb alle Mal darauf zu reflectiren.

§. 15. In den Harz-Kemtern können die Schlacken sehr vortheilhaft gebraucht werden, wo es aber zu weit entlegen, sind die Materialien zu gebrauchen, welche am Füglichsten und ohne große Beschwerde der Unterthanen zu bekommen sind.

§. 16. Nach Anleitung des Edicts von 1643 \*) sollen die Unterthanen, so Holz haben, denen, welche es nicht haben, zur Ausbesserung der Wege, deren sie sich mit gebrauchen, unweigerlich mit dem benöthigten Holze zu Hülfe kommen, allenfalls aber die Beamten und Forstbedienten solcher holzmangelnden Derter, damit das gemeinnützige Vorhaben nicht gehindert, einen Uberschlag machen, damit das Holz aus den herrschaftlichen Forsten verwilligt werde, und soll die Abfahung von denjenigen Leuten, so von Alters her an solchen Dertern die Wege zu bessern schuldig, beschafft werden.

§. 17. Die Beamten und Forstbedienten sollen das zur Wegebesserung verwilligte Holz und die Steine (wenn dergleichen in den Forsten befindlich) ohne Aufenthalt ausweisen und abfolgen lassen, jedoch ist wegen des großen Holzmangels mehr Reflexion auf Steine, Kieß und Grand, als auf Holz zu machen, gestalt dergleichen Materialien, wenn es an dem Orte, wo sie zu gebrauchen, daran ermangelt, aus andern benachbarten Orten und Kemtern unweigerlich und ohne Entgeld, jedoch auch ohne Schaden der Interessenten verabfolgt werden sollen.

§. 18. Die Reparatur der Wege und Heerstraßen und deren beständige Erhaltung und continuirende Verbesserung soll von den daran stoßenden und in der Nähe gelegenen Städten, Kemtern, Stiftern, Klöstern, adelichen Häusern und Gerichten, Flecken und Dörfern, welche sich entweder der zu reparirenden Wege mit bedienen oder von Alters her deren Besserung zu thun schuldig sind, wenn's ihnen der Billigkeit nach wird zugetheilt werden, unweigerlich und bei Vermeidung willkürlicher Strafe (welche auf den Stadt- und Landgerichten dictirt, jedoch ins Broge-Register auf ein besonderes Blatt gebracht und nur zur Wege-Besserung employirt werden soll) bewerkstelligt werden.

§. 19. Sollten die Wege dennoch ungebeffert bleiben und dadurch den Passagieren und Fuhrleuten Schaden entstehen, so sollen diejenigen, welche die Wege zu bessern schuldig, diesen Schaden und die Unkosten restituiren, und soll den Fuhrleuten erlaubt sein, wenn die Wege gar zu gefährlich und inpassabel gefunden werden, über der Contravenienten Wiesen und besaamte Felder zu fahren, ohne daß sie dürfen gepfändet oder angehalten werden, welche Freiheit aber die Fuhrleute nicht zu mißbrauchen und ohne große Ursache niemandem Schaden zuzufügen haben. Jedes Orts Obrigkeit hat aber auf einen solchen Fall die Reparation auf der Säumigen Kosten vorzunehmen und dieselben executive beizutreiben.

§. 20. Diejenigen, welchen die Aufsicht über die Wege committirt, sollen alle Jahr zwei Mal, und zwar um Ostern und Michaelis, eine gründliche Nachricht von der Beschaffenheit der Wege, was und wer im vorigen ganzen oder halben Jahre daran und wie sie reparirt, an welchen Orten dieselben noch schadhast, und wer von den Obrigkeiten, Voigten und Vogräfen darunter säumhaft gewesen, den Umständen nach an fürstl. Geh. Rathsstube oder Cammer, oder auch den Stadt- und Landgerichts-Commissarien einschicken.

§. 21. Diejenigen Personen und Derter, welche vor den Stadt- und Landgerichten zu stehen nicht schuldig, sollen die Landgerichts-Commissarien an die Wegebesserung gütlich erinnern und ihnen daneben andeuten, daß, wenn dieselbe binnen einer zu determinirenden Zeit nicht bewerkstelligt sein würde, die Ober- und Beamten oder die zur Wegebesserung verordneten Commissarien eventualiter beschligt wären, die Reparation auf ihre Kosten verrichten zu lassen und darauf solche executive beizutreiben, gestalt solcher Executions-Befehl hiermit ertheilt wird.

\*) S. die Note \*) p. 479.

§. 22. Die zur Wegebesserung specialiter verordneten Commissarien sollen diesem wohlgemeinten Werke gebührenden Nachdruck geben und die tüchtige Einrichtung sothaner Reparation über sich nehmen, auch nach Befinden Inhalts dieser Verordnung damit verfahren.

§. 23. Dieselben sollen mit Zuziehung jedes Orts Obrigkeit die Stadt- und Landstraßen und Wege, wo solche am Tiefsten und Schlimmsten, in Augenschein nehmen, des Falls mit ihnen ein Gewisses schließen und der fürstl. Cammer einsenden.

§. 24. Zur Abtrocknung der engen und bewachsenen Land- und Holzwege sollen die Hecken und Bäume, so solches verhindern, kurz abgestuft und der Abschlag, wosern die Eigenthums-Herren der Braaken zum Zäunen nicht selbst benöthigt, zur Wegebesserung mit verwendet werden.

§. 25. An den Stadt- und Landwegen und Heerstraßen soll, wenn dieselben ein Mal reparirt, hier und da und insonderheit an den niedrigsten Orten ein zulänglicher Vorrath an Pflaster-, Kiesel- und andern kleinen Steinen, Schlacken und dergleichen Materialien angeschafft, die Unterthanen aber sollen nicht anders, als bei guter Zeit und gutem Wege und wenn sie am Wenigsten mit der Feldarbeit zu thun haben, zur Anfuhr und Lieferung angehalten werden, und wird alsdann von den Wege-Commissarien mit Zuziehung jedes Orts Obrigkeit zu reguliren sein, was ein jeder Bürger und Einwohner in den Städten und auf dem Lande, ein jeder Ackermann, Halbspänner und Kothmann nach Proportion seines Hauses oder Hofes entweder mit seinen Pferden oder Handarbeit oder mit Gelde zu diesem Vorrathe zu contribuiren.

§. 26. Den Vorrath des benöthigten Holzes sollen die Commissarien determiniren, bei fürstl. Cammer anmelden und des Landesfürsten Ratification deshalb einholen, wobei die Beamten und Forstbedienten wohl Acht haben sollen, daß das Holz zu rechter Zeit forstmäßig gefällt, auch zu nichts Anderem verbraucht werde.

§. 27. Es sollen in gewissen Districten in allen Communen, und wo es nöthig befunden wird, ein oder zwei Wege-Wärter oder Aufseher angesezt werden, welche die Wege von dem Vorrathe ausbessern. Dieselben sollen von denjenigen, welchen die Besserung der Wege jedes Orts schuldig, gelohnt und jährlich ein gewisses zu collectirendes Salar nach billigmäßiger Proportion eines Jeden Fleißes und Arbeit zu genießen haben. Weil aber den Dörfern, so ohnedem sub perpetuo onere sind, beschwerlich fallen dürfte, den Wege-Wärtern ein gewisses Jahrgeld zu geben, so soll in jedem Dorfe, je nach dem dasselbe groß oder klein, ein oder zwei Wege-Aufseher bestellt werden, welche jedes oder ein ums andere Jahr bei den zu haltenden Landgerichten verändert und nach der Reihe genommen werden sollen. Dieselben sollen von Zeit zu Zeit die Wege innerhalb und außerhalb des Dorfes visitiren und das Auszubessernde den Bauermeistern anzeigen, damit dieselben sogleich zur Reparation die Veranstaltung machen, oder, da es etwas Hauptsächliches, ihren Obrigkeiten anmelden können.

§. 28. Da sich an vielen Orten tiefe, enge und zugewachsene Wege mit tiefen ausgefahrenen Gleisen finden, so sind zu deren Remedirung durch Abtragung der Hügel und Berge und Aufräumung der engen Wege die Passagen zu erweitern, die Gleisen zuzufüllen und dem Wege gleich zu machen, wobei es die Wege-Wärter zu erhalten und, daß Alles ungefümt verrichtet werde, fleißig Acht zu geben haben.

§. 29. Sollten diese darin nachlässig sein und die Obrigkeiten sie nicht mit Ernst dazu anhalten, so soll der hierzu jedes Orts angesezte Commissair Macht haben, nach Befinden diese ungetreuen und nachlässigen Wege-Wärter zu strafen oder gar zu cassiren und an ihre Stelle bessere und fleißigere zu nehmen, auch die schlechte Observanz der Obrigkeiten der fürstl. Geh. Rathsstube oder Cammer anmelden.

§. 30. Es sollen vor allen Städten, Stiftern, Klöstern, Flecken und Dörfern, auch an den Scheidewegen Wegweiser gesezt werden, welche mittelst einer eingegrabenen oder, welches besser, mit Oelfarbe angemalten, deutlichen Schrift die Wege, wohin jeder nächsten Orts geht und wie viel Stunden davon belegen, sonderlich an den Heerstraßen durch einen ausgestreckten Arm zeigen und die Reisenden anweisen können. Die Obrigkeiten, Gerichtsherren und Beamten, auch Gemeinden sollen 4 Wochen nach Publi-

cation dieser Verordnung bei schwerer Strafe auf jedes Orts Kosten diese Wegweiser aufrichten und von wegverständigen Leuten ordiniren lassen. Die Wege-Commissarien sollen darauf fleißig Acht haben und an den Orten, wo es unterlassen, ohne anderweitigen Befehl und Verordnung die Pfähle oder Wegweiser selbst setzen und die Kosten von den Säumigen ohne weiteres Rücksichsehen erequiren lassen. \*)

§. 31. Die Brücken und Stege sollen, wo es nöthig, mit Lehen und Handheben versehen, auch an den Orten, wo sich die fließenden Wasser über die Wege zu ergießen pflegen, so daß nicht wohl ohne Gefahr durchzukommen, solche Pfähle oder Stangen gesetzt werden, wonach sich der reisende Mann richten und alle Gefahr evitiren könne.

§. 32. Die zu erhebenden Wegegelder sollen zu nichts Anderem als zu Reparation der Wege und was dem anhängig angewendet werden, und sollen wenigstens alle Quartale von der Einnahme und Ausgabe die Rechnungen an fürstl. Cammer eingesandt werden, damit der Landesfürst daraus ersehen kann, wie weit es mit der Wegebesserung zu Stande gekommen, und ob nicht bei einigem Ueberschusse den Orten und Communen damit zu Hülfe gekommen werden könne, welche unvermögend sind, die Reparation der Wege aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

§. 33. Da nun bei dieser Besserung der Wege reisende Personen und Fuhrleute andere Bei- und Nebenwege, wodurch den Unterthanen an Aekern und Wiesen manchmal großer Schaden zugefügt wird, aufzusuchen um so weniger Ursache haben, so wird einem Jeden bei Vermeidung der in den vorhin dieserwegen publicirten Edicten gesetzte Strafe anbefohlen, sich solcher verbotener Bei- und Nebenwege gänzlich zu enthalten und der ordentlichen Heerstraße zu folgen. Landessf. Verordn. v. 10. März 1704.

Bei der beabsichtigten, unumgänglich nöthigen, durchgängigen Besserung der Wege müssen zuvor zwei Hauptpunkte in Ueberlegung genommen und festgestellt werden. Der erste betrifft die Art der Besserung und der zweite die Concurrenz derjenigen, welche die Besserung zu besorgen haben.

So viel 1) die Art der Besserung betrifft, so ist wohl außer Zweifel, daß das Wasser durch Gräben abgeleitet werden müsse. Ob aber ein Weg mit Steinen, Grand, Sand mit oder ohne Holz und mit Fashinen zu bessern, solches muß aus der Lage und Beschaffenheit des Weges beurtheilt werden, und kann nur der ein gegründetes Gutachten darüber geben, der den Grund und Boden des tractus, die naturalia, Steine und dergl. auf den nächsten Feldmarken, das Vermögen der Einwohner und die übrigen Umstände besonders kennt.

Bei dem 2ten Punkte sind Heerstraßen von Feldwegen zu unterscheiden. Zu den ersten concurriren

- a) die ganzen Districte, welche sich derselben bedienen,
- b) insbesondere die Feldmarken, wodurch sie gehen,
- c) nach Beschaffenheit der Umstände die fürstl. Cammer, und
- d) selbst das ganze Land, wenn es die Noth erfordern sollte.

Feldwege hingegen sind von denen zu repariren, die sich solcher bedienen, und sind die benachbarten Gemeinden den Umständen nach einander hülfreiche Hand zu bieten schuldig.

Die Hauptfrage hierbei ist, wie weit die Gerichtsobrigkeit oder andere schriftsfähige Markgenossen bei solchen Wegebesserungen zu concurriren haben. Ratione der Obrigkeit fällt, außer der schuldigen Aufsicht und Direction, deren Concurrenz weg, wenn sie auf der Feldmark nichts Eigenes besitzt. Wenn sie aber etwas Eigenes daselbst hat, so scheint die Billigkeit zu erfordern, daß sie pro rata zutrete. Es ist hier aber zum Voraus wohl zu merken, und die Sache selbst beweiset es, daß hier gar nicht von einem onere publico oder solchem etwas, das der Freiheit der Güter zuwider ist und dieselben den Contribuablen gleich macht, sondern von der Erhaltung einer gemeinnützlichen Sache in brauchbarem Stande die Rede sei. So wenig man sagen kann, daß es ein onus publicum sei, wenn jemand seine Gebäude

\*) cf. Rescript fürstl. Cammer-Collegit v. 20. Novbr. 1816. (Wege I. p. 357.)

in gutem Stande erhält, und, wie sie wandelbar werden, wieder ausbessert, eben so wenig mag es die Gestalt eines *oneris publici* gewinnen, wenn man den Grund und Boden, welcher zum Wege gewidmet ist, solcher Gestalt bessert, daß Vieh, Wagen und Geschirre nicht zu großen Schaden leiden und die Zeit des nöthigen Transports kürzer werde. Ein jeder gute Wirth wird leicht erkennen, daß dies Unkosten sind, die er zu seinem eigenen Besten anwendet und wovon er selbst den größten Nutzen hat, und daß folglich dieselben für *onera publica* unmöglich gehalten werden können.

Aus dieser wahrhaften Gestalt der Sache scheint ferner zu fließen, daß, so wenig der Bauer gehalten, Pferde, Wagen, Geschirr und andere Wirthschafts-Bequemlichkeiten für Andere zu besorgen, eben so wenig ihm auch ohne Unbilligkeit zugemuthet werden möge, daß er allein die Wege, als eines der vornehmsten Stücke der allgemeinen Wirthschafts-Bequemlichkeit, woran ein Besitzer freier Güter eben so viel Theil nimmt, als der arme Bauer, bessern solle. Wenn also hierzu zu concurriren, so giebt die Quantität des auf der Feldmark liegenden Landes wohl die beste Maaße, denn nach dieser proportionirt sich der mehrere oder weniger Gebrauch des Weges. Güter, die ihren Acker mittelst des Herrendienstes bestellen, möchten dagegen einwenden, daß nicht ihnen, sondern den armen Dienstleuten, welche die Arbeit thun und das Korn in die Erde, demnächst in die Scheuern und endlich zu Märkte bringen, an guten Wegen am meisten gelegen, sie aber nicht weiter, als ratione der Spanne zu concurriren haben. Die Menschenliebe, welche ein Jeder seinem armen Nächsten, den der Zufall der Geburt ihm dienstbar gemacht, als ein denkendes Geschöpf, vielmehr als Christ schuldig ist, wird diesen Einwurf hoffentlich solcher Gestalt mäßigen, daß in der That selbst keine große Behinderung daher entstehen kann, zumal es der natürlichen Billigkeit gemäß und selbst aus den Gesetzen zu erweisen ist, daß der Dienstpflichtige von seinem Dienstherrn eine Erlassung und Minderung des Dienstes fordern kann, wenn Grund und Boden so beschaffen, daß er den Dienst nicht, oder nicht ohne augenscheinlichen Ruin leisten kann, wobei sich jedoch von selbst versteht, daß bei der Concurrenz der Gerichte dahin allerdings zu sehen sei, daß das Kloster, der Edelmann, der Schriftfasse ratione des Landes, das kein Bauergut ist, mit den Bauern nicht in Gleichheit gesetzt und gleichsam in die Riege gesetzt werde, welches leicht zu vermeiden sein wird.

Vorstehendes wäre also dasjenige, worüber man sich bei der vorzunehmenden allgemeinen Wegebesserung zuvörderst zu fassen und ein Regulativ festzusetzen hätte. Die Behörden sollen, unter pflichtmäßiger Prüfung der Umstände, ihre Meinung hierüber einberichten. Landesf. Aussch. v. 1. Decbr. 1750.

Da die Besserung der Communications-Wege in der ungegründeten Meinung, es würde auch die Besserung dieser Wege von der zur Instandsetzung der großen Heer- und Landstraßen verordneten Commission mit besorgt und die dazu erforderlichen Kosten aus den zur Besserung derselben constituirten Fonds genommen werden, gänzlich unterlassen worden, die Absicht dieser Commission aber zuvörderst und hauptsächlich auf die tüchtige Instandsetzung und Erhaltung der Landstraßen und, wenn diese zu Stande gebracht, auf die Communications-Wege der Städte, auf die kleinen Wege aber, so von einem Flecken oder Dorfe zum andern führen, gar nicht gerichtet ist, und allem Ansehen nach die Reparatur der Landstraße noch eine geraume Zeit und große Kosten erfordern dürfte, die Communications-Wege aber nicht ungebessert liegen bleiben dürfen, so sollen diejenigen, welche vermöge der Landes-Ordnung und der Obervanz zur Reparatur der Communications-Wege verbunden sind, sich ihrer Schuldigkeit nicht entziehen, sondern ein Jeder die Wege in dem Districte, in welchem er solche dem Herkommen gemäß erhalten muß, tüchtig bessern, in fahrbaren Stand setzen und darin erhalten. Landesf. Verordn. v. 16. Mai 1752.

Diejenigen, welchen die Erhaltung und Besserung der Heerstraßen vor geschעהner Anordnung der Wegebesserungs-Anstalten obgelegen, sollen, ein Jeder in seinem Districte, ohne alle weitere Erinnerung die Wege und Heerstraßen so lange, bis die Wegebesserungs-Commission dahin kommen wird, im Stande erhalten, welches auch in Ansehung der Dorf-Communications-Wege zu beobachten ist. Diejenigen,

welche ihre Schuldigkeit hierunter nicht beobachten, sollen dafür nachdrücklich angesehen werden, auch allen daher entstehenden Schaden vergüten. Landesf. Verordnung v. 30. Januar 1753, welche unterm 27. Novbr. 1769 durch wörtliche Wiederholung erneuert ist. (Br. Anz. v. 1753 Nro. 17 u. v. 1769. Nro. 100.)

Die Obrigkeiten sollen mit Nachdruck darüber halten, daß die Bauermeister jeden Orts ihrer Eidespflicht gemäß auf die Wegebesserung gehörig Acht haben und jede Gemeinde den tractum, dessen Besserung ihr obliegt, in gehörigem Stande erhält, zu dem Ende die Heerstraßen und Wege jährlich selbst ein- oder ein paar Mal bereisen und die Bauermeister und Gemeinden zu deren Besserung nachdrücklich anhalten. Landesf. Aussch. v. 11. Mai 1770.

1) Es soll niemand die auf die Aufsicht und Nachbesserung der in Stand gesetzten Wege, um solche vor allem Verderbe nach Möglichkeit zu verwahren, bestellten Wegewärter, welche, damit sie jedermann kennen könne, mit einem Schilde auf der Brust versehen worden, in ihren Ausrichtungen zu hindern sich unterstehen, vielmehr soll Jedermann ihnen allen Vorschub, und ihren pflichtmäßigen Erinnerungen bei Befahrung der Wege Folge leisten. Würde jemand nur gedachte Wegewärter ungebührlich anlassen, oder sich wohl gar an ihnen vergreifen, so soll er dafür mit schwerer, auch befindenden Umständen nach Leibesstrafe angesehen werden, und haben sämtliche Obrigkeiten hiesiger Lande denselben hierunter alle prompte nachdrückliche Assistenz angedeihen zu lassen. Sollte hingegen einer dieser Leute sich auf ungebührliche Art bei Ausrichtung der Dienstgeschäfte betragen, so ist solches der Obrigkeit des Orts, wo der Unfug geschehen, zu melden, welche solchen nachdrücklich zu bestrafen hat. Außerdem hat jede Obrigkeit von Amts wegen dahin zu sehen, daß diese Leute ihre Schuldigkeit gebührend verrichten, und, wenn sie darin nachlässig befunden werden und was verabsäumen, solches der fürstl. General-Wegebesserungs-Commission anzuzeigen. \*)

2) Wenn zu Ausbesserung der Wege die Anfuhr der nöthigen Materialien an Holz, Steinen, Grand oder Sand repartirt, so soll sothane Anlieferung alle Mal zur festgesetzten Zeit gehörig und ohne Fehl bewerkstelligt werden. Sollte hierunter Mangel erscheinen, so muß die fürstl. General-Wegebesserungs-Commission die Anlieferung auf der Säumigen Kosten unverzüglich besorgen lassen, und haben die Obrigkeiten diese von den Säumigen ohne einige Nachsicht sofort beizutreiben.

3) Es gereicht den Straßen zum offenbaren Verderb, wenn die Fuhrleute beständig in einem Gleise bleiben. \*\*) Es sollen daher die passirenden Fracht- und andere Fuhrleute, sie mögen befrachtet, oder mit ledigem Geschirre oder Kutschen fahren, jeder Zeit ein frisches, oder von den Wegewärtern anzuweisendes, in dessen Abwesenheit aber, die am wenigsten befahrene Spur nehmen. Wer diesem zuwider handelt, soll das erste Mal gleich 8 Ggr. an den Wegewärter, bei wiederholten Uebertretungs-Fällen aber, oder wenn der Uebertreter sonst Unfug begeht, oder gar sich an dem Wegewärter vergreift, 1 bis 2 Thlr. Strafe erlegen. Sollten die Uebertreter sich dessen weigern, so haben die Wegewärter den übertretenden Fuhrleuten in das nächste Dorf zu folgen, und diese sodann so lange anzuhalten, bis sie die Strafe erlegt, welche bei der Gemeinde in Verwahrung zu nehmen. Alle Strafen über 8 Ggr., sie mögen an die Wegewärter oder die Gemeinde bezahlt sein, sind durch einen zuverlässigen Boten binnen den nächsten 24 Stunden der Obrigkeit zuzuschicken, welche davon das Botenlohn bezahlt, das Uebrige aber in Verwahrung

\*) Durch die Verordn. v. 18. Febr. 1779 wurde dieser Paragraph dahin declarirt, daß diejenigen, welche die Wege-Aufseher und Wegewärter bei Ausübung ihres Amts mit Schimpf- und Drohworten belegten, in eine Strafe von 10 Thlr., wenn sie sich aber thätlich an ihnen vergrißen, von 20 bis 30 Thlr. verfallen, dem Befinden nach auch wohl mit Leibesstrafe belegt werden sollten. Das Strafverbot wurde zugleich ausdrücklich auf die Postillons extendirt. cf. Gesetz v. 28. Mai 1835, die Chausseegeld-Erhebung und die Wegepolizei betr., §§. 41 sqq.

\*\*) Mit Bezugnahme auf diesen Paragraphen gab die Verordn. v. 18. Febr. 1779 specielle Vorschriften über das Ausweichen des sich begegnenden Fuhrwerks.

cf. Gesetz v. 28. Mai 1835, die Chausseegeld-Erhebung und Wegepolizei betr., §§. 23 und 24.

nimmt, und bis zu anderweiter Verordnung darin behält, es wäre denn, daß der- oder diejenigen, welche solche Gelder erlegt, in den nächsten 14 Tagen sich meldeten, und nach Rechtsgebühr erweislich machten, daß ihnen solche Gelder unbefugter Weise abgepreßt, oder auf andere Art zu viel geschehen. Solchen Falls sollen die Obrigkeiten ungesäumt die Sache untersuchen, was Rechtens, und also auch, wenn es nöthig, die Erstattung der Gelder erkennen, diese Erkenntnisse und die dazu gehörigen Acten aber beisammen behalten, und darüber ein besonderes Verzeichniß fertigen. Nach 14 Tagen aber sind dergleichen Klagen nicht anzunehmen, sondern als erloschen zu achten. Würde irgend eine Gemeinde der obigen Vorschrift nicht nachkommen, so soll sie deshalb nachdrücklich bestraft, insonderheit auch die von den Fuhrleuten verwirkte Strafe von ihnen beigetrieben werden.

4) Da die General-Wegebesserungs-Commission zuvörderst mit den Hauptstraßen des Landes beschäftigt, zugleich aber mit der Oberaufsicht über alle und jede Straßen und Communications-Wege im Lande in Gnaden beauftragt ist, so sollen deren Anordnungen auf allen und jeden Wegen und Straßen, als wären sie von dem Landesfürsten unmittelbar ertheilt, angesehen und befolgt werden. Insonderheit sollen, wo gedachte Commission es nöthig finden wird, die Seitengräben, Wasser-Ableitungen und Abzüge nach Anweisung derjenigen, die besagte Commission dazu bevollmächtigen wird, in Stand gesetzt, und dazu, dem Befinden nach, die Kosten ganz oder zum Theil aus der Wegebesserungs-Casse beschafft werden. Dieses hebt jedoch die Schuldigkeit nicht auf, daß, da mehrgedachte Commission aller Orten auf ein Mal unmöglich die Wege in Ordnung bringen kann, jeder vor seinen Aeckern und Grundstücken, desgleichen vor gemeinschaftlichen Aeckern die Interessenten die vorhandenen Gräben im Stande erhalten und, wenn neue gemacht werden, dazu concurriren müssen. Die aus den an den Wegen befindlichen Seitengräben kommende Erde ist jedoch nicht auf die Seite des Weges, wodurch der Abzug des Wassers gehindert wird, sondern, wo sie nicht zur Erhöhung des Weges und Verfüllung tiefer Stellen, oder Ueberfahung des Holzes gebraucht werden kann, auf die Seite der daran stoßenden Länderei, Wiesen oder Aenger zu werfen, auch ist bei Aufräumung oder Erweiterung dieser Gräben die Erde von der Landseite, nicht aber, wie hier und da zu geschehen pflegt, von der andern Seite zu nehmen. Damit auch die Gräben desto besser und länger im Stande bleiben, so haben die Hirten und Schäfer bei Vermeidung nachdrücklicher Bestrafung dahin zu sehen, daß ihr weidendes Vieh denselben nicht zu nahe komme, also solches alle Zeit von den Gräben abzuwehren, am Wenigsten aber selbst mit dem Viehe quer durch die Gräben über die Straßen nach der andern Seite zu treiben, sondern solches lediglich durch die hier und da angelegten Fahrten dahin zu bringen. Daß Einzeln-Hüten mit Rühen, Pferden, Schweinen u. in den Gräben aber ist bei schwerer Strafe gänzlich verboten. Da auch Gräben und Abzüge, wenn sie schon nicht am Wege belegen, doch mittelbar zu Ableitung des Wassers von denselben und deren Trockenerhaltung beitragen können, so haben sämtliche Obrigkeiten darüber jeder Zeit mit Nachdruck zu halten, daß die Vorschriften des landesf. Circular-Rescripts v. 13. Juli 1767, \*) die Eröffnung und Instandsetzung der Abzugsgräben in der Feldern und deren Visitationen betreffend, überall jeder Zeit gehörig bewerkstelligt werden. Zu dem Ende haben sie den Feldmarks-Interessenten zu deren Aufräumung alle Frühjahr und Herbst einen Termin zu bestimmen, und wenn binnen 14 Tagen nach Verfließung desselben die Aufräumung dieser Abzugsgräben im Felde, in den Wiesen und an den Feldwegen nicht bewerkstelligt, auf eines jeden Nachlässigen Kosten selbige von Gerichts wegen zu veranstalten und die Widerspenstigen mit nachdrückli-

\*) Dieses Rescript, womit, behuf einer zu erlassenden Verordnung, Bericht über die Erhaltung der schon vorhandenen und die Anlage neuer Gräben an den Heerstraßen, Wegen, Feldern, Wiesen und Aengern gefordert wurde, schreibt zugleich vor, daß die sämtlichen Gräben alle Frühjahr und Herbst durch eine General-Visitation im Beisein der Amts-Unterbefindlichen und Bauermeister besichtigt und ein Protocoll darüber abgefaßt werden solle, in welchem Zustande die Gräben gefunden, was daran im letzten halben Jahre gebessert worden, imgleichen wo, von wem und mit welchen Kosten die Aufräumung vorzunehmen sei.



cher Strafe zu belegen, auch befindenden Umständen nach an den Philippsberg oder in den kleinen Karren zu schicken, woselbst sie gegen gerichtliche auf diese Verordnung sich beziehende Requisition angenommen, und auf die bestimmte Zeit zur Arbeit angehalten werden sollen.

5) Diejenigen Gräben, welche nach Anweisung und Vorschrift der fürstl. General-Wegebesserungs-Commission in Stand gesetzt, sollen denjenigen, denen deren Unterhaltung obliegt, von der Obrigkeit nach Anweisung gedachter fürstl. Commission zur Erhaltung übergeben, und alle Frühjahre, auch im Herbst nach der Rothen-Bestellung, wie vorhin gesagt, visitirt und mit Nachdruck im Stande erhalten werden, und soll die Obrigkeit, die hierbei nicht das Ihrige thut, zu desto schärferer Verantwortung gezogen werden. Sollte erwähnte Commission nöthig finden, von ihrentwegen jemanden den Visitationen beizuwohnen, oder auch außer den gesetzten Zeiten mit oder ohne Zuziehung der Obrigkeit Visitationen anstellen zu lassen, so bleibt solches ihr in allen Wegen unbenommen; wosern sich alsdann Fehler finden und diese nicht sofort der Vorschrift gemäß gebessert werden, soll die Arbeit auf Kosten der Säumigen ohne Anstand bewerkstelligt werden, und haben die Obrigkeiten diese ohne einige Nachsicht unverzüglich von ihnen beizutreiben.

6) Da die Hauptstraßen, wenn sie auch zu dem vorgesezten guten Stande gediehen, dennoch den Landes-Eingesessenen bei schlechter Witterung gesperrt und abgeschnitten sind, dafern diese nicht die dahin leitenden Communications- und Feldwege von einem Dorfe zum andern fahrbar machen, so sollen an den Communications- und Nebenstraßen diejenigen, denen es obliegt, die nöthige Besserung nicht versäumen, insonderheit aber die Gräben öffnen und im Stande erhalten. Mit der aus diesen kommenden Erde ist es, wie Art. 4 verordnet, zu halten. Jede Obrigkeit hat hierauf streng zu halten. Findet dieselbe wegen der Beschaffenheit der auszuwerfenden Erde oder sonst einigen Zweifel, so hat sie sich an die fürstl. General-Wegebesserungs-Commission zu wenden und nach derselben Instruction sich zu richten. Ereignet sich bei vorerwähnten Visitationen einiger Mangel, so soll es in Ansehung derselben auf eben die in vorhergehendem Artikel erwähnte Art gehalten werden.

7) Da der fürstl. General-Wegebesserungs-Commission anempfohlen, so weit ihr vorzügliches und Haupt-Geschäft es immer leiden will, ein wachsamcs Auge darauf zu haben, daß im ganzen Lande die Wege nach gerade in bessern Stand gesetzt, zu einer soliden Einrichtung vorbereitet und dabei taugliche Materialien aufgefunden und angewandt werden, so ist derselben aufgegeben; bei erscheinender Saumseligkeit, oder Vergehen ganzer Gemeinden oder Einzelner die erforderlichen und von der Obrigkeit sogleich zu erquirenden Correctionen und Strafen unmittelbar zu erkennen, auch, wenn wider Verhoffen die Obrigkeiten sich etwas zu Schulden kommen lassen sollten, solches ungesäumt zu berichten, worauf der Landesfürst mit schleuniger und nachdrücklicher Verfügung dieses dem Vaterlande so heilsame Geschäft zu unterstützen nicht ermangeln wird. Sämmtliche Unterthanen, auch Auswärtige, welche die Straßen passiren, haben, so weit jeden diese Verordnung angeht, sich nach derselben Inhalt sträglich zu achten und vor Schaden zu hüten, die fürstl. Post-Officianten aber die sämmtlichen Postillons, so wie die Packhaus- und Accise- die sämmtlichen Zollbedienten, auch die hiesigen Factoreien, desgleichen die fürstliche Factorei in Goslar, nicht weniger die sämmtlichen Wirthe in hiesigen Landen, Fracht- und andern Fuhrleute in Ansehung des Art. 1 und 3 gehörig zu warnen. Landesf. Verordn. d. d. Braunsch. den 8. Juli 1772. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 73.)

Außer den folgenden Rubriken s. auch: Seitengräben an den Heerstraßen — Testamente, Ehestiftungen, Vergleiche, Kauf- und andere Contracte.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die Abtretung der zu den Chaussees und Gewinnung der zu denselben erforderlichen Materialien benöthigten Grundstücke und die dafür auszumittelnde Entschädigung betr. — Landtags-Abschied v. 11. Juli 1823. Art. 67. — Cammer-Rescript v. 19. August 1823. (Bege I. p. 469.) — Verordn. v. 15. Januar 1828, die Declar. der §§. 6 u. 9

der Wege-Ordn. v. 10. März 1704. betr. — Cammer-Rescr. v. 17. Febr. 1830. (Wege II. p. 251.)  
 — Gesetz v. 15. Octbr. 1832, die Organisation und den Geschäftskreis der herzogl. Baudirection  
 betr. — Gesetz v. 28. Mai 1835, über die Chausséegeld-Erhebung, den Gebrauch der Chausséen  
 und die Wegepolizei — Rescript des herzogl. Staats-Ministerii v. 30. Juni 1836. \*)

### Wege, verbotene.

Wer außerhalb des gemeinen Weges oder der Heerstraßen über die Saat, Wiesen oder durch die Gärten fährt, oder Fußsteige darüber macht, da vor Alters keine gewesen, der soll dem Beschädigten den Schaden erstatten und dem Amte oder Gerichte 1 Fl. Strafe geben. Allgem. Landes-Ordn. Art. 62.

S. auch: Nebenwege in den Forsten.

### Wege an den Gärten vor Braunschweig.

Die Eigenthümer der an den Heerstraßen und Fahrwegen belegenen Gärten sollen 1) Gräben in gerader Linie und von gleicher Breite zum Abzug des Wassers aufschlagen, solche jährlich renoviren und im beständigen guten Stande erhalten, 2) keinen Garten-Unrath in dieselben und auf die Heerstraßen und Fahrwege werfen, sondern vielmehr solchen zum Verrotten und zur Nützung in Gruben auf die Gärten bringen, 3) des Hüters in den Gräben sowohl sich selbst enthalten, als auch, daß solches von andern geschehe, nicht zugeben, und die Straffälligen dem Polizei-Departement unveräumt anzeigen, 4) ihre Hecken und Bäume an den Wegen in gutem Stande erhalten und 5) wenn die an den Gärten herdurchgehenden Wege mangelhaft werden, solches nicht außer Acht lassen, sondern die Mängel zur zeitigen Reparatur gedachtem Departement anzeigen. Landesf. Verordn. v. 9. Mai 1764. (Br. Anz. v. 1764. Nro. 42.)

Die unterm 9. Mai 1764 ergangene landesf. Verordn. ist in Erinnerung gebracht und verordnet, daß nicht nur die Gartengeschworenen, sondern auch die Treibamts-Borgesetzten diese gute Anstalt fleißig controliren und die befundenen Mängel und Uebertretungen dem Polizei-Departement, welches gegen die Contravenienten mit Nachdruck zu verfahren befehligt ist, unveräumt anzeigen und sich hierunter nichts zu Schulden kommen lassen sollen. Avertissement des Polizei-Departem. zu Braunschw. v. 26. Septbr. 1772. (Br. Anz. v. 1772. Nro. 79.)

S. auch: Schutt, Lehm, Kummer &c., Abfahren desselben aus Braunschweig.

cf. Bekanntm. fürstl. Polizei-Direction v. 19. Septbr. 1816. (Br. Anz. v. 1816. Nro. 74.) —  
 Desgl. v. 2. Juni 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 44.)

### Weg- und Brückengeld.

S. Wege, Besserung und Erhaltung derselben.

### Wegebesserungs-Führen.

S. Gemeinde-Reihewerke.

Wege:

\*) Durch dieses Rescript ist den herzogl. Kreis-Directionen bemerkt gemacht, auf welche Weise bei Aufbringung der aus öffentlichen Fonds erfolgenden Mittel zur Instandsetzung der Communications- und übrigen Wege verfahren werden müsse, und welcher Repartitionsfuß hinsichtlich der Cammer- und Klostergüter dabei zum Grunde zu legen sei. Am Schlusse des ausführlichen Rescripts wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Wegebesserungen auf Communications- &c. Wegen thunlichst auf das Offenhalten der Gräben, Verfüllen der Niederungen mit brauchbarem Materiale und Ebenen des Planums zu beschränken sei, indem es die Wegebesserungs-Arbeiten wesentlich vermehren und zur größten Beschwerniß der Unterthanen führen würde, wenn man überall chaussirte Wege, die zu dem darauf Statt findenden Verkehre nicht einmal erforderlich wären, anlegen und unterhalten wollte.

## Wegwärter.

S. Wege, Besserung und Erhaltung derselben.

## Wegweiser.

S. Wege, Besserung und Erhaltung derselben.

## Wegziehen aus Braunschweig.

Da man wahrgenommen, daß die Verordnung, nach welcher die hiesigen Einwohner, welche nebst ihren Möbeln von hier wegziehen wollen, nicht eher aus den Thoren gelassen werden dürfen, als bis sie hinlänglich docirt haben, daß sie die schuldigen onera publica gehörig berichtet haben, nicht bekannt genug ist, und also daraus viele Irrungen entstehen, so wird hierdurch nochmals zu jedermanns Belehrung bekannt gemacht, daß ein Jeder, welcher mit seinen Möbeln von hier wegzuziehen gedenkt, in den Thoren einen von dem Polizei-Directorio unterzeichneten Schein produciren muß, und ohne denselben nicht aus dem Thore gelassen werden wird. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 8. Mai 1782. (Br. Anz. v. 1782. Nro. 40.)

## Weibspersonen, unzüchtige.

Wenn jemand unzüchtige lose Weiber annimmt, behauset und hegt, und dieselben bei ihm in Unzucht betreten oder sonst geschwängert befunden werden und etwa entlaufen, so soll der Wirth für den Gast die Brüche zahlen. Da es aber unter Knechten und Mägden sich begeben würde, alsdann sollen die Herren ihnen ihr Lohn, vor und nach, inne behalten und die Strafe erlegen. Die gemeinen Hurer sollen in jedem Gerichte, wie es darin hergebracht, bestraft werden. Allgem. Landes-Ordn. Art. 27.

1) Diejenigen Weibspersonen, so in Unehren geschwängert sich befinden und zeitig bei dem Bruch-Cämmerer oder einer geschworenen Bademutter, die es ferner ungesäumt der Obrigkeit anzumelden gehalten sein soll, sich angeben, auch zu schuldigem Abtrag erbieten, sollen mit bisher üblicher Strafe von 10 Gulden, oder, da sie solche zu erlegen nicht im Vermögen hätten, anderweit mit zeitigem Gefängnisse belegt; diejenigen aber, 2) welche ihre Schuld bis auf die letzte Zeit verschweigen, wenn der Thäter nicht zugegen, mit 25 Gulden, wenn aber derselbe zugegen, mit 20 Gulden in Strafe genommen; die unzüchtigen geschwängerten ledigen Weibspersonen aber 3) die ihr Verbrechen ganz heimlich halten und auf dem Felde oder sonst allein, ohne zeitige Zuforderung einer geschworenen Bademutter oder anderer ehrlichen Frauen, niederkommen, obgleich die Kinder lebendig und ohne Schaden bleiben, wegen bösen daraus entstehenden Verdachts ohne Unterschied mit etlichwöchiger Gefängnißstrafe, wenn aber die Kinder todt, oder doch in der Geburt beschädigt gefunden werden, ungeachtet sie sonst keiner vorsätzlichen Tödtung und Handanlegung zu überführen, mit vierjähriger, oder auch nach Befinden ewiger Verweikung gestraft; folgend 4) die unzüchtigen Personen, so vor abgestatteter Strafe sich davon machen, nicht wieder in die Stadt gelassen, sondern ihre Namen auf einer gewissen an den Pranger zu hestenden Tafel öffentlich angeschlagen, auch, wenn sie den von der Obrigkeit angesagten Arrest brechen und austreten, auf vorübergehende Anklage des Fiscals bis zur Entrichtung der Strafe öffentlich dazu verwiesen; dann ferner 5) die Betteln, so zum andern Male auf Unzucht sich betreten lassen, an den Pranger mit einem Strohfranze einige Stunden lang bei offenen Markttagen gestellt, und hernach mit Marktmeistern und Wächtern aus der Stadt und deren Gebiete gebracht; die aber, welche 6) zum dritten oder öftern Male Unzucht begangen, oder auch zu einer Zeit mit mehreren Mannspersonen zugehalten, mit Ruthen öffentlich ausgestrichen und dieser Stadt ewig verwiesen; im Uebrigen 7) dieselben, so mit einigen Soldaten ohne erweislichen und wahrhaften Consens deren Oberofficiere sich versprechen und darüber geschwängert werden, mit 20 Mfl. oder

zeitlichem Gefängniß, welche aber mit ihnen hinaus an andere Orte, um sich copuliren zu lassen, laufen, obgleich solches nicht erhalten wäre, mit vierwöchigem, oder auch nach befindenden Umständen längerem Gefängniß bestraft; \*) folgendes 8) die ihre unehelich erzeugten Kinder heimlich von sich legen, nach Schärfe der Rechte mit willkürlicher Strafe belegt; nicht weniger 9) die Weibsbilder und Kerle, die unter falschem Schein und Vorgeben auswärtig geschehener Copulation beisammen wohnen, gleich den zum andern Male auf Unzucht betroffenen Personen bestraft, und 10) dieselben unzüchtigen Personen, so in der Geburt oder auch vorher den rechten Thäter, von dem sie geschwängert, nicht angegeben, sondern einen andern genannt, um solcher schändlichen Unwahrheit willen mit zeitlichem Gefängnisse gestraft werden. Gestalt auch die ledigen Mannspersonen, so mit ledigen Dirnen Unzucht getrieben haben, ernstlich angesehen, und das erste Mal (wenn gleich keine Schwängerung erfolgt) mit 10 Mfl., nach Gelegenheit aber des wiederholten oder lange getriebenen Verbrechens und anderer Circumstantien in noch härtere und willkürliche Strafe des Gefängnisses, der Anstellung an den Pranger, auch wohl gar zeitlicher oder ewiger Verweisung genommen werden sollen. Auf landesf. Befehl vom Magistrate zu Braunschweig ergangene Verordnung v. 19. August 1687.

Alle und jede in Braunschweig, welche dergleichen lieberliches, sowohl einheimisches als auswärtiges, Gefindel aufnehmen, insonderheit die Bademütter, sind ernstlich befehligt, daß sie, wenn dergleichen Huren sich bei ihnen angeben, und ihre Niederkunft daselbst halten wollen, solches dem jedesmaligen dirigirenden Bürgermeister und dem Bruchgerichte (dem Districts-Commissair) sofort anmelden, und dahin sehen, daß die auf dergleichen Verbrechen gesetzten Brüche erlegt werden, oder in dessen Verbleibung gewärtigen, daß solche allenfalls von ihnen selbst eingetrieben, und sie noch dazu mit einer namhaften Geldbuße belegt werden. Verordn. des Magistrats zu Braunschweig v. 24. August 1725.

Da liederliche und in Unzucht geschwängerte Weibspersonen alles Beistandes bei ihrer Niederkunft sich beraubt gesehen haben, ja wohl gar auf der Straße liegen geblieben oder ihre Frucht zu verlassen veranlaßt sind, weil niemand sie beherbergen wollen, aus Furcht, für sie die Brüche bezahlen zu müssen, wie solches der Art. 27 der Landes-Ordnung mit sich bringt, so sollen, unter Abänderung dieses Artikels, diejenigen, welche in Unzucht geschwängerte Weibspersonen aufnehmen und hausen, künftighin, wenn sie nur sofort, nachdem sie bei ihnen eingekehrt, der Obrigkeit jeden Orts es melden, die Hurenbrüche für dieselben zu erlegen nicht mehr angehalten werden, sondern die Obrigkeit deshalb das Nöthige besorgen. Dagegen hat es, so viel die Kuppler und Huren-Wirthe, so Rath und That oder Vorschub zu unziemlichen Handelr geben oder dieselben bösslich verhehlen, betrifft, bei der in den gemeinen Rechten sowohl als in den fürstl. Landes-Verordnungen gesetzten Strafe sein ungeändertes Verbleiben. Landesf. Verordn. v. 3. Octbr. 1755. (Br. Anz. v. 1755. Nro. 89.)

S. Ehebruch, Hurerei u. — Hurenbrüche — Hebammen und Wärmefrauen; Verordn. v. 10. April 1803. §§. 10 und 13. — Theatrum anatomicum.

## Weide.

S. Gemeinde-Weiden — Koppel-Weiden — Viehhüten in den Forsten, Feldern und Wiesen des Weser-Districts — Kottländerei — Buschwerk auf den Ländereien — Holzungen, Ausroden derselben —

\*) Das landesf. Reglement v. 26. Juli 1724, die Jurisdictionen-Streitigkeiten zwischen dem Magistrate zu Braunschweig und dem Militaire betr., enthielt specielle Bestimmungen über die Competenz zur Aufhebung und Arretirung der Huren. Es sollte dieselbe der Regel nach dem Magistrate und nur dann auch den Officieren zustehen, wenn Soldaten und Huren gemeinschaftlich eine Kammer gemiethet hätten oder in flagranti betreten würden oder aus der Stadt gewiesene Huren sich daselbst wieder betreten lassen sollten; jedoch mußten auch in diesen Fällen die Huren dem Magistrate sofort zur Bestrafung überliefert werden.

Futterkräuter, Anbau derselben — Rothschaffen, Pferdehalten derselben — Kälber-Weide — Schweine und Gänse — Schaaf-Weiden.

### Weideberechtigung der neuen Anbauer.

Den zwischen den Gemeinden auf dem platten Lande und den daselbst sich angesetzt habenden neuen Anbauern entstandenen Irrungen, ob und in welcher Maaße diese ihr Vieh auf die Gemeinde-Weide zu bringen befugt sind, ist dahin abgeholfen,

1) daß, wie die neuen Anbauer zu allen Kieggewerken in den Gemeinden concurriren, einem jeden derselben gestattet sein soll, eine Kuh, wovon er die Contribution gleich den übrigen Einwohnern zu entrichten hat, frei auf die Gemeinde-Weide zu treiben, ohne dafür einiges Weidegeld zu entrichten.

2) Wenn aber ein Anbauer mehr als ein Stück Hornvieh auf die Weide bringen will, so muß er sich solcherhalb zuvörderst mit der Gemeinde in Güte abzufinden suchen; jedoch sind diejenigen Gemeinden, welche so viel Weide besitzen, daß sie fremdes Vieh für Geld einnehmen können, verbunden, ihren Mitwohnern, den neuen Anbauern, das Vorzugsrecht zu gestatten.

3) Da es mit der Schweinezucht gleiche Bewandniß hat, so soll auch den neuen Anbauern unverwehrt sein, ein Schwein auf die Gemeinde-Weide frei zu treiben.

4) Fürs Künftige aber sollen diejenigen, welche neu anzubauen gewillt, sich vorher in Rücksicht der zu haltenden Stückzahl Vieh mit der Gemeinde und den übrigen Weide-Interessenten setzen und vergleichen, auch darüber, daß solches geschehen, sofort bei Nachsuchung der höchsten Concession Bescheinigung beibringen, inmaßen ihnen bei Entstehung dessen die Erlaubniß zum Anbau nicht erteilt werden kann. Landesf. Verordn. v. 9. März 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 26.)

Da der §. 1 der vorstehenden Verordnung bei verschiedenen Gemeinden die unverhoffte Wirkung gehabt, daß dieselben nunmehr die neuen Anbauer, ob sie gleich zum Theil von den Gemeinde-Einkünften nicht den geringsten Nutzen haben, dennoch zu allen und jeden Kieggewerken ziehen, und auch an denjenigen Orten, wo die Gemeinden ihnen schon mehrere Stücke Vieh auf die Gemeinde-Weide zu treiben gestattet, diese Freiheit nunmehr auf ein einziges Stück einschränken wollen, so ist dieser §. 1 dahin declarirt ist, daß

a) wie es sich von selbst versteht, in Rücksicht der von den neuen Anbauern zu leistenden Kieggewerke, desgleichen wegen fernerer Theilnehmung an den Gemeinde-Einkünften und Nutzungen, in so weit sie davon bisher profitirt, es fürerst und bis zu anderweiter Verordnung annoch also gehalten werden soll, wie es an jedem Orte bis zum Tage gedachter Verordnung vom 9. März dieses Jahrs hergebracht und gehalten worden. Wie aber auch

b) diese Verordnung nur auf diejenigen Derter ihren Bezug hat, wo die Gemeinden aus Haß oder Eigensinn, unter dem Vorwande der beengten Weide, den neuen Anbauern sogar nicht einmal ein Stück Vieh zu halten gestatten wollen, so soll es bei allen übrigen Dertern, wo ihnen bereits vorhin ein oder mehrere Stücke Vieh frei zu halten und auf die Gemeinde-Weide zu bringen nachgelassen worden, dabei ferner, wie es bis an den Tag der publicirten mehrerwähnten Verordnung hergebracht gewesen, verbleiben. Landesf. Declaration v. 3. August 1780.

S. auch: Brinkfischer, Weidegeld derselben.

cf. Cammer-Rescript v. 18. April 1828. (Bege II. p. 241.) — Gemeinheits-Theilungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 76.

### Weiden und Pappeln.

Ein jeder Einwohner im Lande, der Weiden vor oder in den Wiesen, Aekern, Höfen oder andern Plätzen hat, soll alle Jahr statt der verdorrten andere grüne pflanzen, auch die allbereits habende An-

zahl an dienlichen ihm zuständigen Plätzen jährlich vermehren bei 5 Mgr. Strafe für jedes Stück, so er abgehen lassen wird. Allgem. Landes-Ordn. Art. 36.

Die Gemeinde-Wiesen, Tristen und Weideplätze sollen von der Gemeinde mit Weiden an dienlichen Orten besetzt werden, damit, wenn zum gemeinen Nutzen und des Landes Noth etwas an Weiden von Nothen, dieselben daher zu nehmen, und nicht ein Jeder aus seinem Eigene die seinigen herzugeben genöthigt werde. Was von solchen Weiden jedes Jahr, wenn sie abgehauen werden, fallen wird, soll gleichfalls, wie vorherührt, zu gemeinem Nutzen, sonderlich aber zu Ausbesserung der Straßen und Wege verbraucht, und was etwa dazu das eine oder andere Jahr nicht nöthig, unter die Interessenten nach Proportion der Holz- oder Grastheilung getheilt werden. Allgem. Landes-Ordn. Art. 39. \*)

Eine jede Dorfschaft und Gemeinde soll Inhalts der Landes-Ordnung und des Forst-Reglements nach der Größe und Weite ihrer Ländereien, Wiesen, Aecker und Plätze eine gewisse ihr von Obrigkeit wegen zu determinirende Anzahl Weiden pflanzen, und bei Vermeidung der in der Landes-Ordnung benannten Strafe, als für jedes Stück, so an der gesetzten Zahl ermangeln würde, 5 Mgr., selbige beständig in gutem Stande zu erhalten schuldig sein. Es sollen alle Jahre von den Obrigkeiten, ob und welcher Gestalt dieser nützlichen Verordnung nachgelebt worden, behüßige Visitationen angestellt und die Contravenienten mit obiger Geldstrafe ohne alles Einwenden zur Broge gesetzt werden. Landesf. Verordn. v. 29. März 1699. \*\*)

Nach der Verordnung der §§. 36 und 39 der Landes-Ordnung sollen nicht nur für die ausgegangenen Weiden wieder neue gesetzt, sondern auch an den Orten, wo es geschehen kann, mehrere gepflanzt, und überdies mit Kopsheinen und andern nützlichen Holze eine Abwechselung nach Gutbefinden gemacht, auch so viel möglich eine Egalité im Pflanzen beobachtet werden. Es soll mit dieser Zupflanzung alle Jahr continuirt werden, und sollen die Obrigkeiten hierauf sorgfältig invigiliren, und besonders darauf sehen, daß die Eigenthümer die Sagweiden und anderes jung gepflanztes Holz gehörig warten, und daß diejenigen, welche solchen Schaden zufügen, der ergangenen Verordnung gemäß, \*\*\*) zu gebührender Bestrafung gezogen werden. Landesf. Ausschreiben v. 21. März 1752.

Zur Beförderung des Anpflanzens der Weiden und Pappeln ist verordnet:

1) daß die bei den Dörfern und in den Feldmarken befindlichen Gräben, die Gränzen der Wiesen und Aecker, durchfließende Bäche, Brüche und sumpfige Plätze mit Weidenbäumen bepflanzt werden sollen, und zwar der Gestalt: a) daß die Gränzen an den Aeckern und Wiesen von deren Eigenthümern, b) die Gräben, durchfließenden Bäche und andere publice Plätze von der ganzen Gemeinde, oder denen, die dazu berechtigt, bepflanzt werden; wenn aber c) dergleichen Gemeindepätze so groß sind, daß jedem Eigenthümer ein gewisses Revier zur Bepflanzung angewiesen werden kann, so ist solches auszuweisen, und hat sodann ein Jeder nach der Reihe sein Revier mit Weiden zu bepflanzen, und dieselben in Acht zu nehmen und zu nutzen;

2) daß die jungen Weiden, wenn vom Viehe oder Wildpret dabei Anlauf zu befürchten ist, mit Dornen bewunden werden;

3) daß von jedem Ackermanne jährlich wenigstens 10 Stück, von jedem Halbspänner 7 Stück, von jedem

\*) In der Ordnung für die Amtleute vom Montage nach Quasimod. 1566 wird erwähnt, daß das Anpflanzen von Weiden schon in vielen frühern Ausschreiben befohlen sei, und den Amtleuten aufgegeben, an den Orten, wo daraus für Aecker, Wiesen und Weiden kein Schaden zu befürchten sei, Weiden anpflanzen zu lassen.

\*\*) Diese Verordnung enthält zugleich eine Vorschrift wegen des Anpflanzens grüner Hecken; s. die Note unter: Holzplancken Thl. I. p. 460.

\*\*\*) S. Bäume und Hecken, Beschädigung derselben.

Röthher 5 Stück Weiden oder Pappeln nicht allein zugepflanzt, sondern auch im Stande erhalten, mithin über diese Anzahl auch die ausgegangenen Pflanzen vom vorigen Jahre wieder nachgepflanzt werden sollen, und zwar bei 6 Mgr. Strafe für jedes fehlende Stück;

4) daß an Dertern, wo die Weiden und Pappeln nicht gut angehen, an deren Statt Kopfsheinen oder anderes Kopfs Holz zuzupflanzen, und

5) die Stämme in einer Entfernung von 8 Fuß von einander zu setzen, auch

6) zur nöthigen Wartung der angepflanzten Bäume aus jeder Gemeinde entweder Einer bestellt und vermittelt eines ihm anzuweisenden Gemeinde-Weidenplatzes belohnt werde, oder die Aufsicht alle Jahre nach der Reihe geschehe.

Die Obrigkeiten sollen darüber halten, daß dieser höchste Befehl genau ausgerichtet werde, und alle Jahre nach Michaelis mit Einsendung einer Specification der zugepflanzten Weiden davon an fürstl. Geh. Rathsstube berichten. Landesf. Verordn. v. 3. Juni 1755.

Nach den §§. 36 und 39 der allgemeinen Landes-Ordnung und dem Ausschreiben v. 21. März 1752 sollen nicht nur für die ausgegangenen Weiden wieder neue gesetzt, sondern auch an Dertern, wo es geschehen kann, mehrere gepflanzt werden. Diese an sich heilsame Verordnung verleitet aber viele Gemeinden, auch die an den angelegten Chaussees und Steinpflastern, oder auf andere Weise in Stand gesetzten Heerstraßen herziehenden Seitengräben nicht allein an der äußern, sondern auch innern Seite, ja sogar die Gräben selbst inwendig mit Weiden zu bepflanzen. Da jedoch hierdurch die Gräben beengt werden, also der Abzug des Wassers darin gehemmt wird, die heranwachsenden Bäume auch die Wege selbst beschatten, den Durchzug der freien Luft hindern, dieses alles aber den Verfall der mit so vielen Kosten in Stand gesetzten Wege befördert, so sind die Obrigkeiten befehligt, diesen aus Mißdeutung oberwähnter Verordnung entstandenen Mißbrauch allen ihrer Gerichtsbarkeit unterworfenen Gemeinden ernstlich zu untersagen, auch ihnen aufzugeben, daß sie die hin und wieder, an und in den Seitengräben der in Stand gesetzten Heerstraßen bereits gepflanzten Weiden wieder wegnehmen und an andere schickliche Derter verpflanzen, auch darüber zu halten, daß diesem pünktliche Folge geleistet werde. Auf die Communications- und andere Nebenwege hat jedoch dieses keine Anwendung. Landesf. Circular-Rescript v. 29. Mai 1795.

S. auch: Wege, Besserung und Erhaltung derselben; Verordn. v. 10. März 1704. §. 8.

### Weiden, Hopfenkühlen, Zäune und Obstbäume bei den Pfarren.

Um den wegen des erschwerten Anzugs der Prediger bei den Pfarren geführten Beschwerden abzuheben, und auch dem daher einreisenden und auf die Pfarren wälzenden Verderben vorzukommen, ist die der Weiden, Hopfenkühlen, Zäune und Obstbäume in und bei den Pfarren zeither gehaltene Wardirung aus landesf. Gewalt und Oberkeit aufgehoben und an dero Statt hiernächst folgende Taxe und Ordnung zu und bei den Pfarrgütern in hiesigem Fürstenthume und Landen hinführo zu halten und zu gebrauchen constituirt worden, daß hinführo eine vollständige und unabgehauene Weide nicht höher als auf 2 Mgr., eine vollständige desselben Jahrs abgehauene Weide auf 1 Silbergr., eine alte abgehende Weide, sie sei das Jahr behauen oder nicht, gleichfalls auf 1 Silbergr., eine neue angehende Weide, etwa von einem oder zwei Jahren, nur auf 2 neue Rörtlinge, \*) eine Hopfenkühle mit Staken auf 1 Mattier, eine Hopfenkühle ohne Staken auf 2 Scherff, \*\*) ein Zaunstaken, in einem neuen Zaun von einem, zwei, drei, vier, fünf oder sechs Jahren belegt und mit vier Weeden bekleidet, da sie ohne der Kirchen und Gemeinde Zuthun und Kosten von den Predigern gemacht sind, auf 1 Mgr., in einem alten Zaun aber, so über sechs

\*) Ein Drittel Mariengroschen oder vier Goslarsche Pfennige an Werth.

\*\*) Drei Viertel Heller oder ein Achtel Lüneb. Weißpfennige (Witte) werth.

Jahre alt ist, auf 1 Mattier, ein gepateter \*) wohlbekommener Obstbaum auf 4 Mgr. und ein vollständiger Obstbaum auf 7 Mgr. und nicht höher angeschlagen und den abziehenden Pastoren oder des verstorbenen Wittwen und Erben von den Successoren bezahlt werden; die Pastoren auch ihres Gefallens ohne Unterschied, wo sie wollen, oder auch ihnen geliebt, bei die Pfarr=Länderei, Wiesen, Ager und Garten wieder zu setzen nicht nöthig, sondern allein an den Orten, da sie den Pfarrgütern unschädlich, auch so viel, als den Gütern zuträglich und der Pfarren nützlich ist, und solches jeder Zeit mit Rath und Bewilligung der Kirchenväter und Bauermeister desselben Orts, zu thun schuldig, und sonst keine Weiden zu pflanzen mächtig; da es aber hierüber geschähe, dieselbigen ihnen oder ihren Wittwen und Erben auf den Abtritt oder Todesfall nicht bezahlt, sondern nur abzuhaufen und wegzunehmen erlaubt sein solle, bei Vermeidung höchster Ungnade und Strafe soll, ungeachtet was sonst mit Meierzins und andern weltlichen Gütern üblich und landfittlich ist, bei Pfarr= und Caplanen=Gütern über diese Constitution und Verordnung steif und fest gehalten, dero zuwider nichts eingeräumt, noch, daß es einreise, gestattet werden, so lieb einem Seden Ungnade und Strafe zu vermeiden sein wird. Landesf. Verordn. v. 29. August 1596.

Wenn unter den Pfarr=Meliorationen Weiden zur Taxation angegeben werden, so ist es damit also zu halten: Weil insgemein eine Sahrweide für 4 Pfennige erkaufte werden kann, so können des defuncti Erben für die erweislich zugepflanzten Stücke ein Mehreres auch nicht verlangen; dem succedirenden Pastor soll aber, wenn er die Nutzung von solchen Weiden einige Jahre genossen hat, bei seinem Abzuge, oder seinen Erben nach seinem Tode des Falls nichts erstattet werden. Im Uebrigen wird es wegen Taxirung der Obstbäume und andern Meliorationen bei der landüblichen Observanz gelassen. Ern. Kirchen=Ordnung v. 1. Mai 1709. Tbl. I. Cap. XVII. §. 7.

Die zugepflanzten Pfarrweiden sollen der Ortsgewohnheit gemäß bei vorkommenden Fällen gehörig taxirt und die darüber von den Commissarien abgehaltenen Protocolle zur fernern Verordnung eingesandt werden. Consistorial=Ausschr. v. 3. Juli 1732.

S. auch: Kirchen=Visitation; Verordn. v. 12. August 1782. §. 11.

### Weihnachts = Sammeln

S. Einsammeln des Neujahrs=, Fastnachts=, Martini= und Weihnachts=Geldes — Kinder, Umherschicken derselben in Braunschweig an den Christfeiertagen.

### Weinbouteillen.

Zur Abhelfung der Verschiedenheiten der sogenannten Schenk= und Bouteillenmaasse ist verordnet worden:

1) In jedem öffentlichen Keller, wo Wein geschenkt wird, soll ein richtiges, von dem hiesigen Polizeigerichte oder sonst von der Polizei des Orts gehörig geahmtes Quartiergemäß, welches genau zwei Pfund Regenwasser halten muß, vorhanden sein und mit keinem andern Gemäße ausgetauscht werden.

2) Das Quartier=Bouteillenmaaß wird, in Ansehung der Weine, welche die Kellerwirthe und Weinhandler von den Gefäßen auf Bouteillen ziehen und so in Bouteillen absetzen, auf den Gehalt von  $1\frac{1}{8}$  Pfund (das halbe Quartier also auf 30 Loth) Regenwasser hiermit bestimmt, der Gestalt, daß hinfüro keine andere als diesen Gehalt habende ganze und halbe Quartierbouteillen von den Kellerwirthen und Weinhändlern (die in Körben eingegangenen im Auslande schon gefüllten Bouteillen ausgenommen) weiter geführt werden sollen; wie denn auf den hiesigen Schorborner Glashütten, als von welchen hinfüro allein die Kellerwirthe und Weinhandler in den hiesigen Landen ihren Bedarf an Bouteillen zu nehmen hierdurch angewiesen werden, die Anordnung bereits getroffen ist, daß nur nach diesem vorgeschriebenen

\*) gepropfter.



Gemäß die Weinbouteillen angefertigt und selbige mit dem Zeichen S. H. (Schorborner Hütte) bezeichnet, auch dergleichen immer in hinlänglicher Quantität allort vorrätzig gehalten werden sollen.

3) Zwar soll fürerst und bis zu dem durch die hiesigen Anzeigen bekannt zu machenden Termine hierunter noch nachgesehen werden, die Kellerrirthe und Weinändler haben jedoch zu eilen, binnen dieser Zwischenzeit sich mit neuen Bouteillen von der hiesigen Hütte zu versehen und solche allort, besonders wenn sie neben dem Hüttenzeichen auch ihren Namenszug oder ihr Handelszeichen eindrücken lassen wollen, ungefümt in Bestellung zu geben, dagegen aber sich von ihren alten Vorräthen los zu machen zu suchen, indem nach dem publicirten Termine ad quem keine andere als die verordneten Bouteillen in ihren Kellern und Weinhandlungen weiter geduldet, die Contravenienten aber mit resp. 8 und 4 Ggr. für jede andere zum Weinausschank und zum Verkaufe gebrachte ganze oder halbe Bouteille bestraft werden sollen.

4) Den Kellerrirthen und Weinählern, Glashandlungen, Glasern und überhaupt Jedermann in den hiesigen Landen ist bei Verdoppelung obiger Strafe untersagt, die vorgeschriebenen, in den Kellern und Weinhandlungen hinführo zu haltenden Bouteillen auf auswärtigen Hütten in Bestellung zu geben, oder sie von dort einzuführen oder einführen zu lassen. Landesf. Verordn. v. 11. Septbr 1806. (Br. Anz. v. 1806. Nro. 77.)

cf. Maaß- und Gewichts-Ordn. v. 30. März 1837. §. 28.

## Wein, Kaffee, Thee und Zucker, Handel damit auf dem Lande.

S. Victualien-Handel.

## Weinkaufsgelder der Meier.

Da die Frage vorgekommen: ob einem Gutsherrn erlaubt sein möge, ein jährliches Beweinkaufungsgeld mit und zunebst den ordentlichen Meierzinsen sich von seinem Meier stipuliren zu lassen? so ist dieselbe dahin landesf. entschieden: daß, da nach klarem Inhalte des §. 19 des Landtags-Absh. de anno 1597 \*) nur alle 9 Jahre, wenn nämlich ein neuer Meierzettel zu lösen ist, von einer Hufe Meierlandes, nach der Güte und Beschaffenheit desselben, 1 Thaler und resp. ein halber oder ein viertel Thlr. zum Weinkauf gegeben werden soll, alles, was dem zuwider zwischen dem Gutsherrn und Meier stipulirt wird, für eine der neuen und beschwerlichen Conditionen zu halten sei, welche eine Zins-Erhöhung unter einem andern Namen mit sich führen und noch zuletzt durch die landesf. Constitution v. 9. März 1737 \*\*) verboten sind, gleich wie in vorbesagtem Landtags-Abshiede cit. §. selbst verordnet ist, \*\*\*) daß die Meier bei den vorigen Zinsen billig gelassen werden sollen; daß daher, wo nicht ein Gutsherr im Stande ist, mittelst Extracts aus dem Erbregister oder sonst gehörig zu erweisen, daß ein solches jährliches improprie benanntes Beweinkaufungsgeld partem der Meierzinsen von Alters her mit ausgemacht, demselben weder die mit seinem Meier getroffene Convention noch ein den Landes-Gesetzen zuwiderlaufendes judicatum ob resistentiam juris zu Statuten kommen könne. Bei vorkommenden Fällen soll in judicando hiernach verfahren werden. Landesf. Rescr. an fürstl. Justiz-Canzlei zu Wolfenb. v. 15. Novbr. 1749. †)

\*) S. Meierbriefe. Auch schon vor dem daselbst in der Note angeführten landesf. Rescripte v. 25. Januar 1597 findet sich in der Polizei-Ordnung v. 19. Januar 1563. Art. 39 eine Bestimmung über die Weinkaufsgelder in der Art, daß jeder Meier alle sechs Jahre mit seinem Gutsherrn handeln und die Güter von Neuem annehmen solle, der Gestalt, daß die Meier dem Gutsherrn zur Meierschaft 1 Thlr. zur Erkenntniß geben und darüber nicht beschwert werden sollten. (Gesenius Meierrecht Bb. I. p. 428.)

\*\*) S. Erbzins- und Meierland.

\*\*) S. Meier.

†) Ein gleichlautendes landesf. Rescript ist an demselben Tage in Sachen des Oberhauptmanns von Hase gegen Hans Heinrich Gröhne an den Amtrath Granzin zu Holzminden ergangen. (Gesenius Meierrecht Bb. I. Beil. XV.)

S. auch: Meierbriefe — Meier im Amte Ebedinghausen, Auspfändung derselben — Meier der Kloster — Meierwesen des großen Waisenhauses B. M. V. zu Braunschweig.  
cf. Landesf. Rescript v. 11. Juni 1827. (Bege III. p. 317.)

## Werbungen.

Die ältern Verordnungen, in Betreff sowohl der fremden als einheimischen Werbungen zum Kriegsdienste, \*) sind antiquirt.

S. Kriegsdienst.

cf. Verordnung v. 8. April 1831, das allgemeine Cartell zwischen den hohen Staaten des deutschen Bundes betr., Art. 13. — Neue Landschafts-Ordn. v. 12. Octbr. 1832. §. 102.

## Werkhaus.

S. Zucht- und Werkhaus.

## Wettrennen.

Die zur Volksbelustigung angestellten Wettläufe z. B. das Hammellaufen u. sind wegen des nachtheiligen

---

\*) Gegen die fremden Werbungen sind, so wie es die Umstände nothwendig gemacht haben, seit der Mitte des 16ten Jahrhunderts zahlreiche Verbote ergangen, von denen die letzten und wichtigsten folgendes enthielten: Die fremden Werber sollen aufgegriffen und mit Karrenschieben bestraft werden und die Obrigkeiten auf dieselben genau achten. Jeder Unterthan ist bei schwerer Geld- und Leibesstrafe verpflichtet, es der Obrigkeit anzuzeigen, wenn er Kenntniß oder nur Muthmaßung von einem fremden Werber hat. Die Obrigkeiten und Bedienten, welche sich bei der Verfolgung der Werber säumig zeigen, sollen mit 200 Thlr. bestraft (Landesf. Edict v. 22. März 1717) und ihres Dienstes entsezt werden. Wer einen Werber anzeigt und dessen Verhaftung befördert, soll eine Belohnung von 30 bis 40 Thlr. erhalten. Landesf. Verordn. v. 10. August 1722. — Fremden mit Pässen versehenen Werbern soll nur in den Wirthshäusern und auch da nur ein 12stündiger Aufenthalt gestattet, außerdem aber gegen sie mit Arretirung verfahren werden. Die Commandeure der Truppen sollen den Obrigkeiten bei der Arretirung und Ablieferung der Werber behülflich sein, auch die Beurlaubten auf dem Lande, die Forst- und Jagdbedienten, Voigte und Schulzen auf die Werber achten, sich ihrer bemächtigen und sie an die Obrigkeit abliefern, und in diesem Falle eine Belohnung von 10 Thlr., bei einer bloßen Anzeige aber eine von 5 Thlr. erhalten. Diejenigen Unterthanen, welche wissenlich die fremden Werber über 12 Stunden beherbergen oder ihnen wohl gar Vorschub leisten, sind mit dem großen Karren zu bestrafen. Landesf. Verordn. v. 15. Novbr. 1773. — Diese Verordnungen wurden durch die Landesf. Circular-Rescripte v. 22. Januar 1785 (bei Gelegenheit einer versuchten holländischen Werbung) v. 13. Juni 1785 (bei Gelegenheit der Recrutirung der in Ostindien stehenden churhannoverschen Truppen) und vom 26. März 1804 erneuert und in letzterm wurde auf die Anzeige eines Werbers, so daß derselbe zur Haft gebracht werden könnte, eine Belohnung von 50 Thlr. gesetzt. — Das Landesf. Circular-Rescr. v. 25. Febr. 1786 befahl den Obrigkeiten, diejenigen, welche sich des Austretens in fremde Kriegsdienste verdächtig machten, sogleich in Verhaft zu nehmen und, wenn sich durch die anzustellende Untersuchung der Verdacht einigermaßen bestätigte, an den Commandanten zu Braunschweig abliefern zu lassen.

Auch bei den einheimischen Werbungen waren alle Gewaltthätigkeiten auf das Strengste untersagt. Es existiren hierüber seit der Mitte des 17. Jahrh. sehr viele Verordnungen, von denen zuletzt die v. 6. Juli 1769 (Br. Anz. v. 1769. Nro. 59) die wichtigste war, nach welcher ein Jeder, fremd oder einheimisch, wenn er nicht von freien Stücken in die Kriegsdienste sich begeben, gegen alle Anwerbung und jeden Anspruch sicher sein und bei seiner Nahrung und seinem Gewerbe geschützt werden sollte. Wer hiergegen handelte, sollte verhaftet und es sollte rechtlich gegen ihn verfahren werden. Diese Verordn. wurde im Art. 16 des Landtags-Abschieds v. 9. April 1770 bestätigt und dabei zugleich bestimmt, daß, wenn Umstände einträten, welche eine Aushebung von Recruten nothwendig machten, über die Repartition mit dem engern Ausschusse communicirt werden, und daß, wenn in einzelnen Fällen dem Publicum daran liege, daß jemand unter die Miliz gesteckt werde, dies niemals ohne vorher eingegangenen obrigkeitlichen Bericht geschehen sollte. Uebrigens wurde den Obrigkeiten zu wiederholten Malen (z. B. unterm 20. Novbr. 1784 u. 25. Febr. 1786) ernstlich befohlen, die hiesigen Werber mit Rath und That zu unterstützen, jedoch dabei jeden Zwang, auch den Schein eines solchen, zu vermeiden.

theiligen Einflusses derselben auf die Gesundheit untersagt, und sollen die Obrigkeiten die Erlaubniß dazu schlechterdings verweigern. Landesf. Circul. Rescr. v. 29. August 1798.

S. auch: Pferdejugen.

### Widerseßlichkeit gegen die Obrigkeit.

S. Gesetz v. 23. Febr. 1837, die gegen die öffentliche Ruhe gerichteten Vergehen betr., wodurch die ältern Verordnungen \*) aufgehoben sind.

S. auch: Ungebühr vor Gericht.

### Wiederklage.

S. Reconvention.

### Wiesen.

S. Feldland vor Braunschweig — Kottländerei — Gras=Theilung — Gras auf den Wiesen, Veräußerung desselben — Schweine und Gänse.

### Wiesen=Hegen.

Alle Gemeinde= und Privat=Wiesen, so gewöhnlich gehegt werden, sollen auf Walpurgis, oder wie es sonst an jedem Orte hergebracht, bei 10 Fl. Strafe zugestekt werden; wer sich mit Vieh darin wird finden lassen, er sei ein gemeiner Hirt, oder jemand anders, der soll nebst Erstattung des Schadens 10 Fl. dem Gerichte erlegen. Vor Walpurgis aber mag jedermann an dem Orte, allda er berechtigt ist, hüten. Jedoch wird einem jeden Hauswirth, in dessen Wiesen niemand an der Gräferi was hat, billig frei gelassen, ob er dasselbe hegen, mit seinem Vieh betreiben, oder durch Andere solches betreiben und abhüten lassen wolle; Fremde aber sind darin keinesweges zu hüten berechtigt, bei Vermeidung obberührter Strafe. Allgemeine Landes=Ordn. Art 56.

Damit eine Gleichheit beobachtet und der Wiesewachß befördert werde, so soll mit Hegung der Grummet= oder zweihauigen Wiesen auf neuen Walpurgis der Anfang gemacht, die einhauigen Wiesen aber allererst von alten Walpurgis an gehegt werden. Auch soll mit Nachdruck darüber gehalten werden, daß die Maulwurfschaufen auf den Wiesen gehörig gestreuet und die Bäche und Abzugsgräben jährlich zu rechter Zeit, als im Monat März, geräumt werden. Landesf. Auschr. v. 17. April 1753. \*\*)

S. auch: Viehhüten.

cf. Verordn. v. 26. März 1823, die Bestimmung des Hütungs=Termins der einhauigen Wiesen betr. — Rescript fürstl. Geh. Raths=Collegii v. 18. März 1824. (Bege I. p. 472.) — Declarat. des Circular=Rescr. v. 17. April 1753 und der Verordn. v. 26. März 1823, die Wiesenhegung betr., v. 18. Juni 1827.

### Wiesen=Lagerwerke.

Bei den in den Stiegeschen und Uröbischen Forsten des Fürstenthums Blankenburg gelegenen Wiesen soll das Lagerwerk durchgehends zu 160 Quadrat=Ruthen gerechnet werden. Resolution des Herzogs Ludwig Rudolph v. 12. April 1734.

\*) Die Landes=Ordnung verordnet im 8. Art., daß derjenige, welcher sich den fürstl. Amts= und von andern Gerichtsherrn angestellten Dienern widersezt und ihnen mit ungebührlichen Worten und Werken begegnet, drei Gulden Strafe erlegen soll.

\*\*) Es wurden die Aemter hierdurch zugleich aufgefordert, darüber zu berichten, welche Wiesen im dortigen Bezirke so näßig und sumpfig wären, daß das Hüten auch vor neuem Walpurgis dem Wiesewachse schade.

## Wild, Ueberjagen desselben in andere Reviere.

S. Jagdsolge.

## Wild, Verschrecken desselben.

Es bleibt jedermann frei gelassen, von dem Seinen und zur Abwendung seines Schadens das Wild, jedoch ohne Beschädigung, abzuschrecken. Landt. Absch. v. 3. Juni 1597. Art. 35.

Das Wildpret soll nicht mit Büchsen, sondern mit Geschrei von der Saat und dem Korne geschüchtert werden, wer darüber betreten wird, der soll in 5 Thlr. Strafe erkannt und die Büchse verfallen sein. Allgem. Landes-Ordn. Art. 45.

Eine jede Gemeinde, deren Feldmark oder ein Theil derselben vor Gehölzen herdurch zieht, soll gewisse Feldhüter unter sich ausmachen, welche das bei Nacht sich darauf einsfindende Wild vertreiben. Damit dieselben dieses auch um desto leichter bewirken mögen, ist ihnen gestattet, zur Abschreckung des Wildprets einen, auch nach Beschaffenheit der Größe der Felder wohl zwei kleine mit hängenden Knütteln versehene Hunde, als die sogenannten Spitze oder Isländer sind, bei sich zu führen. Große Hunde aber, welche im Jagen lange anhalten, oder wohl gar Wildpret niederziehen, dürfen sie hierzu nicht nehmen, und sind die Revier-Forst- und Jagdbedienten angewiesen, selbige todt zu schießen. Landesk. Verordn. v. 14. Septbr. 1767. (Br. Anz. v. 1767. Nro. 77.)

S. auch: Hunde.

cf. Cammer-Rescript v. 24. Octbr. 1814. (Bege I. p. 62.) — Deögl. v. 18. März 1816. (Bege I. p. 63.) — Verordn. v. 16. Septbr. 1827, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betr., §§. 12 sqq.

## Wildbahn.

S. Jagen und Kuren — Holzungen, eigene.

## Wildddiebe.

Die ältern, der Wildddieberei wegen erlassenen Verordnungen \*) sind durch die Verordn. v. 22. März 1825, die Jagdsfrevl und Wildddieberei und deren Bestrafung betr., aufgehoben.

S. auch: Jagen und Kuren.

\*) Als aufgehoben werden in dieser Verordnung speciell benannt: die v. 27. März 1705, v. 19. Novbr. 1732, v. 20. Juli 1767 und v. 30. Decbr. 1771, deren wesentlichster Inhalt folgender ist: Falls jemand auf Wildddieberei in den herrschaftlichen Wildbahnen und Gehegen von den Forstbedienten betreten wird und sich nicht in Haft nehmen lassen will, sondern sich zur Wehr stellt oder die Flucht ergreift, so soll auf ihn sogleich Feuer gegeben werden. (Verordn. v. 27. März 1705.) Die Wildddiebe sollen gleich andern Dieben dem Befinden nach an Leib und Leben bestraft werden. (Verordn. v. 27. März 1705 und 19. Novbr. 1732.) Im Falle sich ein Wilddieb zur Wehr setzt, die Büchse sich nicht nehmen lassen, noch sich gefangen geben will, oder auch nach der ersten Bestrafung, Pfändung oder Warnung sich abermals, indem er Wild geschossen hat oder demselben nachgeht, mit der Büchse von der Landstrafe und dem gewöhnlichen Wege ab an verdächtigen Orten betreten läßt, soll der Forstbediente befugt sein, auf ihn Feuer zu geben und sich seiner lebendig oder todt zu bemächtigen, um Andere abzuschrecken. (Verordn. v. 27. März 1705.) Wer Wildddiebe wissenschaftlich haust oder hegt, soll dem Befinden nach mit willkührlicher Strafe belegt, auch wohl einige Zeit in den großen Karren gespannt werden. (Verordn. v. 19. Novbr. 1732.) Der Ankauf von muthmaßlich gestohlenen Wildpret ist jedermann bei höchster Unnade und ernster Bestrafung verboten; die Anzeige solcher von verdächtigen Orten kommenden Verkäufer von Wildpret soll belohnt werden. (Verordn. v. 27. März 1705 und v. 19. Novbr. 1732.) Die Verordn. v. 19. Novbr. 1732 wurde unterm 19. August 1773 ihrem vollen Inhalte nach mit dem Zusätze wiederholt, daß das Verbot des Schießens auch auf die Gärten erstreckt werde.

Die Verordnungen v. 20. Juli 1767 und 30. Decbr. 1771 bezogen sich speciell auf den Weser-Distrikt und

### Wildddieberei, Untersuchung derselben.

Wenn sich ein Verdacht der Wildddieberei ereignet, so soll die Sache niemals als eine Brogensache angesehen, sondern in continenti von den Aemtern untersucht werden. Uebrigens sollen solche Fälle als Criminalfälle angesehen und so darin verfahren werden. Dieses ist auf landesf. Befehl verordnet durch einen fürstl. Blankenb. Regierungs-Umlauf v. 10. Januar 1767.

cf. Verordn. v. 29. Juli 1826, die Competenz, das Verfahren und die Rechtsmittel in Jagd-, Forstfrevl- u. Sachen betr., §. 1.

### Wildprett, gefundenes.

Die Förster und Schützen sollen sich des Wildes in den herrschaftl. Wildbahnen, welches etwa in dem kalten Winter und tiefen Schnee am Harze, oder sonst von den Wölfen und andern Unthieren verfolgt und zerrissen und etwa von dem Einen oder Andern gefunden wird, unter dem Vorwande einer althergebrachten Gerechtigkeit nicht anmaßen, sondern die Finder, welche solch zerrissenes Wildprett zuerst antreffen, sollen solches alle Mal fürerst bei den Aemtern, wohin solche Wildbahn und Forst, darin dasselbe betreten wird, gehören, anmelden, den Augenschein darüber, ob es auch noch nützlich und gut sei, vorher einnehmen lassen und darauf alsdann nach Befinden weitem Bescheid erwarten, sich aber keiner, er sei auch, wer er wolle, eigenthätlich unternehmen, dergleichen zerrissenes oder sonst geschossenes Wildprett, ehe und bevor solche Anmeldung und Besichtigung geschehen, sich anzumäßen, oder gewärtig zu sein, daß der- oder dieselben, welche etwa hierwider handeln und betreten würden, mit gebührender ernster Bestrafung angesehen werden. Landesf. Verordn. v. 16. März 1640.

cf. Forststraf-Directorium v. 5. Mai 1815. §§. 153 und 158. — Cammer-Rescript vom 7. Januar 1818. (Bege 1. p. 69.)

### Wildschaden.

Zur Verhütung des Schadens, welcher zeither von dem Schwarz-Wildprett den Feldfrüchten zugefügt worden, ist von dem Landesfürsten verfügt:

1) Die sämtlichen Revier-Jagdbedienten sollen nachdrücklichst befehligt werden, auf den Wechsel und die Austretung des Wildes, und besonders der Sauen, während der Zeit, da solches in die Felder nach dem Getreide geht, genau Acht zu geben und die an den Feldern belegenen Gehölze um solche Zeit öfters durchzujagen, um durch solche Beunruhigung das Wildprett vor dem Austritte in die Felder desto scheuer zu machen.

2) Sobald ihnen von den fürstl. Aemtern oder den Unterthanen dennoch der von dem Wildprett verübte und wahrgenommene Schaden angezeigt wird, sollen selbige ohne Anstand sich mit ihren Leuten und Hunden, auch, wenn es die Nothwendigkeit erfordert, mit Zuziehung anderer zuverlässiger Personen zu den Zeiten, da das Wild auszutreten pflegt, anstellen und dasselbe zu verschüchtern suchen.

3) Wenn aber dadurch nichts ausgerichtet wird, sodann sollen dieselben, wenigstens in dergleichen Fel-

---

waren im Wesentlichen mit den obigen gleichen Inhalts, indeß enthielten sie zugleich wegen der Bestrafung die nähern Bestimmungen, daß wer zum Wildschießen ausgegangen sei, ohne solches ausgeführt zu haben, mit einigen Monaten, derjenige aber, welcher wirklich Wild geschossen habe, auf einige Jahre oder nach Befinden auf Lebenszeit mit dem großen Karren bestraft, gegen den aber, welcher sich der Arretirung widersetze, die Strafe geschärft und, wenn er dabei wirklich Feuer gegeben, obgleich auch niemand dadurch beschädigt sei, die Todesstrafe erkannt werden sollte.

Es waren übrigens auch schon früher zu wiederholten Malen strenge Verordnungen gegen die Wildddieberei ergangen, von denen die ältesten bekannten die der Grafen zu Reinsfeld und Blankenburg v. 10. März 1589 und die landesf. Verordn. v. 26. Septbr. 1598 sind.

dern, wo das Uebel am Stärksten ist, mit Hintansetzung der sonstigen Regeln wegen der Sackzeit und der erforderlichen Feiste, einige Stücke pürschen.

4) Falls jedoch solches angeschossene Wildpret zu den gewöhnlichen Lieferungen noch nicht tüchtig, oder auch nicht nöthig, sodann soll dasselbe von den Revier-Jagdbedienten an die fürstl. Aemter in ganzen oder zerwirkten Stücken, jedoch ehe solches von der Hitze oder sonst Schaden nehmen kann, geschickt, von den Beamten aber solches nach der Wildtare bezahlt und allenfalls die Interessenten der Felder zu dessen Annehmung angehalten werden. Bekanntm. der fürstl. Cammer zu Braunschv. v. 21. Octbr. 1766.

S. auch: Wild, Verschuchen desselben — Jagd und Fischerei — Holzungen, eigene.

cf. Verordn. v. 16. Septbr. 1827, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betr. — Instruction fürstl. Cammer für die Taxatoren der Wildschäden vom 30. April 1830. (Bege II. p. 94.) — Rescr. herzogl. Forst-Direction v. 8. August 1832. (Bege III. p. 172.) — Gesetz v. 11. Mai 1835, den Ersatz des durch Schwarzwild verursachten Schadens betr.

### Windbüchsen.

Die gegen das Schießen erlassenen Verordnungen sind auf ausdrücklichen höchsten Befehl auch auf das Schießen mit Windbüchsen ausgedehnt, und soll niemand, besonders in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel und vor deren Thoren und auf den Gärten, eine Windbüchse im Gebrauche haben, es sei denn, daß er eine specielle Concession von der Obrigkeit dazu impetrit habe, widrigen Falls, außer der Confiscation des Gewehrs und der vorbehaltenen besondern Ahndung des dadurch etwa verursachten Unglücks, der Contravenient in eine Strafe von 20 Thlr. verfallen sein soll. Bekanntm. des fürstl. Ministerii v. 6. April 1804. (Br. Anz. v. 1804. Nro. 29.)

cf. Bekanntmach. fürstl. Polizei-Direction zu Braunschweig v. 17. Decbr. 1817. §. 1. und v. 3. Decbr. 1833. (Br. Anz. v. 1817. Nro. 99 und v. 1833. Nro. 288.)

### Windöfen.

Der Gebrauch und die Anlegung der Windöfen soll nicht anders gestattet sein, als wenn die Rauchröhren in einen Schornstein geleitet werden können, da denn solche öfters gereinigt und mit einer Klappe oder inwendigem Ventil versehen werden sollen; die blechernen Rauchröhren aber auf die Gassen oder auf die Höfe und Gärten herauszuführen, bleibt bei 20 Thlr. Strafe ganz verboten. Hiernächst sollen auch bei ebenmäßiger Strafe die Windöfen nicht auf Holzwerk und an ungemauerte Wände, sondern auf Gipsboden oder Steine und an gemauerte Wände gesetzt werden, auch keine andere, als blecherne oder eiserne Röhren haben. Landesf. erneuerte und verbesserte Feuer-Ordnung für die Stadt Braunschweig v. 7. Septbr. 1780. Cap. I. §. 13.

### Wirthshäuser.

Die Verordnungen v. 15. März 1692, 25. Novbr. 1723 und 17. Juli 1771, wodurch das Besuchen der auswärtigen Wirthshäuser verboten war, \*) sind außer Anwendung gekommen.

Für Wolfenbüttel ist unterm 28. Novbr. 1748 eine Verordnung wegen der Gasthöfe, und unterm 27. Septbr. 1749 eine Ordnung für die Wirthshäuser, \*\*) für Schöppenstädt unterm 14. April 1764 eine Verordnung, die dasigen Wirthshäuser betr., und für Helmstädt unterm 20. März 1747 eine Ver-

\*) Als Grund für dieses Verbot war angeführt, daß durch das Besuchen ausländischer Wirthshäuser eines Theils das Sabbaths-Gebiet, welches den Wirthen das Sehen von Gästen an Sonn- und Festtagen untersagte, umgangen, andern Theils die Einnahme der Biersteuer-Casse verringert und das Geld außer Landes gebracht werde. Die Contravenienten sollten mit 2 Thlr. bestraft werden.

\*\*) Einen Abdruck dieser Ordnung enthält Schneiders Repertorium Bd. III. p. 445 sqq.

ordnung darüber, zu welcher Zeit des Abends in den Wirthshäusern keine Gäste mehr gesetzt werden sollen, erschienen.

S. auch: Gastwirth.

### Wittwe, Erbrecht derselben.

S. Erbfolge der Ehegatten.

### Wittwe, Wiederverheirathung derselben.

Ein Wittwer soll, bevor er zur andern Ehe schreitet, wenigstens ein halbes Jahr, die Wittwe aber ein völliges Jahr abwarten, und die Prediger sollen vor Ablauf solcher Zeit keine Copulation, es sei denn auf landesf. oder fürstl. Consistorii Concession, vornehmen. Ern. Kirchen-Ordn. Thl. I. Cap. XXII. §. 7.

cf. Verordn. v. 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schul-Angelegenheiten betr., §. 11. — Consistorial-Rescript v. 24. März 1821. (Bege I. p. 199.) — Desgl. v. 6. Novbr. 1822. (Bege I. p. 239.) — Rescript herzogl. Staats-Ministerii v. 12. Juni 1830. (Bege III. p. 276.)

Eine Wittwe, so aus voriger Ehe Kinder am Leben hat, soll zur Heirath nicht verstattet werden, sie habe sich denn mit ihren Kindern verglichen und denselben Vormünder bestellen lassen, bei Strafe von 10 fl. Allgem. Land. Ordn. Art. 100.

Die Special-Superintendenten und Pastoren sollen keine Verlobte und insonderheit keine Wittwen proclamiren, noch weniger copuliren, bevor dieselben nicht nach Maßgabe der Verordn. v. 4. April 1620 \*) aus den fürstl. Aemtern immediate, entweder durch eine confirmirte Ehestiftung, oder sonst durch ein Attestat, gezeigt, daß sie allenthalben resp. wegen der Bevormundung der Kinder aus erster Ehe, Inventarien, Ehestiftung, oder Bedemund Richtigkeit gemacht haben. Fürstl. Consistor. Aussch. an alle General-Superintendenten v. 11. Novbr. 1716.

Die Prediger sollen eine Wittwe, die Kinder hat, nicht eher proclamiren, als bis dieselbe ein Zeugniß ihrer Obrigkeit beibringt, daß sie mit ihren Kindern erster Ehe auseinander gesetzt sei. Landesf. Rescript an fürstl. Consistorium v. 11. Januar 1753.

Zu Abhelfung der Unordnung, wenn Wittwen zur andern Ehe schreiten, ohne sich darum zu bekümmern, daß sie mit ihren Kindern erster Ehe auseinander gesetzt und ein Inventarium über dieser Güter errichtet werden möge, ist von dem Landesfürsten verfügt, daß künftighin keine Wittwe, die Kinder hat, proclamirt werden soll, bevor dieselbe nicht von ihrer Obrigkeit ein Zeugniß beibringt, daß sie mit den Kindern erster Ehe gänzlich auseinander gesetzt sei, und ist dieses bekannt gemacht durch ein Publicat vom Bürgermeister und Rath zu Braunschweig v. 30. Januar 1753.

In der reformirten Gemeinde und bei der katholischen Geistlichkeit zu Braunschweig soll keine Wittwe, so zur andern Ehe schreitet, proclamirt werden, ehe und bevor sie nicht ein Certificat wegen der Auseinandersetzung mit ihren Kindern vom Magistrate daselbst hat. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 6. Febr. 1764.

S. auch: Vormundschaft, wenn mehrere derselben vorgelegt sind — Heirathen der Berg-, Puch- und Hüttenleute.

cf. Reglement des fürstl. Consistorii v. 10. Decbr. 1814. B. d. §. 11. (Bege I. p. 216.)

\*) S. Contracts und Verträge der Bauersleute.

## Wittwen=Casse.

§. Wittwen = und Waisen = Versorgungs = Anstalt.

## Wittwenhäuser.

§. Prediger = Wittwen = Häuser.

## Wittwenthum.

§. Prediger = Wittwen — Prediger = und Schullehrer = Wittwenanstalt — Sterbe = und Gnaden = Quartal der Wittwen der Organisten, Oepferleute und Schulmeister.

## Wittwen = und Waisen = Versorgungs = Anstalt.

§. Verordnung v. 19. Decbr. 1824, die in Braunschweig \*) errichtete allgemeine Wittwen = Versorgungs = Anstalt betr. — Gesetz v. 18. Juli 1837, die Beamten = Wittwen = und Waisen = Versorgungs = Anstalt betr., wodurch die sämmtlichen frühern, über die Civilbedienten = Wittwen = und Waisen = Anstalt ergangenen Bestimmungen \*\*) aufgehoben sind.

## Wittwer, Wiederverheirathung derselben.

§. Wittwen, Wiederverheirathung derselben.

## Wochenmärkte in Braunschweig.

1) Die auf Mittwoch und Sonnabend in der Altstadt, und die auf Dienstag, Donnerstag und Sonnabend in der Neustadt gesetzten Wochenmärkte der Stadt sollen fernerhin bleiben, jene auf dem Altstadt = und diese auf dem Hagenmarke; Falls aber auf diese Tage ein Fest fallen sollte, so sollen solche den Tag vorher gehalten werden.

2) Alle diejenigen, so den Wochenmarkt besuchen und Lebensmittel zur Stadt bringen, sollen eines besondern Schutzes des Marktfriedens und aller gebührenden Begegnungen versichert sein, zu welchem Ende alle auf den Marktplätzen geschehenen Beleidigungen, sie geschehen mit Worten oder mit Werken, auch andere Begünstigungen von obrigkeitlichen Amts wegen, ohne Kosten des Beleidigten, untersucht und härter als sonst bestraft werden sollen.

3) Wenn Verbal = Injurien, Schlägerei, Diebstähle oder andere Verbrechen auf den Marktplätzen vorkommen, so ist solches dem Districts = Commissair, dessen Wohnung auf der Tafel bei der Marktfahne bemerkt ist, zu melden, welcher von wegen des Stadt = Magistrats die Sache sofort abthun, und nur in außerordentlichen und wichtigen Fällen weitere Rücksprache mit seinen Obern und Committenten halten soll.

4) Die Marktfahne soll im Sommer um 5, im Winter aber vor 8 Uhr des Morgens ausgehangen, und des Mittags um 11 Uhr wieder eingezogen werden.

\*) Im Jahre 1705 wurde in Braunschweig die erste Societät zur Verpflegung der Wittwen und Waisen errichtet und unterm 7. Januar 1706 landesfürstl. confirmirt, eine zweite aber unterm 7. März 1718. Die erste Societät wurde durch die landesf. Verordn. v. 15. August 1755 in einigen Punkten näher bestimmt, indeß von den Provisoren und Assessoren derselben unterm 4. Juli 1774 eine neue Convention über die dem Institute zum Grunde liegenden Gesetze und Bedingungen errichtet, welche unterm 3. Octbr. 1774 die landesf. Bestätigung erhielt. (Einen Abdruck s. in Schneiders Repertorium Bd. I. p. 174 sqq.) Die zweite Societät starb aus und das Vermögen derselben wurde mit dem Fonds des Armen = Krankenhauses zu Braunschweig vereinigt. Landesfürstl. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 13. Januar 1778.

\*\*) Diese s. unter: Civilbedienten = Wittwen = und Waisen = Casse; das Gesetz von 1837 ist erst nach dem Drucke dieses Artikels erschienen.



5) Vor ausgesteckter Fahne soll nichts bei 1 Mfl. Strafe, welche der Käufer allein zu erlegen schuldig, verkauft werden.

6) Wenn Lebensmittel und Consumtibilien des Abends vor den Wochenmarkttagen zur Stadt gebracht werden, so soll niemand davon etwas an gedachtem Abend kaufen, es wäre denn, daß die Waaren auf die angewiesenen Plätze gebracht worden; wofern aber jemand diesem entgegen handelt, so soll der Käufer der Waare verlustig sein, und solche confiscirt werden. \*)

7) Holz, \*\*) Stroh, Heu, Getreide, \*\*\*) Obst und andere Lebensmittel, so zu Markte gebracht werden, sollen durchaus nicht vor den Thoren, sondern allein auf den zu jeder Art angewiesenen Marktplätzen, bei Confiscation der Waare und 10 bis 20 Thlr. Strafe, gekauft werden.

8) Während ausgesteckter Fahne darf kein Hofe oder sonst jemand auf Vor- und Wiederkauf etwas erhandeln, auch soll kein Fremder vor 11 Uhr auf den Märkten, noch ein hiesiger Einwohner für einen Fremden einige Victualien und was zu Markte gebracht wird, bei Verlust der Waare kaufen. †)

9) So sollen auch die Fleischer vor eingezogener Fahne das zu Markte kommende kleine Schlachte-Vieh, bei Strafe der Confiscation, nicht wegkaufen.

10) Die Brauer, Branntweinbrenner, Kornkäufer, Mehlhändler und Bäcker sollen von dem in wenigen Klüften, auch einzelnen Waasen zur Stadt kommenden Holze, desgleichen von dem in einzelnen Himten zum Verkaufe gebrachten Getreide nichts eher kaufen, es habe denn im Sommer bereits 9 und im Winter 10 Uhr geschlagen.

11) Keiner soll dem Andern, bei einem, und befindenden Umständen nach, mehreren Mfl. Strafe, in den Kauf fallen und dadurch den Kauf steigern; auch ist unerlaubt, den Verkäufer zur Ungebühr aufzuhalten und den Handel dadurch zu hemmen. Würde jemand, ehe die Waare zu Markte gebracht, ein heimliches Verständniß mit dem Verkäufer machen, daß die Waare zwar ausgestellt, ihm aber bis zur eingezogenen Fahne für den accordirten Preis überlassen werden solle, so soll der Käufer in 4, und dem Befinden nach, mehrere Mfl. Strafe verfallen sein, und der Verkäufer halb so viel Strafe erlegen. Schützt der Eine oder der Andere den Verkauf der Waare vor, so muß er sogleich verificiren, daß der Verkauf wirklich am Markte auf dem angewiesenen Platze geschehen und die Abholung oder Abfuhr durch gültige Ursachen gehindert sei.

12) Niemand soll die ihm auf dem Marktplatze angewiesene Stelle ohne des Markt-Ausschreibers Anweisung, welcher deshalb gehörigen Orts anzufragen hat, verändern, viel weniger einen Andern aus seiner Stelle verdrängen, bei 2 Thlr. Strafe.

13) Es hat zwar bei dem Stättgeld der Einheimischen fernerhin sein Bewenden, es soll aber von den Auswärtigen, welche einzelne oder ganze Fuder Marktware anher bringen, weiter kein Stättgeld erlegt, noch für Eische, Waage und Gewicht überhaupt etwas gegeben, derjenige hingegen, welcher Maaß, Ellen und Gewicht defraudirt, dem Befinden nach bestraft werden.

14) Das auf den Wochenmärkten gekaufte Gut soll, wo nicht ein Anderes vorher ausdrücklich verabredet worden, sofort bezahlt und von dem Käufer bei Vermeidung prompter Execution das Kaufgeld nicht vorenthalten werden.

15) Wird jemand, er sei hier wohnhaft oder auswärtig, seine zu Markte gebrachte Waare anderer Gestalt, als mit und nach hiesigen gestempelten Maaß, Ellen und Gewicht, verkaufen, ausmessen und auswiegen, so soll er 4 Mfl. Strafe geben.

\*) S. Lebensmittel 2c., Auf- und Vorkauf derselben in Braunschweig.

\*\*) S. Holz, Auf- und Vorkauf desselben in Braunschweig.

\*\*\*) S. Getreide, Auf- und Vorkauf desselben in Braunschweig.

†) S. Schweine, Auf- und Vorkauf derselben.

16) Wenn bei dem Getreide im Großen und nach Wispeln über die Maaße Streit entsteht, so soll solches mit dem Rathshimten nachgemessen, und der schuldige Theil dem Befinden nach bestraft werden.

17) Was nach Maaßen, Ellen und Gewicht in einzelnen Stücken abgemacht zu Markte gebracht wird und nicht voll gemessen oder gewogen ist, solches bleibt nach wie vor confiscirt, und soll der Verkäufer, Falls von dergleichen Waaren bereits etwas verkauft und das Geld dafür eingehoben ist, solches heraus zu geben schuldig und gehalten sein.

18) Würde der Verkäufer betrüglich handeln, die Naturalien, Flachs, Korn zc. anfeuchten, oben in den Säcken gutes Korn oder gute Waare, unten oder in der Mitte schlechtere haben, zwischen Büchholz Eichen und geringeres Holz und zwischen Klüfte von gehöriger Länge Trümpel und kurze Stücke zur Vervortheilung des Käufers versteckt laden, ohne solches bei dem Verkaufe vorher anzuzeigen, mithin solches nach der Güte dessen, was oben auf und umher vor Augen gebracht ist, verkaufen, auch den zuerst angegebenen Preis an eben demselben Markttage steigern, so soll die Waare confiscirt, oder, wenn das Geld schon dafür gehoben ist, solches herausgegeben und das betrüglische Verfahren überdies nachdrücklich bestraft werden.

19) Wenn einer seine Waare bereits jemandem zugesagt und für einen behandelten Preis gelassen und was auf den Kauf bekommen hat, dieselbe Waare aber einem Andern verkauft, so soll zwar derjenige, welcher die Waare wirklich in Empfang genommen, solche behalten, der Verkäufer aber das Kaufgeld, es sei denn, daß der erste Käufer sich mit der Bezahlung nicht zeitig eingestellt, herausgeben, welches halb als eine Strafe angenommen, halb dem ersten Käufer gegeben werden soll.

20) Der Verkauf der sogenannten Roß- und Hunde-, imgleichen der gelben Pflaumen, unreifen Obstes und Nüsse soll durchaus nicht gestattet, die Waare sogleich confiscirt und weggeschüttet, auch der Verkäufer im wiederholten Falle überdies scharf bestraft werden, und haben der Marktaufseher und die übrigen Polizeidiener hierauf sorgfältig zu sehen.

21) Marktschreier, Balsamträger, Murrelthier- und Kastenträger, auch Quacksalber, Arznei- und Kräuterhändler sollen gar nicht gelitten werden. \*)

22) Gleichermassen bleibt bei Strafe der Confiscation das Auslegen, Umtragen, und der Verkauf leichtfertiger Lieder, abentheuerlicher Historien, Träume und abergläubischer Bücher gänzlich verboten.

23) Kein Vorkäufer soll an den Markttagen des Vormittags hausiren gehen, oder gewärtigen, daß er, bewandten Umständen nach, in 5 bis 10 Uhr. Strafe genommen, oder die Waare confiscirt werde.

24) Das Umrufen der See- und anderer Fische, Krebse, Citronen, Wacholder-, Maul-, Brumm-, Erd- und Himbeeren, von Federwildpret, auch Schneusenvögeln, und das Umtragen der Milch, Puter, Hühner, Tauben, Gänse und Enten, Obst und Gartengewächse, Eier und frischer Butter wird zwar fürerst noch ferner gestattet, doch müssen die Gänse, Enten, Puter, Hühner, Tauben, frische Butter, Eier, desgleichen das vom Lande hereinkommende Obst und Gartengewächse, auch Milch und Fische, in Quantitäten an den Markttagen des Vormittags vorher auf die Marktplätze gebracht werden.

25) Die bisherigen Marktgebühren und Abgisten, welche bisher den Markt-Ausssehern gegeben sind, werden den Verkäufern zum Besten aufgehoben, und sollen durchaus ferner nicht gegeben noch genommen werden, und es sollen die Markt-Aussseher gleichfalls bei nachdrücklicher Strafe keine Vorkäufer abgeben. Markt-Ordn. der Stadt Braunschweig v. 29. Septbr. 1763.

### Woll- und Hopfen-Säcke, Herunterwerfen derselben auf die Straßen.

Das Herunterwerfen solcher Säcke und anderer Sachen aus den Häusern auf die Straße ist wegen des daraus zu besorgenden Unglücks für die Vorbeigehenden bei 10 Uhr. Strafe, wovon, wenn sie exequirt

\*) E. Marktschreier, Riemenstecher zc. — Arzneihandel — Medicinische Pfluscherei.

quirt und beigetrieben werden kann, dem Denuncianten die Hälfte versprochen ist, verboten. Avertisssem. des fürstl. Polizei-Depart. zu Braunschw. v. 16. Septbr. 1785. (Br. Anz. v. 1785. Nro. 75.)

## Wrogen.

Diejenigen, welche eingewrogt worden, sollen mit keiner übermäßigen Strafe dem Herkommen zuwider, viel weniger eines delicti halber mit unterschiedlichen Strafen belegt, sondern, da das delictum in dem Einen oder Andern mit beschwerlichen qualitatibus vermehrt, die Strafe nach Gelegenheit derselben erhöht, niemand auch, welcher der beschuldigten Uebertretung nicht geständig, noch gebührlich überwunden, auf bloßes Einwrogen (es sei denn, daß die, so es thun und dazu beeidigt sind, de proprio viso vel auditu reden), oder aber auch seiner Gegennothdurft ungehört, in Strafe ertheilt werden. \*) Salzbadl. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 13.

Alle strafbaren Sachen, sie mögen in der allgemeinen Landes-Ordnung genannt sein oder nicht, sollen nicht verhehlt, insgeheim von den Parteien unter sich oder sonst vertragen, sondern alsbald eingewrogt werden. Wer solches thut oder unterläßt, der soll die Strafe, so auf jedes Verbot gesetzt ist, doppelt bezahlen. Allgem. Landes-Ordn. Art. 104.

Die Richter bei den Aemtern sollen mit Bestrafung der Delinquenten außerhalb Landgerichts \*\*) nicht zu scharf verfahren und die Strafen nicht der Landes-Ordnung, den Rechten und der Billigkeit zuwider und höher, als dieselben das ganze Jahr über contribuiren und das Verbrechen auf sich hat, setzen, sondern die Umstände der Verbrechen wohl erwägen, und dahin sehen, daß die Strafe den verübten factis proportionire und sich als ein rechtmäßiges Erkenntniß verantworten lasse, widrigen Falls diejenigen, welche hierin den Sachen zu viel thun und wider ihre Pflicht, die Rechte, Landes-Ordnung, Landtags-Abschiede und andere publicirte Constitutionen handeln, deswegen exemplarisch angesehen werden sollen. Landesf. Verordn. v. 22. Febr. 1656. \*\*\*)

Wenn Hirten, Knechte und Mägde aus Städten, Flecken oder Dörfern auf dem Lande delinquiren haben und des Falls bei den Aemtern eingewrogt sind, so sollen die Beamten solches ihren Dienstherrn in Zeiten, und ehe sie aus dem Dienste treten, notificiren und selbige daneben erinnern, daß sie solchem Dienstvolke ihren Lohn nicht eher ausreichen sollen, bis sie sich der Strafe halber entweder bei den Landgerichten, oder im Amte gebührend abgefunden. Die Dienstherrn, die demungeachtet den Lohn abfolgern lassen, sollen die dictirte Strafe selbst erlegen. Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688. Art. 40.

cf. Gesinde-Ordnung v. 15. Octbr. 1832. §. 39.

Demnach zwischen dem Braunschweigischen Ministerio und der Regierung zu Hildesheim verabredet worden, daß hinfüro zu Vermeidung etwaiger Prägravirung beiderseitiger Unterthanen bei vorfallenden Wrogen den Vorladungen der Unterthanen an die Landgerichte der locus delicti und das Verbrechen selbst, oder die causa citationis, jedes Mal kürzlich beigefügt werden sollen, so wird den Gerichten solches zu ihrer Nachachtung bekannt gemacht. Landesf. Rescript v. 28. März 1748.

S. auch: Forstwrogen. — Küster, Schuldiener und Opferleute, Forstfrevel und Vergehen derselben gegen die Landes-Ordnung.

\*) Diese Disposition ist nochmals durch den Landtags-Absch. v. 27. Januar 1619 bestätigt.

\*\*) Nach dem Art. 39 der Amts-Cammer-Ordnung v. 1. Juli 1688 sollten alle Wrogen und Brüche, welche ihrer Natur nach vor das Landgericht gehörten, bis zur Fegung desselben ausgesetzt werden, ausgenommen, wenn periculum in mora vorhanden wäre.

\*\*\*) Diese Verordnung enthält außerdem noch Bestimmungen über die Erhebung und Beitreibung der Contribution und wegen der Dienst-, Reize- und Jagdfuhren.

## Wucher.

S. Vervortheilung im Handel und Wandel — Zinswucher — Arbeitslöhne.

## Wucherblume.

Die Obrigkeiten sollen das Aus säen desjenigen Kornes, worin der Saamen der Wucherblumen befindlich ist, möglichst verhüten, die Unterthanen bei nachdrücklicher Strafe anhalten, diese schädliche Blume, wenn sie auf ihren Aeckern zum Vorschein kommt, alsobald auszugäten, und damit solches desto gewisser geschehen möge, die bestellten Brach- und Sommerfelder durch die Feldgeschworenen mehrmals besichtigen lassen, auch diejenigen, welche das Ausgäten versäumen, auf das Schärfste dazu anhalten. Landesf. Ausschr. v. 15. April 1757.

cf. Verordn. v. 26. Octbr. 1829, die Vertilgung und Abwendung der Wucherblume betr.

## Wundärzte.

Zur Instruction der Wundärzte ist noch hinzugefügt, daß sie bei den in den ihnen angewiesenen oder sonst nahe gelegenen Dörfern entstehenden Feuersbrünsten sich sofort dahin, wo ein Feuer ausgebrochen ist, verfügen und sich bei dem anwesenden Beamten oder der Obrigkeit melden und ohne deren Erlaubniß sich nicht entfernen sollen. Bekanntm. des Ober-Sanitäts-Collegii v. 4. Decbr. 1799. (Br. Anz. v. 1799. Nro. 98.)

cf. Feuer-Ordnung für die Landgemeinden v. 15. Octbr. 1832. §. 74.

S. übriges: Chirurgen und Bader.

## Wundärzte in Braunschweig.

Nicht allein zur Erhaltung der Nahrung der Wundärzte, sondern auch zur Erhaltung der Gesundheit und Abwendung der Verwahrlosung derselben und alles übrigen Schadens ist verordnet, daß derjenige der Braunschweigischen Bürgerschaft, welcher die schädliche Puscherei sowohl derer vom Militärstande, als von der Bürgerschaft, welche weder Antheil an dem Amte der Chirurgen, noch die Wund-Arzneikunst gehörig erlernt haben, dadurch ferner begünstigen wird, daß er entweder sich selbst oder die Seinigen oder die bei ihm eingekehrten Fremden, auch Land- und Fuhrleute, von einem solchen, der nicht zu den Stadt-Wundärzten oder deren Gesellen und Lehrburschen gehört, oder dazu keine Concession des fürstl. Ober-sanitäts-Collegii vorzeigen kann, äußerlich kuriren, barbiren oder zur Ader lassen läßt, auf jeden Contraventionsfall in eine unabittliche Geldbuße von zwei und dem Befinden nach mehreren Thalern genommen, solche unverzüglich von ihm beigetrieben und die Hälfte derselben dem Denuncianten gereicht, wegen gebührender Bestrafung der Puscherei selbst aber den Umständen nach, auch wenn sie einer andern Jurisdiction unterworfen sind, das Nöthige sogleich verfügt werden soll. Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig v. 7. August 1786. \*) (Br. Anz. v. 1786. Nro. 62.)

Unterm 17. März 1791 und 10. Febr. 1802 ist obiges Verbot durch ein Avertissement des fürstl. Polizei-Departements zu Braunschweig wiederholt und dem Denuncianten versprochen worden, daß er nicht entdeckt werden solle. (Br. Anz. v. 1791. Nro. 27 und 1802. Nro. 10.)

Da mit höchster Genehmigung die bisherige Trennung der auf den Barbierstuben und auf den Badstuben wohnenden Wundärzte gänzlich aufgehoben ist, so sind beide bisher sogenannte Aemter zu einer gemeinschaftlichen Gesellschaft der Wundärzte zu Braunschweig vereinigt worden. Bekanntm. des fürstl. Ober-Sanitäts-Collegii v. 29. Octbr. 1801. (Br. Anz. v. 1801. Nro. 89.)

\*) Unterm 26. Septbr. 1782 (Br. Anz. v. 1782. Nro. 80.) und 9. Decbr. 1783 (Br. Anz. v. 1784. Nro. 3.) waren schon gleichlautende Verbote vom Polizei-Departement ergangen.

S. auch: Chirurgen und Bader — Chirurgen, Regiments- und Compagnie- — Medicinische Pfscherei.

cf. Bekanntmachung des Stadt-Magistrats zu Braunschweig v. 8. Juli 1829. (Br. Anz. v. 1829. Nro. 54.)

### Wundärzte, Besichtigungseid derselben.

Ihr sollt geloben und einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium schwören, daß ihr des N. N. empfangene Leibesbeschädigung mit Fleiß besichtigen und, so viel ihr aus der Erfahrung eurer Kunst erlernt habt und mit euren leiblichen Sinnen erkennen möget, anzeigen wollet, ob solche zugefügte Leibesbeschädigung, Beinbruch, eine Lähme, groß oder klein, desgleichen ob eine Schwindung oder sonst eine Mäde eines verletzten Gliedes dem Beschädigten in seiner Handthierung und Nahrung und wie hoch nachtheilig, zu befahren, ob ihm wieder zu helfen oder nicht, und was der Wundarzt, der ihn geheilt, an ihm ungefährlich verdient, ob er auch dieselben nicht recht geheilt, sondern verwahrloßt worden sei, alles getreulich und ungefährlich. Hofger. Ordn. Tit. XLV und Canzlei-Ordn. Nro. XXI.

### Wunde, Letalität derselben.

S. Section gewaltsam getödteter Personen.

### Würfelspiel.

S. Glücks- und Hazardspiele.

### Würste.

S. Schweine-Würste.

### Wüste Höfe.

Keinem Beamten soll frei stehen, die Bebauung eines wüsten Hofes jemandem zu verstaten, er habe denn zuvörderst alle Umstände davon, wie auch der sich angebenden neuen Hauswirthes Herkommen und Vermögen, Leben und Wandel, auch wo sie sich zuletzt aufgehalten, und warum sie solchen Ort quittirt, bei den Beamten solches Orts, oder sonst (jedoch ohne denselben des Falls beschwerliche Unkosten zu verursachen) erkundigt, und des Falls, auch ob er, Beamter, den Bau nützlich halte, ausführlich berichtet und darauf landesf. oder fürstl. Cammer Verwilligung darüber erhalten. Amts-Cammer-Ordnung vom 1. Juli 1688. Art. 91.

Alle wüsten Hof-Stellen sollen bebauet, \*) widrigen Falls dennoch für voll \*\*) versteuert werden. Landesf. Verordn. v. 8. März 1717.

S. auch: Pertinenzien der Bauergüter; Verordn. v. 7. August 1721. — Remission an den Steuern.

\*) Schon im 7. Art. des Landtags-Abschiedes v. 22. Novbr. 1643 wurde anerkannt, daß vor allen Dingen auf Mittel Bedacht genommen werden müsse, die im Lande befindlichen unzähligen wüsten Höfe wieder mit Bewohnern zu versehen, und durch die landesf. Verordn. v. 27. März 1705 wurde verordnet, daß die Gutsherren oder Possessoren und andere Inhaber der wüsten Höfe dieselben innerhalb zweier Jahre Frist entweder selbst bebauen und mit guten Einwohnern, welche dem Landesfürsten und den fürstl. Rämtern behuf der Dienstleistung anständig, besetzen lassen, oder gewärtig sein sollten, daß nach Ablauf beregter zweier Jahre durch andere bemittelte Unterthanen, oder in deren Ermangelung von den fürstl. Rämtern bebauet und mit anständigen Colonen oder Meierleuten besetzt, oder dem Befinden nach sonst also eingerichtet werden sollten, daß auf die eine oder andere Weise die fürstl. Rämter die darauf haftenden Dienste oder Dienstgelber erlangen möchten, zu dem Ende denn auch die Theilungen an Wiesen, Holz und dergleichen von den Gemeinden unweigerlich in eben der Bonität und Quantität, als die bebaueten Höfe bekommen, dazu gefolgt werden sollten. Die landesf. Verordn. v. 5. Octbr. 1709 sicherte denen, welche die wüsten Höfe neu bebauen würden, für jede 100 Thlr. Baukosten einen Erlaß von 20 Thlr. an der Contribution zu.

\*\*) Bis dahin wurde von den wüsten Höfen nur der vierte Theil der vollen Contribution gegeben.

### Wüste Stellen und Gartenplätze in Braunschweig.

Demjenigen, der die ehemaligen wüsten Haus-Stellen bebauet, sollen die gewöhnlichen Bau-Douceurs, denen aber, welche ihre Gartenplätze an den Gassen wohnbar bebauen, außer den gewöhnlichen Bau-Douceurs noch eine 10jährige Freiheit vom Service und von der wirklichen Einquartirung angedeihen. Wenn hingegen diese Verwilligung den Endzweck wider Verhoffen noch nicht befördern sollte, so sollen sowohl die wüsten Stellen, als auch die zu bebauenden Gartenplätze von dem Magistrate ex officio zur Subhastation, und solcher Gestalt derselben baldige wohnbare Bebauung zum Effect gebracht werden. Landesf. Verordn. v. 7. März 1763. \*) (Br. Anz. v. 1763. Nro. 36.)

S. auch: Reformirte, Niederlassung derselben in den hiesigen Landen; Verordn. v. 28. März 1708. §. 22.

### Wüste Stellen in Königslutter.

S. Anbauer der wüsten Stellen in Königslutter.

### Wüste Stellen und Gartenplätze in Wolfenbüttel.

S. Häuser in Wolfenbüttel, Zusammenziehen derselben und Bebauen der Hausstellen.

### Zäune.

S. Holzplancken — Feldzäune — Weiden, Hopfenkühlen, Zäune und Obstbäume bei den Pfarren.

### Zahlen-Lotterie.

Mit dem 1. Juli 1787 ist die Zahlen-Lotterie \*\*) im hiesigen Lande gänzlich aufgehoben und alles Colligiren und Einsetzen in auswärtige Zahlen-Lotterien untersagt. Auf landesf. Befehl bekannt gemachtes Avertissement der General-Lotterie-Intendance v. 11. Mai 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 37.)

S. auch: Lotterien.

### Zahlung.

S. Capitalien, Wiederbezahlung derselben — Particular-Zahlung — Meßhandel, welche Münzen darin gelten — Discontiren — Wechsel-Zahlung — Decretum de solvendo.

### Zaunpfähle.

S. Feldzäune.

Zehnten, Abführung desselben in eine auf einer andern Feldmark gemiethete Scheuer.

S. Zehnten, Ziehen desselben; insbes. Resolut. v. 27. Decbr. 1781.

### Zehnten, Verpachten desselben.

Einem jeden Zehnherrn in hiesigem Fürstenthume steht frei, seinen Zehnten in eine sonderbare allda gebingte Scheuer, oder aber auf seinen Sitz, Vorwerk oder Gewahrsam zu führen, oder einem andern des Orts in der Naheit Geseffenen gegen eines Andern Zehntfuhr zu überlassen, oder auch denselbigen

\*) Schon unterm 2. Novbr. 1708 ist ein landesf. Befehl dahin ergangen, daß die wüsten Stellen in der Stadt Braunschweig aufgesucht und wieder bebauet werden sollten.

\*\*) Die Zahlen-Lotterie war im Jahre 1771 zu Braunschweig von einer Gesellschaft von Privatleuten eingerichtet und durch die landesf. Verordn. v. 16. Mai 1771 genehmigt, wodurch zugleich bekannt gemacht wurde, daß zur Sicherheit für das Publikum die Gesellschaft die Summe von 150,000 Gulden bei fürstl. Justiz-Canzlei ad depositum gelegt habe und ein beständiger fürstl. Commissarius zur speciellen Beaufsichtigung der Lotterie bestellt sei.

Zehnten den Markgenossen sämmtlich, oder Einem, oder Etlichen ihres Mittels, wenn sie nach billigen möglichen Dingen, was derselbe ertragen kann, darum thun werden, auf ein, viele oder wenige Jahre, und nach Ausgang derselben einem Andern, außerhalb was für Zehnten bei etlichen fürstl. Häusern lange Zeit und über die 30 Jahre, von Trinitatis anno 86 zurückzurechnen, geführt worden und noch werden, zu seinem Gefallen zu verdingen; aber Andern außer den Markgenossen den Zehnten einzuthun, ist nicht zugelassen, es sei denn solches vor jetztgemeldeten 30 oder mehr Jahren also vormalz geschehen, in welchem Falle solches auch hinfüro unweigerlich zu gestatten. Auch sind die Bauern, welche sich der Zehntfuhr halber wider den Zehntherrn verbinden und dadurch ihm Eintrag zu thun sich unterstehen würden, ernstlich zu bestrafen. Das Abfuhrgeid soll hinfüro weiter und mehr nicht genommen werden, als an den Orten, allda und so viel es vor 30 Jahren, von Trinitatis anno 86 zurückzurechnen, gebräuchlich gewesen. Salzbadl. Landtags-Abschied v. 3. Juni 1597. Art. 17.

1) Ein jeder Zehntherr in hiesigem Fürstenthume, er sei geistlich oder weltlich, und sei derselbe Zehnte sein Lehn oder Erbe, oder er habe denselben auf einen Wiederkauf, oder Kraft einer auf etliche Jahre hinausgesetzten zu Recht beständigen Hypothek ohne einige Simulation (welche letzten beiden Fälle ein Jeder auf verspürenden Argwohn beständig, auch wohl vermittelt körperlichen Eides darzuthun gehalten sein soll,) an sich gebracht, kann den ihm also zustehenden Zehnten entweder für sich selbst auf seinen Sitz und Hof, oder sonst in seinen Gewahrsam, es sei innerhalb oder außerhalb der Feldmarken, da der Zehnte gewachsen, führen, oder einem andern in der Nähe Gesessenen gegen ebenmäßige Zuhandsfuhr für ein oder mehrere Jahre permutationsweise überlassen.

2) Wenn der Zehntherr denselben nicht auf obberührte Weise selbst einführt oder vertauscht, so soll ihm frei stehen, denselben nach seinem Gefallen und Gutbefinden entweder der ganzen Gemeinde, oder auch einem, zweien, oder dreien Ackerleuten, Halbspännern oder Köthern daselbst auf ein oder mehrere Jahre um ein Billiges, nach Beschaffenheit der Früchte an Korn oder Gelde, zu verdingen, und nach Endigung solcher Zeit und Jahre auf vorige oder andere Weise, wie es ihm anständig ist, ohne jemandes Contradiction und Maassgebung zu contrahiren.

3) Wenn der Zehnte auf Maaße, wie im vorigen Art. 2 vermeldet ist, verdingt und ausgethan wird, so soll derselbe in dem Dorfe, davor er gewachsen und gesammelt worden, verdingt und geführt werden, damit das Stroh in der Feldmark, darauf der Zehnte gewachsen, verbleibe, es wäre denn, daß der Zehnte andern Leuten außerhalb der Feldmark vor und innerhalb funfzig Jahren ohne gebührliche Widersprache verdingt wäre, auf welchen Fall der Zehntherr Macht hat, den Zehnten noch ferner andern außerhalb der Feldmark Wohnenden zu verdingen.

4) Wenn aber in der Gemeinde niemand vorhanden, welcher den Zehnten zu dingen Beliebung tragen, oder aber die Bauern sich unterstehen und sich verbinden würden, dem Zehntherrn zum Nachtheil und Schaden den Zehnten ihres Gefallens anzunehmen und den gebührlichen Werth davon nicht zu geben, und, da er ihnen darum nicht gelassen würde, den Zehnten im Felde liegen und verderben zu lassen, alsdann soll dem Zehntherrn frei gelassen sein, den Zehnten auch außerhalb der Feldmark zu verdingen; und sollen die Bauern, so sich dessen unterstehen, noch dazu ernstlich gestraft, und nebst der Strafe zur Erstattung des verursachten Schadens angestrengt werden.

5) Als auch die ganzen Gemeinden in den Dorfschaften sich bisweilen unterstehen wollen, dem Zehntherrn die Freiheit nicht zu gönnen, ob er den Zehnten der ganzen Gemeinde, oder Einem oder Mehreren, sie seien Ackerleute oder Köther, verdingen wolle, sondern wider des Zehntherrn Willen den Zehnten zu führen und zu bezahlen, so soll solches, wenn auch die Gemeinde ein Billiges, oder was Andere dafür zu thun gedächten, dafür bieten würde, dennoch nicht mehr sein, sondern in des Zehntherrn freier Macht und Willen stehen, wem er den Zehnten in der Gemeinde gönnen und verdingen wolle.

6) Dem Zehnherrn soll frei stehen, wenn er den Zehnten der Gemeinde insgesammt zu verdingen Bedenken hat, denselben entweder Einem oder auch Mehreren aus der Gemeinde, sie seien Ackerleute, Halbspänner oder Röther, nach seinem Belieben zu verdingen, und sollen dagegen die Bauern damit nicht gehört werden, daß sie den Zehnten ein Jahr nach dem andern auf der Reihe oder wechselsweise führen wollten.

7) Wenn der Zehnte der ganzen Gemeinde, wie obgemeldet, verdingt wird, so soll dieselbe schuldig sein, zwei, drei oder viere, so dem Zehnherrn annehmlich sind, oder von ihm aus der Gemeinde genannt worden, darzustellen, welche für die ganze Gemeinde in solidum dafür stehen und haften sollen, daß zu gebührender Zeit, nämlich zwischen Michaelis und Martini, der Zehnherr dasjenige, warum der Zehnte verdingt ist, und zwar an gutem, reinen, untadelhaften Korn bekommen möge.

8) Es soll die Gemeinde den- oder diejenigen, welchen der Zehnherr aus ihrem Mittel den Zehnten gönnen will, nicht abschrecken; auch sollen die vermöglichen Bauersleute die Armen und Unvermögenden mit zu großer Uebersehung nicht abdringen, oder abkaufen.

9) Der Zehnherr soll die armen Bauern in der Verdingung nicht übersehn, sondern nach gestaltn Sachen und Gewächs der Früchte, was billig ist, davon nehmen, worauf die Beamten und Gerichtsherrn fleißig sehen, die Billigkeit hierunter, etwa durch unverdächtige Wardiersleute aus andern Gemeinden, verordnen, und Achtung darauf geben sollen, daß unter solchem Prätext der Zehnte Andern in der Nachbarschaft, welche vielleicht nicht mehr, oder noch wohl weniger darum geben wollen, nicht in die Hände gerathen möge. Gleichwohl sollen die Beamten und Gerichtsherrn auch hierin den Zehnherrn nicht zu nahe treten, den Bauern Beifall geben, sich eines Anspruchs und einer Definition über das Quantum des Zehnt-Verdinges anzumaßen, und dadurch die Zehnherrn per indirectum um ihre Freiheit, mit dem Zehnten auf obberührte Maaße ihres Gefallens zu verfahren, bringen, bei willkührlicher Strafe und Entschädigung des Zehnherrn.

10) Amtleute, Voigte und andere Amtsbdiener sollen zur Führung der Zehnten nicht zugelassen werden, sondern sich derselben gänzlich enthalten, es wäre denn Sache, daß, wie in dem 1. Artikel gemeldet, die Zehnten ihnen selbst zuständig wären, jedoch daß sie auf solchen Fall den Zehnten keinesweges von den Unterthanen durch die also genannten Bitt-, weniger aber durch Herrendienst-Führen bei Vermeidung schwerer exemplarischer Strafe einfahren lassen sollen.

11) Es sollen die Gerichtsherrn, insonderheit wenn sie an der Feldmark interessirt sind, und also zu dem Zehnten selbst geben, von dem Verding nicht ausgeschlossen sein; jedoch daß solches a) ohne den allergeringsten Zwang, b) ohne Abschrecken anderer Leute, so um den Zehnten etwa zu handeln gemeint, c) auch ohne einige Präscription zugehe.

12) Welche Zehnten bei Menschengedenken von den fürstl. Aemtern oder auch den Gerichtsherrn geführt worden, sollen auch hinführo dabei verbleiben, und die Zehnherrn nicht befugt sein, selbige anderswohin zu verdingen; jedoch daß hingegen einem jeden Zehnherrn dasjenige davon gegeben werde, was bisher davon entrichtet worden.

13) Wenn eine oder mehrere wüste Feldmarken von andern umliegenden Dorfschaften und Gemeinden bebauet oder bestellt worden, so soll dem Zehnherrn, welchem von solchen verwüsteten Feldmarken der Zehnte zusteht, frei bevorstehen, den Zehnten, wenn er ihn selbst nach Inhalt des 1. Artikels nicht führen wollte, einer von den Dorfschaften oder Gemeinden, oder auch darin vorhandenen Particular-Leuten, welche sothane Feldmark mit bebauen, zu verdingen, welche ihm, dem Zehnherrn, am gelegensten oder gefälligsten sein möchten, in aller Maaße, wie von Verdingung der Zehnten hieroben gesetzt ist.

14) Es ist die Disposition der allgemeinen Landes-Ordnung Art. 48, 49, 50, 51 und 52 \*) noch-  
mals bestätigt. Landesf. Verordn. v. 10. Octbr. 1651. \*\*)

\*) S. Zehnten, Ziehen desselben — Brachzehnten.

\*\*) Schon unterm 15. Juli 1564 ist eine, indeß weniger umfassende Verordnung gleichen Inhalts ergangen.



Gleichwie vermöge der Landes-Constitutionen ein jeder Zehnherr in Verdingung seines Zehnten freie Hand hat, es sei denn, daß der Eine oder Andere von Alters her das *jus perpetuae coloniae* daran erlangt, also hat es auch mit den fürstlichen Amtszehnten dabei lediglich sein Verbleiben, und haben sich die Beamten oder zu Verdingung der Amtszehnten in specie verordneten Commissarien bei Verdingung der Zehnten an niemand zu binden, sondern dieselben alle Mal an die Meistbietenden zu verhandeln, und dero behuf die vorseiende Verpachtung der Zehnten sowohl den Amtspächtern als Unterthanen zeitig zu notificiren, auch wohl, im Falle diese beiderseits die Billigkeit dafür nicht offeriren wollten, einen *tertium*, ob er gleich kein Markgenosse mit ist, dazu zu ziehen, und dafern er jene im Gebote übertreffen wird, mit ihm *ad ratificandum* zu schließen, jedoch daß darunter den fürstl. Constitutionen vom Zehnten auf keinerlei Maße zuwider gehandelt werde. Amts-Cammer-Ordn. v. 1. Juli 1688. Art. 32.

Da bei der 1695 renovirten und anderweit publicirten Zehnt-Ordnung, in specie bei dem §. 14 derselben, \*) der Zweifel entstanden ist: ob, wenn der Zehnte von den hin und wieder im Lande sich befindenden verwüsteten und jezt bei andern nächst daran gelegenen Dorfschaften cultivirten Feldmarken zu verpachten und der Zehnherr solchen lieber an einige Particuliers, als an die ganze Gemeinde austhun wollte, solche Particular-Leute deshalb, weil sie für sich auf der verwüsteten Feldmark keine Aecker haben, von sothaner Pacht zu excludiren sind? und denn in der Consideration, daß den Gemeinden, auf deren Feldmark der Zehnte gezogen wird, durch die benannte Zehnt-Ordnung ihres etwa habenden Interesses wegen bereits sattfam prospicirt, keine genugsam erhebliche Ursache zu finden ist, warum in dem erwähnten Falle die sonst den Zehntherrn nach den natürlichen Rechten zustehende Freiheit, wegen des Thriegen nach eigenem Gutbefinden zu contrahiren, noch mehr, als in besagter Verordnung geschehen, zu restringiren, so wird solches und daß die in mehrerwähnter Zehnt-Ordnung gesetzten Worte »welche sothane Feldmark mit bebauen« nicht sowohl auf die Particular-Leute, als die ganze Dorfschaft zu deuten und jene, ob sie gleich für sich auf den verwüsteten Feldmarken keine Länderei haben, wenn sie nur sonst in den Gemeinden, die solche Feldmark cultiviren, mit begriffen sind, nichts desto weniger zu dergleichen Zehnt-Verding zu admittiren sind, hiermit declarirt. Landesf. Declaration v. 2. August 1706.

Der Zehnherr kann auch gleich Anfangs mit einem extraneo, ohne Befürchtung einer Nullität, die Verpachtung des Zehnten eingehen, jedoch verbleibt der ganzen Gemeinde oder einigen Markgenossen das Recht, in den mit den Auswärtigen geschlossenen Contract zu treten, dieses aber solcher Gestalt, daß die Zehntpflichtigen sich zu rechter Zeit, und ehe gemähet wird, deshalb gebührend melden, auch, wenn dem auswärtigen Pächter, oder dem Zehntherrn bereits Unkosten gemacht, solche ihnen erstatten müssen. Landesf. Rescript v. 31. Juli 1741. \*\*)

Da bei vielen Dorfgemeinden einer oder einige Ackerleute, oder sogenannte Große, die Pachtung der Zehnten vor den Dörfern mit Ausschließung der Uebrigen aus der Gemeinde an sich zu bringen wissen und nicht nur den Nutzen davon allein ziehen, sondern auch noch dazu ihre Mitgenossen so hart halten, daß sie ihnen das übrig habende Stroh, auf dessen Vorrath und dem davon zu machenden Dünger doch der Ackerbau größten Theils beruhet, um billige Preise nicht, sondern lieber an Andere verkaufen, oder in die Städte zu Märkte führen, so wird, in Betracht des darunter leidenden *boni publici*, folgendes verordnet: Wenn eine ganze Gemeinde, oder zwei Dritttheile derselben, sich zu eben der nicht simulirten Zehntpacht erbietet, welche Einer oder Einige aus der Gemeinde offerirt haben, so soll der Gemeinde das

\*) Unterm 16. Juli 1695 wurden die frühern Zehnt-Verordnungen durch wörtlichen Abdruck landesf. erneuert und unter denselben auch die v. 10. Octbr. 1651, in deren 13ten und nicht, wie in obiger Declaration unrichtig angeführt ist, 14ten §. sich die Bestimmung findet, worüber Zweifel entstanden war.

\*\*) Das Rescript ist an fürstl. Justiz-Canzlei auf eine Anfrage wegen Interpretation der §§. 2, 3 und 4 der Zehnt-Ordnung, d. h. der Verordn. v. 10. Octbr. 1651, ergangen.

Näher- oder Vorrecht zur Pachtung, jedoch, damit dem Zehntherrn hierbei zu einiger Beschwerde kein Anlaß gegeben werden möge, solcher Gestalt gestattet werden, daß 1) die Gemeinde das verglichene Pachtgeld baar voraus bezahlen, oder 2) wenn der Zehnte für reines Korn verbunden wird, ratione der Bezahlung annehmliche Sicherheit stellen, und zu solchem Ende zwei Leute, die das Korn liefern, unter sich ausmachen, und 3) wenn der geringste Mangel daran erscheint, die Obrigkeit dem Zehntherrn zu dem Ausgelobten schleunig und ohne Entgelt beförderlich sein soll. Landesf. Verordn. v. 20. Juni 1747. (Br. Anz. v. 1747. Nro. 55.)

Wenn jemand an einem Orte, wo er den Zehnten hat, auch einen Hof besitzt und beides zugleich verpachtet, so soll die Gemeinde ihr Näherrecht nicht verlieren, sondern es geht die landesf. Declaration v. 20. Juni 1750\*) bloß auf die Klosterzehnten, so Pertinenzien der Klöster und mit selbigen in complexu verpachtet sind, maßen es dem Gemeinwesen nicht zuträglich ist, von Klöstern und deren seit saeculis habenden Pertinenzien auf Privaten und deren neuerliche Acquisitionen schließen zu lassen.

Was den modum anlangt, wie die Gemeinden zu computiren seien, ob nach den Höfen oder der Qualität des Acker? so besagen die Zehnt-Constitutionen, daß der Vorzug, welchen die Großen in den Gemeinden vor den Kleinen sich angemacht haben, nicht länger geduldet werden, sondern aller Interessenten Recht gleich sein solle. Es ist also die landesf. Absicht, daß dabei auf die Anzahl der Einwohner in der Gemeinde und nicht auf die Qualität des Acker gesehen werden solle. Jedoch versteht sich von selbst, daß diejenigen Mitglieder der Gemeinde, welche das Näherrecht exerciren wollen, solches gegen ihre Mitglieder nicht ausüben können, sondern mit dem Zehnten jeder auf seinem Lande sich begnügen müssen, es wäre denn, daß die übrigen Glieder der Gemeinde ihren Zehnten nicht behalten, der Zehntherr aber mit denselben nicht besonders accordiren wollte, gestalten solchen Falls die Gemeinde auch von solchem Acker den Zehnten anzunehmen schuldig ist. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 3. Mai 1757.\*\*)

Die zehntpflichtigen Pandleute und Gemeinden haben bei der Verpachtung der Zehnten ein Näherrecht vor einem Pächter, der an der Feldmark keinen Antheil hat, damit das auf dem Felde gewachsene Stroh von den Zehntpflichtigen in der Cultur des Acker, worauf es gewachsen, wiederum verwendet werden möge. Damit aber die Zehntpflichtigen den Zehntherrn mit der Erpachtung nicht zur Ungebühr und zu seinem Schaden aufhalten, so sollen sie vor dem 20. Juni eines jeden Jahrs über die Zehntpacht mit ihrem Herrn schlüssig, oder des Näherrechts für das Mal verlustig sein und die Zehntherrn ihren Zehnten an einen jeden Dritten, so gut sie können, zu verpachten freie Macht haben. Dahingegen aber soll auch der Zehntherr binnen 14 Tagen vor dem 20. Juni zur Pacht-Handlung vor dem Amte oder der Obrigkeit des Orts, wo der Zehnte liegt, terminum extrahiren, auf welchen die Zehntpflichtigen vorzufordern sind, und sollen die Pacht-Contracte alle Mal vor dem 20. Juni im Gerichte gemacht werden. Wenn alsdann die Zehntpflichtigen entweder gar nicht erscheinen, oder den oder die Abgeschickten nicht hinlänglich bevollmächtigt haben, so sollen sie im ersten Falle des Näherrechts für verlustig erklärt werden, auf den zweiten Fall aber die Gerichte und Obrigkeiten ex officio besorgen, was Rechtens ist. Landesf. Verordn. v. 17. Mai 1763. (Br. Anz. v. 1763. Nro. 45.)

Ueber die Frage: ob, wenn ein Theil eines zu verpachtenden Zehnten im hiesigen, ein Theil aber in

\*) Diese Declaration ist in einem Rescripte an fürstl. Justiz-Canzlei gegeben, worin bestimmt worden, daß, wenn ein Zehnte dem Pächter des Klosters mit den übrigen Pertinenzien zugleich und in complexu verstattet werde, die Gemeinde sich dagegen nicht zu sperren habe. S. Leiste's Repertorium p. 4.

\*\*) Dieses Rescript bezieht sich speciell auf das Näherrecht der Gemeinde Drütte an der Zehntpacht, indeß heißt es am Schlusse desselben, die Justiz-Canzlei solle sich in judicando hiernach achten und die Drüttesche Zehntsache nach obigen Bestimmungen reguliren.

in dem benachbarten territorio situiert, der Behtnherr genöthigt werden könne, eine Separation bei dessen Verpachtung vorzunehmen, oder ob es rathsam sei, in solchen Fällen die Gesetze zu suspendiren? darüber soll, wenn dergleichen casus vorkommen, jedes Mal angefragt werden. Landesfürstl. Rescript an fürstl. Hofgericht v. 1. Septbr. 1768.

Ein jeder Behtnherr in diesem Herzogthume hat die Freiheit und Macht, seinen Behtnen in eine sonderbare des Orts gebingte Scheuer oder auf seinen Sitz, Vorwerk oder Gewahrsam zu führen, oder einem andern Orts in der Nähe Geseffenen gegen eines Andern Behtnfuhr zu überlassen, oder auch denselbigen Behtnen den Markgenossen sämmtlich, oder einem oder etlichen ihres Mittels, wenn sie nach billigen möglichen Dingen, was derselbe ertragen kann, darum thun werden, auf ein, viele oder wenige Jahre, und nach Ausgang derselben einem Andern, außerhalb was für Behtnen bei etlichen fürstl. Häusern lange Zeit und über 30 Jahre, von Trinitatis 1586 zurückzurechnen, geführt worden und noch werden, nach seinem Gefallen zu verdingen; Andern aber außer solchen Markgenossen den Behtnen zu verdingen, ist nicht frei, es wäre denn solches vor 30 Jahren, von Trinitatis 1586 zurückzurechnen, anders hergebracht. Falls auch die Bauern der Behtnfuhr halber wider den Behtnherrn sich verbinden und dadurch ihm Eintrag zu thun sich unterstehen werden, so sind solche ernstlich zu bestrafen. Wie jedoch mittelst Landesfürstl. Constitution v. 20. Juni 1747 geordnet worden ist, daß bei solchem Vor- und Näherrechte zur Behtnpacht 1) die Gemeinde das verglichene Pachtgeld baar vorauszahlen, oder 2) wenn der Behtnte für reines Korn verdingen wird, ratione der Bezahlung annehmliche Sicherheit stellen, und 3) wenn an der Zahlung der geringste Mangel erscheint, die Obrigkeit dem Behtnherrn zu dem Ausgelobten schleunig und ohne Entgeld beförderlich sein solle, nicht weniger nach der Verordn. v. 17. Mai 1763 die Behtnspflichtigen vor dem 20. Juni eines jeden Jahrs auf gerichtliche Pachtanbahnung mit dem Behtnherrn, welcher dazu terminum zu extrahiren hat, schlüssig, sonst für das Mal des Näherrechts verlustig sein sollen, so hat es dabei fürerst sein Bewenden, und soll vorgeordneten landesf. Verordnungen so lange nachgegangen werden, bis sich demnächst zeigen wird, ob und was dieserhalb mit Nutzen geändert werden könne. Der gesammten Landschaft Privilegien und Befugnisse v. 9. April 1770. Art. 40.

Nach dem §. 17 des Landtags-Abschiedes v. 1597 und der Behtn-Constitution v. 10. Octbr. 1651 steht jedem Behtnherrn frei, seine Behtnen selbst für sich zu ziehen und in eine besondere des Orts gebingte Scheuer oder aber auf seinen Sitz, Vorwerk und Gewahrsam, es sei innerhalb oder außerhalb der Feldmark, fahren zu lassen oder auch mit einem andern in der Nähe Geseffenen gegen eine ebenmäßige Behtnfuhr auf ein oder mehrere Jahre zu permutiren, und es ist derselbe nur sodann, wenn dieses seine Gelegenheit nicht ist, verbunden, den Behtnen zuvörderst der Gemeinde, auf deren Feldmark das Korn gewachsen, gegen ein Billiges nach Beschaffenheit der Früchte an Korn und Geld zu verdingen, damit das Stroh in der Feldmark bleibe und in die Cultur des Landes verwendet werden könne. Nur in dem Falle, wenn der Gemeinde den Behtnen zu dingen nicht beliebt oder dieselbe den gebührenden Werth dafür zu geben nicht gemeint, ist dem Behtnherrn frei gelassen, den Behtnen auch an Andere außerhalb der Feldmark zu verdingen.

Damit auch weder der Behtnherr die armen Bauern in der Verdingung übersehen möge, noch auch demselben an der Freiheit, mit dem Behtnen auf obberührte Maße seines Gefallens zu verfahren, per indirectum allzu nahe getreten werde, so liegt den Beamten und Gerichtsherrn ob, fleißig darauf zu sehen und die Billigkeit darunter, etwa durch unverdächtige Wardiersleute aus andern Gemeinden, zu verordnen, ohne jedoch sich eines Anspruchs und einer Definition über das Quantum des Behtnverdings anzumaßen und den Bauern Beifall zu geben.

Das den Behtnspflichtigen vor einem Fremden gebührende Näherrecht ist inzwischen durch das höchste Rescript vom 31. Juli 1741 dahin extendirt worden, daß sie, wenn sie nur zur rechten Zeit und ehe

gemähet wird, sich melden, in den mit einem extraneo bereits getroffenen Verding, ohne ein Mehreres zu bieten nöthig zu haben, treten können. Und da sich nochmals befunden, daß sowohl einer Seits pachtlustige Competenten, wenn sie am Ende den Gemeinden, so sich des Näherrechts bedienen wollen, nachsehen, und daher, daß sie sich vergebliche Mühe gemacht, besorgen müssen, in eine Pacht-handlung sich einzulassen abgehalten werden, als auch anderer Seits die Zehntpflichtigen, da ihnen noch alle Mal frei bleibt, in das Gebot eines Dritten zu treten, wenn sie nur zur rechten Zeit und ehe gemähet wird, sich melden, sich selten eher als kurz vor Jacobi, da die Abbringung der Früchte bereits bevorsteht und der Zehntherr, dessen Gelegenheit nicht ist, den Zehnten selbst zu ziehen, mit einem Dritten zu handeln keine Zeit mehr übrig hat, um den Verding bewerben oder auch die Handlung bis dahin in die Länge ziehen und solcher Gestalt den Zehntherrn gleichsam zwingen, dasjenige, was sie nur bieten wollen, so gering es auch sein mag, anzunehmen, ob sie schon, da sie das Fuhrlohn und den Zehntmahler dabei ersparen, leicht ein Mehreres als Fremde geben könnten, so ist, um solchem Mißbrauche des Näherrechts zu begegnen, durch die Berordn. v. 17. Mai 1763 den Zehntherrn zum Besten anderweit verordnet, daß die Zehntpflichtigen vor dem 20. Juni jeden Jahrs über die Zehntpacht mit ihrem Dienstherrn schlüssig oder für das Mal ihres Näherrechts verlustig sein und die Zehntherrn ihren Zehnten an einen Dritten zu verpachten freie Macht haben sollen, wobei zugleich, damit die Zehntpflichtigen mit ihren Zehntherrn zur rechten Zeit schlüssig und die Pacht-Contracte vor dem 20. Juni zu Stande gebracht werden können, letztern aufgegeben worden, bei der Obrigkeit des Orts 14 Tage vorher einen Termin, wozu die Gemeinden vorzufordern, zu extrahiren.

Da aber gegen den Sinn und wider die Absicht vorgedachter Verordnung dieses dahin verstanden und erstreckt werden wollen, daß dem Zehntherrn, wenn er selbst einen Termin zur öffentlichen Verpachtung des Zehnten einmal ausgebracht, und dadurch, daß es für das Mal seine Gelegenheit nicht sei, den Zehnten selbst zu ziehen, zu erkennen gegeben, nunmehr von der erwähnten und beliebten Verpachtung abzugehen in termino nicht mehr gestattet werden möge, derselbe auch, wenn er nicht nach der Verordnung 14 Tage vor dem 20. Juni, sondern nachher erst terminum extrahirt, sich gefallen lassen müsse, daß sodann das Pachtgeld von der fürstl. Amts- und Gerichts-Obrigkeit billigmäßig bestimmt werde, nicht weniger auch überhaupt sich auf die Erfahrung berufen werden wollen, daß die in oberväthener letztern Berordn. v. 17. Mai 1763 enthaltene Vorschrift, vermöge welcher mit den Zehntpflichtigen vor dem 20. Juni jeden Jahrs die Pacht-handlung zum Schluß gebracht werden soll, den Zehntpflichtigen eben sowohl, als den Zehntherrn nachtheilig sei, indem das Sommer-Getreide in der ersten Halbschied des Monats Juni in seinem Wachstume noch viel zu weit zurück sei, und daher dessen Ertrag auf keine Weise mit irgend einer Zuverlässigkeit zu bestimmen stehe: so ist sothane Verordnung der Gestalt declarirt, daß von dem Zehntherrn künftig *salva anticipatione* bis auf Johannis jeden Jahrs bei der Obrigkeit des Orts einen Termin zur Pacht-handlung, wozu die Gemeinden vorzufordern, zu extrahiren Anstand genommen werden möge, dieser aber sodann noch vor der Mitte des Juli von der Obrigkeit des Orts angesagt werden solle. Wosern nun in diesem Termine die Gemeinden mit ihren Zehntherrn nicht schlüssig werden möchten, so sollen sie für dieses Mal ihres Zehntpacht-Rechts verlustig sein, und den Zehntherrn, ob sie gleich durch Ausbietung des Zehnten, daß sie für das Mal, wenn das Gebot annehmlich sein würde, selbigen für sich zu ziehen nicht gemeint, zu erkennen gegeben, gleichwohl noch immer frei bleiben, wenn das Gebot nicht annehmlich, von der Verpachtung wieder abzugehen und ihre Zehnten selbst zu ziehen, es wäre denn, daß nach dem Verpachtungs-Termine, wenn in demselben keine andere Pachtlustige, so mehr, als die Gemeinde, geboten, sich angefundem, erst noch ein Dritter sich finden sollte, der mehr, als die Gemeinde geboten, geben wollte, als in welchem Falle den Gemeinden das ihnen zustehende Näherrecht, welches sie in dem Verpachtungs-Termine, da sich kein Dritter eingefunden, nicht exerciren können, billig offen bleibt. Sollte aber auch nach dem Verpachtungs-Termine sich kein solcher Dritter anfinden, der Zehntherr auch den

Zehnten für sich selbst zu ziehen keine Lust haben, und es daher nur darauf, daß ein Gewisses zwischen dem Zehntherrn und den Zehntpflichtigen bestimmt werde, ankommen, so sollen den obervähnten Landesgesetzen gemäß die Obrigkeiten nach wie vor darauf, daß keinem Theile bei der Pacht zu nahe geschehe, sehen, und die Billigkeit, etwa durch unverdächtige Wardiersleute aus andern Gemeinden, verordnen und ein adäquates locarium herausbringen. Die entstehenden Streitigkeiten sollen hiernach lediglich entschieden werden. Landesf. Verordn. v. 1. Septbr. 1777.

Wegen des eigentlichen Sinnes der Disposition des 17. Artikels des Landtags-Abschiedes von 1597 haben sich Irrungen ereignet und man hat besonders zweifelhaft machen wollen: ob bei Haupt-Verpachtungen der fürstl. Amts-Haushaltungen sowohl, als anderer Stiffts-, Kloster-, ablicher und anderer Güter und Höfe die dazu gehörigen Zehnten mit hineingezogen und den Hauptpächtern in Eins mit verpachtet werden mögen, oder ob letztere als extranei, vor welchen das Näherrecht den Markgenossen des Orts, wo der Zehnten gewachsen, zustehet, zu betrachten und dafür zu halten wären? Wie aber zur Zeit des erwähnten Landtags-Abschiedes dergleichen Haupt-Verpachtungen in complexu noch nicht existirt haben, folglich auch damals darauf nicht hat gedacht werden können, und denn klar und deutlich genug ist, daß, so wie den Zehntherrn, wenn sie ihre Güter selbst administrieren, die auswärtigen Zehnten auf ihre Säge, Vorwerke und in ihren Verwahrsam zu führen frei steht und solches den Gütern selbst und nicht den Besitzern derselben für ihre Person allein zum Nutzen und Guten gereichen soll, also auch den Hauptpächtern derselben in Ansehung aller zu den Gütern gehörenden Zehnten solches unverwehrt bleiben müsse und diese daher andern extraneis keinesweges gleich zu achten seien, so wird verordnet, daß, wenn den Pächtern der fürstl. Amts-Haushaltungen sowohl, als der Stiffts-, Kloster-, ablicher und anderer Güter und Höfe, die dazu gehörigen obgleich auswärtig belegenen Zehnten in Eins mit verpachtet werden, den zehntpflichtigen Gemeinden das ihnen sonst in gewissen Fällen zustehende Näherrecht der Sachen Natur und Eigenschaft nach nicht zu Statten kommen soll, noch dieselben befugt sein mögen, zu verlangen, daß ihnen vorzüglich die Pacht von dergleichen Zehnten überlassen werde. Landesf. Verordn. v. 27. Juli 1780. (Br. Anz. v. 1780. Nro. 65.)

Auf ein Gesuch des Collegiat-Stiffts ad Sct. Crucem in Hildesheim, daß die Zehnt-Verordnungen dahin declarirt werden möchten, daß es den Zehntherrn, Falls sie ihren Zehnten selbst ziehen wollen, unbenommen sei, denselben auch in eine auf einer andern Feldmark gemiethete Scheuer zu bringen, ist resolvirt worden, daß, da 1) in dem L. A. von 1597. §. 17 dem Zehntherrn ausdrücklich vergönnt ist, seinen Zehnten in eine sonderbare, allda gebingte Scheuer oder aber auf seinen Säge, Vorwerk oder Gerechtsame zu führen, mithin hieraus keinesweges gefolgert werden kann, daß ihm verboten sei, den Zehnten in seine eigene im Dorfe belegene Scheuer zu ziehen, das Wort allda aber völlig überflüssig sein würde, wenn dem Zehntherrn gestattet sein sollte, in einem nahe belegenen Dorfe eine Scheuer zu mietzen und seinen Zehnten dahin zu führen, hiernächst auch 2) unter dem Worte Verwahrsam nicht eine an einem andern Orte gemiethete Scheuer zu verstehen ist, inmaßen das in dem L. A. von 1597. §. 17 gebrauchte Wort allda sodann nicht nur unnütz und widersprechend sein würde, sondern auch in eben diesem §. die Fälle, in welchen dem Zehntherrn erlaubt sein soll, den Zehnten von der Feldmark zu führen, deutlich bestimmt sind und da die Worte »Säge, Vorwerk« keinen gemietheten Säge, Vorwerk bedeuten können, auch das damit zusammengestellte Wort Verwahrsam eine außerhalb des Dorfes gemiethete Scheuer nicht anzeigen kann, zumal in eben diesem L. A. ausdrücklich einer sonderbaren, allda gebingten Scheuer erwähnt und solche dem Säge, Vorwerke oder Verwahrsame des Zehntherrn entgegen gesetzt ist, folglich unter dem Ausdrücke Verwahrsam ein anderer, dem Zehntherrn eigenthümlich zugehöriger, von seinem Säge oder Vorwerke unterschiedener Ort zu verstehen ist, wie solches auch die in der Zehnt-Ordnung v. 10. Octbr. 1651. Art. 2. enthaltenen Worte deutlich beweisen, und daher der Zehntherr nur in solchen

seinen eigenen Gewahrsam, wohin er will, in und außerhalb der Feldmark den Zehnten führen mag, dem obgedachten Gesuche um Declaration der Zehnt-Ordnung, da solche sowohl dem Buchstaben als dem Sinne derselben zuwider ist, nicht zu deferiren siehe. Landessf. Resolut. v. 27. Decbr. 1781.

Nach deutlicher Vorschrift der höchsten Verordnungen v. 17. Mai 1763 und 1. Septbr. 1777 werden die zehntpflichtigen Gemeinden nur alsdann ihres Näherrechts an der Zehntpacht verlustig, wenn der Zehntherr einen Termin zur Verpachtung bei der Obrigkeit des Orts ausgebracht und die Zehntpflichtigen darüber mit jenem nicht schlüssig werden können, insbesondere fest auch die Verordn. v. 17. Mai 1763 fest, daß die Pacht-Contracte alle Mal im Gerichte gemacht werden sollen, folglich ein Zehntherr und dessen Pächter aus einer gesetzwidrig vorgenommenen außergerichtlichen Pacht-handlung wider die Zehntpflichtigen so wenig ein Recht erlangen, als die Zehntpflichtigen durch ihre Gegenwart und Vicitation in einem außergerichtlich angelegten Termine das ihnen zustehende Näherrecht, wenn sie nicht desselben ausdrücklich entsagt, verlieren können. Rescript der fürstl. Justiz-Canzlei v. 30. April 1783. \*)

Da die in den landessf. Verordn. v. 17. Mai 1763 und 1. Septbr. 1777 gebrauchten Ausdrücke: daß die Zehntpflichtigen vor dem 20. Juni eines jeden Jahrs über die Zehntpacht mit ihren Zehntherrn schlüssig, oder des Näherrechts an derselben für das Mal verlustig sein, und die Zehntherrn ihren Zehnten an einen Dritten, so gut sie können, zu verpachten freie Macht haben sollen; ferner, daß von dem Zehntherrn künftig *salva anticipatione* bis auf Johannis jeden Jahrs bei der Obrigkeit des Orts ein Termin zur Pacht-handlung, wozu die Gemeinden vorzufordern, zu extrahiren Anstand genommen werden möge, dieser aber sodann noch vor der Mitte des Juli von der Obrigkeit des Orts angelegt werden solle, die Gemeinden aber, welche in diesem Termine mit ihren Zehntherrn nicht schlüssig werden möchten, für das Mal ihres Zehnt-Pachtrechts verlustig sein sollten, von einigen Gemeinden dahin erklärt werden wollen, als ob die Zehntherrn nur die Erlaubniß hätten, den Zehnten alle Mal nur auf ein und nicht gleich auf mehrere Jahre zur Pacht auszubieten, dieses aber dem Sinne und der Absicht dieser Verordnungen gänzlich zuwider ist, und hierdurch die Rechte der Zehntherrn geschmälert werden würden, so sind obgedachte beide Verordnungen dahin declarirt, daß die in denselben vorkommenden Worte »jeden Jahrs« bloß von solchen Zehnten zu verstehen sein sollen, welche die Zehntherrn nach ihrem Gutbefinden alle Jahr zu verpachten gesonnen sind, inmaßen dabei keinesweges die Absicht gewesen, die den Zehntherrn nach den ältern Zehnt-Verordnungen zustehende Befugniß, ihre Zehnten noch auf mehrere Jahre zu verpachten, einzuschränken. Es haben daher die Zehntpflichtigen, wenn sie bei Verpachtung der Zehnten von dem ihnen zustehenden Näherrechte Gebrauch machen wollen, sich zu eben so vielen Pachtjahren, als wozu sich ein Dritter erbietet, zu gestehen. Die sämtlichen Obrigkeiten sollen die dieserhalb entstehenden Streitigkeiten hiernach entscheiden. Landessf. Declaration der angeführten Zehnt-Verordnungen v. 11. Juni 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 48.)

### Zehnten, Ziehen desselben.

Es soll niemand hinfüro sein Korn an einzelnen oder mehreren Garben aus dem Felde abführen oder abtragen, ehe und bevor der verordnete Zehntmahler den Zehnten daraus gemahlt, bei Strafe von 10 fl. und dem Zehntherrn seinen Schaden vorbehältlich. Wenn aber der Zehnte ausgemahlt ist, obschon derselbe noch nicht abgeführt, so mag ein Jeder sein Korn nach seiner guten Gelegenheit hinwegbringen, wie er will. Allgem. Land. Ordn. Art. 48.

Wenn der Zehntmahler (so an jedem Orte dem Herkommen nach jährlich beedigt, bestellt und belohnt

\*) Das Rescript ist als Postscript an fürstl. Residenz-Amt bei Gelegenheit der von der Gemeinde ~~Balkhof~~ wegen des Zehnten in der Ernste 1782 erregten Unruhen ergangen.

werden soll) die Zehnt-Ausmahlung nicht bei Zeiten verrichtet, und dadurch dem Ackermann Schaden entstehen würde, so soll er selbigen Schaden gelten, und dazu 1 Fl. Strafe erlegen. Ebendas. Art. 49.

Wer die ausgemahlte Zehnt-Stiege, oder Garben, es sei an Korn, Flachs oder andern zehnbaren Früchten, austauscht, wegstiehlt, oder untüchtige wie auch kleinere oder geringere Garben an den Ort des Ackers, da der Zehnte vermuthlich fallen möchte, macht, der soll 10 Fl. Strafe geben, und der Zehnmahler nichts desto weniger andere tüchtige Garben von dem übrigen Getreide zu nehmen berechtigt sein. Ebendas. Art. 50.

Würde ein Zehntner eine oder mehrere Stiegen umstoßen, etliche Garben daraus wegnehmen und die Stiege nicht wieder aufrichten oder zurecht legen, so soll er 1 Fl. Strafe erlegen. Ebendas. Art. 51.

In den hiesigen Landen sollen keine andere Stiegen oder Haufen, als von zehn oder zwanzig Garben durchgehends auf den zehntpflichtigen Aeckern gemacht und gesetzt, die Setzung der sogenannten Endelstiegen, Kinder und freien Hocken aber bei 10 Reichsthaler Strafe, so oft jemand darüber betreten wird, überall gänzlich verboten und abgeschafft sein. Dafern aber nach ordentlicher und richtiger Setzung der Stiegen sich dennoch begäbe, daß ohne geßfentliche Vorsehlichkeit zu Ende des Ackers einige einzelne Garben überbleiben, und deren über fünf sein würden, alsdann soll dem Zehntherrn davon eine Garbe anstatt des Zehnten gegeben, wenn aber nur fünf Garben oder darunter sein würden, nichts davon genommen werden. Würde nun der Eine oder Andere wider diese wohlbedachtliche Verordnung sich gelüsten lassen, einige Haufen von mehr als zehn und zwanzig Garben zu setzen, oder auch an den Enden der Aecker unvollkommene Endelstiegen und Hocken vorsehlich und außer unumgänglicher Noth zu machen, so soll vorbehältlich obangedeuter Strafe der Zehntherr freie Macht und Gewalt haben, solche ungerechte Haufen für sich selbst hinweg- und zu sich zu nehmen, wobei denn denselben jedes Orts Obrigkeit zu manutuniren und zu schützen, auch die Uebertreter dieses Edicts obgesetztermaßen zu bestrafen schuldig und gehalten sein soll. Landesf. Verordn. v. 16. Juli 1695.

Wegen der Abzehntung ist folgendes verordnet:

1) Es soll kein Zehntpflichtiger sich unterstehen, von zehnbarem Lande sein Korn, ehe solches abgezehntet, wegzufahren, gestalt es denn bei der gegen die Contravenienten in der Landes-Ordnung bestimmten Strafe nochmals sein Bewenden hat.

2) Damit aber auch die Zehntherrn die Abzehntung zu der Zehntpflichtigen Nachtheil nicht differiren mögen, so sollen diese, wenn auf einer zehnbaren Feldmark das gesammte Winterkorn einerlei Art abgebracht und in Stiegen gesetzt, solches dem Zehntherrn oder dessen Bevollmächtigten anmelden, und um Absehung des Zehnten ansuchen, welcher denn auch folgenden Tages selbige zu veranstellen hat; dafern solches nicht geschieht, haben die Zehntpflichtigen ihr Suchen nochmals zu wiederholen und, daß des nächsten Tages die Abzehntung unfehlbar geschehen möge, anzuhalten, auch darauf selbigen Tages bis Mittag zu warten. Im Falle aber auch alsdann die Absehung des Zehnten abermals verschoben würde, mögen die Zehntleute den Zehnten selbst aussetzen, und ihr Korn ohne ferneres Anmelden einführen.

3) Auf gleiche Weise ist es mit dem Sommerkorn zu halten, daß, wenn eine Art, oder species desselben, als Gerste oder Hafer u., in Stiegen gebracht, und die Zehntleute solches zum zweiten Male angemeldet, der Zehntherr aber die Abzehntung verzögert, jenen frei stehen soll, ihr Korn mit Hinterlassung des Zehnten zur Scheuer zu bringen.

4) Wenn aber nach geschעהener Ansage zur Abzehntung Regenwetter einfallen und die Früchte der Gestalt naß werden sollten, daß sie nothwendig wieder austrocknen müssen, so soll der Zehntherr an die geschehene Anmeldung nicht gebunden, noch die Zehntleute alsdann solche eigenmächtig abzuzehnten befugt, sondern vielmehr dieselben, wenn die Früchte wieder ausgetrocknet, es nochmals anzufagen schuldig sein,



wiewohl bei sich ereignendem veränderlichen Wetter oder andern bewegenden Umständen der Zehnherr auch der Billigkeit Statt zu geben, und die Zehntpflichtigen nicht zur Ungebühr aufzuhalten und zum gänzlichen Verderbe der Früchte Anlaß zu geben hat.

5) Diejenigen Feldfrüchte, welche den Regen nicht vertragen können, als Erbsen, Linsen, Wicken und dergleichen, soll der Zehnherr innerhalb 8 Stunden nach der Ansage abzehnten lassen, gestalt widrigen Falls den Zehntleuten solche mit Hinterlassung des Zehnten einzuführen zugelassen wird.

6) Sollte auch der eine oder andere Zehntpflichtige zum Brodkorn etwas nöthig haben, und die einzelne Abzehntung verlangen, so hat der Zehnherr auch desfalls sich willig zu erweisen; jedoch ist sodann jener schuldig, den Zehnten in des Zehntherrn Scheuer zu liefern.

7) Und wie letzters den Zehntherrn frei bleibt, auf den ihren Häusern nahe belegenen Feldmarken die Abzehntung nach ihrem Gefallen auch einzeln verrichten zu lassen, also haben übrigen sowohl sie, als die Zehntleute sich nach Obigem zu achten. Landesf. Verordn. v. 17. Juni 1715.

Die Verordn. v. 17. Juni 1715 ist auch von dem Schlep- oder Schleif-Zehnten zu verstehen. Landesf. Rescript an fürstl. Justiz-Canzlei v. 24. Januar 1750.

Der zweite und dritte Artikel der unterm 17. Juni 1715 wegen Abzehntens ergangenen Verordnung wird folgender Gestalt erklärt und zum Theil aufgehoben:

1) Da von dem Zehnherrn ohne dessen äußerste Beschwerde nicht verlangt werden mag, sobald ein Zehntpflichtiger sein Korn auf den einzelnen umher liegenden Stücken abgebracht hat, solches abzehnten zu lassen, so soll es auf den Feldmarken, welche durch die General-Feldvermessungs-Commission noch nicht vermessen und ausgetheilt worden sind, bei der Verordnung, daß das gesammte Korn einerlei Art zugleich abgebracht und in Stiegen gesetzt sein müsse, so lange sein Bewenden haben, bis sothane Feldmarken vermessen und vertheilt sein werden, es wäre denn, daß an dem einen oder andern Orte das einzelne Abzehnten hergebracht wäre, welchen Falls es ferner dabei gelassen wird.

2) Sobald hingegen die Aecker einer Feldmark vermessen und vertheilt sein werden, und also auch auf allen bis anhero schon vermessenen und vertheilten Feldmarken, wird das einzelne Abzehnten der Gestalt nachgelassen, daß nicht die Abbringung eines ganzen Feldes zu erwarten ist, sondern wenn nur in einer Wanne einerlei Art Korn abgebracht und in Stiegen gesetzt worden ist, so haben die Zehntpflichtigen solches dem Zehnherrn oder dessen Bevollmächtigten anzumelden, und ist derselbe gehalten, solchen Falls das Abzehnten alsdann zu veranstalten.

3) Damit auch die fleißigen Hauswirthe durch den Unfleiß eines oder mehrerer Nachbarn nicht in Schaden gesetzt werden, so soll, wenn auch nur zwei Drittheile einer Art Korn in einer oder mehreren Wannen in Stiegen gesetzt sind, der Zehnherr auf der Interessenten Anmelden das Abzehnten verrichten lassen; diejenigen aber, welche später fertig werden, sollen, wenn solches aus Nachlässigkeit geschieht, deshalb bestraft werden und überdem alle Mal, es mag ihre Nachlässigkeit erweislich sein oder nicht, solchen Falls gehalten sein, den Zehnten in die Zehnt-Scheuer zu bringen.

4) Wenn die Zehntpflichtigen den Zehnherrn oder dessen Bevollmächtigten um Absehung des Zehnten ersucht haben, so soll demselben bei dem Rothen der ganze nächstfolgende Tag zum Abzehnten eingeräumt und gestattet sein, den Weizen, Gerste und Hafer aber muß er höchstens binnen 24 Stunden nach der geschehenen Ansage abzehnten lassen. Geschieht dieses nicht, so sind die Zehntpflichtigen nicht schuldig, es zum zweiten Male zu melden, sondern es steht ihnen frei, nach Ablauf ermeldeter Zeit, wenn nämlich bei dem Rothen der Tag, an welchem es gemeldet, und der auf solchen folgende ganze Tag verfloßen sind, bei dem Weizen, der Gerste und dem Hafer aber nach Verlauf von höchstens 24 Stunden, den Zehnten selbst auszusethen und ihr Korn einzuführen, es wäre denn, daß nach geschehener Ansage zum Abzehnten Regenwetter einfiel, welchen Falls es nach Vorschrift des Art. 4 obgedachter Verordnung zu halten, und



dem Zehntherrn, wenn die Früchte wieder ausgetrocknet sind, solches abermals zu melden und obgemeldete Zeit wieder abzuwarten ist. Auch wird es in Ansehung der übrigen in obgemeldeter Verordnung enthaltenen Punkte, daß nämlich kein Zehntpflichtiger sich unterstehen solle, sein Korn vom zehntbaren Lande wegzufahren, ehe solches abgezehntet worden, es wäre denn, daß der Zehntherr das Abzehnten über die Gebühr verzögert hätte, imgleichen bei dem 4. Art. a verbis: wiewohl bei sich ereignendem veränderlichen Wetter u., nicht weniger bei dem 5. und 6. Artikel derselben (welche auszugsweise wiederholt) bei solcher Verordnung lediglich gelassen, und ist solche hierdurch erneuert. Landesf. Verordn. v. 14. Decbr. 1754.

Es soll bei der Verordn. v. 14. Decbr. 1754, wonach diejenigen, welche sich bei Abbringung der Zehntfrüchte verspäten, den Zehnten in die Zehntscheuer fahren sollen, sein Bewenden haben und dabei auf den Umstand, ob die Nachlässigkeit erweislich sei oder nicht, nicht geachtet werden. Landesf. Rescript v. 30. März 1770.

S. auch: Streuzehnten im Amte Rhedinghausen — Brachzehnten — Futterkräuter, Anbau derselben.

### Zehnten vom Taback.

Da der Tabacksbau bisher etwas Ungewöhnliches gewesen und erst seit einigen Jahren zu betreiben angefangen worden, ob utilitatem publicam aber, weil durch dessen Anbau die großen Geldsummen, die dafür sonst außer Landes gehen, gemindert werden, befördert zu werden verdient, und dieses nicht geschehen kann, wenn der Anpflanzer desselben bei seinen aufzuwendenden großen Kosten und dem wirklich mißlichen Erfolge dem Zehntherrn einen so großen Profit geben und dagegen den Schaden allein tragen soll, und dazu noch kommt, daß der Taback in die Brache gepflanzt wird und das Land das nächste Jahr nicht nur Rocken, sondern wohl gar Weizen trägt, weil es durch den Taback nicht ausgefogen, vielmehr durch das nöthige starke Düngen sehr locker und fruchtbar wird, so mag daher der Zehnte von den mit Taback bepflanzten Feldern in natura nicht verlangt werden, sondern der Zehntherr muß mit 12 Ggr. pro Morgen, als das höchste, worauf der Zehnte von einem Morgen durch die Bank in allen drei Feldern auszubringen ist, zufrieden sein. Landesf. Rescr. an das fürstl. Amt Morthof v. 14. Septbr. 1778. \*)

### Zehntpflichtiger, Remission desselben.

S. Meierzins, Entrichtung und Erlaß desselben; insbesondere Verordn. v. 22. Juni 1747.

### Zehnt- und Scheffelschag.

Von einem jeden Morgen, wovon Zehnten gezogen wird, soll im Winter- oder Sommerfelde der Guts- oder Zehntherr vier Pfennige geben, das Brachfeld aber frei bleiben. Landtags-Abschied v. 14. Januar 1615. Art. 10. \*\*)

Von allem zehntbaren Acker (der zu den Pfarren gehörige allein ausgenommen) soll der dritte Theil anstatt der Brache frei gelassen, von den andern zwei Dritttheilen aber die Zehntschagung, als von jedem Morgen vier gute Pfennige, bezahlt werden. Die Zehntherren, welche ihre Zehnten selbst führen, sollen auch den Zehntschag selbst erlegen, außerdem aber die Zehntführer dafür verantwortlich sein und die Schagung ihren Zehntherren wieder abziehen. Der Zehntschag soll, mit Ausnahme der zehntfreien Pfarräcker, von allen, auch den bisher befreieten Aekern bezahlt werden. Schag-Ordn. v. 23. Juni 1619. s. r. Zehntschag.

\*) Dieses landesf. Rescript ist auf die Beschwerde des Gastwirths Stäfen vor Braunschweig wider den Verwalter Langenstraßen zu großen Stöckheim, der den gepächteren Zehnten entweder in natura oder 5 Thlr. für den Acker von jenem forderte, ergangen.

\*\*) Bis dahin war der Zehntschag mit dem Hufen- und Scheffelschage verbunden gewesen; s. Scheffelschag.

Wegen des Zehnt- und Scheffelschazes hat es bei dem in der Schaz-Ordnung auf Simonis und Juda gesetzten Termine \*) sein Verbleiben, und es soll nach 14tägiger Frist wider die Restanten mit der Execution verfahren werden. Landesf. Declar. v. 10. Octbr. 1682. \*\*)

Da sich noch viele vom Zehntschaze erimiren, obgleich nach der Zehnt-Ordnung v. 1619 davon kein anderer als der Pfarrzehnten befreiet sein soll, so soll ein Jeder, welcher Zehnten hat, solche Schazung unweigerlich entrichten oder Execution darauf gewärtigen. Auch sollen die Forensen und diejenigen Einheimischen, welche seit der im Jahre 1619 publicirten Schaz-Ordnung von Forensen Güter an sich gebracht haben, vermöge solcher Ordnung den Scheffelschaz davon entrichten. Landesf. Edict v. 21. April 1687. \*\*\*)

Auf des Land-Rentmeisters oder jemandes der Schaz-Einnehmer geziemendes Anmelden und Ansuchen soll derjenige Kornzehnten, wovon der Zehntschaz restirt, oder das desfalls verbundene Korn oder Geld mit wirklichem Arrest beschlagen werden, bis die Eigenthumsherren solcher Zehnten, so sich bisher erimirt, des Zehntschazes halber mit der Landrenterei-Casse sowohl ratione praeteriti, als künftighin des jedesmaligen currentis halber Richtigkeit getroffen haben werden. Landesf. Verordn. v. 12. Juli 1688.

Die Forensen und alle diejenigen, so einige Zehnten und Geldzinsen in hiesigem Fürstenthume und Landen besitzen, sonst aber für sich außerhalb angefessen oder wohnhaft sind, sollen von dem Zehnten auf jeglichen Scheffel Braunschweigische Maasse zehn Mariengroschen, von den Geldzinsen aber den vierten Pfennig, und zwar auf Simonis und Juda, an die fürstl. Schaz-Einnehmer unweigerlich und ungesäumt bei Vermeidung unfehlbarer Execution und nach Befinden anderer schwerer Verordnung entrichten. Die Obrigkeiten sollen den Schaz-Einnehmern auf deren jedesmaliges Anmelden gegen die Säumigen und Halsstarrigen die hülffliche Hand mit gehörigem Nachdruck bieten und diese zu ihrer Schuldigkeit ohne einiges Ansehen anhalten. Landesf. Verordn. v. 19. Decbr. 1695.

Alle In- und Ausländer, welche Zehnten in hiesigen Landen haben und besitzen, sollen den gewöhnlichen Zehntschaz jedes Mal zu gehöriger Zeit an die Landrenterei-Casse unweigerlich entrichten, gestalt denn auf den widrigen Fall die jedesmaligen Zehntführer und Pächter durch diese Verordnung befehligt sind, ehe und bevor ihnen glaubwürdige Scheine, daß alle liquiden Retardaten, wie auch das currens an Zehntschaz von den Zehntherrn oder Zehnt-Genießenden vollkommen abgeführt und berichtet, vorgelegt werden, von dem, was sie an Geld oder Korn von dem Zehnten verbungenermaßen schuldig sind, an dieselben nicht das Geringste abzugeben, oder im Gegentheil gewärtig zu sein, daß dasjenige, was von jeglichem Zehnten an die fürstl. Landrenterei-Casse restirt, oder für das Mal zum Current abzuführen sein möchte, von ihnen, den Zehntführern, alle Mal unfehlbar und ohne einiges Nachsehen gedoppelt eingetrieben werden solle. Die Obrigkeiten sollen hierüber mit Nachdruck halten, und den Land-Renterei-Bedienten auf deren Ansuchen jedes Mal mit schleuniger Rechtshülfe an Hand gehen. Landesf. Verordn. v. 6. Juli 1696.

Von

\*) In der Schaz-Ordnung v. 1619 ist der Zahlungs-Termin für den Hufen- und Zehntschaz auf Bartholomäi und nur für den Scheffelschaz auf die Woche nach Simonis und Juda gesetzt.

\*\*) Die Declaration und Verordnung enthält Bestimmungen, wie es mit Beitreibung der Landrentei-Eintraden gehalten werden sollte; s. Schaz- und Landrentei-Gefälle.

\*\*\*) Der Inhalt dieses Edicts ist eine Wiederholung einer unterm 29. Octbr. 1691 an die Rentschreiber in allen vier Districten ergangenen landesf. Verordnung, welche auf den Antrag der zum engern Ausschusse und zu Schazsachen verordneten Stände in Form eines Edicts erneuert und gedruckt wurde, weil jene Verordnung durch den Druck nicht publicirt war.

Von jedem zehnbaren Acker soll nach seiner Morgenzahl von 2 Dritttheilen der Zehntschaz à Morgen 4 Pf. entrichtet werden, und unter dem Vorwande, daß derselbe von auswärtigen Herrschaften lehnrührig, niemand sich davon zu erimiren befugt, der dritte Theil des Ackers aber statt der Brache frei gelassen sein. Von solcher Schazung aber sind befreit die zu fürstl. Aemtern, auch denen von der Ritterschaft, item den Stiftern und Klöstern, \*) worunter auch die Hospital- und Armen-Häuser mit zu verstehen, imgleichen die zu der einen und andern Pfarre gehörigen Zehnten. Gleichwie aber, wenn von dergleichen freien Zehnten der eine oder andere veräußert wird, derselbe, unangesehen wer der Acquirent, dennoch von solchem onere des Zehntschazes frei bleibt, also mag hingegen, wenn von den Prälaten oder der Ritterschaft und andern, so obgedachtermaßen vom Zehntschaze befreit, jemand einen Zehnten, wovon vorhin der Zehntschaz gekommen, an sich bringt, solches denselben von diesem onere keinesweges befreien, sondern es muß nichts desto weniger der Zehntschaz davon erfolgen. Gestalt denn auch dasjenige, was wegen der Freiheit der Pfarr-Aecker von dem Zehntschaze vorhin disponirt, weiter nicht als von denjenigen, so anfänglich zu der Pfarre gehört zu verstehen. Diejenigen aber, so von jemandem nachhin an die Pfarre legirt, geschenkt oder sonst acquirirt worden, bleiben nichts desto weniger unter solchem onere und muß von selbigen der Zehntschaz nach wie vor abgeführt werden. Die Zehntherrn, welche ihre Zehnten selbst führen, sollen die Zehntschazung auch selbst erlegen, wegen anderer Zehnten aber die Zehntführer dazu antworten, und solche Schazungen ihren Zehntherrn wieder abziehen. Als auch sonst an allen Orten viel zehntfreier Acker, so soll solches hierbei in keine Consideration kommen, sondern auch von diesem der Zehntschaz, doch daß der dritte Morgen anstatt der Brache frei bleibe, gegeben und unnachlässig gefordert werden. Schaz-Ordn. v. 10. Juli 1719. sub rubr. Zehntschaz.

Der Zehnt-, item der Scheffelschaz soll auf Galli entrichtet werden. Ebendas. s. v. Weilen schließlich u.

Die Zehntführer sollen den Zehnt- und Scheffelschaz zu gehöriger Zeit bei Vermeidung unausbleiblicher Execution abtragen, auch ihren Zehntherrn solchen kürzen und abziehen, (inmaßen die Unordnung, daß die Zehntherrn bei Verhandlung der Zehnten solchen abzutragen sich vorbehalten, gänzlich nicht gelitten werden soll, nach Inhalt der Schaz-Ordnung) auch bei der Bezahlung alljährlich den Verding-schein wegen derjenigen, so neben dem Zehntschaze zugleich Scheffelschaz zu entrichten haben, in originali produciren. Landesf. Verordn. v. 1. Decbr. 1727. \*\*)

Da der Disposition der Verordn. v. 1. Decbr. 1727, worin den Zehntführern befohlen ist, »bei Bezahlung des Zehnt- und Scheffelschazes die Verdingsscheine wegen derjenigen, so neben dem Schaze zugleich den Scheffelschaz zu entrichten haben, im Originale zu produciren,« nicht überall nachgelebt wird, und die Zehntführer oder Zehntpächter, wenn die Zehnten gerichtlich verpachtet worden, sich damit entschuldigen, daß sie von den Aemtern und Gerichten die Verdingungs-Protocolle nicht erhalten können, so ist in Absicht der außergerichtlichen Verpachtung der Zehnten jene Disposition der Verordn. v. 1. Decbr. 1727 hierdurch erneuert; in Betreff der gerichtlichen Verpachtung der Zehnten sollen sämtliche Aemter, Magistrate und Gerichte von den vor ihnen geschlossenen Zehntpacht-Verdingen den Schaz-Einnehmern des Districts, worin der Zehnte belegen, auf Kosten der Verpächter sofort beglaubte Abschriften zufertigen. Landesf. Verordn. v. 2. August 1796.

S. auch: Scheffelschaz — Scheffel-, Zehnt- und Schaffschaz, Befreiung des Prälatenstandes von demselben.

\*) Schon durch eine Resolution v. 27. Juli 1711 war der Zehntschaz, welcher von den Stiftern, Klöstern und der Noblesse hiesiger Lande seither abgeführt werden müssen, gänzlich aufgehoben und abgestellt. S. Wolterred, kurzer Begriff u. p. 205.

\*\*) Auch schon durch eine landesf. Verordn. v. 1. Decbr. 1719 war den Zehntführern aufgegeben, den Zehnt- und Scheffelschaz gebührend abzutragen.

### Zeitungen.

Alle diejenigen, welche auswärtige Zeitungen verlangen, sollen sie einzig und allein aus der Zeitungs-Expedition bei dem fürstl. Hof-Postamte zu Braunschw. nehmen. Landesf. Verordn. v. 23. Novbr. 1767. \*)

Die unterm 23. Novbr. 1767 ergangene Verordnung ist nicht nur erneuert, sondern auch verordnet, daß a dato der- oder diejenigen, welche (auswärtige) Zeitungen, es sei auf welche Art es wolle, sich kommen lassen und selbige nicht von der fürstl. Zeitungs-Expedition in Braunschweig allein nehmen, für jeden Contraventionsfall mit einer Strafe von 10 Thlr. halb für den Denuncianten, dessen Name auf Verlangen verschwiegen bleiben soll, und halb zum Besten der Armen-Anstalten belegt werden sollen. Landesf. Verordn. v. 21. April 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 41.)

In Gemäßheit der landesf. Verordn. v. 23. Novbr. 1767 und der geschärften Verordn. v. 21. April 1778 sollen diejenigen, welche auswärtige Zeitungen zu haben verlangen, solche einzig und allein aus der Zeitungs-Expedition des fürstl. Hof-Postamts zu Braunschweig nehmen, im Contraventionsfalle aber gewärtigen, daß sie in die gesetzte Strafe von 10 Thlr. genommen werden. Avertissement aus fürstl. Geh. Rathsstube v. 23. April 1787. (Br. Anz. v. 1787. Nro. 33.)

cf. Bekanntm. herzogl. Post-Direction v. 8. Juni 1831. (Br. Anz. v. 1831. Nro. 45.) — Post-Ordn. v. 13. August 1832. §§. 285 sqq.

### Zeugenbeweis.

Ein Zeuge, der ohne genugsame Ursache vor Gericht, wenn er dahin gefordert, nicht erscheint, soll mit 1 Fl. alle Mal gestraft werden. Allgem. Landes-Ordn. Art. 12.

Wer Zeugen zu führen und vorzustellen hat, der soll dieselben bei Zeiten dem Amte oder Gerichte namhaft machen, damit sie früh genug erfordert, und also das Gericht damit nicht aufgehalten werde. Ebendas. Art. 14.

Wenn derjenige, gegen welchen das Zeugen-Verhör vorgenommen wird, zu dem dazu angefügten Termine vorgeladen, aber ungehorsam ausgeblieben ist, so sollen die Zeugen nichts desto weniger von dem Producenten vorgestellt, angenommen, beeidigt und abgehört werden. Von dem Eide soll kein Zeuge befreiet sein, es wäre denn, daß beide Parteien ihm denselben freiwillig erließen. Hofgerichts-Ordnung Tit. XLIV. §. Wann aber u.

Nach dem Verhöre soll dem Zeugen auferlegt werden, seine Aussage vor deren Eröffnung weder den Parteien noch sonst jemandem zu eröffnen. Ebendas. Tit. XLVI. §. Wann aber u.

Beim Zeugen-Verhöre soll nicht zu sehr geeilt, sondern es sollen quoad merita causae, so viel immer möglich und zur Sache dienlich, ipsa verba et formalia der Zeugen aufgeschrieben, diese auch mit getreuem Fleiße um die Ursache ihrer Wissenschaft und nach allen Umständen befragt werden. \*\*) Ebendas. Tit. XLVII. §. Ueberdas sollen u.

\*) Es ist hierauf unterm 30. Novbr. 1767 (Br. Anz. v. 1767. Nro. 95.) vom Hof-Postamte durch ein Avertissement bekannt gemacht worden, daß 1) die Zeitungen 14 Tage vor Ablauf der Monate März, Juni, October und Decem-ber entweder von Neuem bestellt oder abgefragt, auch quartaliter pränumerirt werden müßten und ohne Pränumeration keine Zeitung verschrieben und verabfolgt werden würde; 2) daß die Zeitungen sofort nach Ankunft der Posten den Pränumeranten auf die jedes Mal zu producirenden Marken, welche sie bei der Pränumeration erhielten, ausgehändigt werden sollten; 3) daß auch bei den übrigen fürstl. Postämtern in den hiesigen Landen sowohl die auswärtigen, als die Braunschweigische Zeitung zu haben sein würden.

\*\*) Nach dem landesf. Rescripte an den Magistrat zu Braunschweig v. 11. März 1757 ist es zulässig, daß die Zeugen ihre summarische Aussage eidlich bestärken, doch soll in wichtigen Sachen, und auch wenn die Zeugen von ihrer ersten Aussage in Hauptumständen abgingen, die Vernehmung ad articulos probatoriales nothwendig sein.

Der Zeuge, der sich des Zeugnisses weigert, soll in 10 Rheinische Gulden, halb dem Hofgerichte und halb dem Zeugenführer zu bezahlen, verfallen, dennoch aber dadurch von dem Zeugnisse nicht frei sein, sondern mit der Strafe des dupli, tripli u. auch mit Pfändungen und dergleichen Strafen gegen ihn verfahren werden. Hofger. Ordn. Tit. XLIX. §. Es soll u.

Bei den den Zeugen von dem Zeugenführer zu reichenden und zu erstattenden Unkosten soll auf dasjenige, was der Zeuge dieselbe Zeit in seiner Behausung oder seinem Handel geschafft haben möchte, keine Aufmerkung genommen werden. Ebendas. Tit. LII. §. Die Zeugen sollen u.

Die Zeugen-Aussagen sollen auf Ansuchen der Parteien eröffnet und denselben auf ihr Begehren Abschrift davon mitgetheilt werden. Ebendas. Tit. LVI. §. Wann nun u.

In dem Termine, worin die Zeugen-Aussagen publicirt werden, mag die Partei, gegen welche der Beweis geführt wird, dagegen sogleich mündlich gemeine Einreden vorbringen und per generalia beschließen. Sofern aber diese Partei auch specialiter excipiren will, so soll dasselbe schriftlich geschehen, und, wenn dagegen zu repliciren nöthig ist, mit solchen beiden Sätzen, als mit einem von jeder Partei, geschlossen und keine Duplik, Triplik und Quadruplik zugelassen werden, sofern nicht die Nothwendigkeit ein Anderes erfordert. Ebendas. §. Auf solchen u.

Die Richter sollen übrigens bestimmen, ob durch die Aussagen das factum genugsam erwiesen und also kein Schriftwechsel über dieselben nöthig, oder ob noch eine Deduction und Erläuterung zuzulassen ist. Ebendas. §. Insgemein u.

Wenn mit der Eröffnung der Zeugen-Aussagen verfahren ist, so sollen zur Verhütung der Subornation weitere persönliche Kundschaften auf die vorigen Beweis-Artikel oder auch solche Artikel, die denselben gerade zuwider sind, nicht zugelassen werden. Ebendas. Tit. LIX. §. Wann auch u.

Wenn jemand gegen die Person der Zeugen Einreden hätte, so mag er zur Ausführung derselben weitere Zeugen stellen (*reprobatorii probatoriorum*), und es soll in diesem Falle dem Gegner erlaubt sein, gegen solche *reprobatorios* auch Zeugen zu stellen (*reprobatorii reprobatoriorum*), weiter aber werden zur Anfechtung der Person der Zeugen keine Zeugen zugelassen. Es können auch die schon verhöreten Zeugen wegen unläuterer und zweifelhafter Aussagen, sofern es die Richter für nöthig ansehen, *ex officio* nochmals vernommen werden, jedoch sollen die Richter alsdann ernstlichen Fleiß darauf verwenden, daß keine verdächtige Anstiftung oder Unterrichtung mit denselben Zeugen angewandt wird, sondern alle Gefährlichkeit vermieden bleibt. Daß die vorigen Zeugen oder auch neue wieder vorgestellt, repetirt und abgehört werden, kann auch in der Appellations-Instanz Statt haben, sofern es die Nothdurft erfordert, doch muß der Subornation halber genaue Achtung gegeben werden. Ebendas. §. Doch ob einer u.

Auch wenn die Zeugen-Aussagen bei Gericht verlegt oder verloren werden, mögen die Zeugen nochmals vernommen werden, doch auf Kosten desjenigen, durch dessen Fahrlässigkeit oder Versäumnis die Aussagen abhanden gekommen sind. Ebendas. §. Desgleichen u.

Auch wenn die Zeugen auf einige nothwendige *interrogatoria ad causam facientia* oder auch Artikel nicht verhört worden, so können sie nochmals auf dieselben vernommen werden. Ebend. §. Wann auch u.

Nach vollendetem Zeugen-Verhöre soll die Aussage auf Anrufen der Parteien publicirt und beiden Theilen Abschrift davon mitgetheilt werden, worauf der Theil, gegen welchen das Zeugniß geführt worden, befugt ist, seine *exceptiones contra dicta et personas testium* vorzubringen, und der Gegentheil, dagegen seine Replik zu verhandeln. Ebendas. Tit. LXXXI. §. Nachdem nun u.

Ueber diesen Schriftwechsel hinaus soll keinem Theile eine weitere Schrift gestattet werden. Ebendas. §. Ueber diese u.

Die Gerichte sollen mit Fleiß darauf achten, ob die eidlich abgehörten Zeugen von solcher Qualität und deren Aussagen so beschaffen sind, daß darüber, was der Zeugenführer dadurch hat beweisen wollen, dem Richter kein weiterer Zweifel mehr obwaltet, sondern das factum mit seinen Umständen genug aufgeklärt und bewiesen worden ist, auf welchen Fall keine disputationes super attestatis testium zugelassen werden, sondern dem Gerichte frei stehen soll, auf solche klare Zeugen-Aussage und solches erwiesenes factum sofort das Urtheil zu sprechen. Ebendas. §. Es soll aber u.

S. auch: Beweis — Beweis zum ewigen Gedächtniß — Exceptio contra personas et dicta testium — Interrogatoria specialia — Kaufgericht zu Braunschweig, Verfahren vor demselben — Polizeisachen in Braunschweig.

cf. Verordn. v. 3. Febr. 1814, das Verfahren der Gerichte betr. — Verordn. v. 18. Juni 1827, die Verbindlichkeit der proceßführenden Parteien zur Antretung des Beweises durch Zeugen betr. — Gesetz v. 23. Febr. 1837, nähere Bestimmungen des Gesetzes v. 15. Octbr. 1832. Nro. 33 betr. §§. 16 sqq. — Gesetz v. 20. Septbr. 1838, das Verfahren bei Abhörung der Zeugen zum ewigen Gedächtniß betr.

### Zeugeneid.

Ihr sollt geloben und einen Eid zu Gott und auf das heilige Evangelium schwören, daß ihr in der ganzen Sache zwischen N. und N. wollt für beide Parteien, keiner zu Liebe noch zu Leide, die Wahrheit sagen, so euch davon wissend und ihr gefragt werdet, zum Handel dienlich, und das nicht unterlassen wegen Gabe, Geschenk, Nutzen, Gunst, Haß, Freundschaft, Feindschaft, Furcht oder noch anderes, das Menschen-Sinne erdenken möchten, alles getreulich und ungefährlich. Hofger. Ordn. Tit. XLV. und Can.-Ordnung Anhang Nro. XVII.

### Ziegelbächer.

Nach Maßgabe der höchsten Verordn. v. 10. Juni 1747 \*) sollen auch die neuen Anbauer an den Orten, welche von einheimischen Ziegelbrennereien keine zwei Meilen entfernt sind, ihre Häuser mit Ziegeln decken lassen, oder der Hälfte der Baubegnadigungen sowohl an den Baubouceur-Geldern, als an den Freijahren verlustig sein. \*\*) Es soll in den wegen der Baubegnadigungen für neue Anbauer zu erstattenden Berichten alle Mal mit angeführt werden, ob die neuen Anbauer mit Stroh oder Ziegeln gedeckt haben. Landesf. Aussch. v. 6. Febr. 1756.

### Ziegelsteine.

S. Barn-, Lehm- und Ziegelsteine.

### Ziegen.

Die Ziegen sollen gänzlich abgeschafft und bei Verlust derselben nicht mehr auf gemeiner Weide, im Holze und Felde, gelitten werden. \*\*\*) Allgem. Land. Ordn. Art. 47.

Obgleich nach der Landes-Ordnung die Ziegen gänzlich abgeschafft und nicht mehr auf gemeiner Weide, so wenig im Holze als im Felde, gelitten werden sollen, so ist doch dem Landesfürsten mit der getreuen Bauern und Unterthanen Schaden nicht gedient, vielmehr soll denselben der von diesem Viehe habende

\*) S. Strohbächer.

\*\*) S. Bau-Douceurs, Freiheiten und Remissionen.

\*\*\*) Schon durch ein Ausschreiben v. 19. Mai 1578 war bei Strafe der Abschaffung verboten, die Ziegen mit dem Hirten auszutreiben.

Genuß, im Falle es sonst ohne Abgang und Verwüstung der Forsten und Holzungen geschehen kann, fernehin gegönnt werden; es soll demnach die jetzige Anzahl der Ziegen, jung und alt, auch demnächst geduldet werden, jedoch mit dem ausdrücklichen Bedinge und Vorbehalte, daß dieselben an ganz unschädlichen Orten außerhalb der Holzungen gehalten und gehütet, und alljährlich 4 Mgr. Weidegeld in die landesf. Forst-Einnahme gezahlt werden. Landesf. Circular-Rescript v. 22. Juli 1669.

Auf landesf. Befehl ist das Halten der Ziegen im Weser-Districte ferner gestattet, jedoch nur an den von den Forstbedienten anzuweisenden und der Cammer bereits angezeigten Weideplätzen und in einer diesen Plätzen angemessenen Anzahl, desgleichen daß sie dieselben in einer Heerde unter einem besondern Ziegenhirten weiden lassen, die Ziegen im Sommer nicht im Stalle füttern, wer eine Kuh zu halten im Stande, keine Ziegen halten darf, die Hirten bei willkürlicher Geld- oder Leibesstrafe mit der Sackpfeife an keinen als den angewiesenen Plätzen hüten und weder ihre eigenen noch anderer Einwohner Kühe unter die Ziegenheerde nehmen. Wenn jemand Ziegen halten will, welcher dazu nicht befugt, oder wenn dergleichen an nicht angewiesenen Plätzen betroffen werden, so sollen dieselben von den Jägern und Förstern, welche sie antreffen, sofort todt geschossen und die Hirten für jede Ziege, so sie an unerlaubten Orten gehütet, eine Stunde mit der Sackpfeife bestraft werden. Rescript der fürstl. Cammer v. 25. Mai 1715.

cf. Forststraf-Gesetz v. 26. Juli 1837. §. 76.

S. auch: Hunde, Ziegen, Schweine und Hühner, Umherlaufenlassen derselben in Braunschweig.

## Zigeuner.

Die ältern, sehr strengen Verordnungen \*) gegen das Reisen und den Aufenthalt der Zigeuner in dem

\*) Im 47. Art. des Landtags-Abschiedes v. 3. Juni 1597 wurde den Zigeunern das Land verboten und den Beamten und Gerichtsherrn, welche darin nachsichtig sein würden, unnachlässige Strafe gedrohet. Die zur Ausführung dieses allgemeinen Verbots ergangenen landesf. Verordnungen sind vom 18. August 1597, 5. Decbr. 1617, 20. Juli 1650, 26. Septbr. 1669, 6. Juli 1685, 11. April 1698 und vom Juni (der Tag ist nicht angegeben) 1711; sie bestimmen sämmtlich fast gleichlautend folgendes: Die Zigeuner sollten in das Land nicht eingelassen oder darin geduldet, es sollte ihnen kein Nachtlager und noch weniger Essen, Trinken und Futter für das Vieh gereicht, vielmehr sollten sie mit Gewalt durch die zusammen berufenen Gemeinden abgehalten und zurückgetrieben, bei fernerer Widerseßlichkeit aber zur gefänglichen Haft und Bestrafung gebracht werden. Die hierin säumigen Gerichtsherrn und Beamten wurden mit einer Strafe von 50 Thlr. und die Unterthanen, welche die Ankunft von Zigeunern der Obrigkeit nicht sofort anzeigen würden, mit einer Strafe von 10 Thlr. bedrohet; beharrlicher Ungehorsam sollte noch strenger bestraft werden. Zugleich wurde den Unterthanen und auch den reisenden Fremden erlaubt, die Zigeuner, da sie bereits durch kaiserl. Constitutionen für vogelfrei erklärt worden, anzugreifen, ihnen Pferde, Wagen, Gewehr und andere Sachen mit gewaffneter Hand abzunehmen und für sich zu behalten, indem Falls einer sich zur Wehr setzen und in Folge dessen verlegt oder gar getödtet werden sollte, niemand deshalb zur Verantwortung oder Strafe gezogen werden dürfte. — Ein noch bei weitem strengeres Edict gegen die Zigeuner und Tartaren erging unterm 15. Septbr. 1718 für das Fürstenthum Blankenburg. Es wurde darin außer dem Obigen verordnet, daß die eingebrachten Gefangenen, ohne Unterschied des Geschlechts, wenn sie über 18 Jahre alt wären, ohne alle Weiltäufigkeit, bloß ob detestabile vitae genus und weil sie bereits für vogelfrei erklärt worden, mit dem Strange vom Leben zum Tode gebracht werden sollten. Jedem Landes-Einwohner und auch den fremden Reisenden wurde gestattet, der Miliz und dem Jagdpersonale aber befohlen, die Zigeuner, sowohl Männer als Weiber, wo sich dieselben ihnen widerseßen würden, todt zu schießen und ihnen ihre Habe abzunehmen. Für jeden lebendig eingebrachten oder todt geschossenen Zigeuner männlichen Geschlechts sollten 25 Thlr., und weiblichen Geschlechts 12 Thlr. als Belohnung gezahlt werden; die Kinder unter 10 Jahren sollten den Zigeunern abgenommen und auf landesf. Kosten erzogen werden. — Nachher wurde durch das landesf. Aussch. v. 24. Decbr. 1754 den Zigeunern, welche sich für auswärtige Soldaten ausgeben würden und gültige Pässe vorzeigen könnten, wenn sie keine Obergewehre führten und sich auf den Landstraßen aufhielten, der freie Durchzug durch das Land gestattet; wogegen es nach einem landesf. Postscripte an fürstl. Justiz-Canzlei v. Jahre 1749 mit der Bestrafung der übrigen Zigeuner, welche zum ersten Male im hiesigen Lande betreten würden und sich keines besondern Verbrechens schuldig gemacht hätten, wie bisher gehalten, bei einem zweiten Betretungsfalle aber gegen sie strenger verfahren werden sollte.

hiesigen Lande sind antiquirt; es werden gegen dieselben jetzt keine andere, als die gewöhnlichen polizeilichen Anordnungen angewandt. S. Bagabunden und lieberliches Gesindel.

### Zimmerarbeit.

Zimmerarbeit sollen die Gesellen ohne die Direction eines Meisters nicht verfertigen, auch der Bauherr befindenden Umständen nach ebenfalls mit gebührender Strafe belegt werden, der sich nicht an einen Zimmermeister wendet. Avertissem. des k. polizeil. Departements zu Braunschweig v. 11. April 1794. (Br. Anz. v. 1794. Nro. 33.)

cf. Gewerbe- und Gilde-Ordnung v. 29. Octbr. 1821 — Gewerbesteuer-Gesetz v. 4. April 1837, insbesondere §§. 17, 28 und 50.

### Zimmerleute- und Tischler-Gilde, Gränzen zwischen den Arbeiten derselben.

Obgleich durch das unterm 9. Mai 1760 mit höchster Genehmigung publicirte Reglement \*) die Gränzen der zwischen hiesiger Tischler- und Zimmer-Gilde vormals streitig gewesenem Arbeiten deutlich bestimmt sind, gleichwohl aus verschiedenen von der Tischler-Gilde geführten Beschwerden wegen Beeinträchtigung ihrer Nahrung bemerkt worden, daß dem Inhalte jenes Reglements in verschiedenen Fällen dennoch zuwider gehandelt sei, als ist auf Ansuchen der Tischler-Gilde in Gemäßheit obgedachten Reglements hierdurch wiederholt bekannt gemacht, daß die Tischler privative Treppen, woran Leim gebraucht wird, Fensterladen, Fensterrahmen, Panele, Stoff-, Flor- und Schnurmacher-Stühle und Geselle, behobelte Thorwege, behobelte Thüren und Portale, ausgearbeitete und ausgefehlte Gesimse, ausgearbeitete und nicht schlechtweg gemachte Stafette und leichte Espaliers, behobelte und geleimte, folglich nicht rauhe Fuß- und andere Böden, Schlachte- und alle andere Tische, Bänke und was zu den Möbeln gehört, ausgearbeitete, behobelte und genau eingefasste Planken, Scheidewände, Verschläge und Blendungen, behobelte Schilderhäuser und Schauer, Zeugrollen, auch Dachfenster und Erker, welche nicht aus vollem Holze gemacht worden, und überhaupt alle Leimarbeit; die Zimmerleute privative gefehlte und ungefehlte Thor- und Thür-Gerichte, rauhe Thorwege und Thüren, worauf die Leisten mit eisernen Nageln befestigt werden, Verband der Portale, Gesimse von einem Stücke Holz, Pallisaden, Barrieren, schlechtweg gemachte Stafette von geschnittenen Latten, Süll-, Riegel- und Ständerholz und so weit die Nagelarbeit geht, die Verschalungen, worauf Kupfer, Blei oder Schiefer zu legen, alle Wasser- und Grundarbeit an Rammen, Rosten, Bettungen, Brücken- und Mühlen-Arbeit, Planken, Scheidewände und Verschläge, von Ständer-, Bänder-, Riegel-, Platen- und Schwellholz, Bohlen und rauhen Brettern schlechtweg gemacht, Schilderhäuser und Schauer, von rauhen Brettern gemacht, große Mangel- und Färberrollen und alle Dachfenster und Erker, welche aus vollem Holze gemacht werden; beide Gilden cumulative aber die Unterschlagerung der Gewölbe und Decken, auch die rauhen Fußböden und Treppen — zu verfertigen berechtigt sind und besagte Gilden sich hiernach lediglich zu achten haben. Avertissement des k. polizeil. Departements zu Braunschweig v. 19. Febr. 1795. (Br. Anz. v. 1795. Nro. 16.)

In Bezug auf das unterm 9. Mai 1760 mit höchster Genehmigung publicirte Reglement ist mittelst höchsten Rescripts v. 29. Octbr. 1802 ferner verordnet, daß der Zimmer-Gilde bei verzierten Stafetten und Espaliers mit behobelten Stäben zwar die Vorrichtung der Schwellen, Riegel und Pfeiler mit den dazu gehörigen Gesimsen, insofern letztere aus einem Stück Holz schlechtweg gemacht und mit Nageln befestigt werden, ausschließlich gebühren; dagegen aber die Fertigung der behobelten Stäbe in dergleichen Stafetten und Espaliers, sowie überhaupt die Anfertigung der geleimten und zusammengesetzten Verzie-

\*) Dasselbe wird im Folgenden wörtlich wiederholt.



rungen an denselben, sowie auch das behobelte Lattenwerk in den Fächern der Tischler-Gilde privative zustehen soll. Bekanntm. des Polizei-Departements v. 16. Septbr. 1803.

cf. Rescript fürstl. Cammer-Collegii v. 15. Septbr. 1823. (Bege I. p. 135.) — Desgl. v. 9. Octbr. 1826. (Bege III. p. 180.) — Desgl. v. 17. August 1831. (Bege III. p. 192.)

### Zimmerleute, Kranz=Umtragen derselben.

S. Kranz=Umtragen in Braunschweig.

### Zinn, Verarbeitung desselben.

Damit mit Verarbeitung des Zinns richtig verfahren, eine gewisse Probe befolgt, eine genugsame Proportion mit dem Preise gegen die Güte desselben beobachtet und bei der Verarbeitung desselben die vielen Unrichtigkeiten vermieden werden, so ist folgendes verordnet:

1) Insgemein soll nur dreierlei Art Zinn in hiesigen gesammten Länden künftighin verarbeitet und verkauft werden, und zwar

die erste, daß ohne Zusatz von Blei das aus England kommende Blockzinn, so wie es daher gebracht wird, rein bleibe;

die zweite, daß zu zehn Pfund solchen englischen Blockzinns ein Pfund Blei, und

die dritte, daß zu fünf Pfund reinen englischen Zinns ein Pfund Blei und ein Mehreres nicht komme, gestalt denn 2) daß mit solcher Verarbeitung sogleich nach Publicirung dieses der Anfang gemacht, und nach dem vorigen Fuße und Art nichts weiter verfertigt, sondern vielmehr zur Verhütung alles Unterschleifs sogleich alle und jede Zeichen, deren sich bisher die Zinngießer zur Bemerkung ihres Zinns und ihrer Arbeit bedient, eines jeden Orts Obrigkeit eingehändigt und daselbst beibehalten werden sollen, verordnet ist; anstatt deren aber sollen 3) hinfüro auf alles Zinn drei Zeichen gesetzt werden, als:

erstlich das Stadtwappen des Orts, wo es verarbeitet wird;

zweitens des Meisters, welcher es gemacht, und

drittens eines von gleicher Größe, in welchem der Preis, wofür es zu verkaufen, enthalten. Inmaßen denn 4) die ordinaire Arbeit von reinem Zinn ohne Zusatz für 12 Mgr. und 2 Pf., und die zweite Art, da zu zehn Pfund reinen Zinns 1 Pfund Blei kommt, 9 Mgr., und die dritte Art, da zu fünf Pfund Zinn 1 Pfund Blei kommt, 8 Mgr. 4 Pf. verkauft, und dieser Preis vorgedachtermaßen in das dritte Zeichen gesetzt werden soll, wobei denn die Zinngießer desto eher bestehen können, als bekannt, daß sie selten Blockzinn kommen lassen, und mehrentheils altes Zinn aufzukaufen bemüht sind. Als auch 5) in Zinn zuweilen künstliche Arbeit gemacht wird, welche absonderlich zu bezahlen die Billigkeit erfordert, das Zinn aber in seiner ordinären Güte bleibt, so soll alle Mal der Stempel, worin der Preis benannt, aufgedruckt werden, um daraus die Güte des Zinns zu beurtheilen; dem Meister aber bleibt frei, seine Arbeit, wenn sie künstlich ist, oder in kleinen Sachen, sich besonders bezahlen zu lassen, jedoch hat, da er dafür ein gar zu Uebermäßiges fordern sollte, die Obrigkeit eines jeglichen Orts solches der Billigkeit und dem Urtheil anderer Handwerksverständiger nach zu sehen. Und wie denn nun solcher Gestalt der Preis des neu verfertigten Zinns regulirt ist, als ist in Ansehung dessen, wie hoch das alte von den Zinngießern wiederum angenommen werden solle, 6) verordnet, daß das allhier im Lande verarbeitete englische Zinn wiederum zu 8 Mgr., die zweite Art zu 7 Mgr. und die letztere zu 6 Mgr. 4 Pf. angenommen, und der Zinngießer so viel dafür zu geben schuldig sein soll; weil aber öfters aus England bereits verfertigte Arbeit kommt, woran die Güte des Zinns ungleich besser ist, wie an dem herausgehenden Blockzinn, so daß nach Proportion damit ander Zinn vergütet werden kann, und daher solches unzweifelndlich mehr als 8 Mgr. gelten muß, dafür aber wegen verschiedener Art der herauskommenden verarbeiteten Zinne keine gewisse Regel gesetzt werden kann, so wird darüber zu handeln Käufers und Verkäufers Aufrichtigkeit an-

heim gestellt, wiewohl jedoch die Obrigkeit eines jeglichen Orts darunter auf geziemendes Anrufen billigmäßige Verfügung thun wird. Es soll auch 7) nicht gestattet werden, daß künftighin, wie bisher geschehen, der Zinngießer präbendiren soll, daß das zehnte Pfund ihm, als wenn es ins Feuer gehe, gut gethan werde, maßen die Erfahrung zu Tage legt, daß dasjenige, was das Feuer verzehrt, von gar keiner Wichtigkeit ist, und soll demnach auf das englische Zinn nichts, auf die zweite Art auf 40 Pfund, und auf die dritte Art auf 25 Pfund nur 1 Pfund ins Feuer gerechnet werden. Und weil auch 8) wahrgenommen, daß sich an einem Stücke mancherlei Art von Zinn gefunden, als zum Exempel, daß an den Krügen der Deckel und Fuß von gutem Zinn, die Knöpfe, Gewinde und Bände aber nur von halbem Gute gewesen, so ist solches hiermit ernstlich und bei 50 Thlr. Strafe, auch Confiscation des Stückes, woran sich solches findet, verboten worden. 9) Denjenigen Zinngießern, welche einen guten Theil verarbeiteten Zinn in Vorrath haben, war zu Verkaufung desselben eine Zeit eingeräumt, binnen welcher Sie sich davon losmachen, oder es auch umschmelzen, oder aber gewärtigen sollten, daß, was sich nachher annoch bei ihnen fände, ihnen abgenommen und confiscirt würde; gestalt denn obgedachtermaßen sogleich nach Publication dieser höchsten Verordnung den Zinngießern ihre Stempel abgenommen, und von ihnen bei unausbleiblicher Confiscation keine andere Arbeit, als von der neu introductirten Probe gemacht werden, vielmehr, damit sich das schlechte Zinn allmählig verliere, hinfüro keines, wenn es von geringerm Gehalte ist, und jemand solches umgießen und umarbeiten lassen will, solcher Gestalt bleiben und wieder verarbeitet, sondern also versetzt werden soll, daß es die Probe halten und mit den verordneten Zeichen bedruckt werden kann, inmaßen denn aus den darauf stehenden Zeichen, und wenn an dem Orte, wo es verfertigt, eine Probe gemacht, leichtlich auszurechnen, wie viel Zusatz geschehen müsse, damit es zu der geordneten Probe zu zehn oder zu fünf, wie es der Eigenthümer verlangt, gebracht werde. Es ist auch 10) von Wolfenbüttel in alle und jede Städte, worin sich Zinngießen befinden, eine Probe zu senden befohlen worden, davon einem jeden damals daselbst wohnenden, und künftighin etwa sich besetzenden Meister ein Theil zugestellt, und Jeder dahin angewiesen worden, daß er seine Arbeit danach richte, dabei auch befohlen, daß von dem Magistrate jährlich wenigstens ein Mal aus des Zinngießers vorräthiger Arbeit unverwarnt ein Stück genommen, gegen solche Arbeit gehalten, und versucht werden soll, ob es der Probe gleich; findet sich einiger Unterschied, so daß jenes schwerer, so soll jeder Zeit nebst Confiscation alles unrichtig befundenen Zinns der Zinngießer mit 10 Thaler bestraft werden. 11) Alle in den Landstädten befindlichen Zinngießer, welche noch nicht in einer Zunft sind, und sich etwa künftighin darin besetzen, sollen nach Anleitung des Gilde-Reglements ein Meisterstück verfertigen und paestanda prästiren, auch mit einer nahe belegenen Stadt das Amt halten, vor Gewinnung dessen aber zur Verfertigung einer Zinnarbeit nicht gelassen werden. 12) Auf dem platten Lande, und in den kleinen Flecken sollen überall keine Zinngießer, unter welchem Vorwande es auch immer sein möchte, und ob sie gleich das Amt mit den Zinngießern in den Städten zu halten erbötig, viel weniger aber geduldet werden, daß einige Leute herum- und zu den Leuten laufen, und daselbst Zinn umgießen, zumal darunter nicht allein großer Betrug vorgeht, sondern solches auch kundbarlich zur Schmälerung der Zinngießer Verdienst und Nahrung gereicht; gestalt denn allen und jeden Obrigkeiten ernstlich aufgegeben worden ist, daß sie alle dergleichen Störer verjagen, ihnen ihr Werkzeug nehmen, auch sie allenfalls mit Gefängnißstrafe belegen, die von ihnen umgemachte Arbeit aber zu Schaden und Last desjenigen, welcher sie machen lassen, confisciren sollen. 13) Und obgleich die Zinngießer bei dieser Verordnung besorgt sind, daß auswärtige oder auch inländische Käufer sich von ihnen und außerhalb Landes dahin wenden, wo schlechtes Zinn, und also auch geringer Preis sich findet, auch solcher Gestalt sie mit den auswärtigen Zinngießern auf den Jahrmärkten nicht würden bestehen können, so ist demnach an dem, daß vielmehr zu vermuthen, es werde diese gute Ordnung, und da ein Jeglicher weiß, was für Zinn er bekomme, von was für Güte es sei, und wie viel er dafür zu bezahlen, auch versichert ist, daß er nicht betrogen werde, auswärtige Kaufleute an- und herein-

hereinlocken, weshalb auch mit den angränzenden Ständen deshalb zu communiciren für gut gefunden worden ist, damit sie sich nachbarlich vereinbaren, und gleichförmige Verordnung ergehen zu lassen belieben möchten. Falls jedoch der Eine oder Andere sich dazu nicht verstehen wollte, so soll den Zinngießern von solchen fremden nicht mit eintretenden Orten die Jahrmärkte in hiesigen Landen zu besuchen, oder sonst daher einiges Zinn herein zu bringen, so wenig verstattet, als hiesigen Unterthanen und Angehörigen allda etwas zu erhandeln und einzufahren nachgegeben werden. Landesf. Verordn. v. 4. Septbr. 1713, von welcher einem jeden Zinngießer ein Exemplar zugestellt werden soll.

### Zinngießer=Arbeit.

Niemandem, er sei einheimisch oder fremd, welcher nicht zu der einen oder andern Kannengießer-Gilde in den Städten sich bekennt, soll diese Handthierung und die Handlung mit Kannengießer=Waaren, bei Verlust der bei ihm befindlichen Waaren und des Handwerkszeuges, erlaubt sein, und die Obrigkeiten sollen mit der Confiscation gegen die Contravenienten verfahren. Landesf. Verordn. v. 3. Juli 1704.

Ueber die im Jahre 1704 der Kannengießer=Waare wegen ergangene Verordnung sollen die Obrigkeiten ernstlich und nachdrücklich halten, und keinem, der sich nicht zu der einen oder andern Zinngießer-Gilde in den Städten hiesiger Lande bekennt, dergleichen Handlung, oder daß er von solchen Waaren etwas verfertigen dürfe, gestatten, vielmehr die bei solchen Hausirern und Pfuschern gefundenen Waaren und Geräthschaften wegnehmen lassen und confisciren, und den dritten Theil der davon auffkommenden Gelder dem Denuncianten geben. Landesf. Aussch. v. 10. August 1756.

cf. Gewerbe- und Gilde=Ordnung v. 29. Octbr. 1821. — Gewerbesteuer=Gesetz v. 4. April 1837, §§. 49 sqq.

### Zinsen.

Wer Geld zur Hauptsumme auf jährliche Zinsen ausgethan, soll zuvörderst an Zinsen ein Mehreres nicht, als was landüblich und gebräuchlich, zu fordern berechtigt sein; jedoch mit dieser deutlichen Verwahrung, wosern in dem einen oder andern benachbarten Lande entweder durch eine Constitution, oder andere heimliche oder öffentliche Verordnung ein Geringeres an Zinsen zu geben eingeführt, daß es auch ex justissimo talionis seu retorsionis jure gegen diejenigen Creditoren, so in solchen benachbarten Landen geseßen und in hiesigen Landen etwas zu fordern haben, also gehalten werden solle. \*) Tax-Ordnung v. 29. Novbr. 1645. Tit. LXXVII. §. 5.

Wenn keine Zinsen vom Käufer versprochen, auch kein tempus solutionis gesetzt, noch der Käufer per interpellationem in mora constituit, so wird auf keine Zinsen auf Kramwaaren erkannt. Attestat der fürstl. Justiz=Canzlei v. 23. Juli 1709 für den Hofrath von Beltheim. \*\*)

S. auch: Briefe und Siegel, klare — Capitalien, Wiederbezahlung derselben — Leihhaus=Zinsen u. — Obligationen unter Kaufleuten — Pupillen, Curatelen, Kirchen und milden Stiftungen zustehende Gelder — Säen um die Hälfte — Gras auf den Wiesen, Veräußerung desselben.

### Zinsen der Kaufleute in Braunschweig.

Die auf herrschaftlichen Befehl in der Stadt Braunschweig publicirte Verordn. v. 8. Novbr. 1698, \*\*\*)

\*) Durch ein Landesf. Rescript an fürstl. Justiz=Canzlei v. 21. Novbr. 1701 wurde 6 Procent Zinsen zu nehmen auf 10 Jahre erlaubt, weil in den benachbarten Ländern ein eben so hoher Zinsfuß gestattet war und deshalb alle Capitalien in das Ausland verließen wurden.

\*\*) Einen Abdruck dieses Attestats findet man in Schneiders Repertorium Bd. II. p. 335.

\*\*\*) Durch eine Verordnung des Magistrats zu Braunschweig v. 6. Decbr. 1667, den sechsten Zinsthaler betreffend, war mit Beziehung auf die Reichs=Abschiede von 1548 und 1577 geboten, nicht mehr als fünf vom Hundert, auch von

daß nämlich den dasigen Kaufleuten verstattet sein soll, bei Ausleihung ihrer Gelder 6 Procent jährliche Zinsen, wenn der Debitor auch ein Kaufmann ist, zu nehmen, ist per interpretationem authenticam dahin declarirt, daß die Braunschweigischen Negotianten und Kaufleute dadurch auch berechtigt sein sollen, von andern daselbst nicht wohnenden, sondern auswärtigen Kaufleuten sich gleichmäßige Zinsen stipuliren zu lassen. Landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 11. Januar 1773.

### Zinsen, Bezahlung derselben nach entstandenem Concurse.

In dem in Concurse abzugebenden Prioritäts-Urtheile sollen durchgehends die Zinsen nach den Capitalien, jedoch in eben die Klasse, worin der Hauptstuhl steht, gesetzt werden. Landesf. Verordn. vom 20. August 1714.

Die Verordn. v. 20. August 1714 wird dahin declarirt, daß die Kirchen, Schulen, Universitäten, Hospitäler und andern piae causae in den Prioritäts-Urtheilen mit der Zinsforderung den Capitalien nicht nachgesetzt, vielmehr die Zinsen, wenn schon andere Gläubiger wegen ihrer Hauptsumme nicht sollten befriedigt werden können, zugleich mit den Capitalien adjudicirt werden sollen. Landesf. Verordn. vom 5. Octbr. 1716.

Da durch die Nachsetzung aller Zinsen in den Classifications-Urtheilen nach den Capitalien bedenklich gefunden ist, die Capitalien auszuleihen und durch den Vorzug der Zinsen der geistlichen Stiftungen die Administratoren derselben veranlaßt sind, zum Nachtheile der übrigen Gläubiger die Zinsen lange Jahre aufschwellen zu lassen, so wird zur Abstellung dieser Inconvenienzen folgendes verordnet:

Diejenigen, welche gegen gerichtlich bestätigte Hypotheken Geld zinsbar hergeliehen haben, sollen 1) wenn es über des Schuldners Vermögen zum Concurse kömmt, die von einem Jahre vor erhobenem Concurse rückständigen, desgleichen die während des Concurses fortlaufenden Zinsen, jedoch letztere höchstens nur von einem Jahre, zugleich mit den Capitalien haben, und sollen diese Zinsen unmittelbar nach den Capitalien classificirt werden; dahingegen 2) in Ansehung der Zinsen von den vorherigen Jahren, auch der Zinsen von außergerichtlichen Verschreibungen, es bei der Verordn. v. 20. August 1714 sein Bewenden hat, daß dieselben nicht eher bezahlt werden, bis alle Creditoren den Hauptstuhl erhalten. 3) So viel die den Kirchen, Klöstern, hohen und andern Schulen, Hospitälern und andern geistlichen Stiftungen gebührenden Zinsen anlangt, sollen die von den letzten drei Jahren vor erhobenem Concurse etwa rückständigen, desgleichen die während des Concurses fortlaufenden Zinsen, jedoch letztere höchstens von einem Jahre, zugleich mit dem Hauptstuhle classificirt und bezahlt, die von mehreren Jahren rückständigen Zinsen aber allen Capitalien nachgesetzt werden. Wenn nun aber 4) ein Schuldner nicht alle Jahre die Zinsen richtig abführt, so sollen die Administratoren der piae causae denselben gehörigen Orts belangen, und alles Mögliche thun, daß die Zinsen executive begetrieben werden, gestalt, wenn es daran fehlt und die Zinsen deshalb verloren gehen, die Administratoren den pias causas für solchen

den Capitalien, so Kirchen, Klöstern und Hospitälern gehörten, jährlich zu nehmen, und verordnet, daß, wenn auch ein Mehreres verschrieben oder verheißen sein sollte, dennoch nicht mehr als fünf vom Hundert gestattet und darauf verholten, sondern was hinfüro darüber genommen oder bezahlt würde, als ein unzulässiger übermäßiger Wucher wieder gefordert, oder am Hauptstuhle abgezogen werden solle. Ausgenommen blieb, was per modum legati, aut foundationis piae anders verordnet wäre. Später wurde auf landesf. Befehl vom Magistrate zu Braunschweig unterm 19. März 1695, 8. Novbr. 1698 und 20. März 1711 (welche wörtlich gleichlautend sind) nochmals verordnet, daß Alle und Jede bei Ausleihung ihrer Gelder mit reichs- und landüblichen Zinsen, als fünf oder, da es beiderseits Kauf- und Handelsleute, zum Höchsten mit sechs vom Hundert sich genügen lassen, oder widrigen Falls gewärtigen sollten, daß die überwiesenen Contravenienten nicht allein des vierten Theils der ausgeliehenen Summe verlustig, und selbige des Magistrats aerario peculiari anheim gefallen sein, sondern dazu mit einer Geldbuße, auch dem Befinden nach härterer Strafe belegt werden würden.

Schaden haften, wie denn auch die Obrigkeiten, welche wider besseres Vermuthen die gerichtliche Hülfe verzögern, allen daher den *pils causis* zuwachsenden Schaden aus ihren eigenen Mitteln ersetzen sollen. Landessf. Verordn. v. 23. März 1756.

Die unterm 23. März 1756 ergangene landessf. Verordnung ist (um den gefallenem Credit der gerichtlichen Hypotheken wieder herzustellen) dahin ausgedehnt, daß diejenigen Gläubiger, welche Capitalien auf gerichtlich bestätigte Hypotheken hergeliehen, in den künftigen Concurse die *a dato* dieser höchsten Verordnung aufgelaufenen Zinsen von drei Jahren vor entstandenem Concurse, desgleichen die während des Concurses bis zur Bezahlung des Capitals fortlaufenden Zinsen zugleich mit den Capitalien haben, und solche Zinsen mit den Capitalien zugleich classificirt werden sollen. In Absicht der bereits rechtshängigen Concurse, und worin bereits vor dem *dato* dieser Verordnung *citatio edictalis* erlassen worden, hat es bei der Verordnung v. 23. März 1756 sein Bewenden. Landessf. Verordn. v. 6. April 1778. (Br. Anz. v. 1778. Nro. 35.)

Die in der landessf. Verordnung v. 23. März 1756 enthaltenen Worte: »bis alle Creditoren den Hauptstuhl erhalten« schließen die chirographarischen Gläubiger mit ein. Landessf. *declaratio authentica* v. 6. Juni 1788. \*)

S. auch: Hypotheken, Bestellung derselben vor incompetenten Gerichten *u.*

### Zinsen der *piorum corporum*.

Die *piae causae* oder *pia corpora* sollen zwar von den *ad pios usus in specie* von Anfang fundirt und gewidmeten Capitalien die landüblichen Zinsen *ultra alterum tantum* ohne Unterschied und in *quocunque casu* zu fordern befugt sein, denselben auch dazu auf alle Weise und Wege nachhelfen, hingegen sollen aber von andern Geldern und Capitalien, so einige *pia corpora* von ihren etwa habenden jährlichen Ueberschuß-Geldern selbst belegt, oder durch Cessionen, Versuren oder anderer Gestalt erlangen und an sich bringen, solche debita nicht anders, als andere gemeine unprivilegirte Capitalien considerirt, nämlich auch die Zinsen, wenn sie im Nachstande geblieben, über das *alterum tantum sortis* nicht *exequirt* nach erkannt werden. Landessf. Verordn. v. 31. Januar 1701.

S. auch: Zinsen, Bezahlung derselben nach entstandenem Concurse.

### Zinsen-Erhebung von Cammer-Capitalien.

Da die unordentliche Abforderung und Erhebung der Zinsen unnöthige Weitläufigkeiten im Rechnungswesen veranlaßt, und die Arbeit der Cassen-Bedienten noch mehr erschwert, so ist auf höchsten Befehl angezeigt, daß diejenigen Capitalien, von welchen die Zinsen hinführo nicht zur Verfallzeit, oder spätestens drei Monate nachher gegen Quittung abgefordert werden, ohne Anstand aufgekündigt, und in Gemäßheit der in der Obligation festgesetzten Loose-Zeit abgeführt werden sollen. Avertissement fürstlicher Cammer-Casse zu Braunschweig v. 28. Novbr. 1782.

cf. Gesetz v. 19. Decbr. 1834, die Ordnung des Cammer- und Landeschuldenwesens betr., §. 12.

\*) Diese an den Magistrat zu Braunschweig ergangene Declaration wurde durch eine landessf. Resolution für den Kanzlei-Advocaten Ruperti unterm 2. Septbr. 1800 weiter und zwar dahin declarirt, daß sowohl die Worte der Verordn. v. 6. April 1778, als auch die darüber verhandelten, über die eigentliche Meinung des Gesetzgebers nicht den geringsten Zweifel übrig lassenden Acten deutlich ergäben, daß nur die von dem *dato* dieser Verordnung an aufgelaufenen Zinsen mit dem Capitale classificirt werden sollten, und daß mithin die Absicht keinesweges dahin gegangen, den in künftigen Concurse drei Jahre vor dem *dato* der Verordnung rückständigen Zinsen sothanes Privilegium zu ertheilen.

## Zinswucher.

Bei angestellten Schulb-Klagen, insonderheit wo Pfänder versetzt worden, soll die Obrigkeit ihren ersten Bedacht dahin nehmen, ob auch wohl eine Art einer wucherlichen Handlung, es sei an Pfennig-Zins, oder sonst, darunter vorgegangen sein möchte, und solche sodann aufs Genaueste untersuchen, und die, so darüber betreten werden, höchsten Orts zur Bestrafung anzeigen. Landesf. Rescr. an den Magistrat zu Wolfenbüttel v. 23. April 1744. (Br. Anz. v. 1746. Nro. 61.)

S. auch: Briefe und Siegel, klare — Unterpfänder.

cf. Verordn. v. 19. Juli 1827, die Sicherstellung des Publicums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien zc. betr., §§. 6 und 7.

## Zoll.

Die ältern, das Zollwesen betreffenden Verordnungen \*) sind aufgehoben.

cf. Der mit dem Königreiche Hannover unterm 1. Mai 1835 abgeschlossene Vertrag über die Annahme eines gemeinschaftlichen Systems der indirecten Abgaben und die in Folge dessen ergangenen Gesetze. — Verordnung v. 20. Decbr. 1837, die Publication des mit den Königreichen Preußen, Baiern u. s. w. wegen Beförderung der gegenseitigen Verkehrs-Verhältnisse abgeschlossenen Vertrages betr.

## Zucht- und Werkhaus.

Da befunden worden, daß die in das Zucht- und Werkhaus gelieferten Personen zur Arbeit ungeschickt sind oder aus Faulheit und Bosheit solche nicht lernen wollen, dergleichen Müßiggänger loszulassen aber sowohl aus Rücksicht auf das gemeine Wesen, als auch auf ihr eigenes rechtliches Fortkommen unverantwortlich sein würde, so wird folgendes verordnet:

Alle und jede in das Zucht- und Werkhaus gelieferten Personen sollen, jedoch jeder nach seinen Kräften und nach seiner Fähigkeit, zur Arbeit streng angehalten, und wenn auch die Zeit, auf welche die Person zum Zuchthause condemnirt worden, verlossen wäre, dennoch niemand aus demselben dimittirt werden, bis er in der Arbeit die Fertigkeit erlangt hat, daß er sein Brod ehrlicher Weise verdienen kann. So viel aber diejenigen anbelangt, welche wegen wirklichen Unvermögens so weit in der Arbeit nicht kommen können, ist allemal, ehe sie aus dem Zuchthause entlassen werden, mit pflichtmäßiger Meldung, wie sie sich in demselben bisher aufgeführt, ihrer Entlassung halber anzufragen und Verhaltens-Befehl darüber zu gewärtigen. Landesf. Verordn. v. 16. März 1748. (Br. Anz. v. 1748. Nro. 37.)

\*) Bis zum 1. Octbr. 1828 lag der Erhebung der Zollabgaben im Allgemeinen der Zoll-Tarif v. 3. April 1700 (neu gedruckt im Jahre 1769) zum Grunde. (S. Verordn. v. 10. März 1828, die neue Zoll-Einrichtung betr.) Befreiet von der Zollabgabe waren in altbraunschweigischer Zeit insbesondere: 1) die Ritterschaft hinsichtlich der Güter und Sachen, welche sie zu ihrer eigenen Haushaltung und ihren Gebäuden bedurfte, so wie auch hinsichtlich dessen, was aus ihren Haushaltungen zum Verkaufe in die Städte gebracht wurde. (Privilegien der Landschaft v. 9. April 1770. Art. 57.) Dieselbe Befreiung sollte die auswärtige Ritterschaft in Betreff der Güter und Sachen, welche zu ihrem eigenen Gebrauche durch das hiesige Land geführt wurden, genießen. (Landesf. Verordn. v. 23. Octbr. 1690.) 2) die Prälaten von alle dem, was sie zu ihrem eigenen Haushalte und zu ihren Gebäuden gebrauchten. (Privilegien der Landschaft v. 9. April 1770. Art. 43.) 3) die Capittel, Klöster und Abtichen des Stifts Hilbesheim; die Kaufmannswaaren derselben waren jedoch dem gewöhnlichen Zoll unterworfen. (Bekanntmachung v. 7. Decbr. 1740 und Landesf. Ausschr. v. 11. Septbr. 1780.) Außerdem bestimmte der Art. 43 der Privilegien der Landschaft, daß die Zollfreiheit denen, welche dieselbe hergebracht hätten, in der ersten Masse gelassen werden sollte; dies war z. B. mit der Bürgerschaft der Stadt Seesen der Fall, welche hinsichtlich aller zu ihrer Consumtion in die Stadt gebrachten so wie auch der Waaren, welche daselbst gezeugt und ausgeführt wurden, die Zollfreiheit genoss. (Landesfürstl. Rescript v. 25. August 1777.)

Damit die Condemnirten nicht zu lange im Zucht- und Werkhause behalten werden, und dieses durch die Züchtlinge verkürzt werde, soll jedes Mal bei Ueberlieferung des Urtheilten in das Zucht- und Werkhaus copia des Urtheils demselben mit überschickt, auch eine beglaubte Nachricht beigelegt werden, ob und in wie weit aus des Condemnirten eigenen Mitteln ein Zuschuß bei etwajgen Krankheiten, oder wenn die Züchtlinge ihr Brod nicht verdienen können, geschehen könne. Es soll zwar die Abführung des Condemnirten nicht bis zu völlig geschehener Inventurung aufgeschoben, die Inventur aber nachher ungesäumt vorgenommen und das Inventarium dem Werkhaus-Directorio eingeschickt werden. Nicht minder ist dasjenige, was nurgedachtes Directorium zu einem Zuschusse verlangen möchte, demselben jedes Mal einzuschicken, wobei sich von selbst versteht, daß, wenn kein Vermögen vorhanden, oder solches nicht zureicht, derjenige, der die fructus jurisdictionis genießt, auch die dem Werkhause nicht aufzubürdenden Kosten stehen muß. Landesf. Circular-Rescript v. 25. April 1748.

Denen, die das Zucht- und Werkhaus besuchen, soll außer demjenigen, was sie in die daselbst befindliche Büchse geben, und wovon den Züchtlingen, die losgelassen werden, etwas Beirgeld gereicht wird, damit sie nicht bei dessen gänzlicher Ermangelung zum Betteln oder Stehlen verleitet werden mögen, weder den Werkhausbedienten, noch den Züchtlingen etwas zu reichen erlaubt sein. Landesf. Avertissement v. 12. Decbr. 1748.

Wenn eine liederliche wirklich schwanger befundene Person zum Zuchthause condemnirt werden sollte, so soll diese nicht eher, als nach ihrer Niederkunft, dahin geschickt, und ihr keinesweges ihr saugendes Kind, oder ihre ältern Kinder zugleich mitzunehmen gestattet, sondern diese entweder aus den Mitteln der condemnirten Person, oder aus der Armen-Casse eines jeden Orts jedes Mal verpflegt werden. Landesf. Ausschf. v. 4. Novbr. 1749.

Da das Werkhaus-Directorium nicht wissen kann, wie lange die in das Werkhaus geschickten Bagabunden, Bettler und Andere darin aufbewahrt werden sollen, wenn die Zeit, auf wie lange sie dazu condemnirt, nicht gemeldet wird, so soll, so oft künftig dergleichen Leute dahin gesendet werden, jedes Mal die Zeit, wie lange sie sitzen sollen, dem Directorio zugleich mit angezeigt werden. Landesf. Ausschreiben v. 17. Febr. 1772.

Die zum Werkhause condemnirten Leute sollen nicht nur so wenig binnen der Zeit, daß sie noch wirklich mit Krankheit behaftet, als auch bevor sie zu vollen Kräften wieder gelangt und der Werkhaus-Arbeit als gesunde Leute vorstehen können, an das Werkhaus abgesandt, sondern auch vorher wenigstens mit ein paar brauchbaren Hemden, und allen dem, was zur nöthigen Leibbedeckung erforderlich, versehen werden. \*) Landesf. Umlauf v. 2. Juli 1772, in dessen Gemäßheit fürstl. Regierung zu Blankenburg unterm 13. Juli 1772 einen Umlauf im Fürstenthume Blankenburg hat ergehen lassen.

Nach Maßgabe der Verordn. v. 2. Juli 1772 sind sämtliche Ober- und Beamte, Gerichtspersonen, auch Magistrate in den Städten anderweit befehligt, derselben genaue Folge zu leisten, und solchem nach diejenigen, welche zur Werkhausstrafe condemnirt werden, im Falle sie mit einer Krankheit befallen sind, nicht eher, als bis sie davon völlig hergestellt und zu völligen Kräften gelangt, im Falle sie aber

\*) Die landesf. Verordn. v. 12. Decbr. 1748 verfügte, daß die zu dem Zucht- und Werkhause condemnirten Personen vor der Ablieferung nochmals und allenfalls eidlich abgehört werden sollten, ob sie vormals unter des Scharfrichters Händen gewesen und unehrliche Strafe ausgestanden hätten, und, Falls sie dieses eingestanden, nicht dahin abgeschickt, sondern davon zu weiterer Verordnung berichtet werden sollte. Durch das landesf. Rescript an den Magistrat zu Braunschweig v. 12. Novbr. 1754 wurde das Verbot, infamirte Leute ins Werkhaus aufzunehmen, wiederholt.

mit den nöthigsten Kleidungsstücken nicht versehen sein sollten, nur erst sodann, wenn sie damit von Obrigkeit wegen nothdürftig versorgt sind, an das Werkhaus zu senden. Landesfürstl. Rescript v. 9. Octbr. 1787.

Die durch das landesf. Circular-Rescript vom 25. April 1748 ergangene Verordnung ist erneuert und den Gerichts-Obrigkeiten befohlen, solcher Verordnung gemäß jedes Mal die Vermögens-Umstände der zum Zucht- oder Werkhause verurtheilten Person bei deren Ablieferung zu untersuchen und dem Werkhaus-Directorio davon Nachricht zu ertheilen, auch, da leicht der Fall eintreten kann, daß ein zum Werkhause auf mehrere Jahre, ja wohl gar auf Zeit Lebens Condemnirter noch etwas von seinen Anverwandten zu ererben hat, den Inquisiten zugleich zu befragen: ob er hier im Lande noch etwas an Erbschaft zu erwarten habe? und solches ebenfalls in der dem Werkhaus-Directorio einzusendenden Nachricht mit zu bemerken. Landesf. Circular-Rescript v. 31. Decbr. 1787.

Außerdem ist im Jahre 1677 eine Ordnung des Armen-, Waisen-, Zucht- und Werkhauses zu Braunschweig, unterm 6. Septbr. 1791 eine Anweisung des fürstl. Werkhaus-Directorii zu Abwendung der Feuergefährdung und unterm 6. Mai 1794 eine Züchtlings-Ordnung desselben Directorii erschienen.

cf. Landesf. Rescript v. 29. März 1815. (Bege I. p. 22.) — Rescript herzogl. Landes-Gerichts v. 9. Juli 1821. (Bege I. p. 29.)

### Zuchtknecht.

Nach landesf. Declaration soll der im neuen Werkhause der Stadt Braunschweig befindliche Zuchtknecht nebst den Seinigen nicht nur nach wie vor von jedermann für ehrlich, und also gildesfähig geachtet, sondern überdies auch, Falls er das Bürgerrecht daselbst noch nicht gewonnen, jedes Mal bei Antretung dieses Dienstes dasselbe unentgeltlich erhalten, diejenige Person aber, welche den Seinigen oder ihm dieser seiner dem Publico so nützlichen Function wegen einigen Vorwurf macht, mit schwerer Leibesstrafe unnachlässig belegt werden. Avertissement vom Jahre 1748. (Br. Anz. v. 1748. Nro. 5.)

### Züchtigung, körperliche.

S. Tortur.

### Züchtlinge, Ablieferung der gestorbenen an das Theatrum anatomicum.

S. Theatrum anatomicum.

### Zünfte.

S. Gilden.

### Zungenkrebs unter dem Horn= und andern Viehe.

Als im Jahre 1786 diese gefährliche ansteckende Krankheit in verschiedenen auswärtigen Gegenden ausgebrochen war, wurden die Obrigkeiten zu Verhütung der Verbreitung dieses Uebels im hiesigen Lande angewiesen, die Unterthanen von der Gefahr zu benachrichtigen, damit sie sich vor Schaden und Ansteckung ihres Viehes möglichst hüten möchten, auch selbst mit äußerster Sorgfalt darauf zu achten, daß diesem landverderblichen Uebel durch alle denkbare Veranstellungen möglichst vorgebeugt würde; zugleich wurde ihnen eine Beschreibung der Kennzeichen dieser Krankheit, welche auch bewährt gefundene Mittel dieser Krankheit enthielt, (aus den Hannoverschen Anzeigen) zugefertigt, um solche vorzüglich den der Gränze am nächsten wohnenden Unterthanen ihres Gerichts-Bezirks mitzutheilen, und ihnen befohlen, von der etwaigen weitem Verbreitung der Krankheit zu berichten. Landesf. Circular-Rescript v. 18. Decbr. 1786.



Zusammenrottiren der Handwerksgeſellen.

S. Handwerksgeſellen.

Zuſchreibung der Güter.

S. Höfe, Abtretung derſelben.

Zwangs=Arbeitsanſtalt.

Die Zwangs=Arbeitsanſtalt zu Wolfenbüttel ſoll, wenngleich eigentlich für Bettler, Bagabunden und dergl. Gefindel errichtet, auch zur Beſtrafung geringer Verbrecher gebraucht werden. Landesfürſt. Reſcript v. 11. März 1791.

Zweifelſgründe.

S. Entſcheidungsgründe.

Zweifelbäume.

S. Elzebeeren =, Zweifel = und Kwiſchernbäume.

---

## Druckfehler und Einbesserungen.

### Erster Theil.

Vorrede Seite VI. Zeile 14 von oben ist statt »Promtuar rals« zu lesen »Promtuar als«.

Seite 4. Zeile 25 von oben statt »vidimirte« »vidimirten«.

- „ 44. „ 11 „ „ ist der Hinweisung noch hinzuzufügen „Medici“.
- „ 54. „ 14 „ „ ist statt »den Werth« zu lesen »dem Werthe«.
- „ 70. „ 20 „ „ „ »15. Octbr. 1830« zu lesen »15. Decbr. 1830.«
- „ 84. „ 15 von unten ist statt »S. auch: Copulationen« zu lesen »S. auch: Proclamation und Copulation«.
- „ 91. „ 6 „ „ fällt die Hinweisung »Huren in Braunschweig« weg.
- „ 124. „ 9 „ „ ist für »Gemeinheits-Theilung« zu lesen »Gemeinheits-Theilungs-Ordnung«.
- „ 217. „ 5 von oben ist hinzuzufügen »Abtheilungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 177.«
- „ 221. „ 11 „ „ ist hinzuzufügen »S. auch: Proclamation und Copulation in Braunschweig«.
- „ 230. „ 27 „ „ ist hinzuzufügen »Circular-Rescript des herzogl. Staats-Ministerii v. 21. Mai 1834, die Auslieferung hiesiger Unterthanen an die königl. Hannov. Gerichte in Gemäßheit der Convention vom 12. April 1798 betr.«
- „ 239. „ 2 „ „ ist vor »§. 5.« zu setzen »Cap. VI.«
- „ 254. „ 10 „ „ ist statt »Reiseführen« zu lesen »Reiseführen«.
- „ 254. „ 2 von unten ist statt »Reiseführen« zu lesen »Reiseführen«.
- „ 330. „ 14 von oben ist hinzuzufügen »Abtheilungs-Ordnung v. 20. Decbr. 1834. §. 191.«
- „ 331. „ 7 von unten fallen die Worte »Untersuchung und Bestrafung derselben« weg.
- „ 343. „ 1 von oben ist für »Frost-Brogen« zu lesen »Forst-Brogen«.
- „ 409. „ 6 von unten ist für »Häuser-Verkauf« zu lesen »Häuser-Ankauf«.
- „ 477. „ 16 von oben ist für »Reiseführen« zu lesen »Reiseführen«.

### Zweiter Theil.

Seite 20. Zeile 10 von oben ist für »14. Juli 1814« zu lesen »21. Juli 1814.«

- „ 23. „ 4 von unten ist für »Privat-Kirchen« zu lesen »Patronat-Kirchen«.
- „ 30. „ 3 von oben ist statt der Hinweisung »Kirchen zc. Gebäude, Beaufsichtigung und Reparaturen derselben« zu lesen »Bauen und Repariren der geistlichen Gebäude«.

